











# Deutsche Geschichte

von

Otto Raemmel



## Zweiter Teil

**Vom Westfälischen Frieden bis zum Ende  
des neunzehnten Jahrhunderts**



**Zweite, durchgesehene und ergänzte Auflage**

**Illustrierte Ausgabe**

Männer machen die Geschichte.



2. F.

Leipzig

Verlag von Otto Spamer

1908.

*Gr 311.12.2*

Harvard College Library

FEB 26 1908

Hohenzollern Collection

Gift of A. C. Coolidge

## Inhalt des zweiten Teiles.

### Dritter Zeitraum.

#### **Die Auflösung des römisch-deutschen Kaisertums und die Entstehung des deutschen Bundesreichs 1273—1871.**

##### **Zweite Abteilung.**

##### **Der Aufbau einer nationalen Staatsordnung auf dem Boden des weltlichen Fürstentums und der Glaubensfreiheit 1648—1871.**

###### **Erster Abschnitt.**

Seite

Das Aufsteigen Brandenburg-Preußens und die Bildung der österreichischen Großmacht 1648—1740 . . . . .	4
--	---

###### **Zweiter Abschnitt.**

Die Entwicklung Preußens zur Großmacht und die Begründung des österreichischen Einheitsstaates 1740—1790 . . . . .	107
--	-----

###### **Dritter Abschnitt.**

Die Fremdherrschaft und das Ende des heiligen Römischen Reichs; der Befreiungskrieg und die Stiftung des Deutschen Bundes 1790—1815 . . . . .	193
---	-----

###### **Vierter Abschnitt.**

Der preußisch-österreichische Dualismus und die volkstümlichen Freiheits- und Einheitsbestrebungen 1815—1858 . . . . .	312
--	-----

###### **Fünfter Abschnitt.**

Die deutschen Einheitskriege und die Gründung des neuen Deutschen Reichs 1858—1871 . . . . .	416
--	-----

### Vierter Zeitraum.

#### **Das Deutsche Reich als der Zentralstaat des deutschen Volkstums seit 1871.**

##### **Erster Abschnitt.**

Der Ausbau des Deutschen Reichs als europäische Großmacht 1871—1888 . . . . .	485
---	-----

##### **Zweiter Abschnitt.**

Das Aufsteigen des Deutschen Reichs zur Weltmacht seit 1888 . . . . .	526
---	-----

## Beilagen.

	zu Seite
✓ Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst. Nach dem Gemälde von Matthäus Merian, gestochen von Philipp Kilian . . . . .	16
✓ Kaiser Joseph I. erklärt die Reichsacht wider die Kurfürsten Joseph Clemens von Köln und Max Emanuel von Bayern. Faksimile eines gleichzeitigen Kupferstichs . .	62
✓ Friedrich II., König von Preußen. Nach dem Gemälde von A. Pesne, gestochen von E. Mandel . . . . .	108
✓ Der Römerberg in Frankfurt a. M. im 18. Jahrhundert. Nach einem Kupferstiche von Salomon Kleiner . . . . .	114
✓ Sturmangriff der Preußen auf das Kirchhofsportal in der Schlacht bei Leuthen, am 5. Dezember 1557. Nach dem Gemälde von Karl Röchling . . . . .	128
✓ Maria Theresia. Nach dem Gemälde von Martin von Meytens . . . . .	146
✓ Sogenannter Kuchengarten Ende des 18. Jahrhunderts. Nach einem Stich von Johann Ludwig Stahl . . . . .	182
✓ Napoleon empfängt die Königin Luise zu Tilsit am 6. Juli 1807. Nach dem Gemälde von A. E. F. Goffe, gestochen von Danois . . . . .	253
✓ Karl Reichsfreiherr von und zum Stein. Gemalt und geschnitten von P. J. Lützenkirchen	260
✓ Der Sieg bei Leipzig von Johann Peter Krafft, gestochen von J. Scott . . . . .	300
✓ Clemens Wenzel Lothar, Fürst von Metternich. Nach dem Gemälde von Molteni, gestochen von Benedetti . . . . .	364
✓ König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen beschwört am 6. Februar 1850 die Verfassung	392
✓ Wilhelm I., König von Preußen. Nach dem Gemälde von Fr. Winterhalter, lithographiert von Engelbach . . . . .	424
✓ Fürst Bismarck. Nach einer Photographie . . . . .	452
✓ Die Kaiserproklamation in Versailles. Nach dem Gemälde von A. v. Werner . . . . .	480
✓ Der Berliner Kongreß vom 13. Juli 1878. Gemälde von A. v. Werner . . . . .	502
✓ Wilhelm II., Deutscher Kaiser. Nach einer Photographie . . . . .	528

## **Dritter Zeitraum.**

---

### **Die Auflösung des römisch-deutschen Kaisertums und die Entstehung des deutschen Bundesreichs**

1273 bis 1871.

„ . . . Das alte Reich zerfiel,  
Doch Deutschland steigt heraus lebendig.“

Emanuel Geibel.

---



## Zweite Abteilung.

### Der Aufbau einer nationalen Staatsordnung auf dem Grunde des weltlichen Fürstentums und der Glaubensfreiheit

1648—1871.



#### Erster Abschnitt.

##### Das Aufsteigen Brandenburg-Preußens und die Bildung der österreichischen Großmacht

1648—1740.

Der westfälische Friede verurteilte die Reichsverfassung zur völligen Erstarrung und also zum Untergang. Von der monarchischen Gewalt des Kaisers bestanden nur noch dürftige Reste, das geistliche Fürstentum hatte etwa den vierten Teil seines alten Bestandes verloren, war aber in Verbindung mit den sonstigen Überbleibseln der mittelalterlichen Ordnung, der südwestdeutschen Reichsritterschaft und den Reichsstädten, wohl imstande, dem Kaisertume, getreu seinen Ueberlieferungen und dem gemeinsamen katholischen Interesse, eine gewisse Stütze zu leihen. Diesen mittelalterlichen Bestandteilen des Reiches stand der trotzige Sondergeist der größeren weltlichen Fürstentümer gegenüber. Der Reichstag versöhnte diese Gegensätze nicht, sondern er stellte nur ein künstliches Gleichgewicht zwischen ihnen her, sie lähmten sich also gegenseitig. Denn nicht nur nahm die Stimmenverteilung in den drei Kollegien auf die oft sehr verschiedene Macht der einzelnen Stände grundsätzlich gar keine Rücksicht, sprach also z. B. den Kurfürsten von Sachsen und Trier oder dem Erzherzog

Die Reichs-  
verfassung.



von Österreich und dem Bischof von Passau dasselbe Recht zu, gab damit die Mehrheit in die Hände der schwächsten Reichsstände und schuf obendrein eine künstliche, den Verhältnissen in der Bevölkerung nicht entsprechende katholische Mehrheit, sondern es wirkten auch die größeren, aus mehreren ehemals selbständigen und stimmberechtigten Gebieten zusammengesetzten Fürstentümer im Reichstage nicht an einem Punkte, sondern an sovielen, als sie früher unabhängige Territorien enthielten. Demnach stimmte z. B. der Kurfürst von Brandenburg als solcher im Kurfürstenkollegium, als Herr von Magdeburg, Halberstadt und Minden, als Herzog von Pommern und Cleve auf der weltlichen Bank des Fürstenrates, als Graf von Mark und Ravensberg auf der westfälischen Grafenbank. Die Unnatur dieser Verhältnisse steigerte sich noch durch die unendliche Schwerfälligkeit der Geschäftsführung dieses Reichstags, dessen drei Kollegien eine kaiserliche Vorlage (Proposition) gesondert berieten und nur bei Einstimmigkeit aller drei zum Reichsbeschluß erhoben.

Die unumschränkte Monarchie und der Merkantilismus.

Wie diese Verfassung den tatsächlichen Verhältnissen keine Rechnung trug, so war sie schlechterdings auch unfähig, die Stellung des Reiches in der europäischen Völkergesellschaft wahrzunehmen, zumal in dieser Zeit. Denn ringsum strebten die großen Völker danach, sich mit Überwindung aller, vormals berechtigter, jetzt hemmender örtlicher und landschaftlicher Besonderheiten staatlich und wirtschaftlich streng zusammenzuschließen, am schärfsten da, wo die unumschränkte Monarchie, gestützt auf ein stehendes Heer und ein fürstliches Beamtentum, die ganze Fülle staatlicher Macht vereinigte, zuerst in Frankreich, dann in Dänemark-Norwegen, Schweden und Rußland. Aber im Streben nach wirtschaftlichem Abschluß standen auch die Staaten, in denen ständische Körperschaften die höchste Gewalt behaupteten oder errangen, wie Holland und England, hinter den anderen nicht zurück. Es galt nach den Grundsätzen des Merkantilismus die Bevölkerung, also die Zahl der Arbeitenden und Verbrauchenden, möglichst zu vermehren, das gesamte Staatsgebiet in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verwandeln, den einheimischen Gewerbefleiß zu möglichster Höhe zu entwickeln, seinen wichtigsten Zweigen den einheimischen Markt allein zu sichern und für Fremde zu sperren, ihm im Auslande zugleich ausgedehnte Absatzgebiete zu erwerben, besonders in überseeischen Ländern, die auch die Rohstoffe lieferten, und den ganzen Verkehr möglichst den einheimischen Kaufleuten und Schiffen vorzubehalten. So hatten zuerst die Holländer eine durch und durch monopolistische Handelspolitik verfolgt, sie waren die „Frachtfahrer aller Nationen“ geworden; so wollte Cromwells „Navigationsakte“ von 1651 die Versorgung Englands mit Kolonialwaren der englischen Schifffahrt allein, die Einfuhr europäischer Erzeugnisse wenigstens vorwiegend sichern; so wollten Colberts Gesetze und Tarife die wirtschaftliche Einheit und Abgeschlossenheit Frankreichs begründen. Noch niemals waren staatliche und wirtschaftliche Körper von solcher Mächtigkeit aufeinander gestoßen, wie seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Hinter diesen Interessen traten jetzt die kirchlichen Gegensätze weit zurück. Strebte Frankreich unter Ludwig XIV. (1643–1715) danach, seine schwache Ostgrenze zu verstärken und vorzuschieben, die entscheidende Stimme in allen europäischen Fragen zu führen, endlich das riesige Erbe der spanischen Habsburger anzutreten und somit sein

dauerndes politisch-wirtschaftliches Übergewicht zu gründen, so trat ihm in erster Linie England mit glänzendem Erfolge entgegen, einmal um das „Gleichgewicht“ der europäischen Hauptmächte zu wahren, dann, um die See- und Kolonialherrschaft an sich zu reißen. In diesem Ringen vermochte Holland seine alte Handelsgröße nicht zu behaupten, und auch für Schweden ging das *dominium maris baltici* verloren, um an Rußland zu fallen.

In diesen harten Machtkämpfen mitten inne stand das deutsche Reich, politisch beherrscht von Frankreich und Schweden, wirtschaftlich nicht nur von ihnen, sondern auch von Holland, England und Dänemark abhängig, seiner wichtigsten Küstenlande beraubt, verarmt, entvölkert, zerrissen, im natürlichen Gegensatz zu allen seinen Nachbarn, die das gemeinsame Interesse hatten, Deutschlands Schwäche zu verewigen, auf der ihre Stärke wesentlich beruhte.

Wie diesem gefährlichen und schmachvollen Zustande abzuhelpen sei, darüber bestand im Reiche keine feste Meinung. Die Reichsverfassung galt den Vertretern des Reichsrechts als Musterbild des aus Monarchie, Aristokratie und Demokratie weise „gemischten Staates“, der Kaiser als der höchste Herr der Christenheit, als der Erbe der römischen Cäsaren. Das berufene Buch des Hippolithus a Lapide, des schwedisch gesinnten Philipp Bogislaw von Chemnitz „über die Staatsraison in unserem römisch-deutschen Reiche“ (1640) hatte allerdings in grimmigem Hasse gegen das Haus Österreich den Satz durchgeführt, daß die kaiserliche Gewalt auf Usurpation beruhe, das Ursprüngliche die Gewalt der Einzelfürsten sei und jene daher vernichtet werden müsse; aber so tiefen Eindruck die glänzende Darstellung des verwegenen Publizisten damals machte, sie stellte doch die geschichtliche Wahrheit auf den Kopf, und auch Hermann Conrings Satz (1643), daß das römische Recht niemals als Reichsrecht angenommen worden, sondern erst im 15. Jahrhundert eingedrungen, also auch auf das deutsche Staatsrecht nicht anwendbar sei, war zwar richtig, aber noch zu schwach begründet. Erst die glänzende Satire des genialen Severinus de Monzambano (Samuel Pufendorf) „über den Zustand unseres römisch-deutschen Reiches“ (1667) deckte mit überlegener Sachkenntnis und schneidendem Spott den wahren Zustand der Dinge auf und zeichnete zugleich mit prophetischem Geiste die Hauptzüge der kommenden Entwicklung. Das Haus Österreich verfolgt fremde Zwecke mit deutschen Kräften und kann sich jeden Augenblick vom Reiche lossagen; die Reichsritter, Reichsstädte und geistlichen Fürsten sind zum Untergange reif, die Kraft der Nation liegt allein in den größeren weltlichen Staaten, und das Reich, jetzt „ein ungeheuerlicher Körper“ (*monstro simile*), wird sich demnach auflösen in einen weltlichen Staatenbund. Für den Augenblick freilich weiß auch er nichts anderes zu raten, als einen Nothbehelf: die mächtigeren Staaten sollen dem Kaiser einen stehenden Gesandtenrat zur Unterstützung und Überwachung an die Seite stellen und alle Sonderbündnisse mit dem Auslande abtun.

In der That, wenn die Nation sich behauptet hat, so ist das nicht geschehen kraft der Reichsverfassung, sondern auf dem angedeuteten Wege, durch Sonderbündnisse der größeren weltlichen Staaten. Doch daß diese zu irgend welchen dauernden Einrichtungen führten, das verhinderte lange Zeit das Übergewicht der

Anschauungen über die Reichsverfassung.

Die Vorbedingungen einer Neugestaltung.

dynastischen Interessen und die „Staatsraison“, die nur den augenblicklichen Vorteil des einzelnen im Auge hatte; ja die Gefahr lag nahe, daß sich das deutsche Gemeinwesen völlig auflöse. Sollte das verhindert werden und sollten die großen Interessen der Nation überhaupt irgendwie zur Geltung kommen, so gab es nur ein Mittel. Irgendwo mußte sich eine Einzelmacht bilden, die stark genug war, allein oder mit Unterstützung der nächstbeteiligten Staaten die nationale Sache selbständig zu vertreten. Daran hing Deutschlands Zukunft.

Um diese Aufgabe zu lösen, mußte ein solcher Staat in den wichtigsten nationalen Interessen dem Auslande gegenüber seine eigenen erkennen, eine streng monarchische Ordnung über der Libertät der Stände und der spröden Selbständigkeit seiner einzelnen Territorien zum Heile des Ganzen aufrichten und über den kirchlichen Gegensätzen stehen, also die Glaubensfreiheit rückhaltlos anerkennen. Bei dem umfänglichsten deutschen Staatengebilde, bei Österreich, trafen diese Bedingungen nicht zu. Nationalpolitische Interessen vertrat es nur gegenüber dem sinkenden Türkenreiche, und an den wichtigsten deutschen Handelsbeziehungen hatte es nur durch Schlesiens Anteil; ihre verschiedenartigen Gebiete zu einer einheitlichen Monarchie zu verschmelzen, haben die Habsburger vor Maria Theresia kaum versucht und in kirchlicher Beziehung vertraten sie nach wie vor den schroffsten katholischen Standpunkt. Nur ein deutscher Staat erfüllte alle jene Forderungen, Brandenburg-Preußen. Denn den Kampf gegen Frankreich, Schweden und Polen um den Schutz der Rheinlande, um die Befreiung Pommerns von Schweden, Preußens von Polen führten die Hohenzollern ebenso für Deutschland wie für Brandenburg, sie zuerst und lange Zeit sie allein beugten ihren Adel und den Sondergeist höchst verschiedenartiger Landschaften unter die Idee des einheitlichen monarchischen Staates, sie zuerst schufen ein geschlossenes, leistungsfähiges Wirtschaftsgebiet, begünstigt durch die großen natürlichen Wasserstraßen des norddeutschen Flachlandes, die dem gebirgigen Süden fast gänzlich fehlten, und sie verwirklichten endlich die Glaubensfreiheit in einem Sinne, der weit über die Vorschriften des westfälischen Friedens hinausging. Deshalb wurde der brandenburgisch-preussische Staat zum Grundstein der neuen Ordnung, die Pufendorf ahnte, so wenig dies damals erkannt wurde und erkannt werden konnte. Um die Frage, ob und in welcher Weise die übrigen reindeutschen Lande sich dieser Machtbildung anschließen und wie Österreich sich zu ihr stellen würde, drehte sich seitdem die gesamte politische Entwicklung Deutschlands. Es galt dabei einerseits die Einigung der Nation, andererseits ihre Befreiung von dem Joch und von dem Einfluß der fremden Mächte.

Diese Verschiebung des politischen und wirtschaftlichen Schwerpunktes nach dem Norden und Nordosten wurde unterstützt durch das Aufsteigen einer neuen, wesentlich aus dem Mittelstande hervorgehenden geistigen Bildung, die im Protestantismus wurzelte. Da indes ihr Träger, das deutsche Bürgertum, an den staatlichen Aufgaben keinen selbständigen Anteil mehr nahm, andererseits der preussische Staat als solcher sich eben in der Zeit ihrer stärksten Entfaltung fast ganz auf seine politisch-wirtschaftlichen Aufgaben beschränkte, so liefen die beiden Strömungen nebeneinander her fast ohne sich zu berühren, bis sie sich unter dem Drucke der Napoleonischen

fremdherrschaft einander näherten, und der wieder hergestellte preussische Staat der neuen Bildung die hervorragendsten Pflegstätten gewährte. Doch ein gedeihliches Zusammenwirken des monarchischen Staates, des grundbesitzenden Adels und des Bürgertums wurde erst angebahnt, als die Volksvertretungen und die Selbstverwaltung alle Stände zu politischer Arbeit vereinigten. So drang allmählich, wenngleich langsam und unter starken Hemmnissen, die Erkenntnis staatlich-nationaler Lebensbedingungen, damit auch die Einsicht von der Bedeutung Preußens überall in Deutschland durch, und das neue Deutsche Reich wurde möglich.

Bis in die letzten Zeiten des dreißigjährigen Krieges hinein hatte Brandenburg dank der Schwäche Georg Wilhelms und der Libertät eine Rolle gespielt, die in ihrer Kläglichkeit der Haltung der meisten deutschen Fürsten in dieser Krisis nur allzusehr entsprach; seine Bedeutung beginnt mit dem ersten großen Hohenzollern und die stärkste, die entscheidende Kraft des Staates ist seitdem die Krone stets geblieben.

Die Anfänge des Großen Kurfürsten von Brandenburg.

Friedrich Wilhelm (1640—1680) hatte eine ausgezeichnete Vorbildung für seinen Regentenberuf erhalten.

Geboren am 16. Februar 1620 verdankte er seiner energischen, hochsinnigen Mutter Elisabeth Charlotte von der Pfalz, der Tochter Kurfürst Friedrichs IV. und Enkelin des großen Wilhelm von Oranien, weit mehr als dem schwachen, unselbstständigen Vater. Um den einzigen Sohn aus dem wüsten Kriegsgetümmel zu entfernen, zog sie erst mit ihm in die Waldeinsamkeit des Jagd Schlosses Eetzingen zurück und sandte ihn 1627 unter der Obhut des trefflichen Romilian Kalkum von Leuchtnar nach Küstrin. Als elfjähriger Knabe sah der Kurprinz seinen großen Oheim Gustav Adolf in Berlin und erfüllte sich bei einem längeren Aufenthalte in Wolgast am Hofe der Königin Eleonore mit der lebhaftesten Bewunderung für den Helden, der in dem Knaben den künftigen Gemahl seiner Tochter Christine und seinen Erben sah. Als nun nach dem Tode des Königs die kaiserlichen Heerscharen das Land wieder übersluteten und der Kurfürst unter Schwarzenbergs bestimmendem Einflusse abermals dem Kaiser zuneigte, daher sogar der Plan auftauchte, den Kurprinzen zur weiteren Erziehung nach Wien zu senden, da setzte die Mutter durch, daß er nach den Niederlanden, also ins entgegengesetzte Lager, ging (1634). Während er sich hier in Leyden und Arnheim eifrig dem Studium der Geschichte und der Alterstwissenschaft, sowie des französischen und holländischen widmete, lernte er doch auch im Lager des Prinzen Friedrich Heinrich den Krieg kennen und gewann einen Einblick in das mächtige Leben dieses gewaltigen und reichen Handelsstaates, der zugleich das freieste Land der Erde war. Doch die Besorgnis, er möge hier gänzlich für eine habsburg-feindliche Richtung gewonnen werden, bewog den Vater, dem Sohne die erbetene Erlaubnis zur Verlängerung seines Aufenthaltes zu verweigern und die sofortige Rückkehr zu befehlen (Januar 1638); er schloß ihn aber gegen Schwarzenbergs Rat völlig von den Geschäften aus. Trotzdem sah der junge Fürst in Schwarzenberg fortan seinen Feind und großend folgte er dem Vater nach Königsberg, als dieser dem Minister die Statthalterschaft in den Marken übertrug. Hier verschied Georg Wilhelm am 20. Oktober 1. November 1640.

In der schlimmsten Lage sah sich der zwanzigjährige Fürst zur Leitung seines sinkenden Staates berufen. Brandenburg war fast ganz in den Händen der Schweden und doch mit dem Kaiser verbündet, ein kaiserlicher Parteigänger, Graf Schwarzenberg, Statthalter des Landes, die Feldtruppen waren auch dem Kaiser



vereidet, nur die schwachen Besatzungen der festen Plätze dem verstorbenen Kurfürsten allein verpflichtet, doch beide vorläufig noch nicht dem Nachfolger. Nur ein zuverlässiger Mann stand Friedrich Wilhelm hier zur Verfügung, der tapfere Oberst Konrad von Burgsdorf in Küstrin. Auf dessen Rat überließ der junge Kurfürst seine zuchtlosen Feldregimenter ganz dem Kaiser, ließ nur die Besatzungen sich, aber sich allein, schwören und sperrte Küstrin und Peitz für die Kaiserlichen. Es war der erste Schritt zur Trennung von Österreich. Der Waffenstillstand von Stockholm, der auf das Andrängen der Hauptstadt und der märkischen Stände, ohne Schwarzenberg abgeschlossen (24. Juli 1641) wurde, vollendete diese Wendung und schaffte dem geplagten Lande Luft; die oberste Leitung der Geschäfte übernahm 1643 nach Schwarzenbergs Tode Burgsdorf.

Kaum geringere Schwierigkeiten waren im Herzogtum Preußen zu überwinden, dessen streng lutherische Stände dem reformierten Herrscherhause fast in offener Feindschaft gegenüberstanden und in der Lehnsabhängigkeit des Landes von Polen die sicherste Bürgschaft ihrer Libertät erblickten. So erlangte Friederich 1641. Wilhelm die polnische Belehnung am 7. Oktober 1641 nur mit den schwersten Opfern. Außer 30 000 Gulden Jahrestribut sollte er aus den Seezöllen 100 000 Gulden jährlich an Polen abführen; die Besatzungen von Pillau und Memel schwuren auch dem König von Polen den Fahneneid, die Appellationen von den preußischen Gerichten gingen nach Polen. In kirchlicher Beziehung blieben nach den früheren Zugeständnissen von 1611 und 1617 die Reformierten von der öffentlichen Religionsübung und von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, während diese den Katholiken zugänglich waren und jene in einer Reihe von Ortschaften, auch in Königsberg, ihnen verbürgt wurde.

Erwerbun-  
gen von  
1648.

Sobald der junge Fürst einigermaßen festen Fuß gefaßt hatte, richtete er seine ganze Aufmerksamkeit auf die beginnenden Friedensverhandlungen, um seinen reformierten Glaubensgenossen die Wohlthaten des Religionsfriedens und seinem Hause den Besitz ganz Pommerns, vor allem Stettins und der Odermündungen, zu sichern; er sah sich schon als ein „König der Wenden“ (rex Vandalorum) an der Spitze einer starken baltischen Macht. Doch obwohl er durch seine Vermählung mit Luise Henriette, der Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien (Ende 1646), eine Anlehnung an Holland suchte, so mußte er doch in einem Sondervertrage am 1647. 7. Januar 1647 auf Vorpommern verzichten und sich mit Hinterpommern, sowie mit der Zuweisung der Stiftslande Magdeburg, Halberstadt, Minden und Cammin begnügen. Damit erst verwuchs Brandenburg so recht mit dem binnendeutschen Leben, statt sich im Osten der Elbe abzuschließen. Aber erst im Frühjahr 1650 räumten die Schweden Halberstadt und Minden; im April leisteten auch die Stände des Stiftes Magdeburg die Eventualhuldigung, und selbst dieser mußte sich die Hauptstadt zu entziehen, da sie nach reichsstädtischer Unabhängigkeit strebte. Pommern behaupteten immer noch die Schweden, und die Verhältnisse in den niederrheinischen Landen waren deshalb besonders schwierig, weil bei der noch fortdauernden Unsicherheit über die endgültige Teilung dieser Gebiete die Stände von Cleve sich eng an die Niederlande angeschlossen, die ihnen auch ihre Rechte dem Landesherrn gegen-

über feierlich verbürgten. Mit dem Mitbesitzer, dem Pfalzgrafen von Neuburg, geriet der Kurfürst sogar in schwere Händel wegen des Normaljahrs, und er mußte im Oktober 1651 endlich zugeben, daß eine kaiserliche Kommission die Frage entscheide und bis dahin der dermalige Zustand bestehen bleibe.

Dieser Fehlschlag führte zur Verabschiedung Burgsdorfs (Januar 1652) und bewog den Kurfürsten, einem alten Anhänger des engsten Anschlusses an Österreich, Joachim Friedrich von Blumenthal, die Leitung der Geschäfte zu übertragen. Das Ergebnis dieser Annäherung war einerseits die Wahl Erzherzog Ferdinands, dem der Kaiser die Nachfolge im Reiche zu sichern wünschte, zum römischen König (31. Mai 1653), andrerseits der endliche Abzug der Schweden aus Hinterpommern, denn Ferdinand III. erklärte ihre Beilehnung mit Vorpommern bis zur Räumung des brandenburgischen Hinterpommern aufschieben zu wollen. So empfing Friedrich Wilhelm im Juni 1653 dort die Huldigung. Freilich mußte er fünf Sechstel der gesamt-pommerschen Staatschuld von 581 000 Gulden übernehmen, die Hälfte seiner Seezölle an Schweden abführen und ihm das Recht der Nachfolge zugestehen, auch den derzeitigen Administrator des Bistums Cammin, Ernst Bogislaw von Croy und Aerschoot, zum Statthalter ernennen.

Doch sobald der Kaiser mit Brandenburgs Hilfe seinen nächsten Zweck erreicht hatte, geriet das hergestellte Einvernehmen ins Wanken, und der Reichstag, der am 30. Juni 1653 in Regensburg zusammentrat, um manche im westfälischen Frieden noch unerledigt gebliebene Fragen zu regeln oder die Ausführung einzelner Bestimmungen desselben zu überwachen, führte eine vollständige Wendung herbei. Denn nicht nur blieben die Bemühungen der Brandenburger, die Herausgabe des Herzogtums Jägerndorf zu erwirken (s. I, S. 627. 644) fruchtlos, sondern der Kaiser lehnte auch jede Verwendung der Evangelischen für ihre Glaubensgenossen in seinen Erblanden ab und machte ebensowenig Anstalten, die im westfälischen Frieden festgestellte Parität in der Zusammensetzung seines Reichshofrates zur Ausführung zu bringen. Da auch sonst wichtige Dinge unerledigt blieben, so verwies der Reichstag schließlich in seinem Abschied diese Fragen (Reichsrekutions- und Polizeiordnung, Durchführung der Amnestie) an den auf den 1. Oktober 1654 nach Frankfurt a. M. berufenen Deputationstag, bei dessen Zusammensetzung zum erstenmale die volle Parität der Konfessionen beobachtet wurde.

Die Haltung des Kaisers drängte Brandenburg in die Opposition. Denn noch galt das Haus Habsburg als der gefährlichste Feind reichsfürstlicher Libertät, Frankreich als ihre beste Stütze, keineswegs als Reichsfeind. Dem entsprechend trat an die Spitze der Geschäfte Georg Friedrich, Reichsgraf von Waldeck (geboren 1620). Im J. 1651 aus holländischen in brandenburgische Dienste übergetreten, war er ganz erfüllt von dem Gedanken, eine „Union“ der evangelischen Reichsfürsten (mit Ausnahme Kursachsens und der Pfalz) unter Führung Brandenburgs zu begründen, die imstande sei, mit Frankreich im Bunde Österreich die Spitze zu bieten und zunächst den Kampf um das jülich-bergische Erbe wieder aufzunehmen im Zusammenhange mit dem noch fortdauernden französisch-spanischen Kriege. Den Anfang dazu machte ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Braunschweiger Fürsten auf drei

Jahre (Juli 1654). Aus ähnlichen Gründen schlossen 1651 die rheinischen Kurfürsten mit Bayern und Pfalz-Neuburg ein Bündnis zum Schutze der Libertät gegenüber dem Kaiser.

Doch bald riß den Kurfürsten eine schwere Verwicklung der ost- und nord-europäischen Verhältnisse auf einen weiteren Schauplatz hinaus und gab ihm Gelegenheit, durch einen ersten großen militärischen und politischen Erfolg seinem Staate eine ganz neue, selbständige Stellung zu erringen.

Der Aus-  
bruch des  
schwedi-  
sch-pol-  
nischen  
Krieges.  
1654.

Die Thronentsagung der Königin Christine von Schweden, der unähnlichen Tochter und Nachfolgerin Gustav Adolfs (6./16. Juni 1654), hatte dort in der Person ihres Vettlers Karl X. Gustav von Pfalz-Zweibrücken einen jungen, leidenschaftlichen, kriegslustigen Fürsten auf den Thron gebracht, der kein besseres Mittel wußte, den drängenden inneren Verlegenheiten, der Finanznot und der steigenden Unzufriedenheit des Adels wie der Bauern, zu entgehen, als sich in auswärtige Schwierigkeiten zu stürzen und sein Volk in einen wüsten Eroberungs- und Beutekrieg mit sich fortzureißen wie ein Wiking der nordischen Vorzeit.

Die innere Natur dieser durchaus künstlichen Großmacht, die lediglich auf ihrer kriegerischen Überlegenheit und der Schwäche ihrer Nachbarn beruhte, machte ein solches Unternehmen zu etwas fast Selbstverständlichem, und den willkommenen Vorwand gab die Weigerung Johann Kasimirs von Polen, den Pfälzer als rechtmäßigen König anzuerkennen, da ihm selbst als dem Sproß der älteren Linie des Hauses Wasa ein besseres Recht auf die schwedische Krone zustehe, als diesem Sohne einer jüngeren weiblichen Nebenlinie. Die innere Zerrüttung Polens seit der Vollendung der staatsfeindlichen Adelslibertät mit dem Liberum veto (1652), die in dem veralteten, auf dem unzuverlässigen Adelsaufgebot und schwachen Söldnerscharen beruhenden Heerwesen ihren getreuen Ausdruck fand, und der im September 1654 begonnene unglückliche Krieg mit dem aufstrebenden Rußland schienen ihm einen ebenso leichten als sicheren Sieg zu versprechen. Ein solcher mußte die Ostseeherrschaft Schwedens unwiderruflich vollenden und sein Übergewicht in ganz Nordosteuropa begründen.

Branden-  
burg im  
Bündnis  
mit  
Schweden.  
1655.

So überrannten die Schweden in der zweiten Hälfte d. J. 1655 von Livland, Westpreußen und Pommern her ganz Polen bis Krakau, während die Russen Litauen bis dicht an die Grenze Ostpreußens überfluteten. Angesichts dieses mit rasender Schnelligkeit heraufgestiegenen Unwetters hatte sich Kurfürst Friedrich Wilhelm entschlossen, weder sein Schicksal an den sinkenden Polenstaat zu ketten, noch das drückende Übergewicht Schwedens zu verstärken, sondern in möglichst eindrucksvoller Waffenrüstung zunächst seine Neutralität zu behaupten und dann seinen Beistand um den höchsten Preis zu verkaufen. Nachdem er sich einen festen Rückhalt durch ein Verteidigungsbündnis mit Holland (27. Juli 1655) gesichert hatte, dessen Handelsinteressen die schwedische Ostseeherrschaft schwer bedrohte, brachte er sein Heer vermöge einer ansehnlichen Geldbewilligung des clevischen und preußischen Landtags auf 20 000 Mann, nötigte die westpreußischen Stände zur Einnahme brandenburgischer Besatzungen in Thorn und Marienburg und zog seine Hauptmacht um Königsberg zusammen. Denn schon eilten die Schweden längs der Weichsel und Memel abwärts, um sich Preußens zu versichern. In der Tat mußte der Kurfürst im Ver-  
1656. trage von Königsberg am 17. 27. Januar 1656 sein Herzogtum, statt von Polen,

wie bisher, von Schweden zu Lehen nehmen; aber er erhielt dafür die Aussicht auf die Erwerbung Ermlands und versprach nur zur Verteidigung gegen einen polnischen Angriff die Schweden mit 1500 Mann zu unterstützen. Seine kluge Zurückhaltung bewährte sich, denn eine allgemeine Erhebung Polens gegen die Ketzer entriß den Schweden binnen kurzem fast das ganze Land samt Warschau (17. Juli) und drängte sie die Weichsel hinunter, während die Russen in Ingermanland und Eivland einfielen. Da erkaufte Karl Gustav den vollen Beistand des Kurfürsten im Vertrage von Marienburg (15. 25. Juni 1656) mit der Zusicherung der Abtretung eines bedeutenden Teiles von Großpolen (Posen und Kalisch).

Als gleichberechtigter Bundesgenosse führte Friedrich Wilhelm 8500 Mann seiner Truppen dem König zu, der mit 9000 Mann im Lager von Nowydwor an der Mündung des Bug in die Weichsel stand. Inzwischen sammelte sich eine polnisch-litauische Armee unter Gonsiewski mit zahlreichen Schwärmen tatarischer Reiter, zusammen etwa 100000 Mann, bei Warschau, ihres Erfolges sicher. Doch trotz dieser mehr als fünffachen Übermacht gingen die Brandenburger und Schweden auf dem rechten Ufer der Weichsel gegen die Hauptstadt vor und schlugen vor ihren Toren vom 28. bis 30. Juli 1656 jene dreitägige siegreiche Schlacht, die eine neue Periode in der Kriegskunst einleitete, denn sie ist die erste, die nicht nach der hergebrachten Schablone verlief, sondern durch eine Reihe zusammenfassender, den Bodenverhältnissen und den jeweiligen Umständen angepaßten Bewegungen entschieden wurde.

Die Schlacht  
von  
Warschau.

Die Polen standen, mit den Litauern auf dem jenseitigen Ufer durch eine Brücke verbunden, unterhalb Warschaus in der etwa zwei Kilometer breiten Stromebene rechts von der Weichsel, hatten die Front mit Schanzen gedeckt und stützten ihren rechten Flügel auf den langgestreckten, waldbedeckten Höhenzug von Bialolenka, der im Süden gegenüber der Stadt bei der Vorstadt Praga endet. Der erste Vorstoß der Verbündeten am späten Nachmittage des 28. Juli nach der Brücke zu mißlang, und auch der Angriff auf die befestigte Front des Feindes am 29. Juli erwies sich als zu kühn. Da führte Karl Gustav in waghalsigem Manöver seine Schweden vom rechten Flügel hinter den Brandenburgern weg durch den Wald von Bialolenka in die offene Ebene östlich jenes Höhenzuges hinaus, um die Polen von Osten her zu fassen. Unterdeß warfen sich Polen und Tataren dreimal hintereinander auf die Brandenburger, doch ihre lockeren Massen zerschmolzen unter dem Feuer der Artillerie oder zerschellten an der ehernen Ruhe der deutschen Vierecke, an den „wandelnden Kastellen“. Bereits am Nachmittage wichen die Polen aus ihrer schon halbumgangenen Stellung in die Ebene jenseits des Höhenzuges zurück mit Front nach Nordosten, aber auch hier prallten ihre wütenden Reiterangriffe ab, und sie nahmen deshalb am Abend eine dritte Stellung, die sich an das Holz von Praga lehnte. Da entschied endlich am 30. Juli das tapfere brandenburgische Fußvolk den wechselvollen Kampf, indem es unter dem feldzeugmeister Otto von Sparr das verschanzte Gehölz im Sturme nahm. Auseinander gesprengt flüchteten die Polen nach allen Seiten; schon am 31. Juli besetzte der brandenburgisch-schwedische Vortrab Warschau, am 6. August zogen der König und der Kurfürst in die feindliche Hauptstadt ein.

Die Niederlage von Tannenberg war gerächt, mit einem Schlage trat das brandenburgische Heer der ersten Kriegsmacht Nordeuropas ebenbürtig zur Seite, und der Hohenzoller hielt die Wage des Krieges in der Hand.



Bündnis  
gegen  
Schweden.

Schon nahmen aber die benachbarten Mächte, geschreckt von den Erfolgen des erobernden Militärstaates, eine drohende Haltung an. Ein kaiserliches Heer rüstete sich zum Marsche nach Pommern; unter kaiserlicher Vermittlung schloß Rußland im Oktober Waffenstillstand mit Polen, um seine ganze Kraft gegen die schwedischen Ostseeprovinzen zu kehren, Dänemark rüstete sich im Stift Bremen einzubrechen, und eine mächtige niederländische Flotte erschien auf der Reede von Danzig. So räumte Karl Gustav Warschau, während er Krakau noch festhielt, um die Verbindung mit Georg Rakoczy II. von Siebenbürgen zu sichern, mit dem er um ein Bündnis verhandelte, und die schwedisch-brandenburgische Hauptmacht bezog Verteidigungsstellungen am Narew und an der unteren Weichsel. In dieser Lage setzte der Kurfürst im Ver-  
1556. trage von Labiau am 20. November 1656 den Verzicht Schwedens auf die Lehns-  
hoheit über Preußen durch, wogegen er ihm 4000 Mann zur Verfügung stellte. So  
im Rücken gesichert, drang Karl Gustav nochmals bis Krakau vor, das inzwischen  
1657. Georg Rakoczy genommen hatte (März 1657). Doch der Einbruch eines türkisch-  
tatarischen Heeres in Siebenbürgen nötigte ihn zum Abzuge, der Einmarsch der  
Dänen ins Bremische rief Karl Gustav zurück, und das bereits am 1. Dezember 1656  
geschlossene polnisch-österreichische Bündnis brachte den isolierten Kurfürsten gegen-  
über dem erbitterten und jetzt siegreichen Polen in die allermißlichste Lage.

Branden-  
burgs  
Bünd-  
nis mit  
Österreich.  
1657.

Nur eine entschlossene Schwenkung in einem Augenblicke, wo seine Bundes-  
genossenschaft dank der Schlacht von Warschau und seinem tapferen Heere hoch im  
Preise stand, konnte ihn retten. Er vollzog sie im Vertrage von Wehlau am  
19. September 1657, verzichtete dabei freilich auf jede Gebietserwerbung, außer ein paar  
kleinen westpreussischen Grenzbezirken, erlangte aber das Wertvollste: die Lösung vom  
polnischen Lehnsverbande, die Souveränität über das Herzogtum Preußen. Wenige  
1658. Monate später, am 15. Februar 1658, schloß er sich dem österreichisch-polnischen  
Kriegsbunde gegen Schweden an. Die kirchlichen Gesichtspunkte traten zurück; pro-  
testantische und katholische Mächte wandten sich vereinigt gegen den schwedischen  
Eroberer, dem wieder England und Frankreich, die jetzt gegen Spanien eng ver-  
bündet waren, einen sicheren Rückhalt boten. Folgerichtig vertauschte der Graf von  
Waldeck, der noch ganz in jenen Gegensätzen lebte, alsbald den brandenburgischen  
mit dem schwedischen Dienste.

Die Wahl  
Leopolds I.

Diese Verhältnisse wirkten auch auf die Angelegenheiten des Reiches zurück.  
Kaiser Ferdinand III. war, erschüttert durch den frühen Tod seines ältesten Sohnes,  
des römischen Königs (9. Juli 1654), und durch die vergeblichen Bemühungen,  
seinem jüngeren Sohne, dem erst vierzehnjährigen, für den geistlichen Stand erzogenen  
1657. Leopold (I.), die Nachfolge im Reiche zu sichern, am 2. April 1657 gestorben. Um  
die Neuwahl entspann sich ein so erbitterter Kampf wie seit lange nicht, denn alle  
Gegensätze im Reiche wie in Europa trafen hier zusammen. Der Wahl Leopolds  
entgegen wirkten die rheinischen Fürsten. Schon seit dem 15. Dezember 1654 standen  
Trier, Köln, Münster und Pfalz-Neuburg in einem engen Bunde vereinigt, und ihnen  
hatte sich dann im August 1656 auch Johann Philipp von Mainz angeschlossen,  
verblendet von dem Traume, dieses Bündnis deutscher Kleinfürsten könne das Gleich-  
gewicht zwischen Frankreich, Österreich und Schweden behaupten; hinter diesem Bunde

standen Frankreich und Schweden. Auf der anderen Seite traten Brandenburg und Sachsen für Leopold ein und zogen auch Trier und Bayern auf ihre Seite. So vereitelten sie den ursprünglichen Plan ihrer Gegner, Ludwig XIV. zum Kaiser zu erheben, und da auch die beiden anderen von dieser Partei in Vorschlag gebrachten Bewerber, Ferdinand von Bayern und der Deutschmeister Erzherzog Leopold Wilhelm, keine Aussicht hatten, so entschieden sich endlich auch die rheinischen Kurfürsten für Leopold, setzten aber eine überaus beengende Wahlkapitulation durch. Sie verbot ihm ein anderes Bündnis zu schließen als nach dem Inhalte des westfälischen Friedens und den Feinden Frankreichs irgendwelchen Beistand zu leisten; sie untersagte ferner den Landständen, über die Steuern zu verfügen ohne ihren Landesherrn, und dem Reichskammergerichte, darüber Klagen der Stände gegen den Fürsten anzunehmen, gestattete dagegen den letzteren, etwaigen Widerstand selbst mit Hilfe benachbarter Reichsstände gewaltsam zu brechen. Es war ein neuer Sieg der fürstlichen Libertät über das Kaisertum, aber auch über die Landstände und zugleich ein Sieg Frankreichs. So wurde Leopold I. am 18. Juli 1658 gewählt und am 1. August 1658 gekrönt. Kurz danach, am 4. 14. August, schlossen die drei geistlichen Kurfürsten, Pfalz-Neuburg, Münster, Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Kassel und Schweden für Bremen und Verden auf drei Jahre den „rheinischen Bund“, am 15. August trat ihm Frankreich bei, später (1659) noch Württemberg, Hessen-Darmstadt und Pfalz-Zweibrücken (1661), alles für die Behauptung des westfälischen Friedens und jener Wahlkapitulation. Damit gehorchte der deutsche Westen Frankreich und seinem Bundesgenossen Schweden. Gegen beide bot das Einvernehmen zwischen Brandenburg und Österreich den einzigen Halt.

Die nordischen Verhältnisse hatten sich inzwischen von Grund aus gewandelt. Im raschen Siegeszuge hatte noch 1657 Karl Gustav Holstein, Schleswig und Jütland überflutet, dann in tollkühnem Wagnis im Februar 1658 sein Heer über den gefrorenen kleinen Belt nach Fünen geführt, wo er die Dänen am 12. Februar entscheidend schlug. Endlich war er, mit unerhörter Verwegenheit das Eis als Brücke zwischen Fünen, Langeland, Laaland, Falster und Seeland benützend, plötzlich vor dem unvorbereiteten Kopenhagen erschienen und hatte am 27. Februar den Vorfrieden von Roeskilde erzwungen. Dänemark trat Schonen, Blekingen, Halland, Drontheim und Bornholm an Schweden ab, gab ihm damit seine natürlichen Grenzen, und verzichtete auf seine Oberlehnshoheit über Schleswig und Fehmarn, sowie auf die bisher der königlichen und der herzoglichen Linie gemeinsame Regierung über Prälaten, Ritterschaft und Städte von Schleswig-Holstein. Doch mit diesem glänzenden Erfolge nicht zufrieden und von der Wehrlosigkeit Dänemarks überzeugt, dachte Karl Gustav diese zu noch größeren Zugeständnissen auszubenten und die Union der drei nordischen Kronen, die Schweden anspruchsvoll im Wappen führte, unter schwedischer Leitung zu erneuern. Mit dreister Verletzung des Völkerrechts landete er im August 1658 von Kiel aus an der Westküste Seelands in Korsöer. Doch den geplanten Überfall der dänischen Hauptstadt verwandelte die Entschlossenheit der erbitterten Dänen in eine langwierige Belagerung. Seitdem drehte sich der ganze Kampf um Kopenhagen.

Der  
schwedisch-  
dänische  
Krieg.

Der Kampf  
um Kopen-  
hagen.

Während jetzt endlich Holland sich zu tätigem Eingreifen anschickte und am 17. Oktober eine stattliche Kriegsflotte von 36 schweren Schiffen nach dem Sund auslaufen ließ, führte Friedrich Wilhelm ein brandenburgisch-österreichisch-polnisches Heer nach Holstein und Schleswig, die noch in den Händen der Schweden waren, befreite das von ihnen belagerte Rendsburg und erzwang am 16. Dezember den Übergang nach Alsen. Die holländische Flotte aber flog bei scharfem Nordwinde durch die Enge zwischen den brüllenden Batterien Kronborgs und Helsingborgs hindurch, erfocht am 8. November bei der Insel Hveen einen glänzenden Sieg über die schwedische Blockadeflotte, die nach Landskrona zurückwich, und führte dem bedrängten Kopenhagen Lebensmittel zu. Es blieb den Schweden nichts mehr übrig, als die Belagerung in eine aussichtslose Einschließung von der Landseite her zu verwandeln.

Da griffen die Westmächte ein. Frankreich wollte seinen alten schwedischen Bundesgenossen nicht sinken lassen, England seinem holländischen Nebenbuhler keinen entscheidenden Erfolg in der Ostsee gönnen. In dieser schwierigen Lage verständigte sich Holland mit beiden im (ersten) „Haager Konzert“ (21. Mai 1659) über eine Friedensvermittlung auf Grund des Roeskilder Vertrags. Die drei Mächte verpflichteten sich, sogar die Annahme ihrer Bedingungen binnen vierzehn Tagen zu verlangen, und den sich weigernden Teil mit Waffengewalt zu zwingen. Da indessen die inneren Wirren nach Richard Cromwells Rücktritt (25. Mai) England lähmten und Frankreich eben mit Spanien über den Pyrenäenfrieden verhandelte, so fanden jene Forderungen kein Gehör. Nunmehr rückten kaiserliche Truppen unter des Souches auch im schwedischen Pommern ein (August 1659) und belagerten Stettin, in Westpreußen wurden die Schweden auf Marienburg und Elbing beschränkt, und endlich führte im November eine holländische Flotte unter de Ruyter 10 000 Mann verbündeter Truppen nach Fünen hinüber. In blutiger Schlacht wurden die Schweden am 24. November bei Nyborg vollständig geschlagen und der Rest zur Ergebung gezwungen. Der Übergang nach Seeland stand bevor, und dann war Karl Gustav verloren.

Der Friede  
von Oliva.

Doch in demselben Monat (7. November) wurde der Pyrenäenfriede abgeschlossen (s. I, S. 683), und Frankreich nahm eine so drohende Haltung zu gunsten Schwedens an, daß man sich allseits zu Friedensunterhandlungen entschloß. Zwar starb Karl Gustav während dieser Verhandlungen am 23. Februar 1660; aber da Frankreich aufs entschiedenste die völlige Wiederherstellung des schwedischen Besitzes in Deutschland auf Grund des westfälischen Friedens forderte, so mußten die Verbündeten, obwohl auf allen Punkten siegreich, auf jeden Landgewinn verzichten und dagegen die Eroberungen Schwedens ihm lassen; nur Drontheim und Bornholm erhielt Dänemark zurück. Doch mindestens das Hauptsächlichste in deutschem Interesse, die Souveränität des Herzogtums Preußen, fand europäische Anerkennung. Auf diese Bedingungen hin unterzeichneten die Gesandten in dem schmucklosen „Friedenssaale“ des ehrwürdigen Klosters Oliva bei Danzig am 3. Mai 1660 den Frieden. Die alte Kolonie des deutschen Ordens war von slawischer Vorherrschaft befreit, und Brandenburg-Preußen hatte sich seine Stellung als eine selbständige Macht in der

europäischen Staatenwelt erfochten. Die schwedische Großmacht aber hatte vor aller Welt ihre innere Haltlosigkeit erwiesen, denn nur dem Eintreten Frankreichs verdankte sie die Erhaltung ihres alten Besitzes und ihrer neuen Eroberungen.

Doch wollte Friedrich Wilhelm die deutsche und europäische Stellung, die ihm seine staatsmännische Meisterschaft und sein tapferes Heer errungen hatten, behaupten und befestigen, so war das nur möglich in den harten Formen der unumschränkten Monarchie.

Die Landes-  
verwaltung  
in Brande-  
burg.

So begann mit dem Jahre 1660 für Brandenburg-Preußen eine neue Zeit, obwohl sie in einzelnen Dingen schon früher vorbereitet war. Bisher hingen diese durch Krieg und Erbschaft erworbenen, über die ganze Breite Norddeutschlands von der Memel bis über den Niederrhein hinaus zerstreuten, sehr verschiedenartigen Gebiete durch nichts zusammen als durch die Person ihres Herrschers, Preußen gehörte nicht einmal dem deutschen Reichsverbände an. Sie fühlten sich jedes als ein Land für sich, und ihre Selbständigkeit kam zum schroffsten Ausdruck in dem besonderen Indigenat und in den Landständen. Diesen gegenüber gab es eine fürstliche Verwaltung nur in der obersten Instanz, in den unteren nur für Domänen und Regalien, wobei Verwaltung und Justiz meist von denselben Behörden vertreten wurden. In den mittleren Provinzen war die oberste Landesregierung für die Kurmark der (wesentlich ständische) Geheime Rat, für die Neumark eine „Regierung“, für Pommern ein Statthalter mit einem Kollegium von Räten. Die Verwaltung der Domänen lief überall in einer Amtskammer zusammen, die einzelnen Domänen standen unter Amtshauptleuten, die auch die niedere Gerichtsbarkeit und die Polizei über die Städte und Dörfer des Amtes übten; doch in dem bei weitem größten Teile des Landes lagen diese Befugnisse in den Händen der Grundherrschaften und der Stadtbehörden. Die Städte vor allem bildeten Staaten im Staate, unter einem Räte, der aus den eng miteinander versippten und verschwägerten Patrizierfamilien gebildet war, alljährlich als „alter“ und „neuer“ Rat wechselte, sich selbst durch Zuwahl ergänzte und die Verwaltung ohne jede Kontrolle der Bürgerschaft zu Nutz und Frommen der herrschenden Geschlechter führte. Diese Formen der Lokalverwaltung wiederholten sich auch in den meisten westlichen Gebieten; auf die Landesverwaltung wurden die märkischen Formen übertragen. Die Verwaltung von Halberstadt und seit 1680 auch die von Magdeburg übernahm eine „Regierung“, die von Minden 1650 ein Statthalter mit einem Kollegium, dem ein ständischer Ausschuß zur Seite stand und dem zugleich die nahe Grafschaft Ravensberg untergeben war. Wesentlich verschieden waren dagegen nach der einen Seite die Verhältnisse von Cleve-Mark, nach der anderen die von Preußen. Dort hatte schon unter den alten Herzögen der Staatsgedanke über die Libertät gesiegt, doch nicht zu einer monarchischen, sondern zu einer aristokratischen Ordnung geführt, wie in den benachbarten Niederlanden, an denen deshalb Cleve-Mark lange Anlehnung suchten. Die ländliche Lokalverwaltung führten überall Droste oder Amtsleute aus dem heimischen Adel, doch nicht als Grundherren, sondern als Beamte, neben ihnen Richter und Rentmeister; die rührigen Städte, die ihre uralte Stellung als Vermittlerinnen zwischen den Niederlanden und dem Binnenlande behaupteten, und die



freien Bauernschaften erfreuten sich einer wohlgesicherten Selbstverwaltung. Die Landesregierung übertrug 1649 der Kurfürst einem Statthalter mit einem Regierungskollegium und einem Justizrat, wobei er, wie nochmals 1653, die ständischen Privilegien ausdrücklich gewährleistete.

Preußen. Dagegen war in Preußen die landesherrliche Gewalt von der Libertät völlig überwuchert; hier rang die Staatsidee selbst mit einer schlechtthin staatsfeindlichen Ständeherrschaft, die das alte Ordensland in Grundherrschaften und Stadtrepubliken auflöste und folgerichtig ihre beste Stütze in dem Zusammenhange mit der polnischen Adelsrepublik fand. Hier war nicht nur wie überall die örtliche Verwaltung ständisch, sondern auch die Landesverwaltung führten vier ständische Oberräte, denen auch die sehr umfänglichen Domänen unterstanden, während die Steuerverwaltung drei Oberkassenherren mit ständischen Kommissaren in den einzelnen Bezirken leiteten. Erst die Aufhebung der polnischen Lehnshoheit gab dem Kurfürsten hier die Mög-  
 1661. lichkeit, diese Libertät einzuschränken. Die neue Verfassung von 1661 übertrug die Verwaltung der 47 Ämter fürstlichen Hauptleuten, verpflichtete die Oberräte, in allen wichtigen Sachen an den Kurfürsten zu berichten, und behielt diesem das Begnadigungsrecht sowie die Berufung des Landtages vor. So maßvoll diese Veränderungen waren, der Landtag von 1661 widersetzte sich doch ihrer Durchführung aufs äußerste und bewilligte dem Kurfürsten nur die Accise (indirekte Steuer), die ausschließlich die Städte traf, ohne daß diese sie ihrerseits zugestanden hätten. Als sich deshalb besonders in Königsberg ein leidenschaftlicher Widerstand erhob, ja die trotzigste Stadt sogar polnische Hilfe anrief, da ließ sie der erzürnte Kurfürst militärisch besetzen und den Führer der Opposition, den Schöppenmeister Hyronymus Rhode, am 30. Oktober 1662 verhaften. Zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt starb der unbeugsame Mann 1678 auf der Festung Peitz. Da huldigte Königsberg am 16. November dem souveränen Herzog, im nächsten Jahre  
 1663. auch die Stände (18./28. Oktober 1663). Den letzten Versuch, mit polnischer Hilfe die alte Unordnung wiederherzustellen, den der Oberst Christian Ludwig von Kalckstein machte, ein übelbeleumdeter Konvertit und ein fanatischer Parteigänger des Adelsregiments, vereitelte der erbitterte Kurfürst mit rascher Gewalttat; er ließ den Mann im Dezember 1670 zu Warschau festnehmen und in Memel als Hochverräter enthaupten (1672).

Der Gedanke monarchischer Staatseinheit.

Aber mit solchen Maßnahmen zur Befestigung der monarchischen Gewalt in den einzelnen Gebieten, ja selbst mit der Einführung einigermaßen gleichartiger Verwaltungsformen war für die Durchführung der Staatseinheit noch wenig getan. Der Gedanke, sie herzustellen, also an die Stelle der Personalunion die Realunion zu setzen, die *disiecta membra in membra unius capitis*, in eines Hauptes Glieder, zu verwandeln, bestand zunächst nur beim Kurfürsten und einigen hervorragenden Männern. Selbst ihr Werkzeug, ein zuverlässiges, monarchisch gesinntes Beamtentum, mußten sie sich erst schaffen; denn die Beamten jener Zeit waren überall entweder Diener der Stände oder sie fühlten sich wie Söldner an den Fürsten, dem sie dienten, nur durch ein Kontraktverhältnis gebunden und nur an ihn; der Staat als solcher war ihnen gleichgültig, ihr persönlicher Vorteil galt ihnen als die Hauptsache.



Außerdem sträubten sich die einzelnen Gebiete lange hartnäckig, „fremde“, die nicht ihr Indigenat besaßen, als Beamte überhaupt zuzulassen. Da haben sich denn die Hohenzollern allmählich ein treues Staatsbeamtentum erzogen, und so eine neue herrschende Klasse, eine Aristokratie der Bildung geschaffen, die zuerst und lange Zeit allein der Träger des Staatsgedankens war.

Für die Herstellung der Staatseinheit sprach die gebieterische politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Mit den unsicheren Steuerbewilligungen kurzfristiger und eigensinniger Provinziallandtage und mit ständischen Beamten ließ sich eine wirksame Politik überhaupt nicht führen, und die Finanzen befanden sich dank der ständischen Wirtschaft und dem dreißigjährigen Kriege in der trostlosesten Verfassung.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage.

Um 1640 betrugen die (reinen) Einkünfte Brandenburgs nur 30 000 Taler (damals zu etwa 4,50 Mark), dagegen die Domänenschulden weit über 200 000 Taler. Das ständische „Kreditwerk“ war einfach bankrott, bis der Kurfürst seit 1664 Ordnung schaffte; der einträgliche Zoll von Leuzen war an Dänemark verpfändet. In Cleve warfen die Domänen 1641 nur 40 000 Taler ab, in der Grafschaft Mark 8000 Taler, in Preußen, wo sie 1648 den dritten Teil des ganzen Landes, über 48 000 Hufen, umfaßten, noch nicht ganz 6000 Taler, so daß man im schwedisch-polnischen Kriege Krongüter im Werte von 1 600 000 Taler verpfänden mußte. Cleve trug schon 1649 eine Domänenschuld von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Taler, dazu die berühmte Höfysersche Schuld, die holländische Wucherlünfte von 100 000 Talern allmählich auf 5—6 Millionen Taler zu steigern wußten, der Kaiser aber hatte an Kriegs- und Reichsteuern noch 572 000 Taler zu fordern.

Diesen unerschwinglichen Lasten entsprach der wirtschaftliche Zustand des Landes, zumal in den mittleren Provinzen.

Tuchmacherei und Brauerei, die wichtigsten Erwerbszweige der Marken, waren völlig zu Grunde gerichtet, der Handel Frankfurts a. O. sank unaufhaltsam seit den Leiden des dreißigjährigen Krieges und seit der vollen Öffnung der oberen Oder, die das siegreiche Österreich 1628 zu gunsten des aufblühenden Breslau erzwungen hatte, während die schwedischen Zölle seit 1631 den Verkehr mit Stettin fast unmöglich machten. Die Hauptstadt Berlin-Cölln war i. J. 1640 von 12 000 Einwohnern auf 6—7000 herabgekommen und zählte 1648 nur noch 300 Bürger, die in elenden, halbverfallenen Fachwerkhäusern um das nicht minder verfallene kurfürstliche Schloß auf der Spreeinsel wohnten. In Prenzlau gab es nach dem Kriege nur noch 107 bewohnte Häuser von 787, in Neustadt-Eberswalde waren von 282 Häusern 158 verschwunden. Noch schlimmer sah es auf dem platten Lande aus, waren doch z. B. in Teltow schon 1624 von 1175 Bauernstellen 841 unbeseht.

In wenig besserer Lage befand sich Magdeburg, das zunächst noch nicht einmal zu Brandenburg gehörte. Die Hauptstadt hatte seit ihrer Zerstörung i. J. 1631 ihren Elbhandel an Hamburg und Sachsen verloren; ja er drohte der Vernachlässigung des Fahrwassers während des Krieges und den nachher unvernünftig gesteigerten Zöllen völlig zu erliegen. Auch Brauerei und Bergbau waren im Verfall, das ganze Stiftsland überhaupt trotz seines reichen Bodens und seiner älteren Kultur unter der schlaffen Verwaltung des Stifts und der Stände wirtschaftlich wie politisch zersplittert und deshalb wehrlos.

So waren die Mittellande der Hohenzollern vor der Vereinigung mit Magdeburg und ohne den Besitz der Odermündungen, zumal da sie von sehr ungünstigen Grenzen umschlossen wurden, in staatlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht noch viel

zu schwach, um wirklich den festen Kern zu bilden, den sich die weitentlegenen und fremdartigen Gebiete am Niederrhein und am Pregel anschließen konnten. Es galt vor allen Dingen sie so zu stärken und innerlich umzugestalten, daß sie das zu werden vermochten.

Die Anfänge  
der mo-  
narchischen  
Staats-  
einheit.

Kaum war der dreißigjährige Krieg beendet, als der Kurfürst i. J. 1651 den Geheimen Rat gründlich umgestaltete. Diese höchste Verwaltungsbehörde für den ganzen Staat wurde aus zwölf Räten gebildet und zerfiel in neunzehn Departements für die verschiedenen Zweige; als Ganzes war er eine beratende, in den Abteilungen eine ausführende Behörde. In demselben Jahre wurde die Verwaltung der Domänen und der Regalien selbständig gemacht, zentralisiert und umgestaltet. Die Überschüsse flossen aus allen Provinzen in der Hofrentei zusammen, die Aufsicht führte seit 1659 die Hofkammer, die Verpachtung, also die Verdrängung der bisherigen äußerst verschwenderischen und schwer zu überwachenden Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft, wurde nach clevisch-märkischem Vorbilde wenigstens begonnen. Ebenso erhielt die Postverwaltung unter Abwehr des Reichspostregals eine selbständige und einheitliche Organisation, nachdem sie um 1650 durch Einführung des Postzwanges zu einer rein staatlichen Anstalt geworden war; 1652 trat ein Generalpostmeister mit einem Postdirektor und einem Postrentmeister an die Spitze, die zusammen die Hofpostkammer bildeten, 1664 wurde die Einheitlichkeit der Einrichtungen im ganzen Staatsgebiete durchgeführt.

Heer- und  
Steuerwesen.

Über alle diese Reformen erschütterten den ständischen Staat an sich noch keineswegs, da sie nur Dinge betrafen, die von jeher dem Landesherrn zustanden. So lange die bisherige Form der Steuern, die in jedem Gebiete die Stände bewilligten, nach festen herkömmlichen Sätzen auf Grundherrschaften, Städte und Ämter verteilten und durch ständische Ausschüsse verwalteten, bestehen blieb, so lange gab es noch keinen monarchischen Staat. Da gab den unmittelbaren Anstoß zur Reform das Heerwesen; seine Neugestaltung wurde der Ausgangspunkt der Staatseinheit für Brandenburg-Preußen wie später der Reichseinheit für Deutschland.

Noch bestanden die alten Grundlagen der Wehrverfassung, das Lehnsaufgebot der Vasallen und die allgemeine Dienstpflicht der Bürger und Bauern für die Landesverteidigung; aber wo man einen Versuch machte, diese mittelalterlichen Anstalten zu benutzen, wie 1626 in Preußen mit den Wybranzen (polnisch, etwa „Ausgewählte“), da bewährten sie sich im Kriegsfall so schlecht, daß man schon in der ersten Zeit des großen Krieges trotz alles Sträubens der Stände zum Söldnerwesen hatte übergehen müssen. Seit 1620 bewilligten die märkischen Stände eine Kriegsteuer (Kontribution) auf Grund des Hufen- und Hauskatasters für den Unterhalt von Truppen, allerdings nur auf Zeit, doch die Umstände erzwangen dann immer wieder neue Bewilligungen. Der clevisch-märkische Landtag folgte diesem Beispiele 1645, dann wieder 1653 und beim Ausbruche des schwedisch-polnischen Krieges, für den auch die preussischen Stände erhebliche Mittel gewährten. Auch hierbei suchten die Stände zunächst die Verwaltung und Aufsicht in der Hand zu behalten; die Offiziere sollten mit ihrer Bewilligung ernannt werden, das Kriegsvolk schwur auch dem Lande den Eid, ständische Kommissare überwachten die Verwendung der Gelder.



Doch es war ein innerer Widerspruch, daß der Adel seinen alten persönlichen Kriegsdienst auf Söldner und deren Unterhalt fast ausschließlich auf Bürger und Bauern abwälzte, denn Vorrechte sind nur haltbar, so lange ihnen höhere Pflichten gegenüberstehen. So knüpfte sich an die Bildung eines stehenden Heeres eine Neuordnung der Steuer- und Kriegsverwaltung, wie eine neue Besteuerungsform, die allmählich dem ständischen Staate die Wurzeln durchschneidet und ein einheitliches monarchisches Beamtentum schuf.

Zunächst entwickelte sich in den Mittelprovinzen die Kreisverfassung. Darnämlich die märkischen Gesamtlandtage als schwerfällig und kostspielig (der Kurmärkische zählte allein 1500 Personen) schon seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts mehr und mehr durch die Ausschußstage ersetzt wurden, zu denen Abgesandte der landesfürstlichen Städte und jedesmal gewählte Vertreter der Ritterschaft zusammentraten, so bedurfte man dafür fester Wahlkreise und benützte als solche die Amtsprengel der Landreiter, die die adeligen Wähler beriefen. Diese ritterschaftlichen Wahlversammlungen oder Kreistage übernahmen nun aber bald auch die Verteilung der bewilligten Steuern, seit 1600 oft sogar die Bewilligung selbst und bestellten zuerst 1620 für den Durchmarsch englischer und niederländischer Söldner Kreiskommissare zur Leitung desselben und zur Überwachung der Kriegseinstellungen für sie. Seit 1651 wurden diese Kreiskommissare mit dem Heer zugleich ständige, seit etwa 1641 von den Kreistagen aus ihrer Mitte nur vorgeschlagen, vom Kurfürsten aber ernannt, also zugleich monarchische und ständische Organe für die Kriegssteuern und bald auch für die Polizei auf dem platten Lande. Um 1655 war diese Neubildung in den Marken abgeschlossen und wurde dann zunächst auf Pommern übertragen, wo die Aufgaben der märkischen Kreiskommissare an die alten ständischen „Landräte“, die gewählten Vertreter der Landvogteien und Burggerichte, übergingen, nach 1680 folgte Magdeburg, und seit 1701 wurde der Titel „Landrat“ allgemein. So gestaltete sich eine höchst eigentümliche Verbindung der monarchischen Verwaltung und der ständischen Selbstverwaltung, „die lebenskräftigste und genialste Bildung im Staate des Großen Kurfürsten.“

Kreis-  
verfassung  
und  
Landrats-  
amt.

Völlig monarchische Formen nahm dagegen die Heeresverwaltung an. Seit 1651 ernannte Friedrich Wilhelm für jeden der damaligen drei Militärbezirke (Preußen, die mittleren Provinzen, Minden, Ravensberg und Cleve-Mark) einen Oberkommissar, 1655 zwei Generalkommissare für Preußen und für die Reichslande, später nur einen. Unter ihm standen Oberkriegskommissare zunächst für Preußen und Cleve-Mark, dann auch für die Neumark, Kurmark und Pommern, deren jeder wieder mehrere Kommissare unter sich hatte. Alle Fäden der Heeresverwaltung liefen im Geheimen Räte zusammen. Die militärische Oberleitung des gesamten Heeres führte der Generalfeldmarschall, die Artillerie stand unter dem Generalfeldzeugmeister, für Ordnung bei Marsch, Lager und Schlacht sorgte der Generalquartiermeister. Die Heeresbildung beruhte auf Werbung zunächst im Lande selbst, die Vasallenschaft der Ritterschaft wurde gewöhnlich durch Geld abgekauft, wie schon früher der Wehrdienst der Bürger. Da die Werbung den Obersten eine große Selbstständigkeit gab, so mußte ihnen zunächst auch noch die Bestellung der ihnen unter-

Die neue  
Heeresver-  
waltung.

gebenen Offiziere überlassen bleiben, aber die Kriegszucht war streng, die Regimenter wurden seit 1655 zu festen Verbänden zusammengeschlossen und durchweg uniformiert, das Fußvolk in dem dunklen Blau, der altüberlieferten Farbe des deutschen Waid. Die Reiterei erhielt ihre treffliche Ausbildung durch Georg von Derfflinger, einen geborenen Oberösterreicher, die Artillerie und das Befestigungswesen durch den Märker Otto von Sparr. Um 1688 belief sich die Stärke des Heeres auf etwa 50000 Mann, der jährliche Aufwand auf 2 Millionen Taler (zu 4 Mark Metallwert).

Die Steuerreform.

Doch mit den bisherigen Formen der Besteuerung, der Grundsteuer (Kontribution) für Stadt und Land, ließen sich die Kosten des stehenden Heeres nicht beschaffen, und doch war der Kurfürst fest entschlossen, seine Armee beizubehalten, da auf ihr allein die Sicherheit des Landes beruhe. Aber nur die clevisch-märkischen Stände gingen auf seine Forderung ein, indem sie ihm im März 1661 auf ein Jahr 110000 Taler für den Unterhalt seiner Truppen bewilligten und dann diese Leistung regelmäßig erneuerten; der Kurmärkische Ausschustag von 1666 erklärte es für unmöglich, daß das erschöpfte Land, das in den letzten Jahren etwa 8 Millionen Taler habe aufbringen müssen, solche Lasten trage, und in der Tat, in der bisherigen Veranlagungsweise war es unmöglich.<sup>\*)</sup> Da schlug der Kurfürst im Februar 1667 den Kreistagen vor, die drückende Kontribution durch eine Accise (Verbrauchssteuer auf eingeführte Waren) nach holländischem Muster zu ersetzen, wie sie schon 1661 die preussischen Stände bewilligt und 1658 Berlin und Köln probeweise eingeführt hatten. Als die Ritterschaft sich auch dagegen erklärte, führte der Kurfürst durch Reskript vom 15. April 1667 zunächst fakultativ für die landesherrlichen Städte der Marken auf drei Jahre eine niedrige Accise auf Getränke, Brot, Fleisch, Nutzvieh, Salz, Saatgetreide, endlich auch für die übrigen Lebensmittel und für Kaufmannswaren ein. Bis 1680 nahmen alle märkischen Städte die neue Steuer, die ihnen wie eine „Eingebung Gottes“ erschien, freiwillig an; 1681 wurde sie auch auf die Amts- und Grundherrenstädte ausgedehnt, 1682 auf Pommern, 1686 auf Magdeburg. In den westlichen Provinzen blieb dagegen das alte System örtlicher indirekter Steuern zunächst bestehen, und für das platte Land überall die Kontribution, nur daß in den meisten Gebieten die alten Kataster wenigstens einigermaßen verbessert wurden. Während so der monarchische Staat notgedrungen noch darauf verzichten mußte, dem Landvolke direkt Erleichterung zu bringen und die Verwaltung der Kontribution in den mittleren Provinzen den Kreisen, in Cleve-Mark den „Richtern“ und „Erbsentagen“, in Preußen den Kastenherren“ und ihren Untergebenen, also ganz- oder halbständischen Organen, überließ, übernahm die Verwaltung der Accise in jeder Stadt ein städtischer Accisedirektor in Verbindung mit einem landesfürstlichen Steuerkommissar, über ihnen standen seit 1680 die Oberkriegskommissare. An deren Stelle traten dann kollegialische Kriegskammern nach dem Muster der Amtskammern, zuerst 1684 in Preußen und Cleve-Mark, später auch in Magdeburg (1692) und

<sup>\*)</sup> Die Grundsteuer war nach dem Hufenkataster so ungleich verteilt, daß z. B. in Cleve die Städter  $\frac{1}{6}$ , die Bauern  $\frac{2}{3}$  derselben zahlten, reiche Leute in Hamm 5–6 Taler, die ärmsten Bauern 15 Taler beitrugen.

Pommern (1703). Den „Regierungen“ blieben seitdem nur die Lehnshoheits- und Landtagssachen, den Ständen die Schuldenverwaltung, die Landtage aber wurden mehr und mehr auf die formelle „Annahme“ der landesherrlichen Steuerforderung beschränkt, außer in Cleve-Mark. So war der ständische Staat gebrochen, und auch in die Verwaltung der Städte drang von oben ein frischerer Hauch, denn schon 1667 übernahm zugleich mit der Einrichtung der Accise ein Bürgerausschuß neben dem Räte die Aufsicht über diese Verwaltung, der seit 1683 auch das Recht erhielt, außerordentliche städtische Abgaben zu bewilligen, der Keim der späteren Stadtverordnetenversammlungen.

So wurde bis 1688 die Einheit der Verwaltung für Domänen und Regalien, für Heerwesen und Steuern durchgesetzt, die Staatsidee hatte ihren ersten großen Sieg über die Selbstsucht der Stände errungen, und doch ohne schroffen Bruch mit dem Überlieferten. Die adligen Geschlechter, deren altbegründete soziale Macht in diesen Kolonialländern östlich der Elbe kein Gesetz beseitigen konnte, behaupteten in der Kreisverfassung eine bedeutsame Stellung und gewöhnten sich nach und nach daran, in den Heeres- und Verwaltungsdienst einzutreten; der Adel wurde nicht, wie gleichzeitig in Frankreich und in den übrigen romanischen Ländern, aus dem Staatsdienst hinausgedrängt und zu einem schmarozenden Hofadel herabgedrückt, sondern in den monarchischen Staat eingefügt, und er wurde im nächsten Jahrhundert zu einem politisch-militärischen Adel, der in Europa nicht seines Gleichen fand.

Indem der Kurfürst die Grundlagen einer einheitlichen Verwaltung zunächst namentlich für die Mittelprovinzen schuf, bahnte er für diese auch die wirtschaftliche Einheit, den Sieg der Staatswirtschaft über die Stadt- und Territorialwirtschaft an. Kühn versuchte er hier zu gleicher Zeit einen leistungsfähigen einheimischen Gewerbefleiß zu schaffen, wie seinen Länden einen selbständigen Anteil am Durchgangshandel, selbst am Welthandel zu sichern. Die Accise hatte neben ihrer finanziellen Bedeutung auch die Bestimmung, auswärtigen Wettbewerb fernzuhalten; in derselben Richtung wirkten die Einfuhrverbote für fremde Tuche, Metall- und Glaswaren und das Ausfuhrverbot für einheimische Wolle; dem Handwerk aber versuchte er durch strenge Vorschriften über Lehrlingswesen, Wanderzeit und Meisterstück einen kräftigeren Geist einzuhauchen (1688); ja er hat die völlige Aufhebung des veralteten Zunftzwanges 1669 beim Reichstage beantragt. Aus demselben Grunde begünstigte er die Einwanderung fremder Gewerbetreibender, vor allem die der französischen Reformierten nach der Aufhebung des Edikts von Nantes i. J. 1685. Ihnen gewährte er außer den gewöhnlichen Vorteilen unentgeltlich alle unbefetzten Häuser und Acker und Einquartierungsfreiheit, den Edelleuten noch besonders Gleichberechtigung für den Eintritt in sein Offizierkorps. So kamen ihrer etwa 20000, überwiegend Adlige, Gelehrte, Kaufleute und Fabrikanten; davon ließen sich 15000 in Brandenburg, 5—6000 allein in Berlin nieder.

Die Anfänge der wirtschaftlichen Staatseinheit.

Sie besiedelten hier zumeist die neuen Stadtteile im Westen der Spree, Neu-Cölln, Friedrichswerder und Dorotheenstadt und bildeten um 1685/90 nicht weniger als 46 Prozent der hauptstädtischen Bevölkerung. Sie behaupteten sich lange als eine abgesonderte Genossenschaft, eine „Kolonie“ mit eigener Gerichtsbarkeit (bis 1811), mit

selbständiger Gemeinde-, Kirchen-, Schul- und Armenverwaltung und einem sehr umfanglichen, jetzt überaus wertvollen Grundbesitz.

So haben diese Refugios Jahrzehntelang einen sehr bedeutenden Einfluß auf das geistige wie auf das wirtschaftliche Leben ausgeübt.

Für den Binnenverkehr wirkte fördernd die Ausbildung der Post, im wesentlichen das Werk des hochverdienten ersten Postdirektors Michael Matthias. Ihre reitenden Boten beförderten durch ganz Norddeutschland von Königsberg bis Cleve Briefe in der damals allgemeines Staunen erregenden kurzen Frist von nur zehn Tagen und schlossen hier an die holländische, dort an die schwedische Post an. Doch der kühnste und glücklichste Schachzug der Handelspolitik des Kurfürsten war die Erbauung des Friedrich-Wilhelmskanals zwischen Spree und Oder (1662/68) nach Matthias' Plänen. Er versetzte allerdings dem Stapelrechte Frankfurts den Todesstoß, aber er lenkte einen großen Teil des schlesisch-polnischen Warenzuges nach Hamburg und nach dem Westen überhaupt von der sächsischen „hohen Straße“ und von Stettin durch Brandenburg ab, und legte den Grund zum raschen Wachstum Berlins, das damit plötzlich der wirtschaftliche Mittelpunkt der Marken, ja des ganzen Nordostens wurde. Weniger erfolgreich waren dagegen die Bemühungen des Kurfürsten (seit 1666) um die Hebung der Elbschiffahrt zur Wiederherstellung der verlorenen Handelsgröße Magdeburgs; er vermochte weder die Erniedrigung der drückenden Elbzölle noch die Beseitigung des hemmenden Hamburger Stapels durchzusetzen, schützte aber trotzdem das eigensüchtige Hamburg zweimal tatkräftig vor dänischer Vergewaltigung (1678/79 und 1685/86).

Die Kriegs-  
lotte.

Bei den noch sehr bescheidenen Mitteln seiner Lande war es fast verwegen, wenn der Kurfürst, der nicht umsonst seine Schule in Holland gemacht hatte, als der erste deutsche Staatsmann nach dem Zerfall der Hanse, vorschauenden Geistes seinem verarmten und herabgekommenen Volke die steilen Bahnen zur See- und Kolonialherrschaft wies. Noch war der große Krieg nicht zu Ende, da dachte er schon 1647 an die Gründung einer brandenburgisch-ostindischen Kompagnie und unterhandelte später, i. J. 1650, zu demselben Zwecke mit Dänemark über den Ankauf von Trankebar, der nur aus Mangel an Mitteln unterblieb. Nach Beendigung des polnisch-dänischen Krieges wurden diese Pläne wieder aufgenommen, und 1664 gingen die ersten Kriegsschiffe unter dem brandenburgischen roten Adler im weißen Felde in See, „Herzogtum Cleve“ und „Grafschaft Mark“. Während des schwedischen Krieges (s. unten) ermietete der Kurfürst dann 1676 von dem holländischen Unternehmer Benjamin Raule eine Anzahl Kriegsfahrzeuge, die gegen Schweden gute Dienste taten, und ernannte ihn zum „Ober-Direktor der Kommerzien zu Wasser und der Schifffahrt“. Der Anfang zu einer selbständigen Flotte wurde zwar erst 1677 gemacht, doch so rasch gefördert, daß sie 1682 bereits 10 größere Schiffe, 6 leichte Fregatten und 15 kleinere Fahrzeuge zählte und am 1. Oktober 1684 vom Staate übernommen wurde.

Kolonial-  
politik.

Noch früher begannen die Kolonisationsversuche, zunächst durch eine seeländische Handelsgesellschaft unter brandenburgischer Flagge. Nachdem auf mehreren Fahrten an der westafrikanischen Pfeffer- und Goldküste die ersten Beziehungen angeknüpft,



insbesondere die ersten Verträge mit den Negern geschlossen worden, erteilte der Kurfürst im Mai 1682 jener Handelsgesellschaft mit dem Sitze in Pillau das ausschließliche Handelsrecht auf dreißig Jahre an der Küste zwischen dem grünen Vorgebirge und Angola, außer in den holländischen Niederlassungen, und sandte im Juli dess. J. zwei seiner Fregatten, „Kurprinz“ und „Morian“, unter der Leitung des jugendlich unternehmenden Majors Otto Friedrich von der Gröben dorthin aus. Unter schwierigen Verhandlungen mit den eifersüchtigen Holländern hißte Gröben am Neujahrstage 1683 auf dem Großen Friedrichsberge unweit des Vorgebirges der Drei 1683. Spitzen (Tres Puntas) feierlich die Flagge Brandenburgs, unweit der Stelle, wo sich zwei Jahrhunderte später unter glücklicherem Zeichen das Banner des neuen Reiches erhob. Dort legte er das stattliche Fort Groß-Friedrichsburg an, das er sofort gegen einen Angriff holländischer Neger zu schützen hatte. Schon 1684 kam eine Gesandtschaft der nun unter brandenburgischen Schutz gestellten Negerstämme nach Deutschland, um dem Kurfürsten zu huldigen. Mehrere neue Verträge erweiterten das Schutzgebiet und gestatteten die Begründung noch zweier Forts, dazu besetzten die Brandenburger die Insel Urquin in der Senegalmündung. Da der Handel aufblühte und die Neger sich bald an besseren Anbau gewöhnten, so waren die Einnahmen keineswegs unbedeutend; nur verschlangen die beträchtlichen Kosten für Festungsanlagen und Besatzungen den größten Teil. Als nun die ostfriesischen Stände den Schutz des Kurfürsten gegen ihr eigenmächtiges Fürstenhaus beanspruchten, verlegte er den Sitz der Gesellschaft und die Marinestation nach Emden, da die Stände sich mit 28000 Talern an dem Unternehmen beteiligten; die Leitung der Flotte übertrug er gleichzeitig einer eigenen Admiralität. Schließlich übernahm er 1686 auf Kaules Rat den Betrieb der Handelsgesellschaft ganz auf eigene Rechnung und verband die Leitung mit der Admiralität. Die aufgeregte Eifersucht der Holländer, die sogar Groß-Friedrichsburg, übrigens vergeblich, belagerten, machten den Kurfürsten in seinen Plänen durchaus nicht irre, er erlangte von den Dänen das Besatzungs- und Ansiedlungsrecht auf der westindischen Insel St. Thomas und verhandelte mit Frankreich über die Erwerbung von St. Croix und Vincent. Aber das, was noch fehlte und fehlen mußte, Unternehmungslust und Kapital seiner Kaufleute, das konnte auch seine geniale Kraft nicht ersetzen, und deshalb trugen seine Unternehmungen noch nicht die gehofften Früchte.

Es lag ein ungeheurer zugleich politischer, wirtschaftlicher und sittlicher Fortschritt in dieser zielbewußten, immer streng monarchischen und immer volksfreundlichen Politik, wie sie damals in dieser Verbindung kaum irgendwo ihres Gleichen fand. Über noch weit höher über dem Durchschnitt seiner Zeitgenossen stand der Kurfürst in seiner Behandlung der kirchlichen Dinge. Er war persönlich ein eifriger reformierter Christ, aber ebendeshalb grundsätzlich für Duldung der übrigen evangelischen Bekenntnisse. So entsprach es auch den Überlieferungen seines Hauses seit Johann Sigismund und den Bedürfnissen seines Staates, der von Anhängern der verschiedensten Konfessionen bewohnt war. In der praktischen Behandlung der kirchlichen Fragen bildete er allmählich die drei Gegensätze durch, die seitdem als Richtschnur dienten: wer Gott bekennt, genießt persönliche Gewissensfreiheit und ist zu

Kirchenpolitik.

allen Ämtern fähig; die Kirchen als Rechtsanstalten unterliegen dem Zwange und der Aufsicht des Staates (*jus circa sacra*), der das streitige Gebiet aus eigener Machtvollkommenheit abgrenzt; die geistlichen Verrichtungen und die besonderen priesterlichen Angelegenheiten läßt der Staat frei und beschützt sie. Demgemäß hielt der Kurfürst gegenüber den Evangelischen an seiner landesbischöflichen Gewalt fest, gegenüber den Katholiken unter allen Umständen an seinem Oberaufsichtsrecht; im einzelnen behandelte er sie in den einzelnen Gebieten völlig verschieden je nach den Verträgen. Als oberster Bischof legte er den Lutheranern und Reformierten vor allem die Pflicht gegenseitiger Duldung auf, erneuerte deshalb 1662 für die Marken das Verbot der gegenseitigen Schmähung und Verfeinerung von den Kanzeln herab und untersagte seinen Theologen den Besuch der strenglutherischen Universität Wittenberg. Da ein Religionsgespräch in Berlin 1662/63 die gewünschte Annäherung nicht herbeiführte, so wiederholte er 1664 sein Edikt und forderte von den Geistlichen die Unterzeichnung einer Unterwerfungserklärung. Unter den wenigen, die schließlich, weil sie sich einer solchen als einer Beeinträchtigung ihrer Gewissensfreiheit weigerten, ihres Amtes entsetzt wurden, befand sich auch Paul Gerhardt (1666), seit 1657 Diakonus an der Nikolai-Kirche in Berlin. Auf die Bitten seiner Stände verzichtete der Kurfürst schließlich 1667 auf die Unterzeichnung eines Reverses und gab zudem über die Tragweite seiner Edikte beruhigende Erklärungen.

Den Katholiken gestattete er in Brandenburg und Pommern gemäß den Umständen des Normaljahres 1624 keinen öffentlichen Gottesdienst. In Preußen, wo die strenglutherischen Stände mit polnischer Hilfe das Eindringen der Reformierten zu verhindern suchten, hielt er sich an den Vertrag Johann Sigismunds von 1611, gewährte also den Katholiken den ungestörten Besitz ihrer Kirchen und Kapellen, den katholischen Grundherren das Patronatsrecht, das einem *jus reformandi* sehr nahe kam, und räumte dem Bischof von Ermland die Gerichtsbarkeit über die katholischen Geistlichen des ganzen Herzogtums ein; die Jesuiten duldete er unter mannigfachen Schwankungen wenigstens in Königsberg und in der berühmten Wallfahrtskirche zur heiligen Linde bei Rastenburg. Als Normaljahr betrachtete er seit der Erlangung der Souveränität das Jahr des Wehlauer Vertrages 1657. In Lauenburg und Bülow, sowie in der 1668 von ihm als Pfand besetzten Starosteie Draheim, wo überall die polnische Herrschaft mit brutaler Gewalt der fast ganz evangelischen Bevölkerung alle ihre Kirchen weggenommen und sie unter katholische Pfarrer gestellt hatte, hielt er trotzdem diesen vertragsmäßig gesicherten Zustand aufrecht, genau so wie später in Schwiebus (s. unten). In derselben strengen Vertragstreue ließ er in den auf Grund des westfälischen Friedens erworbenen alten Stiftslanden die katholischen Kirchen und Stiftungen bestehen, nahm hier aber auch als Rechtsnachfolger der Bischöfe deren Gewalt für sich in Anspruch, demgemäß auch das Recht, die teilweise arg verlotterten Klöster zu visitieren, und hätte am liebsten die von einem Bischof auszuübenden rein geistlichen Funktionen einem von ihm ernannten Vikar übertragen, begnügte sich aber zuletzt damit, benachbarten Bischöfen die Vornahme solcher Handlungen zu gestatten. In Minden duldete er die Jesuiten seit 1660.

Das Eigentümlichste leistete seine Kirchenpolitik in Cleve-Mark, wo einerseits

die Lutheraner dem reformierten Kurfürsten offene Feindschaft zeigten und die Reformierten mit ihrer demokratischen Kirchenverfassung der Monarchie mißtrauisch gegenüberstanden, andererseits die Rücksicht auf den pfälzischen Mitbesitzer lästige Schranken zog. Erst der Vertrag von Dorsten 1665 und die endgültige Teilung des Erbes auf Grund des tatsächlichen Besitzstandes 1666 gab dem Kurfürsten einen festen Boden unter die Füße, und endlich regelte nach schwierigen Verhandlungen mit dem fanatisch beschränkten Pfalzgrafen Philipp Wilhelm der Berliner Religionsvergleich vom 6. Mai 1672 die kirchlichen Verhältnisse im ganzen Umfange der <sup>1672.</sup> alten jülich-clevischen Lande.

Lutheraner, Reformierte und Katholiken erhielten in den beiderseitigen Gebieten freie Religionsübung an bestimmten Orten; in Cleve-Mark wurde jede auswärtige bischöfliche Gewalt für alle Bekenntnisse, in Jülich-Berg für die Evangelischen abgelehnt; dort bestand deshalb für die katholischen Geistlichen die Anzeigepflicht. Katholiken wie Protestanten unterstanden ausschließlich Geistlichen ihres Bekenntnisses, nicht mehr wie bisher häufig, dem andersgläubigen Ortspfarrer. Endlich sollten sie in den beiderseitigen Landen volle bürgerliche Gleichberechtigung genießen.

Zum erstenmale schuf dieser Kezß kraft fürstlicher Macht auf Grund des alten clevischen Staatskirchenrechts ein interkonfessionelles Gebiet, er bewies „die Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens von Protestanten und Katholiken und eines geordneten Zusammenwirkens von evangelisch-weltlichen und katholisch-geistlichen Mächten“. Unwiderstehlich mußte dieses Beispiel auch auf die anderen brandenburgischen Provinzen hinüberwirken. Jedenfalls hielt die Kirchenpolitik des Kurfürsten die Mitte zwischen den streng katholischen Staaten und dem hartlutherischen Norden und zeigte so auch dem übrigen Deutschland den Weg für die Zukunft.

Das Unterrichtswesen überließen die Staaten jener Tage noch überwiegend den <sup>Schulpolitik.</sup> Kirchen, Gemeinden und Körperschaften, doch tat auch hier Friedrich Wilhelm, was in seinen Kräften stand. Die geplante Universität für alle Bekenntnisse freilich kam nicht zustande, aber für die westlichen Provinzen gründete er 1655 eine neue Universität in Duisburg und dem kursächsischen Wittenberg dachte er eine solche in Halle entgegenzustellen. Die beiden alten Hochschulen zu Königsberg und Frankfurt a. O. stattete er besser aus, ebenso die beiden alten Berliner Gymnasien; ein drittes reformiert-lutherisches gründete er 1681 im Friedrichswerder. Auch zu der jetzigen königlichen Bibliothek legte er 1661 den Grund und noch in seinem letzten Jahre berief er den Sachsen Samuel Pufendorf zu seinem Geschichtsschreiber, dem er mit großartigem Freimute seine Archive unbedingt öffnete. Manches Geplante blieb unvollendet, denn noch allzusehr fehlten seinem werdenden Staate die Mittel zu einer Pflege der geistigen Interessen im großen Maßstabe.

Während so im Norden Deutschlands in rastloser Arbeit aus zerstreuten, ohnmächtigen Gebieten ein junges Staatswesen erwuchs, deutsch, monarchisch, duldsam, das sich bereits an die Lösung der schwierigsten nationalen Aufgaben wagte, verharrten die buntgemischten Völker und Völkerspitter in den weiten Ländern des Hauses Habsburg fast unverändert in den Zuständen, wie sie sich aus dem dreißigjährigen Kriege ergeben hatten. Die Regierung war dynastisch, ständisch, katholisch. Von den drei Gruppen dieser Lande, der österreichischen, böhmischen und

Die Verwaltung der habsburgischen Lande.

ungarischen, stand die letzte ganz außerhalb des Reichsverbandes, und auch die beiden anderen gehörten ihm nur halb an, da sie nicht dem Reichskammergericht unterstanden und die Glaubensfreiheit des westfälischen Friedens nicht genossen, die böhmische Gruppe sich nicht einmal der Kreiseinteilung eingefügt hatte. Erst seit Ferdinand II. waren alle drei in einer Hand vereinigt, bis auf Tirol, das erst nach dem Aussterben der dortigen Nebenlinie 1665 an die Hauptlinie zurückfiel, aber sie bildeten keine staatliche Einheit. Ihren Sieg über die ständische Libertät hatten die Habsburger dazu benützt, um die Selbständigkeit der Stände zu zerstören, aber die Landes- und Ortsverwaltung blieb ihnen nach wie vor völlig überlassen, weil es nicht nur unmöglich war, die hier uralte, festbegründete soziale Macht des weltlichen und geistlichen Großgrundbesitzes zu brechen, sondern weil das Herrscherhaus sich auf sie stützte, um die selbständige geistige Entwicklung seiner Völker künstlich niederzuhalten, die, wenn nicht den Staat, so doch sicher die mit fürchterlichen Opfern errungene Alleinherrschaft der römischen Kirche gesprengt hätte. Von einem ernstlichen Versuche, die österreichische und böhmische Ländergruppe zu einem Staate zu verschmelzen, war vollends keine Rede, und seiner Ausdehnung auf Ungarn hat das zähe Selbstgefühl der halbprotestantischen Magyaren stets einen unüberwindlichen Widerstand entgegengesetzt.

So gab es denn zunächst ebensoviele Ständerversammlungen als Kronlande. Sie gliederten sich gewöhnlich in Prälaten, Herren, Ritter und Städte, doch spielten die Städte nirgends eine bemerkenswerte Rolle. Zählte man doch in Böhmen nur sechs landtagsfähige Städte, in Mähren hatten alle zusammen nur eine Stimme, in Nieder-Österreich gab es fünfzehn nebst vier Märkten, in Ober-Österreich sieben, in Tirol zwölf. Der Bauernstand erfreute sich nur in Tirol einer selbständigen Vertretung, sonst galt er als vertreten durch seine Grundherren. Die einzige Aufgabe der Landtage war die alljährliche formelle Bewilligung des landesherrlichen „Steuerpostulats“. Um so fester hielten die Stände die Verwaltung in der Hand. Ständische Ausschüsse und Beamte, deren man z. B. in Steiermark allein vierzig höhere zählte, besorgten die Umlegung, Einhebung und Abführung der bewilligten Steuern in die ständischen Kassen, die Deckung der Landesschulden, den Bau und den Unterhalt von Brücken und Straßen, die Verteilung und Stellung, die Anwerbung, Ausrüstung und Verpflegung des Militärs, so daß sich bis auf Maria Theresia das Heer aus den einzelnen, teilweise im Reiche geworbenen Landeskontingenten zusammensetzte, obwohl es seit 1672 tatsächlich ein stehendes war. Außerdem lag, wie damals überall, die ganze Polizei und mindestens die niedere, oft aber auch die höhere Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen in Stadt und Land in den Händen der Grundherren und der landesfürstlichen Städte. Es gab deshalb z. B. in Böhmen nicht weniger als 378 in Mähren 200 „Halsgerichte“, und selbst die mährische Landeshauptstadt Brünn bildete nicht eine Gemeinde, sondern stand unter zehn verschiedenen Grundherrschaften. Die höchsten Landesbehörden, die Landeshauptmannschaften in Mähren und in den österreichischen Herzogtümern, die Statthalterei in Böhmen, das Oberamtskollegium in Schlesien, sowie die höchsten Gerichte besetzte allerdings der Landesherr, doch immer mit Mitgliedern des einheimischen Adels. Eine rein monarchische Verwaltung



durch die Hofkammern bestand lediglich für die Krongüter und Regalien. Schon deshalb konnte sich also ein gesamtösterreichisches Beamtentum gar nicht bilden, und üppig wucherten hier alle Übel ständischer Verwaltungen, Schwerfälligkeit, Kostspieligkeit und Bestechlichkeit, empor.

Zu einer staatlichen Einheit über die drei Gruppen hinaus waren nur schwache Ansätze vorhanden. Die unter Ferdinand I. vom Reichshofrat abgezweigte Hofkanzlei (s. I, S. 505) war unter seinen Nachfolgern infolge der Länderteilung in drei selbständige Behörden zerfallen, und auch Ferdinand II. wie Leopold I. begnügte sich nach der Vereinigung der getrennten Gebiete, allen dreien ihren Sitz in Wien anzuweisen; der erstere verlegte auch die böhmische Kanzlei 1624 nach Wien und verband sie mit der schlesischen. Ebenfalls in Wien bestanden seit dieser Zeit die Hofkammer, schon seit 1568 die Zentralstelle für die Domänen- und Regalienverwaltung aller Kronlande, vorübergehend auch für die Ungarns, der Hofkriegsrat als Oberbehörde für das Heerwesen und die Geheime Konferenz besonders für die Leitung der auswärtigen Politik. Diese Behörden bildeten die einzigen Klammern für den umfänglichen Reichsbau der Habsburger; an seinem ständisch-föderativen Wesen änderten sie nichts.

Die sozialen Verhältnisse in Österreich.

Dieser Verfassung entsprach das soziale, wirtschaftliche und geistige Leben. Als herrschende Klassen standen Adel und Geistlichkeit über einer untertänigen Masse. In Böhmen und Mähren überwogen dabei die großen Güter, in den übrigen Ländern ein mittlerer Besitz, wie z. B. Nieder-Österreich etwa 600 Adelsitze zählte. Dahinter stand der kirchliche Besitz oft nicht weit zurück. In Nieder-Österreich zählte man 144 Stifter und Klöster; in Ober-Österreich 13 landtagsfähige Äbte und Propste, in Tirol 17 Prälaten, in Böhmen entstanden zwei neue Bistümer, Leitmeritz 1656 und Königgrätz 1664. Die Lasten dieses Zustandes trug wie überall im wesentlichen das Landvolk. In den deutschen Ländern war der Bauer wenigstens nur erbuntertänig, seiner Grundherrschaft zu wöchentlichem „Hofdienste“ (Robot) verpflichtet; er durfte seine Stelle ohne dessen Erlaubnis nicht aufgeben und mußte seine Kinder mehrere Jahre lang auf dem Herrenhofe dienen lassen. In Böhmen und Mähren bestand tatsächlich die Leibeigenschaft. Zu den herrschaftlichen Diensten, Zinsen und Frohnden gesellten sich noch der Zehnte für die Kirche und die Grundsteuer, die den bäuerlichen Besitz unverhältnismäßig schwerer traf, als den unmittelbar grundherrlichen, und ohne Rücksicht auf die Güte des Bodens veranlagt wurde. So galt z. B. in Schlesien noch das alte oberflächliche Kataster von 1527, und in Böhmen zahlten die Grundherren von ihrem Gesamteinkommen nur etwa den vierten Teil dessen, was der Untertan zahlen mußte. Mit Recht sagte deshalb ein herrschaftlicher Amtmann i. J. 1669: „Wenn ein böhmischer Bauer alle Arbeit, so ihm von der Obrigkeit auferlegt wird, leisten, alle Kontributionen und allen schweren Druck ausstehen muß, alle Unbilden, welche ihm von den Soldaten zugesügt werden, mit Geduld erträgt, kann er wohl unter die Zahl der Märtyrer gerechnet werden.“ Gelegentliche aufständische Erhebungen, wie in Böhmen 1680, in Krain 1662 und 1688, in Mähren 1705, 1707 und 1718 brachten wenig Erleichterung, eher das Gegenteil.

Unter diesen Umständen machte die Landwirtschaft keine Fortschritte, Gewerbe und Handel aber litten nicht nur unter dem Verfall des Kunstwesens, sondern auch

Volkswirtschaft.

unter den zahlreichen Zöllen und Privatmauten. Die Bemühungen Leopolds I., der dabei von rührigen Deutschen aus dem Reiche, wie J. J. Becher und Ph. W. von Hörnigk beraten wurde, trugen wenig Frucht, da Kapital und Unternehmungsgeist dieser mißhandelten Bevölkerung mangelten; das „Manufakturhaus auf dem Tabor“ in Wien bestand nur wenige Jahre (1676—83), und die „Wiener Stadtbank“ (1705) erwies sich bald als eine verfehlte Gründung. Nur das 1670 zuerst in Nieder-Österreich, allmählich aber überall eingerichtete Tabaksmonopol bewährte sich. Schlesien behauptete mit seiner alten Leinenweberei und seiner Wolle einen erheblichen Anteil am Welthandel und galt als das wirtschaftlich blühendste Land der Habsburger.

Kirche und Unterricht.

Noch viel bedenklicher als die Verkümmernng des wirtschaftlichen Lebens unter dem ständischen System waren die Folgen der kirchlichen Reaktion für das geistige Leben der habsburgischen Völker. Während sich Ungarn ihrer im ganzen zu erwehren und dem Protestantismus eine staatsrechtliche Stellung zu sichern mußte, wurde in den österreichischen und böhmischen Ländern das Werk der Katholisierung ununterbrochen fortgesetzt. Aus Ober- und Nieder-Österreich, wo es trotz aller Maßregelungen noch 1652 etwa 172 000 erklärte Protestanten gab, wanderte eine ganze Reihe evangelischer Adelsgeschlechter, die seit Ferdinand II. persönliche Religionsfreiheit genossen, noch unter Leopold I. aus. In Schlesien arbeitete 1653/54 eine „Reduktionskommission“ an der Vernichtung des Protestantismus, soweit er nicht durch den westfälischen Frieden gesichert war; er verlor damals im ganzen 656 Kirchen. Als mit dem Aussterben der Piasten von Liegnitz, Brieg und Wohlau 1675 auch diese Landschaften in den unmittelbaren Besitz des Hauses Habsburg übergingen, da wurden jene Maßregeln auch auf sie ausgedehnt und bis 1707 den Evangelischen etwa 110 Kirchen weggenommen. Seitdem gab es weite Landstriche, in denen fast sämtliche Einwohner Protestanten, die Kirchen und Pfarrer aber sämtlich katholisch waren und von jenen Zehnten und Stolgebühren bezogen. Tausende und aber-tausende treuer Männer sind damals mit ihren Familien nach Sachsen und Polen ausgewandert. Der höhere Unterricht vollends befand sich völlig in den Händen der katholischen Geistlichkeit, namentlich der Jesuiten, die überall, auch in Schlesien, eindringen; hier wurde ihnen die 1702 gegründete Universität Breslau mit der kaiserlichen Burg an der Oder eingeräumt.

Das öster-reichische Deutschtum.

Der rege geistige Zusammenhang, der einst zwischen den Deutschen in Österreich und im Reiche bestand, wurde somit allmählich schwächer, nur die trotz alledem größtenteils protestantischen Schlesier und die Siebenbürger Sachsen hielten ihn aufrecht. Im übrigen nahm das deutsche Volkstum der habsburgischen Monarchie, seiner besten Kräfte beraubt und von fremden Bildungstoffen halbersticht, an dem geistigen Leben der Nation wenig Anteil, vermochte deshalb auch die Leitung des Staates nicht für sich zu behaupten. Vielmehr traten neben den Edelleuten der verschiedensten einheimischen Stämme auch solche aus dem Reiche und aus den romanischen Ländern zahlreich in den Verwaltungs- und Heeresdienst des Kaiserhauses ein. Diese buntgemischte, national farblose Aristokratie leitete seitdem die habsburgische Politik. So schwächten die Habsburger eben das Element, dessen über-

legene Bildung dem bunten Völkergemisch des Donaureiches allein einen gewissen Zusammenhang hätte geben können, das deutsche.

Ihre Hauptaufgabe sahen sie in der auswärtigen Politik, und mit den Lebensinteressen der Nation fielen die ihren weniger an der Westgrenze, als in Ungarn zusammen, weil es hier galt, es von der türkischen Herrschaft zu befreien und den Weg nach der untern Donau zu sichern. Freilich, je mehr Österreich zu einer selbständigen Großmacht emporwuchs, desto mehr wuchs es aus Deutschland heraus.

Die auswärtige Lage des Reiches war seit 1648 bestimmt einerseits durch das Verhältnis zu Frankreich und Schweden, andererseits zu den Osmanen, deren Macht zwar im Sinken, aber noch immer großer Anstrengungen fähig war. So drangvoll war die Lage, daß der Reichstag, der sich 1663 eben wegen der Türkengefahr in Regensburg versammelte, sich überhaupt nicht wieder auflöste, sondern sich in einen stehenden Gesandtenkongreß verwandelte, der in den alten schwerfälligen Formen beriet und bei der Notwendigkeit, fortwährend Weisungen einzuholen, noch weit langsamer zu einem Beschlusse kam als die früheren Fürstenversammlungen. So wurden Sonderbündnisse der größeren Reichsstände ein unentbehrlicher Nothbehelf. Die Grundlage der deutschen Politik bildete seit 1658 das brandenburgisch-österreichische Bündnis, doch suchte der Kurfürst stets an Holland, England und Dänemark einen Rückhalt, um seine Selbständigkeit inmitten der großen Gegensätze zu wahren.

Zunächst galt es die Gefahr im Osten abzuwenden. Noch einmal faßten dort die gewaltigen Köprili die Kräfte des osmanischen Reiches zusammen und warfen sie einerseits auf das venezianische Candia, um das der Kampf schon seit 1645 tobte, andererseits auf Ungarn. Hier wurden sie wie immer durch die Kämpfe ehrgeiziger Magnaten um den siebenbürgischen Fürstenthum und das Streben des ungarischen Adels nach ungezügelter Standesherrschaft begünstigt, und nicht minder durch die habsburgische Politik, die das doppelte Ziel, diese zu vernichten, um das Erbreich aufzurichten und den Protestantismus auszurotten, hartnäckig verfolgte. So wiederholten sich in eintönigem Wechsel ungarische Empörungen und habsburgische Gewaltmaßregeln, verheerende Einfälle der Türken und Abwehr der Kaiserlichen fast das ganze 17. Jahrhundert hindurch.

Zunächst rief der Kampf um Siebenbürgen die Osmanen ins Land, und als dieses wieder österreichische Hilfe erhielt und die Unzufriedenheit im habsburgischen Ungarn dort einen Aufstand befürchten ließ, brach der Großvezier Achmed Köprili mit überlegenen Kräften ein und nahm im September 1663 das wichtige Neuhäusel, seine Tataren schweiften bis tief nach Mähren hinein. Da bewilligte der Reichstag im Februar 1664 eine ansehnliche Hilfe, auch Papst Alexander VII. spendete große Summen, und früher noch als das Reichsheer standen die Truppen des Rheinbundes unter Graf Hohenlohe mit einem französischen Hilfskorps von 5000 Mann schlagfertig in Steiermark. Während nun der kaiserliche General des Souches, von sächsischen und brandenburgischen Truppen verstärkt, die Türken an der unteren Gran zurückwies, stieß das Hauptheer unter Raimund Montecuccoli und Markgraf Ludwig von Baden am 1. August 1664 unweit der steierischen Grenze beim Cister-

cienferkloster St. Gotthard auf den Großvezier selbst, der sich anschickte angesichts des Feindes die Raab zu überschreiten. Doch als der größte Teil seines Heeres über den Fluß herüber war, griffen die Christen auf der ganzen Linie an und erfochten im blutigen Ringen einen glänzenden Sieg, den ersten, den ein abendländisches Heer im freien Felde über die Osmanen davontrug. Aber angesichts der immer noch furchtbaren Überlegenheit der Geschlagenen und der ganzen unsicheren europäischen Lage schloß der Kaiser schon am 10. August den unrühmlichen Frieden von Eisenburg (Vasvár) auf zwanzig Jahre. Er überließ Neuhausel und Großwardein den Türken und erkannte ihren inzwischen gewählten Schützling Michael Apafy als Fürsten von Siebenbürgen an.

Frankreichs  
Vorherr-  
schaft in  
Deutschland.

Nur die Hilfe Frankreichs schien den Sieg bei St. Gotthard ermöglicht zu haben. Kein Wunder, daß Ludwig XIV. jede Gelegenheit benützte, um seinen Einfluß in Deutschland auszudehnen und nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Wie schon der kriegsrische Bischof von Münster, Bernhard von Galen (1650—78), nach heftigem Streite seine trotzig Hauptstadt mit rheinbündischer und kaiserlicher Hilfe im 1661. März 1661 durch lange Einschließung gezwungen hatte, seine Besatzung aufzunehmen und auf die freie Ratskur zu verzichten, so benützte Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz, der Stifter des Rheinbundes, den hartnäckigen Streit zwischen dem Räte und der Bürgerschaft seiner stets unbotmäßigen Stadt Erfurt, um zunächst beim 1663. Kaiser die Reichsacht gegen sie auszuwirken (März 1663). Da seine eigenen Truppen nichts ausrichteten, erschien ein französisches Korps vor der Stadt und nötigte sie nach 1664. vierwöchentlicher Belagerung am 5. 15. Oktober 1664 zur Übergabe. Erfurt verlor seine freie Verfassung, wurde einem kurfürstlichen Statthalter unterstellt und durch eine Citadelle auf dem Petersberge in Schach gehalten. Das war um so eher möglich, als in demselben Jahre (2./12. April) der Schirmvoigt der Stadt, Johann Georg II. von Sachsen ein enges Bündnis mit Ludwig XIV. einging, das ihn verpflichtete, auf den Reichstagen stets in französischem Interesse zu wirken. In einem neuen Vertrag (September 1665) versprach er weiter, auch die albertinischen Nebenlinien und die Ernestiner in dieses Verhältnis hereinzuziehen und zu Ministern nur dem König genehme Männer zu wählen, alles gegen rasch verschleuderte Hilfsgelder. So mächtig war damals der Einfluß Frankreichs, daß auch Kurfürst Friedrich Wilhelm nach langem Sträuben i. J. 1664 dem Rheinbunde beitrat, der gleichzeitig auf weitere drei Jahre verlängert wurde (abgeschlossen im November 1665).

Aber er erneuerte auch am 10. März 1666 sein Bündnis mit Österreich auf zehn Jahre, und mit Holland, Dänemark, Ernst August und Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg schloß er zum wechselseitigen Schutze ihrer Besitzungen ein Verteidigungsbündnis auf sechs Jahre (15. Oktober 1666). Diese Verhältnisse gaben ihm die Möglichkeit, im Einverständnis mit dem Administrator August von Sachsen die Stadt Magdeburg, die unter ihrem Bürgermeister Otto von Gerike nach reichsstädtischer Selbständigkeit strebte, zur Huldigung und zur Aufnahme brandenburgischer Besatzung zu nötigen (29. Mai 1666). Auch den endgültigen Teilungsvertrag über die jülich-clevischen Lande konnte er nur unter diesen Verhältnissen erringen.

Der erste  
Raubkrieg.

Bald aber holte Ludwig XIV. zu einem wichtigen Schlage aus. Als Gemahl



der spanischen Prinzessin Maria Theresia erhob er nach dem Tode seines Schwiegervaters König Philipps IV. († 17. September 1665) Ansprüche auf Brabant und andere Teile Belgiens und begann im Mai 1667 seinen ersten „Raubkrieg“, während England und Holland seit Ende 1665 im wütenden Kampfe mit einander verbissen waren. Gleichzeitig dachte er daran, falls, wie man annehmen durfte, Johann Kasimir von Polen, der letzte Wasa, entweder demnächst sterben oder die Krone niederlegen sollte, einen Franzosen, den Prinzen Ludwig von Condé, auf den polnischen Thron zu erheben. Dann wäre Deutschland auch im Osten von einem Parteigänger Frankreichs bedroht gewesen. Mit wahrhaft staatsmännischer Ruhe und Umsicht griff da Kurfürst Friedrich Wilhelm ein.

Er wollte den Bruch mit Frankreich ebenso vermeiden, wie andererseits die Wahl des Franzosen hindern, wies deshalb das Hilfesuch Spaniens ab und verpflichtete sich Ludwig XIV. gegenüber, seine Neutralität zu bewahren, falls dieser sich mit einer billigen Gebietsabtretung zufrieden gebe und auf die Wahl Condés verzichte, dafür die Philipp Wilhelms von Pfalz-Neuburg befördere (5. 15. Dezember 1667). So von dieser Seite gesichert, gewann kurz danach Ludwig in dem <sup>1667</sup> geheimen Vertrage vom 19. Januar 1668 Österreich für eine künftige Teilung der spanischen Monarchie, von der schon jetzt entweder Luxemburg oder die burgundische Freigrafschaft an Frankreich fallen sollte.

Indessen hatten England und Holland gegen Ludwigs Erwartung schon am 31. Juli 1667 ihren Seekrieg beendet und schlossen am 23. Januar 1668 mit <sup>1668</sup> Schweden die Tripelallianz, um Frankreichs Fortschritte zu hindern und Spanien zu einer Landabtretung zu nötigen. Auf Grund einer solchen, die zehn belgische Städte, darunter Lille, an Frankreich gab, kam am 2. Mai 1668 der Friede von Nachen zustande. Aber Ludwig XIV. hatte, wenngleich er nicht das gewünschte Ziel erreichte, doch einen bedeutenden Erfolg errungen und steigerte allmählich seine Ansprüche zu solcher Höhe, daß er alle Mächte des Abendlandes gegen sich unter Waffen rief. Seitdem wurde Frankreich aus der Schutzmacht der reichsfürstlichen Libertät zum Reichsfeinde.

Der nächste Stoß sollte Holland treffen, das seinem alten Bundesgenossen Frankreich entgegengetreten war, indem es unzufriedenen Franzosen eine sichere Freistadt gewährte und der französischen Wirtschaftspolitik widerstrebte, und das seit dem völligen Siege der aristokratisch-föderativen Staatenpartei unter dem Ratspensionär Jan de Witt über die Oranier samt ihrem demokratischen Anhang nach dem Tode Wilhelms II. (1650) zu dem monarchischen Frankreich auch in inneren Gegensatz getreten war. Der Rheinbund allerdings war nicht erneuert worden, doch mit Köln und Münster stand der König in alten Beziehungen; den Kaiser bewog er im September 1671 zu dem Versprechen, sich in keinen Krieg einzumischen, der außerhalb Deutschlands und Spaniens geführt werde, und auf Sympathien in Deutschland hatte das Kaufmannsvolk um so weniger zu rechnen, als es mit seinen Zöllen den Rheinverkehr aufs schwerste beeinträchtigte. Vollends das lockere Gefüge der Tripelallianz, das Werk einiger weniger weitschauender Staatsmänner, aufzulösen hielt nicht schwer. Zuerst verpflichtete sich Karl II. von England in dem Vertrage

Der Ausbruch des zweiten Raubkrieges.

von Dorer im Juni 1670, um den Beistand Ludwigs für seine absolutistischen und katholisierenden Pläne zu erkaufen, gegen ansehnliche Hilfgelder, seine Flotte gegen Holland zu stellen; im April 1672 versprach Schweden unter ähnlichen Bedingungen mit 16000 Mann die deutschen Reichsfürsten anzugreifen, die etwa den Holländern Beistand leisten würden. Vereinzelt und umgarnt, von Parteiungen zerrissen und zu Lande verteidigt von einem verwahrlosten Söldnerheere, das in oranischen Überlieferungen lebte und dem Kaufmannsadel nur widerwillig gehorchte, so lag Holland, wie es schien, als sichere Beute vor der Schwertschärpe Ludwigs XIV. Gelang ihm die Unterwerfung der Republik, dann umklammerte er von zwei Seiten das spanische Belgien und hielt das nördliche Deutschland ebenso in Schach wie das südliche vom Elsaß aus.

1672. Blitzschnell stieg das Unwetter herauf. Im März 1672 erklärte England, im April Frankreich an Holland den Krieg, und während das niederländische Heer bei Maastricht den Angriff erwartete, drangen zwei französische Armeen, ohne sich weiter um sie zu kümmern, nach dem niederen Rheine vor, den sie am 12. Juni unter Ludwigs XIV. Augen beim Fort Schenkenschanz unweit Emmerich unter leichtem Gefecht überschritten; ein kölnisch-münsterisches Korps brach in Over-Üssel ein. Von übermächtigen Massen jählings überflutet, fiel das ganze Land binnen wenigen Wochen schmachvoll, ohne Gegenwehr bis auf Amsterdam und die Nachbarlandschaften dem Sieger zur Beute; ja Over-Üssel stellte sich unter die Hoheit des Bischofs von Münster. Unter dem Eindruck so kläglicher Unfähigkeit der Kaufmannsaristokratie erzwang da zuerst in Holland, dann auch in Seeland eine unüberstehliche Volksbewegung die Erhebung des jugendlichen Wilhelm III., des so lange mißtrauisch überwachten „Kindes von Holland“ zum Statthalter und Oberbefehlshaber. Damit trat der Mann ans Ruder, den Ludwig XIV. stets mit Recht als seinen gefährlichsten und unermüdlichsten Feind betrachtet hat, der sich, in fatalistischer Glaubensüberzeugung ein echter Calvinist, dazu berufen wußte, das europäische Gleichgewicht zu versetzen gegen die Übermacht des Bourbonen, der Neffe und Freund Kurfürst Friedrich Wilhelms, an den er einmal schrieb: „Wir beide sind so fest vereinigt, als Himmel und Erde aneinanderhängen.“

Friedrich  
Wilhelm's  
Eintreten  
für Holland.

Es gelang dem Oranier zunächst Amsterdam und die Seeküste zu decken, zumal da das Ausbleiben der Flut das Einlaufen der Engländer in den Tegel hinderte und unerwartetes Tauwetter einen zweiten Angriff der Franzosen im Dezember 1672 vereitelte. Trotzdem hätte Holland allein schwerlich auf die Dauer den verbündeten Großmächten widerstanden. Da hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm, in klarer Erkenntnis der furchtbaren Gefahr, nicht achtend der drohenden Haltung Schwedens und die främerhafte Behandlung von seiten der Generalstaaten (s. S. 17) hochherzig ver-  
1672. gessend, der Republik schon am 6. Mai 1672 sein Bündnis förmlich aufgedrängt, dann auch Österreich zum entschiedenen Eintreten für die Friedensschlüsse von 1648 und 1659 bestimmt. Im September erschien er selber mit 26000 Mann eigener Truppen und 12000 Kaiserlichen unter Montecuccoli am Niederrhein, und obwohl der kaiserliche General ihn nur mangelhaft unterstützte, Trier und Mainz ihm sogar den Rheinübergang verweigerten, zog er doch Turenne von Holland ab und warf



sich dann auf Westfalen, um Köln und Münster von Frankreich zu trennen. Im Winter folgte ihm Turenne, verweigerte ihm zwar die bei Soest gebotene Schlacht, drängte aber die Brandenburger bis ins Halberstädtische zurück, so daß der Kurfürst am 6. Juni 1673 den Sonderfrieden von Vossien bei Löwen schloß. Er trat vom Kriege zurück und überließ vorläufig seine clevischen Plätze französischen Besatzungen, aber seine Reichspflicht behielt er sich vor.

Das rücksichtslose Vorgehen Ludwigs XIV. gab dem Kriege bald eine völlig andere Wendung. Schon im Juni 1670 hatte er mitten im Frieden Lothringen besetzt und den Herzog Karl IV. zur Flucht genötigt, dann 1672 die Reichsstädte des Elsaß außer Straßburg entwaffnet und zur Huldigung gezwungen. Jetzt bezog Turenne auf deutschem Boden, in der Wetterau, seine Quartiere. Da schloß am 30. August 1673 Leopold I. ein Bündnis mit Spanien, Holland und Lothringen zur Behauptung der Friedensschlüsse von 1648 und 1668 ab und sandte Montecuccoli mit 35000 Mann nach dem Rheine. Dieser drängte Turenne nach dem Elsaß zurück und nahm dann, vereinigt mit Wilhelm III., Bonn, die feste Residenzstadt des Kurfürsten von Köln, während de Ruyter die holländische Küste gegen die englische Flotte ruhmvoll verteidigte. Da räumten die Franzosen seit dem November 1673 Holland. Auch die politische Lage gestaltete sich günstiger. Im Januar 1674 trat Dänemark dem Kriegsbündnis gegen Frankreich bei, im Februar beendete Karl II. den in England höchst unpopulären Krieg mit dem Frieden von Westminster, dann fielen Köln und Münster von Frankreich ab, und am 24. Mai 1674 erklärte auch das Deutsche Reich den Krieg; am 1. Juli schloß sich Brandenburg als eine selbständige Macht den Verbündeten an, die dabei dem Kurfürsten ausdrücklich versprachen, keinen Frieden ohne ihn zu schließen. So entwickelte sich aus dem Angriffe Ludwigs XIV. auf Holland ein europäischer Krieg gegen Frankreichs Eroberungspolitik; zum erstenmale standen die meisten Mächte Mittel- und Westeuropas ohne Unterschied des Glaubens vereinigt gegen den Bourbonenstaat.

Freilich in der Einheit der Leitung behauptete er diesem Bunde sehr verschiedenartiger Genossen gegenüber einen unausgleichbaren Vorteil und deshalb auch im ganzen das Übergewicht im Felde. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz eroberte Dauban die nur schwach verteidigte Franche-Comté, und Turenne siegte, den Rhein überschreitend, bei Sinsheim im Badischen über den kaiserlichen General Bournonville; in Belgien dagegen blieb die schwere Schlacht bei Senefte unweit Charleroi (11. August 1674) unentschieden. Als dann der Kurfürst selbst 20000 Mann Brandenburger an den Oberrhein führte, drängte das Reichsheer, 50000 Mann stark, die Franzosen hinter den Rhein zurück, überschritt am 3. 13. Oktober den Strom bei Straßburg und rückte bis in den oberen Elsaß vor, dessen Einwohner die Landsleute als Befreier jubelnd begrüßten. Doch der bedenkliche Bournonville vereitelte den Angriff auf die Franzosen an der oberen Breusch, den der Kurfürst wollte, und ließ so den Gegnern Zeit, Verstärkungen heranzuziehen. Vor ihnen wichen die Deutschen im Januar 1675 unter scharfen Rückzugsgesechten bei Mühlhausen und Türkheim wieder über den Rhein zurück.

Der  
schwedische  
Einfall  
in Brande-  
nburg.

Und nun wußte die französische Diplomatie den Verbündeten überall neue Feinde zu erwecken oder vorhandene zu unterstützen. Schon seit dem Herbst 1672 tobte in Ober-Ungarn ein rasch anschwellender Bauernaufbruch, im Mai 1674 bestieg mit Johann Sobieski ein entschiedener Parteigänger Frankreichs den Thron Polens, auf Sizilien brach gegen Spanien ein Aufstand aus, und seit dem Januar 1675 standen, gemäß dem Vertrage von 1672, die Schweden in den Marken, um durch diese „bewaffnete Vermittlung“ Brandenburg zur Neutralität zu zwingen. Statt dessen folgte ein glänzender Siegeszug, wie ihn Deutschland seit Gustav Adolf nicht erlebt und deutsche Waffen ihn seit Jahrhunderten nicht ausgeführt hatten.

Der Sieg  
von  
Fehrbellin.

Der Kurfürst verlegte auf die Nachrichten vom schwedischen Einbruch sein Hauptquartier sofort nach Schweinfurt zurück, aber den Feldzug wollte er nicht allein, sondern als Sache des ganzen Kriegsbundes führen. Zuerst sprachen sich die Generalstaaten in diesem Sinne aus, dann erlangte er bei einer persönlichen Anwesenheit im Haag die gleiche Erklärung von allen Mächten. Er wußte, daß es ein nationaler Krieg sei, den er begann. „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist,“ ließ er damals in einer Flugschrift schreiben; „was sind Rhein-, Weser- und Elbstrom anderes, als fremder Nationen Gefangene? Was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß Fremde damit spielen?“ Am 16. 26. Mai brach er von Schweinfurt nach den Marken auf. Hier hatten inzwischen die Schweden unter Karl Gustav Wrangel durch rohe Verwüstungen die schlimmsten Erinnerungen an den dreißigjährigen Krieg bei dem erbitterten Volke erneuert und sich bis an die untere Havel ausgebreitet. Sie standen jetzt längs des Flusses von Brandenburg über Rathenow bis Havelberg, um dann die Elbe zu überschreiten und in Verbindung mit dem französisch gesinnten Johann Friedrich von Hannover Magdeburg anzugreifen, ließen sich aber durch andauernd schlechtes Wetter festhalten. Vom Anmarsche des Kurfürsten wußten sie nichts; ja es hatte sich das Gerücht von seinem Tode verbreitet, eine Verwechslung mit dem Kurprinzen Karl Nemil, der am 27. November/7. Dezember in Straßburg einem hitzigen Fieber erlegen war. Da schmetterte in die schwedischen Pläne hinein die Kunde, der Kurfürst sei heran, habe die schwedische Aufstellung in der Mitte zerrissen! Er war am 11. 21. Juni in Magdeburg angelangt, hatte sofort alle Verbindungen nach Osten hin aufgehoben und in den Rücken der Schweden geheime Befehle geschickt, die Brücken abzubrechen und die Straßendämme zu durchstechen. Am 13. 23. Juni brach er auf mit nur 6000 Reitern, 2 Dragonerregimentern und 13 Geschützen, denen 1200 Musketiere auf Wagen folgten; schon am nächsten Tage in der Morgendämmerung bei sprühendem Nebelregen überumpelte Derfflinger, des Kriegsbrauchs der Schweden und ihrer Sprache kundig, in festem Handstreich Rathenow. In der Mitte getroffen strebten die auseinandergerissenen schwedischen Heersäulen sich rückwärts zu vereinigen und gerieten so hinein in die weite Bruchlandschaft des havelländischen Euchs, wo nur hohe Dammsstraßen den Verkehr zwischen den inselartig aufragenden sandigen Hochebenen, den sogenannten „Eändern“, vermitteln. Da wurde auf dem Rückzuge über Nauen nach Kremmen und Fehrbellin am 17. 27. Juni ihr Nachtrab bei Gohlitz zusammengehauen; am 1675. 18. 28. früh gegen 6 Uhr brachte in atemloser Verfolgung der alterprobt, aber

noch jugendlich feurige Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg die schwedische Hauptmacht unter Waldemar Wrangel beim Dorfe Einum östlich von Fehrbellin zum Stehen und drängte sie so heftig, daß sie weiter rückwärts bei Hakenberg mit der Front nach Osten eine neue Stellung nahm, rechts und links vom Moore gedeckt. Zwei Stunden später erschien der Kurfürst. Umsonst riet ihm selbst Derfflinger ab, mit seinen schwachen Kräften, nicht mehr als 5600 Reitern, die sechs Tage hintereinander nicht abgefahrt hatten, den ungleichen Kampf gegen einen gleichtapferen und fast doppelt so starken Feind (7000 Mann Fußvolk, 4000 Reiter und 38 Geschütze) zu wagen, Friedrich Wilhelms heldenhafte Kühnheit befahl den Angriff. Vom Nebelregen gedeckt, bemächtigten sich seine abgefessenen Dragoner eines Hügels in der rechten Flanke der Schweden und fuhren hier ein paar leichte Geschütze auf; um diesen beherrschenden Punkt, auf dem sich seit 1875 ein Denkmal erhebt, wogte der erbitterteste Kampf. Der Kurfürst war zuweilen im heftigsten Getümmel, führte einmal auf weithin sichtbarem Galben, die lange spanische Klinge in der Faust, „mit Augen gleich zweien funkelnden Kometen“, ein paar Schwadronen selber ins Feuer; dicht neben ihm fiel sein treuer Stallmeister Emanuel Froben. Nach zweistündigem blutigem Ringen war der rechte schwedische Flügel gebrochen, der linke auf dem eiligen Rückzuge nach Fehrbellin, den die ermatteten Sieger nicht zu hindern vermochten. Erst am nächsten Morgen vollendete Derfflinger mit der Erstürmung des Städtchens den Sieg. 2100 Gefallene ließen die Schweden auf dem Schlachtfelde, dazu 6 Geschütze, 10 Fahnen und Standarten. Sie zogen nach Mecklenburg ab, wohin auch Karl Gustav Wrangel von Havelberg aus zurückging, noch hart gedrängt von den Kompagnien des altmärkischen Landesaufgebots. Die Marken waren befreit, und das dankbare Volk hat um die Tage von Fehrbellin ein buntes Sagenge spins t gewoben.

Die Schlacht von Fehrbellin, der erste in der strahlenden Reihe von Siegen, die Deutschland befreiten und einigten, machte überall den tiefsten Eindruck. Zum erstenmale hatte das brandenburgische Heer allein und gegen eine doppelte Übermacht über die unbefiegten Schweden triumphiert, der kriegerische Ruf des jungen Staates war begründet, und zuerst begrüßten jetzt deutsche Volkslieder den Sieger mit dem Namen des „Großen Kurfürsten“.

Noch im Sommer 1675 erklärte das Reich an Schweden den Krieg. Münsterische und braunschweigische Truppen rückten in Bremen und Verden ein, die Dänen besetzten Wismar und zwangen den Herzog Christian Albrecht von Schleswig-Holstein-Gottorp im Rendsburger Vergleich (Juli 1675), die alte Gemeinsamkeit der Verwaltung wieder herzustellen und seinen Anteil an Schleswig der dänischen Hoheit zu unterwerfen. Der Kurfürst aber, von dänischen und österreichischen Scharen unterstützt, drang über die Peene in Vorpommern ein und schnitt mit der Einnahme von Wolgast und der Insel Wollin im November Stettin von der See Verbindung ab. Dann entrißen die glänzenden Siege des dänischen Admirals Niels Juel bei Bornholm (3. und 4. Juli), Öland (11. Juni 1676) und in der Rjöögebucht (10. Juli 1677), an deren beiden ersten die brandenburgischen Fregatten ehrenvollen Anteil nahmen, den Schweden die Herrschaft über die Ostsee, und erleichterten dem Kurfürsten seine

Der  
Reichskrieg  
gegen  
Schweden.  
Eroberung  
Pommerns

weiteren Erfolge. Nachdem er im August 1676 Anklam, im Oktober Demmin genommen, eröffnete er im September 1677 mit 140 Geschützen die Belagerung von Stettin. Wetteifernd mit der schwedischen Besatzung fochten die Bürger auf den Wällen gegen den „Tyranen“, den „Blutmenschen“, wie sie den Kurfürsten nannten; erst als die Stadt fast völlig in Trümmern lag, ergab sie sich gegen freien Abzug der Besatzung am 26. Dezember, am 6. Januar 1678 zog der Kurfürst ein. Nur noch Rügen und das gegenüberliegende Festland behaupteten jetzt die Schweden. Doch am 23. September 1678 erzwang Friedrich Wilhelm an der Südküste Rügens unweit des jetzigen Putbus, dort, wo sich jetzt sein Standbild erhebt, unter dem Feuer des Feindes die Landung, binnen zwei Tagen war die ganze Insel in seinen Händen, am 23. Oktober fiel auch Stralsund nach nur dreitägiger Beschießung, am 16. November endlich Greifswald. Nicht eine Scholle deutschen Bodens war den Schweden geblieben.

Der  
Feldzug in  
Ostpreußen.

Da brach, um die Brandenburger von Pommern abzuführen, Heinrich Horn mit 16 000 Mann von Livland her in Preußen ein und bedrohte Königsberg, das der General Görzke mit Mühe deckte. Doch trotz des harten Winters und seines eigenen leidenden Zustandes eilte der Kurfürst mit Derfflinger und etwa 9000 Mann im Januar 1679 nach der unteren Weichsel. Um dem Feinde in die Flanke zu fallen und ihn so zum Rückzuge zu nötigen, ging er bei grimmiger Kälte, das Fußvolk auf Schlitten gesetzt, von Heiligenbeil aus über das Eis des frischen Haffs nach Königsberg, dann durch das Samland und von Labiau her wieder über das Eis des kurischen Haffs nach der Gilge. Außer Fassung gebracht wichen die Schweden eilig zurück, bei Tilsit ward ihre Nachhut zersprengt, und so rastlos war die Verfolgung, daß Horn nur 3000 Mann in kampffähigem Zustande nach Riga brachte. Selbst dort fürchtete man den Angriff der Brandenburger und übergoss die Wälle mit Wasser, um sie in unersteigliche Eismände zu verwandeln, und in der Tat drangen die deutschen Reiter bis zwei Tagemärsche von der livländischen Hauptstadt vor.

Es waren glänzende Erfolge, und doch entging dem Sieger der blutig errungene Preis. Denn im Westen behauptete Frankreich das Übergewicht, und der Bund seiner Gegner zerfiel.

Der Friede  
von  
Nymwegen.

Zwar d. J. 1675 war auch hier für die Verbündeten glücklich gewesen. Am Oberrhein drängte Montecuccoli nach dem Treffen bei Sasbach am 27. Juni, das Turenne das Leben kostete, die Franzosen in den Elsaß zurück, und auch Karl IV. von Lothringen trat ihnen siegreich entgegen, indem er am 11. August den Marschall Créqui an der Konzer Moselbrücke schlug und Trier einnahm. Aber als er sich eben anschickte, sein Stammland zurückzuerobern, starb er plötzlich (18. September). Im nächsten Jahre 1676 nahm sein Sohn und Nachfolger Karl V. als kaiserlicher General Philippsburg ein (11. September); aber Oranien mußte die Belagerung von Maastricht aufgeben, und im Mittelmeer gewannen die Franzosen über die spanisch-holländische Flotte das Übergewicht. Da ging es mit der Ausdauer der Generalstaaten zu Ende; schon im Herbst begannen sie in Nymwegen Friedensunterhandlungen, und was weiter folgte, bestärkte sie nur darin. Zu Anfang 1677 eroberten die Franzosen



rasch hintereinander Valenciennes, Cambrai und St. Omer, im November nach nur neuntägiger Belagerung Freiburg i. Br., während im Osten der ungarische Aufstand immer gefährlicher anschwell. Andererseits neigte auch Ludwig XIV. zum Frieden, weil er weiteren Niederlagen seiner schwedischen Bundesgenossen vorbeugen wollte. Umsonst bemühte sich Friedrich Wilhelm seine Bundesgenossen zum Ausharren zu bestimmen, im Januar 1678 nahm Holland die englischen Vermittlungsvorschläge<sup>1678</sup> an, und als vollends die Franzosen auch Brüssel bedrohten, da unterzeichnete es am 10. August allein den Frieden von Nymwegen, der ihm den vorteilhaften Handelsvertrag von 1662 und die Rückgabe von Maastricht gewährte. Am 17. September folgte Spanien, indem es jene drei belgischen Städte und die Freigrafschaft abtrat, am 5. Februar 1679 schloß auch der Kaiser für sich und das Reich mit Frankreich<sup>1679</sup> ab, an demselben Tage Schweden. Freiburg und die elsässischen Reichsstädte blieben den Franzosen, in Lothringen sollten ihnen Nancy und Longwy zufallen und der notwendige Grund und Boden, um mehrere Heerstraßen durch das Land nach dem Elsaß legen zu können, die Schweden erhielten ihre verlorenen deutschen Besitzungen zurück; um ihnen zu Hilfe zu kommen, sollte den Franzosen sogar die Straße durch das Reich geöffnet werden. Schließlich verbündeten sich auch noch Sachsen und Bayern, um den Frieden etwaigem Widerstande gegenüber mit Waffengewalt durchzusetzen, also Brandenburg anzugreifen, denn schon erregte der gewaltige Aufschwung des jungen Staates die Eifersucht seiner deutschen Nachbarn fast noch mehr als der Fremden.

Von seinen Bundesgenossen verlassen, von zwei Großmächten und zugleich von seinen deutschen Mitständen bedroht, entschloß sich der tief erbitterte Kurfürst, sich mit Ludwig XIV. zu verständigen. Er ließ im Mai 1679 Wesel und Lippstadt den Franzosen übergeben, sein tapferes Heer auf Minden zurückgehen und sandte seinen erprobten geheimen Rat Franz Meinders nach Paris. Aber Ludwig blieb unbittlich und am 29. Juni 1697 unterzeichnete der Brandenburger in St. Germain-en-Laye den Frieden. Von allen seinen mühsam erstrittenen pommerschen Eroberungen blieb dem Kurfürsten nur ein kleiner Strich rechts der Oder mit Damm und Gollnow, auch verzichtete Schweden auf seinen Anteil an den hinterpommerschen Seezöllen, wie schon vorher (1677) Holland auf die Höfysersche Schuld und der Kaiser auf die rückständigen Kriegssteuern (s. oben S. 17). „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“ („Aus meiner Asche mög' ein Rächer kommen!“) mit diesen Worten der sterbenden Dido in Virgils Aeneide (IV, 625) unterzeichnete der Kurfürst, wie erzählt wird, die Friedensurkunde. Auch sein dänischer Bundesgenosse unterwarf sich jetzt in den Friedensverträgen von Fontainebleau und Lund (2. und 26. September 1679) dem französischen Machtgebot und versprach gegenüber Gottorp den Zustand<sup>1679</sup> vor 1675 wieder herzustellen, was dann durch den Altonaer Vergleich von 1689 wirklich geschah.

Von tiefem Groll erfüllt und an der Widerstandsfähigkeit des Reiches ver-  
zweifelnd, nur noch bemüht, seinem Staate, der noch zu schwach war, um sich allein zu behaupten, einen festen Rückhalt zu sichern, schlug sich Friedrich Wilhelm auf Frankreichs Seite. Am 25. Oktober 1679 schloß Meinders das Bündnis ab, das

Der  
Friede von  
St. Germain-  
en-Laye.

Branden-  
burgs Bünd-  
nis mit  
Frankreich.



ihn verpflichtete, der Wahl eines Erzherzogs zum römischen König seine Zustimmung zu versagen und für einen französischen Bewerber einzutreten, dafür aber ihm seinen Besitzstand verbürgte und Jahrgelder zusicherte. Noch fester knüpften die Verträge vom Januar 1681 und 1682 das unnatürliche Band. Hatte doch auch Österreich des Kurfürsten Erbansprüche auf die 1675 erledigten schlesischen Herzogtümer Siegnitz, Brieg und Wohlau von der Hand gewiesen, Spanien aber schuldete ihm noch ansehnliche Hilfgelder (2 Millionen Taler), und Holland trat seinen Kolonisations- und Handelsplänen auf Schritt und Tritt mißgünstig entgegen. Um jene beizutreiben, ließ er i. J. 1680 seine Fregatten auf spanische Schiffe Jagd machen und es gelang ihnen wirklich, vor Ostende das reichbeladene spanische Linienschiff „Carolus II.“ mit 50 Kanonen wegzunehmen und nach Pillau zu bringen. Nach einer Kreuzfahrt in den westindischen Gewässern kehrte das Geschwader nach der spanischen Küste zurück und nahm hier beim Vorgebirge St. Vincent verwegen den Kampf mit einer Silberflotte von 12 Gallionen auf, bis es sich nach dem portugiesischen Hafen Sagos zurückziehen mußte. Es hängt mit diesen Bestrebungen des Kurfürsten zusammen, daß er, den Streit zwischen den Ständen Ostfrieslands und dem Grafenhouse der Cirksena benützend und in Ausführung des kaiserlichen Auftrages, in Verbindung mit Münster und Pfalz-Neuburg das Land gegen fremde (holländische) Besitzergreifung zu schützen, einen Vertrag mit den Ständen schloß und eine Besatzung nach Greetsiel legte (November 1682), denn seitdem stand ihm der Hafen von Emden zur Verfügung (s. oben S. 25).

Die Reunionen.

Aber schwer hatte es Deutschland zu empfinden, daß sein bester Degen in der Scheide festgebannt war. Als Sieger über einen mächtigen europäischen Kriegsbund fühlte sich Ludwig XIV. zu neuen Gewalttaten stark genug. Er schickte sich an, alle diejenigen Gebiete, die mit den 1648 und 1679 von ihm erworbenen Landschaften jemals in Lehnbeziehungen gestanden hatten, für Frankreich in Besitz zu nehmen, und setzte zunächst beim Parlament (Gerichtshof) von Metz eine Reunionskammer für die drei lothringischen Bistümer zur Untersuchung dieser Ansprüche ein, dann zwei andere in Besançon und Breisach für die freigravische Grafschaft und den Elsaß. Kraft solcher Entscheidungen nahm der König von der Pfalz Veldenz, Lützelstein und Zweibrücken, dann die württembergische Grafschaft Montbéliard und die noch reichsunmittelbaren Stände des Elsaß in Anspruch, und da dem überall französische Truppen und Beamte Nachdruck gaben, so wurden diese Besitzergreifungen allorten vollzogen, 1681 auch die elsässische Reichsritterschaft zur Huldigung genötigt. Entrüstet legten Kaiser und Reich gegen solche Gewalttat Verwahrung ein, aber während sich Ludwig zu Verhandlungen bereit erklärte, führte er den wuchtigsten Schlag, er nahm Straßburg.

Wegnahme Straßburgs.

Wohl war die Bürgerschaft der einst stolzen Reichsstadt in ihrer Mehrzahl noch gut deutsch gesinnt, aber im Räte und im Domkapitel, das mit seinem Bischof Franz Egon von Fürstenberg seinen Sitz in Zabern hatte, gab es eine starke Partei, die von Ludwigs Golde gewonnen war oder aus Ängstlichkeit die Hand zum Verrate bot. Sie hatte es auch durchzusetzen gewußt, daß die Stadt die Aufnahme einer Besatzung, die der Kaiser 1681 ihr anbot, ablehnte, während doch ihre Festungs-

werke und ihre ganze Kriegsrüstung in fläglichem Verfall waren. So zogen sich im September 1681 französische Truppen von Freiburg und Breisach her immer dichter um Straßburg zusammen, besetzten am 28. die Rheinschanze und sperrten alle Zugänge. Was sich etwa in der Bürgerschaft an mutigen Widerstandsgedanken noch regte, das wich dem Kleinmut und dem Verrat. Am 30. September 1681 unterzeichneten die Straßburger Abgesandten zu Illkirch den Unterwerfungsvertrag, der die stärkste Festung des Oberrheines, das alte Bollwerk des Reiches, in eine französische Zwingsburg gegen Süddeutschland verwandelte, und triumphierend zog Marschall Louvois ein. Schon am nächsten Tage ließ Vauban mit dem Baue der neuen gewaltigen Festungswerke, insbesondere der Citadelle, beginnen, am 24. Oktober hielt der König selbst seinen prunkenden Einzug. Knieend schwuren die Ratsherren dem Eroberer den Eid, am Portale des Münsters aber, das er den Katholiken zurückgegeben hatte, empfing ihn der greise Bischof mit den Worten: „So kann ich wohl mit dem alten Simeon sagen, daß ich in nunmehr das Ende meiner Tage in Friede und Freude erwarte.“ Kurz danach besetzten die Franzosen auch die luxemburgische Grafschaft Thiny und begannen die Einschließung von Luxemburg.

Gegen-  
bündnisse.

Leidenschaftlich wogte die Erbitterung im Reiche auf, auch Kurfürst Friedrich Wilhelm zürnte heftig ob des Verlustes dieses „herrlichen Propugnaculum“, doch einen Krieg mit Frankreich wünschte er in diesem Augenblicke zu vermeiden. Denn schon drohte ein neuer Türkenkrieg, und er traute ebensowenig wie die Wiener Regierung dem Reiche die Kraft zu, nach Osten und Westen hin gleichzeitig Front zu machen, zumal Polens nachmalige Haltung niemand voraussehen konnte. Als deshalb im Oktober 1681 Holland und Schweden (wegen Pfalz-Zweibrücken, s. S. 10) zu einer „Assoziation“ zusammentraten, um weiteren französischen Übergriffen zu steuern, und im Frühjahr 1682 Österreich, Braunschweig-Lüneburg und Spanien sich ihnen anschlossen, 1682. da lehnte er den Beitritt ab und bemühte sich, die im Westen drohende Kriegsgefahr durch ein Abkommen mit Frankreich vorläufig abzuwenden, bewog auch wirklich die Reichsstände, mit Ludwig XIV., der nicht geradezu als Bundesgenosse der Osmanen erscheinen wollte, vielmehr hoffte, das Reich werde durch große Zugeständnisse seinen Beistand gegen sie erkaufen müssen, eine vorläufige Waffenruhe zu schließen (August 1683).

1683.

In diesem Augenblicke standen die Türken schon vor Wien. Eine Verschwörung ehrgeiziger und selbstsüchtiger ungarischer Magnaten, die im März 1670 unterdrückt und an den Urheber hart bestraft wurde, hatte dem kaiserlichen Hofe die Veranlassung geboten, nicht nur das alte Landesrecht Ungarns zu beugen, sondern auch gegen die Protestanten mit äußerster Härte vorzugehen. Dagegen erhob sich im Herbst 1672 zunächst im nordöstlichen Ungarn um Kaschau ein erbitterter Aufstand. Bald trat der neue Polenkönig Johann Sobieski mit diesen „Kuruczen“ (Kreuzigern) in Verbindung, dann auch Michael Apafy von Siebenbürgen, und endlich schloß dieser für sich und die Kuruczen zu Warschau ein förmliches Bündnis mit Ludwig XIV. ab, indem er sich verpflichtete, mit 15 000 Mann den Angriff auf Österreich zu eröffnen. Im August 1678 übernahm dann der junge, feurige, begabte Emmerich Tököly die Führung des Aufstandes und eroberte die westungarische Bergstätte.

Die Türken  
gegen  
Österreich.

Da lenkte der Kaiser ein. Nachdem er schon 1677 eine Amnestie erlassen hatte, die wenig fruchtete, schloß er mit Tököly einen Waffenstillstand und berief den Reichstag für den April 1681 nach Ödenburg. Im Einvernehmen mit ihm stellte die kaiserliche „Entschließung“ vom 9. November die Bestimmungen des Wiener Friedens von 1606 über die Kirchengüter im ganzen wieder her und traf Anordnungen über den Besitz an Kirchen. Aber diese Zugeständnisse entwaffneten Tököly nicht; er verbündete sich vielmehr im April 1682 mit den Türken, drängte nach dem Ablauf der Waffenruhe die Kaiserlichen bis an die Waag zurück und empfing vom Sultan die Belehrung mit dem Fürstentum Ungarn.

Denn noch einmal, zum letztenmale, flammte in Murad IV. und seinem Großvezier Kara Mustafa der kriegerisch-religiöse Geist des alten Osmanentums hoch empor. Das Deutsche Reich hatte von keiner Seite Unterstützung zu hoffen oder doch nur um einen schimpflichen Preis, da gelang es dem kaiserlichen Gesandten in Warschau, dem der päpstliche Nuntius seine tatkräftige Unterstützung ließ, die französischen Ränke aus dem Felde zu schlagen und den König Johann Sobieski mit der Mehrheit des Reichstages, freilich nur durch große Geldopfer, zum Abschluß des Bündnisses vom 31. März 1683 zu gewinnen, zu dem der Beitritt allen christlichen Fürsten offen gehalten wurde. Aber an demselben Tage brachen die Türken schon 1683. von Adrianopel auf, am 1. Mai hielt der Sultan über das Heer, 230 000 Mann mit 300 Geschützen, bei Belgrad Musterung, während Tököly den Krieg gegen Österreich feierlich ankündigte, und noch standen in Ungarn, kaum 40 000 Mann kaiserlicher Truppen unter Karl von Lothringen im Felde. Als Kara Mustafa am 26. Juli vor Raab erschien, wichen sie vor seiner Übermacht gegen die österreichische Grenze zurück, konnten aber ihren Abzug nur durch das heftige Reitergefecht bei Petronell (7. Juli) sichern, und schon schweiften die türkischen „Senger und Brenner“ in ihrem Rücken nach Niederösterreich hinein. Jetzt war nicht länger daran zu zweifeln, daß Wien einer zweiten Türkenbelagerung entgegengehe. Noch am Abend jenen 7. Juli verließ deshalb der kaiserliche Hof die Stadt, um nach Linz zu gehen. Seinem Beispiele folgend, flüchteten in den nächsten Tagen gegen 60 000 Menschen, während wieder Haufen fliehenden Landvolks in der Hauptstadt Schutz suchten. Die Stimmung war durchaus niedergeschlagen, denn zwar umgürteten jetzt die innere Stadt mächtige Wälle mit zwölf Bastionen hinter tiefen Gräben, aber noch war für die Zurüstung zur Verteidigung so gut wie nichts geschehen. Erst der Durchmarsch der prächtigen Reiterei Lothringens, 10000 Pferde, hob den Mut, und wetteifernd mit der nun verstärkten Besatzung drängten sich jetzt Bürger, Handwerker und Studenten zu den Verteidigungsarbeiten und zum Waffendienst, der treffliche Bürgermeister Andreas von Liebenberg voran, sodaß der Befehlshaber, der greise Feldzeugmeister Graf Rüdiger von Starhemberg, etwa 16000 Mann zur Verfügung hatte.

Die Türken vor Wien.

Am 12. Juli verkündeten ihm die Feuersäulen brennender Dörfer die Annäherung des Feindes; er ließ deshalb die ausgedehnten Vorstädte räumen und anzünden, die Tore schließen. Am 13. zeigten sich auf der Höhe der „Spinnerin am Kreuz“ im Osten die ersten türkischen Reiter, und bald umgaben die Zeltlager des osmanischen Heeres in ungeheuerem Halbkreise die Stadt von Erdberg bis Nußdorf. Bei Penzing

leuchtete mit vergoldeten Knäufen das Zelt des Großveziers, dort lagerten die Janitscharen, zur Linken die Paschas von Rumelien, Damaskus, Temesvar, die Tataren und die christlichen Hilfsvölker, zur Rechten die Paschas von Erlau und Großwardein, die Ätiaten und Ägypter, alles in allem etwa 160000 Mann; ihre Proviantflotte bedeckte die breite Donau. Doch konnten sie den Belagerten die Verbindung mit dem Heere Lothringens, das im Marchfelde bei Jedlersee stand, nicht ganz abschneiden.

Die bängsten Tage ihrer bewegten Geschichte kamen nun über die alte Donau-stadt. Von allen Seiten her überschütteten sie die Türken mit Geschossen, doch ihren Hauptangriff richteten sie gegen die nordwestliche Ecke der Festung, gegen die Burg- und Eöbelbastei und das zwischen beiden liegende Burgravelin (dreiseitiges Vorwerk). Dort, wo sich heute die glänzendsten Prachtgebäude des neuen Wien erheben, tobte 61 Tage lang der Geschütz- und Minenkampf. Trotz des heldenmütigsten Widerstandes machten die Belagerer Fortschritte. Am 6. August räumten die Verteidiger den bedeckten Weg (jenseits des Grabens), am 3. September das zerschossene Burgravelin; in den nächsten Tagen wiesen sie mehrere Stürme auf die beiden Bastionen zurück, aber sie vermochten nicht mehr zu hindern, daß sich die Angreifer am Graben zwischen beiden festsetzten und bereiteten deshalb, aufs äußerste gefaßt, schon die nächsten Straßen hinter dem Hauptwalde zu hartnäckigster Verteidigung vor. Inzwischen stieg im Innern die Not. Die Ruhr raffte Tausende hinweg, es begann an Munition zu fehlen, die meisten Geschütze waren unbrauchbar, die Zahl der noch kampffähigen Leute schmolz täglich zusammen. Trotzdem hielt Starhemberg, obgleich leidend und zweimal verwundet, mit Strenge und Milde die sinkende Zuversicht aufrecht, selbst allen ein leuchtendes Beispiel, während Leopold von Kollonitsch, Bischof von Wiener-Neustadt, für die Kranken und Verwundeten sorgte. „Wien lag in den letzten Zügen“, als am 6. September Raketen von der Höhe des Kahlenberges her das Nahen des sehnlichst erwarteten Entsatzheeres meldeten. Ein reitender Bote Starhembergs, der glücklich durchkam, brachte dem Herzog von Lothringen die dringendste Aufforderung, „ja keine Zeit mehr zu verlieren“, und in der Tat verkündete am Morgen des 11. September eine weithin sichtbare weiße Fahne mit rotem Kreuz auf dem Kahlenberge, am Abend das Aufleuchten zahlloser Wachsfeuer am Gebirge, daß die Rettung nahe sei.

Das Entsatzheer war heran. Karl von Lothringen hatte bei Preßburg am 29. August Tökölys Scharen zurückgeworfen und sich darauf bei Ober-Hollabrunn an der Straße nach Znaim mit den Polen (24000 Mann) vereinigt, die Johann Sobieski über Troppau, Olmütz und Brünn heranzuführte. Am 7. und 8. September trafen beide bei Tulln mit den deutschen Truppen zusammen, 10000 Bayern unter dem jungen Kurfürsten Max Emanuel, 10000 Sachsen unter Johann Georg III., 9500 schwäbischen und fränkischen Kreistruppen; es waren alles in allem 76000 Mann. Daß die Brandenburger fehlten, war nicht des Kurfürsten Schuld; er hatte noch im Juli dem Kaiser 9000 Mann angeboten, dieser sie aber abgelehnt, weil er befürchtete, sie möchten sich auf dem Marsche durch Schlesien der beanspruchten Fürstentümer bemächtigen. Der schwere Fehler Kara Mustafas, die Pässe des

Die Schlacht vor Wien.



Wiener Waldes unverteidigt zu lassen, gestattete den Verbündeten, das damals noch wenig wegsame Gebirge ohne anderes Hindernis als Regen und Sturm zu überschreiten. Am 1. 11. September lagerten sie an seiner Ostseite längs des Gebirgskammes, und vom Kahlenberge herab sah ihr Oberbefehlshaber Johann Sobieski mit Karl von Lothringen und den beiden Kurfürsten hinunter auf die weite, wellige mit weißen Ortschaften besäte Mulde von Wien, auf das Türkenlager, auf die hartbedrängte, in Rauchwolken gehüllte Stadt und auf das feindliche Heer, das in fünf Treffen von Penzing bis Nußdorf stand. Am nächsten Tage, am 2. 12. September, einem Sonntage, entwickelte sich die gewaltige Schlacht. Auf dem linken Flügel standen die Kaiserlichen und die Sachsen, im Mitteltreffen die Bayern, Franken und Schwaben; rechts sollten sich die Polen anschließen, die den längsten Weg hatten. So fiel während des Vormittags die ganze Wucht des Kampfes auf die Deutschen. Im heißen Ringen mit Ägyptern und Syrern gewannen die Kaiserlichen und die Sachsen langsam Boden, nahmen nach zweistündigem Gefecht den beherrschenden

1663. Nußberg an der Donau, erstürmten endlich Heiligenstadt und Nußdorf, während die Süddeutschen das türkische Zentrum in Schach hielten. Nach fünfstündigem Kampfe machte Lothringen Halt, um seinen Leuten Rast zu gönnen und den Polen Zeit zu lassen, und endlich gegen 2 Uhr nachmittags sah man die bunten Fähnlein ihrer schweren Lanzenreiter in endlosen Reihen von Dornbach her sich entwickeln. Doch ihr erster ungestümer Ansturm wurde abgeschlagen; nur die deutschen Bataillone, die ihnen als Rückhalt dienten, retteten hier die Schlacht, und erst als die ganze deutsche Linie von neuem vorging, die Franken und die Sachsen, ihren tapferen Kurfürsten mit seiner roten Leibgarde voran, die große Schanze bei Döbling erstürmten und die polnischen Geschwader sich zum zweitenmale auf die Osmanen warfen, da verlor deren linker Flügel die Haltung und wich in wilder Flucht nach dem Lager zurück. Um 6 Uhr abends war die Schlacht entschieden. Hitzig verfolgt, insbesondere von den Sachsen, die zuerst ihre Banner auf die Schanzen des Lagers pflanzten, räumten die Türken in völliger Verwirrung ihre Stellungen vor Wien und ließen ihr ganzes Heergerät und Gepäck, eine unermessliche Beute, in den Händen der Sieger. Noch am Abend zog Ludwig von Baden durch das Schottentor ein in die befreite Stadt, am 13., feierlich empfangen, der König von Polen, am 14. der Kaiser. Der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Lothringen betraten Wien nur auf kurze Zeit; denn jener war tief verstimmt darüber, daß dem Polenkönig der ganze Ruhm des Sieges begemessen wurde, den in erster Linie die Deutschen gewonnen hatten.

Die Befreiungsschlacht vor Wien bezeichnet den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der türkischen Macht. Ihr letzter furchtbarer Anlauf war zurückgewiesen, und die Wiedereroberung Ungarns begann. Schon am 9. Oktober siegten die Verbündeten bei Parkany, worauf die Polen nach Hause zogen, dann nahmen sie Gran und Leutschau. Der besiegte Großvezier endete auf Befehl des erzürnten Sultans zu Belgrad durch die seidene Schnur (25. Dezember 1683).

Der Waffen-  
stillstand von  
Regensburg.

Der glänzende Sieg war auch für Ludwig XIV. eine schwere Niederlage, denn das Reich bedurfte jetzt seiner Hilfe gegen die Türken nicht mehr; ja Spanien dachte



daran, den Krieg gegen ihn zu erneuern. Um dies zu verhindern und also Deutschland vor einem Doppelkriege zu bewahren, bewog der Große Kurfürst Braunschweig-Lüneburg, sich von der „Assoziation“ zu trennen und sich ihm anzuschließen. Indem so die Assoziation zerfiel, willigte der Reichstag am 15. August 1684 in den Waffenstillstand mit Frankreich, der diesem die reuniten Gebiete auf zwanzig Jahre ließ. Schon am 11. August hatte Spanien auf Luxemburg verzichtet. So ungünstig diese Abmachung war, sie behielt doch dem Reiche grundsätzlich alle seine Rechte vor und ermöglichte vor allem die kräftige Fortsetzung des Krieges gegen die Türken.

Dafür hatte sich im März 1684 die „heilige Liga“ zwischen dem Kaiser, Polen, Venedig und dem Papste gebildet, die nun gleichzeitig in Ungarn, am Schwarzen Meere und in Morea zum Angriff übergriff. Die erste Belagerung Ofens i. J. 1684 war noch vergeblich, aber am 19. August 1685 fiel Neuhäusel, und eine türkische Armee, die vor Gran stand, erlitt hier am 16. August eine schwere Niederlage. Im nächsten Jahre, als die Kuruzen bis in die östlichen Karpathen zurückgedrängt waren, stellte sich auch Michael von Siebenbürgen gegen Zusicherung der Fürstenwürde für sich und seinen Sohn und gegen Gewährleistung der alten Gleichberechtigung für die vier anerkannten Bekenntnisse des Landes unter kaiserlichen Schutz (28. Juni 1686). Wenige Wochen später begannen die Kaiserlichen und die Reichstruppen, darunter diesmal neben 4700 Sachsen auch 8000 Brandenburger, die Einschließung von Ofen (15. Juli). In hartnäckigen Kämpfen die Entsatzversuche des neuen Großveziers Ibrahim zurückweisend, bedrängten sie zugleich die tapfere Besatzung mit unaufhörlichen Stürmen, bis endlich am 2. September ihre Kolonnen die Bresche erstiegen. Nach anderthalb Jahrhunderten sank der Halbmond von der Liebfrauenkirche und der alten ungarischen Königsburg. Am 19. Oktober wurde der Großvezier nochmals bei Szegedin geschlagen, und endlich vollendeten Karl von Lothringen, Mar Emanuel von Bayern und Ludwig von Baden mit der Schlacht am Berge Harsány bei Mohács am 12. August 1687 die Eroberung des ungarischen Tieflandes.

Aber nicht nur die türkische Herrschaft, auch die Libertät des magyarischen Adels ging ihrem Untergange entgegen. Das blutige Strafgericht, mit dem General Caraffa zu Eperies zahlreiche, meist protestantische Edelleute als Hochverräter traf, schreckte von fernem Widerstande ab, obwohl der kaiserliche Hof später die meisten Urteile umstieß und die eingezogenen Güter zurückerstattete, und der Reichstag zu Ofen 1687/88 erkannte jetzt die Erblichkeit der ungarischen Krone im Mannsstamme der Habsburger an, während Leopold I. die Ödenburger Artikel über die kirchlichen Verhältnisse (s. S. 40) zugestand. Auch Siebenbürgen entsagte jetzt feierlich der türkischen Oberhoheit (Mai 1688).

Die Grundlagen eines großen Donaureiches waren gelegt, und noch größeres schien bevorzustehen. Nachdem am 6. September 1688 Belgrad, der Schlüssel Ungarns von Süden her, der feurigen Tatkraft Mar Emanuels von Bayern erlegen war, drang Ludwig von Baden 1689 das Morawatal hinauf tief nach Serbien ein und rief die Bevölkerung von Bosnien und Albanien zum Freiheitskampfe gegen die Osmanen auf. Am 24. September siegte er glänzend bei Nisch, am 14. Oktober nahm er

Widdin und trat mit den Wojewoden der Walachei in Verbindung; ja der General Piccolomini erreichte das schlachtenberühmte Ansfelfeld, wo einst die serbische Freiheit den Türken erlegen war, und bereitete alles zu einer gewaltigen Schilderhebung von Rumelien bis zur Herzegowina vor. In denselben Jahren 1686/87 eroberte Franz Morosini, der letzte große Staatsmann und Feldherr des alternden Venedig, mit einem Heere, das überwiegend aus deutschen, insbesondere kurfürstlichen und braunschweigisch-lüneburgischen Truppen bestand, ganz Morea, dann auch Athen, ein verhängnisvoller Erfolg, denn eine Bombe, die ein lüneburgischer Offizier von der 1687. Stätte des alten Areopag nach der Akropolis warf, sprengte das Pulvermagazin im Parthenon in die Luft, und die Explosion zerriß den herrlichen Tempel, den 1688. schönsten Baurest des Altertums (26. September). Zwar mißlang dann 1688 die Belagerung des festen Negroponte auf Euböa trotz der 8000 Mann deutscher Truppen, die Morosini hier zur Verfügung hatte, aber Morea war venezianisch. So schien es, als ob sich unter Österreichs Schutz und doch wesentlich mit deutschen Kräften die Befreiung und Wiedergeburt der türkischen Rajavölker vollziehen sollte. Aber da türmten sich im Westen abermals drohende Wetterwolken empor.

Bruch  
Branden-  
burgs mit  
Frankreich.

Die Gewaltherrschaft Ludwigs XIV. erstieg ihren Gipfel. Wie er auswärtigen Staaten gegenüber schon längst kein anderes Recht mehr anerkannte, als seine Willkür und seine Macht, wie er im Innern alles, was seinem unumschränkten Königtum widerstrebte, niedergeworfen hatte nicht im Interesse des Ganzen, sondern lediglich seiner fürstlichen Größe, bis schließlich das Selbstbewußtsein des Herrschers das einzige Ergebnis der Staatstätigkeit war, so hatte er auch begonnen, das kirchliche Leben dem Zwange seines Willens zu unterwerfen; besonders strebte er danach, den französischen Protestantismus zu vernichten, der eine viel stärkere Macht darstellte, als es die Zahl seiner Bekenner (2 Millionen von etwa 20 Millionen) erwarten ließ. Gegen solche Maßregeln hatte der Große Kurfürst schon mehrfach dringende Vorstellungen erhoben; da sie nichts fruchteten, sondern die Bedrückung der Hugenotten allmählich in die roheste Verfolgung, die berufenen „Dragonaden“, überging, so begann er das Band, das er in der Not mit Frankreich geknüpft hatte, zu lösen, 1685. erneuerte im August 1685 das alte Verteidigungsbündnis mit Holland und verabredete für den Fall einer Störung des europäischen Friedens gemeinsame Beratungen zu gemeinschaftlicher „Konfervation“. Erregte schon dieser Schritt das lebhafteste Mißfallen Ludwigs XIV., zumal da sich der Kurfürst in erregten persönlichen Verhandlungen mit dem französischen Gesandten Rebenac weigerte, bindende Erklärungen über sein Verhältnis zu Frankreich abzugeben, so führte die Aufhebung des Edikts von Nantes am 22. Oktober 1685 tatsächlich die Lösung des Bündnisses herbei. In tiefster Seele erregt, beantwortete Friedrich Wilhelm diesen Gewaltstreich im graden Gegensatz zu der Verfügung des Königs, die den mißhandelten Reformierten auch noch die Auswanderung verbot, mit dem Edikt von Potsdam vom 1686. 9. November und empfing selber am 10. Januar 1686 die Führer der flüchtigen Hugenotten als der neue Schirmherr des Protestantismus.

Entstehung  
des dritten  
Raubkrieges.

Die alten Grundlagen der Verbindung Frankreichs mit den evangelischen Staaten waren zerstört, seitdem es in die fanatische Kirchenpolitik Spaniens ein-

gelenkt war, und zugleich forderte es ganz Europa zur Abwehr seiner rücksichtslosen Übergriffe heraus, denn in demselben Jahre 1685 erhob Ludwig Ansprüche auf große Teile der linksrheinischen Kurpfalz. Großes hatte Karl Ludwig (1648—1680) geleistet, um sein verwüstetes Land wieder emporzubringen (s. unten); doch in erschütternden Schicksalen sollte die Pfalz erfahren, daß alle Kulturarbeit fruchtlos sei ohne den starken Schutz eines widerstandsfähigen Staatswesens, und ein solches hatte auch Karl Ludwig aus diesen zerstreuten Gebietstrümmern nicht zu schaffen vermocht. In Erkenntnis dieser Schwäche hatte er Anlehnung an dem stärksten Nachbarn, an Frankreich, gesucht und deshalb 1671 seine einzige geliebte Tochter, die ehrliche, warmherzige Elisabeth Charlotte, ein echtes Kind der fröhlichen Pfalz, mit Ludwigs XIV. Bruder Philipp von Orleans ohne jede beiderseitige Neigung vermählt. Jetzt beschwor diese Verbindung zu Charlottes unstillbarem Kummer, die ihre deutsche Art und ihre Heimatliebe auch in Frankreich niemals verleugnete, geradezu das Verderben über das unglückliche Land herauf. Denn nach dem Aussterben des Hauses Simmern mit Karls II. Tode 1685 erhob Ludwig XIV. im Namen seiner Schwägerin Ansprüche auf alle Teile des Erbes, die nicht nachweislich Mannslehen seien, auf Simmern, Lautern, Sponheim und Germersheim.

Diese Gefahr näherte einander wieder die Mächte trotz aller Gegensätze, die sie seit 1679 getrennt hielten. Am 12. Januar 1686 verpflichteten sich Branden-<sup>1686.</sup> burg, Schweden und Holland, jede Verletzung der Verträge von Münster, Nymwegen und Regensburg mit gewaffneter Hand zu hindern. Am 22. März trat der Große Kurfürst auch mit Österreich in ein enges Bündnis, versprach seine Stimme bei der Kaiserwahl einem Erzherzog zu geben und verzichtete auf seine schlesischen Ansprüche gegen Abtretung des Kreises Schwiebus. Aus diesen Vereinbarungen erwuchs am 6. Juli durch den Anschluß Spaniens, Bayerns, der Kurpfalz und einiger kleinerer Reichsfürsten das Verteidigungsbündnis von Augsburg; Ludwigs Ansinnen, die reunierten Landschaften endgültig an Frankreich abzutreten, wurde zurückgewiesen.

Ein neuer Krieg war in Sicht, und schon entwarf der Große Kurfürst im Herbst 1686 den Plan zum Marsche auf Paris, aber mit Aussicht auf Erfolg konnte dieser erst dann unternommen werden, wenn England von Frankreich losgerissen war. Das bedingte den Sturz Jakobs II., und den konnte nur Wilhelm III. von Oranien, der Gemahl seiner Tochter Maria, im Einvernehmen mit den englischen Parteien bewirken, und auch nur dann, wenn mindestens die norddeutschen Fürsten Holland gegen einen französischen Angriff deckten. Darüber wurden schon seit dem Anfange d. J. 1688 zwischen dem Haag und Berlin geheime Verhandlungen gepflogen.

Doch der Große Kurfürst, der so umfassenden Blickes das alles plante und erwog, sah nicht mehr die Vollendung. Eine schwere Krankheit nagte schon seit zwei Jahren an seinem Leben, und der Kummer über einen tiefen Familienzwist verdüsterte seine Tage. Nach dem Tode seiner ersten trefflichen Gemahlin Luise Henriette von Oranien 1667 in zweiter Ehe mit Sophie Dorothea von Holstein vermählt, die ihm noch vier Söhne und drei Töchter schenkte und eine treue Pflegerin seines Alters wurde, obwohl sie ihm in ihrer nüchternen Art die Frau seiner Jugend

Tod des  
Großen  
Kurfürsten.

nicht ersetzte, hatte Friedrich Wilhelm 1680 den Söhnen zweiter Ehe Halberstadt, Minden, Ravensberg und Lauenburg-Bütow mit gewissen Hoheitsrechten und Einkünften, doch durchaus unter der Oberhoheit des künftigen Kurfürsten und unbeschadet der Staatseinheit, zugebracht und auch 1686 in seinem zweiten Testament diese Grundzüge festgehalten. Doch der Kurprinz Friedrich (geb. 11. Juli 1657), dem Vater wenig ähnlich, reizbar, aber unselbständig, sah schon darin eine Beeinträchtigung und ließ sich deshalb vom kaiserlichen Gesandten zu dem unverantwortlichen Schritte verleiten, hinter dem Rücken des Vaters die Rückgabe von Schwiebus zu versprechen, noch ehe dieser jenen Vertrag mit Österreich unterzeichnet hatte. Als nun vollends sein Bruder Ludwig im April 1687 plötzlich starb, ließ er sich einreden, daß dies ein Werk seiner Stiefmutter sei und erbat deshalb mißtrauisch von Karlsbad aus, wo er sich damals mit seiner Gemahlin Sophie Charlotte von Hannover aufhielt, die Erlaubnis, in Cleve seinen Sitz zu nehmen. Der erzürnte Vater versagte sie ihm, aber nur dem Zureden seines Erziehers Eberhard Dandellmann gelang es, den Kurprinzen im letzten Augenblicke zur Änderung seines Entschlusses und schließlich zur Rückkehr nach Berlin zu bestimmen (Oktober 1687), wo er nun eine etwas selbständigere Stellung erhielt.

Doch mit dem Kurfürsten ging es zu Ende. Gefaßt ertrug er die steigenden 1688. Qualen der Wassersucht, am 15. April, am Karfreitage d. J. 1688, genoß er das hl. Abendmahl, am 7. Mai nahm er von seinem treuen Geheimen Räte und dem Sohne erschütternden Abschied. Aber noch flogen die Gedanken des Sterbenden weit voraus in die Zukunft: die letzten Lösungsworte, die er seinen Garden gab, lauteten „London“ und „Amsterdam“. Am 29. April 9. Mai 1688 gegen 9 Uhr vormittags verschied er im Schlosse von Potsdam nach schwerem Kampfe.

Er war der erste große Hohenzoller der neueren Zeit und in jedem Zuge ein Deutscher. Aus dem kräftigen Antlitz mit dem energischen Doppelfinn schaute ein Paar dunkler, feuriger Augen unter der hochgewölbten Stirn hervor, und die starkgebogene Nase über dem festen Munde vermehrte noch den Ausdruck entschlossener Tatkraft. Leicht erregbar, ja leidenschaftlich und voll fürstlichen Stolzes wußte er doch fest sich zu beherrschen, bedachtsam und scharfblickend die Lage zu erwägen und entwickelte vor allem jene Verbindung von Pflichtbewußtsein, aufrichtiger Frömmigkeit und herzugewinnender Milde, die den besten Söhnen seines Hauses stets zur höchsten Tugend gereicht hat. Er hat der Volkstümmlichkeit nicht entbehrt; aber dem verschüchterten Geschlechte, das er regierte, erschienen die harten Formen seines Staates weit mehr noch als etwas Drückendes und Willkürliches, wie als etwas Notwendiges oder gar Großes, und noch viel mehr fehlte daran, daß die Nation in ihm ihren Helden gesehen hätte, der den Grundstein zu ihrem neuen Reichsbau legte. Auch er selber hat das nicht geahnt, aber was er geschaffen, das hat er schaffen wollen: einen fest geschlossenen, monarchischen, wehrkräftigen duldsamen Staat.

Friedrich III. Aber noch war der Staat nicht stark genug, und in seinen Überlieferungen noch nicht fest genug, um seine Bahnen stetig zu verfolgen. Was er geworden, verdankte er der Kraft des Willens, die in seinem Leibe lebte; als sie fehlte, ver-



mochte er die errungene Stellung nicht völlig zu behaupten. Friedrich III. (1688—1713) hatte vom Vater zwar den fürstlichen Stolz, aber weder die Selbstständigkeit des Entschlusses, noch seinen scharfen Blick geerbt. Nach langen Verhandlungen bewog er seine Stiefbrüder, gegen ansehnliche Jahresgelder auf die ihnen zugedachten Rechte zu verzichten (3. März 1692), aber er mußte auch die Folgen seines geheimen Vertrags mit Österreich tragen, indem er im Januar 1695 Schwiebus zurückgab, allerdings gegen die Anwartschaft auf Ostfriesland und unter Vorbehalt seiner schlesischen Ansprüche. Überhaupt blieb der engste Anschluß an den Kaiser der leitende Gedanke seiner Politik, weil er nur mit seiner Hilfe den Plan ausführen zu können hoffte, um den sich alle seine Gedanken bewegten, die Erwerbung der Königskrone. Damit verband sich bei ihm und vielleicht noch mehr bei seiner geistvollen Gemahlin Sophie Charlotte von Hannover eine entschiedene Neigung zu Glanz und Prunk. Über jenen Plänen aber ging die stolze Selbstständigkeit der brandenburgischen Politik, wie sie der Große Kurfürst zu wahren versucht hatte, auf längere Zeit verloren.

Der Richtung auf Abwehr der französischen Übermacht blieb der junge Kurfürst allerdings treu, da er die erprobten Räte seines Vaters beibehielt und der einflußreichste seiner Minister, Eberhard von Danckelmann, seit 1695 Ober-Der Sturz der Stuarts; Ausbruch des dritten Raubkrieges.präsident des Geheimen Rats, in den Überlieferungen des Vorgängers lebte und webte. Daher schloß der Kurfürst schon am 27. Juli 1688 mit Hessen-Kassel ein 1688. Bündnis zum Schutz der Westgrenze, er verabredete mit Wilhelm III. von Oranien im tiefsten Geheimnis die Absendung von 9000 Mann brandenburgischer Truppen nach Holland und zog auch den Herzog Georg Wilhelm von Celle in dieses Einverständnis. Denn die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Frankreich näherte sich rasch. Als im Juni 1688 Erzbischof Heinrich Maximilian von Köln starb, fielen von den 24 Stimmen des Domkapitels 13 auf den französisch gesinnten Coadjutor Wilhelm Egon von Fürstenberg, nur 11 auf den siebenjährigen Joseph Clemens von Bayern. Gewählt war zu recht keiner, da dazu zwei Drittel der Stimmen gehört hätten; um aber alle französischen Ränke abzuschneiden, erkannten Kaiser und Papst den Wittelsbacher an. In dem Gefühle, daß sein ganzes Ansehen auf dem Spiele stehe, erklärte sich Ludwig XIV. für Fürstenberg und schuf dadurch einen neuen Grund zu feindseligem Gegensatz.

Unzertrennlich hatten sich also die festländischen und die englisch-holländischen Dinge verflochten. Ein französischer Angriff auf Holland hätte Wilhelms III. Unternehmen gegen England verhindert; aber so tiefen Eindruck machte die Kunde von der Erstürmung Belgrads und der darin sichtbare rasche Niedergang der türkischen Macht, die Frankreich so oft gegen die Habsburger in Bewegung gesetzt hatte, daß Ludwig XIV. sich entschloß, den Krieg nach Deutschland zu tragen. Am 15. 25. September 1688 überschritt der Herzog Philipp von Orleans mit 80000 Mann die pfälzische Grenze, besetzte Philippsburg, Mannheim, Heidelberg und mit Einwilligung des französisch gesinnten Erzbischofs auch Mainz. Dagegen erschien bereits im Spätherbst 1688 Johann Georg III. von Sachsen mit 14000 Mann am Oberrhein, die Brandenburger besetzten Köln und Coblenz. Nun konnte der



König nicht mehr an einen Angriff auf Holland denken, und der Zug Wilhelms III. nach England wurde möglich. Die „glorreiche Revolution“ stürzte die Stuarts, riß England von Frankreich los und begründete die Parlamentsherrschaft. Die französische Kriegserklärung an Holland am 15. November änderte daran nichts mehr; vielmehr schlossen am 12. Mai 1689 der Kaiser und das Reich mit England, Holland und Spanien zu Wien ein Schutz- und Trugbündnis zur Wiederherstellung der Grenzen von 1648 und 1659; zugleich verpflichteten sich die Mächte, den ältesten Sohn Leopolds I., Joseph (I.), bei der Wahl zum römischen König zu unterstützen, den jüngeren Karl (VI.) als Erben der spanischen Monarchie anzuerkennen, wenn König Karl II. ohne rechtmäßige Erben stirbe. Niemals hatte sich Europa den französischen Übergriffen so einmütig widersetzt, wie jetzt, und die Seele des Bundes war Wilhelm III.

Die Verwüstung der Pfalz.

Da die Franzosen sich außer Stande fühlten, alle im Herbst 1688 besetzten Stellungen am linken Rheinufer zu behaupten, so erwirkte Louvois den barbarischen Befehl, die Pfalz in eine Wüste zu verwandeln, so daß feindlichen Truppen jeder Aufenthalt, ja jeder Durchmarsch zum Angriff auf Frankreich unmöglich gemacht würde; nur Mainz sollte festgehalten werden. Getreu dieser Weisung begannen die französischen Mordbrenner des Herzogs von Créqui, Melacs und Montelars ihr hunnisches Vernichtungswerk. Am 2. März wurde das Schloß von Heidelberg, der herrlichste Palastbau Deutschlands, verwüstet, am 5. März traf Mannheim dasselbe Schicksal, am 27. Mai wurde das ehrwürdige Speier zerstört, selbst der Dom mit den Gräbern unserer Kaiser roh entweiht, am 31. die Lutherstadt Worms an allen Enden angezündet. Ebenso gingen Kreuznach, Ladenburg, Oppenheim, Bretten (Melanchthons Heimat), Alzey, Bruchsal, Frankenthal, Pforzheim, Baden, Rastatt und zahllose Dörfer in Flammen auf, die Saatsfelder wurden umgestülpt, die Frucht-bäume und Weinstöcke abgehauen, die unglücklichen Einwohner mußten nach Frankreich übersiedeln oder fanden in protestantischen Staaten Deutschlands Aufnahme. Nichts hatte jemals das deutsche Gefühl so leidenschaftlich aufgeregt, als diese unvergessenen Schandtaten. Seitdem fraß sich in das Herz unseres friedliebenden Volkes der Franzosenhaß.

Der Krieg am Rhein und in Belgien. 1689.

Und doch hat die barbarische Maßregel ihren Zweck nur halb erfüllt. Mainz erlag am 1. 11. September der Belagerung des Reichsfeldherrn Karl von Lothringen, während am Niederrhein die Brandenburger unter den Augen ihres Kurfürsten den Franzosen Bonn, Rheinberg und Kaiserswerth entrißen. Aber der wichtigste festländische Kriegsschauplatz wurde Belgien. Hier erlitt der Graf von Waldeck, damals Wilhelms III. Stellvertreter, am 1. Juli 1690 bei Fleurus südlich von Brüssel gegen den Marschall Luxemburg eine entscheidende Niederlage, und nur der Anmarsch der Brandenburger von der Maas her hinderte die Franzosen an weiterem Vordringen. Auch im Süden gegenüber Piemont, das sich den Verbündeten angeschlossen hatte, um die lästigen französischen Besatzungen aus Pinerolo und Casale, das sie 1681 besetzt hatten, zu verjagen, blieb Marschall Catinat durch den Sieg bei Staffarda am 18. August 1690 im Vorteil. Im April 1691 nahm dann Vauban unter Ludwigs XIV. Augen das feste Mons, und im nächsten Frühjahr

1692 erschienen beide wieder vor dem Namur. Nach kurzer Zeit fiel die Stadt, 1692. am 30. Juni auch ihre Felsenzitadelle; Wilhelm III. kam zum Entsatz zu spät und wurde am 3. August, als er die französische Stellung bei Steenkerken zwischen Brüssel und Mons in der Morgenfrühe überraschend angriff, nach blutigem Ringen zurückgeworfen. Um so bedeutsamer war es für die Verbündeten, daß inzwischen der Sieg an der Boyne am 1. Juli 1690 das Schicksal des irischen Aufstandes gegen Wilhelm III. entschied, die gewaltige Seeschlacht bei La Hogue am 29. Mai 1692 die französische Flotte fast vernichtet hatte. Die Rückwirkungen dieser Schläge machten sich allmählich auch auf dem Festlande geltend. Der furchtbar blutige Sieg Luxemburgs über Wilhelm III. bei Neerwinden und Landen karolingischen Andenkens (unweit Lüttich) am 19. 29. Juli 1693 blieb bei der Erschöpfung der 1693. Franzosen fast unbenützt, nur Charleroi fiel. Am Oberrhein nahmen sie am 18. Mai das notdürftig wiederhergestellte Heidelberg, das der kaiserliche Befehlshaber Heidersdorf feig oder verräterisch fast ohne Gegenwehr übergab. Da wurde auch der herrlichste Teil des Schlosses, der Otto-Heinrichsbau, ausgebrannt, die Festungswerke und die Gewölbe gesprengt oder verschüttet, die meisten Kirchen und Universitätsgebäude gingen in Flammen auf, und gegen die Einwohner wüteten die entmenschten Banden wie einst die Ligisten in Magdeburg. Der „Sonnenkönig“ aber ließ ein Tedeum anstimmen und zur Verewigung seiner eigenen Schmach Denkmünzen prägen auf diese Zerstörung Heidelbergs. Dann drangen die Franzosen tief nach Schwaben hinein, aber auf die Kunde, daß Ludwig von Baden sich mit den Sachsen unter Johann Georg IV. vereinigt habe und den Angriff im verschanzten Lager bei Heilbronn erwarte, wichen sie hinter den Rhein zurück.

Im Jahre 1694 stellte sich zunächst das Gleichgewicht beider Parteien her. 1694. Auf dem belgischen Kriegsschauplatz waren jetzt die Verbündeten, da England die Kosten für beinahe 90 000 Mann bestritt, an Zahl den Gegnern überlegen und nahmen ihnen Huy an der Maas wieder ab; in Süddeutschland kam ihr Vormarsch vor dem verschanzten Lager Ludwigs von Baden bei Wiesloch südlich von Heidelberg abermals zum Stehen, und in Spanien mußten sie die Belagerung von Barcelona aufgeben. Da brachte das Jahr 1695 die entscheidende Wendung. Da nach 1695. Luxemburgs Tode die Marschälle Boufflers und Villeroi sich in verschanzten Stellungen an der Schelde und Sambre verteidigungsweise verhielten und ein Angriff auf sie untunlich schien, so begann Wilhelm III. zu Anfang Juli die Belagerung von Namur, das inzwischen Vaubans Meisterhand in die stärkste Festung Europas verwandelt hatte und Boufflers persönlich verteidigte. Doch schon am 3. August erlag die Stadt den Angriffsarbeiten des berühmten niederländischen Festungsbaumeisters Coehorn, der einst ihre Werke z. T. selbst errichtet hatte. Villerois Versuch, die Belagerer durch die Beschießung Brüssels zum Abzug zu bringen, schlug fehl, und seinen Anmarsch auf Namur zur Rettung der noch unbezwungenen Zitadelle wies Wilhelm III. in unangreifbarer Stellung zurück. Als nun ein „Höllenseuer“ Bresche in die Außenwerke gelegt hatte, gingen Brandenburger und Bayern, Engländer und Holländer wetteifernd zum Sturme vor, und am 3. September übergab Boufflers die tapfer verteidigte Feste gegen freien Abzug der Besatzung.

Zerfall  
des Kriegs-  
bundes,  
Friede von  
Ryswyk.

Nicht den französischen Waffen, sondern der französischen Diplomatie gelang es i. J. 1696, einen Keil in das Kriegsbündnis zu treiben. Gegen die Einräumung von Casale und Pinerolo trat Piemont zu Frankreich über, und Catinat konnte die dort entbehrlich gewordenen Truppen nach Belgien führen. Da nahmen auch die Verbündeten die angebotene schwedische Vermittlung an und ließen ihre Gesandten in dem oranischen Schlosse Ryswyk beim Haag zum Friedenskongreß zusammen-treten. Dort verstanden die französischen Unterhändler bald, die Mächte zu trennen. Zunächst gewannen sie England, da Ludwig sich entschloß, Jakob II. fallen zu lassen und Wilhelm III. anzuerkennen, dann Spanien durch den Verzicht Ludwigs auf Luxemburg, endlich Holland durch einen günstigen Handelsvertrag. So blieben Kaiser und Reich mit ihrer Forderung auf Herausgabe Straßburgs und der übrigen Reichsstädte des Elsaß allein; Anton Heinsius, der Vertreter Hollands, das deutsche Waffen zweimal vor Frankreich gerettet hatten, bezeichnete jene Bedingung wegwerfend als den „Traum eines franken Gehirns“. Schließlich erhielt das Reich zwar Freiburg i. Br. und Breisach, sowie die meisten reunierten Gebiete zurück, aber Straßburg und die andern elsässischen Reichsstädte blieben französisch. Ja Ludwig XIV. mußte, hier im Einvernehmen mit Österreich, in der „Ryswyker Klausel“ noch durchzusehen, daß überall da, wo die Franzosen in den von ihnen besetzten und jetzt zu räumenden Gebieten auch nur vorübergehend katholischen Gottesdienst eingerichtet hatten, dieser nach dem Frieden weiter gestattet bleiben sollte, während von einer Erleichterung des Loses der französischen Protestanten keine Rede war. Auf 1697. diese Bedingungen unterzeichneten am 20. September 1697 Frankreich, England, Holland und Spanien, am 30. Oktober der Kaiser und die deutschen Reichsstände den Frieden von Ryswyk. Wohl hatte das erbitterte Volk nicht unrecht, wenn es ihn und seinen Vorgänger von 1679 kurzweg die Friedensschlüsse von „Nimmweg“ und „Reißweg“ nannte, aber den Eroberungen Ludwigs XIV. war doch Einhalt geschehen, zum erstenmale war er zurückgewichen, und die furchtbare Erschöpfung seines Landes schien eine längere Dauer des Weltfriedens zu verbürgen.

Fortgang  
des Türken-  
krieges.

Auf den noch fortdauernden türkischen Krieg konnte natürlich der dritte Raub-krieg nicht ohne hemmenden Einfluß bleiben. Schon in den Jahren 1689 und 1690 wurden die Kaiserlichen wieder aus Serbien und der Walachei verdrängt, selbst 1690. Belgrad fiel am 8. Oktober 1690 wieder den Osmanen in die Hände, so daß etwa 36 000 serbische und albanesische Familien aus Furcht vor türkischer Rache nach den dünnbevölkerten habsburgischen Landschaften zwischen Save und Drau auswanderten. Nur mit großer Anstrengung wehrte Ludwig von Baden den Einbruch der Türken nach Ungarn in der blutigen Schlacht bei Szalankemen unweit Belgrad 1691. am 19. August 1691 ab. Fast gleichzeitig regelte das Decretum Leopoldinum vom 16. Oktober 1691 endgültig die Verhältnisse Siebenbürgens auf Grund der alten Gleichberechtigung der vier dort anerkannten Glaubensbekenntnisse und der drei „politischen“ Nationen, der Magyaren, Szekler und Sachsen, zu denen die griechisch-katholischen Rumänen trotz ihrer Überzahl nicht gehörten. Erhebliche kriegerische Ereignisse traten in den nächsten Jahren nicht ein, da die Kaiserlichen durch den Krieg mit Frankreich in Anspruch genommen waren und bei den Osmanen der

Kriegseifer wieder erlosch. Erst 1695 zog Mustafa II. persönlich zu Felde und siegte im September bei Eugos in Siebenbürgen, doch ohne bedeutende Folgen. Eine große Entscheidung war offenbar nur möglich, wenn der Friede mit Frankreich gestattete, die volle Kraft des Reiches gegen Osten zu wenden und wenn eine hervorragende Kraft an die Spitze trat.

Das wurde seit dem Sommer 1697 der neuernannte Oberbefehlshaber, Prinz Eugen von Savoyen.

Eine sonderbare Verkettung von Verhältnissen hatte diesen Sohn des französischen Generals Eugen Moritz von Savoyen-Carignan und der schönen, geistvollen Nichte Mazarins, Olympia Mancini, der einst die Jugendliebe Ludwigs XIV. gehört hatte, in kaiserliche Dienste geführt, vor allem die feindliche Spannung, in die allmählich seine Mutter zu dem Königshofe getreten war, so daß sie nach dem Tode ihres Gemahls 1673 sogar Zuflucht in Brüssel suchte, und die entschiedene Abneigung Eugens (geboren 18. Oktober 1663), sich der geistlichen Laufbahn, für die er wegen seines schwächlichen Körpers ursprünglich bestimmt war, zu widmen, während Ludwig XIV. ihm die militärische Laufbahn in Frankreich hartnäckig verschloß. Das trieb ihn ins feindliche Lager; i. J. 1683 trat er in kaiserliche Dienste, focht bei Petronell und Wien mit, zeichnete sich dann vor Ofen und Belgrad wie gegen Frankreich aus und wurde mit 34 Jahren auf den Rat Guidos von Starhemberg an die Spitze des Heeres in Ungarn gestellt.

Klein und hager von Gestalt, mit braunem, faltigem Gesicht und einer unschönen Stumpfnase verriet er nur durch das große feurige Auge die entschlossene, fortreisende Talkraft. Doch die begeisterte Hingebung, das unbedingte Vertrauen seiner Truppen gewann er sich vielleicht noch mehr durch seinen milden, menschenfreundlichen Sinn und die lautere Hoheit seines Wesens. Aber er erwuchs nicht nur zu einem der ersten Feldherren, sondern auch zum größten Staatsmanne Österreichs, denn er war einer der wenigen, die die Aufgabe dieses Reiches, die Donau bis zu ihrer Mündung zu beherrschen, als die wichtigste erkannten und mit Erfolg zu lösen strebten.

Als er den Befehl an Stelle des Kurfürsten Friedrich August von Sachsen übernahm, fand er das Heer in der sumpfigen ungesunden Gegend von Peterwardein verwahrloßt, unzufrieden und meuterisch. Mit der Ordnung führte Eugen auch Mut und Vertrauen zurück. Kaum war das erreicht, da drang Sultan Mustafa, von Pancsova aus die Donau und die Theiß überschreitend, auf deren rechten Ufer nordwärts vor, um sich zunächst Szegedins zu bemächtigen, dann die Maros entlang nach Siebenbürgen zu marschieren. Schon war er im Begriff, beim Dorfe Zentha auf die linke Seite der Theiß überzugehen, und ein Teil seiner Truppen hatte auf einer Schiffbrücke den Übergang schon bewerkstelligt, als Eugen am 11. September 1697 mit etwa 50000 Mann Kaiserlicher und Reichstruppen (Brandenburger und Sachsen) herankam. Zwei Stunden vor Sonnenuntergang ging sein Heer im weiten Bogen, das verschanzte türkische Lager auf dem rechten Ufer umfassend, zum Angriff vor, erstürmte die Schanzen, während ein Teil des linken Flügels durch den seichten Fluß gehend sie von hinten packte und sprengte die Osmanen größtenteils in die Theiß, ohne daß der Sultan, der sich auf dem linken Ufer befand, zu helfen vermochte. Mit einem Verluste von nur etwa 2000 Mann hatte Eugen den vollkommensten Sieg erkauft

Die Schlacht bei Zentha.



und den Besitz Ungarns gesichert. Den Rest des Jahres konnte er noch zu einem Streifzuge nach Bosnien bis Serajewo verwenden.

Der Friede  
von  
Karlowitz.  
1699.

Im nächsten Jahre vermittelten England und Holland einen Waffenstillstand, und am 26. Januar 1699 wurde der Friede von Karlowitz bei Peterwardein unterzeichnet. Die Türkei trat an Österreich Ungarn mit Ausnahme des Banats, Siebenbürgen und Slawonien ab, an Venedig Morea, an Polen einen Teil Podoliens, an Rußland, das sich zuletzt dem Kriegsbunde angeschlossen hatte, die Festung Asow an der Donnmündung. Die osmanische Übermacht war gebrochen, die Auflösung des Reiches in Europa hatte begonnen, und Österreich stieg, zur wohlhabenderen Donaumonarchie emporwachsend, zum Range einer selbständigen Großmacht empor.

Der Streit  
um die  
spanische  
Erbschaft.

Ein Zeitabschnitt voll gewaltiger Kämpfe war damit abgeschlossen, aber schon drohten neue Erschütterungen. Der Streit um das ungeheuere, wenngleich verwaarloste Erbe der spanischen Habsburger, den Ludwig XIV. begann, um es in seiner ganzen Ausdehnung für die Bourbonen zu gewinnen und damit die Vorherrschaft Frankreichs in Europa auf die Dauer zu sichern, endete mit dem Zerfalle dieser unnatürlich zusammengeschweißten Ländermasse und mit einer so furchtbaren Schwächung des französischen Staates, daß er auf Jahrzehnte hinaus zu einer Fortsetzung seiner ausgreifenden Politik außer stande war. Im Osten verlor gleichzeitig sein alter Bundesgenosse Schweden mit dem bei weitem größten Teile seiner festländischen Besitzungen seine Großmachtsstellung, die auf ihnen, also auf der Schwäche der Nachbarn beruhte, und diese Küstengebiete traten in naturgemäße Beziehungen zu ihren Hinterländern, zu Deutschland und Rußland. Damit drängte sich aber auch diese Slawenmacht in jugendkräftiger Barbarei in den Kreis der abendländischen Staaten ein, um bald zu bedrohlicher Größe aufzusteigen.

In diese Kämpfe wurde Deutschland bei seiner Lage in der Mitte des Weltteiles tief verflochten, forderte doch sein Interesse ebenso die Zerstörung der bourbonischen Vorherrschaft wie der schwedischen Großmacht. Ganz vorwiegend aber wurden das Reich und seine Hauptstaaten in den Krieg um die spanische Erbschaft verwickelt, Bayern und Köln folgten sogar den Fahnen Frankreichs. Nur Kursachsen war von Anfang an am nordischen Kriege beteiligt. Erst als der spanische Erbfolgekrieg längst entschieden war, traten die größeren norddeutschen Staaten in den Kampf der Ostmächte ein und gewannen für Deutschland wenigstens das ihm Unentbehrlichste, die Mündungsgebiete seiner Ströme, aus dem großen Schiffbruche der schwedischen Macht.

Auf das spanische Erbe erhoben Ansprüche Ludwig XIV. als Gemahl Maria Theresias für seinen Enkel Philipp von Anjou, obwohl diese auf ihr Recht Verzicht geleistet hatte, und Leopold I. als Gemahl ihrer Schwester Margaretha Theresia (seit 1666). Diese hatte nun zwar wiederum ihren Anspruch auf ihre Tochter Maria Antonia, die Gemahlin des glänzenden Türken siegers Mar Emanuel von Bayern, und also auch auf deren Sohn, den Kurprinzen Joseph Ferdinand (geb. 1692) übertragen, Maria Antonia jedoch ihr Anrecht ihren Brüdern Joseph und Karl überlassen. Indessen traten diese dynastischen Fragen hinter den schweren Machtfragen zurück. Handelte es sich doch einerseits um die Behauptung des europäischen



Gleichgewichts gegen Frankreich, andererseits um die Zukunft Nordamerikas und den Handel mit den spanischen Gebieten diesseits wie jenseits des Ozeans. Fanden nämlich die ausgedehnten französischen Besitzungen in Canada und im Mississippi-Becken Anlehnung an die spanische Herrschaft im Südwesten, dann stellten sich der englischen Besiedelung, die seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts die Ostküste mit jungen, aufstrebenden Gemeinwesen bevölkerte und stetig nach dem Westen vordrang, schwere, vielleicht unübersteigliche Hindernisse entgegen, und öffnete Spanien das Mutterland und die Kolonien dem französischen Handel, so erwuchs der Ausfuhr Englands und Hollands eine gewaltige Nebenbuhlerschaft. Daher arbeiteten die Seemächte auf eine Teilung der spanischen Monarchie zwischen den Erben hin und verständigten sich wirklich am 11. Oktober 1698 mit Ludwig XIV. über einen solchen Vertrag. Im Gegensatz dazu setzte Karl II. unter dem Einflusse der spanischen Granden, deren Stolz eine Zerstücklung des Reiches unerträglich war, und des gewandten französischen Botschafters d'Harcourt den Kurprinzen von Bayern zum Erben ein, und schon schwelgte sein ehrgeiziger Vater in dem Gedanken, als Regent mit seinem Sohne in Madrid einzuziehen, da rafften den Knaben die Pocken hinweg (Februar 1699). Während nun den Seemächten gegenüber Ludwig XIV. in einen zweiten Teilungsvertrag willigte, entschied sich Karl II. jetzt dafür, Philipp von Anjou zum Erben des Gesamtreiches einzusetzen, weil er der französischen Macht allein die Kraft zutraute, die ganze Masse ungeteilt zu behaupten. Am 1. November 1700 erlosch <sup>1700.</sup> das tieche Leben des letzten spanischen Habsburgers, am 12. entschied sich Ludwig XIV. für die Annahme seines Testamentes, am 16. begrüßte er seinen Enkel als König von Spanien; er schickte sich an, das Reich Karls V. und Philipps II., in dem die Sonne nicht unterging, für sein Haus allein zu behaupten.

Mit rascher Tatkraft ging er vor. In den ersten Monaten d. J. 1701 be- <sup>Die Bundesgenossen-  
schaft Ludwigs XIV.  
1701.</sup> setzten französische Truppen Belgien, Mailand und Mantua, Neapel und Sizilien, am 13. Februar schloß Ludwig sein Bündnis mit Joseph Clemens von Köln, in dessen Streit mit Kapitel und Ständen der Kaiser zu Ungunsten des Erzbischofs eingegriffen hatte, am 9. März trat Mar Emanuel von Bayern, der Bruder des Erzbischofs, auf Frankreichs Seite, geblendet von der Aussicht auf die Königskrone von Burgund (Belgien) und die Nachfolge im Reiche, wenn Leopold I. die Augen schließe; am 4. März erklärten sich auch die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel für Frankreich, gereizt durch die Beförderung der jüngeren lüneburgischen Linie zur neunten Kurwürde (1692). Bis tief nach Deutschland hinein reichten also Ludwigs Beziehungen, in Italien aber schloß sich ihm Victor Amadeus II. von Savoyen-Piemont an, als von Osten und Westen her die französischen Aufstellungen sein Land umfaßten und die Franzosen ihm den Erwerb der westlichen Lombardei in Aussicht stellten. Ganz West- und Südeuropa, ja selbst ein guter Teil Deutschlands gehorchte dem Winke von Paris.

Gegenüber diesem kühnen und schnellen Vorgehen des Bourbonen kamen seine <sup>Die „Große  
Allianz“.</sup> Feinde nur sehr langsam und schwer zu einer Einigung. Es bedurfte der ganzen Meisterschaft Wilhelms III., um zunächst das englische Parlament, das die friedens-  
seligen Tories beherrschten, zur vertragsmäßigen Unterstützung des schwerbedrohten

Holland zu gewinnen (Mai 1701). In Wien wollten die älteren Minister Leopolds I. nur Mailand als heimgefallenes Reichslehen sichern und hätten im übrigen eine friedliche Verständigung mit Frankreich dem Kriege vorgezogen. Dagegen sprachen sich der römische König Joseph und Prinz Eugen für entschlossenes Vorgehen aus, und am 7. September 1701 unterzeichneten die Vertreter der drei Mächte im Haag die sogenannte „Große Allianz“, die für Österreich die Erwerbung Belgiens, Mailands, Neapels und Siziliens, für die Seemächte die Eroberung des spanischen Amerika in Aussicht nahm. Auch in England schlug die Stimmung um, als Ludwig XIV. den englischen Erzeugnissen den französischen Markt verschloß und im Widerspruch mit dem Frieden von Ryswyk am Sterbebett Jakobs II. dessen gleichnamigen Sohn als König von Großbritannien anerkannte (16. September 1701). Und doch hatte soeben das Parlament beschlossen, diesen Unwarter zurückzuweisen und bei Erledigung des Thrones die Tochter Elisabeths und Friedrichs V. von der Pfalz, die Enkelin Jakobs I., Sophie, die Witwe Ernst Augusts von Braunschweig-Lüneburg (Hannover), zur Nachfolge zu berufen (30. Juni 1701). Als Wilhelm III. am 11. Januar 1702 sein neugewähltes Parlament eröffnete, da wurde seine Thronrede, die letzte, zum „Manifest des spanischen Erbfolgekrieges“. Sein weltgeschichtliches Tagewerk ging zu Ende, am 19. März verschied er nach kurzer Krankheit. Doch seiner Politik blieb England auch unter seiner Nachfolgerin Anna (1702—1714) treu, geleitet von dem glänzenden Herzog John von Marlborough, der die Interessen der parlamentarischen Parteien denen des Landes unterzuordnen verstand.

Die  
Erwerbung  
der  
preussischen  
Kron-  
krone.

Doch niemals hätten die Seemächte für ihre eigene Sache und für Österreich wirksam eintreten können, wenn sie nicht die schlagfertigen, tapferen Regimenter der deutschen Reichsfürsten in ihren Sold genommen hätten. Diesen gebührt der strahlende Ruhm der Landsiege dieses Krieges, nicht den Holländern, nicht den Briten. Noch ehe Leopold I. die große Allianz einging, hatte er Brandenburg an sich gefesselt. Mit Dankelmanns jähem Sturz im Dezember 1697, den weniger die schroffe Art des selbstbewußten Mannes, als die unverföhnliche Abneigung der Kurfürstin herbeiführte, kam der Oberkämmerer Johann Kasimir Kolb, Graf von Wartenberg, in die Höhe, der ihm an Bedeutung weit nachstand. Er überließ die eigentliche Verwaltungsarbeit dem trefflichen Rüdiger von Ilgen und sah seine Hauptaufgabe darin, seinem Herrn die Krone zu verschaffen, zu mal jetzt, wo Friedrich August von Sachsen soeben die polnische Krone sich aufs Haupt gesetzt hatte (1697) und den Welfen die Krone Englands winkte, und gewiß ragte die Bedeutung des Staates schon damals über die eines einfachen Reichsfürstentums weit hinaus. Doch der Kurfürst glaubte die königliche Würde nicht ohne die Zustimmung des Kaisers als des weltlichen Oberhauptes der Christenheit erlangen zu können, obwohl sie ihm nur für das souveräne Herzogtum Preußen, nicht für das Reichslehen Brandenburg, erreichbar war, da sich mit ihr der Begriff der Souveränität verband; aber noch hatte die römische Kirche ihren Anspruch auf das alte Ordensland nicht aufgegeben und der Widerspruch der katholischen Mächte stand zu fürchten, wenn nicht der Kaiser gewonnen war. Denn die Hoffnung einzelner mit dem brandenburgischen Hofe in persönlichen Beziehungen stehender Jesuiten, die deshalb die Angelegenheit am

Kaiserhöfe beförderten, der Kurfürst möge ihrer Kirche große Zugeständnisse machen oder wohl gar zu ihr übertreten, mußte sich in kurzem als trügerisch erweisen. Den Kaiser wiederum bestimmte die Unentbehrlichkeit der brandenburgischen Waffenhilfe für den spanischen Erbfolgekrieg, seine Zustimmung zum „Krontraktat“ vom 16. November 1700<sup>1700.</sup> zu geben. Der Kurfürst versprach für die Behauptung Mailands 8000 Mann über seine Reichspflicht hinaus (im Ganzen 14000 Mann) zu stellen, bei allen folgenden Kaiserwahlen den Habsburgern seine Stimme zuzuwenden und auf dem Reichstage in allen wichtigen Fragen mit Österreich zu stimmen, soweit es seine Interessen ihm verstatteten. Er opferte also die Selbständigkeit seiner Politik für eine unbestimmte Zeit, doch die Krone nahm er ohne jedes Zugeständnis an Rom und in stolzer Unabhängigkeit von jeder geistlichen Gewalt. Am 18. Januar 1701<sup>1701.</sup> setzte sich Friedrich I. im Audienzsaale des Schlosses zu Königsberg die Krone als „König in Preußen“ selbst aufs Haupt, nur die Salbung vollzogen zwei zu diesem Zwecke bestellte evangelische Bischöfe in der Schlosskirche. Einen Tag zuvor hatte er den Orden vom Schwarzen Adler gestiftet. Enttäuscht und erbittert legte Papst Clemens XI. Verwahrung ein und forderte die katholischen Staaten auf, dem „Usurpator“ die Anerkennung zu verweigern (16. April 1701), und in der Tat zögerten damit die geistlichen Reichsfürsten, der deutsche Orden versagte sie ganz. Die Königskrone gewährte dem jungen Staate keinen Machtzuwachs, aber sie war eine Anweisung auf eine größere Zukunft.

Der Vertrag mit der großen Allianz am 30. Dezember 1701 war eine Konsequenz des Krontraktats. Diesem Beispiele folgten Braunschweig-Lüneburg, die Kurpfalz, Trier, Mainz, später auch der fränkische, schwäbische und oberrheinische Kreis (März 1702). Seitdem wachten die Seemächte und Österreich eifersüchtig darüber, das Deutsche Reich von jeder Beteiligung am nordischen Kriege fernzuhalten.

Der Anstoß zur Umgestaltung Osteuropas ging von Rußland, von Peter dem Großen (1689—1725) aus.

Die  
nordischen  
Mächte.

Schon lange hatte die moskowitzische Politik, die auf engeren Anschluß an die abendländische Kultur hinarbeitete, zur Ansiedlung zahlreicher deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden in Moskau und anderen größeren Städten geführt, und nur durch die Eroberungen Gustav Adolfs am finnischen Meerbusen war Rußland von der unentbehrlichen Verbindung mit der Ostsee abgedrängt worden. Diese alten Gedanken mit hastiger Genialität wieder ergreifend, knüpfte der junge Zar persönlich Verbindungen mit Holland, England und Deutschland an und faßte die Erwerbung der schwedisch-deutschen Ostseelände fest ins Auge. Die schwedische Politik erleichterte ihm den Angriff. Gustav Adolf hatte jene Provinzen allerdings ohne Mitwirkung der Stände regiert, aber doch die staatsrechtlichen Grundlagen des herrschenden Deutschtums geachtet und ihm in der Universität Dorpat 1652 eine Stiftung geschenkt, die wenigstens später sein geistiger Mittelpunkt wurde; Königin Christine bewilligte den Est- und Livländern eine Gesamvertretung, und auch Karl XI. bestätigte ihnen feierlich ihre Rechte. Doch als er nach der Begründung des unumschränkten Königtums in Schweden 1680—83 die seit 1604 dem Adel verliehenen oder von ihm mißbräuchlich in Besitz genommenen Krongüter zurückforderte, da dehnte er diese „Güterreduktion“ auch auf die baltischen Provinzen aus, obwohl diese doch gar nicht unter schwedischem Staatsrechte standen, und verfuhr dabei so gewalttätig, daß der baltische Adel fünf Sechstel seines Grundbesitzes verlor. Dessen leidenschaftlicher und hochbegabter Vorkämpfer

Johann Reinhold Patkull wurde 1695 wegen angeblichen Hochverrats zum Tode verurteilt und landflüchtig, die Landesverfassung wurde aufgehoben. Zum Todfeinde Schwedens geworden, suchte Patkull seitdem die Rettung seines Heimatlandes im Anschluß an eine der großen Mächte des Ostens und leitete so den letzten Kampf um das Schicksal dieser alten deutschen Kolonien ein. Im Westen sah sich Schweden durch den alten Gegensatz zu Dänemark bedroht. Er wurde verschärft durch die Wirren zwischen der königlichen und der herzoglichen Linie des dortigen Herrscherhauses, da die Gottorper seit den Zeiten Karl Gustavs Anlehnung an Schweden fanden. Nach fruchtlosen Verhandlungen über die Herstellung der alten Gemeinsamkeit war Herzog Friedrich IV. zu kriegerischen Rüstungen übergegangen und hatte durch die Vermählung mit der Schwester Karls XII. 1698 die Verbindung mit Schweden fester geknüpft, so daß die Dänen im März 1700 das südliche Schleswig besetzten.

Verbindung  
zwischen  
Polen und  
Sachsen.

Indem er Schweden bedrohte, fand Peter in dem soeben 1697 neugewählten König von Polen, Friedrich August I. von Sachsen, einen erwünschten Bundesgenossen.

Nach dem Tode Johann Sobieskis (27. Juni 1696) rang im heftigen Wahlkampf der französische Bewerber Prinz Ludwig von Conti mit den von Österreich unterstützten deutschen Anwärtern Karl von Pfalz-Neuburg und Max Emanuel von Bayern. Doch alle schlug schließlich ein ganz zuletzt erst auftauchender neuer Bewerber aus dem Felde, Kurfürst Friedrich August I., den erst der frühe Tod seines älteren Bruders Johann Georg IV. (27. April 1694) zur Nachfolge berufen hatte, ein junger Herr von riesiger Körperkraft und lebhafter Sinnlichkeit, ehrgeizig und hochbegabt, aber ohne sittliche Festigkeit, ganz erfüllt von der Sehnsucht nach Genuß und Pracht und auch deshalb beherrscht von der leidenschaftlichen Sehnsucht nach dem leichten, schönheitsvollen Leben des katholisch-romanischen Südens, das er auf seiner „Cavaliers-tour“ kennen gelernt hatte. Sein evangelisches Bekenntnis schloß ihn von der polnischen Krone aus, aber es war nicht so fest in ihm gewurzelt, daß es nicht einer starken Föckung unterlegen wäre, und auch sonst gehörte der Übertritt protestantischer Fürsten zur römischen Kirche damals nicht zu den unerhörten Dingen. So legte er am 1. Juni 1697 zu Baden bei Wien in die Hände des Kardinalbischofs von Raab, Christian August von Sachsen-Weitz, insgeheim das katholische Glaubensbekenntnis ab. Jetzt auch von den Jesuiten und von Österreich unterstützt, setzte sein gewandter Bevollmächtigter Heinrich von Flemming seinen Zweck durch. Während die französische Partei auf dem Wahlfelde von Wola bei Warschau am 17. Juli 1697 den Prinzen von Conti ansrief, sprach sich die andere, die wesentlich aus dem kleinen Adel, der Szlachta, bestand, für Friedrich August aus. Da jener fern, dieser nahe und bereit war, so erschien er sofort mit sächsischen Truppen in Krakau, ließ am 25. Juli Flemming in seinem Namen die Pacta conventa, die Grundlage der polnischen Verfassung, beschwören, wobei er versprach, die dem Reiche entrissenen Gebiete, also vor allem Livland, wieder herbeizubringen, und wurde am 5. 15. September mit überschwänglicher Pracht in Krakau gekrönt. Conti, der zu spät an Bord eines französischen Geschwaders vor Danzig erschien, wurde zurückgewiesen, die französische Politik war also in Polen aus dem Felde geschlagen, in dem Augenblicke, da sie auch im Westen zurückwich, unzweifelhaft ein Erfolg auch im deutschen Sinne. Auch daß ein deutscher Fürst in Polen regierte, war doch ein deutscher Vorteil, und Sachsen besonders gewann für seine Industrie einen weiten Absatzmarkt wie



eine reiche Bezugsquelle von Rohstoffen, setzte also seine ostwärts gerichtete Politik, die schon zur Erwerbung der Lausitzen geführt hatte, über die Reichsgrenze hinaus fort, wie seine Nachbarstaaten Preußen und Österreich in anderer Weise. Die von den einen gehoffte, von den anderen gefürchtete Rückwirkung auf die kirchlichen Verhältnisse des Landes blieb aus. In der feierlichen Erklärung von Kobskowa (27. Juli 6. August 1697) sicherte Friedrich August seinen Untertanen zu, daß er sie bei der Augsburger Konfession „kräftigst erhalten und handhaben“ werde, und er hat sein Wort gehalten, wie es seine Nachfolger gehalten haben. Die sächsische Führung des Corpus Evangelicorum wurde freilich zur leeren Form, die tatsächliche Vertretung der evangelischen Interessen ging unvermeidlich an Preußen über, das damit an Einfluß gewann, was Sachsen aufgab, und das Land wurde in die nordosteuropäischen Wirren hineingerissen.

Gemäß jenem Versprechen, das er den Polen gegeben hatte, schloß Friedrich August mit Dänemark erst ein Verteidigungsbündnis, dann ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Schweden, dessen Todfeind Patkull seit 1698 in seinen Diensten stand; am 11. 21. November 1699 trat Peter dem Bunde bei. Aber der jugendliche un-<sup>1699.</sup> gestüme Karl XII. zwang durch raschen Angriff auf Seeland Dänemark zum Frieden von Travendahl, in dem es jenen Verträgen entsagte und den Herzog von Gottorp in die beanspruchten Rechte wieder einsetzte (30. August 1700). Auch der geplante<sup>1700.</sup> Angriff der Sachsen und Russen auf die baltischen Provinzen, deren Erhebung man hoffte, schlug völlig fehl. Jene wurden vor Riga zurückgewiesen (September), und als der Jar mit 80 000 Mann die Belagerung von Narwa an der Grenze zwischen Estland und Ingermanland begann, da erschocht Karl XII. über seine ungefügen Massen mit nur 13 000 Schweden am 21. November den glänzendsten Sieg. Doch er unterschätzte Peter und seine Russen weit, wenn er sich jetzt, ohne sich weiter um sie zu kümmern, gegen Polen wandte, um August vom Throne zu stürzen und einen schwedischen Vasallen zu erheben. Am 20. Juli 1701 erzwang er unterhalb Riga<sup>1701.</sup> gegenüber einem sächsisch-russischen Heere den Übergang über die gewaltige Düna, eroberte Kurland, besetzte am 5. Mai 1702 ohne Widerstand Warschau, nahm nach<sup>1702.</sup> dem Siege bei Klissow (19. Juli) über das endlich einberufen polnische Adelsaufgebot auch Krakau (11. August), zersprengte die im Norden des Landes inzwischen wieder gesammelten feindlichen Streitkräfte am 1. Mai 1703 bei Pultusk am Narew und besetzte darauf selbst Westpreußen. An Polens Leistungsfähigkeit verzweifelnd, trat Patkull zu Anfang d. J. 1703 in russische Dienste und schloß als Vertreter seines neuen Herrn beim polnisch-sächsischen Hofe am 12. Oktober ein neues Schutz- und Trutzbündnis mit dem König, ohne daß der polnische Reichstag dazu seine Einwilligung gegeben hätte. Doch eine Generalkonföderation von Magnaten, die in Warschau zusammentrat, erklärte am 14. Februar 1704 Friedrich August des polnischen<sup>1704.</sup> Thrones für verlustig und erhob unter dem Drucke der schwedischen Waffen den Wojewoden (Statthalter) von Posen Stanislaus Leszczyński zum König (12. Juli). Friedrich August nahm im September 1704 zwar Warschau wieder ein, verlor es aber bald wieder und konnte sich nach der Niederlage von Punitz am 7. November nur noch in einem kleinen Teile Polens behaupten. Trotzdem brachte Patkull im November 1705<sup>1705.</sup>



zu Grodum ein neues Bündnis zwischen ihm und Rußland zu stande und suchte die zerrüttete kursächsische Armee wieder herzustellen; aber seine Eigenmächtigkeit, sein schroffer Stolz und nicht zum wenigsten das durchtriebene Spiel, mit dem er den Abschluß eines Sonderfriedens zwischen Sachsen und Schweden zu durchkreuzen suchte, erweckten ihm am sächsischen Hofe und bei Friedrich August selbst soviel Feindschaft, daß dieser ihn völkerrechtswidrig am 19. Dezember 1705 verhaften ließ. Was 1706. Palkull hatte verhindern wollen, kam nun sehr bald. Am 15. Februar 1706 erlitt General Schulenburg an der Spitze eines sächsisch-russischen Heeres bei Fraustadt an der schlesisch-polnischen Grenze gegen Renskjöld eine völlige Niederlage. Sie öffnete Sachsen den Schweden. Nur ein schwaches Korps bei Kalisch zurücklassend, marschierte Karl XII., ohne sich um die Verwahrung des Wiener Hofes zu kümmern, mit 24 000 Mann in Schlessien ein, ging bei Steinau über die Oder, von den evangelischen Schlesiern wie ein zweiter Gustav Adolf mit Jubel begrüßt, und überschritt die sächsische Grenze. Dort, wo die schwedischen Kriegsgreuel noch unvergessen waren, flüchteten die Bauern scharenweise in die Wälder, aber diese abgerissenen und arg mitgenommenen Schweden, die so mager und gelb aussahen wie Zigeuner, hielten die strengste Mannszucht. Während Schulenburg die kläglichen Reste seines Heeres nach Thüringen führte, rückte Karl ohne Gegenwehr über Bautzen, Meißen und Grimma nach Leipzig vor und nahm sein Hauptquartier unweit der alten Siegesfelder von Lützen und Breitenfeld in Alttranstädt.

Der Friede  
von  
Alttranstädt.

Mit ängstlicher Spannung sahen das Reich und die gegen Frankreich mit ihm verbündeten Mächte auf den nordischen Eroberer. Bis jetzt war es ihnen gelungen, die beiden gleichzeitigen großen Kriege getrennt zu halten. Daher hatte Österreich alle Bemühungen des Jaren, Aufnahme in die „Große Allianz“ zu finden, zurückgewiesen, und die preussische Politik, unsicher umhertastend zwischen Verhandlungen mit Friedrich August, Rußland und Schweden, hatte sich schließlich im November 1704 von Marlborough zu einem neuen Truppenvertrage bestimmen lassen. Selbst der schlechte Wille der Seemächte in der oranischen Erbschaftsfrage und die hochfahrende Art des jungen Kaisers Joseph I. (1705—1711) hatten in Berlin zwar lebhafteste Mißstimmung, aber keinen tatkräftigen Entschluß erweckt. Jetzt lagerten die Schweden im Herzen Deutschlands, und noch stand im Westen die Entscheidung auf der Schneide des Schwerts. Wie nun, wenn Karl XII., der alten Bundesgenossenschaft mit Frankreich und des alten Hasses gegen Österreich eingedenk, sich gegen die Verbündeten wandte und den Stoß auf Wien führte? Er hätte kein Heer auf seinem Wege gefunden. Doch daran dachte er nicht. Er wollte nur Friedrich August in Polen entthronen und den schlesischen Protestanten zu ihrem Rechte verhelfen. Und das erreichte er. 1706. Am 24. September 1706 unterzeichneten die sächsischen Unterhändler in Alttranstädt gegen ihre Instruktion, die sie angewiesen hatte, auf die polnische Krone nur dann zu verzichten, wenn Sachsen von einer schwedischen Invasion verschont bleibe, den Frieden. Friedrich August verzichtete danach für sich und seine Nachkommen auf Polen, erkannte Stanislaus Leszczyński an und lieferte den unglücklichen Palkull dem schwedischen Blutgerichte aus. Außerdem versprach er seinen Erblanden keine Veränderung in der Religion vorzunehmen und mit Schweden für den Schutz des

Protestantismus einzutreten. Bis zur Erfüllung dieser Bedingungen blieben die Schweden in Sachsen stehen, hielten Leipzig und Wittenberg besetzt und wurden auf Kosten des Landes besoldet, versorgt und neu ausgerüstet, ja selbst durch Werbungen verstärkt, so daß Sachsen etwa 25 Millionen Taler aufzubringen hatte. Am 19. Januar 1707 genehmigte der entthronte König bei einer Zusammenkunft mit Karl XII. persönlich diese schweren Bedingungen.

Inzwischen waren im Mai und September 1706 bei Ramillies und Turin die entscheidenden Schlüge gefallen, die französische Macht war aus Belgien und Italien verdrängt. Trotzdem schien die Stellung Karls XII. auch jetzt noch so drohend, daß Marlborough persönlich bei ihm in Ultranstätt erschien, und da obendrein Preußen und Hannover sich Schweden näherten, so willigte Kaiser Joseph nach langen und peinlichen Verhandlungen im Vertrage vom 31. August 1707 in ein demütigendes Zugeständnis. In den schlesischen Fürstentümern Liegnitz, Brieg, Wohlau, Ols und in der Stadt Breslau wurde der kirchliche Besitzstand von 1648 für die Protestanten wieder hergestellt, im übrigen allen Evangelischen in ganz Schlesiens Gewissensfreiheit, bürgerliche Duldung und Zutritt zu den öffentlichen Ämtern gewährt. So erhielten sie 125 Kirchen zurück, dazu noch sechs neue „Gnadenkirchen“ zu den drei ihnen schon 1648 bewilligten.

Während der Schwedenkönig Polen und Sachsen niederwarf und Österreich demütigte, hatten die Russen sich in seinen baltischen Provinzen festgesetzt. Mit genialem Blick bemächtigte sich Peter schon 1702/03 zunächst der Newa, jener uralten hanfischen Handelsstraße, die seit Jahrhunderten ins Herz Rußlands leitete (s. I, 453); hier an der Mündung des prachtvollen Stromes legte er am 16. 27. Mai 1703 den Grundstein zu St. Petersburg, das seine Hauptstadt und der große Vermittlungsplatz zwischen Rußland und Westeuropa werden sollte und geworden ist, die glänzende Erbin des alten Groß-Nowgorod. Dann eroberten seine Heere Estland und Livland bis auf Riga und Reval und vollendeten mit der Erstürmung Narwas am 9. November 1704 die Besitzergreifung Ingermanlands. Trotzdem verließen die Schweden erst im September 1707 Sachsen, bis auf 45 000 Mann verstärkt und völlig neu ausgerüstet, um bald in den Wäldern und Sümpfen und Steppen des inneren Rußlands zu verschwinden.

Hatte der nordische Krieg bis dahin für Deutschland nur schwere Einbußen zur Folge gehabt, so hatte es im spanischen Erbfolgekriege zwar auch solche erlitten, doch sie traten hinter glänzenden Erfolgen zurück. Noch ehe die „Große Allianz“ zu stande kam, hatte im Sommer 1701 Prinz Eugen in Italien den Kampf um das Reichslehen Mailand gegen Marschall Catinat und Victor Amadeus von Savoyen eröffnet. Bei Carpi erzwang er den Übergang über die Elsch, bei Montediaro warf er am 2. September die Franzosen über den Oglio zurück, mit der Einnahme von Mirandola gewann er den Eingang nach Modena und Parma und die Freiheit zur Belagerung von Mantua; ja er holte in perfektem Überfall den Marschall Villeroy aus seinem Winterquartier Cremona als Gefangenen heraus. Erst der Sieg des Herzogs von Vendôme bei Luzzara 15. August 1702 entriß ihm einen großen Teil seines Gewinnes wieder, und da die Finanznot der kaiserlichen Kriegsverwaltung

jede kräftige Anstrengung vereitelte, so übernahm Eugen selbst deren Leitung und übergab den italienischen Oberbefehl dem tüchtigen Gundaker (Guido) von Starhemberg, der sich nun mit Mühe im östlichen Teile des Polandes behauptete.

Der Krieg  
in Belgien  
und am  
Nieder-  
rhein.

Nichts Besseres leistete die Kriegsführung der Verbündeten in Belgien und am Niederrhein. Hier besetzten i. J. 1701 die Niederländer Köln, die Preußen nahmen Kaiserswerth; dort standen sich die Heere in verschanzten Stellungen untätig gegenüber. Erst i. J. 1702 drang Boufflers in keckem Vorstoß bis Nymwegen vor; doch Marlborough, der jetzt hier an die Spitze trat, nahm Lüttich und Venloo, damit die ganze Linie der unteren Maas. Trotzdem kamen 1703 die Verbündeten über die Eroberung von Bonn, Geldern, Huy und Limburg nicht hinaus, da die Holländer sich schlechterdings nur auf die Sicherung ihrer Grenzen beschränken wollten.

Kämpfe im  
südlichen  
Deutschland.

Zu diesem trägen Gange der Ereignisse im Norden standen die Vorgänge in Süddeutschland im scharfem Gegensatz. Zunächst hielt das Reichsheer unter Ludwig von Baden, gestützt auf Breisach, Freiburg und Philippsburg, den Oberrhein gegen 1702. Catinat, nahm am 9. September 1702 Landau nach langer Belagerung, der auch der römische König Joseph beirohnte, und schickte sich zum Einmarsch in den Elsaß an, als die Nachricht eintraf, daß an demselben 9. September Kurfürst Max Emanuel von Bayern die Reichsstadt Ulm überrumpelt und sich dadurch die Verbindung über den Schwarzwald mit Villars, Catinats Nachfolger, geöffnet habe. Da erklärte auch das Reich als solches an Frankreich den Krieg und schloß sich der „Großen Allianz“ an (28. September); aber der Kriegsschauplatz war mit dem Übertritte Bayerns zu Ludwig XIV. nach dem Innern Süddeutschlands verlegt, und bald gingen Franzosen und Bayern hier zum Angriff über.

Als im Frühjahr 1703 Villars, das Kinzigtal aufwärts marschierend, dem Kurfürsten französische Verstärkungen zugeführt hatte, brach dieser mit 12000 Mann gegen Tirol auf, wo Vendôme von Italien her ihm die Hand reichen sollte, um beide Kriegsschauplätze miteinander zu verbinden. In der Tat nahm Max Emanuel am 18. Juni die Grenzfestung Kufstein und zog am 2. Juli in Innsbruck ein; allein während er von der Unzufriedenheit der Tiroler mit der kaiserlichen Regierung eher Entgegenkommen erwartet hatte, sperrte das Landesaufgebot ihm den Aufstieg zum Brenner, und eine Erhebung im Innertale zwang ihn zum schleunigen Rückzuge über die steile Scharnitz nach Oberbayern, wohin ihm die erbitterten Tiroler folgten. Infolgedessen mußte auch Vendôme vor Trient umkehren. Doch im eigenen Lande behauptete sich der Kurfürst glänzend gegen alle Angriffe, siegte am 20. September über den österreichischen General Styrum bei Höchstädt, zwang Ludwig von Baden Augsburg zu räumen und nach dem Bodensee zurückzugehen, besetzte am 1. Januar 1704 sogar Passau, und da noch vor Ende d. J. 1703 Breisach und Landau den Franzosen in die Hände fielen, so nahm er mit ihnen eine höchst bedrohliche Stellung quer durch Süddeutschland ein, die selbst Österreich unmittelbar bedrohte. Dazu war, um die Verlegenheit der Habsburger zu vollenden, in Ungarn schon 1702 ein Aufstand ausgebrochen und hatte seit Anfang 1703 in Franz Rakoczy II. einen angesehenen Führer erhalten.

Auch in Italien standen die Dinge für die Verbündeten nicht günstig. Der Absicht des Herzogs Victor Amadeus von Savoyen, sich dem Übermute der französischen Generale durch Übertritt zur „Großen Allianz“ zu entziehen, waren diese rasch zuvor gekommen, hatten mehrere piemontesische Regimenter entwaffnet, Casale und Vercelli besetzt und hielten Starhemberg, der allein dem Herzog beispringen konnte, bei Ostiglia am unteren Po mit überlegenen Kräften fest. Nun schloß zwar Victor Amadeus am 3. November 1703 mit Österreich ab, doch erst der verwegene Wintermarsch Starhembergs längs der Apenninen nach Asti und die englische Bürgschaft für die Ausführung jenes Novembervertrags, der ihm den westlichen Teil des Herzogtums Mailand zusprach, sicherte den Herzog wenigstens vor den schwersten Folgen seines gewagten Schrittes. In Spanien vollends kamen die Verbündeten über einen fruchtlosen englisch-holländischen Seezug und den Anschluß Portugals nicht hinaus (1702 und 1703).

Gelang nicht bald ein großer Sieg im offenen Felde, dann wurde Marlboroughs schwierige Stellung unhaltbar; fiel aber Marlborough, dann trat England vom Kriege zurück und die „Große Allianz“ brach auseinander.

Da brachte das Jahr 1704 eine erste durchschlagende Entscheidung. Auf ein ausdrückliches Hilsegesuch des Kaisers führte Marlborough trotz holländischen Widerspruchs 25 000 Mann vom belgischen Kriegsschauplatz weg nach dem Oberrhein. Dort stand Ludwig von Baden an den Schwarzwaldpässen, aber statt mit den verwilligten 80 000 Mann mit nur 36 000 Mann Reichstruppen. Er vermochte deshalb nicht zu verhüten, daß Tallard durch das Höllental von Freiburg her über das Gebirge vordrang und sich bei Villingen mit Mar Emanuel und Marsin, Villars' Nachfolger, vereinigte (18. Mai). In einer Zusammenkunft zu Großheppach bei Heilbronn (12. Juni) stellte Marlborough mit Ludwig und dem inzwischen eingetroffenen Prinzen Eugen den Plan für den Sommerfeldzug fest. Eugen übernahm den Befehl am Schwarzwald, die beiden anderen Feldherren gingen gegen die obere Donau und gegen Bayern vor. Ungehindert von Mar Emanuel, der donauabwärts eilte, erstürmten sie am 2. Juli die Verschanzungen des Schellenberges bei Donauwörth, und während sich nun die Reichstruppen zur Belagerung von Ingolstadt wandten, ergossen sich Marlboroughs Scharen verheerend über bayrisches Gebiet bis nach Augsburg und München hin. Inzwischen waren aber neue französische Verstärkungen bei Augsburg zum Kurfürsten gestoßen, und Eugen ihnen zur Seite bis Donauwörth marschiert, um sich mit Marlborough zu vereinigen. Hätten sich die Franzosen und Bayern rasch zwischen beide geschoben, so hätten sie jeden einzeln schlagen können, und wirklich erwartete Eugen in seinen Verschanzungen ihren Angriff; doch sie überschritten bei Lauingen nur die Donau (10. August) und blieben dann untätig stehen, so daß Marlborough am Abend des 11. August zu Eugen stieß. Mit 52—54 000 Mann und 60 Geschützen gingen sie in der breiten Donau ebene, die im Norden der gebirgsähnliche Abfall des schwäbischen Jura begrenzt, dem nur wenig überlegenen bayrisch-französischen Heere entgegen und stießen am 13. August bei Höchstädt und Blindheim in entscheidender Schlacht mit ihm zusammen.



Vom dichten Morgennebel halb verdeckt, rückte rechts längs des Gebirges Eugen, in der Talebene Marlborough vor. Fast überrascht bildete der Feind eilig seine Schlachtordnung einige hundert Schritte hinter dem Nebelbache, der Euzingen und Ober-Glauheim rechts, Unter-Glauheim links läßt und sich bei Blindheim in die Donau ergießt, und zwar standen Max Emanuel und Marsin links gegenüber Prinz Eugen bei Euzingen und Ober-Glauheim, Tallard rechts bei Blindheim, beide nur durch Reitermassen mit einander verbunden. Im hellen Sonnenlicht eines heiteren Sommers gingen um Mittag die Verbündeten, den Nebelbach überschreitend, zum Angriff vor. Aber in vierstündigem heißem Kampfe rangen umsonst in immer wiederholten Stößen die Hannoveraner um Ober-Glauheim, die Engländer um das verschanzte Blindheim, im Mitteltreffen prallten drei Reiterangriffe ab, und auch am rechten Flügel gewannen die preussischen Bataillone Leopolds von Dessau nur wenig Boden. Da mitten im Getümmel einer erfolglosen Schlacht faßte Marlborough den rettenden Gedanken, der den Sieg entschied. Er schob seine gesamte Reiterei, 150 Schwadronen, in die beiden vorderen Treffen, das Fußvolk in das dritte und vierte und ließ sie gegen 6 Uhr zum furchtbaren Stoße auf das französische Mitteltreffen los. Beim dritten Angriff brachen die feindlichen Reitermassen, die keinen Rückhalt an einer Infanterieaufstellung fanden, in wilder Flucht auseinander, das Zentrum war zerrissen. In derselben Zeit nahmen die Hannoveraner Ober-Glauheim, und ein Bajonettangriff der Preußen warf die Bayern hinter Euzingen zurück. Bei dem Versuche, die zersprengten Geschwader wieder zu sammeln, wurde Marschall Tallard gefangen; die Franzosen in Blindheim, noch 9000 Mann, von allen Seiten abgeschnitten, streckten die Waffen, nur Max Emanuel mit seinen Bayern zog sich in bester Ordnung zurück. Wohl hatten auch die Verbündeten 12000 Mann verloren, aber das feindliche Heer war so gut wie aufgelöst.

Erst in Ulm sammelten sich unter des Kurfürsten fester Führung die Trümmer, aber die Franzosen fühlten sich erst hinter dem Rheine sicher, den nur noch 20000 Mann überschritten. Am 10. September schon fiel Ulm, dann noch Landau und Trier. So befreite dieser eine Schlachttag Süddeutschland, er lieferte den Verbündeten Bayern in die Hände, er befestigte das wankende Bündnis und begründete Marlboroughs Feldherrnruhm.

Der bayrische  
Aufstand.  
1705.

Allerdings nahmen die Ereignisse i. J. 1705 nicht denselben glänzenden Verlauf wie 1704. Bei seinem Vormarsch die Mosel aufwärts fand Marlborough an der befestigten Stellung der Franzosen bei Sierck Widerstand, ja diese begannen die Belagerung von Lüttich und wichen erst zurück, als der Herzog von der Mosel herbeieilte. Vor allem brach im Herbst d. J. ein gefährlicher Aufstand in Bayern aus. Schon Jahre durch von furchtbaren Verwüstungen getroffen, jetzt unter kaiserlicher Verwaltung gestellt, von Kriegssteuern und Einquartierungen fremder, meist roher nichtdeutscher Truppen belastet, erfüllt von zäher Unhänglichkeit an die heimische Art und das angestammte Fürstenhaus, von dessen reichsfeindlicher Haltung es nichts verstand, erhob sich zunächst am Bayrischen Walde, an der Donau und am Inn im Oktober 1705 das Landvolk, als eine Aushebung von 12000 Mann angeordnet wurde. „Lieber bayrisch sterben, als kaiserlich verderben!“ klang die Losung durch das Land. Braunau, Burghausen und Schärding fielen den Bauern in die Hände, auch im Gebirge trat das Landesaufgebot unter Waffen und erschien in der Christnacht vor dem Isartor von München. Doch die erwartete Erhebung der Bürgerschaft kam nicht, die Besatzung schlug den Angriff ab und drängte die Landstürmer





nach dem Kirchhofe von Sendling zurück, wo, obwohl sie sich bald ergaben, ihrer 3000 wortbrüchig niedergemetzelt wurden. In der sagenhaften Gestalt des riesenstarken Schmiedes Balthasar Mayr von Kochel hat die Volksüberlieferung dem Aufstande seinen Helden gegeben. Ein barbarisches Strafgericht traf die Besiegten, aber erst die Erstürmung von Braunau im Januar 1706 machte dem Aufstande ein Ende. Der junge Kaiser Joseph I., der seinem Vater Leopold I. am 5. Mai 1705 gefolgt war, säumte in seinem Selbstgeföhle nicht die folgerungen zu ziehen. Mit Zustimmung der Kurfürsten allein verhängte er in feierlicher Thronsitung zu Wien am 29. April 1706 über Max Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln des Reiches Acht, gab die Oberpfalz an die Rheinpfalz zurück, schlug das Gebiet rechts des Inns zu Österreich und dachte daran, ganz Bayern für sein Haus zu behaupten. Dann hätte er das alte Mutterland mit den österreichischen Kolonialländern verbunden und dem so neugeeinigten bayrischen Stamme die Herrschaft über ganz Süddeutschland gegeben.

Das Jahr 1706 führte die Entscheidung auch in Belgien und Italien herbei. Als dort die Franzosen unter Villeroy und Max Emanuel aus ihren verschanzten Linien zum Angriff übergingen, griff sie am 23. Mai 1706 Marlborough bei Ramillies nördlich von Gemblour an und schlug sie aufs Haupt. Nun fielen Löwen, Mecheln, Brüssel, Gent, Brügge, Antwerpen, Oudenarde, und fast ganz Belgien huldigte dem Erzherzog Karl.

Die  
Eroberung  
der  
spanischen  
Nebenlande.  
1706.

In Italien hatte sich Victor Amadeus seit dem Anfange d. J. 1704 mit Mühe behauptet. Den Versuch Eugens, das belagerte Turin zu entsetzen, vereitelte die Niederlage bei Cassano an der Adda (16. August 1705), wo die preußischen Bataillone Leopolds von Anhalt zum erstenmale unter den wilden Klängen des „Dessauer Marsches“ angriffen. Zwar hoben die Franzosen noch im Herbste die Einschließung auf, aber im Mai d. J. 1706 lagerte sich das eine französische Heer unter Feuillade wieder vor Turin, das Graf Daun verteidigte, während sich Victor Amadeus in der Nähe hielt; das zweite stand unter Vendôme an der unteren Etsch. Doch als Eugen, verstärkt durch preußische, sächsische und hessische Truppen, sein Hauptquartier in Verona genommen hatte und Vendôme schon gegen den Mincio drängte, wurde dieser nach Belgien abberufen und durch den jungen Herzog Philipp von Orleans ersetzt, dessen mangelnde Kriegserfahrung der ihm beigegebene Marsin um so weniger ausglich, als er seit dem Tage von Höchstädt jedes Selbstvertrauen verloren hatte. So wichen die Franzosen über Mailand nach Turin zurück und verschanzten sich hier nordwestlich von der Belagerungsarmee zwischen der Dora ripera und der Stura. Hier griff sie Prinz Eugen, mit Victor Amadeus vereinigt, am 7. September an, voran die Grenadiere Leopolds von Dessau. Am Abend waren die Franzosen in verwirrttem Rückzuge auf Pinerolo, ihr ganzes Lager mit allem Heergeräte ließen sie im Stich, Marsin war tot, Orleans verwundet, und triumphierend zogen die beiden Fürsten des Hauses Savoyen durch das Siegestor in die befreite Hauptstadt ein. Die Reste des französischen Heeres wichen über die Alpen zurück, die noch von ihnen besetzten Plätze ergaben sich, und im Juli 1707 besetzte der kaiserliche General Graf Daun fast ohne Schwertstreich auch Neapel. Die Eroberung

des spanischen Italiens war damit vollendet. Joseph I. benützte diese Erfolge, um einen Protest Clemens' XI. gegen die kaiserliche Besteuerung der Geistlichkeit in Parma und Piacenza und gegen seine kirchlichen Anordnungen in Neapel mit der Besetzung der Romagna und Anconas durch österreichische und preussische Truppen zu ahnden, sodaß der Papst im Frieden vom 15. Januar 1709 nachgab und auch Karl (III.) als König von Spanien anerkannte.

Ende des  
ungarischen  
Aufstandes.

Auch der Aufstand in Ungarn ging zu Ende. Am 6. Juli 1704 hatten die Stände Siebenbürgens, mit Ausnahme der Sachsen, Rakoczy zum Fürsten ausgerufen, im September 1705 der Adel im Norden und Westen Ungarns eine „Konföderation“ nach polnischem Muster gebildet. Aber General Heister unterwarf im November desselben Jahres binnen wenigen Wochen Siebenbürgen, und in Ungarn wirkten nachgiebige Erlasse Josephs mit dem harten Drucke der Adels Herrschaft zusammen, um Rakoczys Gewalt zu entwurzeln. Als er schließlich im Juni 1707 den Abfall von den Habsburgern und die ungarische Wahlmonarchie förmlich erklärte, sagten sich sämtliche Bischöfe, viele Magnaten und zwölf Freistädte von ihm los, Heister zerstreute sein Heer bei Trenschin (August 1708), und der Konvent von Szatbmär beendete mit einer allgemeinen Amnestie und der Gewährleistung der kirchlich-politischen Rechte den Aufstand.

Kämpfe in  
Spanien.

In Spanien dagegen scheiterte Karl III. an der entschlossenen Haltung Kastiliens, das in Philipp V. seinen rechtmäßigen König sah und verteidigte. So zeigte sich, daß eine Teilung der ganzen Ländermasse unvermeidlich wurde. Eine solche schlug Ludwig XIV. schon 1707 den Verbündeten vor, doch noch umsonst, aber sechs weitere Kriegsjahre bestätigten lediglich dieses Ergebnis.

Neue  
Kämpfe in  
Belgien.

Größere kriegerische Anstrengungen machten die Franzosen nur noch auf dem belgischen Kriegsschauplatz, da sie von dort am ehesten einen feindlichen Einfall zu fürchten hatten. Unterstützt von der Mißstimmung der katholischen Belgier gegen die holländische Verwaltung nahm Vendôme i. J. 1708 Brügge und Gent wieder ein, während ein zweites französisches Heer unter Mar Emanuel und dem Marschall Berwick sich am Mittelrhein sammelte, wo jetzt Kurfürst Ernst August von Hannover den Befehl über die Reichstruppen führte. Da kam Prinz Eugen seinem alten Siegesgefährten Marlborough zu Hilfe, wie dieser ihm vor vier Jahren, und beide brachten vereint den zwieträchtigen feindlichen Feldherrn, dem jungen Herzog von Burgund und Vendôme, bei Oudenarde an der oberen Schelde eine schwere Niederlage bei (11. Juli 1708). Infolgedessen überschritt Eugen auch die französische Grenze und zwang am 22. Oktober das starke Lille zur Übergabe, am 9. Dezember auch die Zitadelle.

Gebengt durch diese unaufhörlichen Niederlagen bot Ludwig XIV. im Mai 1709 abermals den Frieden an. Doch da die Verbündeten forderten, er möge die ganze spanische Monarchie herausgeben, dazu den Elsaß, Breisach und Landau, sowie die drei lothringischen Bistümer und schließlich seinen Enkel aus Spanien verjagen helfen, so nahm er den Krieg abermals auf. Da folgte am 11. September 1709 die blutige Schlacht bei Malplaquet unweit Maubeuge, die beiden Teilen zusammen gegen 42000 Mann kostete, den Kern der holländischen Armee zerstörte und doch

den Siegern wenig Gewinn brachte. Nur daran, daß die Seemächte trotz Eugens Warnung an ihrer überspannten Forderung, Ludwig möge seine Waffen selber gegen Philipp V. kehren, hartnäckig festhielten, scheiterten die jetzt abermals aufgenommenen Unterhandlungen.

In diesem Augenblicke brach die „Große Allianz“ auseinander. In England begann die öffentliche Stimmung sich immer entschiedener gegen die Fortsetzung eines Krieges zu erklären, der dem Lande keinen wesentlichen Vorteil mehr verheißte. Als zu Anfang d. J. 1710 die Herzogin von Marlborough, die bisherige Vertraute der Königin Anna und die Vermittlerin zwischen dieser und ihrem Gemahl, vom Hofe entfernt worden war, konnte diese Stimmung auch bei der Monarchin sich Gehör verschaffen, sie berief die Tories ans Ruder. Und da nun vollends der frühe Tod Kaiser Josephs I. (17. April 1711) seinen Bruder Karl (III.) VI. auch in Österreich zur Herrschaft brachte und er trotz aller französischen Gegenwirkungen auch zum Kaiser erhoben wurde (12. Oktober 1711), so stand, falls er das ganze spanische Erbe antrat, die Erneuerung der Monarchie Karls V. bevor. Dasselbe Übergewicht, das in den Händen der Bourbonen unerträglich geschienen, wäre also den Habsburgern zugefallen. Damit schwand für England der letzte Grund, ihre Sache weiter zu verfolgen. Schon am 8. Oktober 1711 unterzeichneten seine Bevollmächtigten den vorläufigen Friedensvertrag auf Grund einer Teilung der spanischen Monarchie und des Verzichtes Philipps V. auf sein Erbrecht in Frankreich. Nun entließ Königin Anna am 1. Januar 1712 auch Marlborough und begann, obwohl Prinz Eugen persönlich in London erschien, ohne Rücksicht auf ihre bisherigen Verbündeten die Friedensverhandlungen in Utrecht.

Da Philipp V. am Besitz Spaniens festhielt, so sollten die eroberten Nebenlande, Belgien, Mailand, Neapel und Sardinien, an Karl VI. fallen, der westliche Teil Mailands und Sizilien mit der Königskrone an Victor Amadeus II. von Savoyen. England erhielt von Spanien Gibraltar (besetzt 1702) und Menorca, von Frankreich Acadien und Neufundland; Preußen wurde für die rückständigen spanischen Hilfszelder durch das Oberquartier Geldern entschädigt, die Kurfürsten von Köln und Bayern erhielten ihre Länder zurück. Da nun die Engländer in Belgien jede weitere Mitwirkung an den kriegerischen Unternehmungen verweigerten, so erstürmte Villars am 27. Juli 1712 die Linien von Denain und entsetzte damit das von Eugen belagerte Landrecies. Nun nahm auch Holland jene Bedingungen an, und am 11. April 1713 unterzeichneten die Bevollmächtigten Frankreichs und der Seemächte den Frieden von Utrecht.

Es war zu spät, wenn Karl VI. jetzt noch die Herausgabe des Elsaß forderte und der Reichstag energische Beschlüsse faßte; mit den buntscheckigen Kontingenten der kleinen süddeutschen Reichsstände konnte auch Prinz Eugen nicht einmal hindern, daß Villars Landau und Freiburg wieder nahm. Da genehmigte der Kaiser am 7. März 1714 in Rastatt, das Reich in Baden (im Nargau) am 7. September den Utrechter Frieden. Nur Freiburg, Breisach und Kehl gab Frankreich heraus, sogar die Ryswyker Klausel blieb in Kraft.

Der Plan Ludwigs XIV., das Übergewicht Frankreichs auf die Dauer zu be-

gründen, war gescheitert, die spanische Monarchie aufgelöst, Deutschland gewann außer jenen Städten noch Belgien. Die italienischen Länder hatten mit dem Reiche nichts zu tun und haben auch die Ausbildung des habsburgischen Donaureichs nur gestört. Der Löwenanteil des Sieges gehörte England. Es hatte seine Mittelmeerherrschaft begründet und seinen Besitz in Nordamerika sowohl gesichert als erweitert.

Die Entscheidung im Nordischen Kriege.

Seit der Krieg im Westen seinem Ende zuneigte, hatten die Seemächte wenig Interesse daran, die deutschen Staaten vom Eingreifen in den nordischen Krieg abzuhalten. Die zerschmetternde Niederlage Karls XII. bei Poltawa am 7. Juli 1709 hatte den Fall der schwedischen Großmacht entschieden und ihre alten Feinde aufs neue unter Waffen gerufen. Während der König fern von der Heimat in Warniza bei Bender alles aufbot, um die Türken zum Kriege gegen Rußland anzutreiben, hatte Friedrich August von neuem Anerkennung in Polen gefunden und sich mit Dänemark verbündet. Die Russen aber nahmen im Januar 1710 Elbing, das noch eine schwedische Besatzung hielt, am 4. Juli nach achtmönatiger Gegenwehr Riga, am 29. September auch Reval. Jetzt unterwarf sich der Adel von Livland und Estland gegen feierliche Bestätigung seiner Landes- und Kirchenverfassung dem Jaren, und selbst das polnische Lehen Kurland öffnete sich seinem Einfluß, als er im Januar 1712 seine Nichte Anna Jwanowna mit dem Herzog Friedrich Wilhelm vermählte. So war das Los der vielumkämpften baltisch-deutschen Länder entschieden. Es wurde ihr Schicksal, daß sie, weit abgelegen vom Mutterlande und geographisch wie wirtschaftlich an ihr großes slawisches Hinterland unauflöslich gebunden, nun sich auch staatlich der aufstrebenden slawischen Binnengroßmacht anschließen mußten.

Die Eroberung der deutsch-schwedischen Länder.

Bald ergriff der Krieg unaufhaltsam auch die norddeutschen Staaten. Obwohl sich die Seemächte und der Kaiser im „Haager Konzert“ für die Neutralität des Reiches, also auch die der schwedisch-deutschen Provinzen aussprachen, so schob doch der Jar seine Truppen gegen Pommern vor, und die Dänen besetzten Bremen und Verden. Der schwedische General Steenbock, der Pommern zu halten suchte, bahnte sich, als das unmöglich geworden war, zwar durch den glänzenden Sieg bei Gadebusch am 20. Dezember 1712 den Weg durch ein dänisches Heer, drang in Holstein ein und verbrannte Altona zur Vergeltung für die russischen Verwüstungen in Schwedisch-Pommern, wurde aber in Tönning eingeschlossen und im Mai 1713 zur Ergebung genötigt. Es war nahe daran, daß die Russen sich an der Odermündung festsetzten und die Dänen ihr altes Ziel, die volle Herrschaft über die untere Elbe und Weser, erreichten. Diese schwere Gefahr erkennend schloß Friedrich Wilhelm I. von Preußen, soeben (25. Februar 1713) zur Regierung gelangt, sofort den Frieden in Utrecht ab (s. S. 65) und warf die ganze ungeteilte Kraft seines Staates in den nordischen Krieg. Mit Karl Friedrich IV. von Gottorp, der als Neffe Karls XII. dessen natürlicher Erbe war, verständigte er sich über die gemeinsame Besetzung Wismars und Stettins zunächst in schwedischem Interesse (Juli 1713). Als nun aber Stettin, inzwischen von Sachsen und Russen belagert, sich Ende September diesen ergab, da erlangte er durch den Vertrag von Schwedt am 6. Oktober das Recht, gegen Erstattung der Belagerungskosten Stettin und das ganze schwedische



Gebiet bis zur Peene mit Usedom und Wollin zu besetzen. Bereits war dies geschehen, als Karl XII. nach abenteuerlichem Ritt von Adrianopel her am 22. November 1714 in Stralsund erschien und die Räumung Vorpommerns forderte. Da erklärte ihm im April 1715 Friedrich Wilhelm den Krieg und ließ 52000 Mann seiner Truppen mit 28000 Sachsen und Dänen unter Leopold von Dessau vorgehen. Am 31. Juli wurde Usedom besetzt, am 22. Oktober die Laufgräben gegen Stralsund eröffnet, am 15. November Rügen durch eine kühne Landung an der Südostküste unter des Königs Augen erobert, damit Stralsund in der Seite gefaßt. Schon war alles zum Sturme bereit, da verließ Karl XII. am 19. Dezember die Festung, die sich nun wenige Tage später, am 22. Dezember ergab und von dänischen Truppen besetzt wurde. Bis auf die letzte Scholle waren Schwedens Besitzungen in Deutschland erobert, und diesmal stand Frankreich nicht wie 1679 bereit, sie ihm wiederzuerstatten.

Dafür drohten für Preußen jetzt andere Gefahren. Zu der alten Eifersucht der deutschen Nachbarn im Süden kam das Verhältnis zu dem mächtig aufstrebenden Rußland und zu Hannover. Denn Hannover, aus der Vereinigung der meisten welfischen Gebiete zum bedeutendsten Staate des deutschen Nordens neben Preußen erwachsen und seit der Thronbesteigung Georgs I. 1714 in England mit diesem durch Personalunion verbunden, sah seitdem in Preußen seinen Nebenbuhler und bestimmte auch die festländische Politik Englands meist in welfischem Sinne. Mit dem Zaren verständigte sich Friedrich Wilhelm I., dessen ganzes Wesen in diesem willenskräftigen, praktisch-nüchternen Herrscher etwas Verwandtes fand, in einer persönlichen Zusammenkunft zu Stettin am 15. Juni 1716. Peter verzichtete darauf, seine Macht an der Südküste der Ostsee auszudehnen und führte seine Truppen nach Dänemark hinüber zum Angriff auf Schweden. Seitdem bildete das Verhältnis zu Rußland eine der wichtigsten Grundlagen der preussisch-deutschen Politik.

Mit Rußland aber geriet Hannover in Gegensatz, als der Zar 1716 seine Nichte Katharina Iwanowna mit dem Herzog Karl Leopold von Mecklenburg-Schwerin vermählte und diesen in seinem endlosen Streite mit der Ritterschaft durch 9000 Mann russischer Mietstruppen unterstützte, während der Adel sich an das hocharistokratische Hannover lehnte. Auf seine Beschwerde beauftragte der Kaiser 1717 Hannover und Braunschweig, unter Umständen mit Waffengewalt gegen den Herzog einzuschreiten. In diesen Streit griffen die großen europäischen Verwicklungen ein. Denn schon im April 1718 hatten sich England und Frankreich, später auch Österreich und Holland zu der sogenannten „Quadrupelallianz“ vereinigt, um einerseits die Abmachungen des Utrechter Friedens gegen Spaniens Angriff auf das habsburgische Italien zu behaupten (s. S. 69), andererseits den noch kämpfenden nordischen Mächten, also Preußen, Rußland und Schweden, den Frieden aufzuzwingen. Gegen diese Gefahren schlossen am 28. Mai 1718 Preußen und Rußland ein enges Verteidigungsbündnis, und wieder verabredeten Hannover, Sachsen und Österreich einen gemeinsamen Angriff auf Preußen (5. Januar 1719), falls es der Exekution in Mecklenburg entgegentrete. Dies geschah nicht, und so besetzten zu Anfang d. J. 1719 12000 Hannoveraner und Braunschweiger nach schwacher Gegenwehr das Land.

der Herzog flüchtete nach Berlin, und eine kaiserliche Kommission zog in Rostock ein, um die Streitigkeiten zu schlichten. Aber auch England lenkte ein und erneuerte im 1719. Verträge vom 14. August 1719 die Bürgschaft für die preussische Erwerbung des schwedischen Vorpommern bis zur Peene.

Ende des  
nordischen  
Krieges.

Inzwischen war Karl XII., als er, die letzten Kräfte seinem verzweifelnden Lande ausspressend, sich auf das dänische Norwegen gestürzt hatte, hier auf seinem dritten Feldzuge am 11. Dezember 1718 vor Schloß Friedrichshall gefallen. Eine gewaltsame, obwohl unblutige Umwälzung hatte darauf Schweden in eine Wahlmonarchie verwandelt und diese machtlose Krone an Friedrich I. von Hessen-Kassel und seine Gemahlin Ulrike Eleonore, die Schwester Karls XII., übertragen. Die nunmehrige Adelsregierung gab den aussichtslosen Kampf auf. Im November 1719 trat sie Bremen und Verden an Hannover ab, im Frieden von Stockholm am 1720. 1. Februar 1720 Vorpommern bis zur Peene mit Stettin, Usedom und Wollin gegen eine Zahlung von 2 Millionen Taler an Preußen, im Frieden von Nystadt am 10. September 1721 Livland, Estland, Ingermanland, Karelrien, die ruhmvollen Eroberungen Gustav Adolfs, an Rußland. Von allen seinen festländischen Besitzungen behauptete Schweden nur noch Wismar und das nördliche Vorpommern mit Rügen. Der Niedergang seiner Macht entschied auch den langen Streit zwischen der königlichen und herzoglichen Linie in Schleswig zu gunsten der ersteren (1720). Der herzogliche Anteil wurde mit dem königlichen verbunden und das ganze Land widerrechtlich unter das dänische Königsgesetz von 1665 gestellt, das die Nachfolge nur den Nachkommen Friedrichs III., diesen aber in der männlichen wie in der weiblichen Linie zusprach.

Nochten sich daraus auch später manche Gefahren für das Deutschtum in Schleswig ergeben, weit schwerer wog doch der Gewinn des nordischen Krieges. Die Nation war wieder Herrin über das Mündungsland ihrer drei wichtigsten Ströme, und Preußen hatte festen Fuß an der Ostsee gefaßt.

Der  
österreichisch-  
türkische  
Krieg.

Um dieselbe Zeit näherte sich Österreich mit raschen Schritten dem höchsten Ziele, das eine gesunde habsburgische Staatskunst sich stecken konnte, der Herrschaft über die Donaulande bis zum Schwarzen Meere. Freilich nicht Karls VI. persönlichen Anschauungen entsprach dies. Er war während seines langjährigen Aufenthalts in Spanien so ganz zum Spanier geworden, daß er den Verlust der spanischen Krone niemals verwinden konnte. Er versäumte darüber den Austausch Bayerns gegen Belgien und beging den folgenschweren Mißgriff, die Verwaltung der italienisch-spanischen Lande, die froh waren, der spanischen Herrschaft ledig zu sein, einem „spanischen Räte“ zu übertragen, räumte überhaupt an seinem Hofe den Spaniern die erste Stellung ein. Ihren schärfsten Gegner fand diese Richtung in Prinz Eugen, und wirklich gelang ihm zunächst ein großer Erfolg. Als i. J. 1715 die Osmanen im raschen Anlauf den Venezianern Morea entrißen hatten, setzte er den Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses mit der Republik durch und übernahm dann selbst den Oberbefehl über das Heer, das sich im südlichen Ungarn 1716. sammelte, um den drohenden türkischen Einbruch abzuwehren. Am 15. August 1716 brachte er dem Großvezier Ali bei Peterwardein eine vernichtende Niederlage bei,

am 13. Oktober fiel nach tapferer Gegenwehr Temesvar, die letzte Festung der Osmanen nördlich der Donau, Eugens Reiter schweiften bis Bukarest und Jassy. Im nächsten Frühjahr vollends strömten zahlreiche Freiwillige aus Deutschland unter seine Fahnen, der Krieg nahm einen nationalen Charakter an, und der glorreiche Sieg vor dem belagerten Belgrad über das türkische Entsatzheer unter Chatil Pascha am 16. August 1717 krönte die Anstrengungen. Zwei Tage nachher fiel die Festung, dann Schabaz, Semendria, Widdin, Orsowa. Aber in seinen italienischen Besitzungen angegriffen, schloß der Kaiser unter Vermittlung der Seemächte den unzeitigen Frieden von Passarowitz (Poscharewaz) am 21. Juli 1718. Er brachte zwar den Venezianern Morea nicht zurück, doch Österreich erhielt den Banat, die kleine Walachei bis zur Uluta und den größten Teil Serbiens.

Wie ein Bleigewicht hängten sich also jene italienisch-spanischen Besitzungen an den Siegesflug der kaiserlichen Adler. Als Spanien, durch Kardinal Alberonis Verwaltung neu gekräftigt, 1717 Sardinien, 1718 auch die wichtigsten Punkte von Sizilien besetzte, gab Karl VI. unter dem Einflusse der spanischen Partei, die eben- damals auch am Sturze Eugens arbeitete, den aussichtsvollen Türkenkrieg auf und schloß sich am 2. August 1718 dem Bündnis der Westmächte zur Behauptung des Utrechter Friedens an (Quadrupelallianz). Nach langwierigen Verhandlungen kam im Januar 1720 der Haager Vertrag zustande. Er begnügte sich, Sizilien wieder mit Neapel zu vereinigen, dafür Sardinien an Piemont zu geben, und den spanischen Bourbonen eine Anwartschaft auf Parma und Toskana zu eröffnen; im übrigen unterwarfen sich diese den Bedingungen von Utrecht.

Seit Karl V. hatte kein Kaiser mehr eine solche Macht in seiner Hand vereinigt wie Karl VI. Und er dachte sie zu brauchen. Österreich sollte die herrschende Macht Mittel- und Osteuropas werden, das Kaisertum seine alten Rechte wieder erlangen und die Ketzer und Ungläubigen ausrotten. Die kaiserlichen Lehn-, Gerichts- und Gnadenrechte, die der Reichshofrat ohne jede Überwachung des Reiches ausübte, boten ihm genug Handhaben, die geistlichen Fürsten, der reichsunmittelbare Adel und selbst die Reichsstädte sahen im Kaiser ihren Schirmherrn, die größeren Fürstenhäuser waren mit auswärtigen Staaten in engster Verbindung und entfremdeten dadurch auch ihre deutschen Lande den deutschen Interessen: Kursachsen opferte sich für Polen, Hannover war stolz darauf englisch zu sein, die Wittelsbacher hingen sich an Frankreich, das Haus Hessen-Kassel herrschte in Schweden; fast nur die Hohenzollern blieben deutsch. Aber jene stolzen habsburgischen Pläne ließen sich doch nur dann durchsetzen, wenn die Einheit der habsburgischen Lande für alle Zukunft gesichert war, und das waren sie nur unter einer einheitlichen Erbfolge. Deshalb hatte Karl VI. schon am 19. April 1713 ein neues Grundgesetz, die „pragmatische Sanktion“, verkünden lassen, in dem er im Widerspruch mit der Erbfolgeordnung Leopolds I. verfügte, daß, falls er ohne männliche Nachkommen sterbe, das Erbrecht in allen seinen Landen auf seine Töchter, und erst nach diesen auf die Töchter Josephs I. und deren gesamte Nachkommenschaft übergehen sollte. Da nun sein einziger Sohn Leopold schon wenige Monate nach der Geburt 1716 starb, so eröffnete sich die nächste Aussicht für die am 13. Mai 1717 geborene Tochter Maria

Theresia. Seitdem drehte sich Karls VI. gesamte Politik darum, ihr Unrecht bei den europäischen Mächten zur Anerkennung zu bringen.

Zuerst gelang die Verständigung mit Spanien. Nach heftigem Kampfe zwischen der deutschen und der spanischen Partei am Wiener Hofe errang die letztere in den 1623. Verträgen vom 30. April und 1. Mai 1723 einen vollkommenen Sieg. Spanien erkannte die pragmatische Sanktion an, schloß mit Österreich ein Schutz- und Trutzbündnis gegen „Ketzer“ und „Agläubige“, besonders zur Wiedereroberung Gibraltars und Menorca, und gewährte einen günstigen Handelsvertrag. Dagegen versprach der Kaiser, die Erbfolge in Jülich-Berg nach dem Aussterben der Pfalz-Neuburger dem katholischen Hause Pfalz-Sulzbach zuzuwenden, dessen Erbprinz Joseph Karl Emanuel seit 1717 mit der ältesten Tochter des damaligen Kurfürsten Karl Philipp vermählt war. Noch enger gestaltete sich die Verbindung mit Spanien, als Karl VI. im August 1723 versprach, zwei seiner Töchter mit spanischen Prinzen zu vermählen.

Preussische  
Politik.

Dieses österreichisch-spanische Einverständnis zerstörte zunächst das bisherige enge Verhältnis zwischen Österreich und den Seemächten, und die Handelseifersucht dieser beiden insbesondere gegen die aufblühende belgisch-ostindische Kompagnie in Ostende trieb sie dazu, sich mit Frankreich zu verständigen. Ihnen schloß sich Preußen an. Denn Friedrich Wilhelm I. fühlte sich durch jene Abmachung über Jülich-Berg in seinem unzweifelhaften Erbrecht aufs empfindlichste geschädigt, war verstimmt über die mecklenburgische Exekution durch Braunschweig und Hannover, die ihm als Kreisobersten gebührt hätte, und das kaiserliche Einschreiten zu gunsten der Magdeburgischen Ritterschaft (s. unten), und mit tiefer Besorgnis sah er auf das Bündnis der beiden großen katholischen Mächte. Da nun England-Hannover ihm schon im Charlottenburger Vertrage sein jülich-bergisches Erbrecht aufs neue ver- 1725. bürgt hatte (10. Oktober 1723), so schloß er am 3. September 1723 mit England, Holland und Frankreich das Bündnis von Herrenhausen auf fünfzehn Jahre. Die Mächte versprachen einander Beistand zu leisten, die jülich-bergische Frage zu schiedsrichterlichem Austrag zu bringen und keine Verletzung des Friedens von Oliva zu dulden.

Trotzdem fand der König in diesem Verhältnis durchaus nicht die erwartete Stütze, als eine neue Gefahr im Osten heraufstieg. Dem russisch-schwedischen Bündnis nämlich für Einsetzung des Herzogs von Holstein-Gottorp in seine alten schleswigschen Rechte (Februar 1724) hatte sich als nummehriger Gegner Englands auch Österreich im April 1726 angeschlossen, und schon standen 60 000 Russen an der unteren Düna bereit. Da verständigte sich Friedrich Wilhelm I. im August 1726 mit Rußland, indem er in der Gottorper Frage seine Neutralität zusicherte und bahnte sich auch den Weg zum Anschluß an Österreich, den Bundesgenossen Rußlands. Nach dem vorläufigen Abkommen von Königsmusterhausen am 12. Oktober 1726. 1726 erkannte er im sogenannten „ewigen Bündnis“ von Berlin am 23. Dezember 1728. 1728 die pragmatische Sanktion an und erhielt dagegen die österreichische Bürgschaft seiner Erbfolge in Berg. Dieses Verhältnis, für das außer dem österreichischen Gesandten Grafen Seckendorff auch General Grumbow und Leopold von Dessau eifrig eintraten, entsprach so ganz der persönlichen Neigung des Königs zum guten Einvernehmen mit dem Kaiser, daß es alle Bürgschaften der Dauer zu besitzen schien.



Auch für Österreich wurde es noch wertvoller, als Elisabeth von Spanien, an der Verwirklichung ihres Lieblingsplanes, ihren Sohn Don Carlos mit Maria Theresia zu vermählen und so die beiden Reiche doch wieder zu vereinigen, verzweifelnd, am 9. November 1729 mit den Westmächten den Vertrag von Sevilla schloß. Da es nun aber dem Kaiser vor allem um seine pragmatische Sanktion zu tun war, so erkaufte er schließlich die Anerkennung Englands mit der Auflösung der ostindisch-belgischen Kompagnie (9. November 1731). Kurz danach (Januar 1732) setzte Preußen die Anerkennung der Sanktion auch am Reichstage durch, wobei nur Bayern, Sachsen und Kurpfalz Verwahrung einlegten.

Doch nachdem der König dem Kaiserhose diese Dienste geleistet hatte, glaubte Karl VI., auf England gestützt, keine weitere Rücksicht auf ihn nehmen zu müssen. Nur auf das Drängen der protestantischen Mächte schritt er gegen den Erzbischof von Salzburg ein, um ihn zur Genehmigung der Auswanderung seiner evangelischen Untertanen zu veranlassen, und in einer persönlichen Zusammenkunft zu Prag (August 1732) erklärte er Friedrich Wilhelm, der endlich „klar sehen“ wollte, rund heraus, er werde auch Berg nur zum Teil erhalten können und namentlich auf die Hauptstadt Düsseldorf verzichten müssen. Das war der Anfang zu der folgeschweren Entfremdung zwischen Preußen und Österreich.

Inzwischen arbeitete Friedrich August in Polen daran, die Krone erblich und absolut zu machen. Um solcher an sich verständiger Ziele willen gab er aber dem religiösen Fanatismus des jesuitisch erzogenen polnischen Adels Raum und ließ über das deutsch-protestantische Thorn, wo endlich der langverhaltene Groll der Bürgerschaft über den frechen Übermut der Jöglinge des dortigen Jesuitenkollegiums sich in einer Verwüstung desselben entlud, ein grausames Bluturteil zu; trotz preußischer und russischer Verwendung wurden ein Bürgermeister und neun aus der Bürgerschaft dem Henker überliefert (Dezember 1724). Endlich schloß der Reichstag alle „Dissidenten“, also die Protestanten wie die Griechisch-Katholischen, von allen staatlichen Rechten aus (1735). Aus denselben Gründen hatte Friedrich August 1712 den geheimen, 1717 den öffentlichen Übertritt des Kurprinzen zur römischen Kirche veranlaßt und damit zum tiefen Schmerze seines evangelischen Stammlandes den Abfall seines Hauses vom Protestantismus besiegelt. Blich diese Nachgiebigkeit gegenüber den Polen ohne Frucht, so war es ein ebenso vergebliches Bemühen, die Nachbarmächte durch das Anerbieten großer polnischer Landstriche zur Unterstützung seiner Pläne zu gewinnen. Sein letztes Ziel aber war, zwischen Polen und Sachsen eine zollfreie Territorialverbindung durch Erwerbung schlesischer Gebietsteile herzustellen. Dazu wollte er das Erlöschen des habsburgischen Mannsstammes benutzen, Seite an Seite mit Preußen. Für so kühne Pläne starb er zu früh (1. Februar 1735).

Als bald stellte die französische Partei Stanislaus Leszczynski, den Schwiegervater Ludwigs XV., auf, setzte auch seine fast einstimmige Wahl am 12. September 1733 durch. Doch Österreich verbandte sich für Friedrich August II. von Sachsen, da dieser jetzt die pragmatische Sanktion anzuerkennen versprach, und auch Rußland ließ ihm seine Unterstützung gegen Verzicht auf Livland und die Zusicherung, die Selbstständigkeit Kurlands nicht antasten zu wollen, das seit der Thronbesteigung Anna



Jwanownas 1730 mit Rußland schon durch Personalunion verbunden war. Schließlich erzwang ein russisches Heer die Proklamation Friedrich Augusts II. Friedrich Wilhelm benutzte diese Verwicklungen, um im Widerspruch mit der österreichisch-hannöverschen Politik in Mecklenburg das Ende der Exekution, den Abzug des kaiserlichen Kommissars Christian Ludwig von Schwerin (seit 1728) und die Herstellung geordneter Zustände in dem mißhandelten Lande zu erzwingen, auch einer etwaigen Einmischung Rußlands zuvorzukommen (1733). Trotzdem währte der Bürger- und Bruderkrieg zur Schande des Kaisertums noch jahrelang fort, und der Gegensatz zu Preußen verschärfte sich.

Und doch hätte der Kaiser der vollen Kraft Preußens im Westen so dringend bedurft, denn aus dem polnischen Thronstreit entwickelte sich ein europäischer Krieg. Frankreich, Spanien und Piemont nahmen die Partei Leszczyńskis, um ihre Vergrößerungspläne am Rheine oder in Italien durchzusetzen. In Polen freilich drang trotzdem Friedrich August durch, denn der polnische Adel tat nichts für seinen erwählten König, und ein sächsisch-russisches Heer zwang das gewaltige Danzig, seinen einzigen Stützpunkt, nach tapferster Gegenwehr zur Übergabe (30. Juni 1734), als Stanislaus nach Königsberg geflüchtet war. Aber im Westen besetzten die Franzosen das wehrlose Lothringen, nahmen Kehl und am 18. Juli 1734 auch Philippsburg, das selbst der greise Prinz Eugen nicht entsetzen konnte, denn der Kaiser hatte das Anerbieten Friedrich Wilhelms, gegen feste Zusicherungen in der bergischen Frage 50 000 Mann nach dem Rheine zu senden, abgelehnt und sich mit dem pflichtigen Reichskontingent von 10 000 Mann begnügt. Vollends in Italien gingen Mailand, Neapel und Sizilien ruhmlos verloren. Auch i. J. 1735 mußte sich Eugen trotz eines russischen Hilfsheeres von 10 000 Mann auf eine Verteidigungsstellung bei Bruchsal beschränken.

Der Friede  
von Wien.

So kam am 3. Oktober 1735 der Friede von Wien zustande. Stanislaus Leszczyński verzichtete auf die polnische Krone und erhielt dafür das Herzogtum Lothringen mit der Maßgabe, daß es nach seinem Tode († 1766) an Frankreich fallen sollte. Der Herzog von Lothringen, Franz Stephan, der Gemahl Maria Theresias, sollte nach dem Aussterben der Medici (1739) mit Toskana entschädigt werden. Neapel und Sizilien fielen als Ausstattung für einen jüngeren Prinzen (Sekundogenitur) an die spanischen Bourbonen, die dafür ihre Ansprüche auf Parma den Habsburgern überließen. Piemont wurde durch einige mailändische Bezirke vergrößert. Und für alle diese ungeheuren Einbußen errang Karl VI. von Frankreich nichts als die Anerkennung der pragmatischen Sanktion.

Spannung  
zwischen  
Preußen  
und  
Österreich.

Trotzdem richtete er im Einvernehmen mit Frankreich und den Seemächten, die ihn soeben im Stiche gelassen hatten, am 10. Februar 1738 an Friedrich Wilhelm die gemessene Aufforderung, die jülich-bergische Frage dem schiedsrichterlichen Urteil dieser Verbündeten, also seiner Gegner, zu unterwerfen. Da der König das ablehnte, so verständigten sich Österreich und Frankreich über den Anfall der Lande an Pfalz-Sulzbach (Januar 1739). Aber in rascher Schwenkung erlangte der König im Vertrage vom 5. April desselben Jahres die Zustimmung Frankreichs, der einzigen

Macht, die seinen Ansprüchen wirksam entgegentreten konnte, zur Erwerbung des größten Teils von Berg ohne Düsseldorf.

Zu dem Verluste des größten Teils seiner spanischen Erbschaft kam für den Kaiser nach Prinz Eugens raschem Tode (10. Februar 1736) auch noch der Verlust der meisten Erwerbungen des ruhmvollen Friedens von Passarowitz. Denn gemäß seinem Bündnis mit Rußland v. J. 1736 glaubte Karl VI. seine Mitwirkung nicht verweigern zu können, als dieses im Oktober 1735 den türkischen Krieg begann und unter Leitung meist deutscher Offiziere mit glänzendem Erfolg führte. Im Juli 1737 erklärte auch der Kaiser den Krieg und ließ drei Heere gegen Serbien und Bosnien vorgehen. Aber nach der Einnahme von Nisch (Niša) erlitten die Österreicher eine Niederlage nach der anderen. Sie verloren Nisch wieder, mußten Bosnien räumen, wurden am 25. Juli 1739 bei Koczka unweit Belgrad geschlagen, und willigten endlich vorschnell in den Frieden vom 1. September 1739, der ihnen nur den Banat ließ und alle Länder südlich der Donau und Save kostete. Auch Rußland mußte sich nun mit Ufow begnügen (18. September).

Der russisch-österreichisch-türkische Krieg.

1737.

1739.

Soviele Mißerfolge auch dieses Jahrhundert seit dem Westfälischen Frieden über Deutschland im einzelnen gebracht haben mochte, im ganzen war doch ein großer Fortschritt nicht zu verkennen. Eingepreßt zwischen übermächtige Nachbarn in einer Zeit der härtesten Machtkämpfe hatte sich doch die Nation behauptet, sie war wieder Herrin wenigstens der wichtigsten ihrer Ströme und Küstenlande, sie hatte im Westen zwar schwere Einbußen erlitten, aber die ärgsten Übergriffe Frankreichs abgewehrt; im Osten die Türken aus Ungarn hinausgeworfen und den Habsburgern ihr Donau-reich vollendet, soweit es überhaupt vollendet worden ist. Zwar die Reichsverfassung war der Erstarrung verfallen und das Bewußtsein nationaler Pflicht bei der Mehrzahl der Regierenden und im Volke selbst noch so schwach, daß es nicht einmal den offenen Übertritt zum Landesfeinde hinderte; aber kräftig rührte sich das Leben in den größeren weltlichen Einzelstaaten, langsam wurde der zerrüttete Wohlstand wiederhergestellt, die furchtbaren Lücken in der Bevölkerung begannen sich zu schließen, und noch unbehilflich, oft noch in drückender Abhängigkeit von fremden Mätern, insbesondere von der überlegenen französischen Gesittung, strebte eine neue, freiere Bildung in die Höhe. Das alles geschah wesentlich unter der Leitung oder mindestens unter dem Einflusse des Fürstentums. Freilich zeigt es ein Doppelantlig. Suchten die einen dieser Herren die Aufgabe des Staatslebens darin, ihnen die Mittel zu höfischem Glanze, zu üppigstem Genuß zu gewähren, wie Ludwig XIV., und opferten sie diesem Streben unbedenklich Glück und Wohlstand ihrer Untertanen, so arbeiteten die anderen ehrlich an dem, was sie als das Wohl ihres Volkes ansahen, beide getragen von hohem Selbstgefühl, das keine Schranke ihres Willens anerkannte.

Aufsteigen Deutschlands.

Nicht alle Seiten dieser Bewegung, wohl aber die entscheidenden, die staatsbildenden sind am kräftigsten vereinigt im preussischen Staate. Obwohl Friedrich I. (III.) (1688—1713) seinem großen Vater nicht ebenbürtig war, auf den vorgezeichneten Bahnen ist doch auch er vorwärts gekommen. Seine Gebietserwerbungen blieben unbe-

Preußen unter Friedrich I. (III.)

deutend, weil er seine Kräfte im spanischen Erbfolgekriege verzettelte; immerhin verstärkten die kleinen Gebiete aus der Erbschaft seiner oranischen Mutter, Mörs und Eingen und die 1707 von den streitenden Erben des Grafen Solms erkaufte Grafschaft Tecklenburg, den westdeutschen Besitz, während die ihm von Kursachsen käuflich überlassene Schirmvogtei über Quedlinburg 1697 und das Amt Petersberg bei Halle 1698 die zerrissenen Grenzen Magdeburg-Halberstadts mehr abrundeten. Die Erwerbung des oranischen Fürstentums Neuschatel und Valengin am Jura blieb dagegen für die Entwicklung des Staates ohne Bedeutung. Der gleichförmige Ausbau der Verwaltung wurde fortgesetzt, die kollegialische Verfassung auch auf die Oberbehörden für Domänen-, Regalien- und Kriegsverwaltung übertragen, und so die Hofkammer 1689, das Domänendirektorium 1698 und das Generalkriegskommissariat 1712 gestaltet, endlich die einheitliche Zusammenfassung der Rechtspflege durch die Ausdehnung des kurfürstlichen Privilegiums *do non appellando* (s. I, S. 422) auf alle seine Reichsgebiete i. J. 17 ermöglicht, durch die Errichtung des Oberappellationsgerichts zu Köln a. Spree 1703 verwirklicht. Ferner ging die Oberleitung der Wohlfahrts- und Gewerbeполиizei jetzt (1712) auf die Organe des Staates, die Landräte, die Kriegs- und Steuerkommissare über, und auch die Armenpflege ordneten von staatswegen die Bestimmungen von 1696 und 1701. In der Finanz- und Volkswirtschaftspolitik schloß sich Friedrich wenigstens grundsätzlich seinem Vorgänger an. Die Vererbpachtung der Domänen freilich hatte schlechten Erfolg, weil man zu große Gütermassen in einer Hand zusammenließ; aber die Accise wurde jetzt auch in Preußen eingerichtet die innere Kolonisation nahm ihren Fortgang, namentlich durch die Ansiedlung von Pfälzern im Magdeburgischen; die Saale wurde von Halle abwärts 1694 97 durch Schleußen schiffbar gemacht, und an der Förderung des Elbhandels rastlos gearbeitet, bis man sich endlich von der Erfolglosigkeit dieser Bemühungen überzeugte und sie deshalb seit 1711 einstellte. Daß der König die westafrikanische Unternehmung seines Vaters verfallen ließ, hängt wesentlich mit seinem Verhältnis zu den eifersüchtigen Seemächten zusammen. Das Heer stieg auf 40 000 Mann, ja selbst die Milizverfassung versuchte Friedrich wenigstens für die Domänenbauern wieder zu beleben (1705). Bei alledem wuchsen die reinen Einnahmen des Staates von 2½ Millionen Taler i. J. 1688 auf 4 Millionen Taler. Wenn der König in der Kirchenpolitik nach den Grundsätzen des Vorgängers sich streng an den vertragmäßigen Zustand hielt, so ging er doch über ihn hinaus, indem er, den Fortschritten der staatlichen Einheit entsprechend, eine abgeschlossene kirchliche Organisation für alle Katholiken seiner Lande durch Ernennung eines geistlichen Vikars erstrebte. Doch scheiterte dies notwendig daran, daß Rom die landesbischofliche Gewalt des Königs über Katholiken, auf der jene Ernennung mit beruhen sollte, nicht anzuerkennen vermochte. Der Lieblingsgedanke des Königs vollends, eine „Union“ aller christlichen Kirchen herbeizuführen, blieb notwendig ein Traum, aber er entsprang der freieren Geistesbildung, der er in der Universität Halle 1694 eine Freistätte schuf und für die er auf Leibnizens Anregung 1700 die „Sozietät der Wissenschaften“, die Akademie, in seiner Hauptstadt gründete. Denn eben sie wurde seit der Einwanderung der Franzosen unter der besonderen Fürsorge seiner geistvollen Gemahlin

Sophie Charlotte und Dancelmanns auf kurze Zeit der Hauptsitz dieser Bildung und zugleich der Schauplatz einer reichen Kunstübung (s. unten).

Doch diese Blüte und der blendende Prunk des Königshofes wurden erkaufte mit der Herrüttung des Staatshaushaltes, obwohl die Einnahmen stiegen. Noch bedurfte eben der junge Staat aller Krastanstrengung, um seinen staatlichen Zwecken zu genügen, und es war deshalb für seine Zukunft entscheidend, daß nach dem Tode Friedrichs I. (25. Februar 1713) ein Fürst das Ruder ergriff, der die ganze rauhe 1713. Energie seines eisernen Willens daran setzte, jene praktischen Aufgaben zu lösen.

Friedrich Wilhelm I. (1713—1740), geboren am 15. August 1688, hatte von <sup>Friedrich Wilhelm I.</sup> seinen Eltern weder die geistige noch die körperliche Ähnlichkeit geerbt, und zeigte schon als Knabe einen so ausgeprägten Charakter, daß alle Erziehung wenig daran änderte; eher verstärkte das Vorbild seines um zwölf Jahre älteren Jugendfreundes, des Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, seine ausgesprochene Neigung zum Kriegswesen und zur strengsten Sparsamkeit. Am eleganten, schöngeistigen Hofe seiner Mutter fühlte sich der nüchterne Sinn, das gerade, derbe Wesen des angehenden Jünglings so wenig zu Hause, daß man ihn auf seine dringenden Bitten 1704 nach Holland, der praktischen Hochschule seines Großvaters, sandte. Nach seiner Rückkehr vermählte er sich noch sehr jung mit Sophie Dorothea von Hannover, der Tochter Georgs I. (November 1706). Er hat ihr die eheliche Treue musterhaft bewahrt, im wohlthuenden Gegensatz zu den meisten seiner fürstlichen Standesgenossen, aber sein herrischer, rauher Sinn verschiente aus seinem Hause wenn nicht die Liebe, so doch das Behagen. Vom Hofe des Vaters hielt er sich möglichst fern, machte dagegen den Feldzug von 1709 und die blutige Schlacht bei Malplaquet mit und wurde seit 1711 auch zu den Geschäften mit herangezogen.

Mit scharfem Ruck faßte er jetzt die erschlafften Zügel, als ein unumschränkter <sup>Sein Regiment.</sup> Fürst, dessen ganz persönlicher Wille alles leiten und regeln sollte. Höfischer Prunk galt ihm als Verschwendung, Kunst und Wissenschaft als Kurus, als französischer Tand, denn er fühlte sich durch und durch als Deutscher und sprach in seinem Hause wie mit den Gesandten deutscher Staaten nie anders als deutsch. Alle Sonderinteressen dem Ganzen zu unterwerfen, die streng monarchische Verwaltung zu vollenden, die Finanzen mit peinlichster Genauigkeit zu ordnen, die wirtschaftliche Kraft seines Landes straff zusammenzufassen und zu entwickeln, ein starkes, schlagfertiges Heer zu schaffen, das waren seine Ziele. Rau und hart, oft willkürlich und leidenschaftlich war seine Art, aber er war ein ehrliches Gemüt und im Grunde voll Herzensgüte, und über dem allen schwebte ein wahrhaft fürstliches Pflichtgefühl und eine schlichte, biblisch-evangelische, duldsame Frömmigkeit. Wie ein wohlhabender pommerscher Edelmann richtete er sich seinen Hof ein. Die meisten Hofbeamten seines Vaters entließ er auf der Stelle, die kostbare Ausstattung der Schlösser wurde verkauft und daraus der Grund zu einem Staatsschatz gewonnen, das Schauspiel und die Oper aufgelöst. Sein Vergnügen fand er in Jagden und Paraden, seine tägliche Erholung abends im „Tabakskollegium“, wo beim deutschen Bierkrug sich seine soldatischen Vertrauten, rauhe Männer wie er, zu zwangloser Unterhaltung um den König vereinigten, der sich dabei gern gehen ließ und auch über die derben,



nur zu oft selbst rohen Späße auf Kosten des armen Gundling, seines verdienten Hofhistoriographen und gelehrten Hofnarren wider Willen, mit den anderen lachte. Der Tag gehörte der Pflicht, dem „Dienst“. Mit kurzen Randbemerkungen in seiner unleserlichen Handschrift und einer abenteuerlichen Rechtschreibung entschied er die Eingaben, nach denen seine Minister den Bescheid abfaßten; bis ins einzelste hinein bearbeitete er selbst wichtige Sachen, und der scharfe Blick der hellen Augen in dem runden Gesicht des untersehten stämmigen Herrn sah alles, wenn er ausritt oder auf seinen alljährigen Inspektionsreisen Amt um Amt, Stadt um Stadt besichtigte, Behörde um Behörde genau prüfte. Wer ihm dabei mißfiel, hatte sich vor dem Rohrstock des Königs zu hüten, auch wenn er ein hoher Beamter war.

Die  
neue Ver-  
waltungs-  
ordnung.

Dieser ganz persönlichen Regierungsweise gegenüber verlor der alte Geheime Rat als Ganzes seine Bedeutung, aber nur nach mannigfacher Prüfung fand der König die neuen Formen, die ihm genügten. Die Verwaltung der Domänen und Regalien vereinigte er schon im März 1713 im Generalfinanzdirektorium, und da auch so die Reibungen dieser Oberbehörde mit dem Generalkriegskommissariat nicht aufhören wollten, verband er beide zu dem Generaldirektorium (Generaloberfinanz-, kriegs- und Domänendirektorium), für das er die Anweisung eigenhändig entwarf und das er am 19. Januar 1723 persönlich in seinen Wirkungskreis einführte. Unter vier seiner Departements und „Minister“ verteilte er die Geschäfte so, daß die gesamte Verwaltung aller Zweige in jeder Gruppe von Provinzen je einer Abteilung zustand und ihr daneben noch gewisse den ganzen Staat betreffende Angelegenheiten überwiesen wurden; das fünfte Departement umfaßte die Justizsachen des Generaldirektoriums. Die auswärtigen Angelegenheiten leitete das Kabinettsministerium, die Vorstände aller dieser Behörden bildeten den Staatsrat. Der neuen Oberbehörde entsprechend wurden die bisherigen Kriegskammern mit den Amtskammern zu (neuen) Kriegs- und Domänenkammern vereinigt, die etwa den heutigen „Regierungen“ entsprechen, und diesen die Landräte für das platte Land, die Kriegs- (Steuer-)räte für die Polizei- und Finanzverwaltung der Städte, die Departementsräte für die Domänen unterstellt. Die Stadtverwaltung entriß der König den aristokratischen Sippen, indem er lebenslängliche, teilweise von ihm ernannte Magistrate an die Spitze stellte und mehrfach, wie in Berlin, ihnen „Verordnete“ aus der Bürgerschaft an die Seite setzte. So wurde die ganze Finanz-, Kriegs- und Polizeiverwaltung einheitlich organisiert und schon seit 1714 von der Oberrechnungskammer bis in die kleinste Einzelheit auf Grund der für jeden Zweig aufgestellten Etats genau überwacht. Und in dieser streng monarchischen Verwaltung, die damals nirgends ihres Gleichen fand, arbeitete nach dem Vorbilde und unter den Augen des Königs ein Beamtentum, das sich überall als ein königlich preussisches fühlte und in pünktlicher Genauigkeit und unbestechlicher Pflichttreue von keinem anderen erreicht ward.

Die  
Finanz-  
verwaltung.

Nur mit einem solchen Beamtentum war es möglich, die großen Pläne des Königs für Finanzen, Saatswirtschaft und Heerwesen zu verwirklichen. Die Grundlagen der Finanzen, Domänen und Regalien, Kontribution und Accise wurden einheitlich weitergebildet oder, soweit notwendig, umgestaltet. Das Salzregal brachte



erhebliche Mehrbeträge, seitdem fremdes Salz fast ganz ausgeschlossen war; die Domänen, denen der König hochherzig schon 1713 die Privatgüter seines Hauses (Chatoullengüter) zufügte, wurden durch planmäßige Ankäufe so vermehrt, daß sie ein Drittel oder die Hälfte des ganzen Landes umfaßten (in 373 „Ämtern“), und jetzt in Zeitpacht gegeben, derart, daß stets ein ganzes „Amt“ mit allen Nutzungen und Hoheitsrechten an einen Pächter, einen „Amtmann“, verliehen wurde. So stieg der Ertrag auf 5,3 Millionen Taler, fast die Hälfte des gesamten Staatseinkommens, und es erwuchs allmählich ein wohlhabender, ländlicher Mittelstand bürgerlicher Abkunft, aus dem nachmals Rittergutsbesitzer, Beamte und Offiziere in großer Anzahl hervorgegangen sind. Die Kontribution wurde auf Grund besserer Einschätzung des Bodenwertes gerechter veranlagt, wie in Magdeburg, Pommern und Preußen, wo sie jetzt überhaupt erst zur Einführung gelangte (1715/18); der Accise fügten sich jetzt auch die westlichen Provinzen, nach schwerem Kampfe selbst Cleve-Mark, dessen blühendes ländliches Gewerbe sich nur schwer so peinlicher Überwachung unterwarf. So stieg das gesamte (reine) Staatseinkommen auf jährlich 7 Millionen Taler und gestattete noch die Ansammlung eines Schatzes von 7 bis 8 Millionen. Dieser modernen Finanzwirtschaft gegenüber wurde die alte Naturalwirtschaft des Hofes ebenso unhaltbar wie der mittelalterliche Lehnsverband mit seiner ritterlichen Dienstpflicht. Daher verwandelten die Erlasse vom Januar und Februar 1717 die Lehnsgüter des Adels in freies Eigentum und ordneten die Ablösung des längst nicht mehr geleisteten Lehnsdienstes durch eine jährliche Geldgabe, für jedes „Ritterpferd“ 17 bis 40 Taler, an. Die Stände der Marken fügten sich, die Ritterschaft der Altmark und Magdeburgs widerstrebte, zumal der Kaiser 1718 ein „Dehortatorium“ an den König erließ, gab aber dann bis auf wenige Herren doch nach. Diese trieben die Sache zur großen Erbitterung des Königs bis an den Reichshofrat und erwirkten 1725 sogar einen kaiserlichen Befehl an Kursachsen, sich ihrer Rechte anzunehmen, indes blieb dieser Auftrag auf sich beruhen, weil der Kaiser damals Preußens bedurfte. Am längsten widersetzte sich der ostpreussische Adel den Maßregeln des Königs, doch umsonst; Friedrich Wilhelm machte seine berühmte Antwort wahr, die er den Herren gab: „Ich komme zu meinem Zweck und stabilisiere die Souveraineté und setze die Krone fest wie einen rocher von bronze.“

**Volls.  
wirtschafts.  
polit. :  
Anstet-  
lungen.**

Spanndienste für die Domänen zu leisten und standen unter der Aufsicht der Amtleute. Fast immer vollzog sich die Ansiedlung in Dörfern, wobei man die Landleute möglichst beisammen ließ und Güter verschiedener Größe nebeneinander stellte. Genügenden Raum boten die Domänen und wüste, als herrenlos eingezogene Ländereien; auch die Grundherren folgten hier und da dem Beispiele des Königs. Das Meiste und Größte geschah in Preußen und Litauen, wo die Pest von 1709 10 etwa den dritten Teil der Bevölkerung weggerafft hatte. Hier wurden bis 1726 6 Städte neu aufgebaut, 352 wüste Dörfer besetzt, 49 Kammerämter neu errichtet, 11 neue Kirchspiele gegründet und mit Kirchen ausgestattet; nicht weniger als 6 Millionen Taler hat der König binnen sechs Jahren auf diese großartige „Wiederherstellung Preußens“ verwandt. Dorthin wies er auch die Mehrzahl (über 15000) jener 20000 evangelischen Salzburger, die der unduldsame Erzbischof Leopold Anton Freiherr von Firmian aus ihrem schönen Heimatlande trieb. Während der kaiserliche Hof sich beeilte, dem Erzbischof zur Unterdrückung des Widerstandes seiner „rebellischen“ Untertanen gegen den Glaubenszwang 3600 Mann österreichischer Truppen zu Hilfe zu senden, nötigte der König als Schirmherr der Protestanten im Reiche den Kirchenfürsten, die zuvor verweigerte Auswanderung zu gestatten (Oktober 1731) und lud die Heimatlosen in seine Lande ein. Die gelungene Ansiedlung dieser süddeutschen Gebirgsbauern im ostpreussischen Flachlande gehört zu den größten Meisterstücken der Sozialpolitik. Aber auch Schweizer, Nassauer und andere Deutsche wurden dort angesiedelt, desgleichen im Magdeburgischen, auch hussitische Niederlassungen, etwa 30, namentlich um Berlin, begründet. Gewiß befanden sich unter den Einwanderern viele unzuverlässige Leute, die schließlich wieder davongingen, doch im ganzen förderten sie nicht nur die Vermehrung der Volkszahl außerordentlich, sondern auch die Kultur, und diese alten niedersächsischen Koloniallande östlich der Elbe wurden durch sie jetzt zu einer Kolonie fast aller deutschen Stämme, sie vertraten also nicht mehr, wie sonst die größeren deutschen Staaten, die besondere Art nur eines Stammes.

Landwirtschaft.

Vor allem kam diese Einwanderung der Landwirtschaft zu gute, für die in vielen Stücken das hochkultivierte Magdeburgische Land das Vorbild gab. Großes leistete hier die Urbarmachung des wüsten Havelländischen Euchs, eines Landstrichs von 22 Quadratmeilen, und in der Erkenntnis, daß ein besserer Betrieb nur durch Verbesserungen in der Lage des Landvolkes erzielt werde, hob der König für die Bauern auf seinen Domänen, also mindestens in einem Drittel von ganz Preußen, 1719 die Hörigkeit auf, verbot 1738 den Amtleuten und Gutsherren aufs strengste das barbarische Prügeln ihrer Untertanen, 1759 das Bauernlegen (s. I, S. 393) ohne gesetzlichen Grund. Zur Begründung eines freien Bauernstandes freilich war die Zeit, insbesondere die Anschauung seines Adels, noch lange nicht reif, und auch der König hätte seinen Widerstand nicht zu überwinden vermocht; aber die Vernichtung des Bauernstandes, wie sie sich gleichzeitig in Mecklenburg und im schwedischen Vorpommern vollzog, hat er verhindert.

Gewerbe- und Handelspolitik.

Weit entschiedener griff seine Gewerbe- und Handelspolitik durch. Es galt zu verwirklichen, was der Große Kurfürst nur angestrebt hatte, in den Mittelprovinzen

den aufstrebenden Gewerbefleiß gegen auswärtigen Wettbewerb durch Zölle und Verbote zu schützen, den Binnenverkehr für die Einheimischen von seinen Fesseln zu befreien, also Einheit von Münze, Maß und Gewicht einzuführen und die städtischen Stapelrechte auf die fremden Kaufleute zu beschränken, endlich dem Lande einen möglichst einträglichen Durchgangsverkehr zu sichern. Hinter diesen Bestrebungen traten jetzt die Bemühungen um Förderung des auswärtigen Handels, besonders des Seehandels zurück. Begreiflicherweise stieß diese wohlberednete Politik mit den örtlichen Interessen und dem Vorteil der Nachbarstaaten um so heftiger zusammen, als sie bei der Lage der preussischen Lande manche natürlichen Beziehungen gewaltsam durchschnitt. Besonders mit Sachsen war der Kampf heftig, weil Magdeburgs Verbindungen viel mehr dorthin als nach den Marken wiesen, und das hochentwickelte sächsische Gewerbe der Ausfuhr dringend bedurfte. Während sich Sachsen durch schwere Zölle gegen Magdeburg schützte und Leipzigs Straßenzwang und Stapelrecht nachdrücklich zur Geltung brachte, erließ Friedrich Wilhelm 1718/19 Wollausfuhrverbote für die Kurmark, 1723 auch für Magdeburg und erhöhte 1721 die Einfuhrzölle. Erst der preussisch-sächsische Handelsvertrag von 1728, die Grundlage des wirtschaftlichen Verhältnisses beider Staaten bis 1755, hielt zwar jene Verbote fest und untersagte alle Einfuhr von Tuch, Metall- und Glaswaren, ließ aber die anderen Waren gegen eine mäßige Accise zu.

Für den Binnenverkehr begann eine neue Zeit, seitdem die Erwerbung Vorpommerns und Stettins den größten Teil des schiffbaren Oderlaufs und der Strommündungen unter preussische Herrschaft gebracht hatte. Zwar verlor jetzt das herabgekommene Stettin den Handel mit Schweden, dafür öffnete sich ihm die natürliche Verbindung mit seinem Hinterlande. Schon 1723 befreite der König für die Kaufmannsgilden von Stettin, Berlin und Frankfurt den Oderhandel mit den meisten Waren von allen Stapelrechten, dann ordnete er 1725/33 alle Oderzölle, auch den Stettiner, einheitlich, indem er sie zugleich wesentlich herabsetzte oder ganz beseitigte; ja er dachte daran, den schlesisch-hamburgischen Verkehr nach Stettin abzulenken. Freilich die baltische Erbschaft der Hanse anzutreten war ihm noch unmöglich, denn der dänische Sundzoll drückte schwer, die holländisch-englische Übermacht auf der Ostsee war allzugroß, und Handelsverträge mit Frankreich zu schließen gelang trotz mehrfachen Versuchen nicht; nur mit dem befreundeten Rußland, das sich immer mehr zum größten Lieferanten von Roherzeugnissen und zum kaufkräftigen Abnehmer von Fabrikaten (namentlich von Tuch) entwickelte, kamen solche 1718 und 1726 zustande.

Die Unmöglichkeit, für Preußen auch nur in Europa dieselbe Stellung zu gewinnen, wie sie etwa Hamburg längst besaß, macht es erklärlich, wenn Friedrich Wilhelm die Kolonialpolitik seines Großvaters völlig aufgab. Als die Engländer und Holländer Groß-Friedrichsburg einschlossen, überließ er, allerdings in der Hoffnung einer späteren Rückerwerbung, die Niederlassungen in Westafrika 1716 um 7200 Dukaten an Holland und tat auch nichts, als die treuen Neger die Festung auf eigene Hand noch weiter verteidigten, um nicht das Ansehen Preußens bei einer doch vermutlich nutzlosen Unternehmung aufs Spiel zu setzen.

Was er wollte, die streng geschlossene Einheit der Verwaltung und des Wirts. Beerweil. 1

schaftsgebietes, das hat er erreicht und mit diesen Mitteln, mit einem Aufwande von jährlich 5—6 Millionen Talern, hat er auch das scharfe Schwert geschmiedet, dessen Siege dem Staate endlich die Großmachtstellung verschaffen sollten, sein Heer; zugleich vertrat dieses am schroffsten und reinsten die monarchische Ordnung als ein abgeschlossener Militärstaat neben dem Zivilstaat mit selbständiger Gerichts- und Kirchenverfassung für alle seine Angehörigen. Die Landmiliz löste der König auf, denn er wollte eine durchaus kriegstüchtige Armee. Da eine Bevölkerung von 2,5 Millionen die von ihm erstrebte Stärke, zuletzt über 80000 Mann, nicht ohne die schwersten wirtschaftlichen Nachteile hätte aufbringen können, so bildete er, das alte Vorrecht der Kurfürsten, in den Reichsstädten zu werben, benutzend, den Kern seiner Armee, etwa zwei Drittel, aus fremden Söldnern. Freilich mußten diese von seinen Werbeoffizieren mit allen Mitteln der Überredung, List und Gewalt zu dem gefürchteten Dienste gelockt oder gepreßt werden, besonders die „langen Kerle“, die Augenweide des Königs wie fast aller Heerführer dieser Zeit. So machte er aber auch sein Heer tatsächlich schon, ohne es zu wollen, zu einer nicht schlechtweg preussischen, sondern zu einer deutschen Streitmacht. Endlich aber sprach er 1733 mit dem Satze, jeder Untertan sei für die Waffen geboren, zuerst den großen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht wieder aus und wies seitdem jedem Regimente einen bestimmten Ergänzungsbereich im Inlande (Kanton) zu, wo die Dienstpflichtigen ausgesucht und überwacht wurden, doch so, daß sie zwar 20 Jahre lang pflichtig, aber nur ein Jahr lang unter der Fahne blieben und später nur zu kurzen Übungen zur Truppe zurückkehrten. Praktisch bezog sich diese Dienstpflicht nur auf die Masse des Landvolkes; die Masse der städtischen Bevölkerung, Gewerbetreibende, Kolonisten, vollends alle höher Gebildeten waren befreit. Aber zuerst auf diese Weise nahm der Staat die gutshörigen Bauern wieder als seine unmittelbaren Untertanen in Anspruch. Die Offiziere ernannte der König jetzt alle selbst; er fand sie in den Söhnen seines Adels, zunächst namentlich des pommerschen und märkischen, und „es gelang ihm, aus verwilderten Junkern einen treuen und tapferen monarchischen Adel zu erziehen, der für das Vaterland zu siegen und zu sterben lernte und fest mit dem Leben des Staates verwuchs“. Ein Kadettenhaus sorgte für ihre Ausbildung, und indem der König sich ganz als ihren Kameraden gab, daher stets den blauen Rock seines Heeres trug, „seinen lieben blauen Kindern“ zu Ehren, begründete er zuerst von allen Fürsten jenes ganz persönliche Treuverhältnis zwischen sich und der Armee, das seitdem der Entwicklung Deutschlands einen guten Teil ihres eigentümlichen Gepräges gegeben hat. Die bunte Zusammensetzung seiner Truppen aus Leuten der verschiedensten Abkunft und aus zwei auch militärisch so ganz verschiedenartigen Bestandteilen, wie die bis zum Eintritt körperlicher Unfähigkeit dienenden ausländischen Söldner und die „einländischen“ Kantonisten waren, machte eine harte, ja barbarische Kriegszucht (Gassenlaufen, Eselreiten, Krummschießen, Prügel) zur traurigen Notwendigkeit. Sie bedingte zugleich die ganze Lineartaktik, für die das Leibregiment in Potsdam, die berühmte „Riesengarde“, die Mustertruppe bildete und Fürst Leopold von Anhalt-Deßau (geb. 1676), in seiner ehrlich-rauben, praktisch-müchternen Natur ein Abbild des Königs, der ruhmbedeckte, niemals verwundete



Held des spanischen Erbfolgekrieges, die Formen schuf. In zwei Treffen hintereinander, jedes in drei Gliedern formiert, die staffelförmig aufgestellte Reiterei auf den Flügeln, die Geschütze zwischen den Treffen, so rückten die Bataillone, eng geschlossen zu schnurgeraden, 2—3000 Schritt langen Linien, im dröhnenden, langsamen Gleichtritt unter dem scharfen Rasseln ihrer ungeheuren Trommeln Gewehr in Arm bis auf 300 Schritte an den Feind heran und überschütteten ihn dann mit ihrem furchtbaren Salvenfeuer, das ihnen der eiserne Ladestock Fürst Leopolds doppelt so schnell abzugeben erlaubte als jedem anderen Fußvolk; unter Umständen brachte ein Bajonettangriff die Entscheidung. Nur in dieser geschlossenen Fechtart ließ sich dieses Heer verwenden, im zerstreuten Gefecht wären die fremden Söldner davongelaufen, und auch so war massenhafte Fahnenflucht, namentlich im Felde, gar nicht zu verhindern.

Ferner lag dem König das Gebiet des Rechts; ja er störte nicht selten den Gang der Rechtspflege, indem er das Urteil kraft seines oberstrichterlichen Amtes, das er sich beimaß, zuweilen willkürlich änderte. Doch trat unter ihm zuerst der Gedanke auf, die Einheit der Verwaltung durch ein einheitliches Recht zu ergänzen, den dann Friedrich der Große durchgeführt hat.

Rechts-  
pflege.

Auf kirchlichem Gebiet blieb zwar diese Einheit naturgemäß unerreichbar, aber die territoriale Verschiedenheit der kirchlichen Verhältnisse begann langsam einheitlicher Behandlung zu weichen, die völlige Gleichberechtigung der Bekenntnisse in ganz Preußen bahnte sich an. Es entsprach das der persönlichen Sinnesart des Königs, der sich schlechtweg als ein evangelischer Christ fühlte und stolz darauf war, der Schirmherr des gesamten Protestantismus zu sein. Er war deshalb auch stets bereit, bei Verletzung seiner Glaubensgenossen außerhalb Preußens, wie in der Pfalz 1719 und nach dem Thorner Blutbade 1724 an seinen katholischen Untertanen Vergeltung zu üben, doch nur, soweit er jenen dadurch Erleichterung verschaffen konnte. Andererseits hat er sich auch um die Ernennung eines geistlichen Vikars für die preußischen Katholiken wiederholentlich (1725 und 1732) bemüht; er gestattete weiter, entgegen dem alten Territorialkirchenrecht, in Lingen 1717 beschränkten katholischen, in Geldern 1713, in Draheim 1730 evangelischen Gottesdienst, und überall durchbrachen schon katholische Soldatengemeinden die bisher streng festgehaltene „Glaubenseinheit“ Brandenburgs und Pommerns. Die Verfassung der lutherischen Kirche blieb unverändert, es bestand also zwischen den königlichen Konsistorien der einzelnen Provinzen keinerlei Zusammenhang; dagegen stellte der König 1713 an die Spitze sämtlicher deutsch-reformierter Gemeinden ein königliches Kirchendirektorium und gab 1737 der französisch-reformierten Kirche eine ähnliche Spitze.

Kirchen-  
und Schul-  
politik.

Es entsprach diesem freieren Geiste und den praktischen Bedürfnissen seines Staates, wenn der König die Universität Halle, soweit sie diesen diente, eifrig förderte. Für die reine Wissenschaft und ihre Vertreter, die „Bärenhäuter“ und „Federfuchser“, wie er sie nannte, hatte er nur Geringschätzung und Verachtung. Den großen Philosophen Wolff verwies er 1725 aus Preußen, weil ihm seine Lehre als staatsgefährlich dargestellt worden war; die Akademie der Wissenschaften setzte er auf 300 Taler jährlich, ihr und der Universität Frankfurt a. M. stellte er



gelegentlich lächerliche Preisfragen, um sie zu verspotten. Und doch hat er für die Volksbildung Großes, Grundlegendes geleistet. Seine Verordnung vom 23. Oktober 1717 begründete für den ganzen Staat und alle Bekenntnisse die allgemeine Schulpflicht, und Tausende von Volksschulen hat er kraft staatlichen Rechts, namentlich auf dem platten Lande, ins Leben gerufen.

Noch fühlten gewiß viele in Preußen dieses ganze neue Wesen als einen furchtbaren Druck, und vollends draußen im Reiche betrachtete man diesen Staat der harten Willenskraft, der nüchternen, schmucklosen Zweckmäßigkeit und der geistigen Öde mit einem Gemisch von Abscheu und Verwunderung. Aber es gab nirgends in ganz Europa ein so festgefügttes staatliches, wirtschaftliches und militärisches Ganze, wie diesen preussischen Staat Friedrich Wilhelms I. Die Bedeutung seines Baues wird erst durch den Hinblick auf die übrigen deutschen Staaten völlig klar. Die größeren Staaten Norddeutschlands beharrten fast ganz in den alten ständisch-lutherischen Formen und verschärften dadurch noch den Gegensatz zu dem streng monarchischen Preußen, den der harte politisch-wirtschaftliche Interessenkampf dieser Zeit ohnehin begründete; sie kamen aber auch dadurch diesem Nebenbuhler gegenüber bald in Nachteil.

Die  
welfischen  
Lande.

Im Westen arbeiteten sich die welfischen Lande erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts aus der alten ziellosen Zersplitterung zu ansehnlicher Geltung empor. Zuerst Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg bestimmte 1641, daß seine Lande zwar in die beiden Fürstentümer Celle und Calenberg (Hannover) zerfallen, dann aber nicht weiter geteilt werden sollten. Calenberg wuchs dann unter dem stolzen, eigenwilligen Johann Friedrich, der zum Katholizismus übertrat, durch den Unfall des Fürstentums Grubenhagen. Nach dessen erblosem Tode 1678 folgte ihm sein jüngster Bruder Ernst August, bisher Administrator von Osnabrück (seit 1660) und Gemahl der geistvollen Sophie von der Pfalz, der Tochter Friedrichs V. und Elisabeths von England, ein selbstbewußter, harter, hochstrebender Herr, der Gründer des hannoverschen Kurstaates. Mit Bewilligung des Kaisers setzte er 1682 das alleinige Erbrecht des Erstgeborenen fest und verständigte sich mit seinem ältesten Bruder, dem landesväterlichen Georg Wilhelm von Celle, dahin, daß dessen Tochter Sophie Dorothea aus der morganatischen Ehe mit der schönen Französin Eleonore d'Olbreuse die Gemahlin des Thronerben von Hannover, Georg Ludwig, werden sollte. Er krönte schließlich sein Werk, indem er trotz des Widerspruchs der braunschweigischen Verwandten und der katholischen Kurfürsten, von Preußen unterstützt, am 22. März 1692 die (neunte) Kurwürde für sein Haus erwarb. Am 19. Dezember empfing er zu Wien die feierliche Belehnung mit dem Kurhut. Diese Erbschaft des Vaters trat 1698 Georg Ludwig an, damals schon von seiner Gemahlin getrennt, die nach der geheimnisvollen Ermordung ihres Anbeters, des Grafen Philipp von Königsmarck (Juli 1694), noch dreißig einsame Jahre auf Schloß Ahlden vertrauert hat. Nach dem Tode Georg Wilhelms von Celle 28. Dezember 1703 vereinigte er alle Lande der jüngeren Linie in seiner Hand, mit Einschluß des Herzogtums Sachsen-Lauenburg, das schon 1697 nach dem Aussterben seines askanischen Herrscherhauses an Celle gefallen war. 1719 fügte er dem noch Bremen und Verden hinzu (s. S. 68).

Die Verbindung des neuen Kurstaates Hannover mit England, 1701 vorbereitet, 1714 durch die Thronbesteigung Georgs I. († 1727) vollzogen und bis 1837 mit kurzer Unterbrechung erhalten, verschaffte dem niederdeutschen Stammlande der Welfen wohl manchen materiellen Vorteil, brachte es aber auch in Abhängigkeit von der fremden Großmacht, der kein deutsches Nationalbewußtsein hier widerstrebte, und überlieferte es in Abwesenheit des Landesherrn völlig der Adels Herrschaft; fand diese doch auch in der britischen Parlamentsregierung ihre Stütze und ihr Vorbild. Von einem Versuche zur Staatseinheit zu gelangen, war hier also gar keine Rede. Jedes der acht kleinen welfischen Gebiete wurde von seinem Landtage und seinen ständischen Ausschüssen verwaltet; gemeinsam waren, abgesehen vom Landesherrn, nur der Geheime Rat und das Heer; die einträglichsten Ämter lagen in den Händen des Adels, die wirkliche Arbeit taten bürgerliche Geheimräte, die Lasten des Staates trug vor allem das Landvolk. Die 1737 begründete Universität Göttingen war eine Stätte weltbürgerlicher Gelehrsamkeit, auf das innere Leben Hannovers übte sie wenig Einfluß. Seit der Bildung des hannöverschen Kurstaats trat Braunschweig-Wolfenbüttel weit zurück. Rudolf August (1666—1704) nötigte zwar 1671 die Stadt Braunschweig zur bedingungslosen Anerkennung seiner Landeshoheit, erlebte aber auch 1687 die Abzweigung der Linie Braunschweig-Bevern, die schließlich 1735 unter Ferdinand Albrecht das gesamte Erbe wieder vereinigte. Sie hat dem preussischen Heere eine Reihe bedeutender Feldherren gestellt, während das Haupt der Braunschweiger Linie, Anton Ulrich (1704—1714), zum Katholizismus übertrat und seine treffliche Tochter Elisabeth Christine mit dem Erzherzog Karl (VI.) von Österreich vermählte.

Noch vollständiger als in den welfischen Hauptlanden Nieder-Sachsens siegte <sup>Mecklen-  
burg.</sup> die adlige Libertät in dem alten baltischen Koloniallande dieses Stammes, in Mecklenburg. Seit 1621 zwischen die Linien Schwerin und Güstrow geteilt, dann einige Jahre durch in Wallensteins Händen, kam das ganze Land nach dem Aussterben der Güstrower Linie 1695 an die Schweriner. Da sich diese jedoch wieder in die Zweige Grabow und Strelitz gespalten hatten, so verfügte der Hamburger Vergleich von 1701 eine neue Teilung. Strelitz mit dem Fürstentum Rastenburg fiel an Adolf Friedrich, alles übrige an Friedrich Wilhelm von Schwerin; nur die Stände, die Universität Rostock, das Hof- und Landgericht und das Konsistorium blieben gemeinschaftlich. Wegen der Steuern für die Landesverteidigung mit den Ständen in heftigen Streit verwickelt, gewann Friedrich Wilhelm 1708 die Hilfe Preußens gegen Zusage des Erbrechts, hinterließ aber die ganze Frage seinem Nachfolger Karl Leopold (1713—1747) unerledigt. Wüste Kämpfe und auswärtige Einmischung verzehrten Jahrzehnte lang die Kräfte des Landes (s. S. 67). Karl Leopold war, als er 1747 starb, auf die Festung Dömitz beschränkt, und erst sein feindlicher Bruder Christian Ludwig, der ihm folgte († 1757), brachte am 18. April 1755 den „landesgrundgesetzlichen Erbvergleich“ mit den Ständen und mit Strelitz zustande, noch heute die Grundlage der Landesverfassung. Die Union der Landstände blieb, ihre Gerechtsame und die schon 1654 förmlich eingeführte Leibeigenschaft der hinterfässigen Bauern wurden bestätigt, ebenso wie das Recht des Bauernlegens. Das Land

blieb geteilt zwischen dem Domanium der Herzöge (etwa zwei Fünftel des Landes), der Ritterschaft und der Landschaft, d. i. den 45 landtagsfähigen Städten, die ihre Hoheitsrechte als Ausfluß der Grundherrlichkeit übten. So fand hier das ständische Staatsideal seine mustergültige Verwirklichung.

Schleswig  
und  
Holstein.

In altständischen Verhältnissen verharrten auch die Herzogtümer Schleswig und Holstein, doch nicht mit so ausschließlicher Vorherrschaft des Adels, wie Mecklenburg und Hannover. Nur im östlichen Holstein, der alten Eroberung der holstischen Ritterschaft (s. I, S. 307), wog der adlige Großgrundbesitz vor, im übrigen der bäuerliche Besitz, und auch die Städte waren nicht unansehnlich. Vielfach erfreuten sich die Landesteile eines hohen Maßes örtlicher Selbstverwaltung, wie Dietmarschen und die nordfriesischen Inseln; auch die Beamten waren meist bürgerlichen Standes, gut bezahlt und auf der gemeinsamen Landesuniversität Kiel (gegründet 1665) vorzüglich gebildet. Die Selbstständigkeit und die Zusammengehörigkeit der beiden Lande, von denen doch nur Holstein Reichsland war, verbürgte vor allem der gemeinsame Landtag, daneben auch die Teilung jedes Landes unter beide Linien, die herzogliche (von Gottorp) und die königliche. Von Bedrückungen von dänischer Seite war lange Zeit um so weniger die Rede, als auch Dänemark meist von holsteinischen Staatsmännern regiert wurde. Leise und fast unmerklich begannen sich indessen diese Verhältnisse zu verschieben. Der Friede von Roeskilde 1658 hatte zwar die frühere Lehnsabhängigkeit Schleswigs von Dänemark gelöst, aber auch die gemeinsame Regierung beider Linien daselbst aufgehoben; der nordische Krieg vereinigte den herzoglichen Anteil Schleswigs mit dem königlichen. Zugleich hörten die gemeinsamen Landtage seit 1675 auf, nur die Prälaten und Ritter versammelten sich nochmals 1711, dann nicht wieder; lediglich die „fortwährende Deputation“ der Stände (7 Mitglieder) blieb von dem schleswig-holsteinischen Landtage übrig. So drohte das Landesrecht der Vergessenheit anheimzufallen. Die Erkenntnis dieser Gefahr lag den Herzogtümern noch sehr fern. Auf der Grenze deutschen und nordischen Wesens gelegen, mit Dänemark seit alter Zeit durch tausend Beziehungen verflochten, sah das reiche Ackerbaugebiet mit dem selbstgefälligen Stolz des satten Behagens auf die „Butenminschen“ im Süden der Elbe herab, während schon König Friedrich IV. daran dachte, Schleswig dem dänischen Reiche ganz einzuverleiben.

Kurfachsen.

Etwas anders als in den Landschaften des niedersächsischen Stammes gestalteten sich doch die Dinge im südlichen Nachbarlande Preußens, in Kurfachsen. Freilich blieb es hier bei einzelnen Ansätzen zu monarchischer Gestaltung; die Staatseinheit durchzuführen gelang ebensowenig wie die Erwerbung des heißbegehrten Magdeburg, und so senkte sich die Wage des alten Kampfes um die führende Stellung in Nordostdeutschland mehr und mehr zu gunsten Preußens. Noch Johann Georg I. († 1656) hatte die Gründung eines kurfächsischen Einheitsstaates erschwert, indem er letztwillig zwar seinem ältesten Sohne Johann Georg II. die Hauptmasse seiner Lande mit der Kurwürde zuteilte, seine drei jüngeren Söhne aber mit den alten Stiftslanden und anderen Gebieten als Fürstentümern unter dessen Hoheit ausstattete, die bis ins 18. Jahrhundert bestehen blieben, Naumburg-Weitz mit dem Vogtlande und dem Neustädter Kreise bis 1718, Merseburg mit der Niederlausitz bis 1738,

Weißenfels bis 1746. In der Tat lag hier das Bedürfnis nach einer strafferen Zusammenfassung der staatlichen Kräfte weit weniger vor als in Preußen. Denn Kursachsen hatte keine Lebensinteressen gegen fremde Mächte zu verteidigen, und das Schwergewicht der „Erblände“, die an Masse alle übrigen Gebiete zusammengekommen erheblich übertrafen, wirkte an sich schon zusammenhaltend. Andererseits konnte ihre starke ständische Körperschaft einer monarchischen Politik einen schwer überwindlichen Widerstand entgegensetzen.

So blieb die selbständige Verwaltung und das Ständewesen der Erblände, der Ober- und Nieder-Lausitz, der Stiftslande und der Grafschaft Henneberg bestehen. Unter der erbländischen „Landesregierung“ standen die (vier oder sieben) „Kreise“ (Kurkreis, Meißnischer, Leipziger, Erzgebirgischer, Thüringischer, Vogtländischer, Neustädtischer Kreis) mit ihren adligen Kreishauptleuten, Kreiständen und Kreistagen. Die Kreishauptleute führten die Aufsicht über die „Ämter“ (Domänenbezirke) und Grundherrschaften; doch schon unter Johann Georg I. wurde die Steuerverwaltung, später auch die Aufsicht über die grundherrliche Polizei den kurfürstlichen „Amtshauptleuten“ (Domänenvorstehern) übertragen, so daß das „Amt“ (Amtshauptmannschaft) sich zu einem Verwaltungsbezirk entwickelte, der den „amtsässigen“ (niederen), nicht aber den „schriftässigen“ (hohen) Adel mit umschloß. Johann Georg II. (1656—1680) mußte aber den Grundherren und Städten einen gewissen Anteil an der Veranlagung und Erhebung der Steuern gewähren. Neben dieser überwiegend ständischen Verwaltung behauptete auch der erbländische Landtag, der entweder in seinen drei Kurien vollzählig, oder wie seit 1660 häufig, nur zu Ausschuß-(Deputations-)tagen berufen wurde, sein Recht der Steuerbewilligung, der Vorstellung und des Gutachtens über die Gesetzgebung; ja er steigerte sein Ansehen infolge der wachsenden staatlichen Bedürfnisse. Johann Georg II. gab ihm 1661 den seitdem immer wiederholten Revers, nicht ohne Beirat der Stände zu regieren, wogegen sie einen Teil der Kammerschulden auf ihre Steuerklasse (s. I, S. 529) übernahmen, die Grundlage der sächsischen Staatsschuldenverwaltung. So ordneten sie auch das Steuerwesen in ihrem Interesse. Zu der direkten Steuer, der Schock- und Pfennigsteuer (seit 1641) und der Gewerbesteuer (seit 1646) war in Ergänzung der alten Trank- und Fleischsteuern schon 1641 eine feste „Landaccise“ auf alle Waren und fremde Getränke getreten; doch blieben von der Grundsteuer die Rittergüter und teilweise auch die Bergstädte, von der Gewerbesteuer die Beamten, Geistlichen, Lehrer u. a. m. frei; jene zahlten nur seit 1657 für die „Ritterpferde“ ein jährliches „Donativum“.

Wirklich einheitlich und monarchisch gestaltete sich nur die Verwaltung des Post- und Heerwesens. Zum stehenden Heere legte der ritterliche Johann Georg III. (1680—91), der „sächsische Mars“, den Grund, und zwar mit Hilfe eines festen, von den Ständen bewilligten Jahresbeitrages von 700 000 Talern; es erhielt dann 1685 seine Bluttaufe vor Wien und gewann in den nächsten Jahren noch reiche Siegeskränze gegen Türken und Franzosen. Der kursächsischen Post, deren Anfänge, eine Briefpost auf der Linie Dresden-Leipzig-Hof, bis auf Johann Georg I. zurückgehen, gab Johann Georg IV. (1691—94) eine einheitliche Gestaltung, indem er 1693 alle Postbeamten des Landes dem Oberpostmeister in Leipzig unterstellte. In allen



Städten Kursachsens erhoben sich seitdem, besonders unter August dem Starken, die hohen, wappengeschmückten Meilensäulen mit des Kurfürsten Namenszuge. Namentlich die Interessen Leipzigs förderte die sächsische Volkswirtschaftspolitik so energisch, daß der Gegensatz zu Preußen dadurch wesentlich verschärft wurde (s. S. 79).

So sehr nun also in Sachsen die Stände ihre Macht festhielten, das stehende Heer gab doch den Kurfürsten tatsächlich ein so hohes Maß von Selbständigkeit, daß sie ihre auswärtige Politik ganz nach ihrem Gutdünken leiteten. Am schärfsten tritt das unter dem glänzenden Friedrich August I. dem Starken (1694—1733) in seinem Verhältnis zu Polen hervor. Eben um hier völlig freie Hand zu haben, bemühte er sich auch die Macht der Stände zurückzudrängen. Dazu sollte ihm auch der 1698 neuernannte Statthalter, der katholische Anton Egon von Fürstenberg, helfen. Er setzte 1698 den „Revisionsrat“, 1700 dafür eine „Landesdeputation“ ein, um die Mißbräuche in der Verwaltung zu untersuchen, beseitigte sie aber schon 1709 wieder, regierte tatsächlich allein mit seinem Geheimen Kabinett und nahm in der neuen Landtagsordnung von 1728 den Ständen das bisher von ihnen behauptete Recht, sich eigenmächtig zu versammeln. Auch die 1707 eingeführte Konsumtionsaccise, der die Stände lange widerstrebten, machte ihn von ihren Bewilligungen etwas unabhängiger. Freilich verschlangen seine großartigen Bauten und Kunstsammlungen, sein verschwenderischer, üppiger Hofhalt und nicht zuletzt seine Kriege um die polnische Krone so ungeheure Summen, daß er sie nur mit dem Verkauf von Gebieten, Hoheitsrechten und Ansprüchen zu decken vermochte. Außer dem, was er an Preußen überließ (s. oben S. 74), veräußerte er seine Anrechte auf Lauenburg 1697 an Hannover, die auf Hanau 1728 an Hessen-Kassel, dazu gab er die Lehnshoheit über Schwarzburg auf. Trotz alledem betrugen die Staatsschulden beim Tode des Kurfürsten-Königs nur wenig über 4 Millionen Taler, und einzelne Verwaltungsgebiete machten manche Fortschritte. Die Rechtspflege wurde durch die Prozeßordnung von 1724 verbessert, der Strafvollzug durch die Errichtung des Zuchthauses in Waldheim gesichert. Noch weit zäher als an den ständischen Rechten hielt das protestantische Volk nach dem Übertritt des Herrscherhauses zur römischen Kirche an seiner lutherischen Landeskirche fest, auch die fromme und schöne Kurfürstin Christiane Eberhardine von Brandenburg-Bayreuth, die bis an ihren Tod einsam im Schlosse Pless bei Wittenberg lebte († 1727). Der Kurfürst begab sich jedes Einflusses auf die Landeskirche, indem er sein landesbischöfliches Recht auf die in Evangelicis beauftragten Geheimen Räte übertrug, die Katholiken blieben von allen staatlichen Rechten ausgeschlossen, der katholische Gottesdienst auf ein paar Schloßkapellen beschränkt, das Glockengeläut auch diesen verboten. Nur die eingewanderten französischen Reformierten genossen in Leipzig seit 1701 Kultusfreiheit. Trotz so mancher Hemmnisse entwickelte das rührige, geschickte, genügsame Volk eine erstaunliche Betriebsamkeit in Handel und Gewerbe, die der prunkvolle Hof und die Verbindung mit Polen erheblich förderten, verwandelte das Land zugleich in eine Stätte der Kunst und der geselligen Bildung, wie Deutschland keine zweite kannte, und sandte eine ganze Reihe schöpferischer Talente in das verödete Geistesleben der Nation hinaus.



Neben Kurpfalz zerfiel das ernestinische Thüringen durch fortgesetzte Teilungen immer mehr in machtlose kleine Fürstentümer. Aus der Teilung von 1572 gingen zwei Hauptlinien hervor, die ältere in Gotha, Eisenach und Koburg, die jüngere in Weimar, Jena, Altenburg und Saalfeld, deren Gebiete nun aber durch Erbteilungen wieder mannigfach miteinander verbunden wurden. Aus solchen erhob Ernst der Fromme von Gotha (1640—1675), der Bruder Bernhards von Weimar und der Sohn Johanns, des Stifters der jüngeren weimarischen Linie, sein durch Erbschaften vergrößertes Gebiet durch sparsame Wirtschaft, strenge Kirchenzucht und Förderung des Schulwesens zu größerer Bedeutung empor. Seine sieben Söhne teilten indes 1680 abermals und standen nur durch den sogen. Nexus Gothanus in erbrechtlicher Verbindung. Daneben stand eine ältere Linie in Weimar, Jena und Eisenach.

Das ernestini-  
sche  
Thüringen.

Weiter im Westen hatte Hessen-Kassel durch die ansehnlichen Erwerbungen des westfälischen Friedens (s. I, S. 682) die Darmstädter Linie weit überflügelt. Wilhelm VI. (1637—70) und Karl (1670—1730) folgten dem Beispiele des Großen Kurfürsten, dessen energische und bedeutende Schwester die Mutter Karls war. Dieser errichtete ein stehendes Heer, ordnete das Post- und Münzwesen, legte den „Karlshafen“ an der Weser an und nahm seit 1685 große Zuzüge von Hugonotten in Kassel, Hofgeismar u. a. O. auf. Durch Sammlungen und durch Pflege des Kunstgewerbes machte er Kassel zu einem belebten geistigen Mittelpunkt und begann in der Nähe die großartigen Bauten und Gartenanlagen des „Karlsberges“ (Wilhelmshöhe). Sein Sohn Friedrich I. (1730—1751) bestieg 1720 den schwedischen Thron, sodaß sein jüngerer Bruder, der spätere Landgraf Wilhelm VIII. daheim die Verwaltung führte; unter ihm ging endlich die Grafschaft Hanau 1736 auf Grund des Erbvertrags von 1643 an Hessen über. Hessen-Darmstadt arbeitete sich unter Georg II. (1626—60) und Ludwig VII. (1662—78) nur mit großer Mühe aus den Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges empor. Unter Ernst Ludwig (1678—1739) hatte das Land wieder von den Franzosen zu leiden, doch geschah unter ihm viel für das Unterrichtswesen.

Hessen-  
Kassel und  
Hessen-  
Darmstadt.

Für die Kurpfalz war die gute Zeit mit dem großen Kriege zu Ende, aber mit höchster Tatkraft baute hier Karl Ludwig (1648—1680) das Zerstörte wieder auf. Als Sohn Friedrichs V. und Elisabeths von England (geb. 1617) in der Verbannung aufgewachsen, dann in die Stürme des Krieges hereingerissen, aber sorgfältig erzogen und trotz eines Hanges zur Leichtfertigkeit im Unglück gereift, war er am 7. Dezember 1649 heimgekehrt in sein Heidelberger Schloß. So selbständig, eigenwillig und selbstbewußt er war, ihn erfüllte doch auch ein lebendiges fürstliches Pflichtbewußtsein, und seine frische, lebensfreudige Natur, die es auch liebte, nach altem deutschen Fürstenbrauche zwanglos mit seinen Pfälzern zu verkehren, fand ihr größtes Genügen in unermüdlicher, anregender, helfender, überwachender Tätigkeit. Er spannte durch Belohnungen und Beispiel zum Wiederaufbau der verwüsteten Felder und Weinberge an und zog zahlreiche Ansiedler von auswärts herzu; er machte das 1609 neugegründete Mannheim zu einer Art Musterstadt nach den Lieblingsideen des unumschränkten Fürstentums, indem er, alle sonst hergebrachten Schranken beseitigend, dieser aus Holländern, Franzosen und Juden gemischten Ge-

Kurpfalz.

meinde eine freie kollegiale Verwaltung unter einem fürstlichen Stadtdirektor verlieh und weder Hölle noch Zünfte einführte. Den Staatshaushalt begründete er wesentlich auf indirekte Steuern und steigerte so die Gesamteinnahmen mit scharfer Anspannung der Steuerkraft auf jährlich über 300 000 Gulden. Er wurde ferner der Erneuerer des pfälzischen Kirchenwesens, indem er die Kirchenordnung Friedrichs III. von 1563 wieder zur Geltung brachte und die verwaisten Pfarren besetzte; aber als ein entschiedener Gegner jedes religiösen Zwanges gewährte er, auch darin dem Großen Kurfürsten ähnlich, allen christlichen Bekenntnissen gleiches Recht. Den Lutheranern baute er die Providenzkirche in Heidelberg, den piemontesischen Waldensern gestattete er die Niederlassung in Germersheim, den Wiedertäufern in Mannheim; ja eben hier in dieser neuen Stadt errichtete er die Dreieinigkeitskirche als Simultankirche für Lutheraner, Reformierte und Katholiken. Auch an seiner Universität Heidelberg, die er am 1. November 1651 feierlich wieder eröffnete, beseitigte er die Schranken der starren Glaubenseinheit: ihre weltlichen Professoren wurden nur auf die heilige Schrift und die ältesten Bekenntnisse verpflichtet, und glänzende Namen zierten ihre Lehrstühle. Nur sein Familienleben war lange nicht glücklich. Erst als er sich 1658 von seiner ersten Gemahlin Charlotte von Hessen-Darmstadt trennte und sich zur linken Hand mit der schönen lebenswürdigen Luise von Degenfeld, die er zur „Kau-gräfin“ erheben ließ, vermählte, kehrte das Glück in seine Häuslichkeit ein. Doch was er geschaffen, war allzusehr sein persönliches Werk, geriet deshalb unter seinem Nachfolger Karl II. (1680—1685) rasch wieder in Verfall. Melancholisch, schwach und doch vergnügungssüchtig, vermählt in kinderloser Ehe mit der ungeliebten Wilhelmine Ernestine von Dänemark, zerrüttete er in verschwenderischem Hofhalt das Gleichgewicht der Finanzen. Aber auch er nahm flüchtige Hugenotten auf. Als er einem hoffnungslosen Brustleiden verfiel, schlossen am 22. Mai 1685 seine Räte mit dem katholischen Philipp Wilhelm von Neuburg, Jülich und Berg den Erbeinigungsrezeß, der diesen zur Thronfolge berief; wenige Tage später, am 26. Mai, verschied der Kurfürst. Mit ihm endete der Mannsstamm des Hauses Simmern.

Nach der barbarischen Verwüstung im dritten Raubkriege kehrte mit dem äußeren Frieden der innere nicht zurück, vielmehr folgte eine kirchliche Zwangspolitik schlimmerer Art. Philipp Wilhelms Nachfolger Johann Wilhelm (1690—1716) setzte nach und nach durch, daß 240 evangelische Kirchen den Katholiken zur Mitbenützung eingeräumt wurden, zwang die Protestanten, die katholischen Feiertage zu beobachten und den Prozessionen ihre Achtung zu bezeugen. Erst 1705 nötigten ihn die evangelischen Mächte, den Gewalttätigkeiten ein Ende zu machen, worauf er verstimmt seine Residenz nach dem katholischen Herzogtum Berg verlegte und Düsseldorf in eine prächtige Hauptstadt umschuf. Sein Bruder Karl Philipp (1716—1742) lenkte bald in die Bahnen seines Vorgängers ein, schaffte sogar den Heidelberger Katedrismus ab und übergab die Heiligengeistkirche in Heidelberg den Katholiken. Erst das abermalige Einschreiten der evangelischen Mächte 1720 erzwang die Zurücknahme dieser Maßregeln, er aber vertauschte darauf Heidelberg mit Mannheim, das er in regelmäßig-prächtiger Weise fast ganz neu aufbaute.

Württemberg.  
berg.

Württembergs Unglück war, was es als seinen größten Vorzug pries, seine

ständische Verfassung (s. I. S. 539). Denn diese Theilung der Gewalten hielt jede Entfaltung der politischen Kräfte nieder, ließ im Volke keine Spur staatlicher Gefinnung aufkommen und drängte eben die kräftigsten und begabtesten Söhne des Herzogshauses dazu, ihre Befriedigung im höfischen Glanze zu suchen. Auf den Gang der deutschen Dinge hat das Land nicht den geringsten Einfluß geübt. Es hatte unter der langen Regierung Eberhards III. (1628—1674) den Jammer des dreißigjährigen Krieges gekostet, um unter seinem zweiten Nachfolger Eberhard Ludwig (1677—1733), der erst 1693 für volljährig erklärt wurde, der französischen Verwüstung anheimzufallen und dann unter dem Willkürregiment seines tapfern, aber auch verschwenderischen und sinnlichen Herzogs zu seufzen. Nicht nur schuf dieser unter stetem Widerspruch seiner Stände ein übermäßig starkes Heer, sondern er ahmte Ludwig XIV. auch in seiner prunkvollen, sittenlosen Hofhaltung nach, für die er seit 1709 das württembergische Versailles, Ludwigsburg, erbaute, und überließ sich und sein Land gänzlich der Herrschaft und schamlosen Ausbeutung eines gefallsüchtigen gewissenlosen Weibes, der Wilhelmine von Grävenitz, der Scheinfrau des Landhofmeisters von Würben. Was Gutes im Lande geschah, wie die Aufnahme der flüchtigen Hugenotten und Waldenser (1698), die zuerst die Ausschließlichkeit der lutherischen Landeskirche durchbrachen, war nicht des Herzogs Verdienst, sowenig wie der Unfall der Grafschaft Mömpelgard 1725. Noch größere Leiden brachte der kriegerische und stolze Karl Alexander (1733—1737) über das Land. In Österreich zum Katholizismus übergetreten, begünstigte er jesuitische Bekehrungsversuche und bevorzugte überall seine Glaubensgenossen; dazu geriet er bei seinem verschwenderischen, lasterhaften Leben ganz in die Hände des Juden Süß Oppenheimer, der ihm durch die ungesetzlichsten Mittel, wie Verkauf von Ämtern und Monopolen, Münzverschlechterung und dergl. mehr die Mittel zu schaffen wußte, um seinen Leidenschaften zu fröhnen, insbesondere auch der Jagd bis zur gewissenlosen Bedrückung des frohdenden Landvolks. Der jähe Tod des tyrannischen Fürsten am 12. März 1737 brachte den Juden an den Galgen und eröffnete dem geplagten Lande die Aussicht auf bessere Zeit.

Auch der größte der süddeutschen Staaten, Bayern, ist in dem mächtigen An-  
 lauf, den es unter Maximilian dem Katholischen genommen hatte, bald ermattet. Von den rührigeren Schwaben war es getrennt durch den reißenden Eech, von den Österreichern und Tirolern durch alten und neuen Haß, vom Leben der deutsch-protestantischen Nachbarn geschieden durch die strengste Alleinherrschaft der katholischen Kirche, die jeden Protestanten vom Lande ausschloß, keinem Bayern den Aufenthalt in evangelischem Gebiete gestattete, und auch die neugewonnene Oberpfalz sich allmählich wieder unterworfen hatte; die höheren Stände wurden von den Jesuiten in ihren Kollegien und auf der Universität Ingolstadt erzogen, der Volksunterricht blieb grundsätzlich vernachlässigt. Auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse begünstigten die Abgeschlossenheit des Landes. Bayern war ohne alle bedeutende Städte, ein Land der Kirche, des Adels und abhängiger Bauern (von 29 000 Bauernhöfen gehörten 16 000 dem Adel und der Kirche, 7 000 der fürstlichen Kammer), es entbehrte also jedes lebhafteren Verkehrs. So sank es

völlig in ein selbstzufriedenes, träges Sonderdasein zurück und geriet eben deshalb allmählich in den verhängnisvollen Bund mit Frankreich. Maximilians I. Nachfolger Ferdinand Maria (1651—1679), bigott und unselbständig, daher ganz unter der Leitung seiner energischen Mutter Maria Anna von Österreich und seiner Gemahlin Adelhaid von Piemont, hatte zunächst die schwierige Aufgabe, die schrecklichen Wunden des dreißigjährigen Krieges zu heilen. Doch um 1700 lag noch ein Drittel der Felder wüst, und die weitaussehenden merkantilistischen Pläne, wie sie namentlich der unruhige, aber gedankenreiche und unternehmende J. J. Becher dem kurfürstlichen Paare unterbreitete: Begründung eines „Kaufhauses“ in München, einer bayrischen Kolonie in Nord- oder Südamerika, beides mit holländischer Hilfe, verrannen im Sande. Dagegen geschah manches, um das Land wehrhaft zu machen; Ingolstadt und Braunau wurden verstärkt, die „Landfahnen“ der Miliz reorganisiert. Aber ein Versuch, die beiden Hauptteile des Landes zu einem monarchischen Einheitsstaate zu verschmelzen, wurde nicht gemacht; die Regierung begnügte sich, die Mitwirkung der Stände einzuschränken oder ganz zu beseitigen, verweigerte deshalb die erbetene Herstellung der landständischen Verfassung in der Oberpfalz 1655 und verhandelte über Steuerforderungen in Alt-Bayern seit 1669 nur noch mit einem kleinen Ausschuss der Stände, den „Verordneten“. Die Verwaltung ging in den hergebrachten Formen weiter. Einige fürstliche Rentämter standen über Land- und Pflegegerichten; die Ortsverwaltung lag, soweit sie nicht der Kammer zufiel, in den Händen des Adels, der Klöster und der Stadträte. Um eifrigsten sorgte Ferdinand Maria für die Gründung neuer Klöster und die Wiederherstellung der 1556 säkularisierten Klöster in der Oberpfalz; sonst fand er seine Befriedigung in prächtigen Schloßbauten, wie Nymphenburg.

Sein Sohn Max Emanuel (1679—1726) ging fast ganz auf in kriegerischer Tätigkeit und auswärtiger Politik. Sein Anschluß an Frankreich im spanischen Erbfolgekriege brachte unsägliches Ungemach über Bayern; trotzdem empfahl er dem Kurprinzen Karl Albert noch kurz vor seinem Tode ausdrücklich, an diesem Bündnis festzuhalten, denn nur so schienen die Wittelsbacher sich vor Österreich schützen und ihre eigenen ehrgeizigen Pläne ausführen zu können, die Gewinnung der habsburgischen Erbschaft. Daher vermählte der Kurfürst den Sohn im September 1722 mit Maria Anna, der jüngeren Tochter Kaiser Josephs I., obwohl er diese Ehre mit der Anerkennung der pragmatischen Sanktion erkaufen mußte; daher legte Karl Albert (1726—1745) wieder Verwahrung ein, als das Reich 1731 dieses Gesetz gewährleistete. Aber die Kräfte Bayerns entsprachen so hochfliegenderm Ehrgeiz mit nichts. Die Finanzen waren völlig zerrüttet, die Schuldenlast auf 50 Millionen Gulden angeschwollen, die Steuern aufs äußerste angespannt, die Verwaltung verlottert, das Heer verfallen, nur 20 000 Mann stark und wesentlich auf französische Hilfsgelder angewiesen.

Österreich.

In Österreich machte auch unter Joseph I. und Karl VI. die monarchische Zentralisation keine erheblichen Fortschritte. Nur die Armee, seit 1729 nach und nach uniformiert, unter Leopold I. im Kriege 100 000, unter Joseph I. 130 000 Mann stark, erwuchs mehr und mehr zu einem gesamtösterreichischen Organismus, und



Wien, an dem Schnittpunkte der kürzesten Verbindungslinien zwischen allen Kronländern gelegen, erwuchs jetzt zur glänzenden Hauptstadt dieses Völkerreichs. Aber die Finanzverwaltung blieb schlaff; kamen doch um 1700 von 14 Millionen Gulden nur etwa 4 Millionen wirklich in die Zentralkassen. Für die Volkswirtschaft von dauernder Bedeutung wurden die Ansiedlungen auch deutscher Bauern im Banat, in Syrmien und Slavonien, der Bau von Kunststraßen, die Verstaatlichung der Post (1720), die Erhebung von Triest und Fiume zu Freihäfen (18. März 1719), die zuerst das allhergebrachte Recht des sinkenden Venedig zum Alleinhandel auf der Adria durchbrachen und für Österreich den Zugang zu den levantinischen Gewässern eröffneten. Eine kleine Kriegsflotte, die 1754 schon drei Linienfahrzeuge und neun andere Fahrzeuge zählte, sollte den aufstrebenden Handel schützen. Noch kühner geplant war die Ostindische Kompanie, die am 27. Mai 1719 patentiert und mit dem Rechte zum Alleinhandel auf der Donau und zur Anlage von Fabriken ausgestattet wurde. Sie nahm ihren Sitz in Ostende und traf Anstalten, sich in Ostindien festzusetzen, doch das einheimische Kapital unterstützte sie zu wenig, ihre gewerblichen Unternehmungen arbeiteten mit Verlust, und schließlich zwang die englisch-holländische Eifersucht (1731) den Kaiser, in ihre Auflösung zu willigen (s. S. 71).

In diese moderne Staatenwelt ragten nun auch nach dem westfälischen Frieden noch ansehnliche Reste der mittelalterlichen Staatsordnung herein, die geistlichen Fürstentümer, die Gebiete des Reichsadels, der Grafen und Ritter, endlich die Reichsstädte, zusammen immerhin ein großer Teil des Reichs, seine ältesten Kulturlande. Die 4 Erzbischöfe, die 28 Bischöfe und die 7 Reichsäbte beherrschten noch fast das ganze Rheinland sowie ansehnliche Bodenflächen im Südosten. Der Idee nach Güter der römischen Weltkirche und zu ihren Zwecken bestimmt, waren diese Wahlfürstentümer tatsächlich doch nur noch Versorgungsanstalten für die jüngeren Söhne reichsfürstlicher oder sonst reichsunmittelbarer Geschlechter, und oft vereinigten solche Herren mehrere Bistümer oder die Domherrenstellen verschiedener Stifter in einer Hand. So blieb der Zusammenhang zwischen der herrschenden geistlichen Kaste und dem Lande überall sehr locker, und die Macht der geistlichen Fürsten selbst wurde immer durch ihre Kapitel, hier und da (wie in Trier und Osnabrück) auch durch Landstände sehr eingeschränkt. Durch das alles wurde die Möglichkeit einschneidender moderner Reformen aufs äußerste erschwert, so daß solche über Anläufe nicht sehr hinaus kamen. Die Verwaltung war überall lässig und wohlwollend; unter dem „Krummstab“ ist gut wohnen hieß es auch damals nicht mit Unrecht.

Die Reichsgrafen zerfielen in vier „Bänke“ und hatten in diesen Abteilungen Anteil am Reichstage; die Reichsritter gliederten sich in drei Kreise, diese in Kantone, entbehrten aber der Reichsstandschaft. Die gräflichen Gebiete waren oft nicht unansehnlich, und ihre Verwaltung genügte nicht selten den Ansprüchen der Zeit, die ritterschaftlichen waren dafür viel zu klein, unterbrachen außerdem den territorialen Zusammenhang der größeren Staaten in der lästigsten Weise und hatten oft einen in der Enge der Verhältnisse doppelt empfindlichen Despotismus ihrer Herren zu ertragen. Von den 51 Reichsstädten waren die meisten unbedeutende Ackerstädte, die von einer kleinen Anzahl von Familien im Interesse der Vetternschaften nach

Die  
geistlichen  
Fürsten.

Reichsadels  
und Reichs-  
städte.

hergebrachter Weise regiert wurden. Bedeutend waren nur Köln, Bremen, Hamburg und Lübeck im Norden, Frankfurt a. M., Ulm, Augsburg, Regensburg, Nürnberg im Süden, aber auch sie wurden durchaus aristokratisch nach altem Herkommen regiert. Neben Eigennutz, Rechthaberei und Schwerfälligkeit gab es im einzelnen überall viel persönliche Tüchtigkeit, und die besten Elemente des Reichsadels bewährten sich in kaiserlichem Dienst. Aber eine wirkliche Staatsgesinnung konnte sich in diesen kleinen zersplitterten Territorien nicht bilden, und die erste Aufgabe des Staates, wehrfähig zu sein, erfüllten sie alle nicht und das an der schwer gefährdeten Westgrenze.

Stellung  
des  
Kaisertums.

Was diese verlebten politischen Gebilde erhielt, das war also nicht ihre innere Kraft, sondern ihre Stellung zum Kaisertum. Denn das tatsächlich erblich gewordene Kaisertum der Habsburger beruhte allerdings vor allem auf der weiten Ausdehnung seiner Erbländer von der mittleren Oder bis zum adriatischen Meere, von der unteren Donau bis an den Oberrhein und bis zur Schelde, aber es fand auch in den ihm im Reiche noch verbliebenen Rechten der Standeserhöhung, der Erteilung von Privilegien, der Oberlehnsherrschaft, der Leitung des Reichstags u. a. m. brauchbare und wirksame Handhaben, um sich zur Geltung zu bringen, und in den geistlichen Fürstentümern und dem Reichsadel hatte es wertvolle Stützen. In derselben Richtung wirkten die alten Überlieferungen, obwohl die Habsburger halb außerhalb Deutschlands standen, also eine rein deutsche Politik gar nicht treiben konnten und im Innern eine streng katholische, dem Protestantismus feindselige Richtung verfolgten. Daß die Habsburger damals ihre Reichspflichten vernachlässigt hätten, kann man trotzdem nicht sagen.

Die Stände.

Welchen Einfluß übte nun diese Politik und Staatswirtschaft auf die Kultur? Zunächst hat sie die alte gesellschaftliche Gliederung in streng gesonderte Stände eher verschärft als beseitigt. Der kleine Adel war durch den Krieg hart mitgenommen, meist tief verschuldet und bei der Verödung des platten Landes erholte er sich sehr langsam. Viele sanken deshalb zu schmarotzenden „Krippenreitern“ herab, die meisten gewöhnten sich den Hof-, Staats- und Heeresdienst der Fürsten zu suchen und wirkten somit vielfach an dem Aufbau der neuen staatlichen Ordnung mit. Doch suchten sie dabei fast überall nur ihren persönlichen Vorteil oder den ihres Standes; ein wirklich monarchischer Adel bildete sich nur in Preußen. Der Bürgerstand verhielt sich gegenüber dem neuen fürstlichen Staate mißtrauisch und ablehnend. Denn so unfähig er sich mit wenigen Ausnahmen erwies, aus sich heraus Neues zu schaffen, so sehr er unter verrotteten Ordnungen, in pedantisch geregeltem, eiförmigem Dasein dahinlebte, ohne Unternehmungsgeist, ohne das alte stolze Selbstbewußtsein, so sehr er also der fürstlichen Staatswirtschaft für die Hebung des Erwerbes verpflichtet war, sie durchbrach doch eben da, wo sie sich am tatkräftigsten regte, wie in Preußen, gewaltsam die gewöhnten Formen des städtischen Lebens und der städtischen Selbstverwaltung, erschien daher als eine fremde, halb feindliche Macht. Das hielt freilich ehrgeizige und wohlhabende Leute des Bürgerstandes nicht ab, sich vom Kaiser einen „Adelsbrief“ zu kaufen, um so in die Reihen des bevorrechteten Standes einzutreten. Noch geringer waren die Beziehungen des Bauernstandes zum fürstlichen Staat; der größte Teil des Volkes, sieben Zehntel, trug fast

überall nur die Lasten des Zustandes, insbesondere eine unverhältnismäßige Steuerlast. Nur etwa ein Fünftel des Landvolkes lebte in freieren Verhältnissen. Auf dem linken Rheinufer von Cleve bis zur Mosel, in Berg, in der Grafschaft Mark, in den Abteien Essen und Werden waren die Bauern nicht hörig, sondern freie Grundeigentümer oder freie Pächter, auch im Magdeburgischen und Halberstädtischen meist persönlich frei, was ebenso von den Kolonisten östlich der Elbe gilt, in den Nordseemarschen, teilweise auch in Tirol und Ober-Österreich freie Grundbesitzer. Doch weitaus die Mehrzahl verharrte in Gutsuntertänigkeit oder, wie in Mecklenburg und Böhmen, geradezu in Leibeigenschaft und war dann nur durch den Grundherrn mit dem Staate verbunden. Erst die preussische Kantonspflicht nahm sie unmittelbar für den Staat in Anspruch, und nur die Monarchie konnte ihnen kräftigeren Schutz gegen gutherrliche Willkür bringen.

Blieb somit die strenge Scheidung der Stände bestehen, so machte doch die wirtschaftliche Entwicklung unleugbare Fortschritte. Freilich war und blieb die Übermacht des Auslandes äußerst drückend. Erst 1720 kam der Unterlauf der Oder, der Elbe und der Weser wieder in deutsche Hände; aber die Rheinmündungen und damit die Herrschaft über den verkümmerten Rheinhandel, auf der anderen Seite das Übergewicht im Ostseehandel verblieb den Holländern, die als die einzigen oder wichtigsten Käufer deutscher Roherzeugnisse und Lieferanten überseeischer Waren geradezu eine Monopolstellung behaupteten, so daß von 1600 bis gegen 1750 Deutschland auch vom holländischen Geldmarke ganz abhängig war. Eine ähnliche Stellung nahm Frankreich für Modewaren und Kunstprodukte, England für Gewerbeerzeugnisse ein, während Dänemark mit seinen Fjorden am Sund und an der unteren Elbe dem deutschen Handel die Lebensadern unterband. Und bis tief ins Binnenland, bis in jedes Dorf schwärmten fremde, besonders italienische Hausierer. Dazu war der heimische Gewerbesleiß so herabgekommen und durch die Mißbräuche des Kunstwesens so gebunden, daß er nicht entfernt auch nur den eigenen Bedarf zu decken vermochte; fast nur Rohprodukte hatte Deutschland zunächst in Tausch für fremde Waren zu geben, überall mangelten Kapital und Menschenkraft. Die Arbeitslöhne standen daher viel höher als vor dem Kriege, und die Landwirtschaft mußte sich deshalb noch lange darauf beschränken, die leeren Räume zu besiedeln und zu bebauen; an Fortschritte des Betriebes konnte sie nur wenig denken, und wo solche vereinzelt auftraten, da brachten sie fremde Einwanderer, wie z. B. Franzosen und Holländer, die den Tabaks- und Kartoffelbau in die Pfalz einführten.

Erst hieraus wird ersichtlich, wie schlechterdings notwendig bei der völligen Ohnmacht der Reichsordnungen der harte fürstliche Merkantilismus war. Wo seine Staatswirtschaft kräftig einsetzte, oder wo sich noch eine zielbewußte Stadtpolitik entfalten konnte, da besserten sich die Zustände; die Landschaften, wo weder das eine noch das andere der Fall war, blieben zurück. Daher die allmählich eintretende Überlegenheit des Ostens und Nordens gegenüber dem Süden und Westen. Denn in diesen politisch zerfahrenen Gebieten, die noch dazu schwer unter den unaufhörlichen französischen Kriegen litten, konnte eine Staatswirtschaft in größerem, also wirksamem Maße nicht zur Geltung kommen. Am schlimmsten zeigt sich das in den

Die wirtschaftliche Lage.

Fortschritte des Nordens und Ostens.

Rheinlanden, die Regierungszeit Karl Ludwigs in der Pfalz ausgenommen. Die zahllosen Zollstätten (dreißig von Straßburg bis zur holländischen Grenze) mit ihren seit dem dreißigjährigen Kriege unvernünftig erhöhten Zöllen hemmten den Rheinhandel aufs äußerste; für die Ausfuhr nach Holland kam fast nur das Holz des Schwarzwaldes in Betracht; erst die neuen fürstlichen Städte, wie Mannheim, Hanau, Neuwied, entwickelten eine regere Gewerbtätigkeit, und Frankfurt a. M. behauptete sich als großer Messplatz kraft seiner Stadtwirtschaft. Weiter abwärts entfaltete die alte Leinen- und Eisenindustrie in Cleve-Mark große Rührigkeit.

Im Osten steigerte Sachsen seine industrielle Bedeutung. Zu dem alten Gewerbefleiß des Erzgebirges in Tuch, Leinwand und Spitzenklöppelei fügten böhmische Erulanten, die 1654 auch Johanngeorgenstadt anlegten, seit etwa 1670 die Fabrikation musikalischer Instrumente; der prunkende Hof gab Anstoß zu reger kunstgewerblicher Tätigkeit, gründete 1710 die erste Porzellanfabrik in der schmählich verunstalteten Albrechtsburg zu Meissen; in der sächsischen Oberlausitz, wo sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts die Leinweberei auch auf das platte Land verbreitet hatte, entstand nach dem Kriege eine blühende Industrie, die ursprünglich ihren Absatz besonders nach Nürnberg und Italien fand, seit der Zerstörung der französischen Leinweberei durch die Austreibung der Hugenotten ihren Hauptmarkt in England hatte. In ähnlichen Bahnen bewegten sich das Leinengewerbe und der Handel Schlesiens; doch litten sie schwer unter den Nachwirkungen des langen Glaubensdruckes, der Ablenkung des russischen Verkehrs nach den Ostseehäfen seit Peter dem Großen und dem Aufblühen der französischen Industrie, das den Schlesiern den spanischen Markt kostete. Erst gegen 1740 hob sich die Tuchmacherei wieder. Leipzig vermochte diesen gesteigerten Verkehr trotz aller Straßenmandate nicht mehr in der alten Weise an sich zu ziehen, denn es konnte das Aufkommen neuer Handelswege durch die Marken und das Erzgebirge nicht mehr hindern, so wenig wie das Aufblühen der Schifffahrt auf der Saale und auf der oberen Elbe von Pirna und Dresden aus; aber es zog doch infolge günstiger Handelsverträge einen Teil des polnischen Verkehrs von Breslau ab und wurde seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts allmählich der Hauptsitz des deutschen Buchhandels, weil die kursächsische Zensur milder war als die kaiserliche in Frankfurt a. M.

Nicht minder gelang es der energischen Staatswirtschaft Preußens, Gewerbe und Verkehr der Mittelprovinzen zu entwickeln. Der einheimische Gewerbefleiß vermochte jetzt den gesamten Heeresbedarf zu decken, ja eine „russische Kompagnie“ in Berlin (1725) übernahm die Tuchlieferungen selbst für die russische Armee. Die Ausfuhr an Getreide sank mit der steigenden Dichtigkeit der Bevölkerung, aber im Inlande wuchs der Umsatz, so daß Magdeburg 1740 wieder eine ansehnliche Schifffahrt besaß und 16000 Einwohner zählte. Auch Stettin erlebte nach schwerer Übergangszeit neuen Aufschwung, stieg von 6000 Einwohnern (1713) auf 12000 Einwohner (1740), besonders durch eine rührige französische Kolonie und die starke Garnison; selbst das verarmte Frankfurt a. O. hob sich unter der sicheren königlichen Verwaltung. Doch am schnellsten, schneller als jede andere deutsche Stadt, entwickelte sich Berlin. Es zog einen guten Teil des Verkehrs zwischen Hamburg,



der Lausitz, Schlesien und Polen an sich, der früher über Leipzig gegangen war; vergrößert durch die Dorotheenstadt, den Werder und die Friedrichsstadt, die erst 1709 mit der alten Doppelstadt Berlin-Kölln zu einer Gemeinde vereinigt wurden, zählte es i. J. 1700 28000 Einwohner, 1709 50000, 1740 ohne die Besatzung schon 80000 Einwohner.

Doch je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Nordostens entwickelten, desto rascher stieg Hamburg, Bremen und Lübeck weit überflügelnd, zur Herrin des norddeutschen See- und Binnenhandels empor, dank einer durch und durch selbstsüchtigen, gegen die nationalen Interessen völlig gleichgültigen, aber klugen und weitblickenden Stadtpolitik, die den Kleinverkehr mit dem Großhandel verband, sich von den Wirren des dreißigjährigen Krieges, sogar von den Reichskriegen gegen Frankreich fern zu halten wußte, mit brandenburgischer Hilfe auch die Unterwerfungsgelüste Dänemarks abwehrte, und so unabhängig stand, daß sie sich jeden Augenblick auf das Ausland stützen konnte. Langwierige innere Zwistigkeiten wurden durch die Verfassungsrezesse von 1710 und 1712 beendet, mächtige Festungswerke umgaben seit 1615-20 die Stadt, die zu Anfang des 18. Jahrhunderts noch erweitert wurden; fremde Einwanderer, namentlich portugiesische Juden, begründeten den Großhandel mit Süd- und Westeuropa; treffliche Handelseinrichtungen wie die Begründung der Bank 1619 und der Admiralität 1623, die Ordnung des Kossen- und Betonungswesens erleichterten den Verkehr; ein kaiserliches Privileg von 1628 gab der Stadt die Herrschaft über die Unterelbe bis zur Mündung, und der Friede von Brömsebro 1644 beseitigte den dänischen Zoll in Glückstadt; Handelsverträge mit Holland in Gemeinschaft mit Bremen und Lübeck 1648, mit Spanien und Portugal 1647/48, mit Frankreich 1655 und 1716, mit England 1661/63, das Hamburg sogar von der Navigationsakte befreite, bahnten den Hamburgern nach allen Seiten hin die Wege. Obwohl die Konkurrenz Altonas (1664 zur Stadt erhoben) und die Bemühungen Magdeburgs, den Hamburger Stapel über Harburg zu umgehen, sich immerhin fühlbar machten, so war doch schon um 1650 aus der bescheidenen Braustadt eine blühende Handels- und Fabrikstadt geworden, und 1669 nennt sie ein kundiger Italiener schon die erste Handelsstadt Deutschlands. Sie nahm damals jährlich etwa 900000 Gulden ein. Zwar ihren Handel in Holland hatten die dortigen hohen Zölle vernichtet, aber ihre Kaufleute hatten jetzt ihre Kontore in Lissabon und Oporto, in Cadix, Malaga und Livorno, sie behaupteten mit ihren Nachbarstädten noch den Londoner Stahlhof, beschäftigten schon 1669 im Walfischfang 37, später gegen 50 Schiffe, hatten um 1700 allein ungefähr halb soviel Anteil daran, wie ganz Holland. Dabei wußten sie ihre Kauffahrer, die noch in Flotten vereinigt ihre regelmäßige Fahrten machten, mit gutgerüsteten Kriegsschiffen kräftig zu schützen. Die Hanse war völlig aufgelöst, bei der letzten Tagesfahrt i. J. 1669 erschienen nur noch die Abgeordneten von sechs Städten. und ihr ehrwürdiger Name bezeichnete seitdem nur noch Hamburg, Lübeck und Bremen, aber Hamburg allein bedeutete mehr als alle anderen deutschen Seestädte zusammengenommen und hat der Nation einen bescheidenen Anteil am Großhandel gesichert, wenngleich noch nicht am Welthandel. Nur Danzig konnte sich einigermaßen mit ihm messen, obwohl es infolge der nordischen Kriegswirren sichlich zurückging.

Be-  
völkerungs-  
zunahme.

Sonst vermehrte sich in vielen Teilen Deutschlands mit dem Wohlstande auch die Bevölkerung, am raschesten in Preußen infolge der planmäßigen Kolonisation. Um 1670/80 stand es noch weit hinter anderen deutschen Gebieten zurück, zählte auf der Quadratmeile in Ost-Preußen 600, in der Neumark 505, in der Kurmark 656, in Pommern 420, dagegen im Magdeburgischen 1696 Einwohner, im ganzen Staate durchschnittlich 919 Einwohner, während damals in Hannover 1367, in Schleswig-Holstein 1225, im industriellen Sachsen 2017, in Württemberg 2272, aber auch in Böhmen 1590 Menschen auf der Quadratmeile wohnten. Aber bis 1740 wanderten in die ostelbischen Provinzen, die geworbenen Soldaten noch abgerechnet, mindestens 150000 Menschen ein, die mit ihrer Nachkommenschaft über 500000 Köpfe, also fast den dritten Teil der gesamten Bevölkerung ausmachten. Stieg doch z. B. die Kurmark von 283000 Einwohnern 1701 auf 476000 Einwohner i. J. 1740, die ganze Staatsbevölkerung aber von 1,65 Millionen 1715 auf 2,24 Millionen 1740, also auf 1024 Menschen für 1 Quadratmeile, wobei dem Gebiete nur ein Teil Vorpommerns zuwuchs. Österreich zählte damals 12—15 Millionen. Andere Länder im Westen verloren freilich, wie namentlich die unglückliche Pfalz.

Aus-  
wanderung.

Wenn neben diesem wenigstens durchschnittlich zu beobachtenden Bevölkerungszuwachs eine starke Auswanderung stand, so war das zum allergrößten Teile ein Zeichen schwerer wirtschaftlicher oder kirchlicher Notstände, keineswegs eines Menschenüberflusses. Pfälzer und andere Rheinländer zogen in Scharen nicht nur nach Preußen, sie begannen auch die große deutsche Wanderung nach Nordamerika. Nachdem einzelne Deutsche schon in den Jahren 1657/64 nach Neu-Niederland (Neu-York) gegangen waren, erschienen größere Scharen auf Veranlassung des Quäkerführers William Penn 1683 in dessen Kolonie Pennsylvanien, gründeten hier als erste Niederlassung Germantown und hatten 1759 bereits eine deutsche Zeitung. In Neu-York erschienen 1708 die ersten Pfälzer, 1709 mehrere Tausend Deutsche, die sich zuerst am unteren Hudson ansiedelten, dann, dem Zwange des englischen Gouverneurs sich entziehend, unter härtester Arbeit die herrlichen Täler des Schoharie und Mohawk kolonisierten. Kleinere Ansiedlungen entstanden später in Neu-Jersey, Maine, Virginien, Nord- und Süd-Carolina, wo sich besonders Salzburger niederließen; Herrnhuter kamen 1755 nach Georgien und Neu-York als Missionare. Neben solchen Auswandererscharen stehen jene ebenfalls nach Hunderten und Tausenden zählenden deutschen Edelleute und Gewerbetreibenden, die Tatendrang, Abenteuerlust und Unzufriedenheit in den Dienst fremder Mächte, insbesondere nach Rußland, dem alten Schauplatz deutschen Unternehmungsgeistes, trieben. Männer, wie der Westfale Ostermann und der Oldenburger Münnich, sind dort in Verbindung mit baltischen Herren die Gründer des neurussischen Staates geworden. St. Petersburgs war anfangs eine halbdeutsche Stadt, eine verspätete Gründung hanfischen Unternehmungsgeistes.

Die fremde  
Bildung.

Wie der Adel überwiegend seine Tätigkeit dem Hofe und dem Staate, der Bürgerstand ausschließlich der wirtschaftlichen Arbeit widmete, so gingen sie auch in ihrer Bildung weit auseinander. Dieser versuchte der deutschen Eigenart einen Ausdruck zu verleihen, wenngleich in Anlehnung an fremde Muster, jenen beherrschte völlig

die fremde Bildung. An den protestantischen Höfen überwog die französische Bildung, die zunächst durch die Beziehungen der Reformierten zu Frankreich, später durch die Einwanderung der Hugenotten vermittelt wurde; an den katholischen drang mit der Gegenreformation die italienisch-spanische ein. Daher ergriff die französische Bildung zuerst den pfälzischen Hof unter Friedrich V.; nach dem dreißigjährigen Kriege folgten diesem Beispiele die welfischen Fürsten, zuerst der Hof von Celle seit der Vermählung Georg Wilhelms mit Eleonore d'Olbreuse i. J. 1666, später infolge der Vermählung Sophias von der Pfalz mit Ernst August von Hannover auch dieser. Von hier verpflanzte deren Tochter Sophie Charlotte die neue höfische Bildung und Sitte nach Berlin, wo die zahlreichen Hugenotten schon den Boden bereitet hatten; gleichzeitig drang sie unter Johann Georg IV. und Friedrich August I. in Dresden ein. Der Münchner Hof wurde unter dem Einflusse der Kurfürstin Adelhaid (s. S. 90) wesentlich italienisch, der Wiener unter Karl VI. spanisch. Im Zusammenhange damit suchten junge Fürsten und Edelleute ihrer Bildung durch die „Kavalierstour“ nach den Hauptstädten des romanischen Westens und Südens, besonders nach Paris und Venedig, der erlesensten Stätte üppigen Genusses in Italien, den letzten Schliff zu geben, und es entsprach lediglich diesem Übergewichte französischer Gesittung, das sich mit der alles überragenden Machtstellung Frankreichs unter Ludwig XIV. verband, wenn die französische Sprache im diplomatischen Verkehr an die Stelle der bis dahin herrschenden lateinischen trat.

So verschieden das deutsche Hofleben dieser Zeit im einzelnen gewesen sein mag, es trägt doch überall bestimmte übereinstimmende Züge. Die Fürsten sonderten sich streng von ihrem Volke; sie umgaben sich nach Ludwigs XIV. Beispiel mit einem glänzenden Hofstaat und peinlicher Etikette, sie erbauten sich prunkende Lustschlösser in französisch angelegten Parks oder wohl ganz neue Residenzstädte, wie Mannheim, Ludwigsburg, Karlsruhe (seit 1715); sie verwandelten das ganze Leben in ein ununterbrochenes Fest, verschwendeten ungeheure Summen in Opern und Balletts, in Maskeraden („Wirtschaften“), Ringelreiten und Jagden, in Wasser- und Schlittensfahrten, und hielten sich „Maitressen“. Gewiß vollzog sich somit ein Fortschritt von der alten Roheit zu feinerer Gesittung, aber er verband sich nur zu häufig mit sultanischer Willkür und sittlicher Fäulnis, die namentlich den Adel vergiftete. Niemals hatte die Empfindung fürstlicher Würde höher, das Bewußtsein fürstlicher Pflicht tiefer gestanden. Da war es sehr bedeutsam, daß der preussische Hof und der preussische Adel unter Friedrich Wilhelm I. sich diesem Treiben durchaus verschlossen.

Von diesem Leben der Höfe war nun auch die bildende Kunst fast gänzlich abhängig. Sie hatte daher wenig Zusammenhang mit dem Volksleben und mit den Überlieferungen des heimischen Handwerks, wurde vielmehr ganz und gar von örtlichen Verhältnissen und persönlichem Geschmack bestimmt, oft auch von Fremden und ganz überwiegend nach fremden Mustern geübt. Außer den Fürsten und dem Adel baute fast nur noch die katholische Kirche, ihre wiederhergestellte Macht zu stolzem Ausdruck bringend. Zunächst überwogen die großartigen, prunkvollen Formen des italienisch-französischen Barockstils. Denn es galt weite, hohe, mit Marmorstuck und

Vergoldung prächtig geschmückte Räume für die Bedürfnisse einer großen Hofhaltung oder für die Entfaltung kirchlichen Pompes herzustellen. Später, als die Rücksicht auf das Bequeme, Behagliche, Elegante überwog, als die Aufgabe war, anheimelnde Wohnräume und lauschige Boudoirs zu schaffen, trat das Rokoko auf, das keine grade Linie duldet, sondern sie durch die gewundene und gebrochene ersetzt, das jede leere Fläche mit phantastisch üppigem Stierwerk überzieht, das die baulichen Formen nach rein malerischen Rücksichten oft überraschend und willkürlich in neue Verbindungen bringt. Die Bildnerei hatte vor allem die Aufgabe, in mehr malerisch als plastisch gedachten Gestalten und Gruppen Gegenstände aus der antiken Mythologie oder auch aus der Heiligengeschichte zum Schmucke dieser Bauten herzustellen oder bedeutende Persönlichkeiten in Bildnissen zu verewigen, die das Heroische vor allem in antiker Gewandung suchten; später wurde sie namentlich in Sachsen von der zierlichen und gezierten Formgebung des Porzellans beherrscht, das alle Zimmer mit seinen bunten Schäfer- und Göttergestalten füllte. Auch die Malerei arbeitete auf den Effekt hin; doch erhielten die alte treffliche Überlieferung Adam Elsheimer aus Frankfurt a. M. und der große Kupferstecher Matthäus Merian († 1650). Schon unter niederländischem Einflusse standen Joachim von Sandrart († 1688) und Wenzel Hollar († 1677), der überwiegend in England tätig war. Die großen Kunstsammlungen, zunächst mehr das Ergebnis fürstlicher Prunkliebe als künstlerischer Bestrebungen, sind erst später für die heimische Kunst fruchtbar geworden.

Der katho-  
che Süden.

Im katholischen Südosten übertrafen kirchliche Bauwerke die Schlösser der Fürsten und des Adels beinahe an Bedeutung. Noch während des dreißigjährigen Krieges erbaute in Salzburg Santini Solari den massigen Dom nach dem Vorbilde der römischen Peterskirche (1614—1628); später schmückte Antonio Dario den Platz davor mit dem großartigen Brunnen und seinen mächtigen Seerossen (1662—1680). Um dieselbe Zeit entstand der imposante Kuppelbau des Passauer Domes, in München die prunkvolle Theatinerkirche als Grabkirche des Herrscherhauses (1661 bis 1675), in der Nähe die stolzen Schlösser von Nymphenburg und Schleißheim. In marmorprangenden Bauten zeigten besonders zu Anfang des 18. Jahrhunderts die altberühmten Klöster Österreichs, wie Admont, Melk, Göttweig und Klosterneuburg, ihren Reichtum; in Wien schufen die beiden Fischer von Erlach 1716/36 die stolze Karlskirche und manche neue Teile der Hofburg, Hildebrand das festlich heitere Gartenschloß des kunstliebenden Prinzen Eugen, das Belvedere (1693—1724).

Preußen.

Einen glänzenden Aufschwung nahm in Norddeutschland zunächst Berlin unter der Regierung Friedrichs III. (I.). Hier leitete schon seit 1673 Johann Arnold Nehring alle öffentlichen Bauten, von ihm rührt der Entwurf des großartigen Zeughauses her, das Jean de Bodt vollendete, dann die Lange Brücke. Seit 1692 aber trat das Genie des Hamburgers Andreas Schlüter, des größten Künstlers seiner Zeit (geb. 1662), beherrschend hervor. Er gestaltete das bunte Gebäudengewirr des kurfürstlichen Schlosses, an dem fast drei Jahrhunderte gearbeitet hatten, zu einem machtvollen, einheitlichen, wahrhaft königlichen Ganzen; er baute den Lieblingsitz der „philosophischen Königin“, Charlottenburg, zu dem der Franzose Le Nôtre die herrlichen Gartenanlagen schuf; er erfand die Masken der sterbenden Krieger im



Hofe des Zeughauses und das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten auf der Langen Brücke, nach Rauchs Urteil die mächtigste Reiterstatue, die seit dem Marc Aurel (auf dem Kapitol) modelliert worden ist. Unglücklich im Baue des zu verwerfen auf unsicherem Grunde aufgeführten Münzturmes erlag er dem Neide seines Nebenbuhlers Eosander des „Golen“ (Schweden) i. J. 1707 und ging 1713 nach Petersburg, wo er schon 1714 starb, doch hat er Berlin unvergänglich das architektonische Gepräge aufgedrückt.

Sad ient.

Mit seinem Sturze ging die große Zeit der Berliner Kunst trotz der 1699 gegründeten Akademie der Künste zu Ende, denn was Friedrich Wilhelm I. baute, trug das Gepräge trockener Nützlichkeit, und dank der „opulenten Somptuosität“ Friedrich Augusts I. begann Dresden die preussische Hauptstadt zu überflügeln. Die lange Reihe der Prachtbauten eröffnete dort schon Johann Georg II. mit dem barocken Palais im Großen Garten; Friedrich August aber, genussüchtig, prachtliebend und kunstverständig wie er war, wollte die kleinbürgerliche Residenz, die er vorfand, in eine glänzende Hauptstadt verwandeln. Die Verwüstung Altdresdens rechts der Elbe durch den Brand von 1685 und eine Feuersbrunst im Schlosse 1701 bot ihm Raum zu den kühnsten Entwürfen. Er gestaltete jenen Stadtteil so völlig um, daß er ihn mit Recht die „Neustadt“ nennen durfte; er erwarb dort 1707 das Gartenschloß Graf Flemmings und ließ es seit 1727 durch den genialen Daniel Pöppelmann, einen Anhänger Schlüters, mit solider Pracht umbauen zu dem „Japanischen Palais“; er schmückte den Marktplatz dort mit seinem eigenen Reiterstandbilde, das Kapitän Widemann aus Kupfer trieb, und ließ der Elbbrücke ebenfalls durch Pöppelmann die schönen Formen geben, die sie noch heute bewahrt, er legte sogar ganz neu die „Friedrichstadt“ an. Doch nirgends kommt der Geist dieses Fürsten so ganz zum Ausdruck als im weltberühmten „Zwinger“, den Pöppelmann entwarf, aber nur zum kleinsten Teile vollendete (1711/19). Denn diese langgestreckten Arkaden und hohen Pavillons mit ihrer phantastischen Ornamentik und den sprudelnden Wasserfontänen, die einen weiten Hof auf drei Seiten umgeben, sollten nur die Schranken bilden für Ringelrennen und Maskeraden; daran sollte sich dann ein großartiger Königspalast schließen, um in breiten Terrassen zur Elbe sich hinabzusetzen. Daneben entstanden zahlreiche schmuckvolle Adelspaläste und fürstliche Gartenschlösser, wie das in Groß-Sedlitz und das phantastische französisch-chinesische Pillnitz. Ebenbürtig neben diesen Palastbauten erhob sich seit 1727 in unverwüsthlicher Gediegenheit der kühne Kuppelbau der Dresdner Frauenkirche, das Werk Georg Bährs. Für die kursächsische Plastik gab das Porzellan, die Erfindung des abenteuerlichen „Goldmachers“ Joh. Friedr. Böttger (1709), den beliebtesten Stoff, selbst für Ausführungen in großem Maßstabe. Teils um Vorbilder zu haben, teils aus Prachtliebe veranstaltete Friedrich August die wundervolle Sammlung orientalischer Porzellane, mit denen er sein Japanisches Palais ausschmückte; er vereinigte die Kunstwerke der verschiedenen Kunstkammern zum Museum Augusteum, die Gemälde seiner Schlösser seit 1712 zur „Galerie“, kostbare Arbeiten des Kunstgewerbes und unschätzbaren Edelsteinschmuck im „Grünen Gewölbe“ (1721/24). Wenn seine Schmeichler von einem „Augusteischen Zeitalter“ sprachen, so hatten sie

nicht ganz Unrecht; was Dresden damals als Stätte der Kunst gewesen ist, als eine vorgeschobene Kolonie des Südens, das verdankt es in erster Linie diesem Fürsten.

Es entsprach diesem Übergewichte des fremden Einflusses an den deutschen Höfen, wenn sie auch in der geselligsten aller Künste, in der Musik, der fremden Tondichtung den Vorzug gaben, zumal der italienischen Oper. Ihre Hauptpflegestätten in Deutschland wurde Dresden schon seit Johann Georg II., Wien unter Leopold I. und seinen Söhnen, die alle drei eine fast leidenschaftliche Vorliebe für Oper und Musik bekundeten, vorübergehend auch Berlin. Doch eben in der Musik erhielt sich auch die alte heimische Überlieferung, die sonst fast überall vergessen war. Der Begründer einer deutschen Oper wurde Heinrich Schütz († 1672); dann bildete sie der Leipziger Heinrich Keiser († 1739) weiter, und das deutsche Bürgertum zeigte seine geistige Selbständigkeit, wenn es ihr in Nürnberg und Augsburg, Leipzig und Breslau, vor allem im mächtig aufstrebenden Hamburg, der musikalischen Hauptstadt Deutschlands, eine Stätte gewährte. Doch das Größte aus der Tiefe des deutschen protestantischen Gemüts heraus leistete die religiöse Musik in den Werken des schlichten Thomaskantors zu Leipzig Johann Sebastian Bach (1685—1750), des letzten großen Meisters der alten Kirchenmusik und des ersten der deutschen Instrumentalmusik. Mehr England als Deutschland gehört der große G. F. Händel an († 1759), der das Oratorium zur Vollendung brachte.

Derselbe Zwiespalt zieht sich durch die Entwicklung der deutschen Dichtung dieser Zeit. Fast nur das geistliche Lied, in dem während des Jammers der dreißig Jahre Hunderttausende evangelischer Christen ihren besten Trost gefunden hatten, behauptete den Zusammenhang mit der alten volksmäßigen Dichtung und ihren Formen; sonst waren die einheimischen Stoffe bei den Gebildeten vergessen oder verachtet, das Volk aber wurde allzusehr von der Sorge um des Lebens Notdurft in Anspruch genommen, um sie festzuhalten. Selbst die Sprache Luthers drohte durch Beimischung einer Unmasse von romanischen Wörtern und Wendungen zu einer Mischsprache zu entarten; die gutgemeinten Bestrebungen der deutschen „Sprachgesellschaften“, der „fruchtbringenden Gesellschaft“ oder des „Palmenordens“ von 1617 und der „deutschgesinnten Genossenschaft“ in Hamburg von 1643 haben praktisch wenig erreicht. So wurde die Dichtung fast ausschließlich Sache bürgerlicher Gelehrter, also eben derer, die von der heimischen Weise nichts wissen wollten, und eben deshalb eine „Poesie der Nachahmung“ fremder Muster und Formen, deren wesentliches Verdienst darin beruhte, daß sie überhaupt ein gewisses ideales Interesse erhielt. Die Dichter gehören fast alle dem protestantischen Mittel- und Norddeutschland an. Zuerst gab den Ton Martin Opitz (1597—1639) an, der Stifter der ersten schlesischen Schule. In Ronsards antikisierender, gefeilter, verstandesmäßiger Dichtung fand er sein Vorbild, in der Aufgabe, „angenehm zu belehren“, den Zweck der Poesie. Er sah daher in episch-lehrhaften Dichtungen das Höchste, in äußerlichen erlernbaren Dingen ihr Wesen. In seinem „Büchlein von der deutschen Poeterei“ 1624 hat er diese Anschauungen und zugleich die Grundsätze der neu-deutschen Verskunst für die Folgezeit festgestellt. Unmittelbarer als er, z. T. in französischen, z. T. aber auch in volksmäßigen Kunstformen brachten die Lyriker

dieser Zeit echt menschliche Empfindung zum Ausdruck, der Sachse Paul Fleming († 1640), die Königsberger Simon Dach († 1659) und Heinrich Albert († 1668), vor allem die zahllosen Dichter des evangelischen Kirchenliedes, das jetzt mehr den Gefühlen des einzelnen als der Gemeinde innigen Ausdruck gab, allen voran Paul Gerhardt († 1676). — Bald wurde das nüchtern verstandesmäßige Wesen der ersten schlesischen Schule verdrängt durch den Schwulst und die Effektthascherei der „Pegnischäfer“ und der zweiten schlesischen Schule. Sahen jene im süßlich-ländelnden „Schäferspiel“ ihr Ideal, so versuchten sich diese, wie der begabte Andreas Gryphius († 1664), der „Vater des deutschen Dramas“, vor allem in der Neugestaltung der deutschen Bühne, aber sie verwechselten das Gräßliche mit dem Tragischen und suchten unnötig ihre Stoffe in den Greueln erlauchter Geschlechter der entferntesten Gegenden und Zeiten; nur im Lustspiel zeigte Gryphius das Bestreben, an das Leben seines Volkes und der Gegenwart anzuknüpfen. Auf gesunder, realistischer Grundlage beruhte dagegen der Abenteuerroman, vor allem Christophs von Grimmelshausen „Simplicissimus“, die erschütternde Schilderung des dreißigjährigen Kriegselendes, und die „Geschichte“ Philanders von Sittewald. Dasselbe gilt von der Satire und dem Sinngedicht; jene wurde vertreten von den Niederdeutschen Balthasar Schupp und Hans Lauremberg, auf katholischer Seite von dem Augustiner Abraham a Santa Clara (Ulrich Megerle, † 1709) mit seinen „gespäßigen“ Predigten, dieses pflegte geistreich und vielseitig der patriotische Schlesier Friedrich von Logau († 1655), mystisch-religiös sein katholisch gewordener Landsmann Johann Scheffler (Angelus Silesius, † 1677). Eine volkstümlichere realistische Richtung schlug auch im Drama der Jüttauer Rektor Christian Weise († 1708) mit seinen Schulkomödien ein, und echt ist die Empfindung in der Lyrik des unglücklichen Christian Günther aus Striegau († 1723). Daneben stand eine große Schar höfischer Nachahmer Boileaus.

Dieser mehr anempfundenen Richtung gegenüber behandelte der Berner Patrizier Albrecht von Haller († 1777) in seinem Lehrgedicht „die Alpen“ zum erstenmale einen wirklich großen, selbst beobachteten Gegenstand; am entgegengesetzten Ende der deutschen Erde, im mächtig aufstrebenden Hamburg, besang der fromme Barth. Heinrich Brockes († 1747) das „Irdische Vergnügen in Gott“, der lebensfrohe Friedrich von Hagedorn († 1754) dagegen den anmutigen, schönheitsvollen Lebensgenuß nach den unvergänglichen Mustern des Anakreon und des Horaz. Zugleich arbeitete in Leipzig, der Stadt feiner Geselligkeit und dem Mittelpunkt eines ausgebreiteten Handelsverkehrs, der gravitätische, selbstbewußte Ostpreuße Joh. Christoph Gottsched († 1766) auf der einen Seite für die Regelung und Reinigung der deutschen Sprache etwa nach dem Muster der Pariser Akademie, auf der anderen an der Reform der deutschen Bühne, ebenso nach französischem Vorbilde. Freilich war er noch in den Anschauungen des Schlesiers Opitz befangen, entbehrte selbst eigentlich dichterischer Begabung und hatte für die Verwirklichung seiner Pläne nur wandernde Schauspielertruppen, wie die der verdienstvollen Karoline Neuber, zur Verfügung, aber um 1740 war er der anerkannte Gesetzgeber der deutschen Dichtung. Zahlreiche moralische Wochenschriften trugen nach englischem Muster das literarische Interesse und sittliche Belehrung in weite Kreise.

Kirche,  
Schule  
und Wissen-  
schaft.

Weit bedeutender und selbständiger als in der Dichtung entfaltete sich das Geistesleben Deutschlands in Kirche, Schule und Wissenschaft. Wohl war die Zeit der Religionskriege vorüber, aber der Gegensatz der Bekenntnisse blieb noch sehr lebendig, und die gelegentlichen Bedrängnisse der Protestanten in Österreich, Salzburg, der Pfalz, Frankreich, Piemont, die Fortschritte des Katholizismus in den protestantischen Fürstengeschlechtern, die Einsetzung eines apostolischen Vikars für Niedersachsen in Hannover fachten das evangelische Bewußtsein immer wieder an, wie auch auf katholischer Seite die Hoffnung, die Ketzer doch zu unterwerfen, keineswegs aufgegeben war. Nahm doch noch 1755 ein Gutachten der heiligen Kongregation des Kardinalskollegiums ein neues Restitutionsedikt in Aussicht. Deshalb ging der Federkrieg, besonders zwischen den zahlreichen französischen Theologen, die in Berlin Zuflucht gefunden hatten, und den Jesuiten, deren kasuistische Sittenlehre der Westfale Hermann Busenbaum († 1608) in ein abgeschlossenes Lehrgebäude gebracht hatte, fortwährend hin und her. Die wohlgemeinten Unionsversuche, die von evangelischer Seite der milde Georg Calixtus in Helmstädt († 1656), von der anderen gewandte Jesuiten und andere römische Geistliche, wie Bischof Spinola von Tina (seit 1675), betrieben, verkannten die Tiefe der Gegensätze. Nur die endliche Annahme des Gregorianischen Kalenders durch die evangelischen Reichsstände i. J. 1700 bekundete eine gewisse Annäherung.

Doch nicht in der Feindschaft der römischen Kirche lag die Gefahr für den Protestantismus. Zwischen den Lutheranern und Reformierten dauerten die gehässigsten Streitigkeiten fort, und die lutherische Kirche war nahe daran, im starren Dogmenglauben zu verknöchern, also ihre sittliche Kraft einzubüßen. Diese Richtung beherrschte fast alle Universitäten, mit Ausnahme Heidelbergs und Helmstädt, ganz besonders die sächsischen Hochschulen Jena, Leipzig und Wittenberg. Und diese lutherische Scholastik glaubte ebenso die volle Wahrheit zu besitzen, wie einst die mittelalterlich-katholische, deren große Lehrer sie geradezu als die ihren pries; sie hemmte damit jede Freiheit der Forschung, häufte in immer neuer Durcharbeitung ungeheuren Stoff in schwerfälligen Folianten an und drängte selbst die Auslegung der heiligen Schrift, die lebendige Quelle protestantischer Lehre, in den Hintergrund; ja sie hielt auch die übrigen Wissenschaften in Abhängigkeit. Die Philosophie beherrschte wieder Aristoteles, wie vor Luther, die Rechtswissenschaft sah die Quelle des Rechts ganz scholastisch in den zehn Geboten und kam praktisch über das Corpus iuris nicht hinaus außer im Strafrecht, das der Leipziger Johann Benedikt Carpzov († 1666) mit Zuziehung deutsch-rechtlicher Bestandteile mustergültig bearbeitete; doch wurde damals der große Polyhistor Hermann Conring in Helmstädt († 1681) mit seinem Werke *De origine iuris germanici* 1643 der Begründer der deutschen Rechtsgeschichte. Die Philologie beschränkte sich auf die Worterklärung lateinischer Schriftsteller, die Geschichtschreibung war immer noch in der scholastischen Vorstellung von den vier Weltreichen befangen. Nur wenige außerhalb der Universitätskreise stehende Männer wagten in selbständigerer Auffassung und deutsch zu schreiben, so auf katholischer Seite Franz Christoph von Kherenhüller in seinen *Annales Ferdinandeae* (1578—1637), auf schwedischer Philipp Bogislaw von Chemnitz in seiner Geschichte des schwedischen Krieges (1630—1648).



Ein frischerer Geist konnte in die alten Universitäten um so weniger einziehen, als jede eine Konfessionell streng geschlossene, durch Verwandtschaft der Professorenfamilien eng verbundene Körperschaft darstellte. Auch die Sitten der Studenten blieben in unveränderter oder gar noch durch den langen Krieg gesteigerter Roheit. Erst nach dem Reichstagsbeschluss von 1654 wurde der Pennalismus allmählich unterdrückt. Unter solchen Einflüssen beharrte auch das höhere Schulwesen der Protestanten auf seinem alten Stande, sah also den Hauptzweck in der lateinischen Imitation und christlicher Pietät, ließ aber die Realien und das Griechische ganz zurücktreten. Kein anderes Ziel verfolgten nach der Ratio Studiorum von 1586 in den katholischen Ländern die Jesuiten in den von ihnen geleiteten Schulen, nur daß sie besonders energisch die Erziehung im Auge hatten und diese durch strenge kirchliche Disziplin, Erweckung des Ehrgeizes und reiche Ausbildung der Schulkomödie zu fördern suchten. Aber sie erzogen oft genug fanatischer oder frömmlicher oder auch oberflächlicher Menschen. Auch die Prinzenenerziehung lag dort meist in ihren Händen. Von den älteren Ordensgenossenschaften taten sich im höheren Schulwesen nur die Benediktiner (in Salzburg, Admont, St. Blasien) hervor. Die Volksschulen aber waren entweder im Verfall oder im Kriege ganz verschwunden. Die Reformpläne des Holsteiners Johann Wolfgang Ratich (+ 1655), der zuerst die Pflege der Muttersprache und der Realien forderte, und die noch umfassenderen und tiefergreifenden des großen Mährers Amos Comenius (Komenský + 1670), der in seinem Orbis pictus von 1657 die lebendige Anschauung der Dinge zu fördern suchte und einen folgerichtigen Aufbau des gesamten Schulwesens von der Volksschule bis zur Universität hinauf unter besonderer Berücksichtigung der Muttersprache und der körperlichen Ausbildung erstrebte, trafen in ungünstige Zeit und gewannen erst allmählich einige praktische Bedeutung. Wirksamer war es, daß die neue weltmännische Bildung die aus Frankreich herüberkam, neben die alten Lateinschulen sz. Ritterakademien für den Adel setzte (die erste in Kassel schon 1617, andere in Lüneburg 1653, Brandenburg 1704 u. a. m.), deren Ziel die Erziehung zum „Weltmann“ (homo politus d. i. politicus, galant homme) war, die deshalb auch die Fertigkeit in der Muttersprache (die deutsche Oratorie) und die Realien pflegten. Nach diesem Vorbilde gestalteten auch die Rektoren einzelner Lateinschulen, wie Chr. Weise in Jittau, den Unterricht um.

Die Erlösung von Dogmatismus und Scholastik brachten aber erst der Pietismus, das Naturrecht und die Philosophie. Der Pietismus nahm die Religion wieder als eine Sache des Gemüts in Anspruch und führte damit das Luthertum zu seinem vergessenen Ursprunge zurück. Er ging zwar nicht von Preußen aus, vielmehr stammten seine Hauptvertreter aus anderen Landschaften, besonders aus dem hart-lutherischen Sachsen, aber sie fanden ihren Wirkungskreis überwiegend in Preußen, zumal an der jungen Universität Halle. Denn die ganze Kirchenpolitik der Hohenzollern drängte auf die Milderung des Gegensatzes der Bekenntnisse, und das politisch-wirtschaftliche Emporstreben des Staates im Widerspruch mit der alten Ständeherrschaft und Reichsordnung beruhte auf einem Beamtentume, dem diese Zustände nicht als unantastbar galten. Niemals hatte es im Luthertume ganz an

Der  
Pietismus.

Männern gefehlt, die der religiösen Empfindung ihr Recht gewahrt wissen wollten, wie Johann Arndt († 1621) und der phantastisch-tieffinnige Mystiker Jakob Böhme in Görlitz († 1624). Jetzt erwuchs in dem edlen Elsässer Jakob Philipp Spener (1655—1705) der Begründer des Pietismus, in seinem jüngeren Genossen August Hermann Francke aus Lübeck (1663—1727) der größte Meister werktätiger evangelischer Liebe. In Hausandachten (*Collegia pietatis*) vereinigte Spener gläubige Seelen zum Lesen der Bibel, Gebet und gottseligem Gespräch, und das Wesen des Christentums sah er in der Liebe, die in Werken der Frömmigkeit (*praxis pietatis*) sich äußern müsse, die Aufgabe der Geistlichen in der Erbauung, der Seelsorge. Mit Francke fand er zunächst seinen Wirkungskreis in Sachsen, aber der Haß seiner lutherischen Gegner trieb Francke 1690 von Leipzig nach Erfurt, Spener 1691 von Dresden nach Berlin; von hier aus veranlaßte er 1692 Frankes Berufung nach Halle. Von den kleinsten Anfängen beginnend, aber ausgerüstet mit einer unendlichen Kraft der Liebe und des Gottvertrauens, verständnisvoll gefördert von Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I., begründete er hier jene gewaltigen „frankeschen Stiftungen“, die allmählich Armenschule, Waisenhaus, Lateinschule, Lehrerseminar und Missionsanstalt vereinigten und schon bei seinem Tode 1727 gegen 2000 Höglinge mit 167 Lehrern und Lehrerinnen zählten. Tausende von Lehrern trugen die pädagogischen Grundsätze des Pietismus (enge Verbindung der Erziehung und des Unterrichts, Pflege der Muttersprache und der Realien, sorgfältige Verteilung des Stoffes) von Halle aus durch alle deutsch-evangelischen Lande; mit ihrer Hilfe gründete Friedrich Wilhelm I. seine Tausende von Volksschulen und zahlreiche Waisenhäuser. Der verschüchterte Bürger- und Bauernstand aber fand Trost und Erquickung in den „erwecklichen“ Versammlungen der Pietisten, der ernstere Teil des Adels schloß sich an; eine tiefe, wohl auch schwärmerische Religiosität und weiche Gefühlseligkeit, mit einer gewissen Ausschließlichkeit nicht „erweckten“ Christen gegenüber gepaart, wurde das Merkmal weiter Kreise.

Die  
Herrnhuter.

Vom Pietismus und den alten, ihm innerlich verwandten Gemeinden der böhmisch-mährischen Brüder (s. I. S. 631) ging die stille, aber weithin wirkende Genossenschaft der Herrnhuter aus. Ein junger sächsischer Edelmann, Ludwig von Zinzendorf (1700—1760), ein Anhänger Frankes, siedelte i. J. 1722 auf seinem oberlausitzer Gute Berthelsdorf eine Anzahl mährischer Brüder an, begründete damit den Flecken Herrnhut und ließ sich 1737 in Berlin selbst zum Bischof der Brüder weihen. Andere Niederlassungen entstanden bald in Dresden, Niesky, Gnadau (bei Magdeburg), Neusalz an der Oder, bis 1748 das sächsische Konsistorium die Herrnhuter als Augsburgerische Konfessionsverwandte anerkannte. Die Gemeinden, von der „Konferenz“ der Diakonen, Ältesten und Bischöfe geleitet, stehen unter der „Brüderunität“ in Berthelsdorf, die alle 4 bis 12 Jahre eine Synode beruft, zerfallen nach Alter, Geschlecht und ehelichem Stande in „Chöre“, kennen nur schmucklose Bethäuser und halten am altchristlichen „Liebesmahl“ fest. Als Erzieher und Missionare entfalteten die Brüder (seit 1732) eine ausgebreitete Tätigkeit in allen Weltteilen und benützten zugleich diese Verbindungen zur Anknüpfung gewinnreicher Handelsbeziehungen, in Redlichkeit und Unternehmungsgeist anderen ein Vorbild.

Gleichzeitig erwarben sich drei Kurfürsten den Ruhm, die Rechtswissenschaft, <sup>Das</sup> die Philosophie und die Geschichtschreibung auf eigene Füße zu stellen. Der mannhafteste, streitbare, klarsichtige Samuel Pufendorf (1652—1694), geboren in Dorf-Chemnitz, aber tätig in Heidelberg, Lund, Stockholm und Berlin, begründete für Deutschland, in Anschluß an den Holländer Hugo Grotius, das Naturrecht, das als Quelle des Rechtes weder die zehn Gebote noch das römische Corpus iuris, sondern die sittliche Natur und die Vernunft des Menschen betrachtete und deshalb die bestehenden Rechtsverhältnisse grundsätzlich nur insoweit anerkannte, als sie den Folgerungen aus jenen, also dem Vorteil der Gesamtheit nicht widersprachen. Deshalb war Pufendorf ein überzeugter Verfechter der unumschränkten Monarchie, da sie allein damals diese Forderungen erfüllen konnte. Er gab zugleich in seinen Geschichtswerken über Karl X. Gustav von Schweden, dann über die Regierungen des Großen Kurfürsten und Friedrichs III. das erste Beispiel einer durchaus urkundlichen, großartig angelegten und selbständig urteilenden Geschichtschreibung. Sein Schüler Christian Thomassius (Thomas) aus Leipzig (1655—1728) trennte grundsätzlich Theologie und Philosophie, Recht und Sittengesetz, verfocht die Anwendung der deutschen Sprache auf wissenschaftliche Gegenstände nach dem Muster Englands und Frankreichs, kündigte deshalb auch als der erste im Oktober 1687 eine deutsche Vorlesung in deutscher Sprache an zum Entsetzen der gelehrten Pedanten seiner Universität, mußte aber 1690, gebrandmarkt als „Verächter Gottes und des heiligen Amtes“, unter dem Klange des Armensünderglöckchens Leipzig verlassen und fand dann eine Anstellung in Halle. Hier verhalf er als Lehrer und gewandter Journalist dem Naturrecht bald vollständig zum Siege, bekämpfte daher auch mannhaft die Herrenprozesse und die Folter und wirkte unermüdlich für eine „vernünftige“ Umgestaltung des gelehrten Unterrichtswesens.

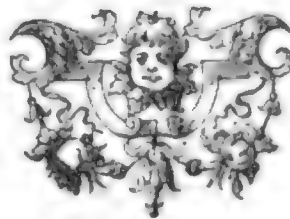
Ein Leipziger Professorensohn war auch der geniale Gottfried Wilhelm <sup>Philosophie.</sup> Leibniz (1646—1716), der umfassendste Geist, den die Welt seit Aristoteles hervorgebracht hat. Er gehörte freilich Europa an, nicht seiner Heimat und kaum seinem Vaterlande, war in Frankreich, England und Holland ebenso zu Hause wie in Deutschland und diente als Staatsmann ohne feste Überzeugung abwechselnd den rheinbündischen Plänen des Kurfürsten von Mainz, der welfischen und der preussischen Politik. Als Philosoph lehrte er, um den scharfen Gegensatz, den sein Vorgänger Cartesius zwischen Natur und Geist hatte bestehen lassen, aufzuheben und die Wissenschaft mit dem Glauben zu versöhnen, das All bestehe aus unendlich vielen, selbständigen und belebten, in sich vollendeten Einheiten (Monaden), den Geschöpfen eines persönlichen Gottes, der zugleich ihre Harmonie von aller Ewigkeit her geordnet habe („prästabilierte Harmonie“); er bemühte sich dann in seiner „Theodicee“ 1710, die christliche Glaubenslehre als nicht widernatürlich, wenngleich übernatürlich zu erweisen und die Existenz des Bösen in der Welt mit der Vorstellung von einem allgütigen und allweisen Gott in Einklang zu bringen. Aber Leibniz beherrschte auch die gesamte naturwissenschaftliche und mathematische Gelehrsamkeit seiner Zeit und hat hier bahnbrechend gewirkt als Erfinder der Differenzial- und Integralrechnung, wie er andererseits die quellenmäßige, wissenschaftliche Erforschung der

mittelalterlich deutschen Geschichte begründet hat (Annales Imperii Occidentis 768—1005). Sein großartiger Plan, der freien Wissenschaft in einer Anzahl von Akademien den Universitäten gegenüber Pflegstätten zu verschaffen, kam nur an einzelnen Punkten, wie in Berlin 1700, zur Ausführung.

Was er bei aller Vielseitigkeit nicht geleistet hat, ein abgerundetes, allgemein verständliches Lehrgebäude der Philosophie, das stellte Christian Wolff aus Breslau (1679—1752) her, der ebenfalls mit einer fast dreißigjährigen Wirksamkeit Halle angehörte. Er verwarf die Belebtheit der Monaden, ließ die religiöse Offenbarung als für die Vernunft unerforschlich, wengleich ihr nicht zuwider auf sich beruhen und wollte die Sittlichkeit nicht von einem bestimmten Glaubensbekenntnis abhängig gemacht wissen. So wurde er der „Vater des Rationalismus“, der Beherrscher der deutschen Philosophie bis auf Kant, zugleich der Bildner einer deutsch-philosophischen Sprache. Seitdem war die Aufgabe der deutschen Universitäten nicht mehr, der akademischen Jugend die ein für allemal feststehende Wahrheit zu überliefern, sondern die, sie zur Auffindung der Wahrheit anzuleiten. Daneben faßte auch der englische Deismus mit seiner Gleichgültigkeit gegen die positiven Glaubenslehren und Bekenntnisunterschiede in Deutschland Fuß, besonders durch die Begründung der Freimaurerlogen, deren erste 1733 in Hamburg entstand.

Geschichtschreibung.

Auch die wissenschaftliche Geschichtsforschung und Geschichtschreibung wurde von dieser Bewegung beeinflusst. Christoph Cellarius in Halle († 1707) durchbrach mit seiner Einteilung der Geschichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit das Schema der alten Weltmonarchien (1688); für das ältere deutsche Mittelalter leisteten Bedeutendes Johann Jakob Mascov in Leipzig († 1761) und Graf Heinrich von Büchau in Dresden († 1762), für die Kirchengeschichte Gottfried Arnold († 1714) und Joh. Lorenz von Mosheim († 1755). Einer wirklichen Erkenntnis des Altertums brachen Johann Matthias Gesner in Göttingen († 1761) durch Eindringen in das wirkliche Verständnis antiker Schriftwerke, und Joh. Friedrich Christ in Leipzig († 1756) durch das Studium der antiken Kunst die Bahn. Die wichtigste Pflegstätte für Geschichte und Staatswissenschaft wurde die 1737 gegründete Universität Göttingen.







## Zweiter Abschnitt.

### Die Entwicklung Preukens zur Großmacht und die Begründung des österreichischen Einheitsstaates

1740—1790.

Überall regte sich der Geist der Kritik, der „Aufklärung“, der freien Forschung, <sup>Grundzüge der</sup> die dem Wesen des Protestantismus entspringt. Der orthodoxen Theologie traten <sup>Entwicklung.</sup> die Philosophie und der Rationalismus gegenüber, dem überlieferten Rechte das Naturrecht. Noch drangen diese Richtungen zu einem wirklichen Verständnis des geschichtlichen Werdens nicht hindurch, vielmehr strebten sie selbstgewiß und selbstzufrieden danach, von allgemeinen, unbewiesenen Voraussetzungen aus allgemein gültige Ideale für alle Völker, Zeiten und Kulturstufen aufzustellen, um danach die tatsächlichen Zustände zu beurteilen und zu gestalten. Aber das war der zunächst notwendige, deshalb gesunde Rückschlag gegen die starre Unbeweglichkeit der bisherigen Gelehrsamkeit und den unleidlichen Druck der herrschenden Verhältnisse, die ihre vernünftige Grundlage längst verloren hatten; praktisch haben daher diese Anschauungen überwiegend wohlthätig gewirkt. Waren doch auch die Staatsmänner, die ihnen folgten, weit davon entfernt, sie ohne Rücksicht auf das Bestehende verwirklichen zu wollen, und der nüchterne, empfindungsarme Rationalismus fand sein Gegengewicht in dem gefühlsinnigen Pietismus.

Auf diesem Wege ist Deutschland auch nach 1740 weiter gegangen, jetzt insbesondere unter dem Einflusse der großen Vertreter der Aufklärung. Die deutsche Wissenschaft wurde der fremden in einzelnen Beziehungen ebenbürtig, und während die bildende Kunst die alten Bahnen verfolgte, bis sie wieder umkehrte zur Nachahmung der neu entdeckten griechischen Antike, entwickelten sich im Kampfe gegen alte Vorurteile und fremde Fesseln die deutsche Dichtung und Musik zu voller Selbst-

ständigkeit und glänzender Blüte, sie verdrängten die fremde Bildung allmählich auch aus den höheren Kreisen der Gesellschaft.

Die praktischen Folgerungen daraus, dort die Unterwerfung der Einzelinteressen unter das Wohl der Gesamtheit, hier die Duldsamkeit gegen alle Bekenntnisse, hatte der preussische Staat unter dem Zwange seiner Verhältnisse und unter der Leitung willenskräftiger Fürsten schon zu verwirklichen begonnen, ehe jene Lehren noch formuliert wurden, doch er war damit zunächst fast allein geblieben. Jetzt unternahm es ein junger, genialer, tatkräftiger Fürst, Friedrich II. der Große, der sich im vollen Besitze der Zeitbildung fühlte und zugleich an den Überlieferungen seines Staats mit klarem Bewußtsein festhielt, diese Ideen in noch höherem und freierem Sinne wie seine Vorgänger zu verwirklichen, und so bedeutend war der Eindruck seiner Persönlichkeit, so mächtig der Geist der Aufklärung, daß jetzt überall die Fürsten innerhalb wie außerhalb Deutschlands seinem Beispiele folgten, selbst ein Teil der katholischen, deren Länder sich dieser Strömung bisher verschlossen hatten. So drückte die „aufgeklärte Selbherrschaft“ dieser Zeit ihren Stempel auf, sie riß die Monarchie aus ihrer höfischen Entartung und hat sie damit vor dem sicheren Untergange gerettet.

Aber Friedrich II. führte auch dadurch eine neue Zeit für Deutschland und Europa herauf, daß er Preußen zur Großmacht erhob. Zugleich erwuchsen jetzt unter Maria Theresias fester Hand die Gebiete und Völkerschaften Österreichs zu einem Staate. Seitdem versiel die schon längst erstarrte und leistungsunfähige Reichsordnung der Geringschätzung, ja der Verachtung; aber die Großtaten des Königs erweckten zuerst wieder weit über die Grenzen seines Staates hinaus ein deutsches Selbstgefühl. Indem sich nun in der Mitte des Weltteils eine neue waffengewaltige Großmacht erhob, zerstörte sie das künstliche „Gleichgewicht“ sehr ungleicher Mächte, das auf der Schwäche Deutschlands beruhte, und bereitete sich vor, diesem Herzlande Europas die ihm hier naturgemäß zufallende Stellung nicht der herrschenden, aber der maßgebenden und ausgleichenden Macht zurückzugewinnen.

Der harte Kampf der neuen Bildung mit der Rauheit eines älteren ihr feindlichen Geschlechts hat sich in der leidvollen Jugendgeschichte Friedrichs II. abgespiegelt.\*) Doch schließlich behauptete das aufsteigende junge Geschlecht sein gutes

Friedr.  
richs II.  
Jugend und  
Ideale.

\*) Noch unter der Regierung seines Großvaters König Friedrichs I. am 24. Januar 1712 im Schlosse von Berlin geboren und zunächst der bewährten Erzieherin seines Vaters, der Frau von Rocoules, übergeben, wurde der Prinz mit dem siebenten Jahre männlichen Händen anvertraut, dem General von Finkenstein und dem Obersten von Kalkstein als Gouverneuren, dem französischen Reformierten Jacques Duhan aus Jandun in der Champagne als Lehrer der Hauptfächer. Nach der eigenhändigen Anweisung des Vaters sollten die Erzieher den Sohn zu einem guten Christen, guten Wirt und guten Soldaten ausbilden. Deshalb beschränkte sich der Lehrplan, abgesehen von den Elementen, auf Religionslehre, Französisch, neuere, besonders preussische Geschichte und Staatenkunde; eine Kadettenkompagnie und ein kleines Zeughaus sollten daneben den militärischen Sinn des Knaben wecken. Doch der reiche und freie Geist des Kronprinzen, den die geistige Öde und die Härte des königlichen Familienlebens allzusehr beengten, fand weniger an dem Gefallen, was der Vater vorschrieb, als an der französischen Literatur, der einzigen damals zu klassischer Vollendung ausgebildeten, deren Reichtum ihm Duhan erschloß, und das tiefe Gefühl seines Innern



A stylized, handwritten signature or monogram, likely 'FR' for Friedrich, rendered in a bold, black, cursive script.

**Friedrich II., König von Preußen (etwa im 50. Lebensjahre).**

Nach dem Gemälde von H. Pesne gestochen von E. Mandel.

Recht. Voltaire, das Haupt der französischen Aufklärung, dem der Kronprinz überschwänglich huldigte, durfte in ihm mit Recht seinen Schüler sehen und erwartete von ihm, er werde dereinst als ein friedlicher Fürst seine humanen Ideale verwirklichen. Gewiß wollte das Friedrich. In seinem Antimacchiavell v. J. 1759 stellte er dem Fürstenideal des großen Italieners sein eigenes entgegen: „Der König ist der erste Diener seines Volkes“; seine erste Pflicht ist die Pflege der Gerechtigkeit, seine zweite der Schutz seiner Untertanen gegen auswärtige Bedrohung, obwohl er auch Kriege führen darf, um seine gerechten Ansprüche durchzusetzen. Aber er faßte auch von Anfang an die Lage Preußens und der europäischen Staatenwelt scharf ins Auge. In seiner Anschauung der Reichsverhältnisse war Friedrich Pufendorfs Schüler und er hatte zugleich aus der Vergangenheit Preußens gelernt. Die Macht des Hauses Österreich wollte er in Schranken halten, den selbständigen Willen seines Staates, die „deutsche Freiheit“, ihm gegenüber behaupten, aber nicht, um die Fremden wieder nach Deutschland zu locken, sondern um ihnen kraft eigenen Entschlusses entgegen zu treten.

Der König war damals schon an der Wassersucht erkrankt, deren steigende Qualen er mit christlicher Ergebung trug; am 27. Mai 1740 rief er den Kronprinzen nach Potsdam an sein Sterbebett. In eingehendem Gespräch legte der Vater dem Nachfolger die Lage des Staates dar, am Morgen des 31. Mai übergab er ihm förmlich die Regierung, dann nahm er Abschied von den Seinen und beobachtete mit kaltblütiger Fassung die letzten Fortschritte des Leidens; in der dritten

Friedr.  
richs II.  
Regierungs-  
antritt.  
1740.

stömte er aus in den sanften Tönen der Flöte, seines Lieblingsinstrumentes. So klang allmählich zwischen dem weichen, empfänglichen Wesen des Sohnes und dem harten, herrischen Vater ein Zwiespalt auf, den ein Aufenthalt an dem leichtfertigen, glänzenden sächsischen Hofe im Herbst 1728 nur noch erweiterte. Denn seitdem wurde Friedrich leichtsinnig, geriet in Schulden, und da die Mutter wie seine ihm gleichgesinnte und mit ihm leidende Lieblingschwester Wilhelmine ihn gegen die Folgen durch Vertuschung zu decken suchten, so kam es dann, wenn der zornige Vater doch entdeckte, was ihm verborgen werden sollte, zu den heftigsten Ausbrüchen. Der Zwiespalt verschärfte sich noch, als die Königin die Vermählung ihrer beiden ältesten Kinder mit Angehörigen des englisch-hannoverschen Hauses begünstigte, der Friedrich Wilhelm entschieden widerstrebte, weil England als Preis seine Trennung von Österreich verlangte. So kam endlich Friedrich zu dem unglücklichen Entschlusse, dem ihm unerträglichen Zwange mit Hilfe seiner Vertrauten, der Leutnants Hermann von Katt in Berlin und Christoph von Keith in Wesel, sich durch die Flucht nach Frankreich und England zu entziehen. Eine Reise, die der Vater mit ihm im Sommer 1730 nach den Rheinlanden machte, schien die beste Gelegenheit zu bieten. Doch schon in Mannheim wurde sein Vorsatz entdeckt; als er am frühen Morgen des 3. August vom nahen Dorfe Steinsfurt aus, wo man Quartier genommen, entkommen wollte, hielten ihn seine militärischen Begleiter fest, und in Frankfurt a. M. erfuhr der Vater durch einen Brief des Kronprinzen an Katt, der an eine falsche Adresse gelangt war, den ganzen Zusammenhang. Aufs Äußerste erregt, ließ er den Sohn wie einen Gefangenen zu Schiff nach Wesel bringen, wo er am Abend des 12. August anlangte; nur das entschlossene Dazwischentreten eines greisen Generals hielt den jähzornigen König von einer Gewalttat ab, doch er ließ Friedrich unter strengster Bewachung auf die Festung Küstrin führen und befahl einem Kriegsgericht in Köpenick, über den Kronprinzen und über seine beiden Helfershelfer den Spruch wegen Fahnenflucht zu fällen. Dieses verurteilte Keith, der zu seinem Glück nach Holland entkommen war, zum Tode, Katt, der leichttherzig zu lange mit der Flucht gezögert hatte, zu lebenslänglicher Festungshaft; ein Urteil über den Kronprinzen lehnte es man-



Nachmittagsstunde verschied er. Am 2. Juni schwuren im Charlottenburger Schlosse die Minister dem König Friedrich den Eid, dann empfing er die Huldigung in den Provinzen.

Ein neuer Abschnitt der Geschichte war angebrochen. Voll königlichen Selbstgefühls wie der Vater wies er die Bitte Leopolds von Dessau, ihn im Besitz der bisher genossenen „Autorität“ zu lassen, bestimmt zurück. Doch dieser junge stolze Fürst zeigte sich auch sofort als Schüler der „Aufklärung“. „Mein erster Gott ist meine Pflicht“, schrieb er an Voltaire; den Ministern befahl er, stets den Interessen des Landes vor den seinigen den Vorzug zu geben. Wenige Tage nach dem Regierungsantritt hob er die Folter auf, am 22. Juli gewährte er allen Religionen in seinen Staaten gleichmäßige Duldung, denn jeder habe das Recht, „nach eigener Fassung selig zu werden.“ Auch die Nachbarn begannen auf der Stelle zu fühlen, daß ein neuer Geist in Preußen walte. Friedrich brachte sofort in Wien, Versailles und Hannover seine Ansprüche auf Jülich-Berg in Erinnerung und nötigte durch entschlossenes militärisches Einschreiten den Bischof von Eüttich, den rückständigen Kaufpreis für die Herrschaft Herstal (aus der oranischen Erbschaft) zu zahlen. Da lenkte der unerwartete Tod Kaiser Karl VI. am 20. Oktober 1740 seine Gedanken in eine völlig andere Richtung. Als ihm ein Kurier am 26. Oktober diese Nachricht in Schloß Rheinsberg überbrachte, erblaßte der König, denn die Stunde des Handelns hatte geschlagen. Er schrieb an Voltaire: „Der Augenblick einer vollständigen Umwälzung des europäischen Staatensystems ist da.“

hast ab, weil es sich hier nur um einen Vorgang in der königlichen Familie handle. Der König verwandelte den Spruch über Katt kraft seiner oberstgerichtlichen Gewalt in das Todesurteil und ließ es am 6. November in Küstrin an dem Unglücklichen vollstrecken; den Sohn wollte er von der Thronfolge ausschließen. Durch Katts Tod im Innersten erschüttert, unterwarf er sich der Gnade des Vaters und leistete am 19. November den ihm vorgeschriebenen Reueid. Mit seiner jugendlichen Harmlosigkeit war es vorbei; in grausamer Schule gereift, aber auch verhärtet, trat der Kronprinz ins Leben ein. „Er soll nur meinen Willen tun, so schrieb der König, das französische und englische Wesen aus dem Kopfe schlagen und nichts als preußisch, seinem Herrn Vater getreu sein und ein deutsches Herz haben.“ Als Auskaltator wurde Friedrich in die Kriegs- und Domänenkammer von Küstrin eingeführt, die der treffliche Hille leitete, und sobald er nur den inneren Zusammenhang dieser äußerlich unbedeutenden Dinge begriffen hatte, ging sein lebendiger Geist auf die Einzelheiten der Verwaltung mit voller Teilnahme ein. Dabei sah er schon weit voraus in die Zukunft, faßte die Erwerbung Westpreußens, Schwedisch-Pommerns und Jülich-Bergs als unbedingt notwendig ins Auge. Sein Eifer versöhnte den argwöhnischen Vater allmählich, er kam selber nach Küstrin, gestattete dem Sohne im November 1731 einige Tage in Berlin zu verweilen und gab ihm im September 1732 das verwirkte Ehrenkleid des Offiziers zurück, indem er ihn zugleich zum Obersten des in Neu-Ruppin liegenden Infanterieregiments ernannte, denn er sollte jetzt auch den militärischen Dienst bis ins einzelluste hinein kennen lernen. Friedrich atmete auf, er war jetzt freier als je vorher in seinem Leben und empfand es eben deshalb als einen neuen harten Eingriff in sein Dasein, daß der Vater ihn gegen seinen Willen und ohne jede Neigung vermählte (12. Juni 1733). Die fromme, herzensgute Frau, die er ihm ausgesucht, Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, wäre eines besseren Loses wert gewesen, aber sie besaß nichts von dem, was den hochfliegenden, reichen Geist des Gemahls hätte fesseln können, und so gestaltete sich zwar zunächst das Verhältnis allmählich erträglich, doch bald kam das Unglück der Vereinsamung über beide; der Frauenliebe und des Familienglücks entbehrend, suchte Friedrich im heiteren Spiel

Allenhalben schwebten damals über Europa unentschiedene Fragen. Frankreich strebte nach dem Besitze Lothringens und Belgiens, die Interessen Englands stießen mit der franzosenfreundlichen Handelspolitik der spanischen Bourbonen und seit der Besiedlung Georgiens (1733) auch mit der spanischen Herrschaft in Florida so feindlich zusammen, daß England schon seit dem Oktober 1739 mit Spanien im Kriege lag; im Osten stand drohend die russische Macht, und in Deutschland klappte der Spalt zwischen Österreich und Preußen weiter auf, als je zuvor. Dazu kam jetzt, lange erwartet und doch unerwartet, mit dem Tode des letzten männlichen Habsburgers die Eröffnung der österreichischen Erbfolgefrage. Allerdings nahm die jugendliche Maria Theresia mit festem Willen die Zügel, aber in ihrem Gemahl, dem gutherzigen, unbedeutenden Franz Stephan von Lothringen, Großherzog von Toskana, fand sie trotz des innigen Verhältnisses, das die Gatten verband, so wenig eine wirkliche Stütze wie in den alten Ministern ihres Vaters. Dazu waren die Einkünfte gering, in den Zentralkassen befanden sich nicht mehr als 87 000 Taler; das Heer, entmutigt durch den Türkenkrieg und tatsächlich nicht stärker als etwa 68 000 Mann, lag verzettelt von Belgrad bis Brüssel und Mailand; in ganz Böhmen standen ein Bataillon und eine Grenadierkompagnie, in Schlesien drei Bataillone und zwei Grenadierkompagnien, in Ober-Österreich ein Dragonerregiment. Brauchbare Generale aus Prinz Eugens Schule zählte man etwa drei. Nur die felsenfeste Überzeugung von ihrem guten Rechte und ein großer Sinn konnten Maria Theresia aufrecht erhalten, 1740. als sich die pragmatische Sanction als ein Stück Papier erwies.

Karls VI.  
Tod  
und die  
europäische  
Lage.

Kraft des alten Ehevertrages von 1546 (s. I. S. 578) legte der bayrische Gesandte Graf Perusa, sofort gegen Maria Theresias Thronbesteigung Verwahrung ein und verließ Mitte November 1740 die Hauptstadt; Kursachsen machte die Ansprüche der Kurfürstin Maria Josepha, einer Tochter Josephs I., geltend, die spanischen Bourbonen wollten ohne weiteres in die Rechte ihrer ausgestorbenen habsburgischen Vorgänger einrücken, Piemont richtete seine Blicke auf Mailand. In Österreich selbst war die Stimmung durchaus schwankend, mehr für Karl Albert von Bayern als für Maria Theresia.

des Witzes mit gleichgestimmten Geistern, in ernstester wissenschaftlicher Arbeit, in angestrengter Pflichterfüllung seine Befriedigung. Auch der gestrenge Vater begann sich allmählich zu überzeugen, daß er vom Sohne das Beste hoffen dürfe, wenngleich dieser sich nicht in die engen Schranken der eigenen Art bannen lasse. Damit er den Ernst des Krieges kennen lerne, sandte er den Sohn in den Rheinfeldzug von 1734; dort lernte Friedrich den Prinzen Eugen, freilich nur noch als Schatten seiner selbst, kennen, und sah zugleich den Verfall des österreichischen Heerwesens. Er erkannte dann aber auch in Ostpreußen mit Bewunderung die unvergleichlichen Leistungen der väterlichen Verwaltung, und wieder der Vater rief, tief erbittert über die österreichische Politik, auf den Sohn deutend aus: „Hier steht einer, der wird mich rächen“! Die beiden so verschiedenen Menschen hatten sich gefunden. Bald gab ihm der Vater einen ganz besonderen Beweis seiner Zuneigung, er kaufte ihm das Schloß Rheinsberg bei Neu-Ruppin und stellte ihm eine ansehnliche Summe zu dessen Ausbau nach seinem Geschmacke zur Verfügung. Im August 1736 bezog der Kronprinz mit seiner Gemahlin den heiterschönen Bau am klaren See, den dunkle Waldhügel umschlingen. Die glücklichste Zeit seines Lebens begann. Bald in angespannter Arbeit und ausgedehntem Briefwechsel mit seiner Schwester Wilhelmine, Voltaire und andern, bald in heiterer, geistvoller Geselligkeit verfloßen ihm die Tage. Er trieb Musik, studierte antike und französische Schriftsteller, die Philosophie Wolffs und des Engländers Locke und wurde Freimaurer.

Der  
Ausbruch  
des ersten  
schlesischen  
Krieges.

In diesem Augenblicke überschritten die preussischen Heersäulen die schlesische Grenze. König Friedrich wollte nicht die Zerstörung Österreichs, aber an die pragmatische Sanktion hielt er sich nicht mehr gebunden, seitdem Österreich die Bedingungen des Berliner Bündnisses v. J. 1726 so schlecht erfüllt hatte; dazu erwachten die unvergessenen Ansprüche auf die schlesischen Fürstentümer von neuem. Er glaubte die Stunde gekommen, um den Besitz Schlesiens für sich zu erringen als Preis seiner Unterstützung Maria Theresias im Kampfe um die pragmatische Sanktion und so seinen mißachteten Staat aus der gedrückten Lage zu befreien. Den Rat seiner Minister, sich auf Berg zu werfen, wies er zurück, da ihn das sofort in Schwierigkeiten mit Frankreich verwickeln müsse. Nachdem er in der Stille alle militärischen Vorbereitungen getroffen hatte, verließ er in der Nacht des 13. Dezember während eines großen Hofballes Berlin; am 16. Dezember rückten 27 000 Mann preussischer Truppen mit 86 Geschützen in Schlesien ein, rechts der Oder der König, links des Stromes der Feldmarschall v. Schwerin. Eine feierliche Kundgebung erklärte die Absicht des Königs, Schlesien gegen jeden Angriff zu schützen und für Maria Theresias Erbrecht einzutreten; zugleich sicherte sie den Einwohnern freie Religionsübung und strengste Mannszucht der Truppen zu. Das Land war nicht gerüstet, von den Festungen waren nur Glogau, Glatz und Neiße leidlich im Stande, die Hauptstadt Breslau blieb nach altem Rechte der Verteidigung ihrer Bürger überlassen, die Truppen zählten nur 7000 Mann. Dazu sahen die gedrückten und tief mißtrauischen Protestanten in dem König ihren Befreier. Überall traten jetzt die evangelischen Ratsherren in die ihnen entrissenen Stellen wieder ein, der protestantische Gottesdienst wurde wiederhergestellt, zahlreiche junge preussische Geistliche nahmen sich der lange verwaisten Gemeinden an. So traf der König im offenen Felde nirgends auf Widerstand. Er ließ Glogau und Brieg einschließen, bewilligte der Stadt Breslau, wo er selbst am 3. Januar 1741 einritt, die erbetene Neutralität und begann die Beschießung von Neiße, während Schwerin bis an den Jablunkapass vordrang und die österreichischen Feldtruppen nach der mährischen Grenze zurückwichen; am 7. März fiel Glogau durch nächtlichen Sturmangriff. Indes Maria Theresia wies die Erbietungen des Königs, gegen Abtretung Schlesiens ihre deutschen Besitzungen vor jedem Angriff zu schützen, für die Kaiserwahl Franz Stephans einzutreten und ihr 2 Millionen Taler vorzuschießen, mit der Entschiedenheit des gekränkten Stolzes zurück und sandte den Feldmarschall Neipperg mit 17 000 Mann über das mährische Gesenke nach Schlesien. Zwischen den allzuweit auseinandergezogenen preussischen Grenzaufstellungen hindurch erreichten die Österreicher Neiße, das sie sofort entsetzten; aber der König vereinigte sich rechtzeitig mit Schwerin und trat am 10. April 1741 unweit von Brieg beim Dorfe Mollwitz zum erstenmale dem Feinde entgegen, an Reiterei um das Dreifache schwächer, doch stärker an Fußvolk. In der Tat wurden seine Schwadronen völlig geworfen, so daß der König auf die Bitte Schwerins das Schlachtfeld verließ, aber seine unerschütterliche Infanterie gewann ihm den Sieg. Die alten Truppen Prinz Eugens waren der jungen, mißachteten Kriegsmacht der Preußen unterlegen, der Besitz Schlesiens war dem König gesichert.

Die unerwartete Kunde von der Schlacht bei Mollwitz brachte am französischen Hofe die Kriegspartei unter dem Grafen Bellisle ans Ruder. Der leitende Minister Kardinal Fleury wollte Deutschlands Schwäche verewigen, indem er Österreich zerschlug und etwa vier bis fünf gleich große, also gleich ohnmächtige Staaten in Deutschland aufrichtete. Deshalb wollte er dem Kurfürsten Karl Albert bei der Kaiserwahl und für die Durchführung seiner Erbansprüche beistehen; Spanien schloß mit Bayern sogar ein Bündnis. Friedrich war weit entfernt, sich wie Bayern zum Werkzeuge Frankreichs zu machen; da er aber völlig vereinzelt stand und von den Seemächten eher Feindschaft als Unterstützung zu erwarten hatte, vereinbarte er am 15. Juni ein Defensivbündnis auf fünfzehn Jahre mit Frankreich, wodurch ihm dieses den Besitz Schlesiens verbürgte und zugleich versprach, den Kurfürsten von Bayern mit 20 000 Mann zu unterstützen und durch eine zweite Armee am Niederrhein England-Hannover in Schach zu halten. Dafür verzichtete der König auf seine Bergischen Ansprüche und versprach seine Kurstimme für Karl Albert. Am Kampfe gegen Österreich nahm er zunächst keinen Anteil; er ließ nur am 10. August das bisher neutrale Breslau besetzen, um einem Einverständnis der dortigen Behörden mit den Österreichern zuvorzukommen.

Ausbruch  
des öster-  
reichischen  
Erbfolge-  
krieges.

Kurz danach zu Anfang September 1741 überschritten die Bayern und Franzosen die Grenze Ober-Österreichs, besetzten Linz, wo am 2. Oktober Karl Albert die Huldigung der Stände empfing, und drangen die Donau hinab bis St. Pölten vor; der österreichische Hof dachte an die Flucht nach Graz. Doch eine vollständige Überwältigung Österreichs lag nicht in den Absichten der Franzosen; sie nötigten deshalb ihre bayrischen Bundesgenossen zu Anfang November nordwärts nach Böhmen abzuschwenken. Sie besetzten das ganze Land mit Eger und erstürmten am 25. November Prag; zugleich sandte Sachsen gegen die Zusicherung Bayerns, ihm Mähren abzutreten und die Aussicht auf Ober-Schlesien 21 000 Mann nach Böhmen. Am 7. Dezember ließ sich Karl Albert zum König von Böhmen krönen, am 19. huldigte ihm fast der gesamte Adel des Landes. In dieser schweren Bedrängnis schloß Neipperg unter englischer Vermittlung mit Friedrich II. auf Schloß Klein-Schnellendorf bei Neiße am 9. Oktober 1741 einen geheimen Vertrag ab, nach dem die Österreicher Schlesien vollständig räumten und Neiße übergaben (31. Oktober). Am 7. September empfing darauf Friedrich im Fürstensaale des ehrwürdigen Rathauses von Breslau die Huldigung der schlesischen Stände als „souveräner Herzog“.

Diese neutrale Haltung Preußens gab Maria Theresia die Möglichkeit, ihre Kräfte zu sammeln. Nachdem sie schon am 25. Juni 1741 in Preßburg feierlich zur Königin von Ungarn gekrönt worden war, gewann sie im September gegen Gewährleistung der Selbständigkeit Ungarns nach schwierigen Verhandlungen die volle und begeisterte Unterstützung des ungarischen Adels zum Kampfe um ihre deutschen Erblande. Zu Anfang d. J. 1742 setzte sich das ungarische Aufgebot mit österreichischen Truppen in Bewegung, rohe Massen, ein Schrecken für Freund und Feind. Nach der Übergabe von Linz am 24. Januar ergossen sie sich verheerend über den Inn nach Bayern hinein, bereits am 12. Februar ritten die ungarischen Husaren durch das Isartor in München ein.

Der Sieg  
Maria  
Theresias.



Friedrichs II.  
Reichs-  
reform-  
pläne.

Doch diese rasch sich entfaltende Übermacht Österreichs hatte Friedrichs Haltung schon wieder geändert. Hatte doch auch Österreich sich keinen Augenblick an die Geheimhaltung des Schnellendorfer Vertrages gekehrt und ihn dadurch französischen Feindseligkeiten ausgesetzt. Da dachte der König die Gunst der Lage zu einer gründlichen Umgestaltung des Reiches, zur Vernichtung des österreichischen Übergewichts in Deutschland zu benutzen. Er wollte dem Wittelsbacher die Kaiserkrone geben, Bayern durch Böhmen, Ober-Österreich und Tirol, Sachsen durch Mähren verstärken, die geistlichen Fürstentümer zum guten Teile zu gunsten der weltlichen Staaten einziehen. Pufendorfs alter Plan wäre damit unter der Leitung der beiden größten reindeutschen Staaten verwirklicht worden. In der That wurde am 24. Januar 1742 der Kurfürst von Bayern als Karl VII. von sämtlichen Kurfürsten, also in durch- aus rechtsgültiger Weise, zum Kaiser gewählt und am 12. Februar mit großer Pracht in Frankfurt a. M. gekrönt. Um dem bedrängten bayrischen Stammlande des Kaisers Lust zu machen, ließ nun Friedrich den Feldmarschall Schwerin in Mähren einrücken und führte selbst ein sächsisches Heer dorthin. Am 28. Januar fiel Olmütz, am 15. Februar Jglau, Brünn wurde belagert, und die preussischen Reiter streiften bis auf das Marchfeld. Wirklich kam nun Karl von Lothringen aus Bayern herbei und zwang den König zum Rückzuge nach Böhmen. Als er sich aber zwischen die Preußen und Prag schieben wollte, kam ihm Friedrich zuvor und erschlug am 17. Mai 1742 in der Schlacht bei Chotusitz unweit Tschaslau nach lange schwankendem Kampfe vornehmlich wieder durch sein Fußvolk einen vollkommenen Sieg, den ersten, den er selbst gewann.

Beendigung  
des ersten  
schlesischen  
Krieges;  
Friede von  
Berlin.  
1742.

Maria Theresia erkannte jetzt, daß sie Preußen und Frankreich zusammen nicht gewachsen sei, und wieder Friedrich benützte diese augenblickliche Nachgiebigkeit, um sich das zu sichern, worauf sein Augenmerk doch vor allen Dingen gerichtet war, den Besitz Schlesiens. So kam unter englischer Vermittlung am 11. Juni 1742 in Breslau der vorläufige, am 28. Juli in Berlin der endgültige Friede zustande. Er überließ ganz Nieder-Schlesien mit der ursprünglich böhmischen Grafschaft Glatz und Ober-Schlesien bis zur Oppa, ein Land von 650 Quadratmeilen mit 1 $\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern, zu voller Souveränität an Preußen. Es war die wertvollste Erwerbung, die der Staat überhaupt machen konnte, sie erst sicherte ihm einigermaßen die Selbständigkeit unter den Mächten. Mit rücksichtsloser Selbstsucht und überlegenem staatsmännischen Blick, bald mit Waffengewalt, bald mit Unterhandlungen hatte der König sie durchgesetzt.

Österreichs  
Übergewicht.

Aber er sollte es bald bitter bereuen, den Kampf gegen Österreich nicht bis zur letzten Entscheidung durchgeführt zu haben. Maria Theresia betrachtete die Abtretung Schlesiens und die Verdrängung ihres Hauses vom Kaisertume nur als vorübergehend; sie dachte erst mit Bayern fertig zu werden, dann sich wieder gegen Preußen zu wenden. In der That wurden die Franzosen und Bayern nach tapferer Gegenwehr zur Räumung von Prag, zum Rückzuge nach Eger genötigt (Dezember 1742). Die Siegerin benützte ihren Erfolg mit fluger und hochherziger Mäßigung. Nur einige besonders eifrige Parteigänger Bayerns unter dem böhmischen Adel wurden zu Haft, Vermögensstrafen, Landesverweisung oder Amtsentsetzung verurteilt, hinterher



aber auch noch meist begnadigt. Am 11. Mai 1745 empfing Maria Theresia die 1743. Krone Böhmens, am nächsten Tage die Huldigung der Stände. Auch in Bayern behielten ihre Waffen die Oberhand. Zwar hatten im Herbst 1742 die Bayern und Franzosen München wieder besetzt und die Österreicher nach dem Inn zurückgedrängt; aber nach der Einnahme Prags erfochten Karl von Lothringen und Khevenhüller am 13. Mai 1745 den Sieg bei Simbach am Inn und besetzten im Juni das ganze Land. Abermals flüchtete Karl Albert aus München, und die Stände huldigten im September der Maria Theresia. Um das Übergewicht Österreichs noch zu verstärken, trat jetzt Georg II. von England-Hannover, mehr noch von welfischer Eifersucht gegen Preußen als von englischen Interessen geleitet, aus seiner bisherigen vermittelnden Stellung heraus und führte selbst seine sogenannte „Pragmatische Armee“ nach Süddeutschland. Sein Sieg bei Dettingen zwischen Hanau und Aschaffenburg am 27. Juni 1745 warf die Franzosen über den Rhein zurück und gab auch den deutschen Südwesten in die Hand der Verbündeten. In Ober-Italien aber behaupteten die Österreicher, von den Piemontesen unterstützt, gegenüber den Spaniern und Franzosen das Gleichgewicht, ja sie vereinigten sich am 12. September im Wormser Verträge mit England zur völligen Vertreibung der Bourbonen aus Italien, wofür Piemont gegen Zusicherung lombardischer Gebietsteile die pragmatische Sanction verbürgte.

Doch schon dieser Vertrag kehrte eine versteckte Spitze gegen Preußen, denn die Verbündeten verbürgten Österreich alle Länder, die es besaß oder nach früheren Verträgen besitzen sollte, also auch Schlesiens. Auch Sachsen neigte jetzt auf Maria Theresias Seite. Nicht nur war es jetzt plötzlich weit unter die Geltung Preußens hinabgedrückt, es hatte auch jede Hoffnung verloren, die heißbegehrte Gebietsverbindung mit Polen herzustellen, wenn Preußen Schlesiens behauptete. So verpflichteten sich Sachsen und Österreich am 20. Dezember 1743, einander gegen jeden Angriff beizustehen, auch gegen solche Mächte, die sich noch in den Krieg mischen würden. Dazu schloß Sachsen am 4. Februar 1744 ein Verteidigungsbündnis auch mit Ruß- 1744. land, wo seit der Thronbesteigung Elisabeth Petrownas (Dezember 1741) die deutschfeindliche altrussische Partei am Ruder war.

Unmutig hatte bisher Friedrich zugeesehen, wie der Wittelsbachische Kaiser, den er erhob, schlechterdings unfähig war, sich zu behaupten, und hatte sich deshalb umsonst bemüht, die Reichsstände zum Einschreiten zu veranlassen. Jetzt erfüllten ihn jene scheinbar harmlosen Verträge mit schweren Besorgnissen um seine eigene Sicherheit, und die Ehre seines Staates machte das Eingreifen für Karl VII. unvermeidlich. Dazu drohte Gefahr auch von England und Hannover, denn am 15. März 1744 hatte Frankreich den Krieg auch an Großbritannien erklärt, und die welfische Eifersucht wurde aufs stärkste erregt, als Friedrich kraft der kaiserlichen Anwartschaft v. J. 1695 nach dem Aussterben der Fürsten von Ostfriesland (mit Karl Edzard) am 25. Mai 1744 sofort Besitz von dem wichtigen Gebiete ergriff, das für Preußen den Zugang zur Nordsee sicherte. So entschloß er sich der Gefahr zuvorzukommen. Am 5. Juni 1744 schloß er ein Bündnis mit Frankreich zum Schutze des Kaisers, am 6. Juni zu demselben Zwecke die Frankfurter Union mit Bayern, Kur-Pfalz und Hessen.

Bündnisse  
gegen  
Preußen.  
1743.

Ausbruch  
des zweiten  
schlesischen  
Krieges.

„Zum Schutze des Kaisers und der deutschen Freiheit“ ließ nun Friedrich im August 1744 von Schlesien her und durch Sachsen, das den reichsmäßigen „ohnschädlichen Durchmarsch“ nicht zu verweigern wagte, 80 000 Mann „kaiserlicher Hilfstruppen“ in Böhmen einmarschieren. Nach zerstörender Beschießung ergab sich ihnen am 17. September Prag, und des Königs Vorgehen bis Tabor und Budweis veranlaßte wirklich die Österreicher, Bayern zu räumen, so daß Karl Albert noch einmal in München einziehen konnte (23. Oktober). Aber die Österreicher, vom Rheine her verstärkt, kamen über Tauf den Preußen in den Rücken, und zugleich marschierten 20 000 Sachsen über Eger in Böhmen ein. Umsonst bot Friedrich dem Feldmarschall Traun mehrmals die Schlacht; er mußte schließlich seine unhaltbar gewordene Stellung im Süden Böhmens aufgeben und umschwärmt von den leichten Truppen des Feindes unter schweren Verlusten an fahnenflüchtigen Mannschaften und an Heergerät über Königgrätz den Rückzug nach Schlesien antreten; sein General Einsiedel vermochte die angeordnete Räumung Prags sogar nur mit Einbuße des gesamten Geschützes und Gepäcks zu bewerkstelligen, und schon erschienen die Österreicher in Ober-Schlesien.

Das  
Angriffs-  
bündnis  
gegen  
Preußen.  
1745.

Die Gefahren der Lage steigerten sich nun rasch. Frankreich führte den Krieg am Oberrheine und in Belgien so schlaff, daß die Österreicher selbst Kaiserslautern und die Lauterlinie besetzten; dann schlossen am 8. Januar 1745 Österreich, Sachsen, England und Holland ein Bündnis zur Wiedereroberung Schlesiens und zur Erhebung Franz Stephans auf den Kaiserthron; ja der berufene Leipziger „Partagetraktat“ vom 18. Mai 1745 zwischen den ersteren beiden Staaten und Rußland nahm bereits die Aufteilung Preußens in Aussicht, wobei an Sachsen Magdeburg, das Kottbusser Land, Crossen und Sternberg zur Herstellung einer Gebietsverbindung mit Polen fallen sollten. Nun löste sich auch die Frankfurter Union auf, und der Tod Karls VII. am 20. Januar 1745 machte allen bayrisch-preussischen Reichsreformplänen ein Ende. Sein Sohn Max Joseph gab im Frieden von Füssen am 22. April 1745 alle Ansprüche auf habsburgische Lande auf, erkannte die pragmatische Sanktion an und versprach seine Kurstimme dem Großherzog Franz Stephan.

Friedrichs II.  
Siege;  
Friede von  
Dresden.

Jetzt mußte Friedrich allein das eigene Heil bedenken. Fest entschlossen zu siegen oder unterzugehen hatte er sein Heer mit äußerster Anspannung aller Kräfte auf 114 000 Mann gebracht und 70 000 Mann davon in Schlesien zunächst zwischen Neiße und Frankenstein zusammengezogen. Als aber Karl von Lothringen mit dem österreichisch-sächsischen Heere in den ersten Junitagen d. J. 1745 durch die breite Gebirgslücke von Trautenau und Landshut gegen Schweidnitz vorging, stand ihm der König bereits, ohne daß der Feind es wußte, in der Gegend von Hohenfriedberg und Striegau gegenüber und überraschte seinen Gegner am dämmernden Morgen des 4. Juni mit einem meisterhaft geplanten und mit sicherer Tatkraft durchgeführten Angriff. Binnen vier Stunden war die Schlacht entschieden. Glänzend hatte sich die umgebildete Reiterei bewährt; das Dragonerregiment „Baireuth“ sprengte allein 20 feindliche Bataillone und nahm 66 Fahnen. Betend um Sieg hatten die Einwohner der benachbarten Dörfer dem Kanonendonner gelauscht; ihnen



galt die Schlacht als ein Rettungskampf für den schlesischen Protestantismus. Der König folgte den weichenden Österreichern langsam bis nach der oberen Elbe, doch der Krieg war keineswegs beendet. Allerdings verpflichtete sich jetzt England, den Frieden auf Grund des österreichischen Verzichts auf Schlesiens zu vermitteln (26. August), aber Österreich und Sachsen verbündeten sich am 29. August noch enger, und am 13. September wurde Franz Stephan gegen die Stimmen Brandenburgs und der Pfalz zum Kaiser gewählt. Alle verfügbaren Kräfte warf nun Maria Theresia nach Böhmen, um die bevorstehende Kaiserkrönung (4. Oktober) durch die Vernichtung des Feindes zu feiern. Doch Friedrich entzog sich der drohenden Einkesselung Karls von Lothringen am 30. September durch den hartbestrittenen Sieg bei Soor, den allein der Todesmut seiner Truppen entschied, und trat darauf<sup>1745</sup> ungeschädigt den Rückzug nach Schlesiens an.

„Der Friede ist so gut wie sicher“, schrieb der König nach der Schlacht, doch abermals täuschte er sich. Ein gewaltiger Angriffsstoß sollte noch im Winter seine Mittelprovinzen treffen. Ein hannöversches Heer rüstete sich zum Vormarsch gegen Halberstadt, die Russen sammelten sich gegen Ostpreußen; ein vom Rheine herbeigezogenes österreichisches Korps unter Graf Grünsfeld sollte mit Karl von Lothringen auf Berlin durch die Lausitz vorgehen, wo schon die Sachsen unter Rutowski bereit standen. Um diesem Angriffe zu begegnen, wies Friedrich den Fürsten Leopold von Dessau an, mit seinem Beobachtungskorps von Halle gegen Dresden zu marschieren. Der König selbst brach in die Oberlausitz ein, zersprengte am 23. November die Vorhut der Sachsen bei Katholisch-Hennersdorf, östlich von Görlitz, so daß Rutowski schleunigst zum Schutze Dresdens zurückwich, und drang unaufhaltsam nach der Elbe vor, ohne sich um die Österreicher weiter zu kümmern, die nun auf dem weiten Umwege über Jittau und Leitmeritz Dresden zu erreichen strebten. Am 14. Dezember nahm er sein Hauptquartier in Meißen; doch Leopold wartete seinen Beistand nicht ab, sondern wagte am 15. Dezember den Angriff auf die äußerst feste Stellung der Sachsen und Österreicher, die in der Stärke von 34 000 Mann zur Deckung der großen Straße von Meißen nach Dresden angesichts der Hauptstadt hinter dem Schöner Grunde bei Kesselsdorf ihn erwarteten. Nach tapferer Gegenwehr wurden sie besonders durch den verwegenen Angriff des jungen Moritz von Dessau auf ihren rechten Flügel mit schweren Verlusten nach Dresden zurückgeworfen, ohne daß Karl von Lothringen, der dicht bei der Stadt am Großen Garten lagerte, ihnen zu Hilfe gekommen wäre; er begnügte sich den Rückzug des geschlagenen Heeres nach Böhmen zu decken. Schon am 16. Dezember ergab sich die unverteidigte Hauptstadt, zwei Tage später zog Friedrich ein, und schon am 25. Dezember wurde der Friede von Dresden unterzeichnet. Österreich erneuerte den Verzicht auf Schlesiens, Sachsen zahlte 1 Million Taler Kriegsentschädigung und trat Fürstenberg a. O. gegen einige lausitzische Enklaven ab; dagegen erkannte Friedrich die Kaiserwahl Franz Stephans an. Sein kühner Plan, das Kaisertum, die Vorherrschaft im Reiche, dem Hause Habsburg-Lothringen zu entwenden und Deutschland neuzugestalten, war an der Schwäche der Wittelsbacher gescheitert, deren notgedrungene Abhängigkeit von Frankreich ihrer Kaiserkrone den beschimpfenden Stempel fremder Dienstbarkeit auf-

drückte; aber Schlessien hatte er durch kühne Waffentaten behauptet und damit für Preußen die Großmachtsstellung errungen. Den heimkehrenden Sieger begrüßte seine jubelnde Hauptstadt damals zuerst mit dem Namen des „Großen“.

Ende des  
öster-  
reichischen  
Erbfolge-  
krieges

Jetzt konnten Österreich und die Seemächte ihre ganze Kraft gegen Frankreich und Spanien wenden. Doch nur in Ober-Italien behaupteten die Österreicher und Piemontesen das Übergewicht, drangen 1747 sogar bis Toulon vor, aber Belgien eroberten die Franzosen durch den glänzenden Sieg des Marschalls Moritz von Sachsen (Sohn Augusts des Starken) bei Fontenay am 11. April 1745 fast ganz, da Englands unzureichende Landmacht von dem gefährlichen und eine Zeitlang nicht aussichtslosen Aufstand des letzten Stuartkönigs Karl Eduard 1745 46 in Anspruch genommen wurde. Auch nach seiner Beendigung siegten die Franzosen am 11. Oktober 1746 bei Rocour, am 2. Juli 1747 bei Maastricht, nahmen am 11. Mai 1748 selbst diese Festung und drangen in Holland ein. Nur in den Kolonien und zur See blieben die Engländer im Vorteil. So erzwang endlich die Erschöpfung beider Teile den Frieden von Aachen am 30. Mai 1748, zunächst zwischen Frankreich und den Seemächten; Österreich und die anderen Staaten traten erst am 18. Oktober bei. Die pragmatische Sanction, die Kaiserwürde Franz Stephans und die Erwerbung Schlesiens durch Preußen fanden allgemeine Anerkennung; in Italien erhielt der spanische Infant Philipp Parma und Piacenza, Piemont lombardische Gebietsteile. Frankreich gab Belgien zurück, dafür räumte England das eroberte Cap Breton in Nordamerika. So hatte Österreich in heißen Kämpfen seinen Bestand, England seine Großmachtsstellung zur See behauptet.

Einleitung  
zum euro-  
päischen  
Kriegs-  
bündnis  
gegen  
Preußen.

Doch während dieser Krieg seinen Abschluß fand, bereitete sich schon ein neuer, gewaltigerer vor. Zweihundert Jahre durch hatten sich die Nachbarn daran gewöhnt, über das Schicksal des zerrissenen Deutschland nach Gutdünken zu schalten; jetzt erhob sich dort eine waffenstarke Großmacht, die lediglich ihr eigenes Interesse mit kühner, harter Selbstsucht verfolgt und eben dadurch zeigte, daß Deutschland nicht länger der Schauplatz und das Opfer fremder Gewalttaten und Ränke sein werde. Allzu plötzlich war scheinbar diese Veränderung eingetreten und allzu sehr schien sie auf der Größe des einen Mannes zu beruhen, als daß die alten Großmächte und die deutschen Nachbarn nicht hätten versuchen sollen, den früheren Zustand wiederherzustellen. Der erste Anstoß ging von Rußland aus. Der Minister der urteilslosen und geistesträgen Kaiserin Elisabeth, der streng altrussisch gesinnte Graf Bestuschew-Rjumin, haßte wie seine Herrin den König Friedrich ganz persönlich und sah in ihm das stärkste Hindernis für Rußland, sich des maßgebenden Einflusses in Polen zu versichern (s. unten). Ebenso wenig konnte Maria Theresia den Verlust Schlesiens verschmerzen; ihr erschien zugleich der Freigeist Friedrich als ein Feind der römischen Kirche, an der ihre gläubige Seele hing. So schlossen Österreich und Rußland schon am 2. Juni 1746 ein enges Verteidigungsbündnis.

Sachsen  
unter  
Brühl.

Ihnen näherte sich auch Kursachsen. Gewiß war Sachsens Lage seit der Erwerbung Schlesiens gegenüber Preußen eine gedrückte und der alte handelspolitische Gegensatz so geschärft, daß endlich i. J. 1755 ein völliger Bruch eintrat. Deshalb wies es auch den Antrag Preußens auf Abschluß eines Verteidigungsbündnisses

Anfang 1746 zurück. Aber statt Sachsen möglichst stark zu machen für den entscheidenden Waffengang, tat Graf Heinrich Brühl, der unheilvolle Premierminister Friedrich Augusts II., das Gegenteil. Ein Mann ohne wirkliche Sachkenntnis und ohne jedes Gefühl der Verantwortlichkeit, war Brühl (geb. 1709) lediglich durch sein gewandtes und geschmeidiges Wesen noch unter Friedrich August I. vom Pagen zum obersten Leiter der sächsischen Finanzen, unter dem Nachfolger zum Kabinettsminister für innere und äußere Angelegenheiten, endlich 1746 zum Premierminister aufgestiegen. Ihm galt als das Höchste der Genuß seiner hohen Stellungen, die ihm, da er die früher bekleideten Ämter bei jeder Beförderung stets beibehielt, gegen 60 000 Gulden allmonatlich abwarfen, aber für seine Gütererwerbungen und seine glänzenden Schloßbauten kaum ausreichten. Um sich in dem Vertrauen seines gutmütigen, aber schlaffen und bequemen Herrn zu behaupten, wußte er ihn mit Geschöpfen seiner Gunst zu umgeben und ihn von seinen Ministern, ja selbst von seiner Familie so getrennt zu halten, daß der Kurfürst sich gewöhnte, alles nur mit Brühls Augen zu sehen; vor allem verstand es dieser, ihm die ungeheuren Summen für seine Bauten, Sammlungen und Hoffeste stets zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen gerieten die Finanzen in völlige Verwirrung. Obwohl die Stände von 1731 bis 1746 im ganzen über 40 Millionen Taler bewilligten, standen sie doch schon 1749 vor der Notwendigkeit, eine Steuerschuld von 30½ Millionen Talern und eine Kammereschuld von 3 Millionen verzinsen zu müssen. Da jedoch die Verschwendung weiter ging, so vermochte die Steuerkasse bald die Zinsen nicht mehr zu bezahlen, und ihre Steuerscheine sanken rasch im Kurs. Um Geld zu schaffen oder zu sparen, griff Brühl zu den gewissenlosesten Mitteln. Selbst die Mündel- und Depositengelder befahl er zur Steuerkasse zu ziehen, das Heer setzte er allmählich von 45 000 Mann auf 21 000 herab, die Ausrüstung blieb mangelhaft, die Festungen verfielen, Sold und Gehalte wurden kaum mehr gezahlt. So war Sachsen nach keiner Seite hin leistungsfähig.

In der Tat dachte Brühl sein Ziel, die Schwächung Preußens, wesentlich mit fremder Hilfe zu erreichen, insbesondere durch Anlehnung an die katholischen Höfe, zu denen Sachsen damals mehrfach durch Ehebündnisse in nähere Beziehungen trat, so zu Frankreich durch die Vermählung des dortigen Thronfolgers Ludwig mit Maria Josepha, der dritten Tochter des Kurfürsten, zu Bayern durch die Ehe des Kurprinzen Friedrich Christian mit Maria Antonia Walpurgis, der Schwester Maximilian Josephs (1747). So gelang es, mit Frankreich im April 1746 einen zweijährigen Subsidienvertrag abzuschließen, der 1747 verlängert wurde. Doch weit schwerer wog das Einverständnis mit Österreich und Rußland. Zwar den förmlichen Beitritt zu deren Bündnis verhinderte der entschiedene Widerspruch der sächsischen Geheimen Räte, aber Brühl tat alles, um durch seine Gesandten in Wien, Petersburg und Paris und wohl auch mit Hilfe hochgestellter Damen gegen Friedrich zu hetzen; ja er scheute sich nicht, die Berliner Briefschaften an den preußischen Gesandten in Dresden heimlich eröffnen zu lassen.

Diesem Verhältnis der Ostmächte näherte sich auch England; am 30. Oktober 1750 trat es dem österreichisch-russischen Verteidigungsbündnis bei, am 13. Sep.

tember 1751 schlossen beide Seemächte in Warschau mit Sachsen einen Vertrag auf vier Jahre, der sie verpflichtete, das Land gegen jeden Angriff zu schützen, während Sachsen gegen Hilfsgeelder 6000 Mann zu stellen versprach.

Auflösung  
der alten,  
Entstehung  
neuer  
Bündnisse.

Alles das entsprach den altüberlieferten Beziehungen der Mächte. Doch allmählich traten Verwicklungen ein, die zu einer vollkommenen Verschiebung aller Verhältnisse führten. In Nordamerika brach der Gegensatz zwischen den englischen und französischen Interessen jetzt offen heraus. Während die Franzosen sich bestrebten, ihre Besitzungen in Canada und am Mississippi zu einem gewaltigen Kolonialreiche zu verbinden und deshalb eine Kette von Forts und Blockhäusern längs des Westabhangs der Alleghanies errichteten, breiteten sich die rasch anwachsenden englisch-deutschen Ansiedlungen von der Ostküste her unwiderstehlich westwärts nach dem Obiotale aus. Im Jahre 1754 begann dort der Kampf der Kolonisten, im Sommer 1755 eröffnete England den Raubkrieg gegen den französischen Handel im Atlantischen Ozean.

Es war beinahe unvermeidlich, daß dieser Streit auch nach Europa übergriff. Dann aber stand zu befürchten, daß Frankreich, um den zur See überlegenen englischen Gegner auf dem Festlande zu schädigen, Hannover und Belgien angreifen werde. In der Tat hatte das letztere für England eine viel größere Bedeutung als für Österreich, denn die vertragsmäßige Sperrung der Schelde, die den Handel und Gewerbfleiß Belgiens lähmte, war ausschließlich ein Werk des englischen Neides und machte das entlegene Gebiet für Österreich fast wertlos. Infolge dieses Verhältnisses brach das alte englisch-österreichische Einvernehmen in Stücke. Denn während Österreich im April 1755 die Verteidigung Belgiens den Seemächten zuwies, forderten diese die Aufstellung österreichischer Heere zur Deckung Belgiens und Hannovers; sonst, so erklärte Georg II. am 1. Juni rund heraus, könne England nicht länger der Freund Österreichs sein. Er suchte sich sogar durch den Vertrag vom 9. August den Beistand Rußlands für Hannover gegen Frankreich wie gegen Preußen zu sichern, deren Zusammengehen er zunächst voraussetzte.

Doch um dieselbe Zeit erfuhr Frankreich, daß es bei einem Angriff auf Hannover nicht nur nicht auf Friedrichs Beistand zu rechnen habe, sondern daß dieser vielmehr fest entschlossen sei, die Neutralität Hannovers und damit ganz Norddeutschlands gegen wen immer zu verteidigen. Damit lockerte sich das ohnehin stets unsichere Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich. Mißtrauisch, vereinzelt standen sich die Mächte gegenüber.

Indem sie nun nach neuen Verbindungen tasteten, errang die österreichische Staatskunst ihren glänzendsten Triumph. Die Seele dieser Pläne war Graf Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg (geb. 1711), i. J. 1748 Gesandter in London, seit 1751 in Versailles, seit 1753 als Konferenzminister, Geheimer Hof-, Haus- und Staatskanzler der Leiter Österreichs. In seinen Lebensgewohnheiten war er ein großer Herr nach französischer Art, in seinen Anschauungen ein fein und vielseitig gebildeter Freigeist, als Staatsmann der erste hervorragende Vertreter einer nüchternen österreichischen Interessenpolitik, die lediglich darauf ausging, aus dem rettungslosen Zerfalle des deutschen Reichskörpers so viel wie möglich für die Habsburger zu erwerben, Preußen



zu zerschlagen und Österreich zur herrschenden Macht Mitteleuropas zu erheben. Und dafür gelang es ihm, Frankreichs Bundesgenossenschaft zu gewinnen! Gewiß stießen die beiderseitigen Interessen seit 1748 nirgends mehr feindlich aufeinander, ja der katholische Charakter der beiden Großstaaten schien sie aufeinander anzuweisen, und der Haß gegen den Spötter Friedrich war am sittenlosen Hofe Ludwigs XV., den die Marquise von Pompadour beherrschte, nicht geringer als bei der sittenstrengen Maria Theresia. Aber wenn Frankreich dazu half, Österreichs deutschen Nebenbuhler zu vernichten, so war das ein Abfall von allen seinen Überlieferungen, und wenn es dafür seine beste Kraft in Europa einsetzte, so verspielte es in Amerika eine großartige Zukunft. Die Mehrheit der denkenden Franzosen wollte deshalb von solchen Plänen nichts wissen, aber Ludwig XV., die Pompadour und Abbé Bernis, ihr Vertrauter, waren bereit, den Bourbonenstaat vor den Siegeswagen der Habsburger zu spannen. Die letzte Entscheidung dafür gab, daß Friedrich am 16. Januar 1756 mit England den Vertrag von Westminster schloß. Er verpflichtete beide Mächte sich gegenseitig nicht anzugreifen und den Einmarsch fremder Truppen in Deutschland zu hindern. Tief verletzt nahm nun Ludwig XV. am 1. Mai in Versailles das Verteidigungsbündnis mit Österreich an.

Inzwischen drängte Rußland hastig zum äußersten. Im April 1756 schlug Bestushev in Wien den sofortigen Angriff auf Preußen und dessen Teilung vor. Kaunitz stimmte dem bei, verlangte aber eine Verschiebung des Angriffs auf 1757 aus Rücksicht auf Frankreich und machte diesem die darauf bezüglichen Vorschläge.

Das tatsächliche Einverständnis der drei Großmächte war also hergestellt, Friedrich stand dicht vor dem Abschluß eines furchtbaren Kriegsbündnisses, das seinen Staat von drei Seiten umspannte. Er war davon im ganzen unterrichtet, teils durch den Verrat des sächsischen Kanzlisten Menzel, teils durch vertrauliche Mitteilungen aus Holland, Wien und Petersburg, und er beschloß den einzigen Rettungsweg einzuschlagen, der ihm übrig blieb: durch raschen Angriff den überlegenen Gegnern zuvorzukommen, ehe ihr Bund fertig war. Dies war der Plan, den der König mit Schwerin, Winterfeldt, Keith, Schmellau und Ferdinand von Braunschweig entwarf. Das Heer stand schlagfertig, im Staatschatz lagen 18 Millionen Taler, genug für einen zweijährigen Feldzug. Doch nicht ein solcher, sondern ein siebenjähriger Heldenkampf, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hatte, stand bevor.

Auf das Andringen des englischen Gesandten Andrew Mitchell machte Friedrich einen letzten Versuch, den Bruch zu vermeiden. Er stellte in Wien zunächst eine Anfrage wegen der österreichischen Rüstungen, und als darauf nur eine ausweichende Antwort kam, noch eine zweite, ob Österreich in diesem oder im folgenden Jahre ihn anzugreifen gedanke. Da Maria Theresia hierauf jede Erklärung verweigerte, befahl er am 26. August den Einmarsch in Sachsen. In der Morgenfrühe des 28. setzte er sich selbst auf dem Paradeplatze von Potsdam an die Spitze der hier vereinigten Regimenter.

Am selben Tage überschritten die preussischen Truppen, 70 000 Mann mit 224 Geschützen, in drei Heersäulen die Grenze Sachsens. In Erinnerung an die Rolle, die das Land 1744-45 gespielt hatte, wollte der König sich seiner versichern,

Friedrichs  
Lage und  
Entschluß.

Der  
Ausbruch  
des sieben-  
jährigen  
Krieges.

Pirna und  
Lobositz.  
1756.

ehe er in Böhmen einrückte. Da Sachsen keinen eigentlichen Widerstand leisten konnte und Österreich überrascht war, so blieb nichts übrig, als das kleine Heer von 17–18 000 Mann in einem festen Lager oberhalb Pirnas unter dem Schutze der unbezwinglichen Befestigung Königstein zu vereinigen, nach der sich auch der Hof begab. Dresden war nicht zu halten, selbst die großen Wassenvorräte konnten nicht gerettet werden, obwohl die Preußen erst am 9. September die Hauptstadt besetzten; sogar die wichtigen Papiere über die letzten Verhandlungen waren zurückgeblieben und wurden der Kurfürstin, die sie in ihre Zimmer hatte bringen lassen, fast mit Gewalt abgenommen. Denn nur sie lieferten dem Geh. Legationsrat Grafen von Hertzberg und dem Minister Grafen von Finckenstein die unanfechtbare Unterlage zu der Denkschrift, die den Überfall Sachsens vor der erstaunten Welt rechtfertigen sollte (*Mémoire raisonné sur la conduite des cours de Vienne et de Saxe*). So in Besitz fast des ganzen Landes forderte der König, der anfangs nur „den ohnschädlichen Durchmarsch“ verlangt hatte, am 14. September den Anschluß Sachsens. Mit der Ablehnung dieses Begehrens am 18. September trat der volle Kriegszustand ein.

Bereits war das sächsische Lager von überlegenen Truppenmassen eingeschlossen. Doch wäre anfangs der Durchbruch nach Böhmen auf der Straße über Nollendorf noch möglich gewesen, denn dort standen unter Feldmarschall Browne bedeutende Streitkräfte. Der sächsische Oberbefehlshaber Graf Rutowski widerriet indessen dem Kurfürsten, sich so unbedingt Österreich in die Arme zu werfen, und schon trat auch ein preussisches Beobachtungskorps unter Keith den Österreichern in Böhmen entgegen, während am 20. September Schwerin von Schlesien über Nachod dort einrückte. Um den Sachsen jede Aussicht auf Entsatz abzuschneiden, vereinigte sich Friedrich selbst mit Keith und durch das Mittelgebirge südwärts vorgehend, schlug er am 1. Oktober die ihm entgegenkommenden Österreicher bei Lobositz a. E. in blutigem, lange schwankendem Kampfe zurück, den, da seine Reiterei in der Talebene geworfen wurde, sein unverwundliches Fußvolk auf dem linken Flügel durch die Erstürmung der Weingehänge des Lobosch in aufgelöstem Schützengefecht entschied. Wohl versuchte nun Browne mit freilich zu schwachen Kräften, nur 8000 Mann, auf dem rechten Elbufer sich den Sachsen zu nähern, aber dabei geriet er in die Felsen und Schluchten des Meißner Hochlandes und konnte, obwohl er am 11. Oktober bis zwei Stunden östlich von Schandau vordrang, mit dem sächsischen Lager sich nur durch Signale in Verbindung setzen. Ein letzter verzweifelter Versuch der ausgehungerten und ermatteten Sachsen, sich zu ihm durchzuschlagen, beschleunigte das Ende. Als am 11. Oktober bei strömendem Regen und dichtem Nebel die zusammengeschmolzenen Scharen, nur noch 12000 Mann stark und fast ohne Geschütze, dicht unterhalb des Königsteins die Elbe überschritten und die „Ebenheit“ um die schroffen Felsmauern des Liliensteins erklommen, da hatten sich schon preussische Truppen zwischen sie und Browne geschoben und zwangen diesen am 14. Oktober zum Rückzuge. Mit seinen völlig erschöpften Leuten unfähig zu fechten oder auch nur zu marschieren schloß Rutowski am selben Tage einen Waffenstillstand und  
 1756. unterzeichnete am 16. Oktober die Kapitulation. Das sächsische Heer gab sich kriegs-

Preußen zu dienen, der Königstein wurde für neutral erklärt und der Hof erhielt Erlaubnis, nach Warschau abzureisen, wo er bis zum Frieden blieb. Gegen die sächsische Auffassung des Vertrages zwang der König dann die kriegsgefangenen Soldaten, ihm den Fahneneid zu schwören und stellte die Offiziere vor die Wahl, entweder in seine Dienste zu treten oder sich in sächsischen Städten internieren zu lassen. Doch die gehoffte Verstärkung seiner Streitmacht hat sich daraus nicht ergeben, vielmehr sind die alten sächsischen Regimenter in den nächsten Jahren fast alle zum Feinde übergegangen.

Sachsen und sein Heer (mit Ausnahme einiger in Polen stehenden Reiterregimenter) waren in des Königs Hand, und im Besitz des gewaltigen Gebirgswalles von der oberen Saale bis zur oberen Oder durfte er hoffen, seinen Feinden nachdrücklich zu widerstehen. Doch den eigentlichen Zweck des Feldzuges zu erreichen war er doch durch den zähen Widerstand des kleinen sächsischen Heeres verhindert worden, und sein Einfall in Sachsen brachte den längst vorbereiteten europäischen Kriegsbund gegen ihn zum Abschluß. Zunächst hatte der Kaiser schon am 13. September ein „Dehortatorium“ wegen „friedbrüchiger Vergewaltigung“ Sachsens an ihn erlassen und dann sogar das preussische Heer aufgefordert, dem Könige den Dienst aufzukündigen, ein Vorgehen, das nicht nur Preußen scharf zurückwies, sondern das auch die deutschen Fürsten überhaupt entschieden mißbilligten. Am 17. Januar 1757 beschloß dann der Reichstag trotz preussischer Verwahrung und trotz dem Vermittlungsvorschlage Hannovers gegen eine sehr starke Minderheit der „evangelischen Stände“ den Reichskrieg gegen den Kurfürsten von Brandenburg. Viel gefährlicher als dieses Spiel mit inhaltsleer gewordenen Formeln war es, daß Frankreich schon im Oktober 1756 den diplomatischen Verkehr mit Preußen abbrach und Rußland am 11. Januar dem österreichisch-französischen Verteidigungsbündnis förmlich beitrat. Kurz nachher, am 22. Januar, verbanden sich Österreich und Rußland noch ausdrücklich zur Wiedereroberung Schlesiens, überhaupt zur Schwächung Preußens, wofür Österreich alljährlich eine Million Rubel Hilfgelder an Rußland zu zahlen versprach. Frankreich wollte freilich seine Truppen nicht nach Böhmen, sondern nach dem westlichen Deutschland senden und dort auch die Streitmacht verwenden, die es durch Soldverträge mit den geldbedürftigen kleinen west- und süddeutschen Fürsten, mit Köln, Trier, Pfalz, Bayern, Württemberg, selbst mit Mecklenburg-Schwerin aufbrachte. So focht das deutsche „Reichsheer“ im Solde des alten Reichsfeindes. Auch Frankreichs alter Bundesgenosse Schweden ließ sich in ein ähnliches Verhältnis hineinziehen (März 1757), und beide Mächte leiteten ihr Vorgehen in Deutschland damit ein, daß sie am 31. März in Regensburg die Erklärung abgaben, sie hätten sich vereinigt, um als Bürgen des westfälischen Friedens „den Lauf der das Reich verwüstenden Drangsale zu hemmen“, den Beschädigten Wiedererstattung zu verschaffen, die drei Religionen aufrecht zu erhalten und überhaupt „die deutsche Freiheit“ gegen alle Eingriffe sicher zu stellen. Preußen blieb auch auf diese heuchlerischen Redensarten die Antwort nicht schuldig, aber am 26. April zeigte Frankreich den bevorstehenden Einmarsch seiner Truppen an, und am 1. Mai unterzeichnete es mit Österreich den Teilungsvertrag von Versailles. Danach sollten Schlesien und Glatz an Österreich

Vollendung  
des euro-  
päischen  
Kriegs-  
bundes  
gegen  
Preußen.

fallen, Magdeburg und Halberstadt an Sachsen, Preußisch-Vorpommern an Schweden, das südliche Belgien an Frankreich, die Hauptmasse des Landes an den spanischen Prinzen Philipp, dessen italienische Herzogtümer Parma und Piacenza an Österreich; die Festung Luxemburg sollte geschleift werden. Dafür stellte Österreich 80 000, Frankreich 105 000 Mann ins Feld und zahlte jährlich zwölf Millionen Gulden Hilfsgelder an Österreich, mit diesem zusammen Subsidien an Sachsen und Schweden für den Kaiser und die Reichsfürsten; Schweden, Polen und Rußland blieb der Beitritt zu diesem Vertrage offen. Er enthielt das Todesurteil über die Zukunft Deutschlands. Was Jahrhunderte lang unter Strömen von Blut als wertvolle Grenzmark verteidigt worden, und was die Hohenzollern seit dem dreißigjährigen Kriege den Fremden abgerungen hatten, das gaben die Habsburg-Erbtrager an Frankreich, Spanien, Schweden, schließlich auch an Rußland (Ostpreußen) preis; sie warfen die Nation in die alte Ohnmacht zurück und gefährdeten zugleich die Gleichberechtigung des Protestantismus im Reiche, das Ergebnis des westfälischen Friedens. Indem Kaiser und Reich sich dieser Politik anschlossen, bewiesen sie mit einer bis dahin unerhörten Klarheit, daß nicht mehr die Reichsgewalten die Interessen der Nation vertraten. Seit diesem 1. Mai 1757 war der Verteidigungskampf, den Friedrich II. für Preußen begonnen hatte, ein Rettungskampf für Deutschland, und nicht die „Reichsarmee“, sondern die Regimenter des rebellischen Markgrafen von Brandenburg schlugen die Schlachten für die Zukunft der deutschen Nation.

Das  
preußisch-  
englische  
Bündnis.

Niemals seit den Tagen Gustav Adolfs hatte ihr so das Verderben gedroht; in sich gespalten, wie sie war, wurde sie zugleich von allen vier Seiten und von drei Großmächten angegriffen. Nur bei England-Hannover und den meisten norddeutschen Fürsten fand Friedrich eine zweifelhafte oder unzureichende Unterstützung. Nach dem Vertrage vom 11. Januar 1757, den der große William Pitt, von der weltgeschichtlichen Bedeutung des beginnenden Kampfes um die Zukunft Mitteleuropas und Nordamerikas durchdrungen, zustande brachte, sollte England 1 Million Pfund Sterling jährlicher Hilfsgelder an Preußen zahlen, eine Flotte in die Ostsee schicken und ein Beobachtungsheer unter dem Herzog von Cumberland neben 20 000 Mann Preußen in Hannover aufstellen. Dazu traten die Truppen von Hessen-Kassel, Braunschweig, Gotha, Lippe-Schaumburg, im ganzen nur etwa 20 000 Mann, in englischen Sold. So fiel doch fast die ganze Last des Kampfes auf Friedrichs Schultern. Mit äußerster Anstrengung brachte er 200 000 Mann unter Waffen, darunter freilich 22 000 Sachsen; alle Staatseinkünfte wurden für den Krieg in Anspruch genommen, die Beamtengehälter und Pensionen mit Anweisungen bezahlt, nur bei den ostpreussischen Ständen eine kleine Anleihe von einer halben Million Taler gemacht. Für den Fall einer entscheidenden Niederlage, welche die Hauptstadt bedrohe, wies er seinen vertrauten Minister, den Grafen von Finckenstein, im Geheimen an, die königliche Familie, die Oberbehörden und den Schatz nach Magdeburg, Stettin oder Küstrin in Sicherheit zu bringen, für den Fall seiner Gefangennahme oder seines eigenen Todes sofort seinem Bruder August Wilhelm, dem Prinzen von Preußen, zu gehorchen oder huldigen zu lassen. In Dresden stellte er während des Winters den Kriegsplan für



d. J. 1757 fest, im wesentlichen nach den Gedanken von 1756. Noch hoffte er durch einen raschen, kräftigen Stoß Österreich zum Frieden zu nötigen, ehe noch dessen Verbündete ihre erdrückende Übermacht entfalten konnten.

In der Tat gelang es ihm, als sein Heer im April 1757 wieder von Sachsen und Schlesien her in Böhmen einrückte, die weit auseinanderstehenden Österreicher vor sich her zu treiben und seine vier Heersäulen vor Prag zu vereinigen. Am 6. Mai erschocht er hier im Osten der Stadt an den vielumkämpften Höhen des Jiskaberges über Karl von Lothringen und Browne, der selbst tödlich verwundet wurde, in mörderischer Schlacht einen entschiedenen Sieg. Aber Schwerin war, als er die Fahne eines weichenden Bataillons ergriff, gefallen, ein unerseßlicher Verlust in diesem Augenblicke, und die Hauptmasse der geschlagenen Armee hatte sich in die starke Festung zurückgezogen, so daß der König Prag nicht hinter sich zu lassen wagte, sondern eine langwierige Belagerung begann. Trotzdem stand die Sache für Österreich so bedenklich, daß Maria Theresia dem Grafen Leopold von Daun, der ein zweites Heer in Mähren zusammenzog, zwar anwies, eine Schlacht zum Entsatze Prags zu wagen, aber sein Heer, das letzte Österreichs, nicht aufs Spiel zu setzen. So näherte sich der methodische, bedächtige General nur langsam und vorsichtig auf der Straße von Jglau her, indem er das preußische Beobachtungskorps unter dem Herzog von Braunschweig-Bevern vor sich her drängte. Entschlossen, die Entscheidungsschlacht zu schlagen, stieß Friedrich selbst am 14. Juni zum Herzog, sah aber am Morgen des heißen 18. Juni den weitüberlegenen Gegner, 54 000 Mann, westlich vom Städtchen Kollin und südlich von der großen Straße auf den flachen Höhen von Chozemiz und Krschetschorsch (Křečovice) in sehr starker Stellung vor sich.

Obwohl er nur über 54 000 Mann, darunter nur 18 000 Mann Fußvolf, verfügte, beschloß er dennoch anzugreifen, und zwar in der nachmals so berühmten „schrägen Schlachtordnung“, welche die stärkste Kraft in den einen Flügel, hier den linken, legte, den anderen zurückhielt, um zunächst den ihm gegenüberstehenden Feind zu fesseln, dann den anderen Flügel zu unterstützen. Gegen 1 Uhr eröffnete auf dem linken Flügel Zieten's Reiterei die Schlacht, und Hüßens Bataillone erstürmten Krschetschorsch; doch inzwischen hatte auf dem äußersten rechten Flügel, den Moritz von Anhalt führte, gegen des Königs ausdrückliche Weisung der ehrgeizige Brigadegeneral v. Manstein sich mit den Kroaten in einen immer heftiger anschwellenden Kampf um Chozemiz verwickelt, und dadurch die nächststehenden Truppenteile an dem befohlenen Einzugsmarsch so gehindert, daß zwischen beiden Flügeln eine Lücke klaffte, die nur von der ohnehin zu schwachen Reserve, sechs Bataillonen, ausgefüllt werden konnte. Trotzdem traf Daun, erschüttert von Hüßens todesmutigem Vordringen, schon Anordnungen für den Rückzug, da wirft sich der sächsische Oberstleutnant Cr. L. von Benckendorf mit seinem Dragonerregiment „Herzog von Kurland“, den Augenblick scharf erfassend, auf die von Kampf und Sonnenbrand erschöpften preußischen Bataillone; zwei andere sächsische Regimenter, dann auch österreichische folgen. Dem furchtbaren Anprall erliegen Hüßens Grenadiere, umsonst rafft der König verzweifelt noch einen Haufen zusammen, er kann den verwirrten Rückzug nicht mehr hindern. Von Zieten kräftig gedeckt, erreichte er mit den Trümmern seines Heeres Nimburg.

Er hatte mehr verloren als eine Schlacht. Die Hoffnung, durch rasche Überwältigung Österreichs den Bund seiner Gegner zu sprengen, war verspielt, in eine

fast aussichtslose Verteidigung sah er sich durch diese seine erste und verhängnisvollste Niederlage zurückgeworfen.

Zu schwach, um alle seine Grenzen gleichzeitig decken zu können, mußte er sich seitdem in rastlosen Märschen immer nach der Front werfen, von der die größte Gefahr drohte und war doch dabei immer an seine Magazine gebunden, aus denen er, wie alle Heere dieser Zeit, die Verpflegung seiner Truppen fast ausschließlich bestritt. Die außerordentliche Marschfähigkeit seines Heeres, die Beherrschung der kürzeren „inneren Linien“ und sein eigener genialer Überblick mußten sich vereinigen, um unter solchen Umständen so großes zu leisten, wie er forderte, denn sein letztes Ziel blieb stets die Zertrümmerung der feindlichen Hauptmacht durch kühnen Angriff.

Die Belagerung von Prag mußte er sofort aufgeben, aber in der Hoffnung, wenigstens das nördliche Böhmen behaupten zu können, nahm er selbst bei Leitmeritz Stellung, während August Wilhelm, bei Jung-Bunzlau an der Iser gelagert, die Straßen nach der Oberlausitz deckte, wo sich in Jittau große Magazine für 40000 Mann befanden. Doch Daun, jetzt mit Karl von Lothringen vereinigt, täuschte ihn über seine Absichten. Er wandte sich mit der Hauptmacht gegen den Prinzen, drängte ihn gegen Böhmisches-Leipa zurück, gewann die kürzere Straße nach Jittau und erschien vor der schwach besetzten und ummauerten Stadt eher, als August Wilhelm mit seiner entmutigten und herabgekommenen Heeresabteilung. Eine ebenso überflüssige wie barbarische Beschießung verwandelte am 25. Juli die blühende gewerbfleißige Stadt in einen Schutthaufen, ohne daß der Prinz, der nur eine Stunde westwärts davon stand, das zu hindern versucht hätte; am nächsten Tage zog er vielmehr nach Baunzen hin ab. Hier traf er am 29. Juli mit dem König zusammen, den sein Rückzug ebenfalls zum Abzuge aus Böhmen genötigt hatte; die harten und doch nur teilweise verdienten Vorwürfe, mit denen ihn hier der erzürnte Bruder überhäufte, erschütterten den Prinzen so, daß er sofort den Dienst verließ. Kaum ein Jahr später, am 12. Juni 1758, ist er gestorben, „von Gram getötet“. Einen Monat nur vor diesem erschütternden Bruche mit dem Bruder hatte der König seine geliebte Mutter verloren (28. Juni); tiefes persönliches Leid verband sich so mit dem Mißgeschick im Felde, und noch hatte dieses keineswegs seinen Höhepunkt erreicht.

Groß-  
Jägersdorf  
und  
Hastenbeck.

Die Scharte von Kollin durch einen Sieg über Daun auszuweihen, machte dessen Übermacht (80000 Mann) und unangreifbare Stellung zwischen Jittau und Görlitz unmöglich; dazu entwickelte sich jetzt von allen Seiten der überlegene Angriff der feindlichen Mächte. Eine russische Flotte zwang am 5. Juli Memel zur Übergabe, eine russische Armee von 100000 Mann unter Apraxin, über Kowno und Wilna ungestört durch das neutrale polnische Gebiet hindurchmarschierend, erschien in Ostpreußen und schlug den greisen Feldmarschall Lehwaldt mit seinen 30000 Mann bei Groß-Jägersdorf am Pregel (30. Juli), so daß er mit Mühe Königsberg deckte. Von Westen her marschierten die Franzosen ein, die Nordarmee unter d'Estrées gegen Westfalen und Hannover, die Südarmee unter Soubise von Frankfurt her gegen Hessen und Thüringen, beide freilich gehemmt durch die Suchtlosigkeit der Mann-

schaften, die Untauglichkeit der unverhältnismäßig zahlreichen adligen Offiziere und die schlechte Verpflegung. Aber Cumberland, statt mit seinen 54 000 Mann in der trefflichen Stellung bei Bielefeld am Teutoburger Walde stand zu halten, wich über die Weser zurück, gab damit Hessen preis, hinderte die Franzosen nicht einmal am Übergange über den Strom, wagte erst östlich der Weser bei Hastenbeck unweit von Hameln am 26. Juli die Schlacht und gab sie kopflos verloren, noch ehe sie wirklich verloren war. Endlich setzte er seinen Fehlern die Krone auf, indem er, statt auf Magdeburg zurückzugehen und somit das preussische Gebiet zu decken, sich nordwärts über die Aller zurückzog. Hier verstand er sich am 8. September zur Kapitulation von Kloster Zeven (zwischen Bremen und Harburg), nach der die Hannoveraner nach Lauenburg und Stade zurückgehen, die kleineren Kontingente in die Heimat entlassen werden sollten. Damit standen den Franzosen die Straßen nach Magdeburg und der Altmark offen, und schon knüpfte Georg II. Friedensunterhandlungen an.

Um dieselbe Zeit überschritten 22 000 Schweden die Peene und drangen bis Pasewalk vor. Der König hatte für Vorpommern so wenig Truppen übrig, daß die Hauptarbeit, der Schutz der Odermündungen und Stettins, der pommerschen Landmiliz und einer kleinen Flotille zufiel, welche die Stände der Provinz auf eigene Kosten ausrüsteten. Hätten die Schweden freilich die alte Tatkraft entfaltet, so hätte auch auf dieser Seite die Gefahr dringend werden können, zumal da die versprochene englische Flotte ausblieg.

Angegriffen in Pommern, Preußen, Sachsen und Westfalen, in den Marken bedroht und selbst geschlagen, bewahrte doch Friedrich in jedem Augenblicke das Bewußtsein seiner Königspflicht, auszuharren bis zum Ende. In dieser Stimmung schrieb er damals an Voltaire die Verse:

„Doch ich, umdräuet vom Verderben,  
Muß kühn dem Sturm entgegenzieh'n,  
Als König denken, leben, sterben!“

Und endlich brach die Sonne des Sieges wieder durch die Wolken.

Die Kriegsführung seiner Gegner litt unter dem unvermeidlichen Übel aller Koalitionskriege, der Uneinigkeit. Die Russen räumten Ostpreußen bis auf Memel, als eine schwere Krankheit der Kaiserin Elisabeth die Thronbesteigung des Großfürsten Peter, der ein leidenschaftlicher Bewunderer Friedrichs war, in Aussicht stellte, und die dadurch freigewordenen ostpreussischen Regimenter drängten die Schweden wieder hinter die Peene zurück. Im Westen blieb d'Estrées' Nachfolger, der Herzog von Richelieu, ein Feind Österreichs und gefesselt von der persönlichen Größe des Gegners, untätig im Halberstädtischen stehen. Doch das Entscheidende tat der König, und zuerst im Westen errang er einen überwältigenden Erfolg. Gemäß seinem Beschlusse vom Januar hatte der Reichstag gegen den Kurfürsten von Brandenburg die „eilende Reichshilfe“ aufgeboten, die ein unsterblicher Druckfehler in dem Ausschreiben boshaft, aber sachgemäß in eine „elende“ verwandelte. Denn noch niemals war der ehrwürdige Name des Reiches von seinen Vertretern so dem Gespötte preisgegeben worden wie hier. Aus Landstreichern, Verbrechern und anderem Gesindel setzten sich die winzigen Kontingente zusammen, mit denen die kleinen Stände

des Südens ihrer Reichspflicht genügten, in Kleidung und Bewaffnung von der buntscheckigsten Verschiedenheit; einigermaßen kriegstüchtig waren nur die Bataillone der wenigen größeren Staaten. Auch bei diesen aber war, soweit sie evangelisch waren, die Abneigung gegen den Kampf mit der protestantischen Vormacht so groß, daß z. B. die 3200 Württemberger bis auf etwa 400 Mann zu den Preußen übergingen oder sich verliefen. Dieser Kriegsrüstung des Reiches entsprach der Empfang, den der brandenburgische Gesandte in Regensburg, Freiherr von Plotho, dem Notarius Aprill bereitete, als ihm dieser nach der alten Weise die Vorladung für seinen Herrn zugleich mit der Androhung der Reichsacht überreichen wollte: er warf den Mann aus der Tür (14. Oktober). Jene Truppen, 33 000 Mann, vereinigte nun Prinz Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen mit den 24 000 Franzosen des Prinzen von Soubise bei Erfurt. Doch wichen beide einer ernstern Begegnung aus, als Friedrich, die Verteidigung Schlesiens dem Herzog von Braunschweig-Bevern überlassend, im September in Thüringen erschien, und Wochen vergingen beiden Teilen unter zwecklosen Märschen. Endlich nötigte die Nachricht, ein österreichisches Streifcorps unter Haddik bedrohe Berlin, den König zum Abzuge nach der Mark. Er kam zu spät, um die Besetzung seiner Hauptstadt (16. Oktober) zu verhindern, aber seine bloße Annäherung verscheuchte schon am nächsten Tage wieder die schwache feindliche Abtheilung, und er konnte sich wieder nach Thüringen wenden. Hier hatten inzwischen die Franzosen und Reichsvölker, vor Richelieu verstärkt, die Saale überschritten und Leipzig besetzt. Beim Anmarsche des Königs verschwanden sie wieder hinter dem Flusse und hinderten auch die Preußen nicht, ihn an drei Punkten, bei Halle, Merseburg und Weißenfels zu überschreiten. Endlich am 4. November sah er die Feinde vor sich, nordwestlich von Weißenfels auf den sanften Höhen, die im Westen den flachen Kessel des Dorfes Roßbach umgeben; sie zählten 43 000 Mann mit 100 Geschützen, darunter nur 10 000 Mann Reichstruppen. Zu seinem Glücke

1757. ersparte ihm der Übermut der Franzosen, die des Sieges über die verspottete „Potsdamer Wachparade“ sich ganz sicher glaubten, den gefährlichen Versuch, mit seinen 22 000 Mann ihre starke Stellung anzugreifen. Um die Mittagszeit des 5. November verließen sie ihre Höhen, um im weiten Bogen südwärts das preussische Lager bei Roßbach zu umgehen und dem Heere den Rückweg nach der Saale abzuschneiden. So boten sie die linke Flanke ihrer langgestreckten Marschkolonnen seinem vernichtenden Stoße. Vor den über den Jamushügel im Osten heranbrausenden Schwadronen des jugendlichen Generalmajors von Seydlitz brach alles jäh zusammen, von der preussischen Infanterie kamen nur 7 Bataillone unter Prinz Heinrich ins Feuer, und binnen anderthalb Stunden war die doppelt überlegene feindliche Armee in verworrener Flucht nach der Unstrut. Sie hatte an Toten nur 700, an Verwundeten 2000, an Gefangenen über 5000 und fast ihr ganzes Lagergerät verloren, während die Preußen, ihren Sieg mit einem Verluste von wenig über 500 Mann erkaufen. Mit lautem Jubel begrüßte ganz Deutschland den Tag von Roßbach, der endlich eine Genugthuung gab für ein Jahrhundert französischer Bedrängnis und Überhebung.

Der Sieger verfolgte den Feind nur bis Erfurt, denn die Nachrichten aus Schlesien riefen ihn dorthin. Schon die Niederlage bei Moys südlich von Görlitz am 7. September,





die des Königs Liebling Winterfeldt verschuldete und mit dem Leben bezahlte, hatte Bayern genötigt, sich nach Eiegnitz zurückzuziehen. Als die Österreicher seine Verbindung mit Breslau bedrohten, war er am 27. September dorthin gegangen, konnte jedoch die Einnahme von Schweidnitz (14. November) nicht hindern und wurde endlich am 22. November bei Breslau selbst angegriffen und geschlagen. Noch gelang es ihm, die Hauptmasse seiner Truppen, 20 000 Mann, die Oder abwärts zu führen, doch am 24. November fiel er selbst bei einem Rekognoscierungsritt den Österreichern in die Hände, und am nächsten Tage ergab sich ihnen die schlesische Hauptstadt. Die Provinz war für Friedrich verloren, und ohne sie war er selbst verloren.

Doch in diesem Augenblicke stand er bereits an ihrer Westgrenze. Durch einen raschen Streifzug Keith's nach Böhmen den Feind über seine Absichten täuschend, war er am 13. November mit nur 13 000 Mann, denen freilich das Hochgefühl des Sieges von Roßbach die Brust schwellte, von Leipzig aufgebrochen und erreichte in rastlosem Eilmarsch (36 Meilen in 12 Tagen) am 24. November Naumburg a. Queis. Zum Entsatze von Schweidnitz und selbst von Breslau kam er zu spät, nur eine siegreiche Schlacht konnte ihn noch retten. Am 28. führte ihm Zieten bei Parchwitz das Bevernsche Korps zu, aber diese Leute hatten seit dem Tage von Kollin nur Niederlagen erlebt, und was wollten auch seine 34 000 Mann bedeuten gegen die 70—80 000 Mann des Feindes, der obendrein in fast unangreifbarer Stellung hinter der Höhe südlich von Breslau stand! Doch die Sieger von Roßbach flößten allmählich ihre eigene Zuversicht den niedergeschlagenen Kameraden ein, und mit freudiger Begeisterung begrüßten die Offiziere die Anrede, mit der sie der König in Parchwitz zum Ausersten entflammte: „Wir müssen den Feind schlagen oder uns <sup>1757.</sup> alle unter seinen Batterien begraben lassen.“ Wieder erleichterte ihm der Gegner das Spiel. Gegen Dauns Rat ging Karl von Lothringen dem König entgegen und nahm, die hier fast brückenlose Weistritz mit ihren nassen Wiesengründen im Rücken, seine Stellung auf der Landwelle, über die, 6—7 000 Schritt von einander entfernt, zwei Straßen nach Breslau laufen, die nördliche über Frobelswitz und Lissa, die südliche über Leuthen; fünf österreichische und sächsische Reiterregimenter waren westwärts bis Borne vorgeschoben.

Diese warf am nebligen Morgen des 5. Dezember der erste Stoß des preussischen Vortrabs in Verwirrung auf die Hauptmacht zurück. Von einem Hügel aus dann die ganze Stellung des Feindes überschauend, die auf dem schneebedeckten Boden deutlich sichtbar sich über eine Meile weit von Sagschütz über Leuthen und Frobelswitz mit der Front nach Westen hin ausdehnte, ließ der König seine Truppen halb rechts abschwanken, um abermals in der „schrägen Schlachtordnung“, doch hier mit dem rechten Flügel als Angriffsflügel voran, den Gegner in seiner linken Flanke zu fassen. Die österreichischen Oberbefehlshaber deuteten diese Bewegung als Rückzug, den Daun nicht stören wollte, doch mittags gegen 1 Uhr eröffneten Moritz von Anhalt und Zieten den Kampf. Jener warf die Bayern und Württemberger bei Sagschütz, dieser zersprengte Nadasdys Reiterei. So überraschend in der Seite gefaßt, bildeten die Österreicher hastig eine neue, südwärts gewandte Schlachtordnung mit dem Zentrum bei Leuthen. Doch in heftigem Kampfe ward dieses Dorf erstürmt, und mit einem gewaltigen Angriff von vierzig Schwadronen entschied General Driesen den Rückzug des Feindes, noch ehe der kurze Wintertag zu Ende ging. Noch galt es den Sieg auszubeuten, den Geschlagenen den Rückzug über

die Weistritz möglichst zu erschweren. Spät am Abend noch überraschte der König mit wenigen Bataillonen Eissa, und zwar so verwegen, daß nur die Besürzung der österreichischen Offiziere über sein unvermutetes Erscheinen auf dem Schlosse und seine Geistesgegenwart ihn vor der Gefangennahme bewahrt hat. Unterdes hatte sich ohne Befehl sein ganzes Heer nach Eissa in Marsch gesetzt, und über das weite Eichenfeld klang durch die sternklare Winternacht, von 25000 Kriegeren gesungen, in feierlichen Akkorden das ergreifende evangelische Siegeslied „Nun danket alle Gott“. Die österreichische Armee war kampfunfähig. Sie hatte bei Leuthen etwa 10000 Mann an Toten und Verwundeten, 12000 Gefangene, 116 Geschütze, 51 Fahnen eingebüßt; nur 35000 Mann kehrten nach Böhmen zurück.

Es war der strahlendste Sieg, den Friedrich jemals errungen hat. Am 21. Dezember ergab sich auch Breslau mit 17000 Mann, am 28. Liegnitz. So endete d. J. 1757 nach sinnverwirrendem Wechsel von Niederlage und Sieg für den König doch mit der Behauptung aller der Landschaften, die er am Beginn des Feldzuges besessen hatte.

Crefeld. Da begann Frankreich bereits des ergebnislosen Kampfes müde zu werden und entschloß sich nur auf Österreichs Drängen, die Subsidienverträge mit Schweden, Bayern und Württemberg zu erneuern und 10000 Sachsen, meist fahnenflüchtige aus dem preussischen Lager, in Sold zu nehmen. Auch Maria Theresia mußte den Aufwand ihres prunkvollen Hofhaltes einschränken, worin ihr der Adel patriotisch folgte, und zog selbst die Toskaner, die Untertanen ihres Gemahls, heran. Noch viel größer waren verhältnismäßig die Anstrengungen Friedrichs. Sachsen mußte 4 Millionen Taler aufbringen, Mecklenburg-Schwerin, das er schon 1757 gleichfalls hatte besetzen lassen, 2½ Millionen. Zum Glück erneuerte Pitt am 4. April 1758 den Vertrag über die Hilfgelder und sicherte eine Vermehrung des Heeres in Norddeutschland um 5000 Mann zu. Denn die englische Regierung hatte die Anerkennung der schimpflichen Konvention von Kloster-Zeven verweigert und den Truppen auf Friedrichs Verwendung in dem jugendlichen Herzog Ferdinand von Braunschweig (geb. 1721) einen Führer gegeben, der mit hoher Feldherrnbegehung den feinsten Takt in der schwierigen Behandlung der verschiedenartigen Bestandteile seines Heeres verband.

1758. Mit ihm eröffnete er den westdeutschen Feldzug schon am 18. Februar 1758, den Franzosen völlig unerwartet, die in weit ausgedehnten Winterlagern hinter der Weser, Aller und Oker standen. Da sie somit an jedem einzelnen Punkte die schwächeren waren, wichen sie überall ohne eigentliche Gegenwehr zurück, gingen zu Anfang April bei Wesel über den Rhein, räumten selbst Hessen und Ostfriesland. Ihnen folgend und überall von dem erbitterten Volke als Befreier von den französischen Plünderern begrüßt, überschritt der Prinz zu Anfang Juni bei Emmerich den Strom und schlug am 23. Juni die Franzosen bei Crefeld aufs Haupt; seine Reiter schweiften bis in die Gegend von Brüssel. Erst als der kriegserfahrene Marschall Contades den Oberbefehl übernahm und Soubise durch Hessen bis Westfalen und Hannover vordrang, räumte Ferdinand das linke Rheinufer, wußte aber die Vereinigung der beiden feindlichen Heere zu verhindern und sie auf die Rheingegend und das südliche Hessen zu beschränken.





Voll leidenschaftlichen Verlangens nach einer Entscheidungsschlacht schlug Friedrich sein Lager geradezu in Schußweite der österreichischen Batterien auf, indem er sich dabei auf das hochgelegene Dorf Hochkirch stützte, dessen weißer Kirchturm weithin die Gegend beherrscht, doch er büßte die verwegene Herausforderung des unterschätzten Gegners mit einer furchtbaren Niederlage. In der Morgenfrühe des 14. Oktober bei völliger Dunkelheit, die ein dichter Nebel noch undurchdringlicher machte, traf ihn Daun mit einem wohl vorbereiteten Überfall. Nur die eiserne Kriegszucht der Preußen, die kaltblütige Besonnenheit ihrer Offiziere und der todesverachtende Heldenmut aller rettete die Überraschten vor dem Untergange. Im wütenden nächtlichen Ringen, oft Mann gegen Mann, unter dem flackernden Feuerscheine des brennenden Hochkirch geht das Dorf verloren, und vergeblich sind alle Anstrengungen, es wieder zu nehmen: Karl von Braunschweig, Feldmarschall Keith, Moritz von Dessau bleiben tot oder schwer verwundet. Erst das Morgenlicht machte dem Kampfe ein Ende und gestattete die Verluste zu übersehen. Um 9000 Mann geschwächt und fast ihres ganzen Geschützes beraubt, zogen sich die Preußen vom Schlachtfelde zurück, doch in so fester Ordnung, daß Daun sie nicht zu verfolgen wagte.

Überschwänglicher Jubel begrüßte den Tag von Hochkirch in Wien, und Papst Clemens XIII. beschenkte Daun als Sieger über den großen Kehler mit dem geweihten Hut und Regen, aber Folgen hatte die Niederlage kaum. Friedrich konnte noch im Oktober durch einen verwegenen Eilmarsch seine belagerten oberschlesischen Festungen Cosel und Neiße entsetzen und dann, nach Sachsen zurückgekehrt, im November Daun von Dresden nach Böhmen drängen, das Reichsheer zum Rückzuge nach Franken nötigen. Wieder blieben Sachsen und Schlesien in seiner Hand, nur das entlegene Ostpreußen war ihm verloren.

Bergen  
und  
Minden.  
1759.

Da begann das österreichisch-französische Bündnis zu wanken. Zwar mußte Bernis, der geradezu für den Friedensschluß eintrat, im Dezember 1758 dem bisherigen Gesandten in Wien, dem Grafen Choiseul, weichen, aber auch dieser beschränkte den Zweck des Bündnisses ausdrücklich auf die Eroberung Schlesiens und schloß nur neue Soldverträge mit Kurpfalz, Bayern und Württemberg ab. Auch blieben die kriegerischen Anstrengungen der Franzosen mäßig. Nachdem sie sich am 2. Januar 1759 durch einen Handstreich Frankfurts bemächtigt, wo sie bisher nur das Recht des Durchzuges gehabt hatten, siegte Marschall Broglie, Soubises tüchtiger Nachfolger, am 15. April bei Bergen über Ferdinand von Braunschweig, der die Stadt ihm wieder entreißen wollte; doch Contades' Nordarmee wurde am 1. August bei Minden völlig geschlagen und nach Hessen zurückgeworfen, auch ein Vorstoß der Württemberger noch im November bei Fulda abgewehrt und so die barbarische Absicht der Franzosen, das ganze Land zwischen Weser und Rhein in eine Wüste zu verwandeln, wie 1689 die Pfalz, glücklich vereitelt.

Kunersdorf  
und  
Dresden.

In Sachsen und Schlesien hatte Friedrich die Rollen ebenso verteilt wie i. J. 1758. Die Hauptaufgabe war diesmal, die Vereinigung der Österreicher und Russen zum Angriffe auf die Mark zu verhindern. Indessen Soltikow drang nach seinem blutigen Siege über das Korps Wedells bei Kay in der Nähe von Jülichau (25. Juli) bis Frankfurt a. O. vor und trat wirklich in Verbindung mit der österreichischen Heeresabteilung, die Franz Gideon von Laudon, weitaus der begabteste unter den Heerführern Maria Theresias, von Abkunft ein Eivländer (geb.

1707), von der Lausitz heranzuführen. Der König überließ nun die Verteidigung Schlesiens dem Prinzen Heinrich, die Sachsens dem Generalleutnant Fr. August von Finck, und vereinigte sich mit Wedell, um die Russen anzugreifen. Diese, etwa 60000 Mann, befanden sich in sehr starker Stellung auf der sandigen, von tiefen „Gründen“ mehrfach durchbrochenen Hügelkette, die auf dem rechten Oderufer südlich von Kunersdorf von Westen nach Osten läuft und im Norden von ungangbarem Bruchlande, im Westen vom Odertale, im Osten von einer Kette kleiner Seen gedeckt wurde, so daß ein feindlicher Anmarsch nur auf der Straße von Küstrin her möglich war.

Diese einschlagend, sagte Friedrich um die Mittagszeit des heißen 12. August die Russen vom Osten her. Im blutigen Kampfe erstürmten die Preußen die östlichste Höhe, den Mühlberg, aber an den Verschanzungen des Kuhgrundes kamen sie zum Stehen, und als der König hartnäckig die letzten Kräfte der Erschöpften an den Angriff auch auf den Spitzberg setzte und Seydlitz dabei verwundet gefallen war, da brach <sup>1759.</sup> nachmittags gegen 5 Uhr Laudon durch den Judengrund ihnen in die Flanke und verwandelte die halbgewonnene Schlacht in eine vollständige Niederlage der Preußen. Erst an den Oderbrücken kam die Flucht zum Stehen; fast wäre der König, der mit der Gleichgültigkeit der Verzweiflung auf dem Mühlberge noch aushielt, den Kosaken in die Hände gefallen. Er gab sich und den Staat verloren und nahm in einem kurzen Briefe an Finckenstein Abschied für immer.

In der Tat hatte er 18000 Mann eingebüßt, aber die Sieger hatten nicht viel weniger verloren, und die Russen waren kaum minder erschöpft wie er, verzweigten deshalb jedes weitere Vorgehen. So konnte Friedrich schon am 18. August mit etwa 33000 Mann bei Fürstenwalde eine die Hauptstadt deckende Stellung einnehmen, und bald zogen sich die Russen wieder nach Polen zurück. — Doch wenn Berlin gerettet wurde, so ging Dresden verloren. Nachdem die Reichstruppen Leipzig, Wittenberg und Torgau besetzt, hatten sie sich den 20000 Österreichern angeschlossen, die schon seit dem 9. August vor Dresden standen. Jetzt erhielt der preussische Kommandant General v. Schmelltau vom König unter dem unmittelbaren Eindrucke der Niederlande von Kunersdorf die Weisung, unter Umständen auf gute Bedingungen hin zu kapitulieren. Da er nur über 5000 Mann unzuverlässiger Truppen verfügte, so übergab er wirklich die Hauptstadt gegen freien Abzug mit allen Ehren und allem Kriegsmaterial. Als am 5. September Gegenbefehl eintraf, war der Vertrag schon in der Ausführung begriffen, und Dresden ging über. An seine Wiederoberung setzte Friedrich die letzten Kräfte in den letzten Monaten d. J. 1759. Mit Prinz Heinrich vereinigt lagerte er sich vor der Stadt Daun gegenüber, der jenem aus Schlesien gefolgt war. Um ihn zum Rückzuge nach Böhmen zu veranlassen, sandte der König den General Finck mit 12000 Mann auf seine Rückzugsstraße über Dippoldiswalde, nach dem Erzgebirge aber in eine so gefährliche Lage hinein, daß Finck nur widerwillig den Befehl ausführte. Was er vorausgesehen hatte, geschah: auf der Hochfläche bei Mägen von allen Seiten angegriffen, mußte der unglückliche General am 21. November nach tapferster Gegenwehr die Waffen strecken, das erste Beispiel derart in der preussischen Kriegsgeschichte. Dresden und ein Teil Sachsens blieben für Friedrich verloren; mit Mühe behauptete er sich mit schwachen Kräften im Winterlager bei Wilsdruff.

Dresden  
und  
Landshut.  
1760.

Nach vierjährigen Anstrengungen konnten sich die verbündeten Mächte eines ersten bescheidenen Erfolges rühmen. Sie beantworteten deshalb die „Ryswyker Deklaration“, die gemeinsamen Friedensvorschläge Preußens und Englands, am 3. April 1760 ausweichend, also ablehnend, und zugleich sicherte sich Rußland durch den sogenannten Schuwalowischen Vertrag vom 21. März die Zustimmung Österreichs zur Einverleibung Ostpreußens und Danzigs. Freilich mußten die Stände Österreichs große außerordentliche Bewilligungen machen und was noch fehlte, konnte nur der Opfermut des reichen Adels decken. Immerhin fiel es den drei Mächten viel leichter, 230000 Mann aufzustellen, als Friedrich, sein Heer durch Werbung 1760. und Zwangsrekrutierung auf 90000 Mann zu bringen, während zugleich die Tüchtigkeit der Truppen und die Zahl der alten bewährten Generale immer mehr sank. So beschloß er, sich in Schlesien ganz auf die Verteidigung zu beschränken, die Prinz Heinrich an der mittleren Oder gegen die Russen, Karl von Fouqué bei Landshut gegen die Österreicher zu führen hatte; er selbst wollte zunächst Dresden wieder nehmen. Wirklich ließ sich Daun durch einen verstellten Marsch nach der Lausitz von dort weglocken, und der König, rasch umkehrend, begann am 14. Juli eine furchtbare Beschießung vornehmlich der Altstadt Dresden, die eine Menge prächtiger Paläste, im ganzen über vierhundert Gebäude, und auch die Kreuzkirche zerstörte; aber Dauns Rückkehr nötigte ihn zur Räumung des rechten Elbufers und endlich am 30. Juli zum Abzuge nach Meissen. Inzwischen war Fouqué am 23. Juni bei Landeshut nach zehnstündiger, heldenhafter Gegenwehr der Übermacht Laudons erlegen, sein Korps wurde fast vernichtet, er selbst gefangen. Am 26. Juli nahm Laudon Glatz durch Überfall, dann begann er die Belagerung von Breslau, das General Tauenzien tapfer verteidigte.

Liegnitz  
und  
Torgau.

Ein rascher Marsch des Königs nach Schlesien befreite allerdings die Stadt, und Laudon selbst erlitt bei Liegnitz am 15. August eine empfindliche Niederlage, da Daun, der Friedrich wieder gefolgt war, nicht in den Kampf eingriff. Doch während sich der König abmühte, den bedächtigen Gegner zur Schlacht zu drängen, besetzten der Österreicher Lascey und der Russe Tottleben in seinem Rücken nach tapferer Gegenwehr der schwachen Besatzung und der Landmiliz am 9. Oktober Berlin, legten der Stadt eine Brandschatzung von anderthalb Millionen Taler auf, leerten die königlichen Kassen und das Zeughaus, zerstörten die Gewerfabrik in Potsdam und ließen sich von der Verwüstung der Gold- und Silbermanufaktur nur durch die Verwendung des edlen Kaufherrn Gotskowsky abhalten. Daneben verwüsteten sächsische Bataillone barbarisch Charlottenburg, wofür wieder Friedrich leidige Vergeltung übte, indem er das prunkvolle kurfürstliche Jagdschloß Hubertusburg und Brühl'sche Schlösser gründlich ausplündern ließ. Sein Numarsch befreite die Hauptstadt schon am 12. Oktober wieder, doch inzwischen hatten die Reichstruppen und Dauns Armee sich in Sachsen ausgebreitet. Gewann er das Land nicht noch vor Jahreschluß zurück, so war er ebenso verloren, wie wenn er 1757 nicht bei Leuthen gesiegt hätte. Unter ungünstigeren Verhältnissen mußte er also am 3. November das blutige Spiel bei Torgau wieder wagen, wo Daun auf den Höhen von Süptitz lagerte. Des Königs eigener Angriff auf die starke Nordfront

scheiterte trotz furchtbarer Opfer; erst der nädhtliche Sturm Zietens von Süden her entschied den schweren Sieg und gab ihm damit die militärische Herrschaft über Sachsen zurück. Trotzdem war der Kreis der Landschaften, die er behauptete, abermals enger geworden, denn Glatz blieb in den Händen der Österreicher, und auch Kolberg, das Russen und Schweden belagerten, hatte nur der glänzende Zug des Reitergenerals Paul Werner von Schlesien her im September befreit. Ebenso setzte sich im Westen die französische Südarmee in Kassel und Göttingen fest, und die Nordarmee entsetzte das belagerte Wesel, durch den Sieg bei Kampen (16. Oktober). Im J. 1761 vereinigten sich sogar die beiden französischen Heere bei Soest. Erst ihre Niederlage bei Willinghausen in der Nähe von Hamm (15. und 16. Juli) 1761. zwang sie zur Trennung, und schließlich verdrängte Ferdinand die Südarmee aus dem größten Teile Hannovers, die Nordarmee aus dem Osnabrückischen und aus Ostfriesland.

In demselben Jahre 1761 war Friedrichs Heer auf etwa 30000 Mann vermindert und somit auf die Verteidigung im strengsten Sinne angewiesen. Zum Glück für ihn unternahmen auch die gleichfalls tief erschöpften Österreicher in Sachsen gegenüber Prinz Heinrich nichts Entscheidendes; aber die Vereinigung der Russen unter Butturlin mit den Österreichern unter Laudon drohte den König selbst zu erdrücken. Nur die Schnelligkeit, mit der er im Angesichte des überlegenen Feindes seine Stellung bei Bunzelwitz unweit der Festung Schweidnitz in ein verschanztes Lager umschuf, und der Abzug der russischen Hauptmasse am 9. September rettete ihn. Schon glaubte er die Gefahr beschworen zu haben, da entriß ihm Laudon durch die Überraschung von Schweidnitz in der Nacht des 30. September seinen Stützpunkt und nötigte ihn sein Lager nach Strehlen östlich vom Zobten zu verlegen. Und wie die Österreicher sich in Schlesien festsetzten, so zwangen jetzt die Russen unter Rumjanzow durch übermächtigen Angriff zu Land und See das heldenmütig verteidigte Kolberg am 16. Dezember zur Übergabe und nahmen zum erstenmale in Hinterpommern Winterquartiere.

So verzweifelt war die Lage des Königs, daß er sogar mit dem Khan der Krymtataren und mit der Türkei Verhandlungen anknüpfte, um sie gegen Österreich und Rußland auszuspielen. Ein Wechsel in der englischen Politik schien sein Verderben zu vollenden. Nach Georgs II. Tode trat Pitt im Oktober 1761 zurück, weil der Ministerrat die von ihm geforderte Kriegserklärung an Spanien verwarf, das sich am 15. August mit Frankreich verbündet hatte, und sein Nachfolger, der Vertraute Georgs III., der Schotte Lord Bute, verweigerte die weitere Zahlung der Hilfs Gelder an Friedrich, weil er den festländischen Krieg überhaupt nicht mehr fortsetzen wollte. Trotz alles Heldenmutes schien es mit Friedrichs Staate zu Ende zu gehen. Doch wenn der große Kriegsbund gegen ihn schon mehr als einmal der Auflösung nahe gewesen war, so trat diese wirklich ein, als der Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland am 5. Januar 1762 in Peter III. einen jungen Fürsten auf den Jarenthron berief, der mit schwärmerischer Bewunderung zu Friedrich emporblickte. Auf der Stelle rief er sein Heer zurück, räumte ohne jede Entschädigung Preußen und Pommern, schloß am 6. Mai den Frieden, am 29. Mai 1762 ein

Bunzelwitz  
und  
Strehlen.

Die  
Wendung.



Bündnis mit Preußen und vermittelte auch noch den Frieden von Hamburg mit Schweden auf Grund des früheren Besitzstandes (22. Mai); ihm trat auch Mecklenburg-Schwerin bei.

Burkersdorf  
und  
Freiberg.

1762. So nach zwei Seiten hin frei geworden und von Rußland sogar mit einem Hilfskorps von 20000 Mann unter Tschernitschew unterstützt, unternahm Friedrich die Belagerung von Schweidnitz. Schon hatte er alle Anordnungen zum Angriff auf Daun getroffen, der in der Nähe am Rande des Gebirges lagerte, da langte die Kunde an, Peter III. sei von seiner Gemahlin Katharina II. gestürzt worden (9. Juli), und zugleich erhielt Tschernitschew den Befehl, abzumarschieren. Nur die unbedingte Verehrung des russischen Generals für den großen König konnte ihn dazu bestimmen, diese Weisung einige Tage zu verheimlichen und den ihm zugewiesenen Posten in Friedrichs Schlachtlinie einzunehmen, als dieser am 21. Juli die Österreicher bei Burkersdorf angriff und schlug. Am 9. Oktober ergab sich Schweidnitz, am 29. verjagte der glänzende Sieg Prinz Heinrichs bei Freiberg, zu dem Seydlitz an der Spitze des Fußvolkes kräftig mitwirkte, die Österreicher und Reichstruppen aus dem größten Teile von Sachsen. Gleichzeitig suchten preussische Streifscharen Süddeutschland heim, und kläglich zeigte sich dabei die Wehrlosigkeit altberühmter Städte. Rothenburg a. T. ergab sich vor 25 Husaren, das stolze Nürnberg zahlte 1½ Millionen Taler Brandschatzung, in Regensburg rief der Reichstag die Verwendung des furbrandenburgischen Gesandten an, und die meisten der kleineren Reichsstände erklärten sich für neutral. Dazu siegte Ferdinand von Braunschweig am 24. Juni bei Wilhelmstal vor Kassel über die französische Südmarmee, bei Lutterberg am 23. Juli über das sächsische Hilfskorps und befreite mit der Einnahme von Göttingen, Minden und Kassel (1. November) fast das ganze rechte Rheinufer vom Feinde.

Der Friede  
von Paris.

Nun brach auch das längst wankende französisch-österreichische Bündnis wirklich auseinander. Denn während Frankreich in Deutschland seine beste Kraft für österreichische Zwecke vergeudete, hatte es Kanada und zugleich die hoffnungsreichen Anfänge seines ostindischen Kolonialreiches verloren, und kein Erfolg in Europa konnte diese Einbußen wieder wettmachen. Andererseits hatte England auf dem europäischen Festlande nichts zu gewinnen; ja Lord Bute schämte sich nicht, Rußland und Österreich zu neuen Anstrengungen zu treiben, damit Preußen zur Nachgiebigkeit gezwungen werde. Endlich ließen die Westmächte ihre festländischen Bundesgenossen einfach im Stich und schlossen miteinander am 3. November 1762 den Präliminarfrieden von Fontainebleau; England zog sogar treulos seine Truppen aus Deutschland zurück, während es doch den Franzosen gestattete, die preussischen Plätze Wesel, Cleve und Geldern noch besetzt zu halten. Der Friede von Paris am 10. Februar 1763 gab dann eine Reihe englischer Eroberungen an Frankreich und Spanien zurück, überließ aber Kanada und Florida an England. Die Herrschaft des protestantischen Germanentums in Nordamerika war damit entschieden.

Der Friede  
von  
Hubertus-  
burg.

Diese Erfahrungen brachen auch den starren Willen Maria Theresias. Schon am 27. November 1762 hatte sie einen Waffenstillstand für Schlesien und Sachsen genehmigt; während desselben gelang es dem sächsischen Unterhändler Thomas von

Fritsch, den der Kurprinz Friedrich Christian nach Leipzig zu Friedrich sandte, das tiefe Mißtrauen des Königs gegen Österreichs Absichten zu besiegen. So traten am letzten Tage d. J. 1762 im verwüsteten Schlosse Hubertusburg die Unterhändler zusammen, Fritsch für Sachsen, Graf Hertzberg für Preußen, H. G. von Collenbach für Österreich. Gern hätte Maria Theresia wenigstens Glanz als Preis so ungeheurer Anstrengungen behalten; da jedoch Preußen fast ganz Sachsen dagegen in die Wagschale zu werfen hatte, so willigte sie endlich in die einfache Wiederherstellung des Besitzstandes vor dem Kriege. Auf diese Bedingung kam am 15. Februar 1763 der Friede von Hubertusburg zugleich mit für das Reich zustande. Die Preußen räumten sofort Sachsen, der König besuchte noch das teuer behauptete Schlesien und kehrte erst am 30. März über das Schlachtfeld von Kunersdorf nach seiner Hauptstadt zurück. In dichten Scharen harrte die treue Bürgerschaft ihres Königs, den sie seit sieben Jahren nicht wiedergesehen hatte, den ganzen Tag hindurch bis zum Abend und mit hellem Fackelglanz und lautem Jubelruf begrüßte sie ihn, als er endlich kam; er aber entzog sich den Huldigungen, sobald er konnte und fuhr durch dunkle Seitengassen nach dem Schlosse. Einige Tage später erschien er zum feierlichen Tedeum in der Charlottenburger Schlosskapelle, gegen alle Erwartung ganz allein, ohne den Hof. Als der Gesang begann, da stützte der harte Schlachtfeldsieger das müde Haupt in die Hand und weinte bitterlich.

Wohl war es ein verwüstetes, verarmtes, strichweise entvölkertes Land, das er vorfand, und wie in Preußen, so stand es in anderen Teilen Deutschlands, besonders in Sachsen, weniger in Österreich.

Ergebnisse  
des sieben-  
jährigen  
Krieges.

Die Einwohnerzahl Preußens war von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen auf 4 Millionen gesunken, in der Kurmark z. B. von 586 000 auf 519 000, in Schlesien um 150 000, die Neumark, wo die Russen gehaust, lag fast wüst und hatte von 219 000 Einwohnern 57 000 verloren. Im ganzen Staate waren gegen 13 000 Häuser zerstört, der Adel war erschöpft, der kleine Mann fast zu Grunde gerichtet. Dazu hatte die Münzverschlechterung unter sächsischem Stempel, zu der die Not des Krieges seit 1758 getrieben, den öffentlichen Kredit tief erschüttert. Nicht anders sah es in Sachsen aus. Hier hatte die Bevölkerung um 90 000 abgenommen, Dresden und Zittau lagen noch halb in Trümmern, der Handel Leipzigs war teilweise an Frankfurt a. M. übergegangen, die Staatsschuld auf 40 Millionen Taler gestiegen und der Staatskredit so gesunken, daß noch 1769 die fünfprozentigen Steuerscheine auf 69 standen. Berechnete doch auch das arme Land seine unmittelbaren Kriegsschäden und Kriegsleistungen auf 100 Millionen Taler. Österreich hatte weniger gelitten, weil nur Böhmen und Mähren und das nur auf wenige Jahre Schauplätze des Krieges gewesen waren, doch auch hier betrug die Schuldenlast nach dem Kriege 150 Millionen Gulden, und das Metallgeld war durch entwertetes Papiergeld aus dem Verkehr verdrängt.

Indessen diese Schäden ließen sich heilen und sind rasch genug geheilt worden, denn sie trafen ein aufstrebendes Volk. Freilich die Reichsinstitutionen waren jetzt nicht nur vom Glauben des Volkes verlassen, sie waren auch zum Gespött der Deutschen wie aller Welt geworden und trieben dem Untergange zu. Auch von den Mittel- und Kleinstaaten hatte kein einziger nachhaltige Kraft bewiesen, das Übergewicht Österreichs und Preußens, der deutsche Dualismus, war jetzt widerspruchsflos festgestellt. Wohl hatte Österreich keinen Fuß breit Erde gewonnen, aber sehr viel

an innerem Zusammenhange und begründetem Selbstgefühl. Preußens Großmachstellung aber, behauptet im Ringen gegen drei Mächte, von denen jede einzelne es an Stärke weit übertraf, war aus der schwersten Feuerprobe siegreich hervorgegangen, und die Taten seines Heeres hatten ein unschätzbares Kapital ruhmreicher Erinnerungen und vollberechtigten Stolzes im preussischen Volke aufgehäuft. Das Verhältnis der europäischen Staaten war damit völlig verschoben, und ohne das Reich, zuletzt gegen das Reich hatte die junge Großmacht aus eigenem Willen die deutschen Lebensinteressen sieghaft vertreten. So wurde der siebenjährige Krieg zur entscheidenden Krisis des neuen Deutschland. Das freilich verstand die Nation noch nicht, doch eins verstand sie: daß in dem großen Preußenkönige der größte Schlachtenmeister seit Cäsar und Alexander erstanden und daß er der ihrige sei. An seiner Heldengestalt, nicht an der Größe seines Staates, richtete sich zuerst das Selbstgefühl der Deutschen wieder auf, nicht nur in Preußen und den ihm verbündeten Ländern, sondern auch draußen im Reiche, selbst im tief verfeindeten, so hartgetroffenen Kursachsen. Was ihnen in ihren Schulen als unerreichbare antike Heldengröße hingestellt worden war, jetzt hatten die Deutschen selbst ähnliches und größeres in atemloser Spannung, mit Schauern und Entzücken erlebt, und mochte der König selbst die junge deutsche Dichtung geringschätzen, unter den erwärmenden Strahlen seines Ruhmes hat sie doch zuerst frisches Leben gewonnen.

Friedrich  
der Große.

Was Friedrich als Feldherr und Staatsmann geleistet, das war das Werk seines Genius und deshalb unmachahmlich; als Regent wurde er das Vorbild für die weitesten Kreise, denn er war durch und durch ein Sohn seiner Zeit in allen ihren Vorzügen und Schwächen, und obgleich er sich wohl erhaben dünkte über die nationalen Schranken, doch auch ganz und gar ein Sohn seines Volks. Daher steht auf der einen Seite seine freie große Auffassung des Königtums als des höchsten Staatsamtes und des Staatszweckes, als der ihm das Wohl der Gesamtheit gilt, auf der anderen durchzieht ein tiefer Spalt seine Bildung und sein ganzes Wesen. So übermächtig waren die Eindrücke seiner Jugend, daß er Zeit seines Lebens in der französischen Kultur und Literatur die höchste Blüte menschlicher Bildung erkannte und auf das aufstrebende Geistesleben des eigenen Volkes ohne Verständnis herabsah, wenngleich sein gelegentlicher Verkehr mit Gottsched und Gellert in Leipzig und selbst seine wunderliche Schrift von 1780 „über die deutsche Literatur“ zeigen, daß er für sie nicht ohne Teilnahme war; doch weder Klopstock noch Lessing hat er beachtet und über Goethes „Götz“ wegwerfend geurteilt. Was er selbst schrieb in einer fast unbegreiflichen Fruchtbarkeit und Vielseitigkeit als einer der ersten Historiker seiner Zeit, als geistvoller von Laune und Witz sprudelnder Publizist in eigener Sache, als forschender Philosoph und als formgewandter Dichter, das schrieb er französisch. Französisch-englisch war auch die Grundlage seiner sittlich-religiösen Anschauung, und früh, schon 1738, ist er deshalb auch dem Freimaurerorden beigetreten. Wie allen Denkern galt ihm das Dasein Gottes als unumstößliche Vernunftwahrheit, aber auf tiefere Erkenntnis verzichtete er, und die Unsterblichkeit der Seele erschien ihm nicht als unzweifelhaft. So weit er einen Hof hatte, war er französisch. Franzosen oder französisch gebildete Schöngeister und Gelehrte bildeten seine nächste Umgebung, von

diesen der liebenswürdige Dietrich von Keyserlingk und die beiden Schotten Georg und James Keith, der tapfere Feldmarschall, von jenen der gelehrte, geistvolle Ch. Et. Jordan, der Marquis d'Argens und einige Jahre hindurch (1730—1733) selbst das gefeierte Haupt der Aufklärung, Voltaire, den er unter den glänzendsten Bedingungen zu sich berief. Und wohl waren es Stunden feinsten geistigen Genusses, wenn in jenen Jahren bei der gemeinsamen Abendtafel im offenen Gartensalon von Sanssouci unter strahlendem Kerzenlicht das Gespräch bald um die höchsten Ziele menschlichen Wissens flog, bald in blühenden Witzegefechten sich bewegte, oder wenn der König etwa mit seinem alten Lehrer Quanz vor einer auserlesenen Zuhörerschaft die Flöte spielte. Doch das persönliche Verhältnis zu Voltaire endete durch die Schuld des ränkevollen Franzosen mit einem Bruche, und der Beginn des siebenjährigen Krieges machte dem ganzen heiteren, angeregten Treiben ein Ende für immer. Und doch waren es keineswegs nur äußere Veranlassungen, die solche Verbindungen immer wieder zerstörten, sondern die innerste Natur des Königs. Er war nach dem Kerne seines Wesens durchaus ein Deutscher des 18. Jahrhunderts, in der Strenge seiner sittlichen Weltanschauung, die ganz und gar in protestantischem Boden wurzelte und ihn von der Frivolität so vieler französischer Aufklärer trennte, in der furchtlosen Wahrhaftigkeit, mit der er wie Lessing stets das Wesen der Dinge faßte und vor sich selbst sein eigenes Innere aufschloß, endlich in der Weichheit der Empfindung, der Gefühlseligkeit, die im Genusse zärtlicher Freundschaft ebenso schwelgte, wie sie in düsterem Behagen während der schlimmsten Jahre des großen Krieges mit dem Gedanken des Selbstmordes spielte, während der Heldensinn und die Geisteskraft Friedrichs doch immer wieder auch die schwersten Lagen überwand. Vollends in seinen großen Geschäften, seiner Verwaltung und seinem Heerwesen vertraute er mit wenigen Ausnahmen den Deutschen allein, und die beispiellose Popularität, die er bei seinem Volke und seinem Heere genoß, beweist am besten, wie unwiderstehlich er den einzelnen zu fesseln verstand, den einen durch ein launiges Wort, den anderen durch eine freundliche Anrede oder gütige Fürsorge, und alle durch die unbewußte Empfindung seiner Größe. Aber in sein Wesen kam durch das alles ein Zwiespalt, wie er schon lange die Bildung der Deutschen überhaupt zerriß. In ihm lebte zugleich der französische Schöngeist, der auf die angebliche Roheit und Geschmacklosigkeit seiner Landsleute voll Verachtung hinuntersah, und der deutsche Heldenkönig, der mit den derben Fäusten seiner Bauern und dem Degen seiner treuen Edelleute die Franzosen aus dem Lande schlug. So entbehrte der große König jener glücklichen Harmonie der Seele, die hundert Jahre nach ihm den großen Kaiser Wilhelm den Siegreichen zu einer so einzigartigen Persönlichkeit gemacht hat; das Glück, ganz in und mit seinem Volke zu leben, seinen Herzschlag mit zu empfinden, blieb ihm wie der Nation zum Unheil ver sagt. Und Friedrich fühlte das. Daher jener beißende Sarkasmus, der mit den Jahren immer schärfer wurde. Denn er übersah unendlich weit beide, seine französischen Tafelgenossen wie seine Beamten und Offiziere, und da er doch das Bedürfnis lebhaft empfand, zu lieben und geliebt zu werden, so liebte er immer weniger die Personen selbst als die Idealbilder, die er sich von ihnen gemacht hatte, wurde ärgerlich und bitter, wenn sie diesen nicht entsprachen



und schmerzlich bewegt, wenn sie sich gekränkt zurückzogen. So wurde es immer einsamer um ihn. Jordan und Keyserlingk waren, tief betrauert, schon 1745 gestorben, Winterfeldt, sein Liebling unter den Generalen, der „Seelenmensch“, fiel bei Moys, Keith bei Hochkirch; auch seine Mutter und seine Lieblingschwester Wilhelmine von Baireuth starben während des Krieges, von seiner ungeliebten Gemahlin lebte er getrennt. Der ehrliche, treue d'Urgens hielt noch Jahre lang bei ihm aus, dann ging auch er (1769), und Georg Keith starb vor dem König (1778). „Der Fluch der Größe, die Einsamkeit, kam über ihn“. Schon mit dem Anfange der fünfzig unter den übermenschlichen Anstrengungen der sieben Kriegsjahre ein alter Mann geworden, hart geschmiedet von den Schlägen des Schicksals, der Freunde seiner jugendfrischen Jahre beraubt, so saß er wie ein Einsiedler auf Sanssouci. Hatte er sich immer als den ersten Diener seines Volkes betrachtet, so galt vollends nach dem Kriege all sein Denken und Arbeiten dem Staate. Immer schärfer spannte er seine Forderungen an seine Untergebenen wie an sich selbst. „Dafür bin ich da!“ so wies er gelegentlich den Dank einer schlesischen Stadt zurück; das Kleinste wie das Größte leitete er selbst, allein, allwissend, unfehlbar, gerecht, soweit Menschenkraft reichte, nur auf das Ganze bedacht, gleichgültig, hart gegen den einzelnen, der unter wohlervogenen Maßregeln litt, obwohl gütig, wo ihm echt menschliches Leid einmal nahe trat; auch seine höchsten Beamten, die er sich mit durchdringendem Blick ausuchte, sollten nur die blind gehorsamen Diener seines Willens sein.

Ver-  
waltungs-  
ordnung.

Weder in der Verwaltungsordnung, noch in den Maßregeln der Verwaltung ist Friedrich eigentlich schöpferisch aufgetreten; er folgte den Bahnen des Vaters. Das Generaldirektorium erfuhr insofern eine wesentliche Umgestaltung, als der König in Erwägung der zunehmenden Notwendigkeit einheitlicher und doch selbständiger Behandlung desselben Verwaltungszweiges für den ganzen Staat neben die vier Provinzialministerien vier Fachministerien stellte, deren Geschäftskreis den ganzen Staat umfaßte, 1740 für Handel und Gewerbe, 1746 für die Heeresverwaltung, 1768 für Bergwerks- und Hüttenfachen, 1771 für das Forstwesen. Die Kabinettsminister blieben, doch erledigte der König die wichtigsten Geschäfte oft ganz allein mit einem Adjutanten oder Sekretär. Die neuen Provinzen erhielten im wesentlichen die Organisation der alten Landschaften. In Ostfriesland trat eine Kriegs- und Domänenkammer an die Spitze der Verwaltung, die 1749 auch die bis dahin ständische Steuerverwaltung übernahm. Schlesien erhielt ein besonderes Ministerium, drei Oberämter in Breslau, Oppeln und Glogau für die Rechtspflege, zwei Kriegs- und Domänenkammern in Breslau und Glogau und 48 Landratskreise. Die rasche Verschmelzung dieses bis dahin ganz ständisch regierten Landes mit dem Kerne des Staates ist das glänzendste Zeugnis für das damalige preussische Beamtentum. Auch in Ostpreußen wurde die Kreiseinteilung i. J. 1752 eingeführt, doch ohne die ständischen Kreistage, in Cleve-Mark 1753 in Verbindung mit den alten Erbentagen. Doch waren diese westlichen Provinzen, einschließlich Ostfrieslands im ganzen 257 Quadratmeilen mit 542 000 Einwohnern, von den Provinzen im Osten der Weser insofern sehr verschieden, als hier die Selbstverwaltung überall fort dauerte und die Landstände ihre volle Bedeutung für Gesetzgebung und Besteuerung behaupteten.

Auch die scharfe Scheidung der drei Stände hielt der König selbst noch im Allgemeinen Landrecht grundsätzlich aufrecht, sogar mit künstlichen Mitteln. Der Verkauf von Rittergütern an Bürgerliche blieb, mit Ausnahme der 1772 erworbenen polnischen Lande, untersagt, so gut wie der Betrieb städtischer Gewerbe durch Edelleute und überhaupt im ganzen, einzelne Landschaften ausgenommen, auf dem platten Lande; landschaftliche Kreditbanken für Schlesien, die Kur- und Neumark und Pommern ermöglichten es dem tief erschöpften Adel nach dem Kriege, unter billigen Bedingungen Hypotheken auf seine Güter zu erhalten und sie so zu behaupten. An der Gutsuntertänigkeit der Bauern zu rütteln versuchte Friedrich nicht; selbst die Leibeigenschaft hat erst das Allgemeine Landrecht von 1794 gesetzlich aufgehoben.

Steuer-  
politik.

In der Tat ließ sich an diesen Zuständen nichts Wesentliches ändern, so lange die Steuer- und Wirtschaftsverfassung Friedrich Wilhelms I. aufrecht blieb, denn jeder einzelne Untertan leistete nur in seinem Stande dem Staate das Höchste, und jene Ordnung zu verlassen war bei der Kulturstufe der östlichen Kernlande Preußens noch unmöglich. Alles hing also hier aufs engste zusammen. Der Adel bildete fast ausschließlich die Pflanzschule für die Offiziere und zum Teil auch für die Beamten, er führte die Ortsverwaltung und zahlte als einzige Abgabe vom Grund und Boden das Lehnspferdegeld (s. S. 77); die Stadtbürger waren vom Heeresdienste fast ganz befreit, trieben Handel und Gewerbe und zahlten davon die Accise, die sich nur in geschlossenen Orten durchführen ließ, deshalb in den industriellen Westprovinzen fast gar nicht bestand, weil hier das Gewerbe längst aufs Land gezogen war, und die bei den zerrissenen, weitgestreckten Grenzen Preußens die einzige Möglichkeit bot, das einheimische Gewerbe zu schützen; die Bauern lieferten Rekruten und zahlten die Kontribution. Da deren Betrag wie der des Lehngeldes feststand, so konnten die Einnahmen des Staates nur gesteigert werden aus erhöhten Erträgen der Domänen, die übrigens nicht weiter durch Ankauf vergrößert wurden und in Schlesien wenig bedeuteten, dann aus der Accise und aus den Regalien. Jene erhielt deshalb 1766 eine neue Gestalt. Um den Ertrag zu erhöhen und die Lasten gleichmäßiger zu verteilen, richtete Friedrich damals durch französische Beamte in den Provinzen östlich der Weser als ein selbständiges Departement des Generaldirektoriums die sogenannte „Regie“ als Zentralbehörde für Verbrauchsabgaben ein, wobei die Auflage auf Getreide und Mehl beseitigt, die auf Fleisch und Getränke erhöht wurde; unter ihr übernahmen Accise- und Holldirektionen an Stelle der Kriegs- und Domänenkammern die Verwaltung der indirekten Steuern. Ebenfalls aus fiskalischen Rücksichten wurden in demselben Jahre die Post von Franzosen neu geordnet, das Porto erhöht, der Personenverkehr erleichtert und auch die schlesische Post unter das Berliner Generalpostamt gestellt. Das Münzwesen dagegen führte der König alsbald nach dem Kriege auf den alten soliden Graumannschen Fuß von 1750 (14 Taler aus der feinen Mark) zurück. Neue Einnahmequellen erschlossen das Lotto 1763, das 1767 in die Klassenlotterie umgewandelt wurde, und die Monopole. Das alte Salzmonopol kam jetzt auch in den westlichen Provinzen zur Herrschaft, das neue Tabaksmonopol wurde 1766 um 1 Million Taler jährlich verpachtet und lieferte 1785 86 unter

staatlicher Verwaltung 11, Millionen Reingewinn, dagegen erwies sich das Kaffeemonopol von 1781 als eine verfehlte Maßregel. Mit solchen Mitteln steigerte der König trotz des siebenjährigen Krieges die reinen Staatseinnahmen von 7 Millionen Talern i. J. 1740 auf 19—25 Millionen i. J. 1786, wovon die Domänen immer noch 6—7 Millionen, die Steuern aber schon 20—21 Millionen lieferten, und ersparte einen Schatz von 55 Millionen Talern.

Wirtschafts-  
politik.

Dem Steuersysteme entspricht Friedrichs durch und durch merkantilistische Wirtschaftspolitik. In weiser Selbstbeschränkung auf das Erreichbare wies er die Gründung einer preussischen Flotte, über die französische Unternehmer 1747 51 mit ihm verhandelten, schließlich zurück und begnügte sich damit, für den überseeischen Handel zwei große Gesellschaften zu unterstützen, die asiatische von 1751 und die bengalische von 1753. Nur die Not des siebenjährigen Krieges und holländische Eifersucht vernichteten diese hoffnungsreichen Anfänge. Zum Vorteil des Gewerbes blieb die Ausfuhr der meisten Rohstoffe verboten und die Einfuhr der meisten auswärtigen Industrieerzeugnisse (i. J. 1766 in Berlin 490!) wurde durch hohe Zölle erschwert, später ganz untersagt. Ein lebhafter Handelskrieg entwickelte sich darüber mit Kur-sachsen. Da dieses Leipzigs Stapelrecht und Straßenzwang immer mehr betonte, so stellte Friedrich 1747 das alte Magdeburger Stapelrecht gegenüber Ausländern wieder her und belegte 1755 den Durchgangsverkehr durch das Magdeburgische mit hohen Zöllen. Sachsen antwortete darauf mit dem Einfuhrverbot gegen sämtliche preussische Waren und wiederholte dasselbe nach dem Kriege 1765. Nur der Meßverkehr blieb nach dem Vertrage von 1766 ziemlich frei. Erst der schwunghafte Schmuggel und der Ausfall an Zolleinnahmen bewogen den König 1768 zu einer neuen Zollordnung, die ihren Zweck erfüllte, denn sie beschränkte die Einfuhr erheblich und steigerte doch die Einkünfte bis 1786 auf das Vierfache. Schlesiens wurde erst seit 1747 als Inland behandelt, litt aber schwer unter den neuen österreichischen Zöllen von 1753 54. Auch die Westprovinzen galten zollpolitisch als Ausland, um die Konkurrenz ihrer hochentwickelten Industrie von der jungen Industrie der Mittelprovinzen fernzuhalten. Ganz unmittelbar, übrigens im ganzen wohlthätig, griff Friedrich in den Gewerbebetrieb ein, wenn er z. B. für die schlesische Weberei eingehende technische Vorschriften erließ, die Einführung neuer Industrien, wie der Kallendruckerei, Baumwollspinnerei und Seidenzucht mit Staatszuschüssen unterstützte und 1763 die neue Porzellanfabrik des unternehmenden Gotskowsky für den Staat erwarb. Eine staatliche Handelsunternehmung zunächst für die Einfuhr auswärtigen Seesalzes und die Ausfuhr polnischen Wachses war auch die Seehandlung (1772); doch weit Größeres leistete das Berg- und Hüttenwesen, dessen Leitung 1777 der Sachse A. F. von Heinitz mit glänzendem Erfolge übernahm, und von besonderer Bedeutung wurde der staatliche Kornhandel, denn gestützt auf die großartigen königlichen Getreidemagazine, die aus den Erträgen der Domänen und den Getreidelieferungen für das Heer gefüllt wurden, regelte er wohlthätig die Preise und verhinderte auch in schweren Notjahren wie 1771 72 den Kornwucher. Für den Durchgangs- und Binnenverkehr öffneten die neuen Kanäle neue Wege. Der Plauesche Kanal verkürzte den Wasserweg von Magdeburg nach Brandenburg um 30 Meilen, der Finowkanal die Fahrt

von Berlin nach Stettin um 48 Meilen, der Netzekanal (1772, 73) verband das Oder- und Elbegebiet auch mit der Weichsel, und die Erbauung des Hafens von Swinemünde seit 1746 gewährte diesem ganzen Netz von Wasserstraßen einen sicheren Ausweg nach der Ostsee. Für den gesamten Handelsverkehr endlich bot die preussische Bank, 1765 gegründet, eine mächtige Förderung, die ihm allmählich gestattet, sich von der Vermittlung holländischer Geldinstitute loszumachen.

Am wenigsten geschah für die Landwirtschaft, weil eben die Gutsuntertänigkeit wesentliche technische Fortschritte nicht zuließ. Fast zwangsweise setzte der König die Einführung des Kartoffelbaues durch und machte mit den Gemeinheitsteilungen 1769 in den alten Provinzen, 1771 in Schlessien den Anfang, ebenso mit der Abschaffung der überaus lästigen Weideservituten. Großartig dagegen sind die Unterstützungen, die er der notleidenden Landwirtschaft nach dem siebenjährigen Kriege gewährte. Hat er doch damals im ganzen 25 000 Wispel Mehl, Korn und Gerste, 17 000 Wispel Hafer, 35 000 Pferde und an Geld 7—8 Millionen Taler zur Verteilung gebracht. Im engen Zusammenhange mit dem allen steht die kräftige Förderung der inneren Kolonisation, namentlich auf dem platten Lande.

Nicht nur ergänzte er die Lücken, die der siebenjährige Krieg in die Bevölkerung gerissen hatte, durch Ansiedler, wie z. B. in die Neumark 1763 64 über 10 000 Menschen einwanderten, sondern er schuf ihnen auch neue Räume durch Aufteilung von Domänenvorwerken, besonders aber durch die großartigen Urbarmachungen der ausgedehnten Brüche an der Oder (1747, 56), der Netze (1763—85) und der Warthe (1767—85), die mit kleineren zusammen im ganzen 60—80 Quadratmeilen ertragsfähigen, z. T. sehr reichen Marschbodens ergaben. Um auswärtige Ansiedler heranzuziehen, überspann er ganz Europa mit einem Netz von Agenturen und verwandte darauf gegen 25 Millionen Taler, ein Kapital, das sich schon im 18. Jahrhundert teilweise mit 10—11 Prozent verzinst. So hat er etwa 300 000 Menschen neu angesiedelt, in Preußen besonders geschlossenen Württemberger, in Schlessien protestantische Deutsch-Österreicher, Deutsch-Polen und Sachsen, in den Mittelprovinzen neben solchen auch Mecklenburger, Pfälzer, Württemberger und Schweizer, im Magdeburgischen namentlich Pfälzer.

So sehr überwogen bei Friedrich namentlich seit dem Hubertusburger Frieden die volkswirtschaftlichen Rücksichten, daß darunter sogar das Heerwesen sich zu seinem Nachteil veränderte. Er war natürlich von der Bedeutung der Armee für die Behauptung seines Staates tief durchdrungen, verwendete auf sie schließlich 12 bis 13 Millionen Taler jährlich, vermehrte sie bis auf 195 000 Mann, war unermüdlich tätig in der Ausbildung der Truppen bis ins Kleinste, schuf in der kurzen Friedenszeit zwischen den beiden schlessischen Kriegen jene bewundernswürdige Reiterei, die bei Tschaslau und Hohenfriedberg, bei Roßbach, Lützen und Zorndorf den Sieg entschied, errichtete noch in den letzten Jahren nach nordamerikanischem Vorbilde die „grünen Füsilier“ (Jäger) für das zerstreute Gefecht, übertrug 1763 einer Anzahl „Generalinspektoren“ die Aufsicht über die einzelnen Gruppen von Regimentern, gründete für die bessere Ausbildung seines Offizierkorps 1765 die Militärakademie, 1775 die Ingenieurschule und machte seine Herbstmanöver zu einer Hochschule der Kriegskunst, aber er entfernte sich immer weiter von dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht. Um die inländischen Arbeitskräfte zu schonen, entband er nicht



nur einzelne Städte, wie Potsdam (1741), Berlin (1746), Breslau (1742), Brandenburg, Magdeburg und die meisten der Grafschaft Mark, sondern auch ganze Landschaften, wie Ostfriesland, Cleve, Geldern, Mörs, Eingen (wegen der dort sehr leichten Desertion), die sechs gewerbetreibenden Gebirgsbezirke Schlesiens, die Kolonisten und alle besitzenden Bevölkerungsklassen von der Kantonspflicht. So gelangte er schließlich zu dem widerspruchsvollen Satze: „der friedliche Bürger soll es gar nicht merken, wenn sich die Nation schlägt“, und die Armee verwandelte sich fast in ein reines Söldnerheer, das zu einem Drittel aus den besitzlosen Einheimischen, zu mehr als zwei Dritteln aus angeworbenen Ausländern bestand, aus Leuten also, denen der Staat, für den sie die Waffen trugen, ganz gleichgültig war. Die Fahnenflucht war deshalb niemals ärger als unter Friedrich dem Großen. Dazu drängte der Verlust fast aller bedeutenden Generale im siebenjährigen Kriege den ernstesten Zweck der Waffenübungen während einer langen Friedenszeit allmählich hinter die Schaustücke des Paradeplatzes zurück, und die grundsätzliche Bevorzugung des Adels bei der Besetzung der Offiziersstellen (nur bei den Husaren, der Artillerie und den sogenannten Garnisonregimentern wurden Bürgerliche angenommen), zog wirklich in diesem Stande treueste Hingebung groß, aber daneben auch einen hochmütigen Junkersinn, der auf das Volk geringschätzig herabsah und alle nicht streng fachliche Bildung verachtete.

**Rechtspflege.** So wurde unter dem größten Feldherrn des Jahrhunderts das Heerwesen die schwächste Seite der Verwaltung. Schöpferisch dagegen trat dieser aufgeklärte König in der Rechtspflege auf, unterstützt von zwei ausgezeichneten Männern, Samuel von Cocceji († 1755) und Joh. Heinrich Kasimir von Carmer († 1801). Die völlige Unabhängigkeit der Gerichte wollte und achtete Friedrich durchaus; er fügte sich selbst in Sachen der Mühle von Sanssouci dem Spruche seines Kammergerichts und ließ sich in dem berufenen Rechtsstreit des Müllers Arnold (1779) sogar zur Amtsentsetzung des Großkanzlers Fürst und dreier Kammergerichtsräte hinreißen, weil er irrtümlich meinte, sie hätten parteiisch geurteilt; auch die bessere Besoldung der Richter sollte vor allem ihre Unabhängigkeit sichern. Weiter brachte Cocceji durch eine eingreifende Revision die zahllosen verschleppten Prozesse in den Provinzen zum Abschluß, und arbeitete dann, um den Rechtsgang künftig zu vereinfachen, neue Prozeßordnungen für Pommern (1747) und die Mark (1748) aus. Sein Entwurf eines „Landrechts“ dagegen trat nur in einzelnen Abschnitten in Kraft. Carmer arbeitete zunächst die „Allgemeine Gerichtsordnung“ aus, und dann, unterstützt von dem trefflichen Svarez, das „Allgemeine Landrecht“ als Gesetzbuch für den ganzen Staat, das 1784 veröffentlicht, aber erst am 1. Juni 1794 in Kraft gesetzt wurde, das reifste Erzeugnis des Naturrechtes und der aufgeklärten Selbstherrschaft.

**Kirchenpolitik.** Ebenso war Friedrichs Kirchenpolitik von den Anschauungen der Aufklärung durchdrungen. Was seine Vorgänger schrittweise vorbereitet hatten, verwirklichte er: die Gleichberechtigung aller Bekenntnisse im ganzen Staate, wie er sie in einer seiner ersten Verordnungen verkündigt hatte (S. 110). Daher ließ er die Errichtung katholischer Kirchen und Gemeinden in Berlin (zu St. Hedwig), Tilsit, Leobschütz, Crefeld und anderen Orten ebenso zu, wie er in Schlesien schon 1742 die verfallene

lutherische Kirche neu ordnete, überall die Erbauung evangelischer Kirchen gestattete und dort 1757 die Leistungen evangelischer Gemeinden an katholische Pfarrer als unbillig aufhob. Andererseits behauptete er die Hoheit des Staates über die Kirchen durchaus. Die gesamte lutherische Kirche der alten Provinzen erhielt i. J. 1750 im Ober-Konsistorium einen einheitlichen Mittelpunkt, denen die Konsistorien der einzelnen Provinzen oder die an ihrer Stelle waltenden Staatsbehörden unterstanden. Doch wurde ihnen 1748 in den Marken nach clevisch-märkischem Vorbilde die Gerichtsbarkeit in Ehe- und Priestersachen entzogen und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Ein Versuch, die katholische Kirche in den Reichslanden des Königs unter einem von ihm bestellten Generalvikar zu einigen und dadurch von auswärtigen geistlichen Gewalten unabhängig zu machen, scheiterte diesmal wie früher (s. S. 24). Dafür verfuhr der König in Schlesien, wo er souveräner Herzog war, um so durchgreifender. Zwar die Lösung der Grafschaft Glatz vom Erzbistum Prag mißlang, aber auch die katholische Kirche stellte er unter die Aufsicht seiner Oberämter sogar wie die protestantische; er ordnete nach dem Vorgange Österreichs an, daß bei Mischehen die Söhne dem Bekenntnis des Vaters, die Töchter dem der Mutter folgen sollten; er beschränkte die Vermächtnisse an katholische Stiftungen, überwachte deren Vermögensverwaltung und zog 50 Prozent ihres reinen Einkommens als Staatssteuer ein. Obwohl Rom sich weigerte, ihm, dem Keger, das Ernennungsrecht für geistliche Stellen zu lassen, so nötigte er doch 1747 dem Breslauer Domkapitel den Grafen Schaffgotsch als Fürstbischof auf, mußte aber erleben, daß dieser sich bald höchst unzuverlässig erwies und 1757 sogar nach seinem österreichischen Schlosse Johannisberg ging. Er verfügte deshalb die Einziehung seiner Einkünfte und seines Vermögens und stellte die weltlichen Geschäfte des Bistums unter Staatsverwaltung. Da die katholische Geistlichkeit überhaupt während des siebenjährigen Krieges ihre österreichischen Sympathien vielfach nicht verleugnete, so beseitigte er in wesentlich evangelischen Orten die katholischen Geistlichen und Lehrer, forderte auch nach dem Kriege von der Geistlichkeit einen besonderen Treueid.

An dem überlieferten engen Zusammenhange der Kirche mit der Schule rüttelte Friedrich zwar nicht; doch wenn er deren Verwaltung den Körperschaften und Gemeinden überließ, die Schulgesetzgebung nahm er doch für den Staat in Anspruch, und ausdrücklich erklärte er im Allgemeinen Landrecht Schulen und Universitäten für „Veranstaltungen des Staates“. Daher stellte er die protestantischen Schulen 1750 unter das Oberkonsistorium und erließ zahlreiche allgemeine Anordnungen (Reglements), 1763 für die lutherischen, 1765 für die katholischen Volksschulen, 1782 für die reformierten Schulen in Cleve-Mark. Praktische Erfolge hatten freilich seine Bemühungen und namentlich die seines trefflichen Justizministers C. Abt. von Hedlitz, der seit 1771 auch die lutherischen Kirchen- und Schulsachen leitete, nur zum kleinen Teil. Die scharf angespannten Mittel des Staates reichten dazu noch nicht aus, dabei widerstrebte auf dem platten Lande der Unverstand oder die niedrige Selbstsucht vieler Gemeinden und Gutsherren gründlichen Verbesserungen. Immerhin wurden bis 1769 in dem vernachlässigten Schlesien 238 evangelische und 240 katholische Landschulen neu gegründet, in Brandenburg und Hinterpommern die Lehrer-

Schul-  
verwaltung.

gehalte etwas erhöht, in Berlin und Breslau die Reform einzelner Gymnasien in Angriff genommen, für die bessere Vorbildung von Volksschullehrern eine Reihe von Seminaren errichtet, ein solches auch für Gymnasiallehrer in Halle. Für die Universitäten geschah sehr wenig, die Berliner Akademie der Wissenschaften aber war wesentlich eine französische Anstalt. Die Universität Breslau und die katholischen höheren Schulen Schlesiens befanden sich meist in den Händen der Jesuiten, und auch nach der Aufhebung des Ordens faßte der König seine schlesischen Mitglieder 1774 zu einem „königlichen Schuleninstitut“ zusammen, dem er die Leitung der katholischen Gymnasien übertrug.

Österreich  
unter Maria  
Theresia.

Seine größte Schülerin fand Friedrich in seiner größten Feindin, in Maria Theresia. Ihm ähnlich in unermüdlicher Arbeitskraft, Selbständigkeit des Urteils, scharfem Blick für die Menschen und fürstlichem Stolze, blieb sie ohne tieferen Anteil an der nüchtern verstandesmäßigen Bildung der Aufklärung, und befangen in den streng katholischen Überlieferungen ihres Hauses, zeigte sie sich nicht nur eifrig in allem äußeren Dienste der römischen Kirche, sondern auch unduldsam gegen die Protestanten, in denen sie nur Abtrünnige von Gott sehen wollte; aber sie genoß doch auch mit dem Glück einer in sich harmonischen Natur voll ehrlicher Frömmigkeit, warmer Empfindung und unerschöpflicher Herzensgüte den Segen eines reinen, innigen Familienlebens, beides Gaben, die ihrem großen Gegner versagt blieben. Eben in diesen Eigenschaften eines edlen, großen Herzens fand sie die besten Mittel für die Regierung ihres buntgemischten Reiches, denn nur feiner Takt und weise Schonung vermochten die starken Gegensätze zu überwinden oder abzuschwächen, die in Österreich der doch notwendigen Aufrichtung des monarchischen Einheitsstaates entgegenstanden. Daß sie und wie sie diesen begründete, macht sie zur größten Herrschergestalt, die jemals auf dem österreichischen Throne gesessen hat.

Die Begründung  
der Verwaltungseinheit.

Mit dem Ausgleich vom 10. Oktober 1741, der Ungarn mit seinen Nebenlanden als einen im wesentlichen selbständigen Staat neben die deutschen Erblande stellte, hatte Maria Theresia dem Donaureiche die einzig haltbare Form gegeben, aber auch auf ein tieferes Eingreifen in Ungarn verzichtet. Um so eifriger wandte sie sich nach dem zweiten schlesischen Kriege den böhmisch-österreichischen Angelegenheiten zu, beraten insbesondere vom Grafen Haugwitz, einem geborenen Schlesier († 1765). Die Vereinigung der böhmischen und österreichischen Hofkanzlei 1746 legte den Grund zur Einheit des Staates und zugleich zur Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege, denn diese ging 1749 an ein besonderes Direktorium über. Nach dem siebenjährigen Kriege wurde auch noch das Finanzwesen der Hofkanzlei abgenommen und der Hofkammer zugewiesen. Folgerichtig blieb nun auch den „Regierungen“ der einzelnen Kronlande nur die Justiz, die Verwaltung ging an die landesherrlichen Finanzkammern („Repräsentationen“) über. Endlich wurde die ständische Verwaltung noch weiter eingeschränkt durch die Errichtung der landesherrlichen Kreisämter (1747/56), die den Vollzug der Gesetze und das Verhältnis der Grundherren zu ihren Bauern zu überwachen hatten.

Finanzen.

Erst nachdem sich der monarchische Staat in diesen Behörden seine eigenen Werkzeuge geschaffen hatte, konnte eine Neugestaltung der Finanzen und des Heer-





wesens gelingen. Hatte bisher beides der Hauptsache nach auf den alljährlichen oder gelegentlichen Bewilligungen der Landtage beruht und war von ihren Ausschüssen und Beamten verwaltet worden (s. S. 26), so verzichteten jetzt die Stände auf die Heeresverwaltung ganz und verstanden sich 1747 nach Haugwitzens Vorlage dazu, die Summe der „Kontribution“ (Grundsteuer), die an die Stelle aller bisheriger Naturalleistungen trat, auf zehn Jahre festzustellen, sie beträchtlich zu erhöhen und auch Adel und Geistlichkeit dazu heranzuziehen, wenngleich nur etwa zur Hälfte des Steuerbetrages, den die Bauern entrichteten. Nach Ablauf dieses Zeitraumes verstand es sich von selbst, daß die Einrichtung blieb, zumal im Gedränge des siebenjährigen Krieges, und auch was sonst die Stände an Geschäften noch erhielten, wurde später der Aufsicht der Regierung unterworfen. Zur Kontribution (1755 im ganzen etwa 17 Millionen Gulden, abgesehen von Italien und Belgien) gesellten sich außer den nicht sehr bedeutenden Domäneneinkünften die Gefälle und Regalien, wie die Mauth, die 1755 bei nachlässiger Verwaltung über 3 Millionen Gulden brachte, das Lotto, das erst Maria Theresia einführte, das Tabaksmonopol, das endlich 1784 der Staat selbst übernahm. Die Summe aller Einkünfte stellte sich für das ganze Reich 1748 auf etwa 36 Millionen Gulden, 1755 auf 40 Millionen, 1765 auf 54 Millionen, wozu Nieder-Österreich und Böhmen je 12 Millionen, Mähren 4, Steiermark 3, Tirol und Ober-Österreich je 2 Millionen beitrugen, im Vergleich zu Preußen eine sehr bescheidene Leistung. Von den 55½ Millionen Ausgaben d. J. 1763 beanspruchte das Heer 17 Millionen, die Staatsschuld 15, der Hof 3 Millionen Gulden. Der Leiter des Finanzwesens war nach Haugwitzens Tode Graf Rudolf Chotek aus böhmischem Adelsgeschlechte.

Das jetzt kaiserliche, monarchische Heer wurde wie in Preußen der Hauptsache nach durch Werbung, insbesondere im „Reiche“ aufgebracht, wo jedes kaiserliche Regiment herkömmlich seinen festen Ergänzungsbezirk hatte; auch das Offizierkorps zählte viele Herren aus den reichsgräflichen und reichsritterlichen Geschlechtern in seinen Reihen; die inländische Aushebung führte man erst seit 1772 ein. Die Stärke betrug um 1756 gegen 200 000 Mann, eine um so imposantere Streitmacht, als seit den Erfahrungen der beiden schlesischen Kriege auch Fußvolf und Artillerie große Fortschritte gemacht hatten. Dagegen gab man in den Nöten des siebenjährigen Krieges die Kriegsmarine gänzlich auf, 1758 wurden die Schiffe versteigert.

Es erscheint das um so sonderbarer, als die Regierung Maria Theresias für Handel und Gewerbe von merkantilistischen Grundsätzen aus sehr Bedeutendes geleistet hat. Ein Oberkommerzienrat übernahm 1752 die Oberleitung der Wirtschaftspolitik, die Wiener Börse erleichterte seit 1761 den Verkehr der Großhändler, nachdem schon 1753 die Münzkonvention mit Sachsen und mehreren norddeutschen Staaten einen gemeinsamen Münzfuß (20 Gulden auf die feine Mark zu 60 Kreuzern oder 20 Groschen) festgestellt hatte; daneben drangen die „Bankozettel“ der sogenannten Wiener Stadtbank (s. S. 28) in den Verkehr. Zahlreiche Konsulate, 25 i. J. 1763, sicherten dem österreichischen Handel auf seinen natürlichen Märkten in Italien und in der Levante eine kräftige Vertretung; für die Ausbildung dieser Beamten sorgte die 1754 begründete orientalische Akademie. Der Hafen von Triest

wurde ausgebaut. Den Binnenverkehr, dem in Österreich nur verhältnismäßig wenige schiffbare Wasserstraßen zur Verfügung stehen, förderte die trefflich eingerichtete kaiserlich königliche Post; die Straßen waren allenthalben verhältnismäßig gut, die Wagen bequem, die Beförderung rasch (die Fahrt von Wien nach Preßburg, hin und zurück je 8 Meilen, war eine beliebte Tagespartie), das Briefporto niedrig. Um den einheimischen Markt möglichst für den inländischen Gewerbefleiß zu sichern, wurden in den Jahren 1753.55 die Eingangszölle je nach den Bedürfnissen der Provinzen sehr erhöht, z. B. in Böhmen auf 50 Prozent für auswärtige, 5 Prozent für inländische (österreichische) Waren, so daß sich in der Tat Böhmen zum wichtigsten Industrielande der Monarchie entwickelte. Seit 1764 ging die Regierung sogar mit Einfuhrverboten vor, die erst 1774 teilweise wieder aufgehoben wurden; eine Ermäßigung der Zölle und die Aufhebung der lästigen Binnenmauthen brachte erst der Tarif von 1775. Auch der Landwirtschaft eröffneten sich bessere Aussichten, als Maria Theresia durch Beschränkung der grundherrlichen Strafgewalt, Herstellung eines allgemeinen Steuerkatasters, Regelung des Grundbuchwesens, Feststellung und Ermäßigung der Frohndienste (Roboten) und die Ermächtigung sie abzulösen die Befreiung des Bauernstandes vorbereitete (1775.78); doch immer noch hatte selbst z. B. in Nieder-Österreich der Bauer durchschnittlich die Hälfte des Reinertrages dem Grundherrn abzugeben, und die gewährten Erleichterungen befriedigten so wenig, daß in Böhmen bedenkliche Bauernunruhen entstanden. Ganz und gar in den Bahnen Friedrichs II. wandelte die Kaiserin, wenn sie 1763.71 in den Sumpfländern des Banats etwa 40 000 Deutsche aus dem Rheinlande, Franken und Lothringen ansiedelte. Auch die Siebenbürger Sachsen verstärkten sich durch protestantische Zuwanderung aus Salzburg und Baden-Durlach.

Rechtspflege  
und  
Kirchen-  
politik.

Wie Maria Theresia die Einheit der Verwaltung und den volkswirtschaftlichen Abschluß ihrer Länder erstrebte, so erreichte sie die Einheit des Strafrechts mit der 1768 verkündigten *Nemesis Therosiana* für die österreichisch-böhmischen Länder; die Folter wagte sie erst 1776 aufzuheben. Auch ihre Kirchenpolitik verfolgte im Geiste der Aufklärung ähnliche Ziele. Von Duldung Andersgläubiger freilich war die Kaiserin weit entfernt; die Mißhandlung der immer noch zahlreichen Evangelischen in Böhmen, Mähren, Ober-Österreich, Steiermark und Kärnten dauerte also fort. Im Jahre 1752 begannen geistliche Missionare und weltliche Kommissare ihre Tätigkeit, um durch Quälereien aller Art sie zum Übertritt oder zur Auswanderung nach Ungarn oder Siebenbürgen zu bewegen, wo die Gleichberechtigung der Bekenntnisse verfassungsmäßig feststand. Von allen Ämtern blieben sie ausgeschlossen, man tat alles, um die Erziehung ihrer Kinder im Glauben der Eltern zu verhindern, plagte sie mit Gefängnis und Zwangsarbeit, nahm ihnen ihre religiösen Bücher, hob ihre Schulen als „Winkelschulen“ auf. Indes eben diese Verfolgungen brachte viele eher zum offenen Bekenntnis ihres Glaubens, als zum Abfall, und die Auswanderung wuchs so an, daß die Kaiserin 1774 jede Gewaltanwendung untersagte und 1780 alle denunziatorische Überwachung verbot. Gegenüber der römischen Kirche wahrte sie ihre landesherrlichen Rechte mit fester Hand, ja sie erweiterte gemäß den Lehren des Justus Febronius, des Trierischen Weihbischofs Nic.

von Hontheim, der 1765 den katholischen Fürsten empfahl, die Kirche kraft eigenen Rechts ohne Rücksicht auf die Ansprüche des Papstes und der Hierarchie auf den Zustand der ersten christlichen Jahrhunderte zurückzuführen. Demgemäß machte die Regierung, nachdem sie schon 1754 die Zahl der Feiertage herabgesetzt hatte, 1768 die Verhängung des Kirchenbannes von ihrer Erlaubnis abhängig, beschränkte 1769 die Vermehrung der Klöster, verbot ihnen 1771 Geld nach Rom zu senden und knüpfte ihren Verkehr mit Rom an ihre eigene Vermittlung. Der Freigeist Kaunitz riet sogar der Kaiserin im geheimen, auch die innere Reform der Kirche selbst in die Hand zu nehmen. Davor freilich scheute die fromme Fürstin zurück und als gehorsame Tochter Roms zeigte sie sich wieder, als sie 1773 mit schwerem Herzen die Aufhebung des Jesuitenordens zur Ausführung brachte.

Aus ihrer Auffassung der kirchlichen Dinge ergab sich auch ihre Schulpolitik. Schulpolitik. Sie zuerst errang in Österreich dem Staate den gebührenden Einfluß auf das Unterrichtswesen, sie wurde vor allem die Gründerin der österreichischen Volksschule. Dafür gab das Maß die allgemeine Schulordnung des trefflichen schlesischen Schulmannes, des Abts Joh. Janaz von Felbiger (6. Dezember 1774), den sie als „Generaldirektor des Schulwesens“ nach Wien berufen hatte. Für die Reform der Universitäten wirkte bahnbrechend ihr geistvoller Leibarzt, der Niederländer Gerhard van Swieten, der die medizinische Fakultät in Wien musterträchtig umgestaltete, wie Martini und Sonnenfels die juristische. Die Universität Olmütz wurde vervollständigt. Das höhere Schulwesen blieb im wesentlichen den geistlichen Orden; als reine Staatsanstalten entstanden nur das Theresianum 1746 und die sardoyische Ritterakademie 1749 in Wien sowie die Militärakademie in Wiener-Neustadt 1752.

So wurde Maria Theresia die Begründerin der österreichischen Staatseinheit, und auch in weiteren Kreisen des bunten Völkergemisches, das sie regierte, erweckte die Erinnerung an die nicht immer siegreichen, aber stets ehrenvollen Kämpfe um den äußeren Bestand Österreichs das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Freilich ein österreichisches Volk konnte sich nicht bilden, aber es gab ein österreichisches Heer, ein österreichisches Beamtentum und einen österreichischen Adel. Um zu einem solchen die vornehmen Geschlechter der Donau- und Alpenlande, Böhmens und Mährens, bis zu einem gewissen Grade selbst die ungarischen zu verschmelzen, hat nächst dem gemeinsamen Staats- und Heeresdienst nichts so sehr beigetragen, als der große gefellige Mittelpunkt, den Maria Theresias Hof darstellte.

Maria  
Theresias  
Hof.

Welch ein Gegensatz zu Preußen! Dort der einsame, rastlos sinnende und schaffende König im prunklosen Sanssouci, hier der glänzende, lebensvolle und lebensfrohe Haushalt der Habsburgerin, während des Winters in der stolzen Hofburg zu Wien, im Frühjahr und Sommer im vornehm prächtigen Schönbrunn, das sie sich als ihren bevorzugten Aufenthaltsort erbaute, im Herbst im engen Laxenburg, dem Lieblingsitz des jagdfrohen Kaisers Franz. In goldstrahlender Prachtkarosse, Cäuser voran, fuhr die Kaiserin durch ihre Hauptstadt, in reichster Gewandung, übersät mit Diamanten und Perlen, erschien ihre heheitsvolle Gestalt bei großen Hoffesten. Besonders in lustiger Faschingszeit drängten sich Maskenbälle, schimmernde Schlittenfahrten, Opernaufführungen und Konzerte, an denen die Mitglieder des musikliebenden Kaiserhauses nicht selten persönlich mitwirkten; dazu kam das italienische und deutsche Schauspiel im

Burgtheater (seit 1741). Auch die Gedenktage in der Familie wurden festlich begangen, besonders der Namenstag der Kaiserin (15. Oktober) und der Tag des Landespatrons von Nieder-Oesterreich, des heiligen Leopold (15. November). Größere Reisen verbot weniger die Schwierigkeit des Verkehrs, als der ungeheure Troß, den die Würde zu erfordern schien. Troß alles Prunkes stand Maria Theresia dem lebensfrohen, leichtmütigen Volke ihres Wien keineswegs in steifer Abgeschlossenheit gegenüber, sie behandelte es vielmehr gewissermaßen mit naiver Vertraulichkeit. Und sie verdiente die herzlichste Zuneigung, die sie genoß, denn nach gut deutscher Art stand sie als Muster einer Gattin und Mutter vor ihrem Volke. Mit hingebender Liebe hing sie an ihrem Gemahl, der solche Treue nicht ganz verdiente, mit innigem, verständnisvollem Anteil überwachte sie die Entwicklung ihrer fünf Söhne und elf Töchter. Um so schwerer litt sie, als die Hand des Todes in diesen glücklichen Familienkreis eingriff. Am 27. November 1765 starb die heißgeliebte Gemahlin ihres Sohnes Joseph, Isabella von Parma, an den schrecklichen Pocken, am 15. August 1765 während der Hochzeitsfeierlichkeiten zu Ehren ihres Sohnes Leopold und Maria Luises von Spanien in Innsbruck machte ein Herzschlag unerwartet dem Leben des Kaisers Franz ein Ende; niemals hat sie seitdem die Witwentrauer abgelegt. Am 27. Mai 1767 starb auch die zweite Gemahlin Josephs, Josepha von Bayern, an den Blattern, die Kaiserin selbst wurde ergriffen, und nur ihre zähe Lebenskraft überwand die Krankheit, die freilich ihre noch stattliche Schönheit für immer zerstörte. Noch in demselben Jahre verwandelte der Tod ihrer Lieblingstochter Josepha den bisher so fröhlichen Theresientag für immer in einen Tag der tiefsten Trauer. Im nächsten Jahre nahm sie von Karoline, der Königin von Neapel, Abschied fürs Leben, i. J. 1770 auch von ihrer jüngsten Tochter Marie Antoinette, die sie der alten Verbindung mit Frankreich zum Opfer brachte. So wurde es einsam um sie, und fremd begann sie sich in ihrer Zeit zu fühlen, denn mit Joseph (II.), der seit 1765 die Kaiserkrone trug und ihr Mitregent war, drang ein neuer Geist in den alten Staatsbau der Habsburger ein.

Die aufgeklärte Selbstherrschaft im übrigen Deutschland.

Dem Vorbilde Friedrichs des Großen und Maria Theresias konnte sich keiner der größeren Staaten Deutschlands ganz entziehen, doch keiner hat auch den staatlichen Gesichtspunkt, die Vereinigung aller Staats- und Volkskräfte zum Wohle des Ganzen so entschieden zur Geltung gebracht wie Preußen; fast alle beschränkten sich auf einzelne Reformen der Verwaltung, humane Umgestaltung der Rechtspflege, Förderung der Volkswirtschaft, namentlich auch durch Erleichterung der bäuerlichen Lasten und Erweiterung der religiösen Duldung; aber auch der volksausbeutende höfische Despotismus im Stile Ludwigs XV. fehlt nicht.

Sachsen.

In Norddeutschland war das lange Ringen um die Vorherrschaft durch das rasche Aufsteigen Preußens zur Großmacht endgültig zu Ungunsten Sachsens entschieden. Diesen Vorsprung konnten auch die inneren Reformen nicht mehr ausgleichen, die nach dem siebenjährigen Kriege und dem Tode Friedrich Augusts II. (5. Oktober 1763) dessen Nachfolger, der vorzüglich gebildete, gewissenhafte Friedrich Christian, der Gemahl der hochbegabten und willenskräftigen Maria Antonia Walpurgis von Bayern, einleitete, aber sie sicherten dem Lande seinen ehrenvollen Anteil an der Entwicklung der deutschen Kultur auch für die Zukunft. In schwerer Kriegsnöte hatte das kurprinzliche Paar treulich bei seinem Volke ausgehalten und zugleich persönliche Beziehungen zu Friedrich II. geknüpft. Jetzt gab der Kurfürst auf der Stelle dem unheilvollen Minister Brühl die erbetene Entlassung und verfügte nach seinem baldigen Tode (28. Oktober) die Untersuchung seiner gesamten Verwaltung,



endlich, als diese eine Unterschlagung von etwa 1 Million Taler an Staatsgeldern herausstellte, die Beschlagnahme des hinterlassenen Vermögens. An die Spitze des Geh. Konfiliums traten tüchtige Männer, wie K. G. F. von Flemming und J. G. Fr. von Einsiedel, das unwürdige Vetternschaftswesen bei der Besetzung der Ämter hörte auf. Vor allem galt es nun, die völlig zerrüttete Staatswirtschaft wieder zu ordnen. Daher wurde die Hofhaltung auf sparsamerem Fuße eingerichtet und im Einvernehmen mit den Ständen das Staatsschuldenwesen so trefflich geordnet, daß der Kurs der Steuerscheine sich bis 1789 wieder auf den Nennwert hob und bis 1806 die größere Hälfte der Schulden (19 Millionen von 30 Millionen) abgetragen war. Zugleich tat der Kurfürst den ersten Schritt, um die zunächst zum Ergötzen des Hofes angesammelten Kunstschätze nutzbar zu machen: er verwandelte die Dresdner Malerakademie in eine Akademie der bildenden Künste und gründete die Leipziger Akademie.

Sein jäher Tod (an den Pocken) schon am 17. Dezember 1763 legte die begonnenen Umgestaltungen nur in andere Hände. Prinz Xaver, der für den minderjährigen Kurfürsten Friedrich August III. (1763—1827) die Regierung übernahm, erweiterte den Geschäftskreis der Kommerzdeputation, gründete die ökonomische Sozietät in Leipzig, trug für die Verbesserung der Wollproduktion durch Einführung der spanischen Merinos Sorge, gab dem uralten sächsischen Bergbau 1765 eine Stätte wissenschaftlicher Durchbildung in der bald weltberühmten Bergakademie zu Freiberg unter A. F. von Heimitz und errichtete die Artillerieschule. Die Reorganisation und die ansehnliche Verstärkung des Heeres verwickelte ihn indes in Streit mit den Ständen, so daß er schon am 15. Dezember 1768 die Regentschaft niederlegte, noch ehe Friedrich August (geb. 25. Oktober 1750) sein 18. Lebensjahr erfüllt hatte. Gewissenhaft, streng rechtlich, sparsam, dabei eifersüchtig auf seine fürstliche Würde, so daß er weder seiner ehrgeizigen Mutter noch selbst seinem hochverehrten Erzieher, dem Grafen Marcolini, Einfluß verstattete und sich mit der peinlichsten Etikette von der Außenwelt abschloß, führte dieser Fürst in einer langen friedlichen Regierung eine nahezu vierzigjährige Periode ruhigen Gedeihens über das vielgeplagte Land herauf. Die Abtrennung des Finanzkollegs (für Regalien, Domänen, Accise, Zölle u. s. f.) von der „Landesregierung“ (1782) sicherte jenen Zweigen eine selbständige, höchst gewissenhafte Verwaltung; in der Rechtspflege verschwand 1770 die Folter, Zucht- und Arbeitshäuser wurden in Torgau und Zwickau errichtet, die Gerichtsbarkeit der Domänenpächter 1784 besonderen kurfürstlichen Justizämtern übertragen. An der allhergebrachten halbföderativen und halbständischen Verwaltung seiner Landschaften änderte freilich der hochkonservative Kurfürst so wenig wie an der schroffen Scheidung der Stände; auch jetzt wurde also Kursachsen noch keineswegs ein monarchischer Einheitsstaat.

Noch ungleich weniger als in Sachsen konnte in den welfischen Landen und in Mecklenburg von einschneidenden Reformen die Rede sein. In Braunschweig verwendete der Herzog Karl (1735—80) seine Einkünfte im wesentlichen auf einen prunkvollen Hofhalt und häufte eine Schuldenlast von 12 Millionen Talern auf, begründete aber auch das berühmte Collegium Carolinum, aus dem später das Poly-

Die  
welfischen  
Lande und  
Mecklen-  
burg.



seine Stände „dem Vater des Vaterlandes“ auf dem Friedrichsplatze inmitten seiner Schöpfungen ein Standbild. Doch die Erinnerung an seine Verdienste begann zu schwinden, als er i. J. 1776 zum Kampfe gegen die nordamerikanischen Kolonien an England 12 000, im Ganzen fast 20 000 Mann seiner Truppen, fast den dritten Teil der wehrfähigen Landeskinder, keine Söldner, vermietete. Denn was bis dahin kaum einen Anstoß gegeben hatte, das erschien unter diesen Umständen und in einer menschlicheren Zeit als ein empörender Menschenhandel.

Viel länger als Hessen hatte Württemberg den Mißbrauch fürstlicher Macht zu ertragen gehabt. Zwar die Zeit der vormundschaftlichen Regierung für den jungen Karl Eugen (1737—1793) und selbst noch das erste Jahrzehnt seiner eigenen Verwaltung seit 1744 brachten dem Lande unter der Leitung trefflicher Männer wie Georg Bernhard Bilsinger und Fr. Aug. von Hardenberg eine bessere Zeit, doch dann brach das sinnliche, leidenschaftliche, herrschsüchtige Wesen des Fürsten unwiderstehlich hervor. Er entließ 1755 Hardenberg, umgab sich mit gefügigen Werkzeugen, wie Montmartin, gestaltete seinen Hof ebenso glänzend, verschwenderisch und üppig wie Ludwig XV. in Versailles, der ihm seine besten Sänger, Tänzer und Maler zeitweise überließ, störte mit seiner ungezügelten Eust den Frieden jedes Bürgerhauses und mißbrauchte in seiner Jagdleidenschaft gewissenlos die Arbeitskraft seiner Bauern, die ihm oft zu Tausenden mitten in der Saat- und Erntezeit als Treiber dienen oder künstliche Teiche oben auf der Höhe für die beliebten „Wasserjagden“ ausgraben und füllen mußten. Daneben entstanden allerdings das Schloß in Stuttgart und die prächtige Solitude, aber das kleine Land mit seinen 670 000 Einwohnern und 3 Millionen Gulden Einkünften konnte für solche sinnlose Verschwendung die Mittel nicht liefern, so daß der Herzog mit Zwangsanleihen, Ämterverkäufen, Monopolen, französischen Hilfgeldern und anderem das Fehlende zu beschaffen suchte. Als die Stände sich verwahrten, jagte er den ständigen Ausschuß 1758 weg und schickte den standhaften, würdigen Landschaftskonsulenten Johann Jakob Moser 1759 in hartes Gefängnis auf den hohen Tüwel. Und doch brach sich sein Despotismus schließlich an diesen mißhandelten Ständen. Ihr Ausschuß erhob 1765 Klage beim Reichshofrat, und dieser bestellte eine „Vergleichsdeputation“, die endlich im März 1770 den „Erbvergleich“, eine feierliche Bestätigung der alten Verfassung, zustande brachte. Seitdem trat allmählich beim Herzog unter dem mildernden Einflusse seiner Geliebten und späteren Gemahlin Franziska von Hohenheim ein Umschwung zum besseren ein; an seinem 50. Geburtstage, am 11. Februar 1778, gab er seinen Ständen sogar das Versprechen, gut zu regieren und hat dies im ganzen gehalten. Zahlreiche Straßen wurden gebaut, in Ludwigsburg eine Porzellanfabrik begründet, der Rechtsgang vereinfacht. Eine großartige Bibliothek entstand in Ludwigsburg, und im Widerspruche mit der einseitig theologischen Richtung an der Universität Tübingen erwuchs die „hohe Karlschule“ für kurze Zeit zu einer großartigen Pflegstätte der weltlichen Wissenschaften.

Württembergs Nachbar jenseits des Schwarzwaldes, die Markgrafschaft Baden, das Erbe der Hähringer, gelangte erst zu einer immerhin sehr bescheidenen Bedeutung, als 1771 die katholische Linie von Baden-Baden ausstarb und ihr Besitz-

Württem-  
berg.

Baden.

tum mit dem lutherischen Baden-Durlach unter Karl Friedrich (1746—1811) zu einem Gebiete von etwa 64 Geviertmeilen vereinigt wurde. Sorgfältig gebildet, auch durch längeren Aufenthalt in der Schweiz und in Holland, der Heimat seiner oranischen Mutter, ein energischer und einsichtiger Selbstherrscher, vermählt mit der gleichgesinnten Karoline Luise von Darmstadt, sorgte dieser wohlmeinende, duldsame Fürst für bessere Polizei, milderte das Strafrecht, beseitigte 1767 die Folter, gab den Gemeinden eine selbständigere Verwaltung, bewirtschaftete musterhaft seine Kammergüter, nahm bedeutende Gewerbeunternehmungen selbständig in die Hand, legte den Grund zur glänzenden Entwicklung der Gold- und Silberwarenindustrie in Pforzheim und hob 1785 als der erste deutsche Fürst die Leibeigenschaft auf. Zugleich sorgte er eifrig für die Verbreitung geistiger Bildung. Ein Schullehrerseminar entstand 1768, zahlreiche neue Schulhäuser, im ganzen 61, wurden erbaut, und so gern der Markgraf mit geistvollen Franzosen wie Voltaire und dem Physiokraten Le Quesnay verkehrte, er schenkte doch auch der aufstrebenden deutschen Literatur warme Teilnahme und war stets ein guter Deutscher, der nicht von der Hoffnung ließ, daß durch einen „Fürstenbund“ das wankende Reich neugestaltet werden könne.

**Pfalz.** Auch die pfälzischen Lande sahen bessere Tage, als nach dem Aussterben der Neuburger Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach, zu dessen Gunsten Friedrich der Große schließlich auf Jülich-Berg Verzicht geleistet hatte (Dezember 1741), die Regierung übernahm (1742—1799). Ein echter Pfälzer, in Heidelberg von Jesuiten erzogen, leichtlebig und prunkliebend, zeigte er sich zwar fügsam gegen seine geistlichen Ratgeber, erließ aber 1767 ein Toleranzedikt und vermied offene Maßregeln zu ungunsten der Evangelischen. Seine Verdienste liegen in der Förderung des geistigen Lebens. Er stiftete 1757 eine Kunstakademie, 1763 eine Akademie der Wissenschaften, 1775 eine „deutsche Gesellschaft“ für die Pflege der nationalen Literatur, wie denn die Mannheimer Hofbühne für die Entwicklung des deutschen Dramas maßgebende Bedeutung gewann, und legte zahlreiche Sammlungen an. In verklärender Erinnerung an solche Bestrebungen entstand dann zur Zeit der französischen Herrschaft das Wort: „Unter Karl Theodor war die Pfalz in Flor“, aber eine staatliche Grundlage hat auch er nicht zu schaffen vermocht; er suchte nach pfälzischer Weise Anlehnung an Frankreich und eine Heilang auch an Preußen.

**Bayern.** Ein Pfälzer blieb er auch, als er nach dem Tode Mar Josephs 1777 das Kurfürstentum Bayern übernahm und so die lange getrennten Hauptlande der Wittelsbacher vereinigte. Freilich bestand zwischen der konfessionell buntgemischten, rührigen „fröhlichen Pfalz“ und dem streng katholischen, schwerfälligen, derben Volke des abgeschlossenen Ackerbaulandes Bayern wenig Verwandtschaft. Der wohlmeinende, in freierem Sinne erzogene Mar Joseph (1745—1777) hatte allerdings dem Geiste der Aufklärung einigermaßen Eingang gewährt. Denn wie die Herrüttung durch einen schweren unglücklichen Krieg, die Steuer- und Schuldenlast (40 Millionen Gulden), der wirtschaftliche Rückgang, die sittliche Verwilderung des Volkes ihn zu völligem Verzicht auf einen regeren Anteil an der Reichspolitik und zum engen Anschluß an Frankreich den österreichischen Plänen gegenüber drängten, so konnte nur die Entwicklung der Volkskräfte eine hellere Zukunft herbeiführen. Ein „Kommerz-



Kollegium" sollte die wirtschaftliche Umgestaltung Bayerns nach merkantilistischen Grundsätzen leiten, die neue Mauth- und Zollordnung von 1765 das einheimische Gewerbe schützen und mit dem 1760 eingeführten Lotto die Einkünfte mehren. Doch eine gründliche Umgestaltung der Staats- und Volkswirtschaft fand ein unüberwindliches Hindernis in den „wohlerworbenen Rechten“ des Adels und der Geistlichkeit, die sogar einer geplanten gleichmäßigen Verteilung der Steuerlasten durch eine Klage beim Reichshofrat zuvorkamen. So blieb auch der schleppende Geschäftsgang und die Überzahl unzuverlässiger Beamter unangetastet. Bedeutenderes gelang auf dem Gebiete des Rechtes und der Rechtspflege. Noch früher als in Preußen wagte in Bayern Freiherr von Kreittmayr, 1749 Vizekanzler und Konferenzminister, 1758 geheimer Kanzler, eine Zusammenfassung des geltenden Rechts und brach damit überhaupt die Bahn zu einer umfassenden Sondergesetzgebung der deutschen Einzelstaaten. Zuerst erschien 1751 sein Strafrecht und sein Strafprozeß, 1753 die Gerichtsordnung, 1756 das „kurbayrische Landrecht“. Doch während das spätere preussische Landrecht in den meisten Beziehungen einen ungeheuren Fortschritt der Anschauungen bezeichnete, trugen diese bayrischen Gesetzbücher ein hochkonservatives Gepräge. Alle die barbarischen Strafen und Hinrichtungsarten der Karolina, auch die Folter und der Herrenprozeß, wurden beibehalten, wurden doch noch 1754 und 1756 Herren verbrannt. Ebenso blieben die Leibeigenschaft und die Erbunfähigkeit von Ketzern und Abtrünnigen bestehen. In der richtigen Erkenntnis, daß eine wirkliche Wandlung der Volksanschauung mit der Erziehung des Volkes beginnen müsse, begründete Mar Joseph nicht nur 1759 die Akademie der Wissenschaften, sondern er berief vor allem den Benediktiner Heinrich Braun zu einer gründlichen Umgestaltung des Schulwesens. So wurde 1771 die allgemeine Schulpflicht eingeführt, die Schule unter Staatsaufsicht gestellt, der Besitz des aufgehobenen Jesuitenordens für Schul- und Kirchenzwecke verwendet. Doch die tiefgewurzelte Alleinherrschaft der katholischen Kirche wagte oder vermochte Mar Joseph nicht zu brechen, obwohl er sein landesherrliches Aufsichtsrecht entschieden ausübte, und sein „Zensurkollegium“ (1769) freisinniger verfuhr als die alte kirchliche Zensur. Gegen Ende seines Lebens geriet auch die begonnene Schulreform ins Stocken, und so war Mar Joseph über Anläufe nicht hinausgekommen, als er am 30. Dezember 1777 viel betrauert starb.

Nach dem Erbvertrage von 1766 folgte ihm Karl Theodor von der Pfalz (1777—1799). Ohne Erben, wie er war, brachte dieser Pfälzer dem bayrischen Lande keinerlei innere Teilnahme entgegen, ja er bot zweimal unbedenklich der österreichischen Politik die Hand zu einer Veräußerung (s. S. 164, 168). Er wollte vor allem seine unehelichen Kinder möglichst gut versorgen und überließ die Regierung Bayerns seinem sittenlosen, verschwenderischen Hofe, der zumeist aus Pfälzern bestand. So wurden die Ämter mehr als je nach Gunst besetzt und von den Inhabern lediglich als nutzbare Rechte ausgebeutet, daher oft vererbt, sogar an Frauen und Kinder; die Finanzen gerieten in solche Verwirrung, daß 1799 der jährliche Fehlbetrag auf 5 Millionen Gulden stieg; das Heer zählte statt 25 000 Mann höchstens die Hälfte. Der Schulreform ließ der Kurfürst zunächst ihren Gang. Im Jahre 1777 wurde ein Plan für den höheren Unterricht ausgegeben, 1778 eine Verord-

nung, die die Volksschulen nach Felbigers Weise umgestaltete. Doch 1781 gingen die höheren Schulen abermals völlig an Klostergeistliche über. So sank Bayern wieder in sein behäbiges, aber geistesdummes Stilleben zurück. Die Religion war dem Volke ein äußerlicher, halbheidnischer Ceremoniendienst, der vierte Teil des Jahres bestand aus feiertagen, die Zahl der Klöster betrug in ganz Bayern 170, in München allein kamen 17 auf 40 000 Einwohner. Der Adel war ebenso bigott als liederlich, das Volk roh, abergläubisch und unwissend, die niedere Geistlichkeit, die aus ihm hervorging, nicht viel besser. Unter den freier und höher strebenden Geistern aber wucherte in der Hoffnungslosigkeit dieser Zustände der verzweifelte und eben deshalb bodenlose Radikalismus des Illuminatenums empor (s. unten).

Die Klein-  
staaten des  
Westens  
und  
Südens.

Trotz so widerspruchsvoller Verhältnisse im einzelnen haben doch die größeren weltlichen Fürstentümer auch außerhalb Preußens und Österreichs im ganzen eine zähe Lebenskraft erwiesen. Denn sie vermochten die wichtigsten Aufgaben des Staates, selbst des modernen Staates, wenngleich unvollkommen, so doch einigermaßen zu erfüllen und besaßen in der dynastischen Treue ihrer Bevölkerungen meist einen sittlichen Halt von einer schwer meßbaren Stärke. Doch etwa ein Drittel des damaligen deutschen Reichsbodens war unter Gemeinwesen und Herrschaften verteilt, die jene Aufgabe nicht lösen konnten und eines solchen Halts entbehrten. Den ganzen Westen und einen guten Teil des Südens bedeckten die Gebiete der 51 Reichsstädte, der reichsunmittelbaren Grafen in Schwaben (24), Franken (15), der Wetterau (10) und Westfalen (28), der Reichsritter im Rheinland (150), Schwaben (668) und Franken (702), die wenigstens durch ihre Kreisverfassung einen gewissen Zusammenhang behaupteten, endlich die Lande der 26 Erzbischöfe und Bischöfe, der 7 gefürsteten Äbte und Pröpste, der Hochmeister des Deutschen und des Johanniterordens. Es waren die Trümmerstücke der mittelalterlichen Reichsverfassung, Gebiete von höchst verschiedenem Umfange, aber alle wunderbarlich zerrissen und ineinandergeschlungen.

Die  
Reichsstädte.

Die völlige Erstarrung tritt am schärfsten bei den Reichsstädten hervor. Den Rat bildeten tatsächlich aristokratische Sippen, welche die freie Wahl der Bürgerschaft auch dort, wo sie verfassungsmäßig zu Recht bestand, mißachteten und, da ihre Verwaltung keiner Überwachung unterlag, sie lediglich zu ihrem persönlichen Nutzen führten. Nur in seltenen Fällen hatte entschiedene Opposition einen gewissen Ausgleich zu gunsten der Hünfte herbeigeführt, wie am Anfange des 18. Jahrhunderts in Hamburg und Frankfurt a. M. Selbst die ganz demokratische Verfassung Kölns v. J. 1596 (s. I S. 431) war, obwohl kein einziges der alten Geschlechter mehr sich erhalten hatte, zu einer Oligarchie entartet, und die 1779 endlich zur Untersuchung der Mißstände eingesetzte Deputation der Hünfte hat lediglich dem Untergange der reichsstädtischen Selbständigkeit vorgearbeitet. Ungebrochen dagegen behauptete sich das starrste Patriziertum in Ulm, in Augsburg, vor allem in Nürnberg, wo nur zwanzig ratsfähige Familien die Stadt beherrschten. Unter solchen Umständen war die Verwaltung fast überall willkürlich, die Rechtspflege parteiisch, langsam, oberflächlich und barbarisch; hat doch Nürnberg noch 1805 die Folter angewandt! Und was war aus der alten stolzen Wehrhaftigkeit dieser

Städte geworden! Ihre Festungswerke genügten nirgends mehr, gerieten in Verfall oder begannen sich in Spaziergänge und Gärten zu verwandeln, ihre geworbenen Söldner forderten im Kriege wie im Frieden nur den Spott des In- und Auslandes heraus, und die Abneigung gegen den persönlichen Waffendienst stand nirgends so hoch, als in den freien Städten des Reiches. Auch Hamburgs kleine Kriegsmarine war verfallen; den Schutz ihres Handels suchten die Hanseaten jetzt in vorsichtiger Neutralität und kluger, aber unwürdiger Schmiegsamkeit den fremden Mächten gegenüber. Diese Zustände drohten um so mehr zu verknöchern, als fast allen Reichsstädten die fürstliche Staatswirtschaft die Wurzeln ihres Erwerbes abschchnitt. Nur die, die ihre wirtschaftliche Geltung behaupteten, die drei Hansestädte, Frankfurt a. M. und einige andere zeigten eine zwar oft willkürliche, aber im ganzen tüchtige, wohlmeinende Verwaltung.

Anderer Art waren die Leiden der reichsgräflichen und reichsritterlichen Herrschaften. Tyrannische Willkür jeder Art, gegen die selbst das Reichskammergericht zuweilen einschreiten mußte, stand hier neben Bemühungen, die Formen und Bestrebungen größerer Staaten nachzuahmen, welche die Enge der Verhältnisse selbst bei persönlicher Tüchtigkeit der Herrschenden oft zum Herrbilde machte. Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe, der tapfere Verteidiger Portugals im siebenjährigen Kriege, baute sich auf einer künstlichen Insel im Steinhuder Meere 1765 eine Festung, die er mit großen Kosten stets auf dem Kriegsfuße hielt, stiftete hier eine treffliche Kriegsschule und führte zuerst in seinem Ländchen die allgemeine Wehrpflicht wirklich durch. Der Fürst von Leiningen richtete für 70 000 Einwohner eine Zentral-Verwaltung von 50 Räten, 18 Sekretären und 54 Unterbeamten ein. Der Fürst von Öttingen-Öttingen erstreckte seinen Regierungseifer bis auf die genaue Aufzeichnung sämtlicher in fürstlichen Länden vorhandenen Hunde nach Namen, Gattung, Gebrauch und äußerlicher Gestalt. Und doch war es mit der Leistungsfähigkeit solcher Gebiete, namentlich der militärischen, fast ebenso schlecht bestellt, wie bei den Reichsstädten, weil die Kleinheit der Kontingente und die Erbärmlichkeit der meist aus Landstreichern oder Verbrechern zusammengerafften Söldner jede ernste Ausbildung hinderte. Dazu boten alle diese kleinen Gebiete den benachbarten größeren Staaten beständig Grund zu berechtigten Beschwerden, weil sie deren Polizei und Rechtspflege fortwährend lähmten.

Der letzte Grund aller dieser Mängel lag eben darin, daß diese Gemeinwesen die vollen Hoheitsrechte wirklicher Staaten besaßen, ohne doch auch beim besten Willen unter den modernen Verhältnissen ihren Aufgaben zu genügen. Dasselbe gilt von der großen Mehrzahl der geistlichen Fürstentümer, doch andere Gründe kamen auch bei den größten von ihnen noch hinzu. Sie waren erst den weltlichen Fürsten vorangegangen durch feste Residenz, eine schriftliche, auf Urkunden beruhende planmäßige Verwaltung und die Unteilbarkeit ihres Gebiets, und das alte Sprichwort: „Unter dem Krummstabe ist gut wohnen“ hatte auch jetzt noch nicht alle Berechtigung verloren. Die Lasten waren mäßig, die Wohltätigkeitsanstalten fast zu zahlreich, das Leben in diesen von der Natur so gesegneten Strichen zwischen Weinbergen und Obstgärten fröhlich und oft reichlich. Aber jene Fortschritte waren

Die kleinen weltlichen Herrschaften.

Lage der geistlichen Fürstentümer.

längst Gemeingut aller Staaten geworden, und die geistlichen Staaten als solche standen jetzt im Widerspruch mit dem Geiste der Zeit. Denn der alte Glaube, dem sie ihr Dasein verdankten, daß diese geistlichen Körperschaften dem Himmel näher stünden als die sündigen Laien und zugleich für diese den Zugang zur göttlichen Gnade vermittelten, war schon durch die Reformation erschüttert worden und stieß jetzt mit der Forderung der Aufklärung, daß der Staat regiert werde zum Wohle der Gesamtheit, um so feindlicher zusammen, als alle diese geistlichen Stifter schlechterdings nur noch bequeme Versorgungsanstalten für die jüngeren Söhne katholischer Fürsten und Adelsgeschlechter darboten. Und mit einer Unbefangenheit, die an die italienische Renaissance erinnert, lebten diese Fürsten und Herren im schreienden Widerspruch mit ihrem geistlichen Amt oft ebenso verschwenderisch und ausschweifend wie die weltlichen Fürsten; die kurkölnische Residenzstadt Bonn war selbst in Frankreich wegen ihrer Sittenlosigkeit verrufen. Auch dem Reiche, das sie einst ins Leben gerufen und sich auf sie gestützt hatte, leisteten diese Stiftslande jetzt fast nichts mehr. Und wenn sie so jeden inneren Grund ihres Daseins verloren hatten, so war zugleich jede gründliche Umgestaltung ihnen nicht nur durch ihr Wesen verwehrt, sondern auch durch ihre Verfassung, die aus diesem Wesen entsprang, aufs äußerste erschwert. Nicht der geistliche Wahlfürst, der bald diesem, bald jenem Geschlecht angehörte, war der eigentliche Herr des Stiftslandes, sondern das Domkapitel und die Stände, und selbst sein persönlicher Einfluß war oft sehr beschränkt, weil sich sehr häufig mehrere Bistümer in einer Hand vereinigten. So trug der Wittelsbacher Clemens August (+ 1761) zugleich den Krummstab in Köln, Paderborn, Münster, Hildesheim, Lüttich, Osnabrück, dazu das goldene Kreuz des Deutschen Hochmeisters, und der letzte Kurfürst von Trier, Clemens Wenceslaus von Sachsen, war auch Bischof von Freisingen, Regensburg und Augsburg. So erhielt die Verfassung dieser geistlichen Lande ein durchaus ständisch-geistliches Gepräge. Ein unbedingter Stillstand aller staatlichen wie kirchlichen Entwicklung ergab sich als die logische Folge solcher Zustände. Reformen im Sinne der Aufklärung waren also nur auf einzelnen Gebieten möglich und hingen ganz und gar von den leitenden Persönlichkeiten ab. Politische Umgestaltungen erstrebten sie nicht, sie richteten sich vielmehr auf wirtschaftliche Verbesserungen und besonders auf Befreiung des geistigen Lebens von dem lähmenden Drucke der geistlichen Herrschaft, traten aber damit in Widerspruch zu dem Wesen geistlicher Staaten und beschleunigten also nur das unvermeidliche Ende. In solcher Weise war z. B. in Köln und Münster Maximilian Franz von Österreich tätig, in Trier Clemens Wenceslaus von Sachsen, in Mainz Emmerich Joseph von Breidbach, nach ihm Friedrich Karl Joseph von Erthal, dessen gleichgesinnter Bruder Franz Ludwig in Bamberg und Würzburg regierte. In Erfurt waltete der milde Karl von Dalberg, der Freund des weimarischen Musenhofes, als Coadjutor und Statthalter des Erzbischofs von Mainz (1772—1802).

Die Lage  
des Reichs.

So war redlicher Wille und treffliche Einsicht vielfach geschäftig am Werke, und gewiß hat niemals zuvor eine gleichgroße Anzahl wohlmeinender, menschenfreundlicher, pflichteifriger und einsichtsvoller Fürsten in Deutschland regiert wie in



der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Doch in einem vollen Drittel des Reiches konnte all diese Arbeit den Untergang seiner politischen Gestaltung nicht verhindern, und die Reichsverfassung als Ganzes blieb davon unberührt. Die Ohnmacht des Kaisertums war sichtbarer als je, seitdem ein Fürst die vornehmste Krone der Christenheit trug, der in Österreich nichts war als ein Privatmann; der Reichstag hatte seine Waffen vergeblich gegen den rebellischen Markgrafen von Brandenburg geschwungen und zwar unter dem Hohngelächter der Nation; das Reichsheer hatte den stolzen Namen, den es trug mit Schmach und Spott bedeckt, das Reichskammergericht endlich, seit der Verwüstung Speiers i. J. 1689 in Weßlar untergebracht, konnte aus Mangel an Arbeitskräften seine Aufgabe so wenig bewältigen, daß sich i. J. 1772 die Zahl der laufenden Prozesse auf 61 233 belief. Es war immer noch das alte Verhängnis: bei aller unverwundlichen Tüchtigkeit im einzelnen und bei aller Tatkraft, mit der Preußen in seinem eigenen Interesse zugleich deutsche Interessen vertrat, blieb die Nation als solche tatsächlich verfassungslos. Ja der nun unwiderruflich festgestellte Dualismus Preußens und Österreichs hielt die politischen Kräfte, die sich zu einer Neugestaltung vereinigen mußten, im lähmenden Gleichgewicht, und die hochgespannte Lage im europäischen Osten lenkte Jahrzehnte hindurch dorthin alle Aufmerksamkeit.

Mit Katharina II. war in Rußland eine Fürstin ans Ruder gelangt, die, obwohl eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst, doch die ausgreifendsten russischen Eroberungspläne nach Westen und Süden zu verwirklichen strebte und damit ein Zeitalter ungeheurer Umwälzungen über Osteuropa zu bringen drohte. Am leichtesten schien ihr das in Polen gelingen zu müssen.

Die ehemals so machtvolle königliche Republik Polen trieb unaufhaltsam der Auflösung zu. Denn die jesuitische Unduldsamkeit und die „Freiheit“ des polnischen Adels, die für die „Dissidenten“, d. i. die griechisch-katholischen Russen der Ostseeprovinzen und die protestantischen Deutschen im Westen, im ganzen für fünf Achtel der Bevölkerung, die politische Entrechtung, für die Masse des Landvolkes die härteste Leibeigenschaft bedeutete, hatten alle Grundlagen des Staatslebens völlig aufgelöst, während doch ringsum die großen Mächte die Volkskräfte zu straffer, schlagfertiger Einheit zusammenfaßten. Schon sahen die Russen das weite Reich des weißen Adlers als sichere Beute an. „Europa ist es gewöhnt, erklärte ein russischer Staatsmann, daß die polnische Regierung von Petersburg aus geleitet wird.“ In der Tat benützten sie im siebenjährigen Kriege Polen ungehindert als Angriffsbasis gegen Preußen und beherrschten schon seit den Tagen der Kaiserin Anna das polnische Lehnsherzogtum Kurland. Als nach dem Sturze des von ihr 1757 ernannten Herzogs, des Grafen Ernst Johann von Biron (Biron), im November 1740 das Land tatsächlich herrenlos blieb, belehnte 1758 König August III. seinen Sohn Karl mit Kurland, doch Rußland erkannte ihn nicht an, und Katharina II. erzwang endlich i. J. 1763 seinen Rücktritt, worauf sie Biron wieder einsetzte.

Zu dieser polnischen Frage standen Preußen und Österreich grundverschieden. War es für Österreich unbequem, wenn die Russen in Krakau und Lemberg standen, so konnte Preußen, nach den Erfahrungen des siebenjährigen Krieges, schlechterdings nicht dulden, daß sie Gnesen und Posen, Thorn und Danzig in Besitz nahmen, denn dann schnitten sie Ostpreußen vom Hauptlande ab und konnten nach

Rußland  
und Polen.

Preußen  
und  
Österreich  
gegenüber  
der  
polnischen  
Frage.

wenigen Märschen vor Berlin erscheinen. Ebenso unerträglich freilich war aus denselben Gründen für Preußen ein mächtiges Polen, während Österreich die Wiederherstellung eines solchen als die ihm vorteilhafteste Lösung der Frage ansehen mußte. So schärfte sich der ohnehin fortdauernde Gegensatz der beiden Mächte. Preußens Lage aber war um so schwieriger, als Österreich am Reichtage über eine geschlossene Mehrheit verfügte und zugleich an seinem Bündnis mit Frankreich festhielt, das Verhältnis Preußens zu England dagegen völlig zerstört war. Und doch verfolgte Friedrich nur das eine Ziel, die Wahrung des Friedens für seinen tief erschöpften Staat wie für ganz Deutschland. Um sich nun wenigstens nach einer Seite hin zu decken, suchte er Anlehnung an Rußland als an der Macht, die wie er die Fortdauer der Schwäche Polens wollte, und schloß deshalb am

1764. 11. April 1764 mit Katharina II. ein Bündnis auf acht Jahre. Beide Parteien verpflichteten sich, einander gegenseitig zu Hilfe zu kommen, in Polen (nach dem Tode Augusts III. am 5. Oktober 1763) die Wahl eines einheimischen Königs durchzusetzen, die alte Verfassung des Landes zu erhalten, aber den Dissidenten bessere Rechte zu verschaffen.

Polnischer  
Bürgerkrieg  
und  
russische  
Ein-  
mischung.

Auf Grund dieses Übereinkommens erzwang Katharina durch Waffengewalt und Bestechung mit Hilfe der Szlachta, des kleinen Adels, die Wahl ihres früheren Günstlings Stanislaus Poniatowski, des letzten Königs von Polen (7. September 1764), und forderte dann die volle Gleichberechtigung der Dissidenten. Als der

1766. Reichstag in der Tat diese Forderung am 24. November 1766 ebenso wie die vom König vorgeschlagene Aufhebung des Liberum Veto verwarf, bildeten die Parteigänger Rußlands eine Konföderation zu Radom, der auch der König beitrug. Unter dem Drucke der russischen Waffen gab ein neuer Reichstag den Dissidenten ihre Rechte zurück, schloß ein Bündnis mit Rußland und stellte das neue Staats-

1768. grundgesetz unter russische Bürgschaft (5. März 1768). Die Jarin war die Herrin Polens. Dagegen erhob sich zwar eine Generalkonföderation (der Magnaten) zu Bar in Podolien für die nationale Unabhängigkeit und den Ausschluß der Dissidenten, gestützt auf Österreich und die Türkei, die beide die Erhaltung der polnischen Selbständigkeit jeder anderen Gestaltung vorzogen; doch auf Grund des eben geschlossenen Vertrages schritten russische Truppen ein, erstürmten Bar und Krakau und jagten die Reste der Konföderierten über die Grenze nach Ungarn oder der Türkei. Als nun bei dem fortdauernden wüsten und grausamen Bürgerkriege sogar die türkische Grenzstadt Balta (zwischen Dnjestr und Bug) von den Russen genommen wurde und dabei in Flammen aufging, erklärte die Hohe Pforte im Einverständnis mit Österreich und Frankreich an Rußland den Krieg (30. Oktober 1768.)

Der russisch-  
türkische  
Krieg und  
Österreich.

Damit begann ein Kampf, der ganz Ost- und Mitteleuropa in seine Wirbel zu reißen drohte. Denn nimmermehr konnte Österreich dulden, daß die Russen Herren der unteren Donau wurden und damit das Schicksal der Balkanhalbinsel in ihrem Sinne entschieden. Begann es darüber aber den Krieg mit Rußland, so wäre auch Preußen, als dessen Bundesgenosse, mit in ihn verwickelt und Deutschland abermals sein Schauplatz geworden, um so mehr, als Frankreich sich anschickte,

ebenfalls gegen Rußland Stellung zu nehmen, während Katharina II. darauf rechnete, sich auch mit den nordischen Mächten und England zu verbünden. Es kam also alles darauf an, den Bruch zwischen Rußland und Österreich zu verhindern, dadurch nämlich, daß sich Rußland auf polnische, statt auf türkische Kosten vergrößerte.

Über der ersten Andeutung einer solchen längst drohenden Lösung durch eine Teilung Polens, die Friedrich im Februar 1769 machen ließ, setzte man in Petersburg den dreisten Vorschlag entgegen, die europäische Türkei zwischen Österreich und Rußland zu teilen, wogegen Friedrich etwa Westpreußen nehmen könne. Fest entschlossen um der russischen Ländergier willen sich nicht in einen Krieg zu stürzen, näherte sich der König Österreich, das ebenfalls so lange wie möglich den offenen Kampf vermeiden wollte. Auf seine Einladung erschien am 25. August 1769 der junge Kaiser Joseph II. bei ihm in Neisse, und so wenig zwischen dem Eroberer Schlesiens und dem Habsburger, dessen glühenden Ehrgeiz Friedrich sehr wohl durchschaute, wirkliches Vertrauen hergestellt werden konnte, so verpflichteten sich beide Herrscher doch zunächst, bei einem europäischen Kriege neutral zu bleiben. Sein Verhältnis zu Rußland hielt Friedrich dabei fest, im Oktober 1769 erneuerte er das Bündnis von 1764. Doch die glänzenden Fortschritte der Russen, die Eroberung Bessarabiens und der Moldau, der Aufstand der Griechen rückten die Gefahr eines russisch-österreichischen Krieges in so drohende Nähe, daß Friedrich II. und Joseph II. bei einer neuen Zusammenkunft zu Mährisch-Neustadt am 5. Juli 1770, an der auch Fürst Kaunitz teilnahm, sich über eine gemeinsame Friedensvermittlung in Petersburg verständigten; von Polen war dabei keine Rede.

Da brachte Joseph II. die Kugel ins Rollen. Schon im Frühjahr 1769 hatte er die sogenannte polnische Zips, 20 Geviertmeilen, die seit 1412 an Polen verpfändet war, in die von österreichischen Truppen zum Schutze der Grenze gegen die polnischen Konföderierten besetzte Linie einbezogen, wie andererseits einige Monate später preussische Truppen Elbing besetzten, auf das schon der große Kurfürst ein Pfandrecht geltend gemacht hatte. Jetzt, im Juli 1770, nahmen die Österreicher auch die beiden nächstgelegenen polnischen Starosteien als altungarisches Eigentum in Anspruch. Eben hatte Katharina die Friedensvermittlung mit so hochgespannten Gegenforderungen (Abtretung der Moldau und Walachei auf fünfundzwanzig Jahre, Unabhängigkeit der Krymtataren) beantwortet, daß Friedrich sie entrüstet zurückwies; jetzt mußte sie fürchten, daß sich Österreich und Preußen bereits ohne sie über Polen verständigt hätten und bot deshalb dem Prinzen Heinrich, der auf ihre Einladung von Stockholm in Petersburg eingetroffen war, Ermland an (Januar 1771). Friedrich ging jedoch auf diesen Gedanken erst dann ein, als sie ihre Forderungen gegenüber der Türkei herabstimmte, um sich ebenfalls an Polen schadlos zu halten; dann aber verlangte er als seinen Anteil zu Ermland noch ganz Westpreußen. Da nun Österreich im Juli 1771 mit der Türkei einen förmlichen Bündnisvertrag geschlossen hatte, der ihr einen leidlichen Frieden gewährleistete, so verzichtete Rußland endlich im Dezember auf die Donaufürstentümer, so daß jetzt die Gefahr eines Bruches mit Österreich als beseitigt gelten konnte. Jetzt ging auch Maria Theresia, vor-

wärts gedrängt durch Joseph II. und Kaunitz, trotz tiefen Widerwillens nicht nur gegen das Unrecht an sich, sondern auch gegen die Schwächung des katholischen Polen zu gunsten des keiserlichen Preußen und des schismatischen Rußland auf den Teilungsgedanken ein, weil sie selbst außer stande war, einen anderen friedlichen Ausweg aus diesem Wirrsal anzugeben, und verlangte dann soviel polnisches Land als die beiden anderen Mächte zusammen genommen. Daher kam der preussisch-  
 1772. russische Vertrag schon am 17. Februar 1772 zustande, der endgültige, an dem auch Österreich teil hatte, erst am 5. August. Während Rußland den größten Anteil, fast das ganze alte Weißrußland jenseits der Düna und des Dnjepr, etwa 2000 Geviertmeilen, für sich nahm, erhielt Österreich mit dem fruchtbaren Galizien, 1280 Quadratmeilen, den besten, Preußen mit Westpreußen und dem Netzedistrikt, 645 Quadratmeilen, den kleinsten, aber für den erwerbenden Staat notwendigsten Teil, dem freilich die großen Weichselpläze Danzig und Thorn noch nicht angefügt wurden. Eine feierliche Kundgebung der drei Mächte kündigte den Polen und dem überraschten Europa ihre Beschlüsse an, ihre Truppen folgten auf dem fuße. Mit einem fährlich und zwölf Dragonern besetzte friedrichs Oberfinanzrat f. B. von Brenkenhof das Land an der Neße, die Grenzpfähle bald vorschiebend, bald hier und da wieder zurückziehend wie in einer herrenlosen Steppe; am 13. September stand General von Thadden vor der ehrwürdigen Marienburg. In ihrem herrlichen Konventsremter huldigten am 27. September die Stände des Weichsellandes dem Erben der alten Hochmeister, der sich nun erst „König von Preußen“ nannte, die des Netzedistriktes schwuren erst am 22. Mai 1773 in Inowracław (Jungen-  
 1773. Eeslau, jetzt Hohensalza) den Eid der Treue. Zu dem selbstverschuldeten Unglück solcher Gebietsverluste fügte der polnische Reichstag auch noch die Schmach, indem er, gewonnen durch fremdes Gold, im September 1773 ohne jeden ernstern Widerspruch die Abtretungen gut hieß; zugleich gestand er den Dissidenten wenigstens drei Abgeordnete zu.

Die Rechtfertigung, die dem Eroberer sein siegreiches Schwert verleiht, hat in den Augen der Zeitgenossen dieser ersten Teilung Polens gefehlt. Der Zwang der europäischen Lage führte sie herbei, die Schwäche Polens ermöglichte sie, die ungeschichtliche Auffassung der Aufklärungszeit vom Wesen des Staates machte sie begreiflich. Das höhere historische und nationale Recht, das für Rußland und namentlich für Preußen sprach, hat die Leiter dieser Staaten nicht bestimmt, aber es war vorhanden. Denn wie Rußland altrussisches Land wiedergewann, das Polen in der Zeit seiner Stärke erobert, so nahm Preußen zurück, was der verfallene Deutsche Orden verloren hatte; es rettete damit das zertretene Deutschtum und die schwer gefährdete evangelische Kirche an der unteren Weichsel und sicherte sich selbst erst damit völlig den Besitz Ostpreußens. Der langhundertjährige Kampf zwischen Deutschen und Polen um die Ostseeküste war entschieden, jetzt war die Niederlage von Tannenberg nicht bloß gerächt, sondern auch ihre folgen waren aufgehoben. Was trotzdem von Unrecht an dieser Erwerbung haftet, das haben wenigstens Preußen und Österreich durch eifrige fürsorge für die neuen Gebiete reichlich gesühnt (über Galizien s. unten S. 167).



Die Verwahrlosung, die den preussischen Beamten entgegentrat, erschien ihnen fast unglaublich.

Deutsche  
Kulturarbeit  
in West-  
preußen.

Das platte Land lag zum guten Teile verödet, weite Strecken bedeckte Heide oder ungangbarer Bruch, die Wälder waren roh verwüftet. Mit elenden Ackergeräten und schlechtem Vieh leistete der leibeigene Bauer nur eben das, was ihm die Furcht vor der Knute des Grundherrn und die eigene Notdurst abzwang; in stumpfsinniger Trägheit hauste er in elender Lehmhütte zusammen mit seinem Kleinvieh. Auch der deutsche Adel hatte sich in Sprache und Lebensgewohnheiten polonisiert. Die alten deutschen Städte bestanden meist aus jämmerlichen Fachwerkhäusern an ungepflasterten, unsauberen Gassen und wüsten Plätzen hinter versumpften Gräben und zerfallenen Mauern. Bromberg zählte 500 Einwohner und 105 wüste Stellen, in Kulm standen von den 40 Häusern des Ringes 28 leer und halb zerstört. Vom Handwerk außer dem allernotdürftigsten war keine Rede; die öffentlichen Verkehrsanstalten beschränkten sich in Westpreußen auf zwei Danziger Postlinien nach Elbing und Thorn und dienten nicht dem Lande, sondern diesen Handelsstädten, die wie deutsche Kulturoasen mitten inne lagen in dieser polnischen Wüstenei.

Nirgends, auch in Schlesien nicht, hat das altpreussische Beamtentum so großes geleistet, wie hier an der Weichsel und Netze, allen voran der unermüdliche J. Fr. von Domhardt, der Präsident der ostpreussischen und der litauischen Kammer, dem der König die Oberleitung des neuerworbenen Gebietes übertrug (+ 1780). In Marienwerder wurde die neue westpreussische Kriegs- und Domänenkammer eingerichtet mit einer Delegation für den Netzedistrikt in Bromberg; Landräte, hier ausschließlich als königliche Beamte, übernahmen die Verwaltung der Kreise, Förster die Aufsicht über die verwahrlosten Waldungen. Die polnischen Gerichte verschwanden bis auf die grundherrlichen und die städtischen, deren Sprüche indes von dem neuen Hofgericht in Marienwerder bestätigt werden mußten. Die Domänen, Starosteien (die Lehnsgüter der Starosten) und Kirchengüter wurden sofort eingezogen und nach preussischer Weise verpachtet, auf dem Lande und in den kleinen Ackerstädten die Kontribution, in den größeren Städten die Accise eingeführt, bei Fordon ein Weichselzoll errichtet, auch Danzig von Zollstätten eng umschnürt. Die Post trat so rasch in Tätigkeit, daß sie bereits am 1. Oktober 1772 ihre Schalter öffnete und ihre gelben Wagen durchs Land sandte. Ein Jahr später schon stellte der neue Bromberger Kanal die bequeme Wasserverbindung mit der Oder her. Dazu begann ein neuer Zeitraum deutscher Besiedlung für Stadt und Land. In der ersten Zeit verwandte der König jährlich gegen 1 Million Taler an Bauhilfsgeldern, und rasch erholten sich durch Zuwanderung deutscher Handwerker die verödeten Städte, daß z. B. Bromberg 1774 schon 1580, 1781 fast 4000 Einwohner zählte. Dem Bruchlande wurde der Netzegau abgerungen und mit Tausenden fleißiger deutscher Bauern besetzt. Von 1772 bis 1786 sind überhaupt 2200 Familien mit 11000 Köpfen eingewandert, darunter allein aus Schwaben 668 meist nicht unvermögende Familien, die, da sie im Netzebruch, um Danzig, Marienwerder und Kulm in geschlossenen Dörfern angesiedelt wurden, ihre Eigenart bis in die Gegenwart erhalten haben. Sie brachten auch eine bessere Bildung mit ins Land und förderten so die Bemühungen des Königs um die Errichtung von Volksschulen. Alljährlich beinahe kam Friedrich seit 1772 selbst nach dem Weichsellande, um nach

dem Rechten zu sehen; Westpreußen war wie früher Schlesiens sein Lieblingskind geworden.

Ostropa  
nach 1772.

Über dieser großartigen Kulturarbeit verlor indes der König keinen Augenblick die europäische Lage aus den Augen. Die erste Teilung Polens hatte den Bestand der europäischen Türkei im wesentlichen gesichert, denn im Frieden von Kutschuk-Kainardsche vom 21. Juli 1774 begnügte sich das siegreiche Rußland mit dem Verzicht des Sultans auf die Oberhoheit über die Krymtataren und einen kleinen Gebietszuwachs zwischen Bug und Dnjepr; über die rumänischen Donaufürstentümer nahm es nur eine Art Schutzrecht in Anspruch. Um sich für jene geringe Erwerbung Rußlands schadlos zu halten, nötigte dann i. J. 1776 Österreich die Türkei zur Abtretung der Bukowina, des nördlichsten Teiles der Moldau. Aber Katharina II. war weit davon entfernt, ihre Pläne aufzugeben. In Erwägung dieser Gefahren und seines durchaus unsicheren Verhältnisses zu Österreich hielt Friedrich zwar an dem Bündnis mit Rußland als der Grundlage seiner Politik fest, suchte sich aber doch auch in Deutschland einen Rückenhalt zu verschaffen, so geringschätzig er von den meisten Reichsfürsten dachte, und war deshalb entschlossen, dem Übergewichte Österreichs entschieden entgegenzutreten, namentlich ihm keine Vergrößerung seines deutschen Gebietes zu gestatten.

Die  
bayrische  
Erbfolge-  
frage.

Zum erstenmale trat das hervor, als Joseph II., der seine Mutter immer mehr von der Leitung der auswärtigen Geschäfte verdrängte, den alten habsburgischen Lieblingswunsch nach Erwerbung Bayerns wieder aufnahm. Beim bevorstehenden Aussterben der bayrischen Wittelsbacher dachte er das Land als erledigtes Mannlehen im Namen des Reiches einzuziehen, Nieder-Bayern auf Grund einer hier gar nicht anwendbaren und tatsächlich niemals wirksamen Belehnung Erzherzog Albrechts durch Kaiser Sigismund v. J. 1426 für die Habsburger in Anspruch zu nehmen und die böhmischen Lehen in der Oberpfalz zurückzufordern. So deutlich traten diese Absichten allmählich hervor, daß die Kurfürsten von der Pfalz und von Bayern, die schon 1766 und 1771 ihre Hausverträge erneuert hatten, i. J. 1774 ihren Mitbesitz sich gegenseitig verbürgten. Josephs II. Reise nach Paris und Versailles im Frühjahr 1777 beunruhigte sie noch mehr, und auch Friedrich wurde bald aufmerksam, erneuerte deshalb sein Bündnis mit Rußland am 9. Mai 1777 auf abermals acht Jahre von 1780 ab. Als aber Mar Joseph 1777. am 30. Dezember 1777 unerwartet starb, ließ sich sein Nachfolger Karl Theodor 1778. von der Pfalz (s. S. 155) am 14. Januar 1778 zu einem Vertrage bestimmen, in dem er die österreichischen Ansprüche, vorbehaltlich späterer Austauschungen, für sich und seine Erben anerkannte; unmittelbar danach besetzten österreichische Truppen die fraglichen Gebiete. Doch sofort ließ Friedrich dem berechtigten Thronerben Karl August von Pfalz-Zweibrücken durch den Grafen Görz im geheimen seine Unterstützung zusichern und verständigte sich mit Kursachsen, das die Erbansprüche der verwitweten Kurfürstin Maria Antonia auf die bayrischen Allodien zu wahren hatte. So legte Karl August am 16. März 1778 am Reichstage in Regensburg feierliche Verwahrung gegen das Vorgehen Österreichs ein, an demselben Tage 1778. Preußen und Sachsen, was die tiefste Bewegung hervorrief; am 18. März ver-

bündeten sich diese beiden Staaten, um unter Umständen auch mit den Waffen in der Hand ihren Standpunkt zu vertreten; zugleich gewährleistete Friedrich die bayrisch-pfälzischen Hausverträge und dachte schon an einen „Fürstenbund“, um den „Despotismus des Wiener Hofes“ zu bekämpfen. Aber die Mutlosigkeit der kleinen Reichsfürsten machte es für ihn unvermeidlich, auch auswärtige Unterstützung herbeizurufen. Zum Glück blieb sie eine rein diplomatische, denn Frankreich, das nach Friedrich II. Absicht als Bürge des westfälischen Friedens für Bayern, nach Josephs Wunsche für Österreich eintreten sollte, hatte sich soeben zum Eingreifen in den nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg entschlossen (Februar 1778) und erklärte deshalb den deutschen Verwicklungen gegenüber seine Neutralität, da das Bündnis v. J. 1756 es nur zur Verteidigung des damaligen österreichischen Besitzstandes verpflichtete; Rußland aber war wegen der Krymtataren in Schwierigkeiten mit der Türkei verwickelt. So tiefen Eindruck das Vorgehen Preußens und die Verweigerung französischer Hilfe in Wien nun auch machte, Joseph II. glaubte jedem Angriff gewachsen zu sein und wies am 24. Juni die Vermittlungsvorschläge Friedrichs endgültig zurück. Damit war der Krieg entschieden.

Noch einmal ging der greise König ins Feld und rückte Anfang Juli vom Glatzer Gebirgslande her über Braunau und Schatzlar in Böhmen ein, während Prinz Heinrich, ein starkes Korps zur Deckung Sachsens zwischen Pirna und Maren zurücklassend, mit einem preussisch-sächsischen Heere von 80000 Mann durch die Felszassen der sächsisch-böhmischen Schweiz ins nordöstliche Böhmen eindrang. In der Tat wich Laudon, der ihm mit 70000 Mann gegenüberstand, hinter die Iser zurück, ohne eine Schlacht zu wagen; aber auch der König selber konnte die österreichische Hauptarmee, die unter Joseph II. und Eacy in starker Stellung zwischen Königgrätz und Arnau lagerte, nicht angreifen, und vermochte sich auch nicht mit Prinz Heinrich zu vereinigen, weil dieser nicht entschlossen genug vorging. So kam es lediglich zu kleinen Gefechten, und da sich Krankheiten und Mangel in Verbindung mit ungewöhnlich rauhem Wetter bald aufs empfindlichste fühlbar machten, auch Maria Theresia, voll Abneigung gegen den ganzen Krieg, sich schon im Juli persönlich an Friedrich gewandt und dann im August in Braunau Unterhandlungen angeknüpft hatte, so trat der König zu Anfang September den Rückzug nach Schlesien an. Etwas später ging Prinz Heinrich über den Paß von Mollendorf nach Sachsen zurück.

Der  
bayrische  
Erbfolge-  
krieg.

Jetzt nahmen die beteiligten Staaten die Vermittlung Frankreichs und Ruß- lands an, im März 1779 traten ihre Gesandten zu Teschen zusammen und verein- barten am 13. Mai den Frieden. Bayern trat an Österreich nur das sogenannte Innviertel, 40 Quadratmeilen, ab und entschädigte Sachsen mit 6 Millionen Gulden; Österreich erkannte die bayrisch-pfälzischen Hausverträge an, beließ die oberpfälzischen Lehen dem Kurfürsten und versprach den bevorstehenden Anfall der fränkischen Fürstentümer an Preußen nicht zu hindern. Frankreich, Rußland und das Reich übernahmen die Bürgschaft für diese Verträge. Zum erstenmale hatte Preußen an der Spitze des deutschen Fürstenstandes über das Kaiserhaus triumphiert, und überall, nicht zum wenigsten im katholischen Bayern, wurde der freigeist König

Friede von  
Teschen.  
1779.

Friedrich, der Rebelle gegen Kaiser und Reich, als Schirmherr der „deutschen Freiheit“, d. i. des überlieferten Rechtszustandes, verehrt. Doch der Krieg hatte nicht nur Frankreich, sondern auch Rußland abermals Gelegenheit geboten, sich in deutsche Angelegenheiten einzumischen und die alte Feindseligkeit zwischen Preußen und Österreich wieder entzündet. Erbittert sagte damals Fürst Kaunitz, wenn je die Schwerter Österreichs und Preußens nochmals auf einander schlugen, dann würden sie nicht eher wieder in die Scheide fahren, als bis die Entscheidung offenbar, vollkommen, unwiderruflich gefallen sei. Der Tod Maria Theresias am 29. November 1780 gab ihrem Sohne Joseph II. (1780—1790) auch in Österreich die volle Macht in die Hand.

Österreich  
unter  
Joseph II.

Von der ruhigen Umsicht, der weisen Maßhaltung, dem Rechtsinne Maria Theresias hatte Joseph II. nichts geerbt.

Joseph II. war am 13. März 1741 in stürmischer Zeit geboren. Nachdem er die gewöhnliche Ausbildung erhalten, wobei er nur in einigen praktischen Fächern, die ihn besonders anzogen, wie Feldmessung und Kriegsbaukunst, eifrige Teilnahme gezeigt hatte, wohnte er seit 1759 den Sitzungen der Konferenz bei wichtigeren Anlässen bei, und bewies überall ein ernstes, gehaltenes, ja schroffes Wesen und ein ungewöhnliches Maß von Eigenwillen, Eigenschaften, die nur während der kurzen, glücklichen Ehe mit Isabella von Parma († 1765) einigermaßen zurücktraten. Die halberzwungene Vermählung mit einer zweiten, ungeliebten Frau, der Mangel eines Familienlebens nach ihrem baldigen Tode (1767), die schiefe Stellung eines Kaisers, der als solcher im Reiche fast nichts mehr bedeutete und doch noch nicht Österreich regierte, mußten diese Charakterzüge noch mehr entwickeln. Erst allmählich ließ Maria Theresia dem Sohne in der Kriegsverwaltung einen größeren Einfluß, später wich sie widerstrebend seinen Anschauungen in der auswärtigen Politik, die bei Kaunitz entschiedene Unterstützung fanden. Er war es, wie er offen aussprach, müde Sohn zu sein.

Durch und durch ein Vertreter der aufgeklärten Selbstherrschaft in ihrer Nichtachtung geschichtlicher und natürlicher Verhältnisse wollte er dieses alte national so bunt gemischte, föderalistisch-ständische Doppelreich an der Donau in einen straff zentralisierten, unumschränkt regierten Einheits- und Beamtenstaat deutschen Gepräges umgestalten, das alles unter einsichtiger Förderung des Volkswohlstandes und freisinniger Entwicklung des geistigen Lebens, aber auch durch jähen Bruch mit allen Überlieferungen dieses konservativsten aller europäischen Staatengebilde, mit ehrlichster Überzeugung, mit den edelsten Absichten und in rastloser Arbeit, aber mit starrem Eigenwillen und einer alles überstürzenden Hast, von der Friedrich der Große einmal bemerkte, sie tue immer den zweiten Schritt vor dem ersten. So hat er das tragische Geschick gehabt, daß die aufgeklärte Selbstherrschaft, die in Österreich ihr größtes hätte leisten können, eben hier ihre erste große Niederlage erlitt.

Um die Unabhängigkeit der monarchischen Gewalt von jeder ständischen Mitwirkung recht auffällig zum Ausdruck zu bringen, vermied Joseph II. die Huldigungsfeier in Nieder-Österreich, wie die Krönung in Böhmen und Ungarn; die Kronen beider Länder fanden vielmehr als bloße Reliquien in der kaiserlich königlichen Schatzkammer zu Wien ihren Platz. Das ganze Reich sollte fortan in dreizehn gleichförmig eingerichtete und verwaltete „Gubernien“ (Provinzen) zerfallen, selbst die Vereinigung der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei mit der nunmehrigen



ungarisch-siebenbürgischen war beabsichtigt. Der ständische Landesauschuß wurde überall aufgehoben, seine Geschäfte dem kaiserlich königlichen Gubernium übertragen, das Steueramt der Stände geschlossen, ihre übrigen Ämter dem Gubernium unterstellt, die städtischen Magistrate durch ständige, besoldete Beamte ersetzt. Das Steuerbewilligungsrecht der Stände drückte ein Patent von 1785 zur leeren Förmlichkeit herab, auch ihre Einberufung war seit 1788 völlig vom Belieben der Regierung abhängig. Selbst der ungarische Landtag wurde nicht mehr einberufen, die Komitatsvorstände ernannte mittelbar oder unmittelbar die Regierung; auch die ehrwürdige Nationsuniversität der Siebenbürger Sachsen, ihre sicherste Schutzwehr gegen Magyaren und Rumänen, mußte fallen. Da ein Einheitsstaat einer einheitlichen Amtssprache bedarf, so wurde als solche auch in Ungarn und Galizien das Deutsche eingeführt. Der Einheit des böhmisch-österreichischen Strafrechts folgte 1782 eine einheitliche Gerichtsordnung, die 1785 auch für Ungarn Geltung erhielt, 1787 der erste Teil eines bürgerlichen Gesetzbuchs. Noch viel tiefer, weil uralte politische und gesellschaftliche Verhältnisse zugleich berührend, schnitt die Aufhebung der Leibeigenschaft in Böhmen, Mähren, Inner-Österreich und Ungarn seit 1781 und die neue, gerechtere Verteilung der Grundsteuer (Februar 1789) ein. Es steht dies in engster Verbindung mit der Volkswirtschaftspolitik Josephs, die den Ackerbau und das Gewerbe besonders fördern wollte. Dahin zielten einerseits die deutschen Bauernansiedlungen im Banat, um Pest-Ofen, in Galizien, andererseits die Wiederherstellung der Einfuhrverbote für die meisten fremden Gewerbezeugnisse und die Ausfuhrverbote für Rohstoffe 1784.

Auch die Kirche betrachtete Joseph durchaus als Staatsanstalt. So gewährte auch sein Toleranzedikt vom 13. Oktober 1781 den Protestanten zwar die volle <sup>1781</sup> bürgerliche Gleichberechtigung, um ihre Kräfte dem Staate dienstbar zu machen, aber nur den Privatgottesdienst, immerhin ein ungeheurer Abfall von den althabsburgischen Grundsätzen. Auch die Zulassung der Juden zu den öffentlichen Schulen, zu Ämtern, zu Fabrikthätigkeit und Güterpacht (1781 und 1784) beruhte wesentlich auf politischen Erwägungen. Von ihnen aus griff der Kaiser auch rücksichtslos in die Ordnungen der katholischen Kirche ein. Er knüpfte die Veröffentlichung aller päpstlichen Bullen auch in Glaubenssachen an seine Genehmigung (26. März 1781), verbot den Klöstern den Verkehr mit den Oberen ihrer Orden in Rom und stellte sie unter die einheimischen Bischöfe, untersagte überhaupt alle Geldsendungen und Appellationen nach Rom, schnitt die Einwirkung der Bistümer Salzburg und Passau als außerösterreichischer ab und errichtete dafür zwei neue Bischofsitze in Linz und St. Pölten, begann endlich seit dem November 1781 die Einziehung der Klöster im größten Umfange und mit rücksichtsloser Gewaltthätigkeit, so daß von den i. J. 1770 vorhandenen 2162 Klöstern i. J. 1786 nur noch 1425 bestanden und der aus ihrem Vermögen gebildete „Religionsfonds“ i. J. 1788 über 2 Millionen Gulden Jahreseinnahme verrechnen konnte. Der unerhörte Schritt Papst Pius' VI., den Kaiser im April 1782 persönlich in Wien aufzusuchen, änderte an alledem so wenig, wie der Gegenbesuch Josephs II. in Rom i. J. 1783. In der Unterrichtsverwaltung wurden jetzt auch die Universitäten durchaus als Staatsanstalten behandelt, auch die

Volksschule eifrig gefördert. Daneben entstanden zahlreiche große Wohltätigkeitsanstalten, namentlich in Wien. Der Freiheit des geistigen Lebens überhaupt kam die Zensurverordnung von 1781 zugute.

Joseph II.  
und Katharina II.

Statt diese Umgestaltungen sich erst einleben zu lassen, stürzte Joseph den in allen seinen Grundlagen erschütterten Staat in eine unstäte Eroberungspolitik, die ihn zur ersten Macht Mittel-Europas erheben sollte, aber mit seinen Überlieferungen in vieler Beziehung ebenso jäh brach, wie die inneren Reformen. Da der Kaiser seit 1779 genau wußte, daß Preußen seine Zustimmung zu einer Vergrößerung Österreichs auf deutschem Boden niemals geben werde, und daß er auf Frankreichs Beistand kaum mehr rechnen dürfe, suchte er Anlehnung an Rußland. Diese aber konnte er nur damit erkaufen, daß er dem russischen Ehrgeiz gegen die Türkei freie Bahn ließ, also ihm die Herrschaft über die untere Donau preisgab. Aus eigenstem Antrieb, gegen den entschiedenen Willen Maria Theresias hatte er schon im Frühjahr 1780 mit Katharina II. in Mohilew und St. Petersburg persönliche Anknüpfung gesucht. Im Mai 1781 kam dann in Form eines eigenhändigen Briefwechsels beider Souveräne ein Vertrag zustande, in dem sie sich gegenseitig Hilfe gegen einen Angriff gelobten und Joseph II. noch insbesondere versprach, für die genaue Ausführung des Friedens von Kutschuk-Kainardsche mit zu sorgen. Auf Grund dieses Einverständnisses übermittelte Katharina dem Kaiser im September 1782 ihren Plan für die Umgestaltung des europäischen Ostens. Danach sollte die Nordküste des Schwarzen Meeres an Rußland fallen, aus der Moldau und Walachei ein Fürstentum Dacien gebildet und das byzantinische Reich unter einem russischen Großfürsten wieder hergestellt werden. Betroffen von so weitgehenden Absichten verlangte Joseph als seinen Beuteanteil beide Donauufer von Nikopolis bis Belgrad, halb Serbien, Bosnien, Istrien und Dalmatien, dazu das venezianische Festland, wofür die Republik in Griechenland entschädigt werden könne. Noch ehe man sich indes über so unermessliche Veränderungen verständigen konnte, nahm Katharina unter nichtigem Vorwande das Chanat der Krymlataren in Besitz (April 1783) und nötigte unter französischer Vermittlung die Türkei zur Anerkennung dieses Gewaltstreiches im Vertrage von Ainali Kawaß am 8. Januar 1784.

Der  
bayrisch-  
belgische  
Tauschplan.

Joseph hatte dieses Vorgehen durch seine ganze Haltung unterstützt, glaubte also auch seinerseits auf russische Hilfe rechnen zu können und nahm deshalb wieder den Plan auf, Bayern und die Oberpfalz womöglich mit den Stiftslanden von Salzburg und Passau gegen Belgien einzutauschen. Um die notwendige Zustimmung Hollands und Frankreichs zu gewinnen, brach er im Oktober 1784 den Streit um die Öffnung der Schelde vom Jaune, weil er hoffte, beide Staaten würden um so lieber in den Übergang Belgiens an einen kleinen Fürsten willigen. Doch Frankreich trat entschieden auf Seite Hollands und wies zugleich den bayrisch-belgischen Tauschplan zurück (Januar 1785), Karl Theodor war zu keiner bindenden Zusage zu bewegen, und Karl August von Zweibrücken lehnte die gebieterische Aufforderung des russischen Gesandten Rumjanzow, dem Tausche beizustimmen, rundweg ab. So gab Joseph schon im Januar 1785 seinen Plan auf, noch ehe er überhaupt in weiteren Kreisen bekannt geworden war und verständigte sich schließlich im Vertrage

von Fontainebleau (9. November) auch mit Holland dahin, daß dieses auf seine Barriere in Belgien verzichtete, die Scheldefahrt wenigstens streckenweise freigab und für den Besitz von Maastricht eine Entschädigung von 10 Millionen Gulden an den Kaiser zahlte.

Mit größter Aufmerksamkeit hatte Friedrich II. diese Dinge verfolgt und zunächst, da sein Verhältnis zu Rußland naturgemäß erkaltete, sich Frankreich genähert, dessen Verhältnis zu Österreich sich ebenso zu lockern begann. Jetzt, als der Vertrag von Uinali Kawa das enge Einverständnis Österreichs und Rußlands wie die Nachgiebigkeit Frankreichs gegen beide, also Preußens Vereinzelung inmitten feindlicher oder unsicherer Nachbarn enthüllte, ging er auf den Gedanken ein, den er selbst schon 1778 ausgesprochen und den ihm Markgraf Karl Friedrich von Baden wieder i. J. 1783 entgegengetragen hatte, eine „Union“, einen „Fürstenbund“ zum Schutze des Rechts- und Besitzstandes im Reiche zu gründen. Schien doch die unruhige Vergrößerungslust des Wiener Hofes, die Verpflanzung des Erzherzogs Maximilian Franz nach den niederdeutschen Stiftslanden Köln und Münster erst als Koadjutor (August 1780), dann als Bischof, der Eingriff Josephs in die oberhirtlichen Rechte der Bischöfe von Salzburg und Passau alles in Frage zu stellen. Doch gerieten die Verhandlungen erst in Fluß, als Friedrich II. zu seiner größten Überraschung von Zweibrücken her im Januar 1785 Nachricht über den damals schon aufgegebenen bayrisch-belgischen Tauschplan erhielt. Nicht diesen Gedanken zu vereiteln galt es also jetzt, sondern Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen, zugleich eine feste Vereinigung der deutschen Fürsten für den Fall großer europäischer Konflikte zu schaffen. Nach einem Entwurfe Hertzsbergs unterzeichneten am 25. Juli 1785 zunächst die Vertreter der drei norddeutschen Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Hannover zu Berlin die Urkunde des „deutschen Fürstenbundes“. Sie verpflichteten sich zur Aufrechterhaltung des „Reichssystems“ und des Besitzstandes der Reichsglieder auf Grund des westfälischen Friedens, der Wahlkapitulationen und der übrigen Reichsgesetze; im geheimen versprachen sie noch einer Wiederaufnahme des bayrisch-belgischen Tauschplans wie allen Plänen ähnlicher Art und etwaigen Säkularisationsabsichten sich zu widersetzen, unter Umständen mit Waffengewalt. Es machte den tiefsten Eindruck, daß der erste geistliche Fürst des Reiches, der Erzbischof von Mainz, mit Österreich verfeindet und durch die Gewandtheit des preussischen Gesandten, des Freiherrn Karl vom Stein, gewonnen, am 18. Oktober dem Fürstenbunde beitrug, denn die alte Verbindung des geistlichen Fürstentums mit dem Kaisertume war damit durchbrochen. Zu demselben Entschlusse kamen Pfalz-Zweibrücken, Weimar, Gotha, Braunschweig, Baden, Hessen-Kassel, die anhaltischen Fürsten, Osnabrück und Ansbach-Bayreuth. Preußen stand zum erstenmale an der Spitze des außerösterreichischen Deutschland. Darin liegt die Bedeutung des Fürstenbundes, nicht in seinem Zwecke, denn die Aufrechterhaltung des „Reichssystems“ in seinem dermaligen Bestande war eben eine Unmöglichkeit, und wenn sich Preußen, das doch im geraden Gegensatze zum alten Reiche emporgekommen war, jetzt für dessen unveränderten Bestand einsetzte, so geriet es in eine widerspruchsvolle Lage hinein.

Der  
deutsche  
Fürsten-  
bund.

Die Emser  
Punkta-  
tionen.

Wie der Fürstenbund die alte Reichsverfassung noch einmal zu schützen suchte, so wurde um dieselbe Zeit der Versuch unternommen, die katholische Kirche in Deutschland auf nationaler Grundlage etwa nach Febronius' Ideen zu befestigen. Als nämlich Rom i. J. 1785 eine ständige Nuntiatur in München errichtete und ihr die geistliche Jurisdiktion über die kurfürstlichen Lande übertrug, wahrten die vier Erzbischöfe des Reiches in den „Emser Punktationen“ vom 25. August 1786 ihre Rechte gegen diesen päpstlichen Eingriff, und Joseph II. billigte ihre Aufstellungen, doch ohne sie wirksam zu unterstützen. Der Versuch ist deshalb schließlich ebenso vergeblich geblieben, wie der Notbehelf des Fürstenbundes.

Friedrichs  
des Großen  
Tod.

Auch ein längeres Leben Friedrichs II. hätte daran nichts zu ändern vermocht. Doch die Tage des großen Königs neigten sich zum Ende. Unter den Schmerzen und Beängstigungen der Wassersucht (seit dem Februar 1786) erfüllte er doch seine Regentenpflicht mit stoischer Fassung und wunderbarer Geistesklarheit fast bis zum letzten Atemzuge. Aber am 16. August schwand das Bewußtsein, und in den ersten Morgenstunden des 17. August 1786 um 2 Uhr verschied der König in seinem Lieblingsstuhle Sanssouci, nur von seinem Minister Herzberg, einem Arzte und wenigen Dienern umgeben; von seiner Familie war niemand bei ihm. In der einfachen Gruft der Garnisonkirche zu Potsdam wurde seine sterbliche Hülle beigesetzt.

Ergebnisse  
seiner  
Regierung.

Die Mitwelt hat in Friedrich den genialen Feldherrn und Staatsmann, den rastlosen Verwalter, den Gründer der preussischen Großmacht bewundert, und der Ruhm seines Namens gewährte auch in weiter Ferne seinen Untertanen zuweilen Schutz und Förderung. Doch von dem, was er für Deutschland und seine Zukunft geleistet hat, ahnte diese Zeit und er selbst fast nichts. Sein Staat wurde der feste Kern einer neuen nationalen Staatsordnung, und hat er selbst den Deutschen diese neue Verfassung nicht geben können, er hat doch noch zuletzt die verhängnisvollste Lösung der deutschen Frage verhindert und dadurch das Feld rein gehalten für die Zukunft. Denn die Erwerbung Bayerns hätte Österreich die Herrschaft über den ganzen Süden in die Hände gegeben und so unfehlbar zur dauernden Zerreißung Deutschlands in eine österreichisch-süddeutsche, wesentlich katholische, und in eine preussisch-norddeutsche, überwiegend protestantische Hälfte geführt.

Preußen  
unter  
Friedrich  
Wilhelm II.

Doch bald mußte es zweifelhaft erscheinen, ob der preussische Staat seine stolze Stellung werde behaupten können. Nur in schärfster Anspannung war eine geniale Begabung in den letzten Jahrzehnten imstande gewesen, alle Zweige der weitläufigen Staatsverwaltung wirklich zu übersehen und das persönliche Regiment aufrecht zu erhalten, das von allen Beamten blinden Gehorsam verlangte und den gebildeten Mittelstand herrisch von aller Teilnahme am Staate ausschloß. Infolgedessen herrschte bei jenen stets ängstliche Scheu vor jedem selbständigen Schritt und daher nur zu oft ein gedankenloses Formelwesen, bei diesem die Neigung zu absprechender, weil sachkundiger Kritik. Je mehr sich der Umfang des Staates erweiterte, je höher Reichtum, Bildung und Selbstbewußtsein des Mittelstandes stiegen, um so schwerer mußte es sein, die alte Selbstherrschaft zu behaupten. Mit scharfem Blicke hatte diesen Grundschaden der fridericianischen Verwaltung Graf Mirabeau, der künftige Führer der französischen Revolution, erkannt, als er im



Januar 1786 beim König verweilte. Es wurde das Verhängnis Preußens, daß Friedrichs Nachfolger die notwendigen Umgestaltungen nicht vornahmen, so lange es noch Zeit war. Denn Friedrich Wilhelm II. (1786—1797) war weder seiner ganzen Natur, noch seiner Erziehung nach imstande, in der Weise Friedrichs des Großen zu regieren.

Die Abneigung Friedrichs II. gegen seinen Bruder August Wilhelm (s. S. 126) hatte auch auf die Erziehung des Neffen und Thronfolgers (geb. am 25. September 1744) ungünstig eingewirkt; sie war weder so ernst, noch so umfassend, wie sie dem künftigen Herrscher geziemend hätte, und den Geschäften blieb er fern. Auch die häuslichen Verhältnisse des jungen, sinnlich angelegten Fürsten empfahlen ihn dem König nicht. Seine erste Ehe mit Elisabeth Christine von Braunschweig wurde schon nach vier Jahren 1769 gerichtlich getrennt; die zweite mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt fesselte den Prinzen so wenig, daß seine Geliebte Wilhelmine Enke (Gräfin von Sichtenau), die Scheinfrau des Kammerdieners Riez, eine Rolle spielte, wie sie am Hofe der Hohenzollern zuvor niemals erhört war.

Von der Geistesklarheit des Oheims weit entfernt, neigte er zur Frömmelei und fand Befriedigung in den mystischen Spielereien des modischen Ordens der Rosenkreuzer (s. unten). Dabei war er allerdings persönlich liebenswürdig und von Herzen wohlwollend, auch erfüllt von lebhaftem Selbstgefühl, doch von der Energie, der Selbstständigkeit des Willens, der Arbeitskraft seines Vorgängers besaß er nichts. So kam es, daß bald zwei Männer den beherrschenden Einfluß auf ihn gewannen, der phantastisch-unklare, genußsüchtige und weltmännische Oberst J. R. von Bischoffswerder und der frömmelnde, kriechend demütige und dabei überaus selbstgefällige Johann Christoph von Wöllner.

Sunächst atmete man in Preußen auf, als das straffe Regiment den Alten von Sanssouci zu Ende ging, und lauter Jubel begrüßte Friedrich Wilhelm den „Vielgeliebten“. Was man von ihm erwartete, eine Milderung der Härten seines Vorgängers, war er auch bemüht zu leisten, doch gab er dabei allzusehr der „Opinion“, der öffentlichen Meinung nach und gestand damit zu, daß sie eine Macht zu werden beginne. Nur deshalb fiel die Regie, nicht weil sie sich nicht bewährt hätte; die Franzosen, auch der verdiente de Launay, wurden entlassen und ihre Aufgaben kollegialisch zusammengesetzten Behörden übertragen. Derselben Rücksicht brachte der König nicht nur das verfehlte Kaffeemonopol zum Opfer, sondern auch das sehr einträgliche Tabaksmonopol, ohne daß er doch Sorge getragen hätte, diese Ausfälle durch neue Einnahmequellen zu ersetzen. In Westfalen ersetzte der Freiherr vom Stein die Accise verständigerweise durch eine Mahl-, Trank- und Schlachtsteuer und eine direkte Steuer. Hier wurden 1786 auch alle Binnenzölle aufgehoben, an ihre Stelle traten Grenzzölle. Als Wohltat wurde auch die Freigebung der Getreideeinfuhr empfunden, und manche Maßregeln, wie die fortdauernde Unterstützung gewerblicher Unternehmungen und die Erbauung der ersten Kunststraßen, wirkten in der Tat günstig. Manche Änderungen in der Organisation der Verwaltung fanden ihre Begründung in der Unmöglichkeit, alles in der bisherigen Weise selbst zu leiten. Dem Oberkriegskollegium übertrug der König 1787 die Intendantur und die Ökonomie. Die Kriegszucht wurde etwas gemildert, die gewaltsame Werbung verboten, doch das neue Kanton-

reglement vom 12. Februar 1792 erweiterte den Kreis der Befreiungen derartig, daß die Meinung berechtigt schien, der Kriegsdienst ziemt nur dem Pöbel. Die Trennung der Kirchen- und der obersten Unterrichtsverwaltung, die 1787 dem Oberschulkollegium unter Jedlitz übertragen wurde, war vielleicht ein Fortschritt, doch der nunmehrige Kultusminister Wöllner setzte sich mit seinem berufenen Wöllnerschen Edikt vom 9. Juli 1788 nicht nur in Widerspruch mit der bisher von oben allzusehr begünstigten freigeistigen Richtung der meisten Gebildeten, sondern, was wichtiger war, mit der hohenzollerschen Kirchenpolitik seit Johann Sigismund. Denn während diese nur ein allerdings weitgehendes Obergaufsichtsrecht des Landesherrn über die Kirchengemeinschaften festhielt, nahm Wöllner für ihn wie im 16. Jahrhundert das Gesetzgebungsrecht in Glaubenssachen in Anspruch, indem er alle „neologischen“ Geistlichen und Lehrer, die nicht streng an den Satzungen der drei anerkannten Konfessionen festhielten, mit Amtsentsetzung bedrohte und alle unter strenge Aufsicht stellte. Zur Vervollständigung folgte am 19. Dezember ein Edikt über Bücherzensur, i. J. 1791 die Einsetzung einer geistlichen Oberexaminationskommission. Ein erbitterter Federkrieg entsprang daraus.

Friedrich  
Wilhelms II.  
deutsche  
Politik.

Noch mehr als im Innern ließ Friedrich Wilhelm II. nach außen Klarheit und Sicherheit vermissen. An der Spitze eines festgefügtten, schlagfertigen Staates von 3456 Quadratmeilen und 5 1/2 Millionen Einwohnern hätte er, gestützt auf den Fürstenbund, den deutschen Dingen die entscheidende Wendung geben können. Aber so stolz er selbst und sein Minister Graf Hertzberg von dem Verufe Preußens dachten, sie faßten ihn nicht sowohl im deutschen, als im europäischen Sinne und verschmähten es, Deutschlands Verfassung neu zu gestalten, so lange es noch möglich war. Deshalb fanden auch die Reformpläne Karl Augusts von Weimar, für die er unermüdlich als „Kurier des Fürstenbundes“ die kleinen Höfe bereiste, an der entscheidenden Stelle in Berlin keine Unterstützung.

Der Feld-  
zug nach  
Holland.

Ebensowenig hat der König seinen leichten Sieg über Holland in deutschem Sinne benützt. Der alte Gegensatz der „Staatenpartei“, der damals auf Frankreich gestützten „Patrioten“ zu der oranischen Partei hatte im Mai 1787 zu dem Versuche geführt, dem Erbstatthalter Wilhelm V. seine verfassungsmäßige Militärgewalt zu entziehen. Als nun gar dessen Gemahlin Wilhelmine, Friedrich Wilhelm II. stolze Schwester, zwischen Nymwegen und dem Haag von staatlichen Milizen angehalten und wie eine Gefangene behandelt worden war, fühlte sich der König persönlich beleidigt und ließ am 13. September 1787 24 000 Mann unter Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig in Holland einrücken. Da die Festungen sich ohne Widerstand ergaben und die Milizen davontiefen, so zogen die Preußen schon am 8. Oktober in Amsterdam ein, jagten die Führer der „Patrioten“ über die Grenze und stellten die Rechte des Erbstatthalters wieder her. Aber statt nun, wie Karl August von Weimar vorschlug, Holland in den Fürstenbund aufzunehmen und so ins deutsche Leben wieder hereinzuziehen, überließ Friedrich Wilhelm den herrschenden Einfluß im Haag kurzfristig den Engländern, schenkte in unköniglicher Großmut dem reichen Handelsvolke sogar die Kriegskosten, 6 Millionen Taler, und begnügte sich mit einem Bündnis (15. April 1788) für die Erhaltung des europäischen Besitzstandes, dem am 15. August auch England beitrug.

Katharina II. hatte nämlich ihre byzantinischen Pläne im vollen Umfange wieder aufgenommen, als ihr die schwer gereizte Türkei im August 1787 den Krieg erklärte, und vertragsmäßig erließ auch Österreich am 9. Februar 1788 die Kriegserklärung an den Sultan.

Rußland  
und  
Österreich  
gegen die  
Türkei.

Doch während die Russen an der Nordküste des Schwarzen Meeres erfolgreich vordrangen, errangen die Österreicher, da Lacy eine Heeresmacht von 280 000 Mann auf dem weiten Raume von Triest bis zum Dnjestr zerzettelt hatte, nur mit der Eroberung Choczims am 17. September einen Erfolg, wurden aber nach der Niederlage bei Mehadia (28. August) in den Banat zurückgedrängt und waren schon so entmutigt, daß das ganze Heer bei einem falschen Alarm in der Nacht des 20. September auf der Straße zwischen Eugos und Karansebes in kopfloser Verwirrung rückwärts floh und der kranke Kaiser in persönliche Gefahr geriet. Besser verliefen die Dinge im nächsten Jahre 1789. Die gemeinschaftlich erfochtenen Siege bei Fokschani (1. August) und Martineschi (22. September) in der Walachei ermöglichten den Übergang der Russen über die Donau, Laudon nahm Belgrad (8. Oktober), Semendria und Passarowitz, und die Österreicher konnten ihre Winterquartiere in der Walachei um Bukarest nehmen.

1789.

Doch schon wankte der Staat Josephs II. in seinen Grundfesten. Auch das damalige Österreich ließ sich eben nur im Bunde mit dem Adel und der römischen Kirche, nicht als deutscher Einheitsstaat regieren. Eben jene Stände aber hatte Joseph mit seinen hastigen Neuerungen in allen ihren Interessen und Gefühlen verletzt, ohne doch den noch ganz unentwickelten Bürgerstand und die eben erst tiefster Knechtschaft sich entwindenden Massen des Landvolkes zur Mitwirkung zu gewinnen, oder auch nur bei seinem Beamtentume pünktlichen Gehorsam, oder in dem entkräfteten Deutschtume seiner Lande wirklich eine Stütze zu finden. Vielmehr mußte das gänzlich unvorbereitete Aufdrängen der deutschen Amtssprache den Rückschlag der verletzten Nationalitäten hervorrufen. Im streng katholischen, von der Geistlichkeit beherrschten Belgien begann die Bewegung.

Der  
Zusammen-  
bruch des  
Josephi-  
nischen  
Systems.

Hatte schon das Toleranzedikt von 1781 und die Errichtung eines staatlichen Generalseminars in Löwen 1786 die Geistlichkeit in heftige Erregung versetzt, so rief die neue einheitlich-monarchische Verwaltungs- und Gerichtsordnung vom 1. Januar 1787 auch den Widerstand der brabantischen Stände hervor, die auf ihrer verfassungsmäßigen Mitwirkung bestanden. Der Statthalter, Herzog Albert von Sachsen-Teschen, mit den Umwälzungen persönlich nicht einverstanden, zeigte sich schwach und wurde abberufen; aber auch der neue Generalgouverneur Graf Murray kehrte im Oktober 1787 zurück, so daß Joseph den Herzog Albert abermals nach Brüssel sandte, diesmal von dem entschlossenen General d'Alton begleitet (Januar 1788). Inzwischen hatten sich jedoch überall patriotische Vereine und Wehrmannschaften gebildet, die Klerikalen unter dem Rechtsanwalt van der Noot, die Demokraten französischer Färbung unter Donck; beide traten mit dem Auslande, namentlich mit Frankreich, in Verbindung, wo sich die Vorboten der Revolution bereits drohend genug zeigten. Als nun die brabantischen Stände nicht nur die geforderten Steuern verweigerten, sondern auch jede Abänderung der Verfassung ablehnten (18. Juni 1789), der Kaiser aber nun alle Privilegien der Provinz aufhob, da brachen im September bewaffnete Haufen, die sich jenseits der Grenze gesammelt, in Brabant ein, wiesen in Turnhout einen Angriff der österreichischen Truppen zurück (26. Oktober) und brachten auch Brabant, Flandern und Hennegau zum offenen Aufruhr. Nun desertierten die Wallonen scharenweise

1787.

1789.

aus den österreichischen Regimentern, der Statthalter verließ im November Brüssel, und am 12. Dezember übergab d'Alton gegen freien Abzug die Hauptstadt. Am 1790. 23. Dezember zogen die Aufständischen in Brüssel ein, im Januar 1790 rief der „souveräne Kongress“ die Unabhängigkeit Belgiens aus.

Belgien war verloren bis auf Namur und Luxemburg, und Ungarn stand dicht vor dem Aufruhr. Die kaiserlichen Befehle fanden keinen Gehorsam mehr, viele Komitate legten Verwahrung gegen die Neuerungen ein, die deutsche Amtssprache wurde abgeschafft, und schon traten die Unzufriedenen hier wie in Brabant mit Preußen in Verbindung.

Konflikt  
mit  
Preußen.

Es war ein schicksalsvoller Augenblick. Die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands und Osteuropas lag in Friedrich Wilhelms II. Hand, und es schien, als wolle er die Gunst der Lage benützen. Er war entschlossen, den drohenden Umsturz im Osten nicht zuzulassen, und Hertzberg hatte schon einen Plan entworfen, der alle beteiligten Mächte befriedigen sollte. Danach sollte die Türkei an Rußland das Land zwischen Bug und Dnjestr, an Österreich die Walachei und Moldau, mindestens die Grenzen des Friedens von Passarowitz überlassen, dieses dafür Galizien an Polen zurückgeben; Polen endlich sollte Danzig und Thorn, womöglich auch die Wojewodschaften Kalisch und Posen an Preußen abtreten. Hertzberg zweifelte nicht am Gelingen, denn Rußland war auch von Schweden bedroht, Österreich aufs tiefste erschüttert, die Türkei geschlagen, die Seemächte mit Preußen verbündet, Polen zu einem Bündnis bereit, Frankreich durch die Revolution gelähmt. Freilich ganz nach Wunsch gingen die Dinge nicht, denn die Osmanen bezeugten nicht nur keine Neigung zu solchen Abtretungen, sie drängten vielmehr den preussischen Gesandten Diez sogar dazu, gegen die ihm erteilten Weisungen ein Schutz- und Trutzbündnis zur Wiedereroberung der Krim zu unterzeichnen (31. Januar 1790), und in Berlin machte man sich auf einen Krieg mit Österreich und Rußland zugleich gefaßt, doch auch in diesem Falle standen die Aussichten für Preußen günstig genug, für Österreich fast verzweifelt.

Tod  
Josephs II.

„Ich habe keine Hoffnung mehr“, schrieb der greise Kaunitz am 3. Januar. Der Kaiser selbst, schon schwerkrank aus dem türkischen Feldzuge heimgekehrt, brach jetzt unter der Last dieser Enttäuschungen und Gefahren zusammen; er nahm seine Verfügungen in bezug auf Belgien und Ungarn zurück, ließ die Stephanskrone wieder nach Pest-Ofen bringen und berief seinen Bruder, den Großherzog Leopold von Toskana, zum Mitregenten. Bis fast zum letzten Atemzuge rastlos tätig, verschied Joseph II. in der Morgenfrühe des 20. Februar 1790, ein tragisches Opfer seines Idealismus und seiner Gewaltherrschaft.

Der  
Vertrag  
von  
Reichen-  
bach.

Sein Nachfolger Leopold II. (1790-92) lenkte maßvoll und besonnen in die Bahnen Maria Theresias zurück und verzichtend auf alle Eroberungspläne Josephs II. knüpfte er sofort mit Preußen Verhandlungen an. Noch hielt Hertzberg an seinen Tauschplänen fest, und eine gewaltige Armee stand in Schlesien bereit, um ihnen Nachdruck zu geben; aber da weder die Polen noch die befreundeten Seemächte sie unterstützen wollten, so ließ Friedrich Wilhelm II. vorschnell und wankelmütig die Grundgedanken seines Ministers fallen und begnügte sich im Vertrage von Reichen-



bach am 27. Juli 1790 mit dem Versprechen Österreichs, vom Kriege gegen die Türkei zurückzutreten und den Besitzstand vor dem Kriege als Grundlage des Friedens anzunehmen. Belgien sollte unter der Bedingung der Wiederherstellung seiner alten Verfassung wieder unter Österreichs Herrschaft zurückkehren. Nach diesem Abkommen und dem Haager Akord stellte General Bender im Dezember 1790 dort die alte Ordnung wieder her.

Der Vertrag von Reichenbach bezeichnet eine verhängnisvolle Wendung in der preussischen und deutschen Politik. Preußen hatte keine Vergrößerung, nicht einmal eine Entschädigung für seine schweren Rüstkosten (40 Millionen Taler) erlangt, es hatte die unwiederbringliche Gelegenheit, von Österreich Zugeständnisse in Deutschland zu erzwingen, versäumt und ließ die Kaiserwahl Leopolds II. am 30. September ohne jede Bedingung zu. Das war zugleich für den Fürstenbund und also für die Stellung, die Preußen an seiner Spitze eingenommen hatte, das Todesurteil. Seitdem das Kaiserhaus auf die Josephinischen Pläne verzichtete, scharten sich die kleineren Fürsten wieder wie früher um die Habsburger, und niemand dachte mehr an die doch unvermeidliche Neugestaltung der Reichsverfassung. In Berlin aber gewöhnte man sich seitdem, die Überlieferungen Friedrichs des Großen verlassend, an den Gedanken eines friedlichen Dualismus, der doch den Keim der Feindschaft beständig im Schoße trug. So war Deutschland als Ganzes verfassungslos und von tausend Gegensätzen zerklüftet, sein größter Staat ohne sichere Führung, während im Westen eine ungeheure Umwälzung begann.

Die Lage  
Deutsch-  
lands.

Unter dem Schutze so unvollkommener staatlicher Verhältnisse war doch ein reiches Kulturleben erblüht. Wenn ein Fremder damals Deutschland bereiste, so hatte er in den meisten Strichen den Eindruck, daß er in einem aufsteigenden Volke stehe. Die Bevölkerung war in rascher Zunahme begriffen; verhältnismäßig die stärkste zeigte Preußen infolge der inneren Kolonisation.

Be-  
völkerung.

Durchschnittlich mögen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland über 2000 Menschen auf der Geviertmeile gewohnt haben, allerdings ebenso wie heute in sehr ungleichmäßiger Verteilung. Im ganzen preussischen Staate kamen auf die Quadratmeile um 1786 1570 Einwohner, in Schlesiens aber über 2500, in Pommern 800; das Industrieland Sachsen zählte etwas später gegen 2700, Württemberg sogar 3900, Berg gegen 3000, Böhmen gegen 3200 Menschen auf dem gleichen Raume, viel weniger wiederum wesentlich ackerbautreibende Länder: Hannover nur über 1500, Schleswig-Holstein über 1800. In Preußen stieg von 1713 bis 1796 trotz der Erwerbung dünnbevölkerter polnischer Gebiete der Durchschnitt von 754 auf 1615 Einwohner, also auf mehr als das Doppelte, in der Kurmark sogar auf das Dreifache, nämlich von 636 i. J. 1700 auf 1930 i. J. 1800; am nächsten kam diesem Wachstum das hochindustrielle Böhmen (1590: 3192 Einwohner), während Sachsen darin wesentlich zurückblieb (2017: 2774 Einwohner), obwohl seine Gesamtbevölkerung 1772/85 von 1 632 000 auf 1 945 000 Einwohner stieg, von denen schon ein Viertel in den Städten lebte.

Unter den Erwerbszweigen hatte die Landwirtschaft immer noch die geringsten Fortschritte aufzuweisen, vor allem deshalb, weil die Bemühungen der neuen Physiokratenschule Le Quesnay's, die im Boden die Hauptquelle des Reichtums sah, einen freien

Land-  
wirtschaft.

Bauernstand zu schaffen, noch sehr in den Anfängen standen. Die Veräußerung ländlichen Grundbesitzes war deshalb im ganzen sehr erschwert, die Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Ausfuhrverbote und unvollkommene Verkehrsmittel gehemmt. Doch traten nicht nur neue Kulturen auf, wie sich der Kartoffel- und Kleebau immer weiter verbreitete und der Obstbau in Mittel- und Norddeutschland den wenig ergiebigen Weinbau verdrängte, sondern auch technische Verbesserungen machten sich geltend, wie Besömmern der Brache, Stallfütterung, Veredlung der Viehassen, namentlich der Schafe (s. S. 151). Aber nur Holstein und Mecklenburg, deren Küstenlage den Absatz erleichterte, konnten es im Betriebe schon einigermaßen mit Holland und England aufnehmen, da sie von der alten Dreifelderwirtschaft, die sonst meist noch fort dauerte, zur ergiebigeren Feldgras(Koppel)wirtschaft übergingen. Landwirtschaftliche Vereine und eine ausgedehnte landwirtschaftliche Literatur bereiteten indes besonders nach dem siebenjährigen Krieg auch anderwärts Fortschritte vor, und die Rente aus der Landwirtschaft war überall durchschnittlich im Steigen.

**Gewerb-  
leiß.** Noch raschere Fortschritte traten in der Entwicklung des Gewerbes hervor. Kein besseres Zeugnis gibt es für die Unhaltbarkeit der alten Zustände und für die Erfolge des fürstlichen Merkantilismus, als die bitteren Klagen des trefflichen Justus Möser in Osnabrück über den Niedergang des Gewerbes in den kleineren Städten des Nordwestens, und als der jammervolle Verfall desselben in seinen alten Hauptorten, den meisten süd- und westdeutschen Reichsstädten.

Nürnberg's altes Kunsthandwerk war zur Spielwarenfabrikation geworden, Augsburg leistete Erhebliches nur in Gold- und Silberarbeiten, in Galanteriewaren und geringwertigen Heiligenbildern, aber die alte Leinweberei war verfallen, ebenso wie die von Ulm; Regensburg lebte fast nur vom Reichstage, das altberühmte Handwerk Kölns arbeitete nur noch für die nächste Umgebung, seine Malerschule war zur Anstreicherzunft herabgesunken.

Anders stand es in den größeren fürstlichen Gebieten. Zu den altnationalen Gewerben der Eisenbearbeitung, der Tuch- und Leinweberei, die beide noch ganz überwiegend als Hausindustrien betrieben wurden, traten seit der Mitte des Jahrhunderts die Baumwollenmanufaktur, die Glasindustrie und die zunächst künstlich emporgetriebene Seidenzucht. In Preußen waren, abgesehen von den westfälischen Landschaften, Schlesiens und die Kurmark die wichtigsten Industriegebiete, Berlin bereits die erste Fabrikstadt des Staats. Auch der Gewerbleiß Sachsens nahm nach dem siebenjährigen Kriege einen glänzenden und andauernden Aufschwung. Im ganzen war hier schon der dritte Teil der Bevölkerung im Gewerbe tätig; der Bergbau allein, bei sinkender Ergiebigkeit immer künstlicher betrieben, beschäftigte etwa 50 000 Menschen. Im südwestlichen Deutschland entstand auf dem Schwarzwalde seit der Mitte des Jahrhunderts die Fabrikation von Holzwaren, namentlich von Wanduhren, als Hausgewerbe in Verbindung mit einem ausgedehnten Handelsbetriebe durch „Gesellschaften“, im badischen Pforzheim erblühte seit den sechziger Jahren bei völliger Gewerbefreiheit anfangs unter der Leitung von Franzosen und Schweizern eine großartige Gold- und Silberwaren-

fabrikation, die i. J. 1800 26 Fabriken beschäftigte. In Österreich waren Böhmen, Nieder- und Ober-Österreich die wichtigsten Industrielande geworden.

Von den 30 Millionen Talern Jahresproduktion der größeren preussischen Fabriken kamen nach Hertzberg i. J. 1785 auf Schlesien 11 Millionen, auf die Kurmark 9 Millionen, oder nach Erwerbszweigen gesondert fielen auf Tuch und Wolle 8, auf Leinen 9, auf Seide 3, auf Baumwolle 1,2 Millionen Taler. Berlin beschäftigte i. J. 1783 schon über 10000 Arbeiter und erzeugte Werte von 6 Millionen Talern; in Krefeld zählte um 1770 die größte Seidenfabrik fast 3000 Arbeiter an 724 Stühlen. In Sachsen wurde Chemnitz mit seinen 8000 Einwohnern der Mittelpunkt der neuen Baumwollenindustrie, die 1780 schon 750, 1799 dagegen 1500 Stühle beschäftigte; dazu kam eine blühende Kattundruckerei. Im Vogtlande entwickelte sich neben der älteren fabrikation musikalischer Instrumente gegen Ende des Jahrhunderts eine schwunghafte Musselinindustrie, so daß man 1785 den Gesamtwert der hier und im Erzgebirge hergestellten Baumwollenwaren auf jährlich 2—3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Taler veranschlagte. Die Hauptstätte für das Leinengewerbe blieb die Oberlausitz mit Zittau und Herrnhut als Mittelpunkten; hier lieferten 7—8000 Stühle jährlich Waren im Werte von über 2 Millionen Talern. — In Böhmen beschäftigte der Gewerbebetrieb besonders die deutschen Bezirke im Westen und Nordosten; seine Glaswaren begannen den levantinischen und westeuropäischen Markt zu beherrschen, für die Tuchweberei bildete Reichenberg den Mittelpunkt. Im ganzen besaß das Land i. J. 1786 in diesem Zweige 172 Fabriken mit 400000 männlichen Arbeitern, für Leinen aber 37000 Stühle. Daneben erwuchsen Wien und Linz zu großen Industriepätzen; jenes beschäftigte 1784 besonders für Seiden- und Baumwollenmanufaktur über 30000 Arbeiter.

Diese ganze Entwicklung erscheint um so bedeutsamer, als damals noch eine Menge politischer Schranken und die Unbehilflichkeit der Verkehrsmittel den Absatz im Lande selbst, den wichtigsten Teil jedes Handels, erschwerten. Zwar die alten städtischen Stapelrechte bestanden in ihrer vollen Ausdehnung nicht mehr, auch das Leipziger hatte der siebenjährige Krieg unwirksam gemacht. Dafür bildete jetzt jeder größere Staat ein möglichst abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet für sich, und an dem Übermaß der Zollstätten war noch wenig geändert. Die wenigsten gab es an der Oder und an der Donau, am zahlreichsten und lästigsten waren sie am Rheine mit seiner Vielstaaterei, aber auch auf der Elbe zahlte der Schiffer zwischen Dresden und Magdeburg an sechzehn Orten Zoll. Die Mannigfaltigkeit des Münzwesens endlich wich nur langsam der vordringenden Geltung großer einzelstaatlicher Münzordnungen, nicht einer Reichsmünze. Entgegen vielmehr dem Reichstagsbeschluss von 1738, nach dem 18 Gulden aus der feinen Mark geprägt werden sollten, setzte Österreich 1748 den Zwanzigguldenfuß, Bayern den Vierundzwanzigguldenfuß fest, dem dann der Süden und Westen sich meist angeschlossen, während Sachsen und die meisten niederdeutschen Staaten nach der Münzkonvention von 1755 Österreich folgten. Preußen dagegen prägte seit 1750 14 Taler oder 21 Gulden aus der feinen Mark und verschaffte bald durch strenge Solidität diesem Münzfuße weithin Anerkennung. Ganz unabhängig von alledem hielten die Hansestädte und Mecklenburg an dem alten lübischen Fuße (11<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Taler = 1 feine Mark) fest.

Den Landverkehrsmitteln konnte man nur in Österreich und in einigen Teilen Süddeuschlands bessere Beschaffenheit nachrühmen. In Preußen begann der Bau

Verkehrshindernisse und Verkehrsmittel.

von Kunststraßen (Berlin-Potsdam, Magdeburg-Leipzig und in Westfalen) erst 1787, und die Postwagen waren meist so unbequem, daß, wer es irgend vermochte, zu Pferde oder mit eigenem Geschirr reiste; die Verbindungen blieben bei der Menge verschiedener Postverwaltungen unsicher, das Briefporto auf größere Entfernungen sehr hoch. Ein Brief ging damals von Berlin nach Weimar 3, nach Frankfurt a. M. 9 Tage, und zahlte von Berlin nach Memel 8 gute Groschen (1 Mk.). Immerhin vermittelte die Post doch regelmäßige und nach dem Maßstabe der Zeit auch ausreichend häufige Verbindungen. Viel langsamer noch hat sich der Flußverkehr von den Hemmnissen befreit, da die Verbesserung der Fahrbahn ein damals unerreichbares Zusammenwirken verschiedener Staatsverwaltungen voraussetzte und die Schifffahrt selbst vor dem Eintritt der Dampfkraft an unabänderliche Voraussetzungen gebunden war.

Die Fahrzeuge hielten höchstens 2000—3000 Zentner und bedurften doch einer Bemannung bis zu 40 Mann, zumal da sie bei der Bergfahrt größtenteils auf Menschen- oder Pferdekraft angewiesen waren. So brauchte das Marktschiff von Mainz bis Köln abwärts 2, aufwärts 3 lange Sommertage, ein Frachtschiff auf derselben Strecke 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, von Straßburg bis Mainz 3 Tage, aufwärts aber zwischen diesen beiden Städten je nach dem Wasserstande 27—36 Tage. Ein Elbfrachtschiff fuhr von Hamburg bis Magdeburg oder Fürstenwalde 1 bis 2 Monate. Von Regensburg bis Wien fuhr man mit dem gewöhnlichen Schiff 6 Tage; Nachten bedurften natürlich überall kürzerer Zeit. Die gewöhnlichen Frachtschiffe, die „Plätten“, gingen nur abwärts und wurden am Bestimmungsort zerschlagen. Auch die großen Flöße dienten als anspruchslose Reisegelegenheit. Dem entsprach es, wenn auf dem Rheine zwischen Mainz und Köln alljährlich nur etwa 1300—1400 Fahrzeuge, darunter 200 für Personen, auf- und abwärts gingen, und die Zolleinnahmen von Straßburg bis zur holländischen Grenze insgesamt nur 600 000 Taler betrugen. Von Straßburg nach Mainz ging nur aller 10 bis 14 Tage ein Güterschiff. Auf der Elbe war der Frachtverkehr wohl größer, und auf der preussischen Weichsel so erheblich, daß an der 1772 eingerichteten Zollstätte Fordon im Juni und Juli oft 70 bis 80 Getreideschiffe zu gleicher Zeit lagen und die Zollgebühren sich auf 250 000 Taler jährlich beliefen.

Auswärtiger  
Handel.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich die große Bedeutung der Messen, von denen die Leipziger einen Jahresumsatz von 18 Millionen Talern hatte, und das fortwauernde Übergewicht des indirekten Handels. Nach den überseeischen Ländern lag die Vermittlung ausschließlich in den Händen der Holländer und der deutschen Seestädte; vom Binnenlande aus haben wohl zuerst die Herrnhuter, gestützt auf ihre weitverzweigten Niederlassungen, um 1750 mit Spanien unmittelbare Verbindungen angeknüpft. Deutschland führte nach dem Osten, besonders nach Rußland, Tuch und andere Gewerbezeugnisse aus, nach England, Holland, Frankreich, Spanien und Portugall Linnen (für 60—90 Millionen Mark jährlich), Holz und Korn, und es versorgte, allerdings durch fremde Vermittlung, auch das amerikanische Festland mit Linnen, namentlich von dem großen holländischen Schmuggelplatze St. Eustathius in den kleinen Antillen aus, den die Engländer erst i. J. 1781 in ihre Gewalt brachten. Dafür bezogen die deutschen Kaufleute auf denselben Wegen Kolonialwaren, französische Weine und Gewerbezeugnisse, englische Baumwollen- und Eisenwaren, Rohstoffe aus dem Norden und Osten. Einen gewaltigen Fortschritt auch



für Deutschland bahnte die Losreißung der nordamerikanischen Kolonien an, denn sie öffnete den deutschen Plätzen zum erstenmale den unmittelbaren Verkehr mit Nordamerika, den Welthandel. In richtiger Erkenntnis dieser Umwälzung schloß Friedrich der Große schon am 10. September 1785 seinen Handelsvertrag mit der jetzigen Republik der Vereinigten Staaten, doch des Verkehrs bemächtigte sich vor allem das rührige Bremen. Seitdem überflügeln die großen Nordseehäfen vollends die Ostseestädte.

Die preussischen Ostseeplätze hatten unter dem siebenjährigen Kriege schwer zu leiden gehabt (Colbergs Handel war fast ganz vernichtet), erholten sich aber dann schnell. Verhältnismäßig bedeutend war die Reederei von Lübeck und Mecklenburg.

Aus Stettin liefen im Jahre 1754 2076 Schiffe aus, i. J. 1786 erst wieder 1131; dagegen hatte sich die Zahl der eigenen Seeschiffe in dem gleichen Zeitraume von 79 auf 163 gehoben. In Stettin, Königsberg und Elbing gingen damals überhaupt gegen 5000 Schiffe ein und aus; durch den Sund liefen zwischen 1769/74 jährlich nur 2—300, 1798 dagegen 1621 Schiffe unter preussischer Flagge. Nach England allein gingen aus den preussischen Häfen und aus Danzig zusammen i. J. 1780 Waren im Betrage von 6,5 Millionen, i. J. 1790 von 13,7 Millionen Reichsmark. — Lübeck berechnete die Schiffsbewegung in seinem Hafen jährlich auf 800—900 Fahrzeuge, Rostock auf etwa 1400; von den 1649 deutschen Schiffen, die i. J. 1792 durch den Sund fuhren, gehörten 338 Mecklenburg an.

Bremen und Hamburg dienten mehr der fremden Einfuhr als der deutschen Ausfuhr, waren „Faktoren der Engländer“, wie J. Möser grollend sagt; aber Hamburgs Handel, namentlich der mit Wein- und Kolonialwaren, erreichte dank seiner Neutralität im siebenjährigen Kriege und der Zollfreiheit, die 1764 für mehrere wichtige Warenklassen gewährt wurde, einen bis dahin nie erreichten Höhepunkt und erstieg nach dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege einen noch stolzeren Gipfel. Damals sah es jährlich 2000 Schiffe aus- und eingehen, darunter freilich nur 150 bis 160 unter eigener Flagge; Seeasssekurationsgesellschaften übernahmen Versicherungen bis zu 120 Millionen Talern, und mit der unsäglichen Selbstgefälligkeit sattten Behagens brüstete sich die größte Handelsstadt Deutschlands ob ihrer „Freiheit“.

Im Süden fand Österreichs Handel seinen wichtigsten Ausgangspunkt in Triest, wo 1788 4288, 1790 6750 Seeschiffe einkamen; er brachte seine Waren bis weit in die Levante zu solchem Ansehen, daß noch heute in Abyssynien und im nordöstlichen Afrika überhaupt der Maria-Theresientaler (von 1753) das wichtigste Zahlungsmittel bildet.

So sehr nun aber auch der deutsche Handel im sichtlichen Aufblühen erscheint, das Verhältnis der deutschen Gesamtausfuhr zur Gesamteinfuhr, die Handelsbilanz, war noch keineswegs günstig, wenigstens im Vergleich mit den westeuropäischen Kulturstaaten. Gegen die französischen Waren gaben die deutschen Kaufleute fast nur Holz in Tausch, ihre Schiffe gingen dorthin meist nur in Ballast, und spöttisch nannten die Franzosen die Sandberge, die allmählich die bremischen Schiffe bei Nantes aufschütteten, die „Erzeugnisse Deutschlands“. England übermittelte in wenigen Jahren Waren für 10 Millionen Pfund Sterling nach Deutschland, „ohne dort schuldig zu werden“ (1769), und 1789 wollte man das jährliche Über-

gewicht der Einfuhr über die Ausfuhr im ganzen auf 32 oder gar auf 64 Millionen Reichsmark berechnen. Ein weit günstigeres Bild ergibt sich für einzelne größere Staaten. In Österreich freilich betrug 1782 die Ausfuhr 13 Millionen, die Einfuhr 18<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Gulden; aber Preußen, das noch um 1740 seine Unterbilanz auf 1,2 Millionen Taler berechnete, hatte i. J. 1783 eine beträchtliche Überbilanz, und dasselbe ist für Sachsen anzunehmen. Den Nachteil trugen auch hier die kleinen, zerstückelten Gebiete des Westens und Südens; aus ihnen erscholl schon bald nach dem siebenjährigen Kriege der dringende Ruf nach einer nationalen Handelspolitik, die doch am wenigsten das Reich in die Hand zu nehmen vermochte, eine weitere Rechtfertigung des fürstlichen Merkantilismus.

Aus-  
wanderung.

Es ist daher kein Zufall, wenn eben jene Teile Deutschlands weitaus die stärkste Auswanderung stellten. Wie Friedrich II. eine Menge süddeutscher Ansiedler in seine Ostprovinzen, Maria Theresia und Joseph II. solche nach Ungarn und Galizien verpflanzten (s. S. 149, 167), so zog Katharina II. aus Süddeutschland nach Rußland unter Gewährung reichlicher Landanweisung und großer Rechtsvorteile die besten Kräfte der geschlossenen Bauernkolonien, die ihre einheimischen Untertanen eine bessere Bodennutzung lehren sollten.

In der Nähe Petersburgs entstanden nur vereinzelte Kolonistendörfer, namentlich an der Nema; umfänglicher waren die vorwiegend süddeutschen Niederlassungen im südrussischen Gouvernement Ekaterinoslaw am unteren Dnjepr seit 1774, zu denen sich seit 1783 fleißige westpreußische Mennoniten gesellten; einen ganzen großen Landstrich endlich kultivierten die Ansiedlungen zu beiden Seiten der untern Wolga in den Gouvernements Samara und Saratow, die jetzt 170 blühende deutsche Ortschaften mit 250 000 Einwohner zählen; etwas weiter abwärts entstand 1765 die Herrnhuterkolonie Sarepta. Daneben blieb Rußland das Lieblingsgebiet unternehmender deutscher Edelleute und Gewerbetreibender.

Auch nach Nordamerika dauerte die Auswanderung bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts beständig fort. Sie half den dortigen Deutschen die schweren Verluste überwinden, welche die Kämpfe mit Franzosen und Indianern in den Kriegen der Jahre 1744 48 und 1756 63 den älteren Niederlassungen zugefügt hatten.

Der ganze Südosten Pennsylvaniens, wohin sich viele Deutsche wandten, die der Druck englischer Gouverneure aus New-York vertrieb, war damals fast völlig deutsch. Die Deutschen bildeten drei Fünftel der gesamten Bevölkerung des Landes, sie gaben sich 1765 eine lutherische Kirchenordnung und bildeten sogar aus einer Mischung pfälzisch-schwäbischer Bestandteile mit englischen Wörtern eine besondere deutsch-pennsylvanische Mundart, die noch heute fortlebt, sie besaßen deutsche Zeitungen und Druckereien. Auch in Maryland entstanden deutsche Gemeinden und Kirchen, in Süd-Carolina zählte man deren 16. Selbst in die ungeheure Waldwüste jenseits der Alleghanies drangen seit 1740 deutsche Hausierer, später deutsche Herrnhuter und Baptisten vor. Im Unabhängigkeitskriege stellten sich die Deutschen, während Tausende deutscher Soldtruppen gezwungen für England fochten (s. S. 153), entschlossen auf die Seite der Kolonien, sie bildeten ganze selbständige Truppenkörper, sie schirmten unter ihrem tapferen General Herkheimer i. J. 1777 die Nordgrenze New-Yorks gegen den Angriff der Engländer und Indianer, wie noch später in schonungslosen Grenzkämpfen, und halfen so Seite an Seite mit ihren Landsleuten in nordamerikanischem Dienste, Fr. W. von Steuben und von Kalb, die Unabhängigkeit des jungen Staates erkämpfen.

Aber im schroffen Gegensatze zu den deutschen Kolonialgründern des Mittelalters traten die deutschen Einwanderer in Nordamerika nicht als Herren über halbbarbarische Stämme auf, sondern als Diener eines schon herrschenden Volkes, ja vielfach geradezu als Leibeigene ihrer harten englischen Gläubiger, die für sie die kostspielige Überfahrt bezahlten. Auch wenn sie sich später zu Wohlstand emporarbeiteten, sie blieben immer im wesentlichen Bauern, wackere, aber schwerfällige Leute, ohne höhere Bedürfnisse, ohne geistigen und ohne wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Heimat. Nur die evangelische Kirche gab ihrer Nationalität einen gewissen Halt; die „deutschen Gesellschaften“, die sich mehrfach bildeten, hatten wenig Einfluß und konnten kaum den schlimmsten Mißhandlungen der neuen Einwanderer steuern. Nun verheerten im Unabhängigkeitskriege Feuer und Eisen die blühenden deutschen Dörfer im Norden von New-York, in die verödeten Höfe drängten sich englische Ansiedler, die Napoleonischen Kriege unterbrachen auf Jahrzehnte die deutsche Zuwanderung. So wurden auch die Kirchen bald englisch, und dieses ältere Deutschtum ging in New-York, Maine und Süd-Carolina bald völlig zu Grunde; auf den Leichensteinen verödeteter Friedhöfe muß man jetzt seine Spuren suchen. Was einer kraftvollen, selbstbewußten Nation einen selbständigen Anteil an der Besiedlung und Beherrschung Nordamerikas verschaffen konnte, das wurde somit für das eben erst mühsam sich emporringende deutsche Volk nur Anlaß zu großen Verlusten. Und doch haben auch jene Auswanderer den Beweis geliefert, daß die Kraft ihrer Nation unverwundlich sei.

Unfraglich war im ganzen genommen der Wohlstand Deutschlands im raschen Steigen, besonders in Preußen derart, daß seit 1780 dort die Güterpreise fast schwindelhaft in die Höhe gingen. Er war auch wohl begründet, fester als jetzt, insofern die Verflechtung der Einzelwirtschaft in dem großen Weltverkehr noch nicht so eng, der Wettbewerb noch nicht so angestrengt war, und wieder unsicherer als heute, weil zwar Lebensversicherungskassen schon seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vielfach bestanden, aber Versicherungen gegen Unfälle, Feuer- und Witterschäden eben erst vereinzelt entstanden, in Sachsen seit 1729, in Preußen seit 1772, und Sparkassen sich sehr langsam Bahn brachen, zuerst 1765 in Baden. Dürftig war vielfach immer noch die Lage des Landvolkes. Auch der Verdienst des städtischen Handarbeiters war noch schmal genug, seine ganze Lebenslage mit den heutigen Verhältnissen gar nicht zu vergleichen. Bei den ungenügenden Verkehrsverhältnissen traten Mißwachs und Teuerung viel störender hervor als später, und der Gesundheitszustand der Volksmassen war so wenig widerstandsfähig, daß nicht nur die Sterblichkeit überhaupt die heutige weit überstieg, sondern auch Seuchen und ansteckende Krankheiten noch furchtbare Verheerungen anrichteten, vor allem die neu auftretenden schwarzen Pocken, die damals keinen Stand verschonten. Die Armenpflege aber litt weniger unter dem Mangel guten Willens als der Einsicht und durchgreifender Einrichtungen, soviel im einzelnen z. B. in Berlin von der Regierung und von Körperschaften schon geschah. Die Bettelei war deshalb arg, namentlich in den katholischen Ländern. Erst das furchtbare Notjahr 1771/72 gab einen allgemeinen und kräftigen Anstoß zu planmäßigerem Vorgehen; Wohltätigkeitsgesellschaften und Arbeitsanstalten entstanden überall. Am wenigsten geschah in dieser

Wohlstand  
und  
Lebens-  
führung.

Beziehung durchgängig in den Reichsstädten trotz oft reichlicher Mittel; in Köln waren von 40 000 Einwohnern 10 000 bis 11 000 Almosenempfänger, dort saßen die Bettler noch um d. J. 1780 reihenweise vor den Kirchthüren und vererbten ihre Stellen als Ausstattung an ihre Kinder.

Am anderen Ende der gesellschaftlichen Staffeln war die Lebensführung des Adels und der Höfe gegen Ende des Jahrhunderts namentlich in den protestantischen Landschaften vielfach verständiger und sparsamer geworden, so sehr die Neigung zu prunkvollem äußeren Auftreten die heute etwa vorhandene noch übertraf; dagegen gestaltete sich die Lebenshaltung des bürgerlichen Mittelstandes behaglicher und reicher, da eben ihm die wohlthätigen Folgen des fürstlichen Merkantilismus am meisten zu gute kamen. Die Städte begannen jetzt ihre unnütz gewordenen Mauern schon hier und da zu schleifen, die tiefen Gräben verwandelten sich in Gärten, der Wall und das Glacis in baumbepflanzte Spaziergänge. Auch mäßige Städte pflasterten jetzt durchgängig ihre Straßen und versahen sie mit Abzugsgräben; oft zierten statuengeschmückte Röhrenbrunnen die größeren Plätze. Die Straßenbeleuchtung ließ noch viel zu wünschen übrig. Hamburg erfreute sich einer solchen, freilich in sehr bescheidenem Umfange, schon seit 1675, Berlin seit 1685, Wien seit 1687, Dresden seit 1705, aber Kassel entbehrte sie noch 1775. Dagegen wurden die Bürgerhäuser, die jetzt nicht mehr die hohen schmalen Giebelseiten, sondern die breite Front der Straße zuekehrten, äußerlich zwar schmuckloser, in ihrer wohnlichen Einrichtung aber behaglicher, traulicher und reinlicher als sie je zuvor gewesen waren. Wer es vermochte, besaß draußen vor den Toren in der Vorstadt seinen Obst- oder Hergarten, und schon sorgte hier und da ein wohlmeinender Landesherr für Spaziergänge seiner Hauptstädter; Friedrich der Große öffnete den „Tiergarten“ den Berlinern, Joseph II. den Prater seinen Wienern.

Lebensführung und Charakter dieses städtischen Mittelstandes ergaben sich notwendig aus dem harten, wenngleich erfolgreichen Kampfe um die Wiederherstellung des zerstörten Wohlstandes, aus dem Drucke der Selbstherrschaft, auch der aufgeklärten, und der Standesunterschiede, endlich aus der Gemütsregung und der Selbstbeschaulichkeit, die der Pietismus gebracht hatte. Die laute Fröhlichkeit der alten Volksfeste war fast gänzlich geschwunden, auch wo nicht, wie in Preußen, die „Schützenplätze“ geradezu verboten wurden; die Geselligkeit beschränkte sich jetzt wesentlich auf das Haus und auf den Umgang mit verwandten oder befreundeten Familien; nur die beliebten „Kuchengärten“ führten eine größere Anzahl zusammen, ausnahmsweise auch die „Komödie“, mit der eine fahrende Schauspielertruppe die Gebildeten erfreute, oder eine besondere Sehenswürdigkeit. Im ganzen verfloß das Leben einförmig, in emsiger Arbeit, streng, ja pedantisch geregelt; Reisen wurden nur in Geschäften oder zu Bildungszwecken unternommen. Überhaupt war der Aufenthalt und die kräftige Bewegung in freier Luft schon deshalb sehr beschränkt, weil die empfindliche „gute“ Kleidung möglichste Schonung erforderte. So sehr die Ehe noch als Sache bedachtsamer Erwägung und des Familieninteresses betrachtet wurde, die Frau war doch jetzt in höherem Sinne Genossin des Mannes als früher, zuweilen sogar die Vertraute seiner geistigen Arbeit. In der Behandlung





der Kinder trat immer noch mehr die strenge Zucht als die Liebe hervor, und doch hat Goethes warmherzige Mutter gewiß nicht allein gestanden. Eifrig hielt jeder darauf, die nach Rang und Stand gebührende Ehre auch in der Form der Anrede zu empfangen und zu erweisen, aber die „Devotion“ höher Gestellten gegenüber ergab sich von selbst; das Sprichwort: „mit dem Hute in der Hand kommt man durchs ganze Land“, drückt so recht die herrschende Gesinnung aus. Ein festes Selbstgefühl zeigte fast nur der Mann vom „Stand“, der Offizier, der Adlige, der hohe Beamte, sonst fand man es noch selten, kleinliche Eitelkeit, Abhängigkeit von Lob und Tadel desto häufiger, und Beförderung erwartete man viel weniger von der eigenen Leistung, als von der Protektion hochgeneigter Gönner. Denn eine öffentliche Meinung gab es nur für die nächste Umgebung, und eben deshalb wurde sie persönlich, zudringlich, flatschfüchtig, oft böseartig. Damit verband sich eine eigentümliche, oft fast krankhafte Weichheit der Empfindung, die in der Beobachtung der eigenen Gemütsbewegung und in der Erregung des Gefühls durch Umgang mit gleichgestimmten Seelen den höchsten Genuß fand. Es war eben ein Geschlecht von Privatmenschen, die meisten lebten in eng beschränktem Kreise, waren zeitlebens an denselben Ort gebunden. Sie entbehrten gar nicht des politischen Interesses, es wallte sogar zuweilen leidenschaftlich auf, aber es gebrach ihnen durchaus an einem sachlichen Urteil über das Staatsleben. Denn der Staat verlangte von dem Bürger nur Gehorsam und Abgaben, er versagte ihm jede Teilnahme an der Verwaltung und die Ehre des Waffendienstes, so daß dieser, da er nur die untersten Schichten des Volkes traf, überall als ein Unglück für die Pflchtigen, oft genug sogar als eine Schande galt.

So war dieser gebildete und besitzende Mittelstand zu entschlossener Tat durchaus ungeeignet, wohl aber befähigt zu inniger, hingebender Vertiefung in die Welt des Guten, Schönen und Wahren. Eben deshalb ist aus ihm die neue deutsche Literatur und Wissenschaft herausgewachsen, nicht aus dem Adel, der meist noch in französischer Bildung befangen war, oder ausschließlich dem Staatsdienst und der Wirtschaft lebte. Und doch hat niemals eine solche Entwicklung sich unter äußerlich gleich ungünstigen Bedingungen vollzogen, und nur dem deutschen Idealismus war es möglich, sie zu überwinden. „Keines Medicäers Güte lächelte der deutschen Kunst“; langsam erst eroberte sie sich die Höfe, und eine Hauptstadt, einen großen Brennpunkt auch nur des geistigen Lebens, der wie Paris den Dichter an eine feste künstlerische Überlieferung gebunden, ihm aber auch den Erfolg erleichtert hätte, besaß Deutschland nicht, alles blieb deshalb persönlicher Neigung überlassen. Dazu kam die konfessionelle Spaltung der Nation. Die neue Bildung erwuchs auf protestantischem Boden, das katholische Deutschland nahm an ihr zunächst wenig Anteil. Andererseits besaß der Mittelstand damals noch gewisse allgemeine Grundlagen der Bildung und der Weltanschauung. Seine Söhne durchliefen zunächst alle die lateinische Schule, deren unterste Klassen die heutige Bürgerschule ersetzten, auch wenn sie sich später dem Handel oder dem Gewerbe zuwenden sollten. Für noch bescheidenere Bedürfnisse gab es zahlreiche private „Winkelschulen“. Eben damals errang sich durch J. M. Gesner († 1761) das Griechische allmählich eine etwas

Die Grundlagen der neuen Bildung.

geachtetere Stellung, und man begann neben der Übung im Lateinschreiben und -sprechen das Verständnis der Schriftsteller, „das Eindringen in den Geist des Altertums“, als eine Aufgabe des Unterrichts zu betrachten, auch der Muttersprache und den Realien einige Sorgfalt zuzuwenden. Für Sachsen wirkte die Schulordnung Ernestis von 1773 in dieser Richtung. So mangelhaft, so abhängig von persönlichen Verhältnissen das alles noch sein mochte, die eindringende Beschäftigung mit so hochgebildeten fremden Sprachen war eine unvergleichliche logische Schulung, die Bekanntschaft mit einem großen, abgeschlossenen geschichtlichen Leben machte das Urteil über die umgebende Welt freier und weckte zugleich den wissenschaftlichen Sinn. Wohl erschien schon manchen das hier Gebotene zu beschränkt, dem praktischen Leben zu wenig entsprechend, die Lehrweise zu mechanisch, die Zucht zu hart. Aus solchen Strömungen entsprang i. J. 1746 die erste „Realschule“ zu Berlin, das Werk J. J. Heckers, die eine fachliche Bildung vermitteln sollte, dann das „Philanthropinum“ des unruhigen, zersahrenen J. B. Basedow in Dessau 1776 und die Anstalt des trefflichen Chr. G. Salzmann im anmutigen Schnepfental bei Gotha 1784, die beide schon unter Rousseaus Einfluß ein möglichst vielseitiges, auf Anschaulichkeit und Selbsttätigkeit begründetes Wissen vermitteln, die harte Zucht durch liebevolle Anleitung zum Guten ersetzen wollten. Aber solche einzelne Versuche, so bedeutsam sie teilweise für die Zukunft wurden, erschütterten damals die Herrschaft der lateinischen Schule noch nicht.

Welt-  
anschauung.

Weiter liefen in der religiös-sittlichen Weltanschauung dieses also gebildeten Mittelstandes sehr verschiedene Richtungen nebeneinander; aber der Rationalismus, auf die Wolffsche Philosophie begründet, begann doch die alte Orthodorie wie den Pietismus zurückzudrängen. Er erstrebte eine Versöhnung der Vernunft und des Glaubens, freilich in der Weise, daß er, wie H. S. Reimarus in Hamburg († 1768) diesen nach jener modeln wollte, und fand seine Hauptvertretung in Halle und Berlin, sein literarisches Hauptorgan in Nicolais Allgemeiner deutscher Bibliothek (seit 1765). Ihm nahe stand der deistliche Freimaurerorden, der allmählich, namentlich in Norddeutschland, zu einer wahren Macht erwuchs. In den katholischen Ländern erstrebte ähnliches der Illuminatenorden, 1776 von M. Weishaupt in Ingolstadt gestiftet; er zählte zwei Jahre später in Bayern allein zwölf Logen und gewann auch in Norddeutschland Anhänger. Da er jedoch auf radikale politische Umgestaltung ausging, so unterdrückte ihn die bayrische Regierung i. J. 1780, und um 1790 erlosch er überhaupt. Gegen den Rationalismus war es wieder ein Rückschlag des religiösen Gefühles, wenn eine gottinnige Mystik damals zahlreiche Vertreter und Anhänger fand, so den tiefstimmig-phantaistischen J. G. Hamann in Königsberg, den „Magus des Nordens“ († 1788), so den gewaltigen Züricher Prediger J. K. Lavater, den Gewissensrat vieler Tausende († 1801), so endlich den gebetskräftigen, kindlich gläubigen J. H. Jung-Stilling aus Siegen († 1817). Andere wieder, meist Leute der höheren Stände, denen der Kirchenglaube zu altväterisch, der Rationalismus zu nüchtern, die Mystik zu ernst erschien, suchten in phantastischer Magie den unmittelbaren Verkehr mit dem Überirdischen und gerieten so in die Schlingen von Schwärmern oder Betrügnern, unter denen ein abenteuer-

licher Italiener, der sogenannte Graf Cagliostro, als Magnetiseur, Geisterseher und Alchymist lange Jahre eine hervorragende Rolle spielte († 1795). Natürlich suchten auch die Gläubigen dieser Richtung in einer geheimen Ordensgenossenschaft, den Rosenkreuzern, sich zusammenzuschließen (seit 1760). Den Kern des Mittelstandes berührten indes solche Verirrungen wenig, und so groß im einzelnen die Verschiedenheit der Anschauungen sein mochte, die Abneigung gegen Priesterherrschaft und Gewissenszwang, der Gedanke der religiösen Duldung und der Geistesfreiheit, der Glaube an die Wahrheit der christlichen Sittenlehre, an Gott und Unsterblichkeit waren doch allen gemeinsam. Niemals sind die konfessionellen Unterschiede für die Deutschen mehr zurückgetreten als damals.

Auf solchem Nährboden ist die neue deutsche Dichtung und Wissenschaft erwachsen, beide in engster Verbindung, oft von denselben Männern gleichmäßig gepflegt. Ihre Hauptstätten waren zunächst Leipzig, Zürich und Hamburg, nur vorübergehend Berlin, seit 1775 sie alle weit überstrahlend Weimar. Aber ihre Vertreter gehören allen protestantisch-deutschen Ländern von der Ostsee bis in die Schweizer Alpen an, und keiner ihrer großen Geister hat sich an seine Heimat gebunden, sie sind alle gewandert, sie fühlen sich als Angehörige des Gesamt Vaterlandes, und noch lieber als Weltbürger.

Noch thronte, als Friedrich der Große eine neue Zeit über Deutschland heraufführte, Gottsched († 1766) gebietend auf dem deutschen Parnass; aber der Angriff der Züricher J. J. Bodmer und J. J. Breitinger, die wieder das Recht der Phantasie und des Gemüts gegenüber seiner nüchternen Verstandesdichtung betonten, erschütterte seine Herrschaft, und die Bildung des Leipziger Dichtervereins 1744, der sich um Chr. F. Gellert († 1769) scharte, vernichtete sie. Gellerts geistliche Lieder wurden „die klassischen Gesänge der religiösen Aufklärung“, seine Fabeln, seine moralischen Schriften „das Fundament der deutschen sittlichen Kultur“, denn sie spiegelten durchaus die herrschenden Anschauungen des Mittelstandes wieder, wie die zahmen Satiren seines Landsmannes G. W. Rabener († 1771) dessen Leben darstellten.

Da trat mit dem Jahre 1748 der erste wahrhaft geniale, aus innerster Empfindung schaffende, von französischem Vorbilde ganz unabhängige Dichter auf, den das neue Deutschland hervorgebracht hat, Friedrich Gottlieb Klopstock aus Quedlinburg (1724—1805). Gewiß ist sein „Messias“ kein wirkliches Epos, doch in seiner Anlage ein Werk großartigster Phantasie, das zum erstenmale den verwegenen Versuch unternahm, das Weltall im modernen Sinne dichterisch zu verwerten, eine Reihe tief empfundener, liebevoll ausgeführter Seelenstimmungsbilder in einer durchaus neuen, kühnen, schwungvollen Sprache, jahrzehntelang ein religiöses Erbauungsbuch für Tausende. In seinen Oden, die freilich wegen ihrer antiken Versmaße und der gesucht feierlichen Sprache jeder Volkstümlichkeit entbehren, bricht neben dem Gefühle zärtlicher Freundschaft und Liebe zum erstenmale gewaltig und fortreißend der vaterländische Gedanke hervor. Freilich nicht in der kampferfüllten deutschen Gegenwart, die er nicht verstand, sondern in der fernen Urzeit, in Hermann und den Cheruskern, den Vorfahren seiner niedersächsischen Stammesgenossen, suchte

Dichtung  
und  
Wissenschaft.

Die  
sächsische  
Dichter-  
schule.

Klopstock.



Klopstock sein Ideal, aber er zeigte doch wieder den Deutschen ein solches Ideal, erregte die schlummernde Liebe zum gemeinsamen Vaterlande.

Wieland. Die hochgespannte Begeisterung und Rhetorik Klopstocks und seiner „Barden“ rief in des Schwaben Chr. M. Wieland (1733—1805) erst heiter-sinnlicher, dann geistvoll-satirischer, endlich phantastisch-märchenhafter Richtung die natürliche Reaktion hervor, aber diese gewann auch in Verbindung mit der leichten Anmut seiner Sprache und den klangvoll flüssigen Versen des „Oberon“ die französische gebildeten höheren Stände zuerst für das Interesse an deutscher Dichtung. Und dafür, daß sie nicht allzu verflachend wirkte, sorgte der Göttinger Hainbund (1772—1774), der sich im geraden Gegensatz zu Wieland unter schwärmerischen Jünglingen bildete und die Ideen Klopstocks, Biederkeit, Freundschaft, Vaterlandsliebe, auf die Fahne schrieb.

Die preussischen Dichter. Doch all diese brünstige Begeisterung für deutsche Herrlichkeit war mehr empfunden als erlebt, weil sie sich auf eine erst in der Phantasie neu erschaffene und obendrein willkürlich ausgestaltete graue Vorzeit bezog. „Der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Taten des siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie.“ Zwar der rhetorisch-mythologische Prunk in Ramlers formgerechten Oden wich jeder Berührung mit dem Glauben des Volkes geßfentlich aus; aber L. Gleims „Lieder eines preussischen Grenadiers“ (1756 57) sind wirklich „mit und in der Tat entsprungen“, beruhen auf eigener Kriegserfahrung, und vollends E. v. Kleist, der erste gebildete Deutsche der Neuzeit, der zugleich Edelmann, Krieger und Dichter war, wußte auch im fremden Gewande das Heldentum des preussischen Heeres überzeugend darzustellen, bis er selbst es in der Schlacht von Kunersdorf mit seinem Falle besiegelte.

Lessing und Winckelmann. „So gewannen die Preußen und mit ihnen das protestantische Deutschland für ihre Literatur einen Schatz, welcher der Gegenpartei fehlte“, und gleichzeitig erschien der große kritische Geist, der ebenso sicher, wie Friedrich der Große das politische Übergewicht des Auslandes in Deutschland zerstörte, die Herrschaft des Franzosentums in der deutschen Dichtung vernichtete, der feurige Sachse Gotthold Ephraim Lessing (1729—1781) aus Kamenz, der Adoptivbürger Preußens, wo er seine fruchtbarsten Jahre verlebte, ein Weltbürger, wie er meinte und doch in jedem Zuge ein Sohn seines Volkes, der erste Deutsche, der nichts war und sein wollte als Schriftsteller von Beruf. Er lehrte die Zeitgenossen endlich, was die Aufgabe der Dichtung sei und was nicht, er zerbrach das Joch der französischen Regeln vor allem in der dramatischen Dichtung, er wies hin auf die geistesverwandten Dramatiker der Griechen und Engländer, auf Sophokles und Shakespeare, er eroberte zuerst für Deutschland das bürgerliche Drama, er schuf die moderne deutsche Prosa, selbst unübertrefflich in der Lebhaftigkeit seiner Rede, der Gedrungenheit und Schärfe des Ausdruckes, der musterhaften Folgerichtigkeit seines Beweises; er wurde endlich der Begründer einer deutschen Bühne, denn alle seine großen Dramen sind durchaus erfüllt von den nationalen Anschauungen seiner Zeit, spiegeln ihre Zustände, ihre Kämpfe wieder.

Über Lessing war in seinem unersättlichen Wahrheitsdrange auch einer der

größten Vertreter deutscher Wissenschaft. Wie in der Theologie Ernesti und Michaelis zuerst die Anschauungen der historisch-philosophischen Kritik auf die biblischen Bücher angewandt, J. S. Semler in Halle (+ 1791) die kirchliche Glaubenslehre als eine gewordene und werdende nachgewiesen hatte, so faßte Lessing zuletzt die Religionen überhaupt als Stufen in der Entwicklung des Menschengeschlechts zu immer höherer Vollkommenheit, und indem er in seinen ästhetischen Untersuchungen auf Aristoteles als den unfehlbaren Gesetzgeber des Dramas, auf Homer als das ewige Muster dichterischer Darstellung hinwies, öffnete er den Deutschen die lange verschüttete Pforte zur griechischen Welt, im Gegensatz zu den Franzosen, denen immer nur die römische Kultur als das Vorbild erschienen war. Was er hier angebahnt hatte, vollendete nach dem Vorgange J. Christs J. J. Winckelmann (1716-68), ein Utmärker aus Stendal, der sich aus dem ihm unerträglichen Zwange seines preussischen Heimatsstaates aufatmend ins schönheitsvolle, freiere Leben Kursachsens flüchtete, um dann in Rom im vollen Genuße einer unvergleichlichen künstlerischen Vergangenheit selig zu schwelgen. Er zuerst offenbarte der Welt die Herrlichkeit der griechischen Kunst, wurde damit der Begründer der deutschen Altertumswissenschaft überhaupt, und Rom wurde durch ihn die hohe Schule auch für die deutschen Künstler. Bald danach zeigte der Mecklenburger J. H. Voß, daß die deutsche Sprache die erste Übersetzungssprache der Welt sei und gewann Homers Gesänge für die deutsche Literatur (1781). Indem er dann homerische Anschaulichkeit und Naivität auf Stoffe aus dem Leben seines eigenen niedersächsischen Volkes übertrug, wurde er zugleich der Schöpfer der Idylle. Es war eine Renaissance über die Renaissance hinaus, ein Sieg der ursprünglichen griechischen Bildung über die nur abgeleitete, ungleich ärmere Roms. Sie ist seitdem zu einem unverlierbaren Teile unserer deutschen Geisteskultur geworden.

Doch je mehr die Aufklärung den unbefangenen Glauben an die Überlieferung zerstörte, je freier sich Bildung und Literatur entfalteten, desto schmerzlicher empfand das junge Geschlecht die Schranken, die ihm Staat und Gesellschaft setzten, desto unerträglicher erschien ihm der Gegensatz der idealen Welt, in der es lebte, zu der wirklichen Welt, die es umgab und deren Größe ihm verschlossen blieb, weil es vom Staate nichts wußte. Und nun drang aus England die Kunde von einer ursprünglichen, ungelehrten Volksdichtung herüber, in Frankreich rief Rousseau die verbildete Menschheit zur Natur zurück. Da begann auch in Deutschland die Gemütsinnerlichkeit sich gegen die überwiegend verstandesmäßige Aufklärung zu erheben, da strebte das junge Geschlecht nach ungehinderter Entfaltung und Betätigung jedes Einzelwesens. Die ursprüngliche Kraft und Anlage des „Genies“ sollte alle Erziehung überflüssig machen, alle die „künstlichen“ Schranken der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen durchbrechen, nur in sich selbst das Gesetz des Lebens finden. Das junge Deutschland trat in seine „Sturm- und Drangperiode“ ein. Zahlreiche begabte Männer, wie der Schwabe D. Schubart (+ 1791) und G. A. Bürger (+ 1794), der zuerst die schottische Balladenform in Deutschland einführte, verloren darüber das sittliche Maß und gingen zu Grunde; aber die ungestüme Bewegung eroberte diesem verschüchterten Geschlecht die unbefangene

Sturm  
und  
Drang.

Freude am Dasein, die Zwanglosigkeit der Umgangsformen, die Lust an freier, kräftiger Bewegung, die Empfindung für die Naturschönheit zurück, und vor allem, sie brach einer neuen Anschauung über die Entwicklung der Dichtung und aller menschlichen Kultur die Bahn.

Herder. Zuerst der Ostpreuße J. G. Herder (1744—1803) erkannte, daß die Dichtung ein Gemeingut aller Völker und Kulturstufen sei und nicht abhängig von einem bestimmten höheren Grade der Bildung; er erkannte weiter den inneren Zusammenhang aller geschichtlichen Entwicklung mit der sie umgebenden Natur und mit der Anlage des Volkes, also ihre Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit. Damit war grundsätzlich die unhistorische Auffassung der Aufklärung, ihr Anspruch, ein allgemein gültiges Naturrecht und eine ebenso unfehlbare „natürliche“ Religion aufzustellen, beseitigt, die moderne historische Bildung war begründet.

Goethe. Doch diese großen feimkräftigen Gedanken sollten ihre vollen Früchte erst dem kommenden Jahrhundert tragen, unmittelbar wirkten nur Herders Anschauungen über das Wesen der Dichtung, denn sie schlugen Wurzel bei dem, der in einziger Weise alle Elemente der deutschen Bildung vereinigen und in seinen Werken wieder spiegeln sollte, bei Joh. Wolfgang Goethe (1749—1832). Nach einer reich angeregten glücklichen Jugendzeit im behäbigen Patrizierhause der Meß- und Krönungsstadt Frankfurt a. M., im sonnigen, rebenumkränzten Maingelände, noch erfüllt von der Bewunderung Friedrichs des Großen, hatte er in Leipzig die bahnbrechenden Gedanken Lessings in sich aufgenommen. Nun ging ihm im französisch gewordenen und doch noch so deutschen Straßburg beim Anblick des Münsters die ganze Herrlichkeit der verachteten deutsch-mittelalterlichen Kunst, im Verkehr mit Herder das Wesen volkstümlicher Dichtung auf, und indem er alles, was er erlebte und erfuhr, und nur dies, dichterisch gestaltete, wurde er der größte Lyriker Deutschlands, weil er in schlichtester, volksmäßiger Form doch die ganze Stufenleiter menschlicher Empfindungen auszudrücken wußte. Er schuf weiter im „Götz“ das erste deutsche Drama Shakespearischen Geistes und doch ganz und gar nationalen Gehaltes, das Abbild seiner eigenen gärenden Zeit, er hielt in „Werthers Leiden“ ihrer krankhaften Empfindsamkeit einen erschütternden Spiegel vor und rang bereits mit dem ungeheuren Stoffe des „Faust“. Seine Übersiedlung nach Weimar 1775 machte die kleine thüringische Residenz auf Jahrzehnte zur literarischen Hauptstadt Deutschlands und gab ihm selbst mit einer unendlich reich angeregten, geistvollen und doch zwanglosen Geselligkeit auch die Gelegenheit, in der praktischen Arbeit der Staatsverwaltung alle Seiten des Volkslebens kennen zu lernen. Aber indem er sich mehr und mehr dem klassischen, griechischen Ideal zuwandte, verließ er zunächst die heimisch-nationale Richtung, die er so glücklich eingeschlagen hatte. Seine italienische Reise (1786—1788) vollendete diese Wendung.

Schiller. Inzwischen aber erstand Deutschlands größter Dramatiker in einem Sohne Schwabens, in Friedrich Schiller (1759—1805). Im fortwährenden Ringen mit beengenden Verhältnissen, ja unter dem Drucke fürstlicher Willkür aufgewachsen, stellte er seine ganze gewaltige Gestaltungskraft, die Glut einer leidenschaftlichen und tiefen Empfindung in den Dienst des Kampfes für die Idee der Freiheit. „Die

Räuber“ und „Kabale und Liebe“ erhoben erschütternde Anklage gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung seiner Zeit, „Fiesko“ verherrlichte die republikanische Bürgertugend, „Don Carlos“ die Gedankenfreiheit gegenüber einem alles erwürgenden geistlichen und weltlichen Despotismus. Aber erst eindringende Studien, die ihm 1789 die Professur für Geschichte in Jena eintrugen, machten den jungen Feuergeist wirklich vertraut mit der Geschichte und zugleich mit der neuen philosophischen Weltanschauung, die das gebildete Deutschland soeben sich zu unterwerfen begann. Sie schuf damit, die „Aufklärung“ zugleich vollendend und überwindend, den sittlichen Grund und Boden, auf dem eine neue dramatische Dichtung entstehen konnte.

Denn Immanuel Kant im entlegenen Königsberg (1724—1804) fand in Kant. einsamer Gedankenarbeit die Wahrheit, daß übersinnliche Dinge nicht Gegenstände der Erkenntnis für die menschliche Vernunft sein können, wies also die Bestrebungen der Aufklärung, den religiösen Glauben der Vernunft zu unterwerfen, ab („Kritik der reinen Vernunft“ 1781). Auf der anderen Seite aber erkannte er als angeborenes Sittengesetz die Idee der Pflicht, den „kategorischen Imperativ“, so zu handeln, als ob der Wille des Handelnden Naturgesetz werden müsse, und folgerte aus ihr die Freiheit des Willens, da es ohne diese eine Sittlichkeit nicht geben würde („Kritik der praktischen Vernunft“ 1788). Nur in einem Staate, den die Pflichttreue seiner Herrscher recht eigentlich geschaffen hatte, konnte diese Sittenlehre entstehen; sie gab den gebildeten Deutschen auf Jahrzehnte hinaus die feste Richtung.

Neben so großartiger Entfaltung der Philosophie, der Wissenschaft vom Schönen und der Dichtung stand nur noch die Musik ebenbürtig da. In ihr eroberte zugleich Österreich, das sie von jeher gepflegt hatte, zum erstenmale wieder seit dem dreißigjährigen Kriege einen ehrenvollen Anteil am deutschen Geistesleben. Denn hier wirkte lange Zeit (bis 1773) Willibald Gluck, der Reformator der deutschen Oper, hier erklangen zuerst die einschmeichelnden Melodien des „Wunderkindes von Salzburg“, Wolfgang Amadeus Mozart († 1791), hier schuf der liebenswürdige, jugendfrische Joseph Haydn († 1809) seine Symphonien und Sonaten. Wien wurde die musikalische Hauptstadt Deutschlands, doch strebte daneben schon Leipzig seit der Einrichtung des „großen Konzerts“ im Gewandhause 1781 mächtig empor. Die bildende Kunst dagegen befand sich in einem Übergangsstadium, das ihr wahrhaft großartige Schöpfungen versagte. Vom Rokoko war kein Fortschritt mehr möglich, und so klang diese Bauweise allmählich aus, allerdings in einer Reihe bedeutsamer Werke, wie des genialen Gaetano Chiaveri katholische Hofkirche in Dresden, die Bauten Friedrichs des Großen: die Hedwigskirche, die Bibliothek und das Opernhaus in Berlin, das Gartenschloß Sanssouci und das großartige, prunkvolle Neue Palais bei Potsdam, dann die stattlichen Paläste und Museen Friedrichs II. in Kassel, die Solitude bei Stuttgart, die sächsischen Schlösser des Grafen Brühl u. a. m. Dem neuen Anstoß, den Winkelmann mit seinem Hinweis auf die griechische Kunst gegeben, folgte vor allem die Malerei. Rafael Mengs aus Dresden († 1779) und Angelica Kauffmann aus Vorarlberg, die beide meist in Rom lebten, A. F. Oser in Leipzig († 1799) rangen in sorgfältigem Studium der

Musik und  
bildende  
Kunst.



Antike und der Natur nach idealer Schönheit und formaler Korrektheit; in gleichem Geiste zeichnete der geniale Schleswiger A. J. Carstens († 1798) seine Darstellungen aus der griechischen Götter- und Heldensage. Als Bildnismaler leistete A. Graff in Sachsen († 1813) Vortreffliches, und der Danziger D. Chodowiecki († 1801) gab in zahllosen, liebevoll ausgeführten Illustrationen die Erscheinungen seiner Zeit ganz realistisch wieder. Die Architektur des „Klassizismus“, wie sie z. B. Krubsacius († 1799) in Dresden (Landhaus) vertrat, bevorzugte überall die gerade Linie und die schmucklosen Wände, überhaupt die Einfachheit und die Harmonie der Form, war aber nicht ohne eine gewisse monumentale Größe (Brandenburger Tor zu Berlin).

Erakte und  
historische  
Wissen-  
schaften.

Hinter dem allen stehen nun die Richtungen der Geistesarbeit, die es mit dem Staate zu tun haben, durchaus zurück. Zwar die Teilnahme der Gebildeten wandte sich ihnen jetzt weit lebhafter zu, als den erakten Wissenschaften, in denen doch der Freiburger A. G. Werner († 1817) als Begründer der wissenschaftlichen Geologie, der Basler L. Euler als Mathematiker, die beiden (Reinhold und Georg) Forster als Forschungsreisende auf J. Cooks Entdeckungsfahrten Hervorragendes leisteten. Eifrige Pflege fand die Philologie, deren Methode J. J. Reiske in Leipzig († 1794) auf die semitischen Sprachen, J. Chr. Adelung († 1806) auf die Muttersprache anwandten. Aber Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaften litten gleichmäßig unter der staatlichen Zersplitterung Deutschlands und der Ausschließung des Mittelstandes von jeder staatlichen Tätigkeit, während doch eben ihm die Pflege dieser Wissenschaften fast ausschließlich zufiel. Ihre wichtigste Stätte wurde die Universität Göttingen. Hier schrieben J. Chr. Gatterer († 1799), A. E. Schlözer († 1809), L. T. Spittler († 1810) die Geschichte schon mit eindringenderer Quellenkritik und mit Berücksichtigung auch des Kulturlebens. Weitaus die bedeutendsten Leistungen waren die Werke Friedrichs des Großen über die beiden schlesischen Kriege (*Histoire de mon temps*) und den siebenjährigen Krieg, so eingehend geschrieben, wie nur ein Mithandelnder vermag, und so unbefangen, wie es einem solchen überhaupt möglich ist, aber sie fanden der Natur der Sache nach keine Nachahmung. Das Reichsstaatsrecht bearbeiteten der Schwabe J. J. Moser († 1785) und der Göttinger J. St. Pütter († 1807) in großen Sammelwerken und Lehrbüchern, das Völkerrecht G. J. Martens († 1821), die wissenschaftliche Statistik begründete G. Adenwall († 1772). Aber die Anschauungen über das Wesen des Staates und vollends über die Reichsverfassung schwankten unsicher hin und her und waren deshalb nur allzusehr von fremden Theorien abhängig. Ganz einsam stand der treffliche Justus Möser († 1794) in dem sonderbaren protestantisch-katholischen Kirchenstaate Osnabrück mit seiner tief eindringenden historischen Anschauung vom Werden des Staates und der Gesellschaft. Im übrigen herrschte die französisch-englische, völlig ungeschichtliche Anschauung, die auch Friedrich der Große und Kant teilten, der Staat sei entstanden durch Vertrag zwischen dem Fürsten und dem Volke, und die ebenso unhistorische Meinung, es sei eine Idealverfassung möglich. Über die Art derselben waren allerdings die Ansichten sehr verschieden. Idealisten, wie Klopstock, sahen sie in der Republik, Wieland, Kant, Fr. H. Moser in der aufgeklärten, gesetzlich geregelten Selbstherrschaft, Schlözer in der parla-

mentarischen Monarchie nach englischem Muster. Nur darin stimmten sie eigentlich alle überein, daß der Zweck des Staates die Glückseligkeit des einzelnen sei, keineswegs der Fortschritt der Gesamtheit. In bezug auf die Reichsverfassung stand neben der allgemeinen Überzeugung von ihrer Unhaltbarkeit die vollendete Ratlosigkeit, wie sie umgestaltet werden könne. In begeisterten Versen forderte Herder von Kaiser Joseph II., dem Oberhaupt „von neunundneunzig Fürsten und Ständen wie des Meeres Sand“, „ein deutsches Vaterland“, und die Verehrung für Friedrich den Großen war allgemein, aber sie galt nur der genialen Persönlichkeit; was der Staat Preußen für die Zukunft Deutschlands bedeutete, das war den Deutschen ebenso unklar, wie den preussischen Staatsmännern selbst.

Solche Anschauungen drangen nun auch in weitere Kreise als bisher, weil die Zeitungen und Zeitschriften schon eine bedeutende Rolle zu spielen begannen, so sehr der mißtrauische Geist des unumschränkten Fürstentums und die allgemein außer in einigen Kleinstaaten wie Hamburg, Holstein und Weimar herrschende Zensur ihr die Arbeit erschwerten. Deshalb blieben auch die überall auftauchenden Lokalblätter auf örtliche Vorkommnisse und Bekanntmachungen beschränkt (in Sachsen z. B. durfte nur die „Leipziger Zeitung“ politische Nachrichten bringen); aber Zeitschriften, wie Gödingks „Journal von und für Deutschland“, noch mehr der „Briefwechsel“ (seit 1774) und die „Staatsanzeigen“ (seit 1782) des freimütigen Schläger wurden doch bereits eine beachtete, ja gefürchtete Macht.

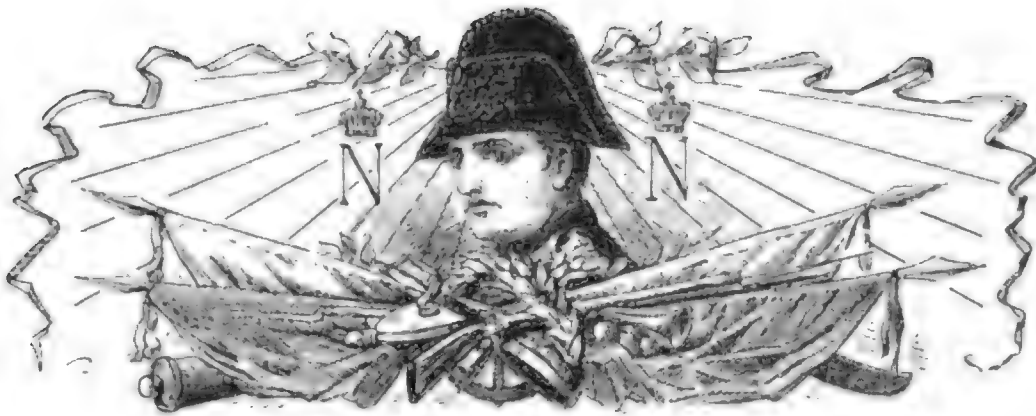
So herrschte in weiten Kreisen das Gefühl des Fortschritts, des Gedeihens, der Kraft. Die Verwaltung und die Rechtspflege waren in vielen Teilen Deutschlands musterhaft, der Wohlstand im Steigen, eine freie und glänzende Bildung blühte empor, eine unübersehbare Fülle bedeutender oder mindestens eigenartiger Menschen, wie sie Deutschland sonst nur im 16. Jahrhundert hervorgebracht hat, gab ihr das Gepräge. Sie zog auch schon einen Teil des Adels in ihre Kreise, sie näherte also die äußerlich geschiedenen Stände einander innerlich, und indem sie zuerst das Bewußtsein eines gemeinsamen, geistigen Besitztums und Interesses erweckte, wob sie ein geistiges Band, das die gebildeten Deutschen aller Stände und Landschaften, ja vielfach selbst der verschiedenen Bekenntnisse zu einer idealen Gemeinschaft zusammenschloß. Aber da diese Bildung aus dem ganz unpolitischen Mittelstande hervorging, so begriff sie den Staat nicht, und am wenigsten den preussischen Staat; sie faßte deshalb den Menschen nicht als das Glied eines großen Ganzen, sondern als Einzelwesen, und sie sah ihr höchstes Ziel in der allseitigen, harmonischen Ausbildung der Persönlichkeit zur „Humanität“, nicht in ihrer freien, bewußten Hingabe an die Gesamtheit; den Staat betrachtete sie als einen Nothbehelf, die Nationalität als etwas Zufälliges, die Vaterlandsliebe als „heroische Schwachheit“, als die Heimat des Gebildeten die Welt. Sie erzog also ein überaus vielseitiges und empfängliches, aber auch weichmütiges und willensschwaches, politisch ganz unfähiges Geschlecht, während die Bildung der fürstlichen Höfe noch immer ganz überwiegend französisch oder jesuitisch war, nicht deutsch. Wohl also entsprach die innerpolitische Entwicklung im ganzen den Bedürfnissen der Zeit, und nur da, wo dies eben nicht der Fall war, sind revolutionäre Strömungen hervorgetreten, aber sie lief neben der

Zeitungen  
und Zeit-  
schriften.

Die neue  
Bildung  
und der  
Staat.

neuen geistigen Bildung einher, ohne daß sich beide berührten. Denn die unumschränkte Monarchie nahm lediglich die Mitwirkung des Adels und des Beamten-  
tums für sich in Anspruch, so daß die Stände, welche die beiden Bewegungen ver-  
traten, in ihren besten Leistungen sich gar nicht kennen lernten, und der größte  
deutsche Staat, Preußen, hatte an der neuen Bildung noch wenig Anteil. Die Ge-  
samtverfassung der Nation aber blieb hinter dieser ganzen Kulturentwicklung weit  
zurück, ja die zunächst unvermeidliche politische und wirtschaftliche Abschließung der  
größeren Staaten verschärfte noch die ohnehin vorhandenen Gegensätze. Trotz ge-  
steigerten Selbstgefühls bildeten deshalb die Deutschen des 18. Jahrhunderts noch  
keine wirkliche Nation, wie ihnen Lessing in seiner Hamburgischen Dramaturgie  
gradheraus sagte. Sie konnten es nur werden, wenn sie ihre unhaltbare Reichs-  
verfassung den völlig verwandelten Verhältnissen gemäß umgestalteten und wenn  
der Staat die Stände zu gemeinsamer Arbeit vereinigte. Es war ein Ver-  
hängnis, daß Deutschland eben auf dieser Übergangsstufe von furchtbaren Er-  
schütterungen betroffen wurde. Die notwendigsten Reformen sind daher unserem  
Volke von fremder Gewalt und in fremdem Interesse gewaltsam aufgezwungen  
worden.





### Dritter Abschnitt.

#### Die Fremdherrschaft und das Ende des Heiligen Römischen Reichs; der Befreiungskrieg und die Stiftung des Deutschen Bundes

1790—1815.

Nirgends hatten die Ideen der Aufklärung die gebildeten Kreise mehr erfaßt als in Frankreich, und nirgends entsprachen die Zustände ihnen weniger als eben hier. Denn Frankreich hatte den Übergang zur aufgeklärten Selbstherrschaft nicht gefunden. Nicht zum besten des gesamten Volkes wurde hier die Regierung geführt, sondern lediglich im Interesse der privilegierten Stände, einer kleinen Minderheit also, die allein alle Vorteile dieses Zustandes genoß, während die Masse des Volkes nur ihre Lasten trug. Aus diesem furchtbaren Widerspruche entsprang die französische Revolution. Sie war der rationalistische Versuch, die Gedanken der Aufklärung, die in Deutschland zum guten Teile schon verwirklicht waren, vollständig und ohne jede Rücksicht auf das Bestehende durchzuführen, und zugleich eine gewaltsame Reaktion der mißhandelten Massen gegen jahrhundertelangen Druck. Die Folge war ein völliger Umsturz aller staatlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen, aber weder die Begründung der wahren Freiheit noch einer dauernden Staatsform. Indem nun die Revolution, ihrem Wesen nach keine rein französische Bewegung, ihre Gedanken bald auch über die Grenzen trug und den alten Eroberungsgeist der Franzosen wieder erweckte, brachte sie eine politische Umwälzung über ganz West- und Mitteleuropa. In Deutschland brach die morsche Reichsverfassung zusammen und seine Gebietsverteilung änderte sich von Grund aus, doch zu einem Umsturz der innerstaatlichen Verhältnisse kam es hier nur teilweise, weil diese eben im ganzen weit gesünder waren als in Frankreich. Dann trieb die Überspannung der französischen Ansprüche und der revolutionären Ideen eine Reaktion



der historischen Mächte hervor, der Monarchie und der Nationalitäten. An ihnen zerschellte das Napoleonische Weltreich. Doch das deutsch-römische Reich wurde nicht wiederhergestellt. Deutschland verwandelte sich in einen Bund weltlicher Staaten, und die Ideen einer Volksvertretung und der Gleichheit des Rechtes für alle wirkten auch in der Zukunft weiter, bis sie ihre Verwirklichung fanden.

Deutschland  
gegenüber  
der franzö-  
sischen Re-  
volution.

Die Anfänge der Revolution wurden in Deutschland von den Gebildeten naturgemäß mit Beifall und Teilnahme begrüßt, da sie ja ihre eigenen Lieblingsideen zu verwirklichen schienen; daran, dem Beispiele der Franzosen praktisch zu folgen, dachte zunächst niemand. Selbst in den geistlichen Fürstentümern am Rheine war eine Volksbewegung gegen das Bestehende nicht zu erwarten, und vereinzelt Äußerungen der Unzufriedenheit wurden leicht unterdrückt. Auch die Regierungen standen der Bewegung nicht schlechtthin feindlich gegenüber. In Berlin war man eher erfreut, weil Frankreich jetzt außer Stande war, Österreich vorkommendfalls die vertragsmäßige Hilfe zu leisten, und in Wien sah Kaunitz in der Beschränkung der französischen Königsmacht eine Bürgschaft für den europäischen Frieden; ein Einschreiten zu gunsten Ludwigs XVI. beabsichtigte er damals keineswegs. Das westliche Deutschland wurde freilich bald unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen, denn nach dem Bastillensturm (14. Juli 1789) und dem entsetzlichen Bauernkrieg in den Provinzen flüchteten die französischen Edelleute, unter ihnen die Brüder des Königs, die Grafen von Paris und Artois, scharenweise über die Grenze und fanden an den geistlichen Höfen des Rheinlandes, namentlich in Mainz und Coblenz, bereitwillige, ja ausgezeichnete Aufnahme. Doch der Übermut und die freche Sittenlosigkeit der Mehrzahl dieser „Emigranten“ verstärkte in der Bevölkerung die Sympathien für die Revolution, die sich gegen die Herrschaft solcher Menschen gerichtet hatte. Dazu empfahlen die osteuropäischen Verwicklungen, namentlich der wachsende Einfluß Rußlands in Polen und die Weigerung Katharinas II., die Walachei zu räumen, den beiden deutschen Grolmächten aufs allerdringendste, sich nicht in einen Krieg an der Westgrenze verwickeln zu lassen.

Deutschland  
und  
Osteuropa.

In der Tat bot Friedrich Wilhelm II., da auf England kein Verlaß war, und auch Schweden soeben seinen Frieden mit Rußland gemacht hatte, im Februar 1791 durch Oberst Bischoffswerder in Wien ein preussisch-österreichisches Bündnis zum Zwecke der gemeinschaftlichen Verteidigung des beiderseitigen Besitzstandes und der Bekämpfung des russischen Einflusses in Polen an. Da warf, ehe dieses noch zum 1791. Abschluß kam, ein von König Stanislaus gebilligter Staatsstreich am 5. Mai 1791 die alte Verfassung Polens über den Haufen, verkündete die Abschaffung des heillosen Liberum Veto und die erbliche Monarchie des Hauses Sachsen, gewährte den Städten freie Verwaltung, den Bürgern Zutritt zu allen Ämtern und allen nicht-katholischen Bekenntnissen Duldung. Die Grundlagen zu einer gesunden Neugestaltung der verrotteten polnischen Adelsrepublik schienen gefunden zu sein. Doch während man in Wien diese Umwälzung mit Genugtuung begrüßte, mußte Preußen insofern eine schwere Gefahr in ihr erkennen, als mit ihr auch die Verbindung zwischen Polen und Sachsen sich erneuern sollte, und als ein neugestärktes Polen schwerlich darauf verzichten konnte, Westpreußen wieder zu erobern. Nur die Befürchtung, eine feindliche

Haltung Preußens möge die Polen ganz in die Arme Rußlands treiben, bewog trotz dem den König, in Wien zu erklären, daß er gegen die neue Verfassung nichts unternehmen wolle, sobald Österreich die Verhandlungen in Sistowa nach den englisch-preussischen Vorschlägen zum Abschluß bringe (s. S. 175). Daraufhin unterzeichnete Bischoffswerder am 25. Juli in Wien einen vorläufigen Vertrag, bei dem alle Vortheile auf Österreichs Seite lagen. Beide Mächte verpflichteten sich, ihre Besitzungen einander zu verbürgen, einander gegen innere Unruhen beizustehen, die nur Österreich zu fürchten hatte, gegen die polnische Verfassung nichts zu unternehmen, die doch gegen Preußens Interesse lief, endlich gemeinsam an der Bildung eines „europäischen Vereins“ gegen Frankreich zu arbeiten. Unmittelbar danach schloß Österreich am 4. August den Frieden von Sistowa mit der Türkei ab; doch schon stand, wie der letzte Punkt des Wiener Vertrages zeigte, das Verhältniß zu Frankreich im Vordergrunde.

Wenn die Werbungen der Emigranten auf deutschem Boden, welche die Kur-  
fürsten von Mainz und Trier duldeten und begünstigten, den Franzosen Grund zu  
berechtigter Beschwerde boten, so hatte wieder die grundsätzliche Aufhebung aller  
gutherrlichen Rechte in Frankreich (4. August 1789) die deutschen Reichsstände hart  
getroffen, die, wie die geistlichen Kurfürsten, die Herzöge von Württemberg und Pfalz-  
Zweibrücken und zahlreiche Reichsritter, noch ausgedehnte Güter im unteren Elfaß  
unter französischer Hoheit besaßen. Für diese doch unhaltbaren Rechte einzutreten  
war Kaiser Leopold an sich allerdings weit entfernt, doch bei der zunehmenden Macht  
der Jakobiner und der Suspension der königlichen Gewalt nach der mißlungenen  
Flucht Ludwigs XVI. im Juni 1791 erschien dem Kaiser die Sache seines Schwagers  
als Sache aller europäischen Fürsten. Nachdem er in diesem Sinne am 6. Juli  
von Padua aus ein Rundschreiben an sie erlassen hatte und Fürst Kaunitz sich in  
einer Denkschrift für ein Zusammenwirken der Mächte zur Herstellung eines halt-  
baren französischen Königtums ausgesprochen hatte, genehmigte Leopold jenen Ver-  
trag mit Preußen und traf der Verabredung gemäß mit Friedrich Wilhelm II. im  
August 1791 auf dem sächsischen Lustschlosse Pillnitz bei Dresden zusammen. Hier  
wiesen sie beide die dreiste Zumutung des Grafen Artois, den flüchtigen bourbonischen  
Prinzen zur Wiederherstellung des alten Königtums Hilfe zu leisten, rundweg ab,  
und vereinbarten am 27. August nur eine gemeinsame Deklaration, durch die sie alle  
europäischen Mächte aufforderten, gemeinsam an der Wiederherstellung der monar-  
chischen Ordnung in Frankreich mitzuwirken; doch beabsichtigten sie damit mehr einen  
Druck auf die Jakobiner, als eine tätige Einmischung in die französischen Ange-  
legenheiten, da sie wußten, daß England zu einer solchen nicht bereit sei. Sobald  
daher die neue französische Verfassung zum Abschluß gekommen war (14. Sep-  
tember 1791), erklärte der Kaiser, jeder Grund zu einer europäischen Einmischung  
sei beseitigt. Soweit der Friede von Preußen und Österreich abhing, war er ge-  
sichert. Aber Preußen hatte auch durch diese Abmachungen die Selbständigkeit seiner  
Politik preisgegeben, und das in einem Augenblicke, wo der Verzicht des letzten  
Markgrafen von Ansbach-Bayreuth dieses schöne Gebiet von 160 Geviertmeilen  
mit 385 000 Einwohnern an Preußen brachte (2. Dezember 1791) und damit

ihm die Aussicht eröffnete, auch in Süddeutschland eine Stellung und unmittelbaren Einfluß zu gewinnen.

Ausbruch  
des Krieges  
mit  
Frankreich.

Inzwischen steigerten sich die Verwicklungen mit Frankreich, statt sich zu lösen. Die Girondisten und Jakobiner, entschlossen das Königtum zu stürzen und deshalb den Krieg mit dem monarchischen Auslande zu beginnen, setzten den Beschluß durch, nicht nur die Emigranten bei Strafe der Gütereinziehung zur Rückkehr bis zum 1. Januar 1792 aufzufordern, sondern auch, was wichtiger war, im November den weiteren Beschluß, die elsässischen Beschwerden auf Grund einer Geldentschädigung rasch zu erledigen, den Kurfürsten von Trier zur Entwaffnung der Emigranten aufzufordern, und um dem allen Nachdruck zu geben, ansehnliche Streitkräfte an der Grenze zu versammeln. Maßvoll bestätigte zwar Leopold II. jetzt den Reichstagsbeschluß vom 14. August, der jede Geldentschädigung abgelehnt hatte, nötigte aber auch den Kurfürsten von Trier zur Auflösung der bewaffneten Emigrantenhaufen, und ließ das in Paris mitteilen, allerdings mit dem Zusätze er werde nunmehr alle etwaigen französischen Ausschreitungen gegen Trier, die bei der offenkundigen Unbotmäßigkeit der französischen Provinzialbehörden sehr leicht möglich seien, energisch, selbst mit Waffengewalt, zurückweisen. Statt sich mit der erreichten Genugthuung zufrieden zu geben, beschloß indes die Nationalversammlung am 25. Januar 1792, den Kaiser bis zum 1. März zur Erklärung aufzufordern, ob er sich noch an das Bündnis v. J. 1757 gebunden erachte und demgemäß auf jede Verbindung gegen die Unabhängigkeit Frankreichs verzichten wolle. Entrüstet von dieser offenbaren Herausforderung schloß Leopold am 7. Februar ein Verteidigungsbündnis mit Preußen ab, das ihn mit 20 000 Mann zu unterstützen versprach. In Paris aber ließ er erklären, der europäische Verein werde fortbestehen, so lange eine republikanische Partei den mit Österreich verbündeten König bedrohe und sich anschicke, Europa zu revolutionieren. Die Dinge standen schon dicht am Bruche, da raffte ein plötzlicher Tod am 1. März 1792 den Kaiser Leopold hinweg und gab die Herrschaft über Österreich seinem Sohne Franz II. (geb. 1768) in die Hand, einem unerfahrenen, mehr stolzen und eigensinnigen, als selbständigen jungen Manne von geringer Begabung und engherziger Gesinnung, der obendrein bis zu seinem 16. Jahre in Florenz aufgewachsen war und die deutschen Verhältnisse gar nicht kannte. Unter dem Eindrucke dieser Nachricht stürzten die Girondisten das gemäßigte Ministerium Delessart und nahmen selbst das Ruder in die Hand. Als dann am 18. März Fürst Kaunitz die von Frankreich geforderte Auflösung des „europäischen Vereins“ verweigerte, beschloß die Nationalversammlung am 10. April den Krieg gegen den König von Ungarn und Böhmen.

Einmischung  
Rußlands  
in Polen.  
1792.

Die französische Kriegserklärung enthielt zugleich das Todesurteil über Polen. Katharinas heißester Wunsch, Preußen und Österreich in einen Krieg an der deutschen Westgrenze zu verwickeln, um selbst die Hände gegen Polen frei zu haben, war erfüllt; sie eilte mit den Türken in Jassy abzuschließen. Um den Gefahren, die sich aus dieser Verwicklung für Preußen ergaben, zu steuern, blieb jetzt nur ein Mittel, eine neue polnische Teilung. Schon im März 1792 hatte Friedrich Wilhelm II. seine Bereitwilligkeit dazu in Petersburg erklärt und damit seine Zustimmung zum Ein-

schreiten Rußlands gegeben, das die zahlreichen Gegner der neuen Verfassung selbst verlangten. So rief am 15. Mai ihr Haupt Felix Potocki die Konföderation von Targowitz aus, am 18. Mai überschritten die Russen die Grenze, am 17. Juli erlag ihnen Thaddäus Kosciuszko bei Dubienka am Bug, am 24. trat König Stanislaus der Konföderation bei. Die neue Verfassung war vernichtet, und in Warschau herrschten die Russen. Zugleich aber unterzeichnete Österreich am 15. Juli einen Bundesvertrag mit Rußland, der die Wiederherstellung der alten polnischen Verfassung ausbedang, und Preußen nahm in einem Vertrage vom 7. August für sich eine Entschädigung durch polnisches Gebiet in Aussicht.

So standen die Dinge, als die beiden Großmächte den Krieg gegen Frankreich begannen. Die militärische Lage war an sich keineswegs gefährlich, denn ihre geschulten Truppen fühlten sich dem zerrütteten Heere des revolutionären Frankreich weit überlegen, und ein erster Einfall desselben in Belgien während des April war in der Tat jämmerlich verlaufen. Doch die Interessen Preußens und Österreichs lagen schon mehr im Osten als im Westen, und dort liefen sie sich geradezu entgegen; zogen doch beide Staaten gar nicht mehr vorwiegend deshalb ins Feld, um das Königtum in Frankreich zu retten, sondern um für sich eine Vergrößerung zu erkämpfen. Das trat deutlich hervor, als im Juli 1792 nach der Krönung Franz' II. (14. Juli) die deutschen Reichsfürsten im „goldenen Mainz“ zum letztenmale sich um ihren Kaiser scharten. Die glänzenden Feste verdeckten nur schlecht die rettungslose Fäulnis des Reiches und das tiefe Mißtrauen zwischen Österreich und Preußen. Ja dieses wurde unheilbar gesteigert, als Österreich nicht nur auf seinen belgisch-bayrischen Tauschplan zurückkam, sondern auch noch Ansbach und Bayreuth für sich verlangte. Das letzte Ansinnen wies der König entschieden zurück, der ersten Forderung stimmten die preussischen Staatsmänner der neuen Schule, Graf Haugwitz und Lucchesini, die Überlieferungen Friedrichs des Großen verleugnend, grundsätzlich zu, indem sie auch noch Elsaß und Lothringen für das pfalzbayrische Haus gewinnen und dafür wieder Jülich-Berg für Preußen erwerben wollten. Mißmutig räumte der greise Kaunitz den Vertretern dieser unzeitigen gierigen Eroberungspolitik, dem Staatskanzler Grafen Philipp Cobenzl und dem Staatssekretär Spielmann, den Platz (August 1792). Doch das Schlimmste war, daß beide Mächte zunächst zu keiner Vereinbarung gelangen konnten. Verbündet und doch voll gegenseitigen Argwohns gingen sie ins Feld.

Machte schon dies das Gelingen zweifelhaft, so begingen sie mit der Aufnahme bewaffneter Emigrantenscharen in ihr Heer und mit dem Manifest vom 25. Juli, das die Franzosen mit der härtesten Vergeltung, Paris geradezu mit Vernichtung bedrohte, falls die Sicherheit des Königs gefährdet werde, den unverzeihlichen Fehler, sich als Verfechter des alten, unrettbar zerstörten Königtums darzustellen und damit jedem patriotischen Franzosen die Parteinahme für den bedrohten König unmöglich zu machen. Dazu reichten ihre Streitkräfte, da sie den deutschen Osten nicht entblößen durften, allenfalls zu einem raschen Vorstoße auf Paris, aber gewiß nicht zur Überwältigung Frankreichs aus. Im Ganzen nämlich standen nur etwa 80 000 Mann wirklich zur Verfügung, 42 000 Preußen und Hessen um Coblenz, etwa ebensoviele Österreicher in Belgien (unter Clerfayt) und am Oberrhein (unter Hohenlohe);

Spannung  
zwischen  
Preußen  
und  
Österreich

Der Feld-  
zug in  
Lothringen  
und in  
der Cham-  
pagne.  
1792.



an der Maas sollten sich alle drei Heeresabteilungen zum Marsche auf Paris vereinigen. Doch einem solchen widerstrebte der Oberbefehlshaber, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, denn er war nicht nur ein geschworener Feind Österreichs, sondern auch und vor allem der vielbewunderte Meister der neuen „methodischen“ Kriegsweise, die in künstlichen Märschen und Stellungen, nicht in der Zerstörung der feindlichen Macht durch die Feldschlacht ihre Aufgabe sah und dazu an der alten Magazinalverpflegung pedantisch festhielt. Da ihn aber nun doch der König, mit ganzer Seele bei diesem Kriege gegen die Jakobiner, fortwährend vorwärts drängte, so kam in die ganze Heeresleitung ein innerer Zwiespalt, der von vornherein alles lähmte und die günstigen Gelegenheiten ungenützt vorübergehen ließ.

Von Coblenz aus über Trier und Luxemburg langsam vorrückend, überschritten die Preußen in der zweiten Hälfte des August die französische Grenze zwischen Diedenhofen und Longwy, während Clerfayt mit seinen Österreichern von Arlon herankam. Am 23. August fiel Longwy, am 2. September Verdun. Als nun die Nachricht vom Sturme auf die Tuilerien (10. August) und vom Falle des Thrones eintraf, wollte der Herzog stehen bleiben, weil nun der Feldzug gegenstandslos geworden sei, und entschloß sich erst auf das Drängen des Königs zum langsamen, matten Vormarsch, den anhaltende Regengüsse und die Ruhr obendrein aufs äußerste erschwerten. So gelang es Dumouriez, des Pässe des Argonnenwaldgebirges bei Grandpré a. Aire zu besetzen und den General Kellermann von Metz heranzuziehen, so daß er über 60 000 Mann verfügte. Der glänzende Angriff Clerfayts auf Grandpré (14. September) warf indessen die Franzosen auf St. Menehould an der Straße Verdun-Chalons zurück, und indem dann die Preußen sie im Rücken faßten, brachten sie Kellermann auf den Höhen von Valmy in eine so verzweifelte Lage, daß seine völlige Niederlage sicher schien. Doch an dem nebligen Morgen des 20. September begnügten sich hier die Preußen mit einer bloßen Kanonade; die schon zum Sturmangriff auf die erschütterten Franzosen bereitstehenden Kolonnen hemmte im entscheidenden Augenblicke der Gegenbefehl des Herzogs. Bitteren Unmut im Herzen mußten sich die preussischen Offiziere sagen, daß die unbefiegten Truppen Friedrichs 1792. des Großen vor den unerprobten Scharen der Revolution kampflos gewichen seien, und sie mußten Goethe recht geben, der ihnen am abendlichen Weiwachtfener zurief: „Von hier an und mit heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus.“ Denn ins Ungemessene steigerte sich das Selbstgefühl der Franzosen nach diesem Erfolge, der mit der Erklärung der Republik am 22. September fast zusammenfiel. Bald zwangen Mangel, Krankheiten und andauernde Regengüsse die Preußen sogar zum Rückzuge nach Verdun (30. September). Mißmutig und mühselig schleppten sich die endlosen Truppenzüge durch den zähen grauen Schlamm der Straßen und Felder rückwärts, um nach des Herzogs Plane an der Maaslinie Winterquartiere zu beziehen. Doch auch dies wurde unmöglich, denn mißtrauisch durch die Scheinunterhandlungen, die die preussische Heeresleitung mit den Konventskommissaren nur anknüpfte, um den Rückzug zu sichern, rief Österreich das Korps des Fürsten Hohenlohe ab, und der Marsch Custines aus dem Elsaß auf Mainz bedrohte die Verbündeten sogar im Rücken. So räumten sie Longwy und Verdun und wichen über Luxemburg ins Rheinland zurück.

Inzwischen entwickelte sich der Angriff der französischen Republik auf Belgien und das Rheinland. Mit 18 000 Mann schlechter und elend ausgerüsteter Truppen kam General Custine von Landau heran und nahm nach einem leichten Siege über das Mainzer Kontingent am 30. September Speier und Worms. Auf diese Kunde gab der Kurfürst von Mainz durch seine hastige Abreise nach Würzburg in der Nacht zum 5. Oktober das Zeichen zur allgemeinen schimpflichen Flucht des Adels und der Geistlichkeit seines Erzstiftes; niemals zuvor hatte der Rhein einen solchen Verkehr gesehen. Als Custine am 19. Oktober, übrigens ohne Festungsgeschütze, erschien, da war Mainz nicht wehrfähig, die Besatzung kaum 3000 Mann stark, ein lockeres Gemisch kleiner Reichskontingente, die Bevölkerung zugleich entmutigt und erbittert über die feige Flucht der herrschenden Stände, vielfach infolge des Emigrantenunwesens sogar von französischen Sympathien erfüllt. So wurde am 21. Oktober Mainz, die erste Festung des Reiches, vom General Gymnich ohne einen Schuß übergeben, am nächsten Tage folgte Frankfurt, die Wahl- und Krönungsstadt der Kaiser, diesem Beispiel. In Mainz wurde ein Freiheitsbaum aufgerichtet, ein republikanischer Klub bildete sich, am 19. November auch ein „Administrationskonseil“; beide waren bestimmt, die Republikanisierung des linksrheinischen Gebietes und seine Einverleibung in Frankreich vorzubereiten. Daß einer der hervorragendsten unter den gebildeten Deutschen dieser Zeit, Georg Forster, an beiden eifrigst teilnahm, war ein klägliches Beweis für die politische Unreife und Charakterlosigkeit dieser Kreise. Auch aus der kurtrierischen Residenz Coblenz flüchtete alles, der Rat unterhandelte schon mit Custine, und im kurkölnischen Bonn ging es nicht anders, nirgends zeigte sich eine Spur von Nationalgefühl oder auch nur von männlicher Entschlossenheit. In diesen schmachvollen Wochen haben die geistlichen Stiftslande das letzte Recht ihres Daseins verwirkt.

Der Einbruch der Franzosen in die Rheinlande.

Kurz nach diesem Zusammenbruche am Rhein erschien Dumouriez mit 80 000 Mann in Belgien gegenüber dem Herzog Albert von Sachsen-Teschen, der mit 40 000 Österreichern bei Mons stand. Unweit dieser Stadt bei Jemappes am 6. November geschlagen, wichen diese Truppen über die Dyle, Maas, Roer und Erft nach dem Rheine zurück und überließen damit Belgien den Franzosen, die Mitte Dezember selbst Aachen besetzten. Das alles zwang auch die preussischen Truppen zum Rückzuge nach dem Rheine. Ende Oktober sicherten sie Coblenz, wohin der Kurfürst zurückkehrte. Dann erstürmten sie am 2. Dezember zusammen mit den tapferen Hessen Frankfurt und säuberten so das rechte Rheinufer von den französischen Plünderern.

Verlust Belgiens.

1792.

Der Feldzug von 1792 war kläglich mißlungen, und inzwischen vollzog sich eine völlige Verschiebung der politischen Lage. Der Aufruf an alle Völker zur Freiheit, den der französische Konvent am 19. November mit dem packenden Schlagworte: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“ erließ, kündigte den Weltkrieg zur Ausbreitung der revolutionären Ideen über ganz Europa, den Kampf gegen die ganze bestehende Ordnung der Dinge an, die Hinrichtung König Ludwigs XVI. am 21. Januar 1793 zog einen breiten Blutstreifen zwischen dem republikanischen Frankreich und dem monarchischen Europa. Damit war der Zweck des begonnenen Krieges

Ausbruch des ersten Koalitionskrieges.

vollkommen verändert. Nicht mehr die Rettung des französischen Königtums war das Ziel, sondern der Prinzipienkampf war entbrannt. Und doch wollten tatsächlich die leitenden Mächte des alten Europa, mit alleiniger Ausnahme vielleicht des Königs von Preußen, einen solchen keineswegs führen, sondern, beherrscht von der unhistorischen Anschauung der Aufklärung, fortgerissen und bedroht zugleich von der schrankenlosen Eroberungsgier Katharinas II., erstrebten sie vor allem Land-erwerbungen zur „Entschädigung“ für ihre Anstrengungen gegen Frankreich, die sie doch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse machen mußten.

Die zweite  
Teilung  
Polens.

So schoß bald der Keim der Uneinigkeit üppig ins Kraut. Diese, nicht die Schreckensherrschaft der Jakobiner, hat Frankreichs Sieg entschieden. Zunächst hatten sich zu Ende Oktober 1792 Graf Haugwitz für Preußen, der Staatssekretär Spielmann für Österreich in Luxemburg dahin verständigt, daß Preußen den belgisch-bayrischen Tauschplan, allerdings ohne jede Gewaltanwendung gegen die Wittelsbacher, zu unterstützen, dafür Österreich den Elsaß oder einen Teil Polens als vorläufiges Pfand zu verschaffen versprach; für sich begehrte es polnisches Gebiet als Entschädigung, da es den Krieg nicht zum Schutze seiner eigenen, gar nicht bedrohten Grenzen, sondern für das Reich führe. Auf dieses vorläufige Einvernehmen gestützt, 1793. überschritten am 14. Januar 1793 die Preußen unter Feldmarschall Möllendorf die polnische Grenze und sperrten den beanspruchten Teil, etwa 1000 Quadratmeilen, das Land bis zur Bzura und Piliza, ab, während im Osten die Russen einrückten; am 23. Januar wurde in Petersburg der Vertrag über diese zweite Teilung Polens unterzeichnet. Am 23. März zogen die preußischen Truppen nach einigen Schüssen auch im widerstrebenden Danzig ein, die Huldigung wurde überall ohne Widerstand geleistet.

1793.  
Die Ent-  
fremdung  
zwischen  
Preußen  
und  
Österreich.

Doch in Wien empfand man das als einen schweren Schlag, da der Verlust Belgiens die Ausführung des belgisch-bayrischen Tauschplanes in unbestimmte Ferne rückte. In der Bitterkeit seiner Enttäuschung entließ Kaiser Franz seine bisherigen Minister Colloredo und Spielmann und übertrug am 27. März dem Freiherrn von Thugut die Leitung der auswärtigen Geschäfte. Franz von Thugut, der sich selber alles verdankte, war ein Mann von Energie, Fähigkeit und Scharfblick, persönlich unbestechlich und bedürfnislos, aber er hatte seine diplomatische Schule in dem wüsten Ränkespiel der Höfe von Warschau, Petersburg und Konstantinopel gemacht, kannte daher kein Bedenken in der Wahl seiner Mittel, verfocht eine rein österreichische, gegen die Pflichten des Kaisertums völlig gleichgültige Interessenpolitik, ohne doch irgendwie dessen Rechte aufgeben zu wollen, und haßte Preußen mit dem ganzen Ingrimm des siebenjährigen Krieges. Es niederzuhalten oder herabzubringen, den Bund mit den Seemächten und womöglich auch mit Rußland zu erneuern und Österreich im Sinne Josephs II. zur leitenden Macht Mitteleuropas zu erheben, diese Ziele galt es für ihn zu erreichen. Und das in dem Augenblicke, als der Königsmord in Frankreich (21. Januar 1793) den Bürgerkrieg und gegen Frankreich den Weltkrieg entfesselte. Im Februar waren England und Holland, im März Spanien in den Kampf eingetreten; am 22. März hatte auch der Regensburger Reichstag, dem kaiserlichen Antrage vom 1. September 1792 entsprechend,

den Reichskrieg erklärt. Pfalz-Bayern freilich, geängstet durch die fortgesetzten österreichischen Pläne, ließ sich nur durch Drohungen zur Truppenstellung bewegen, Köln und Hamburg nahmen die Neutralität als ein gutes Recht der Reichsstädte in Anspruch. Dazu kam der unlösliche Widerspruch zwischen dem gemeinsamen Interesse gegenüber Frankreich und der kaum verhüllten Feindseligkeit Österreichs gegen Preußen, dessen energischer Beistand am Rheine doch ganz unentbehrlich war. In Preußen faßte man deshalb den Entschluß, sich lediglich auf die Befreiung und Deckung des deutschen Gebietes zu beschränken, für Österreich dagegen und die Seemächte war der Hauptzweck des Krieges die Wiedereroberung Belgiens. Beides gelang zunächst wirklich.

In Belgien standen die Österreicher unter dem Prinzen Josias von Sachsen-Coburg, die Engländer und Holländer mit ihren deutschen Soldtruppen, den tapferen Hessen und Hannoveranern, unter dem Herzog von York. Jene entsetzten schon Anfang März das seit dem 6. Februar eingeschlossene Maastricht, zwangen durch ihren glänzenden Sieg bei Neerwinden auf der Straße von Maastricht nach Brüssel am 18. März Dumouriez zur eiligen Räumung Belgiens und marschierten, als dessen Versuch zu einer Wiederherstellung des Königtums mit seiner Flucht ins österreichische Lager geendet hatte (5. April), in Frankreich ein, um Condé und Valenciennes einzuschließen. Bei der furchtbaren Zerrüttung in seinem Innern war Frankreich in dringender Gefahr; aber Josias von Coburg hielt mit Rücksicht auf seine unzureichenden Mittel und die furchtbar erregte Volksstimmung ein weiteres Vordringen für unmöglich und wollte sich lieber gegen die Festungen längs der belgischen Südwestgrenze (Maubeuge, Givet, Philippeville) wenden, was die Preußen 1793. durch einen Angriff auf Lothringen unterstützen sollten.

Inzwischen hatte ein „rheinischer Nationalkonvent“ in Mainz am 21. März im Widerspruch mit der großen Mehrheit der Bevölkerung den vaterlandsverräterischen Beschluß gefaßt, den Konvent um Einverleibung des Landes in die französische Republik zu ersuchen, und deshalb Georg Forster nach Paris gesendet, wo er im Januar 1794, mit sich selbst zerfallen und von allen verlassen, gestorben ist. Die Einschließung der Festung durch Preußen, Hessen, Sachsen, Pfälzer und Österreicher, etwa 80000 Mann, im April machte dem ganzen widerwärtigen Treiben ein Ende; aber die beständige Einwirkung der polnischen Frage und geheime, sehr günstige Friedensanerbietungen der gemäßigten Partei des französischen Wohlfahrtsausschusses, die Preußen von Österreich zu trennen hoffte, hemmten in Verbindung mit der tapferen und geschickten Verteidigung die Fortschritte der Belagerung derart, daß die Festung erst am 23. Juli übergeben wurde. Inzwischen machte der Sturz der Gironde (2. Juni) jenen Verhandlungen ein Ende, und die Zerrüttung des französischen Heeres einen Vorstoß möglich, zumal da am 1. August auch Valenciennes fiel. Statt dessen bestanden in Belgien die Engländer auf der Belagerung von Dünkirchen, das sie für sich behalten wollten; doch waren sie allein dafür zu schwach (37000 Mann) und von den Österreichern zu weit getrennt, so daß sie nach dem schweren Siege Houchards über die Hessen und Hannoveraner bei Hondscote am 8. September den Rückzug antraten. Am Oberrhein beschränkte man



französische Rüfungen; die neue Taktik. Wachsende Zerwürfnisse zwischen Preußen und Österreich.

sich auf das Nächstliegende. Die Preußen drangen in die linksrheinische Pfalz vor, erstürmten am 17. August die beherrschende Waldhochebene von Pirmasens und behaupteten am 16. September diese Stellung gegen einen französischen Angriff. Der österreichische General Wurmser aber drang gegen den Befehl an Landau vorüber in den Elsaß ein, weniger, um das Land zu befreien, als um dort die verhasste Herrschaft seiner adeligen Standesgenossen wieder herzustellen.

französische  
Rüfungen;  
die neue  
Taktik.

So behielt die „Schreckensherrschaft“ Zeit, durch eine allgemeine Aushebung bis dahin unerhörte Massen von Streitern, bis Ende 1793 gegen 600000 Mann, unter Waffen zu rufen, und der geniale Organisator Lazare Carnot schuf die Grundzüge einer neuen Taktik. Er konnte diese freiheitstrotzigen Republikaner nicht in die strengen Formen der Lineartaktik pressen, hatte auch gar keine Zeit, sie dazu drillen zu lassen; er löste also im Gefecht seine Truppen in Schüzenschwärme auf, die, sich beständig deckend und fast unsichtbar die langen, geschlossenen Bataillonsfronten der Gegner mit ihrem unregelmäßigen, aber unaufhörlichen Feuer überschütteten; dahinter ließ er geschlossene Sturmhaufen vorgehen und auf den beherrschenden Punkten ballte er große Massen von Artillerie zusammen. Dieser neuen mörderischen Kampfweise erlag allmählich die alte Lineartaktik Friedrichs des Großen, und während die Franzosen ihren riesigen Menschenverlust durch neue Aushebungen leicht ersetzen, schmolzen die wohlgedrillten, kostspieligen Söldnerheere des monarchischen Europa rasch zusammen. Begabte, meist jugendliche Führer und die revolutionäre Begeisterung taten das übrige, um diesen Heeren der allgemeinen Wehrpflicht den Sieg zu sichern.

Ende des  
Feldzuges  
von 1793.

Zunächst in Belgien zeigte sich das. Nach den Gefechten um Wattignies am 15. und 16. Oktober hoben die Österreicher die Belagerung von Maubeuge auf. Dann warf sich Pichegru mit der Rheinarmee, Hoche mit der Moselarmee auf die Verbündeten. Diesen wiesen die Preußen und Sachsen in den glänzenden Gefechten auf den Höhen von Kaiserslautern vom 28. bis 30. November blutig zurück; aber Hoche wandte sich dann mit einem Teile seines Heeres nach dem Elsaß, drängte in den Kämpfen um die verschanzten Weißenburger Linien, um Wörth, Fröschweiler, Reichshofen und am Gaisberge vom 23. November bis zum 6. Dezember die Österreicher über die Grenze zurück und entsetzte am 28. Dezember Landau. Nur noch ein kleiner Landstrich auf dem linken Rheinufer blieb den Verbündeten, und mißmutig legte der Herzog von Braunschweig den Oberbefehl nieder.

Wachsende  
Zerwürfnisse  
zwischen  
Preußen  
und  
Österreich.

Während dieser Ereignisse war das Bündnis zwischen Preußen und Österreich innerlich vollends zerfallen, das Verhältnis zu Rußland lockerer geworden. Ohne Rücksicht nämlich auf Preußen zu nehmen, hatte Katharina II. vom Reichstage zu Grodno am 22. Juli 1793 die Genehmigung einer Abtretung von etwa 2000 Quadratmeilen an Rußland allein erzwungen und sich zugleich Österreich genähert, da Thugut, im Glauben an einen „Verrat“ des preußischen Bundesgenossen, sich rundweg weigerte, den Januarvertrag anzuerkennen. Entrüstet erklärte Friedrich Wilhelm II. fortan nur sein vertragsmäßiges Kontingent von 20000 Mann gegen Frankreich stellen zu wollen und eilte Ende September selbst vom Rhein nach Polen. Dieses entschiedene Auftreten erreichte zunächst seinen Zweck. Am 25. September

ließ es der Reichstag zu Grodno, durchweg bestochen und nur scheinbar von russischen Truppen vergewaltigt, geschehen, daß sein Schweigen als Zustimmung auch zu dem preussischen Vertrage gedeutet wurde, worauf das Schutz- und Trugbündnis vom 16. Oktober den Rest des Landes den Russen bedingungslos unterwarf. Jetzt war Polen unrettbar verloren.

Das Mißgeschick am Rheine hatte Thugut in seinem Verdachte nur bestärkt. Als deshalb Friedrich Wilhelm, der nach wie vor den Krieg gegen Frankreich als seine heiligste Pflicht betrachtete, einen Teil der Kosten seines Heeres dem Reiche auferlegt sehen wollte, weil der Kriegsschatz erschöpft war, und England, um die Heereskraft Preußens der Koalition zu erhalten, im Februar 1794 Hilfgelder für 100000 Mann anbot, zu denen auch Österreich beitragen sollte, lehnte Thugut alle diese Vorschläge ab. Infolgedessen wies der König den feldmarschall Mollendorf, den neuen Oberbefehlshaber, an, nur 20000 Mann am Oberrhein zu lassen und die Hauptmasse nach Köln zu führen, was in den Rheinlanden die größte Verstärkung hervorrief; zugleich aber trat er mit England und Holland allein in Verhandlung und schloß durch Graf Haugwitz am 19. April im Haag einen Subsidienvertrag, nach dem er für monatlich 150000 Pfund Sterling 62000 Mann aufzu-<sup>1794.</sup>stellen versprach. Dadurch geriet wieder Preußen in eine unwürdige Abhängigkeit von den Seemächten, und da vertragsmäßig die Generale die Wahl des Kriegsschauplatzes zu bestimmen hatten, die Preußen sich für den oberen Rhein entschieden, die Seemächte für Belgien, Thugut aber dort ein preussisches Heer unter keinen Umständen sehen wollte, so kam es zu den ärgerlichsten Reibungen. Andererseits war Thugut durchaus nicht geneigt, die österreichischen Streitkräfte in Belgien wesentlich zu verstärken, hielt vielmehr fast die Hälfte des ganzen Heeres, 144000 Mann, in den Erblanden zurück, weil er diese in seinem grundlosen Mißtrauen gegen Preußen nicht entblößen wollte, und wagte doch nicht die widerstrebenden Landtage zu größeren Leistungen anzuspornen, obwohl Österreich monatlich nur etwa 17 Millionen Franken für seine Armee aufwandte, Frankreich dagegen in diesem Jahre monatlich etwa 100 Millionen. Aus alledem ergab sich dem Minister mit immer zwingenderer Notwendigkeit der Gedanke, Belgien, dieses entlegene, unzuverlässige, undankbare Land, um dessen willen allein Österreich ein unmittelbares Interesse am französischen Kriege hatte, gegen ein bequemer liegendes Gebiet ganz aufzugeben, auch wenn der Austausch gegen Bayern unmöglich war.

Der unerwartete Ausbruch des polnischen Aufstandes schob vollends die osteuropäischen Angelegenheiten in den Vordergrund. Unter seinem letzten Helden Thaddäus Kosciuszko, dessen sittliche Reinheit in dieser Verderbnis fast unbegreiflich erscheint, erhob sich das unselige Volk, von Frankreich her im geheimen unterstützt, noch einmal gegen seine Dränger. Am 25. März 1794 entfaltete Kosciuszko in Krakau das polnische Banner, in Warschau wurden in der blutigen Osterwoche die russischen Besatzungstruppen vernichtet oder aus der Stadt verdrängt, ganz Polen, soweit es noch frei war, geriet in Bewegung. Unter diesen Umständen war es für Preußen das Richtigeste, sofort mit aller Macht einzuschreiten, sich der ganzen Weichsellinie zu versichern und in dieser unangreifbaren Stellung bei der letzten nun

Erhebung  
und  
Untergang  
Polens.

unvermeidlichen Teilung das entscheidende Wort zu sprechen. In der That wurden 50000 Mann gegen Polen in Bewegung gesetzt, und der König selbst begab sich am 14. Mai nach Oberschlesien zum Heere; der Schwerpunkt der preussischen Politik verschob sich nach dem Osten. Aber zugleich stellte Thugut (schon am 10. April) in Petersburg die Wahl: entweder hält Rußland die Preußen aus Polen fern, dann verzichtet auch Österreich auf jeden polnischen Erwerb, hält sich an Frankreich schadlos und hilft Rußland bei der Aufteilung der europäischen Türkei, oder dies geschieht nicht, dann teilt es Polen mit den beiden anderen Mächten und sucht den Frieden mit Frankreich um jeden Preis. Trotz dieser drohenden Lage ließ nun das Vorgehen der Preußen jede Energie vermissen. Am 6. Juni siegten sie mit einer russischen Heeresabteilung bei Rawka über Kosciuszko und besetzten am 15. Juni Krakau; aber erst am 13. Juli vor Warschau angelangt, wagten sie bei der Stärke der Befestigungen und der Besatzung keinen Sturm, der bei der inneren Zerrüttung wahrscheinlich gelungen wäre, sondern begannen eine kraftlose

1794. Belagerung. Schließlich brachte nicht der an sich ungefährliche Aufstand in Süd- und Westpreußen, sondern die Weigerung der Russen und Österreicher, Hilfe zu leisten, den König am 6. September zum übereilten Abzuge. So fiel die Überwältigung Polens den Russen unter dem gewaltigen Suworow allein anheim. Am 10. Oktober erlag ihnen Kosciuszko in dem blutigen Ringen bei Maciejowice an der Weichsel und wurde selbst gefangen; in der Morgenfrühe des 4. November erstürmten die Russen in einem grauenvollen Blutbade das befestigte Praga, am 8. zog Suworow in Warschau ein. Das war „Polens Ende“.

Der Verlust  
Belgiens  
und des  
linken  
Rheinufers.

Diese osteuropäischen Verwicklungen entschieden das Schicksal des französischen Feldzuges i. J. 1794 und damit des ersten Koalitionskrieges. In Belgien standen, von der Meeresküste bis nach Luxemburg hin verteilt, etwa 132000 Mann verbündeter Truppen, Clerfayt und Nork in Flandern, Coburg bei Valenciennes, Kaunitz an der Sambre, Beaulieu bei Luxemburg. Am 9. April war Kaiser Franz persönlich im Hauptquartier eingetroffen, frischer und unternehmungslustiger als je; auch die braven Truppen brannten darauf, sich endlich mit dem Feinde zu messen. Statt nun energisch vorzugehen, belagerte Coburg nur Landrécies, das am 30. April fiel. Dafür plante Carnot einen umfassenden Gegenangriff auf beiden Flügeln im Osten und Westen. Nun prallte der Stoß der Franzosen auf die Sambrelinie bei Rourvoy (13. Mai) völlig ab; aber Pichegru, von Lille aus vorgehend, nahm Menin, dessen tapfere hannöversiche Besatzung unter Führung des Generals Hammerstein und des Artilleriehauptmanns G. D. Scharnhorst sich indes glänzend durchschlug, und drängte den viel schwächeren Clerfayt unter mehreren Gefechten bis nach Gent zurück. Nun faßten die Verbündeten den richtigen und sehr wohl ausführbaren Gedanken, Pichegrus Heer vom Meere abzudrängen, und wirklich nahmen die Engländer und Österreicher im Rücken der Franzosen Roubaix und Tourcoing in der Nähe von Lille; aber in gewaltigem Vorstoß mit 80000 Mann wieder vorbrechend, entrißen diese am 18. Mai nach wütendem Ringen den 18000 Hannoveranern, Hessen und Österreichern, die dort standen, Tourcoing wieder, ohne daß der ganz in der Nähe stehende Erzherzog Karl seine ungeduligen Truppen ihnen

zu Hilfe geführt hätte; nur einen französischen Angriff auf Tournai am 22. Mai wies er ab. Die Entscheidung des belgischen Feldzuges war damit gefallen, denn nun griffen übermächtig die polnischen Händel ein.

Jetzt nämlich riet Thugut, der am 23. Mai im Hauptquartier von Tournai eingetroffen war, dem Kaiser dringend, sein Heer nicht weiter für Belgien zu opfern, und bewog ihn dann, im Juni selbst nach Wien zurückzukehren. Zugleich wurden alle Vorbereitungen zur Räumung Belgiens getroffen, wenngleich Thugut einen Erfolg über die Franzosen wünschte, um möglichst günstige Bedingungen zu erlangen. Infolgedessen kapitulierte am 19. Juni Npern, Coburg zog am 21. nach der Sambre ab, Vork wich hinter die Schelde zurück. Die Franzosen aber, jetzt durch Jourdans Maasarmee an dieser Stelle bis auf 100000 Mann verstärkt, erneuerten ihren Angriff auf die Sambre und zwangen nach mehreren Mißerfolgen endlich am 25. Juni Charleroi zur Übergabe, als eben die Österreicher zum Entsatz heran- 1794. zogen. Ohne noch von der Kapitulation der Festung zu wissen, griff Coburg am 26. Juni die Franzosen bei Fleurus an, brach aber nach zwölfstündigem heißen Ringen den Kampf ab, als ihm nach einer verwegenen Rekognoszierung der Leutnant Radetzky die Kunde vom Falle Charlerois überbrachte, und ging nordwärts zurück. Als die Franzosen am 1. August auch Mons nahmen, räumten die Österreicher Brüssel und Namur und gaben damit das Zeichen zur allgemeinen Flucht, zum Zusammenbruche der ganzen Verwaltung. Am 11. August zog Jourdan im schweigenden Brüssel ein. Im vollen Zwiste trennten sich die Verbündeten; Vork zog sich mit noch etwa 45000 Mann über die holländische Grenze in eine Stellung zwischen Herzogenbusch und Bergen-op-Zoom zurück, Coburg mit 85000 Mann hinter die Maas und Ourthe, beide unter wachsender Auflösung der Mannszucht bei ihren schmählich mißbrauchten Truppen. Belgien war in der Hand der Franzosen und auf immer für Österreich verloren. Der wackere Prinz von Coburg nahm erbittert seinen Abschied und wurde durch Clerfayt ersetzt; von neuen Anstrengungen für Belgien, zu denen England fortwährend trieb und drängte, wollte Thugut trotz hoher Subsidienanerbietungen nichts mehr hören.

Inzwischen fielen auch die noch von den Verbündeten besetzten französischen Festungen; am 8. August mußten die Österreicher vor doppelter Übermacht auch Trier räumen, so daß die Franzosen der österreichischen Aufstellung hinter Maas und Ourthe in die Flanke kamen. Als deshalb Jourdan seit dem 16. September heftig drängte, ging Clerfayt unter lebhaften Gefechten hinter die Roer zurück; am 2. Oktober wich er bis an den unteren Rhein, am 6. überschritt er den Strom bei Mülheim. Mit einem Verluste von kaum 700 Mann überließen die Österreicher, noch 77000 Mann stark, dem schwächeren Feinde das linke Rheinufer. Am 6. Oktober zogen die Franzosen in Köln ein, am 8. in Bonn, am 23. in Coblenz. In Aachen richteten sie ihre Verwaltung für das deutsche Rheinland ein, das sie bald mit ihren maßlosen Erpressungen bis aufs Blut aussaugten. Die Herrlichkeit des geistlichen Fürstentums war damit für immer zu Ende. In denselben Wochen wich Vork mit seinem zerrütteten und zuchtlosen Heere, in dem nur die deutschen Truppen ihre Haltung bewahrten, erst hinter die Maas, seit



Ende Oktober auch hinter die Waal zurück und gab am 3. November selbst Nymwegen auf.

Der Rückzug hinter den oberen Rhein.

Nicht besser ging es am oberen Rheine, wo Möllendorf mit 44000 Mann um Mainz, Herzog Albert von Sachsen-Teschen mit den Reichstruppen, darunter 36000 Österreichern, am unteren Neckar stand, während die französische Rhein- und Moselarmee zusammen nur 66000 Mann in mangelhafter Ausrüstung zählte. Trotzdem begnügte sich Möllendorf mit der Wiedereroberung der alten Stellung bei Kaiserslautern (13. Mai); zu seiner Unterstützung überschritten dann die Reichstruppen bei Mannheim den Rhein. Dann hemmte der Zwist mit den Engländern über die Verwendung der preussischen Truppen alles weitere, ja Möllendorf ging nach neuen heftigen Kämpfen um Kaiserslautern im Juli wieder nach Mainz zurück, und kam auch zu spät, um Trier noch zu retten. Des Krieges herzlich müde wie seine ganze Armee rief der Feldmarschall in Berlin dringend zum Frieden, er knüpfte sogar auf eigene Hand mit den Franzosen zunächst wegen der Auswechslung der Kriegsgefangenen Verbindungen an. Da jedoch der König vor einem großen Siege von Frieden nichts hören wollte, so nahmen die Preußen zum drittenmale Kaiserslautern (18. 20. September), und in zahllosen kleinen Gefechten zeigte der feste Husarenoberst Blücher den Franzosen die ungebrochene Überlegenheit der preussischen Reiterei. Endlich kündigte England, aufs höchste unzufrieden, den Subsidienvvertrag, und Friedrich Wilhelm II. rief sein Heer zurück.

Verhandlungen über Polen.

Inzwischen hatte er auch erfahren müssen, daß Rußland, gehoben durch Sumorows Erfolge, den Antrag seines Gesandten Tauenzien, die neue Teilungslinie längs des Njemen, des Narew und der Weichsel zu ziehen, zurückwies und für Österreich die Wojwodschaften Krakau und Sendomir begehrte (30. Oktober). Da wich er endlich dem Drängen seiner Minister und des Prinzen Heinrich, den Bitten Hollands und der westdeutschen Reichsstände, befahl Anfang Dezember seinem Gesandten von der Goltz, die Friedensverhandlungen mit Frankreich in Basel zu eröffnen und wies Tauenzien in Petersburg an, auf der Weichselgrenze zu bestehen. Zugleich stellte Kurmainz am 22. Dezember in Regensburg den Antrag, den Kaiser und Preußen um gemeinsame Friedensvermittlung zu ersuchen, der auch Annahme fand. Von einer solchen freilich wollte Thugut nichts wissen, und doch war das Friedensbedürfnis auf beiden Seiten gleich groß. Belgien war für Österreich verloren, das linke Rheinufer in Feindeshand, Preußen ohne bereite Geldmittel und im Osten schwer bedroht, Frankreich zwar siegreich, aber auch nach dem blutigen Ende der „Schreckensherrschaft“ (Juli 1794) so zerrüttet, daß die neue Regierung den Frieden schließen mußte, um sich nur zu behaupten.

Bündnis zwischen Österreich und Rußland.

Da veränderten zwei fast gleichzeitige Ereignisse die Lage zu gunsten der Franzosen. In Petersburg führte am 19. Dezember die von Rußland unterstützte Forderung Österreichs, ihm Krakau und Sendomir zu überlassen, zum Abbruch der Verhandlungen mit Preußen, und am 3. Januar 1795 unterzeichneten die Vertreter der beiden Kaiserhöfe einen Sondervertrag und eine geheime Abmachung, die bis 3. J. 1852 unbekannt geblieben ist. In dem ersteren einigten sie sich derart über die dritte Teilung Polens, daß Rußland das Land bis zum Bug und Njemen, dazu

Samogitien und Kurland, gegen 2000 Quadratmeilen erhielt, Österreich das Gebiet zwischen Bug, Weichsel und Piliza, 1000 Quadratmeilen, Preußen den Rest, 7—800 Quadratmeilen, falls es jene Erwerbungen guthieß. In dem noch viel wichtigeren geheimen Verträge trat Österreich dem preussisch-russischen Abkommen vom 23. Januar 1793 derart bei, daß es für sich die Genehmigung des bayrisch-belgischen Tausches erhielt; es erneuerte ferner das Bündnis Josephs II. und Katharinas II. v. J. 1782 mit allen seinen ungeheuren Umwälzungsplänen in Ost- und Südeuropa (s. S. 168) und versprach endlich im Falle eines preussischen Angriffs Rußland ebenso zu unterstützen, wie die Russen Österreich. Mit diesem Verträge trat Österreich zu Preußen in offenen Gegensatz und schied sich abermals an, in Deutschland, Italien und auf der Balkanhalbinsel gleichzeitig seine Oberherrschaft in rein habsburgischem Interesse, gestützt auf Rußland, zu begründen.

In denselben Wochen, in denen diese verhängnis schwere Entscheidung im Osten fiel, überschritten die Franzosen unter Pichegru das Eis der Maas und der Waal und drangen, als auch der schnellströmende Eeck seit dem 14. Januar fest zufror, ins Herz Hollands ein. Bei furchtbarer Kälte trat Wallmoden, Norks Nachfolger, mit seinen abgerissenen, ausgehungerten Mannschaften den Rückzug hinter die Vffel an; am 20. Januar besetzten die Franzosen Amsterdam, am 23. den Haag, von wo der Erbstatthalter schon vorher auf einer Fischerbarke nach England geflüchtet war; die holländische Flotte, festsetzend im Eise des Terels, strich die einst seebeherrschende blauweißrote Flagge vor einem französischen Reitergeschwader. Überall nahmen nun die Ausschüsse der „Patrioten“ die Regierung in die Hand. Schmachvoller noch als i. J. 1672 fiel die niederländische Republik, und diesmal für immer. Im Februar überschritten die Franzosen auch die Vffel; jetzt lag auch Norddeutschland offen vor ihren Waffen. Holland aber verwandelte sich in die batavische Republik.

Trotz alledem hatte in den Basler Verhandlungen die Annahme eines preussisch-französischen Bündnisses oder ein festes Beharren, wie es aus einer wahrhaft deutschen Gesinnung sich von selbst ergeben mußte, das linke Rheinufer für Deutschland wahrscheinlich gerettet, aber jene Anträge verwarf der König unbedingt, und in der zweiten Beziehung dachten die meisten preussischen Minister höchstens an eine Entschädigung für Preußens linksrheinische Gebiete, unterstützten deshalb ihren Gesandten in Basel, Freiherrn von Hardenberg, den Nachfolger des inzwischen verstorbenen von der Goltz, der die innere Zerrüttung Frankreichs besser als sie kannte, nicht entschieden in seinem Widerstande gegen die gebieterische Forderung der Franzosen: Abtretung des ganzen linken Rheinufers. So wurde am 5. April 1795 der Friede von Basel unterzeichnet. Preußen trat vom Kriege zurück; alle Reichsstände, die binnen drei Monaten den Frieden annahmen, sollten in ihn aufgenommen werden, eine Demarkationslinie, von preussischen Truppen besetzt, sollte das nunmehr neutrale Nord- und Mittel-Deutschland rechts des Rheines schützen. Falls Hannover sich dem Frieden widersetzte, hatte Preußen es in militärische „Verwahrung“ zu nehmen. In einem geheimen Artikel war die einstweilige Besetzung des linken Rheinufers durch die Franzosen zugestanden, noch nicht die Abtretung:

falls eine solche im allgemeinen Frieden erfolgen sollte, versprach Frankreich für die Entschädigung Preußens Sorge zu tragen. In der That traten dem Basler Frieden nach und nach alle nord- und mitteldeutschen Reichsstände bei (Sachsen erst im August 1796), und in Frankfurt wurde über den Reichsfrieden verhandelt. Im ganzen Norden, nicht nur in Preußen, nahm die ermüdete und politisch urteilslose oder gleichgültige Bevölkerung den Frieden mit Genugtuung auf, im Süden und in 1795. Österreich schmähete man auf die norddeutsche Großmacht, die eigenmächtig sich vom Kriege zurückziehe, während die österreichischen Heere noch jahrelang gegen Frankreich fochten; auf Jahrzehnte hinaus hat dort Preußen alle Achtung und Sympathie eingebüßt. Gewiß ergab sich der Friede von Basel notwendig aus der damaligen Lage, trotzdem war er der schwerste Fehler, den die preussische Politik jemals begangen hat. Als Mehrer des Reiches, oft ohne, ja gegen das Reich, war Preußen emporgekommen; jetzt gab es unbeseigt das linke Rheinufer und Süddeutschland tatsächlich preis, es überließ den Habsburgern mindestens den Schein für Deutschland weiter zu streiten und verzichtete auf jede Entscheidung über die Frage, was denn aus den geistlichen Gebieten, also aus der Reichsverfassung werden sollte; ja es geriet in ein nahes Verhältnis zu Frankreich, wo doch eben mit dem Frieden von Basel die erobernde Demokratie zur Herrschaft gelangt war, die nicht ruhen konnte, bevor die abendländische Staatenordnung in Trümmern lag.

Die dritte  
Teilung  
Polens.

In Wien erregte der Abschluß des Friedens, zu dem doch nichts mehr mitgewirkt hatte als die österreichische Politik, Bestürzung und Entrüstung. In seinem blinden Hass glaubte Thugut nicht anders, als daß Preußen mit Frankreich sich verbündet habe und über Österreich herfallen wolle. Er zog in Böhmen und Mähren 80 000 Mann zusammen, er trieb in Petersburg zum Kriege, zur Zertrümmerung Preußens, schloß am 4. Mai einen Subsidienvertrag mit England und unterhandelte nebenher mit Frankreich über Venedig. Endlich im August legten Österreich und Rußland ihren polnischen Teilungsvertrag in Berlin vor. Wären die preussischen Staatsmänner von jener Gesinnung erfüllt gewesen, die Thugut ihnen zuschrieb, so hätte das den Bruch herbeigeführt. Statt dessen erklärte sich der König sofort bereit, auf Krakau und Sandomir zu verzichten, wenn ihm die beiden Kaiserhöfe noch einen kleinen Landstrich an der oberschlesischen Grenze (Neu-Schlesien) und zwischen Bug und Weichsel gegenüber Warschau zugestehen wollten. Auf dieser Grundlage wurde am 24. Oktober 1795 der Vertrag über die dritte Teilung Polens unterzeichnet. Der verfaulte Staat des polnischen Adels, der im Herrenstande nur die nackte Selbstsucht erzogen, die Millionen seiner Bauern zu tierischer Stumpfheit entwürdigte hatte, war vernichtet. Aber die dieses notwendige Strafgericht mit schuldbesleckten Händen vollstreckten, verfolgten eine nicht minder gewalttätige Politik als die französische Demokratie, gegen die sie gefochten hatten oder noch fochten; aus Gründen rein äußerlicher Zweckmäßigkeit oder aus Herrschsucht erschütterten sie die bestehende Staatenordnung so gründlich, daß alle Grenzen ins Wanken gerieten, bis die Vergeltung endlich sie selber schlug.

Der  
Rheinfeld-  
zug 1795.

Inzwischen waren die österreichischen Verhandlungen mit Frankreich gescheitert, und ein neues Bündnis hatte am 28. September 1795 England, Österreich und

Rußland zum Kampfe gegen Frankreich geeinigt, nicht mehr, um die Revolution zu bekämpfen, sondern um ausgedehnte Eroberungen ins Werk zu setzen. Während jener Verhandlungen hatten am Rheine die Waffen geruht; erst am 7. September 1795 überschritt Jourdan mit der Maas-Sambrearmee den Rhein bei Duisburg, besetzte mit geheimer Zustimmung der pfalzbayrischen Regierung Düsseldorf und drängte Clerfayts Österreicher unter heftigen Gefechten bis hinter die Lahn zurück. Ebenso ging Pichegru mit der Rhein-Moselarmee bei Mannheim über den Strom und schloß Mainz ein. Indes wehrte Wurmser den Angriff der Franzosen auf Heidelberg tapfer ab (29. September), drängte sie am 17. und 18. Oktober wieder über den Rhein und entriß ihnen auch Mannheim wieder (22. November). Nicht minder glücklich zwang Clerfayt die Maas-Sambrearmee durch einen überraschenden Angriff auf ihre linke Flanke an der Kinzig zum eiligen Rückzuge über den Taunus und den Westerwald, wobei die erbitterten Bauern blutige Rache an der plündernden „Eöffelgarde“ dieser Sansculotten nahmen; dann zersprengte er am 29. Oktober in einem glänzenden Angriff die französischen Belagerungstruppen vor Mainz, nahm ihnen fast sämtliche Geschütze ab und drängte sie bis gegen Landau zurück. Als am 1. Januar 1796 ein Waffenstillstand dem Kampfe zum Glück für das völlig zerüttete französische Heer zunächst ein Ende machte, behaupteten die Österreicher selbst einen guten Teil des linken Rheinufers.

Für das Jahr 1796 hätte Thugut am Rheine sich trotzdem am liebsten auf die Verteidigung beschränkt und die Hauptmacht nach Italien geworfen, wo ihn die Erwerbung Veneziens lockte, doch drängte außer Rußland vor allem England auf kräftiges Vorgehen am Rheine und versprach in diesem Falle ansehnliche Hilfsgelder. So blieb das österreichische Heer in Italien fast ohne Verstärkung, obwohl die Truppen, die Thuguts ungeredtfertigtes Mißtrauen gegen Preußen in Böhmen und Mähren festhielt, dafür zur Verfügung gestanden hätten, und am Rheine wurden zwei große Heere aufgestellt, im Süden 83000 Mann unter Wurmser, im Norden über 90000 unter Erzherzog Karl; sie waren sogar stärker als die französischen Armeen, die oben- und durch die kaiserliche Aufstellung im pfälzischen Berglande zwischen Speier und Bingen von einander getrennt waren und an allem Mangel litten. Doch der Erzherzog (geb. 1771), ein Anhänger der methodischen Kriegsweise, der zahlreiche Siege erröckten, aber niemals einen bis zur Vernichtung des Feindes ausgenützt hat, ließ wieder den Franzosen den Vorteil des Angriffs. So drängte Jourdan, der Anfang Juni 1796 bei Düsseldorf und Neuwied den Rhein überschritt, die Österreicher hinter die Sieg und Lahn zurück, wurde dann zwar von Karl, der das linke Rheinufer fast ganz aufgab und mit österreichisch-sächsischen Bataillonen über den Taunus herbeieilte, am 15. Juni bei Wetzlar geschlagen und zurückgeworfen, hatte aber doch Moreau die Möglichkeit geschaffen, Ende Juni bei Straßburg über den Rhein zu gehen und sich des Kniebispasses im Schwarzwald zu bemächtigen, da eben Wurmser mit 25000 Mann nach Italien abgezogen war. Den Versuch des Erzherzogs, ihn durch einen flankenangriff von Karlsruhe her zu fassen, wies Moreau am 9. Juli bei Malsch zurück, ja er besetzte Stuttgart, so daß Karl sich bis Nördlingen zurückzog. Im Stich gelassen und selbst unfähig zum Widerstande, erkaufen nun wetteifernd

Erzherzog  
Karls Siege  
in Süd-  
deutschland.



1796. Württemberg, Baden und der schwäbische Kreis mit schweren Lieferungen und Zahlungen Waffenstillstand und Frieden von dem Sieger, wobei die Herrscher jener beiden Staaten sich bereits ausgedehnte, geistliche Gebiete zusichern ließen. Es waren die Vorboten des Rheinbundes. Nun ging auch Jourdan wieder vor, trieb die Österreicher unter Wartensleben vor sich her und nötigte den fränkischen Kreis zu ähnlichen Zugeständnissen, Sachsen zu einem Neutralitätsvertrage (13. August). Unter dem Eindrucke dieser französischen Erfolge stieg in Berlin der Einfluß der Österreicher feindlichen Partei. Bisher hatte der König streng an der Neutralität festgehalten, deshalb auch in Hildesheim mit den Ständen des niedersächsischen Kreises die Aufstellung von 50 000 Mann in Westfalen unter dem Herzog von Braunschweig vereinbart, besonders um Hannover und die Hansestädte zu schützen, die die Franzosen als Verbündete Englands in ihre Gewalt zu bringen strebten. Aber er hatte weder 1795 noch 1796 die Verletzung der Demarkationslinie verhindern können. Jetzt schlugen ihm seine Minister, vom Prinzen Heinrich unterstützt, der wenig beachtet als müßvergünstigter Beobachter in Rheinsberg saß, ein französisches Bündnis und umfassende Säkularisationen vor. Darauf ging der König nicht ein, doch er willigte am 5. August in einen neuen Vertrag mit Frankreich, der die Demarkationslinie enger zog und Preußen für den Fall, daß das linke Rheinufer abgetreten werde, das Stift Münster zusicherte. Zugleich machte Preußen alte Besitztitel gegenüber der fränkischen Reichsritterschaft und der Reichsstadt Nürnberg geltend, und so tief gesunken war dort der Glaube an die Lebensfähigkeit des Gemeinwesens, daß die Bürgerschaft mit erdrückender Mehrheit beschloß, um die Einverleibung Nürnbergs in Preußen zu bitten. In den Augen der Welt erschien Preußen damals als Verbündeter des Reichsfeindes.

Um so hellerer Glanz fiel auf Österreich, als der Erzherzog zu erfolgreichem Angriff überging. Mit Wartensleben in der Oberpfalz vereinigt, erschocht er am 24. August bei Amberg über Jourdan einen glänzenden Sieg, faßte den Gegner nochmals am 3. September bei Würzburg und verfolgte die in Auflösung weichen- den Feinde, von dem erbitterten Landvolke kräftig unterstützt, bis Neuwied. Diese Erfolge machten auch Moreaus Stellung unhaltbar. Um nach den Weisungen des Direktoriums Tirol möglichst nahe zu sein, war er bis München vorgegangen und hatte den Kurfürsten noch am 7. September zum Waffenstillstande von Pöfzenhofen genötigt, eben als sich Jourdans Schicksal entschied, und er selbst sich in seiner linken Flanke von den siegreichen Kaiserlichen überflügelt, in seinem Rücken das rachgierige Landvolk unter Waffen sah. Es blieb ihm nichts übrig, als der vielbewunderte Rückzug über den Lech nach Biberach, wo er die Österreicher am 2. Oktober blutig abwies, dann weiter über Siegmaringen nach dem Schwarzwald durch das Höllental auf Freiburg i. Br.; doch mußte er, da ihm der Erzherzog schon den Weg nach Straßburg verlegte, den Rhein bei Hüningen überschreiten (25. Oktober). Uebermals war Süddeutschland durch die kaiserlichen Waffen von den französischen Plünderern befreit, in jeder Bauernhütte des Schwarzwaldes prangte seitdem das Bild des siegreichen Erzherzogs, und mächtig wuchs das Ansehen Österreichs im Reiche.

Doch schon war über den Schlachtfeldern der Lombardei der blutige Stern des Mannes aufgestiegen, der in Frankreich die Revolution nur schloß, um über Europa ein Zeitalter unerhörter Umwälzungen heraufzuführen, das war Napoleon Bonaparte.

Napoleon Bonaparte.

Als geborener Korse seiner Abkunft nach reiner Italiener und in seiner Jugend ein Todfeind Frankreichs, das eben in seinem Geburtsjahre 1769 sich die Insel unterworfen hatte, war er in den wilden Partiekämpfen dieser Zeit i. J. 1795 mit seiner ganzen Familie aus Korsika verjagt und heimatlos geworden. Seitdem kannte er nur ein Ziel seines Strebens, seine persönliche Größe; Frankreichs Macht und die Ideen der Revolution waren ihm lediglich Mittel zu diesem Zwecke. In jedem Zuge der echte Sohn des „philosophischen“, „aufgeklärten“ 18. Jahrhunderts, gewaltsam, ohne jedes geschichtliche Verständnis, ohne religiöses Bedürfnis, ohne Herzensadel, hart bis zur Grausamkeit, gewissenlos und treulos, wo es sein Vorteil verlangte, wie ein Italiener des 15. Jahrhunderts, von einer Selbstsucht erfüllt, die sich mit jedem Erfolge nur steigerte, fortgerissen von einer ausschweifenden Phantasie, so stürmte er vorwärts ohne Rast und ohne Grenze. Aber er war ein Genie. Er besaß eine wunderbare Sicherheit in der Beurteilung der Menschen und der Dinge, soweit sie sich mit dem Verstande ermessen und erwägen lassen, eine erstaunliche Umsicht und Arbeitskraft, eine vollendete Meisterschaft in der Ausbeutung menschlicher Schwächen und Leidenschaften, eine stahlharte, alles überwältigende Willenskraft. Er kannte als Feldherr deshalb nur ein Ziel: die Vernichtung des feindlichen Heeres, den Stoß ins Herz der feindlichen Macht, er ernährte den Krieg durch den Krieg und brachte auf dem Schlachtfelde die Carnotsche Taktik zur unwiderstehlichen Entfaltung; niemals kümmerten ihn die Verluste. Nur von den Kräften des Gemüts und den sittlichen Mächten im Völkerleben ahnte er nichts; als sie sich endlich vereinigt gegen ihn erhoben, ist er zu Grunde gegangen.

Doch jetzt trat er hinein in eine Staatenwelt voll Selbstsucht und Hader, voll Schwerfälligkeit und Willensschwäche; kein Wunder, daß er sie in Trümmer schlug.

Nachdem er 1796 in einem glänzenden Feldzuge Piemont und die übrigen oberitalienischen Staaten zu Waffenstillstands- oder Friedensverträgen gebracht hatte, schloß er die Österreicher in Mantua ein, schlug ein Ersatzheer nach dem andern und zwang endlich am 3. Februar 1797 die gewaltige Festung zur Übergabe. Als Erzherzog Karl, eilig vom Rheine herbeigerufen, den Oberbefehl übernahm, sank ihm alle Hoffnung beim Anblick der entmutigten Heeresrümmen; er ging hinter den Tagliamento zurück und verstärkte sich hier allmählich auf 27 000 Mann, während in Tirol 10 000 Landesschützen aufgeboden wurden. Aber eben, daß Karl nicht in Tirol seine Hauptmacht sammelte, was jeden Vormarsch Bonapartes in die Ostalpenlande unmöglich gemacht hätte, kam seinem genialen Gegner erwünscht. Er war jetzt entschlossen, geradewegs auf Wien vorzudringen und gegen Tirol nur 18 000 Mann unter Joubert zu senden, das denkbar Verwegenste, denn er hatte selbst nur 34 000 Mann zur Verfügung für diesen Hochgebirgsmarsch von siebzig Meilen, und doch das Klügste, denn er schob sich sofort zwischen die zersplitterten Heeresmassen der Gegner hinein und trennte sie von ihrer Hauptstadt.

Bonaparte in Ober-Italien.

1797.

Am 10. März stieß Bonapartes übermächtiger Angriff bei Codroipo mitten hinein in die weit ausgedehnte, schwache Aufstellung der Österreicher, denen das riesig breite, aber meist nur mit Geröllmassen erfüllte, wasserarme Bett des Tagliamento keinen Schutz gewährte. Indem nun der Erzherzog östlich nach dem Monzo zurück-

Sein Vormarsch auf Wien. 1797.

wich, gab er den Franzosen die Paßstraße nach Pontafel und Tarvis frei und bot so Massena Gelegenheit, sich nach schwachem Widerstande des entscheidenden Punktes Tarvis zu bemächtigen (23. März) und Villach zu besetzen. Was von Österreichern noch südlich davon auf der Predilstraße stand, streckte, hilflos abgeschnitten, die Waffen; kaum 15000 Mann führte Karl auf weiten Umwegen über Laibach und den Loiblpaß nach Klagenfurt hinüber. Inzwischen hatte Joubert die Österreicher unter blutigen Gefechten bis Meran und Sterzing zurückgedrängt und sich damit auch des Eingangs zum Pustertale versichert; die österreichische Division Sporck, die dort stand, entzog sich der Einschließung nur, indem sie über die vergletscherten Tauernpässe nach Gastein hinüberstieg. Bonaparte ließ den weichenden Feind nicht einen Augenblick zur Besinnung kommen. Am 28. März war er in Villach, am 30. in Klagenfurt; am 31. ging Massena auf der großen Straße nach Steiermark bis nach St. Veit vor, schlug am 4. April die Österreicher bei Neumarkt, besetzte am 7. April Leoben, nur noch sechszehn Meilen von Wien.

Der Vor-  
friede von  
Leoben.

Es war zu Ende, kaum vier Wochen, nachdem der Feldzug in Venedig begonnen hatte. Die vom Rheine herbeigerufenen Truppen sammelten sich eben erst in Salzburg, vermochten also Bonaparte nicht mehr aufzuhalten. Von auswärtiger Hilfe war keine Rede, denn der Tod Katharinas II. am 17. November 1796 hatte in Paul I. einen Herrscher ans Ruder gebracht, der in allem das Gegenteil zu tun strebte, wie die ungeliebte Mutter, und daher jeden Gedanken, in den Krieg einzugreifen, trotz des Bundesvertrages von 1795 zunächst weit von sich wies. Andererseits fühlte sich Thugut an England nicht weiter gebunden, weil dieses Ende 1796 eigenmächtig Friedensunterhandlungen begonnen hatte, und in Wien rief alles nach Frieden. Nun sammelte zwar der Minister zur Verteidigung der Hauptstadt 30 000 Mann und ließ in Ungarn das allgemeine Aufgebot beschließen; aber er sandte doch seine Unterhändler nach dem alten Kloster Göß bei Leoben, wo Bonaparte soeben sein Hauptquartier genommen hatte, um zunächst einen Waffenstillstand zu erlangen. Diesen bewilligte der General nur unter der Bedingung, daß er nicht nur Kottmann und Bruck, sondern auch Graz noch besetzen dürfe, wo er am 12. April selbst einzog, um den Treueid für die französische Republik zu verlangen, ein Ansinnen, das freilich die steirische Landeskommission stolz zurückwies. Dann bot er gegen Abtretung Belgiens und der Lombardei, gegen die Preisgebung Modenas und die Anerkennung der neuen cisalpinischen (oberitalienischen) Republik den Österreichern Venedig, Istrien und Dalmatien an. Denn soeben hatten seine heimtückischen Hezereien dort den Aufstand gegen die Franzosen entfacht und ihm so den Vorwand geliefert, die wehrlose Republik zu vernichten. Auf dieser Grundlage wurde am 18. April 1797 in Göß der Vorfriede von Leoben unterzeichnet, als eben die Franzosen wieder den Rhein überschritten. Ein europäischer Friedenskongreß in Bern sollte den Frieden auch für das Reich auf Grundlage seiner Integrität und für die kämpfenden Mächte überhaupt zustande bringen.

Der Friede  
von Campo  
Formio.

Unstreitig wäre es nun für Deutschland, wie für Österreich das Vorteilhafteste gewesen, wenn Thugut auf die Bedingungen von Leoben hin, die ja das linke Rheinufer bei Deutschland ließen und dem Reiche der Habsburger die vorteilhafteste Ab-

rundung im Süden verschafften, möglichst rasch den endgültigen Frieden abgeschlossen hätte. Statt dessen wollte er in Italien noch die päpstliche Romagna (die Legationen) erwerben und Modena nicht preisgeben, um den österreichischen Einfluß auf Mittel-Italien nicht zu verlieren; dafür sollte Frankreich den größten Teil des linken Rheinufers nehmen. Darüber wurde erst im Schloß Montebello bei Mailand, wo Bonaparte als Herr Italiens mit fürstlichem Glanze Hof hielt, dann seit Ende Juni in Udine verhandelt. Da indes der General die italienischen Forderungen Thuguts entschieden verwarf, und nur die Stadt Venedig noch zur Verfügung stellte, so gab sich Graf Ludwig Cobenzl damit schließlich zufrieden unter der Bedingung, daß Österreich noch das Erzstift Salzburg und Bayern bis zum Inn erhalte, wozu es den Herzog von Modena mit dem österreichischen Breisgau zu entschädigen versprach. Dafür sollte jetzt das linke Rheinufer von der Lauter bis zur Netze (bei Udernach) an Frankreich fallen. So behielt Preußen seine linksrheinischen Lande, hatte also auch keine Entschädigungsansprüche, die Gefahr umfassender Säkularisationen wurde damit vermieden und die geistlichen Staaten, die Stützen der habsburgischen Macht im Reiche blieben der Hauptsache nach erhalten. Sollte Frankreich noch weitere Erwerbungen in Deutschland machen, so hatte Österreich entsprechende Gebiete zum Ausgleich zu fordern. Ein Kongreß in Rastatt sollte den Frieden auch für das Reich schließen. Das war der verhängnisvolle Friede, den Bonaparte und Cobenzl am Abend des 17. Oktober 1797 im französischen Hauptquartier Passariano unterzeichneten und nach dem für neutral erklärten Dorfe Campo Formio bei Udine benannten, ein Triumph der österreichischen Interessenpolitik Thuguts, der Anfang vom Ende des heiligen Römischen Reiches.

Während nun Österreich seine Machtstellung am Adriatischen Meere begründete und die schwarzgelben Fahnen an den drei Cedernmasten vor San Marco aufstiegen, die einst die Banner der unterworfenen Königreiche Morea, Kandia und Cypern getragen hatten, räumten die kaiserlichen Truppen nach den geheimen Verabredungen vom 1. Dezember die Festungen des linken Rheinufers samt dem Ehrenbreitstein, am 15. Dezember auch das unbezwungene Mainz; ihnen folgten die Franzosen auf dem Fuße. Das Reich mochte zusehen, wie es ohne den Schutz seines Kaisers sich seiner Feinde erwehrte. Unter dem erschütternden Eindrucke dieser Tatsachen begann die Reichsdeputation in Rastatt ihre Verhandlungen. Wohl wollte der junge König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. (seit 17. November 1797) für sich keine Entschädigungen im Reiche, vielmehr die Erhaltung seiner Gebietsverteilung und seiner Verfassung, falls auch Österreich sich jeder Vergrößerung auf Kosten seiner deutschen Mißstände enthalte; aber in seiner ehrlichen und kurzfristigen Friedensliebe war er auch weit davon entfernt, etwa für das linke Rheinufer das Schwert zu ziehen, und Österreich erstrebte eben das, was man in Berlin nicht von ihm erwartete. Als nun die Franzosen in Rastatt die Abtretung des ganzen linken Rheinufers forderten, stimmte Preußen widerwillig zu. Am 9. März 1798 fügte sich auch die Reichsdeputation dieser Bedingung und nahm folgerichtig am 4. April den französischen Antrag auf umfassende Säkularisationen grundsätzlich an, gegen Österreichs entschiedenen Widerspruch und ohne Preußen. Vielmehr vereinbarten die Rastätter Gesandten

Der  
Kongreß  
von Rastatt.



beider Mächte am 25. März einen Vertragsentwurf, der die Erhaltung mindestens der drei geistlichen Kurfürsten bezweckte. Die revolutionären Umtriebe des französischen Direktoriums im badischen Schwarzwalde, in Württemberg und Hamburg, die Aufrichtung der römischen Republik, der Umsturz der verrotteten Schweizer Eidgenossenschaft und die Begründung der einheitlichen helvetischen Republik 1798, die französische Besatzungen bis an die Grenzen Graubündens und Tirols vorschob, die Vergewaltigung Piemonts, Toskanas und Neapels, das deshalb am 19. Mai ein Verteidigungsbündnis mit Österreich schloß, alle diese Vorgänge bewiesen um dieselbe Zeit, daß ein ehrlicher Friede mit Frankreich unmöglich sei. Sogar in Berlin beschloß man im Mai, beunruhigt durch die französischen Pläne auf die deutschen Nordseelände, jede Verletzung der Demarkationslinie mit Waffengewalt zurückzuweisen, zumal da das herausfordernde Auftreten des neuen französischen Gesandten Sièyès das bisher leidliche Verhältnis zum Direktorium zu zerstören drohte. Thugut hätte sich trotz alledem mit Frankreich verständigt, wenn nicht das Direktorium in den letzten geheimen Verhandlungen zu Selz i. Elsaß jede Vergrößerung des österreichischen Besitzes in Italien rundweg verweigert hätte (7. Juni). Damit war der Bruch zwischen beiden Mächten tatsächlich entschieden, und Thugut sah sich nach Bundesgenossen für einen neuen Waffengang um.

Die zweite Koalition.

Als solcher bot sich ihm vor allem Kaiser Paul I. dar, ein geschworener Feind der „Jakobiner“ und damals obendrein persönlich über die Franzosen erbittert. Denn auf der Fahrt nach Ägypten hatte Bonaparte Malta weggenommen (19. Mai) und so den halb phantastischen, halb Flug berechneten Lieblingsplan des Saren, als Großmeister des Malteserordens hier einen Stützpunkt für die Mittelmeerbherrschaft Rußlands zu erwerben, durchkreuzt. Zu Thuguts Überraschung versprach Paul schon im Juli 60 000 Mann über das vertragsmäßige Hilfskorps hinaus; er verhandelte in Berlin über den Anschluß Preußens und trieb so ungeduldig vorwärts, daß Thugut ihn zurückhalten zu müssen glaubte, weil Österreich noch nicht gerüstet sei; nur Graubünden ließ er im Oktober auf Bitte der dortigen Regierung besetzen. Inzwischen entschied der Angriff der Franzosen auf Ägypten und die Aufrichtung der parthenopäischen Republik in Neapel das Bündnis Rußlands mit der Türkei und mit England (Januar 1799). Dagegen lehnte Friedrich Wilhelm III. den Beitritt Preußens zur Koalition gegen den Rat seiner Minister ab (27. Januar), der zweite schwere Fehler der preussischen Politik nach dem Frieden von Basel. Das Direktorium aber bezeichnete den Einmarsch russischer Truppen in Österreich als Kriegsfall (31. Januar) und ließ am 18. Februar seine Generale den Rhein überschreiten, obwohl es mit dem Reiche in Frieden bleiben zu wollen erklärte. Am 5. März ging darauf Erzherzog Karl über den Eod. Die Aussichten für die Verbündeten schienen günstig. In Frankreich hatte mit der fortschreitenden Zerrüttung die Abneigung gegen den Krieg einen solchen Grad erreicht, daß die Aushebungen überall auf offenen oder geheimen Widerstand stießen, und der beste Feldherr des Landes weilte fern im Orient, von der Heimat abgeschnitten durch den Sieg der englischen Flotte bei Abukir (1. August 1798). Doch die Absichten der verbündeten Mächte deckten sich keineswegs. Rußland und England erstrebten die Wiederher-

stellung oder die Behauptung der alten Verhältnisse; Österreich zog das Schwert allerdings auch für die verfaulten geistlichen Staaten in Deutschland, vor allem aber doch für ausgedehnte Eroberungen in Italien. In diesem inneren Widerspruch ist die zweite Koalition trotz glänzender Erfolge zu Grunde gegangen.

Im Norden der Alpen hatte Jourdan den Schwarzwald überschritten und Massena durch Erstürmung des befestigten Luciensteiges an der alten Straße von Vorarlberg nach Chur im März die Österreicher aus Graubünden verdrängt. Aber über Jourdan siegte Erzherzog Karl am 21. März bei Ostrach, am 25. bei Stockach nordwestlich vom Bodensee, so daß die Franzosen hinter den Rhein zurückwichen und die österreichischen Vortruppen bis in die Nähe von Rastatt vordrangen. Infolgedessen löste sich der Friedenskongreß tatsächlich auf, da der kaiserliche Gesandte Graf Metternich am 12. April die Stadt verließ und am 17. ihre Neutralität für erloschen erklärte. Daß die drei französischen Gesandten trotzdem noch blieben, um die Vertreter der süddeutschen Reichsstände gegen den Kaiser aufzureizen, gab der österreichischen Regierung Veranlassung, durch Szeckler Husaren die Verbindung mit Frankreich unterbrechen und endlich am 25. April die Gesandten ausweisen zu lassen. Den Überfall derselben auf der Fahrt nach dem nahen Rheine durch eine Abtheilung der Szeckler am Abend des 28. April, dem zwei der Franzosen zum Opfer fielen, den vielberufenen Rastatter Gesandtenmord, haben die österreichischen Behörden nur insoweit angeordnet, als sie sich, allerdings auch gegen das Völkerrecht, der Gesandtschaftspapiere bemächtigen wollten, um den fälschlicherweise vorausgesetzten französisch-bayrischen Verhandlungen auf die Spur zu kommen; der Mord selbst war die Folge eines mißverstandenen eigenmächtigen Befehls und der Roheit der Szeckler, die gegen alles französische aufs höchste erbittert waren. Im übrigen blieb das blutige Ereignis ohne Folgen, ja die Entrüstung war in Deutschland viel lebhafter als in Frankreich, wo man das Direktorium zu gründlich haßte, um in dessen lärmende Kundgebungen gegen Österreich mit einzustimmen.

Der  
Rastatter  
Gesandten-  
mord.

Inzwischen hatte der Erzherzog alle Vorkehrungen getroffen, um seine Hauptmacht nach der Schweiz zu führen. Am 15. Mai erstürmte Hohe, von Feldkirch her vorgehend, den Luciensteig; dann drängten von Osten und Norden her die österreichischen Heersäulen, etwa 60 000 Mann, gegen Massenas stark verschanzte Stellung im Osten von Zürich heran und erschütterten sie in rastlosen, mit zäher Hartnäckigkeit immer wiederholten Angriffen am 4. Juni derart, daß Massena in der Nacht vom 5. zum 6. Juni nach dem Älli und Albis, hinter die Limmat und Aare zurückging. Die Österreicher beherrschten damit das östliche Drittel der Schweiz und stellten durch die Urkantone über den St. Gotthard die Verbindung mit Italien her; aber sie benützten ihren Sieg weder um die Franzosen gänzlich aus der Schweiz zu verdrängen, noch die völlig haltlose helvetische Republik zu stürzen.

Die  
Eroberung  
der  
Ostschweiz.

Durchschlagendere Erfolge erfochten dagegen die österreichisch-russischen Waffen in Italien. Nachdem hier Kray am 26. März den Übergang über die Etsch erstritten und am 5. April durch den Sieg bei Magnano die Franzosen bis hinter die Adda gedrängt hatte, übernahm Suworow den Oberbefehl auch als österreichischer Feldmarschall über die vereinigte Armee von etwa 52 000 Mann, ein

Die  
Eroberung  
Ober-  
Italiens.

Held des kühnen, rücksichtslosen, zerschmetternden Angriffs wie Bonaparte. Der Sieg von Cassano über Moreau am 27. April lieferte ihm Mailand in die Hände, wo die Bevölkerung den Russen als Befreier von der verhassten französischen Raubwirtschaft empfing; dann warf er Macdonald, der von Neapel herankam, um sich mit Moreau zu vereinigen, in dreitägigen blutigen Kämpfen an der Trebbia bei Piacenza zurück (15. 17. Juni), und als am 23. Juli Alessandria, am 29. auch Mantua gefallen war, sicherte der glänzende Sieg der Österreicher unter Kray und Melas bei Novi an der Straße nach Genua am 15. August den Besitz Piemonts. Bis auf den Küstensaum von Genua war Ober-Italien erobert, und für 1800 stand die Invasion Frankreichs bevor.

Suworows  
Alpen-  
märsche.

Da hemmte den glücklichen Fortgang ein neuer Plan, der aus den politischen Sonderinteressen der verbündeten Mächte entsprang. Ein russisch-englisches Korps sollte in Holland landen, zu seiner Unterstützung Erzherzog Karl von der Schweiz nach dem Rheine abziehen, um den Angriff auf Belgien zu eröffnen; dafür hatte Suworow in Verbindung mit einem neuen russischen Korps unter Korsakow den Kriegsschauplatz in der Schweiz zu übernehmen. So hoffte England sich der batavischen Flotte zu bemächtigen und die Russen von den Küsten des Mittelmeeres zu entfernen, um Malta in die Hand zu bekommen; Österreich wollte Suworow unschädlich machen, der überall in Ober-Italien ohne weiteres die alten legitimen Gewalten wiederherstellte, dem Jaren endlich lag daran, die Festsetzung der Österreicher in der Schweiz zu verhindern. Am 27. August erhielt Suworow diese Weisungen. Schon gereizt durch den fortgesetzten Widerspruch, den seine politischen Maßregeln erfuhren, zögerte er fast vier Wochen lang mit dem Aufbruche nach der Schweiz und schlug dann am 21. September von Bellinzona aus das Ticinotal hinauf mit seinen 20000 Mann den Saumpfad über den St. Gotthard ein, der seit Mitte August in den Händen der Franzosen war und obendrein an den felswänden des Vierwaldstätter Sees ohne gangbare Fortsetzung nach dem Norden endete. Aber er hoffte so auf dem kürzesten Wege nach Zürich durchzudringen und dort die Franzosen mit zermalmenden Schlägen zu treffen. Inzwischen war Erzherzog Karl nach Korsakows Ankunft (mit 28000 Mann) zu Anfang Septembers nach Deutschland abgezogen und hatte in der Schweiz nur etwa 25000 Mann unter Hohe zurückgelassen, so daß die Verbündeten sich gänzlich auf die Verteidigung ihrer Stellung hinter der Aare und Limmat, dem Züricher See und der Linth beschränkten. Da warf sich Massena am 25. und 26. September mit erdrückender Übermacht bei Zürich auf Korsakow, an der Linth auf Hohe, und zwang die ganze Masse unter den schwersten Verlusten zum Rückzuge nach dem Rheine und dem Bodensee; Hohe selber fiel. Als in denselben Tagen Suworow nach blutigen Kämpfen auf der Gotthardstraße am Urnerloch und an der Teufelsbrücke den Vierwaldstätter See erreichte, war die Entscheidung schon gefallen. Umsonst blieb sein beispielloser Marsch über die Jägerpfade des Roßstocks nach Schwyz im Muottatale und von da über den Prugel nach Glarus; tief erbittert über die „verräterischen“ Österreicher wollte er seine erschöpften Scharen nicht weiteren Kämpfen aussetzen, führte sie deshalb, statt nordwärts nach dem Walen-

see durchzubrechen, südwärts über den verschneiten Panirpaß unter Sturm und Gewitter hinunter nach dem Vorderrheintale und erreichte am 8. Oktober mit nur noch 15000 streitfähigen Leuten endlich Chur. Sein Alpenmarsch war eine unvergleichliche militärische Leistung, aber er entschied die Trennung der verbündeten Heere und der Koalition. Denn ergrimmt weigerten sich Offizierie und Mannschaften alles weiteren Kampfes, so daß Suworow sie rheinabwärts nach dem Bodensee in die Winterquartiere führte; Kaiser Paul aber, jetzt über Thuguts Vergrößerungspläne im Klaren und durch Suworows feindselige Berichte bis zur Wut entflammt, kündigte in Wien geradezu die Auflösung des Bündnisses an (22. Oktober) und rief seine Truppen zurück. Zugleich zerstörte das klägliche Mißlingen der englisch-russischen Unternehmung gegen Holland auch sein Verhältnis zu England, das alles in denselben Wochen, als die Kunde von Bonapartes glücklicher Landung in Fréjus (9. Oktober) durch das überraschte Europa flog. Schon am 19. November legte ein neuer Staatsstreich dem vergötterten Führer des französischen Heeres als Erstem Konsul die Herrschaft über Frankreich in die Hand.

Ohne zu ahnen, welche entscheidende Wendung damit auch für den Krieg eingetreten sei, schlossen sich England und Österreich enger zusammen. England zahlte bedeutende Hilfgelder auch für Bayern, Württemberg und Kurmainz, so daß für d. J. 1800 in Deutschland und Ober-Italien etwa 200000 Mann aufgestellt wurden, dort unter Kray gegenüber Moreau, hier unter Melas gegenüber Massena. Aber mit bedächtiger Langsamkeit ging Melas erst zu Anfang April zum Angriff über, erstritt den Übergang über den Apennin, zog in Nizza ein und belagerte Massena in Genua. Inzwischen zog sich das Unwetter über seinem Haupte zusammen. Um mit einem alles überstrahlenden Erfolge seine junge Herrschaft einzuweihen, wählte Bonaparte abermals das Verwegenste. Statt dem hartbedrängten Massena unmittelbar zu Hilfe zu kommen, führte er ein Reserveheer von 40000 Mann, das sich bei Dijon gesammelt hatte, von Genf aus das Wallis aufwärts über den Großen St. Bernhard (14. bis 20. Mai) und das Doratal hinunter, während kleinere Abteilungen den St. Gotthard, den Simplon und den Kleinen St. Bernhard überschritten. Wie verheerende Bergströme brachen diese Kolonnen im Rücken der Österreicher über das italienische Flachland herein. Am 28. Mai stand Bonaparte am oberen Po, am 2. Juni zog er mit großem Gepränge in Mailand ein; sämtliche österreichische Magazine fielen in seine Hand. In denselben Tagen, am 4. Juni, ergab sich endlich Genua, aber durch Massenas zähen Widerstand aufgehalten und beschäftigt, hatte Melas die drohende Gefahr in seinem Rücken nicht in ihrer ganzen Größe erkannt. Jetzt zog er seine Abteilungen um Alessandria zusammen, um auf Mailand loszugehen. Umgekehrt hatte Bonaparte den Übergang über den Po bei Piacenza erzwungen und näherte sich auf der großen Straße über Tortona; doch da er glaubte, daß die Gegner seinem Stöße auswichen und im Rückzuge auf Genua seien, so sandte er Desaix zu ihrer Verfolgung auf Novi voraus und hatte bei Marengo nur etwa 14000 Mann unmittelbar zur Verfügung, als ihn Melas am Morgen des 14. Juni mit mehr als doppelter Übermacht angriff. Nach sechsstündigem, blutigem Ringen hatte der kaiserliche

Bonapartes  
Sieg in  
Italien.  
1800.



Feldherr den Sieg in den Händen und überließ dem General Zach die Verfolgung der Franzosen; da wandte Desaix' Ankunft, ein hecker Reiterangriff Kellermanns und das Geschützfeuer Marmonts das Geschick des Tages. Überrascht und von panischem Schrecken gefaßt, drängten die Österreicher in wilder Verwirrung rückwärts nach Alessandria, und am 15. Juni schloß der entmutigte Melas übereilt den Waffenstillstand, der Piemont und die Lombardei bis an den Mincio den Franzosen überlieferte.

Moreaus  
Siege  
in Süd-  
deutschland.

Nicht besser erging es seinem Kameraden Kray in Süddeutschland, der in der Meinung, die Franzosen würden wieder über den Schwarzwald hereinbrechen, seine Hauptmacht bei Donaueschingen versammelt hatte. Statt dessen faßte ihn Secourbe, Anfang Mai bei Laufenburg den Rhein überschreitend, in der Flanke, drängte ihn unter blutigen Gefechten über Engen, Stockach, Mößkirch, Viberach und Memmingen bis hinter die Iller und nach Ulm zurück. Auch diese Stellung indes mußten die Österreicher aufgeben, als Moreau in ihrem Rücken die Donau bei Dillingen überschritt; in hartnäckigen Rückzugsgefechten boten sie bei Höchstädt am 19. Juni dem Feinde die Spitze, wichen nach Nördlingen aus und erkämpften sich bei Neuburg den Übergang auf das rechte Donauufer, den Rückzug hinter die Isar, überließen damit München den Franzosen. Erschöpft, entmutigt und bis auf etwa 46 000 Mann vermindert (abgesehen von den Besatzungen), schlossen sie am 15. Juli den Waffenstillstand von Parsdorf, in dem sie alles Land bis an die Isar den Franzosen einräumten und westlich dieser Linie nur die Festungen Ingolstadt, Ulm und Philippsburg behaupteten.

Unter dem Eindrucke dieser Niederlagen ging Kaiser Franz auf die Unterhandlungen ein, die Bonaparte ihm anbot, schlug im August sogar einen allgemeinen Friedenskongreß in Luneville vor, schloß aber andererseits am 20. Juni 1800 einen neuen Vertrag mit England, der ihn verpflichtete, bis zum Ende Februar 1801 keinen Sonderfrieden ohne englische Zustimmung einzugehen, und rüstete eifrig; ja er erkaufte die Verlängerung des Stillstandes bis Ende November im Vertrage von Hohenlinden bei München am 20. September mit der Übergabe jener Festungen und mit dem Rückzuge seiner Truppen hinter den Inn. Das zerstörte in Süddeutschland den letzten Rest des Vertrauens auf die kaiserlichen Waffen. Die bayrischen Landstände forderten den Kurfürsten Max Joseph fast drohend auf, Frieden zu schließen, die bayrischen Truppen in der Oberpfalz wurden auf Friedensfuß gesetzt, Kurmainz weigerte weitere Rüstung, Kurköln u. a. riefen ihre Kontingente ab, die schwäbischen Kreistruppen lösten sich beinahe auf. Unter diesen Umständen reiste Graf Ludwig Cobenzl zu Ende Oktober nach Luneville ab, um unter Umständen über den Frieden auch ohne England auf Grund einer bedeutenden Vergrößerung in Italien zu unterhandeln, und in der Tat bewies ihm Bonaparte weitgehendes Entgegenkommen, nur daß er auf einen Sonderfrieden mit Ausschluß Englands fest bestand. Statt daß nun die Österreicher das wahrscheinlich nicht ungünstige Ergebnis dieser Verhandlungen in ihrer unangreifbaren Stellung hinter dem breiten, reißenden Inn abgewartet hätten, beschloß ihr Führer, Feldzeugmeister Kauer, der Ratgeber des nominellen Oberbefehlshabers,

des achtzehnjährigen Erzherzogs Johann (geb. 20. Januar 1782), nach dem Ab-  
 laufe des Stillstandes zum Angriff auf die Franzosen überzugehen, die ihrerseits auf  
 den drei Straßen nach Ampfing, Wasserburg und Rosenheim standen. Da nun die  
 französischen Vortruppen bei Ampfing am 1. Dezember fechtend zurückwichen, so  
 wähnte Lauer, daß Moreau überhaupt keinen Kampf wolle, und ließ deshalb seine  
 ganze Armee auf dieser einzigen Straße und auf zwei Nebenwegen vorgehen, auf  
 einem waldigen unübersichtlichen Gelände. Dabei stießen sie am frühen Morgen  
 des 3. Dezember bei dichtem Schneegestöber in der Waldenge vor Hohenlinden auf  
 den Feind, der sie in voller Ruhe und Siegesgewißheit erwartete. Tapfer gingen  
 sie vor, aber als französische Verstärkungen von Süden her in den Kampf ein-  
 griffen, wurde die Verwirrung bald allgemein. Mit einem Verluste von 15 000  
 Mann und 80 Geschützen wichen die entmutigten Kaiserlichen unaufhaltsam hinter  
 den Inn, die Traun, die Enns zurück. Erzherzog Karl, dem man jetzt den Ober-  
 befehl übertrug, schloß, um die Hauptstadt zu retten, am 25. Dezember den Waffen-  
 stillstand von Steyer und räumte Ober-Österreich, Tirol, Steiermark, Kärnten und  
 Krain den Franzosen ein. In denselben Tagen erkämpfte Brune bei Pozzolo und  
 Valeggio den Übergang über den Mincio, am 2. Januar 1801 überschritt er auch  
 die Etsch. Die Widerstandskraft Österreichs war gebrochen, und Thugut nahm  
 seinen Abschied († 1818 in Wien).

Auf diese Nachrichten willigte Cobenzl in Luneville nicht nur in den Sonder-  
 frieden ohne England und zugleich im Namen des Reiches, sondern auch in um-  
 fassende Säkularisationen zur Entschädigung der deutschen „Erbfürsten“, Modenas,  
 Toskanas und des Prinzen von Oranien, in die Begrenzung des österreichischen  
 Veneziens durch die Etsch und die Anerkennung der cisalpinischen, ligurischen,  
 helvetischen und batavischen Republik, und unterzeichnete am 9. Februar 1801 auf  
 dieser Grundlage im Namen des Kaisers und des Reichs den Frieden von Lune-  
 ville, den der Reichstag am 6. März genehmigte.

Dieser glänzende Erfolg Frankreichs eröffnete ihm noch weitere Aussichten, als  
 Paul I., mit England seit der englischen Besitzergreifung Maltas (5. September  
 1800) vollends zerfallen, eifrig auf Bonapartes Lieblingsplan einging, einen Bund  
 der Seemächte zweiten Ranges gegen England ins Leben zu rufen, um mindestens  
 die Schiffe unter neutraler Flagge gegen die lästige englische Durchsuchung nach  
 Kriegsmaterial zu schützen. Es gelang dem Zaren, dafür Dänemark und Schweden  
 zu gewinnen. Auch Preußen schloß sich an und ließ, um die Neutralität Nord-  
 deutschlands gegen den drohenden französischen Eingriff zu sichern, im März 1801  
 Hannover mit stiller Zustimmung Georgs III. besetzen. Mit der Ermordung  
 Pauls am 25. März fiel freilich der nordische Neutralitätsbund auseinander, sein  
 Nachfolger, der jugendliche Alexander I., verständigte sich mit England, und dieses  
 schloß endlich mit Frankreich am 25. März 1802 den Frieden von Amiens. Nach  
 zehnjährigen Kämpfen atmete das ermüdete Europa auf. Doch dieser Friede barg  
 nur neuen Krieg in seinem Schoß, denn er gab Frankreich ein unerträgliches Über-  
 gewicht auf dem Festlande, den Engländern eine ähnliche Stellung zur See, er  
 entriß zugleich dem Deutschen Reiche mit dem linken Rheinufer den neunten Teil

Der Friede  
 von  
 Luneville.

Der  
 nordische  
 Neutralitäts-  
 bund und  
 der  
 allgemeine  
 Friede.

seines Gebietes, den siebenten seiner Bevölkerung (ohne Schlesien), über 1200 Geviertmeilen mit beinahe 4 Millionen Einwohnern, und er sprach zugleich das Todesurteil über seine alte Verfassung, ohne doch etwas Neues, oder gar etwas Haltbares an ihre Stelle zu setzen.

Den linksrheinischen Gebieten wurde damit wenigstens ein Vorzug zu teil, den sie seit vielen Jahrhunderten nicht mehr genossen hatten, die Zugehörigkeit zu einem großen, mächtigen Staate und eine feste, moderne, monarchische Ordnung, freilich auch die despotische französische Verwaltung und die französische Amtssprache. Besonders in wirtschaftlicher Beziehung kamen die Vorteile des neuen Zustandes zur Geltung. Der Verkauf der Kammer- und Kirchengüter und die Beseitigung der gutherrlichen Lasten schuf einen zahlreichen, freien, wohlhabigen Bauernstand wie zu gleicher Zeit im Elsaß, die städtischen Gewerbe fanden einen weiten Markt in Frankreich. Doch wollten die Rheinstädte nicht recht gedeihen, weil ihnen die unnatürliche Stromgrenze den gewöhnlichen Verkehr mit dem rechten Ufer abschneidete. Die Verödung des geistigen Lebens infolge der neuen mechanischen Unterrichtsweise empfand das rheinische Volk nicht, hatte es doch schon unter der geistlichen Herrschaft der französischen Literatur gehuldt und an dem mächtigen Aufschwunge der deutschen Bildung nicht den geringsten Anteil gehabt.

Der Reichs-  
deputations-  
hauptschluß  
und der  
Zusammen-  
bruch der  
Reichs-  
verfassung.

Während nun das Rheinland sich allmählich darein fand, für immer einen Teil des französischen Reiches zu bilden, kam über das westliche und südliche Deutschland eine Revolution, die keinen Stein auf den anderen ließ, ohne doch den weitaus größten Teil der Betroffenen durch die Vorteile eines großen Staatswesens zu entschädigen. Bei der großen Entschädigungsfrage wünschte Österreich die geistlichen Fürsten, die treue, tausendjährige Gefolgschaft des Kaisertums, möglichst zu erhalten. Preußen und Bayern dagegen wollten umfassende Säkularisationen, nicht nur, um dem österreichischen Einflusse den Boden zu entziehen und sich selbst zu vergrößern, sondern auch, um durch Vernichtung der ohnmächtigen Zwergstaaten wehrfähigere Gemeinwesen zu schaffen. Dem kam Frankreich entgegen, weil es in den vergrößerten Mittelstaaten nach den alten Überlieferungen seiner Politik sich selbst die Werkzeuge zur Herrschaft über Deutschland zu schaffen hoffte. Da Österreich widerstrebte, so wurde die Reichsdeputation, die der Form nach über die Entschädigungen zu beschließen hatte, zwar im November 1801 aus acht Mitgliedern, sechs weltlichen (Brandenburg, Sachsen, Böhmen, Bayern, Württemberg, Hessen-Kassel) und zwei geistlichen (Mainz und dem Hoch- und Deutschmeister) gebildet, aber erst durch das kaiserliche Dekret vom 2. August 1802 nach Regensburg berufen. Die tatsächliche Entscheidung gaben denn auch die Sonderverhandlungen, die Rußland und Frankreich als Vermittler miteinander führten und zunächst in dem Vertrage von Oktober 1801 zum Abschluß brachten. Auf dieser Grundlage wurde am 3. Juni 1802 der russisch-französische Entschädigungsplan unterzeichnet und am 24. August in Regensburg überreicht. Friedrich Wilhelm III. von Preußen erkannte trotz der inbrünstigen Freundschaftsversicherungen Bonapartes sehr wohl die von dort her drohende Gefahr, er suchte deshalb Anlehnung an Rußland. Er vereinbarte unter russischer Vermittlung im Mai 1802 einen Vertrag mit

Frankreich über die preussischen und oranischen Entschädigungen und knüpfte auf der Zusammenkunft in Memel am 10. Juni ein persönliches Freundschaftsbündnis mit Alexander I., das für seine ganze Politik entscheidend geworden ist. Gemäß jenen Vereinbarungen besetzten im August desselben Jahres preussische Truppen die beanspruchten Gebiete. Unterdes warben und feilschten in Paris die Gesandten der kleinen deutschen Staaten, mit besonderem Eifer und Erfolge der bayrische Minister Montgelas, um einen möglichst großen Beuteanteil, und Ströme von Gold flossen während dieser unsäglich schimpflichen Verhandlungen in die Taschen der republikanischen Emporkömmlinge, die mit stillem Triumphe diesen einst stolzen deutschen Fürstenstand zu ihren Füßen sahen. So genehmigte die Deputation am 23. November den ersten Hauptschluß. Nun gab auch Österreich seinen Widerstand auf und schloß am 26. Dezember seinen Sondervertrag mit Frankreich. Darauf kam endlich am 25. Februar 1803 der Reichsdeputationshauptschluß zustande und wurde vom Reichstag am 24. März angenommen, endlich vom Kaiser am 27. April bestätigt.

Er vernichtete 112 geistliche Staaten und Reichsstädte und verteilte über 2000 Geviertmeilen mit 5 Millionen Einwohnern unter die weltlichen Fürsten. Österreich erhielt zu seinem Anteil an der venezianischen Beute und zur Entschädigung für den Breisgau und die Ortenau (54 Quadratmeilen), die an den Herzog von Modena fielen, die österreichischen Bistümer und Abteien (77 Quadratmeilen), der Großherzog von Toskana das Erzstift Salzburg. Preußen empfing für das linksrheinische Cleve, Geldern und Mörs (48 Quadratmeilen) die Stiftslande von Münster, Paderborn, Hildesheim und Erfurt, das mainzische Eichsfeld, die Abteien Herford, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden, Kappenberg, die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar, 235<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Quadratmeilen, Bayern für die linksrheinische Pfalz (220 Quadratmeilen) die Bistümer Würzburg, Bamberg, Augsburg, Freising, Passau, Eichstätt, dazu eine Menge Reichsabteien und Reichsstädte, im ganzen 320 Quadratmeilen, Württemberg für Montbéliard und elsässische Güter (22 Quadratmeilen) eine Anzahl kleiner geistlicher und städtischer Gebiete, etwa 30 Quadratmeilen, ebenso Baden für Sponheim u. a. m. (14 Quadratmeilen) etwa 44 Quadratmeilen, Hessen-Darmstadt für Hanau-Eichtenberg u. a. das kölnische Herzogtum Westfalen u. a. Gebiete, zusammen fast 90 Quadratmeilen, Hannover für kleine Abtretungen das Stift Osnabrück (50 Quadratmeilen), Oldenburg das Bistum Lübeck und münsterische Ämter, fast 59 Quadratmeilen; das Haus Nassau-Oranien wurde mit Fulda, Corvey, Dortmund u. a. (50 Quadratmeilen) abgefunden, andere Zweige des Hauses mit kleineren Besitzungen. Von den geistlichen Staaten blieben nur drei bestehen, der des nunmehrigen Kurerzkanzlers (Karl v. Dalberg), Aschaffenburg mit Wehlar und Regensburg, und die beiden Ritterorden, von den Reichsstädten, denen zugleich die längst ersehnte Neutralität in den Reichskriegen für alle Zeiten zuerkannt wurde, nur sechs, Lübeck, Hamburg, Bremen, Augsburg, Ulm und Nürnberg. Demgemäß traten an Stelle der beiden aufgehobenen geistlichen Kurfürstentümer die vier neuen weltlichen Württemberg, Baden, Hessen und Salzburg, so daß künftig in diesem Kollegium des Reichstags sechs

Die neue  
Gebiets-  
verteilung.



evangelische Stimmen gegen vier katholische standen; von den 83 fürstlichen Stimmen waren jetzt 55, von den sechs Reichsstädten fünf evangelisch, eine paritätisch.

Die neue  
Lage in  
Deutschland.

Es war ein ungeheurer Rechtsbruch, aber niemals ist seine Notwendigkeit ernsthaft bestritten oder sein wesentliches Ergebnis wieder in Frage gestellt worden. Was Pufendorf anderthalb Jahrhunderte zuvor vorausgesagt und gehofft hatte, das war erfüllt: das Reich war verwandelt in einen Bund weltlicher Staaten; was die Reformation gewollt und der Westfälische Friede angebahnt hatte, war vollendet, und damit zugleich das unnatürliche Übergewicht des Katholizismus im Reichstage zerstört. Preußen gewann eine mächtige Verstärkung seiner westdeutschen Stellung und verwuchs enger mit dem deutschen Leben. Aber auch die Ergebnisse von Thuguts Politik lagen klar am Tage. Indem Österreich seine westdeutschen Besitzungen fast ganz aufgab und die geistlichen Staaten fallen ließ, verlor es die alten Stützen seiner Herrschaft im Reiche und wuchs aus Deutschland heraus. Der reichsunmittelbare katholische Adel verlor mit den zahllosen Domkapiteln die Grundlagen seiner Machtposition und wurde in eine verbissene Opposition gegen die neue Ordnung gedrängt, die lange nachgewirkt hat. Die deutsche katholische Kirche lag in Trümmern. Die ehrlichen, aber kurzsichtigen Bemühungen des nunmehrigen Primas, des ewig hoffnungsvollen Karl von Dalberg, eine Regelung im nationalen Sinne anzubahnen, stießen mit den landesherrlichen Ansprüchen hart zusammen und blieben ergebnislos. Die Strafe freilich, die jedem ideenlosen Rechtsbruche gesetzt ist, folgte auch hier. Nicht im nationalen Sinne vollzog sich die große Umwälzung, sondern lediglich zur Vergrößerung der Einzelstaaten und nach den befehlenden Wünschen Frankreichs; nicht eine Erneuerung der Reichsverfassung ergab sich daraus, vielmehr wurde die Herrschaft Frankreichs über den Westen und Süden durch den Rheinbund und durch die Zerstörung des preussischen Staates vorbereitet.

Das geistige  
Leben.

Und die Nation? Sie war einst in leidenschaftlicher Entrüstung aufgebraust bei der Kunde vom Raube Straßburgs und hatte traurig gesungen von der „wunderschönen Stadt“; jetzt blieb sie gleichgültig und stumm, als alle die altherwürdigen Städte längs des Rheines, Speier, Worms, Mainz, Aachen und Köln, die bevorzugten Schauplätze ihrer großen Kaiserzeit, an die Fremden verloren gingen, und gegen den Reichsdeputationshauptschluß vollends erhob sich keine Hand. So tief wie damals hatte das nationale Gesamtbewußtsein doch noch niemals gestanden. Denn die Masse des Volkes in den kleinen Gebieten hegte wohl eine gewisse gemüthliche Vorliebe für das gewohnte Alte und eine unbestimmte Scheu vor dem unbekannten Neuen, aber keinerlei wirkliche Vaterlandsliebe und in den geistlichen Länden nicht einmal Unhänglichkeit an ein Herrschergeschlecht. Die gebildeten Deutschen aber waren so gänzlich in künstlerische und literarische Interessen vertieft, wie niemals vorher und nachher. Entfaltete sich doch eben in diesem Jahrzehnt eines beispiellosen Umsturzes die deutsche Dichtung in ihrem höchsten Glanze, und ihre Jünger schwelgten in den Freuden idealen Schaffens und Genießens, als wenn sie einer anderen Welt angehörten, das Zeichen ebenso einer gewaltigen geistigen Schöpferkraft, wie eines unheimlichen, ungesunden Zustandes.

Weit über alle andere ragte das große Dichterpaar von Weimar empor, Goethe und Schiller. Grundverschiedene Naturen, aber einander ergänzend, fördernd, anregend, beide ohne eine Spur von Selbstsucht und Neid, so wirkten sie mehr als ein Jahrzehnt (1794-1805) in einziger Freundschaft nebeneinander und miteinander. Sie waren beide vor allem Dichter, aber sie waren sich auch der Gesetze ihrer Kunst vollbewußt und sie arbeiteten schöpferisch auch für die Wissenschaft, Schiller auf philosophischem und geschichtlichem, Goethe auf naturwissenschaftlichem Gebiet. Doch das edelste Mittel, die Menschheit zu höherer Kultur zu erheben, sahen sie in der Kunst, denn „nur durch das Morgentor des Schönen drang sie in der Erkenntnis Land“, und sie betrachteten es als ihre Aufgabe, die Bekenner dieses Kultus der Schönheit und der reinen Menschlichkeit ohne die Schranken des Volkstums in einer stillen, unsichtbaren Gemeinde zu versammeln. Die ruhige, harmonische Bildung des älteren Freundes ließ die Früchte seines Geistes gelassen reifen, die heiße Tatkraft des Jüngeren rang unablässig nach den höchsten Zielen. Goethes dramatisches Vermögen schien fast versiegt; doch in breiter, epischer Ausführung schilderte er in „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ (1796) die staatslose deutsche Gesellschaft seiner Zeit in ihrem Streben nach harmonischer, rein menschlicher Bildung; in „Hermann und Dorothea“ (1797) gab er mit homerischer Klarheit ein realistisches und doch typisches Bild deutschen Bürgertums auf dem Hintergrunde der ungeheuren Umwälzung, wie er es in seiner sonnigen rheinischen Heimat geschaut hatte. Daneben wetteiferte er mit Schiller in der balladenmäßigen Gestaltung der verschiedensten Stoffe, und während hier Schiller die ideale Welt des schönen Griechentums seinen Landsleuten so lebendig, so sehnsuchtsvoll schilderte wie noch niemals ein anderer, gelang ihm doch auch in der „Glocke“ (1800) die schönste Verherrlichung deutsch-bürgerlichen Lebens, das jeden einzelnen verbindet mit dem Leben des Ganzen, des Staates. Denn so sehr Schiller sich von dem Staate der Gegenwart abwandte, er wurzelte doch durchaus auf geschichtlichem, also auf politischem Boden. Er gab in seinen geschichtlichen Werken die ersten künstlerisch vollendeten Darstellungen in deutscher Sprache, er schilderte in seinen Balladen mit Vorliebe das Aufsteigen aus der Barbarei zur Gesittung, er vergegenwärtigte in seinen Dramen immer wieder und immer schärfer, bestimmter den Kampf um Freiheit und Herrschaft. Im „Wallenstein“ (1799) zeigte er einen großen Usurpator, wie ihn seine Zeit erlebte, in der „Jungfrau von Orléans“ (1801) gab er das farbenglühende Bild einer großartigen Volkserhebung gegen fremde Herrschaft, im „Tell“ (1804) die Darstellung des Freiheitskampfes eines kleinen Bergvolks gegen tyrannische Gewalt. So wurde er zum ersten Dramatiker Deutschlands in dem großartigen Aufbau der Handlung, dem Gestaltenreichtum, dem hohen sittlichen Pathos, der Pracht seiner Sprache, der Dichter vor allem der deutschen Jugend und des nahenden Befreiungskrieges. Freilich, eine nationale Bühne im vollen Sinne konnten auch Goethe und Schiller nicht schaffen, denn weder war Weimar, dessen Hoftheater Goethe 1791/1817 leitete, ein wirklicher Mittelpunkt nationalen Lebens, noch gab es irgend welchen durchgebildeten festen Kunstgeschmack; ja weit mehr als von den beiden Meistern in Weimar wurde das deutsche Theater in dieser Zeit von den Rührstücken Jßlands

und den gewandten, aber platten Lustspielen A. von Kotzebues († 1817) beherrscht; weite Kreise erbauten sich an den gefühlseiligen, formlosen, humoristischen Romanen des Franken Jean Paul (Friedrich Richter, † 1825), oder huldigten noch der seichtsten Aufklärung und der Freude am platt Alltäglichen. Schonungslos gingen beide Dichter in den „Xenien“ (1797) mit diesen Gegnern ins Gericht.

Die  
Anfänge  
der  
Romantik  
und der  
neuen  
historischen  
Wissenschaft.

Aber in noch schärferem Gegensatz zu ihnen und folgerichtig zu den revolutionären Ideen erhob sich eine neue Richtung, die Romantik, in einer gewissen Anlehnung an Goethes Jugenddichtungen und an Herder, aber in entschiedenem Widerspruch zu Schillers verstandesklarem Idealismus. Denn sie fand ursprünglich ihr Lebenselement in dem fessellosen Spiele der Einbildungskraft und der Empfindung, ihr galt deshalb die Dichtung schlechthin als die höchste Äußerung des menschlichen Geistes, aus der wie aus einem unerschöpflichen Ozean alle anderen entströmen, um wieder in sie zurückzufließen. Sie riß deshalb die Schranken nieder nicht nur zwischen den verschiedenen Gattungen der Dichtkunst, sondern auch zwischen Dichtung und Wissenschaft, zwischen Konstruieren und Erforschen, sogar zwischen dem wirklichen Leben und der Dichtung, was manche ihrer Anhänger sogar zu sittlicher Leichtfertigkeit verführte; sie bevorzugte die Zeiten, in denen Einbildungskraft und Gefühl ungestört von verstandesmäßiger Erwägung sich frei entfalten haben, also die naiven Kulturstufen, das Volkslied, die Poesie des Mittelalters, das Märchenhafte, Geheimnisvolle, Phantastische. Dieser Erzeugnisse suchten sich die Romantiker durch Sammlung und Übersetzung zu bemächtigen. A. W. Schlegel († 1845) gewann durch seine meisterhafte Übertragung Shakespeares Dramen zuerst ganz für die deutsche Literatur (1797 bis 1801). J. E. Tieck († 1855) übersetzte den Don Quixote (1799); Fr. Schlegel vertiefte sich zu Paris in das Studium der altindischen Sprache und Dichtung. Durch solche Arbeiten wurden Herders Anschauungen (s. S. 188) erst wahrhaft fruchtbar gemacht. Die erste großartige Anwendung dieser Gesichtspunkte auf die Erkenntnis des klassischen Altertums machte der große Philolog Fr. A. Wolf in Halle, indem er 1795 Ilias und Odyssee als das Werk nicht eines Dichters, sondern als die Erzeugnisse einer ganzen langen Periode des epischen Volksesanges erklärte. Doch vor allem führte die Romantik die Deutschen zur Vertiefung in die vergessene, ja verachtete Vergangenheit des eigenen Volkes zurück; wie die klassische Richtung das griechische Altertum, so idealisierte sie das Mittelalter. A. W. Schlegel wies auf das Nibelungenlied hin als auf ein „Wunderwerk der Natur“, das dann 1807 Fr. H. von der Hagen neu herausgab, E. Tieck sammelte die altdeutschen Minnelieder (1805); von Fr. Schlegel angeregt, begannen die Brüder Sulpiz und Melchior Boisserée in Köln seit dem Herbst 1804 aus der rohen Verwüstung und Plünderung der ehrwürdigen Kirchen zu retten, was an mittelalterlichen Kunstwerken, besonders an Bildern zu retten war, und vertieften sich in ein liebevolles Studium des Domes, dessen Riesenwölbungen jetzt entheiligt und beraubt dastanden, eine ungeheure zerfallende, feuchte moosbewachsene Felsgrötte; kurz danach, 1806, legte der Ostpreuße M. von Schenkendorf am anderen Ende des deutschen Landes Verwahrung ein gegen die schmähliche Verunstaltung der Marienburg. Mit dieser Vertiefung der geschichtlichen Erkenntnis verband sich

eine Wiederbelebung des religiösen Gefühls, dessen Berechtigung die Aufklärung völlig verkannt, die klassische Richtung nicht genügend gewürdigt hatte. D. Schleiermacher, fest auf protestantischem Boden stehend, im Gegensatz zu anderen, die ihre Begeisterung für mittelalterliche Lebensformen schließlich dem Katholizismus in die Arme führte, wie Fr. Schlegel (1808), betonte vor allem, nicht selbstgenügsam dürfe sich die Persönlichkeit abschließen, denn nur in der Gemeinde gedeihe das religiöse Leben und also könne sich der einzelne eben nur als ein Glied des Ganzen zu voller Reife entwickeln. Damit war auch die sittliche Begründung des Staates gegeben. Zu ähnlichem Schluß kam der verwegenste Idealist der Kantischen Schule, der trotzigste, willensstarke J. G. Fichte, ein Landsmann Lessings, in Rammenau bei Kamenz in der Oberlausitz 1762 geboren, dem nur die denkende Persönlichkeit, der sittliche Wille als wirklich, die Außenwelt als bloße Vorstellung des denkenden und wollenden Ich galt; auch er lehrte, es gäbe nur eine Pflicht, sich selbst zu vergessen, und nur ein Easter, an sich selbst zu denken, er predigte also die Hingabe an das große Ganze. Deshalb wurde er auch der erste, begeisterte Verkünder der Ideen des großen Schweizers H. Pestalozzi, denn auch nach diesen entwickelt sich die sittlich-religiöse Erziehung des Menschen, die Hauptaufgabe aller Erziehung, in drei Stufen, in der Familie, der Gemeinde, dem Staate. Endlich faßte Fichtes Schüler, der Schwabe Fr. W. J. Schelling (geb. 1775), die ganze Entwicklung der Natur und der Menschheit in pantheistischem Sinne als eine Entfaltung der Gottheit, also als eine zusammenhängende Einheit, die sich in der Natur durch die drei Phasen des Unorganischen, Organischen und Menschlichen vollziehe, in der Geisteswelt in drei Kreisen (Kunst, Religion, Wissenschaft) und in drei Stufen (Heidentum, Christentum, philosophische Erkenntnis oder Altertum, Mittelalter, Neuzeit) sich bewege, und schon stieg dem entsprechend im Haupte des jungen Alexander von Humboldt (geb. 1769), der eben in diesen Jahren (1799–1804) der wissenschaftliche Entdecker des spanischen Amerika wurde, der gewaltige Gedanke des „Kosmos“, der Einheit der gesamten natürlichen Welt, empor.

So strebte die neue Richtung überall nach der Erkenntnis des inneren Zusammenhanges, des gesetzmäßigen Verlaufes der Dinge, nach der Verbindung zwischen dem einzelnen und der Außenwelt, und eben darin, daß sie diese Bewegung angeregt oder gefördert hat, liegt die bahnbrechende Bedeutung der Romantik, nicht in den dichterischen Erzeugnissen ihrer Anhänger, von denen der gemütsvolle, innige Lyriker Fr. A. von Hardenberg, genannt Novalis (1772–1801), der bedeutendste ist. Die Vertreter der Romantik sammelten sich anfangs zumeist in Jena, wo um die Wende des Jahrhunderts neben Fichte (der den Romantikern im Kerne seines Wesens fern stand) die beiden Schlegel, Schelling, Alexander und Wilhelm von Humboldt und andere, darunter Hardenberg, der im nahen Weisensfels lebte, einen eng verbundenen Kreis bildeten und in der geistvollen Gattin A. W. Schlegels, Karoline, einen einigenden Mittelpunkt fanden. Später erwuchs Berlin mehr und mehr zu einem großen Mittelpunkte des nationalen Geisteslebens. Hier hatte schon seit 1791 das neue „Nationaltheater“ unter Jfflands trefflicher Leitung sich zu einer der vornehmsten Pflegstätten deutscher Dramatik entwickelt; hier wirkten neben-

Pfleg-  
stätten der  
Romantik.



einander Schleiermacher und Fichte, vorübergehend auch U. W. Schlegel und E. Tiedt. Auch die Hofkreise, selbst der brandenburgische Militäradel, begannen sich jetzt diesen Interessen zu erschließen; ebendamals nahm man Schiller mit Begeisterung auf und dachte daran, ihn dauernd an die Hauptstadt zu fesseln (1804). König Friedrich Wilhelm III. öffnete die königlichen Kunstsammlungen in Berlin dem Publikum, der feurige Prinz Louis Ferdinand begeisterte sich für die Klassiker, und Königin Luise, in ihrer Jugend ganz französisch gebildet, las eifrig Herder, Schiller, Jean Paul und schwärmte für die „schöne, edle Ritterzeit“.

So öffnete jetzt der preussische Militär- und Beamtenstaat der neuen deutschen Bildung eine Heimstätte. Auch von der anderen Seite her begann sich die Kluft zu schließen. Wohl fühlte sich der gebildete Deutsche immer noch wesentlich als Weltbürger, doch das Bewußtsein eines überaus reichen geistigen Besitzes erfüllte ihn doch auch mit Stolz auf sein Volk, das so großes leiste wie kein anderes, und allmählich begann er sogar das Wesen, also die Notwendigkeit des Staates, an dem er bis jetzt so wenig Anteil hatte, zu ahnen, zur selben Zeit, als die alte Reichsordnung morsch zusammenbrach und der preussische Staat äußerlich immer mehr anschwoll, innerlich immer mehr aus den Fugen ging.

Preussisch-norddeutsche Volkswirtschaft.

Seit den Erwerbungen v. J. 1803 war Preußen auf etwa 5600 Geviertmeilen (gegen 3500 Geviertmeilen i. J. 1786) gewachsen. Es reichte jetzt im fast ununterbrochenen Zusammenhange vom Niederrhein bis an den Njemen und Bug und hatte mit Ansbach-Baireuth auch im Süden Fuß gefaßt. Man erfreute sich zugleich, durch die Demarkationslinie vor dem wilden Kriegsgetümmel im Süden geschützt, ungestörten Friedens und aufblühenden Wohlstandes.

Die neue Grenze im Osten war nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich sehr günstig, denn sie erschloß den Küstenprovinzen ein weites, fruchtbares Hinterland und dem preussischen Kapital ein lohnendes Anlagegebiet, da die deutsche Verwaltung die Rechtsgleichheit und Rechtsicherheit verbürgte. Zur Ansiedlung deutscher Bauern wurden freilich die ausgedehnten Kron- und Starostengüter nicht benützt; immerhin erschien die heutige Provinz Posen (Südpreußen) schon vor der Besitzergreifung als ein halbdeutsches Land, da die Stadtbevölkerung und der Adel gütenteils deutscher Abkunft und evangelischen Bekenntnisses waren; auch wanderten jetzt zahlreiche Arbeiter und Handwerker vom Westen her ein, und die Tuchmacherei blühte so auf, daß um d. J. 1800 im Kammerdepartement Posen der Wert der jährlich gefertigten Tuche etwa 2 Millionen Taler betrug. Der Zinsfuß sank in dieser Zeit von 12 bis 24 Prozent auf 5 bis 6 Prozent, die Preise der Grundstücke hoben sich z. B. in der Stadt Posen auf das sechs- bis siebenfache. Dieselbe Erfahrung, wenngleich nicht in so hohem Maßstabe, machte man auch in den alten Provinzen; dort stiegen die Getreidepreise von 1786—1806 auf das Doppelte. Auch die Ausfuhr war im raschen Wachsen; nach England allein gingen i. J. 1800 Waren im Werte von 1 730 000 Pfund Sterling, 1805 für 2 220 000 Pfund Sterling, und durch den Sund fuhren 1798 1621, 1804 2012 Schiffe unter preussischer Flagge. Die Bevölkerungsdichtigkeit kann man für d. J. 1803 auf etwa 1650 Einwohner für die Geviertmeile berechnen; Schlesien allein hatte über 2 Millionen Einwohner, der ganze Staat 9,3 Millionen (1803). Überall wuchsen mit dem Wohlstande auch Wohlleben, Luxus und Genußsucht, besonders in Berlin, das damals doch schon 182 000 Einwohner zählte, so daß Fremde über die großen Entfernungen zu klagen begannen.

In diesem Aufschwunge nahm unter ähnlichen Bedingungen auch das übrige Norddeutschland teil.

Das neutrale Hamburg wurde während der Koalitionskriege zum wichtigsten Stapelplatz für den englisch-festländischen Verkehr; die Erträge der Zölle stiegen in diesen Jahren dort auf das vierfache, die Häusermieten auf das achtfache, die Zahl der einlaufenden Schiffe von 1504 auf 1960; dafür ergriff freilich auch Spekulationswut und Verschwendungssucht alle Klassen. Als deshalb England plötzlich sein Untersuchungsrecht gegen neutrale Schiffe geltend machte und Rußland (1799) die Grenzen für die englische Einfuhr sperrte, brach eine furchtbare Handelskrisis aus; binnen kurzem fielen 137 große Firmen mit 36 Millionen Mark Banko Passiven. In derselben Zeit und aus ähnlichen Gründen wurde Leipzig zum Hauptstich des englischen Warenvertriebes nach Ost- und Nordeuropa; bei manchen Messen erreichte die Einfuhr einen Wert von 36—60 Millionen Taler. Auch der sächsische Bergbau im Erzgebirge lieferte gesteigerte Erträge (1801 527 000 Mark Silber).

Allein mit diesem wirtschaftlichen Aufschwunge und mit der raschen Vergrößerung des Gebiets hielt die preußische Verwaltung nicht Schritt. Das Beamten- Innerer Verfall Preußens. tum galt noch immer als das beste des Festlandes und verfügte in der Tat über eine Menge ausgezeichnete Kräfte, die später den Staat aus tiefstem Verfall wieder aufgerichtet haben, aber es schloß sich allzusehr kastenmäßig ab, erstarrte in gedankenlosem Formelkram oder wurde durch die neuen Theorien der französischen Physiokraten (s. oben) und des Engländers Adam Smith, nach dessen Lehre die in freier Konkurrenz der einzelnen sich entwickelnde Arbeit die Quelle des Reichtums ist, zu oft ungeredelter Kritik und zu unzweckmäßigen Verbesserungsvorschlägen herausgefordert. So griffen Auffässigkeit und Ungehorsam im Beamtentum um sich. Auch verständige Reformen, wie die Aufhebung der Hünfte und die Erbuntertänigkeit, die Teilnahme der Stände an der Gesetzgebung und die Reorganisation der verworrenen Zentralverwaltung wurden in zahlreichen Petitionen und Denkschriften von den verschiedensten Seiten gefordert, praktisch aber blieb es bei einzelnen Anläufen. Die Accisefreiheit des Adels fiel, aber die geplante Aufhebung der Erbuntertänigkeit auf den Domänen kam nur in den älteren Westprovinzen durch Stein (1797) sowie in Ost- und Westpreußen (1804) zur Ausführung. Die aufgehäuften Kriegsschuld von 47 Millionen Taler gelang es bis 1806 teilweise zu tilgen und sogar einen Schatz von 27 Millionen Taler aufzusparen. Der Kredit des Staates war deshalb unerschüttelt; aber die dringend nötige Reform des Steuerwesens unterblieb, weil man nicht den Mut hatte, die Steuerfreiheit der Rittergüter anzutasten. Besonders unglücklich war die Regierung in der Behandlung der neuen Provinzen. Die schwierigen neuen Westprovinzen stieß man unnütz vor den Kopf, indem man trotz Steins Vorstellungen den Münsterischen Landtag schon 1802 aufhob; dagegen trat in den polnischen Provinzen eine ganz unpreussische Schlaffheit und eine schwächliche Rücksicht auf die öffentliche „Opinion“ hervor. Die altpreussische Steuerverfassung wagte man nicht durchzuführen, so daß diese Provinzen nur 200 000 Taler zu den Staatsbedürfnissen beitrugen. Die reichen Starosteien und Domänen aber hatte Friedrich Wilhelm II. an Günstlinge verschleudert. Die Verwaltung durch Kriegs- und Domänenkammern und die Kreiseinteilung setzte man in Kraft, aber

man wagte es längere Zeit nicht, sie der Zentralbehörde, dem Generaldirektorium, unmittelbar unterzuordnen. Auch die fränkischen Markgraffschaften standen bis 1798 unter einem fast unabhängigen Landesminister (dem Freiherrn von Hardenberg), die westfälischen Kammerdepartements unter einem Oberpräsidenten (dem Freiherrn vom Stein 1802—1804), über Südpreußen schaltete Graf Hoym, der schlesische Provinzialminister, 1795/98 fast wie ein Vizekönig. Es war das freilich fast unvermeidlich, denn der Monarch konnte jetzt beim besten Willen die Verwaltung nicht mehr so bis ins einzelne leiten, wie es Friedrich der Große doch auch nur mit äußerster Anspannung vermocht hatte. Damit aber steigerte sich auch die Schwerfälligkeit des ganzen Systems, Provinzial- und Fachminister lebten in fortwährendem Streit, und da sie dem König nicht mehr persönlich Vortrag erstatteten, so gewannen seine Kabinettsräte Combarb und Beyme und die Generaladjutanten Jastrow und Köckeritz als die einzigen unmittelbaren Berater des Monarchen einen Einfluß, der weit über ihre Stellung hinausging. Aber auch mehr: die neuen, vielfach so fremdartigen Gebiete hinderten für den ganzen Staat selbst solche Reformen, deren Notwendigkeit man sehr wohl einsah, zunächst schon dadurch, daß sie eine sehr große Anzahl von Beamten den alten Provinzen entzogen, die polnischen Lande z. B. allein über 7000 (1806). Dann konnte man dort auch das bescheidene Maß von Selbstverwaltung, das die altpreussischen Landtage dem eingeseßenen Adel gewährten, bei der feindseligen Stimmung des polnischen Adels schlechterdings nicht gewähren. Nur der ostpreussische Landtag wurde durch die Zulassung der Köllmer (freier Bauern) auf eine breitere, volkstümliche Grundlage gestellt.

Das Heerwesen.

Geradezu verhängnisvoll aber war es, daß der polnische Erwerb nicht nur das alte Kantonsystem zerrüttete, sondern jede Reform des veralteten Heerwesens verhinderte. Denn da man polnische Regimenter nicht bilden konnte, so mußten deutsche Truppenteile aus ihren Ergänzungsbezirken hinweg nach Polen verlegt werden, was wieder die Mobilisierung erschwerte, und an eine Erweiterung der Wehrpflicht konnte man wieder aus Rücksicht auf die Polen nicht denken, selbst wenn der Widerstand der bevorrechteten Stände nicht gewesen wäre. Und doch schwand das alte Werbegebiet schon durch den Verlust des linken Rheinufers beträchtlich zusammen. Deshalb blieb denn auch die Vermehrung der Heeresstärke hinter dem Länderzuwachs um mehr als die Hälfte zurück, denn sie betrug unter Friedrich Wilhelm III. nur 250000 Mann gegen 195000 Mann unter Friedrich II. Von einer Veränderung der Einertaktik, die sich ja, wie es schien, auch gegenüber den Franzosen noch bewährt hatte, konnte somit gar keine Rede sein, das Scheibenschießen wurde deshalb ganz vernachlässigt. So trug das preussische Heer jetzt noch mehr als früher den Charakter des Söldnerheeres. Die geworbenen und gepreßten Berufssoldaten, an sich schon moralisch wenig wert, wurden noch unbrauchbarer, weil man ihnen bürgerliche Gewerbe und die Eheschließung gern gestattete, um sie auf Urlaub schicken zu können, denn der ersparte Sold floß nach der üblichen „Kompagniewirtschaft“ den Hauptleuten und Rittmeistern zu; die Offiziere verloren in dem öden Friedens- und Paradedienst, den sie immer wieder mit denselben mürrischen Leuten übten, meist den ernstesten Zweck aus dem Auge, oder sie vertieften sich

in strategische Klügeleien, die den Krieg beinahe als eine Art angewandter Mathematik erscheinen ließen, und vergaßen darüber die lebendigen Kräfte, erhoben dabei aber mit dem abspredhenden Hochmut des Theoretikers den Anspruch auf Unfehlbarkeit. Die Stabsoffiziere waren auch durchschnittlich zu alt, weil man mit Pensionierungen aus Sparsamkeitsrückichten kargte, dazu überwiegend von hof-färtigem Standesdünkel erfüllt, so entschieden der König solchen Übermut bekämpfte. Die zahlreichen ausgezeichneten Männer, die späteren sieghaften Heerführer von 1813 15, die damals schon alle dienten, z. T. bereits als Stabsoffiziere, konnten wohl im einzelnen manches Gute wirken, aber gegen den Geist des Ganzen nicht aufkommen. Anderes hätte sich wohl ändern lassen, weil es mit dem Wesen der Armee nicht gerade zusammenhing, aber es geschah nichts oder nicht genug. Die Ausrüstung wurde etwas gebessert, blieb aber ungenügend; die Soldaten hatten noch 1806 keine Mäntel und die schlechtesten Gewehre in Europa. Andererseits erforderte die Weichlichkeit der langen Friedensgewöhnung und die pedantisch festgehaltene Magazinalverpflegung einen unermesslichen Troß, so daß 1806 die ganze Armee über 12000 Packpferde und fast ebensovieler Knechte bedurfte, die Trains und die zahllosen Offiziersequipagen noch nicht einmal mitgerechnet. Das machte nun wieder alle Bewegungen überaus schwerfällig und langsam.

So also stand es: der Staat war für die persönliche Regierung des Königs <sup>Friedrich Wilhelm III.</sup> zu groß geworden, aber die schmalen Grundlagen des Baues, Beamtentum, Adel und Heer, waren die alten geblieben und dazu innerlich brüchig; einzelne Schäden wurden erkannt und hier und da gebessert, aber an der inneren Gediegenheit des preussischen Staats- und Heerwesens zweifelte ernstlich noch kein Mensch. Und an der Spitze dieses Staates stand seit 1797 ein junger Fürst, der bei allen seinen trefflichen Eigenschaften eben die nicht besaß, die diese Lage erfordert hätte. Friedrich Wilhelm III., geboren am 3. August 1770, war vom Vater allen Geschäften fern gehalten, von seinen Lehrern durch übergroße Strenge verschüchtert worden. Ein frommer, wahrhaftiger, pflichttreuer, menschenfreundlicher, ja bis zu einem gewissen Grade sogar liberaler Herr scheute er doch allzusehr den Krieg und schreckte vor allem Ungewöhnlichen und Kühnen zurück, er entschloß sich langsam und wagte meist auch da, wo seine Einsicht die bessere war, älteren Ratgebern gegenüber sie nicht zur Geltung zu bringen, war deshalb also abhängig von seinem Kabinett. Allem Prunk und Glanz war er abgeneigt. Sein bestes Glück fand er in der anspruchslosen Häuslichkeit, die er durch seine Ehe mit der holden Luise von Mecklenburg-Strelitz (geb. 10. März 1776) gegründet hatte (24. Dezember 1793), das reinste Vorbild innigen Familienlebens, das seine Untertanen in der schwersten Zeit fester mit dem Herrscherhause verknüpfte, als die politische Pflicht.

Und diese schwerste Zeit stand dicht vor der Tür. In furchtbaren Erfahrungen sollten die Deutschen, die Regierungen wie das Volk inne werden, daß der Staat keine willkürliche Zwangsanstalt ist, sondern die naturnotwendige Organisation des Volks zur Macht, die deshalb von jedem einzelnen fordern muß, daß er dem Ganzen lebe und nicht nur sich selbst, und sie sollten lernen, daß in den großen Entscheidungen der Völkergeschichte nicht Wissenschaft und Kunst das Eigentum einer



kleinen Minderzahl, auch nicht der Reichtum den Ausschlag geben, sondern die Kraft des sittlichen Willens und des einfältigen Glaubens, die auch die Massen mit sich fortreißt und den Feind zermalmt.

Die  
Franzosen in  
Hannover.

Der preussische Staat hatte durch seine kleinmütige und schwankende Neutralitätspolitik seit 1795 sein Ansehen aufs schwerste geschädigt und sah sich jetzt der neuen französischen Militärmonarchie gegenüber, die nach ihrem innersten Wesen und dem Charakter ihres Herrschers stets neuer Kriege bedurfte. Als schon im 1803. März 1803 der Krieg mit England wieder ausgebrochen war, griff Bonaparte den alten Gedanken des Direktoriums wieder auf, durch Besetzung Hannovers den englischen Handel mit Norddeutschland zu unterbrechen. Vergeblich bat die dortige „Geheimratsregierung“ um Hilfe in London und in Wien, vergeblich sogar in Berlin, wo wieder die kurzsichtigste Friedensliebe zum kleinmütigsten Entschlusse verleitete. Trotzdem wäre ein wirksamer Widerstand sehr wohl möglich gewesen, da die heranrückende Division Mortier nur 12000 Mann zählte, die hannöversche Armee 18000 Mann; aber unbehilflich, ängstlich und ohne jede Tatkraft berief die Regierung erst am 10. Mai die Urlauber ein und gab obendrein dem Oberbefehlshaber, Wallmoden-Gimborn, den lähmenden Befehl „keine Ombrage zu erregen“, bei einem Zusammenstoße nicht zu feuern, sondern „nur das Bajonett mit Moderation zu gebrauchen“. Bei solchem Kleinmut der leitenden Männer traf die endlich angeordnete Zwangsaushebung auf den hartnäckigsten Widerstand der mißtrauischen Bevölkerung, und die Truppen waren nicht einmal vereinigt, als zu Ende Mai 1803 die Franzosen die Weser überschritten. Wohl bewies nun am 2. Juni ein glänzendes Reitergefecht bei Nienburg die Überlegenheit der hannöverschen Schwadronen, doch die mutlose Regierung schloß schon am nächsten Tage die Kapitulation von Suhlingen ab. Das ganze Land mit allen Kriegsvorräten wurde den Franzosen übergeben, die hannöversche Armee hinter die Elbe nach Lauenburg zurückgezogen, alles vorbehaltlich der Genehmigung des Ersten Konsuls; am 4. Juni zogen die Franzosen in Hannover ein. Als nun Bonaparte jene Genehmigung versagte, um auch die Truppen noch in seine Gewalt zu bekommen, befahl ihnen die Regierung zum Angriff überzugehen. Da verweigerten die mißbrauchten Scharen den Gehorsam; die Armee wurde aufgelöst, aber die tüchtigsten Leute gingen nach England und bildeten später jene Königlich deutsche Legion, die sich in Spanien mit Ruhm bedeckte. Sechszwanzig Monate standen seitdem die Franzosen in Hannover, ebensovielen Millionen Taler verschlangen die Brandschatungen und Lieferungen, während die Jahreseinnahme des Kurfürstentums nur etwa 5 Millionen Taler betrug; dazu lastete ein mißtrauisches Polizeiregiment auf dem Lande. Die Franzosen bedrohten nun auch die Hansestädte, besetzten Kuxhaven und Rixbüttel, um den Handel mit England zu unterbrechen. Der letzte dürftige Erfolg der preussischen Politik seit 1795, die Neutralität Norddeutschlands, war zerstört, sogar der preussische Staat unmittelbar bedroht, denn die französischen Besatzungen standen jetzt mitten drin zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen, sie waren nur noch zwei Märsche von Magdeburg, fünf Märsche von Berlin entfernt.

Und schon bewiesen rücksichtslose Gewalttaten, wie wenig Bonaparte geneigt <sup>Der Herzog von Enghien.</sup> sei, sich an das geltende Völkerrecht zu binden. Einen bourbonischen Prinzen, den Herzog von Enghien, der zu Ettenheim in Baden unweit des Rheines lebte und allerdings Verbindungen mit England unterhielt, ließ er am 15. März 1804 <sup>1804.</sup> durch französische Truppen und Gensdarmen aufgreifen und im Wallgraben von Vincennes am 22. standrechtlich erschießen; im Oktober desselben Jahres befahl er den englischen Geschäftsträger Rumbold in Hamburg aus seinem Landhause wegzuführen und seiner Papiere zu berauben. In Enghiens Falle erlebte der deutsche Reichstag die Schande, daß, während er vorsichtig allen Erörterungen auswich, indem er in die Ferien ging, Schweden und Rußland den Protest erhoben, den er einzulegen nicht mehr den Mut fand; den Engländer befreite nur die persönliche Verwendung Friedrich Wilhelms III.

Inzwischen hatte der französische Senat am 18. Mai 1804 Napoleon I. zum erblichen „Kaiser der Franzosen“ erhoben, und im Herbst desselben Jahres erschien der neue Nachfolger der Karolinger am Rhein. In Mainz, wo 1184 Friedrich Barbarossa als anerkanntes Haupt des Abendlandes sein glänzendes Pfingstfest gefeiert hatte, empfing jetzt ein fremder Usurpator die ergebenen Huldigungen und Dankszugungen dieser einst so stolzen deutschen Fürsten. Die alte Kaiserwürde des Abendlandes war von den Habsburgern auf den Korsen übergegangen. Auch Kaiser Franz fühlte das; um seinem Hause mindestens den kaiserlichen Rang für alle Zukunft zu sichern, nahm er am 14. August 1804 den Titel eines Kaisers von Österreich an und vollendete damit auch äußerlich die Sonderentwicklung der habsburgischen Lande. Am 2. Dezember 1804 empfing die neue Weltherrschaft auch die päpstliche Weihe, wie vor einem Jahrtausend die Karls des Großen. <sup>Das Napoleonische Kaisertum.</sup>

Diese gewalttätige Umkehr der gesamten politischen Entwicklung Europas stieß nirgends auf einen festen Willen zum Widerstande außer in England. Dieses freilich fühlte sich von den gewaltigen Seerüstungen Napoleons und der Ansammlung seines Heeres in Boulogne ganz unmittelbar bedroht und setzte deshalb alles daran, um ihm neue Feinde auf dem Festlande zu erwecken. Aber dies gelang nur langsam. Preußen hatte zwar schon am 4. Mai 1804 ein Verteidigungsbündnis mit Rußland geschlossen, suchte jedoch gleichzeitig ein gutes Verhältnis zu Frankreich zu bewahren. Alexander I. von Rußland verband sich am 6. November mit <sup>1803.</sup> Österreich zum Kriege, aber nur für den Fall, daß Napoleon in Italien noch weiter um sich greife. Ungeduldiger drängte Gustav IV. von Schweden, ein leidenschaftlicher Gegner des revolutionären Frankreich, vorwärts, indem er sich am 3. Dezember 1804 mit England, am 14. Januar 1805 auch mit Rußland verbündete. Dann gelang es der englischen Politik, auch den Zaren zum Anschluß zu bringen (11. April 1805). Die Übertragung der italienischen Krone an Napoleon und die Einverleibung der ligurischen Republik in das französische Kaiserreich brachte endlich auch Österreich zum Beitritt. Die dritte Koalition war gebildet. <sup>Die Bildung der dritten Koalition.</sup>

Es fehlte in Wien wie in Berlin nicht an Stimmen, die den engen Anschluß <sup>Preußens Neutralität.</sup> der beiden deutschen Großmächte, also auch den Beitritt Preußens zur Koalition empfahlen, um Deutschland zu retten und seine Verfassung neu zu gestalten, wie

dort Erzherzog Johann und der geistvolle patriotische Publizist Friedrich Gentz (geb. 1764), hier Scharnhorst. Doch abermals siegte in Preußen die Friedensliebe des Königs und die überschlauere Politik Hardenbergs (Minister seit April 1804), der freie Hand behalten wollte, um Hannover zu gewinnen. Wirklich bot Napoleon, der diese Begehrlichkeit durchschaute, durch seinen Generaladjutanten Duroc zu Anfang September dem König Hannover als Preis seines Bündnisses mit Frankreich an, doch lehnte Friedrich Wilhelm schließlich ab und wollte auch kein engeres Bündnis mit Rußland, weil der Lieblingswunsch Alexanders, wie er wohl wußte, auf die Wiederherstellung Polens unter seinem eigenen Szepter gerichtet war; er dachte vielmehr einen Neutralitätsbund mit Sachsen, Kurhessen und Dänemark zu begründen und so vielleicht gar durch sein Dazwischentreten den Krieg überhaupt zu verhüten. Da warf ihn die ungeschickte Forderung des Zaren, den russischen Truppen den Durchzug durch preussisches Gebiet zu gestatten, plötzlich in eine andere Richtung. In seiner Würde verletzt, befahl er die Mobilisierung seines Heeres, stellte 80 000 Mann an die Ostgrenze, ein kleineres Korps gegen die Schweden in Vorpommern auf, und drohte in Böhmen einzumarschieren, falls ein russischer Soldat die Grenze überschreite.

Der Feldzug  
in Südwest-  
deutschland.

Inzwischen hatte Napoleon Bayern (29. August) im geheimen auf seine Seite gezogen. Erschüttert durch die Vorstellungen des Fürsten Schwarzenberg gab Mar Joseph für einen Augenblick nach und suchte um Neutralität an, doch setzte Montgelas durch, daß er seine Truppen bei Würzburg sammelte, um sie den Franzosen zuzuführen. Ohne eine Ahnung von dem allen überschritten am 8. September 80 000 Österreicher unter Mack bei Schärding den Inn, besetzten München, wo am 21. September Kaiser Franz einzog, und drangen bis an die Iller und an den Schwarzwald vor, um hier die Ankunft der Russen abzuwarten. In Tirol stand Erzherzog Johann mit 50 000 Mann, darunter 20 000 Landesschützen, in Italien ging Erzherzog Karl mit 142 000 Mann über die Elsch vor; ein russisch-schwedisches Korps in Vorpommern war gegen Hannover bestimmt. Doch Napoleon entschied den ganzen Feldzug schon mit seinem genial geplanten Aufmarsch. Während Mack in unbelehrbarer Verblendung den Hauptstoß vom Schwarzwalde her erwartete, drangen 200 000 Franzosen, die Armee von Boulogne mit den Truppen aus Holland und Hannover, in rastlosen Eilmärschen nach Süden vor, zogen in Würzburg die 25 000 Mann Bayern an sich und besetzten schon am 6. und 7. Oktober die Linie von der Rauhen Alp bis nach Ingolstadt. Am 1. Oktober war Napoleon durch das Metzgertor (seitdem bis 1870 Porte d'Austerlitz) aus Straßburg ausgeritten, hatte auch Baden und Württemberg zum Anschlusse gebracht und erschien am 9. Oktober selbst bei der Armee; es gelte die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes gegen die Vergrößerungsgelüste des Hauses Österreich, rief sein Tagesbefehl den Bayern zu. Dann schob er seine Heersäulen über die Donau vor, am 12. Oktober schon zogen die Bayern mit den Franzosen in München ein, Murat und Lannes besetzten Augsburg. Damit hatte Mack die gerade Rückzugsstraße nach Österreich verloren und sah sich selbst bei Ulm 40 000 Franzosen unter Ney gegenüber. Es blieb ihm nur noch der Versuch, südlich nach Tirol oder nord-

östlich nach Böhmen durchzubringen. Er ließ deshalb am 13. Oktober den größeren Teil seiner Truppen nach Nördlingen, ein Korps nach Süden abziehen. Doch dieses wurde schon bei Memmingen von den Franzosen umstellt und gefangen, die anderen mußten unter schweren Verlusten größtenteils nach Ulm zurückgehen, und am 15. Oktober erstürmten Ney und Kannes unter Napoleons Augen die beherrschenden Höhen des rechten Donauufers bei Ulm, den Michelberg und den Frauenberg. Von allen Seiten umstellt und völlig ratlos schloß Mack schon am 17. Oktober die Kapitulation ab, bedang sich zwar anfangs noch acht Tage Frist aus, um einen etwaigen Entsatzversuch zu erwarten, ließ sich aber dann, kopflos und haltlos wie er war, durch Napoleon, dem alles darauf ankam, Zeit zu gewinnen, bestimmen, die Übergabe schon am 20. Oktober zu vollziehen. 25000 Österreicher streckten an diesem Tage die Waffen und zogen dann zwischen den Linien der Franzosen an Napoleon und Mack vorüber in die Kriegsgefangenschaft. Am 18. Oktober wurde auch das letzte Korps unter Wernke bei Nördlingen zur Kapitulation genötigt. Von der ganzen Armee retteten sich nur 1700 Reiter, 400 Artilleristen und 163 Trainsoldaten, die Erzherzog Ferdinand in atemlosen Märschen, obwohl heftig verfolgt, doch glücklich nach Eger brachte (22. Oktober).

„Es war ein Unglück, das die Seele vernichtete und das Denken aufhob“, schrieb Fr. Gentz in Wien. Der Seesieg Nelsons bei Trafalgar (21. Oktober) sicherte die Alleinherrschaft Englands zur See, aber auf den festländischen Krieg hatte er keinen Einfluß, ebensowenig wie die Fortschritte des Erzherzogs Karl in Italien; er mußte jetzt zufrieden sein, durch tapfere Verteidigung seiner Stellungen bei Caldiero gegen Massena (29. bis 31. Oktober) einen gesicherten Rückzug nach Krain und Steiermark zu erkämpfen. Auch Tirol wurde geräumt, ungeachtet der flehentlichen Bitten der Tiroler, ihnen nur wenige tausend Mann zu lassen, da sie dann ihr Land selbst zu verteidigen vermöchten. Die Hauptmasse der Österreicher zog durch das Pustertal ab, die Grenzfestung Kufstein wurde am 10. November an die Bayern übergeben, Ney besetzte Innsbruck und stellte über den Brenner die Verbindung mit Massena her. In denselben Tagen erschienen die Franzosen schon im westlichen Böhmen.

In diese allgemeine Rückzugsbewegung wurden auch die am Inn stehenden Abteilungen, 30000 Russen unter Kutusow und 25000 Österreicher unter Merveldt, unvermeidlich verflochten; in den letzten Oktobertagen traten sie den Marsch donauabwärts an. Dabei wurde Merveldt, der mit einem Teile seines Korps nach Steiermark abbog, um sich mit dem Erzherzog Karl zu vereinigen, bei Mariazell von Davoust am 8. November eingeholt und so zugerichtet, daß er nur 2000 Mann nach Ungarn brachte. Kutusow wich vor den nachdrängenden Franzosen bei Mautern (8. November) auf das linke Donauufer aus und warf eine Division Mortiers, die ihm unvorsichtig folgte, am 11. November bei Stein und Krems mit schweren Verlusten zurück, der erste und letzte Sieg der Verbündeten in diesem ganzen jammervollen Feldzuge. Freilich gab er dem Feinde die Straße nach Wien preis. Zu seiner Überraschung fand also Napoleon keine feindliche Armee bei St. Pölten vor, wo er eine Schlacht erwartet hatte; denn da die vorhandenen Streit-

Napoleons  
Vormarsch  
nach Wien  
und  
Mähren.  
1805.



kräfte zur Deckung der Hauptstadt nicht entfernt zureichten, so ging der kaiserliche Hof nach Brünn, und Fürst Auersperg räumte am 13. November ohne Gegenwehr die Hauptstadt, deren leichtlebige Bevölkerung mit gedankenloser Neugier die einrückenden Sieger begrüßte und es ihnen nur zu bequem machte, die Verwaltung in ihrem Interesse wieder in Gang zu setzen. Nicht einmal die große Donaubrücke, die den Franzosen die kürzeste Straße nach Znaim und Brünn sicherte, wurde, wie befohlen war, abgebrannt, vielmehr brachten sie die französischen Generale Murat, Lannes und Bertrand durch die Vorspiegelung, ein Waffenstillstand sei geschlossen, noch an demselben Tage in ihre Hand. So aufs schwerste bedroht, konnte Kutusow sein Korps nur dadurch vor der Vernichtung retten, daß Bagration am 16. November bei Ober-Hollabrunn und Schöngrabern an der Straße Wien-Znaim mit der russischen Nachhut sich heldenmütig der Übermacht Murats entgegenwarf und sie so lange aufhielt, bis die Hauptmasse in Sicherheit war. Schon am 19. November verlegte Napoleon sein Hauptquartier nach Znaim, am 20. nach Brünn; die Russen und Österreicher sammelten sich bei Olmütz.

Indes nahm sich die Lage Napoleons glänzender aus, als sie tatsächlich war. Mit einem zweiten russischen Korps vereinigt, zählten die Verbündeten bei Olmütz 80000 Mann, darunter nur 20000 Österreicher; ein drittes russisches Korps von 12000 Mann war im vollen Anmarsch durch Schlesien; Erzherzog Karl hatte sich mit seinem Bruder Johann vereinigt und sammelte zwischen Marburg und Eylli 90000 Mann, in Böhmen bildete Erzherzog Ferdinand ein Heer von 20000 Mann, in Ungarn sammelte sich das Aufgebot. Gegen hundert Meilen von der französischen Grenze entfernt stand Napoleon weit überlegenen Massen gegenüber, die ihm im Osten, Süden und Norden umschlossen. Er war verloren, wenn auch noch Preußen zur Koalition trat.

Preußen  
und die  
Koalition.

Daß dies geschehen würde, schien fast außer Zweifel, er selber trug sogar die Schuld daran. Um die Einschließung Macks bei Ulm möglichst rasch zu vollenden, hatte er das Korps Bernadotte am 3. Oktober geradewegs durch das neutrale preussische Gebiet von Ansbach ziehen lassen. In Preußen aber empfand man das als einen nationalen Schimpf; der König erklärte sofort, daß er sich aller Verpflichtungen gegen Frankreich für entbunden erachte (14. Oktober), genehmigte jetzt den Durchmarsch der Russen durch Schlesien, der Schweden und Russen durch Lauenburg nach Hannover und ordnete die Aufstellung von vier Heeren an. 60000 Mann unter Fürst Hohenlohe sammelten sich in Thüringen, 20000 unter dem Kurfürsten von Hessen in Westfalen, 30000 in Nieder-Sachsen unter dem Herzog von Braunschweig, 50000 in Schlesien. In Berlin herrschte allgemeine Erbitterung und Begeisterung, am 16. Oktober führten sogar die Offiziere der Besatzung ihre Unteroffiziere ins Schauspielhaus, um sich an „Wallensteins Lager“ zu begeistern; zum erstenmale erkannte damit gewissermaßen der preussische Militärstaat die deutsche Dichtung als eine Macht an, die er nicht entbehren möge. Zunächst ging es nun rasch vorwärts. Am 26. Oktober zogen die Preußen unter Oberst Scharnhorst, als Befreier mit Jubel empfangen, in Hannover ein, das die Franzosen tags zuvor geräumt hatten; am 30. erschien der Zar Alexander zugleich mit dem Erzherzog Anton in Berlin,

um die gemeinsamen Verabredungen zu treffen. Die Persönlichkeit des jugendlichen Selbstherrschers mit den weichen Zügen und den blauen Augen, dem halb schwärmerisch hingebenden, halb selbstbewußten Wesen verfehlte ihres Eindrucks nicht, zumal da er reuig auf alle seine polnischen Pläne verzichtete. Am 3. November wurde der Vertrag von Potsdam geschlossen. Preußen versprach mit 180 000 Mann der Koalition seinen Beistand zu leisten, wenn Napoleon nicht binnen vier Wochen, von der Abreise des preußischen Unterhändlers an gerechnet, seine Vermittlungsbedingungen annehme: Unabhängigkeit Neapels, des Deutschen Reiches, Hollands und der Schweiz, Trennung der italienischen von der französischen Krone. Im geheimen verließ dagegen Rußland die Einwilligung Englands zur Einverleibung Hannovers gewinnen zu wollen. Keine Macht sollte ohne die andere Friedensunterhandlungen beginnen. Noch in der folgenden Nacht nahm der Zar am Sarge Friedrichs des Großen Abschied vom preußischen Königspaare, dann eilte er zur Armee.

Eine ununterbrochene Reihe der schwersten Fehler, hervorgegangen aus Schwäche, Unklarheit und Hochmut, hat nicht nur die fast sicheren Hoffnungen der Koalition auf eine glückliche Wendung des Krieges zerstört, sondern auch Preußen mit wachsender Schnelligkeit die schiefe Ebene hinabgetrieben, die zum Abgrund führte. In Berlin hätte man sich doch sagen müssen, daß der siegreiche Napoleon solche Friedensbedingungen ebensowenig annehmen wie jemals sie Preußen verzeihen werde, daß also der Krieg früher oder später unvermeidlich sei. Aber der König hielt den Gedanken der bewaffneten Vermittlung fest und gab sogar dem Grafen Haugwitz für die Unterhandlungen ohne Wissen seiner übrigen Minister die mündliche Weisung mit, er solle unter allen Umständen den Frieden zwischen Preußen und Frankreich sichern. Sodann glaubte der Herzog von Braunschweig in seiner bedenklichen, methodischen Art nicht vor dem 15. Dezember schlaffertig sein zu können, die Befehle zum Vormarsch auf Fulda, Bamberg und Bayreuth ergingen daher erst am 24. November. Eben deshalb reiste Haugwitz, der am 14. aufgebrochen war, so langsam, daß er erst am 28. November in Brünn bei Napoleon eintraf. Dieser bemerkte ihm kühl, da Preußen tatsächlich schon der Koalition beigetreten sei, könne es nicht mehr vermitteln, doch möge er in Wien mit Talleyrand das Einzelne verhandeln. Ganz gefangen von „diesem erstaunlichen Manne“ und erdrückt von der Schwere seiner Verantwortlichkeit, wenn er es zum Bruche treibe, fand Haugwitz während einer vierstündigen Audienz nicht den Entschluß, dem Kaiser seine Bedingungen mitzuteilen, die dieser doch ungefähr schon kannte, sondern reiste wirklich nach Wien ab. Und doch wußte er aus Napoleons eigenem Munde, daß eine Schlacht nahe bevorstehe! Alle verständigen Erwägungen freilich hätten den Verbündeten empfehlen müssen, sich bis zum 15. Dezember streng auf die Verteidigung zu beschränken. Aber die jungen eleganten Salonoffiziere, die mit dem Zaren im Hauptquartiere eingetroffen waren, vor allem sein Generaladjutant Fürst Dolgorukij, sahen mit unverhohlener Verachtung auf diese immer und immer wieder geschlagenen Österreicher herab und meinten, den Russen Suworows könne der Sieg auch über Napoleon nicht fehlen.

Die  
Sendung  
des Grafen  
Haugwitz.

Der Kaiser widerstrebte anfangs, doch eine glänzende Heerschau über seine schönen Regimenter lockte auch ihn unwiderstehlich zur Schlacht. Dazu kam, daß Napoleon, dem alles daran lag, die Entscheidung herbeizuführen, ehe Preußen eingreifen konnte, sich geflüffentlich anstellte, als ob er den Kampf scheue und bereitwillig auf Unterhandlungen mit den beiden Kaisern einging.

Die  
Dreikaiser-  
schlacht von  
Austerlitz.

So brachen die Verbündeten am 27. November aus ihrer festen Stellung bei Olmütz auf, um die Franzosen bei Brünn aufzusuchen. In der sicheren Voraussetzung, daß der Gegner dem Kampf ausweichen werde und weiter westlich stehe, als es wirklich der Fall war, traf der österreichische Generalstabschef Oberst Weyrother seine Anordnungen mehr für eine Umgehung als für eine Schlacht; die Einwendungen der russischen Generale wies er geringschätzig zurück.

Die Verbündeten, etwa 80 000 Mann, standen südlich von der Straße Olmütz-Brünn auf den Höhen, die in der Mitte des westlichen Abhanges das Dorf Prage tragen und sich nach Westen zum Goldbach, nach Osten und Südosten ins breite, feuchte Wiesemal der Eittawa und zu großen Teichen herniedersenken; das Hauptquartier lag dahinter im Schlosse von Austerlitz. Der linke Flügel sollte nun die Franzosen umfassen, von der Straße nach Wien abdrängen und nach Böhmen werfen, der rechte den Feind nur beschäftigen. Napoleon, der mit etwa 70 000 Mann auf den Höhen westlich des Goldbaches stand, hatte das Gelände aufs sorgfältigste erkundet und seine Anordnungen mit den Marschällen bis ins einzelste festgestellt; seine Truppen braunten darauf, den Jahrestag der Kaiserkrönung mit einem glänzenden Siege zu feiern. Am Morgen des 2. Dezember sah er nun mit tiefster Befriedigung, wie ganz nach seinen Voraussetzungen die Heersäulen der Verbündeten von den Höhen bei Prage nach links und rechts herunterstiegen und in dem dichten Nebel verschwanden, der wie ein weißes Meer die feuchten Niederungen bedeckte, während die Höhen schon im hellen Lichte der Wintersonne lagen, die blutrot emporstieg. Gegen 10 Uhr gab er das Zeichen zur Schlacht. Nun stieß der linke Flügel der Verbündeten auf den zähesten Widerstand Davousts und kam nicht recht von der Stelle; die tapferen russischen Schwadronen des rechten ritten dagegen mehrere französische Bataillone über den Haufen und kamen erst zum Stehen, als Rapp die französische Gardereiterei ihnen entgegenwarf. Inzwischen aber stürmten gegen Mittag die Franzosen im ersten Anlauf die fast entblößten Höhen von Prage. Damit war das Zentrum der Verbündeten zerrissen, in zunehmender Verwirrung begannen die beiden Flügel den Rückzug, doch die französischen Kartätschen trugen von den Höhen herab Tod und Verderben in ihre Reihen, in steigender Hast drängten sich die flüchtigen Massen auf den schmalen Dammwegen und über das Eis der Teiche rückwärts, es brach zusammen und Hunderte kamen in den schlammigen Wassern um. Es war eine zerschmetternde Niederlage. Sie kostete den Verbündeten gegen 27 000 Mann, 133 Geschütze, 45 Fahnen und das ganze Gepäck; von den riesigen Reitern der prachtvollen weißen Chevalierleibgarde Kaiser Alexanders waren am Abend noch 18 im Sattel. Die Reste des geschlagenen Heeres wichen nach Ungarn zurück, hitzig von Davoust verfolgt.

Der  
Waffen-  
stillstand  
und der  
Friede von  
Preßburg.

Da war es mit der Standhaftigkeit des Kaisers Franz zu Ende. Schon am 4. Dezember traf er mit Napoleon im freien Felde bei der Mühle von Poleny zusammen, und so widerwärtig dem stolzen Habsburger die Persönlichkeit des Emporkömmilings wurde, sein Groll über den Hochmut der russischen Bundesgenossen war doch noch größer, er schloß am 6. Dezember einen Waffenstillstand. Österreich trennte sich von der Koalition, räumte Steiermark, Kärnten, Krain,

Istrien, Venezien, Tirol, die Kreise Budweis und Tabor, Znaim, Jglau, Brünn und Preßburg den Franzosen ein. Und das in dem Augenblicke, wo das dritte russische Korps schon in Prerau eingetroffen war, die beiden Erzherzöge noch sieben Stunden von Wien standen und Preußen binnen einer Woche den Krieg erklären mußte!

Nun meinte Graf Haugwitz seinem Vaterlande einen großen Dienst zu erweisen, wenn er in durchaus eigenmächtiger Anwendung der ganz allgemein gehaltenen Weisungen seines Königs den Drohungen, Verheißungen und Schmeicheleien Napoleons nachgab und am 15. Dezember den schimpflichen Vertrag von Schönbrunn unterzeichnete. Preußen trat danach in ein enges Bündnis mit Frankreich, empfing dafür Hannover, trat aber Neuchâtel, das rechtsrheinische Cleve und Ansbach ab. Mit diesem Vertrage in der Hand nötigte der Sieger am 27. Dezember Österreich auf seine Bedingungen hin den Frieden von Preßburg zu schließen. Es erkannte darin die Souveränität der Kurfürsten von Bayern, Württemberg und Baden, sowie die Königswürde der beiden ersteren an, jedoch unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zum „Deutschen Bunde“ (*Confédération germanique*); es willigte in die Veränderungen in Italien, in der Schweiz und in Holland, trat an das Königreich Italien seine venezianischen Besitzungen, an Bayern Tirol und Vorarlberg, an Württemberg und Baden seine noch übrigen südwestdeutschen Gebiete ab und empfing dafür nur Salzburg mit Berchtesgaden, wofür der Kurfürst von Salzburg mit dem neuen Kurfürstentum Würzburg, das Bayern aufgab, entschädigt wurde. Weiter gestattete Österreich die Einverleibung Augsburgs in Bayern und gab die Reichsritterschaft tatsächlich preis. Am 1. Januar 1806 riefen in München und Stuttgart reichsgeschmückte Herolde die neue Königswürde aus, und die amtliche „Bayrische Zeitung“ pries in kecker Geschichtsfälschung „Napoleon den Großen“ als „Wiederhersteller des bajuvarischen Königtums“.

Unterdes saßen die Herren der preussischen Regierung in sorgenvoller Beratung über die Lage, die ihnen Haugwitz in verhängnisvoller Eigenmächtigkeit geschaffen hatte. Die Königin und ebenso Prinz Louis Ferdinand sprachen sich für die Verwerfung des Vertrags, also für den Krieg aus; ingrimmig fluchte der Prinz dieser „Rasse von Kanailles, die uns verraten haben“, dem Herzog von Braunschweig, Lombard, Haugwitz und Lucchesini. Doch die Mehrzahl konnte sich weder für ein klares „Ja“ noch für ein festes „Nein“ entschließen, beschloß vielmehr einen Mittelweg einzuschlagen und bei Napoleon einige Veränderungen des Schönbrunner Vertrages durchzusetzen, und so sicher war Haugwitz seines angeblichen Einflusses auf den Kaiser, daß der König vorschnell, wieder in unzeitiger Sparsamkeit das Heer auf Friedensfuß zu setzen befahl. Doch Napoleon, der diese haltlose preussische Politik längst durchschaute und nach Verdienst verachtete, erklärte jetzt Haugwitz gegenüber, der Schönbrunner Vertrag sei damit zerrissen, und schüchtelte den Unterhändler so ein, daß dieser abermals ohne Instruktion am 15. Februar 1806 in Paris einen weit ungünstigeren Vertrag genehmigte. Preußen sollte jetzt auch noch Bayreuth an Bayern abtreten und die hannöverschen Flüsse gegen England sperren, also diesem den Krieg erklären. Da Preußen in diesem Augenblicke den Franzosen un-



gerüstet gegenüberstand, so genehmigte der König schweren Herzens am 3. März auch diesen Vertrag.

Preußen  
im Kriege  
mit  
England  
und  
Schweden.

Die Überzeugung, Preußen habe jetzt nur noch die Wahl zwischen würdeloser Unterwerfung unter Napoleons Willen oder einem Kriege auf Leben und Tod, griff seitdem allmählich um sich. Zunächst folgten noch Demütigungen in dichter Reihe. Hardenberg, der jede Verantwortung für die Bestätigung oder Verwerfung jenes Vertrags von sich abgelehnt hatte, wurde dafür in französischen Blättern so heftig angegriffen, daß er im April 1806 seinen Abschied nahm, um die Lage des Staates nicht noch mehr zu erschweren; fortan aber war dieser aufrichtige Anhänger eines französischen Bündnisses der entschlossenste Feind Napoleons. Dann beantwortete England schon am 5. April den Einmarsch der Preußen in Hannover mit der Wegnahme aller preussischen Schiffe in den britischen Häfen, verhängte die Blokade über Ems, Weser, Elbe und Trave und schickte zahlreiche Kaper aus, so daß Preußen am 11. Juni den Krieg erklärte. Als dann preussische Truppen den Abmarsch der Schweden aus Lauenburg erzwangen, folgte auch König Gustav IV. dem Beispiele Englands. Binnen wenigen Monaten verlor so die preussische Reederei etwa 1200 Schiffe. Napoleon aber behandelte den Staat Friedrichs des Großen fortan mit vollendeter Nichtachtung. Noch vor der Bestätigung des Pariser Vertrags hatte er Wesel besetzen lassen; dann erhob er am 30. März seinen Schwager, den Gascogner Joachim Murat, zum Herzog von Berg, das Bayern abgetreten hatte, und schenkte ihm auch das rechtsrheinische Cleve. Schon trug er sich auch mit dem echt französischen Gedanken, den tatsächlichen Einfluß Frankreichs auf das südliche und westliche Deutschland in feste Formen zu bringen, wie einst Mazarin (s. S. 13).

Die  
Stiftung des  
Rhein-  
bundes  
und des  
Römischen  
Reiches  
Ende.

Den willkommenen Anlaß dazu bot ihm eine Note des Kurierkanzlers Dalberg an den französischen Gesandten in Regensburg (19. April). Deutschland, hieß es darin, sei zerrüttet und bedürfe der Wiedergeburt, es werde diese finden in der Wiederaufrichtung des abendländischen Kaisertums durch Napoleon. Kurz nachher kam Dalberg sogar auf den geradezu abenteuerlichen Einfall, den Oheim des Kaisers, den Kardinal Fesch, einen Korsen, der von Deutschland nichts wußte und kein Wort deutsch verstand, ohne Beachtung der geltenden Formen zu seinem Koadjutor und Nachfolger zu ernennen (27. Mai), um sich und seinem geliebten „Kurstaaate“ die Gnade des „großen Mannes“ zu sichern. So kam die Haltlosigkeit und Unklarheit dieses nach seiner eigenen Ansicht gut deutsch gesinnten Herrn den Plänen Napoleons entgegen. Und was hätten ihnen diese Fürstengeschlechter entgegenzusetzen gehabt, bei denen ein Bewußtsein nationaler Pflichten kaum mehr vorhanden war? Trotz alles Selbstgefühls wußten sie sehr wohl, daß sie nicht für sich bestehen konnten; sie waren seit 1795 von Preußen, seit 1801 auch von Österreich im Stich gelassen worden, und Bayern hatte zudem seit einem Jahrhundert vor den ehrgeizigen Plänen der Habsburger gezittert. Da wandten sich diese Fürsten der siegreichen fremden Macht zu, die ihnen nicht nur kräftigen Schutz gewähren konnte, sondern auch neue Vergrößerungen und die Souveränität verhiess, das Endziel aller landesfürstlichen Bestrebungen seit Jahrhunderten. Schon hatte Napoleon es verstanden,

die mächtigsten dieser Herren mit seiner eigenen Familie in Verbindung zu setzen. Er vermählte seinen Stieffohn Eugen Beauharnais, den Vizekönig von Italien, mit der anmutigen Tochter Max Josephs von Bayern, Amalie Auguste (14. Januar 1806), seine Adoptivtochter Stephanie Beauharnais mit dem Kurprinzen Karl von Baden (8. April), die Verlobung seines leichtfertigen Bruders Jérôme (Hieronymus) mit der edlen Katharina von Württemberg wurde verabredet. So hielt das kleine korsische Haus der Bonaparte seinen triumphierenden Einzug in den deutschen Fürstenstand. Die von ihm beabsichtigte neue Ordnung der Dinge aber legte er kurzer Hand den „Bundesgenossen“ auf; nur mit den bedeutenderen wurde über manche Einzelheiten, nicht über das Ganze, in Paris verhandelt, die Gesandten der übrigen setzte Talleyrand als Minister des Auswärtigen erst am 11. und 12. Juli von der vollendeten Tatsache als einem unwiderruflichen Entschlusse seines Kaisers in Kenntnis, und die Herren unterzeichneten alle, ohne daheim auch nur anzufragen, am 17. Juli 1806 die Stiftungsurkunde des Rheinbundes. Sechzehn deutsche Fürsten sagten sich darin von der tausendjährigen Gemeinschaft des Heiligen Reiches los, erklärten sich für souverän, erhielten die noch übrigen reichsstädtischen, fürstlichen, gräflichen und ritterschaftlichen Gebiete des Südens und Westens (Bayern z. B. Nürnberg, der Kurzerzkanzler Frankfurt a. M. u. s. f.), im ganzen über 500 Geviertmeilen; sie traten unter das Protektorat Napoleons, schlossen ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich für alle festländischen Kriege und verpflichteten sich ein Heer von 63000 Mann dafür aufzustellen. Die Gründung eines stehenden Bundestages in Frankfurt, der sich in ein königliches und fürstliches Kollegium gliedern sollte, wurde in Aussicht genommen. Am 31. Juli zeigte der nunmehrige Fürstprimas Dalberg dem Kaiser Franz die Niederlegung seiner Reichskanzlerwürde und seinen Beitritt zum Rheinbunde „tiefgerührt“ an; am 1. August kündigten die Verbündeten dem Reichstage ihre Trennung vom Reichsverbande an „nach dem von den mächtigeren Reichsständen aufgestellten Systeme“, am selben Tage erklärte eine Note des französischen Gesandten in Regensburg, daß Napoleon eine deutsche Reichsverfassung nicht mehr anerkenne, wohl aber die Souveränität eines jeden deutschen Fürsten. Am 6. August endlich legte Franz II. nicht nur die Kaiserkrone nieder, sondern er erklärte auch die Kaiserwürde überhaupt für erloschen, wozu er nicht den Schatten eines Rechtes besaß. Es war nur die notwendige Folge dieser Vorgänge, wenn nun Schweden seinen Teil Vorpommerns, Dänemark Holstein sich förmlich einverleibte.

So endete das einst weltbeherrschende Römische Reich deutscher Nation, die stolze Krone der Ottonen, Salier und Hohenstaufen, längst entwürdigt und besleckt, lag jetzt im Staube, und keine Hand rührte sich, nur Hohn auf der einen Seite, wehmütige oder zornige Klage auf der andern erhob sich bei diesem jammervollen Ausgange. Da spottete die „Mainzer Zeitung“ in diesen Tagen über die Klagen weniger Menschen am Grabe eines Volkes, das sich überlebt habe; andrerseits wagte zwar der Ansbacher Konrad von Velin in seiner Flugschrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ das zuchtlose und brutale Auftreten der Franzosen in Süddeutschland scharf zu geißeln und die preussische Politik seit 1795 entschieden zu

rerurteilen, aber er folgerte aus alledem nur die wehmütige Aufforderung: „Weine laut auf, edler, biederer Deutscher.“ Kräftiger wies dagegen Friedrich Gentz in Wien darauf hin, wie die neue Weltherrschaft das Gleichgewicht der Mächte und jede Freiheit zerstört habe, wie Deutschland nur durch eigene Schuld gefallen sei und Europa nur durch Deutschland gerettet werden könne. Und mit frischen mutigen Worten züchtigte Ernst Moritz Arndt vom schwedischen Greifswald aus im „Geist der Zeit“ die feine geistige Genußsucht dieses Geschlechts, das über dem Menschen den Bürger und über der Menschheit das eigene Volk vergessen habe. Es waren noch vereinzelte Stimmen, und doch schienen selbst sie Napoleon schon gefährlich; den Nürnberger Buchhändler J. Ph. Palm, den Verleger jener Schrift Velins, der sich weigerte, den Verfasser zu nennen, ließ er am 26. August in Braunau standrechtlich erschießen. Er gab damit Deutschland seinen ersten politischen Märtyrer.

Verhandlungen  
über einen  
Nord-  
deutschen  
Bund.

Angesichts des Zusammenbruches der Reichsordnung ermannte sich endlich Preußen zu dem Gedanken, mindestens den deutschen Norden in bündischen Formen neu zu ordnen. Selbst Napoleon schien damit einverstanden, forderte er doch schon am 22. Juli den König auf, ein norddeutsches Kaisertum zu begründen. Doch was Friedrich dem Großen auf der Höhe seiner Macht nur halb gelungen war, das mußte seinem Nachfolger jetzt, nachdem ein Jahrzehnt haltlosen Schwankens jede Achtung vor Preußen zerstört hatte, ganz mißlingen. Grundsätzlich erklärten sich die größeren Reichsstände des Nordens, Kursachsen und Kurhessen, zu einem solchen Bunde wohl bereit, doch dieses nur in der Erwartung ansehnlicher Gebietsvergrößerungen, und jenes empfahl in der schwerfälligen Art, die die Politik des hochkonservativen Friedrich August bezeichnete, enge Anlehnung an die ehrwürdige brandenburgisch-sächsisch-hessische Erbeinigung von 1457; ja es wollte im zähen Festhalten an dem Vorrang des älteren und vornehmeren Kurhauses Sachsen weder von einem preussischen Kaisertume noch überhaupt von einer Unterordnung unter Preußen hören, schlug vielmehr ein dreifaches, alljährlich wechselndes „Direktorium“ und die Zusammensetzung des Bundes aus drei Kreisen unter der Oberleitung der drei „Vormächte“ vor. Auch fanden schon Einflüsterungen von Paris her in Dresden Gehör, die nicht nur die Annahme des Königstitels empfahlen, die übrigens auch Preußen beiden Kurfürsten vorschlug, sondern auch ein Protektorat über die thüringischen Fürstentümer, einen alten Lieblingswunsch der kurfürstlichen Politik.

Der Bruch  
zwischen  
Preußen  
und  
Frankreich

Während dieser im Grunde ergebnislosen Verhandlungen nahte sich mit raschen Schritten auch dem deutschen Norden das Verhängnis. Napoleon umgarnte Preußen von allen Seiten. Er ließ die preussischen Abteien Elten, Essen und Werden als clevische „Dependenzen“ ohne weiteres besetzen, er bot Rußland als Preis des Friedens Südpreußen an und stachelte gleichzeitig die Türkei zum Kampfe gegen den Saren, was wieder Österreich zwang, seine ganze Aufmerksamkeit nach dem Osten zu richten, er verhandelte endlich mit England über die Rückgabe Hannovers. Auf diese Nachricht, die am 7. August in Berlin einlief, loderte der lang verhaltene Groll zu hellem Horn empor: schon am 9. August befahl der König die Mobilisierung des gesamten Heeres mit Ausnahme der östlichen Inspektionsbezirke.

Freilich wollte er damit wie i. J. 1805 zunächst nur eine Sicherheitsmaßregel treffen, nicht den Krieg beginnen, und er fing an, sich wieder zu beruhigen, als die französischen Verhandlungen mit England und Rußland nicht zum Ziele kamen. Doch die erregte öffentliche Meinung drängte die schwache Regierung vorwärts und führte so zum erstenmale in Preußen eine große Entscheidung herbei. Mit stürmischem Jubel begrüßte die Bevölkerung die Tag für Tag durchmarschierenden stolzen Regimenter, im Theater sang das ganze Haus Schillers Reiterlied begeistert mit; die Offiziere der beiden vornehmsten Regimenter des Heeres, der Gardes du corps und der Gensdarmen, brachten Hardenberg vor seinem Hause eine geräuschvolle Huldigung, andere lärmten vor dem französischen Gesandtschaftspalais. Haugwitz wurde überall mit Spott und Verachtung behandelt, ja im September ließen 1806. mehrere Generale, an ihrer Spitze der Prinz Louis Ferdinand, und der Minister vom Stein dem Könige mit Wissen seiner Gemahlin eine Vorstellung zugehen, worin sie die Entlassung der Kabinettsräte Beyme und Lombard und des Ministers Haugwitz forderten. Der König fühlte, daß die Zügel des alten Militärstaates am Boden schleiften, er schwankte zwischen Scham und Horn, wies die Eingabe ungnädig ab, aber er setzte die Rüstungen fort und ernannte den 71jährigen Herzog Karl von Braunschweig zum Oberbefehlshaber, Scharnhorst zu seinem Generalquartiermeister (Stabschef). So standen im Staate wie im Heere die Vertreter des verlebten Alten, die selber nicht mehr an sich glaubten, neben den neuen Männern, die jenen nur noch widerwillig gehorchten, und Preußen trieb steuerlos viel rascher dem Kriege zu, als es in seinem Interesse lag, denn es stand noch völlig vereinzelt. Mit Schweden kam am 17. August eine friedliche Vereinbarung zustande, England hob am 26. September die Blokade auf, doch wirkliche Hilfe versprach nur Rußland. Von den norddeutschen Staaten schloß sich nur Sachsen an; Kurhessen erklärte sich neutral, um sich nach der Entscheidung auf die Seite des Siegers zu schlagen.

Trotzdem zweifelten wenige im Ernste an der Überlegenheit des preussischen Heeres. Nur mit Mühe setzte Scharnhorst durch, daß nach dem Muster der verachteten Franzosen Divisionen aus allen Waffengattungen gebildet wurden, die sich mit einer gewissen Selbständigkeit bewegen konnten. Eben in diesem Vertrauen wurde der Angriff auf das rheinbündische Süddeutschland beschlossen. Dazu sammelte sich die Hauptarmee, die märkischen und pommerschen Regimenter, unter Karl von Braunschweig bei Halle, die hannöverschen Truppen unter Rüchel, einem der namhaftesten jüngeren Generale, im nordwestlichen Thüringen; die Schlesier führte der Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, mit den Sachsen (22000 Mann unter Heßchwitz) vereinigt, nach dem östlichen Thüringen. Der König selbst traf mit der Königin, die lieber der Gefahr nahe sein als in der Ferne beständig von Gerüchten aller Art beunruhigt werden wollte, am 23. September im Hauptquartier ein; da sich aber auch hier die Parteien scharf gegenüberstanden, so folgte alsbald ein Kriegsrat dem anderen. Am 20. September wurde nach Scharnhorsts Vorschlage der Vormarsch beschlossen und am 1. Oktober wirklich angetreten; an demselben Tage sandte Haugwitz das preussische Ultimatum an Napoleon ab (Räumung Süd-

Der Aufmarsch zum Feldzuge in Thüringen.



deutschlands, Anerkennung des Norddeutschen Bundes, Unterhandlungen über die streitigen Interessen am Niederrhein). Immer noch indes in der Hoffnung befangen, der Krieg möge sich doch noch vermeiden lassen, wollte man bis zum Ablauf der gestellten Frist (8. Oktober) jedem Zusammenstoß ausweichen; das Heer, im ganzen jetzt 150000 Mann, machte deshalb am 5. Oktober auf der Linie Eisenach-Gotha-Erfurt-Weimar-Jena Halt. Der Herzog von Braunschweig lagerte mit 58000 Mann bei Erfurt, Rüchel mit 22000 Mann bei Eisenach, Hohenlohe mit 46000 Mann zwischen der Saale und der Elster. Seine Vorhut ging bis Rudolstadt vor, die Division Tauenzien bis Hof zur Beobachtung der Nürnberg-Leipziger Straße. Nur 14000 Mann wurden unter dem Herzog von Sachsen-Weimar auf einen zwecklosen „Isolanistreich“ über Friedrichsrode südwärts voraus gesandt. Zuversicht freilich vermochte auch dem König diese Art der Führung nicht einzuflößen, er fand, es sei „eine unglaubliche Konfusion“, und sehr düster stellte sich dem Prinzen Louis Ferdinand die Zukunft dar. Scharnhorst aber schrieb noch am Abend des 7. Oktober seiner Tochter: „Was man tun müßte, das weiß ich wohl, was man tun wird, wissen die Götter!“

Napoleons  
Umgehungs-  
marsch.

Die schlimmsten Befürchtungen sollten weit übertroffen werden. Denn wie stark doch von alledem die zielbewußte Sicherheit des genialen Gegners ab und wie hoch stand in Geist, Organisation und Zusammensetzung über dem schwerfälligen preußisch-sächsischen Söldnerheere diese „große Armee“, 160000 Mann (mit den Bayern), eine durchaus nationale Truppe, in selbständige Armeekorps aller Waffen unter den tüchtigsten Marschällen gegliedert, leicht beweglich, vortrefflich ausgerüstet und begeistert für ihren stets sieghaften Führer! Als Napoleon, über Mainz, Aschaffenburg und Würzburg herbeieilend, sie am 6. Oktober von Bamberg aus begrüßte, standen die Franzosen in drei großen Heersäulen schon fertig zum Vormarsch in die linke Flanke der feindlichen Stellung. Der rechte Flügel sollte über Hof, Schleiz und Gera auf Leipzig vordringen, das Zentrum unter Napoleon selbst über Kronach, Lobenstein und Neustadt nach der Saale, der linke Flügel über Koburg und Saalfeld nach Rudolstadt. Schon am 8. Oktober gab der Kaiser sein erstes Armeebulletin aus, gewürzt mit Schmähungen gegen die edle Königin Luise, die er mit Armida verglich, „wie sie Feuer an ihr eigenes Haus legt“. Das preußische Manifest vom 9. Oktober aus Lombards Feder war dagegen so schwunglos und ungeschickt, daß es nur den Spott herausforderte.

Die ersten  
Gefechte  
und der  
Rückzug der  
Preußen.

Während die Franzosen nun seit dem 8. Oktober rasch vorgingen, war Braunschweig gewissenhaft bis zum 9. Oktober stehen geblieben. Erst an diesem Tage befahl er zwei Fünftel des Hauptheeres bei Weimar, drei Fünftel weiter südwärts um Blankenhain zusammenzuziehen und wies Hohenlohe an, das linke Saalufer von Rudolstadt bis Kahla zu besetzen, was dieser nur widerwillig ausführte, weil er mit vollem Rechte das Land rechts von der Saale nicht ungedeckt lassen wollte. Eben Hohenlohes Truppen trafen nun die ersten Schläge. Schon am 8. war Tauenzien unter leichtem Geplänkel von Hof auf Schleiz zurückgewichen; hier kam es am nächsten Tage zu einem hartnäckigen Gefecht, das mit dem Rückzuge der Preußen und Sachsen nach Altona endete. Gleichzeitig war der Prinz Louis

Ferdinand mit seinen 11000 Mann, meist Sachsen, von Rudolstadt aus nach Saalfeld vorgegangen, um die wichtige Flußenge dort zu sichern; dabei wurde er am 10. Oktober von Lannes und Augereau mit überlegenen Massen angefallen und überwältigt, er selber fiel im Zweikampf mit einem französischen Husarenwachmeister; am Abend vorher soll ihm im Rudolstädter Schlosse die „weiße Frau“, das Hausgespenst der Hohenzollern, erschienen sein. Die Nachricht von dem Ende des hochsinnigen jungen Fürsten schlug die Stimmung im Heere gänzlich nieder. Der Herzog vereinigte jetzt das ganze Heer zwischen Weimar und Jena und rief Karl August zurück, der am 10. Oktober Königshofen erreicht hatte. Da traf am späten 1806. Abend des 12. Oktober die Meldung im Hauptquartier Weimar ein, Marschall Davoust habe Naumburg besetzt, stehe also auf der Rückzugsstraße des Heeres. Jetzt ordnete der Herzog den Abmarsch der Hauptarmee nach der Unstrut an und befahl Hohenlohe, ihre rechte Flanke zu decken, weshalb er auf der Hochebene zwischen Weimar und Jena stehen bleiben sollte, verbot ihm aber ausdrücklich sich in einen Kampf einzulassen.

Statt nun den Rückzug zunächst nach der unteren Unstrut möglichst schnell auszuführen, brach das Hauptheer erst am Mittag des 13. Oktober von Weimar auf, so daß die Spitze Auerstädt, etwa halbwegs zwischen Weimar und Naumburg, nicht vor Abend erreichte, während Davoust seine Truppen schon aus dem Saaltale bei Kösen auf die Hochebene vorschob, und bereits am selben Tage 50 Chasseurs von Pegau her in Leipzig einritten. Da stieß denn im dichten Morgennebel des 14. Oktober General Blücher mit der Reiterei der Vorhut beim Dorfe Hassenhausen überraschend auf den vorrückenden Feind; er griff tapfer an, wurde aber geworfen, und ehe noch das Fußvolk heran war, hatten die Franzosen das hochliegende Hassenhausen besetzt. Erst als die Division Wartensleben eintraf und die den Morgennebel durchbrechende Herbstsonne das ganze Gelände hell beleuchtete, gingen die Preußen in bester Ordnung zum Angriff auf Hassenhausen vor, rechts der Straße Wartensleben, links die Division Schmerttau, deren Befehl nach dem Falle ihres Führers der Oberst Scharnhorst übernahm. Sie drängten anfangs den Feind zurück und begannen Hassenhausen zu umfassen; aber das rasche Feuer der französischen Schützenschwärme räumte furchtbar auf in den geschlossenen Linien der preussischen Bataillone, ein tapferer Reiterangriff auf dem rechten Flügel blieb schließlich ohne Erfolg, und Scharnhorst sah vergeblich nach Reiterei aus, um diese Schützenhaufen niederzusäbeln. Dazu wurde der Herzog von Braunschweig von einer Flintenkugel, die ihm beide Augen wegnahm, tödlich verwundet. Seitdem ging jede Einheit der Leitung verloren, jeder General tat und ließ, was er wollte. Graf Kalkreuth blieb mit der ganzen Reserve, 13 Bataillonen und 13 Geschützen, auf der Höhe von Eckartsberga unbeweglich stehen angesichts der tobenden Schlacht, und wenige Stunden südwärts standen die leichten Truppen untätig bei Stadt Sulza. So nahmen zwei Fünftel des Hauptheeres gar keinen Teil am Kampfe. Da begannen gegen 3 Uhr nachmittags die Bataillone des rechten preussischen Flügels, die sich meist verschossen hatten, zu weichen, das Eintreffen der Division Oranien konnte hier die Schlacht nicht wieder herstellen, und endlich gab auch Scharnhorst

Die  
Schlacht  
bei Auer-  
städt.

den Befehl zum Rückzuge, „rasend vor Horn“. Und doch war die Schlacht gar nicht entscheidend. Zwar hatten die Preußen furchtbar gelitten, waren doch 47 Offiziere tot, 221 verwundet, der beste Beweis ihrer Tapferkeit, allein auch die Franzosen hatten 7000 Mann eingebüßt, fast ein Viertel ihrer Stärke, und fühlten sich ganz außer stande zu verfolgen. Doch der König wollte weder den Kampf erneuern, wie Blücher riet, noch links nach der Unstrut hin abbiegen, sondern er befahl das Unglücklichste, den Rückzug auf Weimar.

Schlacht bei Jena.

Er wußte noch nicht, daß in denselben Stunden Hohenlohe bei Jena eine vernichtende Niederlage erlitten hatte. Schon am frühen Morgen des 15. Oktober hatte Lannes Jena unten im tiefen Saalethale besetzt und sich rasch der steilen Randabfälle der Hochebene links des Flusses bemächtigt, des Landgrafenberges über Jena. Am Nachmittage traf Napoleon ein. Getreu dem Befehl tat Hohenlohe nicht das mindeste, um den Feind von dort zu vertreiben, traf überhaupt keine Vorkehrungen für eine Schlacht, sondern ließ seine 50000 Mann in weit ausgedehnten Stellungen lagern; Holzendorf stand zwischen Apolda und Dornburg mit 6000 Mann, Tauenzien mit 8000 Mann vor Dierzehnheiligen von Jßerstädt über Küßerode und Eloschwitz nördlich der großen Straße, er selbst mit 22000 Mann zwei Stunden dahinter bei Kapellendorf, Rüchel endlich mit der Reserve noch anderthalb Stunden weiter zurück bei Weimar. Der Fürst ahnte nicht, daß er Napoleon selbst mit der Hauptmacht, 70 bis 80000 Mann vor sich habe, und der geniale Gegner säumte nicht, so unbegreifliche Fehler auszubenten. Noch in der Nacht ließ der Kaiser Geschütze auf dem steilen Apoldaischen Steiger den Landgrafenberg hinaufschaffen und traf alle Anordnungen zum überwältigenden Angriff; er selbst bewachte die Nacht durch auf dem Windknollen, der höchsten, das ganze Plateau überschauenden Erhebung. Sein Zentrum stand schon auf der Höhe, der linke Flügel sollte im Mühlthal aufwärts längs der Weimarer Straße vordringen, der rechte (Soult) nördlich davon dem Raubentale folgend die Hochfläche ersteigen. Ein dichter Nebel lag auf der Erde, als am frühen Morgen des 14. Oktober zuerst Tauenzien von Lannes angegriffen wurde. Er widerstand tapfer, doch sobald gegen 10 Uhr die Sonne durchbrach und die geringe Stärke der Preußen zeigte, wurde Lannes seiner Herr und warf ihn hinter Dierzehnheiligen zurück, während Holzendorf nach blutigem Ringen auf Apolda hin abgedrängt wurde. Aufgeschreckt vom Kanonendonner bildete jetzt Hohenlohe seine Linie von der Straße nach Apolda links bis nach Jßerstädt hin; noch weiter rechts stand das Gros der Sachsen an der „Schnecke“. Um Dierzehnheiligen entbrannte der heißeste Kampf. Ney und Lannes hatten das Dorf besetzt, ihre Batterien und Schützenschwärme überschütteten über die offene Hochebene hin die preussischen Linien mit ihrem Feuer; wohl standen die tapferen Leute fest in Reih und Glied und gaben Salve auf Salve, ob auch ganze Rotten niedergestreckt wurden; aber als Angereau und Ney mit Verstärkungen anlangten, wurde die preussische Stellung von beiden Flügeln her umfaßt, ein Teil der Sachsen an der Schnecke abgeschnitten und gezwungen die Waffen zu strecken. Umsonst warf sich die Reiterei in einzelnen tapferen Vorstößen auf den Feind; als Rüchel endlich nach 1 Uhr bei Kapellendorf eintraf und sofort angriff, war es zu spät, seine Bataillone wurden in die Flucht

mit hineingerissen. Nur das sächsische Grenadierbataillon „aus dem Winkel“, fest zum Viereck geschlossen, den Fürsten Hohenlohe mit seinem Stabe in der Mitte, wies alle Angriffe kaltblütig ab und ging in musterhafter Ordnung unter klingendem Spiele zurück. Dort beim Weibichtholze vor Weimar sah der Hauptmann Gneisenau mit Entsetzen, wie im Abenddunkel Reiter, Fußgänger, Geschütze und Wagen im wirren Durcheinander rückwärts stuteten, wie jeder Angriff, ja jeder friedliche Hornruf von neuem panischen Schrecken in die flüchtenden Haufen warf. Unauslöschlich haftete dieses Bild in seiner Seele.

Die Hauptmasse ging nach Erfurt zurück, andere Scharen eilten ostwärts und stießen hier in dunkler Nacht auf die noch besser geordneten Kolonnen der Hauptarmee. Erst von ihnen erfuhr der König, was geschehen war; zugleich zeigten ihm die Linien der feindlichen Wachtfeuer, daß Weimar bereits in den Händen der Franzosen und die Straße nach Erfurt gesperrt sei. Da bog er nordwärts nach Sömmerda ab, das er am nächsten Morgen glücklich erreichte; doch indem nun auch die Armee von Jena dieselbe Straße einschlug, ergriff die Auflösung rasch auch die noch festgebliebenen Truppenteile. Der Soldat hatte jedes Vertrauen zu seiner Waffe, seiner Kampfweise, seinen Führern verloren, er fluchte — mit vollem Rechte — den „Federbüschen“, den Generälen, die alles verdorben hätten, die Verbände lösten sich auf, die Fahnenflucht lichtete die Reihen. Auch die höheren Offiziere gaben ihrer großen Mehrzahl nach alles verloren, denn der Mut dieser alten Herren wurzelte lediglich in dem Uberglauben an die Unbesiegbarkeit ihres Heeres, das jetzt so jäh zusammengebrochen war, sich selbständig zu entscheiden hatten sie nicht gelernt. So kapituliert schon am Tage nach der Schlacht Erfurt ohne einen Schuß, und die kriegsgefangene Besatzung, über 10000 Mann, die der feste Husarenleutnant Helwig auf dem Wege nach Eisenach mit nur 50 seiner Leute befreite, weigerte sich die Waffen aufzunehmen, „eine furchtbare Kritik des alten Systems“. In Sondershausen übernahm Fürst Hohenlohe auf Weisung des Königs, der selbst nach dem Osten vorauseilte und erst in Küstrin mit der Königin wieder zusammentraf (20. Oktober), den Oberbefehl über das gesamte Heer und führte es weiter nach Nordhausen; dort endlich brachte Scharnhorst einige Ordnung in den Wirrwarr. Es galt jetzt Magdeburg zu erreichen, um dort einen neuen Stützpunkt für die Verteidigung zu gewinnen. Die Hauptmasse schlug dahin die Straße über Mansfeld ein, die Nachhut mit dem schweren Geschütz führten Blücher und Scharnhorst westlich um den Harz, der Herzog von Weimar marschierte von Heiligenstadt her durch den westlichen Teil des Gebirges. Doch schon war es höchst zweifelhaft, ob der ganze Plan durchführbar sein werde. Denn Napoleon zog auf der Sehne des Bogens, den die geschlagene Armee beschrieb. Er war seines Erfolges ganz sicher. Schon am 15. Oktober hatte er den preussischen Provinzen bis zur Weichsel eine Brandschatzung von 159 Millionen Francs auferlegt; an demselben Tage entließ er die gefangenen Sachsen in die Heimat und befahl das Land als neutral zu behandeln, was ihn übrigens keineswegs abhielt, schwere Leistungen (im ganzen 27 Millionen Francs) zu fordern und in Leipzig die englischen Waren mit Beschlagnahme zu belegen. Infolgedessen trennte sich schon am 17. Oktober Jexschwitz mit den Trümmern

Der Rückzug nach der Elbe.



seines Korps, wenig über 3000 Mann, in Mansfeld von den Preußen, und König Friedrich Wilhelm selbst riet dem Kurfürsten, er möge nach eigenem Ermessen für das Beste seines Landes sorgen. Damit lagen die sächsischen Elbübergänge den Franzosen offen. Denn auch das preussische Reservekorps, 11000 Mann, unter Prinz Eugen von Württemberg wurde am 17. Oktober bei Halle geschlagen und zur Ergebung genötigt. Der Weg nach Berlin war frei.

Napoleon  
in Berlin.

Wie heulende Windstöße waren dort über die entsetzte Bevölkerung die Hiobsposten hereingebrochen; erst kaum geglaubt wirkten sie dann betäubend, niederschmetternd. Verzweifelt schrieb H. v. Kleist auf die Kunde von Auerstädt: „40000 Mann auf dem Schlachtfelde und doch kein Sieg! Es ist entsetzlich!“ Die unbehilflichen Behörden aber wußten nichts anzufangen ohne Befehl von oben. Der Gouverneur von Berlin, Graf von der Schulenburg-Kehnert, bezeichnete in einem Anschlag Ruhe als die erste Bürgerpflicht, den Eintritt von Freiwilligen in das Heer wies man zurück, nicht einmal das Zeughaus wurde geräumt, nur die Kassenbestände rettete der tatkräftige Freiherr vom Stein zunächst nach Stettin und damit die Mittel, den Krieg fortzuführen. Spandau übergab der Kommandant am 24. Oktober auf die erste Aufforderung. Noch an demselben Tage besetzten die französischen Vortruppen die schweigende Hauptstadt. Am 27. Oktober ritt Napoleon selbst von Charlottenburg her durch das Brandenburger Tor die Linden hinunter, die eroberten preussischen Fahnen vor sich, und am Abend brannten die Wachtfeuer seiner Garden vor dem stolzen Königsschlosse der Hohenzollern. Die „Victoria“ ließ er als Siegesbeute wegführen, den Degen und die Orden Friedrichs des Großen sandte er nach Paris zu den Invaliden. Bewundernd hatte er am schlichten Sarge des Königs in Potsdam gestanden, aber verächtlich sah er, wie sieben preussische Minister ihm, dem Eroberer, den Eid der Treue leisteten und wie die Verwaltungsmaschine ruhig für ihn fortarbeitete. Das Volk schaute dem Falle seines Staates stumm und untätig zu; ja hier und da wurde sogar höhnische Schadenfreude laut, als das übermütige glänzende Regiment der Gensdarmen waffenlos und kriegsgefangen die Linden hinabgeführt wurde.

Der  
Rückzug  
nach der  
Oder  
und die  
Auflösung  
des  
preussischen  
Heeres.

Inzwischen hatte Hohenlohe Magdeburg glücklich erreicht, sich aber bald überzeugt, daß bei dem raschen Vordringen des Feindes auch die Elblinie nicht mehr haltbar sei. Er rückte deshalb am 21. Oktober mit 44 Bataillonen und 155 Schwadronen wieder aus, um Stettin und damit die Oderlinie zu gewinnen, bog aber dabei nach dem schlechten Rat seines Generalstabschefs Massenbach fortwährend links aus, verlängerte also seine Marschlinie. Demselben Ziele strebten Blücher und der Herzog von Weimar zu, die sich bei Wolfenbüttel vereinigt hatten und durch die Altmark nach der Fähre von Sandau oberhalb der Havelmündung marschiert waren. Gedeckt von den Jägern des Obersten York in dem meisterhaften Rückzugsgefechte bei Altenzaun (26. Oktober) stellte Blücher schon am 24. Oktober in Neustadt an der Dosse die Verbindung mit Hohenlohe her. Doch schon drängten die Franzosen hitzig vom Süden heran. Am 28. Oktober erreichte Murat die erschöpften Truppen Hohenlohes bei Prenzlau inmitten der Ufersümpfe. Getäuscht von der Lüge des Franzosen, der ihm versicherte, er habe ihn

mit 100000 Mann so gut wie eingeschlossen, und irreführt durch eine oberflächliche Rekognoscierung Massenbachs, die das zu bestätigen schien, streckte der Fürst mit noch etwa 11000 Mann die Waffen. Diesem Beispiele folgte am 20. Oktober ein zweites kleineres Korps bei Pasewalk, am 31. ein drittes bei Anklam; nur etwa 16000 Mann erreichten die Oder. Aber selbst dieser Verteidigungsabschnitt war schon unhaltbar geworden. Denn am 29. Oktober übergab der 81jährige General von Romberg Stettin mit 5000 Mann Besatzung an 800 Husaren, am 1. November überlieferte Oberst Jagersleben auch Küstrin einem Feinde, dem er erst die Kähne schicken mußte, um über die Oder zu kommen!

Auf die Nachricht von der Kapitulation bei Prenzlau beschloßen Blücher und Scharnhorst wieder hinter die Elbe zurückzugehen und so den Franzosen in den Rücken zu fallen. Nach der Vereinigung mit dem Korps des Herzogs von Weimar (30. Oktober), der auf Wunsch des Königs in Havelberg seinen Heerbefehl niedergelegt hatte, zählte Blücher 22000 Mann. Unter furchtbaren Anstrengungen, schon gedrängt von Murat und Bernadotte, später auch von Soult, führte er die Braven hinter dem Müritensee weg der Elbe zu. Erst als er sich überzeugte, daß er sein Ziel nicht erreichen könne, bog er am 4. November nach Gadebusch ab und warf sich nach Lübeck, um womöglich seinen verhungerten und zerlumpten Leuten einige Tage der Rast und Erholung zu schaffen. Am 5. November rückten sie, noch etwa 15000 Mann stark, tolmatt in der Reichsstadt ein und rüsteten die alten Tore und Wälle noch einmal zur Verteidigung. Aber schon am 6. November griffen die Franzosen mit Übermacht an, drangen zuerst durch das Burgtor, dann auch durch das Mühlen- und Holstentor ein, bemächtigten sich nach erbittertem Straßenkampfe am Nachmittage der ganzen Stadt. Scharnhorst und York wurden gefangen, Blücher schlug sich mit noch etwa 9000 Mann nach Ratkau durch in der Hoffnung, Travemünde zu erreichen, aber es ging zu Ende. Am 7. November unterzeichnete er im Pfarrhause von Ratkau die Kapitulation, vom Fieber geschüttelt; „weil ich kein Brot und keine Munition mehr habe“, schrieb er dazu. Aber er hatte bewiesen, was eine entschlossene Führung auch jetzt noch mit preussischen Soldaten zu leisten vermöge, es gab doch einen Lichtpunkt in der Nacht dieser Schande. Um so jammervoller erschien, was in Magdeburg geschah. Am 8. November übergab der 73jährige General von Kleist diese Hauptfestung Preußens, sein unbezwungenes Bollwerk im siebenjährigen Kriege, mit 20 Generalen, 24000 Mann Besatzung, 6000 Pferden und 600 Geschützen dem Marschall Ney, dessen Truppen kaum halb so stark waren und nur Feldgeschütze mit sich führten.

Erst diese schimpflichen Kapitulationen der freilich schlecht gerüsteten Festungen machte die Lage Preußens verzweifelt, denn sie gaben das ganze Flachland bis zur Weichsel in Feindes Hand; nur in Kolberg und Schlesien behaupteten sich noch die preussischen Waffen. Und schon rief zu Anfang November Dombrowski die Polen zum Aufstande auf, die schwachen preussischen Besatzungen wurden überwältigt, die Beamten verjagt. So ergriff Napoleon schon am 23. Oktober Besitz von allen preussischen Landen westlich der Elbe und entthronte am 31. Oktober auch das

Der Zusammenbruch Preußens.

Haus Braunschweig. Der unglückliche, auf den Tod verwundete Herzog mußte nach Holstein flüchten, wo er am 10. November in Ottensen bei Altona verschied. Dasselbe Schicksal traf mit besserem Rechte den Kurfürsten von Hessen. Von Mainz und Wesel her rückten die Franzosen ein, der Kurfürst ging nach Holstein, indem er seinen Staatsschatz dem Frankfurter Juden Amschel Rothschild zinslos anvertraute, und am 8. November entthronte der Eroberer auch das Haus Brabant. Mit Schadenfreude sahen die Hannoveraner, wie die preussischen Adler wieder herabgenommen wurden; mit Jubel und unwürdigen Huldigungen begrüßte der katholische Adel des Münsterlandes die einmarschierenden Franzosen. Mit der Übergabe von Hameln (22. November) und Mienburg (26. November) verschwanden auch die letzten preussischen Besatzungen westlich der Elbe. Im Vollgefühl solcher Erfolge erließ Napoleon am 24. November von Berlin aus das Dekret über die Kontinentalsperre, das für das französische Machtgebiet allen Verkehr mit England verbot und die Wegnahme aller englischen Waren anordnete.

Friedensverhandlungen.  
Der Umschwung.

Da glaubten nun die leitenden Staatsmänner Preußens den Frieden auch mit völliger Unterwerfung erkaufen zu müssen, und rieten dem König, die Bedingungen, die ihnen Napoleon in Wittenberg geboten hatte, anzunehmen. Dieser indes wollte jetzt, nachdem auch Magdeburg gefallen und Polen im Aufstande war, nur noch einen Waffenstillstand gewähren und forderte als Preis dafür den Rückzug der Preußen hinter die Weichsel, die Übergabe von Glogau, Thorn, Graudenz, Danzig, Praga und die Trennung von Rußland. Daraufhin schlossen Jastrow und Lucchesini am 16. November in Charlottenburg ab, Friedrich Wilhelm aber zeigte jetzt, daß er verdiente ein König zu sein. Bestärkt durch den hochsinnigen Mut Luises, die in diesen entsetzlichen Wochen aus einem liebenden Weibe zur Heldin wurde, verwarf er am 21. November im Hauptquartier Osterode gegen die Ansicht von Haugwitz und fast aller Generale den Vertrag und beschloß nach dem Räte Steins, den Krieg auch östlich der Weichsel mit den eben mobilisierten Truppen der Ostprovinzen und mit Hilfe Rußlands fortzuführen. Der unheilvolle Haugwitz nahm darauf seine Entlassung und wurde durch Jastrow ersetzt. Das alte Preußen war zerschlagen, aber die Zeit der Schläffheit und der Selbsttäuschung war zu Ende. Auch im Volke und im Heere wandelte sich die Stimmung, die schwere niederdeutsch-protestantische Art und der tief verwundete preussische Stolz standen den Franzosen viel unzugänglicher gegenüber als das leichtlebige staatlose Volk im Süden und Westen. Nach wenigen Wochen war die spottlustige, kaltvernünftelnde Bevölkerung der Hauptstadt nicht wiederzuerkennen, so ernst und entschlossen erschien sie; dem französischen Verbote zum Trotz war am Geburtstage der Königin jedes Haus illuminiert. Zahlreiche Dienstpflichtige schlugen sich nach Ostpreußen durch, die Jäger Yorks und Blüchers rote Husaren entzogen sich fast alle der Kriegsgefangenschaft. Der Kommandant von Kolberg wies am 8. November die Aufforderung zur Übergabe rundweg ab, und die tapfere Bürgerschaft der kleinen Festung erklärte dem König, sie wolle sich lieber unter den Trümmern ihrer Häuser begraben als sie dem Feinde in die Hände fallen lassen. Auch in Schlessien regte sich ein kräftigerer Geist.

Doch welch' ein Heldennut gehörte dazu, in diesem Augenblicke den Kampf fortzusetzen! Das preußische Heer war bis auf einige Trümmer vernichtet, die Russen hatten eben erst die Weichsel erreicht. England fühlte sich zwar schwer getroffen durch das Berliner Dekret Napoleons, war aber vorläufig kaum imstande wirksam einzugreifen. Dem gegenüber hielt Napoleon jetzt auch die Mittel fast ganz Norddeutschlands in seiner Hand. Am 11. Dezember gewährte er Sachsen den Frieden von Posen unter leidlichen Bedingungen, die darauf berechnet waren, Sachsen ebenso gegen Preußen zu benützen, wie Bayern gegen Österreich. Er nötigte deshalb den Kurfürsten zwar, dem Rheinbunde beizutreten und sofort 6000 Mann gegen Preußen zu stellen, überließ ihm aber den preußischen Kreis Kottbus, bewilligte ihm die Königswürde und verschaffte ihm die rechtliche Gleichstellung der sächsischen Katholiken mit den Lutheranern. Mit großem Prunk wurde dann am 20. Dezember die Annahme der Krone in Dresden verkündigt, und gedankenloser Jubel verherrlichte im Lande diese Rangserhöhung. Am 15. Dezember verschaffte dann auch die allzeit bereite Vermittlung des gewandten nassauischen Ministers Hans von Gagern den Ernestinern die Aufnahme in den Rheinbund, obwohl dem Herzog Karl August seine feste Treue gegen Preußen beinahe sein Land gekostet hätte; im April 1807 folgten auch die übrigen kleinen norddeutschen Fürsten, mit Ausnahme beider Mecklenburg und Oldenburgs, die erst 1808 beitraten. Doch erhielt keiner von ihnen eine Vergrößerung, da der Eroberer in ihnen nur Anhänger Preußens sah. Auch die aufständischen Polen stellten ihm Tausende von Streitern zur Verfügung und begrüßten ihn mit hoffnungsfrohem Jubel, als er am 27. November in Posen, am 2. Januar 1807 in Warschau einzog. Damit war die preußische Aufstellung hinter der Weichsel in der linken Flanke gefaßt, noch ehe hier der Kampf begann.

Er begann mit einem Rückzuge. Denn der russische Oberbefehlshaber Bennigsen war, wie die russischen Generale überhaupt, diesem Kriege für Preußen durchaus abgeneigt und wich deshalb schon Anfang Dezember ostwärts zurück. Da mußte auch das kleine preußische Korps Lestocq (etwa 15000 Mann) die bisher tapfer verteidigten Weichselübergänge des Kulmerlandes und selbst Thorn preisgeben und hinter die nächste Seenkette zurückgehen. Infolgedessen überschritten die Franzosen die Weichsel und begannen im Januar die Belagerung von Graudenz, wo der tapfere alte Courbière befehligte. Nachdem indes Bennigsen die ihm folgenden Franzosen bei Pultusk am Narew blutig abgewiesen hatte (26. Dezember), entschloß er sich nach Ostpreußen zu marschieren, um mindestens das gefährdete Königsberg zu decken. Dort hatte inzwischen das Vordringen des Feindes solchen Schrecken erregt, daß die schwerkranke Königin am 3. Januar 1807 mit ihren Kindern über die Kurische Nehrung in Sturm und Schneegestöber nach Memel flüchtete. Doch Napoleon hielt an, denn die endlosen Märsche in diesem dünnbevölkerten, bald ausgezogenen Lande, auf schlechten Wegen und in harter Winterzeit erschöpften die Kräfte seines Heeres, das durch leichte Erfolge in reich kultivierten Gebieten verwöhnt war; er bezog Winterquartiere vom Narew bis zum frischen Haff, um im Schutze dieser Aufstellung Danzig und Graudenz zu be-



zwingen, und wirklich wurde am 22. Januar die Stadt Graudenz unterhalb der hochliegenden Festung erstürmt. Da beschloß Bennigsen, dem Marschall Ney, der durch eine unvorsichtige Vorwärtsbewegung auf Königsberg den linken Flügel bloßgestellt hatte, energisch auf den Leib zu gehen. Das Korps Lestocq, jetzt mit Scharnhorst als „Gehilfen“ des altersschwachen untuglichen Generals, befreite dabei durch einen kühnen Vorstoß Graudenz und die Weichselniederung, Bennigsen drängte Bernadotte am 25. Januar bei Mohrungen zurück, blieb dann jedoch an der Passarge stehen und gab somit Napoleon Zeit, überlegene Streitkräfte zum Angriff auf Königsberg heranzuziehen. Um diesem entgegenzutreten, nahm Bennigsen mit nur 50000 Mann weit rückwärts auf der verschneiten Hochebene hinter Preußisch-Eylau eine feste Stellung, und wies Lestocq an, ebenfalls herbeizueilen. So kam es am 7. und 8. Februar 1807 zur „gräßlichsten aller seit einem halben Jahrhundert gelieferten Schlachten“. Am ersten Tage wurde Eylau nach blutigem, wechselvollem Ringen von den Russen schließlich in der Nacht geräumt, und der französische Angriff auf die Höhen dahinter am 8. Februar endete mit der Umklammerung des linken russischen Flügels. Schon war auch das Dorf Kutschitten und damit die Rückzugsstraße verloren, da trifft nach gewaltigen Eilmärschen und beständigen Gefechten gegen Ney nachmittags 1 Uhr Scharnhorst mit nur 5000 Mann auf dem Schlachtfelde ein. Mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen gehen seine fünf Kolonnen aus dem Walde vor und entreißen den Franzosen alle gewonnenen Stellungen; am Abend lagerten die Preußen auf dem eroberten Schlachtfelde. Die Franzosen gingen hinter die Passarge zurück. Zum erstenmale hatte Napoleon nicht gesiegt, und die misshandelten Gegner von Auerstädt hatten ihm den Lorbeer entwunden.

Minister-  
wechsel und  
Bündnis  
mit  
Rußland.

Die unerwartete Fähigkeit dieses Widerstandes nach so zerschmetternden Niederlagen machte auf den siegverwöhnten Eroberer doch tiefen Eindruck. Er bot durch Bertrand dem König in Memel die Rückgabe seiner Staaten an, wenn er sich von Rußland trenne. Doch auch diesmal lehnte der König, von Hardenberg beraten, ab (19. Februar) und berief die Männer des entschlossensten Widerstandes ans Ruder. Noch am 3. Januar 1807 hatte er Stein „als einen widerspenstigen, trotzig, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener“ ungnädig entlassen, weil der stolze Freiherr als Bedingung bei der Übernahme des auswärtigen Ministeriums in dem am 19. Dezember neugebildeten Ministerkonseil die Aufhebung des Kabinetts verlangte. Jetzt löste der König wirklich diese Behörde auf, übertrug Hardenberg die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und aller mit dem Kriege zusammenhängenden Geschäfte und gab Jastrow den Abschied.

Hardenberg, 1750 in Hannover geboren und erst seit 1791 als Minister für Franken im preußischen Staatsdienst, lebte ganz und gar in den humanen und aufgeklärten Ideen des 18. Jahrhunderts, war auch von der sittlichen Leichtfertigkeit der höfischen Gesellschaft nur allzusehr angesteckt, aber er gehörte seit dem Frühjahr 1806 zu den entschlossensten Gegnern Napoleons und verband mit einer freundigen, unbegrenzten Zuversicht eine lebenswürdige Gewandtheit, die mit dem König besser zu verkehren wußte als der ungestüme Freimut Steins.

Auch mit Rußland hatte sich das Verhältniß fester gestaltet. Am 2. April erschien Alexander I selbst in Memel; er führte dem tiefgebeugten König bei Georgenburg am Njemen seine neuangekommenen Regimenter vor und rief vor ihrer Front dem Freunde zu: „Nicht wahr, keiner von uns beiden fällt allein? Entweder beide zusammen oder keiner von beiden!“ Eifrig wurden die Rüstungen betrieben, 19 Reservebataillone mit Blüchers Hilfe, der ausgewechselt worden war, gebildet, mit Schweden und England über eine Landung verhandelt; der Hof kehrte am 12. April nach Königsberg zurück. Endlich brachten Hardenberg und Scharnhorst am 26. April in Bartenstein den Bundesvertrag mit Rußland zustande. Beide Mächte wollten den Krieg fortführen, bis Preußen sein Gebiet von 1805 (also ohne Hannover) wieder erlangt habe, der Rheinbund vernichtet und das linke Rheinufer erobert sei. Dann sollte Deutschland als ein Bund souveräner Staaten konstituiert werden, im Norden unter preussischer, im Süden unter österreichischer Führung, gemäß dem friedlichen Dualismus, dem Hardenberg jetzt unbedingt anhing. Für Österreich, England und Schweden blieb der Beitritt offen. Verwegene Gedanken in dieser Lage, aber die Gedanken der Zukunft.

Nochmals stieg ein Hoffnungsschimmer auf. Noch wehten ja auch die schwarz-weißen Fahnen an der unteren Weichsel, an der pommerschen Küste und in den schlesischen Bergen. In Schlessien standen zunächst freilich nur etwa 14000 Mann, aber der Geist der Bevölkerung war vortrefflich, und der Prinz Jérôme verfügte nur über 22000 Mann, meist Bayern, Württemberger und andere Rheinbündner, die leider noch roher austraten als die Franzosen. Anfangs lieferte trotzdem nun auch hier die Mutlosigkeit der Kommandanten eben die größeren Plätze dem Feinde nach schwachem Widerstande in die Hände, Glogau am 2. Dezember, Breslau am 5. Januar, Brieg am 16. Januar 1807, selbst das wohlversehene, vielumkämpfte Schweidnitz fiel am 7. Februar. Dagegen widerstanden Neiße, Kosel, Silberberg und Glatz, und seit Anfang März 1807 schaltete Graf Friedrich Götzen, ein Jugendfreund des Königs, nachdem er anfangs unter dem unfähigen Fürsten von Anhalt-Pleß hatte dienen müssen, als Generalgouverneur der Provinz (geb. 1767). Ein Mann von tatkräftigster Vaterlandsliebe, unermüdlich, niemals um Rat und Auskunft verlegen, bildete er mit den dürftigsten Mitteln und in der verzweifeltsten Lage aus Freiwilligen und Versprengten ein kleines Heer, in dem es keine entehrenden Strafen mehr gab und jedem Tapfern die Bahn nach oben offen stand; er schaffte Vorräte und Waffen, knüpfte selbständig Verhandlungen mit Österreich und mit allen Gegnern Napoleons an, und die Schwäche des Leibes mit der Heldenkraft seines Geistes bezwingend, behauptete er in unaufhörlichen Kämpfen das herrliche Glatzer Gebirgsland, seine Heimat, gegen den Andrang der Franzosen. Neiße freilich mußte sich am 16. Juni ergeben, aber Kosel, Glatz und Silberberg rettete der Friede, da dort Oberst Puttkamer, hier Graf Götzen einen Vertrag erlangt hatte, der sie zur Übergabe nur dann verpflichtete, wenn bis zum 18. oder 26. Juli keine Hilfe komme.

Der  
Festungs-  
krieg in  
Schlessien.

Noch heller strahlte Kolbergs Ruhm. Die Werke waren verfallen, die Ge-  
schützausrüstung mangelhaft, die Besatzung, meist Polen, schwach und unzuverlässig,

der Kommandant, der Oberst Foucadou, der Aufgabe nicht recht gewachsen, namentlich abgeneigt, die Hilfe der Bürgerschaft anzunehmen. Doch hielt der Husarenleutnant Ferdinand von Schill an der Spitze eines kleinen, allmählich sich vergrößernden Korps durch feste Streifzüge den Feind solange von der Festung fern, daß es gelang, die Wälle instand zu setzen, durch Außenwerke zu verstärken und auch die Besatzung zu vermehren, zuletzt bis auf 6000 Mann, alles unter eifriger Teilnahme der Bürgerschaft, besonders des wackeren Bürgerrepräsentanten Joachim Nettelbeck (geb. 1738), der schon gegen die Russen seine Vaterstadt hatte verteidigen helfen und in „den Stürmen eines vielbewegten Lebens“ als wetterharter Seemann und fester Charakter erprobt war. Seit dem 14. März 1807 war Kolberg eingeschlossen, aber die eigentliche Belagerung begann Mortier erst am 18. April mit 9000 Mann Italienern und Rheinbündnern. Da inzwischen das Verhältnis der Bürgerschaft zu Foucadou sich immer schlechter gestaltet hatte, wagte es endlich Nettelbeck, vom König einen anderen Kommandanten zu erbitten. Als solcher traf am 29. April zur See der Major August Neidhard von Gneisenau in der Festung ein.

Geboren am 27. Oktober 1760 in Schilda bei Torgau, wo sein Vater, Offizier bei der Reichsarmee, damals die Mutter hatte zurücklassen müssen, hatte er in einer unstäten und oft dürftigen, aber auch vielfach angeregten und fröhlichen Jugend sich durch eigene Arbeit gebildet und war 1778 Offizier in österreichischem, 1779 in ansbachischem Dienste geworden; als ansbachischer Leutnant war er 1782/83 im englischen Solde in Nordamerika, ohne indes ins Gefecht zu kommen. Im preussischen Dienste (seit 1786) stand er lange Zeit als Hauptmann in einer kleinen schlesischen Garnison, aber damals studierte er Napoleons Feldzüge auf das Gründlichste.

Ein Held vom Wirbel bis zur Zehe, ein geborener Herrscher, lebensfroh und doch gedankenvoll, ein glänzender Redner, verwegen und doch besonnen, so trat der schöne, schlanke Mann mit dem feurigen Auge und der klangvollen Stimme gleich am Morgen nach seiner Ankunft auf der Bastion „Preußen“ vor die Besatzung. „Ein neuer Geist und ein neues Leben“, sagt Nettelbeck, „kam mit ihm wie vom Himmel herab in alles, was mit und um uns vorging.“

Statt den feindlichen Angriff abzuwarten, ging er ihm entgegen, machte aus der Wolfsbergschanze im Osten der Stadt ein Festungswerk, das der Feind erst nach einer förmlichen Belagerung von 25 Tagen bezwingen konnte (11. Juni), setzte die flache Umgebung weithin unter Wasser und störte durch unaufhörliche Ausfälle den Fortgang der Belagerungsarbeiten. Aber der Feind verstärkte sich unter General Loison schließlich bis auf 24 000 Mann und begann mit dem Morgengrauen des 1. Juli eine furchterliche Beschießung, die binnen 36 Stunden über 6000 Kugeln in die Festung warf. Angesichts der aufsteigenden Feuersbrünste in der Stadt und umzittert von Geschossen stand Gneisenau mit Nettelbeck auf der hochragenden Bastion „Preußen“ mit dem weiten Blick über Land und See und leitete kaltblütig die Verteidigung gegen den immer ungestümer von allen Seiten andrängenden Feind. Da am Nachmittage des 2. Juli, als die Spannung aufs höchste gestiegen war, schwieg plötzlich das Feuer: die Nachricht vom Waffenstillstande (21. Juni) war eingetroffen und Kolberg, der letzte größere Hafenplatz Preußens, war gerettet.

Danzig. Einen weniger glücklichen Verlauf hatte die Belagerung Danzigs, für dessen ausgedehnte Riesenwälle freilich auch die Besatzung von 20000 Mann unter Graf





Kalkreuth nicht völlig hinreichte, so umsichtig auch der wackere Ingenieur Pullet die Verteidigungsarbeiten leitete. Esèvre umschloß es mit 40000, später mit 60000 Mann, nahm am 20. März auch die frische Nehrung und begann am 24. April die Beschießung. Als Mitte Mai ein russischer Entsatzversuch mißlungen und auch der Holm und damit die Verbindung mit der See verloren war, mußte Kalkreuth am 25. Mai mit seinen 12000 erschöpften Leuten gegen freien Abzug die Festung übergeben. Nur Graudenz hielt sich noch.

Dem allen hatten die russischen Heerführer trotz alles Drängens der Preußen untätig zugeesehen. Das Land litt entsetzlich unter den ungeheuren Lieferungen und den Plünderungen der rohen Bundesgenossen, die Franzosen aber gewannen Zeit sich bis auf 200000 Mann zu verstärken, während die Verbündeten im ganzen nur über 120000 Mann verfügten. Nur Blücher ging im Mai von Pillau zur See nach Rügen, verstärkte hier sein Korps und führte es am 12. Juni nach dem Festlande hinüber, um über die Peene und Swine zum Entsatze Kolbergs vorzudringen. Aber erst als auch 8000 Engländer erschienen waren und der schwedisch-französische Stillstand mit dem 13. Juli zu Ende ging, konnte er den Vormarsch antreten. Inzwischen war endlich Anfang Juni nach dem Falle Danzigs auch Bennisgen widerwillig zum Angriff übergegangen. Doch Napoleon drängte sich zwischen ihn und Estdocq, so daß die Russen wieder hinter die Alle wichen. Bei Heilsberg schlugen sie am 10. Juni einen Angriff der Franzosen siegreich zurück, setzten jedoch ihren Rückzug ostwärts fort und erlitten am 14. Juni, am Jahrestage von Marengo, bei Preußisch-Friedland eine schwere Niederlage. Nun waren alle Anstrengungen des preußischen Korps, Königsberg zu halten, vergeblich. Die königliche Familie war schon am 6. Juni wieder nach Memel gegangen, am 16. zogen die Franzosen in der Hauptstadt Ostpreußens ein. Dort hinter dem Njemen, im äußersten Nordostwinkel deutscher Erde, sammelten sich die letzten Trümmer des preußischen Heeres um ihren König.

Die letzte Entscheidung in Ostpreußen.

Da gab der wankelmütige Zar den Stimmen der russischen Friedenspartei Gehör und schloß am 21. Juni einen Waffenstillstand, ohne den König auch nur zu benachrichtigen. Bei einer persönlichen Zusammenkunft auf einem Floß, das bei Tilsit mitten im Njemen verankert lag, bezauberte dann Napoleons überlegene Kunst den jugendlich unerfahrenen Zaren vollständig durch die lockende Aussicht, mit ihm im Bunde Europa zu beherrschen, Finnland von Schweden, die Donaufürstentümer von der Türkei zu gewinnen (25. Juni). Preußens Lage dagegen wurde durch eine zweite Unterredung, der auch der König beiwohnte, eher verschlimmert, da Friedrich Wilhelm zu ehrlich war, um seine Gefinnung zu verbergen. Auf den Rat Kalkreuths entschloß sich daher Königin Luise, die früheren Kränkungen des Gegners nicht achtend, den harten Sieger selbst um mildere Bedingungen anzugehen und erschien am 6. Juli bei ihm in Tilsit; indes so fein sie die Unterhaltung zu beherrschen wußte und obwohl sie eines persönlichen Eindrucks auf Napoleon, der übrigens hier durchaus Cavalier blieb, nicht verfehlte, zu ändern vermochte sie nichts mehr. Noch am 7. Juli kam der Friede mit Rußland zum Abschluß. Alexander schloß ein Schutz- und Trugbündnis mit Napoleon, erkannte die neue Ordnung der

Der Friede von Tilsit.

Dinge in Deutschland und Italien an, trat der Kontinentalsperre bei und erhielt dafür die Aussicht, sich auf türkische Kosten zu vergrößern, ja er schämte sich nicht, zum Entsatz für die Ionischen Inseln und Cattaro den preussischen Kreis Bialystok anzunehmen. Mit Preußen wurde überhaupt gar nicht verhandelt, vielmehr mußten Kalckreuth und Graf Goltz am 9. Juli 1807 ohne weiteres die Bedingungen unterzeichnen, die Napoleon ihnen buchstäblich diktiert ließ. Nur „aus Achtung vor dem Kaiser aller Reußen“, so lautete der Eingang des Vertrags, gab Napoleon dem König die Provinzen Preußen (doch ohne Danzig und Thorn), Pommern, Schlesien und Brandenburg bis zur Elbe, im ganzen 2880 Quadratmeilen mit etwa  $4\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern, zurück; alles Land westlich der Elbe vor allem die sozial und wirtschaftlich viel höher als der Osten entwickelten Provinzen jenseits der Weser und die neuen polnischen Provinzen, die große Hälfte des Staats, wurden abgetrennt, dazu blieben in Glogau, Küstrin und Stettin französische Besatzungen, und drei Armeekorps mußten im Lande auf preussische Kosten verpflegt werden bis zur Abzahlung der Kontribution. Selbst Ostpreußen wurde erst im Dezember 1807 vollständig geräumt. Aus den abgetretenen polnischen Gebieten bildete Napoleon das Herzogtum Warschau, 1850 Quadratmeilen, das er dem König von Sachsen als erblichen Besitz übertrug, wobei noch die längst erstrebte sächsische Post- und Militärstraße durch Schlesien festgesetzt wurde. Danzig wurde eine freie Hansestadt unter preussischem und sächsischem Schutze und mit französischer Besatzung, also eine französische Festung; auch Erfurt verband Napoleon unmittelbar mit dem französischen Reiche. Aus preussischen, hessischen und braunschweigischen Gebieten setzte er das neue Königreich Westfalen für seinen Bruder Jérôme zusammen (gegen 700 Quadratmeilen), Berg vergrößerte er durch Münster, Mark, Tecklenburg, Eingen u. s. f. auf 314 Quadratmeilen. Hannover behielt er vorläufig unter eigener Verwaltung.

Das rheinbündische Deutschland.

So war Preußen zertrümmert, auf die ostelbischen Koloniallande beschränkt und fast ein reiner Agrarstaat, auf drei Seiten von rheinbündischem oder polnischem Gebiete umklammert, von französischen Militärstraßen durchschnitten und bis zur Abzahlung der Kontribution von französischen Truppen besetzt. Zwei Drittel des außerösterreichischen Deutschland gehörten zum Rheinbunde, Österreich war weit in den Osten zurückgeschoben. In sich zerrissen und in der furchtbaren Pressung zwischen der französischen und der russischen Übermacht hatte Deutschland keine Möglichkeit, sich wieder zu erheben, so lange das Einvernehmen zwischen diesen beiden großen Mächten fort dauerte. Aber auch das innere politische Leben des rheinbündischen Deutschland veränderte sich fast überall von Grund aus. Der harte Zwang zur militärischen Leistungsfähigkeit, den der Protektor ausübte, und die Zusammensetzung der meisten dieser Staaten aus altangestammten und neuerworbenen Gebieten nötigte sie dazu, nach dem Muster des Napoleonischen Frankreich die straffe monarchische Staatseinheit durchzuführen, das Heerwesen auf inländische Aushebung (Konstriktion) zu begründen, den Verkehr zu entfesseln, die Freiheit des Bauernstandes mindestens anzubahnen, die alte kirchliche Ausschließlichkeit, wo sie noch bestand, aufzugeben.

Um gründlichsten und schnellsten geschah das in denjenigen völlig geschichts-<sup>Die neuen Zufalls-  
staaten.</sup> losen Zufallsstaaten, die Napoleons Willkür ganz neu gebildet hatte, in seiner Musterschöpfung, dem Königreich Westfalen, im Großherzogtum Berg und in dem Staate des Fürstprimas. Betrachtete man doch alle diese Gebiete in Frankreich schon als künftige französische Departements. Etwas anders standen die kleinen Rheinbundstaaten, die an einen historischen Gebietskern seit 1803 neue Erwerbungen geschlossen hatten und ihren alten Fürstenhäusern verblieben waren, wie Baden und Nassau. Da hier die Regierung schon bisher im Sinne der Aufklärung geführt worden war, vollzogen sich die Umgestaltungen im ganzen schonend.

Dem Königreich Westfalen gab der Protektor selbst am 15. November 1807 eine Konstitution, die die französische Landeseinteilung (in Departements) und Verwaltung einführte, einen Reichstag errichtete, alle Privilegien und Standesunterschiede aufhob und den Code Napoléon in Kraft setzte. Neben den windigen französischen Abenteurern, die bald den liederlichen und würdelosen Hof des Königs „Eustif“ in Kassel füllten, gaben sich auch deutsche Staatsmänner und Gelehrte dazu her, dem fremden Emporkömmling zu dienen, so vor allem Johannes von Müller, der gefeierte Geschichtschreiber der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der begeisterte Bewunderer Friedrichs des Großen, der in schimpflicher Gesinnungslosigkeit und Eitelkeit es jetzt an der Zeit fand, „sich gänzlich umzudenken“ und sich willenlos dem großen Manne hinzugeben, „vor dem die Welt schweigt“ († 1809). Kaum minder charakterlos beiferte sich der alternde Fürstprimas Dalberg, seinen „Primatialstaat“ ganz nach französischer Weise zu gestalten, und als es dem hohen Protektor vollends gefallen hatte, daraus das Großherzogtum Frankfurt zu gestalten (Februar 1810) und das Recht der Nachfolge seinem Stieffohne, dem Vizekönig von Italien, zu übertragen, fühlte sich Dalberg vollends nur noch als Plaghalter des künftigen Herrn, führte deshalb die westfälische Verfassung und das französische Recht ein. Berg entbehrte nicht ganz des historischen Kernes, doch trat dieser seit den Erwerbungen des Tilsiter Friedens sehr zurück, und als Napoleon nach der Erhebung Murats zum König von Neapel (1. August 1808) das Land für seinen unmündigen Neffen, den Sohn seines Bruders Ludwig von Holland, in Besitz und Verwaltung nahm, gab er ihm die französische Ordnung. — In Baden hob der greise Karl Friedrich (s. S. 154), in Hessen-Darmstadt der Großherzog Ludwig, in Nassau, das 1806 aus der Vereinigung der Gebiete der Einien Usingen und Weilburg hervorging, der Minister Hans von Gagern die alten territorialen Stände auf. In allen drei Ländern wurde dann die Staatseinheit diesen mosaikartig zusammengesetzten Gebieten auferlegt und die Einrichtungen nach französischem Muster durchgeführt.

Mit wahrhaft revolutionärer Gewaltsamkeit brach dagegen die neue Zeit schon Bayern.<sup>Bayern.</sup> vor 1806 über die verrotteten Zustände Bayerns herein. Schon Mar Joseph (seit 1799) stand als geborener Pfälzer in seiner religiösen Duldsamkeit (er war zweimal mit protestantischen Prinzessinnen vermählt) und seiner ganz französischen Bildung dem altbayrischen Wesen fremd gegenüber, aber er war vor allem ein leutseliger, heiterer, lebensfroher Herr, ein trefflicher Familienvater, der bald ungewöhnliche Popularität gewann, und viel zu gutmütig und bequem, als daß er persönlich die Mühen der Umgestaltung auf sich genommen hätte. Sein vertrauter Minister Mar Joseph Graf von Montgelas dagegen (geb. 1759), der Sohn eines altsavoyischen Geschlechts, war ein Fanatiker der Aufklärung, ein eifriger Illuminat, mehr französisch als deutsch gebildet, voll Haß gegen das historisch Gewordene, ohne jedes

Verständnis für die Eigenart des bayrischen Stammes, den er verächtlich eine nation bornée nannte, und doch ein grundsätzlicher Partikularist, der von deutsch-nationalen Pflichten keine Ahnung hatte und den alten Bund Bayerns mit Preußen unbedenklich mit dem Anschluß an Frankreich vertauschte, weil er von jenem nichts, von diesem alles zu fürchten und zu hoffen hatte. So gestaltete er denn Bayern, Tirol mit eingeschlossen, von Grund aus neu.

Schon 1799 beseitigte er die vier Provinzialministerien (für Kurbayern, die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach) und begründete vier Fachministerien, damit also die Einheit der Verwaltung; i. J. 1805 trennte er die Verwaltung von der Rechtspflege, in dem großen Reformjahre 1808 teilte er das ganze Land, Tirol mit eingeschlossen (damals 1636 Quadratmeilen mit 3<sup>1</sup> Millionen Einwohnern), in fünfzehn Kreise (Departements), die er Generalkommissären (Präfecten) unterstellte, verwandelte die Gemeinden in abhängige Municipalitäten, beseitigte durch die der westfälischen nachgebildete Verfassungsurkunde vom 1. Mai 1808 alle altständischen Ausschüsse und Körperschaften, setzte an ihre Stelle eine „Reichsversammlung“, die niemals berufen wurde, hob die Leibeigenschaft und alle geschlichen Standesunterschiede grundsätzlich auf. In der Befreiung des Bauernstandes, der Teilung des Gemeindelandes, der Entfesselung des Verkehrs durch Beschränkung der Zunftrechte, Erleichterung der Aus- und Einfuhr, Bau von Straßen und tatkräftige Handhabung der Polizei wurde energisch gearbeitet, das Steuerwesen neu geordnet, das bisher ganz vernachlässigte Heer auf Grund der Konfektion (seit 1808) bald zu einer trefflichen Truppe (mit dem Raupenhelm nach englischem Vorbilde) umgeschaffen. Die Kirche betrachtete Montgelas in Josephs II. Weise nur als eine Anstalt zur Erreichung staatlischer Zwecke. Er löste den alten geistlichen Rat schon 1802 auf, stellte die Geistlichkeit unter die weltlichen Gerichte, übertrug die Verwaltung des Kirchenvermögens einem kurfürstlichen Administrationsrat, hob die meisten Bettelklöster auf und entzog den Bischöfen die Ernennung der Pfarrer. Nachdem er dann schon 1801 die Ansiedlung von Protestanten gestattet hatte, gab er nach den großen, teilweise protestantischen Erwerbungen von 1803 allen christlichen Bekenntnissen Kultusfreiheit und politische Gleichberechtigung, die die Verfassung von 1808 bestätigte. Die Leitung des Unterrichtswesens übergab er 1802 an die Generalschuldirektion, indem er zugleich den Schulzwang einführte, die geistlichen Anstalten, auch die alte Jesuitenuniversität Ingolstadt hob er auf, begründete dafür die neue Universität Landshut und die Akademie der Wissenschaften (1807), an die er zahlreiche auswärtige protestantische Gelehrte berief. Mit derselben Rücksichtslosigkeit handhabte nun Montgelas dieses Verfahren auch in der schönsten und natürlichsten Erwerbung Bayerns, in Tirol, obwohl doch hier der alte Nachbarhaß, die Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und die Verstimmung über die unvermeidliche Störung der alten Absatzwege eine vorsichtige Behandlung dieses tapferen hochkonservativen Gebirgsvolkes empfohlen hätten und der Friede von Preßburg die Erhaltung der alten Landesverfassung sogar ausdrücklich vorschrieb. Statt dessen entzog Montgelas schon 1807 den Ständen ihre Verwaltung, hob 1808 sie und das Landesgubernium gänzlich auf und führte die bayrische Kreiseinteilung durch, so daß die Landeseinheit zerrissen wurde und im amtlichen Sprachgebrauch selbst der Name Tirol verschwand. Unter den übrigen Neuerungen nach bayrischem Muster kränkte keine dieses streng kirchliche, mit seiner Geistlichkeit festverwachsene Bauernvolk so sehr, als die Einziehung eines Teiles der Kirchengüter und die Verbannung des Bischofs von Trient, der auf die Ernennung der Pfarrer nicht verzichten wollte, und noch mehr steigerte die Roheit der bayrischen Beamten den Groll.

Freilich wurde die hastige Umgestaltung altgewohnter Verhältnisse, die Verschleuderung des eingezogenen Stiftungsvermögens, die mangelhafte Durchführung



der neuen Besteuerung, die wachsende Finanznot allerorten bitter empfunden. Andererseits fand die Regierung doch auch warme Anhänger unter den zahlreichen alten Illuminaten, und sicher ist, daß Montgelas, dieser Verächter alles bayrischen und deutschen Wesens, zuerst den Bann gebrochen hat, der die Kräfte dieses reich begabten Stammes in dumpfer Erstarrung hielt, daß er Bayern in die große Gemeinschaft deutschen Lebens wieder eingeführt und den modernen Staat hier begründet hat.

Viel heftiger noch als in Bayern rang im altständischen Württemberg. Württemberg das Alte mit dem Neuen (s. S. 155). Mit Friedrich II. war dort i. J. 1797 ein Despot auf den Thron gelangt, wie ihn Deutschland niemals gesehen hatte. Hochbegabt und willenskräftig, aber von Jugend auf trotzig, stolz bis zur Selbstvergötterung, und oberflächlich erzogen, der schwäbischen Heimat entfremdet durch zehnjähriges Verweilen im preussischen und russischen Dienst, dann durch ebenso lange Reisen im Auslande, hatte er mit Ungeduld auf den Antritt der Herrschaft gewartet und trat sie jetzt an mit der Meinung, daß nur sein Wille, seine Ansicht berechtigt und jeder Widerspruch dagegen eine Auflehnung sei. Bald erinnerte sein Hof mit seinen vier „Kronämtern“, seinem Prunk, seiner Üppigkeit, seinen grausamen Jagden an die glänzendsten und ärgsten Zeiten Karl Eugens. Die neuen Erwerbungen d. J. 1803 gestaltete er zu einem selbständigen, absolut regierten Staate „Neu-Württemberg“ mit der Hauptstadt Ellwangen um, der mit „Alt-Württemberg“ nichts gemein hatte, als den Herrscher und das Heer. In Alt-Württemberg legte die alte Landesverfassung seiner Willkür zunächst noch Fängel an. Aber schon seit 1799 rang er mit den Ständen in bitterem Streit um die Frage, ob das „Land“ allein die Kriegskosten und -schäden zu tragen habe, oder auch sein Kammergut. Endlich kündigte der Kurfürst am Abend des 30. Dezember 1803 dem ständischen Ausschuss die Aufhebung der alten Verfassung an, im Januar 1806 entband er darauf alle Beamten und Stadträte ihres Verfassungseides und forderte von allen Untertanen den unbedingten Treueid, am 13. März endlich vereinigte er Alt- und Neu-Württemberg zu einem straff zentralisierten „Reiche“ (529 Quadratmeilen mit  $1\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern).

Es wurde ein Staatsministerium begründet, die Einheit der Kassen hergestellt, das Land in zwölf Kreise geteilt, die Gemeindeämter von der Regierung besetzt, die obrigkeitlichen Rechte des früheren reichsunmittelbaren Adels aufgehoben, die Finanzen auf Grund neuer, sehr hoher Steuern gut geordnet, das Heer völlig umgestaltet. Den mediatisierten Adel behandelte der nunmehrige König mit geifflentlicher Geringschätzung und schnitt ihm nicht nur jede Möglichkeit der Auswanderung ab, sondern zwang auch diese grollenden Herren, mindestens drei Monate des Jahres in Stuttgart zuzubringen. Von einer Aufhebung der bäuerlichen Lasten und der Zünfte war dagegen keine Rede, und die Maßregeln zur Förderung des Verkehrs, wie die Gründung von Friedrichshafen am Bodensee (Buchhorn), der Bau trefflicher Straßen, die Einheit von Maß und Gewicht wurden in ihrer Wirkung durch zahlreiche drückende Monopole und hohe Zölle gehemmt. Mit dem Falle der Landesverfassung hatte auch die Landeskirche ihren Halt verloren. Die Verkündigung der Kultusfreiheit auch für Alt-Württemberg zerstörte dessen lutherische Ausschließlichkeit (1806), das Kirchenvermögen wurde zum Staatsvermögen geschlagen, das Oberkonsistorium und das

ganze Unterrichtswesen dem geistlichen Departement untergeordnet, das Volksschulwesen von staatswegen umgestaltet.

Wohl grollten die zähen Schwaben ob dem allen bitter mit ihrem „bösen“ König, doch fand dieser doch auch Verteidiger, ja Bewunderer, und in der Tat, er verfolgte doch, obwohl in gehässigster und gewalttätigster Weise, den modernen Staatsgedanken gegen den Sondervorteil der einzelnen und der Körperschaften.

Die nord-  
deutschen  
Staaten.

Ganz unberührt von so gewaltsamen Umgestaltungen blieben die altständischen Länder des Nordens, Sachsen, die thüringischen Fürstentümer und Mecklenburg. Denn dazu nötigte hier weder die Erwerbung neuer Gebiete noch forderte sie der hochkonservative Sinn dieser Fürsten oder gar Napoleon selbst, der eben nur darauf bestand, daß ihm die vertragsmäßige Truppenzahl in tüchtiger Ausbildung und Ausrüstung gestellt wurde, und dies leistete vor allem das Königreich Sachsen mit der Einführung der Konstriktion und des französischen Exercitiums.

Napoleons  
Weltreich.

So standen dem Kaiser im Rheinbunde etwa 5700 Quadratmeilen deutschen Landes mit 15 Millionen Einwohnern und mit einem Heere von 118000 Mann, mit dem linken Rheinufer mehr als die Hälfte des alten Reichsgebietes und seiner Bevölkerung, und zwar die weitaus wohlhabendere, kultiviertere Hälfte, zur unbedingten Verfügung. Dazu gebot er über Belgien und die westliche Hälfte Ober-Italiens unmittelbar als Herrscher Frankreichs, über das übrige Ober-Italien als König; Holland, die Schweiz, der verkleinerte Kirchenstaat, das Königreich Neapel, das Herzogtum Warschau waren von ihm völlig abhängig; eine schlagfertige Verwaltung, ein mächtiges Heer, ein eiserner Wille, ein durchdringender Verstand hielten das alles zusammen. Das Reich der Karolinger schien erneuert, nur war dieses Napoleonische Reich unendlich fester, straffer, leistungsfähiger. Und warum sollte es nicht dauern? Die neue Weltherrschaft entsprach nur allzusehr nicht allein den alten Souveränitätsbestrebungen der deutschen Fürsten, sondern auch der weltbürgerlichen Gesinnung der meisten gebildeten Deutschen, und sie, die so lange das Recht des „Genies“ als das höchste gepriesen und den Staat nur als eine möglichst vernunftgemäß und zweckdienlich einzurichtende Zwangsanstalt betrachtet hatten, fühlten sich dem Genie Napoleons und seinem unleugbar höchst zweckmäßig organisierten Weltreiche gegenüber innerlich gewissermaßen wehrlos, wenn sie es nicht geradezu bewunderten. Die Staatsrechtslehrer des Rheinbundes aber sahen in dieser Gestaltung der Dinge nicht das, was sie tatsächlich war, die Zerreißung der deutschen Nation in drei getrennte Gruppen, die Auflösung der rheinbündischen Gruppe in mehr als vierzig souveräne Staaten, die, da die Bundesverfassung niemals ins Leben trat, unter sich nur durch das fremde Joch verbunden waren, sie fanden vielmehr, in dem Rheinbunde sei „Deutschland zu einem neuen Leben gelangt und der Geist des Zeitalters sei in der Bildung seiner Formen unverkennbar wirksam gewesen“ (Karl Pölit).

Gewiß, von dem Geiste der bisher herrschenden Aufklärung konnte der Sturz des Weltreichs nicht ausgehen, denn in ihm feierte sie ihren höchsten Triumph. An der unfranzösischen Überspannung der Napoleonischen Eroberungspolitik vielmehr und an dem Widerstande der gewaltsam unterdrückten Nationalitäten, die

nicht nach verstandesmäßigen Erwägungen handelten, sondern in ihrem unmittelbaren sittlichen Gefühl, an diesen unmeßbaren Kräften ist es zerschellt.

Diese sittlichen Kräfte entwickelten sich auf deutscher Erde nur auf dem Boden des halbzerrümmerten preussischen Staates. Hier sammelte sich eine dichte Schar der reinsten, stärksten, begabtesten, gedankenreichsten Männer aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, wie sie in dieser Weise kaum jemals auf so kleinem Raume zu so hingebender Arbeit verbunden gewesen sind, in der Tat der Kern der Nation, die Blüte ihrer ganzen Bildung. Selbstbewußt und eigenrichtig wie sie alle waren, vertraten sie die verschiedensten Anschauungen, die Überlieferungen des friedrichianischen Staats und die Sittenlehre Kants, die Romantik und die Wirtschaftslehre des Engländers Adam Smith. Doch sie fühlten sich einig in einem verwegenen sittlichen Idealismus und in dem felsenfesten Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes und Preußens. Nur in dieser begeisterten Zuversicht konnten sie allmählich alle Kräfte des preussischen Volkes für den Befreiungskampf gewinnen und rüsten, den oft genug hartnäckigen, ja erbitterten Widerstand der zahlreichen Anhänger des Alten überwinden und auch den König zu sich herüberziehen, der seit den furchtbaren Erfahrungen von 1806/07 alles Vertrauen auf sich selbst und auf sein Volk verloren hatte. So oft er sich aber auch ihren Bestrebungen versagte, niemals haben sie daran gedacht, etwas anderes sein zu wollen als treue Diener ihres Monarchen, und sie fanden in den ersten Jahren ihre beste Stütze in der Königin Luise. In ihrer erstaunlichen Umsicht und Festigkeit, in ihrer selbstlosen Hingabe, in den Entbehrungen, die sie sich und den Ihrigen willig auferlegte, in ihrem standhaften Glauben an den dereinstigen Sieg des Guten über die Macht des Bösen erschien sie ihrem Volke als das reinste Vorbild und wie sein guter Engel zugleich.

Königin Luise hat in Verbindung mit Hardenberg, der dem Mißtrauen Napoleons hatte weichen müssen, aber von Riga aus dem König eine großartige Denkschrift über die Neugestaltung des preussischen Staates übersandt hatte, das Wesentlichste dazu getan, um den König zur Rückberufung des ungnädig entlassenen Freiherrn vom Stein zu bestimmen. Der lag auf seinem Stammschlosse krank, als die Berufung an ihn gelangte, doch sein eiserner Wille wurde des Fiebers in wenigen Tagen Herr und hochherzig alle Kränkungen vergeissend traf er am 30. September 1807 in Memel ein.

Geboren am 26. Oktober 1757 auf dem Stein bei Nassau, im protestantischen Glauben von seiner geistvollen und energischen Mutter Karoline Langwerth von Simmern erzogen und früh gereift hatte er sich zunächst in Göttingen (1775, 77) und nach den Schriften Justus Mörsers, dann durch praktisches Studium der englischen Selbstverwaltung gebildet und sich in seinen Anschauungen noch mehr befestigt, als er gegen die Art seiner Standesgenossen i. J. 1780 unter F. A. von Heinitz in preussische Dienste trat. Als Oberbergrat übernahm er die Leitung der westfälischen Bergwerke und wurde 1784 Mitglied der clevischen Kriegs- und Domänenkammer, 1787 ihr Direktor, 1797 Präsident der märkischen Kammer in Hamm, dann auch der clevischen mit dem Wohnsitz in Cleve, 1792 Oberpräsident aller westlichen Provinzen in

Minden, 1802/4 leitete er auch die „Entschädigungslande.“ Im Einverständnis mit Heinitz hatte er in diesen westlichen Provinzen mit ihrer lebenskräftigen Selbstverwaltung schon dieselben Reformen durchgeführt, die er später auf den gesamten Staat übertrug. Er versuchte damit schon zu beginnen, als er im Oktober 1804 zum Minister des Fabriken- und Accisedepartements im Generaldirektorium ernannt worden und nach Berlin übergesiedelt war, aber der Krieg kam dazwischen.

Ein stolzer Reichsritter, ein Deutscher schlechthin, der in den deutschen Einzelstaaten nichts sehen wollte, als Gebilde fremder Gewalt und einheimischen Verrats, ein geschworener Gegner der mechanischen Auffassung vom Staate, die in der Aufklärungszeit lebte und in dem französischen Kaiserreiche ihre größte Leistung vollbracht hatte, ja sogar ein Verächter der Bürokratie, so übernahm er als Minister für alle Zivilangelegenheiten die Leitung des niedergeworfenen Staates (7. Oktober 1807), und er setzte die ganze Kraft eines unbeugsamen Willens, einer leidenschaftlichen schwungvollen Natur und eines tiefreligiösen Gemütes daran, nach seinen Grundgedanken den Staat umzugestalten und Deutschland von der ingrimmig gehaltenen Herrschaft „dieser scheußlichen Nation“ zu befreien, um es danach als ein einheitliches Ganze unter der gemeinsamen Führung Preußens und Österreichs wieder aufzurichten. „Die sittliche Macht des deutschen Gedankens lebte in seiner Seele.“ Der Napoleonische Staat entfesselte alle wirtschaftlichen und persönlichen Kräfte, wie das auch Stein wollte, aber er unterwarf sie auch der unbedingten Herrschaft eines Despoten und seines Beamtentums. Stein hatte erlebt, wie die innerlich verwandte, nur weniger folgerichtig durchgeführte und schlaff geleitete Staatsordnung des alten Preußens morisch zusammenbrach. Er sah ihren Grundfehler in der Scheidung zwischen Volk und Staat, er wollte demgemäß beide vereinigen, indem er alle Stände, vor allem die Grundbesitzer, die „Eigentümer“ zur Teilnahme an der Verwaltung in Dorf, Stadt, Kreis, Provinz und Staat heranzog, sie so mit Verständnis und Hingabe für den Staat erfüllte, wie er es im September in einer großen Denkschrift ausgeführt hatte. Es war das genaue Gegenteil des Napoleonischen Systems.

Die Bauern-  
befreiung  
und die  
Städte-  
ordnung.

Die Grundlage dazu mußte die Befreiung des Bauernstandes bilden. Unmittelbar nach Steins Eintritt erging das schon vorbereitete, aber ursprünglich nur für Preußen bestimmte Edikt über die Aufhebung der Erbuntertänigkeit vom 9. Oktober 1807 für den ganzen Staat. Bis zum 10. November 1810 sollten alle persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst sein. Dasselbe Gesetz vernichtete die wirtschaftliche Scheidung der Stände, ein anderes gestattete den Domänenbauern der Provinz Preußen die Ablösung von drei Vierteln der auf ihren Gütern haftenden Dienste und Abgaben durch Geldzahlungen binnen vierundzwanzig Jahren. Ebenso fielen jetzt der Mühlenzwang und die früheren Verkaufsmonopole für Lebensmittel. An diesen Gesetzen hat der strenglogische, kühle Ostpreuße Theodor von Schön, ein Schüler Kants und ein entschiedener Anhänger von A. Smith, hervorragenden Anteil: unter seinem Einflusse ergingen dann auch in den Jahren 1808/10 mehrere Verordnungen, die den Grundherren die Einziehung von Bauerngütern gestatteten, falls sie eine gleich große Bodensfläche in freie, erbliche Bauernhöfe verwandelten, denn Schöns harter Doktrinarismus schwärmte für das freie Spiel aller wirtschaftlichen Kräfte und für die Zustände Englands, das nur noch Zeitpächter und Tagelöhner, aber





keinen freien, grundbesitzenden Bauernstand kennt. Da nun die Aufhebung der Erbuntertänigkeit nur sehr allmählich durchgeführt werden konnte, so war auch die Selbstverwaltung bei den Landgemeinden, die doch Stein beabsichtigte, vorläufig unmöglich. Er gewährte diese deshalb zunächst nur den Städten, nachdem der Zunftzwang bei einzelnen Gewerben (Bäckern, Fleischern und Hockern) schon am 24. Oktober gefallen war, durch die Städteordnung vom 19. November 1808. Sie gab der Bürgerschaft die freie Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch einen selbstgewählten Stadtrat und die Stadtverordneten, die jenen überwachten, dazu die Polizeigewalt im Auftrage des Staates. So wurde zuerst das Bürgertum den mächtigen Fortschritten seiner Bildung und seines Wohlstandes entsprechend für den Staat gewonnen und nach langer Verkümmern zu neuem politischen Leben erweckt. Die weiteren Pläne Steins in dieser Richtung blieben unausgeführt. Weder die Reform der Kreistage noch die Begründung von Provinziallandtagen kam zustande, nur der längst bestehende ostpreussische erhielt eine neue Ordnung zu gunsten der Köllmer (der freien Bauern); eine „Nationalrepräsentation“ wagte man erst später für bestimmte Zwecke und nur mit sehr beschränkten Befugnissen zu berufen.

Dafür gelang es Stein, wenigstens den Grund für eine nicht minder wichtige Reform zu legen, für die Einheit der Verwaltung. Nach seinen Vorschlägen vom Juni 1808 ordneten die Edikte vom 18. und 25. Dezember desselben Jahres an Stelle des ungefügigen Generaldirektoriums mit seiner Mischung von Provinzial- und Fachministern die Bildung eines Staatsministeriums von fünf Fachministern an, die alle dem König unmittelbar Vortrag hielten und wieder unter sich ein Ganzes bildeten. Aus den Kriegs- und Domänenkammern aber gingen die neuen Regierungsbezirke und Regierungen unter Präsidenten hervor, während die gerichtlichen Geschäfte den Oberlandesgerichten überwiesen wurden. Über jenen standen die drei Oberpräsidenten für die Provinzen Preußen, Pommern-Brandenburg und Schlesien, die in die Provinzen verlegten Provinzialministerien. Erst damit war die Staatseinheit in vollem Sinne verwirklicht.

Die Verwaltungsreform.

Auf demselben Grundgedanken beruhte die Heeresreform, denn sie wollte das Volk mit dem Heere verschmelzen. Wie die politische Umgestaltung das Werk Steins war, so entsprang diese aus dem lichten Haupte Scharnhorsts. Wunderbar stach von jenem leidenschaftlichen Rheinfranken dieser stille, wortkarge, in sich gefehrte, bescheidene, schlichte Niedersachse ab, aber in dem Reichtum schöpferischer Gedanken und großartigem Idealismus war Scharnhorst dem Reichsfreiherrn ebenbürtig und besser als dieser verstand er es, die verschiedensten Menschen mit gleicher Meisterhaftigkeit zu behandeln, besonders nicht nur das Vertrauen, sondern auch die Sympathien des Königs zu gewinnen, dem er in manchen Stücken ähnlich war.

Scharnhorst und die Heeresverwaltung.

Gerhard David Scharnhorst, geboren am 12. November 1755 als Sohn eines mäßig bemittelten Landmanns und alten Soldaten in Bordenau a. Leine, hatte seine erste militärische Ausbildung in der vorzüglichen Kriegsschule auf dem Wilhelmstine (f. S. 157) erhalten, dann in hannoverschen Diensten während des flandrischen Feldzuges von 1794 sich rühmlichst hervorgetan (f. S. 204) und seit 1801 als Lehrer an der Berliner Kriegsschule eine Reihe der trefflichsten Offiziere gebildet. Seine hingebende Tätigkeit 1806/7 belohnte der König nach dem Frieden mit der Beförderung zum Generalmajor.

Als Vorsitzender der Militär-Reorganisationskommission trat er mit Gneisenau, dem Westfalen Grolmann, dem Ostpreußen Boyen, dem Schlesier Graf Götzen für eine völlige Umgestaltung des Heerwesens ein. Zunächst galt es den Offiziersstand zu reinigen. Ein erbarmungsloses Strafgericht traf die Offiziere, die 1806/07 kapituliert hatten; sieben von ihnen wurden zum Tode verurteilt, aber alle zu Festungshaft begnadigt. Die altersschwachen oder sonst untauglichen Offiziere verabschiedete man, die überzähligen setzte man auf einen dürftigen Halbsold. Die Zulassung zum Offizierskorps sollte künftig im Frieden lediglich von Bildung und Kenntnissen, im Kriege von Tapferkeit und praktischer Tüchtigkeit abhängen, das Vorrecht des Geburtsadels wich dem Vorrecht der Bildung. Für diese sorgten neben den alten Kadettenhäusern die drei neuen Kriegsschulen für Portepeefähnliche und die Offiziersschule in Berlin, die 1810 eröffnet wurde. Dagegen fand Scharnhorsts großer Gedanke, das Heer nach der alten Idee Friedrich Wilhelms I. auf die allgemeine Wehrpflicht zu begründen, noch so entschiedenen Widerstand, daß der König ihn zurückwies. Nur die ausländische Werbung, der Krebschaden des alten Heeres, wurde abgeschafft und die Armee lediglich aus einheimischen Kantonisten ergänzt, schon weil Werbungen im deutschen „Auslande“ jetzt unmöglich waren; doch wurde wenigstens eine tatsächliche Ausdehnung der Wehrpflicht dadurch erreicht, daß allmonatlich neue Kantonisten eingestellt und nach kurzer Einübung als „Krümper“ (Reservisten) entlassen wurden. Infolge dieser Umgestaltung fielen auch die barbarischen, entehrenden Strafen und die alte Militärgerichtsbarkeit; in bürgerlichen Rechtsachen traten die Angehörigen des Heeres unter die gewöhnlichen Gerichte. Weiter wurden alle Regimenter, die in die Kapitulationen verwickelt waren, trotz ihrer oft ruhmvollen Überlieferungen aufgelöst und das ganze Heer in sechs Brigaden gegliedert, deren jede aus allen Waffengattungen gemischt war (durchschnittlich 7 Bataillone, 12 Schwadronen, 16 Geschütze, abgesehen von der Reserveartillerie). Ebenso fielen die alten Vorrechte der Regimentschefs, die verderbliche Kompagniewirtschaft, das veraltete Verpflegungswesen und der unförmliche Troß. Die Friedensübungen galten jetzt nicht mehr der Parade, sondern dem Ernste des Krieges, insbesondere erhielt die Brigade eine neue höchst bewegliche Aufstellung (in drei Treffen die Infanterie, im vierten die Reiterei, die Fußartillerie auf den Flügeln, die reitende hinter dem vierten Treffen), und das zerstreute Gefecht wurde besonders geübt. Die Bewaffnung mußte fast ganz neu geschaffen werden, denn im Juli 1807 besaß der Staat kaum 10000 brauchbare Gewehre und wenig Feldartillerie, dazu waren die Geschützgießereien von den Franzosen zerstört. Da sind mit bewundernswürdiger Tatkraft bis zum März 1810 in den neuangelegten Fabriken über 200 Geschütze und 45000 Gewehre neu hergestellt worden. Endlich erhielt das ganze Heerwesen im Kriegsministerium seit dem 1. März 1809 eine einheitliche Spitze, doch leitete Scharnhorst nur die eine Abteilung, das allgemeine Kriegsdepartement.

Die  
Finanzlage.

Alle diese Reformen vollzogen sich unter heftigem Widerstande der Anhänger des Alten. Nur eine starke Krone vermochte sie durchzusetzen und zugleich die wahrhaft trostlose Finanzlage zu überwinden. Niemals ist in der neueren Geschichte ein Staat so grausam bis aufs Blut ausgepreßt worden wie Preußen durch Napoleon.

Hat doch der Kaiser selbst bekannt, daß er bis zum Oktober 1808 mehr als eine Milliarde francs aus dem Lande gezogen habe. Dazu kamen die schweren Kriegsschäden, die Schlesien bis Ende 1807 auf 47½ Millionen Taler, Ostpreußen auf 98 Millionen berechnete. Der Viehstand dieser Provinz war um ein Viertel vermindert, die Reederei in allen Ostseeländern fast vernichtet, der Grundbesitz überschuldet und entwertet. Die Seehandlung und die preußische Bank hatten ihre Zahlungen eingestellt und damit den Kredit des Staates so vollständig erschüttert, daß seine Tresorscheine fast ganz entwertet waren. Da nun somit von einer Tilgung der Kontribution keine Rede war und so lange diese nicht gelang, 160000 Franzosen im Lande blieben und dessen Einkünfte zogen, so verfügte der König z. B. für das erste Vierteljahr d. J. 1808 nur über eine Einnahme von 386000 Talern, denen Ausgaben in der Höhe von mehr als 2½ Millionen gegenüberstanden. Da zogen Dürftigkeit und Entbehrung in jedes Haus, auch in das des Königs ein, aber auch ingrimmige Erbitterung in jede Brust. Und doch blieb der herzlose Sieger unbeirrt auf seinen unerschwinglichen Forderungen; auch der edle Bruder des Königs, Prinz Wilhelm, der im Januar 1808 selbst nach Paris ging, um ein Bündnis gegen die Räumung des Landes anzubieten, erreichte zunächst nichts.

Da erfuhr der Imperator eben auf der schwindelnden Höhe seiner Macht zum erstenmale, was die Kräfte des Gemüts bedeuteten, die er nicht verstand, und was ein Volkskrieg sei. In wilder Empörung erhob sich das spanische Volk gegen seinen treulosen Versuch, ihm einen Bonaparte zum König aufzudrängen, die französischen Generale streckten die Waffen vor diesen regellosen Häufen oder zogen sich hinter den Ebro zurück. Jetzt bedurfte der Eroberer seiner Truppen jenseits der Pyrenäen; in der zweiten Hälfte des August 1808 sah das Volk Norddeutschlands mit stillen Hoffnungen auf Erlösung die drei französischen Armeekorps, die in Preußen gestanden hatten, in endlosen Wagenzügen über die Elbbrücken bei Magdeburg und Dresden nach dem Westen eilen. Doch Preußens Lage verschlimmerte sich zunächst noch dadurch, daß ein Brief Steins vom 15. August an den Fürsten Wittgenstein (damals im Seebade Dobberan), in dem er offen von seinen Befreiungsplänen sprach, den französischen Spähern in die Hände fiel. Unter solchen Umständen mußte Prinz Wilhelm die Übereinkunft vom 8. September 1808 schon als einen Erfolg betrachten. Von einem Bündnis war keine Rede mehr, der König mußte sogar versprechen, sein Heer in den nächsten zehn Jahren nicht über 42000 Mann zu vermehren, aber die Franzosen räumten Preußen, nur 10000 Mann blieben in den drei Oderfestungen bis zur Abzahlung der Kontribution, die jetzt auf 140 (von 120) Millionen francs erhöht wurde, und der König erhielt die freie Verfügung über die Einkünfte des Landes zurück.

Freilich, die Aussichten auf eine Erhebung schienen geringer als je. Denn angesichts der Ereignisse in Spanien empfand Napoleon die Notwendigkeit, sein Bündnis mit Rußland zu erneuern und zu befestigen. Dem sollte die Zusammenkunft beider Kaiser in Erfurt dienen (September und Oktober 1808), zugleich eine glänzende Schaustellung Napoleonischer Kaiserherrlichkeit und eine tiefe Demütigung für Deutschland, denn alle Rheinbundsfürsten huldigten hier persönlich oder durch

Die  
Erhebung  
Spaniens  
und die  
Räumung  
Preußens.

1808.

Die  
Zusammen-  
kunft von  
Erfurt.



ihre Thronfolger dem Protektor, und die Künstler der Pariser Hofbühne spielten vor einem „Parterre von Königen“; auch Goethe und der greise Wieland fanden die gnädige Beachtung des Imperators. In den Verhandlungen selbst hatten indes die deutschen Fürsten keinen Anteil. Sie führten zum Vertrage vom 12. Oktober, in dem beide Kaiser ihr Einverständnis gegen England erneuerten, Napoleon die Erwerbung der Donaufürstentümer durch Rußland anerkannte und sogar seine Hilfe versprach, falls Österreich sich ihr widersetzen sollte. Umgekehrt sagte der Zar seinen Beistand zu, falls Österreich Napoleon angreife. Doch er selber war der fortgesetzten Übergriffe des Bundesgenossen schon herzlich müde und begann sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dereinst der Befreier Europas zu werden.

Steins Ent-  
lassung.

Zunächst indes nötigte die Erneuerung des russisch-französischen Bundes Preußen zu einem abermaligen demütigenden Zugeständnis. Durch jenen aufgefangenen Brief und durch die wachsende Opposition am Hofe wie sogar unter den Ministern war Steins Stellung unhaltbar geworden; am 24. November 1808 nahm er notgedrungen seine Entlassung und zog sich nach Österreich zurück, von Napoleon geächtet als „Feind Frankreichs und des Rheinbundes“. Die wackeren Männer, die seine Erbschaft antraten, Goltz für das Auswärtige, Dohna für das Innere, Altenstein für die Finanzen, konnten ihn nicht ersetzen.

Die  
Rüstungen  
Österreichs.

Das war die Lage Preußens und Deutschlands, als Österreich vorschnell gegen Napoleon losbrach. Nach den Niederlagen von 1805 schien in den alten Staatsbau der Habsburger ein neuer Geist eingezogen zu sein. Graf Philipp Stadion, ein Standes- und Gesinnungsgenosse Steins, geb. 1763 aus einem rätisch-romanischen Geschlechte, das schon im 14. Jahrhundert für die Habsburger gegen die Schweizer tapfer gestritten hatte, wollte in Verbindung mit den Erzherzögen Karl und Johann Österreich zum Befreiungskampfe für Deutschland und Europa ebenso rüsten, wie Stein es in Preußen erstrebt hatte. Vor allem das Heerwesen wurde auf volkstümlichere Grundlagen gestellt. Nach den Erlassen vom Mai und Juni 1808 sollte eine Landmiliz (Reserve) für die Ergänzung des stehenden Heeres und neben diesem eine Landwehr zur Verteidigung des Landes gebildet werden, daneben traten die freiwilligen Korps. Auch das stehende Heer wurde vermehrt, selbst das widerspenstige Ungarn bot eine Verstärkung seines Zuzugs an. Außer all diesen Zurüstungen sollten Aufstände in Norddeutschland und ein Volkskrieg in den Gebirgen von Dalmatien bis Tirol nach dem bewunderten spanischen Vorbilde alle Kräfte gegen den Feind entfesseln; namentlich setzte sich Erzherzog Johann mit den Tiroler Bauern in geheime Verbindung, deren Erbitterung über das bayerische Regiment aufs höchste gestiegen war. Männer aus dem Volke, in Südtirol der Sandwirt von Passeir, Andreas Hofer (geb. 1767), im Inntale der verwegene Wildschütz Joseph Speckbacher und der tapfere Kapuziner Haspinger traten an die Spitze dieser Volksbewegung für die Wiederherstellung der alten Landesverfassung und der Verbindung mit Österreich und für die geschändete heilige Kirche gegen die gottlosen bayrischen Aufklärer. Für Deutschland haben die Tiroler nicht fechten wollen, aber für deutsche Sitte und Art gegen Gewalt und Willkür haben sie allerdings gestritten, und die Deutsch-Österreicher überhaupt haben vielleicht niemals so gut

deutsch empfunden, wie in diesem Jahre 1809, dem schönsten der österreichischen Geschichte.

Es war der Fehler der österreichischen Staatsleitung, daß sie den Krieg zu rasch, ohne die gehörige Vorbereitung, insbesondere durch Bündnisse, begann. Aber der Jörn über die Vertreibung der Bourbonen aus Neapel und die Vergewaltigung des Kirchenstaates (1808), noch mehr die Sorge vor dem russisch-französischen Bündnis und den russischen Absichten auf die untere Donau trieben vorwärts, so sehr auch Erzherzog Karl dazu riet, die Kräfte Österreichs nur dorthin zu werfen; selbst der Kaiser ließ sich von dem patriotischen Aufschwunge fortreißen, zumal da seine Gemahlin Ludovika von Este diese Gesinnungen völlig teilte.

So knüpfte man mit England Verhandlungen wegen einer Landung an, man gestattete dem tapferen Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, dem Sohne des Besiegten von 1806, in Nachod an der böhmisch-schlesischen Grenze ein Freikorps, etwa 2000 Mann, zu bilden, das in Verbindung mit einer Erhebung im Königreich Westfalen Norddeutschland revolutionieren sollte, man trug vor allem am 8. März in Berlin ein Bündnis an. Die Lage schien keineswegs ganz hoffnungslos, und Scharnhorst drängte zuversichtlich zum Kriege, doch der König wollte sich bei Rußlands unsicherer Haltung nicht eher erklären, als bis Österreich einen großen, zweifellosen Erfolg errungen habe. Die Mobilisierung allerdings ließ er vorbereiten, und die Aufregung war in ganz Preußen ungeheuer; gingen doch aus Schlesien beurlaubte oder entlassene Offiziere und Soldaten scharenweise zu den „Schwarzen“ des Herzogs von Braunschweig.

Während so fieberhafte Erregung Norddeutschland durchzitterte, brach Österreich im März die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab, und in Tirol flammte der Aufstand empor, überwältigend und siegreich. Denn die Bayern waren von seinem Ausbruche völlig überrascht. Von ihren Truppen, im ganzen nur 4400 Mann, stand die Hauptmasse unter General Disurth in Innsbruck, eine kleinere Abteilung unter Wrede bei Brigen. Dort in Südtirol gab am 9. April der Einmarsch von 14000 Österreichern unter Chasteler von Kärnten her das Zeichen zur Erhebung. Lärmschüsse, Sturmläuten, Signale und Feuerzeichen riefen überall das Volk zu den Waffen. Umsonst versuchten die Bayern durch Abwerfen der Brücken die Bauernhaufen aufzuhalten: am 11. April erstürmten diese die Ladritscher Brücke, an demselben Tage kam Hofer von Passeir her über den Jaufenpaß einer bayrischen Abteilung bei Sterzing in den Rücken und zwang sie zur Ergebung. Um nicht vom Brenner abgeschnitten zu werden, brach Wrede, von einigen französischen Bataillonen verstärkt, eilig nach dem Norden auf und erreichte unter beständigen verlustvollen Gefechten wirklich die Paßhöhe. Doch inzwischen war am 10. April auch im Juntale der Aufstand losgebrochen. Am 12. April nahm Speckbacher nach hartem Kampfe Innsbruck, am nächsten Tage zwang er Wrede, der vom Brenner herunterkam, ohne von den Ereignissen im Norden etwas zu wissen, mit seiner ganzen Kolonne die Waffen zu strecken, am 14. zogen die Österreicher unter dem Jubel der Bevölkerung in der Landeshauptstadt ein. Tirol war binnen fünf Tagen befreit. Zwei Generale, 132 Offiziere, 3850 Bayern, 2050 Franzosen mit 7 Geschützen, 3 Fahnen,

Norddeutsche  
Aufstands-  
pläne.

Die erste  
Erhebung  
Tirols.

ein Adler fielen dabei in die Hände der siegestrunkenen Bauern, und ungeheuer war bei Freund und Feind der Eindruck in ganz Europa.

Der  
Feldzug  
in Bayern.

Doch nicht ebenso glücklich führte in denselben Tagen das österreichische Heer den Kampf. Erzherzog Karl gab den Vorteil der Überraschung aus der Hand, indem er eine Zeitlang schwankte, ob er von Böhmen oder von Ober-Österreich her gegen Bayern vorgehen sollte. Erst am 9. April überschritten seine Heersäulen den Inn, während Erzherzog Johann im Königreich Italien, Erzherzog Ferdinand im Herzogtum Warschau einrückte. Immerhin war Napoleon überrascht, er hatte den Angriff nicht vor Mitte April erwartet, und noch standen deshalb seine Korps weit getrennt: Davoust bei Regensburg, Massena bei Pfaffenhofen zwischen München und Ingolstadt. Aber durch den neuen optischen Telegraphen herbeigerufen, erschien der Kaiser schon am 17. April in Donauwörth und gab zunächst Davoust den Befehl, sich näher an Ingolstadt heranzuziehen; er selbst nahm mitten unter den tapferen bayrischen Regimentern wie sonst inmitten seiner Garde das Hauptquartier. Sobald nun Davoust in beständigen Gefechten mit den Österreichern, die von Landshut herandrängten, seine Aufgabe erfüllt hatte und die französisch-rheinbündischen Heeresmassen auf engem Raume vereinigt standen, ging Napoleon mit vollem Nachdruck zum Angriff über. Da wurde nun auf dem unübersichtlichen, waldigen Gelände zwischen Regensburg und der Isar der linke österreichische Flügel am 20. April bei Albenberg geschlagen, am 21. auch aus Landshut geworfen und von der Hauptmasse, die inzwischen Regensburg erreicht hatte, abgedrängt. Zu spät entschloß sich jetzt der Erzherzog auf Landshut zu marschieren. Am 22. April siegte Ney bei Eggmühl über Rosenberg, und nur in blutigen Kämpfen konnte am 23. April die tapfere österreichische Reiterei die Franzosen vor Regensburg so lange aufhalten, daß die Hauptmasse des Heeres ihren Rückzug auf das linke Donauufer unbehelligt anzutreten vermochte; noch am Abend wurde die brennende Stadt in blutigem Straßenkampfe von den Franzosen erstürmt. In zwei Teile zerrissen wichen die Österreicher teils über Cham nach Böhmen, teils über den Inn nach Ober-Österreich zurück.

Folgen der  
Niederlage.

Der Angriff des Erzherzogs war nicht nur völlig gescheitert, sondern auch der Weg nach Wien stand jetzt dem Feinde offen, denn Hiller mit seinen 30000 Mann vermochte ihn nicht zu sperren. Nur in einzelnen Rückzugsgefechten, wie in dem glänzenden und siegreichen Treffen bei Ebelsberg am 3. Mai, dem Ehrentage der Wiener Freiwilligen, der den Franzosen sogar 1400 Gefangene und drei Adler kostete, hielt er sie auf, aber am 15. Mai zog Napoleon zum zweitenmale als Sieger in der Kaiserstadt ein.

Die Niederlage in Bayern wirkte sofort auf alle Nebenkriegsschauplätze entscheidend ein. Wrede drang nach den Siegen bei Söll und Wörgl das Innthal hinauf bis Innsbruck vor, und mit un menschlicher Roheit wüteten seine erbitterten Soldaten gegen das tirolische Landvolk. Erzherzog Ferdinand hatte nach dem Siege bei Raszyn am 19. April selbst Warschau besetzt, doch Ponjatowski schlug ihn bei Gora und drängte ihn nach Westgalizien zurück. Erzherzog Johann endlich näherte sich nach dem glänzenden Siege bei Sacile am 15. April der Etsch, trat jedoch auf die Nachricht von den Niederlagen in Bayern unter beständigen Gefechten über

Villach und Graz den Rückmarsch nach Ungarn an, und konnte nicht einmal das Vordringen des Feindes bis nach Steiermark hindern.

Verloren war allerdings für die Österreicher im Grunde noch nichts, zumal da unter dem Eindrucke ihrer ersten Erfolge die Bewegung in Norddeutschland jetzt wirklich begann. In Hessen raffte Oberst von Dörnberg einige Tausend schlechtbewaffneter Bauern zusammen und führte sie gegen Kassel, wurde aber dicht vor der Stadt, da die westfälischen Truppen gegen seine Erwartung ihrem Kriegsherrn die Treue hielten, geschlagen und mußte selbst flüchten; einige der gefangenen Führer büßten ihr verfrühtes Beginnen mit standrechtlicher Erschießung. Die Kunde von seiner Erhebung und phantastisch übertriebene Gerüchte von seinen angeblichen Erfolgen steigerten in Berlin und ganz Preußen die Erregung aufs höchste. Selbst das Heer begann zu wanken. In der festen Annahme, daß der König das Unternehmen nachträglich billigen und sich zum Kriege fortreißen lassen werde, führte Major f. von Schill am 28. April sein Husarenregiment und einen Teil des Bataillons, das seinen Namen trug, vom Exercierplatz hinweg ins Feld, um Magdeburg zu überrumpeln. Alle Welt jauchzte ihm zu, nur der König nannte entrüstet das Beginnen Schills eine „beispiellose Insubordination“, die es war, enthob die in Berlin kommandierenden Offiziere ihrer Stellungen und befahl die strengste Untersuchung. Doch er entschloß sich jetzt grundsätzlich zum Bunde mit Österreich, ordnete die Verstärkung seiner Truppen an, stellte die Kontributionszahlungen an Frankreich ein und beschwor in einem eigenhändigen Briefe vom 12. Mai den Jaren, nicht Preußens Feind zu werden, wenn es aufs Österreichs Seite trete.

Aufstands-  
versuche  
in Nord-  
deutschland.

Ein zweifelloser, durchschlagender Sieg Österreichs hätte in diesem Augenblicke den König zur Kriegserklärung bestimmt, doch ein solcher Sieg blieb aus. Erzherzog Karl hatte im weiten Bogen durch Böhmen und Mähren das Marchfeld erreicht, um dort die Entscheidungsschlacht zu liefern. Auch Napoleon suchte sie. Von Kaiser-Ebersdorf her führte er seine Truppen auf die große Donauinsel Lobau hinüber, die hier den Strom in einen breiten südlichen Hauptarm und einen schmälern nördlichen Nebenarm spaltet, und begann von dort aus am Morgen des 21. Mai den Übergang nach dem Marchfelde.

Schlacht  
von  
Aspern.

Eben hatten sich die Franzosen, im Moment nur 30000 Mann stark, der Dörfer Aspern und Egling bemächtigt, als der Erzherzog, der den Übergang vom Bisamberge aus beobachtete, den Befehl zum Angriff gab. Im hellsten Mittagssonnenschein, mit entrollten Fahnen und rauschender Kriegsmusik gingen 70000 Mann Österreicher in fünf Kolonnen gegen die französische Stellung vor. In blutigstem Kampfe rang heldenmütiger Angriff mit zäher Gegenwehr; als Napoleon endlich die glitzernden Geschwader seiner Panzerreiter, zwölf Kürassierregimenter, zu einer furchtbaren Angriffsmasse zusammenballte, um das österreichische Zentrum zu durchbrechen, da zerrissen die Salven des österreichischen Fußvolkes ihre Glieder, und die flüchtenden Reitermassen ritten ihre eigene Infanterie über den Haufen. Jetzt wurde Aspern genommen, nur in Egling behaupteten sich mit der Kraft der Verzweiflung die Franzosen. Um ihre Lage noch zu verschlimmern, zerstörten gegen Abend österreichische Brander, die der reißende, hochgeschwollene Strom mit zermalmender Wucht vorwärts trieb, die französische Schiffbrücke über den südlichen Hauptarm. Dadurch vom rechten Ufer und von Wien abgeschnitten, warf Napoleon alles, was noch auf der Lobau stand, nach dem linken



Ufer hinüber, um sich wenigstens einen leidlichen Rückzug zu erkämpfen. Mit verdoppelter Wut begann am 22. Mai aufs neue die Schlacht. Die Franzosen behaupteten Eßling gegen fünf feindliche Angriffe, sie setzten sich sogar wieder in Aspern fest, aber den zweiten Versuch, das österreichische Zentrum zu durchbrechen, wies dieses kaltblütig ab; der Erzherzog selber führte das wankende Regiment Zach, die Fahne ergreifend und hoch empor-schwingend, ins Gefecht. Gegen Abend war die Niederlage der Franzosen entschieden. Auf's tieffste erschöpft war Napoleon auf einem Kahne nach Kaiser-Ebersdorf übergesetzt, wo er im Schlosse lange in totenähnlichem Schlummer lag; die Leitung des Rückzuges nach der Lobau hatte er dem Marschall Massena übergeben. Dorthin drängten sich nun unter Regengüssen und Gewittersturm über die Brücken die geschlagenen, ermatteten, entmutigten Haufen der Franzosen, dazu Tausende von Verwundeten, ohne auf der gänzlich unbewohnten, waldbedeckten Insel Obdach und Lebensmittel zu finden.

Nühten die Österreicher ihren Erfolg energisch aus, so war eine Katastrophe der Franzosen gar nicht abzuwenden. Doch auch sie fühlten sich tief erschöpft, und mit der Spannkraft des Erzherzogs war es nach diesen beiden furchtbaren Schlachttagen zu Ende. Er begnügte sich damit, den feindlichen Angriff abgeschlagen zu haben und blieb unbeweglich auf dem Marchfelde stehen.

Zweite  
Erhebung  
Tirols.

Trotzdem machte die Schlacht von Aspern einen unermesslichen Eindruck. Alle französischen Schönfärbereien vermochten doch nicht die Tatsache zu vertuschen, daß zum erstenmale der unüberwindliche Imperator selbst geschlagen worden sei. In überschwänglichen Versen pries der feurige Theodor Körner den Helden von Aspern:

„Aspern flingts und Karl flingt's siegestrunken,  
Wo nur deutsch die Lippe lallen kann“,

Tirol aber erhob sich zum zweitenmale rachgierig und hoffnungsfroh gegen seine bayrischen Dränger. Nach blutigen Kämpfen am Iselberge zog Hofer am 29. Mai in Innsbruck ein und erhielt von Franz I. in einem Handschreiben die Zusicherung, daß er niemals einen Frieden schließen werde, ohne die Vereinigung Tirols mit Österreich gesichert zu haben.

Kämpfe  
in Nord-  
deutschland.

Kaum geringeren Jubel erregte die Kunde im Norden. Aber keine Hand hätte sich in Preußen gerührt ohne das Geheiß des Königs. Das erfuhr damals Schill. Sobald sein Kriegsherr sich von ihm losgesagt hatte, war sein Unternehmen ein aussichtsloses Abenteuer. Als das Gefecht bei Dodendorf ihm bewiesen hatte, daß die geplante Überrumpelung Magdeburgs unmöglich sei, beschloß er sich nach der Ostseeküste zurückzuziehen und warf sich nach dem schwedischen Stralsund, in der Hoffnung, aus der alten tapferen Hansestadt ein deutsches Saragossa machen zu können, wie 1628. Hier griffen ihn am 31. Mai dänische, holländische und mecklenburgische Truppen mit Übermacht an. In blutigem Straßenkampfe wurde die Stadt erstürmt, die Mehrzahl seiner Leute zusammengehauen oder gefangen, er selbst fiel bei dem Versuche, sich die Fährgasse hinunter nach dem Hafen durchzuschlagen. Ein schlichter Stein in der Bordkaute des Bürgersteiges bezeichnet noch heute die Stelle. Die Sieger schlugen dem tapferen Manne den Kopf ab wie einem Räuber, um ihn als Trophäe mit nach Leyden zu schleppen, nur den Rumpf konnten wackere Stralsunder in einem ehrlichen Grabe auf dem Knieper Friedhofe bergen. Elf

seiner Offiziere, die in Gefangenschaft geraten waren, ließ Napoleon als „brigands“ in Wesel standrechtlich erschießen. Sie starben alle unverzagt, wie es deutschen Offizieren geziemt; ihr letzter Ruf war: „es lebe der König!“

Auch der Plan des Herzogs von Braunschweig, den Aufstand in Sachsen zu entzünden, mißlang. Am 21. Mai hatte der Herzog Jittau besetzt, am 30. und 31. schlug er sich dort in heftigen Gefechten mit den sächsischen Truppen unter Thielemann und ging schließlich vor ihnen wieder nach Böhmen zurück. Erst als die sächsischen Regimenter nach der Schlacht bei Aspern nach der Donau aufbrachen, drang er, von einem österreichischen Korps unter General am Ende unterstützt, aufs neue in Sachsen ein, besetzte hier Dresden (11. Juni) und den westlichen Teil des Landes, während der Hof nach Plauen flüchtete, und bot auch dem König Jérôme von Westfalen die Spitze, als dieser zur „Befreiung“ Sachsens heranrückte. Darauf drang der Herzog mit den Österreichern (jetzt unter Kienmeyer) in Franken ein und warf Junot durch den Sieg bei Berneck aus dem Lande, wandte sich dann aber wieder gegen Jérôme, der inzwischen seinen Befreiungszug bis Dresden ausgedehnt hatte und ihm jetzt ins Vogtland folgte, und bestimmte den kriegsunlustigen König sogar zum Rückzuge nach Erfurt. Das jedoch, worauf alles ankam, eine Volkserhebung, vermochte er nicht hervorzurufen.

Trotz solchem Mißerfolge dachten doch unter dem Eindrucke des Sieges von Aspern und der zweiten Erhebung Tirols die ersten Männer des preussischen Heeres wie Blücher, Bülow und Graf Götzen alles Ernstes daran, unter Umständen auch ohne den König loszuschlagen, da warf die Nachricht von der Schlacht bei Wagram alle Hoffnungen zu Boden.

Der Erzherzog Karl hatte seine Truppen allmählich bis auf 157000 Mann gebracht und gegenüber der Lobau eine Reihe von Batterien aufgeführt, um den Franzosen den Übergang zu wehren, seine Hauptmasse aber weiter nordwärts nach dem Höhenrande hinter dem Rußbache zurückgezogen, der von Deutsch-Wagram ab an Markgraf-Neusiedeln vorüber das Marchfeld durchschneidet; er dachte also auch jetzt an keinen Angriff. Ebenso wenig gelang die geplante Vereinigung mit dem Erzherzog Johann, denn dieser wurde am 14. Juni bei Raab vom Vizekönig Eugen trotz tapfersten Widerstandes, insbesondere der steirischen Landwehr, geschlagen, und wich nach Komorn zurück, um von hier auf dem nördlichen Donauufer vorzugehen. Von dieser Unentschlossenheit und Untätigkeit auf österreichischer Seite sticht die zielbewusste Rührigkeit Napoleons glänzend ab. Durch Zuzüge aller Art, insbesondere auch der sächsischen Truppen, hatte er seine Streitkräfte bis auf 180000 Mann verstärkt, die Lobau in eine geschützstarrende Festung umgeschaffen, für Brückenmaterial u. a. in der ausgiebigsten Weise gesorgt, sogar Matrosen seiner Kriegsflotte herbeigezogen. Um die Österreicher über die wirklich gewählte Übergangsstelle zu täuschen, ließ er an der Westseite der Lobau alle Vorkehrungen treffen und führte dann in der Nacht vom 4. zum 5. Juli seine Heersäulen unter einem mörderischen Geschützfeuer und bei einem furchtbaren Unwetter auf sechs Brücken nordostwärts nach dem brennenden Groß-Enzersdorf hinüber. Unter hartem Kampfe zogen sich die österreichischen Vortruppen auf die Hauptstellung bei Wagram und Markgraf-Neusiedeln zurück. Die Franzosen folgten und griffen gegen Abend an. Doch Eugens Truppen wurden nach verzweifelterm Kampfe vom Zentrum der Österreicher zurückgeworfen, Bernadottes sächsische Bataillone beim Eindringen in Wagram durch heftiges Kartätschfeuer zersprengt, und auch Davousts

Angriff auf den linken österreichischen Flügel mit Nachdruck abgewiesen. Am nächsten Tage, am 6. Juli, ging der Erzherzog trotz der gewaltigen Überlegenheit des Feindes zum Angriff vor. Mit dem rechten Flügel sollte Klenau westwärts ausholend Aspern und Egling nehmen und so die Franzosen von der Donau abdrängen, das Zentrum unter Karl ihm allmählig folgen, der linke Flügel unter Rosenberg die Außbachlinie halten; dort glaubte man auf das Eintreffen des Erzherzogs Johann rechnen zu können, der seit Mitternacht im angestrengtesten Marsche von Preßburg her war und am 6. Juli vormittags gegen 10 Uhr wirklich Marchegg erreichte, nur drei Meilen östlich von Markgraf-Neusiedeln. Während nun Rosenberg von weit überlegenen Massen hier festgehalten wurde, nahm Klenau wirklich Aspern und Egling, und das Zentrum besetzte Aldersklaa und Säßenbrunn südwestlich von Wagram. Doch hier griff es Napoleon persönlich an. Zwei furchtbare Stöße scheiterten, der dritte gelang, und da gleichzeitig Rosenberg Neusiedeln räumen mußte, so befahl der Erzherzog den Rückzug. Um dieselbe Stunde, gegen 5 Uhr nachmittags, erreichte Johann Ober-Siebenbrunn, eine Stunde von Neusiedeln; er kam trotz ungeheurer Anstrengungen zu spät und hätte auch mit seinen 12000 erschöpften Leuten, die in dreizehn Stunden sieben Meilen zurückgelegt hatten, das Schicksal des Tages nicht mehr wenden können.

Der Waffen-  
stillstand  
von Znaim  
und die  
dritte  
Erhebung  
Tirols.

Die Österreicher zogen sich nach Mähren zurück, geschlagen, nicht entmutigt. Auch der Kaiser, bestimmt durch seine hochsinnige Gemahlin und Graf Stadion, war für die Fortsetzung des Kampfes. In der Tat, die Lage der Dinge war nicht schlimmer als nach Austerlitz. Die Russen standen zwar seit Anfang Juni in Galizien, führten aber den Krieg nur zum Schein, die Engländer rüsteten zu einer Landung an der Nordseeküste, und am preussischen Hofe in Königsberg war man trotz der Niederlage von Wagram geneigt auf Österreichs Seite zu treten, wenn dieses nur vollen Ernst bewies. Andererseits standen die Dinge in Spanien für Napoleon nichts weniger als günstig. Doch Erzherzog Karl selber, niemals sehr zuversichtlich, hatte jetzt alle Hoffnung verloren, er riet dringend zum Frieden und legte verstimmt den Oberbefehl nieder. So willigte Kaiser Franz am 12. Juli in den Waffenstillstand von Znaim, der den Franzosen neben Österreich auch das westliche Mähren einräumte und Tirol ihrer Rache überließ. Mit Übermacht drang Eferdyre bis Innsbruck vor. Doch zum drittenmale erhoben sich die erbitterten Bauern, vernichteten am 4. August eine herzoglich sächsische Kolonne in der Eissackschlucht zwischen Mittenwalde und Oberau nördlich von Brigen (der „Sachsenklemme“), indem sie von den steilen Felswänden Felsstücke und Baumstämme auf die Unglücklichen hinabrollten, bereiteten beim 8. August einer bayrischen Abtheilung an der Pontlacher Brücke im oberen Inntale südlich von Landeck das gleiche Schicksal, zogen endlich nach heißen Gefechten beim Iselberge am 15. August abermals in Innsbruck ein. Verzweifelt räumte der Marschall das „verwünschte Land“. Hofer aber führte als „Oberkommandant in Tirol“ in seines Kaisers Namen von der Hofburg aus nach Bauernweise die Verwaltung des befreiten Landes.

Der Rückzug  
des Herzogs  
von Braun-  
schweig.

Das Volk Norddeutschlands blieb auch jetzt ruhig, doch der Herzog von Braunschweig und seine kleine Schar bewiesen mindestens Heldenmut und kriegerische Kraft. Als der Waffenstillstand die österreichischen Truppen aus Sachsen und Franken abrief, hatte der Herzog die Wahl, entweder ihnen nach Böhmen zu folgen

und dabei auf seine Stellung als selbständiger deutscher Fürst, auf die er stolz war, zu verzichten, oder den verwegenen Versuch zu machen, sich nach Nordwest-Deutschland zu werfen, um dort doch vielleicht noch den Volkskrieg zu entzünden. Am 17. Juli teilte er in Zwickau seinen Offizieren diesen Entschluß mit, am 25. stand er in Leipzig, am 29. überwältigte er in Halberstadt nach blutigem Kampfe ein westfälisches Regiment, am 31. machte er eine kurze Rast im Schlosse seiner Väter zu Braunschweig. Ein westfälisches Korps von 3000 Mann am 2. August bei Oesper durchbrechend erreichte er über Hannover und Nienburg glücklich Elsfleth an der Wesermündung und schiffte sich hier am 7. August nach England ein. In vierzehn Tagen hatte der kühne Welfe seine kleine Schar 62 Meilen weit mitten durch feindliches Gebiet und feindliche Heeresmassen hindurchgeführt, und selbst Napoleon rief aus: „Das ist ein tapferer Kriegermann!“ Wäre das erwartete englische Landungsheer an der Weser oder Elbe gelandet, statt seine Kraft nutzlos in Holland auf Walcheren zu opfern, so hätte sich der Plan des Herzogs vielleicht doch verwirklichen lassen.

Inzwischen war Oberst von dem Kneesebeck als preußischer Unterhändler im österreichischen Hauptquartier Olmütz eingetroffen. Er hatte den Auftrag, ein Bündnis anzubieten, falls Österreich den Krieg mit vollem Nachdruck fortsetzen und nach dem Programm von Bartenstein (s. S. 251) die preußische Großmachtsstellung wieder aufrichten wolle. Da dies keineswegs die Absicht der österreichischen Minister war, so scheiterte die Verständigung gleich beim ersten Schritt, und König Friedrich Wilhelm, der nur widerwillig seine Zustimmung zu der Sendung gegeben hatte, erklärte schon am 31. Juli seinen Ministern, er halte den Krieg für unwahrscheinlich; die Rüstungen ließ er nur fortsetzen, um sich gegen einen etwaigen Überfall zu decken. Andererseits gewann die österreichische Friedenspartei allmählich das Übergewicht, da selbst der neue Oberbefehlshaber, Fürst Liechtenstein, offen erklärte, das Heer sei zu nachhaltigem Widerstande unfähig. Solchen Stimmungen kam Napoleon auf halbem Wege entgegen. Er wollte jetzt aufrichtig den Frieden, weil er ihn wollen mußte, da Spanien nach der schweren Niederlage bei Talavera della Reyna am 27. und 28. Juli neue Streitkräfte beanspruchte; er ließ deshalb die Verhandlungen amtlich in Deutsch-Altenburg mit Metternich führen und verhandelte daneben vertraulich mit General Bubna in Schönbrunn. Am 25. September stand der Entschluß zum Frieden beiderseits fest, nur gegen die ungeheure Kriegsschädigung stemmten sich noch die Österreicher. Da gab Napoleon nach, tief betroffen über den Nordversuch, auf dem bei einer Parade in Schönbrunn am 12. Oktober Friedrich Staps, der siebzehnjährige Sohn eines Predigers in Naumburg, ergriffen wurde. Er ließ den Jüngling am 16. Oktober erschießen, aber er rief entsetzt aus: „fort aus diesem Kriege, wir sind hier von tausend Vendeen umgeben!“ Am 14. Oktober 1809 wurde der Friede in Schönbrunn unterzeichnet. Österreich zahlte 85 Millionen francs, trat Salzburg und einen Teil Ober-Österreichs an Bayern, Westgalizien an das Herzogtum Warschau, den östlichen Teil Ungarns an Rußland, Görz, Triest, Ober-Kärnten, Krain, ein Stück von Kroatien, ganz Istrien und Dalmatien als „illyrische Provinzen“ an Frankreich ab und erkannte endlich die von

Verhandlungen mit  
Preußen.  
der Friede  
von  
Schönbrunn.



Napoleon neugeschaffenen Staaten, sowie alle schon geschehenen und zukünftigen Veränderungen in Italien, Portugal und Spanien an. Es verlor im ganzen 2038 Quadratmeilen, vor allem sein ganzes Küstenland, die alte venezianische Beute, es gab sogar das heldenmütige Tirol trotz der feierlichsten Verheißungen dem Sieger preis.

Unter-  
werfung  
Tirols.

Die Tiroler wollten nicht glauben, daß ihr Kaiserhaus sie verlassen habe. Umsonst mahnte sie Erzherzog Johann, sich in das Unvermeidliche zu fügen, umsonst verkündigte König Mar Joseph schon am 15. Oktober eine allgemeine Amnestie; in leidenschaftlichem Hohn und blindem Fanatismus rissen Haspinger und andere ihr tief erschöpftes Volk nochmals zur Erhebung mit sich fort. Wieder tobte ein wilder Verzweiflungskampf in den Bergtälern, als überlegene bayrische, französische und italienische Truppenmassen, im ganzen 50000 Mann, die Grenzen des armen Landes von allen drei Seiten her überschritten. Schon am 1. November besetzten sie Innsbruck und bedrohten jeden mit dem Tode, der nach fünf Tagen noch im Besitz von Waffen betroffen werde (12. November). Da sank der Widerstand allmählich in sich zusammen, Hofer flüchtete über den Brenner und verbarg sich in einer Sennhütte hoch über seinem heimischen Passeirtal. Endlich führte ein Verräter die Franzosen auf seine Spur. Unter schmachvollen Mißhandlungen schleppte man den „Rebellen“ gefesselt nach Meran und Bozen und dann nach Mantua. Um jede Verwendung von Wien oder von München her abzuschneiden, befahl Napoleon, ohne das Urteil des Kriegsgerichts abzuwarten, die Hinrichtung durch Pulver und Blei binnen vierundzwanzig Stunden. So ging der Sandwirt am 20. Februar 1810 seinen letzten Gang als ein tapferer Mann und ein gläubiger Sohn seiner Kirche. In seinem Volke und in ganz Deutschland galt er als Märtyrer. Seit 1823 ruhen seine Gebeine unter einem prächtigen Grabmale in der Hofkirche zu Innsbruck, und in ergreifenden Darstellungen hat in unserer Zeit sein Landsmann Defregger die Taten dieses gewaltigen Sommers von 1809 geschildert. Tirol wurde zerrissen. Der Süden bis zum Brenner kam an das Königreich Italien, das ganze Pustertal an die illyrischen Provinzen, nur der Rest blieb bei Bayern.

Der Nieder-  
gang  
Österreichs.

In Österreich aber nahm die begeisterte Erhebung ein klägliches Ende. Nicht die Niederlage nach rühmlichem Kampfe erschien als das Schlimmste, sondern die Hingebung des besiegten Staates an den Sieger. Sie war das Werk von Stadions Nachfolger, des Grafen Wenzel Clemens Lothar von Metternich (geb. 15. Mai 1773 in Coblenz), der mit der Leichtlebigkeit des Rheinländers die Genußliebe des österreichischen Adels und eine völlig französische Bildung verband, die deutsche Nationalität aber als „Mythe“ betrachtete. Als Gesandter in Paris hatte er nähere persönliche Verbindungen mit Napoleon angeknüpft; jetzt riet er der fast drohenden Werbung des Imperators um die Hand einer Erzherzogin nachzugeben, und so reichte am 11. März 1810 des Kaisers Tochter Maria Luise dem Emporkömmling die Hand, wobei der Sieger von Aspern die Stelle des abwesenden Bräutigams vertrat. Das Volk in Österreich wurde völlig irre. Vor kaum einem Jahre hatte der Staat alle Kräfte seiner tapferen Stämme zum Befreiungskampfe gegen den Usurpator aufgerufen, und jetzt war der damals leidenschaftlich Gehafte

der Schwiegersohn, der Bundesgenosse des Kaisers! Wozu dann alle die Begeisterung, all der Heldenmut, all das Blut d. J. 1809? Die Lösung hieß jetzt, das Vergangene zu vergessen, sich zu betäuben im Genuß der Gegenwart. Da brach mit dem alten österreichischen Pessimismus auch die alte Genußsucht wieder hervor, und als der Staat i. J. 1811 gar seine Zahlungen einstellen mußte und alle Wertpapiere reißend schnell im Kurse sanken, erfaßte ein förmlicher Taumel die Wiener Bevölkerung. In gedankenlosem Wohlleben wurde vergeudet, was morgen vielleicht doch verloren war.

Das Fehlschlagen der österreichischen Erhebung übte auch auf Preußen tiefgreifenden Einfluß. Gereizt durch die Rüstungen und die Einstellung der Kontributionszahlungen forderte Napoleon als einen Beweis des Vertrauens die Rückkehr des Königs nach Berlin, also mitten hinein zwischen französische und rheinbündische Garnisonen. Es war ein trauriger und doch freudig bewegter Tag, als das Königspaar am 25. Dezember 1809 nach mehr als dreijähriger Abwesenheit wieder in seine Hauptstadt einzog. Die schöne Königin saß weinend in dem Wagen, den ihr die Stadt geschenkt hatte, neben ihr ritt der König, hinter ihm im Gefolge Scharnhorst, bleich, in sich gekehrt und finster, mit ihren Regimentern folgten die beiden ältesten Prinzen. Aber alsbald steigerte sich das Drängen Napoleons. Er wolle bezahlt sein, der König habe die Wahl, entweder sein Heer, das ja überflüssig sei, bis auf die Garden aufzulösen oder einen Teil Schlesiens abzutreten. Da die alte Finanzverwaltung schlechterdings außer Stande war, den unbarmherzigen Anforderungen des Siegers gerecht zu werden und die Lage unerträglich schien, so rieten die Minister am 12. März 1810 dem König einstimmig die Abtretung Schlesiens an. Doch dieser verwarf den Rat und knüpfte Verhandlungen mit Hardenberg an, um ihn zum Eintritt in die Verwaltung zu bewegen. Dieser willigte ein, aber unter der Bedingung einer teilweisen Neugestaltung des Ministeriums. So übernahm er am 4. Juni als Staatskanzler die Oberleitung; von den früheren Ministern blieben nur Dohna und Goltz, auch Scharnhorst wurde, mit Rücksicht auf das tiefe Mißtrauen Napoleons, auf seine Stellung als Chef des Generalquartiermeisterstabes und des Ingenieurkorps beschränkt, doch sollte der neue Kriegsminister, Oberst von Hake, sich in allen wichtigen Dingen mit ihm verständigen. Den Friedensstand des Heeres mußte man bis auf 22000 Mann vermindern.

Königin Luise hatte an diesen Wandlungen den lebhaftesten Anteil genommen. Sie hatte es durchgesetzt, daß der König den feigen Vorschlag seiner Minister ablehnte und Hardenberg berief. Aber die furchtbaren Erfahrungen der Zeit hatten die Kräfte dieses edlen Lebens allzufrüh aufgezehrt. In der Blüte ihrer Jahre ist sie in ihrer Heimat, auf Schloß Hohenzieritz am 19. Juli 1810 verschieden, als der Stern Napoleons in seiner Höhe stand und sich kaum ein Hoffnungsschimmer zeigte. Sie starb als das erlauchteste Opfer der Fremdherrschaft, bald in dankbarem Andenken verklärt von ihrem tieftrauernden Volke. Wie ein Schutzengel schwebte i. J. 1813 ihre lichte Gestalt den Heeren voran, und wieder sechszig Jahre nach ihrem Tode holte sich ihr großer Sohn König Wilhelm im stillen Gebet am Grabe der unvergeßlichen Mutter die Kraft zu neuen Siegen.

Fortsetzung  
der  
Reformen  
durch  
Hardenberg.

In so schmerzbewegter Zeit begann Hardenberg sein Werk. So sehr sein letztes Ziel mit dem Steins übereinstimmte, die Wege dahin waren sehr verschieden. Denn der Staatskanzler sah sein Vorbild in der französisch-westfälischen Verwaltungsordnung, er war daher weder für die allgemeine Wehrpflicht noch für die Selbstverwaltung, obwohl er eine Volksvertretung für zweckmäßig hielt, erstrebte vielmehr vor allem die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte durch soziale Reformen und eine leistungsfähigere Gestaltung des Steuerwesens. Daher empfahl sein Finanzplan vom Oktober 1810 Ausdehnung der Grundsteuer, Erhöhung der Stempelabgaben, Ersetzung der Accise durch eine Verzehrsteuer, Verkauf der Domänen, Einziehung der geistlichen Güter und Ablösung der bäuerlichen Lasten. Über diese Fragen berieten die „Notablen“ (64 Vertrauensmänner der Regierung), deren Versammlung Hardenberg am 25. Februar 1811 eröffnete. Das Ergebnis waren die Finanz- und 1811. Ablösungsgesetze vom September desselben Jahres. Das Edikt vom 14. September gestattete die Ablösung der bäuerlichen Lasten gegen Entschädigung an die Grundherren, die bei erblichen Stellen ein Drittel, bei nicht erblichen die Hälfte des Bauerngutes betrug, ermöglichte also die allmähliche Entstehung eines freien, grundbesitzenden Bauernstandes, begünstigte aber freilich auch die Vermehrung des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauernlandes. Ein zweites Edikt vom 7. September hob die unpraktische und unergiebige Verzehrsteuer für das platte Land und die kleinen Städte wieder auf und ersetzte sie hier durch eine Personalsteuer; im Mai 1812 kamen noch eine Einkommensteuer auf unfundiertes Einkommen und eine Vermögenssteuer hinzu. Da indes alle diese Steuern bei der zunehmenden Verarmung verhältnismäßig wenig einbrachten, so konnte der Staat nur aus dem Verkaufe der Domänen und der kirchlichen Güter seine Ausgaben bestreiten; dieser große Grundbesitz allein, im wesentlichen die Schöpfung Friedrich Wilhelm I., hat Preußen damals vor dem völligen finanziellen Zusammenbruche bewahrt. 1812. folgte am 11. März 1812 die Emanzipation der Juden, am 2. November die Verkündigung der Gewerbefreiheit, die die alten Schranken zwischen Stadt und Land völlig niederriß. Den ersten Schritt zur Einführung der Selbstverwaltung auf dem platten Lande endlich tat Hardenberg mit dem Gendarmerieedikt vom 30. Juli 1812. Es übertrug die Ortspolizei auf die Schulzen- und Dorfgerichte unter Oberaufsicht des Gutsherrn und bestellte eine Kommunalvertretung des Kreises, die aus dem königlichen Kreisdirektor, dem Stadtrichter der Kreisstadt und je zwei Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, der Städte und der Bauern gebildet werden sollte. Doch konnte diese Einrichtung, die den althistorischen Einfluß des Landadels fast vernichtete und sogar das Landratsamt aufhob, nicht ganz zur Durchführung gelangen; nur die Kreisversammlungen bewährten sich, besonders i. J. 1815. Freilich galten nicht nur diese Reformen, sondern schlechtweg alle Umgestaltungen insbesondere dem märkischen Adel als revolutionäre Neuerungen, und nur der feste Wille des Königs vermochte sie durchzusetzen.

Aufschwung  
der  
nationalen  
Bildung.

Während sich so der preussische Staat mühsam einem erbarmungslosen Drucke zu entwinden suchte, stellte er zugleich im verwegenen Idealismus und doch in durchaus praktischen Erwägungen die geistige Arbeit in den Dienst des vater-

ländischen Gedankens. Am 16. August 1809 unterzeichnete der König die Stiftungs- 1809.  
urkunde der Universität Berlin, er schenkte ihr das Palais des Prinzen Heinrich  
(† 1802) unter den Linden und stattete sie mit 150000 Taler jährlichen Einkommens  
aus, ein unvergleichlicher Akt königlicher Hochherzigkeit und unverwüßlicher Hoff-  
nungskraft inmitten der ärgsten Bedrängnis. Im Oktober 1810 wurde die neue  
Bildungsanstalt eröffnet. Schon im nächsten Jahre trat ihr die umgestaltete Uni-  
versität Breslau zur Seite, die aus der Verbindung der dortigen Jesuitenhochschule  
(s. S. 28) mit der verfallenen protestantischen Universität Frankfurt a. O. erwuchs  
und für Deutschland das erste Beispiel einer paritätischen Hochschule gab. Zugleich  
vollzog sich eine tiefeingreifende Umgestaltung des geistigen und sittlichen Lebens.  
Alle die ausgezeichneten Männer, die sie herbeiführten, waren erfüllt von den  
großen, zuerst auf dem Boden der Romantik erwachsenen Gedanken und bildeten  
deshalb, obwohl sie den verschiedensten deutschen Stämmen angehörten, doch eine  
geistige Einheit. Als die wichtigsten Sammelplätze treten Berlin und Heidelberg  
hervor. Wenn die preussische Hauptstadt die stärkste politische Anziehungskraft übte,  
so fand sich am sonnigen Neckar alles zusammen, was den Romantiker am tiefsten  
ergriff: die landschaftliche Herrlichkeit des Rheinlandes und die Reste des Mittelalters  
in seinen mächtigen Domen und zertrümmerten Burgen. In Berlin sammelten sich  
vor allem die Männer der ernsten Wissenschaft: der Theolog Schleiermacher, der  
Philosoph Fichte, die Juristen Savigny und Eichhorn, die Philologen Böckh und  
Buttmann, der Historiker Niebuhr; in Heidelberg vereinigten sich die Vertreter der  
romantischen Dichtung: Achim von Arnim, Clemens Brentano, Görres u. a. m.,  
sie alle erfüllt von schwärmerischer Sehnsucht nach dem lebensvollen, gemütreichen  
Mittelalter und von tiefster Abneigung gegen alles „Wälsche“, das ihnen als un-  
natürlich und gekünstelt erschien. So zog inmitten des tiefsten politischen Nieder-  
ganges der Nation ein neues fruchtbares Zeitalter deutscher Geistesarbeit herauf.  
Mit liebevollstem Eifer und feinstem Verständnis für das Kleinste wie das Größte  
versenkten sich die beiden unzertrennlichen Brüder Jakob und Wilhelm Grimm  
(geb. 1785 und 1786 in Hanau) in die poesievollen Tiefen des deutschen Volkslebens  
und hoben aus ihnen als den köstlichsten Schatz die „Kinder- und Hausmärchen“  
(1812). Den ganzen Reichtum an deutschen Volksliedern offenbarte dann der froh  
erstaunten Mitwelt Arnims und Brentanos Sammlung „Des Knaben Wunderhorn“  
(seit 1806). Auf die Rechtswissenschaft wandten zuerst Savigny und Eichhorn die  
neuen Anschauungen an, jener auf das römische, dieser auf das deutsche Recht, beide  
einig in dem Gedanken, daß der Geist des Volkes rechtsbildend wirke, das Recht  
also niemals etwas völlig Abgeschlossenes, sondern stets ein Werdenendes sei. Von  
demselben Gesichtspunkte ging B. G. Niebuhr aus. Als ein Sohn des freiheits-  
trozigen Dietmarscherlandes i. J. 1776 geboren, auf der Grenzscheide deutschen und  
skandinavischen Wesens aufgewachsen, durch philologische, geschichtliche und juristische  
Studien wie durch die praktische Arbeit als Staatsmann und Verwaltungsbeamter  
erst in dänischen, seit 1806 in preussischen Diensten unvergleichlich vorgebildet, faßte  
er zuerst die Entwicklung des römischen Staates als entsprungen aus der Eigenart  
des römischen Volkes auf, und schuf so, indem er eindringende Kritik mit schöpfer-



ischer Phantasie verband, in seiner „Römischen Geschichte“ (1811, 12) das erste große Werk deutscher, wissenschaftlicher Geschichtschreibung und das wichtigste wissenschaftliche Denkmal dieser ganzen Zeit. Wenige Jahre zuvor, i. J. 1808, erschien mit Goethes „Faust“ (I. Teil) die großartigste Dichtung aller modernen Kulturvölker, zugleich die tiefstinnigste und vielseitigste poetische Verklärung deutschen Lebens und Strebens. Es war, als ob der Altmeister von Weimar, der in Napoleon leider nur den großen Mann, nicht den Todfeind Deutschlands sehen wollte, den Deutschen den unvergänglichen Wert ihres Volkstums hätte zeigen wollen.

Gedanken und Werke dieser Art wirkten unwiderstehlich hinüber auf die politischen Anschauungen und Bestrebungen. Aus der strengen wissenschaftlichen Arbeit und der poetischen Schwärmerei erhob sich die Begeisterung für die Befreiung des Vaterlandes. Denn lehrte die Vertiefung in die Vergangenheit den Wert des eigenen Volkstums schätzen und den Einzelnen sich als Glied eines großen Zusammenhanges fühlen, so erwiesen die furchtbaren Umwälzungen seit 1806, daß der Einzelne haltlos sei ohne das Ganze und daß alle Kulturarbeit jeder Sicherheit entbehre ohne den nationalen Staat. Von der Schwärmerei für das Weltbürgertum und die freie Persönlichkeit kehrten die Deutschen zurück auf den Boden politischer Arbeit und zur Unterordnung unter die Pflicht gegen den heimischen Staat.

Solche Gedanken in die breiten Massen der Gebildeten zu tragen, waren ausgezeichnete Männer tätig. Immer und immer prägte der große Kanzelredner Daniel Schleiermacher den Andächtigen, welche die kleine Dreifaltigkeitskirche kaum zu fassen vermochte, die Wahrheit ein, daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens, in der freien Hingabe an das große Ganze liege. Zur gleichen Anschauung war jetzt der Philosoph J. G. Fichte durchgedrungen, wenn er in seinen „Reden an die deutsche Nation“ die er im Winter 1807/08 hielt, während noch französische Besatzung in Berlin stand, mit der Sittenstrenge eines Propheten die Weichlichkeit und Selbstsucht der Zeitgenossen verurteilte als den letzten Grund des Verderbens und den ernststen sittlichen Willen als die Grundwurzel des Menschen darstellte. Nur durch ihn würden die Deutschen die ihnen gebührende Stellung in der Welt wieder einnehmen, „denn deutsch sein und Charakter haben ist ohne Zweifel gleichbedeutend“, und nur durch sie, das Urvolk Europas, könnten die Völker gerettet werden. Auf weitere Kreise noch wirkten die Ausführungen E. M. Arndts in seinem „Geiste der Zeit“. Denn dieser an Körper und Seele kerngesunde, kraftvoll empfindende, lebensfrische Bauernsohn aus Rügen (geb. 1769) hatte in langen Wanderungen die Zustände Europas und die Bedürfnisse des eigenen Volkes von Grund auf kennen gelernt und war sich seines Deutschtums um so lebendiger bewußt geworden, als er unter schwedischer Herrschaft aufgewachsen war. Einseitiger und derber wie er trat der Märker J. E. Jahn (geb. 1778) in zahlreichen formlosen Schriften über die Pflege echt deutschen Wesens dem Wälschtume gegenüber ein, und er machte den Anfang zu einer gesünderen und natürlicheren Volkserziehung, indem er i. J. 1811 draußen auf der Hasenheide bei Berlin den ersten Turnplatz eröffnete und Hunderte von jungen Männern zu stählender Körperübung um sich versammelte.

Doch alle Bestrebungen hatten beständig die französischen Späher und unter Umständen eine rasche Gewalttat gegen einen ihrer Leiter zu fürchten. Daher griffen die Patrioten, sehr gegen die deutsche Art, zu der Stiftung geheimer Bünde. Der erste und am meisten genannte, der „Tugendbund“, der im Juni 1808 mit königlicher Genehmigung in Königsberg entstand, zählte niemals mehr als 3—400 Mitglieder und wurde schon im Dezember 1809 wieder aufgelöst, um das Mißtrauen Napoleons, ja selbst Österreichs zu beschwichtigen. Nachher bildete sich unter Jahn u. a. der „Deutsche Bund“. Politische Zwecke verfolgten alle diese Vereinigungen nur mittelbar, insofern sie sittliche, deutsche und monarchische Gesinnung verbreiten wollten und einen gewissen Zusammenhang zwischen den Patrioten herstellten. Aber ihre praktische Wirksamkeit war an sich nicht groß, und umsonst fürchtete Napoleon die geheimen „Sekten“. Nicht solche schürten die Feindschaft gegen ihn, das ganze preussische Volk vielmehr bildete gewissermaßen eine einzige große Verschwörung zum Sturze der Fremdherrschaft. Daß in solcher Stimmung und in so verzweifelter Lage klare Anschauungen über die künftige politische Gestaltung Deutschlands nicht entstanden, war natürlich. Sogar der tiefe Gegensatz zwischen Preußen und Österreich war vergessen. Die Kämpfe Friedrichs des Großen erschienen schlechtweg als bedauerliche Bürgerkriege, von denen man nicht gern sprach, und in unklarer Gefühlsaufwallung sahen auch die protestantischen Norddeutschen in den österreichischen Habsburgern die geborenen Führer der Nation für den Befreiungskrieg wie für die spätere Zukunft.

Keiner unter den damaligen Deutschen hat alle diese Bestrebungen und Anschauungen, das beständige Hin- und Herschwanken zwischen Hoffnung und Verzweiflung, die ganze fieberhafte Spannung dieser Jahre tiefer empfunden und schwerer darunter gelitten, als der größte deutsche Dramatiker dieser Zeit, der glänzend begabte und doch innerlich friedlose Heinrich von Kleist (geb. 1777). Wohl teilte er mit den Romantikern die Begeisterung für die Herrlichkeit des Mittelalters, doch als preussischem Edelmann und Offizier war ihm sein eigener Staat ans Herz gewachsen, und von der zerfloßenen Empfindung der Romantiker trennte ihn seine dramatische Energie. Wenn er im „Käthchen von Heilbronn“ allen Zauber romantischer Schwärmerei über ein liebliches, unschuldiges Mädchenbild ausgoß, so gelang ihm im „Prinzen von Homburg“ eine wundervolle Verherrlichung preussisch-deutschen Fürsten- und Kriegerturns, und in die lebensvollen Gestalten seiner „Hermannschlacht“ legte er alle Empfindungen des Hasses, der Verzweiflung und des Opfermutes, die ihm selber durch die Seele zogen.

„Die ganze Brut, die in den Leib Germaniens  
Sich eingefilzt wie ein Insektenchwarm,  
Muß durch das Schwert der Rache jetzo sterben!“

In diesen furchtbaren Worten seines Hermann bricht der langeverhaltene Grimm des Deutschen gegen die Napoleonische Fremdherrschaft wie in einem wilden Naturlaut hervor. Aber der Dichter ging zu Grunde, weil für solche Werke, wie die seinen, damals eine öffentliche Anerkennung nirgends zu finden war, und weil er selber in seiner krankhaften Überreizung nach dem Fehlschlagen aller Hoffnungen

auf persönliche Erfolge wie auf die Befreiung des Vaterlandes die Geduld des Wartens verlor. Im November 1811 legte der Unglückliche am Wannsee bei Potsdam Hand an sich selbst.

Der Bruch  
zwischen  
Napoleon  
und  
Rußland.

In der That, so hoffnungslos wie in diesem Augenblicke war die Lage Deutschlands noch niemals gewesen. Für Napoleon war die vollkommene Durchführung der Kontinental Sperre das Grundgesetz seines Weltreichs geworden, weil er nur so England bezwingen konnte. Das aber trieb ihn von einem Gewaltstreich zum anderen. Im Dezember 1810 verfügte er die Einverleibung Hollands, Nord-Hannovers, Oldenburgs, der drei Hansestädte und Lauenburgs in das französische Reich, schob also die Grenze desselben bis an die Ostsee vor. Doch damit erschütterte er vollends das schon gelockerte Bündnis mit Rußland, die Grundlage seiner ganzen Politik seit 1807. Denn Alexander I., schon durch die Vergrößerung des Herzogtums Warschau i. J. 1809, die nur die Einleitung der gefürchteten Wiederherstellung Polens zu sein schien, tief verstimmt, fühlte sich jetzt durch die rücksichtslose Beraubung seiner Oldenburgischen Verwandten ganz persönlich verletzt, und doch hatte er den Preis des Tilsiter Bündnisses, Finnland und die Donaufürstentümer noch immer nicht errungen, während der russische Handel unter den Wirkungen der Kontinental Sperre dahinsiechte. Deshalb beantwortete er die neuen Gewaltmaßregeln Napoleons mit dem Ukas vom 31. Dezember 1810, der die Einfuhr der englischen Kolonialwaren erleichterte und die französischen Erzeugnisse mit erhöhten Zöllen belegte. Damit war, wie der Zar schon im März 1811 an König Friedrich Wilhelm schrieb, der Krieg zwischen Frankreich und Rußland wahrscheinlich geworden.

Preußens  
Bündnis  
mit  
Napoleon.

In welche Lage aber mußte dann Preußen geraten! Sicher hatte es nur zu wählen zwischen dem Anschluß an Frankreich oder an Rußland. Auf das russische Bündnis war alles vorbereitet, und nach dieser Richtung drängten den König die Patrioten, doch er konnte sie nur dann wählen, wenn Rußland mit voller Energie den Kampf auf deutschem Boden begann und wenn sich mindestens die Möglichkeit eines Erfolges bot. Sonst blieb nur das Bündnis mit Napoleon, also der Bruch mit allen Hoffnungen auf Befreiung. Von furchtbaren Zweifeln gequält schwankte der König. Seit dem Mai 1811 wußte er, daß Alexander den Krieg nur im eigenen Lande führen wolle und zugleich sah er, wie die Napoleonischen Truppen sich von allen Seiten um das preußische Gebiet sammelten. Zu Ende Juni standen 80000 Mann fremder Truppen in Norddeutschland, außer den 50000 Sachsen und Polen; in den drei preußischen Oderfestungen lagen 17000, in Danzig 10000 Mann. Um wenigstens einem Überfalle nicht ganz wehrlos gegenüberzustehen, befohl der König die Beurlaubten einzuziehen und die Truppen in größeren Abteilungen zur Deckung der wichtigsten Punkte zu vereinigen, bot aber gleichzeitig in Paris ein Bündnis unter ehrenvollen Bedingungen an. Erst als Napoleon darauf nicht einging und sogar die vertragsmäßige Räumung von Glogau verweigerte, verwarf zwar der König Gneisenaus großartigen Plan „zur Vorbereitung eines Volksaufstandes“ als phantastisch, sandte aber jetzt Scharnhorst im tiefsten Geheimnis nach Petersburg. Diesem gelang es am 17. Oktober wirklich eine Militärkonvention abzu-

schließen, doch bei seiner Rückkehr hatte sich der König am 5. November, tief überzeugt von der Unüberwindlichkeit Napoleons, für das Bündnis mit Frankreich entschieden. Da auch der letzte Versuch, durch Scharnhorst an Österreich wenigstens eine Anlehnung zu finden, an Metternichs kaltsinniger Vorsicht scheiterte und gleichzeitig die militärischen Bewegungen der Franzosen die gefahrdrohendste Gestalt annahmen, so unterzeichnete der preußische Unterhändler Krusemark am 24. Februar 1812 den preußisch-französischen Bündnisvertrag auf die Bedingungen hin, die Napoleon stellte. In dem Augenblicke, wo sein Kurier in Berlin eintraf, am Nachmittage des 2. März, hatte man sich dort noch einmal aufs äußerste gefaßt gemacht, denn französische Kolonnen waren in Preußisch-Vorpommern eingerückt und von Magdeburg gegen Berlin in Bewegung. Es wäre ein aussichtsloser Verzweiflungskampf gewesen, denn am nächsten Tage kam aus Petersburg die Nachricht, daß 550000 Mann gegen Preußen in Bereitschaft stünden. So genehmigte der König am 5. März den Vertrag. Er verpflichtete sich darin, für alle festländischen Kriege (außer in Spanien, Italien und der Türkei) Frankreich zu unterstützen, ihm gegen Rußland 20000 Mann zu stellen, die andere Hälfte seiner Truppen um Colberg, Graudenz, Potsdam und in Schlesiens zu versammeln, sie aber nicht zu vermehren, alle Straßen den französischen Durchmärschen zu öffnen (nur ein Teil Schlesiens blieb neutral) und riesige Lieferungen an Wagen, Pferden, Munition, Schlachtvieh u. a., zunächst auf die noch rückständige Hälfte der Kriegskontribution, zu übernehmen. Willenlos war Preußen an Frankreich gekettet, und alles, was es seit 1807 unter unsäglichen Opfern für den Befreiungskrieg gesammelt hatte, das gab es jetzt hin, um diese Ketten noch fester zu schmieden. Da faßte Jörn und Verzweiflung manche der besten Männer. Etwa dreißig Offiziere nahmen den Abschied, um unter russischer Fahne gegen Napoleon zu kämpfen; andere, wie Scharnhorst, Blücher, Boyen nahmen Urlaub und gingen nach Breslau, Gneisenau wurde in geheimer Sendung nach Österreich, Rußland und England geschickt.

Auch Österreich schloß am 24. April sein Bündnis mit Frankreich, aber es handelte dabei doch insofern im eigenen Interesse, als es einer russischen Eroberung der Donaufürstentümer durchaus entgegentreten mußte, und von den französischen Durchmärschen wurde es gar nicht berührt. Über Norddeutschland dagegen ergossen sich seit dem Frühjahr 1812 die endlosen Heersäulen der „Großen Armee“. Die Streitkräfte ganz West-Europas, Franzosen, Italiener, Niederländer, Rheinbündner, Polen, ein Völkergewimmel wie einst Attilas Heer, folgten dem Gebote des Imperators. 482000 Mann mit 84000 Pferden hatte Preußen während dieser wenigen Monate zu verpflegen; für Transporte stellte es bis Ende September gegen 78000 Pferde und über 130000 Wagen, dazu machte es Lieferungen im Werte von fast 150 Millionen Francs. Napoleon selbst verweilte im Mai mehrere Wochen in Dresden, während unabsehbare Kolonnen fortwährend über die Elbbrücke nach dem Osten zogen; hier konnte er sich noch einmal im Glanze seiner Macht und weidete sich an der Versammlung der ihm verbündeten Fürsten; nur widerwillig war auch Friedrich Wilhelm III. erschienen. Halb bewundernd, halb

Der  
Aufmarsch  
der Großen  
Armee  
gegen  
Rußland.



zweifelnd sah das norddeutsche Volk Tag für Tag diese Völkerwanderung an sich vorüberziehen; trotz alles kriegerischen Schaugepranges glaubte es nicht, daß dieses Riesenunternehmen zum Ziele führen könne. Denn zu sündhaft erschien der Übermut der Franzosen, die sich gar nicht genugtun konnten in wüster Schwelgerei, zu vermessen dieses Vorwärtstürmen des Gewaltherrschers ins Grenzenlose, und hatte nicht schon im heißen Sommer 1811 der prachttvolle Komet, der mit seiner riesigen Flammenrute den halben Himmel überspannte, Ungeheures verkündigt?

Der Feldzug  
in Rußland.

Und Ungeheures, Unerhörtes stand bevor. Die Hunderttausende von deutschen Kriegern, die dem Korps folgten, waren über den ganzen Kriegsschauplatz verteilt. Die Preußen unter Grawert bildeten mit Franzosen und Rheinbündnern den linken Flügel der Großen Armee, den Marschall Macdonald von Kurland aus gegen Riga und weiter gegen Petersburg führen sollte; doch konnte tatsächlich nicht einmal Riga auch nur ernstlich angegriffen werden, da es lange an Belagerungsgeschütz fehlte. Die Sachsen, 21000 Mann unter Jësschwitz (7. Korps Reynier), gingen mit den 50000 Österreichern des Fürsten Schwarzenberg, den Polen (5. Korps) und den Westfalen (8. Korps) von Polen aus gegen Süd-Rußland vor, verloren zwar das Gefecht bei Kobryn, wobei die schwache sächsische Brigade Klengel nach tapferster Gegenwehr in russische Gefangenschaft geriet (23. Juli), siegten aber am 11. August bei Podobna und wurden nur durch strömende Regengüsse von weiterem Vordringen abgehalten. Dem Zuge des Hauptheeres auf Moskau folgten die 30000 Bayern (6. Korps St. Cyr), 16000 Württemberger (3. Korps Ney), drei sächsische und vier preussische Reiterregimenter. Hier aber nahm der Krieg bald einen ungewöhnlichen Charakter an. Da die Russen den Gegnern an Zahl weitaus nicht gewachsen waren, weil Alexander I. zu spät, erst im Mai, mit den Türken Frieden schloß, so mußten sie widerwillig das ausführen, wozu die deutschen Offiziere von Anfang an geraten hatten, nämlich ins Innere zurückweichen. Die endlosen Märsche auf schlechten Straßen bei elenden Quartieren und mangelhafter Verpflegung, die Gluthitze des russischen Sommers und die Regengüsse nach anfänglicher staubaufwirbelnder Trockenheit nahmen nun Napoleons Truppen aufs furchtbarste mit, ohne daß sie den Russen einen entscheidenden Schlag hätten beibringen können, der auch bei Smolensk (17. August) nicht gelang, und zugleich erhob sich die nationale und religiöse Leidenschaft des rechtgläubigen Russenvolkes gegen die Fremden und die Ketzer. Erst am 7. September erfocht Napoleon in der grauenvollen Schlacht von Borodino (Moschaisk) einen Sieg über das russische Hauptheer, den vornehmlich die glänzende Tapferkeit der schweren sächsischen Reiterbrigade durch die Erstürmung der Rajewskischanze entschied, und am 14. September zog er in dem menschenleeren Moskau ein. Doch mit dem schrecklichen Brande der alten Zarenstadt zerstörte ihm der russische Fanatismus die ersehnten Winterquartiere, und die ablehnende Haltung Alexanders, der sich an Steins entschlossener Tatkraft stahlte, vernichtete auch seine Friedenshoffnungen. Am 18. und 19. Oktober begann er den Rückzug. Da kam mit dem russischen Winter das Verderben über seine zuchtlose Armee. Nur die Deutschen und die Polen hielten besser zusammen, doch auch von ihnen überlebten nur jammervolle Reste

den entsehllichen Übergang über die Beresina (26. und 27. November). Von den drei sächsischen Reiterregimentern z. B., die beim Ausmarsche von Moskau zusammen noch 241 Berittene gezählt hatten, erreichten nur noch 55 die Heimath, von den beiden sächsischen Infanterieregimentern, die erst an der Beresina zum Hauptheere stießen und als die letzten die Brücke überschritten, gar nur 16 Mann. Das 7. Korps hatte sich seit dem September auf die Deckung des Herzogthums Warschau beschränken müssen und unter blutigen Gefechten bei grimmiger Kälte bis in den Dezember hinein sich am Narew behauptet. Erst als die Kunde von der Vernichtung des Hauptheeres eintraf und die Österreicher, ohne Napoleons Befehl abzuwarten, nach Galizien zurückwichen, gingen die Sachsen, kaum noch 6000 Mann stark, am 25. Dezember hinter den Bug zurück. Die Napoleonische Armee war bis auf kümmerliche Reste vernichtet; doch ob aus dieser fürchterlichen Katastrophe die Befreiung Deutschlands hervorgehen werde, das hing nicht von den Russen, sondern wesentlich von der Haltung Preußens ab.

In der tiefen Stille der gespanntesten Erwartung hatte man in Deutschland den Gang des russischen Feldzugs verfolgt. Die anfänglichen Siegesberichte Napoleons bestärkten viele in dem Glauben, daß auch dieser Krieg mit einem glänzenden Triumphe des Unüberwindlichen enden werde; um so tieferen Eindruck machte dann die Nachricht vom Brande Moskaus. Am 12. November meldeten die Berliner Zeitungen den Beginn des Rückzuges, am 5. Dezember die Räumung von Smolensk; am 14. wußte man in Breslau, daß der Kaiser am 12. durch Glogau gekommen sei. Am 14. Dezember früh 3 Uhr langte er in Dresden an; dort ruhte er wenige Stunden und jagte dann nach einer längeren Unterredung mit dem König weiter nach Paris. Von dem grauenvollen Schicksale seines Heeres ahnte man noch immer nichts. Erst das berühmte 29. Bulletin vom 3. Dezember, das der Pariser „Moniteur“ am 17. Dezember veröffentlichte, zog endlich den Lügenschleier hinweg, indem es die Vernichtung der „Großen Armee“ mit dürren Worten eingestand. Während nun tiefe Trauer auch in Tausende von deutschen Häusern einzog, sah in Ostpreußen das Volk mit Entsetzen und Erbarmen zugleich die jammervollen Überbleibsel des stolzen Heeres, das wenige Monate zuvor prangend durchs Land gezogen war. Seit dem 10. Dezember trafen sie in langen Zügen ein, ohne Waffen, ohne Ordnung, hohläugige, abgemagerte, ausgehungerte Flüchtlinge, die meisten mit erfrorenen Gliedern, in Lumpen gehüllt, durch die abenteuerlichsten Vermummungen gegen die grimmige Kälte notdürftig geschützt, den Keim des Nervenfiebers in sich, völlig gebrochen und abgestumpft durch übermenschliche Leiden. Hinter ihnen her trotteten die Kosaken über die Grenze, bald die Lieblinge der norddeutschen Kinderwelt, und schon am 21. Dezember besetzte der Russe Tellenborn Tilsit. Das waren Gottes Gerichte, dieses Gefühl zog durch aller Herzen, und auf unsichtbaren Flügeln flog die Losung durch das Land: jetzt oder nie!

Doch die so ungeduldig die Erlösung ersuchten, ahnten wenig von der peinlichen Lage der preussischen Regierung. Noch unter dem Eindrucke des unaufhaltsamen Vordringens der Franzosen auf Moskau hatte Hardenberg zu Anfang Sep-

Die Stimmung in Norddeutschland.

Vorbereitungen Preußens zum Abfall.

tember 1812 mit Metternich vertrauliche Verhandlungen über ein Bündnis oder mindestens über ein gemeinsames Verhalten beider Staaten gegenüber Frankreich begonnen. Doch Metternich, ganz und gar nicht gewillt, dem geschwächten preussischen Nebenbuhler wieder emporzuhelfen, und in viel gesicherterer Lage, wollte sich höchstens zu einer Friedensvermittlung verstehen, und auch zu dieser entschloß er sich erst, als an dem Rückzuge der Franzosen nicht mehr zu zweifeln war. Es war ihm durchaus ernst damit, denn diesem kalten Diplomaten graute vor den unberechenbaren Leidenschaften eines Volkskrieges. Daher schreckte ihn auch die kühle Aufnahme, die sein Bevollmächtigter Graf Bubna am 31. Dezember bei Napoleon fand, nicht ab. Ganz anders stand Preußen. Während noch Zehntausende Napoleonischer Truppen im Lande standen und die Trümmer der Großen Armee eben eintrafen, brachen von der anderen Seite die Russen in Ostpreußen ein, und schon wußte die Regierung, daß sie dem General Vork, der seit dem August an Grawerts Stelle das preussische Hilfskorps in Kurland kommandierte, eine Konvention angeboten hätten.

Hans David Ludwig von Vork, geboren 1759, war als junger Offizier 1780 wegen eines Vergehens gegen die Kriegszucht vom König Friedrich II. ungnädig aus dem preussischen Heere entlassen worden und hatte sich dann in holländischen Diensten am Kaplande und auf Ceylon ausgezeichnet, bis ihn Friedrich Wilhelm II. 1787 wieder aufnahm. Als Oberst eines Jägerregiments leistete er während langer Friedensjahre das Trefflichste in der Ausbildung dieser leichten Infanterie und rettete mit ihr i. J. 1806 die Ehre der preussischen Waffen (s. S. 46). Bei der Neugestaltung des Heerwesens seit 1807 erhielt er das Kommando der westpreussischen Brigade in Marienwerder. Unliebenswürdig, schroff, im Dienste „scharf wie gehacktes Eisen“, ein entschiedener Anhänger der alten Ordnungen Friedrichs des Großen und ein leidenschaftlicher Gegner der Neuerer sorgte er doch väterlich für seine Soldaten und genoss als sicherer Führer ihres unbedingten Vertrauens.

In diesem Gedränge war die äußerste Vorsicht geboten. Man entschloß sich daher, den Schein des französischen Bündnisses noch zu wahren, aber die Leistungen für Napoleon tatsächlich einzustellen, und zu rüsten. Der König ordnete demgemäß am 20. Dezember zwar die Bildung von 52 Reservebataillonen an, ließ aber in Paris erklären, nur dann die Mittel für die geforderte Verstärkung seines Hilfskorps zur Verfügung zu haben, wenn Napoleon für die bereits weit über den Betrag der Kontribution hinaus gemachten Lieferungen eine ansehnliche Abzahlung leiste, und suchte auch Österreich zu einem entschiedeneren Vorgehen zu bewegen. Dem General Vork aber sandte er durch dessen Adjutanten Seydlitz die Ernennung zum Generalgouverneur der Provinz Preußen und die mündliche Weisung, „nach den Umständen zu handeln“, „nicht über die Schnur zu hauen“.

Die  
Konvention  
von  
Taurroggen.

Da ging die Kunde von einer deutschen Tat „wie ein Erdbeben“ durch Europa. Der General Vork war von den Franzosen abgefallen! Mit dem ganzen Stolz des Altpreußen und der kalten Höflichkeit des Weltmannes hatte er in Kurland jede außerdienstliche Annäherung an die Franzosen abgewehrt, zugleich aber die Tüchtigkeit des neugebildeten preussischen Heeres namentlich in dem blutigen Treffen bei Bauske (oberhalb von Mitau) am 29. September so glänzend gezeigt, daß Napoleon ihm sogar den Marschallsstab zubachte. Nun drängten ihn schon seit Anfang

November die Russen in Riga mit geheimen Aufforderungen, sich von den Franzosen zu trennen. Er wies sie pflichtmäßig ab und sandte am 5. Dezember Seydlitz <sup>1812.</sup> mit der Bitte um nähere Weisungen nach Berlin, beharrte auch in dieser Haltung, als ihm wenige Tage nachher der ganze Umfang der Katastrophe des Hauptheeres bekannt wurde. Aber eben sie machte die Aufstellung in Kurland unhaltbar. So begann Macdonald am 18. Dezember den Rückzug in der Richtung nach Tilsit; York selbst folgte ihm mit der Hauptmasse des preussischen Korps, das im ganzen noch 13000 streitfähige Leute zählte, erst am Abend des 20. Dezember. Da die stundenlange Kolonne mit ihren Hunderten von Fuhrwerken bei dem tiefen Schnee und der eisigen Kälte (24° R.) nur sehr langsam vorwärts kam, so hörte bald jede Verbindung mit Macdonald auf, und die Russen gewannen Zeit, sich dazwischen zu schieben. Am Abend des ersten Weihnachtsfeiertages stieß York auf ihre Vorhut unter Diebitsch. Beide Parteien kamen indes dahin überein, daß York seinen Marsch ohne Kampf auf einem Umwege fortsetzen solle. Aber am 29. Dezember, als die Preußen schon dicht an der Grenze bei Tauroggen standen, ließ der russische Oberbefehlshaber Fürst Wittgenstein dem General erklären, er könne eine so zweideutige Stellung Yorks nicht länger dulden, sondern müsse mindestens auf den Abschluß eines Neutralitätsvertrages bestehen. Und doch brachte Seydlitz, der an demselben Tage von Berlin eintraf, nur jene unbestimmte Weisung. York mußte also selbständig, auf eigene Verantwortung den entscheidenden Entschluß fassen. Er übersah die Lage mit völliger Klarheit. Wenn er seine nächste Pflicht tat und sich durchschlug, was er sehr wohl konnte, wenn er also sein Korps den Franzosen nach wie vor zur Verfügung hielt, so gab er ihnen Zeit, die schwachen Russen zurückzuwerfen und neue Streitkräfte zu sammeln; dann war der unwiederbringliche Augenblick der Befreiung verloren. Wenn er sich dagegen von den Franzosen trennte, dann wagte er seine Ehre, vielleicht sein Leben, aber er öffnete den Russen die preussische Grenze und gab seinem Staate die Möglichkeit zur Erhebung. Für einen Soldaten von dem eisernen Pflichtgefühl Yorks eine furchtbare Wahl! Doch er entschloß sich, nahm auf sein Haupt alle Folgen und unterzeichnete am Morgen des 30. Dezember 1812 in der Poscherunschen Mühle die Konvention von Tauroggen. Das preussische Korps erklärte sich auf zwei Monate für neutral und bezog Quartiere zwischen der Grenze und dem Njemen, alles vorbehaltlich der Genehmigung des Königs. Am 31. Dezember erreichten die Preußen die Grenze, mit donnernden Hurras begrüßten sie den preussischen Adler, denn ein Hochgefühl erfüllte aller Herzen: das verhasste Joch war abgeworfen, und mit dem Neujahrsmorgen d. J. 1813 war das große Befreiungsjahr angebrochen.

Als am Nachmittage des 4. Januar 1813 die ersten Nachrichten von der Konvention in Berlin eintrafen, erregten sie zunächst am Hofe lebhafteste Bestürzung. Denn eine Bestätigung der Abkunft durch den König hätte den Bruch mit Frankreich entschieden, und dieser wäre in diesem Augenblicke das Verderben Preußens gewesen. Dem Kaiser standen längs der Weichsel immer noch über 30000 Mann unter König Murat zu Gebote, in den preussischen Festungen u. a. m. 70000

Friedrich  
Wilhelms  
III. Ent-  
schluß.  
1813.



Mann, in Berlin und Spandau allein 12000, und von Magdeburg her waren 24000 Mann im Anmarsch. Ihnen gegenüber verfügte der König über kaum 17000 Mann in Potsdam und Charlottenburg, und noch standen die Russen weit entfernt im Osten der Weichsel. Daher entschloß sich Friedrich Wilhelm, die Konvention zwar tatsächlich anzunehmen, aber sie vor den Franzosen zu verleugnen. Er erklärte also amtlich, daß er Vork seines Kommandos entsende und das Korps den Franzosen zu Diensten stehe, gab aber seinem Adjutanten G. von Natzmer, der mit diesen Befehlen nach Ostpreußen abging, die mündliche Weisung, sich geradwegs ins Hauptquartier Kaiser Alexanders zu begeben und ihm zu versichern, Preußen sei zum Anschluß an Rußland bereit, sobald die Russen die Weichsel überschritten. Nach Paris aber sandte Hardenberg den Fürsten Hatzfeld, einen erklärten Franzosenfreund, um Napoleon vor die Wahl zu stellen, entweder seine Schuld an Preußen (94 Millionen Francs) abzutragen oder auf weitere Bundeshilfe des erschöpften Staates zu verzichten. In aufreibender Spannung vergingen dem König die nächsten Wochen. Fürchtete man doch, und nicht ohne Grund, sogar einen Handstreich der Franzosen gegen seine Person. Da traf endlich am 20. Januar früh Natzmer mit der mündlichen Zusage des Zaren in Potsdam ein, die Russen würden die Weichsel überschreiten. Nun entschloß sich der König nach Breslau abzureisen, um sich jeder Gefährdung zu entziehen und der russischen Grenze näher zu sein. Eine Regierungskommission unter dem Grafen von der Goltz sollte in Berlin zurückbleiben; die fremden Gesandten wurden aufgefordert, dem Hofe zu folgen. Im Augenblicke dieser Entscheidung ließ der König den Kronprinzen am 21. Januar konfirmieren, und alle Zeugen waren aufs tiefste ergriffen, als der junge Fürst in seinem Glaubensbekenntnis die Worte sprach: „Ich glaube an den, der zum Übermute spricht: hier sollen sich legen deine stolzen Wellen.“ Am 22. Januar, im härtesten Winter, trat der König die Reise an, am 25. Januar zog er im jubelnden Breslau ein. Sein treues Volk atmete auf, der König war frei geworden.

Die Erhebung Ostpreußens.

In diesem Augenblicke war Ostpreußen schon in voller Bewegung. Unsägliches hatte dieses Land seit 1806 gelitten. Die Kontinentalsperre hatte den blühenden Getreidehandel zerstört, eine völlige Mißernte 1811 die bitterste Not gebracht, die Einlagerung der Franzosen im nächsten Jahre den Viehstand beinahe vernichtet und die letzten Reste des alten Wohlstandes aufgezehrt. Da erwachte in dem langsam erwärmenden Volke ein grimmiger Franzosenhaß. Als nun die „Große Armee“ zurückkehrte, wollte niemand mehr führen und Lieferungen übernehmen; ja am Neujahrstage 1813 wurde in Königsberg ein französischer Gendarm, der einen preußischen Rekruten brutal mißhandelte, von den wütenden Kameraden desselben auf der Stelle erschlagen, im Schloßhofe, vor den Augen König Murats, angesichts der französischen Wache! Am nächsten Tage räumten die Franzosen die Stadt, denn sie fühlten, daß der Boden unter ihren Füßen dröhne; immerhin aber erreichte Macdonald noch mit 6000 Mann ungefährdet Danzig, da die Russen nicht energisch genug verfolgten. Erst am 5. Januar ritten die Kosaken in Königsberg ein, am 6. Wittgenstein. Zwei Tage später erschien auch Vork. Denn nach

schwerem inneren Kampfe hatte er sich entschlossen, seine Neutralität als unhaltbar aufzugeben und ohne Rücksicht auf die ihm amtlich überhaupt nicht zugewiesenen Befehle des Königs sein Korps gegen die Weichsel in Marsch zu setzen; auch die Generale in Pommern dachten daran, auf eigene Faust loszuschlagen. Aber welche Lage war das doch: der König immer noch im Bunde mit Frankreich und seine Generale beinahe schon im Kriege gegen Frankreich! Dabei wuchs die Aufregung in der Provinz tagtäglich und drohte in offenen Kampf auszubrechen ohne die Regierung, ja überhaupt ohne wirkliche Leitung, denn Vorks Aufgabe als Generalgouverneur war eine eng begrenzte.

Da faßte eine feste Hand die Zügel. Am 22. Januar traf Stein mit E. M. Arnndt in Königsberg ein, um im Auftrage des Zaren die Kräfte der Provinz aufzubieten. Schon am nächsten Tage ergingen die Wahlausschreiben zum Provinziallandtage. Doch der streng monarchische Sinn der preussischen Beamten sträubte sich gegen den Gedanken, irgend etwas auf das Geheiß eines fremden Herrschers zu tun, und so eröffnete auch nicht Stein den Landtag, sondern Vork übernahm als königlicher Generalgouverneur am 5. Februar die Leitung, mit jubelndem Zuruf empfangen. Und nun genehmigte diese Versammlung hochkonservativer Gutsbesitzer, Bürger und Bauern ohne irgendwelchen Redepunkt die größten Opfer, die jemals ein deutsches Land gebracht hat. Zu den 30000 Reservisten stellte die Provinz, ein verarmtes Gebiet von kaum 1 Million Einwohner, auf ihre eigenen Kosten noch 10000 Mann Reserve, 20000 Mann Landwehr und ein freiwilliges Nationalkavallerieregiment. Eine ergreifende Ansprache Alexander Dohnas schloß am 9. Februar die Verhandlungen, und die Abgeordneten eilten in ihre Kreise, um die Rüstungen zu leiten; für die Landwehr hatte ein Schüler Scharnhorsts, der geniale Karl von Clausewitz, seit 1812 in russischen Diensten, den Entwurf aufgestellt. Graf Ludwig Dohna aber eilte auf weiten Umwegen nach Breslau, um dem König diese Beschlüsse zur Genehmigung vorzulegen.

Ostpreußen startete in Waffen, und wohin Dohna kam, fand er das Land in ein einziges großes Heerlager verwandelt. Endlich schossen Scharnhorsts Saaten in die Halme. Schon am 24. Januar hatte der König eine Rüstungskommission eingesetzt, die der General leitete; nach Scharnhorsts Vorschlägen unterzeichnete er am 3. Februar den Erlaß über die Bildung freiwilliger Jägerdetachements, um auch junge gebildete Männer (vom 17. bis zum 24. Jahre), die sich selbst ausrüsten und verpflegen konnten, unter gewissen Erleichterungen zum Heere heranzuziehen und aus ihnen einen Stamm von Offizieren zu bilden. Diesem Erlaß, den die „Schlesische Zeitung“ am 8. Februar veröffentlichte, folgte am 9. Februar ein zweiter, ergänzender über die Aufhebungen aller Befreiungen vom Kriegsdienst ebenfalls vom 17. bis zum 24. Lebensjahre; endlich erhielt am 18. Februar der Major von Lützow die Erlaubnis zur Bildung eines Freikorps aus außerpreussischen Deutschen. Alle diese Verfügungen galten zunächst nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, aber sie proklamierten die allgemeine Wehrpflicht und gaben das Zeichen zur einmütigen, begeisterten Erhebung des gesamten preussischen Volkes. Jeder ahnte, daß diese ungewöhnlichen Maßregeln nur einem Ziele gelten konnten. Die Freiwilligen

Allgemeine  
Erhebung  
des  
preussischen  
Volkes.

meldeten sich zu tausenden, in Berlin binnen drei Tagen ihrer 9000; die Hörsäle der Universitäten, die oberen Klassen der Gymnasien, die Schreibstuben der Kaufleute und der Behörden leerten sich; selbst aus dem Königreich Westfalen, aus Halle und Göttingen strömten in Scharen die Studenten herbei. Fassunglos stand der Regierungskommissar von der Goltz diesem Sturme der Begeisterung gegenüber; aber auf seine ängstlichen Berichte erhielt er von Breslau die Weisung, „dem Enthusiasmus der jungen Leute kein Hindernis in den Weg zu legen.“ Mit demselben Eifer eilten überall die Reservisten und Beurlaubten zu den Fahnen. Wer nicht selbst eintreten konnte, spendete Geld, Waffen oder Ausrüstungsgegenstände, Beamte verzichteten auf einen Teil ihres Gehaltes, und zahllose Familien brachten das mühsam noch bewahrte letzte Silbergerät, selbst die goldenen Trauringe dem Vaterlande willig zum Opfer dar. Auch die berechnenden Staatsmänner in Breslau, sogar die fremden Gesandten wurden von diesem einzigen Schauspiel hingerissen. In der That, was damals in Preußen geschah, das hat in der Geschichte kein Beispiel gehabt. Nicht eine einzelne Gemeinde, nicht ein kleiner Stamm erhob sich hier in wildem Horne gegen den Unterdrücker, sondern ein ganzes gesittetes Volk von fünf Millionen stellte die letzten, armen Trümmer seiner Habe, seine gesamten geistigen und physischen Kräfte freiwillig in den Dienst einer großen Idee, und dabei vollzog sich alles so ruhig, als verstünde sich das Größte ganz von selbst, so still und so feierlich wie in religiöser Andacht; nicht eine Rohheit, nicht eine Bluttat an dem verhassten Feinde hat diese reinste Erhebung aller Zeiten geschändet. Und diese Preußen fühlten sich dabei zugleich durchaus als Deutsche. Sie fochten für deutsche Sitte und Art schlechtweg, sie erkannten, daß sie nur ein Bruchteil der Nation seien. „Es war der weltgeschichtliche Augenblick, da preußisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinander flossen.“

Der König hatte lange nicht an den Ernst der Erhebung glauben wollen. Aber als er inmitten der hohen Giebelhäuser des großen Ringes von Breslau die endlosen Wagenzüge sah, welche die Berliner Freiwilligen brachten, als der brausende Hochruf ihn grüßte und Scharnhorst ihn fragte, ob er nun an sein Volk glaube, da rollten dem Monarchen die Tränen aus den Augen; der Schwergeprüfte hatte endlich das Vertrauen in seine Preußen wiedergefunden.

Der Vertrag  
von Kalisch.

Die politische Lage war freilich in diesen Tagen noch keineswegs klar und die militärische nicht sehr hoffnungsvoll. Von Österreich stand seit Ende Januar nur fest, daß es zunächst neutral bleiben werde; mit Rußland begannen eben erst die Verhandlungen in Kalisch. Die Russen aber waren noch viel zu schwach, um rasch vorgehen zu können. Erst zu Anfang Februar hatten die Sachsen Warschau übergeben, um sich nach der schlesischen Grenze zurückzuziehen. Danzig, Thorn, Modlin, Samosch, sowie die preußischen Oderfestungen waren immer noch in französischen Händen und mußten belagert werden. Doch die wogende Erregung des Volkes trieb die preußische Regierung unwiderstehlich vorwärts. Am 15. Februar wurde Hatsfeldt in Paris angewiesen, die Vermittlung Preußens für einen Waffenstillstand anzubieten, aber zugleich die früheren Forderungen aufs nachdrücklichste zu erneuern. Als der französische Gesandte, der Savoyarde St. Marsan den Staatskanzler warnte, den Horn Napoleons zu reizen, fand Hardenberg den Mut zu der Erklärung, wenn

der Kaiser Preußen vernichten wolle, so werde er hier ein zweites Spanien finden. Als nun am 21. Februar Graf Dohna mit den Beschlüssen des Königsberger Landtags in Breslau eintraf, faßte der König endlich am 23. Februar nach hartem Kampfe den Entschluß mit Frankreich zu brechen. Es war die höchste Zeit, denn schon hatte sich Vork als Oberbefehlshaber der in Preußen und Pommern stehenden Truppen mit deren Generälen über den Vormarsch nach der Oder verständigt, und was sollte werden, wenn so dem König die Leitung seines Heeres mehr und mehr aus den Händen glitt? Derweilen haderte Knessebeck in Kalisch noch immer mit den Russen, weil er den Narew und den Bug als die natürliche Grenze Preußens im Osten betrachtete, während der Zar am liebsten ganz Polen für sich erwerben wollte. Erst als Alexander direkt mit dem König anknüpfte, kam man zum Abschluß. Am 27. und 28. Februar wurde das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Rußland in Breslau und Kalisch unterzeichnet. Rußland verpflichtete sich, Preußen in dem Umfange von 1806 wieder herstellen zu helfen und dazu alle norddeutschen Gebiete zu verwenden, die beide Mächte im Laufe des Krieges erobern würden, mit Ausnahme Hannovers; dagegen verzichtete Preußen auf seinen polnischen Besitz bis auf einen Landstrich, der die Verbindung zwischen Schlesien und Preußen sicherte. Zur Erreichung dieser Zwecke sollte Preußen 80000 Mann, Rußland 150000 Mann ins Feld stellen.

Damit war die Entscheidung gefallen, die Ereignisse begannen rascher vorwärts zu gehen. Schon am 20. Februar waren die ersten Kosaken in den Berliner Vorstädten erschienen, am 2. März überschritten die Russen die Oder, am 4. räumten die Franzosen die preussische Hauptstadt, am 11. März zog Wittgenstein dort ein, am 17. März, von lautem Jubel empfangen, Vork mit seinem glorreichen Armeekorps. In denselben Tagen geschahen die letzten politischen Schritte. Am 15. März erschien Alexander in Breslau, am 16. überreichte Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung. Drei Tage später brachte die „Schlesische Zeitung“ mit der Nachricht vom Bündnis mit Rußland drei hochwichtige königliche Erlasse, die jedem Schwanken ein Ende machten: die Urkunde über die Stiftung des Ordens vom Eisernen Kreuze vom 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise, den Aufruf „an Mein Volk“ und den Erlaß „an Mein Kriegesheer“, beide vom 17. März. Dieser kündigte der Armee den „großen Kampf für des Vaterlandes Unabhängigkeit“ an, jener, nach Gneisenaus Entwurf vom Staatsrat Hippel verfaßt, rief „Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litauer“ zum Kampfe auf „für die heiligen Güter, für die wir streiten und siegen müssen, wollen wir nicht aufhören, Preußen und Deutsche zu sein.“ Noch niemals hatte ein König von Preußen so zu seinem Volke geredet.

Und diesen hohen Worten entsprachen die Taten. Schon am 4. März hatte Preußen gegen 120000 Mann aufgeboden, davon waren über 61000 Mann unter Waffen, 28000 in der Bildung begriffen, gegen 30000 Mann Garnisontruppen. Dazu gesellte sich nach dem königlichen Erlasse vom 17. März die Landwehr, ganz und gar die Schöpfung Scharnhorsts. Sie umfaßte alle nicht zum Heere gehörigen dienstfähigen Männer vom 17. bis zum 40. Jahre; die Bewaffnung lieferte der



Staat, die übrige Ausrüstung die Kreise, die auch bei der Ernennung der Offiziere mitwirkten. Ergänzend endlich verfügte der König am 21. April die Errichtung des Landsturms. Zu diesem waren alle irgendwie Dienstfähigen pflichtig; er hatte, sobald der Feind ins Land brach, seine Verbindungen zu unterbrechen, nicht verteidigungsfähige Dörfer zu verwüsten, auch offene Städte bis zum äußersten zu halten. In seiner ganzen furchtbaren Strenge ist dieses Gesetz niemals durchgeführt worden, aber es erfüllte die ganze Bevölkerung mit dem Bewußtsein, daß jetzt das Vaterland jeden einzelnen für sich fordere, und gestattete die Verwendung fast der gesamten Einie und Landwehr im Felde.

Wohl hemmte nun noch lange die Rüstungen der Mangel an Geld und Waffen, dem erst seit dem Mai englische Sendungen allmählich abhalfen, die Landwehr namentlich ist erst nach dem Waffenstillstande ins Feld gerückt; aber mit beispiellosem Eifer arbeitete alles. Von einer Bevölkerung von kaum 5 Millionen stellte Preußen bis zum 16. Mai 271000 Mann ins Feld, d. i. zwischen 5 und 6 Prozent. Niemals vorher und niemals nachher hat Deutschland und Europa eine so ungeheure kriegerische Kraftentfaltung erlebt, noch niemals hatte auch so die Blüte der Nation irgendwo unter Waffen gestanden wie hier, und noch niemals war ein großes Heer in seinem Kerne so ganz erfüllt gewesen von sittlich-religiösem Geiste, von jenem Geiste, den Napoleon niemals verstand.

Die  
Dichtung.

Daher hat auch die edelste patriotische Dichtung aller Zeiten und Völker die Erhebung von 1813 verklärt.

Die Feuer sind entglommen Auf Bergen nah und fern;

Hah, Windsbraut, sei willkommen, Willkommen, Sturm des Herrn!

so begrüßte M. von Schenkendorf den Anbruch des Befreiungskrieges, und wie Fanfaren klangen E. M. Arndts Verse:

„Was blasen die Trompeten? Husaren heraus!“

Doch keiner hat den ganzen Reichtum an Empfindungen und Gedanken dieser Erhebung so in klangvollen Liedern zusammengefaßt, wie der warmherzige Sachse Theodor Körner (geb. 1791). Als Knabe schon hatte er sich für Schiller begeistert, mit dem sein Vater innig befreundet war; jetzt trat er an die Stelle, die jener leer gelassen, und was er 1812 in seinem „Triny“ den Wienern vorgeführt hatte, das sah er jetzt in Wirklichkeit vor sich, als er im März als Lützows Adjutant in die Reihen der Streiter trat. Und wunderbar traf er den Sinn des großen Kampfes, dem er selber Feyer und Schwert vorantrug, wenn er sang:

„Es ist kein Krieg, um den die Kronen wissen,

Es ist ein Kreuzzug, ist ein heil'ger Krieg!“

Der Auf-  
marsch der  
Preußen  
und  
Russ.  
1813.

Doch wie sah es in dem rheinbündischen Deutschland aus, für dessen Befreiung die Preußen doch auch die Waffen erhoben? In dem Aufruf vom 25. März forderten Preußen und Rußland die Rheinbundsfürsten zum Anschluß auf und sicherten denen, die dem nachkommen würden, den Besitz ihrer Länder zu; die zu besetzenden Gebiete sollten (mit Ausnahme von Hannover) unter eine Zentralverwaltung gestellt werden, deren Leitung Stein übernahm. Bezüglich Süddeutschlands ließ Rußland in einem geheimen Abkommen der österreichischen Regierung

völlig freie Hand. Zunächst bestand nun die Hoffnung, es werde gelingen, die Franzosen rasch bis hinter die Elbe oder wohl gar bis an den Rhein zurückzuwerfen und so die Rheinbundstaaten zum Anschluß zu bringen. Dafür wurden, abgesehen von der sogenannten „Großen Armee“ unter Kutusow, die vorläufig, soweit sie überhaupt existierte, teils bei Kalisch stand, teils Glogau belagerte, nach Scharnhorsts Vorschlag zunächst zwei Heere gebildet, das eine unter dem Russen Wittgenstein mit den ostpreussischen und pommerschen Truppen unter Vork, Bülow und Borstell, das andere, überwiegend schlesische und märkische Regimente neben Winzingerodes Russen, unter Blücher. Es war die glücklichste Wahl, die der König treffen konnte. Denn dieser mecklenburgische Edelmann (geb. 1742 in Rostock), den ein glückliches Ungefähr i. J. 1760 aus dem schwedischen Dienst in preussische Gefangenschaft geführt und dadurch für Preußen gewonnen hatte, war seit den Revolutionskriegen und seit 1806 der populärste aller preussischen Feldherren und daher der geborene Führer in diesem deutschen Kriege. Trotz seiner siebenzig Jahre von jugendlicher Frische und noch ein verwegener Reiter, ein Mann von unerschrockenem Freimut und doch von liebenswürdiger Bescheidenheit, ein geborener Redner, ein schneidiger Führer, dabei ein gründlicher Kenner des deutschen Nordens und durch und durch ein deutscher Edelmann, so war „Vater Blücher“ seiner Regimente in allen Lagen sicher. Eine glänzende Schar von Helden umgab ihn: der geniale Gneisenau, sein Generalstabschef, Scharnhorst, sein Generalquartiermeister, dazu Grolmann, Oppen, Clausewitz, die beiden Röder u. a. m. In diesem Hauptquartier waltete der ganze feurige, freudige, fromme Geist dieses Krieges wie in keinem anderen, von ihm sind daher die entscheidenden Entschlüsse fast immer ausgegangen.

Freilich, die kühnen Hoffnungen, mit denen man den Feldzug begann, erfüllten sich nicht. Zwar schlossen sich die Herzöge von Mecklenburg sofort an, die Franzosen wurden hinter die Elbe zurückgedrängt, am 17. März Hamburg befreit, am 2. April sogar eine feindliche Abteilung bei Lüneburg geschlagen. Aber der Rheinbundstaat, auf den es jetzt am meisten ankam, Sachsen, verharrte in unsicherem Schwanken, bis es zu spät war. Auch hier seufzte wohl das Volk nach Erlösung von der Fremdherrschaft, der es allein i. J. 1812 über 20000 Landesfinder hatte opfern müssen, und selbst die jungen Prinzen des Königshauses teilten diese Stimmung. Doch der König, alt geworden in der Anhänglichkeit an die Formen des zertrümmerten Reiches, sah seit 1806 sein Heil im engsten Anschluß an Napoleon, seinen „großen Alliierten“, und seine Minister ließen sich vor allem von dem Mißtrauen und der Abneigung gegen Preußen beherrschen, dessen Sieg sie weder erwarteten noch wünschten. Daher reiste der Hof schon am 25. Februar nach Plauen ab, um sich allem Drängen zu entziehen. Nun sah man in den ersten Märzwochen die schwachen Streitkräfte des Vizekönigs Eugen von Italien von der Oder langsam durch Sachsen zurückweichen, und am 19. März ließ Marschall Davoust einen Pfeiler der Dresdner Elbbrücke sprengen, um die Verfolgung zu erschweren. Am 22. erschienen die Russen in der Neustadt, so daß zwei Tage nachher die Franzosen auch die Altstadt Dresdens räumten. Jene Zerstörung aber erweckte nicht nur in der Bevölkerung große Erbitterung, sondern auch beim Hofe. Der

Der Vor-  
marsch über  
die Elbe.

König wies deshalb seine Truppen an, sich von den Franzosen zu trennen und begab sich am 30. März nach Regensburg, um sich mit Bayern und Österreich über eine bewaffnete Vermittlung zu verständigen. Inzwischen ergossen sich die Heersäulen der Verbündeten seit dem 27. März über Dresden und Meissen nach Westen. Am 5. April besetzten sie Leipzig, am 24. zogen beide Monarchen in Dresden ein, von der Bevölkerung mit unverhohlener Freude empfangen. Die Stimmung war in weiten Kreisen durchaus für den Anschluß, selbst bei den Truppen, die General Thielemann in dem Neubefestigten Torgau sammelte, und hätte er damals gehandelt wie York, so hätte er den Übertritt Sachsens zu den Verbündeten wahrscheinlich entschieden. Doch er selbst sagte drängenden Anforderungen gegenüber, er sei kein York, war auch seiner Stabsoffiziere durchaus nicht sicher, und der König trat jetzt am 17. April zwar zu Österreich über, um eine bewaffnete Vermittlung zu versuchen, reiste auch deshalb nach Prag ab und wies Thielemann an, Torgau für beide Parteien zu sperren, trennte sich also von Frankreich, schloß sich aber den Verbündeten nicht an.

Groß-  
Görschen  
und  
Bautzen.

Und doch war für Sachsen, das damals nur über etwa 10000 Rekruten verfügte und fast ganz von den Verbündeten besetzt war, der Augenblick zu einer Vermittlung sehr übel gewählt. Denn mit dem Aufgebot aller Kräfte des erschöpften und murrenden Frankreich hatte Napoleon inzwischen ein neues Heer geschaffen, das an innerer Tüchtigkeit dem alten freilich weit nachstand und mit Artillerie und Reiterei schwach genug versehen war, aber doch unter seiner Führung bald mit der früheren Zuversicht in den Kampf ging. Von Mainz durch Hessen und Thüringen heraneilend vereinigte er sich am 29. April bei Naumburg mit dem Vikar Eugén und drang dann geradewegs auf Leipzig vor, um die Verbündeten, die zwischen Borna und Altenburg standen, zu übersflügeln. Diese jedoch wollten sich auf seine langgestreckten Marschkolonnen werfen und nötigten dadurch den Kaiser, zu deren Sicherung die Dörfer Groß- und Klein-Görschen, Rahna und Kaja zu besetzen. Obwohl nun hier den 102000 Mann Franzosen in ihrer starken Stellung nur etwa 70000 Mann Preußen und Russen gegenüberstanden und das durchschnittenen Gelände die Verwendung ihrer starken Reiterei von 20000 Pferden fast ganz ausschloß, so gingen die Preußen doch am 2. Mai mit einem stürmischen Heldenmuth in den ungleichen Kampf, der Napoleon aufs höchste überraschte. In dem blutig hin- und herwogenden Gefechte nahmen und verloren sie mehrmals die Dörfer, doch am Abend mußte man die Schlacht abbrechen und, so wenig sich das Heer eigentlich geschlagen fühlte, den Rückzug nach der Elbe antreten. Die Preußen gingen über Borna, Colditz und Meissen nach Kamenz zurück, die Russen über Dresden. Napoleon folgte ihnen rasch, schon am 8. Mai war er in Dresden. Damit war auch das Schicksal Sachsens entschieden. Noch ehe die drohende Aufforderung Napoleons den König in Prag erreichte, faßte dieser den verhängnisvollen Entschluß zur Rückkehr, um sein Land vor der Rache des Siegers zu retten, da Österreich in der entscheidenden Stunde ihn einfach fallen ließ, und als „Rettter Sachsens“ begrüßte ihn Napoleon am 12. Mai bei seinem Einzuge in Dresden. Torgau und die sächsischen Truppen wurden den Franzosen übergeben, Thielemann ritt zu den Verbündeten hinüber.

Doch geschlagen gaben sich diese keineswegs. An jedem Abschnitt setzten sie sich zur Wehr, so die Russen am 12. Mai in dem blutigen Gefecht bei Bischofs-  
werda, und endlich entschlossen sich die Führer, eine zweite Schlacht anzunehmen. Hinter dem tiefeingerissenen Felstale der Spree nördlich und südlich von Bautzen nahmen etwa 80000 Mann Aufstellung, rechts und links die Russen, in der Mitte auf den Kretzwißer Höhen Blücher, York und Kleist. Doch Napoleon, der 170000 Mann vereinigt hielt, erzwang am 20. Mai den Übergang über die Spree und den Einzug in Bautzen; am nächsten Tage wurde zwar sein rechter Flügel völlig geschlagen, aber das preussische Zentrum sah sich von drei Seiten umklammert und nach zähester Gegenwehr zum Abzuge genötigt. Doch Napoleon hatte den Besitz des schrecklichen Schlachtfeldes mit einem Verlust von 25000 Mann weit teurer bezahlt, als die Verbündeten ihre Niederlage, obwohl sie ihnen auch 15000 Mann kostete, und nicht eine einzige Trophäe war in seinen Händen geblieben. Auch auf dem weiteren Rückzug nach Schlesien hinein bezeugte sich der ungebeugte Heldenmut der Verbündeten in mehreren hartnäckigen Gefechten, so bei Haynau am 26. Mai. Ihre Richtung bestimmte vor allem das Streben des preussischen Hauptquartiers, unter allen Umständen der geheimen Tätigkeit der russischen Friedenspartei in der Umgebung des Faren entgegenzutreten und den Bundesgenossen festzuhalten; lieber gab man zeitweilig selbst Berlin der Gefahr eines französischen Angriffs preis.

Vorläufig kam indes der Kampf zum Stehen. Eben die Hoffnung, Rußland von Preußen trennen zu können, bestimmte Napoleon, am 4. Juni 1813 in den Waffenstillstand von Poischwitz (bei Jauer) zu willigen. Freilich dem Lützowschen Freikorps gegenüber, das in festen Streifzügen bis Plauen vorgedrungen war, hielt sich der Kaiser an dieses Abkommen nicht für gebunden, denn er haßte ingrimmig diese „Räuber“ und ließ die Lützower, als sie auf dem Rückmarsche beinahe Leipzig erreicht hatten, am 17. Juni bei Ritzsch verräterisch von französischer und württembergischer Reiterei unter General Normann zersprengen, wobei Th. Körner schwer verwundet wurde. Indes der Waffenstillstand war für die Verbündeten viel vorteilhafter, als für Napoleon, denn so laut auch die Patrioten in Blüchers Hauptquartier darüber zürnten, er gewährte doch die notwendige Frist, um die Rüstungen besonders in Preußen zu vollenden und Österreich zu ihnen herüberzuziehen.

Um diesen Entschluß dort zu beschleunigen, war Scharnhorst, seiner Verwundung bei Groß-Görschen nicht achtend, am 8. Mai von Dresden über Jittau nach Prag und Wien aufgebrochen. Aber sein an sich nicht gefährlicher Zustand verschlimmerte sich auf der angestrengten Reise, und am Morgen des 28. Juni verschied er in Prag. Den Sieg, den keiner so vorbereitet hatte, wie er, durfte er nicht schauen, nur die Hoffnung auf ihn tröstete ihn in seinen letzten Stunden.

Am Tage vor seinem Tode, am 27. Juni, hatten die Verbündeten im Vertrage von Reichenbach die wahrhaft kümmerlichen Friedensvorschläge Metternichs angenommen (Teilung des Großherzogtums Warschau zwischen Preußen, Österreich und Rußland, Abtretung Danzigs, der Nordseeküste und der illyrischen Provinzen von seiten Frankreichs), denn an diese Annahme knüpfte Österreich das Versprechen, auf ihre Seite zu treten, falls Napoleon diese Vorschläge verwerfe. Nur die feste

Waffen-  
stillstand  
und Ver-  
handlungen.

Der Ver-  
trag von  
Reichen-  
bach.



Zuversicht, der Stolz des Kaisers werde jetzt, nach zwei Siegen, selbst so geringfügige Zugeständnisse verweigern, konnte die preussischen Staatsmänner zu diesem Abkommen bestimmen. Und sie hatten ihren Mann richtig beurteilt. Denn in einer überaus erregten Unterredung in Dresden am 28. Juni vermochte Metternich dem erzürnten Imperator nur die Einwilligung zu einem Friedenskongress in Prag zu entwinden, um dessen willen auch der Waffenstillstand bis zum 10. August verlängert wurde.

Napoleons  
Aufstellung.

Unterdessen legten sich die schwersten Lasten auf das unglückliche Sachsen. Es hatte nicht nur seine eigene Armee fast ganz neu zu bilden, sondern auch beinahe das gesamte französische Heer zu ernähren. Zehntausende von Verwundeten lagen in Leipzig und Dresden, die Anforderungen der eigenen Regierung und die Furchtlosigkeit der Bundesgenossen trieben das Landvolk beinahe zur Verzweiflung, und der Staatskredit war so völlig erschöpft, daß keine Anleihe gelingen wollte. Inmitten all dieses Jammers hielt Napoleon seinen Hof zu Dresden im Marcolinischen Palais in der Friedrichstadt, von der blühenden Sommerpracht seiner Gärten umgeben, aber mit nichts anderem als mit seinen Rüstungen beschäftigt. Etwa 450000 Mann stellte er allmählich auf, das letzte Heer freilich, das Frankreich besaß. Den Mittelpunkt seiner Stellung bildete das stark verschanzte Dresden, die Außenwerke waren im Osten Stolpen, im Süden Pirna und der Königstein, alle durch Straßen und Brücken miteinander verbunden. Dort stand St. Cyr, im Osten bis nach Jittau hin Vandamme und Fürst Ponjatowski (mit den Polen), in Nieder-Schlesien MacDonald, auf eine starke Reserve in der Ober-Lausitz gestützt, gegen Berlin gewendet Mudinot. Dazu beherrschte Napoleon die ganze Elblinie bis an die Nordsee, denn schon am 30. Mai hatte Davoust Hamburg wieder besetzt und die rebellische Stadt mit Standgerichten und Brandschatzungen gezüchtigt. Mit starken Festungswerken umgeben, bildete sie jetzt einen der stärksten Stützpunkte für Napoleon.

So glaubte er eines guten Ausgangs sicher zu sein und hielt die Bevollmächtigten der Verbündeten in Prag von Tag zu Tag so lange hin, bis mit der Mitternachtsstunde des 10. August die Waffenruhe ablief. Und nun trugen vom Hradschin aus Feuerzeichen diese Kunde zum Riesengebirge und von da zu dem aufjubelnden Heere nach Schlesien. Napoleon aber feierte an demselben Tage in Dresden seinen Namenstag mit glänzender Parade, Tedeum, Gelagen und Feuerwerk voraus. Er ahnte nicht, daß mit der letzten Rakete dieses funkelnden Geprassels sein „Stern“ für immer in Nacht versank.

Der  
Kriegsbund  
gegen  
Napoleon.

Der große Kriegsbund gegen ihn war endlich fertig. Am 14. Juni hatte England nach langem Feilschen einen Vertrag über die Zahlung von 660000 Pfund Sterling abgeschlossen, wogegen Preußen eine ansehnliche Vergrößerung Hannovers in Aussicht stellte. Am nächsten Tage kam der englisch-russische Vertrag zustande; am 22. Juli versprach Preußen Schweden in der Erwerbung des dänischen Norwegen zu unterstützen, falls dieses seinerseits Hilfe leiste. Diese Vereinbarungen trieben auch Österreich trotz seiner Furcht vor den polnischen Plänen Alexanders I. und vor der preussischen Volkserhebung unwiderstehlich auf die Seite der Verbündeten hinüber, denn seine Neutralität hätte ihn in jedem Falle die Aussicht auf

irgendwelche Vergrößerung genommen. So schloß es am 27. Juli mit England einen geheimen Vertrag über Italien, am 12. August erklärte es an Frankreich den Krieg.

Doch so günstig war Österreichs Lage mit seinem wohlgeschonten Heere, daß es die Führung des Koalitionskrieges wesentlich nach seinen Interessen bestimmte. Deshalb wurde nach dem Kriegsplane von Trachenberg (12. Juli) die Hauptarmee von 235000 Mann, aus den Truppen der drei großen Mächte gemischt, in Böhmen aufgestellt und der Oberbefehl dem Fürsten Schwarzenberg gegeben, in dessen Hauptquartier sich auch die drei Monarchen aufhielten, so daß fortwährend politische Erwägungen und persönliche Einflüsse eingriffen. Das nächst stärkste Heer, die Nordarmee, 150000 Mann Preußen, Russen und Schweden, stand unter dem Kronprinzen Karl Johann von Schweden, dem früheren Marschall Bernadotte, der von den dürftig ausgerüsteten preußischen Truppen wenig hielt, seine Schweden sorglich schonte und es mit seinen früheren Landsleuten, den Franzosen, nicht ganz verderben wollte. So lebte der kräftigste Geist in der kleinsten, der schlesischen Armee Blüchers, die nur 95000 Mann, zur guten Hälfte Russen, zählte. Keines der drei Heere sollte sich allein mit Napoleons Hauptmacht in eine Entscheidungsschlacht einlassen, alle zusammen vielmehr ihn allmählich nach der Ebene von Leipzig drängen.

Und nun folgte jene gewaltige Augustwoche, die in acht Tagen vier große Schlachten, darunter drei Siege für die Verbündeten, brachte. Als Hauptziel hielt Napoleon unentwegt die Eroberung Berlins und die Niederwerfung der verhassten norddeutschen Erhebung im Auge. Dorthin sollte von Wittenberg her Oudinot mit einem buntgemischten Heere von etwa 70000 Mann, dessen Kern deutsche Rheinbündner, namentlich Sachsen, bildeten, vorrücken, zu seiner Unterstützung Girard von Magdeburg, Davoust von Hamburg aus. Der Kronprinz von Schweden hätte Berlin gleichmütig preisgegeben; doch seine preußischen Korpsführer Bülow und Yorstell waren fest entschlossen, auch auf eigene Hand die Hauptstadt zu schützen. Als nun der Feind durch das schwer übersichtliche Waldbland im Süden derselben bis auf wenige Stunden an sie herangekommen war, da griffen die Preußen am 25. August unter strömendem Regen bei Großbeeren an, und in einem wütenden Ringen mit Bajonett und Kolben erhielt hier die märkische Landwehr ihre Blut- taufe. Mit einem Verluste von 3—4000 Mann, von dem über 2000 allein auf die unglücklichen Sachsen kamen, wich Oudinot auf Wittenberg zurück. Wenige Tage später, am 27. August, schlug die Landwehr bei Hagelberg die Division Girard (die Erzählung von ihrer Vernichtung ist Sage). Auch Davoust kehrte auf die Nachricht von Großbeeren um. In einem kleinen Gefechte bei Gadebusch am 26. August besiegelte hier Th. Körner mit einem tapferen Reitertode, was er in seinen Liedern gesungen.

Die Siege  
in Branden-  
burg und  
Schlesien.

Napoleon selbst war zunächst nach Osten gegangen und hatte am 19. August von Jittau aus einen kurzen Vorstoß nach Böhmen machen lassen, um einem etwaigen Vormarsch der Verbündeten von dorthier entgegenzutreten; dann eilte er nach Schlesien, denn hier war Blücher seit dem 15. August in Vormarsch gegen

den Bober, wich aber der Verabredung gemäß langsam zurück, als er erfuhr, daß er Napoleon mit der Hauptmacht sich gegenüber habe. Doch diesen rief die Kunde vom Ummarsche der böhmischen Armee auf Dresden ab, er wies Macdonald jetzt an, den Feind bis hinter die Katsbach und die wütende Neiße zurückzuwerfen, dann sich aber auf die Verteidigung zu beschränken. Auf der Stelle kehrte Blücher um und ging trotz strömenden Regens und grundloser Wege mit seinen hart mitgenommenen Truppen den Franzosen entgegen, die eben im Begriffe waren, jene hochangeschwollenen Gebirgsflüsse zu überschreiten und die steilen Hohlwege hinauf nach dem Plateau von Liegnitz vorzudringen, der alten Wahlstatt der Mongolenschlacht v. J. 1241. Um den Mittag des 26. August griff sie hier Hork zuerst an. Wieder taten vor allem Bajonett und Kolben, Säbel und Lanze die blutige Arbeit, da die Gewehre versagten; gegen Abend endlich setzte sich Blücher selbst an die Spitze seiner Reiterei und drängte in einem schrecklichen Getümmel die Franzosen nach den Flüssen hinunter, in deren hochgehenden, reißenden Fluten noch Tausende ihren Untergang fanden. Eine Verfolgung war bei der allgemeinen Erschöpfung unmöglich; durchnäßt, hungernd und frierend lagerten die Sieger auf dem Schlachtfelde, Hunderte erlagen noch den Anstrengungen. Über 103 Geschütze, zahllose Wagen, zwei Adler und 18000 Gefangene waren die Beute des Tages, und Schlesien war vom Feinde befreit.

Dresden,  
Kulm und  
Dennewitz.

Vor dem Ruhmesglanze dieser Sieges Schlachten in Schlesien und Brandenburg verblaßten die Taten der böhmischen Hauptarmee. Am 22. August war sie aufgebrochen, um in drei Kolonnen über das Erzgebirge auf Leipzig zu marschieren, wo man Napoleons Hauptmacht vermutete; nur eine Seitenkolonne wandte sich über Freiberg gegen Dresden. Auf die Nachricht indes, der Kaiser sei in Schlesien, erhielten auch jene Heersäulen den Befehl, nach Dresden abzuschwenken. Obwohl sie sich nun mühsam durch die tiefen Flußtäler des Erzgebirges, die sie jetzt zu schneiden hatten, bergauf und bergab winden mußten, erschienen doch schon am Nachmittage des 25. August 60000 Mann Verbündete auf den Höhen, die die Altstadt Dresden von Briesnitz bis Blasewitz im weiten Halbkreise umgeben. Ein rascher Stoß hätte die nur schwach besetzte Stadt, Napoleons Hauptstellung, sicher in ihre Hände gebracht; statt dessen verschoben sie den Angriff auf den Nachmittag des 26. August und ließen so Napoleon Zeit, in rastlosen Eilmärschen seine Massen heranzubringen, während er zugleich Vandamme den Befehl gab, über Stolpen gegen Königstein und Pirna vorzudringen und so den Rückzug der Verbündeten durch das Erzgebirge zu bedrohen. Als der Kaiser am Morgen des 26. August auf der hochliegenden Straße von Stolpen hereinkam, sah er durch den Regenschleier, wie drüben auf dem anderen Ufer die dunklen Massen der Verbündeten sich von den Höhen herab in den Elbtalkessel herniedersenkten, doch waren ihre Angriffe zunächst wenig nachdrücklich. Erst um 4 Uhr begann der Angriff mit größerer Kraft. Kleists Preußen nahmen den Großen Garten und drängten ungestüm gegen die Pirnaische Vorstadt heran, im Zentrum bemächtigten sich die Österreicher einiger Schanzen. Doch schon mischten sich in das laute Krachen der Geschütze und in das Säusen der Kugeln, die immer dichter in die Stadt fielen, der dröhnende Gleichtritt,

der Trommelwirbel und der Hochruf der ausbrechenden französischen Kolonnen. Am Abend waren die Verbündeten überall geworfen und nach den Höhen zurückgedrängt. Am besten hätten sie nun sofort den Abzug angetreten, allein sie verharrten in einer etwas zurückgezogenen Stellung und verwandelten erst dadurch die bis dahin nicht gewonnene Schlacht in eine völlige Niederlage. Denn am 27. August umspannte Napoleon ihren rechten und linken Flügel mit einer gewaltigen Umgehung, entriß dort den Preußen und Russen in blutigem Ringen um Gruna, Seidnitz, Reif und Leubnitz die Straße nach Pirna, hier den Österreichern die Straße nach Freiberg; deren linker Flügel, der von der Hauptmasse durch den tiefen Felsenriß des Plauenschen Grundes getrennt war, wurde dort auf der Hochebene bei Rostal und Alt-Franken von den französischen Reitermassen umgangen, gesprengt, gefangen oder in den Grund gedrängt. Als Sieger ritt Napoleon nach der Stadt zurück; 15000 Mann hatten die Verbündeten allein an Toten und Verwundeten verloren, 20000 Gefangene erfüllten den Zwinger und die Kirchen der Stadt, dreißig eroberte Geschütze standen im Schloßhofs zur Schau.

Die geschlagene und erschöpfte Heeresmacht der Verbündeten hatte nur noch zwei Hauptstraßen nach Teplitz zur Verfügung, die eine im engen Felsentale der Müglistz, die andere über Dippoldiswalde und Altenberg, außerdem eine weit abliegende Nebenstraße über Marienberg und Sayda nach Komotau. Aber indem sie nun diese Wege im strömenden Regen einschlugen und sich der endlose Troß dort verstopfte, verloren die einzelnen Kolonnen alle Verbindung mit einander, der Heeresleitung entglitten die Zügel. Es war ihr Glück, daß Napoleon, der am 28. August schon Pirna erreicht hatte, hier mitten in seiner Siegesfreude die Nachricht von der Katzbach empfing und sich dadurch bestimmen ließ, die beiden Armeekorps zurückzuhalten, die er Vandamme nachzusenden versprochen hatte. Auch dieser selbst war nicht so rasch, wie erwartet, vorwärts gekommen. Denn Prinz Eugen von Württemberg, mit scharfem Blick die verzweifelte Lage des Hauptheeres erkennend, hatte sich mit seinen 14000 Russen auf die Straße Pirna-Berggießhübel geworfen, am 26. August die Elbübergänge bei Pirna und Königstein zäh gegen Vandamme verteidigt, und stieg jetzt, von der Hauptarmee her durch eine russische Gardedivision unter Ostermann verstärkt, langsam jene Straße nach Peterswalde hinauf. Hier wurde er in der Morgenfrühe des 29. August, eines Sonntags, von den nachdrängenden Franzosen überrascht, zog sich aber über Nollendorf ins Teplitzer Tal hinunter und nahm hier auf Befehl des Königs von Preußen, der schon Teplitz erreicht hatte, die langgestreckte Steilwand des Erzgebirges zur Linken, die Kegel des Mittelgebirges zur Rechten, bei Kulm und Arbesau Stellung, um den Franzosen den Zugang zu den weiter westlich liegenden Ausgängen der Pässe zu wehren. Während nun hier die russischen Gardes im heißesten Kampfe standen, sandte Kaiser Alexander, der auf seinem Ritte von Altenberg über Eichwald nach Teplitz den Kanonendonner vernahm, ebenso wie König Friedrich Wilhelm, der schon Teplitz erreicht hatte, nach allen Richtungen Boten aus, um auf das Schlachtfeld zu führen, was von den Truppen sich aus den verrammelten Pässen irgend loswinden konnte. Zugleich faßte Kleist, der noch oben im Gebirge bei Fürsten-



walde stand und auf den versahrenen Wegen nicht vorwärts konnte, den verwegenen Entschluß, sein Korps ostwärts auf dem Gebirgskamme über Streckenwalde und Tollendorf den Franzosen in den Rücken zu führen. Als nun Vandamme am 30. August seinen Angriff erneuerte, stiegen hinter ihm statt der erwarteten Hilstruppen die Preußen aus dem Gebirge herab. Von beiden Seiten gefaßt, wurde jetzt sein Armeekorps zersprengt oder gefangen, er selber mit ihm. Die Niederlage von Dresden war ausgeglichen. Binnen acht Tagen hatte Napoleon über 80000 Mann verloren, die er nicht mehr zu ersetzen vermochte. Ingrimmitz befahl er dem Marschall Ney einen neuen Angriff auf Berlin. Doch schon wenige Meilen östlich von Wittenberg bei Dennewitz unweit von Jüterbog begegnete dieser am 6. September dem gleichfalls vorgehenden Bülow und erlitt eine furchtbare Niederlage, die das Eintreffen des Kronprinzen von Schweden in einen verworrenen Rückzug verwandelte.

Die Vorentscheidung der deutschen Verfassungsfrage.

Immer enger zog sich so der Kreis der Verbündeten um Napoleons Stellung zusammen, und auch ihr Kriegsbund schloß sich nach solchen Erfolgen fester, obwohl der innere Gegensatz zwischen Preußen und Rußland auf der einen, Österreich und England auf der anderen Seite sich keineswegs ausglich. Am 9. September verpflichteten sich die drei Ostmächte zu Teplitz, den Krieg bis zur Eroberung des rechtsrheinischen Deutschlands und bis zur Wiederherstellung Preußens und Österreichs in dem Umfange von 1805 fortzusetzen. Den deutschen Staaten sicherten sie dabei „die volle und unbedingte Unabhängigkeit“ zu. Doch während Hardenberg arglos damit eine straffere Bundesverfassung zu verbinden dachte, und Stein den Entwurf zu einer solchen auf Grund des preußisch-österreichischen Dualismus einreichte, arbeitete Metternich in aller Stille darauf hin, eine solche unmöglich zu machen und die bisherigen Rheinbundstaaten möglichst unter österreichische Leitung zu nehmen, um dann Preußen die beanspruchte Gleichberechtigung mit Österreich verweigern zu können. Er gewährte deshalb auch am 8. Oktober im Vertrage von Ried dem Kernstaate des Rheinbundes, Bayern, die „volle Souveränität“ und erhielt dafür gegen die Abtretung Würzburgs und die Zusage noch anderer Gebiete (namentlich der Pfalz) Salzburg und Tirol zurück, zum Kummer des Kronprinzen Ludwig von Bayern. Damit hatte Montgelas mit kühler Berechnung im richtigen Augenblicke das Wesentliche für seinen Staat gerettet und ließ nun die bayrischen Truppen unter Wrede zu den Österreichern stoßen. Aber auch die deutsche Verfassungsfrage war damit grundsätzlich entschieden, denn mit der vollen Souveränität der Einzelstaaten vertrat sich eine straffere Bundesverfassung nicht. Alle künftigen Siege der Verbündeten haben daran nichts mehr zu ändern vermocht.

Der Vormarsch der Verbündeten gegen Leipzig.

Wochenlang war nun recht wenig geschehen, um die großen Erfolge des August auszubeuten. Die böhmische Armee und die Nordarmee blieben fast unbeweglich, Napoleons Vorstöße über das Erzgebirge waren ergebnislos, die schlesische Armee besetzte unter kleinen Gefechten die Ober-Lausitz, wich aber einem großen Schlage aus. Endlich entschloß sich Blücher selbständig zum Vormarsch. Am 26. September brach er aus der Lausitz auf, am 3. Oktober erzwang Nork im

blutigen Kampfe bei Wartenburg (zwischen Torgau und Wittenberg) den Übergang über die Elbe. Schon am 8. standen die Schlesier bei Düben an der Mulde und traten mit der Nordarmee in Verbindung, zugleich setzte sich die böhmische Armee zum zweitenmale über das Erzgebirge in Marsch. Diese Bewegungen rissen Napoleon unwiderstehlich von Dresden los (7. Oktober). Er eilte nach Düben, um sich zwischen die feindlichen Heere zu schieben, und wirklich wich Bernadotte zurück, Blücher dagegen überschritt auch die Saale, besetzte das jubelnde Halle und bedrohte damit schon Napoleons Rückzugslinie durch Thüringen. Da ging dieser am 14. Oktober nach Leipzig, wo wenige Stunden später auch der König von Sachsen eintraf, und entschloß sich hier die Entscheidungsschlacht anzunehmen. Sein Hauptquartier nahm er in Reudnitz östlich von der Stadt.

Schon bewiesen ihm die dumpfen Kanonenschläge im Süden, daß die böhmische Armee heran sei; in einem heftigen Erkundungsgefecht maß sich soeben ihre Reiterei mit Murats Regimentern bei Liebertwolkwitz. Er hoffte nun die feindliche Hauptarmee vereinzelt zu schlagen; gegen Blücher mochte Marmont genügen, der mit 20000 Mann bei Möckern an der Straße nach Halle Aufstellung nahm, die Rückzugslinie deckte Bertrand bei Lindenau. Auf das Eintreffen Bernadottes rechnete er vorläufig nicht. Benutzten die Verbündeten diesen Irrtum des Gegners und die Gunst des Geländes mit voller Energie, so mußte diese Schlacht mit der Waffenstreckung des gesamten französischen Heeres enden, denn über das sumpfige Wald- und Wiesenland, das sich in meilenweiter Ausdehnung zwischen den vielgewundenen Armen der Pleiße und der Elster an der Westseite der flachen Leipziger Mulde hinzieht, führte nur die eine Dammstraße über Lindenau nach dem Westen. Doch das große Hauptquartier entschloß sich, nach dem Plane des Sachsen Langenau, statt nach Gneisenaus Rat die ganze Kraft auf den rechten Flügel zu werfen, um dort die Vereinigung mit der heranziehenden Nordarmee zu suchen und so Napoleon nach Leipzig zu werfen, den Hauptstoß von Süden her zu führen und den Kern der Österreicher, 35000 Mann, zwischen Elster und Pleiße vorgehen zu lassen, um die Franzosen von demselben gefährlichen Gelände abjudrängen, in das sie hineingedrängt werden mußten.

Am Morgen des 16. Oktober bei stürmischem und regnerischem Wetter eröffnete im Süden eine furchtbare Kanonade die Schlacht. Während im meilenweiten Umkreise die Erde dröhnte und die Fenster flirrten, gingen die Verbündeten gegen die französische Stellung vor, die Preußen gegen Markkleeberg, die Russen gegen Wachau, die Österreicher gegen Liebertwolkwitz. Doch trotz furchtbarer Anstrengungen vermochte nur Kleist sich in den Besitz des angegriffenen Dorfes zu setzen und sich dort zu halten. Napoleon glaubte gesiegt zu haben, befahl um 2 Uhr in Leipzig die Glocken zu läuten und ein Tedeum anzustimmen, und unternahm gegen 3 Uhr einen letzten großen Stoß. Dreihundert Geschütze spieen Verderben, dann führte Murat 9000 Reiter über das freie Feld auf Gölten-Gossa vor. Doch auf Prinz Eugens Weisung blieben die Bataillone der Verbündeten wie angewurzelt stehen und ließen die wilde Reiterflut an sich vorüberschießen; als dann Mann und Roß in rasendem Ansturm auf etwas ansteigendem Gelände ihre beste Kraft vergeudet

hatten, da warf Schwarzenberg angesichts der Monarchen russische und preussische Schwadronen, unterstützt von 80 Geschützen, ihnen entgegen und drängte die Erschöpften zurück. Vergeblich mühten sich inzwischen jene Österreicher zwischen den Flüssen, über die Pleiße zu kommen und Connewitz zu nehmen, General Merveldt wurde dabei sogar gefangen, und Giulays Angriffe auf Lindenau waren nicht kraftvoll genug. Am Abend behaupteten die Verbündeten nur Markfleberg, aber geschlagen waren sie nicht, und im Norden hatten sie glänzend gesiegt.

Wieder wurde dem Armeekorps Yorks die Ehre des Vorkampfes zuteil. Am Morgen des 16. Oktober auf dem Rathause in Schleuditz trank der General seinen treuen Offizieren auf den guten Spruch P. Berhardts zu:

„Den Anfang, Mitt' und Ende Herr Gott, zum Besten wende“,

dann ließ er Fanfare blasen zum Ausbruch. Über die offene Ebene drangen um die Mittagszeit die Preußen gegen Möckern und Wahren und eine Batterie von 80 Geschützen todesmutig vor, doch die Bataillone schmolzen zusammen und die Franzosen brachen zum Gegenstoße heraus; „das Schicksal des Tages hing an einem seidenen Faden“. Da wirft sich auf Yorks Befehl Major von Sohr mit den brandenburgischen Husaren auf den Feind, alles sammelt sich zu neuem Angriff, in grimmigem Häuserkampfe wird Möckern erstürmt und Marmont nach Leipzig zurückgeworfen. Freilich von den 21000 Preußen deckten mehr als 8000 das Schlachtfeld, darunter fast sämtliche höhere Offiziere.

Die Nacht brach herein, die Kräfte der Kämpfer waren auf beiden Seiten erschöpft. Wenn Napoleon jetzt abzog, rettete er noch den Kern seines Heeres; hatte er doch auch auf Verstärkungen nicht mehr zu rechnen, außer den Sachsen, die grollend und widerwillig soeben von Torgau heranzogen; zu den Verbündeten dagegen stieß am Vormittage des 17. bei Breitenfeld die Nordarmee, sie konnten also am nächsten Tage mit erdrückender Übermacht angreifen, 255000 gegen 160000 Mann. Indes Napoleons Stolz vermochte noch immer nicht das Unabwendbare sich einzugestehen. Er versuchte sogar durch den gefangenen General Merveldt Unterhandlungen anzuknüpfen, doch gaben ihm die verbündeten Monarchen nicht einmal Antwort. So verging der 17. Oktober, ein Sonntag, im ganzen ruhig; nur im Norden nahm der unermüdliche Blücher Gohlis und Eutritzsch und trieb die französische Reiterei in verworrener Flucht bis an die Tore Leipzigs, um der Nordarmee den Übergang über die Parthe zu erleichtern. Denn für den 18. Oktober sollte diese im Osten in die Linie einrücken. Hochherzig stellte Blücher auf Bernadottes Forderung 30000 Mann der schlesischen Armee unter dessen Befehl, verzichtete also persönlich auf jede selbständige Rolle am Entscheidungstage. Napoleon hatte diesmal seine Truppen etwas enger um Leipzig zusammengezogen. Ihre Stellung bildete jetzt etwa einen rechten Winkel, der mit dem einen Schenkel von Connewitz und Dölitz an der Pleiße bis Probstheida reichte, mit dem anderen von dort über Zweinaundorf, Paunsdorf und das Vorwerk zum heitern Blick bis nach Abmaundorf und Schönefeld an der Parthe. Der Kaiser selbst nahm seine Stellung hinter Probstheida bei einer zerschossenen Windmühle auf der Höhe, die jetzt den Napoleonstein trägt. Gegenüber, eine halbe Stunde von ihm, hielten

die drei Monarchen bei Meusdorf auf einer Anhöhe an der Straße. Über das leichenbedeckte Schlachtfeld des Sonnabends ging die böhmische Armee in drei Heersäulen vor. Die Österreicher nahmen und behaupteten nach hartem Kampfe Dölitz, die östlichste Kolonne Holzhausen und Zweinaundorf; aber den Schlüssel der Stellung, Probstheida, hielten die Franzosen in mörderischem Ringen um die Höfe und Lehm-mauern bis zum Abend. Auch Giulay griff Lindenau abermals vergeblich an. Erfolgreicher fochten im ganzen die Nordarmee und die Schlesier die am Morgen bei Mockau und Taucha die Parthe überschritten hatten; York mit seinem Korps hielt nördlich des Flusses bei Gohlis in Reserve. Von dort übersah er an dem hellen Herbsttage das ungeheure Schlachtfeld; „Kanonenfeuer rings am Horizont, brennende Dörfer, aufstiegender Pulverwogen, andauerndes Dröhnen der Erde, Zittern der Luft“ verrieten, daß eine „Welt Schlacht“ geliefert werde. Unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz“ erstürmten die Preußen Paunsdorf, die Russen griffen Schönefeld an. Bei Paunsdorf stand die Hauptmasse der Sachsen im Gefecht, ausdauernd und kaltblütig. Allein der Groll über die französische Dienstbarkeit und die Sorge um das Schicksal des Landes brachten endlich selbst den Fahnenreißer der tapferen Truppe ins Schwanken. Schon am Vormittage gingen zwei Reiterregimenter und ein Infanteriebataillon über, am Nachmittage folgte der größte Teil des Fußvolkes und die Artillerie (nicht mehr als etwa 3000 Mann) mit einer württembergischen Reiterbrigade unter General Normann. Sie kamen zu spät, um das Schicksal Sachsens zu wenden oder auch etwas zur Entscheidung in dieser Riesenschlacht beizutragen, doch ihr Abfall erschütterte allerdings die Franzosen. Gegen Abend erstürmten die Russen im grimmigen Handgemenge das brennende Schönefeld. Damit war der linke Flügel der Franzosen eingedrückt und aus dem rechten Winkel ein spitzer geworden; die Schlacht war gewonnen, und Fürst Schwarzenberg brachte den Monarchen persönlich die Siegesnachricht. Als die Nacht herniedersank, leuchteten im meilenweiten Kreise um Leipzig Tausende von Wachsfeuern auf, dazwischen loderten die Flammen von zwölf brennenden Dörfern hoch empor in die stille Luft, und mit dem Stöhnen der Verwundeten mischten sich die feierlichen Klänge von Dankgesängen.

Durch die engen Tore und Gassen Leipzigs aber ergossen sich die verworrenen Massen des geschlagenen französischen Heeres, um sich schließlich auf der einen Straße zusammenzudrängen, die durch das enge Ranstädter Tor führte und bis Lindenau fünf schmale Brücken zu überschreiten hatte. Während der Nacht traf Napoleon im Hotel de Prusse alle Anstalten, um die Stadt durch Rheinbündner, Polen und Italiener noch so lange halten zu lassen, bis der Rückzug gesichert war. Am Morgen des 19. Oktober griffen die Verbündeten die Stadt von drei Seiten an, Bülow das Grimmaische Tor, die Russen das Peterstor, Blücher das Hallische und das Gerbertor; hier haben ihn seine Russen zuerst als „Marschall Vorwärts“ begrüßt. Während schon überall der Kampf um die Vorstadtgärten und die Promenaden tobte, verabschiedete sich gegen 10 Uhr Napoleon vom König Friedrich August und seiner roten Leibgarde und bahnte sich dann mit äußerster Mühe durch die ordnungslos flutenden Massen seines geschlagenen Heeres über die Promenade

Erstürmung  
Leipzigs.







den Weg nach dem Rastädter Tore, durch das ihn endlich nach langem Harten eine Menschenwoge mit forttrif. Da dröhnte gegen Mittag ein dumpfer Schlag; emporfliegende Trümmer und eine ungeheure Rauchwolke verrieten, daß die Elsterbrücke gesprengt worden sei, um den Andrang der Verfolger zu hemmen. Was sich noch auf dem rechten Ufer befand, das ertrank entweder bei dem Versuche den Fluß zu durchschwimmen, wie Fürst Ponjatowski, der Liebling der Polen, oder streckte hoffnungslos die Waffen. Fast gleichzeitig drangen von allen Seiten unter dem Schmettern der Trompeten die Sieger bis auf den Markt vor, wo noch sächsische und badische Truppen standen, die sich ihnen sofort anschlossen. Gegen 1 Uhr zogen König Friedrich Wilhelm und Kaiser Alexander die Grimmaische Straße herauf in die befreite Stadt ein, unter rauschender Musik und tausendstimmigem Jubel der Einwohner; dort auf dem Markte trafen sie mit Blücher zusammen. Den König von Sachsen aber, der sie in ängstlicher Spannung an der Tür des „Königshauses“ erwartete, behandelten sie als ihren Gefangenen und sandten ihn am 24. Oktober nach Berlin. Am selben Tage kehrte Friedrich Wilhelm zu kurzem Besuche nach seiner Hauptstadt zurück und legte einen Lorbeerkranz auf dem Sarge der Königin Luise nieder.

**Die Verluste.** Teuren Preis hatten die Verbündeten für ihren Sieg bezahlt. Etwa 16000 Preußen, 14000 Österreicher, 21000 Russen lagen auf der Wahlstatt. Noch stärker waren die Verluste der Franzosen: 30000 Tote und Verwundete, 15000 Gefangene, 23000 Kranke. Leipzig und die geplünderten, zerstörten Dörfer ringsum waren in ein ungeheures Leichenfeld und ein riesiges Lazarett verwandelt, und der Aufregung der Schlachttage folgten Wochen grauenvollen Elends. Denn es war ganz unmöglich, diese Massen von Verwundeten auch nur halbwegs genügend zu versorgen, und überall, in den Spitalern wie in den Bürgerhäusern, wütete der Typhus. Mancher, der diese Wochen erlebte, hat damals gemeint, für immer gegen alle menschlichen Gefühle abgestumpft zu sein. Aber Deutschland war frei bis zum Rheine, und auf dem Leipziger Markte gaben sich Gneisenau und Stein die Hand darauf, daß sie alles daran setzen würden, um auch das linke Rheinufer von Frankreich loszureißen. Auf Steins Geheiß schrieb damals E. M. Arndt seine packende Flugschrift: „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze.“

**Napoleons Rückzug.** Da die Verbündeten trotz Blüchers Drängen den Feind nur schwach verfolgten, so gelang es Napoleon, noch etwa 90000 Mann nach Erfurt zu bringen und hier aus diesen losen und entmutigten Massen ein leidlich streitfähiges Heer zu bilden; Tausende seiner Leute freilich erlagen auf dem Wege durch Thüringen den Strapazen und Krankheiten oder wurden von den ergriminten Bauern erschlagen. Wohl suchten nun die Bayern und Österreicher unter Wrede bei Hanau am Ausgange der Königspässe den Franzosen den Weg nach dem Rheine zu versperren; doch Napoleon schlug sich am 30. 31. Oktober durch und überschritt am 1. November bei Mainz den Strom, den er niemals wieder sehen sollte.

**Zusammenbruch des Rheinbundes.** Mit seinem Abzuge waren alle französischen Besatzungen in den norddeutschen Festungen im ganzen noch gegen 120000 Mann rettungslos verloren. Trotzdem wehrten sie sich noch lange. Dresden kapitulierte am 17. November, völlig aus-





gehungert, Torgau fiel im Dezember, Wittenberg erstürmte Tauenzien erst im Januar 1814; in denselben Monaten fielen noch Küstrin, Stettin und Danzig. Dagegen hielten sich Glogau, Erfurt, Magdeburg und Hamburg bis zum Friedensschlusse. Namentlich in der alten Hansestadt griff der hartherzige Davoust zu den grausamsten Mitteln, um die Verteidigung zu verlängern; er ließ die Vorstädte und Vororte niederbrennen, trieb allmählich 20000 Menschen in die Winterkälte hinaus und plünderte die Bank. Zu diesen Belagerungskämpfen wurde der eine Teil der nun aufgelösten Nordarmee verwendet. Mit einem anderen zwang der Kronprinz von Schweden Dänemark im Frieden von Kiel am 14. Januar 1814 zur Ab-<sup>1814.</sup>tretung Helgolands an England, Norwegens an Schweden, wofür dieses das schwedische Vorpommern abtreten sollte. Bülow drang in Holland ein und gelangte in glänzendem Siegeszuge bis Antwerpen. Damit brach nun auch der Rheinbund zusammen. Die Fürsten traten auf die Teplitzer Bedingungen hin und gegen Zusicherung ihres Besitzstandes dem Kriegsbunde gegen Frankreich bei, manche nur dem Zwange der Umstände gehorchend und ohne daß sich hier im Volke eine kräftige deutsche Gesinnung geregt hätte; die Lieder Ahlands und Rückerts blieben vereinzelte Stimmen. Die entthronten Fürsten von Braunschweig, Hannover und Kurhessen kehrten zurück. Mit stürmischem Jubel empfingen die altpreussischen Provinzen des Westens, Ostfriesland, die Grafschaft Mark und das Clevische Land, die Befreier und stellten ihre wehrfähige Mannschaft so willig unter die alten Fahnen, daß es einer förmlichen Aushebung hier kaum bedurfte. Auch das altwittelsbachische Berg schloß sich freudig an. So blieben für die „Zentralverwaltung“ zum Kummer Steins nur wenige Gebiete übrig, nämlich Sachsen, wo ein Generalgouvernement unter dem russischen Fürst Repnin die Verwaltung führte, das Großherzogtum Frankfurt, wo Dalberg schon verzichtet hatte, und einige kleinere. Auch sie hatten sofort ihre militärischen Kräfte gegen Frankreich zu rüsten. Sachsen z. B. stellte trotz äußerster Erschöpfung neben einem Heere von 28000 Mann noch 20000 Mann Landwehr und ein freiwilliges „Banner“ nach dem Vorbilde Lützows ins Feld, das noch an der Belagerung von Mainz teilgenommen hat.

Doch noch war es keineswegs sicher, daß die Verbündeten ihre glänzenden Erfolge zur Eroberung des linken Rheinufers und zur völligen Niederwerfung Frankreichs benützen würden. Metternich namentlich war ganz bereit, den Franzosen ihre sogenannten „natürlichen Grenzen“, die Pyrenäen, die Alpen und den Rhein zu lassen, selbst ihren „legitimen“ Einfluß auf die Kleinstaaten Deutschlands und Italiens wollte er anerkennen; denn an die Wiederherstellung der geistlichen Kurfürsten, der alten bewährten Stützen des Kaisertums und Habsburgs, dachte auch er nicht und ihm graute vor dem Ungestüm der preussischen „Jakobiner“. Erst Stein setzte im Hauptquartier zu Frankfurt a. M. den Beschluß durch, den Rhein zu überschreiten. Aber das Kriegsmanifest vom 1. Dezember, das den Franzosen diesen Beschluß ankündigte, behandelte diese Nation, die zwanzig Jahre lang Europa mit Füßen getreten hatte, mit unverdienter Schonung und verhiess ihr sogar ein größeres Gebiet, als sie jemals unter ihren alten Königen besessen hatte.

Die Heer-  
fahrt nach  
Paris.

Die Strategen des großen Hauptquartieres aber fielen wieder in die Künsteleien der Revolutionskriege zurück (s. S. 198). Nicht etwa die Hauptstadt des Feindes war ihr Ziel, sondern die Hochebene von Langres, die Wasserscheide zwischen Seine, Rhein und Rhone. Dorthin setzte sich langsam die Hauptarmee in Bewegung, indem sie noch im Dezember den Oberrhein bei Basel und Mannheim überschritt. Am Neujahrsmorgen 1814 gingen Blüchers Schlesier und Märker bei der alten Pfalz von Taub jubelnd über den Strom; in Nancy feierte der alte Held am 18. Januar das preußische Krönungsfest, dann bog er südwestwärts nach der Aube hin ab, um sich Schwarzenberg zu nähern. Nur mit schwachen Kräften vermochte Napoleon diesem Vordringen entgegenzutreten. Bei Brienne a. Aube am 29. Januar wich indes Blücher zunächst vor ihm auf die Hauptarmee zurück, erfocht aber dann am 1. Februar bei La Rothière, von den Württembergern unterstützt, in dichtem Schneegestöber den ersten entscheidenden Sieg auf französischem Boden. Trotz dieses Erfolges und trotz ihrer Übermacht begannen die Verbündeten jetzt doch Friedensverhandlungen in Chatillon; nur Blücher drang, sich von der großen Armee wieder trennend, trotz grundloser Wege durch den Kreideschlamm der Champagne und an der Marne abwärts gegen Paris vor. Da faßte Napoleon diesen seinen gefährlichsten Gegner überraschend in der linken Flanke und drängte ihn trotz seiner Überlegenheit in zahlreichen, einzelnen Gefechten bei Champaubert, Montmirail, Chateau-Thierry, Etoges und Vaurchamps (10.—14. Februar) bis Chalons a. Marne zurück. Dann eilte er wieder nach der Seine und schlug die inzwischen weit vorgedrungenen Württemberger unter ihrem Kronprinzen Wilhelm bei Monttereau (18. Februar). Diese Schlappen gaben in Chatillon der Friedenspartei das Übergewicht: die Verbündeten boten Napoleon in einem Ultimatum vom 17. Februar die Grenzen von 1792 an. Allein nach solchen Erfolgen wollte Napoleon solche Zugeständnisse nicht bewilligen; er sah mit Befriedigung, wie der leidenschaftliche Patriotismus der Franzosen und fast noch mehr der elsässischen Bauern im Osten den grimmigen Volkskrieg gegen die Verbündeten eröffnete und träumte von neuen Siegen. Da verpflichteten sich endlich die Mächte im Vertrage von Chaumont an der oberen Marne am 1. März 1814, ihren Bund auf zwanzig weitere Jahre zu verlängern und für Deutschland, die Niederlande, die Schweiz, Italien und Spanien die volle Unabhängigkeit von Frankreich zu sichern.

Die  
Einnahme  
von Paris.

Schon waren da die Heere in voller Bewegung. Frohlockend hatte Blücher am 25. Februar die langersehnte Vollmacht erhalten, verstärkt durch zwei Armeekorps von der Hauptarmee, sich mit Bülow zu vereinigen, der von Flandern heranzog, und selbständig geradewegs auf Paris zu gehen. Während er nach Norden abzog, ging Schwarzenberg wieder im Aubetale vor und siegte bei Bar a. Aube am 27. Februar; hier ritt auch der siebzehnjährige Prinz Wilhelm von Preußen mit dem russischen Regimente „Kaluga“ zum erstenmale ins Feuer und holte sich das Eiserne Kreuz. Doch benützte Schwarzenberg diesen Erfolg fast gar nicht und ging so langsam vor, daß er erst am 19./20. März bei Arcis a. Aube mit den Bayern einen zweiten Sieg erfocht. Inzwischen hatte Blücher im blutigen Ringen um das alte Felsenfest Laon am 9. und 10. März Napoleons Hauptmacht

geschlagen. Da indes der Vormarsch der Preußen durch Blüchers Erkrankung ins Stocken geriet, so benutzte das Napoleon, um sich nach dem Osten zu werfen, weil er hoffte, die Verbündeten durch die Bedrohung ihrer Rückzugslinien zur Umkehr zu bringen. Er öffnete ihnen nur die Straßen nach seiner Hauptstadt. Am 25. März wurde eine französische Division bei La Fère Champenoise, nördlich von Arcis, beinahe vernichtet, am 29. März stand Blücher, während Schwarzenberg noch zurück war, mit 100000 Mann vor Paris. Trotz dieser Übermacht leisteten die 34000 Mann französischer Truppen und Nationalgarden auf den Höhen im Osten und auf dem Montmartre am nächsten Tage noch tapferen Widerstand, doch am Abend erstürmten die Preußen und Russen die feindlichen Stellungen, und als die sinkende Sonne die Türme von Notre Dame vergoldete, da hielten droben bei den Windmühlen auf dem Montmartre die preussischen Generale und sahen schweigend, tief ergriffen von dem ungeheuren Schicksalswechsel, hinunter auf die gewaltige Stadt, die nun besetzt zu ihren Füßen lag. Der Krieg war zu Ende, die Spinnach langer Jahre war gesühnt.

Als Napoleon an demselben Abend, seinem Heere vorausseilend, auf den Höhen südlich von Paris anlangte, zeigte ihm der weite Halbkreis der feindlichen Wachfeuer im Nordosten, daß er zu spät komme. Um Mitternacht schloß Marmont die Kapitulation ab, und am 31. März zogen Friedrich Wilhelm und Alexander an der Spitze ihrer Garden durch das Martinstor in Paris ein, von der Einwohnerschaft mit lautem Jubel als Befreier empfangen. Am 2. April erklärte der französische Senat Napoleon des Thrones für verlustig, die Mächte aber wiesen dem gestürzten Weltbeherrscher in kaum begreiflicher Verblendung die Insel Elba als souveränes Fürstentum an und erhoben schon am 23. April den Grafen von Paris als Ludwig XVIII. zum König von Frankreich, indem sie ihm alle die Länder übergaben, die am 1. Januar 1792 französisch gewesen waren. So nahmen sie sich selbst die Möglichkeit, die Einsetzung des Bourbonen an ganz bestimmte Friedensbedingungen zu knüpfen. Denn England, Rußland und Österreich hatten ihre Beute, die Kolonien, Polen und Ober-Italien, so gut wie in Sicherheit, nur Preußen hatte noch zu fordern. Da nun weiter der Zar den großmütigen Gönner des besiegten Frankreich spielte, so kam am 30. Mai 1814 der (erste) Friede von Paris unter Bedingungen zustande, die von den gerechten Forderungen Preußens beinahe nichts erfüllten und die deutschen Interessen überhaupt nicht befriedigten. Der ganze Elsaß mit Montbéliard, Landau, Saarbrücken, und Saarlouis, sowie Savoyen blieben bei Frankreich; die Mächte verzichteten sogar auf die Herausgabe der geraubten Kunstschätze — nur die „Victoria“ kehrte nach Berlin zurück — und auf jede Kriegsentschädigung, was für alle anderen Mächte allerdings wenig, für das erschöpfte Preußen aber eine Einbuße von mehr als 140 Millionen francs bedeutete. Nur die noch von den Franzosen außerhalb Frankreichs besetzten Festungen wurden mit dem ganzen ungeheuren Kriegsmaterial den Verbündeten übergeben. Alle Gebietsfragen sollte ein Kongreß in Wien entscheiden.

Wieviel schwere Konflikte diese noch im Schoße bargen, ahnten damals nur

wenige. Frohlockend kehrten die siegreichen deutschen Heerschaaren durch die Frühlingsherrlichkeit des neugewonnenen Rheinlandes heim ins befreite Vaterland, und mit stürmischer Begeisterung scharten sich die Engländer um den „alten Blücher“, als er im Gefolge der verbündeten Monarchen nach London herüberkam.

Der Wiener  
Kongreß.

Niemals sind einem Kongreß so umfassende und so tief einschneidende Fragen zur Lösung übertragen worden, wie dem, der seit dem Herbst 1814 zu Metternichs Triumph in Wien tagte und damit die leitende Stellung Österreichs stillschweigend anerkannte. Zunächst freilich stürzte sich die vornehme Welt, die hier am gastfreien Hofe Kaiser Franz I. sich versammelte, nach den langen Aufregungen und Entbehrungen der Kriegsjahre in einen wahren Strudel der Genüsse, und für die vaterländische Begeisterung der Preußen hatte man in der lustigen Donaustadt nur Achselzucken oder leichtfertigen Spott. Alle bedeutenderen Monarchen waren mit ihren Ministern persönlich erschienen. Neben Metternich, der den Vorsitz führte, wirkte für Frankreich der vielgewandte, gänzlich unbedenkliche Talleyrand, für England der steife Hochtory Lord Castlereagh, für Rußland Graf Nesselrode, für Preußen Hardenberg und W. von Humboldt. Der erste deutsche Staatsmann dieser Zeit, Stein, übte nur als Berater des Zaren einen gewissen Einfluß. Daneben standen die Gesandten der deutschen Mittelstaaten, Wrede für Bayern, Eiden für Württemberg; der Kleinstaaten nahm sich der unermüdliche Hans von Gagern vielgeschäftig an, und auch die 1803 und 1806 mediatisierten Herren blieben nicht untätig.

Zwei Gruppen von Fragen harrten der Lösung: die Gebietsverteilung namentlich innerhalb Deutschlands, also im wesentlichen die Neugestaltung Preußens, und die zukünftige Gesamtverfassung Deutschlands. Beide Angelegenheiten berührten sich natürlich vielfach, und in beiden hatte nur Metternich einen ganz festen Standpunkt. Er wollte in Thuguts Sinne Österreich möglichst abrunden, namentlich in Italien und am Adriatischen Meere, daher die alten entlegenen Außenposten in Südwestdeutschland und am Oberrhein endgültig aufgeben. Er wollte weiter zwar das Kaisertum nicht wiederherstellen, wohl aber in loseren Formen die tatsächliche Oberherrschaft Österreichs über Deutschland sichern, die er auf die alten Rheinbundstaaten zu stützen gedachte. Eben deshalb wünschte er eine straffere Bundesverfassung nicht, weil jene einer solchen widerstrebten, und ebenso weit war er von dem Gedanken entfernt, Preußen eine wirklich gleichberechtigte Stellung neben Österreich einräumen zu wollen. Diese Pläne förderten nicht nur die Mittelstaaten, namentlich Bayern, sondern auch Talleyrand, der sofort die altbourbonische Politik wieder aufnahm, Frankreich als den natürlichen Beschützer der kleinen Staaten hinzustellen und die Macht Preußens, dem man seine Siege nicht verzeihen konnte, ebenso einzuschränken, wie es Frankreich gegenüber Österreich getan hatte, so lange dieses in Belgien und am Oberrheine stand. Englands festländische Politik bestimmte einerseits der hannoversche Minister Graf Münster, der ein großes Welfenreich an der Nordsee aufzurichten gedachte, andererseits das Bestreben, das neue niederländische Königreich der Oranier durch Belgien und Teile des linken Rheinufers möglichst zu verstärken, beides auf Kosten Preußens.



Waren also diese drei Mächte darin einig, Preußen niederzuhalten, so bestand zwischen Preußen und Rußland zunächst noch kein Einvernehmen. Denn der Lieblingsplan des Zaren, Polen als ein konstitutionelles Königreich zu beherrschen, erschien nicht nur jenen drei Mächten, sondern auch den preußischen Staatsmännern höchst bedenklich. Ihre Stellung erschwerten sie sich aber selbst noch dadurch, daß sie sich über den Charakter der österreichischen Politik vollkommen täuschten. Sie hielten Metternich für einen aufrichtigen Freund Preußens und wollten die Gebietsverteilung wie die Verfassung Deutschlands auf dem friedlichen Dualismus Preußens und Österreichs aufbauen, derart, daß beide gemeinsam die Leitung übernahmen, Preußen sich im Norden möglichst abrunde, namentlich durch das stamm- und glaubensverwandte Sachsen, Österreich eine starke Stellung im Südwesten und am Oberrhein einnehme. Da indes Metternich das Letztere rundweg abwies und auch sonst nirgends entschieden für die preußischen Ansprüche eintrat, so verständigte sich König Friedrich Wilhelm am 6. November persönlich mit dem Zaren dahin, daß Rußland die Erwerbung Sachsens durch Preußen förderte, dieses den polnischen Plänen Alexanders seine Unterstützung lieh. Am 8. November wurde deshalb Sachsen an ein preußisches Gouvernement übergeben. Nun aber erhob sich dagegen nicht nur ein heftiger Federkrieg von Sachsen aus und lebhaftere Verwahrung des bedrohten Königshauses, sondern auch Österreich und England sprachen sich jetzt gegen die Überlassung ganz Sachsens an Preußen aus und wiesen die preußischen Vorschläge, den König von Sachsen in Westfalen oder am linken Rheinufer zu entschädigen, zurück; ja im Verlaufe des Dezember spitzten sich die Gegensätze so scharf zu, daß beide Teile rüsteten, und endlich schlossen am 3. Januar 1815 jene beiden Mächte mit Frankreich ein Bündnis zur gemeinsamen Durchführung ihrer Vorschläge, d. i. zum Kriege gegen Preußen und Rußland. Indessen vor dieser Möglichkeit schreckten denn doch Regierung und Parlament von England zurück, und da nun der Zar sich bereit erklärte, Thorn an Preußen zu überlassen, wenn dieses seinerseits auf Leipzig verzichte, so kam es am 10. Februar 1815 zur Verständigung. Preußen erhielt von seinem alten polnischen Besitze nur die heutige Provinz Posen, Thorn und Danzig zurück, dafür von Sachsen drei Fünftel (368 Quadratmeilen), das schwedische Vorpommern (wofür Dänemark durch Lauenburg entschädigt wurde), im Westen zu seinen früheren Gebieten Berg und das linke Rheinufer von der Nahe bis zur holländischen Grenze. Dafür gab es das treue Ost-Friesland und Hildesheim an Hannover und überließ Ansbach-Bayreuth an Bayern. Schweren Herzens willigten die preußischen Staatsmänner in einen Vertrag, der Preußen in zwei getrennte Massen zerlegte, es mit fremdartigen, katholischen Landen belastete und das mißgünstige Hannover wesentlich verstärkte. Aber es entledigte sich auch der hemmenden polnischen Gebiete, es verwuchs dadurch, daß es die Angehörigen der verschiedensten deutschen Stämme umschloß und die ehrenvolle Last der Grenzhut gegen Frankreich empfing, noch weit mehr als bisher schon mit dem deutschen Leben. Es war eine ähnliche Fügung, wie die, die 1648 dem Großen Kurfürsten statt der heißbegehrten Ostseeküste die norddeutschen Binnenlande zuwies (s. S. 8). Bayern erhielt nur das bisherige

Die neue  
Gebiets-  
verteilung.

Großherzogtum Würzburg mit Aschaffenburg und die linksrheinische Pfalz, aber nicht Mainz, das vielmehr an Hessen-Darmstadt kam. Auch die Verstärkung des Königreichs der Niederlande beschränkte sich auf den Gewinn eines Teiles von Cleve und Ober-Geldern und auf den Anschluß des nunmehrigen Großherzogtums Luxemburg in der Form der Personalunion, beides allerdings auf Kosten Deutschlands. Der König von Sachsen nahm den Vertrag erst am 18. Mai in Wien an. Es war der Abschluß eines jahrhundertlangen Kampfes.

Die Stiftung  
des  
Deutschen  
Bundes.

Daß Staaten, die derartig zu einander standen, wie damals die deutschen, sich nicht über eine kräftige Bundesverfassung einigen konnten, liegt auf der Hand. Ein Interesse für eine solche bekundeten nur die kleinsten Staaten, weil sie am meisten der Anlehnung bedurften, und Preußen, eben weil es mit allen deutschen Interessen verwachsen war. Doch fehlte diesen Bestrebungen jeder feste Rückhalt an einem klaren Programm und einer starken volkstümlichen Strömung. Die Patrioten, wie der feurige Görres in seinem „Rheinischen Merkur“, träumten in romantischer Schwärmerei, es müsse sich nun mit der Befreiung von der Fremdherrschaft auch alle Macht und Herrlichkeit der mittelalterlichen Kaiserkrone erneuern, die natürlich nur ein Habsburger tragen könne; von dem, was Österreich von Deutschland schied, wollten sie nichts sehen, davon sahen auch die meisten deutschen Staatsmänner nichts. So kam es, daß der engere Ausschuß der fünf Regierungen Österreichs, Preußens, Bayerns, Württembergs und Hannovers, der am 14. Oktober 1814 zur Beratung dieser Fragen zusammentrat, sich schon am 16. November wieder auflöste. Da reichten nun 32 Kleinstaaten einen Entwurf zu einem habsburgischen Kaisertum ein, und auch Stein trat in einer Denkschrift für ein solches ein, weil Österreich, das schon jetzt Deutschland allzusehr entfremdet sei, nur auf diese Weise wieder fester mit ihm verbunden werden könne. Aber nicht nur die Mittelstaaten sprachen sich gegen diesen Plan aus, sondern auch W. von Humboldt widerlegte ihn in einer meisterhaften Denkschrift, die eben jene Erwägung Steins als den stärksten Gegengrund hervorhob und zugleich die Unannehmbarkeit einer solchen Unterordnung für Preußen betonte. So fiel endlich der Kaisergedanke, und die weiteren Beratungen begannen im Februar 1815 in der Gesamtversammlung der deutschen Gesandten auf Grund eines Entwurfs von Humboldt. Dieser verlangte eine kräftige Bundesgewalt aus Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg und Hannover, eine jährlich zusammentretende Bundesversammlung aller Fürsten, eine feste Kriegerverfassung, ein Bundesgericht, die Beschränkung des Vertragsrechtes der Einzelstaaten und die Garantie landständischer Verfassungen für diese. Spätere Zusatzanträge betrafen noch die Rechte der Mediatisierten und die einheitliche Organisation der katholischen Kirche Deutschlands. Aber alle die Punkte, die eine straffere Bundesverfassung verbürgt hätten, fielen in den weiteren Beratungen allmählich dem Widerstreben der Mittelstaaten und Österreichs zum Opfer, zuletzt auch noch das Bundesgericht. Unter so wahrhaft kläglichen Umständen kam am 8. Juni 1815 die „Deutsche Bundesakte“ zustande, und niemals ist ein solches Werk von den Begründern selbst mit trübseligern Prophezeiungen begrüßt worden.

Und selbst diese Bundesverfassung, der übrigens Bayern, Württemberg und Baden erst Monate nachher zustimmten, wurde nur möglich, weil ein neuer schwerer Krieg wenn nicht die Einheit, so doch die Einigkeit Deutschlands gebieterisch verlangte. Unerwartet rasch trat ein, was Kenner Frankreichs von Anfang an gefürchtet hatten. In diesem seit 1789 von Grund aus umgewühlten Lande konnten die Bourbonen, die Vertreter der verhaßten alten Zeit, niemals wieder Wurzel schlagen. Als Napoleon am 1. März 1815 mit 600 Mann seiner alten Garde bei Cannes ans Land stieg, da wirkten die Gleichgültigkeit der Massen und die Begeisterung des durch und durch bonapartistischen Heeres zusammen, um ihn binnen drei Wochen wie im Triumphe nach Paris zu führen; Ludwig XVIII. flüchtete nach Gent. Aber umsonst suchte der Kaiser sein Volk durch Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte, umsonst die fremden Mächte durch friedliche Versicherungen zu gewinnen. Keine Rede davon, daß man auch nur mit ihm verhandelt hätte. Ein Aufschrei der Empörung ging durch das preußische Volk, als der Wolf wieder in die Hürden brach; mit dem ganzen Schwunge des ersten Befreiungskrieges hat es auch diesen zweiten Kampf durchgefochten. Und die großen Mächte waren vollkommen einig. Schon am 13. März sprachen sie in einer feierlichen Kundgebung über Napoleon den „Bann Europas“ aus, am 25. März erneuerten sie das Bündnis von Chaumont und verpflichteten sich, jede 150000 Mann gegen Frankreich ins Feld rücken zu lassen, freilich ohne sich deutlich darüber zu erklären, ob sie den Krieg nur gegen Napoleon oder gegen den französischen Staat führten. Bis Ende Mai traten dann alle deutschen Staaten dem Kriegsbunde bei, am spätesten Württemberg (30. Mai).

Die „hundert Tage“ in Frankreich.

Eine Masse von 600000 Kriegern stürzte gegen Frankreich heran, von Italien her 60000 Österreicher und Piemontesen, vom Oberrhein und der Schweiz 200000 Österreicher und Süddeutsche unter Schwarzenberg mit der Richtung auf Lyon, vom Mittelrhein 150000 Russen unter Barclay de Tolly; in Belgien standen 210000 Mann unter Blücher und Wellington. Aber während nun die Armeen im Zentrum und auf dem linken Flügel den Hauptkampf erwarteten, führten sie dort tatsächlich nur einen langwierigen Festungskrieg, namentlich im Elsaß, und die Entscheidung fiel vielmehr auf dem rechten Flügel in Belgien, in einem Feldzuge von nur sechs Tagen, der an dramatischer Spannung nicht seinesgleichen findet. Denn seine verzweifelte Lage — er verfügte nur über 217000 Mann — trieb Napoleon zu dem Versuche, die Heere in Belgien zu schlagen, ehe die anderen herankommen könnten, und so vielleicht die Koalition zu sprengen. In Belgien stand Wellington, der siegreiche Feldherr des spanischen Halbinselkrieges, mit 90000 Mann englischer, niederländischer und norddeutscher Truppen (Hannoveranern, Braunschweigern und Nassauern) um Brüssel mit der Rückzugslinie nach Antwerpen, näher der Südgrenze Blücher mit 112000 Mann in vier Armeekorps (Bülow, Thielemann, Pirch, Zieten) längs der Sambre und Maas von Charleroi bis Lüttich, in weitgedehnter Aufstellung, weil die niederländischen Behörden für die Verpflegung nur schlecht sorgten. Es war das erste preußische Heer, das nach dem neuen Gesetz vom 3. September 1814 auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet war, es

Der Aufmarsch der verbündeten Heere.

enthielt deshalb viele noch unerprobte, aus den neuen Provinzen sogar noch viele unzuverlässige Bestandteile, und sein Fußvolk bestand zu einem großen Teile aus Landwehren. Aber der Kern dieser Truppen hing mit unbegrenzter Verehrung an dem jugendlich feurigen Greise. Dagegen ging das ihm zugeteilte sächsische Korps durch die unselige Verkettung der sächsischen Verhältnisse, die einige Bataillone in Lüttich zur Meuterei gegen Blücher verleitete (2. Mai), der Ehre verlustig, an den Siegestagen deutscher Waffen teilzunehmen, es wurde in die Heimat zurückgesendet.

Der Feldzug  
in Belgien:  
Quatrebras  
und Eigny

Am 15. Juni überschritt Napoleon mit 150000 Mann trefflicher Truppen die belgische Grenze. Er dachte erst Blücher zu überwältigen, dann Wellington auf seine Schiffe zurückzutreiben. Ihm gegenüber befahl Blücher seinen Korpsführern, sich im Zurückweichen zu vereinigen, und ließ nur die Sambreübergänge bei Charleroi durch Zieten verteidigen, entschloß sich aber auf Wellingtons bestimmte Zusage hin, daß dieser am 16. Juni vormittags 10 Uhr mit 20000 Mann bei Quatrebras am Kreuzungspunkte der Straßen Charleroi-Brüssel und Namur-Nivelle eintreffen werde, eine Meile östlich davon bei Eigny die Schlacht anzunehmen. Napoleon, der die Stärke Wellingtons unterschätzte, sandte gegen diesen nur Ney mit 11400 Mann, um dann Blüchers rechten Flügel zu umgehen; er selbst wandte sich gegen Blücher. Nun war aber Wellington gar nicht im Stande, sein Wort zu halten, und so hatte Ney zunächst, als er gegen 1 Uhr den Kampf um Quatrebras begann, nur etwa 6—7000 Niederländer und Nassauer sich gegenüber, die er rasch zurückdrängte; erst am Abend brachte Wellington allmählich gegen 30000 Mann ins Gefecht. Anfangs schwankte noch der Kampf, der tapfere Herzog von Braunschweig fiel hier inmitten seiner Schützen, doch endlich mußte Ney auf Frasnes zurückweichen. Zu gleicher Zeit standen die Preußen seit 3 Uhr unter der stehenden Sonne eines gewitterschwülen Tages im erbittertesten Kampfe um Eigny und St. Amand; aber Blüchers Ungestüm verbrauchte die Kräfte seiner Bataillone zu rasch, und Wellingtons Hilfe blieb aus. Als daher Napoleon gegen 8 Uhr seine schwere Reiterei mit 16 Gardebataillonen zum wuchtigen Stoße gegen Eigny zusammenballte, da wurde Blüchers Reiterei geworfen, er selber stürzte mit dem Pferde und entging mit Not der Gefangenschaft. Die Schlacht war unzweifelhaft verloren und vielleicht der ganze Feldzug. Denn wenn jetzt die Preußen ihre natürliche Rückzugslinie nach Namur einschlugen, so war auch Wellingtons Niederlage und damit der Zerfall der Koalition schwerlich abzuwenden.

Waterloo  
und Belle  
alliance.

Alle diese Erwägungen drängten sich in Gneisenaus Haupte zusammen, als er inmitten der zurückgehenden Kolonnen in tiefem Sinnen hielt. Binnen wenigen Minuten war sein Entschluß gefaßt: er befahl den Rückzug nach Wavren (Wavre), nordwärts, zur Vereinigung mit Wellington. Napoleon ließ sich täuschen, wie er überhaupt in diesen Tagen seiner früheren Spannkraft entbehrte. In der Meinung, die Preußen seien im Marsche nach Namur, sandte er Grouchy mit 32000 Mann nach dieser Richtung; er selbst ließ den ganzen Vormittag des 17. Juni ungenützt verstreichen und ging erst gegen Mittag in der Richtung auf Brüssel gegen Wellington vor. Der britische Feldherr aber entschloß sich an demselben Tage, die Defensiv-



schlacht am 18. Juni südlich von Brüssel anzunehmen, denn Blücher versprach ihm, am Nachmittage mit seiner ganzen Armee zur Stelle zu sein. Auf einer Strecke von nur etwa 5000 Schritten versammelte Wellington in dicht gedrängter Aufstellung, wie er es von Spanien her liebte, etwa 68000 Mann (24000 Engländer, 15000 Niederländer, über 30000 Deutsche) zu beiden Seiten der Straße Brüssel-Genappe-Quatrebras vor seinem Hauptquartier Waterloo bei Mont St. Jean auf einer breiten Sandwelle, die von einzelnen Meierhöfen besetzt ist. Gegenüber im Süden jenseits einer von Ost nach West langgestreckten, flachen Mulde stand Napoleon mit etwa 72000 Mann um das Gehöft La Bellealliance und ostwärts bis nach dem etwas zurückliegenden Plancenoit, an Geschütz und Reiterei dem Gegner überlegen. Da die Regengüsse des vorigen Tages und namentlich der letzten Nacht den fetten Boden dieser brabantischen Ebene bis zur Ungangbarkeit aufgeweicht hatten, so ließ Napoleon den ganzen Morgen untätig vergehen, um die Felder etwas abtrocknen zu lassen; nur eine Parade, die letzte, nahm er über seine Tapferen ab, um sich an dem herrlichen Anblick zu stärken, sich noch einmal zu weiden an „der Bataillone Glanz und der Geschwader Wogen.“ Erst gegen Mittag begann er den Angriff. Zweimal versuchte er in wuchtigen Massenstößen seines Fußvolks und seiner Reiterei die englische Stellung zu durchbrechen, aber unerschütterlich standen die Reihen der Gegner; nur das Gehöft La Haye Sainte vor der Front ihres Mitteltreffens, das die grünen Jäger der deutschen Legion mit zähester Tapferkeit hielten, fiel endlich in die Hand der ergrimmten Franzosen. Trotzdem sah Wellington, der inmitten seiner Stellung auf hochbeinigem Fuchse unter einer Ulme hielt, mit steigender Besorgnis, wie seine Bataillone und Schwadronen schrecklich zusammenschmolzen und wie ihre Kräfte mehr und mehr erlahmten. „Unser Plan ist ganz einfach,“ sagte er zu seinen Offizieren, „Blücher oder die Nacht.“

Schon seit Mittag 1 Uhr wußte Napoleon, daß die Preußen im Unmarsch seien; seit dem Nachmittage grollte der Kanonendonner des Kampfes, der sich zwischen Grouchy und Thielemann bei Wavren entspann, zu ihm herüber. Daher hielt er eine starke Reserve bei Plancenoit zurück und wagte nicht, die letzten Kräfte an die Überwältigung Wellingtons zu setzen. Die grundlosen Straßen verzögerten Blüchers Marsch; aber unermüdlich trabte der Feldmarschall, obwohl noch an allen Gliedern zerschlagen von dem schweren Sturze bei Eigny, an seinen Kolonnen hin und her und trieb und drängte vorwärts; er habe es Wellington versprochen, sie würden ihn doch nicht wortbrüchig werden lassen. Nach 4 Uhr war Bülow heran. Mit flatternden Fahnen und klingendem Spiele entwickelten sich seine Bataillone unter Gneisenaus Augen staffelförmig aus dem Walde von Frichemont heraus gegen die rechte Flanke des Feindes. In wütendem Ringen wird Plancenoit mehrmals gestürmt und wieder verloren; gleichzeitig geht das Korps Sieten geradewegs gegen La Haye vor. Unter dem furchtbaren Eindruck dieses Seitenangriffs sendet Napoleon seine letzte Reserve, die Garden, teils gegen die Engländer, teils gegen Plancenoit, aber dort prallen sie an dem furchtbaren Salvenfeuer der englischen Linien ab, hier fällt gegen 8 Uhr Plancenoit in Bülows Hände. Von Norden, Osten und Südosten gleichzeitig gefaßt, bricht die französische Armee zusammen,

halb willenlos wird Napoleon vom letzten Bataillon seiner Gardejäger mit fortgerissen.

Eben war die Sonne hinter einem dunklen Wolkendamme versunken, da trafen bei Bellealliance Blücher und Wellington zusammen, und jubelnd fielen die Hochschotten den preussischen Grenadieren um den Hals. Über das schreckliche Schlachtfeld aber klang der Choral: „Herr Gott, Dich loben wir!“ Und nun stieg in Gneisenaus Seele das Bild jenes fürchterlichen Abends von Jena wieder auf; er beschloß, den letzten Hauch von Mann und Ross an die Verfolgung des Feindes zu setzen. Erst die rastlose Jagd, die ganze Nacht hindurch bis in den grauenenden Morgen des 19. Juni hinein vollendete den Sieg, denn sie löste die geschlagene Armee vollständig auf. Auch von Grouchys Korps, das sich in Belgien den Siegern zu entziehen mußte, erreichten nur schwache Reste die Hauptstadt. So lag die Straße nach Paris offen. Gemäß seiner Verabredung mit Wellington ging Blücher so rasch vor, daß seine Truppen in elf Tagen 36 Meilen zurücklegten und bereits am 29. Juni im Seinetale anlangten. Nach einigen scharfen Gefechten im Süden der Stadt zwang der Feldmarschall den hier kommandierenden Davoust am 2. Juli zur Übergabe und rückte ein. Er behandelte die Stadt als eine eroberte, quartierte seine Soldaten trotz der lebhaftesten Beschwerden bei den Bürgern ein, schrieb starke Kontributionen aus und ließ auf der Stelle alle Kunstwerke wegnehmen, die seit 1806 aus Preußen entfernt worden waren. Bedachtsam folgte Wellington. Ohne die verbündeten Mächte auch nur zu fragen, führte er Ludwig XVIII. einfach wieder in die Tuileries zurück, wie es den Absichten seiner heimischen Regierung entsprach, und als die drei Monarchen am 10. Juli in Paris eintrafen, empfing sie der Bourbon schon als der gesetzmäßige Herrscher Frankreichs, der durch ihre Waffen als ihr Bundesgenosse wieder auf den Thron gelangt war.

Der zweite Friede von Paris und die heilige Allianz.

Dieser englische Handstreich machte eine wirkliche Ausnützung des Sieges und der ganzen unerhört günstigen Lage unmöglich. Umsonst betonten einmütig die Generäle und Staatsmänner Preußens sowie die der süddeutschen Staaten, darunter der Kronprinz von Württemberg, hierin von der gesamten deutschen Presse unterstützt, daß es vor allem aus militärischen Rücksichten notwendig sei, den Elsaß und einen Teil Lothringens mit Metz und Diedenhofen von Frankreich loszureißen. Österreich und England hatten keinerlei Interesse für diese gerechten Forderungen, Kaiser Alexander aber gefiel sich darin, den großmütigen Beschützer Frankreichs weiter zu spielen und in mystisch-romantischer Gefühlschwärmerei die Verbrüderung der christlichen Völker zu predigen. Dieser Stimmung entsprang die sogenannte heilige Allianz vom 26. September 1815 zwischen Rußland, Österreich und Preußen, in der die drei Monarchen einander versprachen, ihre Völker als Glieder der einen christlichen Familie nach christlichen Grundsätzen zu regieren. In den praktischen Fragen war nur durchzusetzen, daß Frankreich Saarlouis und Saarbrücken an Preußen, Landau an Bayern abtrat. Im übrigen mußte es die geraubten Kunstschätze ausliefern und 700 Millionen Francs Kriegskontribution bezahlen. Um die Ausführung dieser Bestimmungen zu sichern, sollten 150 000 Mann verbündeter Truppen unter Wellingtons Oberbefehl fünf Jahre hindurch die französischen Nord-

ostprovinzen besetzt halten. Unter solchen Bedingungen kam am 20. November 1815 der zweite Pariser Friede zu stande. An demselben Tage verpflichteten sich die vier Mächte zur Erhaltung des bourbonischen Königtums und der Verfassung (Charte) in Frankreich, sowie zur gemeinsamen Überwachung der europäischen Sicherheit, also zu der unter Umständen auch gewaltsamen Unterdrückung aller „revolutionären“ Bewegungen in Europa. Auf ihren Beschluß wurde Napoleon, der sich am 24. Juli in Rochefort den Engländern ergeben hatte, nach der einsamen Felseninsel St. Helena verbannt, wo der gestürzte Weltbeherrscher am 5. Mai 1821 ein Leben voll ungeheurer Schicksalswechsel beschloffen hat.





## Vierter Abschnitt.

### Der preussisch-österreichische Dualismus und die volkstümlichen Freiheits- und Einheitsbestrebungen

1815—1858.

Deutschland  
nach dem  
Kriege;  
der Deutsche  
Bund.

Nach gewaltigen Kämpfen war Deutschland befreit und namentlich für Preußen ein unvergänglicher Schatz des Ruhmes zu dem alten hinzugewonnen. Doch die Aufrichtung einer starken Gesamtverfassung, wie sie feurige Patrioten ersehnten, war nicht gelungen, denn allzuvielfältige und allzustarke Gegensätze zerklüfteten noch immer das deutsche Leben.

Der „Deutsche Bund“ war ein völkerrechtlicher Verband von 35 souveränen Fürsten und vier freien Städten, ausschließlich bestimmt zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands, sowie der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der deutschen Staaten, keineswegs zum Wohle des deutschen Volkes, das in der ganzen Bundesakte gar nicht erwähnt wird. Österreich und Preußen nahmen nur für ihre innerhalb der alten Reichsgrenzen gelegenen Länder an dem Bunde teil und behielten sich daneben ihre Stellung als europäische Mächte vor; dafür waren die Könige von England, Niederland und Dänemark als Herrscher von Hannover, Luxemburg, Holstein und Lauenburg Mitglieder des Bundes. Der Bundestag in Frankfurt a. M., ein stehender Gesandtenkongreß unter Österreichs Vorsitz, beriet für gewöhnlich als engerer Rat mit 17 Stimmen, in Verfassungsfragen als weiterer Rat mit 69 Stimmen, jedenfalls in einer Stimmenverteilung, welche die Mehrheit in die Hände der Mittel- und Kleinstaaten gab. Im engeren Räte führten die bei den Großmächte, die vier Königreiche, Baden, beide Hessen, Holstein und Luxemburg je eine Stimme, zu je einer Kurie verbunden waren die sächsisch-thüringischen Herzogtümer und Braunschweig mit Nassau, beide Mecklenburg und Oldenburg mit Anhalt und Schwarzburg, Hohenzollern mit Liechtenstein, Reuß, Lippe und Waldeck, sowie die vier freien Städte. Im weiteren



Rate hatten die beiden Großmächte und die vier Königreiche je vier Stimmen, Baden, beide Hessen, Holstein und Luxemburg je drei, Braunschweig, M.-Schwerin und Nassau je zwei, die übrigen je eine Stimme. Gegenüber der alten Reichsverfassung zeigte sich darin ein Fortschritt, daß der Bundestag die tatsächlich bestehenden Staaten, nicht mehr wie jene die alten Einzelgebiete, aus denen sie zusammengesetzt waren, zu Grunde legte (vergl. S. 4). Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern sollten „Austrägalgerichte“ schlichten. Weiter versprach Art. 13, daß in den Einzelstaaten eine landständische Verfassung stattfinden „werde“. Art. 14 behandelte sehr ausführlich die Rechte der Mediatisierten, Art. 17 sicherte dem Hause Thurn und Taxis sein altes Postregal, Art. 16 die Gleichberechtigung der Befenner aller christlicher Konfessionen, Art. 18 die Freizügigkeit der Untertanen. Indem schließlich die fünf Großmächte mit Spanien, Portugal und Schweden die Bürgschaft für diese Verfassung übernahmen, wurde Deutschland nach einem Siegeszuge ohnegleichen ebenso wieder unter die Vormundschaft des Auslandes gestellt, wie nach dem dreißigjährigen Kriege.

Ebenso wenig hatte sich zunächst dem herangereiften und opferfreudigen Mittelstande eine gesetzmäßige Teilnahme an der Staatsverwaltung eröffnet. Denn der Kampf gegen Frankreich war nicht nur ein Befreiungskrieg, sondern auch ein Krieg gegen die von dort ausgegangenen revolutionären Bestrebungen gewesen, die sich nun in jenen deutschen Bestrebungen fortzusetzen schienen.

Nach diesen beiden Zielen hat sich die politische Entwicklung Deutschlands seit 1815 bewegt. Langsam genug ist sie vorwärts gekommen. Denn die bestehende Bundesordnung beruhte auf der ungeschmälerten Souveränität der Einzelstaaten, und der Gedankenkreis der Gebildeten war immer noch ein wesentlich literarisch-ästhetischer, den Bedürfnissen des praktischen politischen Lebens jetzt umsomehr abgewandt, als die romantische Begeisterung für das Mittelalter das Verständnis für die scheinbar so nüchterne Gegenwart erschwerte. Dazu entbehrten auch die Gebildeten, die politisches Interesse hatten, soweit sie nicht Beamte oder Offiziere waren, durchaus der praktischen Einsicht in das Wesen des Staatslebens, denn sie gehörten fast alle dem Gelehrtenstande an, neigten also von vornherein zu einer doktrinären Auffassung. Die bedeutendsten Organe in der Presse waren der „Rheinische Merkur“ von J. Görres in Coblenz und E. W. W. „Jus“ in Sachsen-Weimar, das sich der Zensurfreiheit erfreute. Ihnen gegenüber stand die partikularistische bayrische „Allmannia“ und der „Österreichische Beobachter“ in Wien unter dem Einflusse von Fr. Gentz, der jetzt aus bloßer Bequemlichkeit und Genußsucht die Politik der unbedingten Reaktion und des Stillstandes verfocht. Die Anschauungen beider Richtungen verdichteten sich bald zu ausgeführten politischen Systemen, und es entsprach der Weise dieses gelehrten Volkes, daß solche Theorien zu keiner Zeit größeren Einfluß auf das Staatsleben Deutschlands geübt haben, als damals. In den alten Rheinbundstaaten des Südens und Westens, die sich nach französischem Muster umgestaltet hatten und deren Bevölkerung weder ein gemeinsames historisches Bewußtsein besaß, noch am Befreiungskriege einen inneren Anteil genommen hatte, gelangten die naturrechtlichen Lehren der französischen Revolution zu fast unbedingter Herrschaft. Sie fanden ihre wirkungsvollsten Verkündiger in K. von Rotteck (geb. 1775) und K. Th. Welcker (geb. 1790). Jener trug sie durch seine „Weltgeschichte“ (begonnen 1812) in die weitesten Kreise, beide vereinigt lieferten in ihrem „Staats-

lerikon" (1834/49) das für Jahrzehnte herrschende bequeme Handbuch der liberalen Politiker. Sie standen also auf dem Boden der Volkssouveränität und des Staatsvertrages und sahen demnach die beste Staatsform in der demokratischen Republik, die ihr zunächst stehende im konstitutionellen Staat, dessen Regierung die jeweilige Mehrheit der Volksvertretung durch das Ministerium leitete. Im Gegensatz dazu führte der Berner Patrizier Albrecht von Haller (1768—1854) im Anschluß an die französische Literatur dieser Richtung in seiner „Restauration der Staatswissenschaft" (1816/26) den Nachweis, daß dieses revolutionäre Staatsideal jeder geschichtlichen Begründung entbehre, predigte aber dafür den mittelalterlich-feudalen Staat mit seiner Aufhebung des Staatsgedankens durch die privatrechtliche Auffassung aller Rechte und Pflichten und mit der patriarchalischen Gewalt des Monarchen.

Österreich  
unter Kaiser  
Franz  
und Fürst  
Metternich.

Diese Richtung fand ihre stärkste Stütze an Österreich. Denn hier schien das Hallersche Staatsideal nahezu verwirklicht. Es war dies nicht nur im Wesen der Herrschenden begründet, des Kaisers Franz I. und des Fürsten Metternich, die beide, gedankenarm, bildungsfeindlich und engherzig wie der eine, oberflächlich und genügsüchtig wie der andere war, die Erhaltung des Bestehenden schlechtweg und die unumschränkte patriarchalische Gewalt des Monarchen vertraten, sondern es lag auch in der Natur dieses Staatswesens, dessen mechanische Einheit sich nur so lange behaupten ließ, als die einzelnen Nationalitäten noch nicht zum Bewußtsein ihrer Eigenart gekommen waren. Um dies zu hindern, schien die Niederhaltung aller nationalen und freiheitlichen Bestrebungen, daher auch die Absperrung von Deutschland und Italien geboten, und sie war leichter als anderwärts, weil das altererbte Übergewicht des Großgrundbesitzes und der römischen Kirche die Regierung hierin unterstützte. Die Landstände blieben also zwar bestehen oder wurden wie in Tirol wieder hergestellt, mit Ausnahme von Görz, Istrien und Dalmatien, aber ihre Tätigkeit beschränkte sich auf die gehorsame Bewilligung des kaiserlichen „Steuerpostulats". Die Kirche behandelte Kaiser Franz wie Joseph II. als eine Art Polizeianstalt und hielt sie unter seiner strengsten Aufsicht; dafür förderte er das Klosterwesen und überließ ihr das Unterrichtswesen fast ganz. Der Protestantismus genoß zwar seit 1781 einer gewissen Duldung, doch seine Lage war tatsächlich vielfach eine so gedrückte, daß noch 1854 die evangelischen Zillertaler nach Schlesien auswanderten. Natürlich dauerten auch die feudalen Zustände fort. Die Masse von Feiertagen, der Mangel an landwirtschaftlichen Kreditanstalten und die ungleichmäßige, daher drückende Veranlagung der Grundsteuer kamen hinzu, um jeden bedeutenden Fortschritt des Landbaues zu hemmen. Den Binnenhandel förderten zahlreiche Straßenbauten, andererseits lähmten ihn die Binnenmauten. Erst i. J. 1828 wurden Tirol, Ober-Italien und Galizien mit den österreichischen Landen zu einem Zollgebiet vereinigt, doch Ungarn mit seinen Nebenlanden und Dalmatien blieben ebenso außerhalb wie eine Menge Freihäfen und Freistädte; der Außenhandel aber litt unter der Absperrungspolitik und den hohen Eingangszöllen oder Einfuhrverboten, so daß sich Triest nur langsam hob, Venedig ganz verfiel. Kamen jene Zollmaßregeln dem einheimischen Gewerbefleiß auch in mancher Beziehung zu gute, so hielten sie doch den erdrückenden Wettbewerb der englischen Industrie so wenig auf, daß selbst altbegründete Gewerbs-

zweige, wie die Tuch-, Leinen- und Glasfabrikation, darunter schwer litten. Daneben schoß an allen Grenzen ein großartiger Schmuggel auf.

Viel bedenklicher war der Stillstand des geistigen Lebens. Die „Spitzel“ des Oberpolizeimeisters Grafen Sedlnitzky (1817—1848) überwachten in ganz Österreich jede Äußerung, das Verbot des Besuches auswärtiger Universitäten und der Zulassung von Ausländern zum Lehramt erschwerte oder verhinderte den geistigen Verkehr mit Deutschland, die Vorschrift, daß bei Anstellungen ebenso auf politische und kirchliche Grundsätze, wie auf wissenschaftliche Tüchtigkeit zu sehen sei, zog nur die Gesinnungslosigkeit groß. Die Universitäten und Schulen waren aufs strengste an die vorgeschriebenen Lehrbücher und Lehrpläne gebunden, die doch Metaphysik, Religionsphilosophie, deutsches Staatsrecht und deutsche Reichsgeschichte einfach ausschlossen; nur die orientalischen Studien und die medizinische Wissenschaft blühten auf. Von einer wirklichen Durchführung der allgemeinen Schulpflicht war gar keine Rede. Eine argwöhnische Zensur schloß besonders seit 1818 die wissenschaftliche wie die poetische deutsche Literatur so vollständig von Österreich aus, daß sie für die Deutschen innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle kaum existierte. So versanken denn die gebildeten Stände vollends in Gedankenlosigkeit und Genußsucht, gegen die auch die Pflege der Musik kein Gegengewicht bot. Ihre geistige Nahrung schöpften sie fast ausschließlich aus populären Monatschriften, unter denen „Eipeldauers Briefe“ (1785—1821) ebensowohl durch pöbelhafte Roheit der Gesinnung und Sprache wie durch weite Verbreitung in allen Kreisen den ersten Platz behaupteten. Niemals ist das österreichische Deutschtum so tief innerlich dem deutschen Leben entfremdet gewesen, wie unmittelbar nach den Befreiungskriegen. Fast nur die Sprache verband es noch mit der Nation.

Es war ein Verhängnis für Deutschland und Österreich, daß dieses gedankenarme System der „Stabilität“ mit der historischen Entwicklung im schärfsten Widerspruche stand und doch sich trotz aller Absperrung nicht behaupten konnte, wenn es nicht mindestens ganz Deutschland und Italien beherrschte. Darauf aber beruhte wiederum die maßgebende Stellung Österreichs, die Metternichs diplomatische Gewandtheit seit 1809 dem Kaiserstaate zu erwerben gewußt hatte. Auch den Bundestag behandelte er lediglich als ein Werkzeug der österreichischen Herrschaft über Deutschland; der Gedanke, die Bundesverfassung weiter auszubilden, lag ihm vollkommen fern. Wohl eröffnete der österreichische Präsidialgesandte Graf Buol nach langem Harren am 5. November 1816 die Bundesversammlung im Thurn- und Taxischen Palais auf der Eschenheimer Gasse mit einer ebenso schwungvollen als unklaren und verschwommenen Rede voller Verheißungen, aber nur zu bald zeigte sich, daß der rheinbündische Souveränitätsstolz der Mittelstaaten und die unnatürliche Stimmenverteilung alle wirksamen Beschlüsse hinderte. Die zahllosen Bittschriften, mit denen der Bundestag überschwemmt wurde, fanden daher keine oder nur sehr verspätete Erledigung; der gehässige Streit um die kurhessischen Domänen (s. unten) zeigte, wie sehr ein Bundesgericht mangle und wie wenig es durch das Austrägalverfahren ersetzt werde. Die Bemühungen Preußens, das Bundeskriegswesen derart zu ordnen, daß die kleinen norddeutschen Kontingente an

Die Anfänge des Bundestages.

die preussische, die süddeutschen an die österreichische Armee angeschlossen wurden, scheiterten am Widerstreben der Mittelstaaten. Selbst die Frage, ob Ulm oder Rastatt zu befestigen sei, kam nicht zur Entscheidung, der deutsche Süden blieb also schutzlos. Nur über die Bundesfestung Mainz verständigten sich die beiden Großmächte 1817. in der Karlsbader Konvention vom 10. August 1817 dahin, daß jede die Hälfte der Besatzung stellte. Noch früher (12. März) hatte Preußen es übernommen, für die zweite Bundesfestung Luxemburg drei Viertel der Besatzung zu liefern. Was sonst für den Schutz des Rheinlandes geschah, ging allein von Preußen aus. Unter der Leitung des genialen Sachsen Aster befestigte es damals im Westen Saarlouis, Jülich, Wesel, Köln und Coblenz, worauf es außer den 20 Millionen francs aus der französischen Kriegsentschädigung noch beträchtliche Summen aus eigenen Mitteln verwendete, wie im Osten Posen, Danzig und Königsberg, und zwar in der sogenannten neupreussischen Weiterbildung des Vaubanschen Systems. So leistete der Bund als solcher nicht einmal das Notdürftigste für den Landesschutz, und mehr und mehr kam die Meinung zur Geltung, seine allein ihm anstehende Politik sei die Neutralität in allen großen europäischen Fragen. Deutschland als Ganzes stand also wieder auf derselben Stufe, wie nach dem Augsburger Religionsfrieden (s. I, S. 607). Preußen aber begann mehr und mehr dem Räte zu folgen, den schon 1816 W. von Humboldt ihm gegeben hatte: der deutsche Bund werde gar nichts leisten und gemeinsame Institutionen könne Preußen nur durch Vereinbarung mit den Einzelstaaten erreichen.

Ursprung  
der süd-  
deutschen  
Ver-  
fassungen.

Hatte somit Österreich nicht zu fürchten, daß der Bundestag zu einer Pflegstätte national-deutscher Bestrebungen werde, so sah Metternich doch seinen Grundsatz von der Erhaltung des Bestehenden bedroht durch die konstitutionellen Verfassungen, die in den süddeutschen Staaten ins Leben traten, nachdem Karl August von Sachsen-Weimar mit der Gewährung einer solchen am 11. Mai 1816 vorangegangen war. Den Boden zu solcher Neugestaltung hatte die rheinbündische Einheits- und Nivellierungspolitik im deutschen Südwesten geebnet (s. S. 255 ff.), und wie sie nach französischem Muster verfahren war, so folgten die Regierungen auch in diesen Verfassungsfragen im ganzen dem Vorbilde der französischen Charte. Sie stellten also neben die etwas modernisierten alten Stände der Ersten Kammer eine zweite aus gewählten Vertretern der verschiedenen Volksgruppen, die sich aber als Vertreter des gesamten Volkes, nicht nur ihrer Wähler, betrachten sollten, und sie hofften dabei in diesen neuen Landtagen eine neue Stütze für ihre eigene Selbständigkeit gegenüber den beiden Großmächten wie ein Gegengewicht gegen die deutschen Einheitsbestrebungen zu gewinnen, eine Erwartung, die sich nur zu sehr erfüllt hat.

Bayern.

Nirgends wirkte dieser Gesichtspunkt mehr als in Bayern. Denn da das Versprechen Österreichs im Vertrage von Ried (s. S. 296) unerfüllt blieb, so behielt Bayern einstweilen Salzburg und das Innviertel zurück, und erst als Österreich drohende militärische Maßregeln traf, überließ es durch den Vertrag vom 14. April 1816 jene beiden echtbayrischen Gebiete gegen die linksrheinische Pfalz an Österreich, ohne eine territoriale Verbindung zwischen ihr und dem Hauptlande



gewonnen zu haben. Freilich blieb das Streben danach, also nach der Erwerbung der jetzt badischen, rechtsrheinischen Pfalz mit Heidelberg noch lange ein Herzenswunsch des Kronprinzen Ludwig (geb. 25. August 1786). Es stand dies bei ihm in enger Verbindung mit den großbayrischen Plänen, mit denen er sich in seiner ehrlichen Begeisterung für das „Teutschtum“ trug. Bayern sollte der Kern des „reinen Teutschland“ werden und einen „Bund der Mindermächtigen“ um sich sammeln, der den beiden „halbfremden“ Großmächten das Gegengewicht halte und rein deutsche Zwecke verfolge. Daher sollte Bayern auch der konstitutionelle Musterstaat für ganz Deutschland sein. Mit dem Sturze des Grafen Montgelas am 2. Februar 1817 erfocht diese Richtung ihren ersten bedeutenden Sieg, und am 26. Mai 1818 gewährte König Max Joseph eine Verfassung, die erste, die ein deutscher Mittelstaat erhielt. 1818.

Die I. Kammer der „Reichsräte“, wie die Urkunde sie in großbayrischem Stolz nannte, wurde aus solchen gebildet, die kraft ihrer Lebensstellung oder durch landesherrliche Ernennung ihr Recht erwarben, also hier aus den königlichen Prinzen, höheren Kronbeamten, den Häuption der früher reichsunmittelbaren Geschlechter und den Spitzen der katholischen, wie der evangelischen Kirche; die II. Kammer bestand aus auf drei Jahre gewählten Vertretern bestimmter Gruppen, nämlich aus 17 adligen Grundbesitzern, 3 Abgeordneten der Universitäten, 11 katholischen und 3 protestantischen Geistlichen, 33 städtischen und 66 ländlichen Abgeordneten. Gleichzeitig wurde den Gemeinden nach preussischem Vorbilde die Selbstverwaltung verliehen. Doch auf dem ersten konstitutionellen Landtage, der am 4. Februar 1819 eröffnet wurde, traten alsbald weitgehende liberale Theorien 1819. und Forderungen hervor; Schwurgerichte, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und beträchtliche Verminderung der Heeresausgaben wurden mehr oder weniger nachdrücklich verlangt, wogegen die Regierung die notwendige Anerkennung der Gesamtschulden aller Gebiete als gemeinsamer Staatsschuld (105 Millionen Gulden) nur mit großer Mühe durchsetzen konnte.

Auch in Baden wirkten auswärtige Verwicklungen auf die Lösung der Verfassungsfage bestimmend ein, umsomehr als sie mit inneren Verlegenheiten zusammentrafen. Unter Karl Friedrichs Nachfolger, dem menschen scheuen, mißtrauischen Großherzog Karl (1811—1818), verwilderte das Beamtentum, die Finanzen gerieten in Verwirrung, die gekränkten Standesherrn murrten, der altösterreichische Breisgau ersehnte die Rückkehr seiner alten Landesherrschaft, der ganze künstliche Staatsbau geriet ins Wanken. Dazu kam, daß das Haus Jähringen dem Erlöschen nahe war; denn da die beiden Söhne des Großherzogs in frühem Alter starben, mußte die Herrschaft an den bejahrten, kinderlosen Oheim Ludwig I. übergehen und dann an Graf Leopold von Hochberg, den ältesten Sohn Karl Friedrichs aus seiner zweiten Ehe mit der Freiin von Beyersberg, die er zur Gräfin von Hochberg erhob und deren Kindern er das Erbrecht zugesichert hatte. Dieses aber bestritt Bayern hartnäckig, um nach dem Aussterben der Jähringer seinen Anspruch auf die rechtsrheinische Pfalz durchzusetzen. Um so wichtiger erschien es,

die Verhältnisse zu ordnen und die öffentliche Meinung durch die Verleihung einer Verfassung zu gewinnen. Gestützt auf Preußen, das den bayrischen Ansprüchen in München und Wien entschieden entgegentrat, verkündete der Großherzog am 4. Oktober 1817 die Erbfolge der Grafen von Hochberg und die Unteilbarkeit des badischen Staates, am 22. August 1818 gewährte er eine Verfassung, die, im wesentlichen nach dem Entwurfe des Finanzrates Nebenius, zwar auch eine I. Kammer für den Adel bildete, aber in der II. die Städte verhältnismäßig stärker berücksichtigte als das platte Land. Doch der neue Großherzog Ludwig I. (1818 bis 1830), noch ein alter Soldat Friedrichs des Großen, mußte mit dem Landtage bald ähnliche Erfahrungen machen, wie Max Joseph in München, und schloß ihn daher am 28. Juli 1819 ohne jedes greifbare Ergebnis. — Auch der Landtag des Herzogtums Nassau, der nach der Verfassung vom 1. September 1814 endlich im März 1818 zusammentrat, nachdem der Minister Marschall schon die ganze Verwaltung selbständig geordnet hatte, verwickelte sich mit der Regierung sofort in endlosen Streit über die hier allerdings besonders schwierige Frage, ob das Kammergut dem Staate oder dem Herrscherhause gehöre.

Württemberg.  
1816.

In Württemberg hatte König Friedrich, um seine Souveränität dem Bunde gegenüber zu wahren, schon am 11. Januar 1815 eine Verfassung verliehen. Als sich nun aber der neue Landtag versammelte, forderte eine festgeschlossene Opposition des früher reichsummittelbaren Adels, des alten ständischen Beamtentums und der Demokraten französischer Färbung, mit ihr E. Umland, „das alte gute Recht“ zurück, jene altständische Verfassung, die überhaupt nur für Alt-Württemberg Geltung gehabt hatte. Nach langem, ergebnislosem Ringen verlagte der König am 26. Juli 1815 seine Stände und berief den Freiherrn K. A. von Wangenheim, einen Thüringer, zum Minister. Allein diese zähen Schwaben standen fest zu ihren Abgeordneten und sahen in dem wohlmeinenden, geistreichen liberalen Minister nur einen Fremden, der für dieses Volk kein Herz habe. Daher trat auch seinem freisinnigen und verständigen Verfassungsentwurfe dieselbe geschlossene Opposition entgegen, und ohne den Frieden mit seinem Volke gefunden zu haben, starb König Friedrich plötzlich am 30. Oktober 1816. Allgemeine Sympathien begrüßten seinen Nachfolger Wilhelm (1816—64), den „Helden von Montereau“, der mit Recht als Gegner der väterlichen Politik galt, und als er nun im März 1817 dem Landtage einen neuen Verfassungsentwurf vorlegen ließ, da erklärten sich die Neu-Württemberger für die Annahme, die altwürttembergische Mehrheit dagegen lehnte in zähem Trotz auch das königliche Ultimatum vom 2. Juni ab. Erzürnt löste der König den Landtag am 4. Juni 1817 auf, und Württemberg blieb vorerst ohne Verfassung. Erst die Unmöglichkeit, die immer mehr anschwellende Steuerlast, die i. J. 1817 nicht weniger als 17000 Menschen zur Auswanderung trieb, ohne ständische Mitwirkung zu beseitigen und die Furcht, der Deutsche Bund möge schließlich in die württembergischen Verhältnisse eingreifen, brachten zwei Jahre später die Lösung dieser Wirren. Der Landtag, der am 13. Juli 1819 in Ludwigsburg zusammentrat, nahm diesmal den Entwurf der Regierung am 18. September an, und am 26. September unterzeichnete der König die Verfassungsurkunde. Die

I. Kammer wurde aus den königlichen Prinzen, den früher rechtsunmittelbaren „Standesherrn“ und einer Anzahl vom König ernannter Mitglieder gebildet, die II. Kammer aus den Vertretern der protestantischen und katholischen Kirche, sowie der Landesuniversität, 13 Abgeordneten der Ritterschaft, 7 der größeren Städte und 64 der Oberämter. Auch in Hessen-Darmstadt kam eine Verfassung trotz des Drängens der Standesherrn und lebhafter Agitation erst am 17. Dezember 1820 zum Abschluß.

Gegenüber diesen süd- und westdeutschen Staaten, die zu modernen Konstitutionen übergingen, stand eine andere Gruppe im Norden, die im wesentlichen an der altständischen Verfassung auch jetzt noch festhielt. In Kurhessen wollte der Kurfürst Friedrich Wilhelm I., ein kleinlicher, tyrannischer, geiziger Herr, sogar die sieben Jahre der westfälischen Regierung einfach aus der Geschichte streichen. Er versetzte die Beamten und Offiziere wieder in die Stellungen v. J. 1806 zurück, berief die damals entlassenen Soldaten zu ihren Regimentern, stellte die bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse, wenngleich nicht die Patrimonialgerichtsbarkeit, wieder her, forderte von solchen Staatsschuldnern, die längst Kapital und Zinsen an die westfälische Regierung abgetragen hatten, diese Zahlungen nochmals und behandelte die Käufer der Domänen als seine Pächter. Dem entsprach es, daß er am 27. Dezember 1814 die althessischen Stände zum 1. März 1815 berief, nur daß zu den beiden Kurien der Prälaten und Ritter und der Landschaft (der Städte) als dritte eine bäuerliche trat. Aber es war freilich auch nur die Folgerung aus des Kurfürsten eigenen Grundsätzen, wenn die beiden ersten Kurien sich gegen diese willkürliche Änderung in der Zusammensetzung des Landtages verwahrten und die ungesäumte Wiederherstellung aller Adelsrechte forderten, während die Bauern umgekehrt die Ablösung der bäuerlichen Lasten verlangten. Bei diesem Widerstreite der Interessen blieben die Verhandlungen völlig unfruchtbar. Ebenso wenig kam eine Vereinbarung über die Finanzlage des Kurfürsten wegen des Ersatzes seiner Rüstungskosten von 1806 und 1814 in der Höhe von 4 Millionen Taler zu stande, da der Landtag Rechnungslegung auch über die kurfürstliche Kammerverwaltung verlangte. Nach dem Schlusse des Landtages am 1. Juli 1815 ging der Streit in der Presse und in den Adressen fort. Auch der Landtag des folgenden Jahres 1816 wurde am 10. Mai ohne Abschied aufgelöst, und der Kurfürst regierte bis zu seinem Tode (1821) unumschränkt.

Im Nachbarlande Hannover ging der mächtige Adel auf die einfache Wiederherstellung des Alten aus. Da indes das Königreich durch die neuen Erwerbungen um etwa ein Drittel seines alten Bestandes vergrößert war, so mußte doch der Versuch gemacht werden, diese verschiedenartigen Gebiete in Verwaltung und Verfassung einigermaßen zu verschmelzen. Die Regierung, deren Seele der hochkonservative Geheime Kabinettsrat Rehberg war, berief deshalb für den Dezember 1814 den ersten hannoverschen Gesamtlandtag. Da er ganz überwiegend aus Edelleuten bestand und jeder Reform widerstrebte, so gelang es erst i. J. 1816, die Schulden der verschiedenen Gebiete in eine einheitliche Staatsschuld zu verwandeln und ein wirkliches Landesbeamtentum herzustellen. Andererseits traten aber i. J. 1818 die

(vierzehn) alten feudalen Provinziallandtage wieder ins Leben. Auch die Neuge-  
 1819. staltung des Landtages vom Dezember 1819, die ihn in zwei Kammern teilte,  
 änderte an dem Übergewicht des Adels und des Staatsbeamtentums gar nichts.  
 Daher blieben auch die Bestrebungen, die Domänen- und die Steuerkasse zu ver-  
 einigen, lange ergebnislos. Für die Volkswohlfahrt geschah so gut wie nichts;  
 stolz auf seine Verbindung mit England und seiner Natur nach höchst konservativ,  
 verlor dieser niedersächsische Stamm immer mehr das Bewußtsein seiner Zuge-  
 hörigkeit zu Deutschland. — Vollends ganz unberührt von all diesen Kämpfen  
 blieb Mecklenburg, obwohl es an den Befreiungskriegen den ehrenvollsten Anteil  
 genommen hatte. Nur die Aufhebung der Leibeigenschaft wurde i. J. 1820 be-  
 schlossen; doch da der Bauer mit der persönlichen Freiheit noch keinen Grundbesitz  
 erwarb, so erwuchs daraus nur eine Bevölkerung von Tagelöhnern, und die Klage  
 „kein Hüfing“ wollte nicht verstummen.

Wenn auch Sachsen zunächst die konstitutionellen Bestrebungen ablehnte, so  
 wirkten hierzu nicht nur das hohe Alter des Königs Friedrich August I. und die  
 starrkonservative Gesinnung seines ersten Ministers, des Grafen D. von Einsiedel,  
 mit, sondern auch die durch und durch partikularistische Stimmung des Volkes, die  
 durch die Landesteilung v. J. 1815 verstärkt worden war und sogar zu einer verspäteten  
 Ausbildung einer verbissenen bonapartistischen Gesinnung führte, die jedes Ver-  
 ständnis der jüngsten Vergangenheit ausschloß. Indes nötigte die Verkleinerung  
 des Landes wenigstens dazu, die erbländischen und die oberlausitzischen Stände  
 1817. i. J. 1817 zu einer Körperschaft zu vereinigen, obwohl der oberlausitzische Sonder-  
 landtag daneben bestehen blieb. Das Verlangen nach einer modernen Ver-  
 fassung trat zwar auf dem Landtage von 1820 21 hervor, blieb aber noch ohne  
 praktischen Erfolg.

Die deutsche  
 Burschen-  
 schaft.

Ungeachtet dieser Lage in vielen Einzelstaaten und im Gesamtraterlande er-  
 griff tiefe Verstimmung eben die geistig führenden Kreise der Nation, die mit  
 Ahland nicht lassen wollten

„Die Sehnsucht, daß ein Deutschland sich begründe,  
 Geseglich frei, volksträftig, unzersplittert.“

Denn war einst im Befreiungskriege aus ihrem Idealismus die feurige Vater-  
 landsliebe der gebildeten Jugend hervorgegangen, so stieß dieser jetzt mit der  
 Wirklichkeit der Dinge hart zusammen und war allzusehr geneigt, alle die bitteren  
 Enttäuschungen allein aus dem Übelwollen oder der Unfähigkeit der Regierenden  
 zu erklären. Recht aus der Seele heraus sprach diesen Kreisen L. Ahland, wenn er  
 den Fürsten zurief:

„Wenn eure Schmach die Völker lösten,  
 Wenn ihre Tene ihr erprobt,  
 So ist's an euch, nicht zu verträsten,  
 Zu leisten jetzt, was ihr gelobt.“

Welchen Eindruck mußten nun vollends solche Erfahrungen auf die studierende  
 norddeutsche Jugend machen, die zum größten Teile die Waffen gegen Frankreich  
 getragen hatte und nun heimgekehrt war, das Herz voll glühender Begeisterung,  
 den Kopf voll hochfliegender Pläne für Deutschlands Freiheit und Größe! War



es ein Wunder, daß sie in jugendlicher Selbstüberhebung das, was den Staatsmännern mißlungen war, selbst in die Hand nehmen zu können meinte? Solche Gedanken fanden ihre Stätte bei der deutschen Burschenschaft, die 1815 in Jena (in der „Tanne“), 1817 in Erlangen gegründet wurde, um im Gegensatz zu dem wüsten, leeren Treiben der Landsmannschaften alle Roheit abzutun, deutsche Einigkeit und Sitte zu pflegen und den Körper zu stählen. Einer von den begeistertsten Anhängern Jahns, die sich die „Altdeutschen“ nannten, J. F. Maßmann, faßte dann den Gedanken, das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation mit einer Gedenkfeier der Leipziger Völkerschlacht zu verbinden und beide durch ein großes Burschenfest auf der Wartburg am 18. Oktober 1817 zu begehen. Die Weimarische Regierung <sup>1817.</sup> gab ihre Zustimmung, und am 17. Oktober trafen 500—600 Studenten von zwölf protestantischen Universitäten, meist rüstig zu Fuß, in der alten Lutherstadt Eisenach ein. In ernster, religiös patriotischer Stimmung feierten sie den 18. Oktober durch Gesänge, Reden, Turnspiele und ein Festmahl auf der Wartburg; auch mehrere Professoren aus Jena nahmen Anteil. Da kamen einige erregte Köpfe aus Jahns Anhang auf den törichten Gedanken, in Nachäffung der Verbrennung der Bannbulle, ein Strafgericht über mißfällige Erscheinungen der Zeit zu halten, indem sie am Abend auf dem Wartberge einige Ballen Makulatur mit den Titeln „undeutscher“ Bücher feierlich verbrannten und einen Schnürleib, einen Topf und einen Korporalstock als Merkmale der Knechtschaft ins Feuer warfen. Der unüberlegte Studentenstreich, den die meisten Festteilnehmer nicht beachtet hatten oder mißbilligten, erregte ungeheures Aufsehen. Ernste Patrioten, wie Stein und Niebuhr, verurteilten scharf diese jugendliche Überhebung. Karl August aber vertrat seine Studenten in einem Rundschreiben an die Regierungen und einer Erklärung am Bundestage (Dezember 1817). Zunächst nun wirkte der auf der Wartburg gegebene Anstoß weiter. Auf vierzehn deutschen Universitäten bildeten sich Burschenschaften, und ihre Abgeordneten begründeten am 18. Oktober 1818 <sup>1818.</sup> in Jena die Allgemeine deutsche Burschenschaft, die nach der Absicht der Stifter die gesamte deutsche Studentenschaft zu einem Ganzen zusammenfassen sollte, „gegründet auf das Verhältnis der deutschen Jugend zur werdenden Einheit des deutschen Vaterlandes“. Das einigende Zeichen war das schwarzrotgoldene Band, wohl eine Zusammenstellung aus den Uniformfarben der Lützower. Neben solchen ebenso patriotischen wie unklaren Bestrebungen traten nun aber zuerst unter der Gießener Studentenschaft Gedanken ganz anderer, aber sehr bestimmter Art hervor. Ihr Urheber war Karl Follen, Dozent der Rechte, ein bildschöner Mann von ernster, strenger Haltung und rücksichtsloser Energie, daher von mächtigem Einfluß auf die Jugend, einer der kalten Fanatiker des Verstandes, die vor nichts zurückschrecken, was die Folgerichtigkeit ihrer Glaubenssätze fordert. Dem Geredhten, lehrte er, gilt kein Gesetz; was die Vernunft für wahr anerkennt, muß durch den sittlichen Willen verwirklicht werden, sofort, unbedingt. Indem er diesen „Grundsatz“ auf die Rousseausche Lehre von der ursprünglichen Freiheit und Gleichheit der Menschen anwandte, wollte er kurz und gut die einheitliche demokratische deutsche Republik und Kirche. Seine Anhänger nannten sich die „Unbedingten“ oder die

„Schwarzen“ und standen unzweifelhaft mit auswärtigen Geheimbünden in Beziehung. Als Jollen im Herbst 1818 nach Jena übersiedelte, gewann diese fanatische Sekte, die sich mehr und mehr sogar in dem Gedanken des politischen Mordes berauschte, bald auch dort Boden, obwohl die Mehrzahl der Burschenschafter von diesem geheimen Treiben nichts wußte. Aber schwereres Unheil sollte aus ihm für Deutschland hervorgehen.

Der Aachener  
Kongreß.

Im Herbst d. J. 1818 beschloßen die Monarchen und Minister der vier Mächte zu Aachen, nachdem sie schon im April eine bedeutende Herabsetzung der Schuldforderungen deutscher und anderer Privatgläubiger an die französische Staatskasse aus der Kriegszeit genehmigt hatten, die Besatzungstruppen schon zu Ende November aus Frankreich zurückzuziehen, um das Ansehen des schwachen bourbonischen Königtums gegenüber der rasch anwachsenden bonapartistischen Strömung zu stärken, und nahmen aus demselben Grunde Frankreich feierlich in ihren Bund auf (15. November); zugleich erneuerten sie ihren besonderen Bund zur Wahrung der europäischen Ordnung von 1815. In Deutschland erkannten sie die Einheit des badischen Staates und die Erbfolge der Grafen von Hochberg an, Bayern mußte sich mit einem kleinen Gebiet an der Tauber und einer Militärstraße nach der linksrheinischen Pfalz begnügen, obwohl es sich seine Rechte vorbehielt (20. November). Dabei trat nun eine völlig veränderte Haltung des Kaisers Alexander hervor. Er, der früher für die liberalen Ideen geschwärmt hatte, betrachtete sich jetzt seit der Entdeckung einer demokratischen Verschwörung unter seinen Gardeoffizieren als den Schirmherrn Europas gegen die Revolution und überließ damit die Leitung des Vierbundes tatsächlich Österreich. Auf seine Veranlassung wurde auch in Aachen eine Denkschrift des jungen romanischen Bojaren Sturdza verteilt, die dreist die deutschen Universitäten als Herde revolutionärer Bestrebungen verdächtigte und ihre strengste Überwachung forderte. Daß sie kurz nachher durch einen Vertrauensbruch veröffentlicht wurde, erregte auf den Universitäten einen Sturm der Entrüstung. Er richtete sich zugleich gegen den Dichter A. von Kotzebue, der in seinem „Literarischen Wochenblatt“ die Bestrebungen der begeisterten Jugend mit Hohn überschüttete und seit Ende 1816 von seiner Vaterstadt Weimar aus, wo er als russischer Staatsrat lebte, dem Kaiser regelmäßige Berichte über die geistige Bewegung in Deutschland abstattete. Seit einer von diesen in Ludens „Nemesis“ veröffentlicht worden war, galt Kotzebue den aufgeregten Burschenschastern schlechtweg als ein Feind des Vaterlandes, als ein russischer Spion und fühlte sich daher in Weimar so wenig sicher, daß er nach Mannheim übersiedelte. Die Erregung steigerte sich noch, als die preussische Regierung im März 1819 die Turnplätze schloß. Das alles verführte einen blinden Anhänger K. Jollens, den Theologen Karl Ludwig Sand aus Wunsiedel (geb. 1795), zu dem entsetzlichen Entschlusse, die Lehre seines Freundes von der Berechtigung des politischen Mordes in blutiger Wirklichkeit anzuwenden.

1819. Fest überzeugt, damit eine heilige Pflicht zu erfüllen, überraschte er am 23. März 1819 Kotzebue in seiner Wohnung und stieß den Wehrlosen nieder als „Verräter des Vaterlandes“. Nach der Tat ramnte sich der Mörder selbst den Dolk in die Brust, doch noch lebend fiel er dem Gericht in die Hände. Mit stoischer Seelenstärke ertrug

er dann die Schmerzen seiner Wunde und einer gefährlichen Operation. Zu seiner Tat bekannte er sich, doch jedes Geständnis über seine Mitwisser verweigerte er mit kaltblütiger Sicherheit. Noch während er sich in der Untersuchungshaft befand, wagte am 1. Juli einer seiner Genossen, der Apotheker Lönig, einen Mordanschlag auf den nassauischen Präsidenten Jbell in Wiesbaden. Wahrhaft unheimlich war der Eindruck dieser Bluttaten auf weite Kreise der gebildeten Deutschen. So allgemein sie den Mord selbst verdammt, die Persönlichkeit und die Beweggründe des Täters galten der Mehrzahl, sogar dem frommen Theologen de Wette, als ein Gegenstand der Bewunderung, und ganz Mannheim war in Trauer, als am 20. Mai 1820 der Kopf Sands fiel. So tief war die Verbitterung über die öffentlichen Zustände.

Erschreckt und empört befahl König Friedrich Wilhelm III. das schärfste Einschreiten, obwohl die preussischen Universitäten an der burschenschaftlichen Bewegung wenig beteiligt waren. Aber unablässig hatte sein Generaladjutant Fürst Wittgenstein das Mißtrauen in ihm genährt, und der neue Leiter des Polizeidepartements, Geheimrat Kamptz, glaubte alles Ernstes an eine große demokratische Verschwörung. So wurde E. Jahn auf die Festung gebracht, eine Menge makelloser Patrioten in fränkende Untersuchungen verwickelt, darunter selbst E. M. Arndt, seit 1818 Professor der Geschichte in Bonn. Aber während dieses Vorgehen teils Hohn, teils Erbitterung erweckte, dachte Metternich die Besorgnisse der deutschen Regierungen und die Hilferufe Bayerns und Württembergs zu einem großen Schlage nicht nur gegen die gefährliche Freiheit der Universitäten und der Presse, sondern auch gegen die Verfassungen auszubenten. Da ihm für solche Zwecke die Mehrheit des Bundestages nicht unbedingt sicher war, gewann er zunächst den König von Preußen persönlich in Teplitz, wo der Monarch zur Kur verweilte, zu einer vorläufigen Abkunft über die gemeinsame Bundespolitik beider Großmächte (1. August 1819). Der König verpflichtete sich, nach dem „reinen Begriffe“ des Art. 13 der Bundesakte in Preußen nur eine landständische Provinzialvertretung zu gewähren und mit Österreich zusammen den Staaten, die schon zu konstitutionellen Verfassungen übergegangen waren „zur Rückkehr zu einem, dem Bunde mehr angemessenen Verhältnis behilflich zu sein“; weiter wollten beide Mächte durch ein strenges Bundespreßgesetz dem „Preßunfug“ steuern und endlich die Universitäten und Schulen von „schlechtgesinnten“ Professoren säubern. Auf Grund dieser Vereinbarung berief Metternich die Minister von neun größeren Staaten zu geheimen Konferenzen nach Karlsbad (6. bis 31. August 1819). Hier scheiterte sein Hauptplan an dem entschiedenen Widerspruche des württembergischen Ministers Winkingerode, der dem Bunde nimmermehr Eingriffe in die Souveränität seines Herrn gestatten wollte. Dagegen einigte man sich darüber, die Universitäten unter die Aufsicht landesherrlicher Kommissare zu stellen, die Burschenschaft aufzulösen, in Mainz eine Zentraluntersuchungskommission zur Aufspürung demagogischer Umtriebe einzusetzen und die Presse einer scharfen Zensur zu unterwerfen. Stimmt es aber schon die in Karlsbad vertretenen Staaten keineswegs in allen Punkten überein, so gelang es vollends nur durch eine Art von Überraschung am 20. September die Karlsbader Beschlüsse am Bundestage im engeren Räte statt im weiteren zur Annahme zu bringen, und zwar nach dem Protokoll einstimmig, obwohl manche kleinstaatliche Gesandte gar nicht instruiert waren.

Die  
Karlsbader  
Beschlüsse  
und die  
Wiener  
Schlußakte.

1819.

Nach den Karlsbader Verabredungen traten dann im November 1819 in Wien die dortigen Gesandten der Bundesstaaten zusammen und unterzeichneten am 1820. 8. Juni 1820 die Wiener Schlußakte. Sie betonte scharf den völkerrechtlichen Charakter des Bundes, forderte daher für „organische“ Gesetze die Einstimmigkeit der Bundesversammlung, sagte den einzelnen Staaten gegenseitige Hilfe im Falle eines Aufruhrs zu, verbürgte ihnen ihren Besitzstand und ihre Souveränität auch gegenüber den Verfassungen.

Es war der vollständigste Sieg, den die habsburgische Politik seit den unheilvollen Tagen Ferdinands II. erröchten hatte, und zwar wie damals, mit einem Mißbrauche der nationalen Gesamtverfassung, die nach der Bundesakte gar kein Recht dazu gab, in solcher Weise die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten zu ordnen. Wieder wie vor zweihundert Jahren wollte Österreich die freie Entwicklung des deutschen Geistes niederdrücken, weil es mit ihr selbst nicht bestehen zu können meinte. Freilich die Ausführung war minder gewaltsam und minder erfolgreich. Die Burschenschaft löste sich gehorsam auf, zahlreiche junge Leute wurden mit mißtrauischen, kleinlichen Untersuchungen gequält, Arndt von der Mainzer Kommission seines Rechts, Vorlesungen zu halten, beraubt. Und doch mußte die Kommission 1822 gestehen, daß sie eine revolutionäre Verschwörung nicht habe nachweisen können, weil eine solche eben nicht bestand.

Nach-  
wirkungen.

Doch welch eine Drachensaat des Mißtrauens und der Verbitterung war ausgestreut! Die nationalen und freiheitlichen Ideen ließen sich durch Polizeimaßregeln doch ebensowenig unterdrücken, wie einst der Protestantismus von der Säbelherrschaft kaiserlicher Generale; sie wurden nur in die Verborgenheit zurückgedrängt und hier nahmen sie unter dem Einfluß fremder, namentlich französischer Theorien zugleich eine radikale Färbung an. Damit verband sich bald ein tiefes Mißtrauen gegen die Regierungen überhaupt und besonders gegen den Deutschen Bund, der mit Recht als eine Macht des Rückschrittes erschien. Um so mehr strebten die liberalen Parteien danach, die Einwirkungen des Bundestages auf die Einzelstaaten auszuschließen, und dies traf zusammen mit dem herrschenden Gesichtspunkte der fürstlichen Politik, die uneingeschränkte Souveränität zu wahren. So gestalteten sich selbst die konstitutionellen Einzellandtage zu einem Bollwerke des Sondergeistes. Die großen nationalen Taten der Befreiungskriege aber wurden außerhalb Preußens rasch vergessen; zumal die Süddeutschen gewöhnten sich daran, diese glorreiche Zeit von französischem Standpunkte aus zu betrachten, in ihren eigenen Staaten den Hort der Freiheit, in Preußen aber einen Staat fürstlicher Unumschränktheit und polizeilicher Bevormundung zu sehen, von dem nichts zu hoffen und viel zu fürchten sei. An den Folgen dieses Entwicklungsganges hat der deutsche Liberalismus Jahrzehnte hindurch gelitten.

Neugestal-  
tung der  
katholischen  
Kirche in  
Südwest-  
deutschland.

Dieser ungesunde Sondergeist hat auch die Neugestaltung der katholischen Kirche in Deutschland beherrscht. Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege war sie ein Trümmerhaufen. Den alten Zusammenhang ihrer Sprengel hatte schon die Abtretung des linken Rheinufers zerrissen, mit den Säkularisationen d. J. 1803 war der gesamte weltliche Besitz verloren gegangen. Wohl erstrebte nun der edle



Heinrich von Wessenberg, Generalvikar von Konstanz, eine katholisch-deutsche Nationalkirche, indem er das Papsttum als „ein Gemisch von gesetzlichem Judentum und selbstgeschaffenem Heidentum“ bekämpfte und sogar manche wichtige Glaubenslehren angriff, und da einer der bedeutendsten katholischen Theologen, Prof. G. Hermes in Münster (seit 1820 in Bonn), ähnliche Ideen vertrat, so schlugen sie in der Geistlichkeit des Westens tiefe Wurzeln. Doch Rom zog Nutzen aus der allgemeinen Stärkung der kirchlichen Gesinnung und aus den mittelalterlich-romantischen Neigungen weiter Kreise, und die katholische Geistlichkeit hatte mit dem Verluste ihres alten weltlichen Besitzes auch den festen vaterländischen Boden unter den Füßen verloren. So scharten sich eifrige Katholiken ultramontaner Färbung in Frankfurt a. M. um die beiden Schlegel, in Coblenz um J. Görres, in Münster um den Generalvikar von Droste. Das ganze Treiben fand seinen Mittelpunkt in der päpstlichen Nuntiatur zu München, seine bewegende Kraft in dem 1814 wiederhergestellten Jesuitenorden. Diesen Bestrebungen und der zähen Folgerichtigkeit, den uralten Überlieferungen der Kurie gegenüber zeigten sich die deutschen Einzelstaaten unklar und uneinig. Schon am 5. Juni 1817 schloß Bayern sein besonderes Konkordat mit Rom. Nach diesem ersten Siege Roms scheiterte natürlich die Absicht der oberrheinischen Staaten, auf Grund des Josephinischen Kirchenrechts (s. S. 167 f.) eine Vereinbarung mit Rom zustande zu bringen. Schließlich verzichteten sie auf jede grundsätzliche Abkunft mit Rom, und Papst Pius VII. regelte die Sprengel der „oberrheinischen Kirchenprovinz“ durch die Zirkumskriptionsbullen von 1821.

Das bayrische Konkordat setzte die beiden Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg, sowie die sechs Bischöfe von Regensburg, Passau, Eichstätt, Würzburg, Augsburg und Speier ein, überließ den Bischöfen die Erziehung der Geistlichen und die Aufsicht über die Volksschulen, gestand ihnen unbeschränkte Strafgewalt über jene und völlige Freiheit des Verkehrs mit Rom zu und führte sogar eine scharfe Bücherzensur ein. Nur das königliche Ernennungs- und Vorschlagsrecht für die Bistümer und das Placet blieben bestehen und wurden später durch die Verfassung gesichert. In der oberrheinischen Kirchenprovinz wurde Freiburg i. Br. zum Erzbistum mit den Bistümern Mainz, Rotenburg, Limburg und Fulda erhoben und die freie Wahl der Domkapitel, vorbehaltlich der landesherrlichen Bestätigung, verbürgt. Für Hannover wurden 1824 die Bistümer Hildesheim und Osnabrück anerkannt.

Dieselbe Politik der Gruppenbildung beherrschte auch mehrere Jahre lang die Bundespolitik Württembergs und anderer Mittelstaaten. Ähnlich wie Kronprinz Ludwig von Bayern wollte Wangenheim, der württembergische Bundesgesandte, die „reindeutschen“ Staaten zu einer selbständigen Gruppe innerhalb des Bundes zusammenfassen und so an die Stelle des Dualismus der beiden Großmächte die „Trias“ setzen. Daher führte er für Württemberg, unterstützt von dem hessendarmstädtischen Gesandten Harnier und dem Kurhessen Lepel, am Bundestage die Opposition gegen Österreich. Sie ersocht indes nur in der Ordnung der Bundeskriegsverfassung vom 9. April 1821 einen Erfolg, weil sie sich hier auf den Sondergeist aller mittelstaatlichen Regierungen stützte. Statt daß, wie Preußen vorschlug, die norddeutschen Truppen unter preussischen, die süddeutschen unter

Die  
Opposition  
gegen  
Österreich  
am Bun-  
destage.

österreichischen Oberbefehl gestellt wurden, sollte jede der beiden Großmächte nur drei Armeekorps stellen, die Mittelstaaten zusammen vier (VII. Bayern, VIII. Württemberg, Baden, beide Hessen, IX. Sachsen, Nassau, Luxemburg, X. Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg und die Hansestädte), die Kleinstaaten nur eine Reservedivision für die Bundesfestungen. So wurde das Bundesheer des „Gleichgewichts“ halber künstlich geschwächt und zugleich gelähmt durch die Vorschrift, daß der Bundesfeldherr im Falle eines Krieges vom Bunde erwählt werden und an die Zustimmung der Vertreter der verschiedenen Kriegsherrn in seinem Hauptquartier gebunden sein sollte. Dazu war die Bundesarmee insofern zu schwach, als zwar ihre Präsenzstärke 1 Prozent der Bevölkerung, die der Ersatztruppen aber höchstens 1/2 Prozent betragen durfte. Von einer Übereinstimmung in Bewaffnung, Ausrüstung, Exercitium, Dienstzeit und Ergänzungsweise war vollends gar keine Rede; in der letzteren Beziehung herrschte außerhalb Preußens überall die französische Konstriktion mit Stellvertretung. Endlich wurde die Übernahme der drei Festungen Mainz, Luxemburg und Landau auf den Bund beschlossen.

Durch dies alles schärfte sich nun der Gegensatz zwischen Österreich und Württemberg als dem Führer der Opposition. In derselben Richtung wirkten die europäischen Ereignisse. In den romanischen Ländern brachen die Revolutionen gegen das klerikal-absolutistische Regiment der wiederhergestellten Herrscherhäuser los. Der spanischen Militärrevolution im Januar 1820 folgte am 4. Juli die neapolitanische, beide für die Einführung der vergötterten spanischen Verfassung von 1812. Sofort schritten die verbündeten Großmächte als Wächter der europäischen Ordnung 1821. ein. Nach den Beschlüssen des Monarchenkongresses von Laibach im Januar 1821, den die Ministerberatungen in Troppau im Oktober 1820 vorbereitet hatten, warfen die Österreicher im März 1821 die neapolitanische Erhebung mit leichter Mühe nieder. Als kurz nachher ein Militäraufstand in Turin und Alessandria die Abdankung König Viktor Emanuels I. und die Erhebung des Prinzen Karl Albert von Savoyen-Carignan zum Regenten erzwang, schritten im April 1821 ebenfalls österreichische Truppen ein. Spaniens Schicksal entschied der Kongreß von Verona 1822. im September 1822. In seinem Auftrage stellte Frankreich 1823 die unumschränkte Gewalt König Ferdinands VII. wieder her. Inmitten dieser Gegensätze bemühte sich Württemberg vergeblich, die liberalen europäischen Mittelstaaten um sich zu versammeln. Unter dem Einflusse einer österreichischen Denkschrift, die den König Wilhelm als einen „entschiedenen Feind des Deutschen Bundes“ bezeichnete, forderte deshalb ein Rundschreiben des Kongresses von Verona die deutschen Bundesstaaten zur Unterdrückung der liberalen Bestrebungen auf. Wohl wahrte eine württembergische 1823. Zirkularnote vom 2. Januar 1823 die Rechte der „Mindermächtigen“ gegenüber den Großstaaten, aber die Mehrheit des Bundestages erklärte doch ihre „dankbare Übereinstimmung“ mit den Beschlüssen von Verona, und als die drei Ostmächte kurzweg ihre Gesandten aus Stuttgart abberiefen da mußte König Wilhelm im Juli Wangenheim entlassen und den „Stuttgarter Beobachter“ unterdrücken. Auch die übrigen liberalgesinnten Gesandten wurden aus Frankfurt entfernt. Seit-

dem war der Bundestag unbedingt in den Händen Österreichs und genehmigte im August 1824 auf dessen Antrag die Fortdauer der Karlsbader Beschlüsse.

Die Folge war, daß wieder wie in den Tagen des versinkenden heiligen römischen Reiches die Lösung aller praktischen nationalen Aufgaben den Einzelstaaten zufiel. Ein Glück für Deutschland, daß es in Preußen jetzt einen leistungsfähigen Großstaat besaß. Eben zu der Zeit, da es von süddeutschen Liberalen am heftigsten geschmäht wurde, hat Preußen für die künftige nationale Einheit den Grund gelegt. Die Neuordnung der Verwaltung war die nächste, aber auch die schwierigste Aufgabe. Denn die großen Reformen Steins waren auch in den alten Provinzen noch nicht vollendet, dazu sollte jetzt eine Menge neuerwerbener, sehr verschiedenartiger und meist widerwilliger Landesteile dem alten Kerne angegliedert werden. Schon am 30. April 1815 wurde die Einteilung des Staates in zehn Provinzen verfügt, von denen indes i. J. 1829 Ost- und Westpreußen vereinigt, Cleve-Berg zur Rheinprovinz geschlagen wurden. Mit großer Schonung der alten Einteilungen verfuhr man bei der Abgrenzung der Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise. Am buntesten zusammengesetzt und am schlechtesten abgerundet war die Provinz Sachsen, am schwierigsten zu behandeln das Rheinland und die Provinz Posen. Denn dort verbanden sich französische Sympathien und Einrichtungen mit katholischer Gesinnung, hier setzte das katholische Polentum der deutschen und protestantischen Regierung zähen Widerstand entgegen. Diese verfuhr deshalb anfangs sehr schonend, setzte den Fürsten Anton Radziwill († 1853) als „Statthalter“ ein und wagte erst allmählich die preußischen Gesetze durchzuführen und die deutsche Einwanderung zu begünstigen, so daß auch der Grundbesitz mehr und mehr in deutsche Hände überging. Im Jahre 1848 besaßen polnische Großgrundbesitzer 5717 000 Morgen, deutsche 2496 000 Morgen. Die Zahl der Deutschen in der Provinz betrug damals etwa 500 000 gegen 700 000 Polen. In der Rheinprovinz ließ Preußen das französische Gerichtsverfahren und den Code Napoléon bestehen, aber das Unterrichtswesen ordnete es hier wie in Posen durchaus nach deutscher Weise. Als die mächtigste Klammer für den Staat erwies sich das Heerwesen. Nach kurzem Schwanken vollzog der König unter dem Einflusse seines trefflichen Kriegsministers H. von Boyen am 3. September 1814 das „Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst“ auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht. Die Friedensstärke wurde auf 120 000 Mann (ein Prozent der Bevölkerung), die Dienstpflicht auf drei Jahre in der Linie, zwei in der Reserve, je sieben in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots festgesetzt, vermögende und gebildete junge Leute zu einjährigem Dienst in einem selbstgewählten Truppenteil (zunächst nur bei den Jägern und Schützen) zugelassen; die Landwehr stand vorerst noch ganz außerhalb des Divisionsverbandes der Linie. Der Landsturm endlich umfaßte alle nicht zur Linie oder Landwehr gehörigen wehrfähigen Männer vom 17. bis zum 50. Lebensjahre. Die Gliederung in das Gardekorps und acht selbständige, aus allen Waffengattungen gebildete Provinzialalarmeekorps (I. Preußen, II. Pommern, III. Brandenburg, IV. Provinz Sachsen, V. Nieder-Schlesien und Posen, VI. Mittel- und Ober-Schlesien, VII. Westfalen, VIII. Rheinland) wurde jetzt durchgeführt. Es bedurfte der ganzen ruhigen Festigkeit des Königs, um in schwungloser Friedenszeit

Die Neuordnung Preußens.

dieses tiefeinschneidende Gesetz gegen den Widerstand der bisher bevorrechteten Stände und der Liberalen durchzusetzen, aber Scharnhorsts Traum war erfüllt. Fortan war in Preußen das Heer in der Tat „das Volk in Waffen“, der uralte germanische Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht war in einer der modernen Kultur entsprechenden Form wieder zur Geltung gebracht.

Der Kampf  
am die  
preußische  
Verfassung.

Doch wenn einst die Wehrpflicht des freien Mannes zusammengefallen war mit seinem Rechte, an der Verwaltung des Gemeinwesens teilzunehmen, so hatten Steins Reformen diese Folgerung nur für die Stadtverwaltung gezogen, für die Landesverwaltung zog man sie auch jetzt noch nicht. Preußen blieb vielmehr ohne Gesamtverfassung, obwohl der König schon am 22. Mai 1815 eine „Repräsentation des Volkes“ verheißen hatte. Freilich erklärte sich diese Unterlassung aus der Fülle starker Gegensätze, die der neue preußische Staat umschloß, aus der Uneinigkeit der Reformen selbst und aus der Gleichgültigkeit des Volks. So blieb der Kampf um die Verfassung auf einen kleinen Kreis beschränkt; aber da hier eben sehr bedeutende Männer einander gegenüber standen, so wurde er um nichts weniger leidenschaftlich und heftig geführt. Nachdem zunächst am 30. März 1817 eine Verfassungskommission unter Hardenberg niedergesetzt worden war und eine ausführliche Umfrage in den Provinzen nur ein wirres Durcheinander der verschiedensten Ansichten ergeben hatte, war die Ernennung W. von Humboldts zum Minister des Innern im Januar 1819. 1819 ein großer Schritt vorwärts. Doch diesem trat nicht nur Hardenbergs persönliche Eifersucht hindernd entgegen, sondern noch mehr der verhängnisvolle Umschlag in der Stimmung des Königs, den die Ermordung Kotzebues und die Erfahrungen mit den süddeutschen Kammern hervorbrachten. Daß Humboldt die Karlsbader Beschlüsse entschieden bekämpfte, veranlaßte schon im Dezember 1819 seinen Rücktritt, und fast gleichzeitig nahm der Schöpfer des neuen Heergesetzes, General Boyen, seine Entlassung. Es war der erste große Sieg der Verfassungsgegner. In der neuen Verfassungskommission aber gewann den entscheidenden Einfluß bald der Kronprinz, der für die ständische Gliederung des späteren Mittelalters schwärmte und eine „Reichsverfassung“ für unmöglich erklärte. Nach seinen Anschauungen verschob die Kabinettsordre vom 11. Juni 1821 die Bildung von Reichsständen auf eine spätere Zeit und befahl die Beratung über die Einrichtung von Provinzialständen. So kam endlich unter heftigem Kampfe mit den Feudalen, die sogar die alten Provinzialministerien zurückforderten, das Gesetz über die Bildung von Provinzialständen vom 5. Juni 1823 zustande. 1823. Acht ständisch gegliederte Landtage mit einem unbilligen Übergewichte des Adels, also des Großgrundbesitzes, wurden gebildet; standen doch im ganzen 278 adligen Stimmen 182 bürgerliche und 124 bäuerliche gegenüber. Die Grenzen ihrer Befugnisse aber waren teils zu eng bemessen, insofern den Ständen nur eine beratende Stimme zustand, teils zu weit gezogen, insofern sie auch solche allgemeine Angelegenheiten behandeln durften, die für ihre Provinz von Wichtigkeit waren. Das konnte unter Umständen geradezu die Einheit des Staates gefährden. So bestand zwischen der Verfassung und der Verwaltung Preußens ein unlösbarer Widerspruch, namentlich seit Hardenbergs Tode (26. November 1822). Die Verfassung blieb hinter der Zeit zurück, die bürokratische Verwaltung eilte der Durchschnittsbildung der Zeit weit voraus.



Und doch, für die nächsten und dringendsten praktischen Aufgaben der preußisch-deutschen Politik wäre eben deshalb eine starke preußische Volksvertretung damals ein schwereres Hemmnis gewesen; sie konnten damals nur von einem unumschränkten Königtume und einem hochgebildeten, selbständig schaltenden Beamtentume gelöst werden. Galt es doch nichts Geringeres, als das gesamte Steuerwesen von Grund aus umzugestalten und das wirtschaftliche Leben des Staates in ganz neue Bahnen zu lenken. Und das alles mußte rasch geschehen, denn die wirtschaftliche und finanzielle Lage Preußens duldeten keinen Aufschub.

Das Finanz- und Zollwesen Preußens.

Die Erschöpfung des Landes war ungeheuer. In den Jahren 1807/15 hatten allein Ost- und Westpreußen 370 Millionen Taler verloren, der Wert der Güter war dort auf den fünften oder sechsten Teil des früheren gesunken und etwa die Hälfte war in andere Hände übergegangen. Aber selbst im Magdeburgischen hatte sich der Wert des Grund und Bodens um die Hälfte vermindert, und in allen Provinzen waren die Gutsbesitzer verschuldet. Dazu betrug der Wert der Ausfuhr in den Jahren 1815/25 kaum ein Drittel derjenigen von 1805, denn die übermächtige englische Konkurrenz ließ den heimischen Gewerbsleiß nicht aufkommen. Dem entsprechend hatte sich die Finanzlage des Staates gestaltet. Der außerordentliche Staatsaufwand 1806/15 betrug im ganzen über 257 Millionen Taler, wovon auf die Jahre 1815/15 allein fast 62 Millionen fielen. Davon waren nur 165 Millionen durch Domänenverkäufe, Kontributionen u. a. m. gedeckt, das übrige war der Staatsschuld zugewachsen, die i. J. 1820 auf 180 Millionen gestiegen war. Daher war der Kredit so gesunken, daß die vierprozentigen Staatsschuldscheine i. J. 1813 auf 25, i. J. 1818 auf 67 standen und i. J. 1817 eine fünfprozentige Anleihe in Holland nur zum Kurs von 72 zustande kam.

Nachdem schon am 11. Juni 1816 die grundsätzliche Aufhebung aller Binnenzölle ausgesprochen worden war, beseitigte das Zollgesetz vom 26. Mai 1818, das Werk des Finanzministers Maassen, sämtliche Zölle im Inlande, verlegte die Zölle ausschließlich an die Staatsgrenze, bemasß sie so, daß sie den preußischen Gewerbsleiß gegen die erdrückende fremde Konkurrenz einigermaßen schützten, regelte ihre Erhebung nach dem Gewicht der Ware durch einen einfachen Tarif und belegte den Durchgangsverkehr mit hohen Abgaben. Am 30. Mai 1820 führte ferner das Gesetz über das Abgabewesen die direkte Gewerbe- und Klassensteuer für Stadt und Land, die indirekte Mahl- und Schlachtsteuer für die Städte ein; am 30. September 1821 folgte das Münzgesetz, am 7. März 1822 das Stempelgesetz. Bald bewiesen die Folgen den Segen dieser Gesetzgebung. Bis 1827 war nicht nur das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt, sondern er erzielte schon Überschüsse.

Die Anfänge des Zollvereins.

Aber so zerrissen war das preußische Gebiet, so eingeschnürt und durchseht von fremden Landesteilen, daß der Zollabschluß nach außen und die Verkehrsfreiheit im Innern auf preußischem Boden allein sich gar nicht erreichen ließ. So ging aus der notwendigen harten Interessenpolitik Preußens allmählich die Einheit des nationalen Wirtschaftsgebietes, der deutsche Zollverein, hervor, die wirtschaftliche Grundlage des neuen Deutschen Reiches, allerdings erst in langjähriger, sorgenvoller, geduldiger Arbeit. Denn die schroffsten Gegensätze standen einander gegenüber. Hannover diente englischen, Holstein dänischen Interessen, die Hansestädte und Mecklenburg schlossen sich selbstgenügsam ab, die Rheinuserstaaten waren frei-

händlerisch, weil sie ihren Absatz in Holland und England fanden, Württemberg, Bayern und Sachsen im wesentlichen schutzzöllnerisch, weil ihr Gewerbefleiß vom englischen fast erdrückt wurde; hemmend wirkte sogar das Souveränitätsbewußtsein der Fürsten. Und doch lag der Gedanke nationaler Wirtschaftsvereinigung gewissermaßen in der Luft. Er hatte in § 19 der Bundesakte Ausdruck gefunden, für ihn traten der badische Staatsmann K. F. Nebenius und der schwäbische Volkswirt Fr. Eist in zahlreichen, zum Teil klassischen Schriften ein. Alle beide erwarteten die Verwirklichung ihrer Ideale vom Bunde, der dazu ebenso unfähig war, wie das alte Reich. Der einzig gangbare Weg war vielmehr der, den die Staatsmänner Preußens einschlugen; sie wollten durch Sonderverträge die einzelnen deutschen Staaten an das preussische Zollwesen anschließen.

Langsam genug freilich kamen sie damit zunächst vorwärts. Zwar unterwarf Schwarzburg-Sondershausen als der erste deutsche Staat seine Unterherrschaft durch den Vertrag vom 25. Oktober 1819 dem preussischen Zollwesen, aber die Mittelstaaten widerstrebten zäh, und überall in Deutschland war die Stimmung gegen Preußen. So folgten bis 1828 nur Schwarzburg-Rudolstadt für seine Unterherrschaft (1822) und Anhalt-Bernburg (1826); Anhalt-Köthen, dessen Herzog Friedrich sich aufs hartnäckigste sträubte, wurde 1822 mit preussischen Zollstellen umgeben, um den dreiften Schmuggel von dorthier zu hindern und aus dem gleichen Grunde 1827 vom Elbverkehr ausgeschlossen; es fügte sich aber erst i. J. 1828. Diese Erfahrungen brachten bei der preussischen Regierung fünf leitende Grundsätze zur Reife: die Anmeldung zum Eintritt abzuwarten, die Verhandlungen nur in Berlin und nur mit jedem Staate einzeln zu führen, den größeren Staaten die Gleichberechtigung mit Preußen zuzugestehen und nicht mehr wie bisher, planmäßig „von Grenze zu Grenze“ vorzugehen, sondern jede Gelegenheit zu ergreifen, wo sie sich auch bot.

In denselben Jahren bemühten sich die südwestdeutschen Staaten, zu einer Zollvereinigung zu gelangen. Aber weder die Darmstädter Konferenzen (1820 bis 1825), noch die Verhandlungen in Stuttgart 1825 kamen zum Ziele, weil die Interessengegensätze sich auf so engem Raum eben nicht ausgleichen ließen. Da griff König Ludwig I. von Bayern (1825—1848) im Sinne seiner großbayrischen Triaspläne entschieden ein und schloß am 18. Januar 1828 einen Zollverein mit Württemberg. Da aber die zu bewachende Grenze im Verhältnis zu dem umschlossenen Gebiet zu lang war, so verschlangen die Verwaltungskosten etwa 44 Prozent der Zolleinnahmen, und diese blieben vergleichsweise um fast zwei Drittel hinter den preussischen zurück. Nur die Erweiterung des Vereins nach Norden, namentlich nach beiden Hessen, konnte günstigere Verhältnisse schaffen.

Da trat diesen Plänen ein stärkerer Wille in den Weg. Seit d. J. 1825 leitete das preussische Finanzministerium F. C. U. von Moß, ein feuriger, geistvoller, kenntnisreicher und durchaus praktischer Beamter, der an den deutschen Beruf seines Staates mit voller Überzeugung glaubte und in der Zollpolitik das Kühnste für das Klügste hielt. Auf seinen Rat kam am 14. Februar 1828 der Zollvertrag mit Hessen-Darmstadt zustande, der erste mit einem deutschen Mittelstaate und das Muster für alle übrigen. Hessen unterwarf sich den preussischen Zöllen, behielt aber die

selbständige Zollverwaltung an seinen Grenzen und überwachte sie mit Preußen zusammen. In der Zollgesetzgebung stimmte es gleichberechtigt mit Preußen, das Kündigungsrecht blieb beiden Teilen vorbehalten. Wenn der wirtschaftliche Vorteil dieses Vertrages durchaus Hessen zufließt, so war der politische Vorteil bei Preußen, denn es hinderte damit jede Ausdehnung des südlichen Zollvereins nach dem Norden und hatte die Grundlagen für alle folgenden Verträge gewonnen.

Da schlossen sich auf die Veranlassung Sachsens, dessen wirtschaftliche Lage seit dem preussischen Zollgesetz völlig unhaltbar geworden war, die thüringischen Staaten, Hessen-Kassel, Braunschweig, Hannover, Bremen und Frankfurt a. M. am 24. September 1828 in Kassel mit Sachsen zum mitteldeutschen Handelsverein zusammen, der die Teilnehmer auf sechs Jahre verpflichtete, nicht einseitig einem der beiden Zollvereine beizutreten und die bisherigen Verhältnisse zu behaupten. Bald aber zerbröckelte diese lockere Bundesgenossenschaft, die kein positiver Gedanke zusammenhielt. Über sie hinweg knüpfte Preußen schon im September 1828 geheime Verbindungen mit Bayern an und begann im März 1829 die entscheidenden Verhandlungen in Berlin. Da von beiden Seiten die auserlesensten Kräfte zur Stelle waren und die beiderseitigen Grundsätze einander sehr nahe standen, so kam der Vertrag schon am 27. Mai zustande. Beide Zollvereine versprachen sich Zollfreiheit für alle inländischen Erzeugnisse auf zwölf Jahre und verpflichteten sich, nur gemeinsame Handelsverträge abzuschließen und ihre Einrichtungen einander möglichst zu nähern. Auch König Ludwig war voll Freude über das gelungene Werk, diese neue heilvolle Verbindung der Hohenzollern und der Wittelsbacher; doch seine volle Wirkung sicherte dem Vertrage erst ein Meisterstreich von Noth. Im Juli 1829 schloß er mit Sachsen-Gotha und Sachsen-Meiningen Verträge über die Erbauung zweier zollfreier Straßen durch den Thüringer Wald zur Verbindung zwischen Preußen und Bayern. Der mitteldeutsche Handelsverein war mitten durchgespalten. Mit dem Scharfblick des Hasses sagte damals der badische Minister Blittersdorf voraus: „wenn Preußen alle deutschen Staaten unter seinem Handelssysteme vereinigt, dann ist Österreich faktisch aus dem deutschen Bunde hinausgedrängt.“

Und in der Tat, eben damals bewies Preußen unter der Leitung des stolzen Grafen Bernstorff (seit 1825) in einer großen Frage der europäischen Politik, daß es der Führung Österreichs sich nicht mehr unterwerfe, sondern eine selbständige Stellung zu behaupten gedenke. Im Frühjahr 1821 war die Erhebung der Griechen gegen die türkische Herrschaft zum Ausbruch gekommen. Mit leidenschaftlicher Teilnahme, wie sie sich im außerpreussischen Deutschland noch niemals für eine politische Frage geregt hatte, begleiteten die gebildeten Deutschen den heldenhaften Verzweiflungskampf des kleinen Volkes, keiner mehr, als König Ludwig von Bayern. Die Schwärmerei für das klassische Altertum, die Begeisterung für die Freiheit und das Mitgefühl für die christlichen Glaubensgenossen wirkten in einer Weise zusammen, wie sie vielleicht nur auf deutschem Boden möglich war. Überall sammelten die „Philhellenenvereine“ Geld und Waffen, Wilhelm Müllers „Griechenlieder“ feierten in schwungvollen Versen die Taten dieses neuen Perserkrieges, und bald zogen Scharen deutscher Freiwilliger, darunter der württembergische General Normann

Der mittel-  
deutsche  
Handels-  
verein  
und der  
preussisch-  
bayrische  
Vertrag.  
1828.

1829.

Preußens  
auswärtige  
Politik.

(S. 291), hinüber nach Hellas in den heiligen Kampf. Dagegen wollte Metternich in dem griechischen Aufstande nur eine Empörung gegen den rechtmäßigen Landesherren sehen, während Rußland seiner überlieferten Politik gemäß die Griechen begünstigte und England zwar die Erhaltung der Türkei als einer Vormauer gegen Rußland wünschte, aber eben deshalb das Los der christlichen Rajahvölker verbessern wollte. Indem sich diese beiden Mächte im April 1827 mit Frankreich verbündeten, um einen Waffenstillstand zu erzwingen und Griechenland als einen selbständigen Staat zu konstituieren, löste sich das alte Bündnis der festländischen Mächte auf. So wurde am 20. Oktober 1827 die türkisch-ägyptische Flotte bei Navarino vernichtet, im nächsten Jahre eröffneten die Russen an der unteren Donau den Krieg, im August 1829 drang General Diebitsch über den Balkan siegreich bis Adrianopel vor. Demnach konnte Preußen, das weder ein gefährliches Anwachsen der russischen Macht noch eine Fortdauer der türkischen Greuel wünschte, nur für den Frieden und für die Selbständigkeit Griechenlands wirken. In diesem Sinne vermittelte der preussische Militärbevollmächtigte am türkischen Hofe, General von Müffling, am 14. September 1829 den Frieden von Adrianopel. Als dann der junge griechische Staat gebildet wurde, lehnte Prinz Leopold von Koburg die Krone ab, da die englische Eifersucht weder Kreta nach Thessalien mit Griechenland vereinigt sehen wollte, und erst nach langen Wirren nahm der jugendliche Prinz Otto von Bayern, König Ludwigs Sohn, i. J. 1832 die hellenische Krone an. Mit einer Hochherzigkeit und Selbstverleugnung, deren nur Deutsche fähig waren, stellte König Ludwig seinem Sohne Truppen, Geld und Beamte zur Verfügung, um auf diesem entsetzlich verwüsteten, von Parteien durchwühlten Boden den neuen griechischen Staat aufzurichten. Nicht minder uneigennützig sandte später Preußen dem Sultan Mahmud tüchtige Offiziere zur europäischen Umbildung seiner Armee, darunter den, dessen Siege einst Napoleons Feldherrntrium überstrahlen sollten, Hellmut von Moltke.

Folgen der  
Juli-  
revolution  
in Deutsch-  
land.

Zum erstenmale seit den Befreiungskriegen hatte der Freiheitskampf der Griechen und die Revolutionen in den romanischen Ländern ein starkes politisches Interesse bei den gebildeten Deutschen erregt und damit auch den freiheitlich-nationalen Bestrebungen neue Kraft gegeben. So stand es, als die Pariser Julirevolution i. J. 1830 das Haus Bourbon stürzte und die Orleans auf den Thron erhob. Die Revolutionen in Belgien, Italien und Polen folgten; um sich selbst gegen die polnische Erhebung zu schützen, mußte Preußen an seiner Ostgrenze ein Beobachtungsheer unter Gneisenau aufstellen († 24. August 1831) und unterstützte die russischen Unternehmungen in Polen. In Deutschland aber verband sich die Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Zuständen und das maßgebende Ansehen, dessen sich Frankreich bei den deutschen Liberalen erfreute, um tiefgehende Bewegungen hervorzurufen. Doch waren sie in ihren Äußerungen und Wirkungen verschieden. In den noch ständischen Staaten Norddeutschlands gab die Julirevolution den wohlthätigen Anstoß zum Übergange in die moderne konstitutionelle Staatsform. Am ungestümsten trat die Bewegung in Braunschweig auf. Hier brach die Kunde von der Julirevolution am 7. September 1830 die Erbitterung dieses sonst so besonnenen niedersächsischen Volks gegen das launenhafte Willkürregiment des jungen Herzogs



Karl (seit 1823) in offene Empörung aus. Das Schloß wurde erstürmt und in Brand gesteckt, der Herzog zur Flucht genötigt. An seiner Stelle übernahm zunächst sein Bruder Wilhelm II. als Regent die Geschäfte. Der Bundestag erkannte ihn am 2. Dezember als solchen, im April 1831 aber als Herzog an. Bis an sein Ende (1873) hat seitdem Herzog Karl im Auslande gelebt, lange Zeit noch mit Plänen zu seiner Wiederherstellung beschäftigt, um endlich sein riesiges Vermögen in fleinlicher Rachsucht durch letztwillige Verfügung zu gunsten der Stadt Genf seinem Lande und seinem Hause zu entziehen.

Im benachbarten Kurhessen verbanden sich mit der Mißwirtschaft des Kur-<sup>Kurhessen.</sup> fürsten Wilhelm II. (1821—1847) und der wirtschaftlichen Not, der Folge seiner Zollpolitik (s. S. 331), die ärgerlichsten Familienhändel. Der Kurfürst ließ sich von seiner zur Gräfin von Reichenbach erhobenen Mätresse völlig beherrschen, so daß seine Gemahlin, die Schwester König Friedrich Wilhelms III., sich ganz nach Bonn zurückzog. Eben gegen die Reichenbach richtete sich deshalb die allgemeine Erbitterung und Entrüstung, und so entschlossen war die Haltung der Bürgerschaft von Kassel, die an dem Kurprinzen einen Rückhalt hatte, daß der eingeschüchterte Kurfürst am 15. September 1830 die sofortige Berufung der Stände und die Entfernung der Reichenbach zusagte. Jene brachten dann schon am 5. Januar 1831 die neue Ver-<sup>1831.</sup> fassung zum Abschluß, die nur eine Kammer einführte und dieser ausgedehnte Rechte verlieh. Im September desselben Jahres wurde der Kronprinz zum Mitregenten bestellt, der Kurfürst lebte seitdem meist außer Landes.

Sehr harmloser Art waren die Unruhen in Hannover. Die kindische „Göttinger<sup>Hannover.</sup> Revolution“ im Januar 1831 und die Tumulte in Osterode wurden rasch unterdrückt, und kurz nachher, im Februar, übernahm der wohlmeinende Herzog von Cambridge als Vizekönig die Regierung im Namen Wilhelms IV. von England. Da die Forderungen der Reformen, an deren Spitze der konservative Abgeordnete von Osnabrück, Bertram Stüve, und der Göttinger Historiker Fr. Ch. Dahlmann standen (Aufhebung der bäuerlichen Lasten, Reform der Finanzen, Gemeindeordnung für Stadt und Land), sehr maßvoll waren, so trug das neue Staatsgrundgesetz vom 26. September 1833 ein durchaus konservatives Gepräge. Es stellte die Ein-<sup>1833.</sup> heit der Finanzverwaltung durch Verschmelzung der ständischen und der königlichen Kasse her, überwies dem Königshause reiche Domänen statt einer Zivilliste und ließ die erste Kammer sowie die Provinziallandtage in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen. Ergänzend trat später das Hausgesetz vom November 1836 hinzu. Das einmal lebhafter angeregte politische Leben Hannovers fand schon seit dem Januar 1832 seinen Sprechsaal in der „Hannoverschen Zeitung“, die der gelehrte Historiker G. Perß in ganz konservativem Sinne leitete und die sehr bald im ganzen nördlichen Deutschland maßgebendes Ansehen erwarb.

Weit gründlicher war die Umgestaltung in Sachsen. Die populäre Bewegung,<sup>Sachsen.</sup> die hier am 2. September 1831 in Leipzig, am 9. September auch in Dresden<sup>1831.</sup> ausbrach, richtete sich zunächst lediglich gegen die Mißbräuche der verrotteten Stadtverwaltung. Der Anstoß zur Erneuerung des Staatswesens ging viel weniger von ihr aus, als vom Geheimen Räte, der die besten Kräfte des jüngeren Beamtentums

umschloß, und diese Partei erfocht ihren ersten Erfolg mit der Entlassung des Kabinettsministers Grafen Einsiedel, in der Errichtung einer „Immediatkommission“ unter dem Voritze des trefflichen, vielseitig gebildeten Prinzen Johann (geb. 1801) und in der Erhebung des allgemein beliebten Prinzen Friedrich August zum Mitregenten (16. September) neben dem greisen König Anton (1827—1836). War mit der Einführung der „Kommunerepräsentanten“ der Anfang zur Reform der städtischen Verwaltung gemacht und durch die Errichtung der „Kommunalgarde“ ein populärer Wunsch befriedigt, so vollzog der Landtag, der am 1. März 1831 zum letztenmale in seiner alten Form zusammentrat, die Umgestaltung der Landesverfassung, der einzige Fall in Deutschland, daß diese durch friedliche Vereinbarung mit den alten Ständen gelang, wenngleich erst nach hartem Kampfe mit dem Adel. Dessen Wünschen kam die neue Verfassung vom 4. September 1831 insofern entgegen, als der Stand der Großgrundbesitzer nicht nur in der I. Kammer weit überwog, sondern auch in der II. Kammer eine starke Vertretung erhielt, auch die Abhängigkeit des Wahlrechts von der Ansässigkeit viele intelligente Kräfte davon ausschloß, was dem mehr und mehr sich entwickelnden industriellen Charakter des Landes widersprach. Doch wurde die einheitliche Finanzverwaltung erreicht, und hochherzig verzichtete das Königshaus auf seine ausgedehnten Domänen zu gunsten des Staates, obwohl die dafür ausgeworfene Zivilliste keineswegs die Höhe der Domäneneinkünfte erreichte. An die Stelle der bisherigen Landesbehörden traten schon im November 1831 sechs Fachministerien, von denen das augenblicklich wichtigste, das des Innern, Bernhard von Lindenau übernahm, der einsichtige Führer der jüngeren Beamtenpartei.

Die Geschäfte der bisherigen Provinzialbehörden gingen mit d. J. 1835 an die vier Kreisdirektionen über, die Städteordnung vom 2. Februar 1832 gestaltete die Stadtverwaltung nach preußisch-bayrischem Muster um. Auch die Ober-Causik trat vorbehaltlich mancher Sonderrechte und ihres Provinziallandtages unter die Verfassung des Gesamtstaates. Ebenso wurde die Einheit des Staatsschuldenwesens hergestellt und somit überhaupt endlich die Einheit des sächsischen Staates. Zugleich erfuhren die staatswirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine gründliche Umwandlung durch ein einheitliches Steuerwesen, die Ablösung der bäuerlichen Lasten (17. März 1832) und die Landgemeindeordnung (1838). Die Rechtspflege erhielt einheitliche Gestaltung durch die Errichtung der vier Appellationsgerichte, die unter dem Oberappellationsgerichte standen, und eine feste Grundlage durch das treffliche Strafgesetzbuch von 1836.

Ausbau  
des Zoll-  
vereins.

Erst diese Umgestaltung der norddeutschen Staaten ermöglichte ihren Anschluß an das preußische Zollsystem, den ihre wirtschaftliche Vereinzelung gebieterisch forderte. 1831. Zuerst trat am 25. August 1831 Kurhessen bei, so daß sich der mitteldeutsche Handelsverein tatsächlich auflöste. Bayern und Württemberg schlossen mit Preußen 1831. am 22. März 1835 den Zollvertrag auf sechs Jahre, der ihnen die Einstimmigkeit für die Zollgesetzgebung und das Recht zu selbständigen Handelsverträgen zugestand. Die Verhandlungen mit Sachsen gediehen am 30. März 1835 zum Abschluß, obwohl hier die Interessen des großen Handelsplatzes Leipzig den preußischen Zöllen widerstrebten und in Preußen schwere Bedenken gegen die Zulassung der Konkurrenz der sächsischen Industrie bestanden. Endlich folgten die thüringischen Kleinstaaten,

und nun kam jene Neujahrsnacht von 1834, da in ganz Mitteldeutschland die Zoll-<sup>1834.</sup> schranken fielen und dem geplagten Volke die Ahnung einer neuen besseren Zeit aufging. Im selben Jahre noch trat Baden, jetzt eingeklemmt zwischen Frankreich und dem neuen Zollverein, bei (12. Mai 1834), am 10. Dezember 1835 Nassau, endlich am 2. Januar 1836 Frankfurt a. M., nun auf allen Seiten von Zollschranken umklammert, denen es sich vergeblich durch seinen lächerlichen Handelsvertrag mit England zu entwinden gesucht hatte. Wohl schlossen nun Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe-Schaumburg i. J. 1837 ihren besonderen „Steuerverein“, aber der weitaus größere Teil des außerösterreichischen Deutschland, 8255 Geriethmeilen mit mehr als 25 Millionen Einwohnern, war jetzt in ein Wirtschaftsgebiet zusammengefaßt, die nationale Wirtschaftseinheit ging ihrer Verwirklichung entgegen. In der augenblicklich wichtigsten nationalen Angelegenheit war Österreich von Preußen völlig überflügelt.

Freilich haben damals wenige Deutsche die politische Bedeutung dieses Erfolges geahnt, wie im Norden Dahlmann, im Süden Karl Mathy. Den meisten Liberalen trübte es das Urteil, daß Preußen noch immer kein Verfassungsstaat war. Daß es dann an der Unterdrückung der unreifen und törichten radikalen Umsturzpläne, die im Süden nach 1830 auftauchten, entschiedener mitwirkte, machte es dort geradezu verhasst. Eben dieser ganz undeutsche Radikalismus hatte dort durch die französische Julirevolution eine mächtige Verstärkung erfahren. Er schlug besonders feste Wurzeln in der unzufriedenen bayrischen Pfalz und in Baden, das seit der Thronbesteigung des Großherzogs Leopold II. (1830—1852), des ersten aus der Linie der Hochberger, als das konstitutionelle Musterland galt. Österreich, vom Zaren Nikolaus I. (1825—1854), dem nach seiner Meinung berufensten Vorkämpfer der monarchischen Ordnung, noch vorwärts gedrängt, versuchte den Bundestag zu scharfem Vorgehen gegen die ganze seit 1830 entfesselte Bewegung zu veranlassen. Da indes Preußen und die konstitutionellen Staaten widersprachen, so kam es zunächst nur zu einer Verfügung gegen den Mißbrauch der Presse (10. November 1831). Eben diese aber rief in der bedrohten Presse eine starke Gegenbewegung hervor. Um die Aufregung in immer weitere Kreise zu tragen, veranstaltete man große Volksfeste, so vor allem am 27. Mai 1832 das Hambacher Fest auf der gleichnamigen Schloß-<sup>1832.</sup> ruine bei Neustadt an der Hardt, das viele Tausende von nah und fern vereinigte und in den zahllosen Reden ganz überwiegend radikalrepublikanische Gesinnungen zur Schau stellte, aber praktisch schon deshalb ohne Wirkung, blieb, weil kaum einer von den begeisterten Teilnehmern ernsthaft an die Verwirklichung seiner Ideale dachte. Trotzdem nahm der Bundestag den Gedanken der unseligen Karlsbader Beschlüsse wieder auf. Sein Beschluß vom 28. Juni stellte die Tätigkeit der Landtage unter Bundesaufsicht, ein zweiter vom 2. Juli verbot alle politischen Vereine, Versammlungen und feste, ein dritter erneuerte die Karlsbader Vorschriften gegen die Unversitäten. Gleichzeitig waren nun aber in den burschenschaftlichen Verbindungen und ihrem Anhang, die im geheimen fort dauerten, die alten revolutionären Gedanken der „Schwarzen“ wieder aufgetaucht. Sie fanden ihre Mittelpunkte einerseits in Gießen, Marburg und Frankfurt a. M., andererseits in Stuttgart. Das Ziel war

Die radikale Bewegung in Süddeutschland und der Bundestag.

die Verwirklichung der deutschen Einheit und Freiheit auf revolutionärem Wege; dafür hoffte man auf französische und polnische Hilfe und scheute sogar nicht vor dem Versuche zurück, die Truppen zum Eidbruche zu verführen. In jener Überschätzung der politischen Bedeutung des deutschen Südwestens, die den dortigen Radikalen und Liberalen noch lange die Köpfe verwirrt hat, und in einer wahrhaft kindischen Urteilslosigkeit über die Bedeutung politischer Macht beschlossen die Führer, gleichzeitig in Ludwigsburg und Frankfurt a. M. loszubringen und nach Pariser Art die Republik auszurufen. Doch die Frankfurter schlugen zu zeitig, am 5. April 1853, los, und da niemandem einfiel, sich der Handvoll Bewaffneter anzuschließen, die die Hauptwache und die Konstablerwache erstürmt hatten, so machte das Frankfurter Militär diesem „Frankfurter Putsch“ ein rasches Ende. Die Folgen des unbesonnenen Streiches waren die allertraurigsten für weite Kreise. Auf Österreichs Antrag beschloß der Bundestag am 20. Juni 1855 in Frankfurt eine Bundeszentralkommission einzusetzen, und überall begann nun die „Demagogenjagd.“ In Preußen verurteilte das Kammergericht von 204 zur Untersuchung gezogenen Burschenschaftlern 39 zum Tode, darunter Fritz Reuter, was dann allerdings in langjährige Festungsstrafe verwandelt wurde; auch in Bayern verfuhr man ähnlich. Hunderte von lebensfrischen, hoffnungsvollen Jünglingen wurden aus ihrer Bahn geschleudert, in langer Haft gebrochen oder in die Verbannung getrieben, wo ihr Leben im mühsamen Ringen um den Unterhalt oder in ziellosen Verschwörungen zerran.

Flüchtlinge aus aller Herren Länder sammelten sich in der Schweiz zu dem radikalen Bunde des „jungen Europa“ unter der Führung des italienischen Verschwörers Joseph Mazzini. Trotz der sehr geringen praktischen Wirksamkeit dieser Vereinigung meist fast mittelloser Verbannter erschienen den Großmächten neue Unterdrückungsmaßregeln gerechtfertigt. Nach der vorbereitenden Ministerkonferenz in Teplitz im Sommer 1855 und der Münchengeräther Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern von Österreich und Rußland und dem Kronprinzen von Preußen im September desselben Jahres stellten die Beratungen der Gesandten in Wien (vom Januar bis Juni 1854) die Vorlagen fest, die dann der Bundestag zu Ende d. J. 1854 und im Juni 1855 zu seinen Beschlüssen erhob. Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen sollten durch Bundeschiedsgerichte beigelegt, die Presse und die Universitäten unter strenge Aufsicht gestellt werden. Dazu zwangen die Ostmächte durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen die Schweiz zu scharfem Vorgehen gegen die Verbannten, der berufenen „flüchtlingshaß“. Die nationalen und freiheitlichen Bestrebungen im Volke wurden dadurch jetzt so wenig wie früher unterdrückt, aber sie nahmen bei vielen eine immer radikalere Färbung an, und zugleich erlitt das Rechtsbewußtsein des Volkes eine schwere Schädigung, denn ihm galten die Opfer der Demagogenjagd schlechtweg als Märtyrer und die Fürsten als Tyrannen.

Auch in sehr gemäßigten Kreisen rief kurz nachher der Verfassungsbruch in Hannover tiefe Verstimmung hervor. Als der Tod König Wilhelms IV. von England und Hannover am 20. Juni 1857 die unnatürliche Verbindung beider Staaten zum Heile Deutschlands endlich löste, bestieg in Hannover der jüngere



Bruder des Verstorbenen, der Herzog Ernst August von Cumberland, den Thron (1837—1851). Ein stolzer, eigenwilliger, harter Herr, ein Feind höherer Bildung und konstitutioneller Formen, obwohl tüchtig und tätig in der Verwaltung, rechtfertigte er gleich anfangs die düsteren Erwartungen, die ihn empfingen, indem er die Beamten von ihrem Verfassungseide entband. Darauf hob er am 30. Oktober 1837. die Verfassung von 1833 eigenmächtig auf, um die Einheit der Finanzverwaltung zu beseitigen und die Nachfolge seines erblindeten Sohnes Georg zu sichern, die gegen diese Verfassung verstieß. Die rechtlose Handlung erregte überall im Lande dumpfen Groll, doch zu einer mannhaften Tat, zum feierlichen Protest gegen den Verfassungsbruch entschlossen sich nur sieben Göttinger Professoren, die erlauchtesten Namen der deutschen Wissenschaft, die reinsten Charaktere, Fr. Chr. Dahlmann, Jakob und Wilhelm Grimm, G. Gervinus, E. Albrecht, W. Weber, H. Ewald. „Der ganze Gewinn ihrer Wirksamkeit“, führte Dahlmann in dieser Erklärung vom 17. November aus, „beruht nicht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werte ihrer Lehren als auf ihrer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald sie vor der studierenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihrem Eide ein leichtfertiges Spiel treiben, ebensobald ist der Segen ihrer Wirksamkeit dahin.“ Der König erhob darauf erzürnt am 11. Dezember die Sieben ihres Amtes und verwies drei von ihnen, Dahlmann, J. Grimm und Gervinus sogar des Landes. Daß deutsche Gelehrte um ihrer politischen Überzeugung willen Amt und Heimat aufgaben, war den Deutschen jener Tage etwas ganz Neues, und je klarer sie hier das Recht auf ihrer Seite hatten, desto tiefer war der Eindruck. Schon im Dezember bildete sich in Leipzig ein Ausschuß, später der weit umfassende „Göttinger Verein“, um den Sieben durch freiwillige Beiträge über die Not des Tages hinwegzuhelfen. Sonst freilich konnte das deutsche Volk den Gemüßhandelnden nichts bieten als „die Riesenklänge innigsten Mitgeföhls“; denn keine Regierung wagte es zunächst den Verwehnten ein Amt anzubieten. Für Hannover hatte ihr tapferes Beispiel keine folgen. Der auf Grund der Verfassung von 1819 einberufene Landtag wurde schon im Juni 1838 vertagt, und einer Beschwerde gegenüber erklärte der Bundestag trotz der erbetenen juristischen Gutachten am 6. September seine Inkompetenz. Endlich gelang es der hannöverschen Regierung durch starkbeeinflusste Neuwahlen i. J. 1839 einen gefügigen Landtag zu erzielen und mit ihm das gewünschte Ziel zu erreichen. Das Ergebnis war für Hannover eine gründliche Erschütterung des Rechtszustandes und des Rechtsbewußtseins, für ganz Deutschland eine gewaltige Verstärkung des konstitutionellen Gedankens, dem jetzt die schlichte Tat der Göttinger Sieben die sittliche Weihe gegeben hatte. In dem heranwachsenden Geschlecht hat sie ebenfalls noch lange nachgewirkt.

In denselben Jahren zeigte die Fähigkeit, mit der das kurhessische Volk seine Verfassung verteidigte, wie feste Wurzeln der konstitutionelle Gedanke doch schon in Deutschland geschlagen hatte. Der Regent, Kurprinz Friedrich Wilhelm, der erst am 20. November 1847 seinem Vater als Kurfürst folgte, ein eigenwilliger, mißtrauischer Charakter, obwohl er in patriarchalischer Weise das Beste seines Landes ehrlich wollte, betrachtete die Verfassung nicht nur als ein Hemmnis für sein über-

Kurhessische  
Verfassungskämpfe.

spanntes Souveränitätsbewußtsein, sondern auch für seinen Wunsch, seine unebenbürtige Nachkommenschaft (die Prinzen von Hanau) angemessen auszustatten, da seit 1831 das fürstliche Privatvermögen vom Staatsvermögen geschieden war. In H. D. E. Hassenpflug (geb. 1794), einem hervorragend begabten Beamten von eiserner Willenskraft, dem er im Mai 1832 die Ministerien der Justiz und des Innern übertrug, fand er ein geeignetes Werkzeug und beim hessischen Adel im ganzen Beifall. Als starrer Feind des modernen verfassungsmäßigen Lebens suchte der Minister die Verfassung durch sophistische, willkürliche Auslegung möglichst zu umgehen und behauptete sich, obwohl ihn der Landtag mehrfach wegen Verfassungsverletzung anklagte. Unter solchen Kämpfen kamen nur wenige Reformen zustande, so das segensreiche Ablösungsgesetz und die Gemeindeordnung von 1834. Erst im Juli 1837 trat Hassenpflug zurück, weil seine Herrschsucht dem Kurfürsten allmählich lästig geworden war, doch seine Politik wurde möglichst fortgesetzt.

Die  
preussische  
Union.

Daß der Mangel einer kräftigen Volksvertretung eine moderne monarchische Regierung nicht stärke, sondern schwäche, sollte Preußen damals an sich selbst sehr empfindlich erfahren. Die kirchlichen Verhältnisse des Staates, an sich von jeher schwierig, waren durch den Hinzutritt neuer teils streng lutherischer, teils katholischer Provinzen noch erheblich schwieriger geworden. Fielen doch im Osten Katholizismus und Polentum beinahe zusammen, und im Westen fand der rheinländische Sondergeist im Katholizismus eine Stütze. Nun hatte Friedrich Wilhelm III. i. J. 1817 die Einsetzung eines Kultusministeriums und evangelischer Provinzialkonsistorien für die Verwaltung der Kirchen- und Unterrichtsangelegenheiten verfügt. In demselben Jahre, anlässlich des Jubelfestes der Lutherschen Reformation, brachte er einen alten Plan der Hohenzollern und einen eigenen Herzenswunsch zur Ausführung. Er verkündete die „Union“ als eine Einigung der lutherischen und reformierten Kirche in Verfassung, Verwaltung des Kirchengutes und gottesdienstlichen Gebräuchen, namentlich beim Abendmahl, und empfahl für die letzteren i. J. 1822 eine gemeinsame Agende. Trotz des redlichsten Willens aber verkehrte eine so selbstherrliche Ordnung kirchlicher Verhältnisse ohne Mitwirkung einer kirchlichen Vertretung in weiten Kreisen aufs tiefste, und der Widerspruch, den die Agende fand, hielt nun wieder den König ab, die im Geiste des Protestantismus tief begründete Teilnahme der Gemeinden an der Kirchenverwaltung in Form von Synoden zu gewähren; nur die rheinisch-westfälische Kirche, die stets auf diesem Boden gestanden hatte, erhielt i. J. 1835 eine neue Synodalordnung. Für die übrigen Provinzen wurden nur Generalsuperintendenten eingesetzt (i. J. 1829) und endlich i. J. 1830 die Agende, die inzwischen sechs Siebentel der Gemeinden angenommen hatten, als Gesetz verkündigt. Damit erst war die unierte Landeskirche Preußens vollendet. Wo die Verhältnisse ähnlich lagen, wie dort, fand die Union, teilweise mit gleichzeitiger Einführung einer Synodalordnung, Nachahmung: in Nassau 1817, in der Rheinpfalz 1818, in Baden 1821. Aber der Widerspruch schwieg auch in Preußen keineswegs. Zuerst in Schlesien regten sich die strengen Lutheraner, und obwohl deshalb die Regierung manche Geistliche sogar ihres Amtes entsetzte, so begann doch seit 1835 die Bildung separiert lutherischer Gemeinden, die sich i. J. 1841 eine gemeinsame Ordnung gaben.

Über die Neuordnung der katholischen Kirche hatte Preußen i. J. 1821 nach schwierigen Verhandlungen mit Rom, die B. G. Niebuhr als Gesandter fest und besonnen leitete, die päpstliche Bulle *De salute animarum* erlangt. An die Spitze traten die Erzbischöfe von Köln und Gnesen-Posen, der Fürstbischof von Breslau und die Bischöfe von Trier, Münster, Paderborn, Kulm und Ermland. Ohne irgendwie auf einer grundsätzlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zu bestehen, weil eine solche für den modernen Staat unmöglich ist, sicherte sich doch der preussische Staat den gebührenden Einfluß. Denn der König hatte das Recht, bei der Bischofswahl von der ihm überreichten Liste die ihm nicht genehmen Kandidaten zu streichen und er empfing den Treueid des erwählten Bischofs; die Geistlichen wurden zwar von den Bischöfen angestellt, aber mit Genehmigung der Regierung (Anzeigepflicht), der Unterricht, soweit er nicht rein staatlich war, vom Staate überwacht. Und nun erlaubte der preussische Staat in seinen katholischen Landschaften nicht nur der römischen Kirche, in Prozessionen und Festen sich so glänzend darzustellen, wie irgendwann früher, sondern er stattete auch die Bischöfe reichlich aus, verbesserte die Gehalte der Geistlichen und förderte den Weiterbau des Kölner Doms. Papst Leo XII. äußerte damals, wenn ein katholischer Fürst soviel für die protestantische Kirche tue, wie der König von Preußen für die katholische, so würde er den Bann verdienen.

Die Neuordnung der katholischen Kirche. 1821.

Doch bald stieß der moderne Staat mit der aufstrebenden ultramontanen Richtung aufs heftigste zusammen in der Frage der gemischten Ehen, die für die westlichen Provinzen Preußens und für seine halbpolnischen Landschaften im Osten eine Lebensfrage war. Während das Tridentiner Konzil solche Ehen grundsätzlich verwarf, hatte das preussische Landrecht von 1794 in ihnen einen der wichtigsten Hebel erkannt, um die Verträglichkeit der Konfessionen zu fördern, und demgemäß verfügt, daß die Söhne dem Vater, die Töchter der Mutter zu folgen hätten, falls nicht eine Einigung erzielt werde. Die Deklaration von 1803, die durch die Kabinettsordre v. J. 1825 auf die westlichen Provinzen ausgedehnt wurde, änderte dies dahin, daß die Kinder stets dem Vater zu folgen hätten. Da nun auch Pius VII. für jene Provinzen gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung für gültig erklärt hatte, so schien alles geordnet, als zahlreiche Verletzungen dieser Bestimmungen durch eifrig ultramontane Geistliche die Frage wieder aufrührten.

Der Streit um die gemischten Ehen.

Unter dem Einflusse der in Berlin damals herrschenden romantisch-reaktionären Strömung und auf den Rat des geistvollen, aber ähnlich gestimmten Josias von Bunsen faßte die Regierung den unglücklichen Beschluß, über die Grenzen staatlicher Hoheit durch Bunsen mit Rom zu verhandeln, allerdings besonders mit Rücksicht auf den milden, duldsamen und gewandten Erzbischof von Köln, Graf Friedrich August von Spiegel (1825—1835). Als aber mit Gregor XVI. am 2. Februar 1831 der Jesuitismus in Rom zur Herrschaft gelangte, schloß die Regierung auf Vorschlag Bunsens mit Graf Spiegel ohne Wissen Roms am 7. Juni 1834 einen Vertrag auf Grund der Kabinettsordre von 1825, und der Erzbischof brachte diesen auch bei den ihm untergebenen Bischöfen von Paderborn, Münster und Trier zur Anerkennung, wie sie fest entschlossen, die Selbständigkeit seines bischöflichen Amtes auch gegen

1834.

Rom zu behaupten. Indes versäumte die Regierung ein förmliches Placet zu erteilen, und der Tod Graf Spiegels am 2. August 1835 brachte eine neue ungünstige Wendung. Denn ungeachtet aller Warnungen und der maßlosen ultramontanen Agitation von Belgien und Frankreich her bestimmte die Regierung jetzt das überraschte Kölner Domkapitel zur Wahl des Münsterschen Weihbischofs Clemens August Droste zu Vischering (1. Dezember 1835), weil sie dessen bündigem Versprechen vertraute, er werde jenen Vertrag von 1834 stets anerkennen. Aber die Folgerichtigkeit seines streng ultramontanen Standpunktes und der starre Charakter dieses eisenköpfigen, derben Westfalen drängte den neuen Erzbischof sehr bald zum Kampfe mit dem Staate. Er eröffnete ihn zunächst auf einem andern Gebiete, indem er die päpstliche Verdamnung der Lehre des inzwischen 1831 verstorbenen Hermes (26. September 1835) aufs schroffste zur Geltung brachte und dann seinen Geistlichen die Berufung von seiner Entscheidung an den Staat schlechtweg verbot. Die Regierung tat nichts, um die bedrohten Hermesianer zu schützen; erst als der Erzbischof auch sein Versprechen bezüglich der gemischten Ehen brach, stellte sie ihn am 3. November 1837 vor die Wahl, entweder sich den Staatsgesetzen zu fügen oder sein Amt niederzulegen, und als er beides verweigerte, ja sogar Miene machte, das Volk zu seinem Schutze, also zum Aufstande aufzurufen, da ließ ihn die Regierung am 20. November verhaften und nach der Festung Minden bringen. Leidenschaftliche Agitation in der Presse und im katholischen Volke, heftige Proteste Roms waren die Folge dieses notwendigen Gewaltschritts. Gregor XVI. wies jede Verhandlung zurück, und Bunsen wurde am 1. April 1838 abberufen. Gleichzeitig entschied die Kabinetts-  
1834. ordre vom 30. Januar 1838 die Frage der gemischten Ehen auf Grund des Landrechts. Aber auch gegen den Erzbischof von Gnesen-Posen, Dunin, mußte die Regierung einschreiten, da dieser im Februar desselben Jahres seinen Geistlichen ebenfalls die Einsegnung gemischter Ehen ohne ein bindendes Versprechen verbot. Im  
1839. April 1839 wurde er von seinem Amte suspendiert und schließlich auf die Festung Kolberg abgeführt, gegen die Geistlichen aber, die nun alle kirchlichen Handlungen einstellten, die Einhaltung ihrer Einkünfte (Temporalien Sperre) verfügt. Doch der Streit blieb ungelöst, und da die preussische Regierung ganz selbständig, ohne Rückhalt an einer Volksvertretung, vorgegangen war, so erschien ihr Verfahren der öffentlichen Meinung tyrannisch, und die beiden Erzbischöfe wurden als Opfer der Willkür betrachtet.

Regierungs-  
antritt  
Friedrich  
Wilhelms  
IV.

Es war klar: auch Preußen konnte die Errichtung eines kräftigen Landtages ohne schwere Gefahren nicht länger vermeiden, und wie diese, so harrten auch die dringendsten Fragen der gesamtdeutschen Politik noch der Lösung. Deshalb begrüßte allgemeine frohe Erwartung inner- und außerhalb Preußens die Thronbesteigung  
1840. König Friedrich Wilhelms IV. am 7. Juni 1840.

Geboren am 15. Oktober 1795 war er in seiner Jugendentwicklung wesentlich durch zwei Einflüsse bestimmt worden: durch die ästhetisch-literarischen Grundsätze seines Erziehers Friedrich Delbrück (1800—1810), der die künftigen praktisch-politischen Aufgaben des jungen Fürsten allzusehr aus den Augen ließ und die eigenwillige, empfängliche Natur des hochbegabten Knaben nicht zu fester Selbstbeschränkung anzuleiten verstand, und durch die tiefe Abneigung gegen die Ideen der französischen Revolution,



also auch gegen die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, die sein zweiter Erzieher, der geschmeidige, vielseitige, characterschwache Deutschfranzose Friedrich Ancillon, zuerst in ihm erweckt hatte. Die Erfahrungen der Napoleonischen Zeit bestärkten den Kronprinzen noch weiter in diesen Anschauungen, ohne daß seine Teilnahme am Feldzuge von 1814 ein besonderes Interesse für militärische Dinge in ihm erweckt hätte. Auf solchem Boden schlugen die Ideen der aufsteigenden Romantik feste und breite Wurzeln. Von ihnen ausgehend hat Friedrich Wilhelm das Scheitern der preussischen Gesamtverfassung mit entscheiden helfen und alle Wiederherstellungsbestrebungen, namentlich auch das engste Einvernehmen mit Oesterreich, in dem er nur den historischen Träger der alten Kaiserkrone sehen wollte, eifrig begünstigt. Sein Herzensbündnis mit der katholischen Elisabeth von Bayern i. J. 1823, die erst später zum Protestantismus übertrat, konnte solche Gesinnungen nur weiter entwickeln, wie seine italienische Reise i. J. 1828 ihn in ein enges Verhältnis zu Bunsen brachte und seine künstlerischen Neigungen befriedigte.

So wurde er, was er immer, auch als König, geblieben ist, eine weiche, phantastiervolle, geistreiche Künstlernatur voll des vielseitigsten Interesses und voll persönlicher Liebenswürdigkeit, der auch seine Neigung zu scharfem Witze kein Abbruch tat, zugleich ein aufrichtig religiöser Mensch, aber ein Staatsmann war er niemals. Er war zuerst ein Christ, dann ein Deutscher, ganz zuletzt ein Preusse. Sein politisches Ideal sah er in dem patriarchalischen, altständischen Staate, sein kirchliches in einer bischöflichen Verfassung und in uneingeschränkter Selbstständigkeit der Kirche. In zweien seiner Bauwerke glaubt man ihm ins Herz zu sehen. In Schloß Stolzenfels hoch über dem grünen Rheine, dem Lieblingsströme der Romantiker, brachte er seine Vorliebe für mittelalterlichen Fürstenprunk zum Ausdruck; in der Friedenskirche zu Potsdam meint man ein frühmittelalterliches, italienisches Kloster zu betreten, das mit seiner schweigenden Einsamkeit am dunklen See in wahrhaft ergreifendem Gegensatz steht zu dem anstoßenden, so ganz weltlichen, lebenerfüllten Park von Sanssouci. Entwürfe dieser Art oder die Stiftung des preussisch-englischen Bistums Jerusalem i. J. 1841 konnten den König oft weit mehr fesseln als die brennendsten politischen Fragen. Die konstitutionellen Bestrebungen waren ihm geradezu widerwärtig, weil er in seinem höchst reizbaren fürstlichen Selbstgefühl keinerlei Einschränkung seiner Souveränität ertragen mochte. So stieß er mit den Bewegungen der Zeit hart zusammen. Und doch fühlte er sich in seiner Willensschwäche, deren er sich selbst zu seiner Qual sehr wohl bewußt war, zu nachdrücklichem, folgerichtigem Auftreten ganz außer stande, so zähe er in allen Tagen an seinen Grundsätzen festhielt. Auf's schmerzlichste haben ihn deshalb diese Konflikte persönlich berührt, „er war weit entfernt, sich glücklich zu fühlen“.

Anfangs gewann er die allgemeinsten Sympathien, denn sein Erstes war eine allgemeine Amnestie für die politischen Verurteilten der dreißiger Jahre und die Wiedereinsetzung E. M. Arndts in sein Lehramt; dem alten Jahn verlieh er noch das Eiserne Kreuz. Dann rief er bei den Huldigungsfesten in Königsberg im September und in Berlin am 15. Oktober 1840 durch sein persönliches Auftreten und seine schwungvolle Beredsamkeit alles mit sich fort. Auch nach außen bewies er feste Haltung, als das französische Ministerium Thiers in demselben Jahre wieder einmal die Frage der Rheingrenze in sein Volk warf und in Deutschland die heftigste

Aufregung hervorrief, die damals u. a. M. Schneckenburger zur Dichtung der „Wacht am Rhein“ begeisterte. Die kühnsten Hoffnungen auf eine konstitutionelle Gestaltung Preußens erwachten. Aber man verstand sich gegenseitig nicht recht. Der König wollte allerdings eine Gesamtverfassung, doch er wollte sie, der streng-monarchischen Geschichte Preußens entsprechend, seinem Volke gewähren als ein freies Geschenk königlicher Gnade, ohne Preisgebung wesentlicher Kronrechte; er wollte sie weiter auf dem Grunde der ständisch gegliederten Provinziallandtage, also auf dem Übergewichte des Grundbesitzes aufbauen. Die Liberalen Ostpreußens, Schlesiens und des Rheinlandes dagegen beanspruchten die Verfassung als ihr gutes Recht nach dem Versprechen von 1815, sie wollten sie nach der konstitutionellen Schablone gestalten und also die monarchische Gewalt wesentlich einschränken. Beides war unpreussisch und undeutsch, doch die ständische Gliederung stand im Widerspruch mit den modernen Anschauungen. Trotzdem geschah zunächst ein guter Anfang. Der König erweiterte durch Dekret vom Februar 1841 die Rechte der Provinzialstände 1842. und berief im Juni 1842 die Ausschüsse derselben zu gemeinsamen Beratungen über mehrere Gesetze für die ganze Monarchie nach Berlin, die am 18. Oktober eröffnet wurden und den König befriedigten; er dachte vorübergehend sogar daran, eine „Deutsche Zeitung“ unter Dahlmanns Leitung zu gründen, um die Verständigung zu erleichtern. Allein indem er so Hoffnungen erweckte, ohne sie doch ganz zu befriedigen, entfesselte er eine rasch anschwellende, konstitutionelle Strömung in der Presse. Neben den etwa vierhundert Zeitungen, die es damals in Preußen gab, erschienen zahlreiche Flugschriften für und wider, darunter als die wichtigste „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“ (Dr. H. Jacoby in Königsberg) 1841, und dieses Drängen verstimmt nun wieder den König.

Friedrich  
Wilhelm IV.  
und die  
katholische  
Kirche.  
1841.

Seine kirchliche Haltung mußte diese Unzufriedenheit noch steigern. Wie weit seine mittelalterlich-romantische Stimmung dem Ultramontanismus entgegenkam, zeigte das Abkommen mit Rom im Mai 1841. Der König verweigerte allerdings die Rückkehr des schon im April 1839 entlassenen Droste-Vischering nach Köln, aber er gab zu, daß er Erzbischof bleibe und der Bischof von Speyer, Johannes von Geißel, zu seinem Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge bestellt werde; er gestattete ferner den Bischöfen völlig freien Verkehr mit Rom und versprach, die Hermensianer nicht zu begünstigen. Mit eigenen Händen riß er somit alle Schranken nieder, die der selbständigen Entwicklung römischer Kirchenmacht entgegenstanden, und gab die vermittelnde Richtung preis, die ihr in der Kirche selbst noch wider- 1842. strebte. Als er in weitherzigem Idealismus am 4. September 1842, umgeben von einer glänzenden Versammlung deutscher Fürsten, den Grundstein für den Weiterbau des Kölner Domes legte, da bezeichnete er in seiner Rede den Bau als ein Sinnbild kirchlicher Duldsamkeit und sprach die Hoffnung aus, durch seine Tore möge eine neue bessere Zeit einziehen, in der nie an der Eintracht zwischen Fürsten und Völkern, zwischen den Konfessionen und den Ständen gerüttelt werde. Er ahnte nicht, daß er dem Ultramontanismus zu einem neuen glänzenden Triumphe verhalf.

Die deutsch-  
katholische  
Bewegung

Was dieser dem modernen Bewußtsein zu bieten wagte, wurde bald klar, als zu Trier vom August bis Oktober 1844 der angebliche Rock Christi als eine heilungs-

spendende Reliquie den Gläubigen zur Verehrung ausgestellt wurde. Über eine Million Pilger knieten anbetend vor dem Heiligtume; doch gegen solche mittelalterliche Wundersucht erhoben sich im Osten zwei katholische Priester, Johannes Ronge in Breslau und Johannes Ezerski in Schneidemühl, und riefen zur Begründung einer deutsch-katholischen Nationalkirche auf. Binnen kurzem meldeten sich etwa zwanzig Gemeinden, und auf dem Konzile in Leipzig zu Ostern 1845 konstituierte sich die neue Glaubensgenossenschaft auf Grund freier Auslegung der heiligen Schrift, doch mit Festhaltung des rationalistisch ausgedeuteten apostolischen Glaubensbekenntnisses. Anfangs breitete sich die Bewegung rasch aus; mit dem Ende d. J. 1846 zählte man etwa 60 000 Seelen, und auf der Berliner Kirchenversammlung zu Pfingsten 1847 waren 151 Gemeinden vertreten. Doch während sie Preußen im ganzen gewähren ließ, schlossen Bayern und Österreich die neue Sekte aus, und Sachsen, Kurhessen, Hannover, Baden und Württemberg ließen sie nur unter starken Beschränkungen zu. Vor allem aber entbehrte die Bewegung bedeutender Leiter und kräftiger, positiver Überzeugung.

Inzwischen war nun auch die Verfassung der unierten preussischen Landeskirche zu einem gewissen Abschlusse gelangt. Nachdem i. J. 1844 Provinzialsynoden eingerichtet worden waren, berief der König für den 2. Juni 1846 die erste Generalsynode (37 Geistliche und 38 Weltliche), freilich nur mit beratender Stimme. Mit großer Mehrheit verwarf diese die Verpflichtung der Geistlichen auf die alten Glaubensbekenntnisse und stellte ihrerseits ein Bekenntnis auf, das der dogmatischen Bestimmtheit entbehrte. Allein das Kirchenregiment, vertreten durch den Kultusminister J. A. Fr. Eichhorn, verweigerte der persönlichen Überzeugung des Königs gemäß die Ausführung dieser Beschlüsse und machte den Versuch, durch das Toleranzedikt vom 30. März 1847, das die Bildung sogenannter freier Gemeinden gestattete, die rationalistische Richtung aus der Landeskirche auszuscheiden. Weitaus die Mehrzahl dieser Geistlichen verblieb jedoch in der Kirche, indem sie ihr Recht selbständiger Überzeugung behauptete; nur eine kleine Minderzahl, besonders in der Provinz Sachsen, trat an die Spitze freier Gemeinden.

Trotz solcher Kämpfe wurde doch auch das Gemeingefühl der evangelischen Christenheit, nicht zum wenigsten durch die Überhebung des Ultramontanismus, mächtig angefaßt. Es äußerte sich am frühesten in der Wirksamkeit nach außen, in der Mission. Neben den Herrnhutern, die längst in allen Weltteilen still und geräuschlos ihre Heidenmission betrieben, bildete sich jetzt eine Reihe evangelischer Missionsgesellschaften, in Basel (1816), in Berlin (1823), in Barmen (1828) und in Dresden (1836, seit 1847 in Leipzig). Sie haben am frühesten im südwestlichen und im östlichen Afrika ihre mühevollen Arbeit begonnen.

Nachdem schon i. J. 1814 Schmelen im Auftrage der Londoner Mission im Hottentottenlande gearbeitet und als erste Niederlassung dort Bethanien gegründet hatte, übernahm i. J. 1842 die Barmer Mission dieses Arbeitsfeld und sandte schon 1844 ihre Glaubensboten ins nahe Damaraland zu den Herero. Gleichzeitig landete im englischen Auftrage der Schwabe Joh. Ludwig Krapf im Januar 1844 an der afrikanischen Ostküste in Mombas und wurde seit 1846 von dem trefflichen Joh. Rebmann unterstützt. Überall studierten diese Missionare die einheimischen Sprachen,

um in ihnen zu predigen, und die heilige Schrift in sie zu übersehen; sie wurden also zugleich die ersten Bahnbrecher für die deutsche Erforschung und Kolonisation Afrikas. Jene beiden ostafrikanischen Glaubensboten sind auch die ersten gewesen, deren staunenden Augen sich die riesigen Schneegipfel des tropischen Afrika, der Kilima Ndscharo und der Kenia, entschleiert haben (1848 und 1849). Die Dresdner Mission arbeitete seit 1839 von Trankebar im südlichen Indien aus unter den Tamulen, in China wirkte selbständig seit etwa 1831 der unermüdliche K. F. August Gützlaff aus Pommern (+ 1851) als Prediger wie als Forscher der chinesischen Sprache, Kultur und Geschichte, die er zuerst für die deutsche Wissenschaft erobert hat.

Neben solchen Bestrebungen sondern nun andere Bemühungen um Erhaltung und Förderung des evangelischen Glaubens in katholischen Ländern. Dafür bildete sich i. J. 1832 bei der zweihundertjährigen Gedächtnisfeier der Schlacht bei Lützen auf Anregung des edlen Superintendenten Chr. G. E. Großmann in Leipzig ein Verein, der i. J. 1842 zum „evangelischen Verein der Gustav Adolf-Stiftung“ erwuchs und 1844 einen von Friedrich Wilhelm IV. gestifteten preussischen Verein ähnlicher Tendenz in sich aufnahm. Seitdem hat er sich über alle protestantischen Länder ausgebreitet und für die zerstreuten Glaubensgenossen großes geleistet.

Die evan-  
gelische  
Theologie.

Den Arbeiten um Erweiterung des christlichen Besitzstandes und den Kämpfen um Gemeindebildung und Kirchenverfassung ging nun die lebhafteste Bewegung in der deutsch-evangelischen Theologie zur Seite, ja sie bildete vielfach auch den Ausgangspunkt für jene. Der alte Rationalismus, der in Halle seinen Hauptsitz hatte, lebte sich mehr und mehr aus. Ihm gegenüber wurde Schleiermacher der Erneuerer der Theologie. In seiner „Glaubenslehre“ (1821) faßte er die christlichen Glaubenssätze als subjektive Gefühlswahrheiten, lehrte sie in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit begreifen und gewann somit die feste Grundlage für das Verhältnis der Bekenntnisse, ohne das eigene zu verflachen. Doch diese „Vermittlungstheologie“ fand heftige Gegner in der wieder kräftig sich regenden strenggläubigen Richtung pietistischer Färbung. An ihrer Spitze stand in Preußen der Westfale Wilh. Hengstenberg, der seit 1827 in seiner „Evangelischen Kirchenzeitung“ mit harter Ausschließlichkeit alle abweichenden Richtungen bekämpfte (+ 1869), während andere, wie Claus Harms in Holstein, ihren Standpunkt mit gefühlsinniger Wärme vertraten. Im schärfsten Widerspruch zu dieser Richtung wandte die neue kritische Schule in Tübingen die Lehren der historischen Kritik nicht nur auf die Kirchengeschichte, sondern auch auf die Bibel selbst an. F. Baur (+ 1860) suchte die neutestamentlichen Schriften als Erzeugnisse und Zeugnisse des Ideenkampfes der apostolischen Zeit zu verstehen, David Strauss (+ 1847) behandelte die biblische Überlieferung über Christus in seinem „Leben Jesu“ 1835 als eine volkstümliche Sagenbildung. Beide Richtungen, die kritische wie die vermittelnde Theologie, blieben der Natur der Sache nach auf die Gebildeten beschränkt, Einfluß auf die Massen gewann nur die strenggläubige Theologie; sie begann in Preußen unter dem Ministerium Eichhorn auch mehr und mehr das Kirchenregiment und durch dieses auch die Kanzeln und die theologischen Lehrstühle der Hochschulen zu beherrschen.



Von größtem Einfluß auch auf diese Entwicklung wie auf alle Wissenschaften wurde die Philosophie des großen Schwaben Wilhelm Hegel (1770—1831), der seit 1818 die Universität Berlin souverän beherrschte. Er schuf das kühnste und folgerichtigste Denkgebäude, das jemals aufgeführt worden ist. Für Hegel ist das Leben der Welt der unendliche Denkprozeß des absoluten Geistes, Denken und Sein sind also eins. Daher ist das Vernünftige wirklich und das Wirkliche ist vernünftig. Die Philosophie (Wissenschaft) begreift diesen Prozeß in der Form des Denkens, die Religion in der Form der Vorstellung; der Staat ist der verwirklichte sittliche Wille, also unumschränkt. Wenn Hegel so Religion und Wissenschaft zu versöhnen meinte und das Wesen des Staates, freilich in einseitiger Übertreibung, in seinem Kerne faßte, in dem monarchischen Beamtentume Preußens sogar das Ideal Platos, die „Herrschaft der Wissenden“, verwirklicht sah, so hat er auch den Begriff der geschichtlichen Entwicklung wesentlich vertieft. Hegels Philosophie ist die letzte, die in Deutschland wahrhaft geherrscht hat; bald lenkte Joh. Friedrich Herbart (1776—1841) in Göttingen zu den bescheidenen kritischen Untersuchungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit zurück, von denen einst Kant ausgegangen war.

Das vertiefte historische Verständnis hat nun auch eine glänzende Blüte der historischen Wissenschaften gezeitigt. Aus der langen Fehde zwischen Thibaud in Heidelberg, dem Vertreter des alten Naturrechts, und Savigny in Berlin ging dessen historische Rechtsanschauung siegreich hervor. Praktisch freilich wirkte sie deshalb nicht immer günstig, weil Savigny, die Bedeutung des persönlichen Willens für den Staat unterschätzend, seiner Zeit den Beruf zur Gesetzgebung kurzweg absprach. Doch wurde nun K. Fr. Eichhorn († 1854) der Begründer der deutschen Rechtsgeschichte, für die K. Homeyer durch die Bearbeitung des „Sachsenspiegels“ eines der wichtigsten Quellenwerke verwertbar machte, während nun wieder Fr. J. Stahl († 1861) den „christlich-germanischen Staat“ des Mittelalters als Ideal konstruierte. In der Geschichtsschreibung setzte B. G. Niebuhr seine „Römische Geschichte“ mit gereifter Erfahrung fort. Gleichzeitig erwarb sich der Freiherr vom Stein († 1831) das Verdienst, zur planmäßigen wissenschaftlichen Erforschung des deutschen Mittelalters Veranlassung zu geben, indem er die Herausgabe der Monumenta Germaniae historica (seit 1819) anregte, an deren kritischer Bearbeitung sich ganze Generationen deutscher Geschichtsforscher gebildet haben. Noch ohne ihre Ergebnisse abzuwarten, wagte Friedrich Raumer in seiner „Geschichte der Hohenstaufen“ (1824) den ersten Versuch zur zusammenfassenden wissenschaftlichen Darstellung dieses gewaltigen Gegenstandes; ihm folgte der Schlesier Stenzel mit seiner „Geschichte der fränkischen Kaiser“ (1827). Ein Muster kritischer Durchforschung und markig-plastischer Darstellung lieferte später F. Chr. Dahmann in seiner „Geschichte von Dänemark“ (1840). Bald griff die neue kritische Betrachtung auch auf das Gebiet der neueren Geschichte hinüber. Mit früher Meisterschaft begann der Thüringer Leopold Ranke (1795—1886) aus Wiehe im erinnerungsreichen Unstruttale zuerst in seinen „Geschichten der germanischen und romanischen Völker“ (1824) die Darstellung der Neuzeit aus ihren unmittelbaren Quellen, den Zeugnissen der Mitlebenden in Gesandtschaftsberichten, Akten, Briefen u. a. m. heraus, in einer beständig die Welt

Die geschichtlichen Wissenschaften.

umspannenden und doch tief in den inneren Zusammenhang der Dinge eindringenden, durchaus objektiven, äußerlich fast kühlen Betrachtungsweise, die mit feinstem Verständnis vor allem die Charaktere und Beweggründe der leitenden Persönlichkeiten zu ergründen suchte, dagegen den in den Volksmassen mehr unbewußt wirkenden Kräften und den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen nicht die gleiche Beachtung schenkte. Im schärfsten Gegensatze zu Ranke wandte der steifnackige Friesen f. C. Schlosser aus Jever († 1861) in seiner „Geschichte des 18. Jahrhunderts“ (1836) die strengen Moralbegriffe Kants auf Personen und Dinge der Vergangenheit an, unbekümmert um den Wandel der Zeiten. Doch diese gallige Auffassung war dem verbitterten und mit radikalen Anschauungen durchsetzten Mittelstande namentlich des südlichen Deutschland ganz nach dem Herzen und hat deshalb weit tieferen Einfluß geübt, als die Nachdenken und Selbstbescheidung fordernde Darstellung Rankes. Der Altertumswissenschaft hatte zuerst f. A. Wolf in Halle (f. S. 224) neue Wege gewiesen, indem er als ihre Aufgabe die Erforschung des antiken Lebens in allen seinen Äußerungen hinstellte. Doch schieden sich die Philologen alsbald in eine realistische und eine kritisch-sprachliche Richtung, die sich beide lange Zeit bitter befehdeten. Jene vertrat vor allem der Badener A. Böckh in Berlin († 1867), diese Gottfried Hermann in Leipzig († 1848); neben ihnen leisteten treffliches Otfried Müller in Göttingen, der in seinem geliebten Griechenland angesichts der Akropolis von Athen auf dem Kolonosöhügel ein frühes Grab fand († 1840), f. G. Welcker in Bonn, der Begründer der griechischen Mythologie, und für dasselbe Fach fr. Preller, dann E. Gerhard, der den Anstoß zur Errichtung des preussischen „Instituts für archäologische Korrespondenz“ in Rom gab (1828). Es ist seitdem der Sammelplatz deutscher und italienischer Arbeit für die Erkenntnis des klassischen Altertums geworden.

Für die Erkenntnis deutscher Kulturentwicklung bildete das Brüderpaar Grimm (seit 1830 in Göttingen, seit 1841 in Berlin) noch lange den einigenden Mittelpunkt. Während Wilhelm mit eindringendstem Fleiße die mittelhochdeutschen Dichter bearbeitete, legte Jakob in seiner „Deutschen Grammatik“ (1819) die Entwicklung der germanischen Sprachen, in seinen „Rechtsaltertümern“ (1828) den sinnvoll-poetischen Gehalt der altdeutschen Rechtspflege dar. Der Braunschweiger Karl Lachmann († 1851) wandte zuerst die strengsten Grundsätze philologischer Textkritik auf die Schriftwerke des deutschen Mittelalters an, der treffliche Schmeller in München brach die Bahn für die Erforschung der deutschen Mundarten, G. Gervinus († 1871) gab die erste großangelegte Literaturgeschichte. Was die beiden Grimm für die Germanistik leisteten, das tat ihr hessischer Landsmann Friedrich Diez († 1876) mit seiner „Grammatik der romanischen Sprachen“ (seit 1834) für die Erkenntnis der romanischen Völker. Und schon hatte Franz Bopp aus Mainz († 1867) mit seiner genialen Entdeckung der Urverwandtschaft aller arischen Sprachen den Grund zur gesamten modernen Sprachwissenschaft gelegt (1816). Nicht minder vielseitig faßte Karl Ritter aus Quedlinburg († 1859) eine ungeheure Fülle geschichtlichen, sprachlichen und naturkundlichen Wissens zusammen, um in seiner „Erdkunde“ (seit 1817) die Gestaltung der Erdräume in ihrer fort-

währenden Wechselwirkung mit der Tätigkeit und Entwicklung des Menschengeschlechts nachzuweisen. Zum vollen Ausdruck kam diese ebenso tief in die Einzelheiten wie in dem großen Zusammenhang des natürlichen und des menschlichen Lebens eindringende Richtung in den Arbeiten Alexanders von Humboldt, der i. J. 1827 nach Berlin übersiedelte und der Mittelpunkt des geistigen wie des gesellschaftlichen Lebens der Hauptstadt wurde († 1859). Sein „Kosmos“ (seit 1834) faßte die Ergebnisse in sachlich wie sprachlich mustergiltiger Weise auch für weitere Kreise zusammen. L. von Buch aber († 1853) stellte die Geologie auf eine neue Grundlage, indem er die bisher geltende Lehre von der Umgestaltung der Erdoberfläche in vulkanischen und neptunischen Katastrophen durch die Annahme langsamer Wandlungen verdrängte. Derweilen errang in einsamer Denkarbeit der Braunschweiger Friedrich Gauß in Göttingen († 1855) den Deutschen auch in der Mathematik den höchsten Preis.

So stieg die deutsche Wissenschaft zur ersten der Gegenwart empor. Nicht Die Univer- zum wenigsten verdankte sie das den Anstalten, die wie nirgends sonst ihre Pflegestätten waren, den Universitäten. Seit dem Jahre 1818 hatten sich zwei neue dem glänzenden Kreise der älteren Schwestern eingefügt. Preußen schuf i. J. 1818 in der Universität Bonn eine feste Burg deutschen Geistes für diese halbverwälschten Rheinlande, die von der Herrlichkeit der neuen deutschen Literatur und Wissenschaft bisher fast ebensowenig wußten, wie Altbayern, und eben deshalb war es eine wahrhaft deutsche Tat, wenn hier König Ludwig I. i. J. 1826 die Universität München ins Leben rief und zahlreiche außerbayrische Lehrkräfte für sie gewann. Die alte Gliederung in die vier Fakultäten blieb erhalten, dagegen verschwand überall die Einteilung der Professoren und Studenten in „Nationen“; auch die akademische Gerichtsbarkeit wurde allmählich auf Disziplinarfälle beschränkt, die Verbindungen durften sich frei entfalten. Der konfessionelle und territoriale Charakter wurde zu gunsten eines hohen Maßes von Freizügigkeit abgestreift, der Lehrbetrieb richtete sich auf die Erziehung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, nicht auf die praktische Abrichtung und führte deshalb zur Errichtung zahlreicher, fachwissenschaftlicher Seminare. Die eigentlich führende Fakultät war jetzt die philosophische. Niemals haben die deutschen Hochschulen eine glücklichere Zeit gesehen. In der ungehemmten Lehr- und Lernfreiheit gedieh eine heute längst verschwundene Vielseitigkeit und zugleich ein Idealismus des wissenschaftlichen Strebens, der von ängstlichen Rücksichten auf das Brotstudium noch wenig wußte, noch in der Seligkeit des Forschens und Findens auf fast unbebautem Grunde schwelgte und auf die äußere Stellung der Professoren so geringen Wert legte, daß die meisten mit der anspruchslosen, aber geistvollen Geselligkeit der akademischen Kreise auch in abgelegenen, aber behaglichen Kleinstädten wie Göttingen, Jena, Marburg, Gießen, Tübingen u. a. m. sich vollkommen befriedigt fühlten. Wohl nahm die Berliner Hochschule durch den Glanz der Namen ihrer Lehrer und die Zahl der Studenten bei weitem den ersten Platz ein, doch keine andere Hochschule hätte sich ihrer Führung unterworfen, jede war stolz auf ihre Eigenart und ihre Überlieferungen und jede durfte es sein.

Die höhern  
Schulen.

Dieser frische und belebende Geist drang nun allmählich auch in die Gelehrten-  
schulen ein. In anderer Weise als bisher wurden in diesem Zeitalter des Neu-  
humanismus die altklassischen Sprachen und Literaturen der Mittelpunkt des Unter-  
richts. Das Griechische erhielt jetzt den ihm gebührenden Platz, die Einführung  
in den Geist des Altertums wurde entschiedener betont. Ebenso wurden die deutsche  
Literatur, die Geschichte und die Realien mehr gepflegt als bisher. Die Mängel der-  
gleich oft der echt wissenschaftliche Geist der Lehrer aus, der bei den geringeren  
Ansprüchen an wissenschaftliche Hilfsmittel auch in kleineren Städten dem Fortgange  
der Forschung besser zu folgen vermochte und daher im allgemeinen reger blieb als  
heute. Allerdings die eigenartigen, selbständig schaffenden Rektorengestalten der  
früheren Zeiten wurden seltener, denn immer mehr regelte der Staat Einrichtung und  
Betrieb der Schulen nach einheitlichen Gesichtspunkten. Darin ging Preußen unter dem  
Minister Altenstein (1817—1840) voran. Schon i. J. 1816 war für jede Provinz  
eine wissenschaftliche Prüfungskommission eingesetzt worden; i. J. 1825 übernahmen  
die Provinzialschulkollegien an Stelle der Konsistorien die Leitung des gesamten  
höheren Schulwesens. Auch die Kollatur ging in vielen einzelnen Fällen ganz oder  
teilweise an den Staat über, und namentlich begründete dieser eine Menge neuer  
Anstalten vornehmlich in den katholischen Landesteilen, wo sie am nötigsten waren.  
Sachsen machte mit dem Mandat von 1829 den Anfang zur staatlichen Regelung  
seines Gelehrtenschulwesens und führte damals die Reifeprüfungen allgemein ein;  
i. J. 1846 gab es diesen Schulen das erste Regulativ. Hannover ordnete sein  
höheres Schulwesen i. J. 1830, Bayern schon i. J. 1829 unter der Leitung des  
trefflichen Thiersch, der überhaupt die philologischen Studien dort erst begründet hat.  
Baden gab allen Schulen i. J. 1834 eine neue durchgreifende Ordnung, Württem-  
berg fand an seinen altbewährten Stiftsschulen wenig zu ändern.

Real- und  
Gewerb-  
schulen.

Da die Gelehrtenschule eine fachliche Vorbildung für Handel, Gewerbe und  
Technik in ihrer modernen Entwicklung weder geben konnte noch wollte, so entstanden  
überall Real- und Gewerbschulen, vielfach auch höhere technische Unterrichtsanstalten.  
Für Preußen wurde die Umgestaltung der Berliner Realschule durch H. Spilleke  
(seit 1822) wichtig. Daneben entstand 1820 die erste Gewerbeschule durch W. Beuth  
(† 1855); eine allgemeine Regelung versuchte zuerst die vorläufige Instruktion von  
1852. Besonders in Norddeutschland fand das bald vielfach Nachahmung. In  
Hannover leistete die höhere Gewerbeschule seit 1830 unter der Leitung des großen  
Technologen K. Karmarsch († 1879) bald Ausgezeichnetes; im hochindustriellen  
Sachsen war schon 1816 die Forstakademie zu Tharandt begründet worden, die  
unter H. Cotta († 1844) rasch europäischen Ruf gewann, und seit 1828 gab die  
Dresdner Polytechnische Schule den Gewerbe- und Baugewerkschulen des Landes  
einen festen Mittelpunkt.

Die Volks-  
schulen.

Bedeutendes geschah fast überall für die Volksschule. Ihre Verwaltung und  
Ausstattung blieb Sache der Gemeinden, doch auch hier gab der Staat die allgemeinen  
Regeln auf der Grundlage des konfessionellen Charakters und überwachte ihre  
Durchführung, in Preußen durch die Konsistorien und die Regierungen. Sachsen  
ordnete sein Volksschulwesen durch das Gesetz von 1855, Bayern 1851/57, Baden



1834. Für Besserung der Methode sorgten die immer zahlreicher werdenden Lehrerseminare, für die Pestalozzis Lehre, besonders durch die unermüdliche und vielseitige Tätigkeit des Sachsen Chr. Fr. Dinter (seit 1816 in Königsberg, † 1831), im allgemeinen maßgebend wurde. Nach den Anschauungen des Schweizers erstrebte der Thüringer Fr. Fröbel († 1852) namentlich eine Reform der Kindererziehung vor dem schulpflichtigen Alter in seinen „Kindergärten“ (seit 1846).

Je reicher sich das deutsche Leben in Unterricht und Wissenschaft entfaltete, desto schwieriger wurde es, die verschiedenen Richtungen zu beherrschen oder auch nur zu übersehen und die Einheit von Wissenschaft und Kunst festzuhalten. Das vermochte damals nur einer in Deutschland und seitdem niemals wieder, Goethe. Was er an eigenen Werken noch erschienen ließ (Dichtung und Wahrheit 1811/14, Wilhelm Meisters Wanderjahre 1821, Italienische Reise 1817), das gehörte im wesentlichen noch den Gedankenkreisen des 18. Jahrhunderts an und fand deshalb keine gerechte Würdigung; aber im zweiten Teil des „Faust“ unternahm er es, das romantisch-moderne mit dem klassisch-antiken Ideal zu versöhnen und das Sehnen seines Träumers Faust zu befriedigen durch seine Einführung in die praktische Tätigkeit des Staatsmannes und Volkswirts, der für Millionen Gutes schafft und endlich zu dem Schlusse kommt: „Die Tat ist Alles, nichts der Ruhm.“ Mit sicherem Urteil, bald warm anerkennend, bald kalt abweisend verfolgte der Dichterkürst die geistige und auch die politische Bewegung der Zeit, so wenig die liberalen Bestrebungen diesem Geistesaristokraten irgendwie sympathisch waren; selbst für den preussischen Staat gewann er allmählich Verständnis. Als er am 22. März 1832 einen unvergleichlichen Lebensgang abschloß, da fühlte das ganze gebildete Deutschland, daß die größte geistige Macht der Zeit geschieden sei.

In der Tat, die klassische Periode unserer Dichtung war zu Ende. Schon das Übergewicht der verstandesmäßigen Tätigkeit, das die Wissenschaft förderte, lähmte die unmittelbare künstlerische Schöpferkraft; die Vielwisserei und Halbbildung, wie sie sich bei einem materiell aufsteigenden Geschlecht von selber einstellt, die Eitelkeit, der Hunger nach bloß stofflichem Reize waren der Ausnahme reiner Dichtwerke nicht günstig, sie förderten nur die massenhafte Unterhaltungsliteratur in den Zeitschriften und die oft leichte Romanschriftstellerei auch der Frauen. Am schwersten litt darunter das Drama, dem schon die Romantik großen Schaden getan hatte. Von den zahlreichen Hoftheatern behauptete das Wiener Burgtheater deshalb den Vorrang, weil die österreichische Zuschauerwelt noch unbefangener empfand als die im übrigen Deutschland. Freilich öffnete es sich den Dramen des begabtesten österreichischen Dichters, Franz Grillparzer († 1872), damals noch nicht. Dagegen gelang der schlichten, warmen Empfindung Ferdinand Raimunds die Schöpfung einer neuen, wahrhaft lebendigen dramatischen Gattung, der moralisierenden volkstümlichen Zauberposse. In Schwaben kam die Eigenart des Stammes durch eine ganze Gruppe begabter Lyriker zum Ausdruck. Vor allem Ludwig Uhland (1787—1862), dessen eindringendes Studium der altdeutschen Dichtung seine Schöpferkraft nicht lähmte, sondern förderte, und Karl Mörike sprachen in ihren volkstümlichen Liedern fast mehr als in ihren Balladen dem Volke aus der Seele, während Uhlands Dramen

1857

der rechten Bühnenfähigkeit entbehren. In warmer Heimalilie und umfassender Gelehrsamkeit brachte der gedankenreiche Franke Friedrich Rückert (1788—1866) bald die tiefsten Empfindungen deutschen Gemütslebens zum wahrsten und schlichtesten Ausdruck („Liebesfrühling“), bald führte er die Deutschen mit sprach- und versgewaltiger Meisterschaft in das Verständnis morgenländischer Dichtung ein. Im innigen Natursinn kam der Schlesier Joseph von Eichendorff (1788—1855) den Schwaben nahe, und völlig in deutsche Art hatte sich der Franzose Adalbert von Chamisso (1781—1836) eingelebt. Einem anderen Norddeutschen, Karl Immermann aus Magdeburg (1796—1840), gelang im „Münchhausen“ nicht nur der genialste satirische Roman der deutschen Literatur, sondern zugleich das reizendste und doch lebenswahrste Idyll aus dem westfälischen Dorfleben in den Episoden, die sich an den Oberhof knüpfen. Diese „Dorfgeschichte“ gestalteten dann Jeremias Gotthelf (1797—1854) und Berthold Auerbach (1812—82) zu einer besonderen erzählenden Gattung. W. Meris (Häring) schuf nach W. Scotts Vorbilde den historischen Roman († 1871). Doch der Anschauungskreis der Romantik fand bald entschiedene Gegner. Graf August Platen (1796—1835) bekämpfte sie vor allem in seinen satirischen Lustspielen und bewährte in seinen Oden, Sonetten und Romanzen eine glänzende Meisterschaft in den verschiedensten Formen; doch da seine „Marmorglätte“ die deutschen Leser eher abstieß als anzog, so entfremdete er sich dem Vaterlande und starb einsam in Syrakus. Ungleich einflußreicher als er wirkten die literarischen Gegner der Romantik, die aus den Kreisen des deutschen Judentums hervorgingen, Ludwig Börne aus Frankfurt und Heinrich Heine aus Düsseldorf. Die Heimatlosigkeit und die zersetzende Kritik eines Teiles des modernen Judentums, noch verstärkt durch den „Weltschmerz“, den Byrons gewaltige Dichtungen zur Schau trugen, verbanden sich bei ihnen mit dem aus Frankreich herüberdringenden, undeutschen Radikalismus zum Angriff auf alles, was deutsch, monarchisch und christlich war. Doch während Börne über eine reinweg verneinende, radikale Tendenzschriftstellerei niemals hinauskam, gelangen doch Heine neben glänzenden Naturschilderungen einzelne tief und ganz deutsch empfundene Lieder, die ihm unter den größten deutschen Lyrikern einen Platz für immer sichern werden.

Niemals hätte dieser Einfluß so mächtig wirken können, wenn in Deutschland ein wahrhafter Nationalstolz bestanden und wenn nicht fressende Unzufriedenheit über die politischen Zustände einen großen Teil des jüngeren Geschlechts ergriffen hätte. Dieser begrüßte jetzt in jenen jüdisch-deutschen Schriftstellern die Verkündiger einer neuen Zeit, schwelgte mit deutscher Gründlichkeit und Empfindsamkeit im „Weltschmerz“ über das Elend der Gegenwart, namentlich des deutschen Volkes, als dessen verzerrtes Musterbild jetzt, dreißig Jahre nach den Befreiungskriegen, der schläfrige „deutsche Michel“ erschien, sah sehnsüchtig hinüber nach den Ländern echt demokratischer Freiheit, nach Frankreich und Nordamerika, und nannte sich voll Stolz das „junge Deutschland“. In der Buchhändlerstadt Leipzig fanden diese Schriftsteller lange Jahre ihren örtlichen Mittelpunkt. Von ihr ausgehend leisteten Karl Gutzkow († 1878) und Heinrich Laube († 1884) namentlich im Drama, Gutzkow auch im Zeitroman Wirkames, H. Hoffmann von Fallersleben, F. Freiligrath und

Julius Moser als Lyriker und Epiker. Radikal-republikanische Gesinnungen vertrat der begabte Georg Herwegh. Dem wehrte nachdrücklich Emanuel Geibel aus Lübeck (1815—1884), der in formenschönen, gedankenreichen Liedern ebenso wohl der tiefen Sehnsucht nach einer Erneuerung nationaler Größe Ausdruck verlieh, wie er maßvoll alle bloß verneinenden Bestrebungen in Staat und Kirche bekämpfte und die tiefsten Empfindungen eines edlen Herzens ausströmte.

Noch weit mehr als die Dichtung hatten die bildenden Künste mit der Ungunst der Verhältnisse zu ringen. Die französische Revolution hatte auch auf diesem Gebiete die Kette der Überlieferung zerrissen wie in der Wahl der Gegenstände so auch in den Künstlerwerkstätten; an ihre Stelle trat die verwirrende Vorbildung in Akademien und im Studium der Museen. So entstand eine durchaus reflektierende, von persönlichen Neigungen in hohem Grade abhängige Kunst zunächst im Anschluß an den Klassizismus (s. S. 190). Daher überwog auch die plastische Auffassung die malerische, der Sinn für Farbe stumpfte sich ab, die „Idee“ und die Zeichnung erschienen als die Hauptsache, und selbst die technische Fertigkeit sank rasch, da die Künstler oft die unentbehrliche handwerkmäßige Durchbildung verschmähten. Da sich aber diese Richtung mit der Begeisterung für die heimische Vorzeit kreuzte, so gelangte die neue deutsche Kunst zunächst in keinem Zweige zu einem wahrhaft eigenartigen, selbständigen Stile, um so mehr als natürlich auch das schauende und kaufende oder bestellende Publikum die Tradition des Geschmacks gerade so gut verloren hatte und weit und breit die Mittel sehr dürftig waren. Daran konnten die verdienstliche Förderung der Kunstsammlungen und die größten Aufträge des Staates, der jetzt die Kunst als ein edles Mittel der Volkserziehung pflegte, nichts ändern, aber sie schufen neue große Mittelpunkte des Kunstlebens, vor allem Berlin, München, Dresden und Düsseldorf.

In der Baukunst traten sich die Antike und die Gotik scharf gegenüber. An der Wiederherstellung der Marienburg und noch weit mehr des Kölner Domes bildete sich eine neue Schule deutscher Gotiker, die diesen Stil schlechthin als den deutsch-nationalen anerkannt wissen wollte und in der Tat manches Bedeutende geschaffen hat. Ihr setzte zuerst in Berlin der überaus vielseitige K. Fr. Schinkel († 1841), in München E. von Klenze († 1864) eine neue Form der Renaissance entgegen, die unmittelbar an die Griechen anknüpfte. Mit der dorischen Königswache, mit der herrlichen ionischen Säulenhalle des Alten Museums und mit dem Schauspielhause feierte sie in Berlin ihre ersten großen Triumphe; im Prinz Wilhelms Gartenschloß Babelsberg schuf dagegen Schinkel einen reizenden Bau in gotisch-normannischem Stil. In München, auf dem Boden eines künstlerisch besonders begabten Stammes, herrschte mehr als irgendwo sonst der Wille und die Anschauung eines Mannes, König Ludwigs I. Verständnissvoll und freigebig sorgte er für alles. Er berief die Künstler, stellte ihnen die Aufgaben und überwachte ihre Durchführung, er begründete die Erzgießereien in München und Nürnberg, die großen Sammlungen der Glyptothek und der Pinakothek. So schuf er ein neues München neben dem alten, dem freilich das Gemisch der verschiedenartigsten Stilrichtungen von den edlen griechischen Säulnbauten des Königsplatzes bis zu den

etwas nüchternen Renaissancepalästen der Residenz, der Universität u. a. m. das Gepräge unruhiger Mannigfaltigkeit aufgedrückt hat. Daneben bewiesen die Wallhalla bei Regensburg und die Befreiungshalle bei Kehlheim, wie der König die großen Zeiten der vaterländischen Vergangenheit künstlerisch zu verherrlichen gedachte. In Dresden brachte folgerichtiger der geniale Gottfried Semper († 1879) im Anschluß an den feingebildeten, geistvollen Hof König Friedrich Augusts II. (1836—1854) eine neue veredelte Renaissance in dem prachtvollen (alten) Hoftheater und in der Gemäldegalerie dicht neben den Barockbauten des Augusteischen Zeitalters zu wirkungsvollster Geltung.

**Bildnerei.** Für die Bildnerei wurde Berlin durch Gottfried Schadow († 1850) und noch weit mehr durch Christian Rauch (1777—1857) die Hauptstätte. In der Verbindung feinsten Naturgefühls und strengster Schulung an der Antike schuf Rauch sein erstes Meisterwerk, das unvergleichliche Grabdenkmal seiner edlen Herrin, der Königin Luise zu Charlottenburg. Doch als er dann berufen wurde, die jüngste große Zeit der preussischen Geschichte in plastischen Gestalten zu verkörpern, da stieß seine innerliche Vorliebe für ideale Auffassung und Gewandung mit dem gesunden Wirklichkeitsfinne des Königs und der altpreussischen militärischen Überlieferung hart zusammen. Das nötigte den Künstler zum Glück, die Feldherren der Befreiungskriege in der populären und geschichtlichen Uniform zu bilden, und derselbe Gesichtspunkt beherrschte sein großartigstes Werk, das Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin, zu dem am 1. Juni 1840 noch unter den Augen Friedrich Wilhelms III. der Grundstein gelegt wurde (vollendet 1851), ebenso die Standbilder Ernst Augusts in Hannover, Max Josephs in München, Al. Dürers in Nürnberg u. a. m. Indem er daneben unermüdlich die technische Fertigkeit in Marmorarbeit, Erzguß und Stempelschneiderei förderte, zog er eine ganze Schule junger Künstler groß. In München dagegen überwog die klassische Richtung, z. B. in Schwanthalers kolossaler Bavaria.

**Malerei.** Hier herrschte auch seit 1826 Peter Cornelius (1783—1867). Zuerst in der Einsamkeit des römischen Klosters Sant' Ildesonso hatte er mit dem Lübecker Fr. Overbeck, der sich später seinem Glauben und seinem Vaterlande entfremdete († 1869), die Begründung einer neuen deutschen Malerei im Anschluß an die Antike und die Italiener (die „Präraffaeliten“) des 15. Jahrhunderts erstrebt. Jetzt führte er die monumentale gedankenvolle Freskomalerei zum Siege, die die großartige Zeichnung und die Idee, nicht die Farbe, als das Wichtigste betrachtete. Das Volkstümlichste leistete die neue Richtung in der Bilderbibel Julius Schnorrs in Dresden († 1872). Die eigentliche Historienmalerei begründeten außer diesen E. Bendemann und K. Fr. Lessing, und die deutsche Märchen- und Sagenwelt schilderte als Sohn der Romantik der „deutsche“ der Maler, Moritz von Schwind in München. Dagegen wurde die Malerakademie in Düsseldorf unter der Leitung von Fr. W. Schadow (1826—1859) die Pflegestätte der modernen deutschen Malertechnik und einer gemütvollen, zuweilen empfindsamen, der Romantik sich anschließenden Darstellung landschaftlicher, religiöser und volkstümlicher Gegenstände aus dem alltäglichen Leben, wie denn Ludwig Richter in Dresden († 1884) in



seinen feinen Zeichnungen mit Vorliebe das Kleinleben des Bürgerstandes vorführte, der volkstümlichste unserer neuern Maler.

Dresden war es auch, das der vaterländisch-romantischen Oper, wie sie <sup>mannt.</sup> K. M. von Weber zuerst in seinem „Freischütz“ schuf, zum Siege verhalf; dann wagte hier der Feuergeist Richard Wagners (geb. 1813) seine ersten Flüge. Leipzig wurde namentlich durch F. Mendelssohn-Bartholdys Wirksamkeit die anerkannte musikalische Hauptstadt Deutschlands. Von Wien aus gewann L. van Beethovens tiefsinnige Kunst allmählich immer größere Herrschaft; endlich erhoben Franz Schubert und Robert Schumann das deutsche Lied zu einer Macht im deutschen Leben, das seitdem in zahllosen „Liedertafeln“ und „Liederkränzen“ Tausende deutscher Männer aus dem Einerlei des alltäglichen Daseins in eine freiere, ideale Sphäre emporhob und Vertreter der verschiedensten Stände gesellig einigte.

Es war dieselbe Zeit, da die Turnvereine, die sich rasch verbreiteten, einen <sup>Turnvereine.</sup> frischen, stärkenden, stählenden Zug in das Leben des deutschen Bürgers brachten, auch da, wo die allgemeine Wehrpflicht noch nicht bestand. Das Gefühl der Kraft, die Freude an körperlicher Bewegung, die sie erweckten, förderte dann wieder in Verbindung mit der romantischen Naturschwärmerei die frische Wanderlust, zumal in der gebildeten Jugend. Erst jetzt lernten die Deutschen ihr Vaterland und ihr Volk wirklich kennen.

Dieser mächtigen und allseitigen Bewegung auf geistigem Gebiete ging ein <sup>Grundlagen des wirtschaftlichen Aufschwunges.</sup> wirtschaftlicher Aufschwung zur Seite, wie er so schnell in Deutschland noch niemals gesehen worden war. In staatswirtschaftlicher Hinsicht bestimmte ihn der Zollverein, der endlich für Deutschland die nationale Wirtschaft an die Stelle der überwundenen Territorial- und Stadtwirtschaft setzte. Freilich zur vollen Entwicklung kam sie damals noch nicht, weil die Einheit in Maß, Gewicht und Münze ebensowenig zu erreichen war, wie die Einheit des Postwesens. Jene wurde durch die Münzkonvention vom 30. Juli 1838 wenigstens angebahnt, indem <sup>1838.</sup> die norddeutschen Zollvereinsstaaten den preussischen Vierzehntalerfuß annahmen und sich mit den süddeutschen Staaten über ein gemeinsames Silberstück (2 Taler gleich 3½ Gulden rheinisch) verständigten. Im Postwesen bestanden noch, abgesehen von Österreich, 17 verschiedene Verwaltungen nebeneinander, darunter die alte Reichspostverwaltung des Hauses Thurn und Taxis; doch leistete namentlich die preussische Verwaltung unter dem energischen Generalpostmeister Nagler schon sehr Bedeutendes. Sie richtete 1825 die erste große Eilpostlinie zwischen Berlin und Frankfurt a. M. ein, nachdem Sachsen eine solche schon 1823 zwischen Leipzig und Dresden geschaffen hatte, und beschäftigte i. J. 1838 bereits 10000 Personen.

Der gewaltige Aufschwung des Verkehrs, der schon daraus hervorgeht, stand <sup>Binnenverkehr.</sup> technisch unter dem Einflusse einer Vervollkommnung der Betriebsmittel für Handel und Gewerbe, wie ihn nur die Verwendung der Dampfkraft ermöglichte. Schon ehe man sie auf den Verkehr anwandte, förderte ihn in ungeahnter Weise der Ausbau von Kunststraßen. Ihre Gesamtlänge stieg in Preußen von 1817 bis 1828 von 523 auf 1065 Meilen, in Sachsen betrug sie i. J. 1831 etwa 194 Meilen; Hannover baute seit 1834 Klinkersteinstraßen auch durch seine Moore und

Marschen. Auf solchen Straßen bewegte sich ein schwunghafter Frachtverkehr, den einige Jahrzehnte hindurch die Kunst der Fuhrleute mit ihren malerischen, hochbeladenen, vierspännigen, 80—100 Zentner tragenden Frachtwagen durch ganz Deutschland vermittelte.\*) Doch das trat bald weit hinter den Eisenbahnen zurück. So gewagt erschien ihre Anlage zunächst den meisten, obwohl Fr. List schon i. J. 1833 mit genialem Scharfblick die Grundzüge eines deutschen Eisenbahnnetzes entwarf, daß die Staatsregierungen anfangs überall das zukunftreiche Unternehmen dem Privatkapital überließen. So wurde zuerst 1835 die kurze Linie Nürnberg-Fürth eröffnet, 1837 die Strecke Leipzig-Dresden, 1838 Berlin-Potsdam; die erste deutsche Staatsbahn war die Linie Braunschweig-Wolfenbüttel 1838. Im J. 1848 bestanden fortlaufende Eisenbahnlinien von Aachen über Hannover und Magdeburg bis Berlin, Stettin und Oderberg, von Kassel über Eisenach, Leipzig und Dresden bis Breslau, von Kiel bis Nürnberg, von Frankfurt a. M. bis Efringen (bei Basel); das übrige Süddeutschland stand noch weit zurück. Daneben behauptete aber die Flußschiffahrt ihre alte Bedeutung. Um meisten geschah für den Rhein. Nachdem schon der erste Pariser Friede die Rheinschiffahrt für „frei bis ins Meer“ (*jusqu'à la mer*) erklärt hatte, traf die Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 auf dieser Grundlage nähere Bestimmungen, und im August trat zur Überwachung ihrer Ausführung in Mainz eine Rheinschiffahrtszentralkommission der Uferstaaten zusammen. Aber die Zollstätten und Durchgangsabgaben blieben bestehen, und indem Holland das *jusqu'à la mer* willkürlich deutete „bis ans Meer“, schädigte es durch seine sogenannten „Seezölle“ auf den „Meerbusen“ Waal und Maas die deutsche Schiffahrt Jahrzehnte hindurch. Erst die Rheinschiffahrtskonvention vom 1851. 31. März 1851 beseitigte dieses Hemmnis und setzte die Gebühren und Zölle herab. Seit dieser Zeit arbeiteten die Uferstaaten auch eifrig und mit Erfolg an der Verbesserung der Strombahn. Dahinter blieb damals die Elbe noch weit zurück. Der Tarif von 1821 ermäßigte allerdings die Zölle, aber die Fahrbahn blieb noch lange in schlechtem Zustande. Wenig geschah in dieser Zeit für die Kanäle. Der Ludwigskanal zwischen Altmühl und Rednitz, den König Ludwig I. 1834—1846, einen alten Plan Karls des Großen wieder aufnehmend (s. I, S. 181), erbaute, um eine Wasserverbindung zwischen Donau und Rhein, also zwischen dem Schwarzen Meere und der Nordsee, herzustellen, erfüllte diese hochgespannten Erwartungen wegen seiner geringen Abmessungen nicht; der oberländische Kanal in Ostpreußen, mit seiner kunstvollen Schleusenanlage 1844 begonnen, hatte nur lokale Bedeutung. Aber auch für den Flußverkehr begann eine neue Zeit mit der Einführung der Dampfschiffe. Im J. 1816 erschien das erste niederländische Dampfboot auf dem Rheine, i. J. 1825 wagte der erste deutsche Dampfer die Fahrt bis Straßburg; dann entstanden in Köln und Düsseldorf Gesellschaften für diesen Betrieb. Auf der Oder begann die Dampfschiffahrt i. J. 1825, auf der Donau 1833, auf der oberen Elbe 1837. Eine außerordentliche Steigerung des Güter- und Personenverkehrs war die Folge solcher Verbesserungen.

\*) In Preußen gab es 1816: 3694 Fuhrleute mit 8440 Pferden, 1849: 7720 mit 20413 Pferden.

Die sämtlichen deutschen Eisenbahnen beförderten i. J. 1841 schon etwa 3700000 Menschen. Die Zahl der Rheinschiffe betrug i. J. 1819 1043, i. J. 1848 nur 748; dafür hatte sich ihre Größe, also ihre Tragkraft außerordentlich gesteigert ebenso die Zahl ihrer Fahrten. Während i. J. 1822 in Mainz 5236, in Köln, 7247 Fahrzeuge ein- und ausliefen, betrug ihre Zahl i. J. 1855 dort 17553, hier 12065; sie beförderten i. J. 1857 eine Gütermasse von fast 62 Millionen Zentnern, davon die große Hälfte schon durch Dampfkraft. Dagegen verfügten die Elbschiffer noch 1852 nur über 403 Schiffe, von denen keines mehr als 3000 Zentner trug.

Der verhältnismäßig rasche Ausbau des norddeutschen Eisenbahnnetzes begünstigte das überaus schnelle Aufblühen Berlins, das schon i. J. 1848 der Knotenpunkt von fünf Eisenbahnlinien war und seine Bevölkerung von 1810 bis 1840 mehr als verdoppelte (von 157000 auf 330000 Einwohner), er steigerte aber auch die Bedeutung des alten Meßplatzes Leipzig auf seine höchste Höhe; i. J. 1855 hatte es z. B. eine Wareneinfuhr von 1625000 Zentnern.

Zu dieser Belebung des Binnenverkehrs trat eine gewaltige Steigerung des Seeverkehrs, auswärtigen, namentlich des überseeischen Handels. Zwar den Handel der preussischen Ostprovinzen schädigte die russische Grenzsperrung aufs schwerste, und die preussische Reederei erholte sich anfangs nur langsam; sie erreichte erst 1859 mit 1081 Schiffen und 115000 Last wieder die ungefähre Stärke d. J. 1805. Dagegen wuchs der Verkehr gewaltig in den Nordseehanseestädten Hamburg und Bremen, die, abgesehen vom nationalen Zollgebiet, noch ihre selbständige Stadtwirtschaft behaupteten und als Freihäfen die ausländische Einfuhr vor der inländischen Ausfuhr eigennützig begünstigten. Das rührige Bremen brachte den Tabakshandel fast ganz in seine Hand, stellte i. J. 1817 seinen ersten Konsul in Nordamerika an, sicherte sich, als die Weser immer mehr versandete, durch die Gründung von Bremerhaven (1827), das Werk des großen Bürgermeisters Joh. Smidt, die Herrschaft über die Mündung des Stromes, förderte durch die Übernahme des Auswanderertransportes gewaltig seine Reederei und eröffnete i. J. 1847 mit seinen ersten beiden Ozeandampfern „Hermann“ und „Washington“ den regelmäßigen Verkehr mit Neu-York. In dieser Beziehung überflügelte es seine Schwesterstadt Hamburg, die i. J. 1840 nur 30 Schiffe nach Nordamerika auslaufen und 70 von dort her eingingen sah; trotzdem stieg die Elbstadt zum ersten Hafen des Festlandes empor. Sie beherrschte den Seeverkehr mit Frankreich und England, ihre Kaufherren faßten sehr bald Fuß in den befreiten Staaten des früheren spanischen Mittel- und Südamerika. Selbst der furchtbare Brand, der vom 5.—8. Mai 1842 etwa den fünften Teil der Stadt verzehrte und einen Schaden von 65 Millionen Talern verursachte, hat diese Entwicklung nicht aufgehalten. Die Zahl der ankommenden Schiffe betrug i. J. 1840 2937 (darunter 343 Dampfer) mit 336647 Tonnen Gehalt, die Zahl der Hamburger Schiffe ebendamals 174 mit 32000 Tonnen. Sehr langsam freilich verschob sich das Verhältnis der Gesamteinfuhr des Zollvereins zu gunsten der Ausfuhr; erst i. J. 1858 kam diese letztere jener beinahe gleich (375 Millionen Taler zu 377 Millionen Taler).

Wenn dies der Fall war, so verdankte Deutschland dies vor allem dem Aufschwunge seines Gewerbfleißes. Seitdem die Dampfkraft auch ihn beherrschte, ver-

Gewerb-  
fleiß; Land-  
wirtschaft.

drängte der Fabrikbetrieb die Handarbeit, drängte dadurch die Industrie mehr und mehr in große Mittelpunkte zusammen und förderte zugleich die Ausbeutung der Bergwerke, namentlich der Kohlen- und Eisengruben.

In Sachsen wurden 1846 etwa  $9\frac{1}{2}$  Millionen Zentner Kohlen gefördert (i. J. 1863 über 63 Millionen); dort beschäftigte damals schon die Industrie 46 Prozent, der Ackerbau nur 22 Prozent der Bevölkerung. In Preußen erreichte die Steinkohlenproduktion schon i. J. 1855 die Höhe von 37 Millionen Zentnern. Gewaltige Fabriken, wie die Eisengießereien und Maschinenbauanstalten von Borsig in Berlin und Hartmann in Chemnitz, oder die Gußstahlfabrik von F. Krupp bei Essen traten ins Leben.

Auch für die Landwirtschaft kam eine goldene Zeit. Ihre Erzeugnisse stiegen infolge der vermehrten Nachfrage fortwährend im Preise (bis 1863); die Befreiung des Bauernstandes, die Teilung der Gemeindeländereien und die Zusammenlegung der Grundstücke beförderten die Unternehmungslust und lockten das städtische Kapital an, und mächtig wirkte auf ihren Betrieb die Wissenschaft ein, deren Anwendung zuerst Albrecht Thaer († 1828), der Reformator des deutschen Landbaues, und Justus Liebig (1803—1873), der große Erneuerer der deutschen Chemie, in noch viel umfassenderer und eindringenderer Weise lehrten. Erst jetzt ging man fast allgemein zur Fruchtwechselwirtschaft und in Verbindung damit zur Stallfütterung und zur rationellen Düngung über, und einen ganz neuen Zweig von größter Bedeutung begründete der Anbau der Zuckerrübe, der während der Kontinental Sperre zuerst in Schlesien begonnen wurde und sich von da namentlich über Posen und die Provinz Sachsen rasch verbreitete. Soweit solche Verbesserungen größere Kapitalsanlagen erforderten, war das noch wachsende Übergewicht des Großgrundbesitzes im Osten Preußens wohl ein Vorteil (durchschnittlich 40 Prozent, in Neuwestpreußen 80 Prozent).

Wohlstand  
und Be-  
völkerung.

Der steigende Wohlstand trat in den gewaltigen Aufwendungen für Verkehrsmittel und Fabrikanlagen ebenso hervor, wie in dem Steigen der Steuererträge und in der raschen Vermehrung der Sparkassen, die für die mittleren und unteren Stände vor allem in Betracht kommen. Ebenso wuchs die Bevölkerung sehr schnell, namentlich in Norddeutschland. Große Katastrophen, wie die schreckliche Springflut vom Februar 1825 an der Nordsee, die ein Drittel von Ostfriesland sowie die Uferlandschaften der Unter-Elbe und der Unter-Weser überschwemmte, verheerende Seuchen, wie die Cholera, die zuerst 1831 von Polen her nach Deutschland kam und trotz aller Absperrungsmaßregeln bis Hamburg und Kassel vordrang, oder Missernten und Teuerungsjahre, wie 1846/47, hemmten den Aufschwung nicht wesentlich.

Die Gesamtzahl der Bevölkerung betrug 1816 für das Gebiet des heutigen Deutschen Reiches 24 831 000 Einwohner, wovon etwas über 10 Millionen auf Preußen fielen, 1840 aber 33 Millionen. Dabei stieg die Bevölkerungsziffer in Preußen bis 1851 auf 12 762 000, bis 1855 auf 17 Millionen, in Sachsen von 1834 bis 1855 von 1 595 000 auf etwas über 2 Millionen, wogegen sie sich in Bayern im gleichen Zeitraume nur von 4 246 000 auf 4 546 000 Seelen hob. Im allgemeinen wuchs dabei die Volkszahl der größeren Städte unverhältnismäßig rasch, weitaus am schnellsten in Berlin (s. S. 355). Dresden hatte 1826: 48 000 Ein-



wohner, 1849: 94000; Leipzig 1834: 44000, 1849: 62000; Chemnitz 1803: 9900, 1864: 54000.

Vorübergehende Notstände, verhältnismäßige Übervölkerung und politische Unzufriedenheit haben nun in diesen Jahrzehnten eine immer stärkere Auswanderung namentlich über See hervorgerufen.

Nach wie vor wanderten zahlreiche Kaufleute, Gewerbetreibende und Gelehrte nach England aus und wurden dort z. B. die Begründer der blühenden Industrie von Eodj. Aber die Hauptmasse ging nach Nordamerika und zwar größtenteils über Bremen. Während zwischen 1820 und 1850 kaum 7000 Deutsche dorthin zogen, belief sich ihre Zahl von 1850—1850 auf nicht weniger als 587000 Köpfe. Die meisten Auswanderer waren Landleute; sie stammten aus den dünnbevölkerten Ackerbau-landschaften Preußens, Mecklenburgs und Bayerns, wo der Großgrundbesitz dem Landmann die Erwerbung eigenen Grund und Bodens erschwerte, oder sie kamen aus dem südwestlichen Deutschland, wo die Zerstückelung des Grundbesitzes ähnliche Wirkungen hervorbrachte. In der Mehrzahl wandten sie sich nach der Nordhälfte des Binnenlandes jenseits der Alleghanies; von den Südstaaten nahm nur Texas seit 1844 stärkere Scharen auf. Seitdem nach 1850 auch zahlreiche gebildete Männer einwanderten, gewann dieses amerikanische Deutschland durch Vereine, Schulen und Zeitungen einen etwas festeren Halt gegenüber dem Amerikanertum, und einzelne Deutsche brachten es sogar zu hervorragender Bedeutung, wie der Pfälzer Joh. Jakob Astor, der als einer der größten Kaufherren Neu-Yorks i. J. 1848 starb, oder sein Landsmann Joh. August Sutter, der noch unter spanischer Herrschaft i. J. 1839 durch die Entdeckung der Goldfelder den ersten Anstoß zur Besiedlung Kaliforniens gab. Nur vereinzelte deutsche Siedlungen entstanden seit 1818 in Brasilien, andere seit 1837 in Australien (Neu-Süd-Wales).

Dem Vaterlande brachten alle diese hunderttausende seiner Söhne keinen Vorteil; auch wenn sie nicht, wie die meisten, sich allmählich ihres Volkstums entäußerten, sie gingen ihm doch mit allem ihren Können und Wissen einfach verloren.

So waren neue Verluste die Folgen alten Unglücks und fortdauernder Missetände. Dieses deutsche Volk, dessen siegreiche Waffen das Napoleonische Weltreich zer schlagen hatten, galt als politisches Ganze im Auslande schlechterdings nichts. Es besaß keine Kolonien, keine Kriegsflotte, nicht einmal eine gemeinsame Vertretung. Und doch forderte schon der wachsende Verkehr mit dem Auslande alles dies gebieterisch. Andererseits verwuchsen die Landschaften des zollvereinten Deutschland immer fester zu einer wirtschaftlichen Einheit, immer stärker faßten Verkehr und Fabrikbetrieb die materiellen Mittel in großen Zentralpunkten zusammen. So drängte die wirtschaftliche Entwicklung immer mächtiger zu einer strafferen staatlichen Einheit. Aber nicht nur in dieser Beziehung begannen die Deutschen zu einer Nation zu werden. Die Höchstgebildeten fühlten sich im Bewußtsein einer herrlichen Literatur, einer unvergleichlichen Wissenschaft und einer großen Vergangenheit schon schlechtweg als Deutsche. Wieder also, wie am Anfange des 16. Jahrhunderts, war die Gesamtverfassung Deutschlands hinter der Kultur der Nation weit zurückgeblieben. Aber auch die innerstaatlichen Verhältnisse entsprachen den Anschauungen und Interessen eben der Kreise nicht mehr, die sich mit der gewaltigen Entfaltung der wirtschaftlichen und geistigen Kultur am meisten emporhoben, dem Kapitalbesitzenden und gebildeten städtischen Mittelstande. Jetzt erstrebte dieser „dritte Stand“ die

Auswanderung.

Die Kultur und der Staat.

Herrschaft im Staate für sich und eröffnete deshalb im merkwürdigeren den Kampf gegen das Übergewicht des Grundbesitzes in den Landesvertretungen und in der Landesverwaltung. Zugleich forderte er die völlige Befreiung des Grund und Bodens von allen gutsherrlichen Lasten und suchte die Bevormundung abzuschütteln, die er in der Zensur wie in der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes sah. Dabei stand er wesentlich unter der Herrschaft des französischen oder englischen Verfassungsideals, wie es Dahlmann in seiner „Politik“ (1835) maßvoll und mit Benutzung aller Erfahrungen des konstitutionellen Lebens in Deutschland zusammenfaßte. Sein Ideal war die konstitutionelle Monarchie nach dem Muster Englands, doch unter Voraussetzung eines kräftigen Königtums; als Hauptträger des Staates erschien ihm der gebildete städtische Mittelstand, den Adel kannte er wenig, von dem vierten Stande nur die Bauern. Schon gewannen freilich auch die Lehren der französischen Sozialdemokratie, die einen völligen Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Besitzverhältnisse im Sinne der Herrschaft des „vierten Standes“, der städtischen Arbeitermassen erstrebten und also dem bürgerlichen Liberalismus ebenso feindlich gegenüberstanden wie dem Grundbesitz, einigen Einfluß auf die Massen.

Der  
Vereinigte  
Landtag in  
Preußen.

Zunächst entfaltete sich nun der konstitutionelle Gedanke mit ungeahnter Stärke in Preußen. Weniger die anwachsende Opposition in der öffentlichen Meinung, als die Verpflichtung von 1815, die Befürchtung, daß die Provinziallandtage auflösend auf die Staatseinheit wirken könnten, endlich die Notwendigkeit einer großen Eisenbahnanleihe für die Erbauung der Ostbahn drängten den König vorwärts. Wohl machte Prinz Wilhelm in der vorberatenden Kommission scharfblickend die Gefahren geltend, die eine Volksvertretung dem Königtume bereiten könne, falls es nicht in kräftigen Händen ruhe, aber auch er konnte sich der Notwendigkeit nicht 1847. entziehen, und so berief das königliche Patent vom 3. Februar 1847 den „Vereinigten Landtag der Monarchie“, nämlich alle acht Provinziallandtage als eine große Körperschaft in zwei Kurien (Herrenkurie und Dreiständekurie) für den 11. April nach Berlin. In Steuersachen sollte die Versammlung beschließende, in Gesetzgebungsangelegenheiten nur beratende Befugnis haben; eine regelmäßige Berufung in vierjährigen Zwischenräumen war nur den von ihr zu wählenden „Vereinigten Ausschüssen“ zugebracht. Eben diese Beschränkung der Befugnisse erregte in Verbindung mit der ganz ständischen, den Grundbesitz bevorzugenden Zusammensetzung des Landtages bei den Liberalen, in Ostpreußen, Schlesien und Rheinland heftigen Widerspruch. Daher machte auch die feierliche Eröffnung der Versammlung im Weißen Saale am 11. April und die schwungvolle Rede des Königs, „noch einmal eine Manifestation des Königtums von Gottes Gnaden“, nur einen gemischten Eindruck, und offen brach der Gegensatz der Auffassungen schon in der stürmischen und glänzenden Debatte über den Antrag des Grafen Schwerin auf Erlass einer Adresse (Antwort) an den König heraus. Daß der ritterschaftliche Vertreter Otto von Bismarck-Schönhausen die Vorliebe der Liberalen für fremde Vorbilder scharf zurückwies, zog ihm nur ihren Haß zu. Am demselben prinzipiellen Gegensatze scheiterte die Verständigung über die von der Mehrheit geforderte regelmäßige Berufung des

Vereinigten Landtages und das Gesetz über die Eisenbahnanleihe, da die liberale Mehrheit hierfür beschließende Kompetenz beanspruchte; auch die Wahl der Vereinigten Ausschüsse vollzog sich nicht ohne heftigen Widerspruch. Unter beiderseitiger Verstimmung wurde der Landtag am 27. Juni geschlossen. Trotzdem erschien er als „ein großer Triumph des deutschen Geistes“. Der Ernst der Debatten, der Gehalt der Reden, die loyale, dabei echt deutsche Gesinnung, die Zahl bedeutender Männer übertraf weitaus alles, was die konstitutionellen Mittelstaaten bis jetzt erlebt hatten. Auch der König empfand, daß es für ihn ein Rückwärts nicht mehr gab. Als die Vereinigten Ausschüsse im Januar 1848 wirklich zusammentraten, verhiess er in seiner Botschaft vom 7. März die regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages. Freilich die Mißstimmung ließ sich dadurch nicht beschwichtigen. Namentlich im Rheinlande war die Erregung groß, und in Posen rührte sich das Polentum. Schon im Herbst 1841 war ein Anschlag auf die Festung Posen gemacht worden, im Februar 1847 war ein Aufstandsversuch nur durch rasches Eingreifen erstickt.

Überall verschärfte sich der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten. In Sachsen trat zuerst auf dem Landtage von 1836 eine liberale Partei hervor, die sich im hochindustriellen Vogtland gebildet hatte und seitdem auf jedem Landtage in verstärkter Zahl wiederkehrte. Daneben gewann die radikal-demokratische Partei von Leipzig aus, wo R. Blum mit seiner naturwüchsigen Beredsamkeit die Massen beherrschte, allmählich Boden. Aus Furcht, diese zu fördern, verhielt sich die Regierung auch den liberalen Forderungen gegenüber ablehnend, und B. von Lindenau, die Seele der Reformen seit 1831, trat zurück. Noch mehr steigerte sich die Aufregung, namentlich in Leipzig, als die Regierung den freigemeindlichen „Eichsfreunden“ scharf gegenübertrat. Das alte protestantische Mißtrauen der Bevölkerung sah dahinter den Einfluß der Jesuiten, und da grundloser Weise Prinz Johann, der Bruder des Königs, als deren Gönner beargwöhnt wurde, so kam es bei einer dienstlichen Anwesenheit des Prinzen in Leipzig am 12. August 1845 zu so unruhigen Auftritten, daß das Militär, übrigens ohne Wissen und Willen Johannis, in die Massen feuerte. Scharfe Maßregeln gegen die Presse und die Vereine folgten, und die Verstimmung wuchs. Daher verlief der mit großer Spannung erwartete Landtag von 1845/46 fast ergebnislos, und als nun das schwere Notjahr 1846/47 hereinbrach, da wirkten zwar Regierung und Volk zur Bekämpfung des Elendes kräftig zusammen, aber in diesem dichtbevölkerten Industrielande erhob seitdem neben dem ungelösten politischen Zwiespalt die soziale Frage drohend ihr Haupt empor.

Auch die süddeutschen Staaten, die auf ein etwas älteres konstitutionelles Leben zurückblickten, blieben von solchen Kämpfen nicht unberührt. In Bayern führte die Nachwirkung der Julirevolution eine Wendung in der Regierungsweise Ludwigs I. herbei. Besorgt gemacht durch die Aufregung in Franken und in der Pfalz berief der König den Fürsten von Ottingen-Wallerstein zum Minister des Innern, schritt gegen die Teilnehmer des Hambacher Festes mit großer Schärfe ein, ließ die Universitäten mißtrauisch überwachen und warf sich endlich unter den Eindrücken des

preussischen Kirchenstreites mit der Berufung des Ministeriums Abel (1. November 1837) ganz und gar der ultramontanen Partei in die Arme, die dem Königtum eine feste Stütze gegenüber der Revolution zu gewähren schien und Bayern zur Schutzmacht des deutschen Katholizismus machen wollte, wie einst in den Zeiten der Liga. Bald erregte die Erschwerung der Bildung evangelischer Gemeinden, das Verbot des Gustav-Adolfvereins, die Vorschrift, daß auch protestantische Soldaten im Dienst beim Hochamt das Knie beugen sollten, die Begünstigung der Klöster und die strenge Handhabung der Zensur den Argwohn der Protestanten. Auch mit den Kammern geriet der Minister auf dem Landtage von 1840 in Streit über die Frage, ob diesem die Aufsicht über die Verwendung der Überschüsse im Staatshaushalte zustehe, und i. J. 1846 nahm Fürst Wallerstein als Führer der Opposition, die ihren Sitz in den neugewonnenen protestantischen Landschaften hatte, den Kampf offen auf. Da wurde der König doch schwankend, und als sich Abel in Gemeinschaft mit sämtlichen Ministern rundweg weigerte, die vom König begehrte Standeserhöhung seiner Favoritin, der spanischen Tänzerin Lola Montez, zu vollziehen, da entließ der erzürnte Monarch am 13. Februar 1847 sie alle in höchster Ungnade und berief nach der kurzen Amtsführung des Freiherrn zu Rhein den Fürsten Wallerstein wieder ans Ruder. Dafür richteten nun wieder die Klerikalen unausgesetzte Angriffe auf Lola Montez (jetzt Gräfin Landsfeld) und regten gegen sie auch die Münchner Bürger- und Studentenschaft auf, weil sie die Spanierin als ihre Feindin betrachteten, bis endlich der König, obwohl tief verletzt, ihre Entfernung verfügte.

Baden. Gefährlicher gestalteten sich die Verhältnisse in Baden unter Großherzog Leopold (1830—1852). Hier war allmählich unter dem Einflusse der französischen und schweizerischen Nachbarschaft die radikal-republikanische Partei besonders in Mannheim und Konstanz unter Führern wie Hecker, Struve, Fickler u. a. zu großer Stärke angewachsen und stand zu der gemäßigten liberalen Partei, deren bedeutendster Führer Karl Mathy (1807—1868) war, im lebhaftesten Gegensatz. Im Landtage herrschten zunächst die Liberalen, sie brachten auch im Einvernehmen mit dem Ministerium Winter eine Reihe von Reformen zustande, darunter die treffliche Gemeindeordnung. Aber nach Winters plötzlichem Tode (26. Januar 1838) gewann der durch und durch österreichisch und hochkonservativ gesinnte Freiherr von Blittersdorf als Minister des Auswärtigen großen Einfluß auf den Großherzog und beschwor einen erbitterten Streit herauf, als er verfassungswidrig den Beamten den Eintritt in den Landtag verbot und diesen 1841 selbst auflöste. Die Neuwahlen ergaben aber eine so bedeutende Verstärkung der radikalen Partei, daß Blittersdorf an eine gewaltsame Verfassungsänderung mit Hilfe des Bundestages dachte. Da der Großherzog widerstrebte, gab der Minister seine Entlassung (November 1843), aber erst nach mehreren Jahren kam mit J. Beck am 13. Dezember 1846 die liberale Partei ans Ruder, unter deren Einflusse das Strafrecht und der Strafprozeß umgestaltet wurden. Trotzdem blieb das Mißtrauen bestehen und kam der radikalen Partei zu statten.

Schleswig-Holstein. Zugleich wurde das nationale Gefühl wieder lebhaft erregt durch die Bestrebungen der eiderdänischen Partei, mindestens Schleswig dem dänischen Reiche



einzuverleiben und also von Holstein loszureißen. Dagegen suchte der Ausschuß der holsteinischen Ritterschaft, unterstützt von patriotischen Professoren der Kieler Universität, wie Dahlmann, das alte Landesrecht wieder zu beleben, wurde aber i. J. 1823 mit seiner Beschwerde vom Bundestage abgewiesen. Nach der Julirevolution suchte die dänische Regierung durch Gewährung von Provinziallandtagen zu beschwichtigen (1834). Doch das bevorstehende Aussterben des Mannsstammes der dänischen Königsfamilie erweckte die Aufregung aufs neue, weil in diesem Falle in Dänemark das Haus Glücksburg, in Schleswig-Holstein das Haus Augustenburg folgen, also beide Staaten getrennt werden mußten. Um dies zu verhüten, verfocht König Christian VIII. (1839—1848) in seinem „offenen Briefe“ vom 8. Juli 1846<sup>1846</sup> die Erbfolge der Glücksbürger auch in Schleswig und rief dadurch ebensoviel in den Herzogtümern wie in ganz Deutschland die größte Aufregung hervor.

Eine gewitterschwüle Stimmung lagerte sich über Deutschland. Gleichzeitig drängte das Bedürfnis auf eine Umgestaltung der einzelstaatlichen Verhältnisse und der Bundesverfassung. Doch in beiden Beziehungen wogten die Meinungen verworren durcheinander. In der Einheitsfrage gab es eine abgeklärte, herrschende Anschauung überhaupt nicht. Wenige scharfblickende Männer wie im Norden Dahlmann und im Süden der feurige Schwabe Paul Pfäfer hofften auf Preußen; aber über die schließlich entscheidende Frage, das Verhältnis zu Österreich, hatten auch sie keine feste Ansicht. Der ungeheuren Mehrzahl der Deutschen vollends galt das, was sie unter Freiheit verstanden, ungleich höher. Das Ideal der Radikalen war die demokratische Bundesrepublik, ein Gedanke, der zwar auf gründlicher Verkenntnis der politischen und sozialen Entwicklung Deutschlands beruhte, aber geeignet war, die Massen mit tönenden Schlagworten hinzureißen. Was die Liberalen erstrebten, entsprach unleugbar in vielen Beziehungen dem wirklichen Bedürfnis, war aber vielfach auch zu theoretisch gedacht. Die konservativ Gesinnten, die bisher leitenden Kreise, Adel und Beamtentum, fühlten wohl, daß eine Umgestaltung unvermeidlich sei, aber sie hielten sich fast überall unentschlossen zurück. Dazu gesellte sich auch bei bedeutenden Männern ein gewisser Mangel an fester politischer Willenskraft, das Erbteil einer einseitigen wissenschaftlich-literarischen Bildung, die mehr fremde Gedanken zu verstehen, als eigene durchzusetzen gelehrt hatte. Außer schmerzlichste entbehrte Deutschland in diesem Drange eines großen Staatsmannes. Der vor allem, den seine Stellung zu einer solchen Rolle berufen hätte, König Friedrich Wilhelm IV., ließ sich nach wie vor von seinen romantischen Ideen viel mehr leiten, als von den Bedürfnissen der lebendigen Gegenwart. Umsonst suchten patriotische und einsichtige Fürsten wie Herzog Ernst von Koburg-Gotha, ihn vorwärts zu drängen; der König wollte eine Bundesreform nur im Einvernehmen mit Österreich. Für die nationale Sache wurde dieses Verhältnis verhängnisvoll. Denn ihre Leitung fiel jetzt dem liberalen Mittelstande vornehmlich des südlichen und westlichen Deutschland zu, der von gehässigen Vorurteilen gegen Preußen erfüllt war. Vor allem aber spielten die Gelehrten eine Hauptrolle, war doch das Ideal der deutschen Einheit zunächst aus der Begeisterung für die große Vergangenheit entsprungen. Die großen wissenschaftlichen Wander-

Die  
allgemeine  
Lage.

versammlungen der Philologen (seit 1845), vor allem der Germanisten (1846 im Römer zu Frankfurt a. M., 1847 im Hansesaale des Lübecker Rathhauses), vereinigten die besten Namen der deutschen Wissenschaft zu formlosen Parlamenten, die neben wissenschaftlichen Gegenständen auch schon praktische, politische Fragen verhandelten. So gewöhnten sich die Deutschen mehr und mehr daran, in den Männern der geistigen Arbeit auch ihre politischen Führer zu sehen. Von diesen Kreisen ging nun auch die Gründung der „Deutschen Zeitung“ 1847 aus, die unter der Leitung von G. Gervinus in Heidelberg erschien und zuerst den Versuch machte, die Liberalen Nord- und Süddeutschlands mit einander in engere Beziehungen zu setzen. Noch näher rückten zwei große Parteiversammlungen den praktischen Fragen auf den Leib. Am 12. September 1847 formulierten die Radikalen namentlich Badens in Offenbach ihr Programm (Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Preß- und Vereinsfreiheit, Volksvertretung am Bunde); am 14. Oktober sprachen sich zahlreiche liberale Abgeordnete, auch aus Preußen, in Heppenheim für den Bundesstaat unter preussischer Führung im Anschluß an den Zollverein und in Verbindung mit der Berufung eines deutschen Parlaments aus. Darauf bezügliche Anträge sollten in den Kammern der Einzelstaaten eingebracht werden. Das geschah am 12. Februar 1848 in Karlsruhe durch Bassermann, am 27. Februar in Darmstadt durch Heinrich von Gagern. Doch eine so friedliche Entwicklung, wie die hier in Aussicht genommene, war den deutschen Dingen nicht beschieden.

Die „Märzministerien“ und die „Märzerrungenschaften“.

In den letzten Tagen des Februars 1848 flog die Kunde durch das Land, eine neue Revolution habe in Paris den König Louis Philipp gestürzt und die Republik sei ausgerufen. Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der Gemüther. Mit Furcht blickten die einen, mit Hoffnung die anderen nach der Westgrenze. Schien doch der Ausbruch eines neuen Revolutionskrieges fast unzweifelhaft und ein Umsturz auch in Deutschland unausbleiblich. In den Massen griffen radikale Umwälzungsgedanken reißend schnell um sich. Im Odenwalde und in Württemberg kam es zu Bauernunruhen, in den Weberdörfern Sachsens gährte es, in den größeren Städten wagten sich sozialistische Tendenzen hervor. Denn neben der politischen Unzufriedenheit machte sich die Nachwirkung der Nothstände d. J. 1846/47 und des strengen Winters von 1847/48 geltend. Dazu trat jetzt eine allgemeine Geschäftsstockung ein; die Fabriken feierten, Tausende wurden brotlos, der Kurs sank reißend, das Bargeld verschwand aus dem Verkehr. Inmitten dieser wogenden Aufregung gelang es den Führern der Liberalen allerorten, da die Regierungen sich schwach und unsicher zeigten, durch stürmische Volkskundgebungen die Gewährung der volkstümlichen Forderungen von Offenbach zu erzwingen, die bisherigen Ministerien zu stürzen und selbst das Staatsruder zu ergreifen. In Baden behauptete sich das Ministerium Bess, in Württemberg aber übernahm Römer, in Darmstadt, wo der Erbgroßherzog Ludwig (III.) am 5. März zum Mitregenten seines Vaters berufen wurde, H. von Gagern, in Nassau Hergenhahn, in Hessen-Kassel Wippermann, in Hannover Stüve, der Führer der verfassungsrechtlichen Opposition, in Sachsen Braun (mit Oberländer und von der Pfordten) das Ministerium. Auch in Bayern bewilligte Ludwig I. die

Berufung eines liberalen Ministeriums und verhiess in einer Proklamation am 6. März seine kräftige Mitwirkung bei der Neugestaltung Deutschlands durch ein Parlament. Als indes das Gerücht, Gräfin Landsfeld werde zurückkehren, neue Unruhen veranlaßte, verzichtete er am 20. März freiwillig und fast heiteren Muts auf die Krone zu gunsten seines Sohnes Maximilian II. (1848—1864), ohne deshalb aufzuhören, der Kunst in Bayern die freigebigste Fürsorge zu widmen. Selbst der Bundestag wandte sich unter Leitung des preussischen Gesandten Grafen Dönhoff am 1. März mit einer patriotischen Ansprache an das deutsche Volk, stellte am 3. März den Regierungen die Einführung der Pressefreiheit anheim, erkannte die Burschenfarben Schwarzrotgold amtlich als die deutschen Farben an und forderte am 10. März die Bundesregierungen auf, siebzehn „Vertrauensmänner“ zu seiner Verstärkung nach Frankfurt zu entsenden. Überall schossen nun Vereine und Zeitungen in Masse empor; die „Freiheit“ hatte einen fast mühelosen Sieg errufen.

Die populäre Bewegung auf die „Einheit“ dagegen kam erst in Fluß durch die Zusammenkunft der 51 Liberalen und Radikalen in Heidelberg am 5. März. Sie beschloßen alle Mitglieder der deutschen Einzellandtage für den 30. März zu einem „Vorparlament“ nach Frankfurt zu entbieten, das die Berufung einer deutschen „Nationalversammlung“ beraten sollte, stellten die Grundzüge einer deutschen Reichsverfassung auf und setzten einen Ausschuß von sieben Männern zur Ausführung dieser Beschlüsse ein. Fast gleichzeitig nahmen die Regierungen die Leitung der Einheitsbewegung in die Hand. Auf Grund der Denkschrift eines Vertrauten König Friedrich Wilhelms, J. von Radowitz (vom 20. November 1847), luden Preußen und Österreich in einem Rundschreiben vom 7. März die Bundesregierungen für den 25. März zu einem Kongreß nach Dresden ein. Auch waren schon Verhandlungen unter süddeutschen Parlamentariern im Gange, um die Leitung der Reform in die Hände des Königs von Preußen zu legen, da griff der Ausbruch der Revolution in Österreich und Preußen verhängnisvoll in den Gang der Ereignisse ein.

In Österreich hatte der Tod Franz I. am 2. März 1835 und die Thronbesteigung seines Sohnes Ferdinand (1835—1848) an der Regierungsweise nicht das Mindeste geändert. Vielmehr war, da die Kränklichkeit und Unfähigkeit des Kaisers die Einsetzung einer Art von Regentschaft, der Staatskonferenz, notwendig machte, der alternde Fürst Metternich als deren tatsächlicher Vorsitzender mächtiger als zuvor. Doch alle Polizeikünste hatten nicht zu hindern vermocht, daß der Strom der modernen Ideen auch über die österreichische Grenze hereinflutete und die schlummernden Völker des Kaiserstaates zum Bewußtsein ihrer Eigenart erweckte. Indem die Deutschen Österreichs jetzt einen gewissen Anteil an der deutschen Literatur gewannen, stellten sie den geistigen Zusammenhang mit der Nation allmählich wieder her und gaben zugleich der Sehnsucht nach Erlösung von dem dumpfen Drucke des Polizeistaates Ausdruck, wie der edle Graf Anton Auersperg (Anastasijs Grün) aus Krain oder der melancholische deutsch-ungarische Lyriker Nikolaus Lenau. In Böhmen entsprang das tschechische Nationalbewußtsein zunächst aus der Beschäftigung mit altböhmischer Literatur und Geschichte, wie es Dobrowsky, Fr. Palazky und Kollar vertraten, nicht ohne daß Kollar bereits

den Gedanken der Einheit aller Slawenvölker, des Panславismus, ausgesprochen hätte. Seit 1843 begann diese Bewegung auch den böhmischen Adel zu ergreifen und auf das politische Gebiet hinüberzuwirken. Noch früher und weit erfolgreicher begann in Ungarn auf ähnlicher Grundlage die Wiedergeburt des Magyarenvolkes, wobei der Adel voranging. Doch der großmagyarische Staatsgedanke rüttelte bald an dem überlieferten Zusammenhange mit Österreich und stieß zugleich mit dem erwachenden slawischen Volkstume der Kroaten wie mit der alten zähen Eigenart der Sachsen in Siebenbürgen feindlich zusammen. Im polnisch-ruthenischen Galizien versuchte der polnische Adel i. J. 1846 sogar eine bewaffnete Erhebung, als in der Republik Krakau eine polnische Nationalregierung ausgerufen wurde. Nur das rasche Einschreiten Preußens in Posen, die Besetzung Krakaus durch die Truppen der drei Ostmächte am 4. März 1847 und eine grimmige Gegenrevolution der polnischen Bauern gegen die Edelleute machten der Sache ein Ende. Krakau wurde dem österreichischen Staate einverleibt. Vollends die italienischen Provinzen konnten nur noch durch den Säbel und den verhassten „deutschen Stock“ (*bastone tedesco*) notdürftig im Gehorsam erhalten werden und blickten voll Hoffnung auf den jungen König von Piemont, Karl Albert, der „seines Sternes harrte“, um Italien zu befreien.

Die Wiener  
März-  
revolution.

So frachtete der alte Kaiserstaat in allen Fugen. Dazu kam eine furchtbare Finanznot und die Erschütterung alles Kredits. Bis 3. J. 1847 stieg der jährliche Fehlbetrag im Staatshaushalt von 15 auf 20 Millionen Gulden, die Staatsschuld wuchs von 1850—1847 von 1804 auf 1249 Millionen. Nur ein russisches Darlehen von 50 Millionen, das man anzunehmen sich nicht schämen durfte, hielt zu Anfang d. J. 1848 den Zusammenbruch noch auf. „Österreich muß Krieg anfangen, um sich zu retten“, schrieb am 20. Januar ein deutscher Diplomat aus Wien. Als die einzige Persönlichkeit des Hofes, die einiges Vertrauen einflößte, erschien ihm die Erzherzogin Sophie (von Bayern), die Gemahlin des Thronfolgers Franz Karl, eine begabte energische Frau. Sie erstrebte unter der Hand den Sturz Metternichs, traf also mit den Volkswünschen zusammen. Da löste die Kunde von der Februarrevolution den Bann. Am 3. März donnerte im Preßburger Reichstage der großmagyarische Demokrat Ludwig Kossuth gegen das „verpestete“ Wiener System, in Prag faßte am 11. März eine große Bürgerversammlung die Wünsche des tschechischen Volkes zusammen: Gleichberechtigung der Tschechen und Deutschen, Wiederherstellung des böhmischen Gesamtstaates. In Wien ging die Bewegung zunächst vom Gewerbeverein, dem politisch-juridischen Leseverein und leider auch von den Studenten aus. Als am 13. März der niederösterreichische Landtag eröffnet wurde, nötigten stürmische Volkskundgebungen vor und im Ständehause die Abgeordneten, sich nach der Hofburg zu begeben, um der Staatskonferenz die „Wünsche des Volkes“ vorzutragen. Während nun draußen am Ständehause und an anderen Punkten der engen Altstadt bereits die Massen mit dem Militär zusammenstießen, trat die Bürgergarde unter Waffen, und ihre Offiziere, mit anderen Abordnungen vermischt, drängten ebenfalls nach der Hofburg. Hier saß die Staatskonferenz in ratloser Beratung, da sprach endlich einer





der Landtagsabgeordneten das entscheidende Wort: „Abdankung Metternichs!“ Widerstandslos erklärte der greise Staatskanzler seinen Rücktritt und flüchtete am nächsten Tage über Prag nach England. Stürmischer Jubel durchwogte die Stadt, am Abend illuminierte alles, an den Linienwällen aber zündete der Pöbel die verhassten Mauthäuser an und zeigte dadurch, was er unter „Freiheit“ verstehe. Am 14. März verkündete eine kaiserliche Verordnung den Rücktritt Metternichs, die Aufhebung der Zensur und die Bildung einer Nationalgarde, eine zweite Kundgebung vom nächsten Tage verhiess die Einberufung einer Reichsversammlung, „um die Konstitution des Vaterlandes zu beraten“.

Dass der allmächtige Staatsmann, der zuweilen ganz Europa regiert hatte, einer Volksbewegung ohne Gegenwehr zum Opfer fiel, galt in ganz Österreich als der Beginn einer neuen Zeit. In Prag bildete sich ein tschechischer Nationalausschuß, von zahlreichen Vereinen unterstützt. In Ungarn trat dem neuen liberalen Ministerium Batthyany, das der Palatinus Erzherzog Joseph bildete, ein Sicherheitsausschuß in Pest unter Kossuths Einfluß zur Seite, und dorthin wurde am 14. April die Regierung verlegt. In der Lombardei und Venedig brach der offene Aufstand los, am 22. März räumten die Österreicher nach blutigem Straßenkampfe Mailand und Venedig und zogen sich in das Festungsviereck an der Etsch zurück; schon am nächsten Tage überschritten die Piemontesen den Ticino. Von den widersprechendsten Bestrebungen zerrissen, war Österreich vollkommen gelähmt.

Aber auch außerhalb seiner Grenzen wirkten die Nachrichten aus Wien wahrhaft berauschend, nicht zum wenigsten in Preußen. In zahllosen Volksversammlungen und Adressen trat die Aufregung namentlich am Rheine, in Schlesien, in der Provinz Sachsen und in der Hauptstadt zu tage. Jedes Wirtshaus verwandelte sich hier in ein politisches Klublokal, wo jugendliche Volksredner sich und ihre Zuhörer mit hochtönenden Schlagworten betörten. Die Beamten freilich, der Adel und ein guter Teil der Gebildeten überhaupt zeigten diesem demagogischen Treiben offene Abneigung, und daß der Prinz von Preußen ein energischer Soldat sei, in dem von schwächlicher Nachgiebigkeit keine Rede war, das wußte jeder. Der König willigte nun ohne weiteres in die schon früher verheißene Berufung des Vereinigten Landtags auf den 17. April; aber als Zusammenstöße mit den Truppen und die Nachricht von der Wiener Revolution die Aufregung steigerten, entschloß er sich zu noch weiteren Zugeständnissen. Am 18. März verhiess eine königliche Kundgebung die Einberufung des Landtags schon auf den 2. April, die Bildung eines liberalen Ministeriums und das Eintreten des Königs für die Errichtung eines deutschen Bundesstaates und eines Parlaments. Der nächste Eindruck war vortrefflich. Tausende sammelten sich an dem herrlichen Frühlingstage gegen Mittag auf dem Schloßplatze und brachten dem Monarchen begeisterte Huldigungen dar. Aber als auf dem Platze allmählich ein wüster Pöbel überhand nahm und lärmend die Entfernung des Militärs aus dem Schlosse forderte, da rückten eine Schwadron Gardedragoner und zwei Grenadierkompagnien vor, um den Platz zu räumen. Mitten im Gedränge geht zwei Soldaten das Gewehr los in die blaue Luft; doch wie unsinnig stürzen die Volkshaufen zurück, mit dem Geschrei: „Verrat! Rache!“ stürmen sie durch die Straßen, rufen zu

Die Märzrevolution in Berlin.

den Waffen. Fremde, namentlich polnische Agitatoren, bemächtigten sich der Führung; unter ihrer kundigen Leitung wuchsen in der inneren Stadt und teilweise auch in den Vorstädten binnen wenigen Stunden hunderte von Barrikaden empor, die von Bewaffneten starren, und um 4 Uhr beginnt ein grauenvoller Straßenkampf in den engen Gassen zwischen den hohen Häusern der Altstadt. Unter dem General K. E. von Prillwitz, dem Kommandeur des Gardekorps, dringen die tapferen Truppen, im ganzen etwa 14000 Mann, von Kugeln und Steinen überschüttet, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße siegreich vor, die Keller des Schlosses füllen sich mit Hunderten von Gefangenen. Die Nacht bricht herein, im klaren Lichte des Vollmondes, unter dem Geheul der Sturmglocken, dem lauten Krachen des Gewehr- und Geschützfeuers rast der Kampf weiter bis gegen 3 Uhr morgens. Die Altstadt war erobert, nur in den Vorstädten standen noch die Massen, aber der Mut des Königs war gebrochen. Am Morgen des 19. März erließ er einen Aufruf an „meine lieben Berliner“, der mit herzlichen Worten zur Versöhnung mahnte. Es war zu früh. Volkshaufen und Deputationen forderten den Abzug der Truppen, ein unsinniges Verlangen. Aber der König willigte gegen den zornigen Widerspruch des Prinzen von Preußen unter der Bedingung ein, daß die Barrikaden zuvor weggeräumt würden und ließ schließlich, gänzlich fassungslos, auch diese Bedingung fallen. Knirschend gehorchten die siegreichen Bataillone, sie sammelten sich zunächst um das Schloß, dann zogen sie unter Beschimpfungen aller Art in ihre Kasernen ab; in den nächsten Tagen räumten sie auch die Stadt. Neugebildete Bürgergarden bezogen die Posten am Königsschlosse, um wenigstens die Person des Königs zu schützen; das Palais des Prinzen Wilhelm, dem das „Blutbad“ schuldgegeben wurde, konnte nur mit Mühe vor der Wut des Pöbels geschützt werden. Der Prinz flüchtete mit seiner Familie zunächst nach Potsdam und ging dann über Hamburg nach England. Der König aber berief die Führer der Liberalen, Arnim-Boitzenburg, Graf Schwerin, Muerwald u. a., ins Ministerium und erließ am 20. März eine Amnestie, die auch den gefangenen Polenfürhern, darunter Mieroslawski, zu gute kam. Am nächsten Tage verkündete eine Ansprache der Minister „an die deutsche Nation“, der König stelle sich an die Spitze Deutschlands; er selbst ritt um die Mittagszeit mit glänzendem Gefolge, die schwarzrotgoldene Binde um den Arm, eine Fahne in diesen „Freiheitsfarben“ vor sich, durch die Stadt und beteuerte in einer seiner Ansprachen: „Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ War schon dieser Ritt eine schwere Demütigung, eine Huldigung für die Revolution, so bereitete ihm eine noch weit ärgere der feierliche Leichenzug der 185 Barrikadenkämpfer am 22. März, den der König entblößten Hauptes am Schlosse vorüber sich nach dem Friedrichshaine bewegen sah. Aber was die Hauptsache war: diesem preussischen Königtume, das sich in seiner eigenen Hauptstadt vor der besiegten Revolution gebeugt hatte, traute jetzt niemand in Deutschland zu, seine Verheißungen zu erfüllen, und der König selbst ließ sich je länger je mehr vom tiefsten Widerwillen auch gegen alle berechtigten Bestrebungen dieses Sturmjahres beherrschen. Im entscheidenden Augenblicke also war der Staat gelähmt, der den Beruf hatte, Deutschland zu führen und zu einigen.

Um die Lage noch mehr zu verwirren, brach in Posen der polnische Aufstand los. Die unklaren Sympathien, welche die polnische Sache schon seit der Erhebung von 1830 in Deutschland genoß und die eben jetzt die Berliner zu würdelosen Huldigungen für Mieroslawski verführt hatten, wirkten hier mit der Schwäche der preussischen Regierung zusammen, um einen neuen Aufstandsversuch zu begünstigen. Auf die erste Nachricht vom Siege des Aufruhrs in Berlin bildete sich am 20. März in Posen ein polnisches Nationalkomité, das rasch die Gewalt an sich riß und überall die Volksbewaffnung unter der weißroten Polenfahne verfügte. Die Behörden und Truppen hielten sich unsicher zurück, und der König versprach am 24. März sogar eine „nationale Reorganisation“ des Großherzogtums. Doch sobald sich die deutschen Landeseinwohner aufrafften, zeigte es sich, daß hier nicht etwa nur eine deutsche Regierung einem fremden Volke gegenüberstehe, sondern ein Volk dem anderen. Die deutschen Edelleute, Bürger und Bauern waffneten sich, legten laut Verwahrung ein gegen die Preisgabe dieses schon halbdeutschen Landes und leisteten den polnischen Haufen entschiedenen und oft glücklichen Widerstand. Selbst ein guter Teil der polnischen Bauern blieb treu, weil sie die altpolnische „Freiheit“ aus Erfahrung kannten; der Aufstand konnte also nur auf die polnischen Edelleute, ihre Diener- und Beamtschaft und städtisches Gesindel zählen. Trotzdem kam General W. von Willisen als königlicher Kommissar in der Übereinkunft von Jaroslawe am 11. April den Polen soweit entgegen, daß ihn die Empörung der Deutschen am 18. April zur Abreise aus Posen zwang. Als nun auch die Verständigung über den wohlgemeinten Vorschlag einer Teilung des Landes in eine polnische und eine deutsche Hälfte an der Forderung der Polen, ihnen die Landeshauptstadt zu überlassen, gescheitert war, gingen endlich die preussischen Truppen energisch vor. In zahlreichen oft blutigen Kämpfen bei Gostin, Koschmin, Kions (29. April), Miloslaw, Wreschen, Schrimm, Rogalin behielten sie fast immer die Oberhand, nötigten am 9. Mai die zuchtlosen Haufen und Mieroslawski selbst bei Bardo in der Nähe von Bromberg zur Übergabe und machten bis Ende Mai auch dem wilden Bandenkriege ein Ende. Um die Ruhe vollends zu sichern, verhäng General E. von Pfuel als königlicher Kommissar am 5. Mai das Kriegsgesetz über die Provinz.

Der polnische Aufstand.

1848.

Die Erhebung Schleswig-Holsteins.

Ein ähnlicher Kampf für deutsches Recht gegen fremde Anmaßung war im Norden entbrannt. Hatte schon der Tod Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die Thronbesteigung seines kinderlosen Sohnes Friedrich VII. (1848—1863) in den Elbherzogtümern große Aufregung hervorgerufen, so forderte jetzt unter dem frischen Eindrucke der Märzbewegung eine Altonaer Adresse vom 15. März die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, eine gemeinsame Verfassung für Schleswig-Holstein und ein deutsches Parlament. Zugleich sandte eine Versammlung von Ständemitgliedern in Rendsburg eine Abordnung nach Kopenhagen, um dem König-herzog diese Wünsche vorzutragen. Statt aller Antwort brachte der fällige Postdampfer am Abend des 22. März von dorthier nach Kiel die Kunde, daß die eiderdänische Partei durch eine Volksbewegung in Kopenhagen ans Ruder gelangt sei. Noch in der Nacht bildete sich daraufhin eine provisorische Regierung unter Prof. Beseler, und Prinz Friedrich von Noer-Augustenburg bemächtigte sich mit



einem Jägerbataillon und Kieler Freiwilligen ohne einen Schuß der Landesfestung Rendsburg. Binnen vierundzwanzig Stunden huldigte ganz Holstein der neuen Regierung. Aber die Lage war äußerst verworren. Die Führer wollten keineswegs die Loslösung von Dänemark, denn sie meinten nicht gegen den König-Herzog im Aufstande zu sein, sondern nur gegen einen revolutionären Gewaltstreich der eiderdänischen Partei, die den Landesherrn vergewaltigt habe, das gute Recht der Herzogtümer zu vertreten, eine spitzfindige rechtliche Fiktion, die dem gemeinen Manne unfaßbar war, und die Begeisterung erkälten mußte. Dazu war die provisorische Regierung in sich nicht recht einig, der Adel des Landes mißbilligte vielfach den Aufstand, weil er in ihm eine republikanische Schilderhebung sah, und die Augustenburger, die als strenge Aristokraten galten, entbehrten jeder Volkstümllichkeit. In Schleswig vollends war, ganz abgesehen vom dänischen Norden, die Stimmung wesentlich königstreu, in Schwansen und Angeln sogar halbdänisch. So kam in hunderte von Familien bitterer Zwiespalt, und der beginnende Kampf wurde für viele im vollsten Wortsinne zum Bruderkriege.

Da die Regierung, abgesehen von ungeübten Freiwilligenkorps, augenblicklich nur etwa 6000 Mann Militär zur Verfügung hatte, von denen die Hälfte durch den Austritt der Dänen ohne Offiziere war, so konnte sich das Land ohne Hilfe von Deutschland her gar nicht behaupten. Eine solche stellte nun König Friedrich Wilhelm IV. auf Ersuchen der Regentschaft schon am 24. März in Aussicht, indem er die Rechte Schleswig-Holsteins anerkannte; er sandte seine Garden dorthin und forderte die Staaten des X. Bundesarmeekorps zur Hilfeleistung auf, während zugleich zahlreiche Freischaren, oft in der wunderlichsten Ausstattung und von demokratischen Ideen erfüllt, daher mit geringen Ausnahmen wenig kriegsbrauchbar, nach dem Norden strömten. Noch ehe indes diese Zuzüge eintrafen, war die Holsteiner, ihre Kräfte weit überschätzend, bis Flensburg vorgedrungen. Hier erlag das vereinzelte Kieler Turner- und Studentenkorps bei Bau am 9. April in zehnstündigem Heldenkampfe der dänischen Übermacht zu Land und See, und die Dänen rückten ihrerseits bis Schleswig vor. Doch schon waren die deutschen Truppen heran. Am Abend des 21. April führte sie der preußische General Friedrich von Wrangel (geb. 1784), ein tapferer Reiteroffizier und Mitkämpfer der Napoleonischen Kriege, über die Eider, und nach dem blutigen Treffen beim Danewirke am 23. April, dem Ostersonntage, zogen die preußischen Garden siegreich in Schleswig ein. Im verwirren Rückzuge eilten die Dänen nach dem Sundewitt und der Insel Als, wobei sie noch bei Oeversee am 24. April gegen die Truppen des X. Armeekorps ein scharfes Gefecht bestanden. Während nun die Bundestruppen die dänische Hauptmacht im Sundewitt festhielten, überschritten die Preußen unter Wrangel am 1. Mai auch die Grenze Jütlands.

Das Frankfurter Vorparlament.

Damit war, wie sich bald ergab, das zerrissene Deutschland von der liberal-demokratischen Bewegung vor eine schwere europäische Verwicklung gestellt. Auch im Innern riß der süddeutsche Liberalismus die Leitung der nationalen Sache völlig an sich. Vom 31. März bis zum 4. April tagte in der Paulskirche zu Frankfurt das Vorparlament, eine buntgemischte Versammlung, in der Preußen zu schwach,

Österreich so gut wie gar nicht vertreten war. Sie beschloß, Schleswig, die Provinz Preußen und Deutsch-Posen in den Deutschen Bund aufzunehmen, die Wahlen zu einer allgemeinen konstituierenden deutschen Nationalversammlung auszuschreiben und zur Durchführung dieser Beschlüsse einen Ausschuß von fünfzig Männern unter der Leitung des Badeners Soiron einzusetzen. Der Bundestag genehmigte alles und übertrug den siebzehn Vertrauensmännern (Dahlmann, Droysen, Albrecht, Schmerling u. a.) die Ausarbeitung eines Entwurfs zur Reichsverfassung. Auch in Frankfurt hatte somit die preussische Krone eine schwere Niederlage erlitten, während der Einfluß Österreichs, durch die „Oberpostamtszeitung“ geschickt vertreten, im stillen weiterwirkte.

Besiegt aber fühlten sich durch die immerhin maßvollen Beschlüsse des Vorparlaments auch die badischen Radikalen, und das trieb sie zum bewaffneten republikanischen Aufbruch. Sie rechneten dabei namentlich auf Mannheim, die Gegend um den Odenwald und um die Tauber und auf den Seekreis um Konstanz, hofften auch auf französischen Zuzug. Aber die badische Regierung erbat und erhielt den Einmarsch bayrischer, württembergischer und hessen-darmstädtischer Truppen, und als Hecker von Konstanz aus, wo er die Republik ausgerufen hatte, mit ein paar hundert Bewaffneten gegen Freiburg i. Br. vorrückte, da genügte ein kurzes Gefecht bei Kandern am 20. April, bei dem leider der General Fr. von Gagern fiel, um der ganzen Torheit ein Ende zu machen. Auch Herweghs Haufen verließen sich, und in kläglicher Flucht retteten sich die Führer über die Grenze.

In denselben Tagen (26. April) erschien der von den Siebzehn angenommene Verfassungsentwurf aus Dahlmanns Feder. Er forderte ein erbliches Kaisertum, ein aus den Fürsten und aus „Reichsräten“ zusammengesetztes Oberhaus, ein durch Volkswahlen gebildetes Unterhaus und ein Reichsgericht, doch über die allerwichtigste Frage, das Verhältnis zu Österreich, bestimmte er nichts. Das reiflich durchdachte Werk wurde mit Kälte, ja mit Entrüstung aufgenommen. Den Massen war es zu monarchisch, der englische Prinz-Gemahl Albert von Koburg fand es „entsetzlich“, Friedrich Wilhelm IV. aber wollte diese Kaiserkrone für sich weder von den Fürsten noch vollends vom Volke annehmen, weil dem Erzhause Österreich der Vorrang gebühre. Daher sollte dieses die römische Kaiserkrone wieder tragen, er selbst wollte sich mit der Würde des „deutschen Königs“ begnügen, der den Oberbefehl über sämtliche deutsche Truppen mit Ausnahme der österreichischen zu führen habe. Dagegen begrüßte Prinz Wilhelm von London aus in einem Schreiben an Dahlmann vom 4. Mai den Entwurf als eine „großartige Erscheinung unserer Zeit“, nur das Oberhaus verwarf er, weil ein solches mit der Stellung der Fürsten nicht verträglich sei; statt dessen verlangte er eine „Fürstenbank“ (etwa den heutigen Bundesrat). So fiel der Entwurf platt zu Boden, die deutsche Einheitsbewegung war ohne Programm, und die Unbeholfenheit der Regierungen überließ die Initiative auch in dem Verfassungswerk den Liberalen.

Inzwischen hatten überall im ganzen deutschen Bundesgebiete von der Königsau bis zur Adria und von der Memel bis zur Mosel die Wahlen der Abgeordneten zur Nationalversammlung stattgefunden, wobei geschildert einer auf 55 000

Der  
badische  
Aufstand.

Der Ver-  
fassung-  
entwurf der  
Siebzehn.

Die  
Frankfurter  
Nationalver-  
sammlung.

Einwohner kommen und die Gesamtzahl 605 betragen sollte. Doch erschienen tatsächlich nur 586, da die österreichischen Slawen die Wahl verweigerten. Am 18. Mai begaben sich die in Frankfurt eingetroffenen Abgeordneten, etwa 300, in feierlichem Zuge entblößten Hauptes unter dem Geläute aller Glocken und dem Jubel der dichtgedrängten Volksmassen nach der Paulskirche, um die nun ein Jahr hindurch die Hoffnung und Sorge des deutschen Volkes schweben sollten. Sicher bot dieses erste Parlament deutscher Nation eine Vereinigung von Vaterlandsliebe, Geistesadel und Idealismus, wie sie niemals weder vorher noch nachher irgendwo erschienen ist. Aber das, was sie sein sollte und sein wollte, eine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen, das war sie mit nichts. Da nämlich der Bildung der Wahlkreise die Bevölkerung von 1819 nach der Bundesmatrikel von 1842 zu Grunde gelegen hatte, die Volkszahl aber seitdem sehr ungleichmäßig gewachsen war, so hatte Österreich erst auf 65000 Einwohner, das noch viel rascher angewachsene Preußen gar erst auf 95000 Einwohner einen Abgeordneten erhalten, die beiden Großmächte waren also verhältnismäßig viel zu schwach, die Mittel- und Kleinstaaten viel zu stark vertreten. Weiter gehörten vier Fünftel der Versammlung den gelehrten Ständen an; die erwerbenden Klassen kamen fast gar nicht, der Grundbesitz viel zu wenig zur Geltung. Daher drängten theoretische Anschauungen die praktischen Gesichtspunkte zurück. Die ganz überwiegende Mehrheit stand auf dem Boden des Liberalismus und der Volkssouveränität, die Freiheitsbestrebungen überwogen den Drang nach Einheit, und die Mehrheit beherrschte der Preußenhaß. Über die Stellung Österreichs aber bestand die vollste Unklarheit. So kam es, daß die Versammlung sich nicht nach der entscheidenden Einheitsfrage, sondern nach Freiheitsfragen gruppierte. Im ganzen traten dabei drei große Parteien hervor, doch zerfielen diese alle wieder in mehr oder weniger zahlreiche Fraktionen, die sich meist nach ihren regelmäßigen Versammlungsorten benannten. Die stärkste Zahl bedeutender Männer, überwiegend Norddeutsche (Dahlmann, M. Duncker, J. G. Droysen, Arndt, J. Grimm, Waitz, Beseler, Bassermann, Mathy, Beckerath u. a. m.), bildeten das rechte Zentrum im „Kasino“, eine andere Gruppe das linke Zentrum (R. von Mohl, Biedermann, Giska, Stremayr). Beide, zusammen etwa 300 Mitglieder, waren gemäßigst liberal und wollten die Regierungen bei der Beratung der Reichsverfassung „anhören“. Die Linke dagegen (Fr. Vischer, J. Venedey, Uhland) erstrebte wenigstens auf ihrem äußersten Flügel (R. Blum, K. Vogt, A. Ruge u. a.) die Republik. Am schwächsten, kaum ein Sechstel sämtlicher Abgeordneten zählend, war die Rechte, zu der sich jetzt die Führer der monarchischen Opposition im Vereinigten Landtage, wie G. von Vincke, Graf Schwerin, die grundsätzlichen Absolutisten und die strengen Katholiken (Döllinger, Casault, Radowiz, Fürst Sidnowsky u. s. f.) hielten; nur diese Partei wollte die Verfassung durch „Vereinbarung“ mit den Staatsregierungen zustande bringen.

Unter so durchaus unklaren Verhältnissen wählte die Versammlung in ihrer zweiten Sitzung zu ihrem ersten Präsidenten Heinrich von Gagern (geb. 1799), der Sohn des Reichsritters Hans von Gagern. Eine edle ritterliche Gestalt, ein schönes

Auge, eine klangvolle Stimme und würdevolles Auftreten empfahlen ihn vor allen, doch auch er fand es schwer, diese Hunderte zu beherrschen. Der Mangel an parlamentarischer Gewöhnung, die unendliche Redelust, der starke Einfluß der Zuhörerschaft auf den Gallerien, deren lärmenden Beifallsrufen und Mißfallsäußerungen die Geschäftsleitung aus Achtung vor dem „souveränen“ Volke Monate hindurch nicht scharf entgegenzutreten wagte, störten namentlich in der ersten Zeit die Beratungen. Zahllose Anträge über die verschiedensten Fragen auch der auswärtigen Politik wurden gestellt und Ausschüsse für eine ganze Anzahl wichtiger Angelegenheiten gebildet, so vor allem für die Reichsverfassung (25. Mai) und für die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt bis zum Abschluß der Verfassung (3. Juni). Der erstere sollte auch die „Grundrechte“ des deutschen Volkes als Grundlage der gesamten Verfassung feststellen. Die erste greifbare Frucht brachte der Beschluß, 6 Millionen Gulden für eine Reichsflotte zu bewilligen; die Anerkennung der französischen Republik und die Abordnung eines Reichsgesandten nach Paris (K. v. Raumer) zeigte dagegen nur, zu welcher wunderlichen Folgerungen die beanspruchte Souveränität der Versammlung führe.

In der Debatte über die Einsetzung der provisorischen Zentralgewalt (19. bis 24. Juni), für die sich 160 Redner zum Worte gemeldet hatten, wogten nun die Meinungen verworren durcheinander. Sämtliche Anträge des Ausschusses fielen, der Antrag auf die Übertragung der Zentralgewalt an den König von Preußen wurde sogar „mit stürmischer Heiterkeit“ begrüßt. Umsonst machte Mathy noch einmal den staatsmännischen, aber höchst unpopulären Versuch, den Bundestag durch Umwandlung in ein „Staatenhaus“ und damit die amtliche Verbindung zwischen der Versammlung und den Regierungen zu erhalten; da endlich am Nachmittage des 24. Juni tat Gagern seinen verhängnisvollen „kühnen Griff“: er forderte die Nationalversammlung auf, die Zentralgewalt selber zu schaffen kraft ihrer Souveränität. Umsonst warnte Dahlmann vor diesem „kühnen Mißgriff“; nach zwei Sitzungen voll unermesslicher Aufregung wurde der Antrag Gagerns am 28. Juni mit 403 gegen 135 Stimmen angenommen, und am 29. Juni erhob das Parlament mit 436 gegen 112 Stimmen den populären Erzherzog Johann von Österreich zum „Deutschen Reichsverweiser“.<sup>\*)</sup> Volksjubiläum, Kanonendonner und Glockengeläute begrüßten draußen diese Entscheidung. Der Bundestag beglückwünschte sofort den Erwählten der Nation mit dem Zusatz, daß die Regierungen schon vorher seiner Wahl zugestimmt hätten, und eine Deputation des Parlaments begab sich nach Wien, um ihn einzuholen. Überall auf seiner Fahrt durch Schlesien, Sachsen, Thüringen und Hessen freudig begrüßt, zog der Reichs-

\*) Er verdankte seine Volkstümlichkeit vor allem dem angeblich von ihm 1842 beim Kölner Dombaustage gehaltenen Trinkspruch: „Kein Preußen, kein Österreich! Ein einiges, großes Deutschland, fest wie seine Berge“, der tatsächlich wesentlich anders lautete. Außerdem galt es dieser Zeit für einen besonderen Beweis volkstümlicher Gesinnung, daß der Erzherzog, in der Tat ein überaus leutseliger, wohlwollender Herr und ein Liebling des Alpenvolkes, sich i. J. 1828 mit der Tochter des Postmeisters Plochl von Aussee vermählt hatte, einer ausgezeichneten Frau, die später zur Gräfin von Meran erhoben wurde.



verweser unter endlosem Jubel am Nachmittage des 11. Juli feierlich in Frankfurt ein. Am nächsten Tage erschien er in schlichter bürgerlicher Kleidung in der Paulskirche, um den Eid auf das Gesetz zu leisten; dann legte der Bundestag seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und dieser bildete sein „Reichsministerium“ aus den Mitgliedern des Parlaments. Heckscher, ein Hamburger Rechtsanwalt, übernahm das Auswärtige, der Österreicher Schmerling das Innere, der preussische General von Peucker das Kriegsministerium, der Rheinländer H. von Beckerath die Finanzen, v. Mohl aus Heidelberg die Justiz, der Bremer Bürgermeister Duckwitz Handel und Marine. Ihres Triumphes froh und die Spaltungen fürchtend, die eine vorzeitige Entscheidung über die endgültige Form der Reichsverfassung bringen könne, stellte die Nationalversammlung diese wichtigste aller Fragen vorläufig zurück und vertiefte sich seit dem 3. Juli in endlose Debatten über die rein theoretischen Bestimmungen der „Grundrechte“, in denen der liberale und radikale Doktrinarismus den willkommensten Tummelplatz fand.

Das Parla-  
ment und  
die Re-  
gierungen.

Die Nationalversammlung stand auf der Höhe ihres Ansehens. Doch ihr größter Erfolg war tatsächlich ihr schwerster Fehler und der wichtigste Grund ihres Falles. Die Wahl eines Erzherzogs zum Reichsoberhaupt beleidigte Preußen aufs schwerste und machte jede Lösung der Verfassungsfrage von der Zustimmung Österreichs abhängig, das doch innerhalb eines deutschen Bundesstaates keinen Platz finden konnte. Der Erzherzog war sich dessen schwerlich ganz bewußt, doch in erster Linie blieb er Österreicher und Habsburger. Die neue Zentralgewalt aber, auf deren Zusammensetzung und Entschlüsse die Einzelstaaten nicht den mindesten amtlichen Einfluß ausübten, machte den unmöglichen Versuch, die Einzelregierungen einfach als ihre ausführenden Organe, als Unterbehörden der souveränen Nationalversammlung und ihres parlamentarischen Reichsministeriums zu behandeln. Den verständigen Vermittlungsvorschlag Preußens, aus den Vertretern der Einzelstaaten beim Reichsverweser eine Art Bundesrat mit beratender Gewalt zu bilden, wagte das Reichsministerium nicht einmal vorzulegen, und der Erzherzog wies ihn zurück. Nur zu bald sollte es sich aber zeigen, daß diese Souveränität eben eine Einbildung sei. Die Regierungen gehorchten tatsächlich nur, soweit es sich mit ihren Interessen vertrug. Als der Reichsverweser die Huldigung der gesamten Bundestruppen für sich forderte, wurde diese am 6. August nur in den meisten Mittel- und Kleinstaaten geleistet, nicht dagegen in Preußen und Österreich, auch nicht in Hannover und in Bayern.

Stimmungen  
in Preußen.

Die Aufbringung der Matrikularbeiträge für die Errichtung einer Reichsflotte blieb fast ausschließlich Preußen überlassen, das auch für die übrigen Zollvereinsstaaten vorbehaltlich späterer Abrechnung die Zahlungen leistete; Österreich weigerte sich jedes Beitrags. Auch in weiten Kreisen des preussischen Volkes, namentlich der östlichen Provinzen, regte sich der Widerspruch gegen das Frankfurter Parlament, das von den Süddeutschen, den alten Feinden Preußens, beherrscht werde und durch seine preußenfeindlichen Beschlüsse Deutschland nur zerreißen würde. Der monarchisch-konservative Adel gründete damals die „Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung“, die tapferen Pommern bereiteten dem Prinzen Wilhelm bei seiner Rück-

kehr aus England zu Anfang Juni in Stettin den herzlichsten Empfang. Der König aber rief bei dem glänzenden Kölner Dombaufeste am 15. August, bei dem er mit dem Reichsverweser zusammentraf, H. von Gagern warnend zu: „Vergessen Sie nicht, daß es noch deutsche Fürsten gibt und daß ich einer von ihnen bin!“

So bildete sich allmählich in Preußen ein immer schärferer Gegensatz des Königtums und der Provinzen zur Hauptstadt aus, denn hier herrschten noch die Sieger der Märzrevolution; der König selbst war nach Potsdam gegangen. Überall wehten schwarzrotgoldene Fahnen; wo einst die stolzen Garden aufgezogen waren, schlenderte jetzt behaglich die Bürgerwehr, doch verhütete sie, da sie aus den Besitzenden und Gebildeten bestand, wenigstens die ärgsten Ausschreitungen. Von Truppen war nur das 24. Infanterieregiment, Berliner Kinder, zur Bewachung des Zeughauses und anderer öffentlicher Gebäude zurückgekehrt. An den Straßenecken prangten Tag für Tag neue aufregende Maueranschläge, Gruppen von Zuhörern bildeten sich bald da, bald dort, um bärtigen Volksrednern im volkstümlichen „Kalabreserhut“ zu lauschen, dazwischen riefen Zeitungsverkäufer ihre Ware aus. Denn eine massenhafte Literatur von Flugschriften und Tagesblättern schoß ins Kraut, durch sie und durch zahllose Vereine und Volksversammlungen bearbeitete mit besonderer Rührigkeit die demokratische Partei die hauptstädtische Bevölkerung. Die gemäßigt liberale Presse, wie die damals neugegründete „Nationalzeitung“, fand zunächst wenig Anklang.

Berlin  
unter der  
Herrschaft  
der Revolu-  
tion.

In solcher Umgebung trat am 2. April der „Vereinigte Landtag“ zum letztenmale zusammen. In einer Adresse, die Bismarck lebhaft bekämpfte, sprach er dem König seinen Dank und seine Freude über die Zugeständnisse aus, beschloß das neue Wahlgesetz für die „preussische konstituierende Nationalversammlung“ und bewilligte dem liberalen Ministerium, dessen Vorsitz jetzt der Rheinländer Rudolf Camphausen führte, als Ausdruck seines Vertrauens einen Kredit bis zu 40 Millionen Taler. Erst am 22. Mai eröffnete der König die Nationalversammlung mit einer geschäftsmäßig kühlen Thronrede. Wohl überwog nun hier die konservative Rechte, aber die meisten Abgeordneten gehörten dem Beamten- und Gelehrtenstande an oder waren Bauern und Handwerker, der große Besitz war so gut wie unvertreten, also eben der Stand, der in den Ostprovinzen das soziale Übergewicht besaß. Auch fehlte es an bedeutenden Männern, weil diese sich in Frankfurt befanden; Prinz Wilhelm, der es über sich gewann, ein Mandat für Berlin anzunehmen, konnte wenig wirken. So übte die demokratische Linke, da sie rühriger und rücksichtsloser verfuhr und das Straßenvolk beherrschte, einen Einfluß auf die Beratungen in der „Singakademie“, der ihrer Zahl durchaus nicht entsprach. Sie hätte beinahe gleich in der ersten Zeit den Bruch zwischen der Versammlung und der Krone herbeigeführt, indem sie am 8. Juni den Antrag stellte, feierlich zu erklären, die Märzkämpfer hätten sich um das Vaterland wohlverdient gemacht; zum Glück entschied sich die Mehrheit für den Übergang zur Tagesordnung (10. Juni). Hier abgeschlagen, trieb die Linke den Straßenvöbel in der Nacht des 15. Juni zum Sturm auf das Zeughaus. Dank der Willensschwäche oder der Pflichtvergessenheit der dort

wachthabenden Offiziere drangen die Angreifer nach wenigen Schüssen ein, und rohe Fäuste besudelten oder zerrissen die glorreichen Beutestücke alter Siege, doch schon eine halbe Stunde später setzten sich Militär und Bürgerwehr ohne Kampf wieder in den Besitz des Gebäudes. Aber die Linke erwirkte wenige Tage später, daß die Nationalversammlung sich ausschließlich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stellte, also unter die Gewalt des radikalen Pöbels, und erfocht einen weiteren Sieg über die Rechte wie über das Ministerium, indem sie zum Vorsitzenden der Verfassungskommission den katholisch-ultramontanen Demokraten Benedikt Waldeck erwählte. Infolgedessen trat das Kabinett zurück, und ein neues, noch entschiedener liberales wurde unter dem Voritze Rudolfs von Mierswald (Bruder des früheren Ministerpräsidenten) gebildet, in dem der Rheinländer Hansmann den Ton angab, und das ängstlich sein Einvernehmen mit der Mehrheit zu wahren strebte.

Die  
deutschen  
Staaten  
unter der  
Herrschaft  
der März-  
ministerien.

Schwäche auf der einen, Übermut auf der anderen Seite charakterisieren die Zustände vielfach auch im übrigen Deutschland. In Sachsen bedeckte sich seit dem März das Land mit Vereinen. Weitaus am mächtigsten und am besten organisiert waren die demokratischen „Vaterlandsvereine“, denen die bundesstaatlich-konstitutionellen „deutschen Vereine“ nicht die Wage zu halten vermochten. Die eigentlich konservativen Vereine blieben zunächst noch schwach, wohl aber tauchten schon radikale, sozialistische Verbindungen auf. Das war um so erklärlicher, als die allgemeine Absatzkrise sich im gewerbfleißigen Sachsen ganz besonders fühlbar machte und die Not der Arbeiter, deren allein in Chemnitz gegen 4000 brotlos waren, rasch steigerte. Unter solchen Umständen siegten bei den Wahlen für das Frankfurter Parlament die Vaterlandsvereine aufs glänzendste: von den 24 sächsischen Abgeordneten saßen 20 auf der Linken. Selbst die Fucht des kleinen Heeres, das von den Radikalen nachdrücklich bearbeitet wurde, geriet um so mehr ins Wanken, als das liberale Ministerium den Soldaten das politische Wahlrecht und den Zutritt zu politischen Versammlungen gewährte, und überall schwand in den Massen der Sinn für gesetzliche Ordnung. Das Jagdrecht namentlich wurde so schonungslos geübt, daß der Wildstand fast zu Grunde ging. Der Landtag aber, der am 20. Mai eröffnet wurde, konnte sich mit dem Ministerium weder über das neue Wahlgesetz noch über andere Gesetzentwürfe einigen, weil sie nach dem Urteile der Konservativen zu viel, nach dem der Liberalen zu wenig volkstümliche Zugeständnisse machten. Äußerst verworren gestalteten sich die Verhältnisse in den Kleinstaaten Thüringens. Kraft seines persönlichen Ansehens und seiner Beliebtheit hielt Herzog Ernst von Koburg-Gotha zuweilen mit ganz persönlichem Eingreifen die Ordnung aufrecht, während in Altenburg eine bewaffnete Schilderhebung am 10. Juni den Führer der Radikalen sogar ins Ministerium brachte. Für das viel dringendere, von den Regierungen selbst bis zu einem gewissen Grade anerkannte Bedürfnis, diese zersplitterten Gebiete enger miteinander zu vereinigen, hatte die Bevölkerung nicht das mindeste Verständnis. Nicht einmal Koburg und Gotha wollten sich zu einem Staatswesen verschmelzen lassen, und der von Weimar ausgehende Gedanke, ein Königreich Thüringen unter dem weimarischen Herrscherhause aufzurichten, blieb auf enge Kreise beschränkt.

In Hessen-Kassel wurde jetzt unter dem Ministerium Wippermann die Verfassung eine Wahrheit, doch der Kurfürst war ihr niemals aufrichtig zugetan. In Hessen-Darmstadt, wo der Prinzregent Ludwig schon am 16. Juni 1848 dem Vater als Großherzog folgte, fiel die erste Kammer den liberalen Wünschen zum Opfer, doch erhielt der Landesherr durch seine Volkstümlichkeit und Energie die Ordnung. In Hannover kam am 5. September 1848 eine neue Verfassung zustande, die das Übergewicht des Adels zurückdrängte. Selbst in Mecklenburg-Schwerin trat am 31. Oktober 1848 eine „konstituierende Versammlung“ auf Grund eines neuen Wahlgesetzes zusammen, aus deren Beratungen am 3. Juni 1849 ein neues Staatsgrundgesetz liberaler Färbung hervorging, aber die Anverwandten des Großherzogs und der Adel legten dagegen sofort Verwahrung ein. In Bayern hatte das Ministerium Thon-Dittmer (seit dem 25. März 1848) die üblichen liberalen Zugeständnisse gemacht. Das neue Wahlgesetz vom 4. Juni beseitigte dann die ständische Zusammensetzung der II. Kammer, erweiterte die Befugnisse des Landtages und rief für die Beratung der Gesetze Landtagsausschüsse ins Leben, die nachmals segensreich gewirkt haben. Am 1. Dezember trat indes Thon-Dittmer wegen Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage zurück, und die Wahlen zu dem neuen Landtage, der am 22. Januar 1849 eröffnet wurde, ergaben zur Überraschung der Liberalen eine konservativ-ultramontane Mehrheit. Unruhiger gestalteten sich die Zustände in Württemberg, da König den Landtag im April auflöste und mit einschneidenden Änderungen zögerte, weil er die Entscheidung von Frankfurt her erwartete, wie er denn auch an den Beratungen der Nationalversammlung persönlich bedeutenden Anteil nahm.

Wie hätte nun ein so von tausend Gegensätzen zerklüftetes Volk imstande sein sollen, eine kraftvolle, auswärtige Politik zu führen! Schon am 18. April hatte England, eifersüchtig auf die mögliche Entwicklung einer deutschen Seemacht von Schleswig-Holstein aus, gegen den Einmarsch der deutschen Truppen Verwahrung eingelegt und dann seine Vermittlung angeboten. Rußland nahm eine drohende Haltung ein, da der Zar Nikolaus in der Unterstützung der Herzogtümer durch Preußen eine Begünstigung der Revolution sah, und sandte eine Flotte nach der dänischen Küste. Schweden protestierte nicht nur gegen die Besetzung Jütlands, sondern ließ auch zur Deckung Fünens 5000 Mann dort landen und hielt andere 15000 in Schonen bereit. Da nun obendrein dem König Friedrich Wilhelm IV. die schleswig-holsteinische Sache immer mehr als eine revolutionäre erschien, und die Staaten des X. Armeekorps die nötigen Verstärkungen nicht sandten, so erhielt Wrangel Befehl, Jütland wieder zu räumen, und ging bis Apenrade zurück. Im Sundewitt aber schlugen die Dänen am 28. Mai die Hannoveraner empfindlich bei Düppel und wurden erst am 5. Juni wieder aus der gewonnenen Stellung hinausgeworfen. Geschickter deckte der bayrische Major von der Tann mit seinem Freikorps von etwa 500 Mann das nördliche Schleswig gegen die dänischen Streifzüge. Dazu litt der gesamte norddeutsche Handel unsäglich durch die dänische Seesperre. Denn wohl arbeitete Admiral Rudolf Brommy (geb. 1804 in Unger bei Leipzig), der seine seemannische Schule in Nordamerika und Griechenland ge-

Der  
Waffenstill-  
stand von  
Malmö.



macht hatte, in Bremerhaven einsichtig und tatkräftig an der Beschaffung von Kriegsschiffen und Mannschaften, aber eine Kriegsflotte läßt sich in der Gegenwart nicht mehr im Handumdrehen schaffen. So war denn Preußen auf Verhandlungen erst in London, dann in Malmö eingegangen und am 2. Juli unterzeichnete der preußische Bevollmächtigte Graf Pourtales den Waffenstillstandsentwurf. Obwohl nun die Frankfurter Zentralgewalt sich gegen mehrere Bestimmungen aussprach und die preußische Regierung anwies, einige Veränderungen durchzusetzen, auch 37 000 Mann frischer Truppen nach Holstein in Bewegung setzte, so erklärten doch die fremden Mächte, die Zentralgewalt sei von ihnen nicht anerkannt, Preußen aber an sein Wort gebunden. Da nahm denn General von Below am 26. August den Waffenstillstand auf sieben Monate an, und der König genehmigte ihn am 2. September. Schleswig wurde beiderseits geräumt und unter eine preußisch-dänische Regierungskommission gestellt, die schleswigschen Truppen wurden von den holsteinischen getrennt, alle Verordnungen der Regentschaft, soweit sie nicht von jener Kommission anerkannt wurden, für ungültig erklärt.

Der Bruch  
zwischen der  
National-  
versamm-  
lung und  
Preußen.

Ein Schrei der Entrüstung hallte durch Deutschland; am lautesten scholl er in der Paulskirche. Hatte doch noch am 9. Juni die Versammlung auf Dahlmanns Antrag beschlossen, daß beim Frieden „die Ehre Deutschlands gewahrt werden“ solle, und betrachteten doch alle ihre Parteien die schleswig-holsteinische Sache recht eigentlich als eine Sache des Parlaments, das eben hier einen Beweis seiner Macht liefern sollte. Jetzt befürwortete Dahlmann am 5. September in einer alle erschütternden Rede die „Sistierung“ des Stillstandes und schloß mit den prophetischen Worten: „Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, die uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber, Kleinmützig bei dem ersten Anblick der Gefahr, dann werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben!“ Umsonst hoben Radowitz, Beckerath, Bassermann u. a. m. die schwierige Lage der preußischen Regierung, die Vorteile der Waffenruhe auch für Deutschland u. a. m. hervor, die Versammlung genehmigte gegen die Anschauung der Zentralgewalt mit nur 244 von 474 Stimmen den Ausschußantrag auf „Sistierung“. Das Reichsministerium trat zurück, und Dahlmann, der Führer der siegreichen Opposition, erhielt den Auftrag, ein neues zu bilden, das den Beschluß ausführen sollte. Doch das erwies sich als unmöglich, wenn er nicht mit der Linken gehen wollte, die nur deshalb mit ihm gestimmt hatte, um den Bruch mit Preußen herbeizuführen und die radikalen Leidenschaften zu entfesseln, und so nahm denn die Nationalversammlung nach leidenschaftlichen Verhandlungen am Abend des 16. September mit 258 gegen 236 Stimmen den Waffenstillstand an. Der stolze Traum von der Macht des Parlaments und seiner Zentralgewalt war zerstoben, aber es war auch eine tiefe Kluft aufgerissen zwischen dem Parlament und der Krone Preußen.

Der  
Frankfurter  
Aufstand.

In der Paulskirche unterlegen, hielten die Abgeordneten der äußersten Linken die Volksmassen auf den Pfingstweiden am 17. September zur Erhebung gegen die 258 „Verräter“. Am nächsten Tage sollte ihr Austritt gefordert, das Parlament gesprengt, die Republik ausgerufen werden. Da blieb der Versammlung nichts übrig, als die Hilfe der Regierungen anzurufen. In kurzem Barrikadenkämpfe schlugen

preußische und österreichische Bataillone am 18. September den sinnlosen Aufstand zu Boden; doch zwei Abgeordnete, Fürst Eichnowsky und General von Uerswald, fielen bei einem Spazierritt vor dem Bornheimer Tore einem Pöbelhaufen in die Hände und wurden scheußlich ermordet. Diese blutigen Erfahrungen drängten die beiden Zentren und die Rechte zu engerem Zusammenschluß gegenüber dem Radikalismus und zur Annäherung an die Regierungen. Freilich wurde das nun wieder durch den Charakter der „Grundrechte“ erschwert, deren erste Lesung am 13. Oktober zum Abschluß gelangte. Denn diese waren unter der vollen Herrschaft der liberalen Theorien entstanden, befanden sich also mit den konservativen Grundsätzen wie mit den bestehenden Verhältnissen vielfach im schreiendsten Widerspruch, griffen in die Zuständigkeit der Einzelstaaten tausendfach ein und konnten doch nur dann praktische Geltung erlangen, wenn die gesamte einzelstaatliche Gesetzgebung danach umgestaltet wurde und die konservativen Kreise sie annahmen.

Schon hatte aber in Preußen das Königtum die Zügel wieder straffer angezogen, gestützt auf sein treues Heer und den militärisch-monarchischen Adel, die den Staat geschaffen hatten. Am 31. Juli waren in Schweidnitz bei einem Zusammenstoße zwischen Truppen und Volkshaufen vierzehn Tote auf dem Platze geblieben. Daraufhin fand in der Nationalversammlung am 9. August der Antrag Steins (Breslau) Annahme, das Ministerium zu einem Erlasse an die Offiziere aufzufordern, daß diese „allen reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben und mit Eifer und Hingebung an der Verwirklichung der konstitutionellen Einrichtungen mitzuarbeiten“ hätten. Diesem Versuche, auch das Heer zu demokratisieren, zu folgen trug selbst das schlaffe Ministerium Uerswald Bedenken und mußte deshalb erleben, daß am Abend des 21. August Pöbelrotten den Ministerpräsidenten in seiner Wohnung bedrohten. Die Nationalversammlung aber wiederholte am 7. September mit großer Mehrheit ihren Beschluß. Darauf gab das Ministerium seine Entlassung, und da Beckerath schließlich ablehnte, so beauftragte der König den General E. von Pfuel mit der Neubildung des Ministeriums, übertrug aber auch den Oberbefehl der Truppen in den Marken mit weitgehenden Vollmachten dem General von Wrangel, der damals um Berlin schon etwa 48000 Mann mit 60 Geschützen vereinigt hielt. Durch diese Maßregeln aufs äußerste gereizt, begann die Nationalversammlung endlich ihre Beratungen über den jetzt vom Ausschusse vollendeten Entwurf der Verfassung am 12. Oktober damit, daß sie mit 217 gegen 134 Stimmen vor dem Titel des Königs den Zusatz: „von Gottes Gnaden“ strich und am nächsten Tage auch die Abschaffung des Adels, der Titel und Orden beschloß, alles nach beliebtem Pariser Muster und unter dem Jubel der Massen auf den Gallerien und vor dem Schauspielhause, wo damals die Sitzungen stattfanden. Der König war über diese fortgesetzten Angriffe auf alle Überlieferungen seines Staates und seine eigenen Überzeugungen außer sich und fest entschlossen, es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen. Die feste Haltung des Prinzen Wilhelm bestärkte ihn noch darin. Als das Präsidium der Nationalversammlung unter Grabow ihn am 15. Oktober auf Schloß Bellevue (in Berlin) zu seinem Geburtstage beglückwünschte, da erwiderte er die Ergebenheitsbetuerungen mit einer energischen Verwahrung

Der Sieg  
des Königtums  
in  
Preußen.

seiner Rechte\*) und wies den Stab der Bürgerwehr mit den schärfsten Worten darauf hin, daß nur er ihr die Waffen gegeben habe und sie ihr nur lassen werde, um die Ordnung zu behaupten. Dem entsprach sie freilich immer weniger. Bei den Arbeiterumulten am 16. Oktober zeigte sie eine ebenso schlaaffe Haltung wie gegenüber dem Pöbel, der die gemäßigte Minderheit der Volksvertretung beständig beschimpfte und bedrohte. Schließlich führte der radikale Übermut eine rasche Entscheidung herbei. Am 25. Oktober trat in Berlin der allgemeine demokratische Kongreß zusammen, der sich nur darüber nicht verständigen konnte, ob die Republik mit friedlichen Mitteln oder mit Gewalt zu erstreben sei. Am 31. Oktober aber nahm die Nationalversammlung unter dem Drucke der drohenden Pöbelrotten den Antrag Rodbertus an, der die Regierung aufforderte, bei der deutschen Zentralgewalt Schritte zum Schutze der gefährdeten Volksfreiheit in Österreich (d. h. der Wiener Revolution, s. unten) zu tun. Da gab der König dem Ministerium Pful den Abschied und berief an seine Stelle den Grafen Brandenburg, einen natürlichen Sohn Friedrich Wilhelms II. (geb. 1792), der als kommandierender General in Schlesien feste Haltung gezeigt hatte. Da er deshalb den Radikalen verhaßt war, so legte eine Abordnung der Nationalversammlung beim König in fast drohendem Tone Verwahrung gegen seine Ernennung ein, die der Monarch indes schweigend zurückwies.\*\*) Am 9. November erschien das neue Ministerium im Schauspielhause und verlas eine königliche Botschaft, die die Versammlung bis zum 27. November vertagte und sodann nach Brandenburg berief, weil in Berlin ihre Sicherheit gefährdet sei. Statt sich zu fügen, beschloß die Mehrheit zu bleiben. Da erhielt Wrangel den Befehl zum Einmarsch. „Halten mir Majestät den König nur stramm“, sagte der alte Herr zur Königin Elisabeth, die ihn unter Thränen bat, Blutvergießen zu vermeiden, „das Übrige werden wir schon machen“. Am Nachmittage des 10. November rückten die Truppen unter klingendem Spiele in Berlin ein und besetzten das Schauspielhaus; am 12. verkündete Wrangel den Belagerungszustand, die Auflösung der Bürgerwehr und die allgemeine Entwaffnung. Beides vollzog sich ohne jeden Widerstand, der Pöbel war eingeschüchtert und die Besitzenden, längst des radikalen Treibens überdrüssig, begrüßten die Wiederherstellung der gewöhnlichen Ordnung mit Genugthuung; bald war Wrangel mit seinem schlagfertigen Witze sogar populär. Für die Nationalversammlung (die sogenannte „Fraktion Unruh“), die im Schützenhause noch weiter tagte, erhob sich keine Hand, als der Major Herwarth von Bittenfeld sie am 15. November zum Auseinandergehen zwang. Unruhen in Halle, Erfurt und Frankfurt a. O. wurden rasch unterdrückt. Das Königtum

\*) „Sie haben mein von Gott verliehenes Recht auf die Krone angetastet, Sie wollen mir das „von Gottes Gnaden“ nehmen. Aber hierzu wird keine Macht der Erde stark genug sein: ich werde es tren bewahren, wie ich es von meinen Ahnen überkommen. Sagen Sie dies den Herren, die Sie gesandt. Sagen Sie ihnen, daß ich den Aufruhr und die Aufrührer, wo ich sie finde, bekämpfen und zerschmettern werde und daß ich mich hierzu durch Gottes Gnade stark genug fühle“.

\*\*) Dabei hatte der jüdische Abgeordnete Dr. Jacoby aus Königsberg, der gar nicht zu sprechen befugt war, die Dreißigkeit, dem König nachzurufen: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“

herrschte wieder in Preußen. Als nun die Nationalversammlung in Brandenburg dauernd beschlußunfähig blieb, also sich auch unfähig erwies, ihre Aufgabe zu lösen, da verfügte der König am 5. Dezember, am Tage von Leuthen, ihre Auflösung und verlieh eine Verfassung nach dem Entwurfe des Ausschusses, nur mit einigen Abänderungen zu gunsten der Krone, wie in § 105, der ihr das Recht gab, in Abwesenheit der Volksvertretung in dringenden Fällen Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Der König meinte sich damit „ruhige Winterquartiere“ erkaufte zu haben, wie einst Friedrich der Große bei Leuthen.

Fast in demselben Augenblicke hatte die Monarchie in Österreich den entscheidenden Sieg erfochten, allerdings unter gewaltsamen Katastrophen. Nach dem leichten Siege vom 13. März herrschte in Wien der Sicherheitsausschuß, der aus Mitgliedern der Nationalgarde und der Studentenschaft von der „Mula“ bestand. Die ungewohnte Press- und Versammlungsfreiheit, die Finanznot und der Notstand unter den Arbeitern vermehrten noch die Aufregung. Umsonst ließ das neue Ministerium am 25. April eine neue Verfassung, natürlich die vergötterte belgische, verkünden, die Radikalen setzten am 13. Mai ein politisches Zentralkomitee ein und erzwangen endlich durch fortgesetzte Unruhen am 13. Mai das Versprechen, eine konstituierende Nationalversammlung zu berufen. Fast wehrlos in dieser Unordnung flüchtete der kaiserliche Hof am 17. Mai nach Innsbruck. Das machte zwar einigen Eindruck, indes wußte der Minister Pillersdorf diesen nicht rechtzeitig zu benützen, und als er endlich am 26. Mai die Auflösung der Studentenlegion verfügte, bauten die Arbeiter Barrikaden, und der Bürgersicherheitsausschuß, jetzt unter Dr. Fischhof, einem jüdischen Arzte, riß die Gewalt an sich. Auch Erzherzog Johann, den der Kaiser am 16. Juni zu seinem Stellvertreter in den deutsch-slawischen Landen ernannte, entließ zwar Pillersdorf, mußte aber auch in dem neugebildeten Ministerium Wessenberg den Radikalen großen Einfluß einräumen.

Österreich  
unter der  
Herrschaft  
der  
Revolution.

In dieser unsicheren Lage eröffnete der Erzherzog am 22. Juli den ersten Reichstag Österreichs, an dem freilich Ungarn und Italien keinen Anteil nahmen. Von den 385 Abgeordneten aber waren 92 Bauern, der in Österreich so mächtige Adel war fast gar nicht vertreten, und alsbald stellte sich's zur peinlichen Überraschung der Deutschen heraus, daß die Mehrheit der Bevölkerung des Kaiserstaats eben aus Slawen bestehe, daß demnach eine parlamentarische Regierung, also die Verwirklichung des Ideals der deutschen Opposition, die Deutschen aus ihrer herrschenden Stellung verdrängen müsse. So saßen denn auch neben einem Deutschen ein Tscheche und ein Pole im Präsidium, und allen anderen Interessen stellten die Bauern unter Führung des Schlesiers Hans Kudlich die ihrigen voran. Plötzlich zum Bewußtsein ihrer Lage erweckt und grollend über die lange Knechtschaft forderten sie die Ablösung aller bäuerlichen Lasten zunächst ohne jede Entschädigung, doch wurde schließlich eine solche in mäßiger Höhe gewährt und damit die endlose, hitzige Debatte am 9. September abgeschlossen. Der Kaiser war inzwischen auf Ersuchen des Reichstages am 12. August nach Wien zurückgekehrt, doch seine Regierung blieb dem Reichstage und der Wiener Anarchie gegenüber ohnmächtig wie zuvor, und grollend standen die alten Beherrscher Österreichs, der Adel, die Geistlichkeit und das



Heer, zur Seite. Sie wußten, daß das unreife Bürgertum dieser Länder im Bunde mit der städtischen Arbeiterbevölkerung und den Bauern nur durch die Schwäche der Regierenden die Oberhand gewonnen habe und harrten ihrer Zeit.

Die nationalen Erhebungen.

Die Zerrüttung der Zentralverwaltung begünstigte die Sonderbestrebungen der nichtdeutschen Nationalitäten.

In Böhmen trat am 30. Mai neben die kaiserliche Statthalterei eine provisorische Regierung unter Fr. Palazky und E. Rieger, und noch höher schwoll der Mut der Tschechen durch den Slawenkongreß, der zu Anfang Juni im „goldnen Prag“ zusammentrat, um die Verbrüderung aller Slawen anzubahnen. So wagten sie es, die Entlassung des unpopulären Landeskommandanten, des Fürsten Alfred Windischgrätz, zu fordern und begannen, als sie verweigert wurde, am 12. Juni den Straßenkampf in den engen Gassen der alten, blutgewöhnten Stadt. Er endete am 17. Juni mit dem Siege der Truppen; hier zuerst zeigte sich das Heer als die ausschlaggebende Macht. In Ungarn dagegen schwoll noch immer die Flut der Revolution, doch mit den Ansprüchen der Magyaren wuchs auch die Feindschaft der anderen Nationalitäten gegen sie, der Rumänen und Sachsen in Siebenbürgen, der Serben und Kroaten im Süden des Landes. Auf diese Slawen vor allem und den neuernannten Banus von Kroatien, Joseph von Jellatschitsch, begann sich das Haus Habsburg zu stützen, während es doch den Magyaren eine völlig selbständige Regierung bewilligte und den Erzherzog Stephan mit souveränen Rechten bekleidete. Allein die demokratische Unabhängigkeitspartei unter Eudwig Kossuth trieb die Dinge zum Bruche. Am 24. September legte deshalb der Erzherzog, am Ausgleiche verzweifelnd, seine Würde nieder, am 28. September wurde der neuernannte Landeskommandierende, General von Lamberg, von einem Pöbelhaufen auf der Pester Kettenbrücke schmählich ermordet, während Jellatschitsch auf eigene Faust schon gegen die Hauptstadt marschierte.

Die Wiener Oktoberrevolution.

Voll Furcht hatte die Bewegungspartei in Wien dem Anwachsen der slawischen Flut, voll Sympathien den Fortschritten der Magyaren zugesehen, die ihr als Bundesgenossen gegen die Slawen wie gegen das Kaiserhaus erschienen. Das Ministerium hatte während des August etwas mehr Tatkraft erwiesen, gegen 30000 Arbeiter aus Wien entfernt, die Studentenlegion vermindert, die Hörsäle der Universität geschlossen, den Sicherheitsausschuß aufgelöst. Auch der Reichstag wies am 19. September das Hilfsgeßuch der Magyaren zurück. Aber als nun der volle Bruch mit Ungarn eintrat, eine kaiserliche Kundgebung vom 3. Oktober den ungarischen Reichstag auflöste, über das ganze Land den Belagerungszustand verhängte und Jellatschitsch zum Stellvertreter des Königs ernannte, da trieb das neugebildete „Zentralkomitee der liberalen Vereine“ auch Wien zum Aufstande. Die vom Kriegsminister Grafen Latour zum Abmarsch nach Ungarn bestimmten Truppen wurden zur Widerseßlichkeit aufgeheßt, und am 6. Oktober meuterte ein Bataillon, das dorthin mit der Eisenbahn abfahren sollte. Arbeiter und Studenten kamen ihm zu Hilfe, im blutigen Kampfe an der Taborbrücke wurde ein polnisches Regiment zurückgeworfen, und unter dem Heulen der Sturmglöcken strömten bewaffnete Haufen von allen Seiten nach dem Kriegsministerium („am Hof“). Zu menschlich, um seine Rettung mit Blut zu erkaufen und zu tapfer, um zu fliehen, trat Graf Latour den wütenden Rotten furchtlos entgegen. Einige besonnene Männer suchten ihn zu schützen, allein die Rasenden erschlugen den wehrlosen Greis mit Gewehrkolben und Eisenstangen und hingen dann die aus dreiundvierzig Wunden blutende Leiche an einen Laternen-

pfahl. Auch die Besatzung des nahen Zeughauses am Schottentore (zwei Kompagnien Polen) wurde nach heftigem nächtlichen Kampfe am Morgen des nächsten Tages zur Räumung des Gebäudes gezwungen, dessen ungeheure Waffenvorräte nun der Plünderung verfielen. Der Aufruhr war Herr der Hauptstadt.

Doch das war der Anfang des Endes. Am demselben Tage floh der Kaiserhof von Schönbrunn nach der Festung Olmütz, die fremden Gesandten folgten, die Slawen verließen den Reichstag, und gegen 100000 Menschen flüchteten aus der Stadt. In der Vorstadt Wieden aber sammelte Graf Kuersperg die Truppen der Besatzung, etwa 100000 Mann, und schon rückte von Ungarn Jellatschitsch mit seinen Kroaten, von Böhmen Fürst Windischgrätz heran, den der Kaiser zum Oberbefehlshaber aller Truppen außerhalb Italiens ernannt hatte. Die Armee, gehoben durch die glänzenden Erfolge Radetzky's in Ober-Italien, fühlte sich als die Vertreterin des österreichischen Staatsgedankens und schickte sich an, die Entscheidung mit dem Schwerte zu bringen.

„In Deinem Lager ist Österreich,  
Wir andern sind elende Trümmer!“

rief damals fr. Grillparzer dem siegreichen Feldmarschall Radetzky zu.

In Wien herrschten Ratlosigkeit und Zerschlagenheit. Der neuernannte Oberkommandant W. Messenhauser war der Lage nicht gewachsen, die Nationalgarde widerwillig, Beistand konnte nur von Ungarn kommen. Denn die beiden Abgeordneten des Frankfurter Reichsministeriums sollten nur eine Vermittlung versuchen, und die Abgesandten der dortigen Linken, J. Fröbel und R. Blum, konnten den Wienern auch nur ihre Sympathien aussprechen. Inzwischen erschien Fürst Windischgrätz am 26. Oktober vor der Stadt, jede Verhandlung oder Vermittlung wies er rauh zurück. Nach zweitägigen Kämpfen war er Herr der Vorstädte, so daß der Wiener Gemeinderat am 29. Oktober die bedingungslose Unterwerfung anbot. Unterdessen verbreitet sich das Gerücht, daß die Ungarn unter Mlogas heranrückten. Da erzwingen die Arbeitermassen die Wiederaufnahme des Kampfes, und mit banger Spannung lauscht Alles dem Kanonendonner des Gefechts, das sich am 30. Oktober bei Schwechat zwischen Jellatschitsch und den Ungarn entsponnen hat. Aber am Abend waren diese wieder über die Grenze zurückgetrieben, und am 31. Oktober ließ Windischgrätz seine Kolonnen zum Sturm gegen die alten Wälle der inneren Stadt vorgehen. Zuerst am Burgtore drangen seine Truppen ein, dann liefen die Verteidiger in sinnloser Flucht auseinander, und allerorten entfalteten sich die weißen Fahnen.

Wien war eine mit Sturm genommene rebellische Stadt und wurde als solche behandelt. Die Tore wurden gesperrt, gegen tausend Personen verhaftet, doch meist alsbald wieder freigelassen und 23 standrechtlich erschossen, darunter auch R. Blum (9. November) und Messenhauser, da jener in der Tat einige Tage hindurch die Waffen in einem Freikorps getragen hatte. Den Reichstag aber verlegte der Kaiser nach der kleinen mährischen Landstadt Kremsier, der gewöhnlichen Residenz des Fürstbischofs von Olmütz, und an die Spitze des Ministeriums berief er den Fürsten Felix Schwarzenberg (geb. 2. Dezember 1800). In diesem Manne verkörperte sich

Der Sieg  
der Armee.

Fürst F.  
Schwarzen-  
berg; Kaiser  
Franz  
Joseph.

der militärisch-aristokratische und absolutistische Geist des alten Österreich. Er hatte seit 1824 meist als Diplomat im Auslande gelebt und wußte von deutscher Gesinnung nichts, wie er denn offen sagte, er habe immer gefunden, daß im Auslande niemand ein Deutschland kenne. Sein Ideal war der zentralisierte österreichische Einheitsstaat und seine Herrschaft über Deutschland und Mittel-Europa, und dieses Ideal verfocht er mit der ganzen Starrheit eines beschränkten Gesichtskreises, die in dieser an Talenten so überreichen, an Willenskraft so armen Zeit vielen als Charaktergröße erschien. Die entscheidende Wendung wurde noch besiegelt durch die Abdankung Kaiser Ferdinands zu gunsten seines Neffen Franz Joseph am 2. Dezember. Daß der jugendliche Herrscher (geb. 18. August 1830) den Ungarn gegenüber nicht gebunden war, schien die Pläne Schwarzenbergs zu begünstigen.

Die Debatten über die „Oberhauptsfrage“ in der Paulskirche.

Diese Entscheidung in Österreich bedeutete auch die Entscheidung in der deutschen Frage. So lange die habsburgische Monarchie zerrissen und gelähmt dalag, wäre es möglich gewesen, ohne und gegen ihren Willen Deutschland zu konstituieren. Doch in Unklarheit und Schwäche hatte das preußische Königtum diesen Zeitpunkt versäumt, und das Frankfurter Parlament begann die Beratungen über die Reichsverfassung erst, als seine Ohnmacht offenbar geworden war. Sofort drängte sich ihm da freilich die entscheidende Bedeutung des Verhältnisses zu Österreich gebieterisch auf. Eben mit Rücksicht darauf wurde am 27. Oktober der grundlegende Beschluß gefaßt: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben“ (§ 2 der Reichsverfassung). Sie forderte damit von Österreich, daß es sich in zwei völlig getrennte Hälften zerlegen lasse, von denen die deutsche wahrscheinlich einer außerösterreichischen Reichsgewalt zu gehorchen hatte, daß es also auf seine Stellung als Großmacht freiwillig verzichte. Damit geriet sie in unversöhnlichen Widerspruch mit den habsburgischen Überlieferungen und Interessen, in Widerspruch auch mit dem soeben verkündeten Programm Schwarzenbergs. Folgerichtig erklärte denn dieser auch in Frankfurt, Österreich werde nur einer solchen Reichsverfassung zustimmen, in der es mit allen seinen Ländern Raum finde; eine Vereinbarung aber sei erst dann möglich, wenn es sich selbst zuvor geordnet habe. Es verlangte also den Verzicht des deutschen Volkes auf jede bundesstaatliche Einigung, deren Notwendigkeit tausendfach erwiesen war, und die Unterwerfung der Nation unter das Interesse des habsburgischen Völkerstaates. Die Frage war gestellt, die deutsche Antwort konnte nur lauten: Los von Österreich! Soviel erreichten nun beide Zentren, daß Schmerling den Vorsitz des Reichsministeriums niederlegte, und am 16. Dezember H. von Gagern an seine Stelle trat, während Eduard Simson aus Königsberg (geb. 1810) das Präsidium der Nationalversammlung übernahm. Folgerichtig hielten nun die Zentren auch den Austritt der Österreicher aus dem Parlament für geboten, dessen Verfassungsarbeit ja für Österreich nicht gelten sollte, aber diese blieben, weil sie entweder noch auf die Nachgiebigkeit Schwarzenbergs rechneten oder wenigstens verhindern wollten, daß Preußen an die Spitze des Reiches gestellt werde; auch Schmerling blieb, und die deutsche Zentralgewalt leitete ein Erzherzog. So ereignete sich das Unerhörte,

daß die deutsche Nationalvertretung in ihren Beschlüssen über die Gestaltung des deutschen Gemeinwesens von dem Willen einer Macht abhängig war, die ausdrücklich erklärt hatte, daß sie sich eben dieser Gestaltung nicht unterwerfen könne. Eine Note Schwarzenbergs vom 28. Dezember betonte diesen Standpunkt noch einmal aufs schärfste. Unter dem mächtigen Eindrucke dieser Vorgänge und Erwägungen schlossen sich in den heißen Debatten bei der ersten Lesung der Reichsverfassung vom 11. bis zum 13. Januar 1849 die beiden Zentren unter Bagers Führung gegen<sup>1849.</sup> über den Österreichern, den Ultramontanen und der Linken enger zusammen zur „Erbkaiserpartei“ und setzten mit 261 gegen 224 Stimmen den Beschluß durch, daß Bager zu Verhandlungen über einen weiteren Bund mit Österreich bevollmächtigt wurde. Endlich also war die sogenannte „Oberhauptfrage“ in Fluß gebracht, aber sie war falsch gestellt; man fragte, welchem deutschen Fürsten die Leitung zu übertragen sei, statt zu fragen, welchem deutschen Staate. Dann wäre sie freilich keine Frage mehr gewesen. So aber kam man erst auf weiten Umwegen und mit den unsichersten Mehrheiten zur Antwort. Die Wahl eines deutschen Fürsten zum Reichsoberhaupt wurde mit elf Stimmen, der Kaisertitel mit nur neun Stimmen Mehrheit angenommen. In der bewegten Debatte über die Frage, ob Wahl- oder Erbkaisertum, am 22. 23. Januar faßte dann E. Uhland alles, was eine großartige Phantasie und Rhetorik aus mittelalterlich-romantischer Anschauung heraus für die Wahlmonarchie sagen konnte, in gewaltiger Rede zusammen, und prophetisch waren seine Schlussworte: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem reichlichen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist;“ aber der Dichter vergaß, daß eben das Wahlkaisertum der Fluch unseres alten Reiches und die Hauptursache seines Unterganges gewesen war. Und wieder alle leidvollen Erfahrungen des eigenen Lebens und der deutschen Geschichte vereinigte Dahlmann zu dem unwiderleglichen Nachweise, daß nur das Haus Hohenzollern gänzlich in Deutschland lebe und in nichts anderem, daß gar keine Zukunft für Deutschland möglich sei ohne Preußen und daß es also eine Wahl gar nicht mehr gebe. Umsonst, die Erbllichkeit fiel mit 211 gegen 263 Stimmen, und alles andere blieb in der Schwebe.

An demselben Tage aber erließ Friedrich Wilhelm IV., nachdem Verhandlungen mit Österreich nur zu einem negativen Ergebnis geführt hatten, von Bunsen<sup>Die Kaiserwahl. 1849.</sup> und Camphausen bestimmt, ein Rundschreiben, das die deutschen Regierungen aufforderte, ihre Ansichten über das Frankfurter Verfassungswerk mitzuteilen und über die Gründung eines engeren Bundes zu beraten. Darauf erklärten sich Baden und 28 Kleinstaaten für den engeren Bund und die Reichsverfassung. Doch die vier Königreiche verhielten sich ablehnend, und Österreich forderte am 4. Februar abermals Teilnahme mit allen seinen Provinzen. Am 7. März wurde dann der Reichstag von Kremsier aufgelöst und eine zentralistische Gesamtstaatsverfassung verkündigt, und am 9. März schlug Schwarzenberg in Frankfurt als Grundlage der Neugestaltung vor: ein „Direktorium“ unter österreichischem Vorsitz und ein teils von den Regierungen, teils von den Einzellandtagen gewähltes „Staatenhaus“, in dem Österreich 38, Deutschland 31 Stimmen zählen sollte. Immer schärfer, immer gehässiger hatten sich in Frankfurt die Gegensätze zugespitzt. Die „Großdeutschen“, die für Schwarzenbergs



„Siebzigmillionenreich“ von der Nordsee bis zu den siebenbürgischen Alpen schwärmten, standen den „Kleindeutschen“, der „preussischen Partei“, gegenüber. Als aber jetzt Schwarzenbergs Vorschlag bekannt wurde, der das Werk von Frankfurt bei Seite warf, da trat ein Teil der Großdeutschen zu den Kleindeutschen über, und Welcker stellte am 12. März den Antrag, die erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen. Nach hitzigen Debatten wurde er allerdings am 21. März verworfen, aber am nächsten Tage der Beschluß gefaßt, sofort die zweite Lesung der Verfassung zu beginnen, und da jetzt das linke Zentrum sich unter der Bedingung, daß dem Kaiser dem Parlamente gegenüber nur ein aufschiebendes Veto zustehen solle, dem rechten Zentrum enger angeschlossen, so durften beide auf den Sieg zählen. Am 27. März fand das Erbkaisertum mit 267 gegen 263 Stimmen Annahme und am 28. März wählten 290 von 538 Abgeordneten König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum „Kaiser der Deutschen.“ Unter unsäglichster Spannung, vor überfülltem Hause verkündete Präsident Simson nachmittags halb vier Uhr dieses Ergebnis. Brausender Jubel erfüllte die Hallen von St. Paul, draußen donnerten die Geschütze, und alle Glocken der alten Reichs- und Krönungsstadt erklangen dem neuen Kaiser zu Ehren. Von demselben Tage wurde die nunmehr abgeschlossene Reichsverfassung datiert. Die Nation glaubte sich am Ziele.

Abkehrung  
der Kaiser-  
krone.

Und doch, sie wußte noch nicht einmal, ob der König diese Krone annehmen werde. Die verschiedensten Erwägungen stürmten seit Monaten auf ihn ein. Der greise Arndt, Beckerath und Bunsen drängten ihn zur Annahme, und dem Könige fehlte nicht hochstrebender Ehrgeiz; auch sein Bruder Prinz Wilhelm war eher für als gegen die Annahme. Doch verschwindend war die Mehrheit, die ihm die Krone bot, sehr bedenklich manche Bestimmung der Reichsverfassung, die größeren deutschen Staaten und Österreich standen ihm feindlich gegenüber, und Rußland war schon beinahe bis zu offener Drohung vorgegangen. Vor allem aber verwarf die innerste Überzeugung des Königs dieses Kaisertum als ein Geschöpf der Volkssouveränität; nur den deutschen Fürsten erkannte er das Recht zu, „die tausendjährige Krone deutscher Nation“ zu vergeben, und wie er, so dachte ein großer Teil des preussischen Adels über diese Kaiserkrone, „deren Gold erst durch das Einschmelzen der preussischen Königskrone Wahrheit erhalten würde“ (Bismarck). Vor allem seine vertraute Umgebung, die sogenannte Camarilla unter seinem hochkonservativen Generaladjutanten Leopold von Gerlach bestärkte ihn in dieser Auffassung. So reiste die Kaiserdeputation unter E. Simson, im ganzen 34 (Dahlmann, Arndt, Raumer u. s. f.), das Herz voll Hoffnung und doch voll nagender Sorge, über Köln, Hannover, Braunschweig und Magdeburg nach Berlin, wo sie am Abend des 2. April anlangte. Um die Mittagsstunde des 3. April empfing sie der König feierlich im Rittersaale seines Schlosses. Auf Simsons bewegte Anrede antwortete er zunächst mit dem Ausdruck des Dankes für das ihm bewiesene Vertrauen, aber er erklärte, die Krone ohne die freie Zustimmung der Fürsten und freien Städte nicht annehmen zu können, er lehnte sie also der Sache nach ab. Tief erschüttert, manche der Tränen nicht mächtig, verließen die Abgesandten das Schloß, sie sahen das mühevollen Werk eines Jahres voll heißer Kämpfe vor ihren Augen in Stücke gehen. „Es war ein Scheitern im Hafen.“

Nun erneuerte allerdings eine preußische Note vom 3. April die frühere Aufforderung an die Regierungen, und die Mehrheit der Nationalversammlung, mit der Fähigkeit der Verzweiflung sich an ihr Werk klammernd, beschloß auf den Bericht der Kaiserdeputation (11. April), an der Reichsverfassung „unwandelbar“ festzuhalten und einen Ausschuß niederzusetzen, um über ihre Durchführung zu beraten. Die Kleinstaaten kamen ihr insofern zu Hilfe, als ihre Bevollmächtigten am 14. April die Annahme der Verfassung aussprachen, und günstig erschien es auch, daß Österreich jetzt nicht nur seine Abgeordneten abrief, sondern selbst wieder in die ernstesten Schwierigkeiten verstrickt war. Während nämlich Radetzky in einem nur dreitägigen Feldzuge (21. bis 23. März) die tapferen Piemontesen vollständig schlug, setzte Venedig seinen heldenhaften Widerstand bis zum 22. August fort, und die Ungarn beantworteten die Verkündigung der österreichischen Gesamtstaatsverfassung mit einer entschlossenen Erhebung, endlich mit der Losagung vom Hause Habsburg (14. April). War nun aber Österreich zunächst außer stande, in die deutschen Wirren einzugreifen, so gelang es doch nicht, das, woran alles hing, die Zustimmung König Friedrich Wilhelms zur Reichsverfassung noch zu gewinnen. In einer tief bewegten Unterredung mit Beckerath am 26. April wies der Monarch dessen Drängen mit merkwürdiger Selbsterkenntnis und prophetischem Blicke zurück. „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können“, sagte er, „der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent.“ Er fügte hinzu: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde gewonnen werden,“ und er wußte, daß er der Mann nicht sei, diese Schlachten zu schlagen. So sah sich das Parlament immer weiter nach links gedrängt. Un eben jenem Tage nahm es den von Mathy befürworteten Antrag an, die Regierungen aufzufordern, nichts zu tun, was das Volk jetzt an dem verfassungsmäßigen Ausdruck seiner Meinung hindern könne, denn sie hoffte durch die Landtage auch die noch widerstrebenden Regierungen zur Annahme der Reichsverfassung drängen zu können. Ohne es zu wollen gab sie damit das Zeichen zum vollen Zusammenbruch, zur republikanischen Schilderhebung.

In Sachsen hatte der Landtag endlich das provisorische Wahlgesetz für die neue Ständerversammlung angenommen. Obwohl es den aristokratischen Charakter der I. Kammer fast vollständig beseitigte, so befriedigte es doch nicht die Ansprüche der Linken. Mit den Liberalen aber geriet das Ministerium in Gegensatz durch seine ablehnende Haltung gegenüber der Reichsverfassung. Das näherte ihm nun wieder die Linke, die jene in ihrem immerhin monarchischen Charakter verwarf und jetzt die Losung ausgab: „Lieber in Sachsen frei, als im einigen Deutschland unfrei.“ Natürlich benützte sie auch die Erschießung R. Blums zu aufregenden Totenfeiern. So war die Lage höchst unsicher, als der König am 17. November 1848 den Landtag schloß. Aus den Wahlen zur neuen Ständerversammlung ging die demokratische Partei für beide Kammern mit erdrückender Mehrheit als Siegerin hervor. Daher unterstützte sie auch jetzt das Ministerium in seiner Haltung gegenüber der Reichsverfassung, und die II. Kammer sprach sich am 20. Januar in einer geradezu schimpflichen Debatte gegen das Erbkaisertum aus. Erst als sie die

Der Konflikt  
in Sachsen.

sofortige Annahme der ganz demokratischen „Grundrechte“ forderte, trat der Zwiespalt heraus. Das Märzministerium Braun fiel (24. Februar), und ein Geschäftsministerium wesentlich konservativer Färbung (Held, v. Beust, Weinlig, Rabenhorst) gelangte ans Ruder. Um sich nicht auf die Liberalen stützen zu müssen, bewilligte es jedoch die Veröffentlichung der „Grundrechte“, freilich mit stillem Vorbehalt (2. März), mußte aber bald erleben, daß dieses Zugeständnis die herrschende Linke keineswegs abhielt, die Regierung fortwährend mit den radikalsten Anträgen zu bestürmen, so daß allmählich die konservativen Kreise im Lande zu nachdrücklicher Gegenwehr herausgefordert wurden. Der Bruch kam, als beide Kammern am 12. April die Anerkennung derselben Reichsverfassung forderten, die bisher die Linke bekämpft hatte. Jetzt diente sie ihren entschlossensten Führern nur als Deckmantel für eine republikanische Erhebung und als Mittel, auch gemäßigte Männer mit sich fortzureißen. Zu gleicher Zeit sollte der Losbruch in der Rheinprovinz, in Prag, in Bayern, der Pfalz und Baden erfolgen; alle Fäden liefen in den Händen ausländischer Verschwörer, namentlich des Russen Bakunin, zusammen. Allerorten war man eifrig an der Arbeit, das Militär zum Eidbruch zu verführen; in Sachsen schienen die Vaterlandsvereine, die Bürgerwehren und die Turner vorzüglich organisierte Kräfte zu bieten. Die letzte Entscheidung gab hier der Kampf um die Frage, ob das Ministerium zur provisorischen Forterhebung der nur bis zum 30. April bewilligten Steuern berechtigt sei. Beide Kammern verneinten sie und sprachen dem Ministerium ihr Mißtrauen aus. Da entschloß sich die Regierung. Nach dem Beispiele Hannovers und Preußens erklärte sie am 28. April den Landtag für aufgelöst. Der offene Kampf der Regierungen gegen die Nationalversammlung war damit eröffnet; die preussische Note vom 28. April, die die endgültige Ablehnung der Kaiserkrone ankündigte und zugleich die Bundesregierungen zu Beratungen über einen „engeren Bund“ einlud, besiegelte diese Kriegserklärung.

Der Mai-  
aufstand in  
Dresden.

Da rollten zuerst in Dresden die blutigen Würfel. Die unruhige Bewegung in den Straßen schwoll an, immer stärkere Massen wogten unruhig umher, namentlich am Zeughause, die letzten Verständigungsversuche scheiterten. Da, als am Nachmittage des 3. Mai nochmals eine Deputation des Stadtrats mit den Ministern im Schlosse verhandelte, krachte aus nächster Nähe vom Zeughause her ein Kanonenschuß. Eine Kartätschenladung fuhr in die dichten Volkshaufen, die sich ansammelten, das Tor zu stürmen, und rettete das Gebäude. Doch das gab auch das Zeichen zum Aufstand. Die Sturmglocken heulten, auf dem Rathause bildete sich ein Sicherheitsausschuß, Boten flogen nach allen Richtungen ins Land hinaus, um die Bürgerwehren, Turner und Freischärler nach Dresden zu entbieten zum Kampfe für die Reichsverfassung; doch wehte den Bewaffneten schon vielfach die rote Fahne voran. Binnen wenigen Stunden bedeckte sich die enge Altstadt mit trefflich gebauten Barrikaden, und ein früherer griechischer Offizier, der Oberstleutnant Heinze, übernahm den Oberbefehl über die Streitkräfte, die etwa 10000 Mann zählten. Nur das Schloß und das Zeughaus hielten die Truppen, dazu jenseits der Elbe die Neustadt.

Die Regierung hatte sich völlig überraschen lassen. Da sie den Ausbruch viel eher in Leipzig und auf dem Erzgebirge erwartete, so standen ihr in Dresden augenblicklich kaum 1900 Mann mit 15 Geschützen zur Verfügung, da eine starke Heeresabteilung in Schleswig focht (s. S. 390). Daher beschloß sie, alle Truppen in der Hauptstadt zu vereinigen und die Hilfe Preußens anzurufen, doch flüchtete die königliche Familie mit den Ministern am frühen Morgen des 4. Mai auf einem Dampfschiff nach der Bergfestung Königstein. Dies benutzten die Aufständischen, um eine provisorische Regierung (Tzschirner Heubner, Todt) einzusetzen. Aber schon am Abend erschienen Beust und Rabenhorst mit unbedingter Vollmacht in der Neustadt, und am 5. Mai begannen die Truppen, jetzt bis auf 2800 Mann verstärkt und von drei allmählich eintreffenden preußischen Bataillonen unterstützt, den umfassenden Angriff auf die Altstadt. In hartnäckigem, Tag und Nacht kaum unterbrochenem Häuser- und Barrikadenkampfe drangen sie langsam, aber unwiderstehlich nach dem Altmarke hin vor. Da sank den Aufständischen der Mut. Ganze Scharen zogen ab, am Morgen des 9. Mai verließ auch die provisorische Regierung die Hauptstadt, und schon früh gegen 8 Uhr brachen die siegreichen Truppen aus allen Straßen auf den Altmarkt heraus. Da sie meist in gedeckter Stellung gefochten hatten, so waren ihre Verluste nur gering, viel größer die der Aufständischen.\*) Harte Maßregeln folgten. Die „Deutschen Vereine“ gingen freiwillig auseinander, die Vaterlandsvereine wurden unterdrückt, die Bürgerwehren und die Stadtverordnetenversammlungen vielfach aufgelöst, städtische Beamte in Menge suspendiert. Allein in Dresden wurden mehr als 900 Personen zur Untersuchung gezogen, von den Landtagsabgeordneten viele angeklagt oder steckbrieflich verfolgt, und viele wackere Männer büßten einen Irrtum oder eine Unbesonnenheit mit langer, harter Kerkerhaft.

Mit geringerer Mühe hatte Preußen aufständische Regungen in Köln, Elberfeld, Krefeld, Neuß, Düsseldorf, Iserlohn u. a. O. unterdrückt. In Württemberg dagegen nötigte wirklich eine gewaltige Volksbewegung in Stuttgart den König zur Anerkennung der Reichsverfassung (24. April), und noch weit ernster ließen sich die Erhebungen in der Rheinpfalz und in Baden an. Dort bildete sich am 2. Mai ein Landesausschuß, der die Losreißung von Bayern und die Republik erstrebte und rasch das ganze Land mit Ausnahme der Festungen Germersheim und Landau für sich gewann. In Baden begann der Aufstand am 9. Mai mit der Meuterei der Besatzung von Rastatt; diesem Beispiele folgten rasch die übrigen Garnisonen, am 15. auch die von Karlsruhe; am selben Tage beschloß eine Landesversammlung in Offenburg die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer badischen „Konstituante“, die Verschmelzung des Heeres mit der Volkswehr und ein Bündnis mit der Pfalz. Der Großherzog flüchtete, und der Landesausschuß in Karlsruhe (Brentano, Fickler, Struve) riß alle Gewalt an sich. Dagegen wurde

Aufstand  
in Baden  
und in der  
Rheinpfalz.

\*) Von den Sachsen blieben 11 Offiziere und 75 Mann, von den Preußen 2 Offiziere und 24 Mann, davon im ganzen 31 tot. Dagegen fand man 178 Leichen von Aufständischen, von denen 108 unbekannt waren, also fremden angehörten.



ein Versuch, durch den Einmarsch badischer Freischaren auch Hessen zum Aufstand zu bringen, von den Truppen bei Heppenheim am 30. Mai blutig zurückgewiesen, und der Versuch Ficklers, das württembergische Militär zum Eidbruch zu verführen, durch die rechtzeitige Verhaftung des Agitators vereitelt (3. Juni).

Der Zusammenbruch der Nationalversammlung.

In welche Lage aber geriet durch das alles die gemäßigte Mehrheit des Frankfurter Parlaments! Schon von der Auflösung der Kammern aufs tiefste erregt, sprach es am 30. April seine Mißbilligung aus, beschloß am 4. Mai eine Aufforderung an die Regierungen, die Landtage und das Volk, für die Reichsverfassung einzustehen, und die Einberufung des ersten verfassungsmäßigen Reichstags auf den 22. August. Man streifte die Grenzen der Revolution, und die Einkat alles, um die Versammlung zu revolutionären Beschlüssen fortzureißen, womöglich in einen Konvent zu verwandeln und eine (republikanische) Reichstatthalterschaft einzusetzen. Seit dem 7. Mai folgte unter dem Eindrucke der Erhebungen in Sachsen und in der Rheinpfalz Sitzung auf Sitzung, eine immer stürmischer als die andere. Dadurch wurde die Stellung des Ministeriums Gagern völlig unhaltbar. Als der Reichsverweser seinen Vorschlag, die volkstümlichen Bewegungen für die Durchführung der Reichsverfassung in Schutz zu nehmen, verworfen, trat Gagern am 10. Mai zurück, das Parlament aber faßte den Beschluß in seinem Sinne, erklärte zugleich das bewaffnete Einschreiten Preußens in Sachsen für einen „schweren Bruch des Reichsfriedens“ und stellte am 15. Mai die Rheinpfalz wirklich unter den Schutz des Reiches. Umsonst, die Versammlung zeigte schon die „Züge eines Sterbenden“, die facies Hippocratica, wie ihr W. Jordan in diesen entscheidenden Tagen zurief, und rasch nahte ihr das Ende. Am 14. Mai rief Preußen seine Abgeordneten zurück, und als das Parlament das neue Reichsministerium Grävell, das nicht den mindesten Boden hatte, für eine „Beleidigung der Versammlung“ erklärte und am 19. Mai mit 126 gegen 116 Stimmen die Einsetzung eines Reichstatthalters, also den Sturz des Reichsverwesers beschloß, da erklärten am 21. Mai die 65 bedeutendsten Mitglieder der Kaiserpartei, an ihrer Spitze Dahmann, ihren Austritt. Andere folgten einzeln oder in Masse, die Nationalversammlung wurde zum „Kumpfparlament“, das nunmehr von der äußersten Linken beherrscht wurde.

Auflösung des Parlaments.

Nur die Verblendung dieser Partei konnte jetzt noch einen Erfolg für möglich halten. Im Vertrauen auf die Haltung des württembergischen Volkes beschloß sie, nach Stuttgart zu gehen und eröffnete hier am 5. Juni im Saale des Abgeordnetenhauses ihre Sitzungen; eine „Reichsregentschaft“ (Raveaux, H. Vogt und drei andere) übernahm die Leitung. Doch ihr Aufruf zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung und die Forderung an die württembergische Regierung, 5000 Mann nach Rastatt und Landau zu senden, trieb das Ministerium Römer zur Gegenwehr. Es ließ Stuttgart durch zuverlässige Truppen besetzen und forderte am 17. Juni das Parlament auf, Württemberg zu verlassen. Als dieses trotzdem eine Sitzung auf den 18. Juni ansetzte und die Abgeordneten sich dazu im geordneten Zuge nach dem Sitzungslokale begaben, fanden sie den Zugang besetzt, und das Militär zerstreute, übrigens schonend, den Zug und die drängenden

Volksmassen. Die Auflösung der Nationalversammlung, die dreizehn Monate zuvor mit so hoch fliegenden Hoffnungen begrüßt worden war, erschien jetzt als ein Gebot der öffentlichen Ordnung. Es war der Tag von Fehrbellin und Bellealliance.

Zu gleicher Zeit nahm die republikanische Bewegung im Südwesten, von der sich das Kumpfsparlament hatte emportragen lassen wollen, ein klägliches Ende. Auf das Ansuchen der bayrischen und badischen Regierung rückten längs der Bergstraße die Reichstruppen (Hessen, Nassauer und Mecklenburger) unter dem General von Decker, verstärkt durch eine preussische Abteilung unter von der Gröben, langsam vor, ein preussisches Korps unter Prinz Wilhelm überschritt von der Rheinprovinz her die Nordgrenze der Pfalz. Während es den Reichstruppen nicht gelang, den Übergang über den Neckar zu erzwingen, den die Aufständischen unter Mieroslawski bei Heidelberg und Mannheim deckten, schlug der Prinz von Preußen die Pfälzer am 14. Juni bei Kirchheim-Bolandern, entsetzte am 18. Juni das belagerte Landau und ging zwei Tage später bei Germersheim über den Rhein. Dadurch im Rücken bedroht, mußte Mieroslawski die Stellung am Neckar aufgeben, den nun die Reichstruppen am 21. Juni oberhalb von Heidelberg überschritten, und zog sich nach Bruchsal zurück, bestand auch am 21. Juni bei Waghäusel ein nicht ungünstiges Gefecht gegen die Preußen. Allein diese erhielten Verstärkungen, erzwangen schon am 25. Juni den Einzug in Karlsruhe, zersprengten die Aufständischen im unteren Murgtale und schlossen ihre Reste in Rastatt ein. Während nun die Mitglieder des Landesausschusses und der Konstituante über Offenburg nach Freiburg i. Br. und schließlich nach der Schweiz flüchteten, wurde Rastatt nach hartnäckiger Gegenwehr am 23. Juli zur Übergabe auf Gnade und Ungnade gezwungen. Die gefangenen Führer des Aufstandes büßten mit standrechtlicher Erschießung, Prinz Wilhelm aber ließ auf seinem Lieblingsfeste Babelsberg bei Potsdam als Sinnbild seines siegreichen Kampfes gegen die Revolution das Standbild des heiligen Georg errichten, der den Lindwurm durchbohrt.

Die Niederwerfung des pfälzischen und badischen Aufstandes.

Immer hatte sich die Nationalversammlung das Schicksal Schleswig-Holsteins mit ihrem eigenen Siege aufs engste verknüpft gedacht; jetzt riß sie die Herzogtümer in ihren Untergang herein. Die Holsteiner benützten die Waffenruhe, um ihr Heer auf etwa 15000 Mann zu bringen, vortrefflich auszurüsten und mit Hilfe zahlreicher preussischer Offiziere besser durchzubilden; den Oberbefehl übernahm schon am 27. September 1848 der preussische General E. von Bonin. Nicht minder eifrig arbeitete Admiral Brommy in Bremerhaven trotz drückender Geldnot; er verfügte schließlich über 1 Segelfregatte, 6 Raddampfskorvetten und 27 Kanonenboote, freilich mit ungenügender Bemannung. Auch die Dänen verstärkten ihre Macht in Jütland auf Alsen bis auf 30000 Mann und ohne sich um die englischen Vermittlungsvorschläge zu kümmern, kündigten sie siegesgewiß den Stillstand. Mit kaum minderer Zuversicht sahen die Schleswig-Holsteiner dem Wiederbeginne des Kampfes entgegen, waren doch auch 60000 Mann Reichstruppen unter dem General von Prittwitz im Anmarsch. Während nun Bonin nordwärts

Der Krieg in Schleswig-Holstein. 1849.

vorrückte, übernahmen die Reichstruppen die Stellungen im Sundewitt und längs der Ostküste. Doch griffen die Unternehmungen beider von Anfang nicht recht zusammen, weil Prittwitz nur von Berlin Befehle annehmen durfte, und Bonin im Sinne der schleswig-holsteinischen Regentschaft sich möglichst selbständig hielt, um vor Europa, namentlich vor England, die Leistungsfähigkeit der Herzogtümer darzutun.

Das Gefecht  
bei Eckern-  
förde.

Die Dänen eröffneten den Kampf mit einem unglücklichen flankenangriff auf die deutsche Stellung an der Ostküste Schlesiwijs.

Dazu bestimmten sie ein stattliches Geschwader von 9 Fahrzeugen mit 159 Geschützen und 1200 Mann Besatzung unter dem Kommodore Paludan, voran das neue prächtige Einienischiff „Christian VIII.“ von 84 Geschützen und die schöne Segelsfregatte „Gefion“ von 46 Geschützen. Allein als dieses am frühen Morgen des 5. April bei frischem Ostwinde in die Bucht von Eckernförde einlief, wo Herzog Ernst von Koburg als Führer einer (thüringischen) Reservebrigade nur zwei Bataillone mit einer nassauischen Feldbatterie und zwei schwache Strandbatterien zu vier und sechs Geschützen mit ganz ungeübten Artilleristen unter dem schleswig-holsteinischen Major Jungmann zur Verfügung hatte, da leistete doch die deutsche Artillerie unter dem furchtbaren Feuer der dänischen Breitseiten einen wahrhaft heldenmütigen Widerstand. Die dänische Fregatte, fortwährend in ihrer ganzen Länge von den Geschossen der Nordbatterie bestrichen, bedeckte sich mit Toten und Verwundeten, das Einienischiff geriet durch glühende Kugeln in Brand, Versuche der beiden dänischen Dampfer, die Segelschiffe aus dem Feuer zu schleppen, wozu diese selbst bei dem starken Gegenwinde unfähig waren, mißlangen, und abends gegen 6 Uhr sank unter endlosem Jubel der Deutschen die stolze Danebrogflagge von der Gaffel, während schon dichte Rauchwolken das dem Verderben geweihte Einienischiff einhüllten. Trotz der aufopferndsten Anstrengungen namentlich des wackeren Unteroffiziers Preußer gelang es nur einen Teil der Besatzung desselben zu retten, gegen halb 9 Uhr schoß eine Feuergarbe empor und unter furchtbarem Krachen flog „Christian VIII.“ mit hunderten von Menschen in die Luft. Sein Gallionsbild und seine Flagge prangen seitdem als Siegeszeichen auf der feste Koburg.

Siege der  
Deutschen.

Der unerwartete Erfolg erregte in ganz Deutschland die größte Begeisterung, und der Fortgang des Kampfes schien dem Anfange zunächst zu entsprechen. Am 15. April nahmen bayrische und sächsische Truppen, diese unter den Augen ihres jugendlichen Thronfolgers, des Prinzen Albert, die Höhen von Düppel mit Sturm und drängten die Dänen nach Alsen zurück. Die Schleswig-Holsteiner aber überschritten die jütische Grenze, siegten am 20. April bei Kolding, behaupteten am 22. April diese Stellung in einem glänzenden Treffen und begannen, als auch Prittwitz endlich herankam, am 7. Mai unter lebhaften Gefechten die Einschließung der Festung Fredericia, die den Übergang nach Fünen deckte. Prittwitz freilich begnügte sich damit, bis Veile und Aarhus vorzurücken, ohne etwas Ernstes zu unternehmen. Dagegen rührte sich die Reichsflotte auf der Nordsee. Am 5. Juni nahm Brommy bei Helgoland den Kampf mit dem dänischen Blockadegeschwader rühmlich auf, das erste und letzte größere Seegefecht, das unter der schwarzrotgoldenen Flagge geliefert worden ist. Diese freilich erklärte England hochfahrend als Piratenflagge behandeln zu wollen, da sie nicht anerkannt sei.

Die Kata-  
strophe von  
Fredericia.

Doch hinter dem allen stand schon kein fester Wille mehr. Seit dem Bruche mit der Nationalversammlung und dem Siege über den Dresdner Maiaufstand galt dem König Friedrich Wilhelm und seiner Camarilla die schleswig-holsteinische Sache

schlechtweg als eine revolutionäre. Dazu nahmen Rußland und England wieder eine drohende Haltung an. So wurden in Berlin Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Preußen und Dänemark eingeleitet, denen von Anfang an der dänische Vorschlag (Selbständigkeit Schleswigs unbeschadet seiner Verbindung mit Dänemark) zu grunde gelegt wurde. Des diplomatischen Erfolges schon so gut wie sicher, wollten doch die Dänen noch vor dem Abschlusse die schleswig-holsteinischen „Rebellen“ mit einem zermalmenden Schlage treffen, sie sammelten daher von Alsen und Jütland her allmählich gegen 20 000 Mann in Fredericia.

Konnten nun die Belagerer schon dies nicht hindern, weil sie selbst mit ihren am weitesten tragenden Geschützen den Dänen den Seeverkehr mit Fünen nicht abzuschneiden vermochten, so befanden sie sich einem Ausfalle gegenüber in einer sehr gefährdeten Lage, da sie ihre schwachen Streitkräfte auf eine Linie von mehreren Stunden Ausdehnung verteilt hatten. Daß der Feind einen Ausfall vorbereite, wußte man, allein man unterschätzte seine Stärke, und die Armee brannte auf den Kampf. Trotzdem wurde sie überrascht. Am 6. Juli, als eben die frühe nordische Morgendämmerung den Osthimmel zu röten begann, brachen die Dänen, gedeckt durch den Nebel, aus allen Toren gegen die Laufgräben und Batterien vor. In heldenmütigem, überaus blutigem Kampfe erlagen die zerzettelten Schleswig-Holsteiner der concentrirten feindlichen Übermacht nach sechsständigem Ringen und wichen mit Hinterlassung ihres Belagerungsgeschützes unter den herbsten Verlusten, doch in fester Haltung und ungebrochenen Mutes auf Veile zurück. Die Dänen folgten nicht, da ihre Einbuße an Toten und Verwundeten die der Deutschen weit übertraf. Die Schleswig-Holsteiner verloren nämlich 3000 Mann, davon fast 2000 Gefangene, d. i. den vierten Teil der Mannschaften, den dritten Teil der Offiziere, die Dänen gegen 1900 Mann an Toten und Verwundeten.

Doch unter dem Eindrucke dieser Nachrichten, die am 8. Juli in Berlin einliefen, wurde hier am 10. Juli der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark unterzeichnet. Schleswig sollte unter eine besondere dänisch-preussische Verwaltung gestellt und von preussischen und schwedischen Truppen besetzt, die schleswig-holsteinische Armee hinter die Eider zurückgezogen werden. Die Männer der Reaktion in Berlin triumphierten, daß jetzt die „letzte Märzschwierigkeit“ beseitigt sei. „Wo aber noch das alte preussische Ehrgefühl vorherrschte, empfand man bittere Kränkung über eine so erfolglos betriebene Sache.“ Umsonst rief nun die Regentschaft die deutschen Fürsten gegen diesen Waffenstillstand auf; die Reichstruppen gingen zurück, die Bedingungen wurden dem tapferen Lande aufgezwungen, das sie knirschend über sich ergehen ließ.

Wie hätte es nun diesem preussischen Königtume, das gegen alle seine stolzen Überlieferungen deutsches Recht so schwachmütig und unrühmlich preisgab, gelingen sollen, die Leitung der nationalen Neugestaltung in die Hand zu nehmen, wie es Friedrich Wilhelm nun doch wollte! Aber er besaß weder den festen Willen noch ein klares Programm, noch wollte er irgend welchen Druck auf die Fürsten ausüben, obwohl seine Truppen noch in Baden und Sachsen standen, und der konservativen Partei, deren Anschauungen jetzt Stahl, Gerlach, v. Kleist-Retzow u. a., nicht minder doktrinär als die Liberalen ihrerseits, in der „Kreuzzeitung“ vertraten, galten Österreich und Rußland als die natürlichen Bundesgenossen Preußens, als Hort der

Der Waffenstillstand.

Die preussische Union.



konserватiven Ideen, die ganze Unionspolitik als revolutionär. Der einzige in der Umgebung des Königs, der sie wirklich wollte, war sein Vertrauter, General Joseph von Radowitz. Unter dem Eindrucke des kräftigen preussischen Vorgehens in Sachsen wurden die Beratungen am 17. Mai in Berlin wirklich eröffnet. Aber Bayern zog sich sehr bald zurück, und nur Sachsen und Hannover schlossen mit Preußen am 26. Mai das „Dreikönigsbündnis“ zunächst auf ein Jahr, die Grundlage der „Union“, beide freilich schon mit dem Vorbehalte des Austritts, falls es nicht gelinge, mindestens die süddeutschen Staaten zum Beitritt zu bewegen, den doch niemand eifriger zu hintertreiben suchte, als der sächsische Minister Fr. von Beust. Zunächst schlossen sich nun bis zum 23. August sämtliche süddeutsche Staaten, außer Bayern und Württemberg, an, die Führer der alten Erbkaiserpartei sprachen sich am 26. Juni in Gotha für die Union aus, und der in Aussicht genommene „Verwaltungsrat“ (Bundesrat) derselben wurde gebildet. Als aber der Waffenstillstand mit Dänemark das Ansehen Preußens tief erschütterte, da zeigten sich Hannover und Sachsen schon wieder unsicher, und Bayern wie auch Württemberg lehnte im September ihren Beitritt endgültig ab.

Österreich  
gegen die  
Union.

Inzwischen warf Österreich, von Rußland mit 80 000 Mann unter Fürst Paskeiwitsch unterstützt, Ungarn zu Boden. Am 13. August streckte Arthur Görgey bei Vilagos die Waffen, zu Ende September übergab Klapka die Festung Komorn. Die ungarische Verfassung wurde als „verwirrt“ aufgehoben, wie einst die böhmische 1621, eine Reihe von Todesurteilen über hervorragende Männer verhängt und zum guten Teile auch vollstreckt. Durch die Waffen seines Heeres gerettet und neu geeinigt, stand Österreich bereit, die ganze Wucht seines Einflusses auch in Deutschland zur Geltung zu bringen, um das Siebzigmillionenreich aufzurichten, das die Nation dem habsburgischen Interesse unterwarf. In diesem Sinne wirkte schon seit dem März 1849 der Gesandte von Prokesch-Osten in Berlin, der dem König als gelehrter Orientalist und feiner Kunstskenner persönlich angenehm war, auf die deutschen Wirren aber mit altösterreichischem Hochmuth und vollendeter Unkenntnis herabsah. Ihm waren die konserwativen preussischen Doktrinäre um so weniger gewachsen, als sie von der Todfeindschaft nichts ahnten, die die maßgebenden Kreise Österreichs gegen Preußen erfüllte. „Man muß Preußen erst erniedrigen und dann vernichten“ (Il faut avilir la Prusse d'abord et ensuite la démolir) war Schwarzenbergs Grundsatz.

Den ersten Erfolg erfocht diese Politik in dem Abkommen vom 30. September, wonach Österreich und Preußen die Zentralgewalt gemeinschaftlich bis zum 31. Mai 1850 übernehmen wollten, und wirklich übergab sie ihnen der Reichsverweser am 30. Dezember 1849. Wie konnten da nun die Unionsstaaten in Preußen die sichere Stütze sehen und finden, deren sie doch nicht zu entbehren vermochten! Schon am 22. Oktober beriefen Hannover und Sachsen ihre Bevollmächtigten mit Hinweis auf ihren Vorbehalt aus Berlin ab, und Beust erklärte im sächsischen Landtage, dessen nationale Partei unter Carlowitz entschieden das Festhalten an der Union forderte, nachdem Österreich wieder seine ganze Macht zur Geltung bringe, sei die Rückkehr zum Staatenbunde, vielleicht mit einer engeren Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten (der Trias) unerlässlich. Demgemäß erklärten Sachsen und



Hannover am 21. Februar 1850 ihren förmlichen Austritt aus der Union und unterhandelten mit Bayern und Württemberg. Zu derselben Zeit erneuerte Schwarzenberg die frühere Forderung, ganz Österreich in den Bund aufzunehmen.

Da schien denn nun Preußen mit der Ausführung seines Unionsgedankens Ernst zu machen. Am 31. Januar 1850 fanden die Wahlen für das Unionsparlament statt, und die feierliche Verkündigung der neuen preussischen Verfassung am 31. Januar, die der König am 6. Februar beschwor, gab den innerpreussischen Verhältnissen größere Festigkeit. Als vollends Preußen im März seine Gesandten aus Hannover und Stuttgart kurzer Hand abrief, da machte diese drohende Haltung doch tiefen Eindruck, und in den Mittelstaaten sank der Mut. So trat das Unionsparlament, in ein „Staatenhaus“ und ein „Volkshaus“ gegliedert, am 20. März in Erfurt zusammen, das Volkshaus in Luthers alter Augustinerkirche. Die Mehrheit bestand in beiden Häusern aus „Gothaern“, wie die Mitglieder der Erbkaiserpartei von den „Großdeutschen“ jetzt mit Vorliebe genannt wurden, doch war auch die Rechte stark vertreten (Stahl, Gerlach, Kleist-Resow, Bismarck), während die alte „Linke“ ganz fehlte. Allein da der Verwaltungsrat, von Radowicz vertreten, die unveränderte Annahme seines eigenen Verfassungsentwurfs gar nicht wollte, ohne doch zu sagen, welche Veränderungen ihm als wünschenswert erschienen, die Rechte aber die Union bekämpfte, so kam man auf den Ausweg, die Verfassung im ganzen anzunehmen, den Regierungen aber eine Anzahl von Veränderungen zur etwaigen Annahme anzubieten. Mit diesem wunderlich unklaren Ergebnis schloß am 29. April der erste und letzte Unionsreichstag. Kein besseres Resultat hatte der Fürstentag, der auf besondere Veranlassung des Herzogs Ernst von Koburg vom 9. bis zum 16. Mai in Berlin beriet. Die Herren stimmten der Verfassung zu, mit Ausnahme der Fürsten von Kurhessen, Mecklenburg-Strelitz und Lippe-Schaumburg; allein der König glaubte selbst nicht an sein Werk, und hielt zum Schluß eine schwungvolle Rede, die „so verschwommen war, daß man am Ende betroffen wie in das leere Nichts zu sehen meinte“.

Mit solchen Gegnern hatte die kalte Entschlossenheit des Fürsten Schwarzenberg in der Tat leichtes Spiel. Schon am 26. April hatte er an die deutschen Bundesregierungen die Aufforderung gerichtet, ihre Gesandten am 10. Mai zu Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundes nach Frankfurt zu schicken. Dort traten außer den vier Königreichen, Hessen-Homburg und Luxemburg bald auch beide Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Lippe-Schaumburg zu Österreich über, während die übrigen Unionsstaaten ihre Vertreter alsbald wieder abberiefen, da sie eben diesen Gesandtenkongreß nicht als Bundestag anerkennen wollten und der österreichische Gesandte Graf Thun sie nur unter dieser Bedingung zulassen zu können erklärte. So versammelte sich denn am 2. September unter Österreichs Vorsitz der Bundestag in der Form des engeren Rates, zunächst nur mit elf Stimmen, die Österreich vollkommen zur Verfügung standen.

Inzwischen richtete Preußen durch sein Verhalten in der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Sache den letzten Rest seines Ansehens zu Grunde. Die preussisch-dänische Landesregierung von Schleswig (Graf Eulenburg und von Tillsch) verfuhr

Das  
Unions-  
parlament  
in Erfurt.

Die Wieder-  
herstellung  
des Bundes-  
tages.

Die Preis-  
gebung  
Schleswig-  
Holsteins.

durchaus im dänischen Interesse, da der Vertreter Preußens gar keinen eigenen Willen zu haben schien, und unterwarf das arme Land einer kleinlich-rachsüchtigen Zwingherrschaft. Alle seit dem März 1848 erlassene Gesetze und Verordnungen, sogar die Kassenscheine der Statthalterschaft wurden für ungültig erklärt, die Kriegsteuer aber forterhoben, die Beamten und Lehrer scharenweise entlassen, ins Elend gestoßen und durch übelberufene Überläufer ersetzt; die Augustenburgischen Güter verfälen dem Sequester. Nur im Süden des Landes, wo preussische Besatzung stand und die Anordnungen der Landesregierung wenig Beachtung fanden, waren die Verhältnisse besser. Umsonst bemühte sich die holsteinische Statthalterschaft in Kopenhagen um Frieden, umsonst machte Preußen am 17. April einen darauf bezüglichen Vorschlag, die Dänen bestanden hartnäckig auf der unbedingten Unterwerfung der Herzogtümer und wurden darin von Österreich und den auswärtigen Mächten unterstützt. Jenes ließ einen Vertreter des Königs von Dänemark als Herzog von Holstein am Bundestage zu, Rußland, Frankreich und Schweden aber unterzeichneten am 2. Juni 1850 in London ein Protokoll, worin sie die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates als „ein europäisches Interesse“ anerkannten. Dem trat am 2. August auch England bei, das damals wegen der Angelegenheit eines englischen Juden, Don Pacifico in Athen, mit Rußland und Frankreich sich überworfen hatte, aber bald es für zweckmäßig fand, zurückzuweichen.\*) „Schleswig-Holstein mußte für Don Pacifico bluten, als ein unvergängliches Merkzeichen für die Rolle, welche Deutschland in der diplomatischen Welt spielte.“ Vergeblich hatte sich Prinz Wilhelm von Preußen bei seinem Schwager, dem Kaiser Nikolaus, für Schleswig-Holstein verwandt. Schließlich gab auch Preußen dem übermächtigen Drucke abermals nach und unterzeichnete am 2. Juli 1850 zugleich für den Deutschen Bund den Frieden mit Dänemark. Beide Teile behielten sich ihre Rechte vor, aber Artikel 4 sicherte die Mitwirkung des Bundes bei der „Pacification“ der Herzogtümer zu, und in einem geheimen Artikel versprach Preußen an den Verhandlungen über die Neuordnung der dänischen Erbfolgefrage mitzuwirken.

Die letzten  
Kämpfe in  
Schleswig.

Preisgegeben von Deutschland rief die holsteinische Statthalterschaft noch einmal die Entscheidung der Waffen an. Sie hatte ihr Heer auf 27000 Mann gebracht und es nach dem Rücktritt Bonins wie der meisten preussischen Offiziere unter den General W. von Willisen gestellt, der freilich mehr ein gelehrter Theoretiker als ein entschlossener Soldat war. Am 13. Juli überschritt er die Eider, um sich zwischen die beiden dänischen Korps zu schieben, die von Alsen und Jütland heranzogen, hielt aber dann an, da die Julihitze seine teilweise unerprobten Truppen sehr mitnahm, und begegnete den Dänen erst, als sie 38000 Mann gegen ihn vereinigt hatten, am 24. und 25. Juli bei Idstedt vor Schleswig. Am ersten Tage widerstanden die Schleswig-Holsteiner in fester Stellung dieser Übermacht mit Glück, auch am zweiten wiesen sie die dänischen Angriffe an den meisten Punkten zurück. Aber

\*) Als das Haus Pacificos vom Pöbel gestürmt worden war und die schwache griechische Regierung keine Genugthuung gab, erschien ein englisches Geschwader von 13 Schiffen im Piräus. Das aber vermerkte der Zar Nikolaus außerordentlich übel, und Frankreich trat auf seine Seite, da beide Mächte die englische Macht im Mittelmeer zurückzudrängen strebten.



Willisen ließ sich durch einen vereinzeltten Mißerfolg unter seinen Augen außer Fassung bringen, brach gegen Mittag die schon halb gewonnene Schlacht ab und ging auf Rendsburg zurück. Auch der Vorstoß auf Missunde an der Schlei am 12. September mißlang, ebenso der blutige Sturm auf das befestigte Friedrichstadt am 4. Oktober. Schleswig blieb den Dänen. Trotzdem lehnte die Statthalterschaft die Forderungen des Rumpfbundestages vom 25. Oktober (Verminderung des Heeres um zwei Drittel, Einstellung der Feindseligkeiten, Unterwerfung unter die Bundesbeschlüsse) rundweg ab, verstärkte das Heer bis auf 42000 Mann und übertrug im Dezember den Oberbefehl dem tüchtigen General H. von der Horst, der sich bei Idstedt glänzend hervorgetan hatte. Doch aller Heldenmut und alle Opferwilligkeit sollten vergeblich bleiben, denn das Schicksal Schleswig-Holsteins hing nicht von ihm, sondern von den Großmächten ab, und ebendamals gab sich Preußen auf allen Punkten geschlagen.

Der kurhessische Landtag hatte den abermaligen Amtsantritt des Ministers Hassenpflug, des „Hessenfluchs“, am 23. Februar mit einem Mißtrauensvotum begrüßt und die von ihm zur Deckung eines angeblichen Fehlbetrages im Staatshaushalt geforderte Anleihe abgelehnt. Infolgedessen wurde der Landtag am 15. März vertagt, am 13. Juni aufgelöst. Allein der neugewählte beharrte auf derselben Haltung und verweigerte die Bewilligung der Steuern ohne vorherige Feststellung des Staatshaushaltes. Als nun der Minister am 4. September die provisorische Forterhebung der Steuern verfügte, protestierte der ständische Ausschuß, und die Steuerbeamten versagten jener verfassungswidrigen Verordnung den Gehorsam. Selbst die Verkündigung des Belagerungszustandes am 7. September hatte nicht die gehoffte Wirkung, die Beamten und die Bevölkerung beharrten auf ihrem passiven Widerstande. Da bewog Hassenpflug den Kurfürsten, dem er dreist einen drohenden Militäraufstand vorspiegelte, am 13. September zur Abreise nach Wilhelmsthal bei Hanau und rief die Hilfe des Bundestages an. Dieser erklärte schon am 21. September die Steuerverweigerung für ungesetzlich und verhiess das Einschreiten des Bundes auf Grund der Wiener Akte von 1834. Um nicht in einen Widerspruch zwischen ihrem Verfassungseide und ihrem Fahneneide zu geraten, nahmen am 9. Oktober fast alle kurhessischen Offiziere, ihrer 241, den Abschied. Nun blieb nichts mehr übrig als das bewaffnete Einschreiten Österreichs und seiner Bundesgenossen, und mit voller Absicht steuerte Fürst Schwarzenberg auf dieses Ziel los. Denn nimmermehr durfte Preußen, das Kurhessen immer noch als Glied der Union betrachtete und die Frankfurter Versammlung gar nicht als Bundestag anerkannte, jene Einmischung zulassen, dann aber stand der Krieg bevor, und diesen wollte Schwarzenberg. In solcher Absicht traf Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Bayern und Württemberg am 7. Oktober zu Bregenz am Bodensee zusammen und verständigte sich mit ihnen über die Aufstellung eines Heeres von 200000 Mann gegen Preußen. Wohin der Kaiser rufe, werde er folgen, gelobte der König von Württemberg in seinem Trinkspruche auf Franz Joseph, und dieser entgegnete, seine Armee sei stolz, mit solchen Kameraden gegen den Feind zu gehen. Ein Siegesübermut herrschte im österreichischen Lager wie

Der  
kurhessische  
Streit.

Warschau  
und  
Olmütz.

Eine preussische Note vom 3. November hatte in Wien jenen Beschluß angekündigt. Doch Schwarzenberg wollte gar nicht die Versöhnung mit Preußen, sondern seine schimpfliche Unterwerfung. Daher forderte er kurzweg die Räumung Kur-

hessens und den Einmarsch eines österreichischen Korps in Holstein. Da ordnete Friedrich Wilhelm am 6. November die Mobilisierung seines gesamten Heeres an, und hoch wallte das preussische Ehrgefühl auf. Doch Manteuffel erklärte dem österreichischen Gesandten, die Mobilisierung solle nur der erregten öffentlichen Meinung genügen, einen Krieg beabsichtige Preußen keineswegs. Zugleich erhielt Gröben Befehl, sich auf die preussischen Etappenstraßen zurückzuziehen. Dabei kam es am 8. November bei Bronzell unweit von Hersfeld zu einem kurzen Kugelwechsel, bei dem einige österreichische und bayrische Plänkler und ein preussischer Husarschimmel verwundet wurden. Nicht zufrieden mit dieser nachgiebigen Haltung verlangte Prokesch am 10. November die sofortige Auflösung der Union. Obwohl nun Prinz Wilhelm zum Ausharren mahnte, so erklärte doch Manteuffel am 15. November in der letzten Sitzung der Bundesbevollmächtigten die Union für aufgehoben. Die heillosste Verwirrung griff nun in Berlin um sich. „Ohne Prinzip, ohne klares Bewußtsein von dem, was man will und soll, und ohne Festigkeit, auch nur zwölf Stunden bei dem einen oder dem anderen Entschlusse zu beharren, so schildert ein fürstlicher Augenzeuge die Lage, tappt die preussische Politik in Gefühlsäußerungen umher“; „der König träumt stets und verlangt Unmögliches“. So folgte ein Schimpf dem anderen. Noch hatte der König am 21. November den Landtag mit einer mutig klingenden Thronrede eröffnet, als Prokesch am 25. November die Räumung auch von Kassel binnen vierundzwanzig Stunden forderte. Nunmehr erwartete und wünschte man in Berlin in weiten Kreisen den Ausbruch des Krieges, aber die leitenden Persönlichkeiten glaubten es nicht darauf ankommen lassen zu können, und geschäftig arbeiteten fürstliche Damen (die drei bayrischen Schwestern, Königin Elisabeth von Preußen, Königin Maria von Sachsen und Erzherzogin Sophie) an einem Ausgleich. So reiste Manteuffel am 26. zu einer Besprechung mit Schwarzenberg nach Olmütz ab. Hier willigte er am 29. November in die fast bedingungslose Unterwerfung Preußens. Beide Mächte erklärten die endgültige Entscheidung der kurhessischen und der holsteinischen Angelegenheit durch gemeinsamen Beschluß aller deutschen Regierungen herbeiführen zu wollen. Dafür wollten beide zugleich im Namen ihrer Bundesgenossen je einen Kommissar ernennen. In Kurhessen versprach Preußen der Bundesexekution kein Hindernis in den Weg zu legen; in Holstein wollten beide Mächte von der Statthalterschaft die Annahme des Bundesbeschlusses vom 25. Oktober fordern, unter Androhung der Exekution im Falle der Weigerung. Endlich sollten die Einladungen zu den „freien Konferenzen“ in Dresden gemeinschaftlich von beiden Mächten erlassen werden.

Am 25. Dezember eröffnete sie hier Fürst Schwarzenberg, aber jeden Ansprach auf Teilnahme Preußens an ihrer Leitung wies er schroff zurück. Doch seinen Hauptzweck, den Eintritt ganz Österreichs in den Bund, erreichte er nicht; er scheiterte nicht sowohl an Preußen, als an dem Widerspruche Frankreichs und Englands, und auch dem Versuche, die Stimmenverteilung am Bunde zu ungunsten der teilweise von Preußen abhängigen Kleinstaaten zu ändern, leisteten diese so entschiedenen Widerstand, daß er aufgegeben wurde. Ebenso wenig fand der

Die Dresdner Konferenzen.

württembergische Antrag auf Errichtung einer Volksvertretung am Bunde Annahme, 1851. und so schlossen die Dresdner Konferenzen am 15. Mai 1851 mit der einfachen Rückkehr zum alten Bundestage. War das Ganze eine schwere Niederlage der deutschen Politik Preußens, so hatte doch auch Österreich seinen Zweck nicht erreicht, indem es im entscheidenden Augenblicke es nicht auf den Waffenkampf ankommen ließ, und zwar gegen Schwarzenbergs Ansicht. „Sie hätten lieber gewollt, wir hätten gerauft, ich auch“, sagte er in Dresden zu seinem Gesinnungsgenossen Beust. Er empfand den Ausgang als eine Niederlage der österreichisch-mittelstaatlichen Politik, und das war er ohne Zweifel.

Unterwerfung Kurhessens. Nun ging es auch mit Kurhessen zu Ende. Der preussische Kommissar von Peucker bestimmte das Oberappellationsgericht in Kassel zu einer nachgiebigen Erklärung (18. Dezember) durch die Verheißung, daß dann von weiteren Exekutionsmaßregeln abgesehen werden solle. Indes der österreichische Kommissar Graf Leiningen erklärte sich für den alleinigen Vertreter des Bundes und ließ 5000 „Strafbayern“ in Kassel einrücken, worauf eine Menge von Beamten und Richtern durch Kriegsgerichte verurteilt wurden, meist zu Festungshaft oder Verbannung. Dann gestaltete Hassenpflug im Verordnungswege die Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen völlig um und erlangte schließlich auf den Bericht der beiden Bundeskommissare einen Bundestagsbeschluß vom 27. März 1852, der die Verfassung von 1831 als unzulässig bezeichnete. Auf Grund desselben gab darauf der Kurfürst am 13. April 1852 eine „provisorische Verfassung“.

Unterwerfung Schleswig-Holsteins. Wurde in Kurhessen das Verfassungsrecht zertreten, so bedeutete das, was in Schleswig-Holstein vorging, nichts weniger als die Preisgebung deutscher Interessen an das Ausland. Am 5. Januar 1851 stellten Graf Mensdorff-Pouilly und General von Thünen als Kommissare Österreichs und Preußens der Statthalterschaft die in Olmütz vereinbarten Forderungen und verlangten ihre Annahme bis zum 11. Januar nachmittags 2 Uhr unter Androhung des Einmarsches von 50000 Mann im Weigerungsfalle; doch versprachen sie die Herstellung eines Zustandes, der die Rechte Holsteins und sein altherkömmliches Verhältnis zu Schleswig wahre. Die Statthalterschaft und die Landesversammlung unterwarfen sich schmerzbewegt, doch bedingungslos. Trotzdem rückten am 17. Januar 20000 Österreicher unter dem Kroaten Legeditsch in Holstein ein, und preussische Pioniere schlugen ihnen bei Arltlenburg die Brücke über die Elbe; dann überlieferten sie mit den Preußen zusammen das Kronwerk von Rendsburg und die feste Friedrichsort, den Schlüssel des Kieler Hafens, den Dänen. Die Statthalterschaft trat zurück, die Armee wurde aufgelöst. „Das ist mehr als Straßburg, . . . in früheren Zeiten würde man das Landesverrat genannt haben!“ so rief entrüstet Graf Heinrich Arnim am 15. Februar in der ersten preussischen Kammer dem Minister Manteuffel zu. Eine Reihe einzelner Verordnungen hob dann jede Gemeinschaft zwischen den beiden Herzogtümern bis auf die Universität Kiel, den Eiderkanal, die Ritterschaft und ein paar Anstalten auf. Heer, Flotte, Finanzen und auswärtige Angelegenheiten sollten für sie und das Königreich Dänemark gemeinsam sein, wobei jedes Herzogtum eine besondere Landesvertretung erhielt. Selbst alles Kriegsmaterial wurde den Dänen ausgeliefert,



als die Bundestruppen am 18. Februar 1852 Holstein räumten. Endlich erkannten <sup>1852.</sup> sämtliche Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 das Erbrecht der jüngeren Glücksburger Linie auch für Schleswig-Holstein an, und das Haupt des Augustenburger Zweiges, Herzog Christian August, verzichtete gegen eine Abfindungssumme von 2½ Millionen Taler für sich und seine Nachkommen (die aber nicht zustimmten) auf sein Erbrecht. Tiefen Groll im Herzen unterwarf sich das preisgegebene, nicht besiegte Land dem Zwange. Zahllose Familien waren verarmt, Tausende suchten in anderen deutschen Staaten oder jenseits des Meeres eine neue Heimat.

Doch noch eine Schmach blieb übrig und auch sie wurde der Nation nicht erspart. Da die Bundesregierungen sich über die Verwaltung der Reichsflotte in Bremerhaven durchaus nicht zu einigen vermochten, so beschloß der Bundestag am 16. Februar 1852, zwei Schiffe derselben („Gefion“ und „Barbarossa“) käuflich an Preußen zu überlassen, die übrigen zu versteigern. Der oldenburgische Staatsrat Hannibal Fischer gab sich dazu her, diesen Beschluß am 1. Dezember 1852 aus- <sup>1852.</sup> zuführen. Als einen Schlag ins Angesicht, als einen berechneten Hohn hat damals das deutsche Nationalbewußtsein diesen Vorgang empfunden. Brommy fand nicht einmal Aufnahme im preußischen Dienst († 1860).

Die Versteigerung der deutschen Flotte.

Preisgebung der nationalen Interessen, Verhöhnung des nationalen Gefühls, Täuschung aller nationalen Hoffnungen, Bruch verfassungsmäßiger Rechte, das waren die Taten des erneuerten Bundestages unter Österreichs Führung. Und dem leistete der Staat Friedrichs des Großen willig Gefolgschaft! Von den nunmehr leitenden Kreisen aber wurde jedes nationale Bestreben als revolutionär und hochverräterisch in der kleinlichsten Weise verfolgt, und der Zar Nikolaus galt als der feste Hort gegen die „Revolution“. Kein Wunder, daß dieser sich selbst in verblendeter Hoffart als den eigentlichen Herrn ganz Europas betrachtete und neben Rußland nur etwa das seegewaltige England als eine gleichberechtigte Macht anerkannte.

Auch im Innern der deutschen Einzelstaaten gingen die „Märzerrungenschaften“ zum Teil wieder verloren. Denn der städtische Liberalismus und Radikalismus waren eben den alten politisch und sozial herrschenden Ständen erlegen, unausbleiblich folgte also die „Reaktion“. Sie war auch berechtigt, insofern sie Neuerungen aufhob, die dem einseitigen Interesse der Bewegungsparteien entsprachen; aber sie schoß ebenso oft über das Ziel hinaus, wenn sie das Interesse der jetzt wieder regierenden Gesellschaftsgruppen, also im wesentlichen des Grundbesitzes, einseitig zur Geltung brachte. Und doch drängte die wirtschaftliche Entwicklung die Regierungen unausbleiblich zur Förderung der städtischen Erwerbszweige, auf denen eben die Stärke der liberalen Partei beruhte. Auch für die „Reaktion“ gab der Bundestag die Stichworte aus. Am 23. August 1851 hob er die „Grundrechte“ förmlich auf und verpflichtete die Einzelregierungen geradezu, die mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang stehenden Einrichtungen von 1848/49 zu beseitigen.

Charakter der „Reaktion“.

In Preußen hatte die Verfassung vom 31. Januar 1850 dem König zwar <sup>Preußen. 1850.</sup> die gleichberechtigte Stellung in Gesetzgebungsfragen gegenüber dem Landtage (das absolute Veto) gelassen, aber das Übergewicht des Grundbesitzes in diesem zerstört,

indem sie das Wahlrecht zur Volksvertretung an eine gewisse Höhe des Einkommens ohne Rücksicht auf die Art desselben knüpfte. Ebenso entrißen die Gesetze vom 11. März 1850 dem Grundbesitz seine bisherige leitende Stellung in der Orts-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverwaltung und verwandelten diese Verhältnisse aus Pflichtgenossenschaften in bloße Interessengenossenschaften der Steuerzahler. An Stelle der Patrimonialgerichte traten ausschließlich staatliche (königliche) Kreis- und Stadtgerichte, die ihre Spitze im Oberappellationsgericht fanden (236 Kreisgerichte, drei Stadtgerichte für Berlin, Breslau und Königsberg, zwei Stadt- und Kreisgerichte für Danzig und Magdeburg mit einem Landbezirk). Zugleich wurde für den Strafprozeß das rheinisch-französische Schwurgerichtsverfahren eingeführt. Ebenso fiel die gutsherrliche Polizeiverwaltung, und indem alle noch bestehenden bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Grundlasten aufgehoben wurden, vollzog sich eine völlige Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes zu gunsten des städtischen Kapitals. Als nun die konservative Partei ans Ruder kam, machte sie zunächst das gesamte Beamtentum völlig abhängig von der jeweiligen Staatsleitung durch das Gesetz vom 1852. 21. Juli 1852, das ihr gestattete, jeden Staatsbeamten in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Sie schuf dann, indem sie durch das Gesetz vom 7. Mai 1853 1853. die I. Kammer in das „Herrenhaus“ verwandelte, eine starke Vertretung des Großgrundbesitzes, von deren gleichberechtigter Mitwirkung fortan die Gesetzgebung und namentlich die Aufstellung des Staatshaushaltplanes (Budget) mit abhing. Sie beseitigte weiter die neue liberale Gemeindeordnung (17. März 1852), ersetzte sie durch die Städteordnungen von 1853 und 1856 und stellte schließlich in den Landgemeinden, in den Kreisen, Regierungsbezirken und Provinzen die alte Verwaltung einfach wieder her, in den sechs östlichen Provinzen also das Übergewicht des Großgrundbesitzes. Dagegen blieb die Aufhebung der gutsherrlichen Lasten ebenso unangetastet, wie die neue Gerichtsverfassung. Natürlich wichen auch in der Kirchen- und Schulverwaltung die liberalen Tendenzen zurück, denn die strenggläubige Partei erschien als Stütze des Throns. Der Oberkirchenrat (29. Juni 1850) gab der evangelischen Landeskirche eine selbständigere Stellung, und die vielverschiedenen Stiehlischen Regulative des Kultusministeriums Raumer vom Oktober 1854 beschränkten vielfach zweckmäßig den Lehrstoff in den Volksschulen und vereinfachten die Lehrerausbildung. Den meisten Gewinn zog die katholische Kirche aus der Verfassung, da diese eine Menge noch bestehender Beschränkungen ihrer freien Bewegung beseitigte.

Die Flotte. Daneben legte die Regierung, dank der Anregung des unermüdlichen Prinzen Adalbert, die ruhmvollen Überlieferungen des Großen Kurfürsten endlich wieder aufnehmend, den Grund zu einer preußischen Kriegsmarine, zunächst mit Hilfe schwedischer Seeoffiziere. Im Jahre 1852 wurde die Admiralität als leitende Behörde für Verwaltungs- und Kommandoangelegenheiten errichtet, dann die Rangordnung des Seeoffizierkorps und die Wehrpflicht der seemannischen Bevölkerung geordnet, das Seekadetten- und Schiffsjungeninstitut sowie das Seebataillon begründet. Freilich mußte man zur Ausbildung der Seekadetten bis 1864 englische Kriegsschiffe benützen, und da der Jahresaufwand zunächst nur 500 000 Taler betrug, auch die einseitig militärische Auffassung der Marineangelegenheiten hemmend wirkte, so

wuchs die Zahl der Kriegsschiffe und Mannschaften nur sehr langsam. Das erste preussische Kriegsschiff war der frühere Postdampfer „Adler“, das erste neu (in Danzig) gebaute die starke Raddampfforvette „Danzig“; von der deutschen Reichsflotte übernahm Preußen die „Gefion“ und den „Barbarossa“. Die preussische Flotte zählte 1860/61 auf Kriegsfuß 9 Segler und 28 Dampfer mit 352 Geschützen. Das erste Gefecht der jungen Marine bestand der „Adler“ 1849 vor Danzig mit den Dänen, das zweite die „Danzig“ unter Prinz Adalbert mit den marokkanischen Rippiraten, die ein preussisches Handelsschiff geplündert hatten, bei Tres Forcas (5. August 1856). Als Kriegshafen mußte zunächst Danzig genügen; erst die Erwerbung des Jadegebietes bei Heppens (von Oldenburg) i. J. 1853 eröffnete die Aussicht auf den Besitz eines Kriegshafens an der Nordsee, der freilich mit großen Kosten künstlich hergestellt werden mußte.

Während am Hofe des Königs die „Kreuzzeitungspartei“ den Ton angab, pflegte der kleine Hof des Prinzen Wilhelm, der seit dem September 1849 in Coblenz als Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen residierte, eine ganz andere Richtung. Im bewußten Gegensatz zu Manteuffel empfand der Prinz mit seiner vertrauten Umgebung (General von Griesheim, G. von Alvensleben, A. von Roon, Oberst Fischer) die „rettende Tat“ von Olmütz als eine schwere Demütigung Preußens, und er richtete seine Blicke unverwandt auf die Erringung der führenden Stellung Preußens im außerösterreichischen Deutschland, die ohne einen Waffengang nicht möglich war, wie er das in einer Denkschrift vom 20. Februar 1851 auseinandersetzte. Aber er durchdrang sich auch in diesem liberalen Rheinlande und unter dem Einflusse seiner geistvollen Gemahlin Augusta von Sachsen-Weimar (seit 11. Juni 1829) mit aufrichtig konstitutioneller Gesinnung, ohne dabei das historische preussische Königtum aufgeben zu wollen. Im Preussischen Wochenblatt fand diese Richtung ihr Organ. In dieser geistigen Luft ist Prinz Wilhelms einziger Sohn Friedrich Wilhelm (geb. 18. Oktober 1831) aufgewachsen; von dem Philologen Ernst Curtius aus Lübeck wurde er im schönsten Sinne humanistisch erzogen (1845/49), und auf der Universität Bonn machte er seine Studien (1849—1852). So bereitete sich im Rheinlande eine neue Zeit für Preußen und Deutschland vor.

Der  
Coblenzer  
Hof.

In Sachsen hatte das Ministerium Beust nach Auflösung des „Widerstandslandtages“ am 1. Juni 1850 schon am 3. Juni die alten Stände durch einen Staatsstreich einfach wieder hergestellt (die „reaktivierten Stände“), Vereine und Presse unter beengende Aufsicht gestellt. Allein es sorgte auch sowohl unter König Friedrich August, der zum Schmerze seines Volkes am 9. August 1854 auf einer Reise nach Tirol im oberen Inntale beim Weiler Brennbüchl in der Nähe von Imst verunglückte, wie unter seinem Nachfolger, dem geistvollen und gelehrten König Johann (1854—1873), mit Verständnis und Eifer für die Ausbildung der Verwaltung und die Pflege der Volkswohlfahrt. Wie in Preußen ging die Rechtspflege mit dem Jahre 1856 ausschließlich an königliche Gerichte (Bezirksgerichte und Gerichtsämter) über, das Eisenbahnetz flocht sich immer dichter, das höhere Unterrichtswesen wurde durch Regulative geordnet, das Heer vom Minister Rabenhorst stark vermehrt, zeitgemäß umgestaltet und so trefflich geschult, daß es nachmal:

Die nord-  
deutschen  
Staaten.  
1850.

unter den schwierigsten Verhältnissen mit Ehren bestanden hat. Altenburg, Nassau und Hessen-Darmstadt hoben die Wahlgesetze von 1848 auf, Darmstadt stellte auch die damals beseitigte I. Kammer wieder her. Für Mecklenburg führte der Schiedsspruch von Freienwalde (Oktober 1850) auf den Antrag des Adels, dem der wohlgesinnte Großherzog Friedrich Franz vergeblich widerstrebte, die Wiederherstellung der veralteten ständischen Verfassung herbei. In Hannover war das Ministerium Stüve schon am 28. Oktober 1850 zurückgetreten, weil König Ernst August die Bestätigung der neuen Verwaltungs- und Gerichtsorganisation verweigerte. Doch fand diese dann doch teilweise Einführung und der Eintritt in den Zollverein wurde angebahnt (s. S. 408). Nach dem Tode des hochbetagten Königs am 18. November 1851 folgte sein blinder Sohn Georg V. (1851—1866), dessen körperliches Gebrechen ihn völlig von seiner Umgebung abhängig machte und in ihm die Ausbildung eines frömmelnden Allmachtbewußtseins förderte, ihn also einer unbefangenen Beurteilung der wirklichen Verhältnisse immer mehr entfremdete. So hob er auf das Drängen seines Adels und die Aufforderung des Bundestages die Verfassung von 1848 auf und gab am 1. August 1855 eine neue Verfassung. Zum drittenmale seit 1835 wurde also das Staatsgrundgesetz Hannovers geändert.

Die süddeutschen Staaten.

In den süddeutschen Staaten vollzog sich die Umgestaltung schonender. Maximilian II. von Bayern schloß sich zwar zunächst eng an Österreich an und gewährte daher auch den Ultramontanen weiteren Spielraum, aber an der Gleichberechtigung der Bekenntnisse und an der umgestalteten Verfassung hielt er fest trotz des schweren Konflikts, in den die zweite Kammer seit 1854 über die Vermehrung der Heeresausgaben und das Wahlrecht mit seinem Minister Freiherrn Ludwig von der Pfordten geriet; der König sagte: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“ und entließ Pfordten im März 1859. Der Landtag nahm nun 1861 die neue Gerichtsverfassung (270 Amtsgerichte) mit dem Strafgesetzbuch und die neue Verwaltungsordnung (152 Bezirksämter unter den Kreisregierungen mit Distriktsräten als Organen der städtischen und ländlichen Distriktsgemeinden) an. Den selbständigen Beruf Bayerns innerhalb Deutschlands strebte Maximilian namentlich durch eine wahrhaft königliche Fürsorge für wissenschaftliche Zwecke darzutun. Einen so glänzenden Kreis von Gelehrten, Künstlern und Dichtern, wie er ihn um sich versammelte, gab es sonst nirgends in Deutschland. — In Württemberg führte König Wilhelm I. einen Teil der deutschen „Grundrechte“ landesgesetzlich durch, übernahm die Thurn- und Taxische Post 1851 in die Staatsverwaltung und gab der lutherischen Landeskirche eine Kirchenvorstands- und Synodalordnung. Wegen der katholischen Kirche schloß er am 8. April 1857 ein Konkordat mit Rom im Sinne der von ihr geforderten „Kirchenfreiheit“, aber der Landtag verwarf es 1861 und erreichte dadurch die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse durch das Staatsgesetz vom 30. Januar 1862. In Baden stellte der schwergeprüfte Großherzog Leopold, unterstützt von dem gemäßigt konservativen Ministerium Roggenbach, ohne die Verfassung anzutasten, die völlig zerrüttete Ordnung des Staats- und Heerwesens wieder her. Die Regimenter wurden in der Rheinprovinz ganz neu gebildet und kehrten erst 1851 nach Baden zurück. Nach seinem Tode am 24. April 1852 folgte ihm sein ältester Sohn Ludwig II.



(1852—1858) nur dem Namen nach, da er unheilbarem Siechtum verfallen war; die wirkliche Regierung leitete sein jüngerer Bruder Friedrich (geb. 9. September 1826), zunächst als Regent, seit 1856 als Großherzog, einer der edelsten und einflussigsten Förderer der nationalen Einheit. Seine Vermählung mit Luise von Preußen, der Tochter des Prinzen Wilhelm, (1856) brachte ihn dem preussischen Hofe besonders nahe. Auch er sah sich trotz seiner liberalen Gesinnung durch den Streit mit dem Erzbischof von Freiburg über die Besetzung der geistlichen Stellen zu einem Konkordat mit Rom gedrängt (28. Juni 1859), aber auch hier verweigerte der Landtag die Genehmigung, und die kirchlichen Verhältnisse wurden durch die Landesgesetzgebung und eine Vereinbarung mit dem Erzbischof geregelt (1861).

Mit revolutionärer Rücksichtslosigkeit beutete in Österreich die siegreiche Partei Österreich. ihre Herrschaft aus. Die Verfassung vom 4. März 1849 wurde am 31. Dezember 1851 förmlich aufgehoben. Der rasche Tod Fürst Schwarzenbergs am 3. April 1852, 1852. der den Grafen Buol-Schauenstein ans Ruder brachte, änderte in der eingeschlagenen Richtung nichts, denn die Leitung der inneren Verhältnisse lag in den Händen des Ministers Alexander von Bach, eines hochbegabten und energischen Mannes bürgerlicher Abkunft. Er regierte ganz Österreich wie einst Joseph II. als einen straffzentralisierten, absolutistischen Beamten- und Militärstaat, suchte daher die ungarische Staatseinheit zu brechen, indem er Siebenbürgen lostrennte und sich dort auf die Sachsen und Rumänen stützte; aber er führte auch das schwierige Werk der Grundentlastung einsichtig und tatkräftig durch und beseitigte schon am 1. Oktober 1850 die Zollschranken zwischen Österreich und Ungarn. Eine Reihe von Eisenbahnlinien entstanden jetzt zu den wenigen 1848 vorhandenen Wien—Brünn—Prag und Wien—Oderberg; die Semmeringbahn wurde 1854, die ganze Südbahn bis Triest 1857 eröffnet, die Bahn nach München und die Brennerbahn in Angriff genommen. Die Donau beherrschte die österreichische Dampfschiffahrtsgesellschaft bis Regensburg hinauf und bis hinunter zum Schwarzen Meere, wie der Triester Lloyd den Verkehr nach der ganzen Levante. Aber die Finanzen zu ordnen gelang auch dem Minister Bruck nicht; das Defizit war chronisch, betrug 1858 noch 41 Mill. fl., die Staatsschuld wuchs 1848—1857 um 1043 Mill. fl., und der Kurs des Papiergeldes blieb weit unter dem Nennwert. Die Hauptursache waren die unvermeidlich hohen Ausgaben für das Heer, dessen Friedensstand 434000 Mann mit 64000 Pferden betrug; bildete es doch die stärkste Klammer für den vielgestaltigen Reichsbau der Habsburger. So wurden darauf zwei Drittel der Staatseinnahmen verwendet, und auch die Entwicklung der Kriegsflotte, besonders vom Erzherzog Maximilian, kräftig gefördert; sie erhielt seit 1850 in Pola (statt Venedigs) einen großartigen Kriegshafen und zählte 1860 61 auf Kriegsfuß 49 Segler und 38 Dampfer mit 893 Geschützen.

Das Beste und Dauerndste leistete hier die Reform des gesamten Unterrichtswesens, das Werk des ersten und letzten gesamtösterreichischen Kultusministers, des Grafen Leo von Thun-Hohenstein (1849—1860), eines ehrlichen katholischen Idealisten, und seiner Berater Franz Erner und Hermann Bonitz (aus Stettin), die unmittelbare Fortsetzung der Reformen Maria Theresias (s. S. 149). Für die vernachlässigte Volksschule wurde die sechsjährige Schulpflicht eingeführt und in den deutschen Ländern

wirklich durchgeführt, auch für bessere Ausstattung der Schulen und für bessere Vorbildung der Lehrer gesorgt. Die Mittelschulen, die noch immer auf der Grundlage der jesuitischen Ratio Studiorum von 1586 standen, also dürftige Lateinschulen waren, gestalteten sich durch die Vereinigung mit den bisher selbständigen zweijährigen philosophischen Obligatorien und die Reform der Lehrpläne (1854) zu humanistischen Gymnasien nach norddeutschem Muster mit vorwiegend deutscher Lehrsprache und achthjährigem Kursus unter scharfer Aufsicht des Staates. Seit 1851 entstanden auch Realschulen. Ebenso wurden die sechs Universitäten nach dem Vorbilde der deutschen reformiert. Ein wesentliches Ziel des gesamten Unterrichts war die Kenntnis der deutschen Sprache in den un deutschen Ländern. Das aber erweckte in Ungarn heftige Opposition, und zu dieser gesellte sich das Widerstreben der Geistlichkeit gegen die neuen Lehrordnungen, während doch der Staat die Mitwirkung der geistlichen Orden (Benediktiner, Piaristen, Jesuiten) nicht entbehren konnte. Aber Graf Thun hat doch den letzten Versuch gemacht, das ganze Unterrichtswesen in einheitslichem, also in deutschem Geiste zu gestalten. Einer glänzenden Zukunft glaubten überhaupt die leitenden Kreise sicher zu sein. Aber in Ungarn, Siebenbürgen, Galizien und Italien, in mehr als der Hälfte des Reiches, konnte die äußere Ordnung nur durch den Belagerungszustand aufrecht erhalten werden (bis 1854). So suchte der Staat mit Verleugnung derselben Josephinischen Überlieferungen, denen er doch sonst folgte, wieder Hilfe bei der katholischen Kirche und gestand damit seine eigene Ohnmacht ein, den Geist der Zeit zu beschwören. Schon 1851 hatte er auf das Placet verzichtet; das Konkordat, das Kardinal Joseph Othmar Rauscher, der Lehrer des Kaisers, ein formalistisch-scholastischer Stubengelehrter und ein harter Absolutist, seit 1853 Fürsterzbischof von Wien (geb. 1797), am 18. August 1855 in Rom abschloß, gab die Aufsicht über die Jugend erziehung und die Eheschließung in die Hände der Bischöfe und steigerte deren Macht auch gegenüber dem niederen Klerus und der Klostergeistlichkeit derart, daß diese aufs lebhafteste dagegen ankämpften. Die Gründung „katholischer“ Vereine und einer ultramontanen Presse rief bald eine ultramontane Partei ins Leben, aber der größte Teil der gebildeten Laienwelt geriet in Empörung, und Grillparzer richtete die herben Verse an Graf Thun:

„Einen Selbstmord hab' ich Euch anzufagen:

Der Kultusminister hat den Unterrichtsminister erschlagen.“

Unbe-  
friedigender  
Zustand:  
Bismarck  
am Bundes-  
tage.

So gelang es der „Reaktion“ weder in Österreich noch in den deutschen Bundesstaaten, einen wahrhaft befriedigenden und versöhnenden Zustand herzustellen, und in Sachen der nationalen Einheit war das Ergebnis die Wiederherstellung des alten Bundes, dessen völlige, schmachvolle Unbrauchbarkeit doch keine Partei bezweifelte. Da ergriff weite Kreise zunehmende Verstimmung und Verbitterung. In der Schule solcher Erfahrungen reifte in der Stille der gewaltige Staatsmann heran, der berufen sein sollte, als Minister eines großen Monarchen die nationale Sehnsucht glorreich zu erfüllen, nachdem er zuvor in Preußen mit der ganzen Wucht seines Willens die Herrschaft des Staatsgedankens gegenüber dem Parteiinteresse wieder zur Geltung gebracht hatte. Das war Otto von Bismarck-Schönhausen (geb. 1. April 1815). Als märkischer Edelmann, Landwirt und

Soldat stand er, von jeher unbekümmert um politische Theorien, fest auf dem Boden der wirklichen Verhältnisse; als treuer Vasall seines Landesherrn und als gläubiger evangelischer Christ sah er in einem starken Königtume und in dem überlieferten kirchlichen Bekenntnis den sicheren Halt in den Stürmen der Zeit; als deutscher Patriot hegte er die Erinnerungen an die Befreiungskriege in treuem Herzen und betrachtete die stolze Bewahrung deutscher Eigenart und Unabhängigkeit als eine selbstverständliche Forderung. Mannhaft, oft schneidend war er für seine Überzeugung auf dem Vereinigten Landtage und im Erfurter Parlament eingetreten. Dem liberal-konstitutionellen Gedanken war er als einem fremden Ideale abgeneigt, die Frankfurter Reichsverfassung und die Union verwarf er, und in Österreich sah er den natürlichen Bundesgenossen Preußens, vorausgesetzt, daß es die Gleichberechtigung beider Mächte ehrlich anerkenne und gemeinsam mit Preußen den Deutschen Bund leite. Mit solchen Anschauungen übernahm er am 27. August 1851 die preussische Bundestagsgesandtschaft. Mit vollendeter Überlegenheit, mit durchdringendem Scharfblick für Personen und Dinge trat er bald mit geistreicher Ironie, bald mit unerschrockener Offenheit den österreichischen Präsidialgesandten, dem Grafen Thun wie später dem Freiherrn von Prokesch-Osten, entgegen. Denn rasch erkannte er, daß Österreich, weit davon entfernt, die Gleichberechtigung Preußens zuzugestehen, planmäßig darauf ausgehe, mit Hilfe der Mittelstaaten Preußen in allen wichtigen Fragen zu majorisieren, also sich dienstbar zu machen. Daraus ergab sich für ihn folgerichtig das Streben, Preußens Selbständigkeit zu wahren und jedem Versuche, die Zuständigkeit des Bundes zu erweitern, entgegenzutreten. Sein Rat war in Berlin schon maßgebend bei der ersten großen europäischen Verwicklung.

Der Krimkrieg zeigte (1855—56) die Unzulänglichkeit der Bundeseinrichtungen wie die Ohnmacht der Mittelstaaten und gab Preußen Gelegenheit, die Selbständigkeit seiner Politik gegenüber Österreich und Rußland zu wahren. Im Osten stand das Zarenreich übermächtig und gebieterisch wie nie zuvor; im Westen, in Frankreich, hatte Napoleon III. auf den Trümmern der zweiten Republik das zweite Kaisertum begründet (2. Dezember 1852).

Die deutschen Staaten und der Krimkrieg.

Es war nicht eigentlich eine Militärmonarchie wie das erste, sondern eine demokratische Tyrannei mit konstitutionellen Formen, die sich auf den vierten Stand, die städtischen Arbeitermassen, stützte und in deren Interesse regierte, der Geistlichkeit freie Hand ließ, um das Landvolk zu beherrschen, das mißtrauische liberale Bürgertum durch Pflege der Volkswirtschaft zu gewinnen oder einzuschläfern suchte und das ganze Land unter den schärfsten Polizeidruck stellte. Mit Argwohn und Abneigung sahen die alten Fürstengeschlechter auf diesen Emporkömmling, von dem eine Erneuerung der Kriegs- und Revolutionsstürme zu befürchten schien, doch ganz berechtigt war das nicht. In seiner gedankenvollen, doktrinären, ganz unfranzösischen Art hatte Napoleon III. sich längst ein vollständiges Programm gebildet. Er wollte allerdings die Verträge von 1815 zerstören und eine führende Stellung Frankreichs begründen, wie sie dem Nationalstolz des französischen Volkes und den Napoleonischen Überlieferungen entsprach, aber er wollte dieses Ziel weder durch die Verbreitung revolutionärer Ideen, wie die Republik von 1792, noch durch Eroberungskriege wie der Rhein erreichen, sondern durch kräftige Förderung der nationalen und

liberalen Zeitströmungen. Gegenüber Deutschland, wo er in Augsburg einen guten Teil seiner Erziehung genossen hatte und dessen Sprache er beherrschte, bewahrte er eine fast freundschaftliche Haltung, und gegen eine Verstärkung Preußens hatte er nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß ihm eine „Grenzberechtigung“ am Rheine bewilligt werde. So schloß er sich, als der Zar i. J. 1853 siegesgewiß den heiligen Krieg zur Zerstörung der Türkei, zur Befreiung der türkischen Christen begann, an England an, um den Bestand des Osmanenreiches zu retten und das lastende Übergewicht des absolutistischen Rußland zu brechen. Beide Parteien hatten das dringendste Interesse, die deutschen Staaten auf ihre Seite zu ziehen.

In Preußen drängten die Konservativen zum Anschluß an Rußland, doch die Volksstimmung erhob sich überall in ganz Deutschland mit fast leidenschaftlicher Parteinahme gegen Rußland. Friedrich Wilhelm IV. wünschte die Befreiung der türkischen Christen, doch nicht die Unterwerfung der Türkei unter Rußland. Für sich wollte er daher die Neutralität behaupten, da kein deutsches oder preußisches Interesse berührt war, und ganz in diesem Sinne suchte Bismarck seine Regierung zu beeinflussen. Daher unterstützte Preußen zunächst die Vermittlungsvorschläge, die auf den Wiener Konferenzen im Dezember 1853 gemacht wurden, und wies das ungestüme Drängen Englands, sich den Westmächten anzuschließen, zurück. Der preußische Gesandte J. von Bunsen, der dies unterstützt hatte, wurde abberufen, der russenfeindliche Kriegsminister von Bonin entlassen, der Prinz von Preußen, der darin eine Nachgiebigkeit gegen Rußland sah, zog sich vom Hofe ganz zurück, und die Russenfreunde der Kreuzzeitungspartei triumphierten. Österreich dagegen neigte den Westmächten zu, weil es das Übergewicht Rußlands an der unteren Donau und am Balkan nicht dulden konnte, und zunächst gelang es ihm, Preußen halb und halb zu sich herüber zu ziehen, da der König die Isolierung fürchtete.

1854. Am 20. April 1854 schlossen beide Mächte ein Schutz- und Trutzbündnis zur Behauptung des beiderseitigen Besitzstandes und zur Verdrängung der Russen aus Rumänien. Der Deutsche Bund mußte diesem Abkommen am 24. Juli beitreten. In der Tat zwang nun Österreichs drohende Aufstellung die Russen zum Abzuge aus der Walachei und Moldau, und österreichische Truppen rückten dort ein; der nächste Zweck des Krieges, der Schutz der Türkei, war erreicht. Trotzdem schloß Österreich am 2. Dezember 1854 ein neues Bündnis mit den Westmächten, um deren neue, auf Rußlands Demütigung berechnete Forderungen durchzusetzen. Doch diesmal versagten ihm Preußen und der Bund die erwartete Gefolgschaft, statt der von Österreich beantragten Mobilisierung der Bundestruppen beschloß der
1855. Bundestag unter Preußens Führung am 8. Februar 1855 nur deren Bereitschaftstellung. So im Stich gelassen, weigerte sich Österreich zum großen Verdruß der Westmächte, in den Krieg gegen Rußland einzutreten, versuchte vielmehr nach dem Tode des Kaisers Nikolaus am 2. März 1855 und der Thronbesteigung seines Sohnes Alexander II. (1855—1881) eine vergebliche Friedensvermittlung, während das feindliche Piemont, von der weitschauenden Politik des Grafen Camillo Cavour sicher geleitet, sich schon am 10. Januar 1855 auf die Seite der Westmächte stellte und 15000 Mann nach der Krim entsandte. Endlich gab der Fall der Seefestung Sebastopol am 23. September und die Erfolglosigkeit des englisch-französi-



schen Blockade- und Kaperkrieges in der Ostsee der Friedensstimmung in beiden Lagern das Übergewicht. Gedrängt auch von Preußen nahm Rußland am 1. Februar 1856 in Wien die Friedensvorschläge an; der Friede selber wurde auf dem Kongresse von Paris, zu dem Preußen erst nachträglich eingeladen worden war, am 30. März 1856 unterzeichnet. Die von Napoleon III. gewünschte Beratung anderer europäischer Fragen unterblieb dagegen, nur eine humane Reform des Seerechts kam am 16. April zum Abschluß.

Das Schwarze Meer wurde neutralisiert, durfte also von fremden Kriegsschiffen nicht befahren werden. Die untere Donau wurde allen Nationen geöffnet. Eine Donaukommission der sieben Vertragsmächte übernahm auf zwei Jahre die Regelung der dortigen Verhältnisse, nachher eine solche der Uferstaaten. Walachei, Moldau und Serbien standen fortan unter dem Schutze aller Großmächte, ein Landstrich des russischen Bessarabiens fiel an die Moldau. Betreffs der christlichen Untertanen der Türkei, denen der Sultan die Gleichberechtigung mit den Mohammedanern versprach, verzichteten die Mächte auf jedes Schutz- und Einmischungsrecht. — Die Kaperei wurde abgeschafft; die neutrale Flagge sollte feindliche Waren decken; neutrale Ware unter feindlicher Flagge unantastbar sein (mit Ausnahme von Kriegskontrebande) eine Blockade nur dann anerkannt werden, wenn sie wirksam (effectif) sei.

Der Bestand der Türkei war gesichert, Rußlands auf Deutschland schwer lastende Macht zurückgedrängt, beides auch im Interesse Englands und Österreichs. Preußen hatte einen Anlauf zur Selbständigkeit genommen und Österreich belehrt, daß es auf den Bund nur dann zu rechnen habe, wenn es sich zuvor mit Preußen verständige. Aber auch Frankreichs Vorherrschaft war begründet, und mit fast abergläubischer Hochachtung lauschte seitdem Europa auf jedes Wort des geheimnisvollen Cäsars an der Seine. Andererseits hatte sich zwischen Rußland und Österreich ein tiefer Spalt aufgetan, denn in Petersburg glaubte man sich durch Österreichs Haltung während des Krieges mit schnödem Undank für die i. J. 1849 gegen Ungarn geleistete Hilfe belohnt. Und schon hatte Cavour in Paris als Wortführer Italiens vor ganz Europa laute Klage erheben dürfen über die unerträgliche Lage Lombardo-Venezians. So völlig isoliert wich Österreich in Italien einen Schritt zurück. Kaiser Franz Joseph erschien selbst in den grollenden Provinzen, erließ am 1. Januar 1857 eine unbedingte Amnestie für alle politische Vergehen, rief am 1. März Radeßky ab und übertrug die Verwaltung dem Erzherzog Maximilian als Vizekönig. Doch schon war es zu spät. Aber auch Preußen mußte sich vor Napoleons Machtwort beugen.

König Friedrich Wilhelm hatte i. J. 1848 zugelassen, daß sein Fürstentum Neuenburg (Neuchâtel) in der Schweiz sich als Kanton der Eidgenossenschaft anschloß, obwohl er seine Rechte stets festhielt. Als nun eine bewaffnete Erhebung der preussisch gesinnten Minderheit unter Graf Pourtalès gegen die neue demokratische Verfassung am 2. September 1856 mit der Gefangennahme der Führer (66) und ihrer Anklage auf Hochverrat endete, die Schweiz aber die geforderte Freilassung verweigerte, da befahl der König die Mobilisierung mehrerer Armeekorps und unterhandelte mit den süddeutschen Staaten über den Durchmarsch. Doch Österreich erklärte die Genehmigung für Bundessache, und Napoleon vermittelte am

1857. 26. Mai 1857 ein Abkommen. Die Gefangenen wurden entlassen und der König verzichtete auf Neuenburg, wenngleich er den Titel nicht aufgab.

Erneuerung  
und Er-  
weiterung  
des Zoll-  
vereins.

Trotz so mancher politischen Fehlschläge und Demütigungen hatte Preußen die wirtschaftliche Grundlage seiner Stellung in Deutschland nicht nur behauptet, sondern auch erweitert und den Zollverein befestigt. Nachdem es mit Hannover am 7. September 1851 einen Vertrag abgeschlossen hatte, der die Staaten des ganz unhaltbaren Steuervereins verpflichtete, am 1. Januar 1854 in den preußischen Zollverein einzutreten, kündigte es die i. J. 1853 ablaufenden Zollvereinsverträge und lud seine Verbündeten auf den April 1852 zu neuen Verhandlungen nach Berlin ein. Umsonst arbeiteten Österreich und die Mittelstaaten an der Sprengung des preußischen Zollvereins und an der Herstellung eines neuen, der auch Österreich mit einschloße; der feste Wille Preußens und die wirtschaftlichen Lebensinteressen der zollvereinten Staaten erzwangen am 4. April 1853 die Erneuerung des Zollvereins (auf zwölf Jahre), der nach dem Beitritte des Steuervereins über 9000 Geviertmeilen mit 35 Millionen Einwohner umfaßte. Die nationale Wirtschaftseinheit unter Preußens Führung war dicht an der Vollendung. Österreich blieb ausgeschlossen und erhielt nur eine bevorzugte Stellung zum Zollverein durch den Handelsvertrag von 1853.

Die Land-  
wirtschaft.

So wuchs das zollvereinigte Deutschland immer fester zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen und nahm zu an Wohlstand wie an Volkszahl. Die Landwirtschaft, die im Nordosten (mit Ausnahme Sachsens) größtenteils von den hier überwiegenden Rittergütern, im übrigen Deutschland von dem freien Bauernstande abhing, baute jetzt auf 1 ha durchschnittlich 21 hl Getreide (in Holland 22, in Frankreich 15 hl). In der Umgebung größerer Städte, wie Erfurt, Eiegmitz, Jittau blühte der Gemüsebau, in allen günstigen Lagen der Obst- und Weinbau. Künstliche Düngung und landwirtschaftliche Maschinen wurden in immer größerem Maße angewendet. An Pferden, deren Zucht besonders in Ostpreußen (Trakehnen), Mecklenburg, Holstein und Hannover blühte, besaß Deutschland um 1860 über 2 800 000, an Rindern, die in den Marschen, in den Alpen und im Vogtlande besonders gediehen, gegen 13 Millionen, an Schafen fast 24 Millionen Stück, die noch besonders der Wollerzeugung dienten, so daß z. B. die Leipziger Wollmesse große Bedeutung behauptete, bis die australische Wolle die deutsche Produktion zurückdrängte. Die deutschen Forsten bedeckten ein Viertel der Gesamtfläche und wurden, da sie überwiegend im Staats- und Gemeindebesitz waren, der Holzgewinnung wegen nach wissenschaftlichen Grundsätzen vortrefflich bewirtschaftet; die Jagd trat dahinter weit zurück, auch nachdem die verwüstende Jagdfreiheit d. J. 1848 wieder aufgehoben worden war. Der Fischfang litt schon unter der Zunahme der flußvergiftenden Fabrikanlagen, die Lachserei im Rheine unter der holländischen Raubwirtschaft; an der Hochseefischerei hatten die Deutschen noch wenig Anteil.

Bergbau  
und  
Industrie.

Beim Bergbau überwogen jetzt den sich mehr und mehr erschöpfenden Bau auf Edelmetalle die Eisenproduktion, die Salzförderung, für die 1852 das riesige Flöz von Staßfurt neu hinzutrat und die 1863 auf 8 600 000 Zentner stieg, und vor allem die Kohlenausbeute in Oberschlesien, Sachsen und Rheinland, die 1863 an Steinkohlen 558 Millionen Zentner, an Braunkohlen 109 Millionen Zentner

ergab und doch den deutschen Bedarf bei weitem nicht deckte, so daß englische, belgische und böhmische Kohlen aushelfen mußten. Denn überall begann der Fabrikbetrieb den handwerksmäßigen Betrieb zu überflügeln, vor allem in den Massenverbrauchsgegenständen, wobei freilich auch fremde, billige Rohstoffe, namentlich die Baumwolle, die soliden einheimischen wie Wolle und Leinen verdrängten. Der jährliche Verbrauch an roher Baumwolle stieg 1850—57 von 1 600 000 auf 4 140 000 Ballen, die Zahl ihrer Spindeln belief sich 1860 auf beinahe 21,2 Millionen, die der Wollgarnspindeln auf 11,2 Millionen, die der Hanf- und Leinenspindeln auf nur 135 000. Doch hielt sich neben der überwiegenden Maschinenweberei die Handweberei in einer gewissen zentralisierenden Organisation durch sog. Faktoren noch immer, obwohl unter Hungerlöhnen, z. B. im schlesischen Gebirge und in der Oberlausitz. Sehr bedeutend wurde die Gardinenweberei und -stickerei namentlich im Vogtlande. Auch die Leder- und Rauchwarenfabrikation nahm, besonders im Anschluß an den Leipziger Rauchwarenhandel, einen lebhaften Aufschwung. Neben dieser Stoffindustrie stand die Metallindustrie, der i. J. 1865 1775 Hüttenwerke das Material lieferten. Fabriken wie die Maschinenfabrik Borsigs in Berlin (1837) und die Geschützgießerei von Alfred Krupp in Essen (seit 1818) erlangten Weltruf, und einem klugen, schlichten Uhrmacher, J. A. Lange, gelang es allmählich, sein Glashütte im Erzgebirge ebenbürtig neben La Chaux-de-Fonds zu stellen (seit 1845). Im Kunstgewerbe behaupteten die Porzellanfabriken von Meißen und Berlin ihren alten, wohlbegründeten Ruf; sonst erhob sich das noch in der Barock- und Rokokozeit so blühende deutsche Kunsthandwerk noch nicht über die Mittelmäßigkeit, da nach den furchtbaren Einbußen der Napoleonischen Zeit die Vermögensverhältnisse lange dürftig blieben und auch die Tradition verloren ging. Die Großindustrie konzentrierte sich am meisten in Berlin, in einigen Teilen Schlesiens, in Sachsen und im Ruhrgebiet, jedenfalls überwiegend im nördlichen Deutschland.

Dazu trug die Ausbildung des Verkehrswesens unter der Herrschaft des Dampfes das meiste bei. Das Straßennetz des Zollvereinsgebietes hatte 1861 eine Gesamtlänge von 75 000 km (um 1900 150 000 km); das Eisenbahnnetz, das zum großen Teile in den Händen von Aktiengesellschaften war, umfaßte über 11 000 km und hatte eine Reihe kühner Brücken, Viadukte und Tunnelbauten veranlaßt, doch war seine Dichtigkeit sehr verschieden, je nachdem die Landwirtschaft oder die Industrie überwog, also im Nordosten am geringsten. Die Verbesserung der Strombahnen, namentlich des Rheins und der Elbe, und die Aufhebung der alten hemmenden Flußzölle (an der Weser 1856, am Rhein 1860, an der Elbe 1863) gestatteten die Zahl und die Größe der Schiffe zu steigern, deren man 1861 an Seglern über 17 000, an Dampfern 254 zählte. Dieser Steigerung des Verkehrs widersprachen die Vielheit der Postverwaltungen (17 bis 1868) und die im ganzen auf weitere Entfernungen sehr hohen Portosätze; doch wurden 1850 gemeinsame Bestimmungen über das neue Telegraphenwesen, 1861 auch über den Postverkehr getroffen, die Österreich einschlossen. Unerträglich blieb der Münzwirrwarr, obwohl Österreich nach dem Vertrage vom 24. Januar 1857 zum Dreißig-Talerfuß überging und noch viel mehr der noch viel größere im Maß- und Gewichtswesen, obwohl doch

Verkehrswesen.

Vereinbarungen in solchen Dingen die ängstlich gehütete Souveränität der Einzelstaaten nicht berührt hätten.

Seehandel.

Im Seehandel stand Deutschland trotz des Mangels einer Kriegsflotte nach der Zahl seiner Schiffe an dritter Stelle (1867 4621 mit 661 000 Last). Für den transatlantischen Verkehr gründete H. H. Meyer in Bremen 1857 den Norddeutschen Lloyd. So beherrschte Bremen und Hamburg wetteifernd diesen Verkehr, und ihre Kaufleute errichteten allerorten bis nach China und Japan hin Handelshäuser. Für diese Beziehungen wurden die Verträge, die Preußen 1861 mit den beiden ostasiatischen Reichen abschloß, besonders förderlich. Die Städte an der Ostsee waren im ganzen auf den Verkehr mit deren Küstenländern beschränkt. Eine besonders lästige Fessel beseitigte die Ablösung des dänischen Sundzolls 1857, aber die lähmende russische Grenzsperrre, die den Binnenverkehr des östlichen Deutschland unterband, fiel nur vorübergehend während des Krimkrieges.

Volkszahl  
und Aus-  
wanderung.

Mit dem wachsenden Wohlstande wuchs die Bevölkerung 1834/52 von 30 auf 36 Millionen, bis 1867 auf 40 Millionen, und damit so rasch, daß sie im Vaterlande nicht genügende Beschäftigung und Nahrung fand. So schwoll die Auswanderung, wozu freilich auch Wanderlust und politische Unzufriedenheit mitwirkten, mächtig an, von 1844—1847 von 43 000 auf 109 000, in den Jahren der siegreichen Reaktion 1851/54 gar von 112 000 auf 250 000 Köpfe. Weitaus die Mehrzahl ging nach Nordamerika, wo sie in wenigen Generationen ihr Volkstum meist aufgaben, während die Auswanderer in Süd-Brasilien es sich erhielten, und Millionen an Kapital gingen mit den Menschenkräften der Heimat einfach verloren. So lange aber die elende Gesamtverfassung und die Ohnmacht Deutschlands fort dauerte, war daran nichts zu ändern.

Soziale  
Wand-  
lungen.

Große, nicht immer wohlthätige soziale Wandlungen begleiteten den wirtschaftlichen Aufschwung. Je enger Deutschland mit der Weltwirtschaft verflocht, desto mehr wurde es auch von ihr beeinflusst. Die nordamerikanische Krisis von 1857 übte die stärkste Rückwirkung bis tief ins deutsche Binnenland hinein, und in Hamburg fielen über 400 Handelshäuser. Die zunehmende Auflösung der alten Zunftverfassung durch die Gewerbefreiheit entzog den Handwerkern den festen Rückhalt, der Fabrikbetrieb beschränkte sie auf bestimmte Gewerbe, der damit verbundene Großbetrieb zerstörte mehr und mehr das persönliche Verhältnis zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern, vollends dann, wenn er, wie es im wachsenden Maße geschah, die Form der Aktiengesellschaft annahm; das Anwachsen des bürgerlichen Kapitals steigerte die Macht der Börse, förderte auch die waghalsige Spekulation und erzeugte eine Form des Betriebes, die zwischen dem Kapitalisten und der Verwertung seines Kapitals in den verschiedensten Unternehmungen, für die er es hergab, jede persönliche Beziehung und damit jede Verantwortung aufhob. Damit stieg auch die Macht des internationalen Judentums, wie es für Deutschland namentlich das Frankfurter Haus Rothschild vertrat. Da weiter schon zur Begründung eines leistungsfähigen Fabrikunternehmens immer ansehnlichere Mittel gehörten, so wurde es dem einfachen Handwerker, geschweige dem Arbeiter, fast unmöglich, in den Stand der Unternehmer aufzusteigen, und es be-



gann sich auch in Deutschland ein geschlossener Arbeiterstand zu bilden, ein „vierter Stand“, eine neue sehr ungünstige Form des Feudalismus. Denn während in der guten Zeit des Handwerks Kapital und Arbeit im Handwerksmeister verbunden waren, schied sich jetzt die Welt der gewerblichen Arbeit mehr und mehr in die beiden durch Bildung, Sitte und Besitz scharf getrennten Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Auch das platte Land wurde von dieser Wandlung ergriffen, denn die Ablösung der bäuerlichen Lasten mobilisierte den Grundbesitz, und seine Beteiligung an industriellen Unternehmungen, wie vor allem an Zuckerraffinerien und Branntweinbrennereien, verflocht ihn eng mit dem städtischen Kapital. Und da nun die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit die alten Schranken zwischen Stadt und Land niederrißen, so wuchs die großstädtische Konzentration, die ohnehin der Zunahme des Fabrikbetriebes entsprach. Von 1840/64 wuchs Berlin, schon die größte Fabrikstadt Deutschlands, von 300 000 auf 632 000 Einwohner, Breslau von 96 000 auf 164 000, von 1849/64 Dresden von 94 000 auf 146 000, Leipzig von 62 000 auf 85 000 Einwohner, Hamburg 1855/64 von 200 000 auf 250 000 Einwohner. In Sachsen lebte schon 1864 die große Hälfte der Bevölkerung von Handel und Industrie, und ihre Dichtigkeit stieg damals im Amt Reichenbach bis zu 15 500 Einwohnern auf eine Viertelmeile, im ganzen Königreich aber 1840/64 im Durchschnitt von 7496 auf 8623 Menschen.

Der Staat stand dieser rasch fortschreitenden sozialen Umwandlung untätig gegenüber, denn auch die leitenden Kreise beherrschte das Manchesterium, der wirtschaftliche Individualismus, der jeden staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben verwarf und jedem einzelnen die möglichste Freiheit wahrte. Erst der unternehmende und menschenfreundliche Hermann Schulze aus Delitzsch suchte seit 1849 und in verstärktem Maße seit 1859 nach dem Vorbilde des englischen Genossenschaftswesens durch Gründung von Vorschuß- und Konsumvereinen, von Rohstoff- und Produktivgenossenschaften, für die 1865 eine Genossenschaftsbank ins Leben trat, den kleinen Leuten billigen Kredit und wohlfeile Kaufbedingungen für ihre wichtigsten Bedürfnisse zu verschaffen. Für die eigentlichen Lohnarbeiter aber trat Ferdinand Lassalle (1825—1864), einer der geistvollsten deutschen Juden und ein geborener Agitator, in die Schranken. Von dem falschen Sage des Engländer Ricardo, dem „ehernen Lohngesetz“ ausgehend, daß der Durchschnittslohn des Arbeiters niemals über das Minimum seiner Lebensbedürfnisse hinaus steigen könne, also jede genossenschaftliche Selbsthilfe unzureichend und zwecklos sei, forderte er die Staatshilfe zur Gründung großer Produktivgenossenschaften und das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht, um den Arbeitern politische Macht zu verschaffen. Vom bürgerlichen Liberalismus kurzfristig abgewiesen, erwartete er diese Hilfe von der nationalen und sozialen Monarchie und trat deshalb später mit Bismarck in Verbindung. Nach seinem Berliner Programm vom 12. April 1862 gründete er im Mai 1863 den deutschen Arbeiterverein und wurde somit der Vater der deutschen Sozialdemokratie.

Das deutsche Bürgertum, der Hauptträger der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, beachtete das alles wenig. Es dachte in wirtschaftlich-sozialer Beziehung ganz und gar manchesterlich, und war überzeugt, daß sich auch das Verhältnis

zwischen Unternehmer und Arbeiter am einfachsten nach Angebot und Nachfrage regle; soziale Verpflichtungen erkannte es noch kaum an. Nur in der Organisation der Armenpflege als Sache der Gemeinde und der Selbstverwaltung leistete es schon eine große soziale Arbeit, namentlich dann, wenn sie nach dem Elberfelder System möglichst individualisiert wurde. Es dachte politisch liberal, es erstrebte also eine möglichste Erweiterung der Selbstverwaltung im Gegensatz zu der unbeliebten Bürokratie, und sein Staatsideal war nicht gerade die Republik, wohl aber die parlamentarische Monarchie, in der es zu regieren gedachte, während der Monarch gehorsam die Vorschläge seiner parlamentarischen Minister anzunehmen habe. Es wollte auch nicht sehen, daß neben der ihm grundsätzlich feindlichen Sozialdemokratie noch andere geistige Mächte aufstiegen, die gerade wie jene, auf einer neuen gebundenen Form des Seelenlebens beruhten, nicht auf der persönlichen Freiheit, und es übersah, daß solche Formen zu allen Zeiten dem Bedürfnis der Massen entsprochen haben.

Die  
römische  
Kirche.

So kam in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Anschluß an die Wiederbelebung des religiösen Bedürfnisses seit den Befreiungskriegen der große Rückfall in den Konfessionalismus, der von der human freien, duldsamen Geistesbildung der klassischen Zeit unserer Literatur wenig übrig ließ. Vor allem trat er natürlich auf dem Gebiete der römischen Kirche hervor. Immer energischer strebte hier das Papsttum nach der Vollendung seiner absoluten Gewalt über die Kirche, die zugleich den Anspruch auf die volle „Freiheit“ der Kirche vom Staate in sich schloß und der modernen Weltanschauung, der freilich jede innere Geschlossenheit fehlte, vor allem dem modernen Staate, feindlich entgegentrat. Nirgends fand diese Richtung eine zuverlässigere Gefolgschaft, als in dem ernstesten, doktrinären Deutschland. Unter Führern wie dem streitbaren Bischof W. E. Freiherr von Ketteler in Mainz (1850–77), einem geborenen Westfalen, entwickelte sich immer vollständiger die ausschließliche Erziehung des geistlichen Nachwuchses in Priesterseminaren und Knabenseminaren, die Missionspredigt namentlich der Jesuiten und der ihnen verwandten Redemptoristen bis in konfessionell gemischte Gegenden hinein, die Organisation der Laien in zahlreichen Vereinen unter geistlicher Leitung, endlich die katholische Presse. Auch die katholische Wissenschaft, nicht nur in der Theologie, sondern auch in der Kirchengeschichte und im Kirchenrecht, sollte sich der kirchlichen Autorität unterwerfen, also das Wesen aller Wissenschaft, die Freiheit, verleugnen. Sie leistete damals auf beiden Gebieten durch Männer wie J. Hefele, A. Theiner, H. Reinkens, J. von Dollinger, F. Friedrich und F. von Schulte sehr bedeutendes, aber ihre Wirkung auf die herrschende katholische Anschauung blieb gering.

Die pro-  
testantischen  
Kirchen.

Von einer solchen Autorität konnte auf protestantischem Boden keine Rede sein; die protestantischen Landeskirchen entbehrten nicht nur jeder Hierarchie und jeder gemeinsamen Organisation, die auch die deutsche evangelische Kirchenkonferenz der Kirchenregimente in Eisenach seit 1852 noch nicht war, sondern auch jedes Glaubenszwanges, denn die Bekenntnisse sind hier nur Zeugnisse, nicht Normen des Glaubens. So standen in der Theologie neben der hyperkritischen Tübinger Schule die sogenannte Vermittlungstheologie (K. Ullmann, K. J. Nitsch), die das

Christentum als ein göttliches, aber sich menschlich auswirkendes Weltprinzip auf-  
 faßte, und die Orthodorie (W. Hengstenberg, E. Luthardt, J. A. Tholuck, Chr.  
 Harless), die vor allem an dem Inspirationsprinzip der hl. Schrift festhielt und  
 deren historische Zergliederung im ganzen ablehnte. Und doch machte diese unter  
 dem Einflusse der philologisch-historischen Wissenschaft ebensolche Fortschritte  
 (H. Ewald, C. Tischendorf) wie die unbefangene Betrachtung der Kirchengeschichte  
 (K. Hase) und der Dogmengeschichte (A. Ritschl). In den Kirchenregimenten und  
 deshalb auch auf den Kanzeln wog im ganzen die orthodore oder mindestens die  
 positive Richtung vor, und ohne Zweifel leistete sie auch in den Werken des praktischen  
 Christentums das meiste, vor allem in der äußeren und in der inneren Mission,  
 die H. Wichern, der Gründer des Rauhen Hauses in Horn bei Hamburg (1833),  
 besonders seit 1848 mit großem Erfolge organisierte, und in der Krankenpflege,  
 für die 1837 durch Th. Fliedner in Kaiserswerth die bald weitverbreitete edle Ge-  
 nossenschaft der Diakonissen entstand. Die gebildeten Protestanten freilich folgten  
 dieser Richtung selten; das Bürgertum zumal war auch in religiöser Beziehung  
 liberal, d. h. es begnügte sich mit einer Anzahl einleuchtender, religiös-sittlicher  
 Wahrheiten, sah aber in der Kirche selbst eine innerlich überwundene Institution,  
 oder es verfiel dem platten, auf den wie es schien gesicherten Ergebnissen der  
 Naturwissenschaften aufgebauten Materialismus (K. Vogt, J. Moleschott, E. Büchner),  
 zuweilen auch dem den Willen zum Leben verneinenden, also rein negativen und  
 deshalb impotenten Pessimismus A. Schopenhauers († 1860). Die positive Philo-  
 sophie Hermann Loges, dem die einzig sichere Wahrnehmung das Selbstbewußtsein  
 der Persönlichkeit und die Wirklichkeit das von Gott erschaffene Reich der lebendigen  
 Wesen ist, war zu geistvoll, um populär zu sein.

Auch das Schulwesen begann das Bürgertum unter dem Schlagworte „Wissen <sup>= Schulwesen.</sup> ist Macht“ seinen besonderen Bedürfnissen anzupassen. Die humanistischen Gym-  
 nasien, in denen die Regierungen seit 1849 wertvolle Stützen einer christlichen und  
 konservativen Anschauung sahen, mußten neben dem Deutschen und der Geschichte  
 einen erweiterten Betrieb der Mathematik und der Naturwissenschaften zulassen,  
 sogar das lange politisch verdächtige Turnen einführen, und bedeutende Schulmänner,  
 wie K. G. Heiland, Fr. W. Hesselbach, A. Meinecke, W. Herbst und H. Peter in  
 Preußen, J. A. Eckstein, E. Klee, H. Palm und H. Kaemmel in Sachsen, E. Döderlein  
 in Bayern, W. Baumlein in Württemberg wußten diese sehr verschiedenartigen  
 Unterrichtsfächer kraftvoll zu einer höheren Einheit im nationalen und christlichen  
 Geiste zusammenzufassen. Aber den praktischen Bildungsbedürfnissen des Bürgertums  
 entsprachen diese alten Anstalten nicht mehr. Deshalb entstanden seit den fünfziger Jahren  
 zumeist als städtische Schulen die sechsklassigen Realschulen II. und die neunklassigen  
 Realschulen I. Ordnung als Vorbereitungsanstalten für den unmittelbaren Eintritt  
 in einen praktischen Beruf oder für den Besuch der sich zugleich rasch entwickelnden  
 technischen Hochschulen. Die feste Grundlage für das gesamte Unterrichtswesen  
 bildete nach wie vor die Volksschule auf konfessioneller Grundlage und als eine  
 Sache der Gemeinde unter der Aufsicht des Staates, der selbst durch zahlreiche  
 Seminarie für eine bessere Ausbildung der Lehrer sorgte.

Presse und  
Vereine.

Wie somit die Schule unter dem steigenden Einflusse des Bürgertums stand, so in noch weit höherem Maße die in Tagesblättern (National-Zeitung, Kölnische Zeitung, Augsburger Allgemeine Zeitung) und in Wochen- oder Monatschriften teilweise ganz populären Charakters (Gartenlaube, Daheim; Grenzboten, Preussische Jahrbücher) sich ausbreitende und die öffentliche Meinung weniger beherrschende als machende Presse. Die konservative Presse stand dagegen an Verbreitung und Einfluß weit zurück (Kreuzzeitung). Da nun auch ein trotz aller Erschwerungen stark entwickeltes Vereinswesen vor allem der Turner, Sängers und Schützen das Bürgertum zusammenfaßte, und diese sich große, ganz Deutschland, einschließlich Deutsch-Österreichs umfassende Verbände begründete, so kam das Bürgertum in der Öffentlichkeit ganz überwiegend zu Worte und durchdrang sich immer mehr mit der Vorstellung, daß es wie in wirtschaftlicher, so auch in politischer Beziehung der Kern der Nation, ja wohl gar die Nation selber sei.

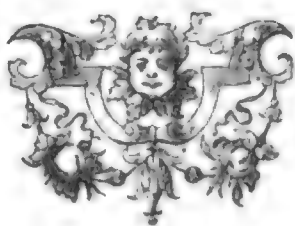
Das  
Bürgertum  
und die  
Einheits-  
frage.

So blieb es in der Tat der Träger der auf eine Erweiterung der Freiheitsrechte, d. h. seiner eigenen freien Bewegung gerichteten Politik, und in mancher Beziehung auch der Einheitsbewegung; die Begriffe national und liberal schienen zusammenzufallen, und wirklich standen die konservativen, die regierenden Schichten dieser Bewegung sehr zurückhaltend, wenn nicht feindlich gegenüber. Die Herstellung einer leistungsfähigen Gesamtverfassung forderten aber gebieterisch die Interessen der Industrie und des Handels, also vor allem des Bürgertums, denn für die nationale Wirtschaft hatten die deutschen Binnengrenzen längst ihre Bedeutung verloren und im Auslande fand sie keinen wirksamen Schutz; eben dahin drängte die Einheit der nationalen Bildung, denn es gab nur eine deutsche Wissenschaft, Literatur und Kunst, und die nationale Geschichtsschreibung (s. unten) machte die Überzeugung von der historischen Notwendigkeit der deutschen Einheit zu einem Gemeingut der Gebildeten. Die ratlose Reaktion hatte die Einheitsbestrebungen zu unterdrücken versucht, wohl gar als Hochverrat verfolgt, aber sie hatte sie nicht zu erdrücken vermocht, vielmehr das Bürgertum in seiner wirtschaftlichen Entwicklung und in seiner Bildung gefördert. Freilich, diesem Bürgertum fehlte noch immer das volle Verständnis für die Lösung der nationalen Aufgabe. Das populäre Schlagwort „durch Freiheit zur Einheit“ betörte viele; man meinte alles Ernstes, das allmähliche Zusammenwachsen des Volkes werde die Einheit durch friedliche Mittel schon von selber schaffen, man wollte die Stärke der ihr widerstrebenden Kräfte nicht sehen, und die herben Lehren des Sturmjahres 1848/49, daß mit Österreich nur der lockere, also ohnmächtige Staatenbund, der Bundesstaat nur ohne Österreich möglich sei, daß dieses Ziel eben deshalb nur durch einen ernsten Waffengang erreicht werden könne und daß dieser nur dann zum Siege führen könne, wenn sich das lebendige preussische Königtum nicht in ein parlamentarisches Scheinkönigtum verwandelte, sondern sich behauptete und sich selbst mit der gesammelten Kraft seines Staates und seines Heeres energisch einsetzte, daß also die nationale Einheit nicht auf der geträumten Volkssouveränität, sondern auf der historischen monarchischen Ordnung beruhen werde, diese Wahrheiten waren nur einer kleinen Gruppe denkender Männer klar geworden und wurden von keinem feuriger und ein-



druckvoller verfochten, als von dem jungen glänzenden Publizisten und Historiker Heinrich von Treitschke (geb. in Dresden 15. September 1834); die Masse des deutschen Bürgertums verstand sie nicht, am wenigsten in Süddeutschland, das von Preußen nichts wußte und nichts wissen wollte, sondern mit gemüthlicher Vorliebe an Oesterreich hing. So hat das liberale Bürgertum in seiner Mehrheit während der entscheidenden Jahre die praktische Einheitspolitik nicht gefördert, sondern bekämpft, und die Vorbedingungen der neuen Reichseinheit sind der Nation mit den Waffen aufgezwungen worden.

Während sich diese tiefgehenden Wandlungen vollzogen oder vorbereiteten, ging die Regierung Friedrich Wilhelms IV. zu Ende. Er hatte seine Niederlage in der Neuenburgischen Sache als eine ganz persönliche empfunden. Da traf ihn im Juni 1857 auf der Rückreise von Marienbad in Dresden ein leichter Schlaganfall; nach den anstrengenden Herbstmanövern um Merseburg traten bei der Einweihung der renovierten Grabkirche der Wettiner auf dem Petersberge bei Halle im September desselben Jahres die Zeichen beginnender Geistesverwirrung beängstigend hervor, und am 8. Oktober folgte ein zweiter Schlaganfall. Prinz Wilhelm übernahm die Stellvertretung, doch er bemühte sich selbstverleugnend, die Geschäfte ganz im Sinne des Königs weiterzuführen, mit dem er doch keineswegs durchweg übereinstimmte. Erst als sich die dauernde Regierungsunfähigkeit des Monarchen herausstellte und die Zustände in ein immer peinlicheres Schwanken gerieten, da nahm er, „feingespinnene Ränke mit festem Griffe zerreißend“, kraft eigenen Rechts die Zügel. Am 7. Oktober 1858 übertrug ihm ein königlicher Erlaß die Regentschaft „mit alleiniger Verantwortung gegen Gott“, am 26. Oktober leistete der Prinz vor dem Landtage den Eid auf die Verfassung. „Die Freude und der Aufschwung der Gemüther war allgemein“; man begann dunkel zu ahnen, daß ein neuer, ein entscheidender Abschnitt der deutschen Geschichte angebrochen sei.





## Fünfter Abschnitt.

### Die deutschen Einheitskriege und die Gründung des neuen Deutschen Reichs

1858—1871.

Prinz Wilhelm von Preußen hatte schon das einundschzigste Lebensjahr überschritten, als ihn eine wunderbare Fügung an die Spitze des Staates berief. Der Knabe (geb. 22. März 1797), dessen zarte Gesundheit anfangs kein langes Leben hoffen ließ, war nicht eigentlich für die Herrschaft erzogen worden. Er konnte nur erwarten, nach dem Tode des Vaters der erste Untertan seines älteren Bruders zu sein. Aber vielleicht war diese mehr zurückgezogene Stellung für die Entwicklung seines Charakters besonders günstig. Die schlichte Frömmigkeit, die feste Pflichttreue, die Herzensgüte, die Anspruchslosigkeit seiner Eltern gingen in sein eigenes Wesen über, und die erschütternden Erfahrungen der Napoleonischen Zeit, die er in Furcht und Jorn, in Hoffnung und Siegesjubiläum mit erlebte, reiften in ihm früh einen gehaltenen Ernst. Minder vielseitig begabt und nüchterner als der Kronprinz, aber ausgestattet mit einem natürlichen Scharfblick für Menschen und Dinge und mit fester Willenskraft, die beide dem Bruder fehlten, richtete er seine ganze Arbeit von früh an auf das Ziel, der erste Soldat Preußens zu sein und erfüllte alle die Obliegenheiten, die ihm in seinen wechselnden militärischen Stellungen vom Major (1814) bis zum Generaloberst der Infanterie (1854) erwuchsen, stets mit der gleichen, musterhaften Sorgfalt. Die ferne Aussicht auf den Thron eröffnete sich ihm erst, als die Ehe seines Bruders kinderlos blieb. Er bewährte seine selbstüberwindende Pflichttreue, indem er nach dem Wunsche des Vaters seine Jugendliebe zu Elisabeth Radziwill dieser Aussicht zum Opfer brachte und die ebenbürtige Verbindung mit Augusta von Sachsen-Weimar schloß. Zu dem Bruder blieb trotz der tiefen

Verschiedenheit des Wesens und der Anschauungen das persönliche Verhältnis, ein schönes Zeugnis für beide, stets ungetrübt, weil der jüngere niemals die Schranken seiner Stellung überschritt, auch wo er schwere Selbstverleugnung üben mußte. Aber die Selbstständigkeit seiner politischen Überzeugung behauptete er immer. Ein entschiedener Vertreter der preussischen Überlieferungen sah er in einem starken Königtume und einem schlagfertigen Heere die Grundlagen der Größe Preußens. Selbst die schlimmste Verkennung während der Sturmjahre machte ihn darin nicht irre. Gleichwohl hat er sich, sobald einmal die Verfassung ins Leben getreten war, ehrlich auf ihren Boden gestellt; nur den Aufruhr schlug er mit voller Energie zu Boden. So erwuchs er zu einer Persönlichkeit höchst eigenartiger, harmonischer Prägung. Ein stolzer Preuße, ein ganzer Soldat, ein Mann und ein König vom Scheitel bis zur Sohle, erprobt in jahrzehntelanger militärischer und politischer Arbeit, hat er doch, eben weil er gewöhnt war, sich selbst zu bezwingen, die wunderbare Fähigkeit bewahrt, noch im Greisenalter sich immer wieder in ganz neue Aufgaben hinein zu denken und sich jeder, auch der schwierigsten gewachsen gezeigt, bis endlich der Sohn der Dulderkönigin Luise zum Erneuerer des Deutschen Reiches, zum Helden und Hort seines ganzen Volkes, zum anerkannten Haupte des europäischen Fürstenstandes emporstieg und ein „Strom der Liebe, wie er nur den Tiefen des deutschen Gemütes entquillt, ihn durch seine letzten Jahre dahintrug.“

Als er die Regentschaft übernahm, sah er freilich Preußen von Parteien Die „neue Ära“. zerrissen und in Deutschland wie im Auslande mißachtet. Seine Feinde triumphierten, nun endlich stehe Preußen so tief, daß man für Deutschland hoffen dürfe. Da galt es zunächst im Innern nach rechts und links die Macht des Königtums, also den Staatsgedanken wieder zur Geltung zu bringen, nach außen eine selbstständige Stellung fest und würdig zu behaupten. Daher entließ der Prinzregent schon nach wenigen Tagen den Minister Otto von Manteuffel seines Amtes, mit dessen 1858. Namen sich nun einmal der Begriff einseitigster Parteiherrschaft unzertrennlich verband, und berief an seine Stelle den Fürsten Anton von Hohenzollern. Dieser hatte durch Staatsvertrag vom 7. Dezember 1849 für sich und sein Geschlecht auf sein Fürstentum verzichtet und die Rechte preussischer Prinzen, doch ohne Nachfolgerecht, erhalten. Er bildete sein Ministerium wesentlich aus gemäßigt liberalen Männern (von Uerswald, Staatsminister ohne besonderen Auftrag, Flottwell, dann Graf Schwerin Inneres, von Schleinitz Auswärtiges, von Bonin Krieg, von Patow Finanzen, Graf Münster Ackerbau, von der Heydt Handel, Simons Justiz, von Bethmann-Hollweg Kultus und Unterricht). Vor diesem bezeichnete dann Prinz Wilhelm am 8. November in einer Ansprache als seine Richtpunkte die Wahrhaftigkeit in allen Regierungshandlungen, den Kampf gegen Heuchelei und Scheinheiligkeit, die Entwicklung der Armee. Die bisherigen Wahlbeeinflussungen fielen demgemäß weg, und aus den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus ging die gemäßigt liberale Partei mit überwältigender Mehrheit als Siegerin hervor. Die „neue Ära“ war eröffnet, Jubel und Hoffnung begrüßten sie. Nur die Kreuzzeitungspartei arbeitete im stillen gegen die neuen Grundsätze.

Bald traten die schwersten Proben heran. Die nationale Erhebung Italiens

Der Ausbruch des italienischen Krieges.

gegen die unmittelbare oder mittelbare Fremdherrschaft Österreichs bereitete sich vor, und Graf Cavour wußte die Leitung dieser volkstümlichen Bewegung in die Hand zu bekommen, um ihr die feste Richtung auf die Gründung eines starken oberitalienischen Königreichs unter dem Hause Savoyen zu geben. Bereits zu Anfang d. J. 1857 waren deshalb die Beziehungen Piemonts zu Österreich so feindlich, daß dieses im März seinen Gesandten aus Turin abberief. Doch erst die Aussicht auf die Hilfe Napoleons III., die sich Cavour nach dem schrecklichen Attentat Orfinis auf den Kaiser (24. Januar 1858) bei einer Zusammenkunft mit demselben in Plombières (Juli) eröffnete, machte die bewaffnete Erhebung möglich, und die unvorsichtige Neujahrsansprache Napoleons an den österreichischen Botschafter Baron von Hübner am 1. Januar 1859 erhellte blühtartig das Dunkel der Zukunft. Österreichs Lage war schwierig. Seine Finanzen befanden sich im schlechtesten Zustande, die zähe Gegenwehr der Ungarn machte jede befriedigende Regelung der Verhältnisse unmöglich, und die italienischen Provinzen harrten nur des Zeichens zur Erhebung. In Italien standen nur drei schwache Korps, zusammen etwa 55000 Mann, die Festungen waren noch mit glatten Geschützen bewaffnet, die Bahnverbindungen mit Wien unvollständig. Doch wurden die Truppen schon bis Ende Februar auf etwa 100000 Mann gebracht, und die diplomatische Stellung Österreichs war zunächst sehr günstig, weil es das vertragsmäßige Recht unzweifelhaft für sich hatte und die Mehrzahl der Mächte argwöhnisch auf Frankreich blickte. Dazu glaubte Österreich auf die Hilfe Preußens und des Deutschen Bundes rechnen zu können. Sprach sich doch namentlich in Süd- und Mitteldeutschland die Stimmung der Regierungen wie des Volkes fast leidenschaftlich für Österreich aus; die Aufrechterhaltung seiner Gewaltherrschaft in Italien galt schlechtweg als ein deutsches Interesse, sein Kampf gegen Napoleon als die Abwehr neuer französischer Eroberungsgelüste, die auch Deutschland unmittelbar zu bedrohen schienen. Im Vertrauen darauf nahm Graf Buol die Vorschläge Englands, dessen Vermittlung er angerufen hatte, nicht an, ging dann zwar auf den russischen Vorschlag eines Kongresses ein (18. März), verwarf aber die Zulassung Piemonts zu demselben und forderte schließlich am 23. April die sofortige alleinige Abrüstung Piemonts. Graf Cavour beantwortete dieses Ultimatum am 26. mit dem Antrage auf die Übertragung unbeschränkter Vollmacht an den König, und Napoleon ließ an demselben Tage in Wien erklären, eine Überschreitung des Ticinos durch die Österreicher bedeute für Frankreich den Kriegsfall. Trotzdem gingen diese in der Nacht vom 29. zum 30. April unter dem Feldzeugmeister Graf Franz Giulay über den Grenzfluß, noch ehe ein französischer Soldat diesseits der Alpen stand, und ein österreichisches Manifest kündigte den Prinzipienkrieg gegen die „Revolution“ im allgemeinen an.

Deutschland und der italienische Krieg.

Und doch war Preußen weit davon entfernt, Österreichs Sache unbedingt als eine preussisch-deutsche zu betrachten. Es wollte wohl einen Angriff auf dessen Besitzstand auch in Italien abwehren helfen, aber keineswegs seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten italienischer Staaten unterstützen, und auch jenes nur dann, wenn Österreich ihm die alleinige Führung der deutschen Bundestruppen gegen Frankreich überlasse. Da nun Österreich die Hoffnung festhielt, Preußen durch



Mehrheitsbeschlüsse des Bundestages in den Krieg hineinzutreiben, obwohl Bismarck diesem Gedanken in der Sitzung vom 3. März aufs schärfste entgegentrat, so blieb auch die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Berlin (12. April) ergebnislos. Trotzdem bewies der Prinzregent, wie ernst es ihm mit jener, wenn auch nur bedingten Bereitwilligkeit sei. Am 20. April befahl er die Marschbereitschaft des III., VII. und VIII. Armeekorps, am 29. April auch der übrigen sechs, dann sandte er A. von Willisen zu Verhandlungen nach Wien; am 14. Juni ordnete er die Mobilisierung an, am 4. Juli die Vereinigung des VII. und VIII. Korps bei Trier und Coblenz. Schon am 1. Mai hatte der Landtag für diese Maßregeln eine Anleihe von 40 Millionen Talern bewilligt. Zugleich beschloß der Bundestag die Bereitschaftstellung sämtlicher Bundestruppen, und lauter Jubel begrüßte die 60000 Österreicher, die im Mai von Prag über Dresden, Leipzig, Hof und München nach dem Brenner befördert wurden, um von dort den Marsch nach Italien anzutreten. Der Krieg am Rheine für Österreich stand vor der Tür.

Doch in Italien erlitten inzwischen die Österreicher auf den Schlachtfeldern der Lombardei eine Niederlage nach der anderen.

Der Feldzug  
in der  
Lombardei.

Giulay hatte, weil er sich mit seinem Heere von nur 112000 Mann zu schwach fühlte, so lange mit dem Vormarsch auf Turin gezögert, bis 150000 Franzosen über Genua, den Mont Cenis und Mont Genève herankamen und sich mit den 70000 Piemontesen bei Alessandria vereinigten. Das Erkundungsgefecht bei Montebello am 20. Mai endete mit einer Niederlage der Österreicher, und mit dem hart bestrittenen Siege bei Palestro am 30. und 31. Mai gingen die Franzosen und Piemontesen zum Angriff über. Indem sie 80000 Mann mit Hilfe der Eisenbahn auf den rechten, ungedeckten Flügel der Gegner warfen und gleichzeitig Garibaldi mit seinen Freischaren über den oberen Ticino in die rechte Flanke der Österreicher nach den Seen hin vordrang, wurde Giulay völlig überflügelt. Er wich hinter den Ticino zurück und verlor hier am 4. Juni die von beiden Seiten ebenso schlecht geleitete wie tapfer gefochtene Schlacht bei Magenta, die ihn zur Räumung der ganzen Lombardei bis zum Mincio nötigte. Von den jubelnden Lombarden fast erdrückt zogen Napoleon III. und Viktor Emanuel am 8. Juni als Befreier in Mailand ein, und bis Mitte des Monats verjagten allerorten in Toskana, Parma, Modena und der Romagna unblutige Volkserhebungen die bisherigen Regenten, die Bundesgenossen und Schützlinge Österreichs, während eine französische Flotte im Adriatischen Meere erschien. Unter dessen hatten sich die Österreicher in der Lombardei bis auf 220000 Mann verstärkt und nahmen, gestützt auf das Festungsviereck, unter der persönlichen Führung ihres Kaisers auf dem blutgetränkten Hügellande südlich vom Gardasee bei Solferino den Kampf nochmals auf. In hartnäckigem Ringen bei glühender Sonnenhitze behauptete Benedek auf dem rechten Flügel bei San Martino gegenüber den Piemontesen seine Stellung, aber der linke Flügel war zurückgedrängt, das Zentrum bei Solferino durchbrochen, als ein furchtbares Gewitter mit strömenden Regengüssen nachmittags gegen 5 Uhr die Schlacht unterbrach. Unverfolgt und nicht entmutigt wichen die Österreicher hinter den Mincio zurück. Ein langwieriger Belagerungskrieg stand nunmehr den Franzosen und Piemontesen bevor, und im Norden drohte das deutsche Bundesheer den Krieg am Rheine gegen die ungedeckte Ostgrenze Frankreichs zu eröffnen, falls Österreich nur dessen Führung an Preußen überlassen wollte.

Nun stellte Österreich am 6. Juli beim Bundestage den Antrag auf Er-

Der Vor-  
sitz von  
Villafranca.

als eine Beleidigung auf; er war fest entschlossen, eher die preussische Armee wieder auf Friedensfuß zu setzen, als sich einem Bundesbeschlusse über den Befehl seines eigenen Heeres zu unterwerfen. Und wieder Österreich verzichtete lieber auf einen Teil seines italienischen Besitzes, als daß es Preußen die begehrte Stellung vertragsmäßig eingeräumt hätte. Während Fürst Windischgrätz noch in Berlin verhandelte, schloß Kaiser Franz Joseph am 8. Juli in Villafranca Waffenstillstand bis zum 16. August und verständigte sich am 11. Juli in persönlicher Zusammenkunft mit Napoleon über die Bedingungen des Vorfriedens von Villafranca vom 12. Juli (Abtretung der Lombardei bis zum Mincio, Regelung der italienischen Verhältnisse auf einem nach Zürich zu berufenden Kongress). Offen sprach er es dann in einer Proklamation „an meine Völker“ aus, er habe den Frieden schließen müssen, weil er von „seinen natürlichen Bundesgenossen verlassen“ worden sei.

Wieder-  
erwachen  
der  
nationalen  
Bewegung.

Das entsprach nicht den Verhältnissen und verletzte in Berlin aufs tiefste. Die österreichischen Noten an die deutschen Regierungen vergrößerten noch den Zwiespalt. Deutschland war zerrissen in zwei feindliche Lager, und eine Flut von Schmähungen ergoß sich in der Presse gegen Preußen. Aber das Nationalgefühl war doch wenigstens erwacht, und besonnene patriotische Männer unternahmen den Versuch zur Bildung einer großen, gemäßigten nationalen Partei. So wurde nach vorbereitenden Verabredungen in Hannover und Eisenach (14. August) am 16. September in Frankfurt a. M. der deutsche Nationalverein unter der Leitung Rudolfs von Bennigsen aus Hannover (geb. 1824) gegründet. Besonders eifrig förderte diese Bestrebungen der Herzog Ernst von Koburg-Gotha, der auch dem stehenden Ausschusse des Vereins gestattete, seinen Sitz in Koburg zu nehmen. Indes ein klares Programm für die Bundesreform wagte der Nationalverein aus Rücksicht auf die preußenfeindliche Stimmung in Süddeutschland noch nicht aufzustellen, obwohl die Mehrzahl seiner Mitglieder den preussischen Bundesstaat im Auge hatte. Wie stark die nationale Strömung war, das offenbarte sich dann erhebend bei dem ersten der großen vaterländischen Feste dieser tiefbewegten Jahre, der hundertjährigen Geburtstagsfeier Schillers, die am 10. November 1859 allerorten mit der größten Begeisterung und unter allgemeiner Teilnahme begangen wurde. Es war wirklich, wie ein Festgedicht es damals aussprach:

„Ein hoher Name einet im Süden und im Norden,  
Die sonst im bittren Hader entzweit sich fremd geworden;  
Vor einem Bilde senken sich friedlich alle Fahnen,  
Die sonst im Winde flattern auf weit getrennten Bahnen.“

Dieser Bewegung gegenüber wollte sich der Prinzregent zunächst auf das Notwendigste beschränken, die Stärkung der deutschen Wehrverfassung, deren Schwächen die Mobilisierung bloßgelegt hatte. Dem Nationalverein gewährte er Zutritt in Preußen, obwohl Österreich ihn sofort als revolutionär zu verdächtigen suchte. In Mecklenburg, Kurhessen und Hessen-Darmstadt wurde der Beitritt verboten, in Hannover, Sachsen, Bayern und Württemberg mußten sich die Mitglieder wenigstens allerlei Benachteiligungen gefallen lassen, und der hannoversche Minister von Borries stand nicht an im Landtage zu erklären, ehe die Mittelstaaten ihre Hoheitsrechte

aufgaben, würden sie wieder die Hilfe des Auslandes anrufen (1. Mai 1860), wofür er von seinem Landesherrn mit dem Grafentitel belohnt wurde.

Die meisten mittelstaatlichen Regierungen erkannten indes, daß die herrschende Unzufriedenheit eben in der Unzulänglichkeit der Bundeseinrichtungen ihren Grund habe und strebten deshalb nach einer Reform. Dabei wollten sie aber weder eine preussische noch eine österreichische Vorherrschaft im Bunde, noch eine gemeinsame Leitung des Bundes durch beide Großmächte, vielmehr die Zusammenfassung der Mittel- und Kleinstaaten zu einer selbständigen Gruppe neben beiden, also die Trias, denn nur in dieser Form glaubten sie das Maß von Selbständigkeit behaupten zu können, auf das ihnen die unbestreitbare Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltung ein Recht zu geben schien. Es war freilich von Anfang an ganz unsicher, ob auch alle diese Staaten in eine solche Verbindung, die ihnen eine feste Sicherheit doch nicht gab, eintreten könnten oder auch nur wollten, und noch viel zweifelhafter, ob diese Dreiteilung Deutschlands, die nur zu sehr an die Zeiten des Rheinbundes erinnerte, den nationalen Bedürfnissen genügen könne, ob nicht vielmehr die dritte Gruppe schließlich dazu gelangen werde, den Schutz für ihre Selbständigkeit bei Frankreich zu suchen. Aus den Beratungen, zu denen Beust für Sachsen, v. d. Pförden für Bayern, Dalwigk für Hessen-Darmstadt u. a. sich im September 1859 zu München, im November in Würzburg zusammenfanden, gingen Beschlüsse über Anträge auf Reform des Bundeskriegswesens, Einführung einheitlicher Maße und Gewichte u. s. f. hervor. Doch jenem, der am 22. Oktober an den Bund gelangte, stellte Preußen sofort den Vorschlag entgegen, die norddeutschen Kontingente an Preußen, die süddeutschen an Österreich anzuschließen, blieb aber damit ebenso in der Minderheit, wie die Mittelstaaten mit dem ihrigen.

Mittel-  
staatliche  
Bundes-  
reform-  
versuche.

Während nun die Staaten des VII., VIII., IX. und X. Bundesarmeekorps (s. S. 526) mit einander über einen engeren Zusammenschluß ihrer Truppen verhandelten, ging Preußen an die praktische Verwirklichung seines Vorschlages, indem es durch Militärkonventionen mit Waldeck, Lippe-Deimold und Koburg-Gotha (1862) deren Truppenteile (im ganzen nur vier Bataillone) der preussischen Armee anschloß und so die künftige Heereseinheit Deutschlands auf demselben Wege vorbereitete, wie früher die Zolleinheit. Auch sonst zeigte der Prinzregent eine feste und sichere Haltung. Als Napoleon III. ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Baden-Baden einlud, um das Mißtrauen gegen seine Politik zu beschwichtigen, forderte Prinz Wilhelm die deutschen Fürsten zur Teilnahme auf und vermied so jede Mißdeutung seines Schrittes. Umgeben von den Regenten Sachsens, Hannovers, Bayerns, Badens u. a. m. trat er dem Selbstherrscher der Franzosen entgegen und lehnte dessen Anerbieten, gegen Errichtung einer französischen Schutzherrschaft über Belgien eine nationaldeutsche Regelung der schleswig-holsteinischen Frage und für Preußen im besonderen eine festere Stellung an der Nord- und Ostsee zu gewähren, rundweg ab (15. bis 17. Juni 1860). Andererseits knüpfte er in der Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph zu Teplitz (25. bis 27. Juli) jede etwaige Gewährleistung des österreichischen Besitzes in Italien an feste Zusicherungen für Preußens deutsche Stellung. Mit Rußland suchte Bismarck, seit April 1859 Botschafter in St. Petersburg, unter

Fortschritte  
der  
preussischen  
Politik.  
1859.

fluger Benützung der bevorzugten Stellung, die der Vertreter Preußens infolge des nahen Verwandtschaftsverhältnisses beider Höfe dort von jeher behauptet hatte, ein festeres Verhältnis anzubahnen. Gegenüber den panslawistischen Umrissen wußte er Kaiser Alexander II. von der Gemeinsamkeit der preussischen und russischen Interessen in Polen zu überzeugen und ihn für eine freundliche Haltung gegenüber der preussischen Politik in Deutschland zu gewinnen, was nur durch die Neutralität Preußens im Krimkriege ermöglicht wurde und eine Grundlage für die späteren Erfolge Preußens geworden ist. Die Zusammenkunft der Monarchen von Preußen, Rußland und Österreich in Warschau (21./22. Oktober) sollte diese Annäherung weiter entwickeln und zugleich die Spannung mit Österreich verringern. Hier war es auch, wo der Fürst von Hohenzollern zuerst den gewaltigen Geist und die großartigen Pläne Bismarcks in langen Unterredungen kennen lernte.

Das „Königreich Italien“. Die Vereinzelung, in die Österreich seit dem italienischen Kriege geraten war, wurde durch den Fortgang der nationalen Bewegung in Italien noch gesteigert.

Dem Züricher Frieden (10. November 1859) zum Trotz, der einen italienischen Staatenbund unter dem Vorherrsche des Papstes errichten wollte, schlossen sich die Bevölkerungen von Toscana, Modena, Parma und der päpstlichen Romagna an Piemont an (März 1860); dann brach im Sommer desselben Jahres der morsche Thron der neapolitanischen Bourbonen vor Garibaldis abenteuerlichem Freischarenzuge zusammen, und Cavour mußte, um der Demokratie das Heft zu entwenden und die von Österreich geförderten Pläne zu einer Gegenrevolution zu vereiteln, nicht nur dort die piemontesische Truppen einrücken lassen, sondern auch von den Marken und Umbrien Besitz ergreifen, den Papst also auf Rom und dessen nächste Umgebung (das Patrimonium Petri) beschränken. Am 15. Februar 1861 kapitulierte auch Gaëta, die letzte Festung der Bourbonen, und am 17. März wurde das Königreich Italien feierlich ausgerufen. Wohl hatte Viktor Emanuel den Beistand Frankreichs mit der Abtretung Savoyens und Nizzas erkaufen müssen, wohl war das neue Königreich ebenso sehr ein Werk der nationalen Demokratie wie des piemontesischen Königtums und entbehrte daher als eine Schöpfung der Revolution noch lange der Anerkennung der alten Mächte, selbst des eifersüchtigen Frankreich, aber der italienische Nationalstaat war doch gegründet und die Herrschaft Österreichs auf der Halbinsel so gut wie vernichtet.

Das rote Kreuz.

Neben dieser politischen Frucht trug der Krieg von 1859 noch eine andere, humanitäre, für die ganze Welt. Erschüttert von den Greueln des Schlachtfeldes von Solferino stiftete der edle Genfer Henri Dunant (geb. 1827) am 22. August 1864 die Genfer Konvention vom roten Kreuz, der 1869 fast alle zivilisierten Staaten beitraten, um Verwundete, Ärzte und Lazarette unter den Schutz des Völkerrechts zu stellen, so daß sie von beiden kriegsführenden Parteien wie die eignen behandelt würden. In Deutschland, wo die Ballei Brandenburg des Johanniterordens schon 1852 wieder hergestellt worden war, trat die Königin Augusta an die Spitze der ganzen weitverzweigten Organisation für die Krankenpflege im Felde.

Verfassungsversuche in Österreich.

Um so dringender mußte den österreichischen Staatsmännern die innere Kräftigung der Monarchie erscheinen. Nachdem der absolutistische Einheitsstaat seine Probe auf den Schlachtfeldern der Lombardei so schlecht bestanden hatte, war der Übergang zum Verfassungsstaate unvermeidlich, selbst auf die Gefahr hin, daß die Staatseinheit dadurch ins Wanken komme. So berief der Kaiser einen Polen Grafen



Goluchowski zum Nachfolger Bachs und verkündete im Oktoberdiplom (20. Oktober 1860) die Errichtung eines Reichsrates aus 58 von der Krone ernannten Mitgliedern der Einzellandtage, für diese aber Landesstatuten, die dem Adel und der Geistlichkeit das entschiedenste Übergewicht gaben. Da indes eben dies heftigen Widerspruch erweckte, so trat Goluchowski schon im Dezember zurück, und der deutsch-liberale Zentralist A. von Schmerling wurde an seine Stelle berufen. Nach dem nunmehr erlassenen Februarpatent (26. Februar 1861) sollte der verstärkte Reichsrat in ein Oberhaus und ein Unterhaus zerfallen und aus Delegierten der Einzellandtage gebildet werden; die Befugnisse der letzteren wurden erweitert, den Ungarn ihre alte Verfassung bewilligt, vorbehaltlich ihrer Unterwerfung unter den Reichsrat der Gesamtmonarchie. Kurz nachher, am 8. April, regelte ein kaiserliches Patent die Angelegenheiten der evangelischen Kirche in den deutsch-slawischen Ländern auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und selbständiger Verwaltung (unter dem Oberkirchenrat und der Generalsynode). Doch während nun die Rumänen und Siebenbürger Sachsen wirklich im Reichsrat erschienen, weigerten die Ungarn unter Führung von Franz Deák ebenso dessen Beschiedung wie die Kroaten, Serben und Italiener. Infolgedessen löste die Regierung den ungarischen Landtag auf und stellte im Juli 1861 die sächsische Nationsuniversität im alten Umfange wieder her, nahm auch für die Rumänen die Ausscheidung eines selbständigen Kronlandes in Aussicht, um den ungarischen Staat zu brechen. „Wir können warten“, so lautete Schmerlings Lösung.

Während so Österreich danach rang, seine staatlichen Bedürfnisse mit den neuzeitlichen Ideen zu versöhnen, war in Preußen ein hartnäckiger Kampf zwischen dem historischen Königtume und demokratisierenden Bestrebungen entbrannt, die der ganzen Entwicklung des Staatswesens widersprachen, und wieder erhob sich der Streit wie unter dem Großen Kurfürsten um die Heeresverfassung. Die Mobilisierungen von 1850 und 1859 hatten namentlich insofern schwere Mängel herausgestellt, als die Einberufung der Landwehr Tausende von Familien ihrer Ernährer beraubte und die Kreise und Gemeinden mit Aufbringung der Unterstützungsgelder für jene sehr schwer belastete. Im Bereiche der fünf mobilisierten Armeekorps waren i. J. 1859 nicht weniger als 55 277 Familien zu unterstützen gewesen. Das war die notwendige Folge davon, daß infolge übertriebener Sparsamkeit die Zahl der jährlich eingestellten Rekruten immer noch dieselbe war, wie i. J. 1820 (etwa 40 000), während die Bevölkerung seitdem von 11 Millionen auf 18 Millionen gestiegen war. Demgemäß kamen nur 26 Prozent der waffenpflichtigen jungen Leute wirklich zur Ableistung ihrer Wehrpflicht, die übrigen losten sich frei, die gesetzliche allgemeine Wehrpflicht bestand also tatsächlich gar nicht mehr, und die Dienstzeit war seit 1831 auf zwei Jahre herabgesetzt. Um so schwerer drückte die Last auf die Minderheit, die wirklich diente, da bei der Schwäche der Einientruppen jede Mobilisierung die Landwehr sofort mit betraf, die Dienstpflicht in dieser aber bis in ein Lebensalter reichte, wo die Mehrzahl der Einberufenen längst eine Häuslichkeit gegründet hatte. Die Landwehr I. Aufgebots (bis zum 52. Lebensjahre) bestand zur Hälfte, die des II. Aufgebots (bis zum 59. Lebensjahre) zu fünf Sechsteln aus Familienvätern. Die Friedensstärke belief sich i. J. 1854 nur auf 138 000 Mann, in frank-

Die Heeres-  
reorgani-  
sation in  
Preußen.

reich dagegen auf 400 000 Mann. In Erkenntnis dieser Übelstände befahl der 1859. Prinzregent die Bildung einer Reorganisationskommission, die am 31. Oktober 1859 ihre Tätigkeit begann, und berief am 5. Dezember den jüngsten Generalleutnant seiner Armee, einen ihrer ausgezeichnetsten Offiziere, Albrecht von Roon (geb. 30. April 1803 in Pleushagen bei Kolberg), zum Kriegsminister. So eingehend aber nahm er selbst an dieser schwierigen Arbeit teil, daß er den Entwurf mit Recht als sein „eigenstes Werk“ bezeichnen konnte. Schon in der Thronrede, mit der er am 12. Januar 1860 den Landtag eröffnete, wies er nachdrücklichst auf die grundlegende, außerordentliche Bedeutung der geplanten Umgestaltung hin, und am 10. Februar legte Roon den Gesetzentwurf, begleitet von einer meisterhaften Denkschrift, dem Abgeordnetenhaufe vor. Danach sollten alljährlich 63 000 Rekruten neu eingestellt, die dreijährige aktive Dienstzeit wieder durchgeführt, die Dienstpflicht in der Reserve von zwei auf vier Jahre verlängert, die in der Landwehr I. Aufgebots von sieben auf vier, im II. Aufgebot auf fünf Jahre verkürzt werden. So konnten 117 Bataillone und 72 Schwadronen neu aufgestellt, die Feldarmee auf 81 Regimenter Infanterie, 10 Jägerbataillone und 56 Reiterregimenter gebracht werden, die auf Kriegsfuß etwa 400 000 Mann an Linie und Reserve zählten. Indes die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wurde von der populären Vorliebe für ein „Volksheer“ beherrscht, dem die Landwehr und eine kurze Dienstzeit entsprachen, lehnte daher die Umgestaltung ab. Deshalb begnügte sich die Regierung zunächst damit, nur für die Erhaltung einer „verlängerten Kriegsbereitschaft“ 9½ Millionen Taler auf ein Jahr zu fordern und erhielt dazu durch das Gesetz vom 27. Juni die Zustimmung des Landtages. Inzwischen hatte sie statt der bisherigen 36 Landwehrinfanterieregimenter aus den jüngeren Jahrgängen der Landwehr ebensoviele „kombinierte Regimenter“ und für die Landwehr nur Stämme (Cadres) gebildet, nämlich 12 Bataillonsstämme für die Garde, 104 für die Linie und 12 für die Reiterregimenter. Indem jene am 4. Juli ihre Benennungen erhielten, war die Reorganisation tatsächlich durchgeführt.

Thron-  
besteigung  
König  
Wilhelms.  
1861.

Inzwischen erlosch am 2. Januar 1861 das sieche Leben Friedrich Wilhelms IV., und König Wilhelm I. bestieg den Thron. Seine Ansprache: „An mein Volk“ vom 7. Januar erklärte allen verständlich, daß er die Bedingungen der Macht Preußens „in der Anstrengung aller seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft“ finde. Die Heeresreform betrachtete er als feststehend, verließ deshalb am 18. Januar 1861 den neuen Regimentern ihre Fahnen. Indes der Landtag verkannte noch immer die Notwendigkeit der Reform und die unerschütterliche Festigkeit des königlichen Willens, bewilligte deshalb am 31. Mai die geforderte Summe (8½ Millionen Taler) wieder nur auf ein Jahr und mit Herabsetzung auf 7 800 000 Taler. Gleichzeitig hatte die Regierung, teils um die Mehrkosten aufzubringen, teils um endlich eine gerechtere Verteilung der Steuerlast herbeizuführen, die längstgeplante Grundsteuerreform in Angriff genommen und deren Genehmigung dem widerstrebenden Herrenhaufe durch eine Verstärkung um 18 vom König neuernannte Mitglieder (Pairs-



(schub) am 2. Mai abgenötigt. Drei am 21. Mai veröffentlichte Gesetze verkündeten die Aufhebung aller bisherigen Grundsteuerbefreiungen (mit einigen Ausnahmen), die Entschädigungen für diese, eine allgemeine Gebäudesteuer und die anderweitige Regelung der Grundsteuer nach einem neu aufzustellenden Kataster.

Doch so sicher die große Reform vorschritt, es war ein innerer Widerspruch, daß das Abgeordnetenhaus seine Bewilligung nur auf ein Jahr aussprach und die Regierung darauf dauernde Einrichtungen begründete. Nur ein Kompromiß konnte ihn lösen. Und doch vermochte die Masse der Wählerschaft die Notwendigkeit der Reform noch nicht zu begreifen, sie sah nur die neuen Lasten. Mit geschickter Benützung dieser Stimmung trat kurz nach dem Schlusse des Landtages (5. Juni) die neugebildete „Fortschrittspartei“ am 9. Juni mit einem Aufruf hervor, der die Erhaltung der Landwehr in der alten Weise, die zweijährige Dienstzeit und die äußerste Sparsamkeit in den Heeresausgaben als ihre Ziele bezeichnete. Auch im außerpreussischen Deutschland überwog diese Auffassung, zumal da sich die Abneigung gegen Preußen dort seit dem italienischen Kriege sehr gesteigert hatte. Ein fanatischer Deutschruße, der Student Oskar Becker aus Odessa, unternahm deshalb am 14. Juli 1861 in Baden-Baden sogar einen ruchlosen Mordanschlag auf König Wilhelm, weil er die Einheit Deutschlands hindere, doch streifte die Kugel den Monarchen nur leicht am Halse. Unbeirrt durch das alles vollzog dieser am 18. Oktober in der ehrwürdigen Schlosskirche von Königsberg mit glänzendem Gepränge die Königskrönung und betonte somit der liberalen Auffassung gegenüber aufs bestimmteste sein Königtum von Gottes Gnaden. Aber bei den Neuwahlen am 5. Dezember gewann 1861. die Fortschrittspartei gegen hundert Sitze und beherrschte somit das Abgeordnetenhaus. Ein verworrenen Kampf begann. Blind gegen die unleugbare Tatsache, daß Preußen eine kräftige deutsche Politik eben nur mit einem starken Heere zu führen vermöge, verweigerte die Mehrheit jetzt überhaupt die Kosten für die Heeresreorganisation, forderte also nichts Geringeres als die Auflösung der neuen Regimenter, also die Unterwerfung des königlichen Kriegsherrn unter ihre Beschlüsse. Der König löste deshalb bereits am 11. März 1862 das Abgeordnetenhaus auf und berief das 1862. Ministerium Hohenlohe, das eine mehr konservative Färbung trug (von Jagow Inneres, Graf zur Lippe Justiz, von Mähler Kultus, Graf Jhenplitz Landwirtschaft; aus dem früheren Kabinett blieben von der Heydt, jetzt für die Finanzen, Graf Bernstorff, seit 1861 Minister des Auswärtigen, und Roon). Indes aus den Neuwahlen am 6. Mai ging die Fortschrittspartei verstärkt hervor, und nach heftigem Kampfe strich das Abgeordnetenhaus am 23. September mit 308 gegen 11 Stimmen abermals die gesamten Kosten der Heeresreorganisation.

An demselben Tage trat Bismarck, der seit dem April als Botschafter in Paris gewirkt hatte, auf das Drängen Roons endlich berufen, und mit dem König nach einer langen Unterredung im Parke von Babelsberg vollkommen einig, ins Ministerium ein, am 8. Oktober übernahm er den Vorsitz, fest entschlossen, den Kampf um Preußens Zukunft nach innen und außen durchzufechten bis zum Siege. Ein Aufschrei der Entrüstung begrüßte ihn; keine Schmähung, keine Verleumdung war der liberalen Presse zu stark, um ihn als feudalen Unhold, als beschränkten Land-

Die Königs-  
krönung  
und der  
Konflikt.

Bismarck  
Minister



junker und leichtsinnigen Spieler in den Augen der Wähler herabzusetzen. Daß er sich in den letzten zehn Jahren aus einem Parteimann zum deutschen Staatsmann umgebildet hatte, das ahnte niemand und wollte ihm niemand glauben, auch als er sich allverständlich schon am 30. September in der Sitzung des Budgetausschusses über die letzten Zwecke der Reorganisation aussprach. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, erklärte er, werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen.“ Umsonst, das Abgeordnetenhaus bezeichnete am 7. Oktober die Forterhebung nicht bewilligter Ausgaben als verfassungswidrig, und das Herrenhaus wiederum, in diesem Konflikte die festeste Stütze der Regierung, verwarf am 11. Oktober das ganze also beschnittene Budget. So folgte zwei Tage später der Schluß des Landtages, ohne daß für das Jahr 1863 das verfassungsmäßige Gesetz über den Staatshaushalt hätte vereinbart werden können. Dabei erklärte die Regierung, sie werde laut § 109 der Verfassung den Staatshaushalt auch ohne Bewilligung des Landtages, vorbehaltlich indes seiner späteren Genehmigung, fortführen, weil eben das Staatsleben keinen Augenblick still stehen könne und dürfe. Eine ungeheure Aufregung, geschürt durch die Presse und auf zahlreichen Banketten der Fortschrittspartei, ging durch das Land; das Budgetrecht des Landtages, also die Verfassung selber, so hieß es, sei in Gefahr, ein Staatsstreich stehe bevor. Andererseits bezeugten zahlreiche Loyalitätsdeputationen, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses keineswegs das ganze Volk hinter sich habe. Der König litt persönlich aufs schwerste unter diesem unnatürlichen Kampfe; „ich schlafe keine einzige Nacht“, sagte er dem greisen Beckerath, aber er hielt aus.

Der Konflikt  
auf seiner  
Höhe.  
1863.

Mit der Eröffnung des Landtages am 14. Januar 1863 erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Die vom Abgeordnetenhaus angenommene Adresse aus R. Virchows Feder beschuldigte das Ministerium offen der Verfassungsverletzung und nahm für das Abgeordnetenhaus die alleinige Entscheidung über die Feststellung des Staatshaushaltes in Anspruch, forderte also tatsächlich die Unterwerfung der Staatsgewalt unter seine Mehrheitsbeschlüsse. Mit vollem Rechte erklärte deshalb Bismarck am 27. Januar, daß das Haus damit seine Befugnis überschreite und den Hohenzollern ihre verfassungsmäßigen Regierungsrechte abfordere, und der König lehnte die Annahme der Adresse ab. Noch mehr steigerte sich die Gereiztheit, als die Regierung angesichts des polnischen Aufstandes, der sich in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1863 urplötzlich erhob, die Grenze militärisch besetzen ließ und am 8. Februar in Warschau ein geheimes Abkommen mit Rußland schloß, das den russischen Truppen das Recht gab, unter gewissen Umständen bei Verfolgung von Aufständischen die preußische Grenze zu überschreiten. Das bezeichnete in der Sitzung vom 18. Februar der Abgeordnete Waldeck als einen Schergendienst für Rußland, der jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben müsse. Und doch stieg eben in diesen Wochen ein Bild aus alter großer Zeit zur Eintracht mahnend herauf. Bei der Grundsteinlegung für das Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Lustgarten am 17. März, am Jahrestage des Aufrufs „An mein Volk“, standen 67 Fahnen in Parade, die das Eiserne Kreuz in der Spitze trugen, und gegen 4000 Veteranen der Befreiungskriege, darunter etwa die Hälfte mit dem Eisernen Kreuze geschmückt, zogen unter den

stolzen Klängen des Pariser Einzugsmarsches vor ihrem König und Mitkämpfer vorüber. Doch der Parteihaß verstand die Sprache der Vergangenheit nicht mehr. Auch die neue Heeresvorlage (im Mai), die die Landwehr wieder herstellte, wurde abgelehnt, ebenso wie der Flottengründungsplan. Umsonst boten Bismarck und Roon alle Beredsamkeit auf, das Abgeordnetenhaus konnte sein Mißtrauen gegen „dieses Ministerium“ nicht überwinden und verlangte in seiner Adresse, mit der es die zur Verständigung mahnende königliche Botschaft vom 20. Mai beantwortete, rundweg die Entlassung der Minister. Der König wies diese Forderung als einen Eingriff in seine Rechte scharf zurück und schloß am 27. Mai die Tagung. Um der maß- und sinnlosen Verhetzung des Volkes durch die Presse entgegenzutreten und eine gewisse Beruhigung der Gemüter zu erzielen, stellte eine königliche Verordnung vom 1. Juni 1865 die Tagespresse unter strenge Aufsicht. Doch soweit war es bereits gekommen, daß die üblichen amtlichen Glückwünsche bei den Festtagen des Königshauses vielfach unterblieben, und in diesem selbst mißbilligte der Kronprinz Friedrich Wilhelm unumwunden, am schärfsten in einer Ansprache an den ihn begrüßenden Danziger Magistrat am 5. Juni, die Politik des Ministeriums, was zu einem harten Zusammenstoß mit seinem königlichen Vater und mit Bismarck führte. Es war offenbar: nicht das Wort, sondern nur die Tat konnte den Konflikt lösen.

Und die Stunde zur Tat nahte sich mit raschen Schritten. Die deutsche Politik hatte inzwischen keinen Augenblick geruht, und gerade hier hätte die unerschütterliche Folgerichtigkeit König Wilhelms und Bismarcks jeden darüber belehren können, daß sie große Ziele im Auge hatten. Der verschrieene reaktionäre Junker nahm sich zunächst des kurhessischen Verfassungsrechts kräftig an. Da der Landtag dort unentwegt die am 30. Juni 1860 als endgültig verkündete Verfassung von 1852 zurückwies, so hatten Preußen und Österreich endlich am 8. März 1862 die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 am Bundestage beantragt, und Preußen sandte den General von Willisen nach Kassel, um den Kurfürsten noch vor der Abstimmung zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Dieser wies indes den Abgesandten unhöflich zurück, und nun setzte Preußen das IV. und VII. Armeekorps auf Kriegsfuß, der Bundestag aber nahm am 24. Mai den Antrag der Großmächte an. Da der Kurfürst die nunmehr von ihm anerkannte Verfassung nicht zur Wirksamkeit kommen ließ, so sandte Bismarck durch einen schlichten Feldjäger an ihn eine drohende Note (24. November), die dem nun endlich allem Sträuben ein Ende machte. Ebenso entschieden trat jetzt Preußen für Schleswig-Holstein ein, wo es eine alte Schuld zu sühnen galt. Nachdem Dänemark jahrelang mit allen Mitteln an der Danisierung Schlesiws gearbeitet und dort bei den Deutschen die verhaltene Erbitterung unheilbar gesteigert hatte, erließ es am 2. Oktober 1855 eine Gesamtstaatsverfassung, ohne die auch im Londoner Protokoll gewährte verfassungsmäßige Zusammengehörigkeit Schlesiws und Holsteins zu beachten. Infolgedessen erklärte der Bundestag endlich am 11. Februar 1858, für Holstein und Lauenburg bestünde diese Verfassung nicht zu recht, und da Dänemark in gewohnter Weise sich daran nicht kehrte, so forderte der Bund am 12. August die Zurücknahme jener Verfassung binnen drei Wochen, widrigenfalls er die Exekution verhängen werde. Der Krieg von 1859 drängte dann

Kurhessen  
und  
Schleswig-  
Holstein.

1862.

1863. die Angelegenheit wieder in den Hintergrund. Da verfügte das königlich dänische Patent vom 30. März 1863 die Trennung Schleswigs von Holstein und die Verwandlung Holsteins in eine tributpflichtige Provinz des dänischen Reichs. Auf der Stelle legte Preußen und ihm folgend Österreich in Kopenhagen dagegen Verwahrung ein. Uebermals blieben aber zunächst die Dinge in der Schwebe, denn übermächtig drängte sich die Frage der Bundesreform heran.

Öster-  
reichisch-  
mittel-  
staatliche  
Bundes-  
reform-  
versuche.  
1861.

Am 15. Oktober 1861 bereits hatte Sachsen einen ausgeführten Vorschlag zu einer solchen im Sinne der Trias dem Bundestage unterbreitet (Delegiertenversammlung von 128 Mitgliedern am Bunde; zweimalige jährliche Versammlung der Regierungsvertreter, abwechselnd in Hamburg unter preußischem, in Regensburg unter österreichischem Vorsitz; für die ausführende Gewalt ein Direktorium aus Österreich, Preußen und einem dritten, von den sämtlichen übrigen Bundesstaaten bevollmächtigten Fürsten; Bundesschiedsgericht). Doch dieses dürftige „Delegiertenprojekt“ fand weder bei der öffentlichen Meinung Beifall noch bei Österreich und Preußen. Das erstere erklärte am 15. November offen, an der ganzen Bundesreform nur insoweit ein Interesse zu haben, als sie ihm den gesamten Besitzstand verbürge, und der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, bezeichnete in seiner Note vom 5. November als die einzige, die nationalen Bedürfnisse befriedigende Bundesreform die Gründung eines engeren Bundes, einer „Union“, unter Preußen, wogegen Österreich und die Mittelstaaten sich entschieden verwahrten. Doch das Delegiertenprojekt fiel am 20. Dezember. Trotzdem brachten nun eben jene Staaten am 1862. 14. August 1862 den Antrag auf Berufung einer Delegiertenversammlung zur Beratung einer deutschen Zivilprozeßordnung und eines Obligationsrechts ein, ohne daß sich Österreich zuvor mit Preußen darüber verständigt hätte. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen trat zu Ende Oktober der großdeutsche Reformverein unter dem Freiherrn von Lerchenfeld ins Leben. Das gab jedoch Bismarck Veranlassung, dem österreichischen Botschafter in Berlin, dem Grafen Karolyi, offen zu erklären, Österreich müsse seinen beherrschenden Einfluß auf die deutschen Staaten aufgeben und seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen, wenn es nicht über kurz oder lang Preußen sich gegenüber sehen wolle. Die Annahme des österreichisch-mittelstaatlichen Antrags aber werde Preußen als eine Kündigung des Bundesvertrages betrachten und demnach seinen Gesandten aus Frankfurt abberufen. So fiel der Antrag am 22. Januar 1863 mit neun gegen sieben Stimmen. Dabei gab der preußische Gesandte die Erklärung ab, daß die deutsche Nation nur in einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die Bundesangelegenheiten finden könne.

Der fürstentag von  
Frankfurt.

Offen rief also Preußen zu einer nationalen Bundesreform auf, aber seine Stimme verhallte noch ungehört. Denn dasselbe giftige Mißtrauen gegen Bismarck, das in Preußen jede Verständigung verhinderte, beherrschte auch im übrigen Deutschland ganz überwiegend die Stimmung der Liberalen, und so wenig verstand selbst der Nationalverein die Zeichen der Zeit, daß er angesichts der wachsenden Feindseligkeit gegen Preußen am 13. Mai 1863 die Frage, ob Preußen an die Spitze des Deutschen Bundesstaates treten sollte, als eine offene bezeichnete, also auf

jedes klare Ziel verzichtete. Diese Sachlage benützte Österreich auf Anregung der großdeutschen Partei zu einem kühnen Schachzuge, zu dem Versuche, durch Mehrheitsbeschlüsse ohne Preußen und gegen Preußen die Bundesreform in seinem Sinne herbeizuführen. Als sich König Wilhelm zur Kur in Gastein aufhielt, ersuchte ihn Kaiser Franz Joseph am 2. August persönlich, auf einem Fürstentag zu erscheinen, den er für den 16. August nach Frankfurt a. M. zu berufen gedachte, um einen Reformvorschlag zu beraten. Bestimmt betonte der König, daß einem solchen Ministerkonferenz vorausgehen müßten, der Zeitpunkt also bis zum 1. Oktober hinauszuschieben sei. Trotzdem überraschte ihn eine Stunde nach der Abreise des Kaisers die amtliche österreichische Einladung nach Frankfurt, die unter demselben Tage (31. Juli) an sämtliche Bundesfürsten und freien Städte abgefertigt wurde. Der König lehnte deshalb seine Teilnahme aufs bestimmteste ab. Inzwischen ging die Erregung durch ganz Deutschland in hohen Wogen. Das dritte deutsche Turnfest in Leipzig (3. bis 6. August), das großartigste und schönste nationale Volksfest dieser Jahre, gestaltete sich unter diesen Umständen zu einer machtvollen Kundgebung des nationalen Geistes, der sich freilich ganz überwiegend gegen Preußen aussprach. In Frankfurt aber schienen sich die glänzendsten Tage des alten Reiches zu erneuern, als Deutschlands hoher Adel, umgeben von allem Prunk seiner Würde, sich um Kaiser Franz Joseph scharte, um Deutschlands Geschichte in neue Bahnen zu leiten. Nur zwei der Fürsten fehlten, aber der eine von ihnen war der König von Preußen, und nur schlecht verbarg die schimmernde Außenseite der Feste und Bankette, des Feuerwerks und der Straßen im schwarz-rotgoldenen Flaggenschmuck den schweren Ernst, die tatsächliche Hoffnungslosigkeit der Lage. Der Vorschlag des Kaisers, die hohe Versammlung möge seinen Entwurf (Bundesdirektorium aus fünf Fürsten, Bundesrat von 21 Stimmen, beide unter Österreichs Vorsitz, Delegiertenversammlung von 300 Mitgliedern, Fürstenversammlung, Bundesgericht, einheitliche Vertretung nach außen, bessere Organisation des Bundesheeres unter Leitung des Direktoriums) im ganzen annehmen, scheiterte an dem festen Widerspruche des Großherzogs Friedrich von Baden. Man trat also in die Beratung der einzelnen Paragraphen ein, konnte sich aber schon über die Frage des Vorsitzes im Bundesdirektorium, nicht einigen. Ebenso wenig gelang es dem König Johann von Sachsen, der im Auftrage der Versammlung am 19. August nach Baden-Baden zu König Wilhelm ging, diesen ihm nahe befreundeten Fürsten nachträglich noch zum Erscheinen zu bestimmen. Die Schlusserklärung vom 1. September betonte nun zwar, daß man sich über alle Hauptpunkte geeinigt habe, aber feste Verpflichtungen waren die Fürsten nicht eingegangen, und Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Luxemburg, Waldeck und Reuß j. L. hatten überhaupt gegen den Entwurf gestimmt. Der Beweis war erbracht, daß eine Bundesreform ohne Preußen unmöglich sei. Eine preussische Note vom 22. September bezeichnete als Hauptpunkte einer solchen die Gleichberechtigung Preußens und Österreichs in der Leitung des Bundes, ein Vetorecht der beiden Großmächte gegen jeden Krieg, der nicht die Verteidigung des Bundesgebietes bezwecke, und eine Volksvertretung aus direkten Wahlen. Auch der Nationalverein



sprach sich nachträglich gegen den österreichischen Reformplan aus, und die Aufforderung Österreichs, nun doch die frankfurter Vereinbarungen auch ohne Preußen durchzuführen, wurde von den Regierungen abgelehnt.

Die Erneuerung  
des Zoll-  
vereins.

Während somit am Widerspruche Preußens ein Werk scheiterte, das niemals den Bedürfnissen der Nation genügen konnte, und die großartige fünfzigjährige Gedenkfeier der Leipziger Schlacht im Oktober überall die Verdienste Preußens um die Befreiung des Vaterlandes ins Gedächtnis zurückrief, behauptete Preußen abermals den Bestand des Zollvereins, die festeste Grundlage seiner deutschen Stellung, gegen alle Versuche, ihn zu lockern oder zu sprengen. Schon am 29. März 1862 hatte es mit Frankreich einen Handelsvertrag abgeschlossen, der, entsprechend dem mächtig sich hervordrängenden Freihandelsprinzip, die Zollsätze wesentlich erniedrigte. Sachsen trat schon im Mai desselben Jahres bei, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau lehnten dagegen ihre Zustimmung ab, und Österreich benützte diesen Zwiespalt, um abermals mit dem Plane eines österreichisch-deutschen Zollvereins hervorzutreten, der auch seine politische Stellung in Deutschland gekräftigt hätte. Preußen aber betrachtete jene Ablehnung als eine Weigerung, den Zollverein fortzusetzen und kündigte daher am 17. Dezember 1862 die Zollvereinsverträge. Das nötigte die widerstrebenden Staaten zur Nachgiebigkeit. Nach längeren Verhandlungen wurde der Zollverein am 1. Oktober 1864 auf weitere zwölf Jahre erneuert und der Handelsvertrag mit Frankreich allgemein 1865. angenommen. Mit Österreich kam ein solcher am 11. April 1865 zustande. In denselben Jahren erfuhren die Zölle auf Rhein, Main und Neckar eine weitere Ermäßigung, auch die Elbzölle wurden vom 1. Juli 1863 ab herabgesetzt und am oberen Teile des Stromlaufes ganz aufgehoben.

Die  
schleswig-  
holsteinische  
Verwicklung.

So stand der preußische Zollverein wieder fest, und die österreichisch-mittelstaatlichen Bundesreformversuche waren gescheitert, als die schleswig-holsteinische Frage endlich die Kugel unaufhaltsam ins Rollen brachte. Noch am 26. August 1863. 1863 hatte die dänische Regierung jedes Eingehen auf den Standpunkt des Bundestages abgelehnt, weil sie auf die Hilfe Englands zählen zu dürfen glaubte, und wirklich hielt es Lord Russell für zweckmäßig, am 29. September den Bundestag „ernstlich“ abzumahnern. Doch dieser beschloß am 1. Oktober die Exekution gegen den Herzog von Holstein und wies am 22. Oktober jene englische Note als eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten entschieden zurück. Da endete mit dem Tode König Friedrichs VII. am 15. November 1863 auf Schloß Glücksburg bei Flensburg die Linie des Herrscherhauses, die bisher mit unzweifelhaftem Rechte über Dänemark und Schleswig-Holstein regiert hatte, und den Thron bestieg Christian IX. von Glücksburg, dessen Erbrecht in den Herzogtümern lediglich auf dem Londoner Protokoll beruhte. Trotzdem unterzeichnete er, gedrängt von dem eiderdänischen Ministerium Hall und einer mächtigen Volksbewegung, am 18. November die neue Gesamtstaatsverfassung vom 15. November und vollzog damit die vertragswidrige Einverleibung Schlesiens in Dänemark. Seit langen Jahren hatte Deutschland keine so tiefgehende und allgemeine Aufregung erlebt, wie in diesen Wintermonaten; es war, als ob alles fühlte, daß an dieser schleswig-

holsteinischen Sache das Schicksal Deutschlands hänge. Doch das Mißtrauen gegen die preußische Politik führte die ungeheure Mehrheit zu der Anschauung, die Lösung der Herzogtümer von Dänemark sei nur zu erreichen, wenn der Sohn Christian Augusts von Augustenburg, Friedrich (VIII.), zum Herzog erhoben werde, zumal da der Verzicht des Vaters von seinem Hause nicht anerkannt worden, also nicht rechtsgültig sei. Dagegen wollte Preußen zunächst an dem Londoner Protokoll festhalten, um durch solche Vertragstreue jeden Widerspruch des mißgünstigen Auslandes zu entwaffnen. Das Abgeordnetenhaus seinerseits stellte sich kurzfristig auf den populären Standpunkt, versicherte nochmals in seiner Adresse vom 18. Dezember das Ministerium seines tiefen Mißtrauens und wies die geforderte Anleihe für Rüstungszwecke (12 Millionen Taler) am 22. Januar 1864 mit überwältigender Mehrheit zurück. So ging Preußen in den Kampf, während der vollste Zwiespalt zwischen der Regierung und einem Teil der Volksvertretung bestand. Inzwischen hatte nämlich der Bundestag am 7. Dezember 1863 den Einmarsch in Holstein beschlossen, und am 24. Dezember rückten 12000 Sachsen und Hannoveraner unter dem königlich sächsischen General von Hake ins Land, gestützt auf eine ebenso starke preußisch-österreichische Reserve, die bei Lübeck und Altona Aufstellung nahm. Die Dänen räumten Holstein ohne Widerstand, zwei Zivilkommissare des Bundes übernahmen in dessen Auftrage die Landesverwaltung, und eine von Tausenden besuchte Volksversammlung rief am 27. Dezember in Elmshorn Friedrich (VIII.) zum Herzog aus, der nun auch persönlich, obwohl als Privatmann in Kiel erschien und hier sogar eine Art von Ministerium bildete. Soweit war der Bundestag einmütig vorgegangen. Nun aber schlugen Preußen und Österreich am 28. Dezember vor, auch Schleswig als Pfand für die Erfüllung der deutschen Forderungen in Besitz zu nehmen, um dadurch die Aufhebung der Novemberverfassung zu erzwingen. Diesen Antrag lehnte indes die Mehrheit am 14. Januar 1864 ab, weil sie es unter Verkenennung der schwierigen europäischen Lage für das Richtige hielt, mit Beiseiteschiebung des Londoner Protokolls Friedrich (VIII.) zunächst als Herzog von Holstein anzuerkennen und ihm dann zur Eroberung Schleswigs den bundesmäßigen Beistand zu leisten. Da gelang es Bismarck, gegen diesen Versuch, die beiden Großmächte in einer Frage von europäischem Charakter den Mehrheitsbeschlüssen der Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen, Österreich (Graf Rechberg) zu dem Abkommen vom 16. Januar zu bestimmen. Beide erklärten demgemäß am Bundestage, daß sie jetzt als europäische Mächte die Sache selbständig in die Hand nehmen würden, verständigten sich zugleich darüber, die Erbfolgefrage nur gemeinsam zu entscheiden, und forderten an demselben Tage in Kopenhagen die Zurücknahme der Novemberverfassung binnen achtundvierzig Stunden. Dänemark wies dieses Ultimatum am 18. Januar zurück, und so fuhr das deutsche Schwert endlich aus der Scheide.

Jetzt bewährte sich die preußische Heeresorganisation zum erstenmale. Drei Divisionen, je eine von der Garde, vom III. (die 6.) und VII. Armee-corps (die 13.), zusammen 37000 Mann mit 110 Geschützen, worunter nur etwa 5000 Landwehrlente, rückten unter Prinz Friedrich Karl, dem Neffen des Königs (geb. 20. März

Der  
dänische  
Krieg  
bis zum  
Waffen-  
stillstande.

1828), ins Feld, ihnen zur Seite unter General L. von Gablenz 23000 Österreicher mit 56 Geschützen, über die zuvor König Wilhelm unter den Linden in Berlin die Parade abgenommen hatte. Den Oberbefehl führte der greise Generalfeldmarschall von Wrangel. Die Dänen hatten mit Anspannung aller Kräfte fast 60000 Mann aufgebracht, von denen 36000 Mann unter de Meza die verstärkten und streckenweise durch Überschwemmungen gedeckten alten Schanzen des Danewirke und die Schleilinie (von Hollingstedt bis Miffunde) besetzt hielten, eine für ihre Kräfte viel zu ausgedehnte Stellung von vier Meilen Länge. Zur See behaupteten sie zweifellos die Überlegenheit, denn allein auf der Ostsee verfügten sie über 18 größere Kriegsschiffe, darunter ein Linienschiff und vier schwere Fregatten, während Preußen ihnen zunächst nur zwei gedeckte und eine Glatdeckkorvette nebst einer Anzahl Schraubenkanonenbooten entgegenstellen konnte, und diese waren teilweise mit ganz ungeübten Mannschaften besetzt. Die Dänen konnten sonach mit ihrer Flotte wohl ihre Inseln schützen und die deutsche Küste blockieren, nicht jedoch das Vordringen eines starken Feindes auf dem Festlande hindern. Demgemäß riet der geniale preussische Generalstabschef Hellmuth von Moltke (geb. 26. Oktober 1800 in Parchim), durch einen Frontangriff und eine gleichzeitige Umgehungsbewegung das dänische Heer zum Aufgeben der Danewirkestellung zu zwingen und es beim Rückzuge von Düppel und Alsen abzuschneiden, also zu vernichten. Dann wäre Dänemark kampfunfähig und der Krieg zu Ende gewesen.

Das Danewirke und Düppel.

Nach diesem Plane verfuhr Wrangel, doch die Durchführung gelang nur unvollständig. Am 1. Februar überschritten die Verbündeten die Eider, von Rendsburg aus die Österreicher, von Kiel her die Preußen. Diese nahmen noch an demselben Tage Eckernförde nach kurzem Feuergefecht mit einigen in der Bucht liegenden dänischen Kriegsschiffen und versuchten am 2. Februar bei Miffunde, an der schmalsten Stelle der Schlei, den Übergang zu erzwingen, mußten aber nach heftigem Geschützkampfe davon abstehen. Am nächsten Tage warfen die Österreicher der „eisernen Brigade“ Gondrecourt die Dänen im blutigen Kampfe bei Jagel und Oberself auf Schleswig zurück, und als in der Nacht vom 4. zum 5. Februar Prinz Friedrich Karl die Preußen weit im Osten bei Arnis und Kappeln ungehindert über die Schlei geführt, also die dänische Aufstellung völlig überflügelt hatte, da räumten die Dänen unter Hinterlassung eines ungeheuren Geschützmaterials das Danewirke und gingen eilfertig auf Flensburg zurück. Doch gelang es nicht, sie von Düppel abzuschneiden, da das Glatteis eine scharfe Verfolgung hinderte und bei Oeversee südlich von Flensburg das 1. dänische (Kopenhagener) Regiment den Rückzug der Hauptmasse gegen die Österreicher heldenmütig deckte. Am 7. Februar zogen die Verbündeten in Flensburg ein. Nun drangen die preussischen Gardes und hinter ihnen die Österreicher nordwärts nach Jütland vor und erreichten nach dem Siege der letzteren bei Veile am 8. März den Limfjord. Die Hauptmasse der Preußen dagegen übernahm die Einschließung und Belagerung der (zehn) Düppeler Schanzen, die sich über das südöstliche Ende des Sundewitts vom Alsenfunde im Nordosten bis zur Flensburger Förde (Wenningbund) im Süden als eine zusammenhängende Linie von etwa 3 Kilometer Länge hinzogen und sich auf das ebenfalls

befestigte Sonderburg jenseits des Allensfundes lehnten. Nur unter fortwährenden blutigen Gefechten gelang es den Preußen, allmählich so nahe heranzukommen, daß sie am 30. März die eigentlichen Belagerungsarbeiten mit der Aushebung der ersten Parallele gegenüber der südlichen Hälfte der Schanzlinie rechts von der Straße Flensburg-Sonderburg beginnen konnten. Am 7. April eröffneten sie die Beschießung, und zum erstenmale bewährten die neuen gezogenen preußischen Belagerungsgeschütze ihre furchtbare Treffsicherheit auf bisher unerhörte Entfernungen hin (bis 5 Kilometer). Auch mit dem gefürchteten feindlichen Panzerschiff „Kolf Krake“ nahmen sie den Kampf siegreich auf, und die angeblich bombenfesten Blockhäuser in den dänischen Schanzen schossen sie zu Splintern. Schon für den 18. April konnte daher der Sturm festgesetzt werden. Nach siebenstündiger, furchtbarer Beschießung brachen mit dem Glockenschlage 10 Uhr die preußischen Sturmkolonnen aus den Laufgräben hervor und nahmen unter den Augen des Kronprinzen in unwiderstehlichem Ansturm binnen zwanzig Minuten die sechs südlichen Schanzen, dann nach heißem Kampfe auch die noch rückwärts liegenden Stellungen und die weithin sichtbare Düppelmühle. Mit einem Verluste von 5000 Mann, meist Gefangenen, 118 Geschützen und 45 Bataillonsfahnen wurden die Dänen nach Allsen zurückgeworfen. Den Siegern, die 16000 Mann ins Gefecht geführt hatten, kostete der Tag 71 Offiziere und 1130 Mann. Wie ein frischer Windstoß fuhr diese Kunde durch die Stickluft des heimischen Konflikts. König Wilhelm aber eilte nach dem Norden und nahm, unterwegs vom schleswigschen Volke überall mit hellem Jubel begrüßt, am 21. April die Parade ab über seine Düppelstürmer, die im Feldanzuge, Eichenzweige an der Mütze, die flatternden Danebrogfahnen über sich, leuchtenden Auges an ihrem Kriegsherrn vorübermarschierten. Am 28. April räumten die Dänen auch Fredericia vor den Österreichern. Das schleswigsche und dänische Festland war bis auf den nördlichsten Teil erobert.

Auch auf der See wurde den Dänen mutvoll begegnet. Am 17. März nahm Kapitän Jachmann bei Rügen auf der Höhe von Arkona mit nur drei preußischen Schiffen („Arkona“, „Nymphe“, „Grille“) den Kampf gegen ein weitüberlegenes dänisches Blockadegeschwader tapfer auf, und am 9. Mai lieferte der österreichische Kapitän Wilhelm von Tegethoff mit zwei österreichischen Fregatten („Schwarzenberg“ und „Radeky“) und einigen kleineren preußischen Kriegsfahrzeugen den Dänen auf der Höhe von Helgoland ein scharfes Gefecht, das die Blockade der Elbe und Weser brach.

In seiner Not hatte Dänemark schon am 6. Februar die Hilfe Englands angerufen, und wäre es nach dem Willen der Parlamentsmehrheit und des Premierministers Lord Palmerston gegangen, der sich um jeden Preis gegen die Tories unter Disraeli behaupten wollte, so wäre England im Bunde mit Frankreich und Rußland für Dänemark eingetreten und der Weltkrieg wäre entfesselt gewesen. Aber Napoleon III. lehnte die englische Aufforderung ebenso ab wie der Zar Alexander, und so mußte auch England „mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns“ seinen dänischen Schützling preisgeben. Dafür versuchte es durch Verhandlungen ihm Beistand zu leisten. Es gelang ihm auf den Londoner Konferenzen (seit 25. April) zunächst einen Waffenstillstand vom 12. Mai an unter Aufhebung der dänischen Blockade zustande zu bringen. Inzwischen sollte in London über einen Ausgleich

Seegegefechte.

Der Waffenstillstand und das Ende des dänischen Krieges.



verhandelt werden. Hier aber erklärte jetzt Preußen im Einvernehmen mit Österreich, Dänemark habe das Londoner Protokoll selbst zerrissen, und Freiherr v. Beust, der Bevollmächtigte des Deutschen Bundes, versicherte, niemals werde Deutschland in die Wiedervereinigung der Herzogtümer mit Dänemark willigen. Dadurch wesentlich unterstützt, forderten die beiden Großmächte jetzt die Trennung der Länder von Dänemark. Doch dieses blieb hartnäckig, und da auch der englische Vermittlungsvorschlag, Schleswig zu teilen, keinen Anklang fand, so endeten die Konferenzen am 25. Juni ohne Ergebnis. Deutschland atmete auf, jetzt blieb den Waffen das letzte Wort.

In der dämmernden Morgenfrühe des 29. Juni setzten die Preußen unter Herwarth von Bittenfeld in Booten über den hier 800 Schritt breiten Alsensund, landeten unter dem Feuer des Feindes und zwangen nach heißem Kampfe die Dänen zum Abzuge nach Fünen. Nur die Schwäche der preussischen Flotte hinderte die Sieger, sie auch dorthin, wie geplant war, zu verfolgen. Die Österreicher drangen am 12. Juli bis Kap Skagen vor, und steierische Jäger befreiten mit Hilfe einer preussischen Flotille auch die nordfriesischen Inseln von der Willkürherrschaft des 1864. dänischen Kapitäns Hammer (19. Juli). Da endlich trat Monrad zurück, und das Ministerium Bluhme bat am 12. Juli um Frieden. Schon am 1. August kam der Vorfriede zu stande, der endgültige Friede wurde erst am 30. Oktober in Wien abgeschlossen, indem der König von Dänemark alle seine Rechte auf Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich abtrat.

Abzug der  
Bundes-  
truppen.

Obwohl nunmehr die Bundesexekution in Holstein tatsächlich gegenstandslos geworden war, so blieben doch die sächsischen und hannoverschen Truppen noch im Lande, bis Preußen durch eine überlegene Nachtentsaltung die Räumung von Rendsburg erzwang und auf den Antrag der beiden Großmächte, dem die Zusammenziehung preussischer Truppen bei Minden und Torgau Nachdruck gab, ein Bundesbeschluß am 5. Dezember die Rückkehr der Truppen verfügte. So tief fühlte man sich darüber in Dresden verletzt, daß die sächsische Regierung ihr Kontingent auf dem weiten Umwege durch Hannover, Kurhessen und Bayern heimkehren ließ, um „Kollisionen“ auf preussischem Gebiete zu vermeiden, und berechtigt war gewiß die Verstimmung über die klägliche Rolle, zu welcher der Versuch der Mittelstaaten, ein selbstständige auswärtige Politik zu treiben, diese wackeren Truppenverurteilt hatte.

Zunehmende  
Spannung  
zwischen  
Preußen  
und  
Österreich.

Doch so viele sich auch durch solche Betrachtungen die Freude an dem Erreichten vergällen ließen, die deutsche Politik hatte doch ihren glänzendsten Erfolg seit 1815 errungen, die Schmach von 1851 war gesühnt, und die preussische Heeresorganisation hatte sich bewährt. Dies betonte auch voll berechtigten Stolzes die 1865. preussische Thronrede am 15. Januar 1865, doch sie gab auch dem Wunsche nach Versöhnung beredten Ausdruck und sie konnte darauf hinweisen, daß ohne Vermehrung der Steuerlast und trotz des Krieges sich für d. J. 1865 eine Mehreinnahme von über 7 Millionen Talern meist aus den Domänen und Regalien ergebe. Trotzdem vermochten die trefflichen Reden Roons, denen sachlich gar nichts entgegengehalten wurde, nicht zu hindern, daß das Abgeordnetenhaus am 8. Mai abermals die Kosten für die Heeresorganisation strich, auch den Flottengründungsplan verwarf,

für den Bismarck am 1. Juni eintrat, und selbst einen Antrag auf Unterstützung der preussischen Regierungspolitik in Schleswig-Holstein ablehnte. Unzweifelhaft ging nun diese Politik damals und die Absicht Bismarcks von Anfang an auf die Annexion der Herzogtümer oder mindestens auf ihren engsten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Anschluß an Preußen aus, wie ihn der Kronprinz Friedrich schon am 26. Februar 1864 im Einvernehmen mit dem ihm befreundeten Prinzen von Augustenburg näher formuliert hatte; der König wollte eine Annexion selbst damals noch nicht, er erklärte noch am 22. August in Schönbrunn dem Kaiser Franz Joseph, er habe kein Recht auf die Herzogtümer. Erst als der Prinz, bestimmt von der Hoffnung auf den Beistand Österreichs und der Mittelstaaten, in einer dreistündigen Unterredung mit Bismarck in Berlin am Abend des 1. Juni sich nicht zu der Annahme jener Bedingungen entschloß, gab der Minister ihn auf, und wußte auch den König schließlich für die Annexion zu gewinnen, nachdem ein Gutachten der preussischen Kronjuristen den Satz verfochten hatte, daß hier das privalfürstliche Erbrecht des Augustenburger dem europäischen Recht des Londoner Protokolls zu weichen habe, Preußen und Österreich also die rechtmäßigen Besitzer der Herzogtümer seien. Nun bezeichnete Bismarck in einer Depesche nach Wien vom 22. Februar 1865 die Bedingungen, unter denen Preußen sich dazu verstehen könne, seine durch Eroberung erworbenen Rechte an Schleswig-Holstein auf einen selbständigen Herzog zu übertragen. Es waren dieselben Grundsätze, nach denen sich nachmals im wesentlichen das Verhältnis Preußens zu den Staaten des Norddeutschen Bundes geregelt hat: unauflösliches Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und den Herzogtümern, Einverleibung der schleswig-holsteinischen Wehrkraft in die preussische Armee und Flotte, Abtretung von Friedrichsort, Sonderburg und Düppel sowie der Mündungsstellen des geplanten Nordostseekanals, Einrichtung von Kiel als Bundeskriegshafen, von Rendsburg als Bundesfestung, Eintritt des Landes in den Zollverein, Übergabe des Post- und Telegraphenwesens an Preußen. Doch auch Österreich lehnte diese „februarbedingungen“ rundweg ab und förderte seitdem unter der Hand die vollstündliche Bewegung für die Einsetzung des Herzogs Friedrich. Denn Österreich selbst hatte an der Behauptung seiner Rechte auf die Herzogtümer kein Interesse und hätte sie zu gunsten Preußens aufgegeben, wenn dieses ihm eine Vergrößerung in Schlesien gestattet hätte. Da Preußen jeden Gedanken daran zurückwies, so verschwand die Aussicht auf eine friedliche Verständigung. Der letzte, sehr ernstgemeinte Versuch, gemeinsam mit Österreich den Deutschen Bund zu leiten, den Bismarck mit dem Abkommen vom 16. Januar 1864 gemacht hatte, war gescheitert. Die Unterhandlungen mit Österreich sind zu Ende, erklärte er am 8. März.

In Wien hatte nämlich mit dem Rücktritte des Grafen Rechberg, der ganz gern mit Preußen gegangen wäre, und dem Amtsantritt des Grafen Mensdorff-Pouilly oder vielmehr des Grafen Moritz Esterhazy, der ihn lenkte, am 27. Oktober 1864 wieder die Partei das Staatsruder ergriffen, die von der Hoffnung nicht lassen wollte, Preußen der Mehrheit des Bundestages zu unterwerfen. Und doch vermochte der Kaiserstaat selbst durchaus zu keiner inneren Festigung zu gelangen. Ganz abgesehen von der fortgesetzten Aufregung in Venedig, Triest und Wälschtirol

Österreichische Verfassungswirren.

schmolz der Reichsrat immer mehr zusammen, da seit 1863 auch die tschechischen und teilweise selbst die galizischen Abgeordneten wegblieben. Da entließ der Kaiser nach langer schwerer Ministerkrisis (Juni und Juli 1865) Schmerling und legte die Leitung des Reiches ganz und gar in die Hände des Führers der föderalistisch-aristokratischen Partei, des Grafen Belcredi (Dreigrafenministerium). Als Hauptziel erschien jetzt der Ausgleich mit Ungarn. Deshalb „siftierte“ ein kaiserliches Manifest vom 20. September 1865 die Februarverfassung bis zum Vollzuge des Ausgleichs mit Ungarn und Kroatien; der Kaiser selbst eröffnete am 14. Dezember zum erstenmale den ungarischen Landtag und stellte am 29. Dezember einer Abordnung des böhmischen Adels seine Krönung als König von Böhmen in Aussicht. Der deutsch-liberale Zentralismus war aufgegeben.

Die Kon-  
vention von  
Gastein.

In dieser höchst schwierigen Lage sah sich Österreich der sicher und folgerichtig vorschreitenden preussischen Politik gegenüber. Im März 1865 wurde die preussische Marinestation von Danzig nach Kiel verlegt, und als Bismarck im Sommer den König nach Gastein begleitete, beschloß ein Ministerrat zu Regensburg am 21. Juli, es um den Besitz Schleswig-Holsteins auf einen Krieg ankommen zu lassen. Zwei Tage später in Salzburg erklärte Bismarck dem bayrischen Minister v. d. Pfordten, der Krieg zwischen Preußen und Österreich sei unvermeidlich und wahrscheinlich ganz nahe. Dennoch wurde er noch vermieden, denn König Wilhelm wollte nicht angreifen, und Österreichs drängende Finanznot verbot dem Kaiserstaate den Krieg. So kam am 14. August zur Überraschung aller Welt die Konvention von Gastein zwischen Bismarck und Graf Blome zustande. Österreich trat seine Rechte auf Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen dänischen Talern (zu 4,50 Mark) an Preußen ab, die Verwaltung Schleswigs mit Kiel übernahm Preußen (Edwin von Manteuffel), diejenige Holsteins Österreich (General von Gablenz), vorbehaltlich der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogtümer. Am 15. September erhob König Wilhelm seinen erfolgreichen Minister in den Grafenstand.

Napo-  
leons III.  
Träume.

In der klaren Erkenntnis, daß dieses Abkommen die Lösung der Streitfrage nur vertage, aber nicht herbeiführe, bereitete Bismarck die Entscheidung kühn und umsichtig vor. Des Verhältnisses zu Rußland war er sicher. Napoleon III. aber hatte sich seit 1862, als die Vereinigten Staaten durch die Bildung der Konföderation zerrissen und im Bürgerkriege (1861—65) sich zersplitterten, in das mexikanische Abenteuer eingelassen, um dort ein „lateinisches Kaisertum“ unter französischem Schutze aufzurichten, und hatte im Juni 1864 den Erzherzog Maximilian bestimmt, diese Krone anzunehmen. Aber die unaufhörlichen Kämpfe mit der republikanischen Nationalpartei unter Juarez erschöpften Frankreichs Geld- und Menschenkraft ohne jeden Gewinn, und der Sieg der Nordstaaten im Sommer 1865 entzog dem ganzen Unternehmen jede Aussicht auf Erfolg. So war der Kaiser halb gezwungen, gegenüber dem heraufsteigenden Entscheidungskampfe in Mitteleuropa Neutralität zu beobachten, und davon überzeugte sich Bismarck bei einer persönlichen Besprechung mit Napoleon im Seebad Biarritz (September). Aber allerdings gedachte Napoleon diesen Kampf auszubeuten, um das murrende französische Volk durch eine Gebiets-erwerbung am Rheine zu beschwichtigen und sein an Italien verpfändetes Wort

„frei bis zur Adria“ endlich einzulösen. Er hoffte zugleich Italien durch die Erwerbung Veneziens von dem Gedanken, Rom zu gewinnen, abzubringen, da er den Kirchenstaat den Italienern nicht preisgeben durfte, ohne die ihm unentbehrliche französische Geistlichkeit aufs schwerste zu verletzen. Daher hatte er gemäß der Septemberkonvention 1864 zwar die französischen Truppen aus Rom zurückgezogen, aber die italienische Regierung zum Verzicht auf Rom und sogar zum Schutze des Kirchenstaates gegen die Angriffe der italienischen Revolutionspartei verpflichtet. Venezien glaubte er nun von Österreich durch Kauf oder Austausch gegen die rumänischen Donaufürstentümer erwerben zu können. Da Österreich beides ablehnte, so förderte er den Doppelkrieg Italiens und Preußens gegen Österreich. Denn er zweifelte so wenig wie damals alle Welt an der gewaltigen Überlegenheit der österreichischen Armee und hatte nur Sorge vor einem zu durchschlagenden Siege Österreichs, der diesem die Vorherrschaft über ganz Mitteleuropa verschaffen könnte. Er wünschte also ein langes, mörderisches Ringen, das ihm gestattete, als Vermittler den erschöpften Gegnern seine Bedingungen vorzuschreiben, so daß Preußen gegen Schleswig-Holstein etwa Schlesien an Österreich überlasse, dieses Venezien an Italien abtrete und das linke Rheinufer in kleine Staaten aufgelöst würde oder an Frankreich falle.

Von allen diesen Voraussetzungen traf schließlich nicht eine zu. Nachdem eine ausführliche Vorstellung Bismarcks vom 26. Januar 1866 über die Duldung der augustinburgischen Agitation in Holstein in Wien ohne Erfolg geblieben war, beschloß am 28. Februar 1866 der preußische Ministerrat, gegen die Stimme des Kronprinzen, um Schleswig-Holstein den Krieg aufzunehmen, zugleich aber die Bundesreform in die Hand zu nehmen. Die Anknüpfung mit Italien, das nach der Vollendung der nationalen Einheit strebte, lag dann in der Natur der Dinge. Am 8. März erschien der italienische General Govone unter einem harmlosen Vorwande in Berlin, am 8. April wurde das preußisch-italienische Bündnis unterzeichnet. Italien verpflichtete sich den Krieg zu beginnen, falls Preußen binnen drei Monaten wegen Schleswig-Holsteins oder der Frage der Bundesreform mit Österreich in Kampf gerate, und weder Waffenstillstand noch Frieden ohne Preußen zu schließen, wogegen dieses ihm die Erwerbung Veneziens verbürgte. Inzwischen hatten Österreich und das äußerst gefährdete Sachsen schon im März ihre Rüstungen begonnen, und jenes richtete am 16. März an die ihm befreundeten deutschen Höfe die vertrauliche Anfrage, inwieweit es bei einem Bruche mit Preußen auf sie zählen könne; eine ähnliche erging am 24. März von Preußen. Die Antworten auf beide lauteten entweder ausweichend oder sie blieben ganz aus. Da stellte Preußen am 9. April am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, das einen von den Regierungen vorher genehmigten Entwurf zu einer Bundesreform beraten sollte. Wohl nahm es nun am 21. April den Vorschlag Österreichs auf gleichzeitige allgemeine Abrüstung an; da aber am 26. April Österreich in Italien nicht abrüsten zu wollen erklärte, so verfügte König Wilhelm am 5. Mai die Mobilisierung seines gesamten Heeres, am 10. auch der Landwehr und stellte den König Georg von Hannover, der einige Verteidigungsmaßregeln angeordnet hatte, vor die

Die Bundesreformfrage und das preußisch-italienische Bündnis. 1866.



Wahl zwischen dem Kriege mit Preußen oder dem bundesmäßigen Anschluß. Zu diesen Abwehrmaßregeln Preußens gehörte es auch, wenn der Prinz Karl von Hohenzollern sich auf Bismarcks Rat entschloß, die Wahl zum Fürsten von Rumänien anzunehmen und in abenteuerlicher Fahrt durch das feindliche Österreich, das ihn als einen künftigen Gegner an seiner Südostgrenze betrachtete, dorthin zu gehen, wo er am 20. Mai in Turnu Severin landete, am 22. in Bukarest einzog. In denselben Tagen machte Österreich den Versuch, sich durch französische Vermittlung mit Italien zu verständigen, indem es in Paris die Abtretung Venezians anbot, falls ihm die Erwerbung Schlesiens verbürgt würde; so hoffte es seine ganze Kraft auf Preußen werfen zu können. Indes lehnte Italien, getreu seinem Bündnis mit Preußen, diesen Vorschlag ab. Auch die französische Aufforderung zu einem Kongreß (28. Mai) scheiterte daran, daß Österreich ihn nur dann beschicken zu wollen erklärte, wenn keine Gebietsveränderungen beschlossen würden. Um Österreich willfähriger zu machen, ließ Napoleon durch seinen Gesandten in Berlin, den Grafen Benedetti, dort sein Bündnis gegen Abtretungen auf dem linken Rheinufer anbieten und schreckte dadurch in Wien derart, daß Österreich sich am 12. Juni durch einen geheimen Vertrag, dessen Wortlaut noch heute nicht bekannt ist, die wohlwollende Neutralität Frankreichs sicherte. Es wollte Venedig gegen die Erwerbung Schlesiens abtreten, versprach für Frankreich „Kompensationen“ (am Rheine), verhiess in Deutschland keine einheitliche Organisation aufzurichten und nahm in Italien eine reaktionäre Bewegung gegen das junge Königreich in Aussicht. „Ein unglaubliches Aktenstück“ hat nachmals Beust als österreichischer Minister diesen Vertrag genannt, mit dem ein feudal-klerikales und slawenfreundliches Ministerium die deutsche Stellung Österreichs durch einen Verrat an der deutschen Nation zu befestigen gedachte. Übereinstimmend damit entwickelte ein offener Brief Napoleons an seinen Minister des Auswärtigen Drouyn de Lhuys vom 11. Juni das Programm des Kaisers für die Neugestaltung Mitteleuropas wenigstens andeutungsweise: Verstärkung Preußens im Norden, engere Zusammenfassung der kleineren Staaten, Erhaltung der deutschen Stellung Österreichs, Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, Venezians an Italien.

Der Ausbruch des deutschen Krieges.

Wenige Tage später fiel in Deutschland die schwere Entscheidung, die alle solche Gedanken in das Reich der Träume verwies. In einer Überstürzung, wie sie nur aus der völligen Unterschätzung der preußischen Heeresmacht und aus der eigenen verzweifelten Finanzlage entsprungen sein kann, drängte Österreich vorwärts. Am 1. Juni überwies es die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit dem Bundestage und berief die holsteinischen Stände nach Igelhoe. Preußen erklärte dies als einen Bruch der Gasteiner Konvention und ließ am 7. Juni 20000 Mann von Schleswig und Lauenburg her in Holstein einrücken, das die österreichische Brigade Kalik ohne Gegenwehr räumte, um sich durch Hannover und Kurhessen nach Böhmen zurückzuziehen. Ihm folgte der Prinz Friedrich, indem er nach München ins Lager der preußenfeindlichen Mittelstaaten ging. Preußen aber zeichnete jetzt sein Ziel klar und sicher in dem Rundschreiben, das am 10. Juni an die deutschen Regierungen erging. Dieses Bundesreformprogramm begann mit

dem Ausschlusse Österreichs und verkündete für das außerösterreichische Deutschland eine bundesstaatliche Ordnung mit einem Parlament, einer Bundesmarine und einem Bundesheer, doch so, daß die norddeutschen Truppen unter preussischen, die süd-deutschen Kontingente unter bayrischen Oberbefehl treten sollten. Darauf stellte Österreich am 11. Juni den Antrag am Bundestage, sämtliche außerpreussische Bundeskontingente zu mobilisieren. Der preussische Gesandte von Savigny bezeichnete dieses Vorgehen sofort als bundeswidrig, da das Bundesrecht eine solche Maßregel nur für den Fall der Exekution kannte und dafür ganz bestimmte Formen vorschrieb, die hier gänzlich außer acht gelassen wurden. Gleichwohl nahm der Bundestag am Nachmittage des 14. Juni mit 9 von 16 Stimmen\*) den österreichischen von Bayern etwas gemilderten Antrag an, und der preussische Gesandte erklärte hierauf den Austritt Preußens aus dem Bunde. Der Krieg, der lange gefürchtete, doch unvermeidliche Bundeskrieg war da; er wurde zum Bruderkriege erst dadurch, daß die Mittelstaaten sich fast alle zu Österreich schlugen. Mit einem Bruche des Bundesrechts eröffneten sie den Krieg für dasselbe Bundesrecht, weil es ihnen ihre Souveränität zu verbürgen schien, sie wußten schwerlich, für welche verderblichen Ziele Österreichs. Die nationale Existenz Deutschlands und Italiens stand noch einmal auf der Schneide des Schwerts.

In ganz Deutschland war seit Monaten die Aufregung ungeheuer. Die süd-<sup>Stimmungen in Deutschland.</sup> deutschen und österreichischen Blätter mit wenigen Ausnahmen flossen über von wütendem Preußenhaß, in dem sich die fanatische Erbitterung der Demokraten, Ultramontanen und Partikularisten mit beschämender Roheit entlud. Das preussische Königtum selber wurde auf eine Probe gestellt, wie es sie schwerer niemals bestanden hat. Nach wie vor klappte der Zwiespalt mit der Landesvertretung. „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn die Kroaten vor Berlin stünden,“ das war die patriotische Losung der Fortschrittspartei. Aber auch unter den gemäßigten Liberalen erhoben sich nur vereinzelt Stimmen für das preussische Bundesreformprogramm; der bürgerliche Liberalismus stieß mit seiner, wie es scheint, unheilbaren Unfähigkeit, Machtfragen zu verstehen, die starke Hand zurück, die ihm die Verwirklichung seines eigenen Ideals darbot. Der leitende Minister aber war mit einem Hasse beladen, den nur eine starke Regierung und die Unerblichkeit des guten Gewissens ertragen konnte. Die gemeinsten Drohbriefe gingen ihm von allen Seiten zu, ja es wurde wohl auf seinen Kopf ein Preis gesetzt wie auf den eines großen Räubers. Die Folgen blieben nicht aus. Am 8. Mai richtete der Student Julius Cohn aus London auf Graf Bismarck menschenmörderisch den Revolver, und nur wie durch ein Wunder entging der Ungefallene dem Tode. In den katholischen

\*) Tatsächlich waren von 16 nur 7 Stimmen zweifellos für den Antrag (Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, beide Hessen). Die Stimmen der 13. und der 16. Kurie wurden von den stimmführenden Gesandten gegen Preußen abgegeben, obwohl die Abstimmung innerhalb der Kurie gespalten war; die holsteinische Stimme ruhte. Gegen den Antrag stimmten Luxemburg, beide Mecklenburg, die sächsischen Herzogtümer außer Meiningen, Oldenburg, die beiden Schwarzburg, Anhalt und die freien Städte außer Frankfurt, Baden enthielt sich der Abstimmung, ebenso wie Preußen.

Landesteilen war die Stimmung heimlich oder offen für Österreich, die Stadtbehörden aber wetteiferten in Friedensadressen an den König; nur das tapfere Breslau, die Hauptstadt des zunächst bedrohten Schlesiens, erklärte sich zu allen Opfern bereit. In diesem Sturmgebrause der Parteien und inmitten des tobenden Hasses ringsum bewährte das preussische Volk trotz alledem seine unerschütterliche Königstreue und eine wunderbare Mannszucht. Ohne Begeisterung, aber in pünktlichem Gehorsam eilten die Reservisten und Landwehrleute zu den Fahnen, und Preussens neue Heeresorganisation entfaltete eine Leistungsfähigkeit, die bei Freund und Feind staunende Bewunderung oder Entsetzen hervorrief.

Die Überwältigung Hannovers und Kurhessens.

Die nächste Aufgabe war, die Staaten zu überwältigen, die zwischen den beiden Hauptmassen Preussens mitten inne lagen, Hannover und Kurhessen. An alle beide erging am 15. Juni die Aufforderung, zu entwaffnen und den preussischen Bundesreformmentwurf gegen Gewährleistung ihrer damit verträglichen Hoheitsrechte sowie ihres Besitzstandes grundsätzlich anzunehmen. Alle beide lehnten ab, König Georg insbesondere verblendet von ehrgeizigen Hoffnungen auf ein großes Welfenreich, zu dem er Westfalen, Oldenburg und einiges andere zu schlagen gedachte, und von seinem Halbbruder, dem österreichischen General Prinzen Karl zu Solms-Braunsfels, mit unbedingter Zuversicht auf Österreichs Übermacht von angeblich 800 000 Mann erfüllt. So lehnte er am Abend des 15. Juni als „Christ, Monarch und Welf“ das Ultimatum ab, und die Ereignisse brachen nun mit blitzartiger Schnelligkeit, mit betäubender Wucht über dieses friedensverwöhnte Geschlecht herein, das nun erlebte, wie auf einmal inmitten Deutschlands aller Verkehr stockte, wie die Eisenbahnen unterbrochen wurden, wie die Zeitungen ausblieben und die tollsten Gerüchte an ihre Stelle traten, wie Heeresmassen sich durch das Land ergossen. In Hannover rückte die Division Manteuffel von Harburg, Vogel von Falckenstein mit der 15. Division Göben von Minden her ein. Noch in der Nacht des 15. Juni verließ König Georg mit dem Kronprinzen seine Hauptstadt, und eifertig begannen gleichzeitig die noch nicht völlig mobilisierten hannoverschen Truppen ihren Rückzug aus ihren zerstreuten Garnisonen nach Göttingen, prächtige Regimenter, deren Anblick dem Beschauer das Herz zuschnürte bei dem Gedanken, in welchen unnatürlichen Kampf sie doch gingen. Am 17. abends zog Vogel von Falckenstein im grollenden Hannover ein, wo er noch ein ungeheures Kriegsmaterial erbeutete und sich am nächsten Tage mit Manteuffel vereinigte, während ein preussisches Geschwader Stade und Emden in Besitz nahm. Inzwischen rüsteten sich die Hannoveraner unter General von Arrentschildt bei Göttingen zum Kampfe. Aber schon war auch Kurhessen in preussischen Händen. Die Truppen, nicht mehr als 4200 Mann mit 16 Geschützen, räumten unter dem finsternen Schweigen der Bevölkerung die Hauptstadt und zogen sich in völlig ungerüstetem Zustande nach Hanau zurück. Am 19. Juni besetzte General von Beyer, von Wehlar herankommend, Kassel; der Kurfürst, der sich weder zur Nachgiebigkeit noch zur Flucht hatte entschließen können, weil die Stände ihm den Staatschatz nicht mitnehmen lassen wollten, wurde als Staatsgefangener nach Stettin gebracht.

Kangen-  
folga.

Zu spät brachen endlich die Hannoveraner, etwa 18000 Mann mit 52 Ge-

schützen, am 21. Juni nach Süden auf, um die Vereinigung mit den Bayern zu suchen, die schon auf Meiningen vorgingen. Allein der endlose Wagentross des Hofes hemmte den Marsch, und da man nicht sicher wußte, wo sich die Bayern befänden, so änderten die Hannoveraner mehrfach die Richtung, ließen sich außerdem über die tatsächlich sehr geringfügige Stärke der ihnen gegenüberstehenden Preußen täuschen, schlossen endlich einen Waffenstillstand und unterhandelten. Doch alle Anerbietungen König Wilhelms, die hannöverschen Truppen frei nach Süden abziehen zu lassen, wenn sie sich verpflichteten, ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu fechten, oder gegen Annahme des preussischen Bundesreformvorschlages eine ehrenvolle Kapitulation zu gewähren, scheiterten auch jetzt noch an dem starren Welfenstolze Georgs V. So gelangten die Hannoveraner nur bis an die Unstrut, wenige Meilen von Gotha, während sich die preussischen Divisionen schon von allen Seiten um sie sammelten, um nach den Absichten der obersten Heeresleitung die Waffenstreckung ohne Kampf zu erzwingen. Statt dessen griff auf die Weisung Vogels von Falkenstein, „dem Feinde an der Klinge zu bleiben“, der Generalmajor von Flies am 27. Juni mit viel schwächeren Kräften die feste Stellung der Hannoveraner nördlich von Langensalza bei Thamsbrück und Mergleben an. In mörderischem Kampfe bei glühender Hitze behaupteten diese den Sieg und ihren alten Waffenruhm, aber schon am nächsten Tage war die Umschließung vollendet, und am 29. Juni mußten die Hannoveraner kapitulieren. Die Mannschaften wurden entwaffnet und in die Heimat entlassen, die Offiziere auf Ehrenwort freigegeben; die königliche Familie erhielt die Erlaubnis, ihren Aufenthalt außerhalb Hannovers frei zu wählen.

Unterdessen bereitete sich im Osten die Entscheidung vor. Da König Wilhelm Sachsen nicht eher feindlich behandeln wollte, als bis es seine Bedingungen abgelehnt hätte, so hatte die preussische Hauptmacht in Schlesien mit der Front gegen Böhmen Aufstellung genommen. An der sächsischen Nordgrenze bei Torgau stand nur die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld in der Stärke von 46 000 Mann, weiter östlich um Görlitz die erste Armee unter Prinz Friedrich Karl mit 97 000 Mann, endlich bei Neiße die zweite Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm, 125 000 Mann. Mit Einschluß des ersten preussischen Reservekorps (Landwehr) unter dem General von der Mülbe waren etwa 296 000 Mann zum Einmarsch in Sachsen und Böhmen bereit. Denn der Plan Moltkes ging auf den entschlossensten Angriff, auf den Stoß gegen Wien; nur mußten die einzelnen Heeresteile sich nach seinem Grundsatz: „getrennt marschieren, vereint schlagen“ die Vereinigung zur Hauptschlacht erst auf feindlichem Boden erkämpfen. Demgegenüber verfügte der österreichische Oberbefehlshaber, der feldzeugmeister Ludwig von Benedek (geb. 1804), ein protestantischer Ungar, nur über 220 000 Mann (ohne die Sachsen). Da auch die Mobilisierung sehr langsam ging, so nahm er zunächst eine Verteidigungsstellung bei Olmütz ein und schob nur das 1. Korps Clam-Gallas, etwa 33 000 Mann, nach Böhmen bis zur Iser vor. So wurde das verbündete Sachsen preisgegeben, während man dort ursprünglich den Anmarsch der Österreicher erwartet hatte. Demgemäß stand die sächsische Armee (52 000 Mann

Der Aufmarsch der preussischen und österreichischen Hauptmacht; Räumung Sachsens.



mit 64 Geschützen) unter Kronprinz Albert (geb. am 23. April 1828) in fester Stellung um Dresden, Tharandt und Kesselsdorf. Erst als Benedek erklären mußte, er erwarte sie in Böhmen, und als der König das preussische Ultimatum abgelehnt hatte, beschloß man die Räumung des Landes, dessen Nordgrenze bereits am Abend des 15. und am Morgen des 16. Juni die Vortruppen der Elbarmee und der ersten Armee bei Riesa, Leipzig und Löbau überschritten. Um sie aufzuhalten, wurden die Elbbrücken bei Riesa und Meissen zerstört, und ohne Behelligung traten die Sachsen, in ihrer Mitte König Johann, am 18. Juni auf drei Straßen den Abmarsch nach dem Teplitzer Tale über das Erzgebirge an. Den unsichtigen Unordnungen und ihrer tatkräftigen Ausführung gelang es sogar, die Kassen, das ganze Kriegsmaterial und die Lokomotiven der Eisenbahnen zu retten. Für die Verwaltung blieb eine Landeskommission unter dem Minister Paul von Falkenstein zurück. Am 18. Juni zog die Elbarmee in Dresden ein, doch blieb die bürgerliche Verwaltung gegen Zahlung von täglich 10000 Talern ungestört, und die preussischen Truppen beobachteten hier wie überall die strengste Mannszucht.

Sieg der  
Österreicher  
in Italien.

So stand die preussische Armee in Sachsen und Schlesien fertig zum Einmarsch in Böhmen, zum Stoße auf Wien. Dasselbe Ziel sollten nach Moltes Plane die Italiener verfolgen, denn ihm lag alles daran, die Kräfte der Österreicher zu teilen. Dennoch schlug er durch den Militärbevollmächtigten Th. von Bernhardt und den preussischen Gesandten von Usedom vor, östlich von dem Festungsviereck ins Venezianische vorzudringen und die Österreicher, 75000 Mann unter dem Erzherzog Albrecht (geb. 1807), dem Sohne des Siegers von Aspern, im Rücken zu fassen, gleichzeitig die 33000 Freiwilligen Garibaldis nach Dalmatien zu werfen und das unzufriedene Ungarn zu insurgieren. Aber der italienische Generalstabschef Camarmora dachte nur an den Schutz der Lombardei, sammelte deshalb die Hauptmasse des fast ganz ungebildeten Heeres, 90000 Mann, westlich vom Mincio, die kleinere Hälfte, 70000 Mann, unter Cialdini bei Bologna und wollte von einer Landung in Dalmatien nichts hören. In der Nacht vom 22. 23. Juni überschritt er mit dem Könige den Mincio, ohne zu ahnen, daß die Österreicher ihm schon in der linken Flanke standen. So wurde er am 24. Juni von ihnen bei Custoza zwischen dem Mincio und Verona überraschend angegriffen, und da nur ein Teil des italienischen Heeres ins Gefecht gebracht werden konnte, trotz tapferster Gegenwehr so völlig geschlagen, daß er wieder hinter den Mincio zurückging und dort untätig stehen blieb.

Der Ein-  
marsch in  
Böhmen.

Um so sicherer und energischer gingen die Preußen vor. Am 25. Juni rückte die erste Armee über Seidenberg und Jittau, die Elbarmee über Waltersdorf und Schluckenau in endlosen Heersäulen, deren Anblick auf die sächsische Bevölkerung den tiefsten Eindruck machte, ohne Widerstand an den Pässen zu finden, in Böhmen ein. Zuerst bei Hühnerwasser, auf der malerischen, nordböhmisches Hochebene, die überall die spitzen Phonolithkegel überragen, warf die Elbarmee am 27. Juni die Vortruppen von Clam-Gallas zurück. Am selben Tage erzwang die erste Armee bei Turnau und Podol den Übergang über die Iser und erschocht dann, nunmehr mit der Elbarmee vereinigt, am 28. Juni bei Münchengrätz einen hart bestrittenen

Sieg über Clam-Gallas, der die ganze Iserlinie in ihre Hände brachte und die Österreicher mit den Sachsen, die in heißen Märschen endlich zu ihnen gestoßen waren, zum Rückzuge auf Gitschin zwang. Hier vor Wallensteins alter Hauptstadt nahm Kronprinz Albert am Nachmittage des 29. Juni den Kampf nochmals auf in der Erwartung, daß Benedek, wie er gemeldet hatte, den Vormarsch mit der Hauptarmee beginne. Indessen gleichzeitig von Westen und Norden gefaßt, und obendrein am Abend benachrichtigt, daß Benedek seine Absicht aufgegeben habe, brach er den Kampf ab und ging zurück, worauf die Preußen in nächstlichem Straßenkampfe noch die Stadt selbst erstürmten. Erschöpft wichen die geschlagenen Massen südostwärts nach der oberen Elbe zurück.

Benedek hatte inzwischen die Hauptmasse der Nordarmee bei Josephstadt versammelt. Wie er selbst peinlich empfand, gegen die vollstümliche Ansicht der Leitung einer großen Armee nicht gewachsen und gegen seinen Protest trotzdem mit dem Oberbefehle in Böhmen betraut, wo er, wie er selbst sagte, nicht einmal wußte, wo die Elbe fließe, war er allzu abhängig von dem Chef seiner Operationskanzlei, dem Kroaten Gideon Krismanitsch, einem gelehrten Theoretiker, der an seinem einmal gefaßten Plan mit hartnäckiger Zähigkeit, ohne jede Beweglichkeit des Geistes, festhielt. Benedek selbst aber theilte seinen Korpsführern niemals seine Absichten mit, sondern gab ihnen immer nur einzelne Befehle, und verführte sie gerade dadurch zu willkürlichem Handeln, wenn nämlich die Befehle der Lage nicht mehr entsprachen. Er wollte jetzt, von Josephstadt aus vorgehend, die Armee des Prinzen Friedrich Karl schlagen und dann nach Sachsen marschieren, gegen den Kronprinzen aber, dessen Stärke er weit unterschätzte, sich nur verteidigungsweise verhalten. Inzwischen brachen dessen Kolonnen durch die langgestreckten engen Pässe der Sudeten auf den alten Anmarschstraßen Friedrichs des Großen in Böhmen ein. Am 26. Juni ging das I. Armeekorps (Bonin) von Landshut gegen Trautenau vor, die Garde (Prinz August von Württemberg) über Braunau und Eipel, das V. (Steinmetz) und VI. Korps (Mutius) von Glatz gegen Nachod. Bonin wurde zwar am 27. Juni in überaus hitzigem Kampfe bei Trautenau von Gablenz bis hinter die Grenze zurückgeworfen; aber da diesem das Gardekorps schon am nächsten Tage in den Rücken kam und ihn bei Soor schlug, so mußte er mit seinem zertrümmerten (10.) Armeekorps den Rückzug hinter die Elbe antreten, und die Gardes erstürmten am 30. Juni Königinhof an der Elbe. Kein besseres Schicksal hatten in denselben Tagen die Österreicher weiter südwärts. Am 27. Juni erschocht Steinmetz bei Nachod über Ramming's 6. Korps einen schweren, aber glänzenden Sieg. Am 28. erschien Benedek selbst in Skalitz, wo er 74000 Mann vereinigte; aber statt mit dieser Übermacht anzugreifen, wollte er hier einen ersten Kampf vermeiden, um die Durchführung seines großen Planes nicht zu gefährden und befahl den Abzug seiner Korps. Es war die Krisis des Feldzuges. Nur Erzherzog Leopold mit dem 8. Korps blieb stehen und wurde nach blutigem Ringen von Steinmetz völlig geschlagen. Nach dem Gefecht bei Schweinschädel am 29. Juni bewerkstelligte Steinmetz seine Vereinigung mit den Gardes. Die schlesische Armee hatte die obere Elbe erreicht.

Der  
Anmarsch  
der zweiten  
preußischen  
Armee.

Eindruck  
der  
preussischen  
Siege.

Je unerwarteter diese Ereignisse beiden Parteien kamen, desto tieferen Eindruck brachten sie hervor. Umsonst suchten die österreichischen und die süddeutschen Zeitungen sich und ihre Leser eine Zeitlang durch gefärbte oder wohl gar erfundene Berichte über den wahren Stand der Dinge zu täuschen; die schmucklose, bescheidene Sachlichkeit der preussischen Kriegsdepeschen gewöhnte bald alle Denkenden, an ihre Wahrhaftigkeit zu glauben. Im österreichischen Heerlager herrschten Bestürzung und Niedergeschlagenheit. Wirkte das Schnellfeuer des preussischen Zündnadelgewehrs vornehmlich entmutigend auf den gemeinen Soldaten, der das Vertrauen zu seiner eigenen Waffe und zu der ihm seit 1859 eingeübten französischen Stoßtaktik des Bajonettangriffs völlig verlor, so machte auf die Offiziere die sichere Führung und das unwiderstehliche Draufgehen der Preußen vielleicht noch größeren Eindruck. Benedek vereinigte jetzt am 30. Juni seine Armee nach dem ursprünglichen Plane auf der Hochebene von Dubnetz nördlich von Königgrätz; aber schon von Prinz Friedrich Karl in der linken Flanke gefaßt, gab er noch am Abend den Befehl zum Rückzuge auf Königgrätz. Er hatte alle Zuversicht auf sein Heer und auf sich selbst so vollständig eingebüßt, daß er bereits am 1. Juli den Kaiser durch ein Telegramm beschwor, Frieden zu machen. Doch entschloß er sich, als seine Truppen sich etwas erholt hatten, gelehnt auf die Festung Königgrätz (richtiger Königiningrätz), stand zu halten.

Aufmarsch  
zur Schlacht  
von König-  
grätz.

Auch in Preußen ahnte man, daß die Entscheidung nahe. Mit dem Ausbruche des Krieges begann die Stimmung umzuschlagen. Die warm zum Herzen sprechende Proklamation des Königs vom 18. Juni erweckte den altpreussischen Geist, und als nun die ersten Siegesnachrichten rasch hintereinander eintrafen, da brachten in Berlin am Abend des 29. Juni dichte Menschenmassen erst dem Könige, dann dem lange so bitter gehaßten Grafen Bismarck stürmische Huldigungen dar. Am nächsten Tage ging König Wilhelm, begleitet von Bismarck, Moltke und Roon über Görlitz, Jittau und Reichenberg zu seinem Heere ab, am 2. Juli traf er in Gitschin ein. Hier langten in der Nacht Nachrichten an, die bewiesen, daß die ganze feindliche Armee sich vor Königgrätz sammle. Sofort ordnete der König für morgens 2 Uhr den Vormarsch der Armee des Prinzen Friedrich Karl und der Elbarmee an, und um Mitternacht brach der Flügeladjutant Graf Finckenstein nach dem etwa fünf Meilen entfernten Königinhof auf, um dem Kronprinzen den Befehl zu überbringen, sofort mit allen Kräften in die Flanke des rechten Flügels der Österreicher vorzugehen. Benedeks Stellung zwischen dem breiten, nassen Wiesentale der Bistritz und der ihr fast parallel laufenden Elbe war taktisch wenigstens für eine Verteidigungsschlacht vortrefflich gewählt. Das Gelände erhebt sich von West nach Ost in drei hintereinander liegenden Landwellen, die bei Tchlum und Eipa in der Mitte, bei Problus im Süden ihre höchsten Punkte erreichen und von kleinen Dörfern und einzelnen Waldstücken übersäet sind. Auf dem äußersten linken Flügel im Süden standen die Sachsen längs des Höhenrandes von Prschim und Problus und davor am Talrande der Bistritz bei Nechanitz, in der Mitte rechts und links von der Straße Sadowa-Königgrätz von Problus über Eipa bis Benatek das 10. und 3. österreichische Korps, dahinter als Reserve das 1. und 6., rechts bei Maslowjed und Horschenjowes das

4. und 2. Korps. Die ganze Schlachtlinie bildete somit einen etwa zweiundeinhalb Meilen langen flachen Bogen, der sich nach Südosten öffnete.

Als König Wilhelm nach dreistündiger Fahrt bei sprühendem Nebelregen am Morgen des 3. Juli gegen 8 Uhr mit seinem glänzenden Stabe auf dem Roskosberge bei Dub gegenüber Sadowa erschien, hatte die riesige Schlacht, die größte des 19. Jahrhunderts, mit einem mächtigen Geschützkampfe schon begonnen. Die Elbarmee ging bei Nechanitz über die Bistritz, gewann aber gegenüber der kaltblütig aushaltenden Artillerie und Infanterie der Sachsen nur langsam Boden. Die Pommern des II. Korps fochten südlich von Sadowa sechs Stunden lang unter dem zermalmenden Feuer von 200 österreichischen Geschützen. Weiter links erstürmte die 8. Division Horn Sadowa, Franzseky mit der 7. Division Benatek; dieser wurde aber dahinter in dem hochstämmigen lichten Swiepwalde bei Maslowjed in einen überaus hartnäckigen und verlustvollen Kampf gegen die beiden Armeekorps des rechten österreichischen Flügels verwickelt, deren Führer, die Grafen Festetics und Thun, dabei ihre eigentliche Aufgabe ganz vergaßen. „Nicht weiter zurück, hier sterben wir!“ rief Franzseky heldenmütig seinen erschöpften Leuten zu. Gegen Mittag begann indes die Kraft der Preußen zu erlahmen, die Schlacht stand auf der ganzen Linie, und besorgt spähte die Umgebung des Königs nach dem Osten aus, ob denn der Kronprinz noch immer nicht komme. Da entdeckte zuerst Graf Bismarck in der ferne die dunklen Streifen seiner marschierenden Kolonnen. Seit dem frühen Morgen war der Kronprinz in Bewegung; eine weithin sichtbare vereinzelte Linden- gruppe bei Horschenjowes zeigte er seinen Leuten, die auf durchweichten Wegen nur mühsam vorwärts kamen, ermunternd als Ziel: „Dort auf den Baum gehts los!“ Um  $\frac{3}{4}$  12 Uhr fiel der erste Kanonenschuß von den Garden; dann nahm die 1. Gardedivision (Hiller von Gärtringen) Horschenjowes, das VI. Korps erstürmte, da das 4. und 2. österreichische Korps ihre Stellung fast ganz verlassen hatten, Sendraschitz und ging gegen die Rückzugsstraße vor. Gleichzeitig gelang es den Garden, deren Annäherung bei der nebligen Luft und den vielen Bodenmulden die Österreicher nicht früh genug bemerkten, in überraschendem Ansturm Eipa, Ehlum und Rosbjerschitz zu nehmen. Die Mitte der österreichischen Stellung war in den Händen der Preußen, und umsonst blieben vier verzweifelte Angriffe der österreichischen Reserve, obwohl General Hiller noch im letzten Augenblicke fiel. Die Österreicher begannen zu weichen, und auch die tapferen Sachsen mußten, jetzt von der Elbarmee umfassend angegriffen, ihre Stellung räumen. Als eben die ersten Sonnenstrahlen durch die dunkle Wolkendecke brachen, gegen 3 Uhr, ging auch die gesamte erste preußische Armee mit entrollten Fahnen und unter dem Rasseln der Trommeln im weiten Halbkreise zum letzten Sturme gegen die Höhen vor. Ein mächtiger Stoß der preußischen Reservekavallerie, an deren Spitze sich König Wilhelm bei Eipa selber setzte, warf die todesmutig entgegenstürmende österreichische Reiterei zurück und vollendete den Sieg. Nur die treffliche österreichische Artillerie deckte noch aufopfernd den Rückzug; König Wilhelm selbst geriet mehrmals ins Granatfeuer. In aufgelösten Massen, wie das Wild vor dem Waldbrande sich flüchtet, nach den Worten eines Augenzeugen, fluteten die Österreicher nun rückwärts

Die Entscheidungsschlacht bei Königgrätz.



nach der Elbe; fast nur die Sachsen bewahrten feste Haltung. Tausende fanden noch ein nasses Grab im Flusse oder auf den überschwemmten Flächen vor den Wällen von Königgrätz. Mit brausendem Jubel begrüßten die Preußen ihren greisen König auf dem Siegesfelde. In der Nähe von Probus, als es schon dunkelte, traf er mit dem Kronprinzen zusammen, dem er in tiefster Bewegung sein eigenes Ordenskreuz (pour le mérite) umhing. Die Preußen erkauften ihren Sieg mit einem Verluste von etwa 9000 Mann, aber die österreichische Armee war zunächst fast aufgelöst. Sie verlor über 44 000 Mann, darunter fast 20 000 Gefangene, 11 Fahnen und 174 Geschütze. Die Sachsen hatten ihrerseits über 1500 Mann, aber nur ein Geschütz eingebüßt. Eine wirkliche Verfolgung wurde nicht eingeleitet.

Eindruck  
des Sieges.

Es war ein ungeheurer Sieg. „Ew. Majestät haben nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen,“ sagte Moltke am Nachmittage zum König. Graf Bismarck aber setzte mit der ihm eigenen Klarheit und Mäßigung hinzu: „Die Streitfrage ist also entschieden, jetzt gilt es, das alte Verhältnis zu Österreich wieder zu gewinnen“. In Wien erhielt der Kaiser die erste Nachricht von der Niederlage am Abend des 5. Juli durch ein Telegramm des Kommandanten von Königgrätz. Mit dieser Schreckenskunde empfing er den König Johann von Sachsen, der nachts 2 Uhr ahnungslos auf dem Nordbahnhofe in Wien eintraf. Am 4. Juli früh 4 1/2 Uhr kam das verzweifelt ehrliche Telegramm Benedeks: „Vorgestern schon besorgte Katastrophe der Armee heute vollständig eingetreten . . . ganz ungeordnet zog sich alles über die Kriegsbrücken der Elbe sowie nach Pardubitz zurück. Verluste noch gar nicht zu übersehen, aber gewiß unendlich groß.“ Am demselben Tage noch bot Franz Joseph nach einer Beratung in Schönbrunn, an der auch König Johann und Beust teilnahmen, in Paris die bedingungslose Abtretung Venetiens an und befahl den Abmarsch der Südarkmee aus Italien; zugleich schickte er den General von Gablenz ins preußische Hauptquartier wegen eines Waffenstillstandes, der natürlich abgelehnt wurde. Darauf sandte der Kaiser am 8. Juli Beust nach Paris.

Der  
Vormarsch  
gegen  
Wien.

Erst nach einigen Ruhetagen traten die Preußen den weiteren Vormarsch gegen Wien an. Die Elbarmee ging dabei über Tschaslau und Jglau und besetzte mit einer Seitenabteilung am 8. Juli Prag, die erste Armee marschierte auf Brünn, die zweite auf Olmütz. Bereits waren da die Österreicher und Sachsen im vollen Rückzuge über Olmütz nach Süden begriffen, entweder nach Wien oder über die kleinen Karpathen ins Waagtal hinunter nach Ungarn; dabei nahm bei Tobitschau südlich von Olmütz am 7. Juli das 5. preußische Kürassierregiment in heldenmütigem Ansturm 18 österreichische Geschütze im Feuer. Am 20. Juli trafen die Spitzen der preußischen Armee auf dem Marchfelde ein und sahen über der weiten Ebene die ehrwürdige Pyramide des Stephansturmes aufsteigen. Wien war durch Schanzen bei Florisdorf gedeckt, und schon sammelte sich hier außer den Trümmern der Nordarmee auch die Südarkmee, denn es galt, alle Kräfte gegen die Preußen zu vereinigen. Ein letzter Entscheidungskampf um Wien schien also hervorzustehen. Schon drang das IV. preußische Korps unter Fransecky über die kleinen Karpathen gegen Preßburg vor und stieß hier am 22. Juli im Gefecht von Blumenau mit den Österreichern zusammen. Da jagten um die Mittagszeit Parlamentäre heran und

meldeten, daß eine fünftägige Waffenruhe abgeschlossen sei. An der Front der Brigade Bose vorüber, die ihnen schon im Rücken stand, zogen die Österreicher nach Preßburg zurück. Der Krieg war zu Ende; mit hochherziger und staatskluger Schonung der Besiegten versagte König Wilhelm seinem siegreichen Heere den Einzug in Wien.

„Die Welt bricht zusammen!“ so rief der päpstliche Staatssekretär Kardinal Antonelli aus, als die Kunde von Königgrätz eintraf. In der Tat, die Welt des Wiener Kongresses von 1815 lag in Trümmern. Ähnlich war der Eindruck in Paris. Alle Voraussetzungen Napoleons III. hatten sich als falsch erwiesen; drohend, allen französischen Waffenruhm weit überstrahlend, stieg die neue deutsche Kriegsmacht empor, und der Kaiser wußte selbst am besten, daß er militärisch gar nicht eingreifen könne, da er kaum 40 000 Mann marschfertig hatte. So trat er denn auf Grund jener Abtretung Veneziens als Vermittler auf und versuchte zunächst Italien zum Abfall von Preußen zu bewegen, damit Österreich alle Kräfte nach Norden werfen könne. Doch König Viktor Emanuel verschmähte eine so „unfittliche, feige und wortbrüchige Handlungsweise“, befahl jetzt den Vormarsch über den unteren Po und nach Süd-Tirol und ließ seine Flotte unter Admiral Persano gegen die dalmatinische Küste auslaufen. Freilich erlitt diese am 20. Juli vor Fissa gegen die weit schwächere österreichische unter der sicheren Führung des Kontreadmirals Wilhelm Tegethoff in der größten Seeschlacht, die bis dahin zwischen Panzerschiffen geschlagen worden war, eine völlige Niederlage, und in Süd-Tirol vermochte Garibaldi gegenüber den tapferen Landesschützen nicht einmal bis Trient vorzudringen. Inzwischen hatte Napoleon am 5. Juli und später durch seinen Botschafter Benedetti, der das rasch vorrückende Hauptquartier des Königs erst in Zwittau in der Nacht des 11. Juli einholte, auch dem König Wilhelm seine Vermittlung angeboten, indem er die Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen sowie die Begründung eines norddeutschen und eines süddeutschen Bundes ohne Österreich vorschlug. König Wilhelm erklärte darauf schon am 7. Juli dem Kaiser brieflich, daß er in einen Waffenstillstand nur dann willigen könne, wenn seine Friedensbedingungen (Ausscheidung Österreichs aus dem Deutschen Bunde und feste territoriale Verbindung zwischen den beiden Hauptmassen Preußens) angenommen worden seien. Solche Bedingungen konnte Napoleon dem Sieger unmöglich verweigern, dafür forderte er die Beschränkung der Bundesreform auf Norddeutschland. Inzwischen bestand Bismarck im Hauptquartier Nikolsburg südlich von der Thaja einen harten Kampf. Der König hätte am liebsten auch einen Teil des eroberten Böhmens und ganz Sachsen, Oberhessen und Ansbach-Bayreuth behalten, Bismarck wollte aber Österreich möglichst schonen und rasch zum Abschluß kommen, um jede immerhin mögliche fremde Einnischung zu verhindern, die ja Beust im österreichischen Auftrage soeben in Paris persönlich anrief und Rußland durch den Vorschlag eines Kongresses herbeizuführen drohte; er riet also dem Könige, die Bundesreform nur auf Norddeutschland auszudehnen, dafür aber Preußen durch die Annexion aller norddeutschen Mittelstaaten zu verstärken. Darauf kam am 19. Juli ein fünftägiger Waffenstillstand vom 22. Juli ab zustande. Bei den nun beginnenden Friedensverhandlungen bestand aber König Wilhelm ebenso entschieden

Der Vorfriede von Nikolsburg.

auf der Abtretung mindestens des Leipziger und des Bautzner Kreises, wie Österreich auf der Integrität Sachsens; ehe er hier nachgebe, erklärte der Kaiser Franz Joseph, werde er den Krieg erneuern. Noch einmal trafen die Meinungen in dem königlichen Kriegsrat am 23. Juli so hart aufeinander, daß Bismarck mit seinem Rat auf Ermäßigung der Forderungen fast allein blieb und beinahe verzweifelte; da trat der Kronprinz vermittelnd ein und bestimmte den König, nachzugeben, „da ihn sein Ministerpräsident vor dem Feinde im Stiche lasse“. Andererseits wies Bismarck am 25. Juli den Vorschlag Graf Karolys, Sachsen den Beitritt zum süddeutschen Bunde offen zu lassen, mit der Erklärung zurück, daß er die Verhandlungen abbreche. Inzwischen war es am 19. Juli dem preussischen Botschafter in Paris, dem Grafen Robert von der Goltz, gelungen, auch dem Kaiser, der sich damit die Aussicht auf Gebietserwerbungen am linken Rheinufer zu eröffnen glaubte, die Genehmigung der preussischen Bedingungen, also der Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts zu entreißen. Auf diesen Grundlagen kam am 26. Juli in Nikolsburg der Vorfriede und zugleich ein Waffenstillstand von vier Wochen zum Abschluß. Auch Italien trat ihm am 12. August bei, verzichtete damit also auf die Erwerbung Süd-Tirols. Die Grundlagen für die nationale Neugestaltung Deutschlands waren gefunden. Nun kehrte König Wilhelm nach einer glänzenden Parade auf dem Marchfelde (30. Juli) über Prag und Reichenberg am 4. August mit dem Kronprinzen und Bismarck nach seiner Hauptstadt zurück, und endloser Jubel begrüßte ihn allerorten von Görlitz bis Berlin, wo er am Abend eintraf.

Die Überwältigung Süddeutschlands.

Es war ein trauriges Verhängnis, daß es noch blutiger Kämpfe bedurfte, um die Unwiderruflichkeit der in Böhmen gefallenen Entscheidung auch den Süddeutschen zum Bewußtsein zu bringen. Der Großherzog von Baden hatte bis zum letzten Momente versucht, die Mittelstaaten vom Eintritte in den Krieg abzuhalten oder wenigstens für Baden die Neutralität zu behaupten; erst als alle seine Minister, mit Ausnahme Mathys und Jollys, ihn drängten, da sonst Österreich und Bayern im Falle ihres Sieges Baden teilen wollten, ergab er sich am 16. Juni, entließ widerwillig Mathy und Jolly und ließ seine Truppen unter dem Prinzen Wilhelm zur „Bundesarmee“ stoßen. So zählte diese unter Prinz Karl von Bayern gegen 100000 Mann mit 280 Geschützen. Die Bayern standen im oberen und mittleren Maingebiet, das VIII. Bundesarmee-Korps sollte mit einer österreichischen Division unter Prinz Alexander von Hessen vor allem die Bundesstadt Frankfurt decken. Es waren durchaus Kriegstüchtige, tapfere Truppen, aber nur lose unter sich verbunden und ohne rechtes Vertrauen in ihre Sache. Ihnen gegenüber zählte die nunmehrige preussische Mainarmee unter Vogel von Falckenstein nur etwa 54000 Mann mit 96 Geschützen, deren Kern das VII. Armee-Korps (Westfalen) bildete, aber die tüchtigsten Divisionsgenerale (Manteuffel, Goben, Beyer) standen dem Oberbefehlshaber zur Seite und dieser selbst leitete die Unternehmungen mit wahrer Meisterschaft. Indem er von Eisenach aus gegen das weimarische Oberland vorging, drängte er sich zwischen die beiden feindlichen Hauptmassen hinein und traf bald die eine, bald die andere mit kräftigem Stoße. Göbens Sieg

bei Dermbach am 4. Juli nötigte die Bayern zum Rückzuge über die fränkische Saale, und als die Mainarmee auf schwierigen Pässen die Hohe Rhön überschritten hatte, zwang sie am 10. Juli nach blutigen Kämpfen bei Waldaßbach, Kissingen und Hammelburg die tapferen Bayern zum Rückzuge nach Schweinfurt und Würzburg. Nun überschritt Göben westwärts abschwenkend den Spessart, schlug am 13. Juli den stürmischen Angriff der Hessen-Darmstädter bei Kaufach zurück und nahm am 14. Juli Aschaffenburg in heißem Straßenkampfe, so daß die Bundesstruppen südwärts über den Main auswichen. Am 16. Juli abends zog Vogel von Falkenstein unter den stolzen Klängen des Preußenliedes in Frankfurt ein, der Rest des Bundestages fand Zuflucht in den „Drei Mohren“ zu Augsburg. Unmittelbar nachher wurde Falkenstein von seinem Siegeslaufe abberufen, um als Generalgouverneur die Verwaltung Böhmens zu übernehmen, eine Folge seines unbotmäßigen Verhaltens vor Langensalza. In seiner Stelle übernahm Edwin von Manteuffel den Oberbefehl über die nun auf 60000 Mann verstärkte Mainarmee. Den Odenwald überschreitend, warf er am 24. Juli die Badener, Hessen und Württemberger in heißen Gefechten um Wertheim und Tauberbischofsheim hinter die Tauber zurück, so daß sie sich weiter ostwärts an die Bayern heranzogen, die ihrerseits sich von Würzburg her näherten. Auf der Hochebene zwischen Tauber und Main wurden die Bundesstruppen am 25. und 26. Juli in einer Reihe einzelner, lange hin und her schwankender Gefechte um Helmstadt und Gerchsheim, Üttingen und Roßbrunn (an der Straße von Wertheim nach Würzburg) abermals zurückgedrängt, und am 27. Juli richtete die preußische Feldartillerie noch eine heftige Beschießung gegen die vielumkämpfte feste Marienburg bei Würzburg; aber am selben Tage kam eine örtliche Waffenruhe zu stande, die auch die Stadt Würzburg den Preußen einräumte. Am 1. August rückten diese in Heidelberg und Mannheim ein, am 2. August folgte der allgemeine Stillstand.

Noch ehe dieser eintrat, drang das II. norddeutsche Reservekorps (Mecklenburger, Anhaltiner, Altenburger und preußische Reserven) unter dem Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg von Leipzig über Plauen und Hof in Bayern ein, zerstreute am 29. Juli bei Seybottenreut unweit von Bayreuth die ihm eilig entgegengeschickte, schlecht ausgerüstete bayrische Reservebrigade und besetzte am 31. Juli Nürnberg. Nunmehr löste sich das VIII. Bundesarmee-korps auf, und die hohenzollernschen Lande, die die Württemberger am 26. Juli besetzt hatten, wurden geräumt. Die preußischen Fahnen wehten von den Karpathen bis zum untern Neckar, die Unzulänglichkeit der süddeutschen Heereskraft und der Wehrverfassung des Deutschen Bundes lag klar vor Augen.

Doch noch galt es, französische Begehrlichkeiten abzuwehren und die auflodernde russische Eifersucht zu beschwichtigen. Am 5. August übersandte Benedetti dem Grafen Bismarck einen Entwurf zu einem Abkommen, in dem Frankreich als „Entschädigung“ das Saarbecken, die bayrische Rheinpfalz, Rheinhessen mit Mainz und Luxemburg verlangte. Doch als er zwei Tage später mündlich darüber verhandeln wollte, stieß er auf eine feste, unbedingte Ablehnung und erhielt auf seine Drohung: „Wenn Sie ablehnen, so ist das der Krieg!“ von Bismarck die ruhige

Die  
Friedens-  
schlüsse.



Antwort: „Gut, der Krieg!“ Zugleich ging die gesamte preussische Festungsartillerie nach den Rheinplätzen ab, und Napoleon III. fand es für zweckmäßig, einstweilen nicht weiter zu drängen. Nach Petersburg aber eilte am 7. August der General E. von Manteuffel im vertraulichen Auftrage, um dem Kaiser Alexander, der seinen Oheim König Wilhelm persönlich hoch verehrte, beruhigende Zusicherungen zu geben. Zugleich arbeitete Graf Bismarck aufs angestrengteste daran, Preußens Erfolge in Form von festen Verträgen zu sichern. Am 23. August 1866 wurde zu Prag der Friede mit Österreich unterzeichnet. Österreich erkannte die Auflösung des Deutschen Bundes und seine Ausscheidung aus diesem an, ferner die Bildung eines Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung; die süddeutschen Staaten sollten daneben eine „unabhängige internationale Existenz“ behaupten und ihr „nationales Verhältnis“ zum Nordbunde durch besondere Verträge regeln. Nördlich des Maines ließ Österreich der preussischen Politik freie Hand, nur daß es Sachsens Bestand sicherte, und seine Rechte an Schleswig-Holstein übertrug es an Preußen, mit dem von Napoleon III. veranlaßten Art. 5, daß die nördlichen Bezirke Schlesiens mit Dänemark vereinigt werden sollten, falls eine Volksabstimmung diesen Wunsch zu erkennen gebe; endlich zahlte es 20 Millionen Taler Kriegsentschädigung. So schmerzlich dieser Friede für Österreich war, seinem berechtigten Stolz hatte er keine Wunde geschlagen, und damit war der Boden für ein zukünftiges neues Bundesverhältnis geebnet. Dieselbe Hochherzigkeit und weitsehende Klugheit bewiesen die Verträge mit den süddeutschen Staaten. Am 13. August kam der Friede mit Württemberg, am 17. August mit Baden, am 22. August mit Bayern zu stande. Abgesehen von kleinen bayrischen Gebietsabtretungen an der Hohen Rhön (10 Quadratmeilen) behaupteten alle drei Staaten ihren unverkürzten Besitzstand und zahlten nur eine mäßige Kriegskostenentschädigung; zugleich traten sie, durch jene geheimen Anerbietungen Benedettis gründlich belehrt über den Wert französischen Schutzes, den Bayern noch zuletzt angerufen hatte, mit Preußen in ein zunächst geheimes Schutz- und Trutzbündnis und stellten für den Kriegsfall ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen. Hessen-Darmstadt schloß seinen Frieden am 3. September unter ähnlichen Bedingungen; nur waren seine Gebietsverluste (die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die Kreise Biedenkopf und Vöhl) bedeutender (im ganzen etwa 20 Quadratmeilen), auch trat es mit seiner Provinz Oberhessen in den Norddeutschen Bund ein und übertrug sein ganzes Post- und Telegraphenwesen an Preußen. Mit Sachsen kam, nachdem Beust auf die bestimmte Aufforderung aller sächsischer Minister (7. August), da Bismarck mit ihm nicht verhandeln wollte, am 15. August seine Entlassung genommen hatte, der Friede erst am 21. Oktober zu stande, im ganzen nach den sächsischen Vorschlägen vom 15. August. Es zahlte 10 Millionen Taler, trat dem Nordbunde bei, übertrug ebenfalls sein Post- und Telegraphenwesen an Preußen und organisierte seine Truppen, deren tapfere Haltung nirgends mehr Anerkennung gefunden hatte, als bei ihren preussischen Gegnern, nach preussischem Muster als ein in sich geschlossenes, selbständiges XII. (königlich sächsisches) Armeekorps des norddeutschen Bundesheeres. Bis zur Vollendung dieser Umgestaltung blieben

preussische Truppen im Lande, denen sich auch die unbezwungene Bergfestung Königstein öffnete. Am 26. Oktober kehrte König Johann, von Tausenden aufs wärmste begrüßt, nach Pillnitz zurück, am 3. November hielt er seinen Einzug in Dresden. „Mit derselben Treue, so rief er seinen Sachsen in seiner Proklamation zu, mit der ich zu dem alten Bunde gestanden habe, werde ich zu der neuen Verbindung halten“, und die Wettiner haben dieses Königswort eingelöst. Der Kurfürst von Hessen verzichtete durch Vertrag vom 13. September 1866, der Herzog von Nassau durch ein Abkommen vom 18. September 1867 auf seine Regierungsrechte, nicht dagegen König Georg von Hannover, obwohl auch er, wie jene beiden Fürsten, seine Untertanen vom Eid der Treue entband.

Dieselben Erfolge der preussischen Waffen, die Deutschlands nationale Neugestaltung sicherten, brachten dem König Wilhelm auch den lange schmerzlich entbehrten Frieden mit seinem Volke. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, am 3. Juli unter dem frischen Eindrucke der ersten Siege vollzogen, kosteten der Fortschrittspartei mehr als die Hälfte ihrer Sitze. Doch der König wies jeden Versuch der konservativen Partei, diese überaus günstige Lage zu einer Verfassungsänderung zu benutzen, weit von sich, eröffnete vielmehr am 5. August den Landtag mit einer Thronrede, in der er, der ruhmgekrönte Sieger, ohne eine Spur von Siegerstolz, mit demütigem Hinblick auf die göttliche Beihilfe und mit dem schlichten Hinweis auf die glänzenden Leistungen des neuen Heeres die Volksvertretung um nachträgliche Genehmigung der bisher verweigernten Heeresausgaben, um Indemnität, ersuchte. Das Abgeordnetenhaus aber bekannte, daß die Volksmeinung vom „Konflikt“ nichts mehr wissen wolle und sich während desselben gründlich geirrt habe, und nahm am 3. September das Indemnitätsgesetz mit 230 gegen 75 Stimmen an. Am 25. September bewilligte es der Regierung noch einen außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Talern für Heer und Flotte, im November noch 1½ Millionen Taler zu Dotationen für Graf Bismarck, Roon, Moltke und einige andere Generale. In denselben Tagen, in denen die siegreichen Truppen ihren Triumphzug in Berlin hielten, den zweiten binnen zwei Jahren (20. bis 22. September), unterzeichnete der König am 20. September das Gesetz über die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. Von 5067 Gemeindeflecken mit etwa 19 Millionen Einwohnern wuchs dadurch und durch die Annexion Schleswig-Holsteins (12. Januar 1867) der preussische Staat auf fast 6400 Quadratmeilen mit 25½ Millionen Einwohnern; erst jetzt hatte er die unentbehrliche Einheit seines Gebietes gewonnen und an der Nordsee Fuß gefaßt.

Der Bann, den die Verbindung mit einer halbfremden Macht solange auf Deutschland gelegt hatte, war gebrochen, die deutsche Frage war gelöst. Doch noch galt es, auf dem geebneten Grunde den Neubau aufzuführen. Zunächst hatte Preußen am 18. August 1866 mit den norddeutschen Kleinstaaten bis zur endgültigen Ordnung der Dinge ein Schutz- und Trutzbündnis auf ein Jahr abgeschlossen, dem beide Mecklenburg am 21. August, Hessen-Darmstadt und Sachsen nach Maßgabe ihrer Friedensverträge beitraten. Am 15. Oktober wurde das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 für den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes verkündet.

Die Be-  
endigung  
des Kon-  
flikts in  
Preußen  
und die  
Gebiets-  
erwerbungen.

Die  
Gründung  
des Nord-  
deutschen  
Bundes.

Den Entwurf zu der neuen Bundesverfassung diktierte Graf Bismarck, alle andern Vorschläge kurz bei Seite schiebend, seinem Vertrauten Lothar Bucher in die Feder, und am nächsten Tage, am 15. Dezember, legte er ihn den Gesandten der Verbündeten vor, bei denen er mit wenigen Abänderungen Annahme fand. Am 12. Februar 1867 wurden im ganzen Bundesgebiet die Wahlen nach allgemeinem und direktem Wahlrecht vollzogen, und am 24. Februar eröffnete König Wilhelm, umgeben von allem Prunke seiner Würde, im Weißen Saale des königlichen Schlosses den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer von patriotischem Schwunge und stolzem Selbstgefühl getragenen Thronrede. Da die Mehrheit der Versammlung aus Männern der neugebildeten Mittelparteien, der Nationalliberalen und Freikonservativen bestand, so gelangte, allerdings nicht ohne lebhafteste Debatten namentlich über das Bundesheerwesen, die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit 230 gegen 53 Stimmen am 16. April 1867 zur Annahme und wurde am 17. April verkündet. Sie stellte an die Spitze einen Bundesrat aus den Bevollmächtigten der Regierungen unter dem Vorsitz Preußens als den Vertreter der Gesamtsouveränität der Einzelstaaten mit einer an den weiteren Rat des alten Bundestages (s. S. 313) anknüpfenden Stimmenverteilung (Preußen 17, Sachsen 4 Stimmen u. s. f.), ihm zur Seite einen Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen, übertrug die oberste Leitung der Bundesangelegenheiten dem Bundeskanzler (Graf Bismarck seit 14. Juli), schuf ein einheitliches Bundesheer auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht unter dem erblichen Oberbefehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn, vorbehaltlich der besonderen Militärkonventionen mit den einzelnen Staaten, und eine einheitliche Kriegsflotte unter preussischem Oberbefehl mit der schwarzweißroten Flagge, die auch die Handelsmarine künftig zu führen hatte. Post- und Telegraphenwesen, die Gesetzgebung über einzelne Teile des Rechts (Heimatsrecht, Straf-, Obligationen-, Handels- und Wechselrecht,) und über das gerichtliche Verfahren, endlich die Vertretung im Auslande (vorbehaltlich des Rechts der einzelnen Bundesfürsten, Gesandte abzuschicken und zu empfangen) gingen an den Bund über. Mehr als zwei Drittel des außerösterreichischen Deutschland, 7500 Geviertmeilen mit fast 30 Millionen Menschen, waren in allen wesentlichen Dingen unter bündisch-monarchischen Formen zu einem festen Ganzen vereinigt.

Die Neugestaltung Österreichs.

Gleichzeitig suchte auch Österreich durch den längst geplanten Ausgleich mit Ungarn zu einer neuen Ordnung zu gelangen. Schon am 30. Oktober 1866 trat deshalb der frühere sächsische Minister F. F. von Beust, der den Überlieferungen der österreichischen Politik unbefangener gegenüberstand, in das Ministerium ein, am 7. Februar 1867 übernahm er an Belcredi's Stelle den Vorsitz, am 8. Februar vollzog er durch die Anerkennung der Verfassung von 1848 den Ausgleich mit Ungarn, dem die glänzende Königskrönung Franz Josephs in Ofen am 8. Juni die Weihe gab. Die „Königreiche und Länder“ diesseits der Leitha wurden ihrerseits mit Galizien und Dalmatien unter dem sehr liberalen Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 zu einem abgesonderten Staate (mit einem verantwortlichen Ministerium und einem Reichsrat in zwei Häusern) vereinigt, der nun auch das viel angefochtene Konkordat ohne die Zustimmung Roms durch das Gesetz vom





23. Mai 1868 in liberalem Sinne abänderte. Beide Hälften der österreichisch-ungarischen Monarchie bildeten indes ein Zollgebiet und hatten das Auswärtige, die Finanzen und das Heer gemeinsam. Die Armee wurde durch das Gesetz vom 5. Dezember 1868 auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht (mit zehnjähriger Dienstpflicht in der Linie) reorganisiert und durch eine Landwehr (in Ungarn Honvéd) unter zwei „Landesverteidigungsministern“ ergänzt. Die Leitung dieser gemeinsamen Angelegenheiten übernahm ein Reichsministerium unter dem nunmehrigen Reichskanzler von Beust, denen die österreichische und die ungarische Delegation, je 60 Mitglieder des österreichischen Reichsrats und des ungarischen Reichstags, zur Seite trat. So wurde der Dualismus Maria Theresias in modern konstitutionellen Formen wiederhergestellt. In Ungarn sicherte sich der magyarische Adel auch jetzt die Herrschaft unter liberalen Formen. In Österreich glaubte der mit dem Ministerium Auersperg zunächst zur Regierung berufene Liberalismus des deutschen, stark mit jüdischen Elementen versehenen Bürgertums durch liberale Institutionen die Nationalitäten mit der Herrschaft der Deutschen versöhnen zu können, doch das erwies sich bald als Irrtum, und so ging der Kaiserstaat neuen, unabsehbaren Kämpfen entgegen.

Inzwischen vollzog sich die Ausgestaltung Preußens und des Norddeutschen Bundes. Hunderttausende deutscher Männer innerhalb und außerhalb Preußens hatten die Erfolge von 1866 als die Erfüllung langgehegter Hoffnungen freudig begrüßt, aber daß die Volkstimmung überall sich mit der neuen Ordnung der Dinge befreundet hätte, daran fehlte noch viel. Denn die Lösung der deutschen Frage war eben nur durch Gewalt möglich gewesen und im Widerspruch mit weitverbreiteten Anschauungen, tiefgewurzelten Empfindungen und mannigfachen Interessen, auch fehlte es nicht an Mißgriffen der preussischen Behörden. Mit zäher Abneigung standen die Hannoveraner und die Holsteiner ihrer Mehrzahl nach der preussischen Herrschaft gegenüber, in Kurhessen widersetzte sich ihr ein guter Teil der evangelischen Geistlichkeit, in Sachsen hatte der alte Sondergeist durch die Ereignisse der letzten Jahre neue Nahrung erhalten, und eben in diesem dichtbevölkerten Industrie-lande wuchs mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Reichstagswahlen die Sozialdemokratie rasch zu einer gefährlichen Macht empor. Auch von außen wurde die Unzufriedenheit wach erhalten, namentlich in Hannover und Kurhessen.

Aus-  
gestaltung  
Preußens  
und des  
Nord-  
deutschen  
Bundes.

König Georg, der in Hietzing bei Wien seinen Wohnsitz genommen hatte, bildete sogar aus alten hannöverschen Soldaten eine völlig militärisch organisierte „Welfenlegion“ von etwa 1400 Mann, die erst in Holland, dann in Österreich, endlich in Frankreich untergebracht wurde und offenbar bestimmt war, beim Ausbruche eines deutsch-französischen Krieges Hannover zum Aufstande zu bringen. Als er auch nach dem Vertrage mit Preußen (29. September 1867), in dem er eine sehr ansehnliche Abfindungssumme (16 Millionen Taler) annahm, diese Bestrebungen fortsetzte und in Paris eine besondere Zeitung (La Situation) dafür gründete, belegte die preussische Regierung endlich sein ganzes in Preußen befindliches Vermögen durch Verordnung vom 2. März 1868 und durch Gesetz vom 15. Februar 1869 mit Beschlagnahme. Dasselbe Schicksal traf aus ähnlichen Gründen den Kurfürsten von Hessen, der in Prag lebte.

Doch allmählich entwaffnete die unerschütterliche Vertragstreue und die weise Schonung, die Preußen seinen kleinen Bundesgenossen erwies, das anfängliche Mißtrauen mancher regierenden Kreise, und das Bewußtsein, nunmehr einem großmachtvollen Ganzen anzugehören, vereinigte sich mit der ehrwürdigen Persönlichkeit König Wilhelms und der immer gewaltiger hervortretenden Größe Graf Bismarcks, um immer breitere Schichten des norddeutschen Volkes für die neue Ordnung zu gewinnen, die nun rasch und sicher emporwuchs. Am 1. Oktober 1867 traten die drei neuen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau (mit Frankfurt a. M.) unter die preussische Verfassung, wobei sie ihre Landtage und vielfach auch ihre teilweise vortrefflichen Verwaltungseinrichtungen behielten. Das preussische Heerwesen wurde überall energisch durchgeführt, so daß Preußen die Militärverwaltung in allen kleinen Staaten selbst übernahm, wobei dem Landesfürsten überall die Ehren und Rechte eines kommandierenden Generals verblieben; nur Sachsen behielt seine selbständige Kriegsverwaltung. So erwuchsen neben den neun alten preussischen Korps vier neue: das IX. (Schleswig-Holstein, Mecklenburg, die Hansestädte), X. (Hannover), XI. (Hessen-Nassau mit der 23. hessen-darmstädtischen Division) und XII. (Königreich Sachsen). Dabei wurde die Landwehr II. Aufgebotes ganz aufgehoben und die Gesamtdienstpflicht in der Landwehr auf fünf Jahre festgestellt. Die preussische Flotte ging an den Norddeutschen Bund über und hißte am 1. Oktober 1867 dessen Flagge, Kiel und Heppens wurden Bundeskriegshäfen; der letztere, dessen gewaltige Anlagen König Wilhelm am 17. Juni 1869 einweihte, erhielt nach ihm den Namen Wilhelmshaven. Ebenso wurde die Einheit der norddeutschen Post- und Telegraphenverwaltung durch die Einverleibung der einzelstaatlichen und der thurn- und tarischen Posten am 1. Januar 1868 hergestellt. Für die Rechtsprechung in Handelsfachen verfügte das Gesetz vom 12. Juni 1869 die Errichtung des Oberhandelsgerichts in Leipzig, und die Einheit des materiellen Rechtes wurde mit dem Strafgesetzbuch vom Mai 1870 auf einem der wichtigsten Gebiete begründet.

Das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten.

Schwieriger gestaltete sich das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten. Dort widerstrebten die grundsätzlichen Partikularisten, vornehmlich die bayrischen Ultramontanen und die Demokraten der württembergischen Volkspartei, jeder Annäherung an den Norddeutschen Bund, der den einen zu preussisch, den anderen zu protestantisch, den dritten zu monarchisch und zu militärisch war. Von den Regierungen hatte nur die badische den Anschluß im Auge; hier übertrug Großherzog Friedrich schon am 27. Juli 1866 dem bisherigen Handelsminister Karl Mathy, einem der bewährtesten deutschen Patrioten, den Vorsitz im Ministerium († 3. Februar 1868). In den schwierigen Verhältnissen Bayerns mußte es schon als etwas Großes gelten, daß der junge König Ludwig II. (1864—1886) an Stelle von der Pfordtens am 31. Dezember 1866 den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst berief. Nur durch die Drohung, die durch den Krieg völkerrechtlich aufgelösten Zollvereinsverträge zu kündigen, erreichte Preußen am 8. Juli 1867 den Abschluß des von ihm vorgeschlagenen neuen Zollvertrags auf zehn Jahre. Nach diesem sollte die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, sowie über die damit eng zusammenhängende Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks fortan durch

den Norddeutschen Bundesrat und Reichstag ausgeübt werden, die für diesen Fall durch süddeutsche Bevollmächtigte oder Abgeordnete zum Zollbundesrat und Zollparlament ergänzt wurden. Damit aber verband sich die Forderung an die süddeutschen Landtage, auch die Schutz- und Trutzbündnisse vom August 1867 anzunehmen, da nur unter dieser Bedingung der Norddeutsche Bund die Zollgemeinschaft fortsetzen zu wollen erklärte. Nachdem im Oktober 1867 die Landtage von Hessen-Darmstadt und Baden die entsprechenden Anträge ohne Schwierigkeit, die von Bayern und Württemberg dagegen nur unter lebhaftem Widerstreben angenommen hatten, trat am 27. April 1868 in Berlin das erste Zollparlament zusammen, das <sup>1868.</sup> zum erstenmale süddeutsche Volksvertreter nach der verschrieenen preussischen Hauptstadt führte. Das beste Ergebnis für die nationale Sache war die persönliche Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschen, und wenn Graf Bismarck der furchtsamen Warnung eines württembergischen Abgeordneten vor Frankreich stolz entgegenrief: „Ein Apell an die Furcht findet in deutschen Herzen kein Echo!“, so klang ihm von der anderen Seite das schöne, hoffnungsfreudige Wort des bayrischen Schwaben Völk entgegen: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!“ Sofort nötigten nun aber die Schutz- und Trutzbündnisse die süddeutschen Staaten, trotz heftigen Widerstandes in ihren Landtagen, die preussischen Heereseinrichtungen im wesentlichen einzuführen. Doch tat das nur Baden mit ganzer Folgerichtigkeit, so daß seine Truppen einfach eine Division des norddeutschen Heeres bildeten, während Württemberg sich noch mit der zweijährigen Dienstzeit begnügte. Dagegen scheiterten die schwachen Versuche Bayerns zur Begründung eines süddeutschen Bundes nicht nur an der gegenseitigen Eifersucht der Einzelstaaten, sondern auch an der ablehnenden Haltung Badens, das vielmehr den einfachen Eintritt in den Norddeutschen Bund erstrebte und schon im November 1867 in Berlin beantragte. Doch lehnte Graf Bismarck ihn damals ebenso ab, wie er später im Februar 1870 einen aus dem Norddeutschen Reichstage kommenden Antrag (E. Lascher) zurückwies, weil er keinen Druck auf die übrigen süddeutschen Staaten ausüben und die bekannte „berechtigte Empfindlichkeit“ Frankreichs aus guten Gründen noch schonen wollte. So blieb es bei dem Notwendigsten, der wirtschaftlichen und militärischen Einigung Nord- und Süddeutschlands, die freilich immer noch mehr bedeutete, als die alte Bundesverfassung, und ungehört verklang noch der Ruf E. Geibels an die widerstrebenden Süddeutschen:

„Nun steht das Haus gegründet  
Und prangt im Frührotschein;  
Nun ist das Wort verkündet:  
Kommt her und tretet ein!“

Kein Wunder, wenn mancher wackere Vaterlandsfreund im Norden wie im Süden bitter darüber zürnte und klagte, daß die Errichtung des Norddeutschen Bundes nicht den Grund zu der ersuchten Einheit Deutschlands gelegt, sondern die Nation nur ärger zerrissen habe, als sie vorher gewesen sei. Die so dachten, verkannten ebensowohl das Wesen des aufgelösten Deutschen Bundes, wie die ungeheuren Schwierigkeiten, in der Mitte des Weltteils, umgeben von eifersüchtigen Nachbarn, ein zerrissenes, als Ganzes ohnmächtiges und mißachtetes Volk in eine

Stimmungen.

Großmacht zu verwandeln. An der idealistischen Unterschätzung dieser Hemmnisse war die Bewegung der Jahre 1848/49 nicht zum wenigsten gescheitert; ihre Bewältigung konnte nur einem Staatsmanne von der Größe des Grafen Bismarck und einem starken Königtume im Bunde mit einer unwiderstehlichen Volkserhebung gelingen.

Die Entschädigungsforderungen Frankreichs.

Namentlich das Verhältnis zu Österreich und Frankreich blieb dauernd unsicher. Dort konnten weite Kreise die Niederlage von 1866 nicht verwinden, und das Ministerium Beust begegnete in Berlin von Anfang an dem entschiedensten und berechtigtesten Mißtrauen; Napoleon III. aber verfolgte mit zäher Hartnäckigkeit in der Stille seine „Entschädigungsforderungen“. Schon im August 1866 bot er in Berlin ein Schutz- und Trutzbündnis an, so daß Preußen die Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Nordbund vornehmen, ihm selbst aber, unter Umständen mit Waffengewalt, zur Erwerbung Luxemburgs und Belgiens verhelfen sollte. Da Graf Bismarck dieses Anerbieten „dilatorisch (ausweichend)“ behandelte, schloß der Kaiser am 21. März 1867 mit dem König von Holland einen geheimen Kaufvertrag über Luxemburg ab. Auf der Stelle legte Preußen, davon noch vor dem Abschluß unterrichtet, dagegen Verwahrung ein (23. März), und um der Welt zu zeigen, daß ganz Deutschland im Falle eines Krieges gegen Frankreich zusammenstehen werde, ließ Graf Bismarck die Bündnisverträge mit den süddeutschen Staaten veröffentlichen (19. März). Der Eindruck war innerhalb wie außerhalb Deutschlands gewaltig, und einen Augenblick schien der Krieg bevorzustehen; doch Graf Bismarck wollte ihn nur führen, wenn das klarste Recht auf deutscher Seite stehe, und das war hier nicht der Fall, denn Luxemburg gehörte nicht zum Norddeutschen Bunde, und das preussische Besatzungsrecht beruhte auf dem Bestande des nun aufgelösten Deutschen Bundes. Er ging deshalb auf Beratungen der Großmächte in London (7. bis 11. Mai) ein und fügte sich deren Beschlüssen, das Großherzogtum unter der Bürgschaft der Großmächte für neutral zu erklären, die Werke der angeblich Frankreich bedrohenden Festung zu schleifen und die preussische Besatzung herauszuziehen. Aber für Napoleon war dies ein sehr unzureichender Erfolg, er knüpfte daher mit Österreich an. Im August 1867 traf er mit dem Kaiser Franz Joseph in Salzburg zusammen, zunächst, um ihm sein persönliches Bedauern über das unglückliche Ende seines Bruders, des Erzherzogs Maximilian, auszusprechen, der nach dem Abzuge der Franzosen aus Mexiko im März 1867 am 13. Mai in Queretaro durch Verrat in die Hände der Republikaner gefallen und am 19. Juni standrechtlich erschossen worden war. Zugleich aber verständigten sich beide Monarchen darüber, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund als eine Verletzung des Prager Friedens aufzufassen. Daneben behielt Napoleon seine alten Pläne bezüglich Belgiens im Auge und ließ deshalb im März 1868 durch die französische Ostbahngesellschaft über den Ankauf der belgischen Eisenbahnen unterhandeln, doch scheiterte dieser am Einspruch der belgischen Regierung.

Die innere Lage Frankreichs.

So blieben alle Bemühungen, eine Gebietsvergrößerung zu erlangen, fruchtlos; in Europa war Frankreichs Übergewicht durch die nationale Gestaltung



Italiens und Deutschlands erschüttert, in Amerika hatte das Kaisertum die schwerste moralische Niederlage erlitten, und die Schwächen des Heerwesens lagen klar vor Augen. Die französische Eitelkeit war aufs tiefste verletzt, sie sah in dem allen nicht eine naturgemäße Entwicklung, sondern nur eine Kette von Fehlern der eigenen Regierung, sie begehrte „Revanche für Sadowa!“

Aber die Last der allgemeinen Wehrpflicht auf sich zu nehmen, dazu fehlte eben den liberal gesinnten Franzosen, d. h. den besitzenden Klassen, die Selbstverleugnung; nur die Neubewaffnung des Heeres mit dem vortrefflichen Chassepotgewehr und mit den mehr gefürchteten als gefährlichen Mitrailleusen wagte der Kaiser anzuordnen (30. August 1866). Um die Klerikalen zu beschwichtigen, ließ er im Oktober 1867 <sup>1897.</sup> Rom wieder besetzen, das Garibaldi abermals mit einem Angriff bedrohte, und in dem blutigen Gefecht bei Mentana am 3. November taten die Chassepots ihre ersten „Wunder“. Um der immer stärker anschwellenden liberalen Opposition (Jules Favre, A. Thiers, E. Gambetta) entgegenzukommen, berief er schließlich ihr Haupt, Emil Ollivier, am 31. Dezember 1869 zur Bildung eines neuen Ministeriums und vollzog <sup>1869.</sup> mit ihm die „Krönung des Gebäudes“, indem er eine Reihe wenig bedeutender liberaler Verfassungsbestimmungen vorlegte und für jede Verfassungsänderung die echt bonapartistische Volksabstimmung (Plebiscit) einführte. Doch diese, eben damals über jene Vorschläge am 8. Mai 1870 vorgenommen, ergab, obwohl oder auch weil sie <sup>1870.</sup> als eine Vertrauensfundgebung für das Kaisertum bezeichnet wurde, eine immerhin erhebliche verneinende Minderheit von 1½ Millionen Stimmen gegen 7500000, darunter fast 52000 von der Land- und Seemacht.

Diese inneren Verlegenheiten, die sich aus der Natur des bonapartistischen Staatswesens und des französischen Volks ergaben, drängten den alternden und schon seit 1865 schwer leidenden Kaiser halb wider Willen dazu, durch einen großen auswärtigen Erfolg seinen wankenden Thron zu befestigen. Nach derselben Richtung trieb ihn die ganz ultramontan gesinnte Kaiserin Eugenie. Eben rüstete sich Papst Pius IX., auf dem vatikanischen Konzil (seit dem 6. Dezember 1869) das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit in Glaubenssachen zu verkünden und damit die Unterwerfung der Kirche unter das Papsttum zu vollenden, obwohl davon die deutschen Bischöfe, vor allem W. E. von Ketteler in Mainz, und der größte katholische Theologe Deutschlands, Ignaz von Döllinger, dringend abrieten. Da wäre die Niederwerfung der stärksten protestantischen Macht des Festlandes, Preußens, dem Vatikan willkommen gewesen. Ein Bündnis der beiden großen katholischen Mächte Österreich und Frankreich lag in der Richtung ihrer damaligen Politik, aber Napoleon wünschte der größten Sicherheit wegen auch Italien mit heranzuziehen, ohne doch Rom den Italienern preiszugeben, was ihm der mächtige französische Klerus, eine seiner Hauptstützen, niemals verziehen hätte, und ein Ausweg aus diesem Dilemma, Italien zu gewinnen, ohne ihm Rom, seine ungestüm geforderte Hauptstadt, zu überlassen, und Rom gegen Italien zu schützen, wollte sich nicht finden. Der Gedanke, die französische Besatzung Roms durch eine spanische zu ersetzen, zerrann mit der Verjagung der Königin Isabella im September 1868, die Spanien in einen sehr unsicheren Nachbarn für Frankreich verwandelte. Endlich wurde im Mai 1869 der Entwurf zu einem Bündnis mit Italien auf Grund der Septemberkonvention von 1864 aufgestellt. Die Unterzeichnung blieb noch aus, aber am

Die Vorbereitungen zum Kriege.

15. Mai 1870 übernahm der Herzog von Gramont, der bisherige französische Botschafter in Wien, das Ministerium des Auswärtigen. Inzwischen war der Erzherzog Albrecht, der Führer der österreichischen Kriegspartei, im März in Paris erschienen und hatte hier mit Napoleon einen gemeinsamen Feldzugsplan gegen Preußen verabredet, im Juni kam der General Lebrun zur Festsetzung der Einzelheiten nach Wien. Danach sollte ein französisches Heer von 250000 Mann den Oberrhein (bei Marau) überschreiten und am 21. Tage nach der Kriegserklärung auf der Linie Tübingen—Stuttgart stehen, ein kleineres von der Saar her gegen Mainz vorgehen. Eine gleich starke österreichische Armee sollte sich bei Nürnberg (oder in Böhmen) mit den Franzosen vereinigen, und mit ihnen gemeinsam auf Leipzig marschieren, wo man die Entscheidungsschlacht zu schlagen hoffte; die Italiener sollten über den Brenner auf München vorgehen. Der Kaiser Franz Joseph genehmigte diesen Plan, sagte aber dem General Lebrun beim Abschiede am 14. Juni, er könne nur dann am Kriege teilnehmen, wenn die Franzosen als Befreier in Süddeutschland erschienen; sonst würde Preußen Gelegenheit haben, die „neue deutsche Idee“ für sich aufzurufen, auch in Deutsch-Österreich. Man zählte aber darauf, daß die Süddeutschen nicht zum Nordbunde stehen, daß in Hannover ein Aufstand ausbrechen, daß die Truppen aus den neuen preussischen Provinzen und aus den kleinen norddeutschen Bundesstaaten sich nicht schlagen würden. Die französischen Gesandten und Agenten in Deutschland, die derlei Aussichten eröffneten, weil sie nur mit Unzufriedenen verkehrten, ahnten gar nichts von dem mächtig sich erhebenden deutschen Nationalgeist, ebensowenig wie die militärischen Kreise von der gewaltigen Streitmacht des Norddeutschen Bundes eine Vorstellung hatten, denn die ausgezeichneten Berichte des französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, des Baron Stoffel, blieben fast unbeachtet. Es kam offenbar nur darauf an, einen Kriegsvorwand zu finden, der Preußen vom übrigen Deutschland trennte.

Deutsche  
Gegenmaß-  
regeln.

In Berlin war man auf einen Krieg gegen Frankreich schon seit 1866 gefaßt und wußte längst, was im Werke sei, namentlich seit der Salzburger Zusammenkunft; nur die Liberalen, blind wie immer, wollten an eine Kriegsgefahr nicht glauben, dachten an „Abrüstung“, in Süddeutschland sogar an ein Milizheer und dergleichen. Die spanische Septemberrevolution (1868) begrüßte man deshalb mit Befriedigung, denn „mit dieser spanischen Fliege im Nacken“ könne Napoleon an keinen Krieg mit Deutschland denken. Einer der scharfsichtigsten Beobachter, den Bismarck zur Verfügung hatte, der große Kriegsschriftsteller und Historiker Theodor von Bernhardy, war seit dem Mai 1867 in Florenz, seit dem April 1869 in Madrid stationiert, und mit der italienischen Aktionspartei unter Garibaldi unterhielt Bismarck geheime Beziehungen, um sie für den Fall, daß Italien sich Frankreich anschließe, gegen Rom loszulassen und somit Italien zu lähmen. Gleichzeitig arbeitete der Generalstabschef Moltke zwischen 1867 und 1870 mehrere Pläne für den Aufmarsch der deutschen Heere aus, die immer den Krieg auf zwei Fronten, gegen Frankreich und Österreich, im Auge hatten und mindestens auf die wohlwollende Neutralität Rußlands rechneten; auch mit den süddeutschen Staaten traf

er Verabredungen, obwohl er auf deren Hilfe nicht viel gab. Unter die Vorichtsmaßregeln, die getroffen wurden, gehörte es nun auch, wenn Bismarck die Bemühungen der provisorischen Regierung des Marschalls Prim in Spanien, einen der Söhne des Fürsten Anton von Hohenzollern, zunächst den Prinzen Leopold, zur Annahme der Krone zu bestimmen, mit allen Kräften unterstützte.

Als Sprößling der seit dem 13. Jahrhundert von den fränkisch-brandenburgischen Hohenzollern getrennten und katholisch gebliebenen schwäbischen Nebenlinie (vergl. I, S. 479) war Prinz Leopold mit dem Königshause nicht verwandt, stand vielmehr durch seine Mutter Josephine, die Tochter des Großherzogs Karl von Baden und der Stephanie Beauharnais, der Stieftochter Napoleons I., (s. S. 239), den Bonaparte näher. Darüber verhandelte der spanische Staatsmann Salazar y Mazaredo schon im September 1869 mit dem Fürsten Anton in München, und zwar mit Wissen Napoleons III., der diese Kandidatur damals nicht ungern sah, schon weil sie die ihm sehr unbequeme Bewerbung eines Orleans-Montpensier abschneide. Im Februar 1870 kam Salazar nach Berlin, und nun förderte Bismarck die Kandidatur Leopolds mit allem Nachdruck, vor allem in der entscheidenden Besprechung im königlichen Schlosse beim Fürsten Anton am 15. März, an der auch der König, der Kronprinz, Moltke, Roon u. a. teilnahmen und die schließlich entschied, die Annahme der Krone sei „eine preussisch-patriotische Pflichterfüllung“, oder wie Bismarck später sagte, „eine politische Notwendigkeit“. Zugleich gingen um Ostern Bismarcks Vertrauter E. Bucher und der Major Mar von Versen nach Spanien ab, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Nach ihrer Rückkehr im Mai erklärte sich Leopold endlich zu Anfang Juni im Interesse Deutschlands zur Annahme bereit, er wiederholte das in bindender Form am 20. Juni gegenüber Salazar in Sigmaringen, und der König gab als Haupt des Gesamthauses seine Zustimmung. Die formelle Wahl durch die Cortes wurde nun auf den 20. Juli festgesetzt, am 1. Juli brachten die Madrider Blätter die Nachricht, am 3. meldete sie Prim dem spanischen Botschafter Olozaga in Madrid. Das war offenbar eine zweite „spanische Fliege“ für Napoleon. Ließ er sie sich gefallen, nun, dann war es mit der von ihm erstrebten Abhängigkeit Spaniens von Frankreich vorbei, und er hatte an der Pyrenäengrenze einen unsicheren Nachbar; schlug er los, dann, so dachte wohl Bismarck, „willst du, so mag es sein“. Rußlands war er sicher, denn König Wilhelm hatte in Ems bei einem persönlichen Zusammentreffen (2.—4. Juni) mit dem Zaren von diesem die Versicherung einer freundlichen Neutralität erhalten, wenn Frankreich losschlage. Für wahrscheinlich hielt Bismarck den Krieg in diesem Momente trotzdem nicht; er ging nach seinem pommerschen Landsitz Varzin, zwölf Eisenbahnstunden von Berlin, der König, der die ganze Angelegenheit als eine Familiensache auffaßte, begann am 20. Juni seine Brunnenkur in Ems, die meisten Minister hatten Urlaub. Zu Ende Juni sah es in Deutschland ungemein friedlich aus.

Und doch schlug Napoleon los, schwankend und zweifelnd, aber doch. Das war ja ein Kriegsvorwand, wie ihn Österreich voraussetzte, eine reindynastische Sache, die nur Preußen anging und die ihm nicht gestattete, „die neue deutsche Idee“ für

sich aufzurufen. Jedenfalls sollte Preußen gedemütigt werden, mit Krieg oder ohne Krieg. Statt sich nun an Spanien zu wenden, von wo die Kandidatur doch ausgegangen war, erklärte Gramont schon am 6. Juli in offener Kammer Sitzung, Frankreich werde niemals dulden, „daß Preußen in Spanien einen König einsetze“. In den Tagen vom 7. bis zum 11. Juli ergingen die ersten Befehle zur Aufstellung dreier Armeen, und der Marschall Mac Mahon, Gouverneur von Algerien, erhielt die Weisung, die afrikanischen Truppen einzuschiffen und selbst ein Armeekommando zu übernehmen. Graf Benedetti aber stellte dem König persönlich in Ems zweimal hintereinander, am 9. und 11. Juli, die ungebührliche Forderung, er solle dem Prinzen die Annahme der Krone kurzweg verbieten. Der Monarch, obwohl in Ems gänzlich ohne diplomatischen Beirat, wies das Ansinnen mit ruhiger Würde bestimmt zurück, da er dem Prinzen hierin nichts zu befehlen habe, Prinz Leopold aber verzichtete am 12. Juli auf die Krone, sobald er erkannte, daß Frankreich nur einen Kriegsvorwand suchte. Wollte dieses nun wirklich nichts weiter, so war mit diesem Verzicht die Angelegenheit zu Ende, und Preußen hatte eine Demütigung erlitten. Doch es wollte eben mehr. Noch am 12. Juli sprach Gramont dem norddeutschen Botschafter, dem Grafen von Werther, die Zumutung aus, der König möge brieflich dem Kaiser Napoleon sein Bedauern über diese Angelegenheit ausdrücken. In allzugroßem Entgegenkommen versprach der Botschafter, dieses Ansinnen nach Berlin zu vermitteln; doch Graf Bismarck weigerte sich, dem König das Begehren auch nur amtlich mitzuteilen und erteilte dem Gesandten auf der Stelle Urlaub. Da stellte Benedetti auf unmittelbare Weisung von Paris hin am Morgen des 13. Juli dem Monarchen, der ihn auf der Promenade anredete und ihm ein Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“ mit der Nachricht vom Verzicht des Prinzen zeigte, das neue Ansinnen, er möge auch für die Zukunft sich verbindlich machen, dem Prinzen die Annahme der spanischen Krone zu verbieten. Der König lehnte diese mehr als dreifache Zumutung aufs entschiedenste ab und ließ dem Botschafter, als er am Nachmittage nochmals erschien, durch seinen diensttuenden Flügeladjutanten, den Grafen Lehndorff, sagen, er habe ihm nichts weiter mitzuteilen, die Verhandlungen müßten nunmehr durch die Ministerien gehen. Zugleich ließ er durch seinen Geheimrat H. Abeken den ganzen Vorgang an Bismarck telegraphieren, der am Abend des 12. Juli, beunruhigt durch die Wendung der Dinge und von Depeschen überschüttet, von Varzin in Berlin eingetroffen war, um zum König nach Ems zu gehen. Über den Verzicht des Prinzen, den er als eine „französische Ohrfeige“ empfand, tief verstimmt, lud Bismarck für den 13. nachmittags Molke und Roon zu Tisch. Da kommt zwischen 6 und 7 Uhr Abekens lange Depesche an mit der Ermächtigung, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung zu veröffentlichen. Niedergeschlagen hören die drei Herren sie an, denn die Unterhandlungen erschienen damit nicht als abgebrochen, die Zurückweisung nicht als endgültig. Da setzt sich Bismarck mit der Depesche an ein Marmortischchen, um sie für die Veröffentlichung zu redigieren. In diesen weltgeschichtlichen Minuten geht ihm eine Fülle von Erwägungen durch das Haupt: die unerwartete Gelegenheit, die Demütigung heimzuzahlen, die einigende Wirkung eines großen



nationalen Krieges, die Unfertigkeit der feindlichen Koalition und ihrer Rüstung, und mit dem vollsten Bewußtsein, daß er damit den Krieg herbeiführe, streicht er die Depesche in die wenigen Sätze zusammen, die Benedettis Zurückweisung als unbedingt und endgültig erscheinen ließen.<sup>\*)</sup> „Vorhin klang es wie eine Chamade, jetzt wie eine Fanfare“ bemerkte Moltke, und noch in der Nacht flog die „Ems-Depesche“ an alle Gesandten Preußens und des Norddeutschen Bundes, am 14. Juli stand sie in allen Zeitungen. „Das ist der Krieg“, sagte König Wilhelm betroffen, als er sie las, und er war es. Am demselben Tage spät gegen Mitternacht beschloß in St. Cloud der französische Ministerrat, da der Kriegsminister Leboeuf prahlend versicherte, er sei „erzbereit“, den Krieg, obwohl der Kaiser selber bis zuletzt widerstrebt und den Beschluß endlich mehr zuließ als wollte. Am 15. Juli erklärte dann Gramont in der Kammer, der er die Abweisung Benedettis als eine Beleidigung Frankreichs, die Urlaubserteilung an Graf Werther als einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen darstellte: „Wir sind bereit, den Krieg, den man uns bietet, aufzunehmen.“ Mit Jubel vernahmen die Volksvertreter diese Ankündigung, mit 246 gegen 10 Stimmen bewilligten sie den geforderten Kriegskredit, der Senat sogar einstimmig, und am Abend durchzogen tobende Haufen die Straßen der Hauptstadt unter dem Rufe: „nach Berlin! nach Berlin!“ Nicht um die Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien, sondern um die deutsche Einheit zu verhindern, ging Frankreich in den Kampf.

In Deutschland hatte man an eine solche Möglichkeit anfangs kaum glauben wollen. Aber als Bismarcks Telegramm über die Szenen in Ems am 14. Juli die Sachlage hell beleuchtete, da brauste überall die Entrüstung auf über die französische Unmaßung, und nur ein Gedanke, daß der Angreifer zu Boden geschmettert werden müsse, erfüllte die Herzen. Das trat dem König Wilhelm erhebend entgegen, als er am 15. Juli über Kassel, Göttingen und Magdeburg nach Berlin zurückreiste. Überall empfingen ihn dichte Menschenmassen mit hellem Zuruf, und als er nun am Abend in seine Hauptstadt einfuhr, da drängten sich Tausende und wieder Tausende in den Straßen und vor seinem Palais. Die Klänge des „Heil Dir im Siegerfranz“ und des Preußenliedes kreuzten sich, bis sich endlich über allem wie ein Sturmgesang das Kampflied dieses Krieges erhob, „die Wacht am Rhein“. Noch in der Nacht wurden die entscheidenden Beschlüsse gefaßt, und am Morgen des 16. Juli brachten die Zeitungen die kurze, inhaltschwere Depesche: „Die Mobilisierung der gesamten Armee des Norddeutschen Bundes ist angeordnet.“

An demselben Tage trat der Bundesrat zusammen, am 19. Juli der Reichs-

Die  
Erhebung  
Deutsch-  
lands.

\*) „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der f. französischen Regierung von der kgl. spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Se. Maj. hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Maj. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“

tag Es war der Todestag der Königin Luise. Vor sechzig Jahren hatte der dreizehnjährige Prinz Wilhelm schluchzend am Sterbelager seiner Mutter gekniet; heute stand der dreiundsiebzigjährige Greis als König, umwozt von der Begeisterung seiner ganzen Nation, vor ihren Vertretern und legte ihnen in gewaltiger, alles erschütternder und fortreißender Thronrede, elfmal von lautem Beifall unterbrochen, die Lage dar. „Wir werden“, so schloß er, „nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war.“ Dann trieb es ihn hinaus nach dem stillen Tempel im Charlottenburger Park an das Grab der Mutter, und im frommen Gedächtnis an die Unvergeßliche erneuerte er an demselben Tage den Orden vom Eisernen Kreuze. In derselben Stunde überreichte der französische Geschäftsträger dem Grafen Bismarck die amtliche Kriegserklärung. Sie war das erste Aktenstück in dieser ganzen Angelegenheit, das der Bundeskanzler dem Reichstage mitteilte. Straff aufgerichtet stand die mächtige Gestalt, in den Jüngen leuchtete es hellfreudig und kühn, als der brausende Jufuf der Volksvertreter und der vollgedrängten Gallerien ihm bezeugte, daß die Nation hinter ihm stehe; das Werk seines Lebens nahte der Vollendung. Debattelos bewilligte darauf der Reichstag eine Anleihe von 100 Millionen Talern für den Krieg und vertagte sich hierauf schon am 21. Juli.

Und nun trat herrlich die Bundestreue des deutschen Südens zutage. Einmütig beantworteten die Regierungen die französischen Anfragen mit dem Hinweis auf ihre Bundespflicht, schon am 16. Juli riefen König Ludwig II. von Bayern und Großherzog Friedrich von Baden ihre Truppen unter Waffen, am 17. Juli König Karl von Württemberg. In Karlsruhe und Darmstadt bewilligten die Landtage ausstandslos den geforderten Kriegskredit, in München und Stuttgart riß die patriotische Erregung auch die Mehrzahl der Ultramontanen und Demokraten zu gleichem Tun mit fort, und von allen Seiten, aus allen Teilen Deutschlands, ja Europas und des Erdballs, überallher, wo Deutsche wohnten, flogen die Telegramme und Adressen nach Berlin, zustimmend, glückwünschend, reiche Spenden verheißend. Alle Stämme, alle Parteien flossen in eins zusammen; der große, lange und heiß ersuchte Augenblick war gekommen, da der Dichter sagen konnte:

„Vergessen ist der alte Spahn, das deutsche Volk ist eins!“

Der Aufmarsch der deutschen Heere.

Derweilen eilte Deutschlands junge Männerkraft zu den Waffen; von den Alpen bis zum Meere, in einer Ausdehnung wie nie zuvor, ein überwältigendes, hintereißendes Schauspiel. Bis zum August stellte der Norddeutsche Bund im ganzen 982000 Mann mit 209000 Pferden auf, Bayern 129000 Mann mit 24000 Pferden, Württemberg 37000 Mann mit 8800 Pferden, Baden 35000 Mann mit 8000 Pferden. Der regelmäßige Verkehr wurde eingestellt, auf dreizehn großen Linien rollten die Militärzüge Tag und Nacht gen Westen, Wehmut und Jubel zugleich begrüßte die ausrückenden und durchfahrenden Regimenter allerorten, freundliche Spenden und herzliche Wünsche gaben ihnen das Geleit. Denn da war keiner, der nicht einen Sohn, einen Bruder, einen Verwandten, einen Freund dabei gehabt

hätte. Zugleich trat die großartige Organisation der freiwilligen Krankenpflege in Wirksamkeit. Generalgouverneure übernahmen in den einzelnen Provinzen und Landschaften die Oberleitung; über die westlichen Grenzlande und die Küstengebiete wurde am 21. Juli der Kriegszustand verhängt, die Seezeichen wurden aufgenommen, die Leuchtfeuer eingezogen, die Küstenbatterien besetzt, die Hafeneingänge mit Seeminen u. a. gesperrt. Das Panzergeschwader, das unter Prinz Adalbert eine Übungsfahrt nach dem atlantischen Ozean angetreten hatte, erhielt im Kanal den Befehl zur Heimkehr und erreichte am 16. Juli glücklich Wilhelmshaven. Zur Deckung dieses kaum noch befestigten Platzes legte es sich östlich von Wangeroo vor Anker, andere kleine Geschwader deckten die übrigen Häfen; in der Nordsee kommandierte Kontreadmiral Jachmann, in der Ostsee Kontreadmiral Heldt. Im ganzen standen an Dampfern 9 größere Schiffe, darunter 5 Panzer, 2 Aviso's, und 20 Kanonenboote mit 10000 Mann Marinemannschaften zur Verfügung.

Die deutsche Heeresaufstellung mußte sich natürlich nach der allgemeinen politischen Lage richten. Siemlich sicher glaubte man einer feindlichen Landung an der Nordküste entgegensetzen zu müssen, da in Dänemark alles zum Anschluß an Frankreich drängte und ein französisches Korps von 30000 Mann dazu bestimmt war, mit der dänischen Armee, gestützt auf die überlegene französische Flotte, gegen Deutschland vorzugehen. Daher standen längs der Küste etwa 90000 Mann Linie, Landwehr und Ersatztruppen unter dem Großherzog von Mecklenburg, der sein Hauptquartier in Hamburg nahm, zur Abwehr bereit. Von Rußland durfte man dagegen unter Umständen sogar Beihilfe erwarten; denn Kaiser Alexander erklärte jetzt, er werde, wenn eine andere Macht außer Frankreich Deutschland angreife, gegen sie das Schwert ziehen. Vor allem deshalb proklamierte Österreich, obwohl es seine Reserven einberief und andere Zurüstungen traf, am 18. Juli seine Neutralität, und Graf Beust mußte sich in der Depesche vom 20. Juli an den österreichischen Botschafter in Paris, Fürst Paul Metternich, mit der Zusicherung begnügen: „Wir betrachten die Sache Frankreichs als unsere eigne und wir werden zu dem Erfolge seiner Waffen bis an die äußerste Grenze des Möglichen beitragen.“ Zur Vorsicht blieben indes zwei deutsche Armeekorps vorläufig zurück, das II. bei Berlin, das VI. bei Breslau. Italien wagte sich nicht zu rühren, da ein neuer Ansturm der nationalen Demokratie auf Rom vorbereitet wurde und proklamierte am 24. Juli ebenfalls die Neutralität. So konnte fast die ganze deutsche Feldarmee nach der Westgrenze geworfen werden. Binnen elf Tagen stand sie in der imponierenden Stärke von etwa 480000 Mann links des Rheins, nach Moltkes Pläne in drei Heere gegliedert, zum Angriff fertig. Die erste Armee unter Steinmetz (I., VII., VIII. Korps) sammelte sich um Coblenz, die zweite (III., IV., X., XII., später auch noch II. und IX. Korps) unter Prinz Friedrich Karl um Mainz, die III. Armee (V., XI., später noch VI. Korps, und sämtliche Süddeutsche) unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen um Landau in der Rheinpfalz. Mit Jubel hatten ihn die Süddeutschen begrüßt, als er am 26. Juli nach München eilte, um den Oberbefehl zu übernehmen; seine echt germanische Siegfriedsgestalt, sein ritterliches Wesen, seine einfache Liebenswürdigkeit gewannen ihm im Fluge die Herzen des Volkes und der Krieger Süddeutschlands.

Der  
französische  
Aufmarsch.

Während nun längs der Grenze feste Streifzüge und Reiterstückchen den Aufmarsch des deutschen Heeres verhüllten, blieben die Franzosen zur allgemeinen Überraschung unbeweglich. Die „Rheinarmee“ sammelte sich um Metz, eine andere um Straßburg unter Mac Mahon, eine dritte im Lager von Chalons. Alle zusammen zählten nur etwa 300 000 Mann mit 800 Geschützen, und im ganzen standen nur 400 000 Mann für den Felddienst wirklich zur Verfügung. Den Oberbefehl übernahm der Kaiser selbst. Aber als er am 28. Juli von St. Cloud nach Metz abreiste, ahnte er bereits, daß er „einem vernichtenden Unglück“ entgegengehe. Denn von seinen Voraussetzungen traf nicht eine zu. Österreich und Italien rührten sich nicht, das französische Heer war ungleich schwächer als das feindliche, die Ausrüstung war vielfach so mangelhaft und der Aufmarsch ging so langsam, daß weder von der Durchführung des ursprünglichen Planes, zwischen Germersheim und Rastatt den Rhein zu überschreiten und so den Süden vom Norden zu trennen, die Rede sein konnte, noch von der Sendung eines Landungskorps nach Dänemark; nur ein Geschwader von 7 Panzerfregatten segelte am 24. Juli von Cherbourg aus. Dazu kam weder der Abfall Süddeutschlands noch ein Aufstand in Hannover.

Am Abend des 31. Juli fuhr König Wilhelms schlichter Wagen die Linden hinunter zum Bahnhofe durch die Tausende, die ihn grüßend umdrängten, beim Anblick des greisen Helden in tiefster Seele erschüttelt von Sorge und Hoffnung. Am 2. August übernahm er in Mainz den Oberbefehl über die gesamte deutsche Streitmacht. „Es gilt die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein!“ so rief sein Tagesbefehl den Truppen zu.

Der Ein-  
marsch in  
Frankreich.

Drüben aber schlug schon jetzt die Vergeltung den unseligen Urheber des Krieges. Die mißleitete Volkstimmung hatte Napoleon III. in den Krieg getrieben, er war ihr Sklave und mußte den Angriff eröffnen, weil er die Wahrheit nicht gestehen durfte. Am 2. August entriß sein 2. Korps Frossard unter den Augen des Kaisers und seines jugendlichen Thronfolgers der schwachen Besatzung (einem Bataillon und drei Schwadronen Mannen unter Oberstleutnant von Pestel) nach zähem Widerstande Saarbrücken. Aber während Paris illuminierte und sich in verfrühter Siegesfreude berauschte, überschritt die dritte Armee am grauenenden Nebelmorgen des 4. August von Landau her die Nordgrenze des Elsaß. Im heißen Ringen um das befestigte Weißenburg und den seitwärts liegenden Geisberg schlugen Schlesier und Bayern die vorgeschobene Division Abel Douay aufs Haupt; der General selber fiel. Darauf nahm Mac Mahon mit 45 000 Mann eine sehr feste Stellung hinter dem tiefen Tale der Sauer westlich vom Städtchen Wörth auf den Höhen von Fröschweiler und Elsaßhausen. Da Regengüsse am 5. August den Boden völlig aufweichten, so wollten der Kronprinz und sein Generalstabschef Alfred von Blumenthal am nächsten Tage keinen ernstlichen Kampf, allein die Vortruppen des V. Korps (Kirchbach) begannen am Morgen des 6. August ein lebhaftes Feuergefecht, das dann nicht wohl abgebrochen werden konnte, und so entwickelte sich gegen Mittag auf der ganzen Linie die Schlacht. Nur sehr langsam gewannen die Deutschen Boden; endlich in der vierten Nachmittagsstunde erstürmten in unwiderstehlichem, umfassendem Anlauf



Preußen, Bayern und Schwaben vereint Elßhausen und Fröschweiler; die Kürassierbrigade Bonnemains, die Mac Mahon ihnen noch zuletzt entgegenwarf, schmolz vor dem Schnellfeuer des 95. Regiments bis auf ein Drittel ihres Bestandes zusammen. Fast nur aufgelöste Trümmer rettete Mac Mahon über Zabern nach Nancy, andere Haufen flüchteten südwärts nach Straßburg. In denselben Stunden zwang das Ungestüm der Vortruppen der heranrückenden ersten Armee dem Korps Frossards bei Saarbrücken den Kampf auf, den ihr unaufhaltsamer Andrang nach tapferstem Widerstande und unter den herbsten Verlusten mit der Erstürmung der steilen Spicherer Höhen südlich der Stadt beendete. Der ganze Kampf war strategisch überflüssig, da nach dem Siege bei Wörth die Kronprinzliche Armee Frossard im Rücken gefaßt und also zum Abzuge gezwungen hätte, allein der moralische Eindruck dieser drei Siege in drei Tagen wirkte doch in Deutschland wahrhaft hinreißend, im Auslande betäubend und einschüchternd; die letzten noch zurückgehaltenen Korps konnten jetzt unbesorgt nach dem Westen entsendet werden.

In Paris herrschte die größte Aufregung. Der Belagerungszustand wurde verhängt, am 9. August trat das Ministerium Ollivier zurück und machte dem Grafen Palicaud-Montauban Platz. Neue Rüstungen wurden auf der Stelle angeordnet, und um doch eine Vergeltung an den Siegern zu üben, am 12. August alle Deutschen rücksichtslos aus ganz Frankreich ausgewiesen. Die Franzosen wichen nach Metz zurück, wo sich am 14. August fünf Korps mit 540 Geschützen (einschließlich 84 Mitrailleusen) sammelten, die starke Besatzung der Festung ungerchnet. Den Oberbefehl hatte schon am 12. August Marschall Bazaine an Stelle des Kaisers übernommen, der selbst nach Chalons ging. In dem Schwanken, ob das Heer zur Vereinigung mit Mac Mahon nach Chalons zurückweichen oder bei Metz bleiben sollte, vergingen kostbare Tage. Obwohl der unfertige Zustand der Festung, namentlich der neuen Außenforts, und die Rücksicht auf die Aufregung der Hauptstadt den Rückzug widerrieten, so wurde er endlich doch am 14. August in der Richtung auf Verdun angetreten. Es war schon zu spät. Denn während die dritte deutsche Armee, die Reste der Franzosen vor sich hertreibend, ohne eigentlichen Widerstand den Wasgenwald überschritt und schon am 16. August Nancy besetzte, war die erste Armee am 15. bis auf wenig Stunden von Metz vorgeedrungen, die zweite, noch völlig unversehrt, hatte mit dem großen Hauptquartier Pont-à-Mousson an der Mosel südlich von Metz erreicht, sie stand also den Franzosen schon in der linken Flanke, und bereits hatte die Heeresleitung den Beschluß gefaßt, ihnen den Rückzug nach Verdun abzuschneiden. Statt nun ungesäumt abzuziehen, ließ Bazaine etwa anderthalb Meilen östlich von Metz bei Courcelles drei seiner Korps sich in ein blutiges Treffen mit dem I. und VII. deutschen Armeekorps verwickeln, das nach heißem Kampfe gegen Abend mit dem Rückzuge der Franzosen bis unter die Wälle der Festung endete und den Abmarsch der ganzen Armee um mindestens vierundzwanzig Stunden verzögerte. Deshalb gab Prinz Friedrich Karl noch am Abend des 15. August seinen sämtlichen Korps Befehl, mit allen Kräften nach der Straße vorzugehen, die von Metz her durch das tiefe Tal der Mance die Hochebene ersteigt und dann über Gravelotte, Rezonville, Dionville und Mars-la-Tour westwärts zieht.

Die  
Schlachten  
um Metz.

Längs dieser Straße standen am Morgen des 16. August erst drei französische Korps, als die Brandenburger gegen 9 Uhr nach kurzem Kampfe Dionville nahmen. In glühendem Sonnenbrande hielten sie diese Stellung stundenlang gegen einen dreifach überlegenen Feind; gegen Mittag kam die erste Hilfe vom X. Armeekorps, und der Todesritt der Brigade Bredow (magdeburgische Kürassiere Nr. 7 und altmärkische Ulanen Nr. 16) bei Mars-la-Tour hielt die drohende Umgehung des linken Flügels so lange auf, bis endlich Teile des VII., VIII. und IX. Korps auf dem Schlachtfelde anlangten und neue gewaltige Reiterangriffe dem bedrängten Fußvolke Luft machten. Erst mit der sinkenden Nacht ging die Schlacht zu Ende. Es war die blutigste des ganzen Krieges, denn sie kostete den Deutschen über 16000 Mann von etwa 67000, aber sie entschied das Schicksal der „Rheinarmee“. Nach zwei großen Schlachten unfähig zu marschieren entschloß sich Bazaine, mit etwa 150000 Mann eine Stellung näher bei Metz auf dem Abschnitte der Hochebene einzunehmen, der sich von Gravelotte im Süden über Amanweiler und St. Privat-la-Montagne bis Roncourt im Norden hinzieht und nach Westen zu in breiten, teils mit Feldern bedeckten, teils mit Waldstücken bestandenen Flächen abfällt. Die massiven Dörfer wurden zur Verteidigung eingerichtet und ganze Reihen von Schützengräben angelegt.

Gegen diese Stellung gingen um den Mittag des 18. August sieben deutsche Armeekorps, etwa 200000 Mann, zum Angriff vor. Während der rechte Flügel (VII. und VIII. Korps) von Gravelotte aus, das Zentrum (IX. Korps, d. i. 18. und 25. Division) bei Verneville den Feind im wesentlichen nur festhalten sollten, hatte der linke Flügel (die Garden und das XII. Korps, die Sachsen) ihn in seiner rechten Flanke zu umgehen; das III. und X. Korps blieben im Rückhalt. Doch in gewaltigem Geschützkampf und in hin- und herschwankendem Infanteriegefecht standen die Franzosen stundenlang unerschütterlich; nur erstürmten im Norden die Sachsen und die Garden die vorgeschobene Stellung St. Marie-aux-Chênes, im Süden das VIII. Korps den Hof St. Hubert. Da sandte Kronprinz Albert von Sachsen, sobald er erkannt hatte, daß die französische Schlachtlinie viel weiter nach Norden reiche, als angenommen worden war, einen Teil seiner Truppen im weiten Bogen über Roncourt dem Feinde in die Flanke. Zu früh und zu kühn wagten inzwischen ungeduldig die Garden den Sturm auf St. Privat über die ganz offene Hochfläche hin, mit furchtbar gelichteten Reihen mußten sie weichen. Endlich knatterte das Gewehrfeuer von Roncourt her, und als nun die Abendsonne das rauchumhüllte, blizende und wogende Getümmel der Männer, Rosse und Geschütze mit ihren schrägen Strahlen hell beschien, da drangen gegen 7 Uhr die Garden und die Sachsen von zwei Seiten her gleichzeitig in die feuersprühenden Gassen des brennenden St. Privat ein. Der rechte Flügel der Franzosen war gebrochen, sie räumten jetzt auch Amanweiler und wichen teilweise in Zerrüttung auf Metz zurück. Um dieselbe Stunde, bei schon einbrechender Dunkelheit, erschütterte der heldenmütige Angriff der eben erst nach sechzehnstündigem Marsche eintreffenden Pommern auf die Höhen östlich von St. Hubert unter den Augen König Wilhelms, der nördlich von Gravelotte im Felde hielt — ein Felsblock bezeichnet jetzt die Stelle — auch den linken französischen Flügel, und gegen 8 Uhr meldete Moltke dem Monarchen, daß die Schlacht ge-

wonnert sei. Noch am abendlichen Beiwachtsfeuer bei Rezonville diktierte der König dem Bundeskanzler die Siegesdepeſche. Etwa 20 000 Mann hatte der Tag gekoſtet, und der nächſte Tag war trotz des Sieges ein düſterer Trauertag. Denn die Armee beſtattete ihre Toten, über deren Maſſengräbern noch heute zahlloſe weiße Kreuze aus den Feldern aufragen, und über die ganze Hochebene hinüber klang von allen Seiten der Choral: „Jeſus, meine Zuverſicht“.

Aber die Rheinarmee war in Metz eingeschlossen, das ganze französische Heer in zwei Teile auseinandergerissen, und zwischen beiden standen die Deutschen.

Jetzt galt es, diesen glänzenden Erfolg auszunützen. Daher blieb Prinz Friedrich Karl mit sieben Armeekorps, zu denen später noch die Landwehrdivision Nummer stieß, im ganzen mit etwa 200 000 Mann, vor Metz und umschloß die Festung samt dem verschanzten Lager des französischen Heeres in einem Bogen von 6—7 Meilen Länge. Bazaine hatte noch immer 155 000 Mann, freilich auch 20 000 Kranke und Verwundete, und da auch noch eine Einwohnerschaft von 60 000 Menschen mit zahlreichen Flüchtlingen aus der Umgegend, im ganzen überhaupt 240 000 Köpfe, versorgt werden mußte, so drohte sich seine Lage zu einer sehr bedenklichen zu gestalten, falls nicht rechtzeitig Entsatz kam, und diesen konnte nur Mac Mahon bringen. Eben dies zu verhindern, darauf kam es nun an. Daher wurde eine vierte, die Maasarmee (die Garden, IV. und XII. Korps), gebildet und unter den Oberbefehl des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt, dessen Feldherrnblick sich am 18. August so glänzend bewährt hatte. Sie setzte ihren Marsch westwärts an Verdun vorüber fort, doch widerstand die Festung am 24. August einer Beschießung. Ihr parallel im Süden marschierte die dritte Armee von Nancy über Tours und Bar-le-Duc, beide Heere in der Erwartung, bei Chalons auf den Feind zu stoßen. Weit voraus streifte ihre Reiterei, die Bewegungen des eigenen Heeres verhüllend, die des Feindes erspähend. So fand sie am 23. August das Lager von Chalons geräumt und zerstört. Am 25. hatte das große Hauptquartier in Bar-le-Duc die Gewißheit, Mac Mahon sei im Marsche auf Metz. Er hatte bei Chalons allmählich etwa 140 000 Mann in vier Korps (1., 5., 7., 12.) mit 400 Geschützen vereinigt, freilich Truppen höchst ungleichen Wertes, meist ohne feste Zucht und ohne Vertrauen. Eben deshalb schwankte die Heeresleitung lange, ob sie die Armee nach Paris zurückzuführen oder einen Versuch zum Entsatz von Metz machen sollte. Sprach für jenes die rein militärische Erwägung, weshalb auch Mac Mahon wenigstens bis Rheims zurückging, so entschied für das zweite die Furcht vor einem Aufstande in Paris. So wurde am 23. August im Einverständnis mit Bazaine der Marsch von Rheims nach Montmédy (über Vouziers und Stenay) angetreten; also vorüber an der rechten Flanke der Deutschen. Allein von den beiden Bedingungen des Gelingens dieser gewagten Bewegung, Schnelligkeit und Verborgtheit, wurde keine erfüllt. Am 25. August stand die Armee erst zwischen Vouziers und Réthel, und die französische Reiterei tat ihre Schuldigkeit so wenig, daß Mac Mahon von den Bewegungen der Deutschen nichts Sicheres erfuhr. Sobald nun die Absicht des Marschalls der deutschen Heeresleitung klar war, erging der Befehl an die dritte Armee, rechts abzuschwenken. Und nun marschierten diese Truppen durch das

Mac  
Mahons  
Maridj  
auf Meg.

wenig wegsame, dünnbevölkerte Gebirgsland der Argonnen bei Regen und Sturm nordwärts, „wie nie ein großes Heer auf der Verfolgung marschiert ist“; die Maasarmee aber machte an der Maas von Dun bis Stenay Halt, um hier den Franzosen entgegenzutreten. Am 27. August bereits bestanden sächsische Reiter bei Buzancy westlich von Stenay ein siegreiches Gefecht mit französischen Chasseurs. Auf diese Nachricht beschloß Mac Mahon, den Rückzug nordwärts nach Mézières anzutreten; aber ein Telegramm Palicaos: „Wenn Sie Bazaine verlassen, so ist die Revolution in Paris“ drängte Kaiser und Marschall abermals zum Marsche nach Osten gegen Stenay hin. Erst das Gefecht bei Nouart (zwischen Buzancy und Stenay) gegen sächsische Truppen am 29. August veranlaßte Mac Mahon nordwärts nach der Maas in der Richtung auf Mouzon und Sedan auszuweichen. Bereits hatten da die Deutschen die Linie Stenay-Nouart-Buzancy-Douziers von der Maas bis zur Aisne besetzt, rechts die vierte, links die dritte Armee. Am 30. August überraschte Kronprinz Albert mit dem IV. und XII. Korps am frühen Morgen den linken französischen Flügel bei Beaumont und drängte ihn nach mehrstündigem Kampfe in Verwirrung nach der Maas zurück. Hinter dem Flusse sammelten sich im Laufe des nächsten Tages die Franzosen allmählich rings um Sedan. Die vierte Armee drängte nach, überschritt bei Douzy die Maas und setzte dem weichenden Feinde in kleinen Gefechten zu; die dritte Armee blieb noch südlich der Maas, doch bemächtigten sich die Bayern bereits der Eisenbahnbrücke bei Bazeilles.

Die Schlacht  
bei Sedan.

Für den 1. September beabsichtigte Mac Mahon einen Ruhetag, ebenso Kronprinz Albert. Als dieser jedoch erfuhr, daß die dritte Armee Vorbereitungen treffe, bei Donchery unterhalb von Sedan die Maas zu überschreiten, befahl er schon nachts 2 Uhr seinen Korps den Ausbruch. Die Franzosen standen auf dem vielfach mit Wald bedeckten halbkreisförmigen Hügellande nördlich und östlich von Sedan, das im Südwesten vom breiten Wiesentale der Maas, im Nordwesten und Osten von zwei kleinen Flußtälern begrenzt wird. In dem östlichen Tale liegen die Dörfer Givonne, Daigny, la Moncelle und Bazeilles, in dem anderen oben Jilly, unten in der Maasniederung Floing. In dieser Stellung, deren beide Flügel beinahe einen spitzen Winkel mit dem Scheitel bei Jilly bildeten, hatte Mac Mahon nur noch den gefährlichen Rückzug nach Mézières oder den über die belgische Grenze nach Norden frei, und dieser letztere war gleichbedeutend mit der Waffenstreckung auf neutralem Boden. Er machte daher schließlich den verzweifellen Versuch nach Osten durchzubrechen. Im dichten Morgennebel rückten am 1. September die deutschen Heersäulen heran. Am frühesten, schon gegen 4 Uhr, eröffneten die beiden Korps der Bayern (von der Tann und Hartmann) den Kampf um Bazeilles, das die tapfere Marineinfanterie der Franzosen Haus für Haus grimmig verteidigte; etwas später begannen die sächsischen Batterien das Feuer gegen Moncelle und Daigny. Eine ihrer Granaten verwundete schon in den ersten Morgenstunden Mac Mahon schwer; der Oberbefehl ging daher zunächst an Ducrot, dann an Wimpffen, als den nächstältesten General, über, obwohl dieser soeben erst aus Algier eingetroffen war. Dann drangen die Garden gegen Givonne vor. In heißem Kampfe wurden die Dörfer genommen, der ganze linke Flügel der Franzosen eingedrückt und in Verwirrung



nach den bewaldeten Höhen zurückgedrängt; scharenweise ergaben sie sich. Inzwischen waren das V. und XI. Korps und die Württemberger bei Donchery über die Maas gegangen. Während die Württemberger gegen Mézières hin Stellung nahmen, stürmten Schlesier und Hessen nach zweistündigem Geschützkampfe Floing, wiesen den heldenmütigen Gegenstoß der französischen Schwadronen mit ihrem Schnellfeuer zurück, so daß sie reihenweise dahinsanken, die Kasse und die Reiter, und nahmen endlich auch den hartnäckig verteidigten Kalvarienberg von Illy. Hier reichten gegen 3 Uhr nachmittags die Schlesier den Garden die Hand. Der Kreis war geschlossen, das französische Heer rettungslos verloren.

Mit einer Spannung, die fast den Atem benahm, hatten seit dem frühen Morgen der König und der Kronprinz mit ihrem Gefolge, darunter Moltke, Roon und Bismarck, von den Höhen bei Frénois gegenüber Sedan den Gang der gewaltigen Schlacht Stunde für Stunde verfolgt. Es war ein heller, sonniger Tag geworden; sie sahen Angriff und Verteidigung der dunklen Heeresmassen, sie sahen, wie der Rauch der fünfhundert deutschen Geschütze sich immer mehr zum Kreise zusammenschloß und wie die zertrümmerten Haufen der Franzosen von allen Seiten nach der Festung rückwärts strömten. Dort drinnen drängten sich noch 80.000 wehrhafte Männer, erschöpft, ingrimmig, verzweifelt, keinem Befehl, keiner Bitte mehr gehorchend. Und mitten unter ihnen saß der Kaiser, nachdem er längere Zeit draußen im heftigsten Feuer gehalten hatte, in der Präfektur, krank, gebrochen und hoffnungslos. Den letzten Vorschlag seiner Generäle, nochmals einen Durchbruch nach Osten zu versuchen, wies er ab, er ließ die weiße Fahne aufstecken. Noch ohne Kenntnis davon befahl auch König Wilhelm das Einstellen des Kampfes und schickte einen Parlamentär in die Stadt. Gegen 7 Uhr erschien darauf der kaiserliche Generaladjutant Reille mit einem kurzen Handschreiben Napoleons, der darin seine eigene Ergebung anzeigte.<sup>\*)</sup> Mit ernster Freude empfing der greise Sieger den Boten; aber in seiner Antwort verlangte er die Übergabe des gesamten französischen Heeres. Wie betäubt von diesem ungeheuren Erfolge standen die Sieger, als diese Kunde kam, doch mitten in dem vieltausendstimmigen Jubel klang es durch die Herzen:

„Der Herr hat Großes an uns getan, Ehre sei Gott in der Höhe!“

Noch sträubten sich die französischen Generäle, mit denen Moltke und Graf Bismarck während der Nacht in Donchery verhandelten, gegen deren Forderung der unbedingten Übergabe, und gegen 1 Uhr wurden die Unterhandlungen abgebrochen. Da fuhr Napoleon III. am kalten, nebligen Morgen des 2. September nach Donchery hinaus, um bessere Bedingungen für sein Heer zu erwirken. Allein, zu Roß, kam ihm der Bundeskanzler auf der Landstraße entgegen; doch ein Ergebnis hatte die lange Unterredung beider in einem Häuschen an der Straße nicht. So fügten sich die Franzosen dem furchtbaren Geschick und unterzeichneten gegen Mittag die

<sup>\*)</sup> N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de Votre Majesté. (Da ich nicht inmitten meiner Truppen habe sterben können, so bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen.)

Kapitulation. Sie lieferte 39 Generäle, über 2400 Offiziere, 83 000 Mann, 10 000 Pferde, mehr als 400 Feld- und 139 Festungsgeschütze nebst zahllosen Wagen den Deutschen in die Hände. Nur etwa 10 000 Mann hatten sich nach Belgien gerettet, 21 000 wurden in der Schlacht gefangen, 17 000 getötet oder verwundet, während der deutsche Verlust nur etwa 9000 Mann betrug. Eine Stunde nach der Unterzeichnung der Kapitulation traf König Wilhelm in der Villa Bellevue bei Donchery mit Napoleon zusammen; die Milde des greisen Helden erschütterte den gefangenen Kaiser bis zu Tränen. Und nun folgte am Nachmittage jener unvergleichliche fünfstündige Königsritt durch die Stellungen des siegreichen Heeres rings um Sedan. Am nächsten Tage reiste Napoleon durch Belgien nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab. Als nun an diesem selben 3. September die unglaubliche Kunde durch die deutschen Lande flog, da war es allerorten, wie es Karl Gerosz geschildert hat:

„Die Kinder rufen's in den Gassen aus,  
Den Männern rollt die Träne von den Wangen,  
In Flaggen hüllt sich festlich Haus um Haus;  
Viktoria! der Kaiser ist gefangen!“

In denselben Tagen, am 31. August und 1. September, hatte Bazaine in der gewaltigen Ausfallschlacht bei Noisseville den vergeblichen Versuch gemacht, nach Nordosten durchzubrechen. So war das eine französische Heer bei Metz festgeschmiedet, das andere zog an Metz vorüber in die Gefangenschaft nach Deutschland. Es gab keine französische Armee mehr im offenen Felde.

Die  
Erklärung  
der  
Republik  
in Paris.

Hätte Frankreich eine starke Regierung besessen, so hätte sie jetzt auf leidliche Bedingungen hin Frieden geschlossen. Allein auf die Nachricht von Sedan brach das Kaisertum am 4. September vor einem Handstreich der liberalen Opposition widerstandslos zusammen. Ihre Häupter, Léon Gambetta, Jules Favre, Crémieux u. a., bildeten unter dem Orleanisten General Trochu eine „Regierung der nationalen Verteidigung“ und riefen die Republik aus, die Kaiserin-Regentin flüchtete nach England. Doch wenn sie meinten, nach dem Sturze des Kaisers, der den Krieg begonnen habe, würden die Deutschen sich ohne weiteres für befriedigt erklären, so war das ebenso gut eine Täuschung, wie wenn man in Deutschland anfangs gehofft hatte, die Gefangennahme Napoleons würde den Frieden bringen, eine Täuschung, die freilich König Wilhelm nicht teilte. In der Tat begann jetzt, wie er voraussagte, der zweite längere Abschnitt des Krieges, der Kampf gegen die Republik. Er war militärisch betrachtet ein Krieg gegen rasch aufgebotene, massenhafte, aber wenig kriegstüchtige Volksheere und zugleich der größte Festungskrieg aller Zeiten. Denn tatsächlich drehte sich der Kampf seit Sedan um die Belagerung und den Entsatz dreier großer Festungen, Straßburg, Metz und Paris. Der Fall von Straßburg übte keinen erheblichen Einfluß auf den Gang der Dinge, der Fall von Metz nahm den Franzosen die letzte begründete Aussicht auf eine günstige Wendung, der Fall von Paris beendete den Krieg.

Straßburgs  
Fall.

Straßburg war eine starke Festung nach der alten Art Vaubans und auf der Rheinseite noch durch eine Citadelle geschützt aber es besaß keine Außenforts, die

eine Beschießung der Stadt selbst hätten verhindern können. An Truppen verfügte der Kommandant, General Uhrich, über 20000 Mann. Doch bestanden diese meist aus entmutigten Flüchtlingen der Armee Mac Mahons oder aus wenig geübten Mobilgarden (Landwehr). Da indes die Stimmung der Bevölkerung durchaus zuverlässig war, so traf Uhrich alle Vorbereitungen zur hartnäckigsten Verteidigung und wies am 8. August die Aufforderung zur Übergabe zurück. Schon zwei Tage später vollzogen die Deutschen die Einschließung, zu der allmählich drei Divisionen, darunter die badische, unter Werder verwendet wurden. Eine furchtbare Beschießung der Stadt vom 24. bis zum 28. August leitete den Kampf ein. Da sich trotz umfassender Zerstörungen die Hoffnung Werders, auf diesem Wege in der kürzesten Zeit die Übergabe herbeizuführen, nicht erfüllte, so ließ er die förmlichen Belagerungsarbeiten gegen die Nordwestecke des Walles, Bastion 11 und 12, beginnen. Unter beständigen Gefechten und fortwährendem Geschützkampf näherten sich die Belagerer Schritt für Schritt mit Laufgräben, Parallelen und Batterien dem Hauptwalle am Steintore, brachten schon am 9. September dessen Geschütze völlig zum Schweigen und legten in beide Bastionen Bresche. Währenddem wuchs in Straßburg die Not. Hunderte von Gebäuden lagen in Trümmern, gegen 8000 Bewohner waren obdachlos, ansteckende Krankheiten räumten furchtbar auf, die angegriffenen Wälle glichen unförmlichen Erdhaufen, in der Citadelle stand kein Stein mehr auf dem anderen. So begann am 27. September früh 10 Uhr die letzte allgemeine Beschießung aus 200 schweren Geschützen, um den Sturm vorzubereiten. Da stieg gegen 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die weiße Fahne auf dem Münsterturme empor. Sofort schwieg das Feuer, und am 28. September früh 2 Uhr wurde die Kapitulation unterzeichnet, um 8 Uhr besetzten die Deutschen die Tore und die Citadelle. Am 30. September, an demselben Tage, an dem Straßburg i. J. 1681 den Franzosen schimpflich übergeben worden war, hielt sodann Werder mit dem Großherzog von Baden seinen Einzug in die glorreich wiedergewonnene Stadt.

Inzwischen mußte sich auch Paris mit dem unsagbaren Gedanken vertraut machen, daß dieser Hauptstadt Europas, diesem „Hirn der Welt“, eine Belagerung bevorstehe. Denn seit 1841 war Paris in die riesigste Festung der Erde verwandelt. Ihr Ringwall maß sieben Stunden im Umfang, der Kreis der Außenforts zwölf Stunden, der Feuerkreis derselben achtzehn Stunden. Die größten lagen auf den Höhen im Osten und im Westen (hier namentlich der Mont Valérien). Zur Verteidigung dieser befestigten Landschaft standen dem Gouverneur General Trochu im ganzen 500000 Mann Truppen, Mobil- und Nationalgarden, von denen freilich nur ein Siebentel felddiensttüchtig war, und 2600 Geschütze zur Verfügung, darüber hinaus aber noch alle die unermesslichen materiellen und geistigen Hilfsmittel einer Weltstadt. Die größte Schwierigkeit bestand in der Verpflegung. Denn obwohl Tausende in die Provinzen flüchteten, so strömten wieder andere Tausende aus den offenen Vororten herein, so daß sich ein Verpflegungsstand von mindestens 2 Millionen Köpfen ergab. Trotzdem wurden so ungeheure Vorräte aufgehäuft, daß man bis in den Dezember hinein aushalten zu können glaubte. Um den Anmarsch des Feindes aufzuhalten, ließ die Regierung die Brücken in der Umgegend, im ganzen

Der  
Vormarsch  
auf Paris.

etwa sechzig, sprengen, die Straßen abgraben, die umliegenden Ortschaften räumen. Zugleich machte sie durch J. Favre den Versuch, sich mit den heranziehenden Deutschen zu verständigen. Daher unterhandelte dieser am 19. und 20. September mit Graf Bismarck in dem Rothschild'schen Lustschlosse Les Ferrières, dem damaligen Hauptquartier des Königs. Allein während der Franzose an der von ihm ausgegebenen Forderung: „keinen Fuß breit von unserer Erde, keinen Stein von unseren Festungen“ festhielt, erklärte ihm der Kanzler, nicht der Kaiser sondern die französische Nation sei der Feind Deutschlands, dieses müsse sich also gegen Wiederholung ähnlicher Überfälle durch die Besitzergreifung des Elsaß sichern. Auch über einen Waffenstillstand, den Favre wünschte, um die Wahlen zu einer Nationalversammlung vornehmen zu können, vermochten sich beide Männer nicht zu verständigen, da Favre die Übergabe von Straßburg und Toul als Preis eines solchen Zugeständnisses nicht zugeben wollte. Ebenso vergeblich blieben die gleichzeitigen Bemühungen des greisen A. Thiers, die Höfe von London, Petersburg, Wien und Florenz zum Eintreten für Frankreich zu bestimmen. Italien hatte sich damals schon des Preises bemächtigt, den es vor dem Kriege vergeblich von Frankreich gefordert hatte, indem es am 20. September seine Truppen Rom besetzen ließ, das die Franzosen im Juli geräumt hatten.

Die Einschließung von Paris.

So gingen die Ereignisse denn ihren Gang. Am 19. September warfen die Bayern der dritten Armee auf den Höhen von Plessis-Piquet und Clamart im Süden von Paris die französischen Truppen zurück und sahen jubelnd von dort aus im hellen Sonnenschein das Häusermeer der Weltstadt zu ihren Füßen liegen. Das große Hauptquartier ging nach Versailles, wo auch König Wilhelm mit dem Kronprinzen am 5. Oktober einzog. Er nahm seine Residenz in der Präfektur, das Königsschloß wurde Lazareth. Graf Bismarck wohnte in der Rue de Provence, die zahlreichen deutschen Fürsten, die zeitweilig oder dauernd da blieben und viele Generale nahmen das Hôtel des Réservoirs auf. So wurde auch der Mittelpunkt der deutschen Politik auf Monate nach Versailles verlegt, und harte Kämpfe sind dort ausgefochten worden. Denn die militärische Oberleitung, eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit, wollte sich von Bismarck's politischen Gesichtspunkten nicht beeinflussen lassen, und dieser hielt wiederum daran fest, daß die Kriegsführung politischen Zwecken diene, und daß er deshalb bei ihr eine Stimme haben müsse. Zusammen hielt alles der König, bei dem alle Fäden zusammenliefen und der mit seiner überlegenen Ruhe und Erfahrung sich überall die letzte Entscheidung vorbehielt. Von der Einschließungslinie übernahm die dritte Armee den Süden und Westen, die vierte Armee mit dem Hauptquartier Margency den Norden und Osten. Beiden boten die stattlichen Dörfer und Vororte gute Unterkunft, und rasch stellte die unübertreffliche Feldpost die Verbindung mit der lieben Heimat her. Die deutschen Vorposten zogen einen Kreis von etwa 84 Kilometern oder 17 Wegstunden, zu dessen Besetzung nur 200000 Mann Infanterie, 34000 Reiter und 900 Geschütze vorhanden waren. Über die Art des Angriffs auf Paris gingen nun freilich im Hauptquartier von Versailles die Meinungen weit auseinander. Auf dem Vormarsche von Sedan her war der Beschluß zu einem förmlichen artilleristischen Angriff auf die Südfront ge-



faßt worden, und es wurde deshalb nach der Einnahme von Straßburg und nachdem die Hauptbahnlinie mit dem Falle von Toul am 23. September erst nur bis Nanteuil, dann bis Lagny, 50 km von der Einschließungslinie, frei geworden war, bei Villa Coublay 5 km östlich von Versailles bis Ende Oktober ein mächtiger Geschützpark von 235 Stücken aufgefahren. Aber Moltke glaubte nicht an einen sehr langen Widerstand von Paris, hielt deshalb einen gewaltsamen Angriff für überflüssig, und der Kronprinz mit Blumenthal teilte nicht nur diese Meinung, sondern war der Ansicht, daß er unwirksam und schwere Opfer kosten werde, die bei der Schwäche der Einschließungsarmee nicht riskiert werden könnten. Dagegen wollte Roon, in Übereinstimmung mit dem Kronprinzen Albert, den baldigen Angriff aus militärischen, Bismarck aus politischen Gründen, weil eine allzulange Dauer des Krieges den Eindruck der deutschen Siege abschwäche und die mißgünstigen neutralen Mächte zur Einmischung reize. So blieb es zunächst eben bei einer Einschließung, und es kam nur zu vereinzeltten Gefechten um die Behauptung oder die Erweiterung jener Linie. Das blutigste war der siegreiche Kampf der Garden um die Wiedereroberung von Le Bourget nordöstlich von St. Denis am 30. Oktober.

Gambetta  
und die  
ersten  
Rüstungen  
in der  
Provinz.

Nun aber rüsteten sich die Provinzen zur Befreiung der Hauptstadt. Noch vor dem Beginn der Belagerung hatte die provisorische Regierung eine besondere Delegation in Tours gebildet. Aber den Geist entschlossenster Tatkraft flößte dieser erst Léon Gambetta ein (geb. 1838), der am 6. Oktober im Luftballon vom Montmartre aufstieg und drei Tage später Tours erreichte. Ein feuriger Südfranzose italienischen Geblüts und ein überzeugter Anhänger der „Ideen von 1789“ dachte er durch eine Volksbewaffnung nach dem Muster der in ihren Wirkungen sagenhaft übertriebenen allgemeinen Aushebung von 1793 die „Barbaren“ zu verjagen. Als Minister (délégué) des Innern und des Krieges mit diktatorischer Gewalt ausgerüstet, faßte er seine Aufgabe in echt französischem, ganz despotischem Geiste. Aber er hat Großes geleistet. Als er in Tours anlangte, fand er weder Beamte noch Offiziere, noch auch nur Landkarten vor, vor allem kein Heer, denn außerhalb von Paris und Metz waren nur 70000 bis 80000 Mann vorhanden, davon kaum die Hälfte Einientruppen. Jetzt wurden aus den Depot (Ersatz-) bataillonen sogenannte Marschregimenter gebildet, die Mobilgarden überall aufgeboden, die Nationalgarden (Bürgerwehren) mobilisiert, die Bewaffnung der Departements, d. i. der Bandenkrieg durch „Freischützen“ (franc-tireurs) angeordnet. So gelang es an der Loire und in Burgund rasch bedeutende Truppenmassen zu sammeln. Dies nötigte die deutsche Heeresleitung, gewissermaßen einen zweiten Heereskreis um Paris zu ziehen, um jene Truppenbildungen immer wieder zu zerstören. Am 10. Oktober zersprengte von der Tann mit den Bayern die Loirearmee im Gefecht bei Artenay und besetzte am 11. Orléans. Im Westen erstürmte die 22. Division Wittich am 18. Oktober Chateaudun, am 21. Oktober Chartres, beide unter blutigen Kämpfen. Die burgundischen Truppen schlug Werder mit den Badenern bei Dijon am 29. Oktober. Allein diese Entsendungen schwächten die Kräfte der Armee vor Paris, so daß sie am 21. Oktober einmal wenig über 180000 Mann zählte, während die Franzosen mit Leichtigkeit immer neue Truppenmassen aufbieten konnten.

Der Fall  
von Metz.

So wurde der Fall von Metz entscheidend. Trotz des feuchten Herbstwetters und arger Krankheiten, die bis fünfzehn Prozent des Gesamtbestandes ergriffen, hielten die Deutschen, seit der Abberufung des Generals Steinmetz am 13. September unter der alleinigen Führung des Prinzen Friedrich Karl, zäh um Metz aus, beobachteten jede Bewegung der Gegner und sicherten sich die ungestörte Verbindung mit der Heimat durch die Erbauung einer Feldisenbahn von Pont-à-Mousson nach Remilly (an der Linie Metz-Saarbrücken). Gefechte wurden fast nur geliefert, weil die Franzosen ihre knapper werdenden Lebensmittelvorräte ergänzen wollten; das heftigste bestand Kummers heldenmütige Landwehr am 7. Oktober bei Woippy nördlich von der Festung. Sonst blieben die Franzosen unbeweglich und unangreifbar hinter ihren Verschanzungen unter den Wällen der Forts. Es waren nicht nur militärische, sondern auch und vor allem politische Gründe, die Bazaine zu dieser Untätigkeit bestimmten. Zunächst hoffte der Marschall durch sein Standhalten bei Metz, wo er allerdings eine ganze große deutsche Armee fesselte, den Widerstand von Paris zu unterstützen; sodann wollte er, durch und durch Bonapartist wie er und die große Mehrzahl seiner Offiziere waren, das einzige Heer, das Frankreich noch hatte, dem Kaisertume erhalten, um dieses womöglich wiederherzustellen. Da hierzu eine Verständigung mit der deutschen Staatsleitung gehörte so unterhandelte er seit Anfang Oktober durch General Boyer mit Graf Bismarck in Versailles und mit der Kaiserin-Regentin in England. Aber diese Verhandlungen zerschlugen sich daran, daß König Wilhelm, ehe er in den Abzug der Armee aus Metz und in die Wiederherstellung des Kaisertums willigte, von der Kaiserin eine Landabtretung als Friedenspfand verlangte und jene eine solche ablehnen zu müssen glaubte. Inzwischen aber wurde das Heer selbst kampfunfähig. In den feuchten Zeltlagern, deren Boden sich allmählich in Schlamm auflöste, griff die Ruhr furchtbar um sich, die Verpflegung wurde immer ungenügender (zuletzt ein halbes Pfund schlechtes Brot täglich, endlich Hülsenfrüchte), die Pferde waren geschlachtet oder verendet. So willigte der Kriegsrat nach einer finsternen Beratung am 26. Oktober in die Übergabe der Festung und der Rheinarmee. Am 27. abends wurde die Kapitulation im Schlosse von Frescaty unterzeichnet, am Morgen des 29. Oktober ergriffen die Deutschen Besitz von den Forts, nachmittags rückten die entwaffneten Regimenter, hohlwangige, abgezehrte Gestalten in schmutzigen, verblühten, abgerissenen Uniformen, doch meist in würdiger Haltung, auf sechs Straßen zwischen den schweigenden deutschen Linien in die vorbereiteten Lagerstätten aus, während der Regen vom Himmel strömte und der Herbststurm tobte, um 4 Uhr zog Kummer mit seiner Landwehr ein. 175 000 Mann (darunter 20 000 Kranke und Verwundete) mit 56 Adlern, 622 Feldgeschütze, 876 Festungskanonen, 72 Mitrailleusen und 260 000 Gewehre fielen den Deutschen in die Hände. Es war die größte Waffenstreckung der Geschichte, doppelt bedeutsam in diesem gefährlichen Augenblicke, denn der Fall von Metz machte das Heer des Prinzen Friedrich Karl frei für den Krieg im Innern Frankreichs.

Neue Ver-  
handlungen  
und  
Rüstungen.

Der Eindruck war überall ungeheuer. Die Pariser Regierung begann am 31. Oktober durch Thiers neue Waffenstillstandsverhandlungen in Versailles, die

aber schon am 3. November wieder abgebrochen wurden. Dagegen fühlte sich Gambetta jetzt zum äußersten angetrieben. Am 2. November ordnete er die Aushebung aller Männer vom 21. bis zum 40. Lebensjahre an, den Departements legte er die Beschaffung von Batterien auf, zur Ausbildung der ungeheuren aufgebauten Menschenmassen befahl er die Errichtung von elf Übungslagern, aus England und Nordamerika bezog er trotz der Neutralität dieser Länder Geschütze und Waffen. So hat er bis Anfang Februar 1871 gegen 600000 Mann aufgebracht und ausgerüstet. Da die Übungszeit indes viel zu kurz war und es auch an Offizieren sehr fehlte, so blieben die deutschen Truppen trotz ihrer Minderzahl diesen lockeren Massen stets überlegen.

Zunächst allerdings drang die neugebildete Loirearmee unter Aurelles de Paladine mit solcher Übermacht (110000 Mann) gegen Orléans heran, daß die Bayern es räumten und nach dem heftigen Rückzugsgefecht bei Coulmiers am 9. November auf Chartres zurückwichen. Die Gefahr eines Entsaßes von Paris stieg herauf. Um das Zusammenwirken der Provinzialheere mit den Pariser zu bewirken, ging am 24. November ein Luftballon aus der Hauptstadt ab, der nach Tours die Kunde bringen sollte, daß für den 29. November ein großer Ausfall nach Osten hin geplant sei. Da jedoch die kühnen Luftschiffer durch Sturm nach Norwegen verschlagen wurden, so langte die Depesche von Christiania aus erst am 30. November in Tours an. So rückte die Loirearmee zu spät vor. Denn schon zog von Westen der Großherzog von Mecklenburg mit 36000 Mann Infanterie, 9000 Reitern und 208 Geschützen heran (17. und 22. Division, I. bayrisches Korps), von Metz führte Prinz Friedrich Karl 50000 Mann Infanterie, 10000 Reiter und 276 Geschütze nach der Loire (III., IX., X. Korps und die erste Kavalleriedivision). Am 28. November brachten die tapferen Westfalen des X. Korps mit den Brandenburgern den gewaltigen Vorstoß des rechten französischen Flügels bei Beaune-la-Rolande zum Stehen; am 2. Dezember entschied die rechtzeitige Ankunft der Mecklenburger das lange schwankende heiße Treffen, das die Bayern um Schloß Goury und Soigny gegen den linken französischen Flügel mit zäher Tapferkeit bestanden, am nächsten Tage gingen die Deutschen von allen Seiten zum Angriff auf Orléans vor und zwangen nach zweitägigen Gefechten die Loirearmee zur Räumung der Stadt, so daß die eine Hälfte derselben die Loire abwärts, die andere aufwärts zurückwich. Kaum war am 5. Dezember Prinz Friedrich Karl in der Stadt der Jeanne d'Arc eingezogen, so schob er unter unsäglichen Strapazen seine Truppen westwärts vor und besetzte nach den heftigen verlustvollen Kämpfen um Beaugency vom 7. bis zum 10. Dezember schließlich am 21. Dezember sogar Tours. Die dortige Regierung flüchtete nach Bordeaux, die zertrümmerten Reste des französischen Heeres führte Chanzy westwärts nach Le Mans zurück.

Auch im Norden hatte sich unter dem Schutze der Festungsreihen längs der belgischen Grenze eine Streitmacht von 25000 Mann gebildet. Gegen diese führte Manteuffel von Metz aus das I. und VIII. Armeekorps mit der sächsischen Kavalleriedivision heran. Sein Sieg bei Amiens am 27. November trieb die

Franzosen in ihre Festungen zurück; dann wandte er sich gegen die um Rouen gesammelten Truppen, besetzte am 5. Dezember diese alte Hauptstadt der Normandie und am 9. Dezember Dieppe am Kanal. Nun übernahm zwar General Faidherbe, ein im afrikanischen Dienst am Senegal bewährter Offizier, die Führung der Nordarmee und rückte bis Amiens vor; hier aber wurde er östlich von der Stadt an der Hallue am 23. und 24. Dezember von Manteuffel nach hartnäckiger Gegenwehr völlig geschlagen und nach seinen Festungen zurückgedrängt.

Die Ausfälle der Pariser.

Während sich so die Provinzialheere vergeblich abmühten, der belagerten Hauptstadt Entsatz zu bringen, unternahm die zweite Pariser Armee unter Ducrot, 150000 Mann stark, einen gewaltigen Ausfall nach der hufeisenförmigen Marnehalbinsel östlich von Vincennes, dem schwächere Vorstöße nach Norden zur Seite gingen. Aber mit zähem Heldenmuth rangen hier am 30. November und 2. Dezember gegen diese Übermacht die Sachsen, Württemberger und Pommern um Brie, Villiers und Champigny, bei schneidender Kälte und unter einem „wahrhaft erstickenden Feuer“ aus den schweren Geschützen der hochliegenden Ostforts, bis die Franzosen erschöpft zurückwichen. Nur den Mont Avron am Fuße der Ostforts konnten sie behaupten. Freilich blieben von den 50000 Mann Deutschen, die im ganzen im Gefecht gestanden hatten, gegen 5500 Mann auf dem Platze, das sächsische Schützenregiment Nr. 108 verlor ein Drittel seines Bestandes. Ein neuer Ausfall gegen Le Bourget wurde am 21. Dezember abgeschlagen. So konnten die deutschen Truppen im Feldlager vor Paris mit einiger Ruhe das deutsche Weihnachtsfest begehen, das die Heimat ihren fernen Söhnen im Feindesland mit allen Kräften der Liebe zu verschönern sich bemühte.

Die Beschießung von Paris.

In Paris gestaltete sich aber die Lage immer bedrängter. Die Lebensmittel wurden knapp, bestanden fast nur noch aus Pferdefleisch und elendem Schwarzbrot und mußten seit dem 10. Dezember nach Rationen verteilt werden; die wöchentliche Sterblichkeit wuchs, abgesehen von den Hospitälern, bis Ende d. J. von 1500 Menschen auf 3280, der Erwerb stockte völlig, die Arbeiter lebten nur noch von ihrem Solde als Nationalgardisten und machten ihrer Unzufriedenheit mehrfach in sozialistischen Aufständen Luft. Aber an Übergabe dachte noch niemand. Inzwischen hatte nun aber unter dem Eindrucke dieser Ausfälle und der Entsatzversuche im deutschen Hauptquartier die Partei der „Schießher“ gesiegt. Nicht die Ungeduld, mit der die Volksmeinung und die deutsche Presse für die Forderung die „humanitären“ Einflüsse hochgestellter Damen namentlich auf den Kronprinzen verantwortlich machte, entschied, sondern ein Immediatbericht Bismarcks an den König. Darauf befahl der König, längst befremdet darüber, daß die Ausführung des anfänglichen Beschlusses so lange auf sich warten lasse, am 28. November die äußerste Beschleunigung des artilleristischen Angriffs und am 6. Dezember die Aufstellung eines Fuhrparks von 900—1000 vierspännigen Wagen (in Deutschland), um die notwendigen Munitionsvorräte von Eagny nach der Feuerlinie zu schaffen. Am 23. Dezember übernahmen die Generale von Kameke und Prinz Hohenlohe-Ingelfingen die Leitung der Beschießung. Die ersten Batterien wurden unbemerkt gegenüber dem Mont Avron errichtet und eröffneten am 27. Dezember früh bei



dichtem Schneegeflöber ganz unerwartet eine furchtbare Beschießung, die schon am nächsten Tage die Räumung der Höhe erzwang. Dann schleuderten die deutschen Batterien ihre Granaten gegen die Ostforts selbst, und am 5. Januar 1871 be-  
 gann die Beschießung auch auf der Südseite. Rollender Kanonendonner, Feuerströme, Rauchwolken umgaben Paris; doch die Zerstörungen und die Menschenverluste in der Stadt blieben gering, da alltäglich nur etwa 2—300 Granaten hineingeworfen wurden, die nur einen schmalen Ring bestrichen und Paris sehr massiv gebaut ist. Die Beschießung schreckte also nicht, sondern erbitterte eher. Aber die Forts der Südfront waren fast kampfunfähig gemacht und hätten nur noch einen geringen Widerstand leisten können. Daher unternahm Trochu am 19. Januar mit 100000 Mann noch einen letzten großen Ausfall, im Zusammenhange mit neuen Entsatzversuchen von Le Mans her, also diesmal nach Westen gegen Versailles hin unter dem Schutze des Mont-Valérien, doch auch er prallte an der festen Gegenwehr der Deutschen ab.

Zugleich trafen aus den Provinzen die Meldungen ein, daß die erneuten An-  
 strengungen zum Entsatze der Hauptstadt gescheitert seien. Im Norden wehrte  
 Göben, Manteuffels Nachfolger (s. unten), bei Vapaume am 2. und 3. Januar  
 einen neuen Angriff faidherbes ab, der das belagerte Péronne entsetzen wollte.  
 Nach dem Falle dieser kleinen Festung am 10. Januar beherrschten die Deutschen  
 die ganze starke Verteidigungslinie der Somme. Als faidherbe nochmals vorrückte,  
 um über St. Quentin die Oise hinunter nach Paris vorzudringen, traf ihn dort  
 Göben am 18. und 19. Januar mit so wuchtigen Schlägen, daß die Nordarmee für  
 längere Zeit unschädlich gemacht wurde.

Die Loirearmee war auf 130000 Mann gebracht worden und sollte unter  
 Chanzy von Chartres gegen Versailles vorrücken. Aus ihrer den Strom aufwärts  
 zurückgedrängten Hälfte hatte Bourbaki die Ostarmee gebildet, um das belagerte  
 Belfort zu befreien und womöglich im Elsaß oder gar in Baden einzubrechen.  
 Ehe noch indes Chanzy den Vormarsch antrat, ging ihm Prinz Friedrich Karl mit  
 dem III., IX., X. und XIII. (17. und 22. Division) Korps, im ganzen mit 73000  
 Mann und 318 Geschützen über welliges Gelände unter beständigem Wechsel von  
 Frost und Tauwetter, Schnee und Regen entgegen, drängte in einzelnen Gefechten  
 um die zahllosen Einzelhöfe und Hecken dieses Landstrichs die Franzosen auf  
 Le Mans zurück (6. bis 9. Januar) und schlug sie hier in dreitägiger Schlacht vom  
 10. bis zum 12. Januar aufs Haupt, so daß sie in voller Auflösung zurückwichen.  
 Gefährlicher ließen sich anfangs die Dinge im Osten an. Hier belagerte seit  
 Anfang November 1870 Trescow das starke Belfort, den Schlüssel zur „burgund-  
 ischen Pforte“ zwischen Jura und Wasgenwald, das Oberst Denfert tapfer und  
 umsichtig verteidigte; das XIV. Armeekorps Werder hielt die Linie Dijon-Gray-  
 Vesoul unter mehrfachen Gefechten gegen die anfangs schwache französische Ost-  
 armee, zu der dann die buntgemischten Freischaren des alten republikanischen  
 Idealisten Garibaldi stießen. Als aber Bourbaki 140000 Mann mit 400 Ge-  
 schützen von der Loire heranzuführte, um sich zwischen Werders Heer und Belfort zu  
 schieben, ging Werder bei scharfer Kälte und tiefem Schnee rechtzeitig auf Belfort

Der zweite  
 Versuch  
 zum  
 Entsatze  
 von Paris.

zurück, hielt den Vormarsch des Feindes durch einen kräftigen Vorstoß gegen seine linke Flanke bei Villersezel am Ognon am 9. Januar auf und nahm endlich auf Weisung des Großen Hauptquartiers westlich von der Festung längs der Esaine mit nur 42000 Mann Stellung. Trotz so ungleicher Kräfte wehrte er doch in dreitägigem Heldenkampfe vom 15. bis zum 17. Januar bei schneidender Kälte den Angriff des übermächtigen Feindes glänzend ab und folgte dann den weichenden Franzosen nach Burgund hinein. Diesen aber führte Manteuffel die neugebildete Südarmee (I. und VII. Korps) über die verschneite Côte d'Or in den Rücken, sperrte ihnen allmählich alle Straßen nach dem Süden und drängte sie unter beständigen Gefechten nach dem Jura, nach der Schweizer Grenze. Schließlich blieb Bourbaki nichts übrig, als mit seinen zerrütteten und entmutigten Haufen am 2. Februar bei Pontarlier den Schutz der neutralen Schweiz aufzusuchen, wo etwa 80000 Franzosen die Waffen streckten. Die Flanke der Deutschen deckte während dieser Unternehmungen die Brigade Kettler in den blutigen Kämpfen bei Dijon am 21. und 23. Januar gegen die zehnfach überlegenen Massen Garibaldi's; dabei geriet im Abenddunkel eine Bataillonsfahne des 61. Regiments, nachdem fünf Träger nacheinander gefallen waren, den Feinden in die Hände, die einzige deutsche, die in diesem Kriege verloren ging,

„Zerfetzt, zerfchossen, halb verbrannt  
Und unter Haufen toter Helden.“

Der Fall  
von Paris  
und der  
Waffen-  
stillstand.

Ehe noch diese gewaltige Entscheidung im Osten fiel, war Paris am Ende seines ausdauernden Widerstandes angelangt. Eine genaue Untersuchung ergab, daß die Stadt nur noch etwa bis zum 3. Februar zu leben habe, also dicht vor der Hungersnot stehe, während zugleich die Sterblichkeit in der dritten Januarwoche die Höhe von 4465 erreichte. Dazu war am 21. Januar die Beschießung auch im Norden auf die Forts um St. Denis mit bestem Erfolge eröffnet worden und alle Hoffnung auf Entsatz verschwunden. So vereinbarte Jules Favre am 26. Januar mit Graf Bismarck die Einstellung der Feindseligkeiten von der Mitternachtsstunde an, am 28. Januar unterzeichnete er den Waffenstillstand auf einundzwanzig Tage, vom 1. Februar an gerechnet, für Paris und das ganze Land mit Ausnahme Burgunds, wo Gambetta damals immer noch auf eine günstige Wendung hoffte. Das Pariser Heer legte bis auf 12000 Mann und die gesamte Nationalgarde die Waffen nieder, blieb aber kriegsgefangen in Paris, die Forts wurden am Morgen des 29. Januar den Deutschen übergeben, die um Mittag mit klingendem Spiele einzogen. Auch Belfort kapitulierte am 2. Februar.

Der  
Seekrieg.

Noch früher war der Kampf zur See beendet worden, ohne daß er zu entscheidenden Ereignissen geführt oder auf den Gang des Landkrieges erheblich eingewirkt hätte. Vielmehr nötigten die raschen Siege der deutschen Heere die Franzosen, sich in der Ost- und Nordsee, wo am 12. August Admiral Fourichon erschien, auf den Kaperkrieg und die Blockade zu beschränken, die durch häufige Stürme und die flachen gefährlichen Küsten noch dazu sehr erschwert wurde. Das Ostseegeschwader zeigte sich am 19. August vor Kolberg, wo eben die Siegesnachricht von Gravelotte hellen Jubel erweckt hatte, unternahm aber keinen Angriff, und

den Angriff Fourichons auf Wilhelmshaven vereitelte ein Sturm. Dazwischen wagten einzelne deutsche Kriegsschiffe feste Ausfälle, wie die „Nymphe“, Kapitän Weikmann, am 22. August von Danzig aus. Endlich kehrte das Ostseegeschwader am 29. September, die Nordseeflotte zu Ende November nach Cherbourg zurück. Beide haben dann Geschütze und Mannschaften für den Festungskrieg stellen müssen, und auch die deutschen Truppen konnten von den Küsten hinweg teilweise nach Frankreich gezogen werden. In fremden Meeren lieferte das Kanonenboot „Meteor“, Kapitän Knorr, dem französischen Aviso „Bouvet“ am 9. November vor Havanna ein siegreiches Gefecht. Endlich gingen die deutschen Schiffe sogar zum Angriff über, indem die Korvette „Augusta“, Kapitän Weikmann, am 4. Januar 1871 vor Bordeaux drei mit Kriegsbedarf beladene Schiffe wegnahm.

Während so der Krieg zu Ende ging, war aus der Waffenbrüderschaft der Nord- und Süddeutschen das neue Deutsche Reich emporgestiegen. Das entsprach ebenso dem allgemeinen Verlangen wie den Wünschen einer Reihe von deutschen Fürsten. Freilich gingen über die Verwirklichung die Ansichten noch weit auseinander. Der Kronprinz war für das Kaisertum, für ein Oberhaus aus den souveränen Fürsten und den Häuptern der früher reichsunmittelbaren Geschlechter und also für ein Reichsministerium, alles nach der Reichsverfassung von 1849. Ähnlich dachten die Großherzöge von Sachsen-Weimar und Oldenburg, die Herzöge von Sachsen-Koburg-Gotha und Meiningen. Bismarck sprach sich schon während des August dem Kronprinzen gegenüber zwar für das Kaisertum, aber gegen Oberhaus und Reichsministerium aus, der Kronprinz hielt indes auch in Versailles noch an seinen Ideen fest. Die erste amtliche Anregung zur Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde gab die badische Denkschrift vom 2. September. In Bayern dachte man dagegen an die Erwerbung der badischen Pfalz und allenfalls an ein von Preußen und Bayern abwechselnd zu führendes Kaisertum, keineswegs an den einfachen Eintritt Bayerns in den Nordbund, sondern an einen neuen Bund mit einer besonderen Stellung für Bayern. Darüber verhandelte der Präsident des Bundeskanzleramts R. Delbrück im September in München und Stuttgart, um die Mitte des Oktobers Bismarck selbst in Versailles mit den Vertretern Bayerns (Graf Bray-Steinburg), Württembergs (Mittnacht und von Suckow), Badens (Jolly und von Freydorff) und Hessen-Darmstadts (von Dalwigk), und wohlthätig vermittelnd wirkte überall der Großherzog von Baden. So kam der Vertrag mit Baden und Hessen am 15. November auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Einverleibung der Truppen in die preußische Armee zustande, mit Bayern, das nun isoliert war und auch von Württemberg nicht unterstützt wurde, am 23. November ohne Gebietserwerbung und ohne „alternierendes“ Kaisertum, mit Württemberg am 25. November. „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch“, sagte Bismarck am Abend nach dem Abschluß des bayrischen Vertrags. Württemberg stellte seine Truppen als XIII. Armee-korps in ein ähnliches Verhältnis zu Preußen, wie Sachsen und behielt sich außerdem die selbständige Verwaltung seines Post- und Telegraphenwesens vor. Bayern behauptete außer diesem „Reservatrechte“ auch noch ein fast völlig selbständiges Heerwesen, so daß die

Die  
Aufrichtung  
des  
Deutschen  
Reiches  
und des  
deutschen  
Kaisertums.

Truppen zwar im Frieden unter der Inspektion, aber nur im Kriegsfall unter dem Oberbefehl des Bundesfeldherrn stehen sollten, und trat auch nicht in allen Stücken unter die Bundesgesetzgebung. Außerdem wurde bestimmt, daß zur Erklärung eines Angriffskrieges die Zustimmung des Bundesrats, zu jeder Abänderung in den Vereinbarungen mit einem Einzelstaat dessen Einwilligung gehören und eine Abänderung der Bundesverfassung dann unmöglich sein sollte, falls 14 Stimmen (von 58) gegen eine solche wären. Für die auswärtige Politik wurde ein Ausschuß aus den drei Königreichen gebildet.

Inzwischen war auch die Wiederherstellung der populären und historischen Kaiserwürde beschlossen worden. Die erste Anregung dazu ging zu Anfang November vom Großherzog von Baden an König Ludwig von Bayern, hatte aber zunächst keinen Erfolg. Erst als der Vertrag vom 23. November abgeschlossen war und kein Zweifel mehr blieb, daß, wenn König Ludwig länger zögere, der König von Sachsen das Unerbieten machen werde, sandte Ludwig seinen Oberstallmeister, den Grafen Holnstein nach Versailles, wo dieser am 26. November eintraf. Hier verständigte sich Holnstein mit dem Grafen Bismarck über die Form des Unerbietens, reiste mit einem Schreiben Bismarcks in Eile nach Hohenschwangau und kehrte schon am 2. Dezember mit dem „Kaiserbriefe“ König Ludwigs zurück, der dem König Wilhelm die Kaiserkrone bot. Am 3. Dezember überbrachte ihm Prinz Luitpold, der Oheim des Königs Ludwig, dieses Schreiben. Der greise Herr nahm es sehr zurückhaltend entgegen, denn er war zwar grundsätzlich für das Kaisertum, aber tief verstimmt über manche Zugeständnisse an Bayern, und wollte wenigstens „Kaiser von Deutschland“ heißen. Am 7. Dezember wies Bismarck Delbrück an, die Namen „Kaiser“ und „Reich“ beim Bundesrate und beim Reichstage zu beantragen, am 9. Dezember nahm der Bundesrat, am 10. Dezember der Reichstag trotz starker Bedenken die süddeutschen Verträge mit dem Titel „Deutscher Kaiser“ an, die nun auch in den süddeutschen Landtagen Annahme fanden, in Bayern infolge des zähen Widerstrebens der Ultramontanen und Partikularisten erst am 21. Januar 1871.

Die Kaiser-  
prokla-  
manon.

Da sämtliche Fürsten und freien Städte zustimmten, und auch der Norddeutsche Reichstag durch eine besondere Abordnung unter seinem Präsidenten Eduard Simson am 18. Dezember dieselbe Bitte an den König richtete, so erklärte dieser seine Einwilligung. Am 18. Januar 1871 vollzog sich im Spiegelsaale des stolzen Königsschlusses zu Versailles in einfachen und doch eindrucksvollen Formen die Proklamation des neuen Kaisertums. Umgeben von zahlreichen deutschen Fürsten, umringt von den Führern und Fahnen seines siegreichen Heeres wurde König Wilhelm von Preußen fast wie ein alter Herrkönig der Germanen zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Graf Bismarck verlas die Proklamation, Großherzog Friedrich von Baden brachte das erste Hoch auf Kaiser Wilhelm aus. Auf dem Schlachtfelde war die Kaiserkrone geschmiedet worden, und Deutschlands einträchtiger Fürstenrat, den Dahlmann 1848 vergeblich ersehnt hatte, setzte sie unter der freudigen Zustimmung der Nation auf das ehrwürdigste Haupt.





# Die Kaiserproklamation in Versailles.

Nach dem Gemälde von A. v. Werner. Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Friede und  
Heimkehr.

Wie nach langem Schlummer waren die im stillen gesammelten Kräfte des deutschen Volkes plötzlich mit unwiderstehlicher Wucht hervorgebrochen, ringsum Schrecken und Haß, Erstaunen und Bewunderung erweckend. In treuer Waffenbrüderschaft, mit schweren, unvergeßlichen Opfern hatten die deutschen Fürsten und Stämme nach Jahrhunderten zum erstenmale wieder einen Schatz gemeinsamen Ruhmes und den freudigen Stolz auf nationale Helden gewonnen; in einem Siegeszuge sondergleichen hatten sie den alten bösen Feind niedergeworfen und

ihm den Raub Ludwigs XIV. entriffen; sie hatten endlich, den Traum der Jahrhunderte erfüllend, das Deutsche Reich wieder aufgerichtet, nicht mit den Welt-herrschaftsansprüchen unseres mittelalterlichen Reiches, sondern als einen nationalen Staat, in bündisch-monarchischen Formen, mit Zusammenfassung aller lebendigen Kräfte, der Fürstengeschlechter und des Volkes, im festen politischen und wirtschaftlichen Anschluß an den größten deutschen Staat, an Preußen. Jetzt erst hatte Deutschland die zweihundertjährige schimpfliche Bevormundung des Auslandes völlig abgeworfen, die Nation gehörte endlich wieder sich selbst, und niemals ist ein Dank mit besserem Rechte gespendet worden wie der, den Emanuel Geibel den königlichen Gründer des neuen Reichs gewidmet hat:

„Im engen Bett floß unser Leben,  
Vereinzelt, wie der Bach im Sand;  
Da hast du, was gebracht, gegeben,  
Den Glauben an sein Vaterland.  
Das schöne Recht, uns selbst zu achten,  
Das uns des Auslands Hohn verschlang,  
Hast du im Donner deiner Schlachten  
Uns heimgekauft; o habe Dank!



## Vierter Zeitraum.

---

### Das Deutsche Reich als der Zentralstaat des deutschen Volkstums

seit 1871.

„Reichsgewalt bedeutet Seggewalt.“

Kaiser Wilhelm II.

---

~~Ende~~







## Erster Abschnitt.

### Der Ausbau des Deutschen Reichs als europäischer Macht

1871—1888.

Im letzten möglichen Moment, in der zwölften Stunde, weltgeschichtlich betrachtet, war das Deutsche Reich gegründet worden. Die starken Gegensätze, die das deutsche Leben von jeher zerklüfteten, hatten auch jetzt die Zusammenfassung der ganzen, in der Mitte des europäischen Festlandes wohnenden Masse der Nation verhindert; wie es niemals möglich gewesen war, die weitab versprengten baltischen Deutschen und die Siebenbürger Sachsen in das deutsche Gemeinwesen einzuschließen, wie sich schon früher in republikanischer Entwicklung die Schweiz und die Niederlande von ihm getrennt hatten, so waren jetzt auch die alten deutsch-slawischen Reichslande Österreichs ausgeschieden, und die Lösung der noch übrigen nationalen Aufgaben im Südosten blieb größtenteils der habsburgischen Monarchie überlassen. So trug das Deutsche Reich, auf einen Teil des geschlossenen Volksgebiets beschränkt, einen vorwiegend norddeutschen und protestantischen Charakter, und nur in dieser Beschränkung war es möglich geworden, nur in dieser war auch die Selbständigkeit der deutsch-protestantischen Kultur gesichert. Denn es erhob sich auf der Grundlage des weltlichen Fürstentums und der Glaubensfreiheit, die dem alten, mit der römischen Weltkirche aufs engste verflochtenen Kaisertum erst mühsam hatte abgerungen werden müssen. Aber in dieser räumlichen Beschränkung entfaltete es eine Kraft, wie sie das alte Reich nur in seinen größten Zeiten entfaltet hatte; es wurde der starke Schlußstein des europäischen Staatengebäudes, der feste, nationale Rückhalt auch für die Deutschen jenseits der Reichsgrenze, und durch die Eröffnung neuer Verkehrswege, die dem Mittelmeer seine alte zentrale Bedeutung für den europäischen Welthandel zurückgaben, in die frühere Stellung wieder eingerückt, die es am Beginn der Neuzeit verloren hatte, begann es, trotz seiner kurzen, verkümmerten Nordsee-

Stellung  
des Reichs.

küste; trotz des Verzichts auf eine eigene politische Position am Mittelmeer, trotz des Verlustes aller der großen Alpenstraßen, deren Beherrschung dem alten Reiche unentbehrlich gewesen war, seinen Anteil zu fordern an der Herrschaft der weißen Rasse über den Erdball und damit erst seine eigne selbständige Bedeutung für die Zukunft zu sichern.

Volks- und Reichstag.

Sehr langsam wuchs das deutsche Volk in seine neuen Aufgaben hinein. Der Reichstag erfüllte die auf ihn gesetzten Hoffnungen nur so lange, als der Aufschwung der nationalen Begeisterung noch anhielt und die nationalliberale Partei, die auf dem mächtig aufstrebenden Bürgertum beruhte, maßgebend blieb. Aber eben das rasche Anwachsen der Industrie trieb in der Sozialdemokratie eine radikale und utopistische Richtung hervor, die in immer steigendem Maße die städtischen Massen dem nationalen Gedanken und der historischen Staatsordnung entfremdete, und eine unglückselige Verkettung der Dinge, die Folge früherer, schwerer Versäumnisse, verdarb den katholischen Deutschen die Freude an dem Reiche, das sie doch mit erstritten hatten und belebte kirchliche Gegensätze wieder, die schon einmal die Nation gespalten hatten, derart, daß der größte deutsche Staatsmann im Reichstage bald niemals eine feste Mehrheit fand.

Die Fürsten und das Reich.

So wurden gegen die Erwartungen nicht der Reichstag, sondern „die verbündeten Regierungen“, der souveräne hohe Adel deutscher Nation, der deutsche Fürstenstand die stärkste Stütze des neuen Reichs, wie in den großen Zeiten des alten Reichs. Diese stolzen Geschlechter gewöhnten sich allmählich, in der Arbeit für das Reich ihre höchste Aufgabe zu sehen, und Männer wie der König Albert von Sachsen, der Großherzog Friedrich von Baden, der Prinzregent Luitpold von Bayern u. a. haben in dem nicht verfassungsmäßig bestehenden, aber tatsächlich vorhandenem Räte der deutschen Fürsten sicherlich oft eine bedeutende Rolle gespielt. Auch ihre Regierungen, die nicht ohne mancherlei Bedenken und Befürchtungen in die neuen Verhältnisse eingetreten waren, zeigten einander deutsche Treue und führten die Reichsgesetze gewissenhaft und pünktlich aus, denn sie wußten, daß nur das Notwendige von ihnen gefordert worden war. „Er ist ein großer Mann, so sagte einmal König Albert von Bismarck, denn er hat im vollsten Glücke Maß gehalten“. So erwies sich der monarchische Bundesstaat, die schwierigste Form des zusammengefügten Staates, auf deutschem Boden als durchaus lebens- und leistungsfähig, weil er auf gegenseitigem Vertrauen beruhte.

Wilhelm I. und sein Hof.

Das war aber doch vor allem das Verdienst der großen Männer, die ihn gegründet hatten und ihn zum Glücke für das deutsche Volk noch lange leiteten. Kaiser Wilhelms ehrwürdige Erscheinung in ihrer hoheitsvollen Milde, der alle willig huldigten als dem ohne Widerspruch ersten Manne des hohen europäischen Adels und als dem Wiederhersteller des Vaterlandes, verkörperte den Fürsten wie dem Volke gegenüber in einziger Weise das junge Kaisertum, in dem er doch immer wesentlich König von Preußen blieb. Von der Phrase König Friedrich Wilhelms IV.: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“, und von dem Traume des frankfurter Parlaments, die deutschen Einzelstaaten insgesamt als Untergebene einer in der Luft schwebenden Zentralgewalt zu behandeln,

hielt er in seinem nüchternen Wirklichkeitsfinne gar nichts; er sagte einmal kurzab: „Das Reich ist nur das verlängerte Preußen“, und tatsächlich ist denn auch das Deutsche Reich dadurch zustande gekommen, daß die wichtigsten preussischen Institutionen, wie früher das Zollwesen so jetzt namentlich das Kriegs-, Post- und Telegraphenwesen auf das übrige Deutschland ausgedehnt wurden und der König von Preußen als Kaiser die Leitung übernahm. So wurden die großen, tüchtigen Eigenschaften des preussischen Wesens für die gesamte Nation nutzbar gemacht. Kaiser Wilhelm aber wollte immer nur der primus inter pares sein, niemand hat die Rechte seiner fürstlichen Bundesgenossen ehrlicher und gewissenhafter geachtet als er. Dabei blieb er in seinem Kreise immer der gebietende Herr; in seinen Händen liefen die Fäden aus allen Ressorts zusammen, und er hielt streng darauf, daß keiner seine Grenzen überschritt. An Fürst Bismarck, dessen Größe er stets bereitwillig anerkannte, hielt er in unerschütterlicher Treue 25 Jahre lang fest, und die leitenden neuen Ideen empfing er von ihm. Aber er nahm keine an, ohne sie mit seiner fast übermenschlichen Erfahrung, die auf drei Menschenalter zurück sah und mit seinem scharfen Blick für Dinge und Menschen reiflich geprüft und sie zu den seinen gemacht zu haben, und er brachte so immer etwas von seinem eigenen Wesen in das hinein, was er genehmigte. So standen beide Männer in beständigem Ringen und beständigem Ausgleich nebeneinander, ein wahrhaft einziges Verhältnis. Der Kanzler widmete seinem „alten Herrn“ dieselbe Treue, und hat niemals etwas anderes sein wollen, als „ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms“; den Vorwurf des „Hausmeiertums“ wies er mit Entrüstung von sich, denn er fühlte sich immer als Vasall und als preussischer Offizier. Seine Stellung wurde ihm nicht leicht gemacht. Denn auch andere Einflüsse suchten auf den Kaiser einzuwirken. Seine Gemahlin, die Kaiserin Augusta, eine stolze, energische und geistvolle Frau, brachte aus der klassischen Zeit der deutschen Literatur, aus ihrer Heimat Weimar ein allgemein menschliches, im Grunde gänzlich unpolitisches Bildungsideal mit herüber, dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit und deshalb die freiheitliche Entwicklung im Innern die Hauptsache war; das spezifisch preussische Wesen mit seiner strengen Unterordnung unter die Autorität war ihr unsympathisch, und für die Bedeutung der Macht hatte sie schon als Frau kein Verständnis; an den erhebenden Erfahrungen der deutschen Einheitskriege hat sie deshalb niemals mit voller Seele teilgenommen, und den Fürsten Bismarck hat sie immer bekämpft. Auch der Kronprinz Friedrich und seine Gemahlin Viktoria, die princess royal von England (seit 1858), die sich gewissermaßen als Vertreterin einer gereifteren Kultur fühlte und in ihren englischen Anschauungen trotz aller redlichen Bemühungen für die Volkswohlfaht in Preußen kaum jemals heimisch, am wenigsten aber populär wurde, standen in ihrer ganzen religiösen und politischen Anschauung auf liberalem Boden, sahen deshalb die Hauptaufgabe des Staates nicht darin, Macht zu sein, sondern darin, seine Institutionen im freiheitlichen Sinne etwa nach englischem Muster auszubilden und das geistige Leben zu pflegen, dem ihr Hof einen Mittelpunkt bieten sollte, alles ebenfalls nach dem Ideal der freien, selbständigen Persönlichkeit. An seinen eigenen Siegen hat der Kronprinz deshalb kaum rechte Freude gehabt, am wenigsten 1866;



denn er sah mehr die Schrecken als die Größe des Krieges; „er war sehr menschenfreundlich und aus Menschenfreundlichkeit liberal“, urteilte einmal Fürst Bismarck, und dem alten Preußentum stand auch er innerlich fern, er fühlte sich vor allem als Deutscher. Seine liberal-parlamentarische Gesinnung verringerte indes keineswegs seinen fürstlichen Stolz, er hatte in seinem Verkehr bei aller Keuschheit etwas „Olympisches“, darin war er ein echter Hohenzoller. Für die Größe des Fürsten Bismarck vermochte weder er noch die Kronprinzessin ein richtiges Verständnis zu gewinnen, Viktoria, eine ebenso energische wie kluge Frau, vielleicht noch eher als ihr Gemahl. Ihre ganze Stellung empfanden beide um so peinlicher, als Kaiser Wilhelm dem Sohne keinen regelmäßigen Einfluß auf die Geschäfte gestattete, so daß dieser im kräftigsten Mannesalter keine sein Interesse und seine Zeit wirklich ausfüllende Tätigkeit ausübte, außer in den wenigen Wochen, wo er als Generalinspekteur die süddeutschen Truppen musterte, die er einst zum Siege geführt hatte. „Er wurde ein Opfer der wunderbaren Größe seines Vaters“, und empfand es ebenso bitter wie seine Gemahlin, die sicher zu herrschen verstanden hätte, daß sie die Verwirklichung aller ihrer Ideale immer wieder vertagen mußten. So standen sich am kaiserlichen Hofe zwei Zeitalter und zwei Weltanschauungen gegenüber, vor allem zwei Anschauungen vom Staate, die sich damals auch nicht ausgeglichen haben. Daß aber in dieser Zeit des Kampfes die altpreussische Auffassung vom Staate als dem zur Macht organisierten Volke die Staatsleitung beherrschte, daran hing die Existenz und die Zukunft der deutschen Nation.

Fürst  
Bismarck  
als Reichs-  
kanzler.

Sie war vor allem die Auffassung des Fürsten Bismarck, für die er mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität, mit der ganzen Wucht seines Wesens eintrat. Seine Mitarbeiter fühlten alle, daß seine Genialität hoch über ihnen stehe, so oft sie auch seinen eisernen Willen trotz seiner verbindlichen Formen als einen Druck empfinden mochten. Denn an ihre Arbeitskraft stellte er dieselben unerbittlichen Anforderungen wie an seine eigene, und wer ihm nicht genügte oder wer gar in seine Absichten nicht einging, den beseitigte er kurzer Hand. Und als eine Herrennatur stand er auch den parlamentarischen Parteien gegenüber. Er benutzte sie abwechselnd für seine Zwecke, jedes Parteiregiment lehnte er als unmonarchisch und unpreussisch ab. Er vertrat seine Pläne ebenso wohl in der Presse, die er zu benutzen verstand wie kaum jemals ein Staatsmann, ohne sie sonderlich hochzuachten, wie vor allem in den Parlamenten mit überlegener, von keinem Parteivorurteil und keiner Theorie getrüben Sachlichkeit und Sachkenntnis und mit einer großartigen, naturwüchsigen Beredsamkeit, die in der hinreißenden Logik ihrer Beweisführung, in dem Reichtum ihrer sicher treffenden Bilder und in ihrem kernigen Ausdruck nicht ihresgleichen hatte, und im geeigneten Moment auch das hohe Pathos anzuwenden wußte, ohne jemals in Phrasen zu verfallen. Seinen Gegnern, in denen er immer auch die Gegner seiner Sache und des Reiches sah, war er ein furchtbarer Feind, er ruhte nicht eher, als bis er sie gebrochen oder sich dienstbar gemacht hatte, und nur an zwei Parteien ist seine Kunst gescheitert, am Zentrum und an der Sozialdemokratie. Kein Wunder, daß er ebenso begeisterte Bewunderung wie leidenschaftlichen Haß erweckte. Selbst eine höchst erregbare, tief leidenschaftliche Natur empfand

er alle diese Kämpfe ganz persönlich, und er litt zuweilen schwer unter ihnen, seelisch wie körperlich. Für sich hatte er keinen Ehrgeiz; es hat vielleicht niemals einen Staatsmann von seiner Bedeutung gegeben, dem persönlich an Auszeichnungen und sogar an der Macht an sich so wenig gelegen hätte wie ihm. Im Grunde seines Wesens blieb er immer der schlichte Landedelmann. So vornehm und glänzend, so geistvoll und verbindlich er in seinem Reichskanzlerpalais an der Wilhelmstraße zu repräsentieren wußte, jeder Zoll ein Kavalier, am wohlsten befand er sich doch, wenn er fern von der geräuschvollen Hauptstadt und ihren höfischen und geselligen Verpflichtungen in einem seiner einfachen Landhäuser, in Friedrichsruh bei Hamburg im Sachsenwalde oder in Varzin im waldgrünen Hinterponnern, inmitten der Seinigen und weniger Freunde leben konnte, in stetem Umgange mit der freien Natur als Landwirt und Jäger. Dort trat dann auch die ganze Herzensgüte seines Wesens und seine wahrhaft vornehme Höflichkeit, sein sprudelnder Humor und seine glänzende Erzählerkunst, die aus der reichsten Lebenserfahrung spielend schöpfte, ebenso erquickend hervor wie der warme Ton seines schönen Familienlebens, in dem seine treue Lebensgefährtin Johanna von Puttkammer als Gattin, Mutter und Hausfrau mit freundlicher, anspruchsloser Würde waltete, ohne jemals eine politische Rolle spielen zu wollen oder einen andern Anspruch zu erheben, als den, alles teilen zu dürfen, was den Gemahl betraf.

Die erste und dringendste Aufgabe der auswärtigen Politik war für Fürst Bismarck, das in siebenjährigen Kämpfen Gewonnene zu behaupten, also den Frieden zu erhalten. Deshalb mußte er jede Koalition gegen das neue Deutschland verhüten, also das revanchelustige Frankreich, das sich finanziell und militärisch überraschend schnell erholte, fortgesetzt in Isolierung halten und das Mißtrauen der übrigen Mächte durch eine friedliche, zurückhaltende Politik entwaffnen. Bei Rußland hatte das wenig Schwierigkeiten, denn Kaiser Alexander II., der während des Krieges, im Gegensatz zu seinem Thronfolger und zu seinem Hofe, von ganzem Herzen mit seinem greisen Oheim Kaiser Wilhelm sympathisierte — *djadja molodoz!* hatte er bei Siegesnachrichten ausgerufen (der Onkel ist ein ganzer Kerl) —, hatte Deutschland den Rücken gedeckt und auf eine Anregung Bismarcks hin schon im Oktober 1870 sich von der Klausel des Pariser Friedens von 1856, die Rußland verbot, auf dem Schwarzen Meere eine Kriegsflotte zu halten, losgesagt, was dann im Januar 1871 von einer Konferenz der europäischen Großmächte in London anerkannt wurde. Auch Österreich begrub seine Revanchepläne. Im Dezember 1870 bahnte ein Briefwechsel zwischen den beiden Reichskanzlern Bismarck und Beust ein friedliches Einvernehmen an, indem Österreich dem Eintritt der süddeutschen Staaten in das Reich kein Hindernis (kraft des Prager Friedens, s. S. 450) in den Weg legen zu wollen erklärte; im August 1871 begrüßte Kaiser Wilhelm auf der gewöhnlichen Reise nach Gastein den Kaiser Franz Joseph zum erstenmale wieder in Ischl, im September in Salzburg, und die beiden leitenden Minister sprachen in Gastein alle wichtigen Fragen gründlich durch. Graf Beusts überraschender Rücktritt am 1. November desselben Jahres befestigte eher das Verhältnis, denn während Bismarck gegen seinen alten Gegner Beust ein gewisses Mißtrauen niemals überwinden

Das Dreikaiserbündnis.

konnte, war er seines Nachfolgers, des Grafen Julius Andrássy (1871—79), von vornherein sicher, da dieser als Magyar in einer Erneuerung der alten Stellung Österreichs in Deutschland eine Gefahr für die verfassungsmäßige Selbständigkeit Ungarns sehen mußte. So in gutem Einvernehmen mit Österreich und mit Rußland konnte das Deutsche Reich zwischen den einander widerstreitenden Interessen beider auf der Balkanhalbinsel vermitteln und ausgleichen. Auf diesem engen Einverständnis der drei Ostmächte, das im September 1872 in der Dreikaiserzusammenkunft zu Berlin glänzend in die Erscheinung trat, beruhte fast ein Jahrzehnt lang die Politik Europas. Auch Italien, durch den Fall Frankreichs der französischen Bevormundung ledig, aber auch isoliert, näherte sich den mitteleuropäischen Mächten. Im Mai 1872 erschien Kronprinz Humbert mit seiner Gemahlin Margherita in Berlin, im September 1873 stattete König Viktor Emanuel dem Kaiser Franz Joseph in Wien, dem Kaiser Wilhelm in Berlin seinen Besuch ab; im Jahre 1875 empfing er den Gegenbesuch beider Herrscher, des einen in Venedig (April), des anderen in Mailand (Oktober). Der politische Schwerpunkt Europas lag in der deutschen Reichshauptstadt.

Die  
Kriegsentschädigung.

Im Innern des Reiches galt es zunächst, die Konsequenzen des siegreichen Krieges zu ziehen. Die in rascher Folge abgezahlte französische Kriegsentuschädigung, die nach dem hochherzigen Antrage Preußens, soweit sie an die Einzelstaaten verteilt wurde, diesen nach dem Maßstabe der Bevölkerungszahl, nicht nach ihren Kriegseleistungen zufließ, wurde vor allem zur Wiederherstellung der Armee und zum Ausbau der Flotte (66 Millionen Mark), zur Bezahlung der Kriegsschäden in Elsaß-Lothringen und im Rheinlande (116 Millionen), zur Entschädigung der aus Frankreich 1870 vertriebenen Deutschen und der deutschen Reeder, endlich zur Dotation für verdiente Generale und Staatsmänner verwendet. Für neue Festungs- und Kasernenbauten — eine Reihe alter Festungen, wie Stralsund, Stettin, Glatz, Erfurt u. a., wurden aufgegeben — bewilligte der Reichstag 350 Millionen, für den Reichsinvalidenfonds 560 Millionen, für den unantastbaren Reichskriegsschatz im Juliusturm zu Spandau 120 Millionen. Andere Summen wurden den Selbstverwaltungskörpern der Einzelstaaten überwiesen.

Elsaß-  
Lothringen.

Eine besonders schwierige Aufgabe war es, die wertvollste Beute des großen Krieges, Elsaß-Lothringen, dem alten Mutterlande wieder anzugliedern. Daß es mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der kleineren Bundesstaaten nicht einfach als eine preußische Provinz, sondern als ein „Reichsland“ unter der Gesamtsouveränität des Reiches, die der Kaiser dort vertritt, also ohne Vertretung im Bundesrat, ungefähr nach der Weise der gemeinen Vogteien der alten Schweiz, konstituiert worden war, erschwerte noch die Verschmelzung mit „Alt-Deutschland“, und der Eintritt des Landes in den deutschen Zollverband brachte natürlich große Störungen in die wirtschaftlichen Beziehungen, die bisher nach Frankreich liefen. Im Elsaß hatte nur die protestantische Bevölkerung des Nordens, etwa ein Fünftel der Gesamtzahl, die deutsche Herrschaft mit Sympathien begrüßt; die katholische Mehrheit stand ihr feindselig gegenüber, die höheren Stände in den Städten schon deshalb, weil sie ganz französisch gebildet waren (ganz besonders die Frauen), alles, was vor 1789

lag, gründlich vergessen hatten, nur französisch oder „elsässer Ditsch“, aber kaum Hochdeutsch sprachen und durch zahlreiche persönliche und geschäftliche Beziehungen mit Frankreich verbunden waren. In Lothringen aber gehörte die Bevölkerung des Westens zur französischen Nationalität. Nur eine feste Hand und viel Geduld konnte dieses oberflächlich französisierte, aber zähe alemanische Volkstum für Deutschland gewinnen. Zunächst wurde also das Land unter die Diktatur des Kaisers gestellt, und an seine Spitze der frühere Oberpräsident der neuen Provinz Hessen, von Möller gesetzt, der mit ehrlichem Wohlwollen Festigkeit und Erfahrung verband. Die Elfaß-Lothringer, die für Frankreich „optiert“ hatten, etwa 150000, mußten bis 1. Oktober 1873 das Land verlassen, die Gemeinderäte von Straßburg und Metz, die sich in deutschfeindlichen Kundgebungen gefielen, wurden endlich aufgelöst und durch kaiserliche Kommissare ersetzt, nicht zum Schaden der Städte. Beide Städte wurden als gewaltige Lagerfestungen mit einem Kranz starker Forts umgeben, und ein aus süd- und norddeutschen Truppenteilen neugebildetes Armeekorps, das XV., ins Reichsland verlegt, die dortige wehrpflichtige Bevölkerung aber nicht in der Heimat, sondern im Reichslande oder in der Garde eingestellt. Die reichsländischen Eisenbahnen, die bis dahin der französischen Ostbahngesellschaft gehörten, übernahm das Reich, zugleich mit denen des neutralisierten Großherzogtums Luxemburg, das ja auch im deutschen Zollverein blieb. Das französische Zivilrecht blieb zunächst noch bestehen, aber im Strafrecht trat das deutsche Gesetzbuch von 1870 in Kraft. Die Departementalverfassung fiel, aber die Arrondissements blieben als Kreise unter Kreisdirektoren erhalten. Als Amtssprache wurde — außer im französisch sprechenden Lothringen — das Deutsche allmählich eingeführt. Das höhere Unterrichtswesen erfuhr eine völlige Umgestaltung nach deutschem Muster, vielfach mit Hilfe „altdeutscher“ Lehrkräfte, und am 1. Mai 1872 wurde die Kaiser-Wilhelms-universität in Straßburg feierlich eröffnet, um der deutschen Wissenschaft hier eine Stätte zu bereiten. Zugleich kamen zahlreiche „Altdeutsche“ besonders aus den Nachbarlandschaften als Beamte, Lehrer, Geschäftsleute und Soldaten ins Reichsland; selbst Metz wurde so mit der Zeit eine halbdeutsche Stadt, und Straßburg erhielt durch die Niederlegung der alten Wälle an der Nord- und Südseite neue, prachtvolle Stadtviertel. Trotz alledem blieb die Stimmung des Landes noch lange überwiegend feindselig; in den Reichstag sandte es „Protestler“ oder Ultramontane, und erst allmählich bildete sich eine deutschfreundliche „Autonomistenpartei“ (August Schneegans), die zuerst 1877 in fünf unterelsässischen Wahlkreisen durchdrang. So fand Kaiser Wilhelm, als er im September 1876 zum erstenmale ins Reichsland kam, einen freundlichen Empfang, und das Gesetz vom 4. Juli 1879 gab dem Lande eine größere Selbständigkeit, indem es die Zentralverwaltung nach Straßburg verlegte und dort eine kaiserliche Statthalterschaft und ein reichsländisches Ministerium einsetzte. Der erste Statthalter freilich, Edwin von Manteuffel (seit dem 1. Oktober 1879), fand seine Hauptaufgabe darin, die französisch gesinnten „Notablen“ durch Liebenswürdigkeit zu gewinnen, statt sich auf die deutschfreundlichen und die alt-deutschen Elemente zu stützen. Erst sein Nachfolger, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1885—94), erzielte bessere Erfolge.



Entwicklung  
der Reichs-  
verwaltung.

Noch aber waren im Reiche selbst zahlreiche Reste des politisch und militärisch in der Hauptsache überwundenen alten Zustandes zu beseitigen, die der inneren Einheit der Nation, namentlich der notwendigen Wirtschafts- und Rechtseinheit widersprachen und ebenso viele Hemmnisse für ihre Entwicklung waren. Es galt die Zolleinheit zu vollenden, die Verkehrsmittel auf möglichst einheitliche Grundlage zu stellen, die Einheit des Rechts und der Gerichtsverfassung zu begründen. So dehnte sich die Reichsgesetzgebung auf immer weitere Gebiete aus, und obwohl die Ausführung der Reichsgesetze im wesentlichen den Einzelstaaten überlassen blieb, auch große Lebensgebiete, wie vor allem Kirche und Schule, von der Reichsgesetzgebung nicht direkt berührt wurden, so erweiterte sich doch die Tätigkeit des Reichskanzleramts bald (seit 1875) durch eine Anzahl von ihm untergeordneten „Reichsämtern“, die (seit 1878 unter Staatssekretären) die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen, die Reichsgesetze vorzubereiten und die dem Reiche selbst zustehenden Verwaltungszweige zu leiten hatten (Auswärtiges Amt, Reichspostamt, Reichsschatzamt, Reichseisenbahnamt, Reichsjustizamt, Reichsamt des Innern, Reichsgesundheitsamt u. a.). Der Bundesrat, der die besten Kräfte des deutschen Beamtentums in sich vereinigte, bildete ebensowohl eine Art von Oberhaus im Verhältnis zum Reichstage wie durch seine Ausschüsse für die einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung eine Art von Reichsministerium und verbürgte den Einzelregierungen eine unmittelbare Teilnahme an der Reichsgewalt, die durch wirkliche Reichsministerien (wie 1848/49) ihnen entzogen worden wäre. Die Errichtung solcher, die von den liberalen Parteien immer wieder gewünscht wurde, hat deshalb Fürst Bismarck immer aufs Bestimmteste abgelehnt. Der einzige verantwortliche Reichsminister blieb der Reichskanzler. Um so größer wurde sein Einfluß auf alle Zweige des öffentlichen Lebens, die mit dem Reiche in Beziehung standen, und er verbürgte die feste Einheit in der Leitung der auswärtigen Politik nach den Weisungen des Kaisers. Der 1871 dafür eingesetzte Ausschuß des Bundesrats kam wenig zur Geltung, doch wurden den daran beteiligten Regierungen von Bayern, Sachsen und Württemberg über die wichtigeren Angelegenheiten amtliche Mitteilungen gemacht.

Die Sozial-  
demokratie  
und die  
Volkswirt-  
schaftslehre.

Nun aber wurde der Ausbau des Reiches durch zwei auf internationaler Grundlage stehende Parteien erschwert, von denen die eine schon vor der Reichsgründung in den Anfängen bestanden hatte, die andere erst nach ihr aufkam. Die Sozialdemokratie entstand als eine nicht nur praktische, sondern auch wissenschaftliche Richtung im Widerspruch mit der historischen Schule und mit dem wirtschaftlichen Individualismus der englischen Manchesterlehre. Der große Führer der historischen Volkswirtschaftslehre, Wilhelm Roscher (1817—94), versuchte auf Grund eines ungeheuren Materials den Werdegang der Volkswirtschaft vorsichtig zu verstehen und allgemeine Gesetze daraus abzuleiten, indem er dabei an den sittlichen Grundlagen alles Kulturlebens, der Ehe, dem persönlichen Eigentum und der natürlichen aristokratischen Gliederung der Gesellschaft festhielt. Die Vertreter der anderen Richtung (Prince-Smith, J. Faucher) sahen in der Nationalökonomie eine exakte Wissenschaft, eine „Arithmetik des Egoismus“, in deren Anwendung sich der Staat nicht zu mischen habe. Dagegen setzte schon Albert Schäffle die Vorzüge des Sozialismus vor dem

Kapitalismus auseinander. Im Anschluß an K. Rodbertus und mit Verwertung der Hegelschen Entwicklungslehre stellte dann Karl Marx in London († 1883), ein rheinischer Landsmann jüdischer Abkunft von Friedrich Engels († 1895), die seitdem geltenden Theorien der Sozialdemokratie auf (Das Kapital 1867 ff.).

Der Kapitalismus, das notwendige Ergebnis der bisherigen Entwicklungsstufe, und das damit verbundene Massenelend wird vom Sozialismus, der notwendigen folgerung aus der jetzigen Lage, abgelöst werden. Da die Arbeit allein die Quelle und der Maßstab jedes Wertes ist, so ist das vorhandene Kapital nur aus einer Verkürzung des gerechten Arbeitslohnes entstanden, also durch Unrecht. Um dieses zu beseitigen, müssen alle Produktionsmittel gemeinsames Eigentum werden, die Arbeit muß gemeinsam geleitet werden, alle, die gleich arbeiten, müssen gleichen Lohn erhalten und die Arbeitszeit muß, um Überproduktion zu vermeiden, verkürzt werden (Normalarbeitstag). Durchführbar ist diese neue und gerechte Ordnung nur durch die gemeinsame revolutionäre Erhebung der Proletarier aller Länder.

Nun hatte sich nach Ferdinand Lassalles Tode (1864) seine Partei in zwei Gruppen gespalten, in seine persönlichen Anhänger und in die Genossen Schweitzers in Frankfurt a. M. Daneben standen die demokratischen sächsischen und thüringischen Arbeitervereine, seit 1867 unter der Leitung eines Ausschusses in Leipzig, den ein ehrlicher und begabter Fanatiker, der Drechslermeister August Bebel, leitete. Von Wilhelm Liebknecht gewonnen, schlossen sie sich an Karl Marx an. Unter dieser Führung nahmen die Arbeitervereine auf ihrem Verbandstage in Nürnberg im September 1868 das sogenannte Genfer Programm an, und der Eisenacher Verbandstag im August 1869 forderte demgemäß den „freien Volksstaat“ mit dem allgemeinen gleichen direkten Wahlrecht vom 20. Lebensjahre ab für alle Vertretungskörper, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, unentgeltlichen Unterricht, Abschaffung aller indirekten Steuern, progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit und genossenschaftliche Produktion. Ein Ausschuß von fünf Mitgliedern übernahm die Leitung von Leipzig aus. Die Anhänger Lassalles konstituierten sich auf dem Stuttgarter Parteitage im Juni 1870 als Allgemeiner deutscher Arbeiterverein mit dem Zentrum in Berlin. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag, die liberale Gesetzgebung mit ihrer Freizügigkeit, die kirchenfeindlichen materialistischen Ideen, die von einem Teile der liberalen Presse mit dogmatischer Sicherheit gepredigt wurden und aus ihr ins Volk drangen, endlich der Aufschwung der Industrie und des Handels mit den zahllosen unsoliden „Gründungen“ unter dem Einflusse des „Milliardensegens“ mit ihrer raschen Steigerung der Arbeitslöhne und der ihnen 1873 folgende „Kraach“, in dem zahlreiche solcher Gründungen wieder zusammenbrachen und viele Tausende von Arbeitern plötzlich brotlos wurden, das Alles kam der Sozialdemokratie zu gute, so daß sie im Januar 1874 schon zehn Vertreter in den Reichstag sandte, die meisten aus dem hochindustriellen Sachsen. An besondere Abwehrmaßnahmen dachten die im Reichstage damals herrschenden Parteien trotzdem keineswegs, sie lehnten unter der Führung Eduard Lasfers noch 1874 die Regierungsvorlagen über die Bestrafung des Kontraktbruchs und der Angriffe auf die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft (Ehe, Familie,

Eigentum) ab und glaubten durch einige wenig wirksame Gesetze über die Haftpflicht der Unternehmer (1871) und über die Zwangsversicherung durch Hilfskassen (1876) dem Wachstum der Bewegung Einhalt tun zu können. Eine eitle Hoffnung! Auf dem Kongreß im Mai 1875 schlossen sich die beiden Arbeiterparteien auf Grund des Eisenacher Programms von 1869 zusammen, im September 1877 vereinigten sich die Sozialdemokraten Deutschlands, Österreichs, Englands, Dänemarks, Belgiens und der Schweiz in Genf zu einem großen internationalen Verbande, und ihre Presse schoß üppig ins Kraut. Als „vierter Stand“ trat die Masse der deutschen Arbeiterschaft in trotzigem Selbstbewußtsein, ihren Führern unbedingt ergeben und an ihren Programmsätzen mit so blindem Glauben hängend wie jemals eine religiöse Sekte, der bestehenden Gesellschaftsordnung, der Monarchie und dem nationalen Gedanken in abgesagter Feindschaft gegenüber, nicht, weil die sozialen Verhältnisse in Deutschland schlimmer gewesen wären als anderswo — das Gegenteil war der Fall —, sondern weil die deutsche Natur zum Doktrinarismus neigt, das Staatsgefühl in dem klein- und mittelstaatlichen Deutschland beim Volke schwach entwickelt war, die starke monarchische Staatsordnung in Deutschland einen um so stärkeren Gegendruck der demokratischen Strömung hervortrieb, und die schwankenden unsicheren Arbeitsbedingungen der Industrie in der Tat ganz neue, oft drückende Lebenslagen herbeiführten, für die das bürgerliche, liberale, manchesterliche Unternehmertum von sich aus noch keine Abhilfe fand. Nicht nur um Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Handarbeiter handelte es sich aber dabei, sondern um die Herrschaft des vierten Standes, um die Macht im Staate zur Verwirklichung des „Zukunftsstaates“.

Die  
päpstliche  
Unfehl-  
barkeit und  
die Ultrakatholiken.

Es war ein schweres Verhängnis, ähnlich wie am Anfange des 16. Jahrhunderts die revolutionäre Bewegung im deutschen Bauernstande, und wie sich neben ihr damals eine kirchliche Bewegung erhob, so entstand jetzt eine Partei, die den alten Kampf der römischen Kirche mit der Staatsgewalt um die „Freiheit der Kirche“ erneuerte, eine Folge des großen Rückfalls in den Konfessionalismus, der das 19. Jahrhundert bezeichnet.

Dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, das auf dem Vatikanischen Konzil am 18. Juli 1870 proklamiert wurde, während ein schweres Gewitter unter Blitz und Donnergrollen über die Peterskirche dahinzog, hatten sich auch die deutschen Bischöfe nach anfänglichem Widerspruch unterworfen. Daß eine kleine Anzahl hervorragender katholischer Theologen, an ihrer Spitze der Stiftsprobst Ignaz von Döllinger, diese letzte Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung der römischen Hierarchie nicht mitmachen, sondern auf dem Boden des Tridentinums stehen bleiben wollte, gewann geringe Bedeutung. Diese „Ultrakatholiken“ sammelten sich im September 1871 zu einem Kongreß in München, ein Jahr später 1872 in Köln, wählten 1873 Dr. Hubert Reinkens in Breslau zu ihrem Bischof und nahmen im Mai 1874 auf ihrer ersten Synode in Bonn eine synodale Kirchenverfassung an. Preußen, Hessen und Baden erkannten die neue Kirchengemeinschaft an, Bayern duldete sie wenigstens, aber sie zählte 1876 nur etwa 50000 Seelen in hundert Gemeinden, blieb also tatsächlich nur eine Sekte.

Inzwischen suchte sich die römische Kirche mit der ihr an sich unbequemen Tatsache der Erneuerung des Deutschen Reichs unter einem protestantischen Kaiser abzufinden; ja der Kardinal Ledochowsky, Erzbischof von Gnesen, erbat im Dezember 1870 in Versailles vom Fürsten Bismarck die deutsche Intervention für die Wiederherstellung der soeben gestürzten weltlichen Herrschaft des Papsttums über Rom, und im Februar 1871 richteten 56 katholische Abgeordnete, an ihrer Spitze der frühere hannoversche Minister Ludwig Windthorst, dieselbe Bitte an den Kaiser. Zugleich schlossen sie sich zu einer neuen Partei, dem Zentrum zusammen, um der katholischen Kirche in Deutschland auf parlamentarischem Wege den Rückhalt zu geben, den sie durch das Ausscheiden Österreichs verloren habe, und gründeten als führendes Organ der katholischen Presse die „Germania“ in Berlin. Diese Lage fand Bismarck vor, als er im März 1871 vom Feldzuge zurückkehrte. Er sah darin eine Gefahr für den Staat, namentlich weil er von der neuen katholischen Partei eine Verstärkung des Polentums erwartete. Sofort traf er seine Abwehrmaßregeln. Die Thronrede, mit der Kaiser Wilhelm am 21. März 1871 den ersten deutschen Reichstag eröffnete, lehnte jede Intervention in Italien bestimmt ab, am 8. Juli wurde die katholische Abteilung im preussischen Kultusministerium aufgehoben, da ihre Räte aus Vertretern des Staates zu Vertretern der kirchlichen Interessen gegen den Staat geworden waren, und ein Reichsgesetz vom 20. Dezember 1871 bedrohte jeden agitatorischen Mißbrauch der Kanzel mit Strafe.

Damit begann der „Kulturkampf“, wie der freisinnige Abgeordnete R. Virchow den Konflikt in liberaler Selbstüberhebung getauft hat. Er sollte ein Kampf für die Souveränität des Staates gegen die Übergriffe einer sich gleichfalls souverän dünkenden mächtigen Hierarchie sein, und war insofern, wie Fürst Bismarck einmal treffend ausführte, die Wiederholung eines uralten, prinzipiell niemals entschiedenen und niemals zu entscheidenden Kampfes, in dem es nur Waffenstillstände und einen praktischen modus vivendi, aber niemals einen grundsätzlichen Frieden geben kann, so lange der Staat sich selbst treu bleibt, d. h. seine Souveränität behauptet, und die römische Kirche sie selber bleibt, d. h. die sich auf göttliche Stiftung berufende Hierarchie, die deshalb auf ihrem Gebiet prinzipiell keine Autorität des Staates anerkennt. Ein solches Ziel hat auch Bismarck im Auge gehabt. Aber in der Hitze des Kampfes griff er zu „Kampfgesetzen“, die nur als vorübergehende Zwangsmittel gemeint waren, die aber tief in das innere Leben der Katholiken einschnitten, also sie aufs äußerste erbitterten, sie fest zusammenschmiedeten, ihr konfessionelles Bewußtsein mächtig stärkten und dadurch den konfessionellen Gegensatz auch zum Protestantismus verschärften, so daß der Kampf schließlich auch als ein Kampf der Konfessionen erschien, was er durchaus nicht sein sollte. So wurde der Charakter des Kulturkampfes verfälscht, verfälscht von der Regierung, die die katholische Kirche viel zu wenig kannte, und verfälscht von den kirchenfeindlichen und religiös gleichgiltigen Liberalen, die in der Kirche überhaupt nur eine Macht des Rückschrittes sahen, und mit einem Siege des Staates hat er nicht geendet.

Der Hauptvertreter der Regierung war neben Bismarck der Kultusminister Adalbert Falk (seit Januar 1872), ein scharfsinniger und energischer Jurist, der die



Dinge nur allzusehr vom reinjuristischen, logischen Standpunkte aus faßte, nicht mit dem Auge des Staatsmannes. Das erste Gesetz, das er im Februar 1872 im preussischen Landtage durchbrachte, das Schulaufsichtsgesetz, das die geistliche Schulaufsicht zu gunsten des Staates bedeutend einschränkte, drängte schon die Konservativen in die Opposition. Da der Versuch Bismarcks, durch die Ernennung des Kardinals Hohenlohe zum deutschen Botschafter beim Vatikan eine versöhnliche und vermittelnde Persönlichkeit an diesen wichtigen Posten zu bringen, von Papst Pius IX. abgelehnt wurde, so verschärfte sich die Spannung auch unmittelbar mit Rom. Nun schloß das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 den Jesuitenorden und die ihm verwandten Ordensgenossenschaften, also unzweifelhaft eine der wichtigsten Institutionen der römischen Kirche, den eigentlichen Träger des Ultramontanismus, von dem Gebiete des Deutschen Reiches aus, und zu Ende Dezember 1872 wurde die diplomatische Vertretung beim Vatikan eingezogen. Darauf brachte Falk im Januar 1873 die vier großen kirchenpolitischen Gesetze ein, und im Mai fanden sie nach heftigem Kampfe mit dem Zentrum und einem Teile der Konservativen Annahme im Landtage. Sie verfügten die Beschränkung der geistlichen Strafgewalt auf das rein religiöse Gebiet, die Beschränkung der Zulassung zum Priesteramt auf die Zöglinge deutscher Gymnasien und Universitäten, die Staatsaufsicht über die geistlichen Bildungsanstalten und die Anzeigepflicht der geistlichen Oberen bei jeder Anstellung im geistlichen Amte, die Erleichterung des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft, der nur vor einem Richter zu erklären war, endlich die Einsetzung eines königlichen Gerichtshofes für geistliche Angelegenheiten. Ein Versuch Pius IX., durch ein persönliches Schreiben vom 7. August auf den Kaiser einzuwirken, begegnete einer vornehmen und würdigen Ablehnung in der Antwort vom 3. September, und nun erklärte Pius IX. in seiner Encyklika vom 3. Februar 1874 die Maigesetze für rechtsunverbindlich. Da sich demgemäß der Klerus ihnen nicht fügte, so wurden allmählich die Bischöfe von Gnesen, Paderborn, Trier, Köln, Münster, Breslau und Eimburg ihres Amtes entsetzt und die meisten gefänglich eingezogen, die Vermögensverwaltung der verwaisten Bistümer an königliche Kommissare übertragen. Widerstrebende Geistliche bedrohte das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 mit Ausweisung oder Internierung, die Vermögensverwaltung der Pfarreien übernahmen nach dem Gesetz vom 20. Juni 1875 die Gemeindevertretungen. Endlich verfügte das „Sperrgesetz“ vom 22. April 1875 die Einstellung der staatlichen Leistungen an die nicht ordnungsmäßig verwalteten Bistümer und Pfarren, und im Mai 1875 wurde die Auflösung aller Ordensniederlassungen, die nicht der Krankenpflege dienten, angeordnet. Die gesetzliche Einführung der Zivilehe in Preußen 1874, im ganzen Reiche 1875 sollte die kanonischen Ehehindernisse aus dem Wege räumen, änderte aber für gläubige Katholiken gar nichts, da für sie die Ehe nicht aufhörte ein Sakrament zu sein. Noch weniger erfüllte sich die Hoffnung, daß es gelingen werde, die katholischen Laien von ihrem Klerus loszureißen; beide verwuchsen im Gegenteil nur noch fester miteinander.

Die  
katholische  
Agitation.

Denn in der Tat, der Kulturkampf, oder vielmehr die mittelbaren Folgen der Maigesetze führten allmählich unerträgliche Zustände herbei. Zu Ende d. J. 1876

waren sieben preussische Bischofsstühle (von zwölf) und etwa tausend Pfarren unbeseht, und da die stellvertretende Seelsorge nicht geschlich geordnet war, also ein Geistlicher, der sie trotzdem leistete, unter Umständen bestraft wurde, so war sogar die Spendung der Sakramente gefährdet. Was noch fehlte, um die Aufregung zu schüren, das tat eine fanatische geistliche Demagogie mit einer rasch emporschießenden katholischen Presse, die alltöglich den Kulturkampf als eine „diofletianische Verfolgung“ der Kirche verdamnte, den Widerstand gegen sie als Pflicht predigte und den Fürsten Bismarck als einen boshafsten Feind der Kirche dem Hasse der Gläubigen preisgab. Kein Wunder, daß in rohen Gemütern diese Gesinnung den Weg zur Tat fand. Am 13. Juli 1874 schoß der Böttchergeselle Kullmann aus Magdeburg in Kissingen auf den Kanzler, der dort zur Kur verweilte, doch die Kugel streifte ihn nur an der rechten Hand.

Auf das außerpreussische Deutschland griff der Kulturkampf nur insofern über, als Hessen-Darmstadt und Baden zu einer der preussischen ähnlichen Kirchengesetzgebung gelangten und die Aufregung selbstverständlich alle deutschen Katholiken erfaßte. So wurde mitten im politischen Aufschwung ein großer Teil des deutschen Volkes dem Staate entfremdet und mit dem bitteren Gefühle erfüllt, daß er als ein minderwertiger Teil der Nation behandelt werde.

Troßdem kann man den katholischen Deutschen nicht vorwerfen, daß sie sich den nationalen Aufgaben, namentlich dem inneren Ausbau des Reiches schlechthin versagt hätten. Freilich kam die Reichsregierung immer nur durch Kompromisse vorwärts, da keine Partei für sich allein die Mehrheit hatte, aber sie kam doch vorwärts. Für das Notwendigste, die Wehrkraft des Reiches, gab das Gesetz vom 14. April 1874 (gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen) eine neue feste Grundlage, indem es nach dem Antrage des Führers der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen aus Hannover, die Friedensstärke für sieben Jahre auf 401000 Mann festsetzte („Septennat“). Das Landsturmgesetz von 1875 kam dann ergänzend hinzu. Die kaiserliche Marine wurde 1872 unter die neu errichtete kaiserliche Admiralität gestellt, aber deren erster Chef, General von Stosch, also immer noch ein Offizier der Armee, kein Seemann, ging bei seinem Flottengründungsplan im Gegensatz zu dem weitschauenden Prinzen Adalbert († 6. Juni 1873) noch nicht über den Gedanken einer Verteidigungsflotte hinaus, bemas ihre Stärke deshalb noch viel zu niedrig (bis 1882 8 Panzerfregatten, d. i. Linienschiffe, 6 Panzerkorvetten, 20 ungepanzerte Korvetten u. s. f.) und maß deshalb auch den Torpedobooten, einer neu aufkommenden Waffe für die Küstenverteidigung, eine zu große Bedeutung bei. Immerhin trug er Sorge, die neuen Schiffe auf einheimischen Werften herzustellen, was den deutschen Eisenschiffbau mächtig förderte, und bald erschien die deutsche Kriegsflagge auf allen Meeren. Indem 1877 der zweite Sohn des Kronprinzen, Prinz Heinrich, in die Marine eintrat, kam sie abermals in persönliche Beziehungen zum Kaiserhause. Ferner beseitigte das Reichsgesetz vom 9. Juli 1873 zunächst die längst unerträgliche Zersplitterung des deutschen Münzwesens auf Grund des Marksystems und der Goldwährung, derart, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs auch im Gepräge der neuen Münzen zum

Heer und  
Marine,  
Münz- und  
Postwesen.

Ausdruck kam. Das Reichspost- und Telegraphenwesen dehnte sich unter der Leitung des genialen Reichspostmeisters Heinrich Stephan (1870–97) auch über Baden und Elsaß-Lothringen aus, schuf ein billiges Einheitsporto, flocht das Netz seiner Linien immer dichter, errichtete überall stattliche neue Amtsgebäude und krönte ihr Werk 1878 durch die Begründung des Weltpostvereins mit einem Einheitsporto fast für die ganze bewohnte Erde.

Rechts- und  
Gerichts-  
reform.

Ebenso wichtig für die innere Einheit der Nation als diese Verkehrs-erleichterungen war die Einheit des Rechts und der Gerichtsverfassung. Jene bestand zunächst nur für das Strafrecht und einige Gebiete des bürgerlichen Rechts (Handels-, Wechsel- und Obligationenrecht), diese fehlte vollständig. Für die Ausarbeitung eines umfassenden bürgerlichen Gesetzbuches wurde am 21. Juni 1874 zunächst eine Kommission niedergesetzt; die drei großen Reichsjustizgesetze kamen erst nach harten Kämpfen mit partikularistischen Bedenken und Parteimeinungen am 31. Dezember 1876 zum Abschluß. Also sollten künftig übereinander stehen das Reichsgericht als höchste Berufungs- und Revisionsinstanz sowie als Gerichtshof für Landes- und Hochverrat, die Oberlandesgerichte, die Landgerichte und die Amtsgerichte, für die Strafrechtspflege in schweren Fällen Schwurgerichte beim Landgericht, in leichteren Schöffengerichte beim Amtsgericht, dazwischen Strafkammern ohne Laienbeisitzer. Den Sitz des Reichsgerichts verlegte das Gesetz vom 11. April 1877 gegen die Stimmen Preußens im Bundesrate, eine nicht unbedenkliche Majorisierung des führenden Staats, nach Leipzig, wo es am 1. Oktober 1879 unter dem Präsidenten Eduard Simson eröffnet wurde.

Ver-  
waltungs-  
reformen  
in Preußen.

Aber auch die Einzelstaaten reformierten ihre Verwaltung im Sinne der Selbstverwaltung durch Heranziehung angesehener Männer aus allen Klassen der besitzenden Bevölkerung im unbesoldeten Ehrenamt. In Preußen scheiterte aber die Kreisordnung des Grafen Friedrich Eulenburg, die Steins Gedanken auf die ostelbischen Provinzen (außer dem halbpolnischen Posen) übertragen sollte, zunächst an dem Widerspruche des Herrenhauses am 31. Oktober 1872, weil sie die alte Herrschaft des Großgrundbesitzes auf dem platten Lande schmälern mußte. Erst ein „Pairschub“, der gegen den Willen Bismarcks, aber auf den Rat der übrigen Minister, durch königliche Ernennung dem Hause 25 neue Mitglieder zuführte, verschaffte dem Gesetz am 9. Dezember eine knappe Mehrheit (116 gegen 90 Stimmen), und am 13. Dezember 1872 erhielt es die Unterschrift des Königs. Danach erhielt der Kreis die Rechte einer Korporation mit der Befugnis, Abgaben für seine Zwecke auszuschreiben und statutarische Bestimmungen zu treffen; Städte über 25000 Einwohner bildeten eremte Stadtkreise. Ein Kreistag, dessen Mitglieder die Städte und die Landgemeinden durch Wahlmänner auf sechs Jahre wählten und ein ständiger Kreisausschuß von sechs Männern trat dem königlichen Landrate zur Seite. Den Landrat ernannte der König auf den Vorschlag des Kreistages, nicht mehr der Rittergutsbesitzer allein, und nicht mehr nur aus diesen, sondern gewöhnlich aus den Regierungsassessoren (s. oben S. 19). Den Gemeindevorsteher in den Dörfern ernannte nicht mehr der Gutsherr, sondern die Gemeindevertretung und gab ihm zwei Schöffen bei; die selbständigen Gutsbezirke

leitete der Gutsherr oder der von ihm bestellte Vertreter. Dieser Gang der Dinge hatte indes den Fürsten Bismarck so verlezt, daß er am 21. Dezember 1872 das Präsidium des preussischen Ministeriums niederlegte und am 1. Januar 1873 durch den streng konservativen Grafen Roon, seinen alten Kampfgenossen, ersetzt wurde. Aber diese Trennung der preussischen Ministerpräsidentschaft und des Reichskanzleramts erwies sich bald als unhaltbar, und als Roon, schon längst leidend, am 9. November 1873 zurücktrat, wurde die alte Verbindung wiederhergestellt. Auch in den Provinziallandtagen (von 1823, s. S. 328) drängte das Gesetz vom 29. Juni 1875 den ländlichen Grundbesitz zurück. Die Abgeordneten zum Provinziallandtag (auf sechs Jahre) gingen hinfür aus den Wahlen der Kreistage und der städtischen Kollegien (der eremiten Städte) hervor; die Landtage versammelten sich aller zwei Jahre auf königliche Berufung zur Beratung der Provinzialangelegenheiten, also auch über die ihnen durch das Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 zugewiesenen Renten aus der französischen Kriegsschädigung. Für diese Verwaltung erwählten sie einen Provinzialausschuß unter einem Landesdirektor. Auch in den Regierungsbezirken wurde ein Bezirksausschuß gebildet. Die Zahl der Provinzen stieg durch die Zerlegung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen (mit der Hauptstadt Danzig) 1878 auf zwölf. Ebenso sicherte die Gemeinde- und Synodalordnung von 1873 für die östlichen Provinzen durch Einführung von Kirchenvorständen, Kreis- und Provinzialsynoden dem Laienelemente einen größeren Einfluß, und 1876 wurde die Generalsynode für die unierte Landeskirche der neun alten Provinzen berufen. Die oberste Kirchenbehörde für diese wurde der Oberkirchenrat mit den Generalsuperintendenten in den einzelnen Provinzen. Unabhängig daneben blieben die lutherischen oder reformierten Landeskirchen der neuen Provinzen.

Es war ein Beweis mehr für den engen Zusammenhang aller deutscher Staaten, daß ähnliche Reformen überall durchgeführt wurden. In Sachsen brachte die feste und wohlwollende Regierung des ruhmgekrönten Königs Albert (1873—1902) ein solches Zeitalter, die Vollendung dessen, was schon sein Vater Johann († 29. Oktober 1873) weise angebahnt hatte. Die Städteordnung wurde 1873 zeitgemäß revidiert, die Landesverwaltung in den vier (später fünf) Kreishauptmannschaften (Regierungsbezirken), und den 27 Amtshauptmannschaften (Kreisen) durch Errichtung von Bezirksvertretungen im Sinne der Selbstverwaltung umgestaltet. Die Landeskirche, die schon 1868 eine neue Kirchenvorstands- und Synodalordnung erhalten hatte, trat 1873 unter das Landeskonsistorium, das blühende Volksschulwesen empfing 1873 eine neue Ordnung, mit der sich die Einführung der Staatsaufsicht durch fachmännische Bezirksschulinspektoren verband, das höhere Schulwesen 1876. Hier blieben die sich rasch vermehrenden Realschulen im wesentlichen Sache der Stadtgemeinden, die Gymnasien gingen meist an den Staat über. — In Württemberg behauptete sich das Ministerium Mittnacht kraftvoll gegen die kleinbürgerliche, partikularistische Demokratie des Landtags, von einer nationalen „deutschen Partei“ unterstützt. — In Baden unter Großherzog Friedrich, einem hochverdienten Mitarbeiter an der Reichsgründung, hielt die nationalliberale Partei unter dem energischen Staatsminister Jolly (1868—1876) das Heft fest in der Hand und führte neben den Kirchengesetzen

Reformen  
in den  
Mittel-  
staaten.



eine neue Städteordnung durch, schließlich aber fiel der Minister durch die gereizten Ultramontanen und die Torheit seiner eigenen Parteigenossen, deren Drängen auf eine Verfassungsrevision im Sinne des Parlamentarismus er entschieden bekämpfte, und der Einfluß der Ultramontanen in der Kammer und in der Regierung stieg. — Bayern nahm kraft seiner Reservatrechte eine eifersüchtig festgehaltene Sonderstellung ein. Da sich im Landtage zwei fast gleich starke Parteien, die partikularistisch-ultramontanen „Patrioten“, die Vertreter der altbayrischen Landesteile, und die nationalgesinnten Liberalen aus Franken, Schwaben und der Pfalz, gegenüberstanden, so leistete hier die Gesetzgebung sehr wenig; mit Mühe wurde die staatliche Aufsicht über das Volksschulwesen (1873) und die höheren Schulen durchgesetzt. Eine kräftige monarchische Initiative fehlte hier. Denn König Ludwig II. war zwar von hohem Selbstbewußtsein erfüllt, aber sein Hauptinteresse galt der Kunst, vor allem der mittelalterlichen Sage und Dichtung und der Musik Richard Wagners. In der Regierung fand er wenig Freude, und seiner Hauptstadt blieb er fast immer fern. Auch seinen Ministern schwer erreichbar lebte er in der Einsamkeit des Hochgebirgs auf Hohenschwangau, dem er in der Burg Neuschwanstein eine glänzende Verkörperung der Lohengrinsage an die Seite setzte oder in dem barockprächtigen Linderhof bei Oberammergau. So wurde er für sein treues Gebirgsvolk, dem er immer gütig begegnete, schon bei Lebzeiten fast ein Gegenstand der Sage.

Finanz- und  
Steuer-  
reformpläne  
im Reiche.

Nirgends hing die Verwaltung der Einzelstaaten und des Reiches enger mit einander zusammen, als auf dem Gebiete der Finanzen. Denn da dem Reiche für seine unmittelbaren Bedürfnisse nur die Erträge der Grenzzölle, der indirekten Steuern und des Post- und Telegraphenwesens zufließen, diese aber die steigenden Kosten nicht deckten, so hatten für den Fehlbetrag die Einzelstaaten durch ihre Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl der Bevölkerung einzustehen, eine schwere, höchst ungleichmäßig verteilte Last, die um so drückender wirkte, als sie durch ihre schwankende Höhe die einzelstaatlichen Budgets nicht zur rechten Festigkeit gelangen ließ. Deshalb wollte Fürst Bismarck von Anfang an das Reich finanziell auf eigene Füße stellen durch Entwicklung seiner eigenen Einnahmequellen. Aber dieser gesunde, schon im 16. Jahrhundert mehrfach auftauchende Gedanke (s. I, S. 553. 583) stieß auf den grundsätzlichen Widerspruch der damals theoretisch und praktisch herrschenden, im Reichskanzleramt von Rudolf Delbrück, seinem Präsidenten, im Reichstage von den Nationalliberalen vertretenen Freihandelslehre. So wurden die Eingangszölle auf Eisen 1873 noch herabgesetzt und 1876 sogar gegen Bismarcks Widerspruch ihre gänzliche Aufhebung für 1877 beschlossen. Von dem größten Teile der Nationalliberalen hier im Stiche gelassen, geriet Bismarck wegen des im ganzen liberalen Juges seiner inneren Politik in Zwiespalt auch mit einem Teile seiner alten konservativen Parteigenossen, besonders seit dem Prozeß gegen den unbotmäßigen, 1874 abberufenen Pariser Botschafter, den Grafen Harry von Arnim (1875). Erst allmählich kam ihm von verschiedenen Seiten her Unterstützung, zunächst theoretisch von einer neuen Schule der deutschen Nationalökonomie, den sogenannten Kathedersozialisten unter Gustav Schmoller (damals in Straßburg). Im Oktober 1872 hatten diese in Eisenach ihr soziales Programm aufgestellt; sie forderten eine „soziale“ Monarchie,

praktisch also Fabrikinspektoren, Untersuchung der Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, Überwachung des Bank- und Versicherungswesens. Ihren Einseitigkeiten trat H. von Treitschke 1874 scharf und geistvoll entgegen („Der Sozialismus und seine Gönner“), aber ihre Grundgedanken knüpften an die besten Überlieferungen des preussischen Königtums in der Zeit Friedrich Wilhelms I. und Friedrich Wilhelms III. an (s. S. 77 ff.) und erwiesen sich als lebensfähig. Auf dieser Grundlage bildete sich im Februar 1876 die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ zu praktischer Tätigkeit und ihr in: rlich verwandt im Juli desselben Jahres die deutsch-konservative Partei, die neben der energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie wirtschaftliche Reformen und die Beendigung des Kulturkampfes forderte.

In diese Bahnen lenkte allmählich die innere Reichspolitik hinüber, aber der erste großartige Versuch Bismarcks, das Reich finanziell selbständig zu machen durch Übertragung aller deutschen Eisenbahnen in das Eigentum des Reichs, die zugleich die unerträgliche Zersplitterung des deutschen Eisenbahnwesens in 82 Gebiete und 60 selbständige Vorstände beenden sollte, scheiterte 1876 an dem begreiflichen, aber kurzfristigen Widerstande der Mittelstaaten, wie schon die Entwürfe zu einem Reichseisenbahngesetz 1874 und 1875, und nur der Antrag, die preussischen Staatseisenbahnen unter Umständen an das Reich zu veräußern, erhielt nach harten Kämpfen im Landtage am 4. Juni 1876 Gesetzeskraft. So führte nun der preussische Staat nach dem Rücktritte Delbrücks (26. April 1876), später unter dem Leiter des neu gebildeten Ministeriums für die öffentlichen Arbeiten Albert Maybach (seit März 1879) den neuen Plan Bismarcks, die preussischen Privatbahnen für den Staat zu erwerben, mit solcher Energie und solchem Erfolge durch, daß zu Ende d. J. 1888 nur noch 1300 km in Privatbesitz, 22 420 km in Staatsbesitz waren. Gleichzeitig verstaatlichten nun auch Sachsen, Bayern, Baden und andere Mittelstaaten ihre Eisenbahnen, aber das gewaltige preussische Netz, das ganz Norddeutschland, drei Fünftel des Reichs, beherrschte, und durch die tatsächliche Verbindung der Leitung mit den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen auch nach Süddeutschland übergriff, drückte mit steigender Wucht auf die mittelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen, die immer abhängiger von ihm wurden und doch gar keinen Einfluß auf die preussische Verwaltung ausüben konnten, und die glänzenden Überschüsse (1879—88 im ganzen 666 Millionen Mark) kamen allein Preußen, nicht unmittelbar dem Reiche zugute.

Den Anstoß zu der entscheidenden Wendung der Steuern und Wirtschaftspolitik gab somit erst die Aufhebung der Eingangszölle auf Eisen mit dem 1. Januar 1877 und die schwere Krisis, die nun mit der Überflutung des deutschen Marktes durch das billige englische Eisen hereinbrach. Ohne jeden Beistand in seinem eigenen Ministerium und körperlich erschöpft erbat Fürst Bismarck im April seine Entlassung. Doch der Kaiser schrieb auf die Eingabe sein berühmtes „Niemals“ und bewilligte dem Kanzler einen Urlaub von zehn Monaten zur Erholung und zum eingehenden Studium der wirtschaftlichen Fragen. Zugleich bereitete sich ein eingreifender Wechsel im Ministerium vor. Da der Versuch Bismarcks im Dezember 1877, den Führer der Nationalliberalen, R. von Bunnigsen, zum Eintritt zu bestimmen, scheiterte, weil Bunnigsen auch mehrere andere, weiter links stehende Partei-

Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Die Kanzler- und Ministerkrisis 1877.

genossen ins Ministerium bringen wollte, und die ersten Anträge auf Erhöhung mancher indirekten Steuern vom Reichstage abgelehnt wurden, so wurde der Finanzminister Camphausen durch Hobrecht, der Handelsminister Uchenbach durch Maybach ersetzt.

Die  
Attentate  
und das  
Sozialisten-  
gesetz.

Der Gedanke, in die sozialen Verhältnisse von staatswegen regelnd einzugreifen, siegte aber erst, als zwei ruchlose Mordanfälle auf das Leben des Kaisers, des menschenfreundlichsten und gütigsten der Monarchen, am 11. Mai und am 2. Juni 1878 blutig den Abgrund beleuchteten, an den die sich selbst überlassene Sozialdemokratie das deutsche Volk gerissen hatte, denn von sozialdemokratisch gesinnten Fanatikern (Hödel und Dr. Nobiling) gingen sie beide aus. Noch lehnte der Reichstag das nach dem ersten Attentat eingebrachte Gesetz „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ am 24. Mai ab, aber nach dem zweiten, das mit der erschütternden Kunde von dem Untergange des neuen Panzerschiffes „Großer Kurfürst“ durch einen Kammstoß des „Königs Wilhelm“ bei Folkestone am 31. Mai fast zusammentraf, übernahm am 4. Juni inmitten einer furchtbaren Aufregung der Kronprinz die Stellvertretung seines schwergetroffenen Vaters (bis zum 5. Dezember), und am 11. Juni wurde der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahlen des 30. Juli brachten eine Mehrheit für das gesetzliche Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und für wirtschaftlich-soziale Reformen, und diese nahm am 19. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, wenngleich nur als Ausnahmegesetz und nur auf drei Jahre (bis zum 31. Mai 1881) an. Mit einem Schlage wurden Organisation, Agitation und Presse der Sozialdemokratie unterdrückt, die gefährlichsten Agitatoren aus ihrem bisherigen Wirkungskreise ausgewiesen. Die Partei selbst freilich befestigte ihre Organisation im geheimen nur noch mehr.

Der  
Berliner  
Kongress.

Während der Wochen nach den Attentaten tagte in Berlin inmitten einer tiefen Erregung vom 15. Juni bis zum 15. Juli 1878 unter dem Vorstehe des Fürsten Bismarck ein europäischer Kongress. Kaiser Alexander II. hatte im April 1877, dem stürmischen Drängen der altrussisch-panslawistischen Partei endlich nachgebend, den nationalen Glaubenskrieg gegen die Türken zur Befreiung der christlichen Balkanvölker eröffnet, im Rücken gedeckt durch Verabredungen mit Kaiser Wilhelm in Ems (Juni 1876) und mit Kaiser Franz Joseph in Reichstadt (8. Juli 1876). Nach schweren Kämpfen, die nur das Eingreifen der jungen rumänischen Armee unter dem Hohenzollernfürsten Karl zu ihren Gunsten entschied, standen die Russen im Februar 1878 siegreich vor Konstantinopel und erzwangen hier den Vorfrieden von St. Stefano am 3. März. Rumänien, Serbien und Montenegro wurden mit etwas erweitertem Gebiet als unabhängige Staaten anerkannt, und, nominell als türkischer Vasallenstaat, ein großbulgarisches Fürstentum von der Donau bis zum ägäischen Meere geschaffen, sämtliche Donaumündungen mit der Dobrudscha aber und ein erheblicher Landstrich in Armenien an Rußland abgetreten. Damit war die Türkei in Europa den Russen ausgeliefert, denn die ganze Osthälfte der Balkanhalbinsel geriet dann tatsächlich in ihre Hand. Dagegen schritten Österreich und England drohend ein. Dort bewilligten die Delegationen einen Kredit von





60 Millionen Gulden, England aber setzte 70 000 Mann für das Ausland in Bereitschaft, und seine mächtige Mittelmeerflotte ankerte seit dem 13. Februar bei den Prinzeninseln im Angesicht von Konstantinopel. Ein Schritt weiter, und der Kampf um die schicksalsvolle Hauptstadt am Bosphorus entbrannte aufs neue. Darauf aber konnte es Rußland nach einem so erschöpfenden Kriege nicht ankommen lassen. Vermittelnd unterstützte Fürst Bismarck den russischen Vorschlag, einen europäischen Kongreß zu berufen, und alle Großmächte nahmen die Einladung der deutschen Reichsregierung zu einem solchen an. Nach vierwöchigen Beratungen wurde am 13. Juli 1878 der Berliner Vertrag unterzeichnet. Bulgarien wurde vom ägeischen Meere zurückgeschoben und in ein Vasallenfürstentum nördlich des Balkans, eine autonome Provinz (Ostrumelien) südlich des Balkans geteilt. Rußland erhielt (abgesehen von seinen asiatischen Erwerbungen) nur das rumänische Bessarabien bis zur Kiliamündung der Donau, die Dobrudscha fiel an Rumänien; Griechenland sollte eine „Grenzberichtigung“ erhalten. Die europäische Donaukommission wurde durch den Beitritt Rumäniens verstärkt, die Unabhängigkeit der drei nördlichen Balkanstaaten anerkannt, Österreich mit der Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina beauftragt.

Fürst Bismarck hatte als „ehrlicher Makler“ gehandelt und jeden irgendwie durchführbaren Anspruch Rußlands unterstützt. Aber Dank hatte er sich damit nicht verdient. Vielmehr sah der russische Stolz in dem von ihm vermittelten Berliner Vertrage eine harte Demütigung und in der Haltung Deutschlands eine Undankbarkeit gegenüber früheren Diensten Rußlands, und diese deutschfeindliche Gesinnung, die in der russischen Presse zu gehässigem Ausdruck kam („Der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor“), begann auch auf die Haltung der russischen Regierung, namentlich des Fürsten Gortschakow, einzuwirken; sie legten ihr auch schon den Gedanken an ein Bündnis mit Frankreich nahe. So setzte mit dem Jahre 1878 ebenso in der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches eine entscheidende Wendung ein wie in seiner inneren.

Da nun das Gespenst einer feindlichen Koalition, „der Alpdruck der Koalitionen“ (le cauchemar des coalitions), wieder aufstieg, und die russischen Truppenansammlungen in den polnischen Westprovinzen bedenklich erschienen, so verhandelte Bismarck über ein engeres Verhältnis mit Österreich zu Ende August 1879 mit Graf Andrassy in Gastein. Kaiser Wilhelm aber, der an den alten Traditionen des engen Einvernehmens mit Rußland hing, versuchte durch eine persönliche Zusammenkunft mit Alexander II. im Schloß Alexandrowo bei Thorn am 3. und 4. September die „Mißverständnisse“ zu beseitigen, wie er glaubte mit Erfolg, und gab nur zögernd dem Kanzler die Erlaubnis zu weiteren Verhandlungen in Wien, wo Bismarck, überall mit stürmischem Jubel begrüßt, am 21. September eintraf. Am 24. September wurde der Vertragsentwurf in Schönbrunn unterzeichnet, aber Bismarck mußte schließlich die Kabinettsfrage stellen, um den Widerstand des greisen Kaisers zu besiegen, und erst am 15. Oktober wurde das Bündnis von den beiden Herrschern vollzogen. Beide verpflichteten sich damit (zunächst auf fünf Jahre) einander gegen jeden Angriff einer dritten Macht mit allen Kräften beizustehen. In-

zwischen stieg die Spannung mit Rußland derart, daß der Krieg drohte und daß Moltke im Auftrage des Kaisers zu Ende Oktober dem König von Sachsen den Oberbefehl gegen Rußland anbot. Erst ein Handschreiben Kaiser Wilhelms an den Zaren vom 4. November, das diesen von dem durchaus defensiven Zwecke des Bündnisses unterrichtete, milderte die gefährliche Spannung.

Der mitteleuropäische Dreibund.

Diesem deutsch-österreichischen Bündnis näherte sich Italien, als die französische Besetzung von Tunis im Mai 1881 langgehegte Hoffnungen der Italiener zerstört und wichtige Interessen verletzt hatte. Am 2. Januar 1883, nach einem Besuche des Königs Humbert und der Königin Margherita in Wien im Oktober 1881, vollzog Italien den Beitritt und erhielt damit die Zusage des deutschen Beistandes, wenn es von einer dritten Macht (Frankreich) angegriffen werden sollte. Natürlich galt auch das umgekehrte Verhältnis. So richtete der mitteleuropäische Dreibund ein festes Friedensbollwerk auf und stellte gewissermaßen die Völkervereinigung des Hohenstaufischen Kaisertums in freieren, völkerrechtlichen Formen wieder her; vor allem aber erfüllte es eine Forderung des nationalen Programms von 1848, das „weitere Bündnis“ des Deutschen Reichs mit Österreich zu Schutz und Trutz. Das gute Verhältnis zu Rußland aber blieb auch nach der schrecklichen Ermordung Alexanders II. am 13. März 1881 trotz der Gesinnung seines Nachfolgers Alexanders III. (1881—1894) zunächst aufrecht, denn am 1. Juni 1884 verpflichteten sich die drei Kaisermächte auf drei Jahre, den Frieden unter sich zu wahren und etwaige Streitigkeiten durch Verhandlungen zu schlichten. So blieb Frankreich isoliert.

Die Steuergesetze und der Rückgang des Liberalismus.

Das Reich bedurfte des nunmehr auf absehbare Zeit gesicherten Friedens schon zur Durchführung der großen finanzwirtschaftlichen und sozialen Reformpläne Bismarcks. Klar vor allen Augen lag es, daß die gedankenlos und kurzfristig angewandte Freihandelslehre die deutsche Volkswirtschaft der „Verblutung“ aussetzte. Die Eisenindustrie lag seit 1877 schwer darnieder und mußte Tausende von Arbeitern entlassen. Die über die offene Grenze im Osten aus Rußland, Galizien und Ungarn hereinströmenden Massen von Getreide und Nutzholz drückten die Preise dieser Artikel in Deutschland derart, daß die Grundrente namentlich der größeren Güter immer tiefer sank, die Verschuldung immer höher stieg und infolgedessen 1868/77 in den altpreussischen Provinzen rechts vom Rhein jährlich ungefähr 10000 Güter zwangsweise versteigert werden mußten. So traten im Oktober 1878 Reichstagsabgeordnete der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums zu einer „volkswirtschaftlichen Vereinigung“ zusammen, um den Fürsten Bismarck zu unterstützen, und dieser legte dem Bundesrate am 15. Dezember die Grundzüge seines Planes vor: Vermehrung der indirekten Steuern, Zölle auf alle eingehenden Waren außer auf die für die deutsche Industrie unentbehrlichen Rohstoffe, Abschaffung der Differenzialtarife für fremde Waren. So sollte der deutsche Markt geschützt und dem Reiche eine Vermehrung seiner jährlichen Einnahmen um 70 Millionen Mark gesichert werden. Um die Tarifvorlage vom 4. April 1879 (Zölle auf Weizen, Roggen, Holz und Eisen) erhob sich nun im Reichstage der heftigste Kampf und auch im preussischen Ministerium solcher Zwiespalt, daß im

Juli die drei liberalen Minister Falk, Hobrecht und Friedenthal ihre Entlassung gaben; ihre Nachfolger, von Puttkamer für Kultus und Unterricht, Bitter für die Finanzen und Lucius für die Landwirtschaft waren Konservative. Endlich wurde das ganze Tarifgesetz am 12. Juli mit 217 gegen 107 Stimmen angenommen, und für die Verwendung der indirekten Steuern der von den Nationalliberalen (Bennigsen) als partikularistisch bekämpfte, aber von Bismarck gebilligte Antrag des bayrischen Zentrumsabgeordneten Freiherrn von Frankenstein, den Einzelstaaten aus dem Ertrag der Zölle und der Tabakssteuer das, was die Summe von 130 Millionen Mark überschreite, nach dem Maßstabe der Matrikularbeiträge herauszuzahlen. Darüber spalteten sich die Nationalliberalen, und der Sieg wurde erfochten durch eine konservativ-kerikale, von einer Gruppe der Nationalliberalen unter H. von Treitschke unterstützte Mehrheit. Mit der Herrschaft des bürgerlichen Liberalismus im Reiche war es zu Ende, weil er seine Doktrinen der Teilnahme an der Macht vorzog. Das zeigte sich noch besonders deutlich bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus am 7. Oktober, die mit einer völligen Niederlage der liberalen Parteien endeten, denn sie schmolzen von 216 auf 124 Mitglieder zusammen.

Dieser Prozeß ging weiter, als der Kampf um den schon in § 34 der Reichsverfassung vorgesehenen und an sich notwendigen Zollanschluß Hamburgs und Bremens entbrannte. Da Hamburg aus Furcht, dadurch seinen blühenden Zwischenhandel zu verlieren, im Mai 1879 den Beitritt ablehnte, so bekämpfte ein Teil der Liberalen (Kasler, Fockebeck, Rickert, E. Richter) die vom Bundesrat für den 1. Oktober 1881 angebotene Verlegung der deutschen Zollgrenze an die Elbmündung, die Hamburg in eine Enclave des deutschen Zollgebiets verwandelt hätte, als eine Vergewaltigung der freien Hansestadt, den nackten Partikularismus nach deutscher Unart mit der Flagge der Freiheit deckend, und am 28. August trennten sich die „Sezessionisten“ (28) von dem rechten Flügel der nationalliberalen Partei, der zu Bismarck hielt. Hamburg aber fügte sich durch den Vertrag vom 21. Mai 1881, der der Stadt das für ihren Zwischenhandel unentbehrliche Freihafengebiet (mit zum Teil auf Reichskosten neu herzustellenden großartigen Quai- und Speicheranlagen) ließ und im übrigen ihren Eintritt in den Zollverein für einen Termin nach dem 1. Oktober 1888 in Aussicht nahm. Der Reichstag genehmigte diesen Vertrag am 21. Januar 1882, und indem sich auch Bremen unter ähnlichen Bedingungen (nach dem Gesetz vom 31. März 1885) anschloß, wurde die wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reichs vollendet.

Dieselben Parteien stützten die Sozialpolitik Bismarcks. Niemals war dieser zweifelhaft darüber gewesen, daß der Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei die Fürsorge für den Arbeiterstand im Sinne einer Verbesserung und einer größeren Sicherheit seiner Lebenshaltung parallel gehen müsse, wie es auch A. Schäffle 1881 dem Reichskanzler empfahl. In diesem Geiste erging an den neugewählten Reichstag die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 (an der Stelle einer Thronrede des damals erkrankten Herrschers), die das Programm der Sozial- und der Steuerreform, das Programm des sozialen Königtums, „das dem Schwachen beisteht und den Bösen schreckt“, der Welt verkündigte. Noch lehnte der Reichstag einen wichtigen

Teil des Programms, das Tabaksmonopol, am 27. April 1882 ab, aber das Krankenversicherungsgesetz für die Arbeiter in einer Reihe von Gewerben mit Ortsfrankenaffen aus Beiträgen der Unternehmer und der Arbeiter wurde angenommen und am 15. Juni 1883 vollzogen; ebenso fand das Unfallversicherungsgesetz mit allgemeinem Versicherungszwang für die Entschädigung der Arbeiter bei Verletzungen und Tötungen, wofür die beteiligten Betriebe mit Arbeitervertretern in großen Berufsgenossenschaften vereinigt wurden, nach heftigen Kämpfen die Genehmigung des Reichstages und erhielt am 6. Juli 1884 die Unterschrift des Kaisers. Die Ausarbeitung dieser und der folgenden sozialen Gesetze übernahm das Reichsamt des Innern unter der Leitung eines der treuesten Mitarbeiter Bismarcks, des bisherigen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, H. v. Böllicher (seit 1880). Was die mittelalterlichen Zünfte für ihre kleinen Kreise geleistet hatten (s. I, S. 432), das unternahm jetzt zum erstenmale ein großes Reich für die Millionen seiner Industriearbeiter zu leisten. Die Hoffnung freilich, es werde gelingen, die Arbeiter durch solche Fürsorge von ihren sozialen Utopien zu heilen, erwies sich als eitel; ihre Führer bekämpften sogar die Reformen als ungenügend, denn es stand hier eben eine Weltanschauung gegen die andere, und im Kampfe um die Herrschaft gibt es keinen Ausgleich. So wurde das Sozialistengesetz, das schon 1880 bis zum September 1884 verlängert worden war, noch zweimal erneuert (bis zum 30. September 1890).

Der Anti-  
semitismus.

Teilweise soziale Gründe, der Kampf gegen die Entartungen des Kapitalismus, waren es auch, die, mit nationalem Eifer verbunden, die antisemitische Bewegung hervortrieben. Nicht nur die Zahl der Juden in Deutschland war seit der Emanzipation besonders durch Einwanderung aus den ehemals polnischen Landesteilen rasch gewachsen (1871—1875 von 512000 auf 520000), sondern sie drängten sich auch in den Großstädten des deutschen Ostens zusammen, so daß 1880 von den 364000 preussischen Juden 54000 in Berlin lebten, und ihr Einfluß wuchs mit ihrem Reichtum, weil eine unverhältnismäßig große Zahl jüdischer Knaben eine höhere Bildung erhielten (1875 war etwa ein Zehntel aller preussischen Gymnasialschüler jüdisch) und dann in der Presse, in der Literatur, in der Wissenschaft, in den Parlamenten, in der Rechtspflege nicht nur als Rechtsanwälte, sondern sogar als Richter einen steigenden Einfluß ausübten, der um so mehr ins Gewicht fiel, je enger die Juden unter sich zusammenhielten und je weniger sie in ihrer Masse daran dachten, ehrlich nur Deutsche mosaischen Glaubens sein zu wollen, je lieber sie sich viel mehr als das „auserwählte Volk“ fühlten, und das oft mit verletzendem Hochmut der Nation gegenüber, deren Gastfreundschaft sie genossen, offen äußerten. Die gegen Ende der sechziger Jahre hervortretende antisemitische Bewegung äußerte sich bald in maßvolleren, bald in roheren Formen und schuf sich eine eigene Presse, hatte aber ein positives Ergebnis höchstens insofern, als sie das deutsche Selbstbewußtsein schärfte und einen gewissen gesellschaftlichen Abschluß gegen jüdische Elemente herbeiführte.

Polentum  
und deutsche  
Siedlung.

Nationale Gründe neben sozialen bestimmten auch die preussische Regierung, in ihren halbflawischen östlichen Provinzen die innere bäuerliche Kolonisation, wie



sie zuletzt Friedrich der Große planmäßig betrieben hatte, wieder aufzunehmen (f. S. 163). In der Provinz Posen war allerdings der deutsche Anteil an dem Großgrundbesitz (im ganzen 6215000 Morgen oder etwa  $1\frac{1}{2}$  Millionen ha) 1848/78 von  $2\frac{1}{2}$  Millionen auf beinahe  $3\frac{1}{2}$  Millionen gestiegen, aber diese deutschen Grundherren hielten dort höchstens eine Anzahl von deutschen Beamten und kolonisierten nicht. Die polnische Bevölkerung war bis 1861 im Rückgange gewesen; seitdem stieg sie namentlich durch Zuwanderer aus dem Osten, die von den besseren Lebensbedingungen und Löhnen angezogen wurden, während die Einwanderung aus dem höher entwickelten Innern Deutschlands stockte. In Oberschlesien wirkte besonders die blühende Kohlen- und Eisenindustrie in derselben Richtung. Dazu kam, daß unter der einsichtigen und festen deutschen Herrschaft ein freier polnischer Bauernstand und, was das unabhängige Polen niemals besessen hatte, ein wohlhabender und gebildeter polnischer Mittelstand entstanden war. In diesem wie in dem polnischen Adel wurde nun das polnische Nationalbewußtsein durch die blühende polnische Literatur und durch die engen Beziehungen zu den Polen jenseits der Grenze, namentlich zu dem seit 1867 polnisch verwalteten Galizien beständig lebendig gehalten und gestärkt. Da polnisch und katholisch fast zusammenfielen, so war auch der Klerus hier von jeher durchaus national und stand namentlich seit dem Kulturkampfe dem deutschen Staate und dem deutschen Volkstume in abgeflagter Feindschaft gegenüber; gehörte doch der Erzbischof Ledochowski von Gnesen-Posen, der Primas von Polen, zu den entsetzten Bischöfen. Dieser rasch wachsenden polnischen Gefahr begegnete die preußische Regierung i. J. 1885 zunächst mit der Ausweisung von 30—40000 polnischen Einwanderern, und am 28. Januar 1886 legte Fürst Bismarck dem Abgeordnetenhaufe sein Programm zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken vor: Auskauf des polnischen Adels, Ansiedlung deutscher Bauern und Förderung des deutschen Schulwesens. Dafür verlangte er einen Kredit von 100 Millionen Mark. Nachdem diese Gesetzentwürfe unter heftigem Widerspruche des Zentrums angenommen worden waren, wurde 1886 die „Ansiedlungskommission“ eingesetzt. Bis Ende 1896 wurden auf 92000 ha meist ehemaligen polnischen Rittergutslandes etwa 2000 deutsche Bauern, im ganzen eine Bevölkerung von 10000 Köpfen, in neubegründeten Dörfern angesiedelt, aber viel rascher wuchs die polnische Bevölkerung, und der vielfach verschuldete polnische Adel ordnete seine Verhältnisse durch die Güterverkäufe. Die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen brachte den jungen Polen zwar die deutsche Sprache bei, aber nicht die deutsche Gesinnung, reizte vielmehr fortwährend zum Widerspruch und machte die Polen nur konkurrenzfähiger. So blieb die polnische Frage ungelöst.

Sie trug dazu bei, auch das Bedürfnis nach der Beendigung des Kulturkampfes zu verstärken, und die völlige Verschiebung der Parteiverhältnisse im Reichstage, wo jetzt eine konservativ-kerikale Mehrheit die Reformpolitik der Regierung trug, machte sie unvermeidlich. Als nun nach dem Tode Pius IX. am 17. Februar 1878 der weltfluge Leo XIII. den päpstlichen Stuhl bestiegen hatte (1878—1903), verhandelte Bismarck im Sommer 1878 in Kissingen mit dem Münchner Nuntius Masella und 1879 mit dem Wiener Nuntius Jacobini über die Anzeigepflicht noch

Der  
Kirchen-  
friede.

ohne Ergebnis. Aber im Juli desselben Jahres trat A. Falk, der Kultusminister des Kulturkampfes, zurück, und sein Nachfolger von Puttkamer erklärte am 5. Februar 1880 im Abgeordnetenhaus den Willen der Regierung zum Friedensschluß auf der Grundlage der preussischen Landesgesetzgebung, nicht etwa eines Vertrages mit Rom. Nun hob das Gesetz vom 14. Juli 1880 zunächst die Strafen für geistliche Amtshandlungen durch gesetzlich angestellte Stellvertreter auf, so daß bis zum Anfang d. J. 1881 in 593 Pfarren mit 2 Millionen Seelen eine geordnete Seelsorge wieder hergestellt werden konnte; auch die Krankenpflegerorden wurden wieder zugelassen, und unter Puttkamers Nachfolger von Gögler (seit Juni 1881) allmählich acht Bistümer durch Vikare besetzt, in fünf Diözesen die Staatsleistungen wieder aufgenommen und alle Pfarren geordnet bis auf 133. Weiter erlaubte das Gesetz vom 31. Mai 1882 begnadigten Bischöfen die Rückkehr und hob das sogenannte Kulturkragen auf. Nun genehmigte der Papst die Anzeigepflicht (*tolorari posso*), und das Gesetz vom 11. Juli regelte sie für die Pfarrer und die Pfarrverweser, stellte also den Zustand von 1849 wieder her. Darauf fielen auch (31. Mai 1886) der königliche Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten, die Staatsprüfung für Geistliche und die Strafen für Verweigerung der Absolution; den Vorsitz im Kirchenvorstande erhielt der Pfarrer, und die Errichtung von geistlichen Seminaren wurde freigegeben, endlich auch (29. April 1887) die allgemeine Zulassung der Orden für Seelsorge, Krankenpflege und weiblichen Unterricht mit ministerieller Genehmigung ausgesprochen. Inzwischen kehrten die meisten Bischöfe in ihre Sprengel zurück (mit Ausnahme der Erzbischöfe von Gnesen-Posen und Köln) und die (4) erledigten Bistümer wurden durch päpstliches Breve mit landesherrlicher Genehmigung besetzt, ebenso die erledigten Pfarren, nachdem die gesetzliche Anzeige erstattet worden war. Das war der Kirchenfriede, bei dem doch der Staat schließlich mit Rom hatte verhandeln müssen wie eine Macht mit der andern, aber die Souveränität seiner Gesetzgebung behauptet hatte. Aufrecht blieben von den kirchenpolitischen Gesetzen nur die Anzeigepflicht und die Teilnahme der Gemeinden an der kirchlichen Vermögensverwaltung sowie die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium und der Ausschluß der Jesuiten. Daß ein solcher Sieg der römischen Kirche ihr Machtbewußtsein verstärken und die parlamentarische Position des Zentrums befestigen mußte, liegt auf der Hand; es ist fortan die ausschlaggebende Partei im Reichstage geblieben, ohne die keine Mehrheit möglich war, und jede Regierung mußte damit rechnen. Das Mißtrauen und die tiefe Verstimmung aber, die der Kulturkampf in der katholischen Bevölkerung Deutschlands erregt hatte, wirkte noch lange Zeit nach.

Wirtschaft-  
liche Lage  
des Reichs.

Für diese sich immer wieder zerklüftende Nation war es ein Glück, daß sich neue gemeinsame, hohe Ziele zeigten, die über den Parteihader hinweg und über Europa hinauswiesen. Dahin drängte die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Reiches. Das rasche Wachstum der Bevölkerung von 41 Millionen i. J. 1871 auf 47 Millionen i. J. 1885 schob immer größere Mengen zur Industrie und zum Handel hinüber, also in die Städte. Diese, namentlich die größeren, wuchsen deshalb außerordentlich rasch und begannen ihre Vororte, mit denen sie wirtschaftlich und örtlich

in immer engeren Zusammenhang gerieten, sich „einzuverleiben“. Berlin, 1860 eine Stadt von einer halben Million, stieg bis 1888 auf anderthalb Millionen, Leipzig 1871 bis 1895 von 106000 auf 400000 Einwohner, München in derselben Zeit von 169000 auf 407000, Hamburg auf 625000, und die Zahl der Städte über 100000 Einwohner wuchs auf 28, von denen 23 auf Norddeutschland fielen. Das platte Land und die Kleinstädte blieben stationär oder gingen an Einwohnerzahl zurück, der Prozentsatz des Volkes, der von der Landwirtschaft und den ihr verwandten Erwerbszweigen lebte, sank von 1882 bis 1895 von mehr als 50 Prozent auf 36 Prozent. So wurde das Reich aus einem überwiegend agrarischen Staat zu einem überwiegend auf Industrie und Handel gerichteten Staat. Und doch entführte eine bis 1880 auf 220 000 Köpfe anschwellende Auswanderung alljährlich wertvolle Elemente dem Vaterlande, dem sie im Auslande mehr oder weniger rasch verloren gingen. Dem Wachstum der Industrie entsprach das Wachstum des Außenhandels, der Ausfuhr 1872/85 von 2500 Millionen auf 2900 Millionen Mark, während die Einfuhr, da sich die einheimische Produktion hob, in derselben Zeit von 3464 Millionen auf beinahe 3000 Millionen Mark zurückging. Sie übertraf also den Wert der Ausfuhr immer noch um ein Beträchtliches, denn jährlich gingen hunderte von Millionen für Kolonialwaren und Rohprodukte, Baum- und Schafwolle, Jute, Kopra und dergl. ins Ausland. Hanseatische Handelshäuser legten deshalb eigene Plantagen in tropischen oder in halbtropischen Ländern an oder gründeten dort, Faktoreien, um den fremden Zwischenhandel auszuschalten, auch in solchen Gegenden, die noch keiner europäischen Herrschaft unterworfen waren, so das Hamburger Haus C. Godeffroy auf der fruchtbaren Samoagruppe, C. Wörmann mit Janßen und Thomälen seit 1868 an der breiten Mündung des Kamerun in Westafrika, andere Firmen am Gabun und an der Goldküste, in Ostafrika auf Sansibar die Firmen O'Swald und G. A. Meyer 1870. Daneben arbeitete die rheinische (Barmer) Mission schon seit den vierziger Jahren unter den Hottentotten und Hereros in Südwestafrika. Aber das waren alles nur schwache Anfänge im Verhältnis zu dem, was wirklich erreicht werden mußte, nämlich zur Erwerbung von Pflanzungskolonien in den Tropen und von Siedlungsgebieten für deutsche Auswanderer in gemäßigten Klimaten. Nur wenn das Reich seine Macht einsetzte, war das Notwendige noch zu erringen.

Zunächst war freilich die schwierige europäische Lage nicht dazu angetan, derartige ferne Ziele ins Auge zu fassen, und als sie sich mit dem deutsch-österreichischen Bündnis 1879 befestigt hatte, da lehnte der Reichstag am 27. April 1880 den ersten Versuch Bismarcks zu einer aktiven Kolonialpolitik, den Antrag, der in Schwierigkeiten geratenen Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft des Hauses Godeffroy auf Samoa eine Zinsgarantie bis 300000 Mark zu gewähren, ab, eine kurzfristige Torheit, die nachmals das Reich teuer bezahlt hat. So gering war im deutschen Volke noch das Verständnis für die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik. Es zu erwecken, bestrebten sich der 1882 gegründete Deutsche Kolonialverein unter dem Fürsten von Hohenlohe-Langenburg und die von vornherein auf praktische Ziele gerichtete Deutsche Kolonialgesellschaft des Dr. Karl Peters (1883). Bismarck aber huldigte

Anfänge  
der  
Kolonial-  
politik.

fortan dem anfechtbaren Grundsatz, daß der Kaufmann vorangehen und das Reich mit seinem Schutze folgen müsse, während in England der erprobte Erfahrungssatz gilt: Der Handel folgt der Flagge.

Die Erwerbungen in Afrika.

Da ging der Kaufmann wirklich voran. Im Anfang d. J. 1888 erwarb der Bremer Reeder U. E. Luderitz in Südwestafrika an der sandigen Dünenküste nördlich des Oranjesflusses durch Vertrag mit einem Hottentottenhäuptling ein Gebiet von etwa 900 Quadratmeilen mit allen Hoheitsrechten und ergriff am 9. April durch seinen Agenten Vogelsang in Ungra Pequena davon Besitz. Da auf eine Anfrage in London, ob England dort Schutzrechte beanspruchte, keine Antwort kam, so wies Bismarck am 24. April 1884 den deutschen Konsul in Kapstadt zu der amtlichen Erklärung an, daß Luderitz und seine Erwerbungen unter dem Schutze des Reiches stünden, und am 1. Juli hielten deutsche Kriegsschiffe in Ungra Pequena, am 12. August in der Sandwichbucht für die ganze Küste vom Oranjesfluß bis zum 18. Grad südlicher Breite die Reichsflagge. In derselben Zeit erschien auf die Veranlassung der deutschen Faktoreien an der Goldküste der bewährte Afrikareisende Gustav Nachtigall als kaiserlicher Kommissar mit der „Möve“ und stellte am 5. und 6. Juli die Küste des Togo-landes, am 14. Juli, von den dortigen Deutschen mit Bängen erwartet und am 17. Juli mit Jubel begrüßt, Kamerun mit dem wolkenumhüllten „Götterberge“ unter den Schutz des Reichs. Einen Aufstand der dortigen Duallaneer, die für ihren gewinnreichen Zwischenhandel nach dem Innern fürchteten, schlug im Dezember desselben Jahres der Admiral Knorr mit fester Hand zu Boden und bahnte so für die friedliche Ordnung der nunmehrigen Kronkolonie Kamerun den Weg. Schon hatte damals Karl Peters in Ostafrika mit fühner Initiative durch Verträge mit den Negerhäuptlingen das schöne Gebirgsland hinter dem schmalen, von dem arabischen Sultanat Sansibar mehr beanspruchten als beherrschten Küstensaume für Deutschland gesichert, und am 27. Februar 1885 erteilte der Kaiser der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft den Schutzbrief (Royal Charter), der ihr nach englischem Muster die Hoheitsrechte in diesen Gebieten (Ussoga, Uguru, Ukami und Usagara, 142500 qkm) im Namen des Reichs übertrug.

Sicherung der afrikanischen Schutzgebiete.

Trotz dieser überraschenden Erfolge der auswärtigen Politik wagte es die Mehrheit des neugewählten Reichstags, die aus dem Zentrum (108), den Freisinnigen (64), den Sozialdemokraten (34), den Welfen (19), den Polen (16) und den Elsaß-Lothringern (15) bestand, in einer schlechtthin schimpflichen Debatte am 15. Dezember den vom Reichskanzler als dringend notwendig geforderten Posten eines zweiten Direktors im auswärtigen Amte mit 20000 Mark Gehalt zu verweigern. Erst der Entrüstungsturm, den das im ganzen Reiche entfachte, schüchterte jene Mehrheit so ein, daß sie wenigstens das Dringendste für die Kolonialpolitik bewilligte: 150000 Mark für die Erforschung von Zentralafrika, 180000 Mark für die Einsetzung eines kaiserlichen Gouverneurs (Freiherrn von Soden) in Kamerun und für einen ihm zur Verfügung stehenden Regierungsdampfer, sowie die Unterstützung zweier Postdampferlinien nach Ostasien und Australien auf fünfzehn Jahre mit einem jährlichen Reichszuschuß von 4 Millionen Mark (23. März 1885).

Sofort nahm nun auch das Reich, die jüngste Kolonialmacht, mit weiter



Voraussicht die allgemeine Ordnung der zentralafrikanischen Dinge in die Hand und berief „im Einvernehmen mit der Regierung der französischen Republik“, die am Kongo große Erwerbungen beanspruchte, die daran beteiligten Regierungen nach Berlin zu einer afrikanischen Konferenz (15. November 1884 bis 26. Februar 1885). Zentralafrika wurde dem Handel aller Nationen als eine Art von Freihandelsgebiet geöffnet; die hier beteiligten Mächte verpflichteten sich, einander etwaige neue Besitzergreifungen anzuzeigen und Streitigkeiten zu schlichten. Frankreich erhielt ein großes Gebiet am rechten Ufer des Kongo angewiesen, Portugal eine wesentliche Erweiterung seiner westafrikanischen Besitzungen im Süden des Stromes. Der von belgischen Unternehmern, der Association du Congo, auf die Veranlassung König Leopolds II. begründete souveräne Kongostaat wurde anerkannt und am 1. Juli 1885 in seiner Hauptstadt Boma feierlich proklamiert. Auf dieses Einvernehmen mit den afrikanischen Kolonialmächten gestützt, nötigte Fürst Bismarck den Sultan von Sansibar Sejid Bargasch durch ein starkes Geschwader, das unter dem Kontreadmiral Paaschen am 7. August 1885 drohend vor Sansibar erschien, die deutsche Oberhoheit über die Binnenlandschaften und über das Sultanat Witu am untern Tana anzuerkennen und der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die festländischen Häfen Dar-es-Salaam, Bagamoyo und Pangani zu eröffnen (14. August).

Bald zeigte sich's jedoch, daß das deutsche Hinterland ohne den Besitz der Küste nicht recht entwicklungsfähig sei. Deshalb pachtete die Deutsch-afrikanische Gesellschaft durch den Vertrag vom 28. April 1888 den ganzen Küstenstrich bis zum Rovuma im Süden auf fünfzig Jahre von dem Sultan Sejid Khalifa (1888—1890), errichtete in den wichtigsten Häfen Zollstationen, begann mit der Anlage von Plantagen und begünstigte die Gründung von Missionsstationen. Das Gebiet nordwärts bis zum Tana übernahm die Englisch-ostafrikanische Gesellschaft. Damit drängten sich Deutsche und Engländer in die alten Handelsbeziehungen der Araber ein. Da diese nun namentlich für den Fortbestand ihres gewinnreichen Sklavenhandels mit dem Innern fürchteten, so erhoben sie sich unter den beiden Häuptlingen Buschiri und Bwana Heri im September 1888 urplötzlich, nahmen die Küstenplätze bis auf Bagomoyo und Dar-es-Salaam und erschlugen die dort stationierten deutschen Beamten. Wenn Deutschland Ostafrika behaupten wollte, so mußte es das Land erobern. Schon am 2. Dezember wurde die buchten- und inselreiche, fast 500 km lange Küste unter Blockade gestellt, an der sich auch englische Kriegsschiffe beteiligten und am 2. Februar 1889 der erprobteste unter den deutschen „Afrikanern“, der Major Hermann von Wissmann, mit unbeschränkter Vollmacht hinausgesandt. Als er sich vom Reichskanzler verabschiedete und um Instruktionen bat, sagte ihm dieser: „Ihre einzige Instruktion ist zu siegen; betrachten Sie sich als des Kaisers Reichskanzler für Ostafrika“. Als solcher bildete sich der Reichskommissar aus Sudanesen, Sulukaffern und Einheimischen (Uskari) eine treffliche, ihm, „dem Löwen der Küste“, unbedingt ergebene Truppe von 2000 Mann unter deutschen Offizieren und Unteroffizieren, erstürmte am 8. Mai 1889 mit Unterstützung der Marine das feste Lager Buschiris bei Bagomoyo, nahm dann auch die verlorenen Küstenplätze oft unter blutigen Gefechten wieder und brachte auf einem kühnen Zuge ins Innere längs

Unter-  
werfung  
Ost-Afrikas.

der großen Trägerstraße nach den Seen bis Mpapwa im September und Oktober die anwohnenden, im Grunde friedlichen, nur von den Arabern aufgehetzten Negerstämme zur Unterwerfung. Der gefangene Buschiri wurde aufgeknüpft. So löste Wisßmann seine schwierige Aufgabe bis zum Mai 1890 glänzend.

Erwerbungen in der Südsee.

In denselben Jahren stieg die deutsche Reichsflagge auch über den Küsten und Inseln der Südsee empor, im Bismarckarchipel zu Anfang November, an der Nordostküste von Neu-Guinea in Finschhafen am 27. November 1884, im Oktober 1885 auf Jaluit und auf den Marshallinseln. Die Karolinen gab dagegen das Reich nach der von ihm und Spanien angerufenen Entscheidung Papst Leos XIII. vom 22. Oktober wieder auf. Ein Vertrag mit England sicherte am 7. Mai 1885 den deutschen Besitz auf Neu-Guinea („Kaiser-Wilhelmsland“), und die Neuguinea-Gesellschaft begann mit der Anlage von Plantagen längs der ausgedehnten Küste. Auf den Samoainseln ließen die Streitigkeiten der Häuptlinge und die Eifersucht der beiden hier mitbeteiligten Mächte England und Nordamerika noch keine endgiltige Regelung zu. So hatte eine meisterhaft geleitete Diplomatie und die Kühnheit einiger weniger energischer und weitsichtiger Männer sowie die Tüchtigkeit der jungen Marine dem deutschen Volke in zwölfter Stunde fast ohne sein Zutun und trotz seinem Reichstage einen bescheidenen Anteil an dem Kolonialbesitz gesichert; an der Nation war es jetzt, ihn zum Besten des Vaterlandes auszunutzen.

Zusammenwachsen der Nation.

Nur wenn das deutsche Volk zu einer selbstbewußten und einheitlich zusammenwirkenden Nation wurde, konnte es in diese neue Stellung einrücken. Und das wurde es doch allmählich trotz neuer Parteien und trotz der Nachwirkungen einer überlebten Zeit. Das zeigte sich schon in der allgemeinen Feier von Nationalfesten wie des Sedantages und des kaiserlichen Geburtstages, und besonders erhebend beim 70. Geburtstage fürst Bismarcks am 1. April 1885, wo die Fürsten des Reichs, Kaiser Wilhelm voran, mit der Nation wetteiferten, dem großen Staatsmanne ihre bewundernde Dankbarkeit zu bezeigen. Mit dieser nationalen Gesinnung verband sich eine Stärkung des monarchischen Bewußtseins, denn allzu klar war es doch, daß das lebendige, persönliche Königtum, nicht ein Parlament, die deutsche Einheit geschaffen hatte, und diese monarchische Gesinnung auch im liberalen Bürgerstande belebte zugleich die Anhänglichkeit an die „angestammten“ Dynastien, die jetzt nicht mehr als Gegner, sondern als Stützen der Reichseinheit erschienen. Ein Fürstenhaus aber, das diese Bedingung nicht erfüllte, war fortan in Deutschland unmöglich; das alte partikulare Fürstenrecht hatte sich den Interessen der Nation zu beugen. Als deshalb mit dem Tode des kinderlosen Herzogs Wilhelm von Braunschweig am 18. Oktober 1884 der an sich nächst berechtigte Agnat, der Herzog Ernst August von Cumberland, der Sohn des 1878 verstorbenen ehemaligen Königs Georg V. von Hannover, seinen Erbanspruch geltend machte, stellte das Reich das Land unter seinen Schutz, der Bundesrat erklärte am 2. Juli 1885 den Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland, so lange dieser nicht den dermaligen Rechtszustand im Reiche unbedingt anerkenne, für unvereinbar mit der Reichsverfassung, und nach dem Vorschlage des braunschweigischen Regenschaftsrats, der nach dem Gesetz vom 16. Februar 1879 die Landesverwaltung vorläufig übernommen hatte, wählte der

Landtag am 21. Oktober 1885 den Prinzen Albrecht von Preußen einstimmig zum Regenten. Die Unhänglichkeit an die Dynastie kam dagegen dort, wo sie sich zugleich als feste Stütze der Reichseinheit erwies, warmherzig zum Ausdruck, so bei den Jubelfeiern des Hauses Wittelsbach in Bayern 1880 und des Hauses Wettin im Königreich Sachsen 1889 (f. S. I, 307, 249), die zugleich glänzende, farbenreiche Bilder dessen boten, was das Land geworden war und jetzt war. So ertrug der monarchische Gedanke auch so schwere Stöße, wie die Entmündigung König Ludwigs II. von Bayern, die der Ministerrat wegen offenbaren Irrsinns am 7. Juni 1886 mit Zustimmung der Agnaten verfügte und die nominelle Erhebung seines gleichfalls unheilbar geisteskranken jüngeren Bruders Otto zum König, als der unglückliche Monarch am Abend des stürmischen 13. Juni, des Pfingstsonntags, im Starnberger See beim Schlosse Berg, wohin man ihn gebracht hatte, den Tod suchte und mit seinem Arzte Gudden, der ihn zurückhalten wollte, wirklich fand. Die Regentschaft übernahm sein Oheim Prinz Luitpold. Als „des Königreichs Bayern Verweser“ zeigte er sich als treuen, verständnisvollen Förderer aller Reichsinteressen und war weit davon entfernt, die Klerikalen zu begünstigen, die bei den Landtagswahlen von 1887 sogar in der Minderheit blieben.

Die nationale Gesinnung, die im Kerne des Volkes lebte, wo nicht sozialistische Utopien, abgelebter Doktrinarismus oder das Übergewicht kirchlicher Interessen den Blick für das Notwendige trübten, zeigte sich wirksam vor allem bei der Entwicklung der Wehrkraft des Reichs. Freilich fehlte noch viel, daß man für die Flotte die selbstverständliche Folgerung aus der Kolonialpolitik gezogen hätte. Der zweite Chef der Admiralität, der General Leo von Caprivi (1883—88), sprach sich in seiner Denkschrift von 1883 zwar theoretisch für eine starke Hochseeflotte zur Beherrschung des Meeres aus, tat aber praktisch so wenig dafür, daß unter seiner Verwaltung nicht ein einziges großes Linienschiff gebaut wurde, während doch die vorhandenen Schiffe rasch veralteten. Zum Glück wurde wenigstens mit der Erbauung des Nordostseekanals von der Kieler Förde bis zur unteren Elbe bei Brunsbüttel begonnen, indem Kaiser Wilhelm am 3. Juni 1887 den Grund zu den riesigen Eingangsschleusen bei Holtenau legte, und somit für die schnelle Verbindung der beiden deutschen Meere gesorgt. Klarer noch als die Verstärkung der Marine lag für jeden die Notwendigkeit, das Landheer zu verstärken, angesichts der fortgesetzten Rüstungen Rußlands und der feindseligen Haltung, die Frankreich vor allem unter dem Einflusse des ehrgeizigen und unruhig geschäftigen Kriegsministers Boulanger (1886—89) einnahm. Aber der Gesetzentwurf des Kriegsministers Bronsart von Schellendorf über die Feststellung eines Friedensstandes von 468000 Mann auf sieben Jahre (1887—1894) scheiterte trotz unwiderleglicher Reden Moltkes und Bismarcks am 14. Januar 1887 an den parlamentarischen Bedenken einer schwachen Mehrheit, und der Reichstag wurde an demselben Tage aufgelöst. Das Verhältnis zu Frankreich stand „auf des Messers Schneide“, als sich die Konservativen und die Nationalliberalen durch ein „Kartell“ für die Neuwahlen des 21. Februar einigten. In ihnen siegte der Reichsgedanke glänzend über alle kleintlichen Bedenken und alle Widersacher. Die Nationalliberalen wuchsen von 52 auf

Flotte  
und Heer,  
Spannung  
mit Frank-  
reich und  
Rußland.

98, die Freikonservativen und Deutschkonservativen zusammen von 104 auf 120, die Freisinnigen kamen erst durch die Stichwahlen auf 32 Sitze (statt 66), die Sozialdemokraten verloren ganz Sachsen und schmolzen auf 11 zusammen, das Zentrum auf 97. Diese neue Mehrheit nahm am 9. März den ursprünglichen Antrag ohne Kommissionsberatung an, und am 17. Mai trat Boulanger zurück. Eine Anzahl neuer Truppenteile und vor allem zwei neue Armeekorps, das XVI. (Lothringen) und das XVII. (Westpreußen) wurden aufgestellt, so daß das Reichsheer im ganzen ihrer nunmehr zwanzig zählte. Auch das Verhältnis zu Rußland besserte sich. Als das Dreikaiserverhältnis von 1884 (s. S. 504) mit dem Jahre 1887 abließ und weder Rußland noch Österreich es erneuern wollten, weil beide Mächte in den Wirren auf der Balkanhalbinsel, besonders wegen des Konflikts, in den der Fürst Alexander von Bulgarien wegen der ihm aufgenötigten, vertragswidrigen Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens im September 1885 und seines glänzenden Sieges über die Serben zu Ende desselben Jahres mit dem Zaren geraten war (1886), so schloß Bismarck mit Rußland allein 1887 einen geheimen Neutralitätsvertrag auf drei Jahre, der für Deutschland die wohlwollende Neutralität Rußlands bei einem Kriege gegen Frankreich, für Rußland dieselbe Neutralität Deutschlands bei einem Konflikte mit England sicherte. Die Nation schuldete ihrem Kaiser also noch viel mehr Dank als sie selbst glaubte, da sie in einmütiger Begeisterung mit der ganzen gebildeten Welt am 22. März 1887 die einzige Feier seines neunzigsten Geburtstags beging.

Neue  
Heeres-  
verstärkung.

Noch das Mißtrauen des argwöhnischen Zaren wurde aufs neue erweckt, als gefälschte Briefe ihm die Meinung beizubringen wußten, Fürst Bismarck habe in den bulgarischen Dingen ein doppeltes Spiel gespielt. Die russischen Truppenansammlungen in den Westprovinzen dauerten also fort, worauf dann schließlich der Reichskanzler im November 1887 die Reichsbank und die preussische Seehandlung anwies, russische Staatspapiere fortan nicht mehr zu beleihen. Nun gelang es ihm allerdings, Alexander III. bei seiner Durchreise von Kopenhagen nach Petersburg am 18. November von seinem Irrtum zu überzeugen, aber wirksamer war die feste Entschlossenheit, mit der sich die Nation gegen alle Gefahren wappnete. Am 9. Dezember ging dem Reichstage eine Regierungsvorlage über die Aufstellung einer Landwehr II. Aufgebots und eines Landsturms zu, wodurch das Heer im Kriegsfall um 500000 ausgebildete Streiter vermehrt werden konnte, am 31. Januar 1888 die Forderung einer Anleihe von 278 Millionen Mark für militärische Zwecke; gleichzeitig wurde am 3. Februar der bis dahin nicht bekannte Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 in Berlin, Wien und Pest veröffentlicht. So erfocht Fürst Bismarck in der großartigen Reichstagesitzung des 6. Februar 1888 seinen glänzendsten parlamentarischen Sieg in einer zweistündigen Rede, die mit den ehernen Worten schloß: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“ Und der Reichstag zeigte sich dieses Appells würdig. Die Wehrevorlage wurde sofort angenommen, die Anleihenvorlage an die Budgetkommission verwiesen, aber ihre Annahme nach deren Antrag in sichere Aussicht gestellt. Als Bismarck aus dem Reichstagshause auf die Leipziger Straße



heraustrat, empfing ihn eine dichtgedrängte vieltausendköpfige Menschenmenge mit überwältigendem Jubel und begleitete ihn unter fortgesetzten stürmischen Kundgebungen bis zum Reichskanzlerpalais.

Über die Lebensstage des greisen Kaisers neigten sich dem Ende zu, und sie wurden durch schweren Kummer um die Krankheit seines Sohnes und Thronerben Friedrich Wilhelm verdüstert.

Erkrankung  
des Kron-  
prinzen  
Friedrich.

Noch am 1. Januar 1887 hatte dieser dem Vater an der Spitze der gesamten deutschen Generalität, als ein Bild männlicher Kraft und Schönheit die Glückwünsche zu seinem achtzigjährigen Militärjubiläum dargebracht. Kurz danach wurde er von einer hartnäckigen Heiserkeit befallen, die auch einer Kur in Ems nicht weichen wollte, und am 18. Mai stellten die bedeutendsten Ärzte Berlins (von Bergmann, Gerhardt, Tobold) fest, daß die kleine harte Geschwulst am linken Stimmbande, die sie veranlaßte, auf Kehlkopfkrebs beruhe. Aber die Operation, die sie vorschlugen, unterblieb, weil der mit zugezogene englische Arzt Morell Mackenzie diese Diagnose anfocht und mildere Heilmittel zuversichtlich empfahl. Freilich blieb nun ein längerer Sommeraufenthalt in England und Schottland ohne jede Wirkung auf das Leiden, die Geschwulst wuchs und nachdem der Kronprinz mit seiner Familie zum Herbst erst nach Südtirol, dann nach Ober-Italien, zuletzt (3. November) nach San Remo an der Riviera übergesiedelt war, verschlechterte sich sein Befinden so plötzlich, daß an der bösartigen Natur des Leidens gar kein Zweifel mehr sein konnte und eine wirkliche Herstellung ausgeschlossen war. Endlich am 9. Februar 1888 mußte der auf besondern Befehl des Kaisers zugezogene Assistent Bergmanns Dr. Bramann den Luftröhrenschnitt vornehmen, um wenigstens die drohende Erstickungsgefahr abzuwenden. Seitdem war der Kronprinz ein stummer Mann, der mit seiner Umgebung nur schriftlich verkehren konnte.

Unter dem niederdrückenden Kummer um den geliebten, nun rettungslos verlorenen Sohn, der durch den jähen Tod seines hoffnungsvollen Enkels, des Prinzen Ludwig von Baden am 28. Februar noch vermehrt wurde, erkrankte der Kaiser am 3. März an seinem alten, niemals völlig überwundenen Nierenleiden. Angstvoll versammelte sich am 8. März die königliche Familie um sein Lager; er sprach noch eingehend mit seinem Enkel, dem Prinzen Wilhelm, über die politische Situation und gab dem Fürsten Bismarck in zitternden Zügen seine letzte Unterschrift unter die Botschaft, die den Reichstag schließen sollte; „ich habe keine Zeit müde zu sein“ bemerkte er dabei. Es waren seine letzten zusammenhängenden Worte. Die nächste Nacht verging unter zunehmender Schwäche und Bewußtlosigkeit. Am Morgen des 9. März traf sein letzter Blick die Kaiserin, die am Lager saß, seine Hand in der ihrigen haltend, dann schloß sich dieses schöne blaue Auge für immer, und gegen 1/2 9 Uhr verschied der greise Schlachtfeldkämpfer sanft ohne jeden Todeskampf. Draußen aber auf dem Palais senkte sich die Purpurflagge auf Halbmast und verkündete den Tausenden, die im stummen Schmerze harrten, daß der erste Hohenzollernkaiser verschieden sei, und dem Reichstage machte Fürst Bismarck mit brechender Stimme die Mitteilung vom Tode seines lieben „alten Herrn.“ Und nun läuteten eine Woche lang durch das ganze Reich vom Fels zum Meer alltäglich die Trauerglocken, und eine Trauer ging durch die zivilisierte Welt, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte, denn ein einzigartiges Dasein hatte seinen Abschluß gefunden.

Kaiser  
Wilhelms  
Tod.

Kaiser  
Friedrichs  
Rückkehr.

Als der Kronprinz in San Remo die Depesche mit der Adresse: „Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser“ erhielt, brach er in Tränen aus. Welch ein Schicksal! In dem Moment, wo sich ihm die schönste Krone der Welt aufs Haupt senkte, auf die er sich seit Jahren in mannigfachen Entwürfen vorbereitet hatte, wußte er, daß er nichts von alledem verwirklichen werde, daß er als ein sterbender Mann das hohe Erbe antrete. Er zögerte nicht es zu ergreifen und fuhr von den sonnigen Gestaden des blauen Mittelmeers nach der noch winterlichen Heimat zurück. Am 11. März abends traf er über Innsbruck und München im hellerleuchteten Salonzuge in Leipzig ein, von Tausenden in stummer Ergriffenheit erwartet; hier auf dem Berliner Bahnhofe empfing ihn das gesamte preussische Staatsministerium, den Fürsten Bismarck an der Spitze. Gegen 11 Uhr nachts bei einem heftigen Schneesturme erreichte er Charlottenburg. Im Berliner Dome wurde inzwischen die Leiche Kaiser Wilhelms aufgebahrt, inmitten der Tausende von Kränzen und Blumenspenden, die aus Nah und Fern gekommen waren und bewacht von seinen Getreuen im umflorten Waffenschmuck, während Tausende in ununterbrochener Reihe langsam vorüberzogen, um noch einen Blick auf die geliebten Züge zu werfen. Am 16. März geleitete ein unermesslicher Trauerzug, in dem alle deutschen und europäischen Fürstenhäuser vertreten waren, durch die schwere, düstere Trauerpracht der Einden hinunter den Sarg Kaiser Wilhelms nach dem Mausoleum von Charlottenburg.

Die 99 Tage.

Die Regierung Kaiser Friedrichs III. konnte nach der Lage der Dinge nur eine kurze Übergangszeit sein. Seine Erlasse atmeten den edelsten Willen; es war ihm offenbar Bedürfnis, seine Grundsätze wenigstens noch auszusprechen. Aber vom Fürsten Bismarck sich zu trennen, lag ihm ganz fern. Das Höchste, was er in liberalem Sinne getan hätte, wäre etwa die Berufung Bennigsens ins Ministerium gewesen; die Hoffnungen der Freisinnigen, die sich beflissen an ihn drängten, würde er nicht erfüllt haben. Er opferte ihnen allerdings den unpopulären Minister des Innern von Pottkammer wegen seiner Beeinflussung der Wahlfreiheit (Juni) und spendete zahlreiche Gnadenenerweisungen auch an liberale Männer. Aber dem Staatsinteresse nachgebend versagte er auf den Rat Fürst Bismarcks der von mancher Seite betriebenen Verlobung seiner Tochter, der Prinzessin Viktoria mit dem ehemaligen Fürsten Alexander von Bulgarien seine Genehmigung, weil eine solche in Rußland Verstimmung erregt haben würde, und änderte überhaupt nichts im Kurs des Reichsschiffes. Bis Ende Mai blieb er in Charlottenburg; am 1. Juni siedelte er nach dem ruhigeren Neuen Palais bei Potsdam über, das er Schloß Friedrichskron getauft hatte. Sein Befinden wechselte; zweimal zeigte er sich in Berlin, und machte oft kleine Ausfahrten, auch kleine Paraden nahm er mehrmals ab, und bis in seine letzten Tage empfing er Besuche, noch am 13. Juni schon fiebernd den König Oskar von Schweden. Aber die tödliche Krankheit zehrte seine letzten Kräfte rasch auf, und zuletzt war die Ernährung nur noch auf künstlichem Wege möglich. Er ertrug seine Leiden mit der Fassung des Christen und dem Mute eines Helden; „lerne leiden ohne zu klagen, das ist das Einzige, was ich Dich lehren kann,“ schrieb er einmal dem Kronprinzen Wilhelm. Am 14. Juni ging es sichtlich zu Ende; da

legte er die Hand der Kaiserin in die des Fürsten Bismarck. Dann schwand das Bewußtsein, und am Vormittag des 15. Juni kurz nach 11 Uhr schlummerte er sanft hinüber. Schmerzgebeugt brach die Kaiserin am Sterbelager zusammen; der Wucht eines wahrhaft tragischen Geschehens erliegend, telegraphierte die unglückliche Frau an ihre königliche Mutter nach England: „Fritz ist tot, und ich verzweifle.“ In großer Uniform, mit dem Säbel, den er bei Wörth, am Tage seines schönsten Sieges, getragen hatte, in der Hand und einen schlichten Lorbeerkranz auf der Brust wurde er aufgebahrt, und am 18. Juni, einem Schicksalstage der preußisch-deutschen Geschichte, inmitten einer großartigen Trauerversammlung in der Friedenskirche bei Potsdam beigesetzt. Später nahm ihn eine Gruftkapelle auf, die seine Witwe nach dem Muster eines kleinen romanischen Rundbaues zu Innichen in Südtirol errichten ließ. Im Volke aber lebte nicht der Kaiser, sondern der Kronprinz Friedrich fort, der zuerst Nord- und Süddeutsche vereinigt zum Siege geführt hatte.

\* \* \*

Die Zeit der Reichsgründung war auch für die Deutschen Österreichs eine Zeit der inneren Erhebung, des gesteigerten nationalen Selbstbewußtseins. Lage der Deutschen in Österreich.

„Deutsch-Österreichs Herz war mitten unter Euch“ rief Robert Hamerling den deutschen Kriegern von 1870/71 zu. Aber dasselbe Nationalitätsprinzip, auf dem die Bildung des Deutschen Reichs beruhte, wirkte in dem alten Staatsbau der Habsburger auflösend und verwirrend. Er war immer ein Völkerreich gewesen, zusammengehalten durch seine natürliche geographische Geschlossenheit, seine Dynastie, die römische Kirche und den mächtigen Adel, endlich durch die aristokratische Stellung der deutschen Kultur und Sprache, also überhaupt durch aristokratische Mächte und in den Formen des Absolutismus. Jetzt war der Absolutismus gefallen, die undeutschen Völker entwickelten sich zu höherer Kultur und höherem Selbstbewußtsein und begannen sich gegen die Vorherrschaft des Deutschthums aufzulehnen, und sobald mit der parlamentarischen Verfassung einmal das demokratische Mehrheitsprinzip maßgebend geworden war, gerieten die Deutschen als die Minderheit gegenüber den Tschechen, Polen, Ruthenen und Slowenen in Nachteil. Hinzu kam, daß die Tschechen in ihrem altböhmischen Staatsrecht eine Art von Rechtsgrund für eine weitgehende Selbstständigkeit der Länder ihrer „Wenzelskrone“ besaßen und infolge der raschen industriellen Entwicklung immer zahlreicher in das deutsche Sprachgebiet, bei ihrer Kenntnis des Deutschen auch immer mehr in die Verwaltung eindrangten. Solchen Gefahren gegenüber waren die Deutschen nicht einmal einig. Ihr junger Bürgerstand, stark von jüdischen Elementen durchsetzt, war politisch und kirchlich liberal, erstrebte deshalb eine freiheitliche Entwicklung, die eben die Kräfte auch der undeutschen Stämme fördern mußte, und wollte von dem Klerikalismus nichts wissen. So geriet er in Gegensatz zu den alten aristokratischen Mächten Österreichs, dem adligen Großgrundbesitz und dem Klerus. Beide wandten sich der Mehrzahl nach von ihren Volksgenossen ab, der slawische Klerus war an sich schon national. Demnach fehlten den Deutschen ihre natürlichen Führer, und doch hängt das Schicksal einer Nation nicht von der Masse, sondern von den leitenden Schichten ab.

Die  
Regierung  
und die  
Nationali-  
täten.

Diesen Verhältnissen gegenüber war die österreichische Regierung in der denkbar schwierigsten Lage. Sie konnte der deutschen Kultur und Sprache nicht entbehren, denn diese Kultur war und ist im ganzen Donauraum die einzige wahrhaft selbständige, und das Deutsche ist eine Weltsprache, alle fremden Idiome sind nur Mundarten von ganz beschränkter räumlicher Geltung und geringem Kulturwert, und sie konnte auf parlamentarischem Wege die undeutschen Stämme nicht niederhalten. Außerdem stand im Hintergrunde die geheime Furcht, das Deutsche Reich möge schließlich die deutsch-slawischen Länder immer mächtiger an sich ziehen, und gegen diese auf absehbare Zeit tatsächlich gar nicht vorhandene Gefahr schien ein Übergewicht der Tschechen in Böhmen das beste Bollwerk zu sein, gerade so, wie in Dalmatien die Begünstigung der bäuerlichen slawischen Masse vor der italienischen Stadtbevölkerung gegen die Bestrebungen der italienischen „Irredenta.“ So wurden die beiden großen Kulturvölker des Reichs seine Stiefkinder. Daß durch eine solche slawenfreundliche Politik bei den Italienern das Gegenteil einer österreichischen Gesinnung erzielt und daß die Deutschen dem Reiche innerlich immer mehr entfremdet werden mußten, also der einzige Stamm, in dem zunächst noch eine gesamtösterreichische Gesinnung lebte, während alle andern Stämme lediglich an ihre Sonderinteressen dachten, wurde ebenso übersehen, wie die großslawische Tendenz der Slowenen. Die Aufgabe, zwischen den wirklich berechtigten Ansprüchen der undeutschen Völker namentlich auf den Geltungsbereich ihrer Sprachen und den gebieterischen Bedürfnissen des Staates eine mittlere Linie zu finden, wurde jedenfalls nicht gelöst. Fortwährend schwankte deshalb das Reich zwischen Föderalismus und Zentralismus, zwischen einer deutsch-liberalen und einer slawisch-feudal-kerikalen Strömung hin und her; nur die auswärtige Politik wurde, seitdem sie mit 1870 auf die alten „groß-deutschen“ Pläne verzichtet hatte, stetig im Sinne des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche geleitet, weil sie von den Parlamenten wenig abhing und nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den Polen und Magyaren getragen wurde.

Födera-  
listische  
Versuche.

Wenige Monate vor dem Beginne des deutsch-österreichischen Krieges am 4. April 1870 fiel das deutsch-bürgerliche, liberale „Doktorministerium“ unter dem Fürsten Carlos Auersperg, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die liberale Dezemberverfassung v. J. 1867 nicht imstande sei, die Nationalitäten zu versöhnen. Nach einem kurzen Zwischenregiment des Polen Potocki folgte am 5. Februar 1871 das föderalistisch-kerikale, stark slawisch gefärbte Kabinett des Grafen Hohenwart, das jenes Ziel erreichen wollte, indem es dem böhmischen Landtage, aus dem die Deutschen am 16. September ausgetreten waren, die von dem Handelsminister A. Schäffle vereinbarten „Fundamentalartikel“ über die Zusammenfassung Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens zu einem geschlossenen Staatswesen innerhalb der Gesamtmonarchie nach dem Muster Ungarns vorlegte. Es war die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts und, wie die Prager Narodny Listy (Volkszeitung) ganz richtig sagten, „die Antwort auf die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums.“ Im letzten Momente erst bestimmte Graf Beust den Kaiser, das Kabinett Hohenwart zu entlassen (30. Oktober). Aber er bezahlte diesen Sieg mit seinem eigenen Sturze, denn er hatte ihn über einen Teil der stolzen österreichischen Aristokratie erfochten, die dem protestantischen Ausländer seine hohe



Stellung niemals verziehen hatte (8. November). Sein Nachfolger wurde als Minister des Auswärtigen Graf Julius Andrássy (14. November), der als Magyar ein ehrlicher Anhänger des Bundes mit Deutschland und ein Gegner des Föderalismus war.

Noch einmal kam nun in Österreich mit Fürst Adolf Auersperg der deutsche<sup>Der deutsche Liberalismus am Ruder.</sup> zentralistische Liberalismus auf lange Zeit ans Ruder. Das erste war, daß er in dessen Sinne, gegen den Widerspruch der Polen und Tschechen nach dem Gesetz vom 2. April 1873 den Reichsrat statt, wie bisher aus Delegierten der Landtage, aus unmittelbar von der Bevölkerung gewählten Abgeordneten bildete und deren Zahl auf 357 (statt 203) erhöhte. Sodann ging der Kultusminister Stremayr daran, im Gegensatz zu dem Konkordat von 1853 die Souveränität des Staats zur Geltung zu bringen, nachdem er den Kaiser davon überzeugt hatte, daß der unfehlbar gewordene Papst etwas ganz anderes sei, als der Kontrahent des Konkordats. Im Mai 1874 wurden darauf gegen den heftigen Widerspruch der Bischöfe und der Klerikalen eine Reihe kirchenpolitischer Bestimmungen angenommen: die Aufhebung des Konkordats, die Einführung der Anzeigepflicht bei Besetzung geistlicher Stellen, die Wiederherstellung des landesherrlichen Placets und die gesetzliche Anerkennung der Religionsgemeinschaften; nur das Gesetz über die staatliche Genehmigung bei Klostergründungen und die staatliche Aufsicht über die Klöster wurde abgelehnt. Der Klerus unterwarf sich, weil er seines Einflusses auch unter den veränderten Verhältnissen ganz sicher war. Für die Förderung des Deutschtums freilich tat diese liberale Regierung direkt gar nichts, und sie mußte untätig zusehen, wie drüben in Ungarn der magyarische Adel unter der Maske einer liberalen, parlamentarischen Regierung alles daran setzte, die „Nationalitäten“ der gesetzlich verbürgten Anwendung ihrer Muttersprache in den Gemeinden und Kreisvertretungen zu berauben, sie in den Schulen zu gunsten des Magyarischen möglichst einzuschränken, und 1873 den alten sächsischen „Königshoden“ in Siebenbürgen (s. I, 380) zerschlug, indem der sächsischen „Universität“ nur die Verwaltung ihres Nationalvermögens, aber unter der Leitung des Obergespanns von Hermannstadt als Sachsegrafen (Comes) verblieb. Trotz alledem behaupteten die tapferen Sachsen ihr deutsch-lutherisches Kirchen- und Schulwesen, und damit ihre deutsche Kultur mitten unter Rumänen und Magyaren. Die sonst in Ungarn zerstreut wohnenden Deutschen schlossen sich, ausgenommen die zähen Schwaben im Banat, meist mit würdeloser Bereitwilligkeit den Magyaren an und magyarisierten auch ihre Namen (Hunfálvy-Hundsörfer, Franknoi-Franke, Vambéry-Bamberg u. s. f.). Die Gesamtzahl der ungarländischen Deutschen war trotz vielfältigen Abfalls und trotz aller Künste der amtlichen Statistik eher im Zunehmen als im Abnehmen; sie betrug 1880 1882000 gegen 1810000 i. J. 1869 und vermehrte sich bis 1890 auf 2130122 unter einer Gesamtbevölkerung von 18953000, von denen auf die Magyaren nur 7478428 Köpfe kamen, also weitaus noch nicht die Hälfte (kaum 40 Prozent).

Da stellte nun der russisch-türkische Krieg mit seinen Folgen die politische Befähigung der deutschen Liberalen auf eine schwere Probe. Bei der Zusammenkunft in Reichstadt am 8. Juli 1876 hatte Franz Joseph dem Zaren seine wohlwollende<sup>Die Occupation Bosniens und der Herzegowina.</sup>

Neutralität zugesichert; den Vorschlag, Bosnien zu besetzen, um den Sultan zu den notwendigen Reformen zu zwingen, lehnte er noch im September ab. Doch als der Friede von S. Stefano am 3. März 1878 die Absicht Rußlands, sich zur herrschenden Macht auf der Balkanhalbinsel zu erheben, offenbarte, da rüstete Österreich im Einvernehmen mit England zum Kriege, und die Delegationen bewilligten einen Kredit von 60 Millionen Gulden. Der Berliner Kongreß verhinderte den Krieg und beauftragte Österreich im Namen Europas mit der Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina.

Zu Ende Juli 1878 rückten die österreichischen Truppen von Dalmatien und Slawonien her ein. Aber während Jowanowitsch ohne Schwierigkeiten schon am 4. August Mostar, die Hauptstadt der Herzegowina besetzte, leisteten die mohamedanischen Grundherren Bosniens und die im Lande noch zurückgebliebenen türkischen Truppen, 27 Bataillone und 8 Batterien, von Scharen kriegerischer Albanesen verstärkt und von dem Gebirgscharakter des fast straßenlosen Landes unterstützt, den kaiserlichen Truppen des XIII. Armeekorps Philippowitsch so hartnäckigen Widerstand, daß diese erst nach zahlreichen blutigen Gefechten und in hartem Kampfe am 19. August Serajewo erstürmen konnten und Kaiser Franz Joseph sich entschloß, noch drei weitere Armeekorps, im ganzen 80 000 Mann, im September über die Save zu senden. Erst im Oktober war die Eroberung unter schweren Verlusten beendet. Darüber hinaus besetzten die Österreicher nach dem Vertrage vom 21. April 1879 auch das Sandschakat Nowibazar an der großen Straße nach Saloniki. — Das „Occupationsgebiet“ blieb staatsrechtlich unter der Souveränität des Sultans, wurde aber verwaltet im Namen des Kaisers unter der Verantwortlichkeit des Reichsfinanzmeisters (Baron von Kallay), von einem militärischen Statthalter (1878—81 Herzog Wilhelm von Württemberg) in militärisch-absolutistischen Formen, den einzigen, die für ein Barbarenland mit so buntgemischter und in sich gespaltenen Bevölkerung paßten. Gleichberechtigung für alle Stämme, Religionen und Konfessionen war oberster Grundsatz. Das Schulwesen mußte ganz neu gegründet werden, die Verhältnisse zwischen den mohamedanischen Grundherren (Begis) und den mißhandelten christlichen Bauern wurden billig geregelt, die gründlich verwahrloste Volkswirtschaft in planmäßige und sorgfältige Pflege genommen und vor allem ein Straßennetz hergestellt, das bis Ende 1891 eine Gesamtlänge von 3572 km erreichte. Seit 1885 setzten auch Eisenbahnen das Land in Verbindung mit der Kulturwelt und mit dem Adriatischen Meere. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1881 veranlaßte einen Aufstand in der südlichen Herzegowina, aber er wurde 1882 mit fester Hand niedergeschlagen. So verwandelte sich allmählich ein barbarisches Land in ein Kulturland westeuropäischen Gepräges, die größeren Städte nahmen europäischen Charakter an, und die Wissenschaft wandte sich mit Eifer der Erforschung der Vergangenheit, besonders des römischen Altertums zu, in dessen letzten Jahrhunderten dieses krieggewaltige Illyricum eine so bedeutende Rolle gespielt hatte (vgl. I, 52 ff.).

Der Fall  
des Libera-  
lismus;  
Ministerium  
Taaffe.

Es war doch im wesentlichen deutsche Kulturarbeit, die hier geleistet wurde, und die deutsche Sprache wurde die Vermittlungssprache auch in Bosnien; das Reich hatte, den ruhmvollen Spuren des Prinzen Eugen von Savoyen endlich folgend, die feste Stellung auf der Balkanhalbinsel gewonnen, die Joseph II. vergeblich erstrebt hatte, und die ihm einen bestimmenden Einfluß auf die Entscheidung der dort noch schwebenden Fragen sicherte; es hatte damit auch einen Ersatz für den Verlust der italienischen Gebiete gefunden, die treffliche tapfere Armee eine wohlverdiente Genugthuung nach den Niederlagen von 1859 und 1866.

Blind gegen alle diese Erwägungen widersetzten sich die deutschen Liberalen aufs Hartnäckigste dieser „Okkupation“, weil sie davon eine Vermehrung des slawischen Übergewichts fürchteten, und erschütterte dadurch ihr eigenes Ministerium Auersperg so, daß es im Februar 1879 zurücktrat und nach langen Schwankungen endlich im August ein persönlicher Vertrauensmann des Kaisers, sein Jugendfreund Graf Eduard Taaffe, der Sprößling eines der katholischen irischen Adelsgeschlechter, die im dreißigjährigen Kriege dem Kaiserhause ihre Dienste gewidmet hatten (vgl. I, 673), die Leitung übernahm (bis 1893), zunächst noch mit Beibehaltung des liberalen Unterrichtsministers Stremayr. Sein Ziel war die Versöhnung der Nationalitäten, und wirklich traten nach den Neuwahlen die Tschechen in den Reichsrat ein. Die auswärtige Politik wurde ganz im Sinne der Deutschen geführt; eben damals schloß ja im September 1879 Graf Andrassy das Bündnis mit Deutschland, und auch seine nächsten Nachfolger, Freiherr von Haymerle (1879 bis 1881) und Graf Kalnoky (bis 1895) hielten treu daran fest; es wurde die Grundlage für die gesamte auswärtige Politik Österreichs. Trotz alledem wollte die deutsche Verfassungspartei auch das neue Heergesetz mit einem Friedensstande von nur 255000 Mann, einer Kriegsstärke von 800000 Mann nicht auf zehn Jahre, wie es gefordert wurde, sondern nur auf ein Jahr bewilligen und führte damit endlich ihren verdienten Sturz herbei. Denn der Regierung blieb jetzt gar nichts übrig, als sich auf die Slawen und die Klerikalen zu stützen, also ihnen Zugeständnisse zu machen. So hielt die Sprachenverordnung vom 27. April 1880 für Böhmen und Mähren zwar das Deutsche als die „innere Dienstsprache“ der Behörden fest, schrieb aber diesen und den Gerichten vor, daß sie sich im Verkehr mit den Gemeinden und den Parteien der Sprache der Eingaben zu bedienen hätten. Damit war die Gleichberechtigung des Tschechischen vor Gericht für ganz Böhmen und Mähren prinzipiell anerkannt. Eine leidenschaftliche Agitation der deutschen Liberalen im Parlament, in Vereinen, Adressen, Petitionen und in der Presse änderte darin gar nichts; der verspätete Antrag, das Deutsche gesetzlich zur „Staatsprache“ zu erklären, was der herrschende Liberalismus 1867 versäumt hatte, wurde von der Mehrheit des Reichsrats abgelehnt, und im Juli wurden die deutsch-liberalen Minister durch Slawen ersetzt.

Erst jetzt schlossen sich die beiden Klubs der Verfassungspartei im November 1881 zur „Vereinigten Linken“ zusammen, und die klerikalen Deutschen bildeten den „Zentrumsklub“. Wichtiger war die Gründung des „Deutschen Schulvereins“ im Juni 1880 zur Erhaltung des deutschen Sprachgebiets durch Gründung oder Unterstützung deutscher Schulen in gefährdeten Orten, der i. J. 1883 schon 62000 Mitglieder in 636 Gruppen zählte. Um den deutschen Charakter des Böhmerwaldes zu wahren, entstand gleichzeitig der „Deutsche Böhmerwaldbund“. In dem Kultus des „Volkskaisers“ Josephs II., dem die Deutschen überall Denkmäler errichteten, fanden die Deutschen eine Art von idealen, dynastisch unanfechtbaren Mittelpunkt, und ihr Symbol in dem Schwarzrot goldron 1848. Ihr österreichischer Patriotismus freilich wurde durch die Regierungspolitik nicht gestärkt; bis nach Kärnten und Tirol hinein gab sich oft genug Reichsdeutschen gegenüber eine pessimistische, an der Zu-

Deutsche  
Gegenwehr

kunft Österreichs verzweifelnde Stimmung kund. Namentlich in Böhmen kam unter den Deutschen allmählich eine „schärfere Tonart“ zur Geltung, die begreiflicherweise die Erhaltung des deutschen Volkstums über die ihm im grunde schädliche Verfassung stellte, und zu Ende d. J. 1886 trat die deutsche Minderheit aus dem böhmischen Landtage aus, während die Neuwahlen zum Reichsrat 1885 wieder zu ungunsten der Deutschliberalen ausfielen. Nur das Herrenhaus blieb in seiner Mehrheit liberal und zentralistisch.

Fort- Auf der andern Seite gingen die Slawen immer kühner vor. Ein tschechischer  
schritte der  
Tschechen  
und  
Slowenen. Schulverein und ein tschechischer Böhmerwaldbund setzten sich den deutschen Vereinigungen dieser Art entgegen; von den noch gemäßigten „Altschechen“ unter Ladislaus Rieger sonderten sich die leidenschaftlicheren unduldsameren „Jungtschechen“. Durch Brutalitäten aller Art wurde das „goldne Prag“, die zlatá Praha, die deutsche Hauptstadt Karls IV., eine ganz überwiegend tschechische Stadt, die schon 1880 nur noch 30 000 deutsche Einwohner zählte, so daß auch die Stadtverwaltung gänzlich in die Hände der Tschechen geriet, obwohl Kapital und Bildung ganz überwiegend deutsch waren und blieben; i. J. 1882 wurde die Universität Prag, die älteste deutsche Hochschule, in eine deutsche und eine tschechische geteilt. Da seitdem die Tschechen den höchsten Grad der Bildung in ihrer Muttersprache erreichen konnten, so griff seitdem auch die Tschechisierung der Mittelschulen um sich, und das Deutsche sank hier zu einem wahlfreien Unterrichtsgegenstande herab. Endlich dehnte eine neue Sprachenverordnung vom 23. September 1886 die Gleichberechtigung der beiden Landesprachen auch auf die „innere Dienstsprache“ der beiden Oberlandesgerichte in Prag und Brünn aus. Auch die Slowenen in Krain und Südsteiermark, ein literaturloses, kleines Bauernvolk von 2 Millionen, suchten ihr Schulwesen möglichst zu slawisieren. „Die Barbaren haben gesiegt in Österreich“, schrieb damals Heinrich von Treitschke.

Bankrott Als Graf Taaffe im November 1895 zurücktrat, weil die von ihm einge-  
des Parla- brachte sehr demokratische Wahlrechtsvorlage im Reichsrate scheiterte, hatte er sich  
mentaris- das ganz ernst gemeinte, echt österreichische Lob verdient, er habe die moderierte Un-  
mus. zufriedenhait aller Parteien erzielt. Seine nächsten Nachfolger vermochten nicht einmal das. Nach mehrfachem raschem Wechsel trieb Graf Badeni (seit September 1895), ein polnischer Magnat und an polnische Brutalitäten gewöhnt, die Deutschen in die erbittertste Opposition, die den Reichsrat schließlich durch planmäßige „Obstruktion“ lähmte. Schon das Wahlgesetz vom 28. Mai 1896, das die Zahl der Abgeordneten um 72 vermehrte, kam mehr den Slawen als den Deutschen zu gute; die böhmische Sprachenverordnung vom April 1897, die die Gleichberechtigung des Tschechischen auf alle Behörden ausdehnte, erregte in Deutschböhmen den leidenschaftlichsten Widerspruch und stürmische Unruhen in Utsch, Eger u. a. m., so daß Badeni mit slawischen Polizei- und Militärkräften einschritt. Da entließ ihn der Kaiser am 28. November 1897. Freiherr von Gautsch suspendierte die Sprachenverordnung und schlug wüste Ergesse des tschechischen Pöbels in Prag mit Waffengewalt zu Boden. Aber auch Graf Franz Thun, der ihn schon am 7. März 1898 ablöste, hatte die Tschechen gegen sich und mußte, da der Reichsrat es zu keiner günstigen



Abstimmung brachte, die schon 1897 fällige Erneuerung des Ausgleichsgesetzes kraft § 14 der Verfassung durch kaiserliche Verordnung vom 20. Juli 1899 durchsetzen. Endlich hob das Ministerium Clary-Aldringen (seit Oktober 1899) die Sprachverordnung Badenis ganz auf, trieb aber damit die Tschechen zur Obstruktion. Es war völlig klar geworden: mit parlamentarischen Ministerien ließ sich Österreich nicht regieren, weil im Reichsrat einander nicht Parteien, sondern Nationalitäten unter der Maske von Parteien einander gegenüberstehen, die sich in dem, was sie für Lebensfragen halten, keiner Mehrheit fügen können. Da ernannte der Kaiser am 18. Januar 1900 das Beamtenministerium Körber, und dieses legte im Mai ein neues Sprachengesetz für Böhmen und Mähren vor, wonach diese Länder in rein deutsche, rein tschechische und gemischte Sprachbezirke geteilt werden sollten. Aber weder die Tschechen noch die Deutschen befriedigte er damit, und im November 1900 wurde der Reichsrat aufgelöst. Gleichzeitig sagten sich (seit 1898) die böhmischen Deutschen unter dem Schlagwort „Eos von Rom“ in steigender Anzahl von ihrem slawischen Klerus los und bildeten, besonders von Sachsen aus unterstützt, zahlreiche evangelische Gemeinden. Also endete das 19. Jahrhundert in Österreich mit dem Bankrott des Parlamentarismus und der Verfassung von 1867.

Und doch beruhte der Ausgleich von 1867 auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß im Osten der Leitha die Magyaren, im Westen die Deutschen regierten; mit einem föderalistischen Österreich wollten die Ungarn nichts zu tun haben, und so stützten sie in ihrem Interesse den Zentralismus. So wurde der Ausgleich in den bestimmten Fristen 1877 und 1887 neu geregelt und die österreichische Bank 1878 in die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank verwandelt, deren Noten auf der einen Seite deutschen, auf der andern magyarischen Text trugen, damit die „Gleichberechtigung“ der beiden Staaten auch darin zum Ausdruck komme. Über allem Zweifel stand bei allen Völkern die dynastische Treue zum Kaiserhause, vor allem zu dem ehrwürdigen, vielgeprüften und viel erfahrenen Kaiser Franz Joseph, der es in der merkwürdigsten Weise verstanden hat, keinem seiner Völker als ein Fremder zu erscheinen und so in allem Hader als der einigende Mittelpunkt dastand. Das stärkste Einigungsmittel beider Reichshälften blieben aber die Zolleinheit und die Armee; in dieser blieb die Kommandosprache und die Dienstsprache deutsch. Daneben freilich kamen die „Regiments Sprachen“ zu einer ausgedehnten Geltung, und die Verständigung zwischen Offizieren und Mannschaften wurde immer schwieriger.

Aller Nationalitätenhader hinderte nicht die wirtschaftliche Entwicklung der Monarchie; sie trat auf der Wiener Weltausstellung 1873 glänzend hervor. Der darauffolgende große „Krach“, die Folge der Überspekulation, brachte einen schweren Rückschlag, doch wirkte das nicht auf die Dauer. Dabei ist es für Österreich charakteristisch, daß hier das grundherrschaftliche Kapital bei industriellen Unternehmungen eine viel größere Rolle spielt, als im Deutschen Reiche, und daß andererseits das internationale Judentum finanziell beinahe allmächtig ist, namentlich in Ungarn. Die stärkste Entwicklung zeigte auch hier die Industrie, für die nach wie vor Böhmen das Hauptland blieb, übrigens zum größten Teile mit deutschem Kapitale; ihr kam auch der rasche Ausbau des Eisenbahnnetzes vor allem zu gute.

Im Jahre 1890 hatte dieses Netz eine Gesamtlänge von mehr als 15 000 km gegenüber 4145 km i. J. 1867, und allmählich gewann auch der Staat daran einen großen Anteil, indem er seit 1874 selbst Eisenbahnen baute, seit 1877 zur Verstaatlichung der bis dahin ganz überwiegenden Privatbahnen überging. Zu der ersten großen Alpenbahn über den Semmering (1853) trat 1867 die Linie über den Brenner, die bald internationale Bedeutung gewann, die Pontebbabahn von Kärnten nach dem östlichen Notieslande, und die Arlbergbahn zur Verbindung mit dem Bodensee; auch über die schwierigen Gebirgsgrenzen nach Sachsen und Schlesien hinein wurden die Eisenbahnlinien immer zahlreicher, an der Elbschiffahrt behauptete Österreich einen bedeutenden Anteil, und mit der Eröffnung der Orientlinie im August 1888 trat Wien über Budapest, Belgrad, Nisch und Sofia in unmittelbare Verbindung mit Konstantinopel. Endlich wurde 1895 der Schiffsfahrtskanal durch die Felsenengen des Eisernen Tores eröffnet, der freilich den Bedürfnissen nicht noch genügte, und somit die ununterbrochene Verbindung mit der unteren Donau hergestellt. Zugleich dehnte der Triester Lloyd seine Dampferlinien durch den Suezkanal bis nach Indien und Ostasien aus.

Be-  
völkerung.

Das alles kam im wesentlichen der städtischen Bevölkerung zu gute. Am schnellsten wuchsen wie überall die wenigen Großstädte; bis 1890 stieg Wien auf  $1\frac{1}{2}$  Millionen, Prag auf 300 000 Einwohner, doch blieb die Landwirtschaft im ganzen das grundlegende Gewerbe. Freilich ging in den Alpenländern der Bauernstand zurück, denn er vermochte auf dem oft kargen Boden und in dem rauhen Klima die Konkurrenz nicht auszuhalten und wurde häufig von großen Grundherren und städtischen Kapitalisten ausgekauft, die dann nach dem verderblichen Vorbilde Englands und Schottlands Wildgehege aus den Dorffluren machten, wie es der Steiermärker P. Rosegger in seinem Roman „Jakob, der letzte“ (1889) erschütternd geschildert hat. Aber Wohlstand und Bevölkerung waren im allgemeinen im Zunehmen. Es gelang nicht nur das Gleichgewicht im Staatshaushalt trotz steigender Ausgaben herzustellen, sondern auch die schwankende Valuta zu beseitigen und die Goldwährung mit einem neuen Münzsystem im Anschluß an das „lateinische“ Münzwesen (Krone und Heller) durchzuführen. Die Bevölkerung der deutsch-slawischen Kronländer (mit Ausschluß Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens) stieg bis 1898 auf etwa 18 Millionen, von denen etwa 10 Millionen Deutsche waren, und diese vermehrten sich schneller als die Tschechen, waren auch wirtschaftlich weitaus die stärkeren, denn sie zahlten 1900 in Böhmen über 57 Prozent der Einkommensteuer, während sie dort nur 37 Prozent der Bevölkerung bildeten. In Ungarn war ihre Zahl im Steigen (s. S. 519), und die deutsche Sprache ist nach wie vor die bevorzugte Verkehrssprache im unteren Donaubereich geblieben.

Pessimis-  
mus.

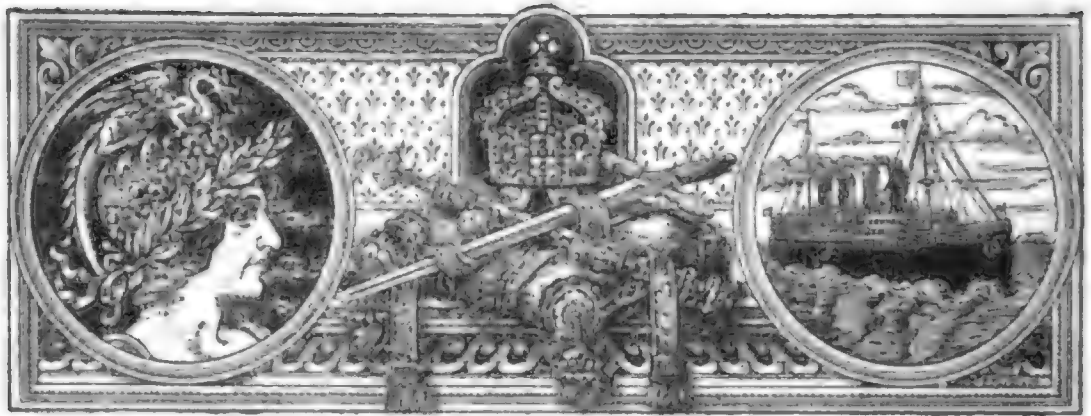
Freilich, das Vertrauen auf die Zukunft der Monarchie geriet vielfach ins Schwanken, obwohl aus ihrer Auflösung nur eine Anzahl ohnmächtiger kleiner Nationalstaaten hervorgehen würde, die doch bei dem herrschenden Zuge der Zeit nach großstaatlichem Zusammenschluß über kurz oder lang wieder einer fräftigen Staatenbildung weichen müssen. Deshalb war das plötzliche geheimnisvolle Ende des hochbegabten Kronprinzen Rudolf (geb. 21. August 1858), auf den sich

viele Hoffnungen gründeten, im Jagdschloß Meyerling in der Nähe von Baden bei Wien am 30. Januar 1889 ein um so schwereres Verhängnis, als er aus seiner Ehe mit Stephanie von Belgien (1882) keinen Sohn hinterließ und so die Thronfolge auf eine Seitenlinie, den Erzherzog Karl Ludwig, den Bruder des Kaisers und dessen Descendenz überging. Auch die Ermordung der Kaiserin Elisabeth durch einen italienischen Anarchisten auf dem Quai du Montblanc in Genf am 10. September 1898 war ein erschütternder Schlag für das ganze Kaiserhaus, und hüllte das fünfzigjährige Jubiläum des Kaisers am 2. Dezember 1898, über dessen Haupte so unerhörte Schicksalswechsel dahingegangen waren, in die tiefste Trauer.

In diesem halben Jahrhundert hatte sich die unvermeidliche politische Trennung Österreichs von der Hauptmasse der deutschen Nation vollzogen, aber ihre wirtschaftliche Verbindung war trotz der Zollgrenze immer enger geworden, und die geistige Gemeinschaft reger, als sie seit dem 16. Jahrhundert jemals gewesen war. Die Universitäten beider Reiche stehen im beständigen Austausch ihrer Lehrkräfte und ihrer Studenten, ihre Akademien arbeiten gemeinschaftlich an großen Aufgaben; die großen wissenschaftlichen Wanderversammlungen der Philologen, Germanisten, Historiker, Juristen, Geographen und Naturwissenschaftler umfassen auch Deutsch-Österreich, und die glänzendste aller deutschen Philologenversammlungen war die Wiener im Mai 1893, die zugleich die Herrschaft der deutschen Wissenschaft über ganz Südosteuropa augenfällig zur Erscheinung brachte. Der Gustav-Adolf-Verein und der Evangelische Bund wirken auch und vornehmlich für die protestantischen Glaubensgenossen in ganz Österreich, der Deutsch-österreichische Alpenverein ist beiden Reichen gemeinsam und fördert die Bereisung der österreichischen Alpen, namentlich Tirols, der Deutsche Schulverein arbeitet an der Sicherung des deutschen Sprachgebiets in Süd-Tirol wie in den deutsch-slawischen Ländern. Es gibt keine österreichische, sondern nur eine deutsche Wissenschaft, Literatur und Kunst in Österreich, kurz, die deutschen Österreicher behaupten in der deutschen Kultur ihr volles Bürgerrecht.

Kulturver-  
bindung  
zwischen  
Österreich  
und dem  
Deutschen  
Reiche.





## Zweiter Abschnitt.

### Das Aufsteigen des Deutschen Reichs zur Weltmacht seit 1888.

Die neue  
Weltlage.

Während Österreich weder in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen das Bedürfnis, noch in seinen politischen Zuständen die Kraft zu überseeischer Expansion finden konnte, strebte das Deutsche Reich mächtig in die Welt hinaus. Die Zeit, da ein Volk, das auf Europa beschränkt blieb, eine Großmacht sein konnte, ging zu Ende mit der Bildung dreier politischer und wirtschaftlicher Riesenkörper, des britischen Weltreichs, das, die ganze Erde umspannend, den vierten Teil der gesamten Menschheit umschließt, zusammengehalten durch seinen Seehandel und seine überlegene Kriegsflotte, des russischen Reichs, das im ununterbrochenen Länderzusammenhange von der Ostsee bis an den Großen Ozean, vom Eismeer bis an die Grenzen Irans und Chinas reichend, fast mehr eine asiatische als eine europäische Großmacht geworden ist, und der nordamerikanischen Union, die, einen halben Erdteil zwischen den beiden wichtigsten Ozeanen überwachsend und mitten inne liegend zwischen Europa und Asien, nach der Monroe doktrin die Vorherrschaft über ganz Amerika begehrt und doch mit steigendem Nachdruck nach Osten und nach Westen, nach der Alten Welt übergreift. Es sind Bildungen, wie sie die Menschheit seit der Auflösung des altrömischen Reichs nicht wieder gesehen hat, nicht nur dem Umfange nach, sondern auch in ihrem inneren Bau, aufgerichtet von einer herrschenden Nation, aber fremde Völker und Rassen und Länder der verschiedensten Klimate und Kulturstufen umschließend, also fähig, sich selbst genügende Wirtschaftseinheiten zu bilden und militärisch so gut wie unangreifbar, also mit



Kräften ausgestattet, über die keine auf Europa beschränkte Macht verfügen kann. Deshalb waren Deutschland und Frankreich schon in die Kolonialpolitik eingetreten, aber sie standen erst in zweiter Reihe, Österreich und Italien erst in dritter Linie. Und doch drängte die innere Kraft des deutschen Volkes und seine rasch wachsende Volkszahl weiter und weiter, nicht nur zur Entwicklung und Vermehrung seines Kolonialbesitzes, sondern auch zum selbständigen Eingreifen in die großen Fragen der Weltpolitik.

Die Aufgabe, Deutschland aus der Binnensee der europäischen Politik auf den offenen Ozean der Weltpolitik hinauszuführen, übernahm Kaiser Wilhelm II., dessen Kindheitserinnerungen sich an die deutschen Einheitskriege knüpften und für den, seitdem er denken konnte, das Deutsche Reich etwas Gegebenes, Selbstverständliches, nicht das ferne Ziel sehnächtigen Strebens war.

Geboren am 27. Januar 1859 und als künftiger Thronfolger schon in der Wiege begrüßt, wurde er von Anfang an, seit 1866 unter der festen Leitung des Dr. Hinzpeter, für den Herrscherberuf erzogen, in streng geregelter Lebensweise, in der engsten Verbindung körperlicher Abhärtung und Übung der verschiedensten Art wie in der Handfertigkeit, zur Beherrschung des Englischen und Französischen wie in der vollen humanistischen Bildung, die er seit Michaelis 1874 bis zur Reifeprüfung im Januar 1877 auf dem Lyceum in Kassel als ein Schüler unter andern empfing und dann in kurzer, fröhlicher Studentenzeit in Bonn (1877/78) ergänzte. Mit energischem Fleiß bewältigte er seine mannigfaltigen Aufgaben, hatte das lebhafteste Interesse in der Geschichte, in der klassischen Lektüre an Homer und Demosthenes, an griechischer und deutscher Epik und wußte als sicherer Schütze und Reiter auch eine angeborene Schwäche des linken Armes durch Willensstärke zu überwinden. Dann begann er nach preussischem Brauche seine militärische Laufbahn im Februar 1879 beim 1. Garderegiment zu Fuß. Ein Jahr später verlobte er sich mit Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein, der Tochter des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg († 14. Januar 1880), die, geboren am 22. Oktober 1858 auf Schloß Dolzig in der Nieder-Lausitz, in einem sehr einfachen schlichten Familienleben aufgewachsen war; am 27. Februar 1881 führte er sie heim ins Marmorpalais bei Potsdam und begründete damit ein häusliches Glück, das umso heller und wärmer strahlte, als sechs Söhne und eine Tochter dem Bunde entsprangen. Mit der weiteren Verfolgung der militärischen Laufbahn in allen Waffen bis zum Generalmajor (27. Januar 1888) verband sich auch die Einführung in die Verwaltung und die rege Teilnahme an kirchlichen wie an künstlerischen Interessen: Prinz Wilhelm schwärmte für Richard Wagners Musikdramen aus der deutschen Sage. Die schwere hoffnungslose Erkrankung des Kronprinzen stellte ihn mit einemmale in die nächste Nähe des Thrones, und auf ihm ruhte die Hoffnung des bekümmerten Großvaters, der ihn schon am 7. November 1887 mit der eventuellen Stellvertretung beauftragte. Mit dem Fürsten Bismarck stand er in reger Verbindung; ihn feierte er am 1. April 1888 als den Fahmenträger, auf den alles blicke, nachdem der Führer schwer getroffen sei. Wer damals dem Prinzen Wilhelm näher trat, wußte, daß etwas Ungewöhnliches, ein „Friedericianisches Regiment“ von ihm zu erwarten sei.

Kaiser Wilhelm II. ist ein neuer eigenartiger Typus seines erlauchten Geschlechts. Voll hohen fürstlichen Selbstbewußtseins, majestätisch und prachtliebend hat er doch gar nichts von steifer Würde und Ausschließlichkeit. Homo sum, nil humani a me alienum puto setzte er einmal unter sein Bildnis, und in der Tat, sein Interesse

umspannt die Welt und alle Seiten der nationalen Entwicklung; das, was seinen Eltern vorschwebte, die Verbindung eines reichen, geistigen Lebens und politisch-militärischer Leistungsfähigkeit hat er in sich vollzogen. Ungezwungen liebenswürdig, heiter und geistvoll hat er noch jeden bezaubert, der in seine Nähe trat und oft genug gezeigt, daß es ihm ein inneres Bedürfnis ist, dankbar zu sein und anzuerkennen, wo etwas anzuerkennen ist. Im Grunde eine leicht erregbare, tief leidenschaftliche, idealistisch gerichtete Natur und ein geborner Redner liebt er es in den Kampf der Meinungen hinaufzusteigen, seinen Ansichten und Empfindungen rückhaltlosen Ausdruck zu geben, ohne für alles, was er sagt, unbedingte Giltigkeit zu beanspruchen. Impulsiv rasch im Entschluß, in der Durchführung, wo es darauf ankommt, von hinreißender Energie, „Held vom Helmbusch bis zum Sporn“, ein ganzer Mann von dem moralischen Mute, der jeder Gefahr offen ins Auge sieht, stellt er doch seine Wirksamkeit unter die Herrschaft des alten Hohenzollernschen Pflichtgefühls, das in dem König des Staates ersten Diener sieht, und eben deshalb sucht er sich überall eine eigene selbständige Überzeugung zu bilden. Aber diese Pflichten faßt er als ein ganz moderner Mensch in einem etwas andern Sinne auf als seine Vorgänger. Bei allem Stolz auf seine Märker und auf die preussischen Traditionen ist er vor allem Kaiser und Deutscher. Des deutschen Volkes Glück und Größe ist das Ziel seiner unermüdlichen Arbeit. „Ich und meine Söhne, wir gehören dem deutschen Volke“ sagte er. Das Reich zur Weltmacht in dem Sinne zu erheben, daß es seine Interessen überall vertreten und in den großen Fragen der Weltpolitik die seiner Kraft und Bedeutung entsprechende Stelle einnehmen kann, und daß es zugleich die über den Erdball zerstreuten Gruppen der Landsleute innerlich mit dem Vaterlande fest verbindet, eine Kriegsflotte zu schaffen, die diesen Aufgaben entspricht, das deutsche Kaisertum, das bis dahin immer eine Binnenmacht gewesen war, auf die See hinauszuführen, — denn „unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ und „wir stehen im Zeichen des Verkehrs“ —, im Innern die neuemporstrebenden Erwerbszweige Handel und Industrie zur freiesten Entfaltung zu bringen, ohne die Grundlage der Volkswirtschaft, die Landwirtschaft und das Handwerk preiszugeben, die Technik zu fördern, den neuen Bildungsmitteln und -aufgaben auch auf den Hoch- und Mittelschulen Raum zu schaffen, alle geistigen Interessen und nicht zum wenigsten die Kunst zu pflegen, das sind die Ziele, die sich bei Wilhelm II. mit den Jahren immer klarer herausgearbeitet haben. Auch in den beiden wichtigsten Fragen der inneren Politik trat ein selbständiger, idealistischer Standpunkt bald hervor: er wollte die sozialen Gegensätze durch die Fortsetzung der Sozialreform versöhnen und die durch den Kulturkampf verärgerten und entfremdeten katholischen Deutschen wieder zu tatkräftigen Patrioten erziehen. Die Reichsverfassung und die preussische Verfassung hat er immer aufs sorgfältigste beobachtet; aber er hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß er persönlich zu regieren gedenke, daß er der lebendige, einigende Mittelpunkt des Staatslebens sein wolle, von dem die maßgebenden Ideen ausgingen, der sich seine Berater nach eigenem Urteil aus den Besten des Volks ohne Rücksicht auf Herkunft und Parteilichkeit wählte, der nicht im Interesse einer Klasse, sondern des ganzen Volkes



regiere und an den sich alle mit demselben Vertrauen zu wenden hätten. Indem der Kaiser durch seine zahlreichen Reisen etwas von der „reisigen Allgegenwart“ der mittelalterlichen Kaiser in seine Regierungsweise brachte, trat er allen deutschen Stämmen persönlich nahe, auch dem Reichslande und repräsentierte die Nation glänzend nach außen.

Mit kaiserlichem Gepränge, umgeben von allen regierenden Fürsten des Reiches, eröffnete Wilhelm II. am 25. Juni 1888 seinen ersten Reichstag. „Das Ausland soll sehen, daß unser Zusammenhang niemals fester gewesen ist,“ bemerkte König Albert, von dem der Anstoß zu dieser feierlichen Kundgebung ausgegangen war. Noch im Verlaufe desselben Jahres besuchte der Kaiser die größeren deutschen Höfe und dann mit einem stattlichen Kriegsgeschwader die nordischen Residenzen St. Petersburg, Stockholm und Kopenhagen, im Herbst Wien und Rom, i. J. 1889 England und mit seiner Gemahlin Athen und Konstantinopel, überall im Auslande bemüht seine friedlichen Absichten, an denen man dort vielfach zweifelte, ins Licht zu setzen. Im Innern fand die Sozialpolitik mit dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889, für das Fürst Bismarck noch einmal seine volle Kraft einsetzte, einen vorläufigen Abschluß. Doch der Kaiser wollte weiter gehen, als der Reichskanzler für zweckmäßig und ausführbar hielt, und so ergab sich aus dem natürlichen Unterschiede der Lebensauffassung zwischen dem mehr als siebenzigjährigen greisen Staatsmann von einer vierzigjährigen Erfahrung und europäischem Ansehen und dem jungen energischen tatendurstigen Kaiser ein zunehmender Gegensatz in der sozialen Frage. Bismarck ließ i. J. 1889 das Sozialistengesetz, das 1890 ablief, lieber ganz fallen, als daß er in wesentliche Abschwächungen gewilligt hätte und wäre sogar geneigt gewesen, bis zur Entziehung des Wahlrechts zu gehen; der Kaiser aber „wollte nicht,“ wie er damals sagte, „bis an die Knöchel im Blute waten, nicht Kartätschenprinz heißen.“ Infolge solcher Differenzen legte Bismarck im Januar 1890 das Handelsministerium nieder und wurde hier durch den Freiherrn von Berlepsch, einen gebornen Sachsen, ersetzt. Im Februar verkündeten dann zwei kaiserliche Erlasse die Absicht, durch internationale Vereinbarungen einen stärkeren Schutz für die Arbeiter zu schaffen, und der Staatsrat beriet unter dem Vorstehe des Kaisers eine Reihe von Vorschlägen, über die dann die für den 15. März berufene internationale Konferenz sich schlüssig machen sollte.

An allen diesen Dingen hatte Fürst Bismarck schon kaum mehr teilgenommen und somit offen seinen abweichenden Standpunkt kundgegeben. Die Entscheidung führte seine Absicht, eine tatsächlich vergessene Kabinettsordre von 1852, wonach kein Minister ohne Vorwissen des Premierministers dem König Vortrag halten durfte, wieder in Kraft zu setzen und seine Weigerung, diesem über seinen Verkehr mit Abgeordneten Rede zu stehen, herbei. Da erkannte der Kaiser, der darin eine unerträgliche Beschränkung seiner Bewegungsfreiheit sah, daß es ihm unmöglich geworden sei, mit dem Fürsten Bismarck weiter zusammenzuarbeiten und forderte diesen in seiner raschen Weise auf, seine Entlassung zu erbitten. Högernd folgte dieser der Aufforderung am 18. März. Eine gewaltige Erschütterung ging da durch das deutsche Volk, das sich das Reich ohne seinen großen Kanzler gar nicht vorstellen



konnte, und das Verfahren des Kaisers wurde fast allgemein verurteilt. Und doch hat König Albert von Sachsen wohl recht gehabt, wenn er kurz danach vom Kaiser sagte: „Ich habe mich überzeugt, er konnte nicht anders, wenn er die Zügel in der Hand behalten wollte.“ Am 29. März verließ der Fürst die Hauptstadt unter überwältigenden Sympathieeindrücken der Bevölkerung und zog sich nach Friedrichsruh zurück.

Fürst  
Bismarck  
im Ruhe-  
stande.

Der gewaltige Mann schied im Großen, und er hat begreiflicherweise ein unbefangenes Urteil über die Verhältnisse, die ihn nach so unerhörten Erfolgen zum Rücktritt drängten, niemals finden können. Aber noch viel zu rüstig und geistesfrisch, als daß er sich mit dem Dasein eines bloßen Privatmannes hätte begnügen können und doch weder imstande noch gewillt, etwa im Reichstage die Führung der Opposition zu übernehmen, begann er alsbald in der ihm dienstbaren Presse („Hamburger Nachrichten“) und in Äußerungen gegenüber Besuchern eine fortlaufende Kritik an den Handlungen der Regierung, die diese zwar kaum beeinflusste, wohl aber die öffentliche Meinung weithin bestimmte und seinem Nachfolger die Arbeit nicht erleichterte. So blieb der gestürzte Kanzler für sich eine Macht im deutschen Leben, er öffnete zahlreichen Gästen sein Haus, er empfing ganze Scharen von Verehrern aus allen deutschen Landschaften bis aus Steiermark, und wurde auf der Reise nach Wien zur Hochzeit seines ältesten Sohnes Graf Herbert im Sommer 1892 allerorten in Dresden, München und Jena mit begeistertem Jubel empfangen. Die leidenschaftlich aufgeregte Stimmung beruhigte sich einigermaßen erst, als der Kaiser ihm bei einer bedenklichen Erkrankung im September 1893 von den österreichischen Manövern bei Güns in Ungarn aus telegraphisch seine Teilnahme bezeugte und ihn dann am 26. Januar 1894 mit königlichen Ehren in seiner Hauptstadt empfing. Seitdem der Fürst am 27. November desselben Jahres seine treue Lebensgefährtin in Varzin verloren hatte, wurde es einsamer und stiller um ihn, und auch seine kritischen Äußerungen wurden seltener, aber sein Geburtstag wurde weit und breit als ein nationaler Festtag gefeiert, vor allem der achtzigste i. J. 1895. Alle Welt, sogar seine nächste Umgebung überraschend, kam dann doch das Ende am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh. Noch einmal wogte da die Trauer durch das ganze Land, und in zahllosen Denkmälern, in Standbildern und Bismarcktürmen strebte es den nationalen Helden zu ehren.

Fortgang  
der Sozial-  
und Finanz-  
reform.

Der Mann, der die erdrückende Last der Nachfolge eines Bismarck in soldatischem Gehorsam auf Befehl des Kaisers übernahm, Leo von Caprivi (geb. 1831), damals kommandierender General des X. Armeekorps, 1885–88 Chef der Admiralität, war ein Mann voll Kraft und Initiative, aber ohne genügende politische, namentlich ohne jede diplomatische Erfahrung. Doch ist diese Zeit keineswegs unfruchtbar gewesen; die Anregungen der Arbeiterschuttkonferenz fanden ihre Verwirklichung in der Einrichtung der Gewerbegerichte nach dem Gesetz vom 29. Juli 1890, die auch als Einigungsämter bei Ausständen wirken sollten, und in der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 über eine ausgedehnte Sonntagsruhe und Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. Zugleich unternahm der im Juni 1890 neu ernannte Finanzminister Johannes Miquel, ein Führer der

Nationalliberalen und bisher Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., eine gründliche Umgestaltung des preussischen Steuerwesens (s. S. 424) durch das Gesetz vom 24. Juni 1891. An die Stelle der bisherigen Personal- und Ertragssteuern (vom Grundbesitz, Gebäuden und Gewerben), die sehr ungleichmäßig, also drückend wirkten, die mittleren Einkommen zu schwer belasteten und das so ungeheuer angewachsene mobile Kapital fast ganz freiließen, trat die einheitliche Einkommensteuer auf Grund der Deklaration der Steuerpflichtigen, ergänzt durch eine reformierte Gewerbe- und Erbschaftsteuer, die die kleinsten Einkommen (d. h. 90 % aller) von jeder direkten Steuer befreite, die mittleren weniger als bisher, dagegen die großen und das mobile Kapital schärfer heranzog. Daran schloß sich eine Reform des Kommunalsteuerwesens durch das Gesetz vom 14. Juli 1893. Die finanziellen Erfolge waren bald glänzend, und so fand denn diese preussische Steuergesetzgebung auch in den meisten Mittelstaaten, in Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen Nachahmung.

Caprivi's persönliche Hauptarbeit galt den neuen langfristigen Handelsverträgen, Handels-  
verträge. die er auf Grund einer Ermäßigung der bisherigen deutschen Schutzzölle für fremde Bodenprodukte und der fremden Eingangszölle für deutsche Industriewaren 1891—94 vor allem mit Österreich, Italien und Rußland, daneben auch mit andern Staaten abschloß. Freilich kamen sie vor allem der Industrie zugute und förderten deren mächtigen Aufschwung; die deutschen Landwirte, namentlich die Großgrundbesitzer des Ostens litten zunächst schwer unter dem Preisdruck und dem Sinken der Grundrente sowie unter der „Leutenot“ infolge der wachsenden „Abwanderung“ der ländlichen Arbeiter in die Industriestädte, die sie nur durch Anwerbung meist polnischer Wanderarbeiter bekämpfen konnten. Sie bildeten deshalb 1893 den „Bund der Landwirte“, um eine Änderung der Zollgesetzgebung herbeizuführen. So taten sich neue soziale Gegensätze von einer Stärke und Mächtigkeit auf, die an die unheilvollen Ständekämpfe in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters erinnerten, und die bürgerliche Presse wurde nicht müde, die „Agrarier“, die „Ostelbier“, die „Junker“, die doch dasselbe Recht hatten, ihre Interessen zu vertreten, wie das industrielle Bürgertum, zu bekämpfen und zu verhöhnen. Diesen Gegensätzen, die er nicht zu beheben vermochte und die gerade die Konservativen Kreise der Monarchie zu entfremden drohten, fiel schließlich Graf Caprivi, „der Mann ohne Ar und Halm“, wie ihn seine agrarischen Gegner spöttisch nannten, zum Opfer; er wurde zu Ende Oktober 1894 durch den greisen Statthalter von Elsaß-Lothringen, den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (geb. 1819) ersetzt, der als Verwaltungsbeamter und Diplomat (Botschafter in Paris 1874—80 und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 1880—83) reiche Erfahrung mitbrachte, nur daß er kein Redner war. Als Staatssekretär des Auswärtigen trat ihm 1897 Bernhard von Bülow zur Seite, der im Oktober 1900 sein Nachfolger wurde.

Unter Hohenlohes Leitung suchte die Regierung durch sogenannte „kleine Mittel“ der Landwirtschaft zu helfen. Nach den Rentengütergesetzen wurden bis Ende d. J. 1896 im ganzen 8135 Bauerngüter mit 89054 ha namentlich auf den Rittergütern des Ostens in der Weise geschaffen, daß der Erwerber an den bisherigen Eigentümer statt des Kaufpreises nur eine Jahresrente zahlte, diesem also Unter-  
stützung  
der Land-  
wirtschaft.

seine Grundrente steigerte und selbst mit geringen Kosten anfässig wurde. Die „Höferollen“ und das „Anerbenrecht“ sollte wieder die zu weitgehende Zersplitterung und Verschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes verhindern, und billigen Kredit verbürgte den Landwirten überhaupt die preussische Zentralgenossenschaftskasse nach dem Gesetz vom 31. Juli 1895, zu der der Staat ein mehrfach erhöhtes Grundkapital zuschoß. Als eine Erleichterung empfand die Landwirtschaft auch die Abschaffung des Getreideterminhandels durch das Reichsbörsengesetz vom 22. Juli 1896, weil es die wüste Getreidespekulation und damit den oft nur im Spekulationsinteresse ausgeübten Druck auf die Getreidepreise abschnitt.

Die europäische Politik.

Fürst Hohenlohes wichtigste Tätigkeit galt der auswärtigen Politik, die nach wie vor auf dem mitteleuropäischen Dreibunde beruhte. Freilich das Verhältnis zu Rußland hatte sich verschlechtert, da Caprivi die Erneuerung des 1890 ablaufenden Rückversicherungsvertrags als „zu kompliziert“ ablehnte und dadurch die längst vorbereitete Annäherung des mißtrauischen und deutschfeindlichen Zaren an Frankreich beschleunigte. In den gegenseitigen Flottenbesuchen in Kronstadt 1891 und in Toulon 1893 kam sie zum Ausdruck, aber der russisch-französische Zweibundkehrte seine Spitze gegen England und sicherte gerade für die Eroberung des Reichslandes den russischen Beistand für Frankreich nicht, legte es also gewissermaßen an die Kette, da es allein keinen Angriff wagen konnte. Der Nachfolger Alexanders III., der am 1. November 1894 auf Schloß Eivadia in der Krym starb, Nikolaus II., der Gemahl einer deutschen Fürstentochter, Alir von Hessen, gab der russischen Politik die Hauptrichtung nach Asien. So führte auch der Abfall Kretas von der Türkei und der Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges im Februar 1897 nicht zu einem neuen Kriegsbrände im Südosten, sondern zu einem gemeinsamen Einschreiten der Großmächte, die den kriegführenden Teilen einen leidlichen Frieden auferlegten und (ohne die Beteiligung Deutschlands und Österreichs) dem geplagten Kreta die Autonomie unter Wahrung der nominellen Oberhoheit des Sultans verschafften. Über die schwebenden Fragen auf der nördlichen Balkanhalbinsel trafen Rußland und Österreich 1897 ein Übereinkommen, das die Aufrechterhaltung des dermaligen Zustandes sicherte. Seine beste Sicherung fand freilich das Deutsche Reich wie immer in sich selbst. Der Zunahme der Bevölkerung entsprechend wurde 1899 die Friedensstärke des Reichsheeres, das schon 1892 versuchsweise für die Infanterie zur zweijährigen Dienstzeit übergegangen war, auf 495000 Mann in 23 Armeekorps gebracht.

Verkehrsmittel und Verkehr.

Aber über die Grenzen der europäischen Politik drängte das Wachstum der Industrie, des Kapitals und der Volkszahl immer mehr heraus. Die Binnenverkehrsmittel waren in schneller Zunahme begriffen. Das Eisenbahnnetz des ganzen Reichs wuchs bis 1900 auf 50000 km, und davon standen mehr als 30000 km seit dem Abschluß der preussisch-hessischen Eisenbahnbetriebsgenossenschaft 1897 unter einheitlicher Leitung, die für beide Staaten die glänzendsten finanziellen Ergebnisse hatte. Der Ausbau des norddeutschen Kanalnetzes stieß dagegen auf den zähen Widerstand der Landwirtschaft, die davon ein verstärktes Einstürmen fremden Viehs und Getreides befürchtete, so daß die große westöstliche Querverbindung

zwischen Rhein und Elbe, der Mittellandkanal, zunächst nur auf der Strecke Dortmund-Ems zur Ausführung kam (1899). Dagegen wurde der Kaiser Wilhelmkanal von Kiel (Holtenau) zur Unter-Elbe (Brunsbüttel) für die Kriegsslotte am 19. Juni 1895 vom Kaiser im Beisein von Schiffen aller Seemächte eröffnet und 1900 eine zweite kurze Verbindung zwischen den beiden deutschen Meeren mit dem Elbe-Travekanal geschaffen. Mit den Verkehrsmitteln stieg der Güterverkehr. Die deutschen Binnenwasserstraßen beförderten 1896 auf 21000 Fahrzeugen mit 2700000 Tonnen Tragfähigkeit 28 Prozent der gesamten Gütermasse, die Spree für Berlin mehr, als alle dort einmündenden Eisenbahnlinien zusammengenommen. Noch rascher wuchs der Seehandel, vor allem der großen Nordseehäfen seit dem Hollanschluß. Die deutsche Seehandelsflotte von 3713 Seeschiffen (die Küstenfahrer ungerchnet) mit 1639552 Tonnen und einer Gesamtbesatzung von 43146 Mann, von denen die 1223 Dampfer allein über 1 Million Tonnen hielten und eine Besatzung von 28000 Mann trugen, auf Hamburg allein aber 818 Schiffe mit 759567 Tonnen, auf Bremen 498 mit 496098 Tonnen kamen (1899), wurde die zweite der Welt, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd in Bremen die größten Reedereien der Erde, ihre Riesendampfer, deren Fahrten den Erdball umspannen, die größten, schnellsten und schönsten Schiffe. Die deutsche Einfuhr wuchs zwischen 1894 und 1898 von 4285 Millionen auf 5439 Millionen, die Gesamtausfuhr von 3051 auf 4010 Millionen, der Anteil des Seehandels an dieser kolossalen Güterbewegung von 66 auf 70 Prozent. Ein großer Teil des Handels lag jetzt in den Händen von Aktienunternehmungen und anderen Genossenschaften, also eines Großbetriebes, der auch den Kleinverkehr durch Warenhäuser und Konsumvereine mehr und mehr unter seine Herrschaft brachte. Auch die größten Industriebetriebe verwandelten sich in zunehmendem Maßstabe in Aktiengesellschaften, und in manchen Fabrikationszweigen, in der Gußstahl- und Geschützfabrikation (A. Krupp), im Schiffsbau (Schichau in Elbing, „Vulkan“ in Stettin, die kaiserlichen Werften), in elektrischen Anlagen (Siemens u. Halske in Berlin), in der Herstellung optischer Instrumente (K. Zeiß in Jena), in der chemischen Industrie, im Buchgewerbe errang Deutschland auf Grund der sorgfältigen wissenschaftlichen Durchbildung der Leiter und der Intelligenz der wohlgeschulten Arbeiter geradezu eine führende Stellung. Inländische Industrieausstellungen belebten den Wettstreit, und auch an den großen Weltausstellungen (in Paris, Chicago u. a. m.) nahm Deutschland einen hervorragenden Anteil. So lieferte die deutsche Industrie auch die größte Masse der Exportartikel, und sie führte z. B. 1896 Rohstoffe für 290 Millionen Mark ein. Infolgedessen ging der von der Landwirtschaft lebende Teil des Volkes 1882/93 durchschnittlich von 42,5 auf 35,7 Prozent, in Sachsen sogar auf 15 Prozent zurück, und die Zahl der Städte von mehr als 100000 Einwohnern stieg i. J. 1900 auf 28, die zusammen 9 Millionen Einwohner zählten (Berlin 2 Millionen ohne die Vororte); die Gesamtbevölkerung wuchs 1895/1900 von 52 auf 56 Millionen. Auch Wohlstand und Lebenshaltung gingen durchschnittlich in die Höhe, gerade bei der Arbeiterklasse, die zugleich einen noch nicht erhörten Grad der Sicherheit ihrer Existenz genoß; erhielten doch um 1900 zwischen 3 und



4 Millionen Kranke zusammen 150 Millionen Mark Unterstützung. In Preußen betrugen z. B. 1899 die Sparkasseneinlagen 5287 Millionen Mark. Mit der zunehmenden Arbeitsgelegenheit sank die Zahl der Auswanderer, die durchschnittlich in den Jahren 1891/90 134000, zwischen 1891/97 noch 66000 betragen hatte, i. J. 1898 auf 22000 Köpfe.

Deutsche  
Interessen  
im Aus-  
lande.

Um so enger wurde Deutschland mit der Weltwirtschaft verflochten. Das Bedürfnis von sicheren Absatzmärkten namentlich für seine Industrieerzeugnisse, von eigenen Produktionsländern für Kolonialwaren und Rohstoffe, von Gebieten für die Anlage des überschüssigen Kapitals stieg von Jahr zu Jahr noch mehr als die Notwendigkeit von Siedlungsgebieten, und das erstarkte Nationalbewußtsein, wie es, wenn auch nicht immer glücklich, der „Alldeutsche Verband“ zu pflegen sucht, forderte einen engeren Zusammenschluß mit den ausgewanderten Volksgenossen unter fremder Herrschaft, in Europa, wo sie nur im Osten von altersher in größeren Gruppen wohnten, wie vor allem jenseits des Meeres. In der nord-amerikanischen Union leben etwa 10—12 Millionen Menschen deutscher Abkunft, die einen Kulturfaktor von um so größerer Bedeutung bilden, je geringer die Vermehrung der langsam degenerierenden angelsächsischen Bevölkerung ist und die sich i. J. 1901 zum deutsch-amerikanischen Nationalbunde zusammenschlossen, in Süd-Brasilien, namentlich im Staate Rio grande do Sul, 200000 deutsche Bauern in guten Verhältnissen, in Argentinien, Chile und Bolivia kleinere zerstreute Ackerbaukolonien, ebenso im britischen Südafrika, und deutsche Kaufleute und Unternehmer sitzen in allen größeren Plätzen Mittel- und Südamerikas, Australiens und Südafrikas als Plantagenbesitzer, Bankinhaber, Gewerbetreibende und Ingenieure. Zahlreiche Auslandsschulen, zum Teil vom Reiche oder vom Deutschen Schulverein unterstützt, suchen das heranwachsende Geschlecht inmitten der fremden Umgebung der deutschen Sprache und Kultur zu erhalten, und in derselben Richtung wirkt namentlich die evangelische Kirche, die um 1900 in Südamerika 86 Pfarren, in Australien und Ostasien ihrer im ganzen 77 zählte.

Die  
Deutschen in  
der Türkei.

Eine ganz eigentümliche Stellung gewannen deutsches Kapital und deutscher Unternehmungsgeist im türkischen Reich. Hier hatte die Reorganisation des türkischen Heeres durch deutsche Offiziere, die sich im Kriege von 1897 glänzend bewährte, und die kluge Zurückhaltung der deutschen Politik in der kretischen Frage das Vertrauen des Sultans Abdul Hamid den Deutschen vollends zugewandt, die hier keine politischen Ziele verfolgten. So gewährte er den blühenden Niederlassungen der schwäbischen Templer in Palästina um Haifa, Saron, Jaffa und Jerusalem (seit 1868), die 1884 etwa 1300 Köpfe zählten, das Eigentumsrecht an ihrem Grund und Boden.

Ungleich wichtiger war es, daß die Deutsche Bank in Berlin, nachdem die europäischen Orientbahnen zum Teil auch mit deutschem Kapital vollendet waren, seit 1888 den Bau der anatolischen Eisenbahnen begann, und 1892 bis Angora, 1895 bis zur alten Sultansstadt Konia führte, überall einen besseren Anbau des fruchtbaren Landes und steigenden Wohlstand unter den fleißigen türkischen Bauern verbreitend. Die Verbindung mit dem Marmarameere sicherte die Anlage

des Handelshafens von Haidar-Paschah bei Skutari 1902 auf Grund des großherrlichen Fermanes vom 29. Januar 1899. In demselben Jahre, am 23. Dezember, kam der Vertrag über den Bau der 2400 km langen Bahnlinie Konia—Bagdad—Bassora zustande, die die uralten verkommenen Kulturländer Mesopotamiens, wo es nur der Sicherheit vor den räuberischen Beduinen, der arbeitenden Hände und der Wiederherstellung ihrer Bewässerungskanäle bedarf, um die alte prangende Fruchtbarkeit wieder hervorzuzaubern, mit der Kulturwelt in Verbindung setzen soll und nach ihrer Vollendung die kürzeste Verbindung mit Indien bilden wird; sie ist im Oktober 1904 bis an den Fuß des Taurus eröffnet worden. Zu dem Gelingen solcher Verträge trug das freundschaftliche Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Sultan wesentlich bei; es machte ihn und die Deutschen in der ganzen Türkei populär. Und nun zog er gar als der erste Kaiser nach Friedrich II. (s. I, S. 344), als Freund der Muhamedaner und doch als Schirmherr des Protestantismus in Jerusalem ein, und weihte hier, umgeben von den Vertretern aller evangelischen Kirchenregierungen, am 31. Oktober 1898 die evangelische Erlöserkirche auf dem Grund und Boden des alten Johanniterstifts, den der Sultan schon 1869 dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen geschenkt hatte, feierlich ein. Das englisch-preussische Bistum war schon 1869 aufgelöst worden. Aber auch die deutschen Anstalten der römischen Kirche im türkischen Orient, der gleichzeitig der Kaiser das heilig gehaltene Grundstück der sogenannten Dormition de la Vierge, das Wohnhaus der Maria, in Jerusalem schenkte, vertauschten bereitwillig den hergebrachten französischen Schutz mit dem deutschen, und evangelisch-kirchliche Unternehmungen drangen schon bis Mesopotamien vor, nicht um hier für ihre Konfession zu werben, sondern um den Eingebornen leibliche und geistliche Hilfe zu bringen, wie durch das Waisenhaus in Urfa (Edessa) für armenische Kinder, deren Eltern in den gräulichen Megeleien d. J. 1898 umgekommen sind und das zugleich mit einer Fabrik orientalischer Teppiche verbunden ist, also eine uralte Industrie wieder belebt hat. So trat die Möglichkeit immer mehr hervor, wenigstens die asiatische Türkei unter deutscher Leitung wirtschaftlich wie militärisch zu reorganisieren und damit ihren Zusammenbruch, der unabsehbare Kämpfe heraufbeschwören würde, zu verhindern.

Ganz andere und viel schwierigere Aufgaben hatte das Reich im fernen Osten, in Ostasien, zu lösen. Seit den Verträgen, die Graf Eulenburg 1861 nach dem Vorgange anderer Mächte mit Japan und China geschlossen hatte, waren dort überall in den für die Fremden geöffneten Häfen deutsche Handelshäuser entstanden, und die Küstenschifffahrt war größtenteils in deutsche Hände übergegangen; seit derselben Zeit bestand eine deutsche Gesandtschaft in Peking. Auch die christliche Mission arbeitete in China nicht ohne Erfolg, in Schantung, namentlich das katholische Missionshaus von Steyl in Schlesien durch den Bischof Unzer. Aber mit der wunderbar schnellen Europäisierung Japans seit 1868 unter dem jungen Mikado (Kaiser) Mutsu Hito trat hier den europäischen Mächten ein politischer und wirtschaftlicher Konkurrent entgegen, den die Intelligenz des Inselvolks und der kriegerische Geist seines alten Schwertadels bald zu einer asiatischen Großmacht mit einer nach deutschem

Deutschland  
in Ostasien

Muster organisierten Armee und einer starken Pflanzerslotte erhob. Früher als andere sah Kaiser Wilhelm II. die drohende „gelbe Gefahr“ voraus, und als nun Japan in einem energisch geführten Kriege 1894/95, der seine militärische und maritime Leistungsfähigkeit glänzend dartat und das stolze Volk mit wachsendem Selbstbewußtsein erfüllte, Korea der chinesischen Oberherrschaft entriß und das schwerfällige, unbehilfliche China im Frieden von Schimonoseki (April 1895) gezwungen hatte, ihm nicht nur die Insel Formosa, sondern auch die mandchurische Halbinsel Liautung, also einen Teil des Festlandes abzutreten, da schritten Deutschland, Rußland und Frankreich gemeinsam ein und nötigten Japan, auf Liautung zu verzichten (November). Dort setzten sich nun allmählich die Russen fest, um eisfreie Häfen (Port Arthur, Dalny) am Stillen Ozean zu gewinnen und bis dorthin verlängerten sie ihre sibirische Bahn durch die chinesische Mandchurei. Das deutsche Geschwader unter dem Kontreadmiral Diederichs aber besetzte am 15. Novembaer 1897 die Halbinsel von Tsingtau an der Mündung der Bucht von Kiautschou in der Provinz Schantung, zunächst um für die Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare im Innern der Provinz Genugtuung zu fordern, und im Dezember desselben Jahres pachtete das Deutsche Reich auf 99 Jahre dieses ganze Gebiet (540 qkm) mit der Küste der Bucht von Kiautschou, erwarb also eine feste Position zwischen den englischen und den russischen Besitzungen an der chinesischen Küste.

Die  
chinesischen  
Wirren.

Während nun hier ein deutscher Kriegs- und Handelshafen rasch emporblühte und eine deutsche Eisenbahn nach den Kohlenlagern im Innern von Schantung und nach dem Hoangho hin (bis Tsinan, 402 km, 1904 eröffnet) in Angriff genommen wurde, erhob sich in China im Mai 1900 die fremdenfeindliche Bewegung der sogenannten Boxer (Ihotschuan), von einer Partei des Pekingser Hofes, vor allem der regierenden Kaiserin-Witwe Tschü und dem Prinzen Tuan begünstigt und gegen den steigenden Einfluß der fremden Mächte benutzt. Um den schwer bedrängten Gesandtschaften in Peking zu Hilfe zu kommen, schossen die fremden Geschwader, das tapfere deutsche Kanonenboot „Itis“ (Kapitän Lams) voran, die die Mündung des Peiho sperrenden Takuforts am 17. Juni zusammen, aber am 20. Juni wurde der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler in Peking auf höheren Befehl von einem chinesischen Unteroffizier erschossen und das Personal der Gesandtschaften mit ihren Schutzwachen in der englischen Botschaft eingeschlossen. Nur mit großer Anstrengung gelang es den zunächst schwachen Truppen der fremden Mächte, die wichtige Hafenstadt Tientsin am Peiho gegen weit überlegene chinesische Massen zu behaupten. Ein mit geringen Kräften vom englischen Admiral Seymour zum Entsatz der Gesandtschaften in Peking unternommener Vorstoß, bei dem sich die deutschen Matrosen glänzend hervortaten, scheiterte. Inzwischen aber setzten sämtliche Großmächte, Japan und Nordamerika mit inbegriffen, ihre Geschwader und Truppen nach China in Bewegung, Deutschland 25 000 Mann unter General von Kessel mit einer Einienischiffsdivision unter dem Kontreadmiral Geißler. Den Oberbefehl über die gesamte Landmacht übernahm ein bewährter deutscher Offizier, der Generalfeldmarschall Graf Alfred von Waldersee (geb. 1852), der am 27. September von Neapel her in Tientsin eintraf. Schon am 14. August hatten inzwischen die fremden

Truppen nach zwei blutigen Siegen Peking erstürmt, der chinesische Hof aber war nach der alten Hauptstadt Singanfu im Gebiet des mittleren Hoangho geflüchtet. Es galt nun, von Peking aus, wo Waldersee am 28. September im Kaiserpalast sein Hauptquartier nahm, den Aufruhr in der Provinz Petschili vollends niederzuwerfen, ohne doch dem Vorgehen der Fremdmächte den Charakter einer Exekution gegen Rebellen zu nehmen, während deutsche und englische Truppen Schanghai am Jangtse besetzten und das deutsche Geschwader den gewaltigen Strom bewachte, um unter Umständen ein militärisches Vorgehen auch gegen Singanfu zu unterstützen; die Russen aber setzten sich auf eigene Hand in der Mandschurei fest. Unter häufigen Gefechten, die sich den ganzen Winter durch bis in den April 1901 hingen, drangen die deutschen Truppen bis an die Große Mauer vor. Auf alle Gebietserwerbungen in China jedoch verzichtend, schlossen England und Deutschland schon am 16. Oktober einen Vertrag, der die Öffnung aller chinesischen Häfen für alle Nationen verbürgte und somit die besonderen Absichten Englands im Jangtsetale durchkreuzte. Da alle Mächte zustimmten, so war damit eine gemeinsame Basis für die Behandlung Chinas geschaffen. Dieses energische Vorgehen bewog den chinesischen Hof, schon im Oktober Unterhandlungen anzuknüpfen, und am 30. Dezember kam der Vertrag in Peking zum Abschluß auf Grund der gemeinsamen Note der Mächte vom 23. Dezember (Sühnegesandtschaft nach Berlin, Errichtung eines Denkmals an der Mordstelle, schwere Bestrafung der Hauptschuldigen, Genugtuung für die Ermordung des japanischen Botschaftskanzlers, Sühnedenkmal auf allen entweihten Friedhöfen, Verbot der Waffeneinfuhr, Entschädigung von 450 Millionen Taels (Dollars) für die Kriegskosten und die Verluste der fremden Untertanen, Errichtung eines befestigten und von den fremden Truppen bewachten Gesandtschaftsviertels in Peking, Unterdrückung aller fremdenfeindlichen Verbindungen, Reform des Tsunglijamen, des Auswärtigen Amts, und des Empfangszeremoniells für die fremden Gesandten). Nachdem der Hof in Singanfu am 28. Mai 1901 alle diese harten Bedingungen angenommen hatte, begann der Abmarsch der fremden Truppen außer aus Peking, Tientsin, Schanheikwan und Schanghai. Graf Waldersee legte am 4. Juni in Tientsin sein Kommando nieder und kehrte im August über Japan nach Deutschland zurück. Am 4. September empfing der Kaiser den Sühnegesandten, den Prinzen Tschun, im Neuen Palais, am 7. September wurde das Friedensprotokoll in Peking unterzeichnet. Zum erstenmale hatte Deutschland mit vollem Nachdruck, ebenbürtig den alten Seemächten, in die Weltpolitik eingegriffen.

Inzwischen hatte es auch seine Position in der Südsee befestigt, was um so nötiger war, als der Bau des Panamakanals unter nordamerikanischer Leitung immer wahrscheinlicher wurde und die Union, 1898 den letzten Rest des spanischen Kolonialreichs in Trümmer schlagend, nicht nur die Antillen in Abhängigkeit brachte, sondern auch die Philippinen sich unterwarf und damit über den Großen Ozean nach Ostasien hinübergrieff. Aus diesem Zusammenbruch gewann das Deutsche Reich durch den Kaufvertrag vom 30. Juni 1899 die Karolinen, die Mariannen und Palaos. Zugleich beendete es den langen Streit um die Samoainseln, wo die Nebenbuhlerschaft der drei Mächte Deutschland, England und Nordamerika 1887/88



zu schweren Kämpfen mit den Eingeborenen geführt und im März 1889 ein Orkan zwei deutsche Kriegsschiffe gekostet, auch die von der Samoakonferenz am 14. Juni 1889 aufgerichtete gemeinsame Schutzherrschaft keine festen Zustände geschaffen hatte, mit dem Vertrage vom 14. November 1899. Die beiden Hauptinseln der Gruppe, Upolu und Sawai, fielen an Deutschland, die östlichste, Tutuila, an Nordamerika, England wurde durch die noch nicht kolonisierten östlichen Salomoninseln entschädigt.

Deutsch-  
Afrika.

Der Kern des deutschen Kolonialbesitzes blieben aber die afrikanischen Schutzgebiete. Sie wurden durch Verträge mit den Nachbarmächten England und Frankreich vom 1. Juli 1890, vom 15. März 1894 und vom 14. März 1899 bestimmter abgegrenzt, wobei sich Deutschland den Zugang zum obern Vinue (Udamaua) und zum Tschadsee öffnete und in Ostafrika die Grenze längs der großen Seen sicherstellte, aber auch Sansibar und Wituland gegen den Erwerb des allerdings strategisch wichtigen Helgoland an England überließ. Togoland dagegen wurde nach dem Innern um ein Beträchtliches ausgedehnt und erhielt eine etwas längere Küste. Die wirtschaftliche Entwicklung der jetzt durchweg von kaiserlichen Gouverneuren verwalteten und von kaiserlichen Schutztruppen bewachten Gebiete litt unter der Zurückhaltung des Privatkapitals und den zu knapp bemessenen Bewilligungen des Reichstags, die noch sehr teuer zu stehen kommen sollten. Immerhin machten der Plantagenbau (Kaffee, Kakao, Baumwolle, Tabak, Copra), die Viehwirtschaft (in Südwestafrika), der Hafen-, Straßen- und Telegraphenbau (einschließlich der 381 km langen Eisenbahn von Swakopmund nach Windhuk, die das Reich durch die Eisenbahntruppen ausführte), die Besiedlung (in Südwestafrika) und die christliche Mission erhebliche Fortschritte, die Verbindung mit dem Mutterlande durch große, teilweise subventionierte Dampferlinien wurde regelmäßiger und reger. Gelegentlich waren freilich auch Aufstände der Eingeborenen zu bekämpfen, namentlich der Hottentotten und der Hereros. — Im ganzen hatten die überseeischen Gebiete des Reichs um 1900 einen Umfang von 2656000 qkm, also fast das Fünffache des Mutterlandes. Das auf sie verwandte deutsche Kapital belief sich dagegen um 1900 nur auf 121 Millionen Mark, während das in andern überseeischen Ländern angelegte (Nordamerika ausgeschlossen) 7500 Millionen Mark betrug. Damit war Deutschland jenseits des Meeres überall interessiert und der Grenznachbar aller Großmächte geworden, hatte also seine Reibungsflächen sehr vergrößert.

Der Buren-  
krieg; die  
neue Flotte.

In diese völlig veränderte Lage fand sich das deutsche Volk nur langsam hinein. Daß die Gelegenheit, zwischen dem deutschen Südwestafrika und den holländischen Burenstaaten eine Territorialverbindung herzustellen oder ihnen mit der Erwerbung der Santa Luciabay einen freien Ausgang nach dem indischen Ozean zu schaffen oder sie gar unter deutsches Protektorat zu stellen, in den achtziger Jahren nicht benutzt worden war und bei der damaligen Weltlage nicht wohl hatte benutzt werden können, das machte es dem Reiche, trotz der Glückwunschedepesche des Kaisers an den Präsidenten P. Krüger von Transvaal wegen der Abwehr des Jamesonschen Raubzuges 1896, unmöglich, zumal in einem Momente, wo die chinesischen Wirren die Einigkeit aller Großmächte forderten, für sie einzutreten, als die englische Macht sie von allen Seiten umklammerte und sie endlich nach

langem harten Kampfe 1899—1902 überwältigte. Die leidenschaftliche Begeisterung im Volke und in der deutschen Presse für die Buren verstand aber die notwendig zurückhaltende Politik des Kaisers nicht und wollte nicht sehen, daß sie mit ihrem blinden Hasse gegen England die englische Volksstimmung gegen Deutschland zwecklos erbitterte, obwohl doch die Engländer in Deutschland längst ihren bei weitem gefährlichsten wirtschaftlichen Konkurrenten erkannt hatten. Nur die Überzeugung drang allmählich durch, daß das Reich ohne eine starke Flotte seine Stellung in der Welt nicht mehr behaupten könne, und da der Kaiser ganz persönlich mit vollem Nachdruck dafür eintrat, so bestimmte das Flottengesetz vom 10. April 1898 mit der Novelle vom 15. Juni 1900 die bis z. J. 1916 zu erreichende Stärke der kaiserlichen Marine auf 38 Linien (Panzer-)schiffe in zwei Doppelgeschwadern, 34 Kreuzer und 80 Torpedoboote, ungerchnet die „Auslandsschiffe.“ Dann wird das Reich wenigstens eine Seemacht zweiten Ranges sein.

So wurde das deutsche Volk durch seine Weltlage immer wieder zusammengezwungen. Unausrottbar aber blieben Doktrinarismus, Eigensinn und Tadelsucht. Das Übergewicht der wirtschaftlichen Interessen wirkte nicht einigend, sondern zerflüßend und verwandelte allmählich die alten Parteien in Interessengruppen, abgesehen von den kleinen dynastischen oder landsmannschaftlichen Fraktionen der Welfen, Polen und Elsässer. Die Konservativen vertraten die im Nordosten überwiegende Landwirtschaft, die Nationalliberalen und die Freisinnigen (diese mit einer stark doktrinären Färbung) das städtische industrielle Unternehmertum, die Sozialdemokraten, deren Organisation, Presse und Agitation sich seit dem Ablaufe des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 wieder völlig frei entfaltete, die städtische Lohnarbeiterschaft, von der die katholischen und evangelischen Arbeitervereine (seit 1882) nur eine Minderheit auf dem nationalen und monarchischen Boden sammeln konnten, weil jene ihren Anhängern ein ideales Ziel, die Herrschaft des vierten Standes im sozialistischen Zukunftsstaate, in blauer Ferne weist. Nur das Zentrum vermochte aus einem ähnlichen Grunde, indem es die im modernen Staate ebenfalls unerreichbare „Freiheit der Kirche“ als sein Ziel hinstellte, die verschiedensten sozialen Interessengruppen zusammenzuhalten, denn gemeinsame Ideale haben die Menschen von jeher viel fester verbunden als gemeinsame materielle Interessen, und die alten Parteien hatten keine Ideale mehr; denn die sie gehabt hatten, waren verwirklicht, und neue stellten sie nicht auf. So wuchsen die extremen Parteien, die allein die Massen zu beherrschen wußten, mit jeder Reichstagswahl: die Sozialdemokraten 1893 auf 48, 1899 auf 55, 1903 auf 81 Abgeordnete, von denen Sachsen (mehr aus Gründen innerer Mißverhältnisse) ein reichliches Viertel stellte; das Zentrum, dessen Führer Ludwig Windthorst am 14. März 1891 starb und das seit 1895 sogar den ersten Präsidenten des Reichstags lieferte, brachte es 1893 auf 98, 1898 auf 103 Mandate, und machte als die stärkste Partei des Reichstags jede Mehrheit ohne seine Teilnahme unmöglich, nötigte also die Regierung, die doch eben regieren mußte, zu weitgehender Berücksichtigung katholischer Wünsche. Aber es wurde doch auch, je mehr die Erregung des Kulturkampfes zurücktrat, zu einer starken Stütze der nationalen Politik. Dagegen regte sich zwar in der Sozialdemokratie der „Revisio-

Die  
Parteien  
und der  
Reichstag

nismus“, der das Parteiprogramm im Sinne einer praktischen Teilnahme an der Politik „revidieren“ wollte, nachdem sich die „Verelendungstheorie“, einer ihrer Kernsätze, als Irrtum herausgestellt hatte, aber er beschränkte sich auf einzelne Führer und drang auf den Parteitagen niemals durch. Nur an der Gemeinderverwaltung nahmen die Sozialdemokraten tätigen Anteil. Daß die Partei ihre wissenschaftlich gebildeten „Genossen“, deren ihr namentlich aus idealistisch gerichteten Kreisen junger evangelischer Theologen genug zuliefen, mit Mißtrauen betrachtete, konnte ihr freilich nur schaden, denn eine blind gehorsame Masse ohne weiter blickende Führer erringt niemals einen dauernden Sieg, aber das Machtbewußtsein des „vierten Standes“ wuchs von Jahr zu Jahr und führte oft zu großen Ausständen. Begreiflich, daß sich auch die Unternehmer in feste Verbände zu gegenseitiger Unterstützung zusammenzuschließen begannen. Indem aber im Reichstage die öde Redesucht die sachgemäße Erörterung, das Parteigezänk die nationalen Gesichtspunkte mehr und mehr überwucherte, verlor die Volksvertretung an Ansehen, denn sie spiegelt zwar die Gesinnungen und Stimmungen der großen Masse des deutschen Volkes wieder, aber das, was sie auch sein sollte, die Blüte seiner politischen Intelligenz, das ist sie nicht mehr, ein schwerer Schade für die ganze Nation.

Einigungs-  
politik.

Um so notwendiger war die starke monarchische Gewalt, die, in ihrer Richtung unabhängig von parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen, allezeit das nationale Interesse vertrat und dem Reichsbau immer neue Klammern einfügte. Die Einheit des Reichsheeres kam in der allgemeinen Annahme der deutschen Hofarde bei der hundertjährigen Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelms „des Großen“ 1897 zum sichtlichen Ausdruck, und ein bayrischer Offizier konnte im Reichstag sagen: „Einen Armeepartikularismus gibt es nicht.“ Mit dem neuen gemeinsamen Militärstrafgesetzbuch trat 1898 der oberste Reichsmilitärgerichtshof ins Leben, und am 1. Januar 1900 wurde die Rechtseinheit des Reiches durch die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches vollendet. Der Einheit zu Liebe verzichtete Württemberg 1902 auf seine Sonderbriefmarke, wozu sich das bayrische Selbstbewußtsein noch nicht herabließ, und seitdem die preußisch-hessische Eisenbahnbetriebsgemeinschaft von 1897 so wohlthätige Folgen hatte, drängte sich der Gedanke, daß die doch nur formelle Selbständigkeit der mittelstaatlichen Eisenbahnverwaltung ebensowohl finanziell für sie selbst nachteilig sei als mit dem unwiderstehlichen Zuge der Zeit in vollem Widerspruche stehe, immer weiteren Kreisen auf. Die Einzelstaaten wurden in immer steigendem Maße von der Reichsgesetzgebung, also vom Reiche abhängig; wirkliche Selbständigkeit behaupteten sie nur in der feineren Kulturpflege, wo sie oft große Opfer brachten und wo ihr Wettstreit wohlthätig wirkte. Eine politische Initiative ging von diesen Regierungen kaum mehr aus; ja in den größten Mittelstaaten entwickelte sich tatsächlich ein parlamentarisches Regiment, denn in Bayern herrscht das Zentrum, in Sachsen seit dem Wahlgesetz von 1896 die agrarisch-konservative Partei im Widerspruch mit dem ganz überwiegend städtisch-industriellen Charakter des Landes.

Kirchen-  
politik.

Auf innere Einigung und auf inneren Frieden war auch die Sozialpolitik wie die Kirchenpolitik des Kaisers gerichtet. Wie jene noch nicht den gehofften Erfolg hatte, so traf auch diese noch nicht auf volles Verständnis und erweckte sogar

heftigen Widerspruch. Als ehrlich überzeugter evangelischer Christ, der auf seinen Seereisen an Bord seiner Yacht wohl selbst den Sonntagsgottesdienst abhält, verlangte er von den Konfessionen nicht die Versöhnung sondern nur die Verträglichkeit auf Grund der ehrlichen Anerkennung ihrer historischen Berechtigung und Eigenart, also das, was das deutsche Volk zu seinem Leben braucht und was nur die Fanatiker auf beiden Seiten nicht sehen wollen. Er war, wie seine Vorgänger, weit davon entfernt, die Selbständigkeit der lutherischen Landeskirchen in den neuen Provinzen anzutasten, aber er bezeichnete es in Gotha bei der dreihundertjährigen Geburtstagsfeier Herzog Ernsts des Frommen (s. S. 87) am 26. Dezember 1901 als „ein hohes Ziel seines Lebens“ eine engere Vereinigung aller evangelischen Landeskirchen Deutschlands herbeizuführen, und zu einer solchen kam es 1903 mit der Einsetzung eines evangelischen Kirchenausschusses zur Vertretung der gemeinsamen Interessen unter Wahrung des Bekenntnisstandes und der Verfassung jeder einzelnen; ja die Versammlung von Mitgliedern deutscher Synoden in Worms am 31. Oktober 1904 bereitete eine noch engere Verbindung unter Mitwirkung der Gemeinden vor. In der katholischen Kirche sah der Kaiser das, was sie ist, eine Weltmacht; er pflegte deshalb freundliche Beziehungen zu Leo XIII., dem er dreimal im Vatikan seinen Besuch machte (1888, 1893 und 1902), mit allem Pomp der kaiserlichen Würde umgeben; er hatte solche Beziehungen auch zu anderen Würdenträgern der römischen Kirche, wie zum Fürstbischof Kopp von Breslau und zeichnete die Benediktiner von Maria Laach und Monte Cassino besonders aus; er gestattete die Wiederherstellung einer Anzahl von Ordensniederlassungen und genehmigte 1904 auf den wiederholten Antrag des Reichstags mit Zustimmung des Bundesrats die Milderung des Jesuitengesetzes von 1872, er stimmte auch der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg 1902 zu, aber er bemühte sich auch, auf erledigte Bischofsstühle Seelenhirten, nicht Fanatiker zu bringen und wies Unduldsamkeit unter Umständen scharf zurück.

Ein gesteigertes kirchliches Leben entwickelte sich nun in beiden Lagern. In der evangelischen Kirche wurde überall, in Berlin unter der besonderen Fürsorge der Kaiserin, für Vermehrung der Kirchen und der Pfarren gesorgt, und die sogenannte innere Mission leistete unter Leitern wie Pastor Bodelschwingh Großes in Jünglingsvereinen und in sozialer Fürsorge durch ihre zahlreichen Vereinshäuser, Hospize, Herbergen, Arbeiterkolonien und Verpflegungsstationen für die „fahrenden Leute“ „auf der Walze“. Einzelne dafür begabte Geistliche wie der Oberhofprediger Adolf Stöcker und der Pfarrer Friedrich Naumann griffen auch direkt in die Sozialpolitik ein, indem sie die christlich-soziale Partei (1878) begründeten; aber die ungeheure Mehrzahl lehnte das ab, weil es im Widerspruch stehe mit dem Wesen der evangelischen Kirche, die zwar durch die Predigt und die praktische Anwendung der Ethik des Evangeliums auf die Personen wirken, aber nicht Parteipolitik zu gunsten irgend eines Standes treiben solle. Neben den Gustav-Adolf-Verein trat der Evangelische Bund zur Wahrung der protestantischen Interessen, der nach dem Mißlingen des Kulturkampfes 1886 entstand und 1891 schon 565 Zweigvereine mit etwa 83000 Mitgliedern zählte. Dieser praktischen Richtung entsprach es, daß

Die Konfessionen.



auch die protestantische Theologie unter Führung von A. Ritschl in Göttingen in Anlehnung an Kant ein Christentum der Gesinnung und der Tat proklamierte; im übrigen suchte sie die Ergebnisse der historischen Forschung auch für die Erkenntnis der geschichtlichen Grundlage des Christentums zu verwerten (A. Harnack). Solcher Freiheit der Forschung erfreute sich die katholische Theologie nicht; sie blieb an die kirchliche Autorität, die ihr unter Leo XIII. die Philosophie des Thomas von Aquino vorschrieb, gebunden; die Richtung, die das innere religiöse Leben in den Vordergrund stellte, und der Tradition unbefangen gegenübertrat, der sogenannte religiöse Katholizismus, wie ihn Fr. X. Kraus, H. Schell, A. Ehrhardt u. a. m. lehrten und betätigten, hatte mit der Autorität fortwährend zu ringen. Aber noch niemals hatte in der neuen Zeit der Katholizismus dank seiner straffen Organisation durch alle modernen Mittel eine solche Herrschaft über die Laien ausgeübt, wie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und er hält alljährlich in seinen „Katholikentagen“ über sie große Heerschau. Er bildete diese Organisation namentlich durch seine Ordensgenossenschaften für Krankenpflege, Erziehung und Unterricht immer weiter aus, so daß z. B. in Bayern von 1874 bis 1904 die Zahl der Ordensniederlassungen von 620 auf 1171, die Zahl ihrer Mitglieder von 6148 auf 15022 stieg; er trieb kraft seines Prinzips, daß alles Weltliche unter der Autorität der Kirche stehe, auch direkt praktische Sozialpolitik durch Gründung von Arbeiter- und Jünglingsvereinen, ja er suchte das ganze Leben zu konfessionalisieren bis in die Studentenverbindungen der Universitäten hinein und die konfessionelle Absonderung überall zu fördern, was nun wieder vom nationalen Standpunkte aus zu scharfem Widerspruch Veranlassung gab. Trotz alledem näherten sich doch die Gebildeten beider Konfessionen einander im praktischen Leben immer mehr, und draußen in der Heidenwelt arbeiteten die Missionare beider Kirchen miteinander und für das Deutschtum. Auch erkannten doch beide, daß eine Gefahr ihnen gemeinsam sei, die Entchristlichung nicht nur vieler gebildeter Kreise, sondern auch der Massen, die unter dem Einflusse namentlich der Sozialdemokratie der religiösen Gleichgiltigkeit oder dem nackten feichten Materialismus verfielen.

Universitäten und technische Hochschulen.

Vom Konfessionalismus blieben die Universitäten gänzlich frei, abgesehen von den theologischen Fakultäten. An ihrer Verfassung und ihrem Charakter änderte sich nichts, nur verwandelten sie sich mit der zunehmenden Spezialisierung der Wissenschaft mehr und mehr in Gruppen von Fachschulen, und die Seminare wie die Institute, namentlich die naturwissenschaftlichen und medizinischen, gewannen einen immer größeren Umfang, damit nahm aber auch im ganzen die Studiendauer zu. Auch die Zahl der Professuren und der Studierenden wuchs weit über das frühere Maß. Um so mehr mußte der Staat für die Universitäten leisten, und da sie längst aufgehört hatten, lediglich bevorrechtete selbständige Korporationen zu sein und zur Hälfte Staatsanstalten geworden waren, so bildete der Staat an ihnen die Prüfungskommissionen und übte auch auf die Besetzung der Professuren, für die den Fakultäten das Vorschlagsrecht blieb, einen bald direkten, bald indirekten Einfluß. Ganz nach dem Muster der Universitäten wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts die jüngeren technischen Hochschulen in Charlottenburg, Hannover, München,

Braunschweig, Dresden, Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart, München und Danzig organisiert, und sie erhielten, zuerst in Preußen, das Recht, einen akademischen Grad (Dr. ing., Diplomingenieur) zu verleihen. Die Gesamtzahl ihrer Studenten beträgt jetzt etwa 12000.

Ein harter Kampf entbrannte um die Gestaltung der höheren Schulen, nicht zwischen den Konfessionen, sondern zwischen der alten humanistischen und der modernen neusprachlich-naturwissenschaftlichen Richtung; jene hielt an den neu-humanistischen Idealen fest, diese meinte ein freilich noch keineswegs abgeklärtes „nationales“ und „modernes“ Bildungsideal verwirklichen zu müssen. So nahm denn nicht nur die Zahl der diesem Ideal zugewandten Realgymnasien, wie seit 1882 die Realschulen I. Ordnung genannt wurden, der lateinlosen Real- und Oberrealschulen sehr zu, sondern auch an den humanistischen Gymnasien wurde der Unterricht im Französischen und im Deutschen erweitert, der Betrieb der klassischen Sprachen, die den lateinischen Aufsatz als Zielleistung jetzt überall aufgaben, verkürzt, am meisten in Preußen durch die Schulreform von 1890 unter der persönlichen Initiative des Kaisers. Doch erwies sich diese Reform als so verfehlt, daß jene Verkürzung 1900 wieder aufgegeben wurde, und im übrigen Deutschland war man diesem Vorgange nur in manchen Punkten gefolgt. Daneben gingen neue Versuche, alle Gattungen der höheren Schulen auf einen gemeinsamen lateinlosen, deutsch-französischen Unterbau zu stellen und von diesem aus sie nach den verschiedenen Richtungen sich verzweigen zu lassen („Einheitschule“). So entstanden „Reformgymnasien“ nach Frankfurter und „Reformrealgymnasien“ nach Altonaer System. Andererseits erhielten die Realgymnasien alter Art einen verstärkten lateinischen Unterricht, denn ihren Abiturienten wurde neben der Zulassung zum mathematisch-naturwissenschaftlichen und neusprachlichen Studium auch der Zutritt zum medizinischen geöffnet, in Preußen und Württemberg 1900 auch zum juristischen Studium, und dort wurde überhaupt die grundsätzliche Gleichberechtigung aller neunklassigen höheren Schulen, der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen zum akademischen Studium ausgesprochen unter der Voraussetzung des Nachweises einer entsprechenden Vorbildung. Gerade diese Reform fand aber nur teilweise Nachahmung, so daß sich ein ganz unhaltbarer Wirrwarr in der Berechtigung der verschiedenen Schulgattungen herausgestellt hat. Auch das Mädchenschulwesen strebte im Zusammenhange mit der auf die größeren geistige und wirtschaftliche Selbständigkeit des weiblichen Geschlechts gerichteten Frauenbewegung höheren Zielen zu und rief hier und da sogar gymnasiale Anstalten ins Leben, die auf den Eintritt in das Universitätsstudium vorbereiten sollten.

Mehr als die höhere Schule wurde die Volksschule in den Streit der Parteien, der kirchlichen wie leider auch der politischen hineingerissen. Während die Liberalen die Simultanschule als eine Garantie gegen engherzigen Konfessionalismus und die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht forderten, diese auch von der Masse der im deutschen Lehrerverein organisierten Lehrerschaft verlangt wurde, hielten die positiven kirchlichen Kreise an der überall überwiegenden Konfessionalität der Volksschule fest, und am wenigsten die katholische Geistlichkeit wollte sich ihr Recht auf ihre Leitung ent-

reißigen lassen. In diesen Gegensätzen scheiterte in Preußen der Entwurf eines allgemeinen Volksschulgesetzes, den der Unterrichtsminister Graf R. von Jödlitz-Trübschler im Januar 1892 dem Landtage vorlegte, und die Regierung zog ihn zurück. Nur im einzelnen wurde auch hier an Lehrergehalten, Schulgebäuden und Unterrichtsmitteln viel gebessert. An die Volksschule schloß sich noch die Fortbildungsschule.

Das neue  
naturwissen-  
schaftliche  
Zeitalter.

In dieser ganzen Entwicklung spiegelt sich der Gang der modernen Wissenschaft, der die Schule wenn auch erst in weitem Abstände und nur langsam zu folgen pflegt. Die Welt war mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie zweihundert Jahre zuvor in ein Zeitalter der Naturwissenschaften eingetreten, nur mit dem großen Unterschiede, daß jetzt die Ergebnisse ihrer Forschungen sofort in Erfindungen umgesetzt und für das Leben verwertet wurden, daß sich also mit ihr eine erstaunliche, die materielle Welt umgestaltende Entwicklung der Technik verband, und zwar ganz besonders in Deutschland, das jetzt die Früchte langer mühsamer Arbeit erntete. Das Reich förderte diese praktische Verwertung durch die Übernahme der schon 1868 als Privatanstalt entstandenen deutschen Seewarte in Hamburg 1874 (G. Neumayer) und die Begründung der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Charlottenburg 1886, die beschreibenden Naturwissenschaften durch die zoologischen Stationen in Neapel (1874) und Plön (1891), auch durch Untersuchungen der Tier- und Pflanzenwelt des Weltmeeres auf wissenschaftlichen Seereisen. Denn sich den Fesseln naturphilosophischer Systeme jetzt völlig entwindend, baute sich die Naturwissenschaft durchaus auf dem Experiment und auf der exactesten Beobachtung der Tatsachen auf.

Natur-  
wissenschaft  
und  
Medizin.

In der Physik entdeckte H. Helmholtz das Gesetz von der Erhaltung der Kraft (Energie), die sich durch Bewegung in die verschiedensten Formen z. B. in die Elektrizität (Hertz) umsetzt; er entwickelte zugleich die Lehre von den Temperaturempfindungen, E. H. Weber den Elektromagnetismus, R. Mayer die Wärmelehre, R. Bunsen und G. R. Kirchhoff die Spektralanalyse, H. W. Dove die Meteorologie durch die Entdeckung des Gesetzes von der Drehung der Winde; die Chemie erneuerte J. Liebig in Gießen in einer die großartigste chemische Industrie begründenden und auch den Ackerbau umgestaltenden Weise. In der Astronomie, die mit immer mehr vervollkommenen Instrumenten arbeitete, benützte W. Bessel in Königsberg die Spektralanalyse zu den überraschendsten Entdeckungen; in der Mathematik glänzten G. E. Dirichlet, F. Neumann und B. Riemann. In der Botanik wurde neben sorgfältigen Beobachtern und Kennern der Pflanzenwelt wie M. Willkomm M. J. Schleiden der Begründer der Zellenlehre, der Grundlage für alle Erkenntnis der organischen Welt. E. Häckel in Jena bildete dabei die Darwinische Lehre von der Entstehung der Arten besonders aus. Joh. Müller in Berlin begründete die neue Physiologenschule, die alle Lebenserscheinungen rein naturwissenschaftlich, ohne philosophische Spekulation, zu erklären sucht und zur Biologie hinüberführte. Durch sie wurde auch die Medizin auf eine festere Grundlage gestellt, die nun zugleich in den großen Krankenhäusern fortwährend das reichste Beobachtungsmaterial fand. Hier entwickelte R. Virchow die Cellularpathologie, K. Kokitansky und M. Pettenkofer die Lehre von den Infektions-

Frankheiten, zuerst an der 1831 vom Osten eingeschleppten Cholera, was nun wieder zur Erforschung der Krankheitserreger, mikroskopischer Lebewesen (Bacillen) Veranlassung gab (R. Koch). In den innersten Zusammenhang zwischen Leib und Seele versuchte die Gehirnforschung (fleckig) einzudringen; sie führte zu einer völligen Umgestaltung der leider in immer größerer Ausdehnung nötig werdenden Nervenheilanstalten und Irrenhäuser. Großartiges leistete die Chirurgie (Langenbeck) in den kühnsten Operationen mit Narkose und antiseptischer, später aseptischer Wundbehandlung.

Auf dem Grenzgebiete der Naturwissenschaften und der Geisteswissenschaften stehen Erd- und Völkerkunde. Hier brachten gerade deutsche Forschungsreisende, zunächst noch in fremden Diensten, unermessliches neues Material herbei, sie nahmen an dem letzten großen Zeitalter der Entdeckungen, dem binnenländischen, einen ruhmvollen Anteil, H. Barth, E. Vogel, G. Rohlfs, G. Nachtigall, Kl. von der Decken, R. Flegel, H. Wissmann in Afrika, die Gebrüder Schlagintweit, A. Bastian, v. Richthofen in Asien, Leichardt in Australien, Burmeister und Pöppig in Südamerika, und auch die Polarforschung wurde seit 1868 von Deutschen in Angriff genommen (Koldewey, Graf Wilczek). Die geologische wirkte mit der prähistorischen Forschung zusammen, um das Alter und die Entwicklung des Menschengeschlechts festzustellen. Solchen ungeheuren Reichtum geistig zu verarbeiten und nach dem Vorgange K. Ritters den innern Zusammenhang zwischen dem Boden, der Natur und dem historischen Menschen bis ins Einzelne festzustellen und philosophisch zu begründen, unternahmen Männer wie Oskar Peschel († 1886) und Friedrich Ratzel († 1904). Das wichtigste Zentralorgan dieser Forschungsgebiete wurden seit 1858 die Geographischen Mitteilungen von A. Petermann in Gotha in Verbindung mit dem Kartographischen Institut von J. Neumann.

Auch auf Methode und Auffassung der geschichtlichen Wissenschaften wirkten, zuweilen sogar zu sehr, die Naturwissenschaften hinüber. Längst hatte die klassische Philologie ihre feste Methode ausgebildet und war zur Altertumswissenschaft geworden (s. S. 345). Auf dieser Grundlage arbeiteten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben den älteren Forschern auch jüngere weiter, zunächst durch Erweiterung des Materials in Sammlung und Ordnung der griechischen (R. Böckh) und lateinischen Inschriften (Fr. Ritschl, Th. Mommsen), durch neue literarische Funde und durch die Erforschung der neu entdeckten unermesslich reichen ägyptischen Papyruschätze, aber auch durch Aufdeckung wichtiger Stätten des antiken Lebens, z. T. aus Reichsmitteln, der athenischen Akropolis (W. Dörpfeld), Olympias (E. Curtius), Pergamons (K. Humann), Mykenas und Trojas (H. Schliemann) u. a. m. So öffneten sich ungeahnte historische Zusammenhänge und Perspektiven, unter denen die griechisch-römische Kultur als eine verhältnismäßig junge erschien, ohne dabei ihren einzigen Wert einzubüßen. Das archäologische Institut in Athen, eine Zweiganstalt des römischen, seit 1875 als kaiserliches Institut auf das Reich übernommen, wurde seit 1874 ein neuer Mittelpunkt dieser Studien neben dem französischen und dem englischen Institut, und alljährlich veranstalteten beide für deutsche Philologen und Archäologen Studienreisen durch Italien und Griechenland. Auf



solchen erweiterten Grundlagen erwuchsen neue zusammenfassende Darstellungen des antiken Lebens. Th. Mommsen schrieb seine Römische Geschichte mit lebendigster Farbengebung und grundlegende Werke über die einzelnen Seiten des römischen Staats- und Kulturlebens, E. Curtius die griechische Geschichte, die nach ihm J. Beloch in neuer Auffassung schilderte, M. Duncker und E. Mayer die Gesamtgeschichte des orientalischen und griechischen Altertums, H. Brunn und Joh. Overbeck die Geschichte der griechischen Plastik, O. Ribbeck die der römischen Literatur, E. Zeller die der griechischen Philosophie, und die Erklärung der Schriftsteller drang immer mehr in die Tiefe (O. Ribbeck, U. von Wilamowitz-Möllendorff u. s. f.). Die eigentliche griechische und lateinische Sprachwissenschaft wandte sich besonders der Erforschung der Dialekte zu (Th. Mommsen, Fr. Ritschl, O. Hoffmann, R. Meister), verwuchs aber immer fester mit der allgemeinen indogermanischen und stellte sich mehr und mehr auf die naturwissenschaftliche Basis der Lautphysiologie (E. Curtius, U. Brugmann). Auch die slawischen und keltischen Sprachen wurden jetzt in diesen Kreis gezogen (U. Schleicher, U. Leskien, E. Windisch); von ihm zweigte sich wieder die Wissenschaft von der altindischen Welt (Th. Benfey, H. Brockhaus, Max Müller in Oxford, E. Windisch) und von den semitischen Sprachen, Literaturen und Kulturen (H. L. Fleischer, Th. Nöldeke, G. Weil), die Ägyptologie (R. Lepsius, H. Brugsch) und die Assyriologie (Schrader, Olshausen, Delitzsch) ab, die beide durch großartige Ausgrabungen auf den alten Kulturstätten des Niltals und Babyloniens ihr Material überhaupt erst erhielten. Diese Erweiterung und Vertiefung der Kenntnis des alten Orients wirkte dann auch auf das Verständnis des Alten Testaments, also auf die theologischen Studien hinüber (Fr. Delitzsch, H. Winckler).

Geschichte

Auch die Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit gründete sich immer mehr auf das Studium der zeitgenössischen, namentlich der archivalischen Quellen auf allen Lebensgebieten, die von Landes- und Provinzialinstituten in immer größerem Umfange auch kritisch herausgegeben wurden. An den Monumenta Germaniae historica bildete sich eine ganze Schar jüngerer Historiker (R. Köpke, E. Dümmler, S. Hirsch, S. Abel, Ph. Jaffé u. a.), und G. Waitz in Göttingen führte diese Schule weiter. Für mittelalterliche und moderne Quellenpublikationen wie für quellenmäßige Darstellungen rief König Maximilian II. von Bayern auf Ranke's Anregung 1859 die Historische Kommission in München ins Leben, und als wichtigstes Organ für historische Forschung gründete in demselben Jahre der Rheinländer H. von Sybel in Berlin die Historische Zeitschrift. Eine feste quellenmäßige Grundlage für die mittelalterliche Kaiserzeit schufen die „Jahrbücher des deutschen Reichs“; diese Zeit zur Mahnung und zur Erbauung dem deutschen Volke in der Reaktionsperiode vorzuführen unternahm W. Giesebrecht. J. G. Droysen schrieb die „Geschichte der preussischen Politik“ als die Vorgeschichte der deutschen Einheit, der Pfälzer L. Häusser zeigte besonders seinen süddeutschen Landsleuten die Zeit Napoleons I. und der Befreiungskriege zum erstenmale in deutscher Beleuchtung, Sybel die Geschichte des Revolutionszeitalters ohne den Schleier der französischen und der liberalen Phrase in ihrer ganzen Furchtbarkeit und im Zusammenhange der euro-

päischen Entwicklung. Von den Kämpfen der Zeit innerlich und äußerlich wenig berührt schilderte inzwischen Ranke die Geschichte der Deutschen und der westeuropäischen Kulturvölker vom 16. Jahrhundert bis in die Napoleonische Zeit und endete sein großartiges Lebenswerk mit einer Weltgeschichte († 1886). In der Geschichtsschreibung kam natürlich der große Parteigegensatz zur Geltung. Ein ultramontan gewordener Historiker wie Onno Klopp versuchte eine „Rettung“ Tillys, A. von Divenot und H. Hüffer stellten die Revolutionszeit in österreichischem Sinne dar, während A. Springer die Geschichte Österreichs seit 1809 von liberalem Standpunkte aus schrieb. Ein festes historisches Urteil über die politische Entwicklung Deutschlands wurde erst durch die Reichsgründung möglich. Sie begeisterte ihren feurigsten Vorkämpfer H. von Treitschke zu seiner farbenglühenden, von seiner eigenen herzlichen Anteilnahme belebten „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“, die sein allzufrüher Tod (1896) leider als Torso zurückließ; Sybel unternahm es die „Gründung des Deutschen Reichs“ nach archivalischen Quellen zu erzählen, der Österreicher Heinrich Friedjung in eindringlicher und fortreißender Schilderung voll warmer Sympathie für sein Vaterland, aber mit unbefangenen Urteil den „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland“. Der Große Generalstab aber veranlaßte die militärische, aktenmäßige Darstellung der deutschen Einheitskriege und der Kriege Friedrichs des Großen, und auch sonst stieg eine reiche Literatur aus jenen abschließenden Kämpfen auf. Vertiefend und veranschaulichend wirkten wissenschaftliche Biographien bedeutender Männer, wie Friedrichs des Großen (H. Koser), Gneisenaus (H. Delbrück), Scharnhorsts und Steins (M. Lehmann), Kaiser Wilhelms I. (E. Marcks), König Alberts von Sachsen (P. Hassel), Bismarcks (M. Fenzl), und die Allgemeine Deutsche Biographie (R. von Eilencron) faßte das gesamte biographische Material für die deutsche Geschichte zusammen. Zugleich entfaltete sich aus den Erinnerungen an die große Zeit der deutschen Wiedergeburt eine reiche Memoirenliteratur, wie sie Deutschland noch niemals besessen hatte, an der Spitze die Briefe und die „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck (1898), die militärischen Schriften und die Briefe Moltkes († 1891), der sich dabei als klassischer Prosaischer erwies, u. a. Auch die einzelnen Zweige des Volkslebens fanden eindringende Bearbeitung: die mittelalterliche Verfassungsgeschichte durch G. Waitz, R. Sohm, J. Ficker, die gesamte Rechtsgeschichte durch R. Schröder, die Geschichte der Verwaltung, namentlich der preussischen durch G. Schmoller, der Wirtschaft durch A. Meitzen, G. Haussen, J. Inama-Sternegg, K. Lamprecht, des Schulwesens, dem das große Quellenwerk der Monumenta Germaniae paedagogica dienen sollte, durch H. Kaemmel, Fr. Paulsen und K. Schmid, der Literatur durch K. Gödeke, H. Hettner, Julian Schmidt, W. Scherer, Erich Schmidt, der Kunst übrigens oft in der Form der Monographie, durch W. Lübke, K. Schnaase, H. Otte, K. von Lützow, K. Justi, K. Muther u. a. m., der gesamten deutschen Kultur durch W. Riehl und G. Freytag. Je mehr sich die Forschung und Darstellung auch der „Kulturgeschichte“ zuwandten, desto mehr verlangte diese auch in Gesamtdarstellungen ihren Platz, und so machte K. Lamprecht in seiner „Deutschen Geschichte“ den kühnen und geistvollen Versuch, den ganzen Werdegang des deutschen Volks unter sozialpsychologische Entwicklungsgesetze zu

bringen. Auch der ausländischen Geschichte blieb die Arbeit der Deutschen fortwährend zugewandt, keiner mehr als der italienischen, für die J. Burckhardt mit seiner „Kultur der Renaissance“, G. Voigt mit seinem verwandten Werke, f. Gregorovius mit seiner Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter klassische Werke lieferten, und deshalb trat auch immer wieder das Bedürfnis nach weltgeschichtlicher Zusammenfassung auf, je mehr sich die Kenntnis der Welt ausbreitete und das alte weltgeschichtliche auf die Mittelmeerländer Europa und Vorderasien beschränkte Schema als unzureichend erschien. Diesen ungeheuren Stoff versuchte H. Helmoltz Weltgeschichte in ethnographisch-geographischer Ordnung vorzulegen.

Rechts- und  
Staats-  
wissenschaft.

In der Rechts- und Staatswissenschaft stand neben geschichtsphilosophischen Werken wie R. Iherings „Geist des römischen Rechts“ die systematische Bearbeitung, wie sie im römischen Recht K. G. Wächter und K. U. Vangerow, im deutschen K. Gerber und E. Albrecht, im Kirchenrecht f. von Schulte und E. Friedberg, im Strafrecht C. J. U. Mittermaier, später K. Binding u. a. unternahmen. Die großen Kodifikationsarbeiten für das Strafgesetzbuch und das Bürgerliche Gesetzbuch gaben reiche Anregung, gestalteten aber auch das juristische Studium insofern um, als dessen alte Grundlage, das römische Recht, zurücktrat. Das deutsche Staatsrecht fand lange seine wichtigste Aufgabe in der Darstellung des Staatsrechts der Einzelstaaten (R. von Mohl, J. E. von Bluntschli). Ein besonderes Verdienst erwarb sich dabei R. Gneist, indem er das englische Selbstgouvernement, das von den Liberalen angebetete Ideal, als das historisch bedingte Ergebnis der besonderen englischen Entwicklung nachwies. Ein deutsches Staatsrecht gab es erst seit der Reichsgründung, und auch eine Politik konnte H. von Treitschke erst nach dieser auf dem Grunde der jüngsten Erfahrungen und gereifter historischer Kenntnis gestalten, indem er den Staat als das zur Macht geeinte Volk und die Verfassungsformen als historische Produkte erkannte, ohne irgend einer von ihnen absolute Giltigkeit einzuräumen. — In der Volkswirtschaftslehre überwog mehr und mehr die soziale Auffassung (Adolf Wagner, A. Schäffle, K. Bücher).

Philosophie.

Aus der verwirrenden Fülle des ungeheuer angewachsenen, von keinem einzelnen mehr zu beherrschenden Wissensstoffs suchte der deutsche Geist immer wieder zu zusammenfassender philosophischer Betrachtung durchzudringen und sich ein neues „Weltbild“ zu gestalten, zumeist auf naturwissenschaftlicher Basis, ohne daß es irgend einer Richtung bisher gelungen wäre, mehr als eine kleine Gemeinde von Gläubigen um sich zu sammeln. Einen nicht unbedeutenden Einfluß übte der Pessimismus E. von Hartmanns. Den Pantheismus Spinozas erneuerte phantasievoll Th. Fechner in der Lehre vom psycho-physischen Parallelismus, dem er als Unterbau die Experimentalpsychologie schuf. Diese bildete W. Wundt, als Mediziner von den Naturwissenschaften ausgehend, selbständig weiter und sammelte, in der Universalität seines Geistes Natur- und Geisteswissenschaften umfassend, einen großen Schülerkreis um sich, die die gegebenen Anregungen fruchtbringend auf die verschiedenen Wissensgebiete anwandten. Dabei faßte er das geistige Sein als die eigentliche Wirklichkeit der Dinge auf und den Willen als die seelische Grundtätigkeit des Menschen. Fr. Nietzsche († 1900) wollte diesen Willen auf die Ausbildung eines feinen Trieben frei folgendem,

alle sittlichen Werte „umwertenden“, hoch über den Massen stehenden, sie beherrschenden und in seinen Dienst zwingenden „Übermenschentums“ richten, mit schroffer Ablehnung der christlichen „Skavenmoral“ und aller sozialen Pflichten, aber im begreiflichen Rückschlag gegen die alles nivellierende Gleichmacherei des Sozialismus. Von der Naturwissenschaft aus versuchten später E. Häckel und W. Ostwald eine monistische Weltanschauung zu gestalten, G. Portig dagegen begründete aufs neue die dualistische, optimistisch-theistische Weltanschauung, die die Religion nicht bekämpft, sondern stützt, weil sie in ihr die für jeden einzelnen notwendige Ergänzung der Philosophie erkennt („Das Weltgesetz des kleinsten Kraftaufwandes“). So näherte sich das philosophische Denken wieder dem kraftvoll emporstrebenden religiösen Bedürfnis. Wenn Papst Pius X. (seit 1904) in seiner ersten Encyklika sagt: „Alles Seelenleben muß immer mehr auf Christus zurückgeführt werden“, so begegnet er sich mit dem Satze des protestantischen Pfarrers Fr. Naumann: „fromm sein, heißt einen Seelenzustand gewinnen, wie er in Jesu in überwältigender Weise vorhanden ist“, und vor der Persönlichkeit Jesu senkt auch die Sozialdemokratie ihre rote Fahne.

Wenn Dichtung und Kunst die Aufgabe haben, die sie umgebende Welt Dichtung. künstlerisch zu spiegeln, so mußten sie sich in diesen letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts völlig verwandeln. Für ein Volk, das wissenschaftlich, wirtschaftlich und politisch so hart arbeitete, trat die Gegenwart in den Vordergrund, und vor dem scharfen Lichte der historischen Forschung zerfloß der idealisierende Schleier, den die Zeit Lessings und Winkelmanns, Goethes und Schillers um das klassische Altertum, die Romantik um das Mittelalter gelegt hatte. Dichtung und Kunst wurden realistisch, sie suchten die Wirklichkeit in eindringendem Studium vor allem der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart. Mehr und mehr traten dabei in der Dichtung die psychologische Analyse und die sorgfältige Ausmalung der Umwelt, des „Milieu“, auch der Landschaft, vor der Handlung in den Vordergrund, und als sich in den achtziger Jahren der Einfluß des fremden französischen, russischen und norwegischen Naturalismus, zusammen mit dem Schopenhauerschen oder buddhistischen Pessimismus und Nietzsches unseliger „Herrenmoral“ geltend machte, da bevorzugten die jüngsten Dichter die Darstellung der Nachseiten des menschlichen Lebens und krankhafter oder wenigstens überreizter Seelenzustände willensschwacher oder ihren Trieben rückhaltlos folgender Menschen. Diese Richtung wollte die Menschheit gar nicht über die gemeine Wirklichkeit der Dinge erheben, sondern in sie einführen; „der Dichtung Schleier aus der Hand der Wahrheit“ zu empfangen, lehnte sie ab, und selbst die alten Kunstgesetze hatten für diese „Jüngst-Deutschen“ keine Geltung mehr.

So überwogen jetzt die Gattungen, die der Wirklichkeit am nächsten kommen, Profa-  
dichtung,  
Epos. die Profadichtung in Roman und Novelle und das Drama. Im Roman wurde G. Freytag († 1894), da er das deutsche Volk bei seiner Arbeit suchte, für lange Zeit der Lieblingschriftsteller des Bürgertums, neben ihm der stark tendenziöse Fr. Spielhagen („Sturmflut“). In breiter Ausmalung der Situationen gab der Brandenburger Th. Fontane lebenswahre Bilder aus dem Leben der Mark. Im historischen Roman schuf der Schwabe V. Scheffel († 1886) ein Meisterwerk aus dem frühen



Mittelalter, G. Freytag ließ sich von den Einheitskriegen zu dem umfassenden Romanzyklus der „Ahnen“ anregen, J. Dahn zu Schilderungen aus der Völkerwanderung, während der Ägyptolog G. Ebers mit Vorliebe im ägyptischen Altertum verweilte. Eine Stelle für sich nahm der Mecklenburger Fritz Reuter († 1874) mit seinen gemütvoll humoristischen Prosadichtungen in plattdeutscher Sprache ein, am anderen Ende der deutschen Erde Peter Rosegger mit seinen Erzählungen aus dem Bauernleben der steirischen Heimat, und neben ihm später Frau Marie von Ebner-Eschenbach mit ihren feinspsychologischen Romanen aus der österreichischen „Gesellschaft“. Der Meister der Novelle wurde in den ersten Zeiten dieser Periode Paul Heyse in Süddeutschland, Gottfried Keller in der Schweiz, im Norden der Holsteiner Th. Storm. In der historischen Novelle leistete das Feinste der Rheinländer W. Riehl († 1897) und nach ihm vor allem der Züricher Konrad J. Meyer († 1898). In epische Formen gossen Otto Roquette († 1896) und der Österreicher R. Hamerling († 1889) die letzten romantischen Dichtungen, der Ostpreuße W. Jordan († 1904) seine gewaltige Neudichtung der Nibelungensage, Hermann Lingg aus Emden die Kämpfe der Völkerwanderung, Graf Schack orientalische Stoffe. Über auch die Ballade fand in Th. Fontane und D. von Eilencron vorzügliche Vertreter.

Drama und  
Lyrik.

Die größten Dramatiker der ganzen Periode waren im Anschluß an Shakespeare und Kleist der Dietmarsche Friedrich Hebbel († 1863) und der Thüringer Otto Ludwig († 1865) durch tragische Wucht und erschütternder Seelenmalerei, und G. Freytag gelang das feinste Konversationslustspiel nach Lessings Minna von Barnhelm („Die Journalisten“), während R. Benedix mit seiner drastischen Situationskomik dem großen Publikum mehr entsprach. Auch nach 1870 hielten Ernst von Wildenbruch und Martin Greif das historische Drama kraftvoll lebendig, der Österreicher Ludwig Anzengruber das gehaltvolle, stark tendenziös gefärbte Volksstück, während P. Emden u. a. in ihren Sittenstücken bei den Bühnengewandten, aber leichtfertigen Franzosen in die Schule gingen. Auch in die Darstellungskunst, die in Dresden und Wien (E. Devrient, B. Davison) ihre glänzendste Höhe erstiegen hatte, führten die Meininger Hofschauspieler des Herzogs Georg seit den siebziger Jahren einen sorgfältig ausgearbeiteten historischen Realismus in Kostümen und Ausstattung ein. Hinter dem allen trat die Lyrik weit zurück. Ihr edelster Vertreter, Emanuel Geibel († 1884) wurde der patriotische Prophet wie der Herold des neuen Reichs; Fr. Bodenstedt († 1892) ein geistvoller und formgewandter Nachahmer orientalischer Spruchdichtung; in tiefempfundenen geistlichen Liedern gaben Philipp Spitta, Julius Sturm, Karl Gerok und auf katholischer Seite Annette von Droste-Hülshoff der frommen Stimmung und innerer Glaubensüberzeugung Ausdruck.

Die „Jüngst-  
deutschen“.

Mehr durch große Worte als durch dichterische Leistungen zeichneten sich zunächst die „Jüngstdeutschen“ aus. Im naturalistischen Drama offenbarten der Ostpreuße Hermann Sudermann (geb. 1857), der Schlesier Gerhart Hauptmann (geb. 1862) und sein Schüler der Westpreuße Max Halbe (geb. 1865) ihre Kraft mehr in der Ausmalung der seelischen Entwicklung und des Milieus, als im Aufbau der Handlung, die meist unter dem dumpfen Drucke unabänderlicher Verhältnisse steht, aber Hauptmann fand doch auch von der gemeinen niederdrückenden Wirklich-

feit den Weg zum pöfievollen Märchendraa. Befriedigendere, zuweilen auch befreiende und erhebende Schöpfungen gelangen dem naturaliftifchen Roman durch W. von Polenz, G. von Ompteda, U. von Megede, Max Kreßer, G. Frenffen, J. C. Heer, Helene Böhlau, Clara Diebig u. a. m.

Auch in der Mufik, der populärften aller Künfte, drangen jetzt Realismus und <sup>musf.</sup> Naturalismus ein, die alten Kunftformen mit Auflöfung bedrohend, und der Mufik oft die über ihre Mittel hinausgehende Aufgabe zuweisend, in breiter „Tonmalerei“ ganze Situationen und Handlungen nachzudichten, und durch immer reichere Inftrumentation die Klangwirkung fteigernd. So führte der in Deutfchland heimifch gewordene Ungar Franz Liszt († 1886) die „fymphonifche Dichtung“ ein; Richard Wagner aber vereinigte in feinen „Mufikdramen“ alle Künfte nach dem Mufter der Griechen zu einheitlicher Wirkung und belebte in diefen Formen die alten deutfchen Sagenftoffe in feinen „Bühnenweihfeftfpielen“, die er feit 1876 dank der Huld König Ludwigs II. in Bayreuth zu regelmäßiger glänzender Darftellung brachte († 1883). Aber auch die Oper älteren Stils blühte weiter, vielfach auf volkstümlicher Grundlage, und die alten Kunftformen wahrte der große Joh. Brahms in feinen Symphonien, in feinen mehrftimmigen großen Gefangswerken und in dem reichen Schatz feiner volkstümlichen Lieder, wie denn überhaupt das gefungene Lied aus alter und neuer Zeit, von zahllofen Gefangsvereinen und von der deutfchen Studentenfchaft gepflegt, das eigentümliche Nationalgut der Deutfchen blieb.

Von den bildenden Künften ift die Malerei immer die eigentlich nordifche ge- <sup>Malerei.</sup> blieben und zugleich die eigentlich moderne insofern, als fie allein imftande ift, den ganzen Reichthum der Erfcheinungen zu erfaffen. Auch hier drang erft der Realismus, feit den achtziger Jahren der Naturalismus ein. Jener führte zum sorgfältigften Studium der Wirklichkeit, deshalb auch zum lebendigen Kolorit. Im Vordergrund ftand Jahrzehnte lang die Hiftorienmalerei, wie fie die Münchener Schüler von Peter Cornelius, W. Kaulbach (Treppenhaus des Neuen Museums in Berlin) und K. Piloty, von ihnen wieder ausgehend der farbenschwelgende Hans Makart in Wien, von den Döffeldorfern J. Hübner, K. fr. Leßing, W. Camphaufen entfalteten; von hier ging auch Adolf Menzel aus, der unübertroffene Maler der Zeit Friedrichs des Großen, und aus den Einheitskriegen fchöpfte diese Richtung eine neue kräftige Anregung zu monumentalen Werken wie in der Ausmalung der Ruhmeshalle in Berlin (fr. Gefellfchap) und in der wiederhergestellten Kaiferpfalz in Goslar (H. Wislicenus) wie zu großen Tafelbildern (E. Hüntten, U. von Werner, U. Menzel), während der Tiroler fr. Defregger mit Vorliebe den Heldenkampf feines Heimatlandes i. J. 1809 fchilderte. In Öfterreich wirkten K. Rahl und J. Führich. Daneben ftanden das Genrebild (E. Knaus, B. Vautier, H. Gröthner, P. Thumann), die Landschaft (beide Achenbach, in der heroifch ftilifirten Landschaft fr. Preller und K. Gärtner) und das Porträt. In diefem hielten fo kraftvolle Naturen wie der Bayer Franz Lenbach († 1904) und neben ihm fr. U. Kaulbach an dem Vorbilde der alten Meifter des 16. und des 17. Jahrhunderts feft, und namentlich Lenbach hat faft alle bedeutenden Perfönlichkeiten der letzten Jahrzehnte (Bismarck, Wilhelm I., König Albert, Moltke) mit fchärfster Charakteriftik porträ-

tiert. Nun aber begann in den achtziger Jahren mit der „Sezession“ einer Gruppe von Münchner Künstlern unter dem Einflusse belgischer und französischer Vorbilder eine neue Richtung, die alle Dinge in der natürlichen Beleuchtung („Freilichtmalerei“) und so, wie sie das geschulte Auge des Malers gerade sah („Impressionismus“) wiederzugeben strebte, das Hauptgewicht auf die Lichtwirkung legte und dem Inhalt des Bildes ebenso gleichgiltig gegenüberstand wie der formalen Schönheit. Damit war der Sieg der Landschafts- und der Genremalerei über das Historienbild entschieden. Jene brachte aber die Lust- und Lichtwirkung in einer noch niemals gesehenen Weise zum Ausdruck und auch die bescheidenen Reize heimatllicher Landschaften zur Geltung, diese bevorzugte unter der Einwirkung der demokratischen und sozialistischen Zeitströmungen die Darstellungen aus dem Leben des niedern Volkes („Armeulemalerei“). Die Führer dieser Richtung wurden W. Leibl in München, der Maler des bayrischen Landvolkes, M. Liebermann in Berlin und die Worpsweder bei Bremen. In tief empfundenen Bildern wandten E. von Gebhardt und Fr. von Uhde diese Grundsätze auch auf die heilige Geschichte an, auf jede historische Treue und jeden überlieferten Typus der Personen mit Bewußtsein verzichtend. Ganz einsam steht G. May mit seinen gedankenvollen Einzelfiguren, und gedankenvoll-sinnig, zuweilen symbolisierend malten auch H. Thoma in Karlsruhe im Anschluß an die altdeutschen Meister, Franz Stuck in München im Anschluß an die Antike, Anselm Feuerbach seine formenschönen Einzelgestalten aus dem griechischen Altertum, in großem monumentalem Stile H. Prell ganze harmonisch ausgestaltete Räume (Palazzo Caffarelli in Rom, Albertinum in Dresden); in leuchtender Farben- und Gestaltenpracht gab der romantisch-idealistische Schweizer Arnold Böcklin seine Darstellungen von den sonnigen Küsten des Mittelmeeres. Auch den graphischen Künsten, der Radierung, der farbigen Lithographie, dem neuauftkommenden farbigen Holzschnitt dem Farbendruck u. a. widmeten sich einzelne dieser Meister, und eben diese reich ausgebildeten vervielfältigenden Künste verschafften in Verbindung mit der Photographie bedeutenden Kunstwerken die weiteste Verbreitung.

Bildnerei.

Nicht minder wogte in der Bildnerei der Kampf der „Moderne“ mit der „alten Schule“. Die Schüler Rauchs, Fr. Drake, E. und A. Wolff, A. Kiß und andere beschenkten Berlin mit zahlreichen Monumenten aus der preussisch-deutschen Geschichte; in Dresden brachte neben dem mehr idealistisch gerichteten Ernst Hähnel ein Schüler Rauchs, Ernst Rietschel († 1861), in der Portraitbildnerei (Gessing in Braunschweig, Goethe und Schiller in Weimar, Lutherdenkmal in Worms) den Realismus mit der Anwendung der zeitgenössischen Tracht zum Siege. Die stärkste stoffliche Anregung gab dann auch hier die Zeit der Einheitskriege, die man dankbar aller Orten in bald großartigen, bald bescheidenen Denkmälern zu verherrlichen bemüht war. In den Formen herrschte dabei bald die antikisierende Tendenz, bald das malerische, effektvolle Barock. So schuf Johannes Schilling in Dresden das Nationaldenkmal auf dem Niederwald, Reinhold Begas die Denkmale Kaiser Wilhelms und Fürst Bismarcks in Berlin, J. Siemering das Leipziger Siegesdenkmal. Ernst von Bandel vollendete jetzt sein „Hermannsdenkmal“ im Teutoburger Walde. Gleichzeitig erstieg die Porträtkunst in Charakteristik und Technik

eine glänzende Höhe (Karl Seffner in Leipzig), und in der Berliner „Siegesallee“ ließ Kaiser Wilhelm II. eine in ihrer Art einzige Statuengallerie zur Illustrierung der brandenburgisch-preussischen Geschichte entstehen. Auch die „Moderne“ ver-  
schmähte in der Plastik weder Idealfiguren antikisierender Prägung noch die  
Idealisierung und Heroisierung überhaupt, so sehr sie auch hier im einzelnen die  
naturalistische Wiedergabe bevorzugte, und eben deshalb auf die Polychromie zurück-  
kam. An der Spitze stehen hier Adolf Hildebrandt in München (geb. 1847) in  
seinen nach antiker Art streng geschlossenen Kompositionen, und Max Klinger in  
Leipzig (geb. 1857) in der Vielseitigkeit seiner Technik, von der meisterhaften ge-  
dankenvollen Radierung bis zur farbigen, alle Stoffe benützenden Plastik, wie in  
der Wahl seiner Gegenstände von dem figuren- und inhaltreichen Riesengemälde  
(Christus im Olymp) bis zur seelisch bewegten heroisierten Einzelfigur (Beethoven).

Die mit dem praktischen Leben im engsten Zusammenhange stehende und ihm dienende Baukunst theilte sich immer noch in eine der romanisch-gotischen Romantik, namentlich im Kirchenbau, und eine der deutschen oder der italienischen Renaissance folgende Richtung, von denen jene ihren Ausgang in München nahm, diese in Berlin, Dresden und Wien, hier teilweise mit unmittelbarer Anlehnung an die hellenische Kunst. Später ging sie vielfach in ein oft prunkvolles, überladenes, ja aufdringliches Barock über, bis die Übersättigung damit zu dem schlichten, vornehmen Klassizismus (Empirestil) zurückführte. Selbständige originelle Künstler aber begannen schon die Elemente der historischen Stile zu einem neuen zu verbinden. Der Umbau und die Erweiterung namentlich der großen Städte stellte dabei eine Menge großer, zum Teil ganz neuer Aufgaben in Bahnhöfen, Brücken, Geschäftshäusern, Markthallen, zu deren Lösung die Architektur auch zu neuen Stoffen, wie Eisen und Glas greifen mußte, ohne sie künstlerisch immer bewältigen zu können. Andererseits wurde der niederdeutsche Backsteinbau wieder belebt. Berlin erhielt jetzt ein neues künstlerisches Gepräge durch die edlen Bauten des Alten und Neuen Museums und der Nationalgalerie auf der „Museumsinsel“, die Börse, den neuen Dom, den vornehm prächtigen Reichstagspalast (Paul Wallot), den mächtigen dunkelroten Backsteinbau des Rathauses. In Wien schufen G. Semper, K. Hasenauer, H. Ferstel, Th. Hansen, F. Schmidt nach der Niederlegung der alten Wälle 1857 namentlich in der großartigen Ringstraße eine Fülle herrlicher Palastbauten: das neue Burgtheater, die Hofmuseen, das Opernhaus, das Parlamentsgebäude, das (gothische) Rathaus, die Votivkirche u. s. f. In München war unter Maximilian II. ein wenig glücklicher Mischstil bevorzugt worden (Maximiliansstraße); jetzt entstanden hier die Kunstakademie (G. Neureuther), der Justizpalast (Friedrich Thiersch), das neue Nationalmuseum (Gabriel Seidl). In Dresden erneuerte G. Semper nach dem Brande von 1868 das Hoftheater in berauschender Pracht, und schwere Renaissancebauten (K. Eipius) bedeckten die Brühl'sche Terrasse. Auch das lange Zeit nüchterne prosaische Leipzig trat mit dem Bau des städtischen Museums und des Neuen Theaters (K. F. Langhans) in eine Periode reger Kunstentfaltung ein; hier entstanden das schlicht mächtige Reichsgericht (E. Hoffmann), die Deutsche Bank, die prachtvollen Neubauten der Universität (A. Rosbach), das originelle, abwechslungs-



reiche Rathaus an der Stelle der alten Pleißenburg (h. Licht). Im nordwestlichen Niederdeutschland fand der dort einheimische romanische und gothische Haussteinbau schon vor 1866 im Welfenschloß zu Hannover, in der Marienburg bei Nordstetten, im Kollegienhause zu Göttingen neue Verwendung. Daneben stellten die sich mehrenden Villenbauten den Künstlern reizvolle Aufgaben, und die zahllosen Wiederherstellungsbauten (Wartburg, Marienburg an der Nogat, Albrechtsburg in Meissen, königliches Schloß in Dresden, Münster in Ulm u. a. m.) regten immer wieder zur Vertiefung in die historischen Stile an.

Der  
„Jugend-  
stil“.

Nun aber begann von München aus eine künstlerische Bewegung, die, von England und Holland her beeinflusst, aus dem heimischen Geist und Bedürfnis heraus mit Verzicht auf die Nachahmung irgendwelches historischen Stils das ganze Leben künstlerisch adeln und durchdringen wollte. Er stellt die „Zweckmäßigkeit“ und die „Materialgerechtigkeit“ an die Spitze, will jedem Raum die Ausstattung, jedem Gerät die Form geben, die seiner Bestimmung entsprechen, und auch im Außenbau den Inhalt des Hauses zum Ausdruck bringen. Er gelangt deshalb meist zu einer unsymmetrischen Gestaltung des Außenbaues, namentlich der Fenster, er bevorzugt die geschlängelte oder verzogene Linie, die gleichmäßig farbige Fläche, die natürlichen oder stilisierten Pflanzen- und Tierformen, wobei auch die neu entdeckte japanische Kunst mitwirkt; er sucht jeden Stoff seiner Natur gemäß zu behandeln und entwickelt so eine Fülle neuer, origineller Formen für Möbel, Gefäße, Beleuchtungskörper, Stoffmuster, weibliche Kleidung und Bucheinbände. So bringt er, gefördert durch eine Menge von Zeichen- und Gewerbeschulen, Kunst und Handwerk wieder in die engste, lange Zeit verlorene Verbindung. Er ist ganz auf das behagliche, häusliche Innenleben, gar nicht auf die Repräsentation gerichtet, in jeder Beziehung ein spezifisch nordischer Stil, der von der Harmonie, der Grazie und der heitern Schönheit südländischer Kunst gar nichts hat und über den Privathausbau noch kaum hinausgekommen ist, denn auf große Verhältnisse übertragen wirkt er leicht schwer oder bizarr. Immerhin ist dieser „Jugendstil“, wie die ganze „Moderne“, ein Beweis wieder erwachter künstlerischer Kraft; nur ist er nicht so originell, wie er glaubt, denn er knüpft tatsächlich vielfach an den Klassizismus und also an die Griechen an.

\*

\*

\*

Fortschritt  
und  
Rückschritt.

Auf allen Gebieten hat diese Zeit ein ungeheures Leben entfaltet und Umgestaltungen herbeigeführt wie keine andere Zeit vor ihr. Aber der Glaube an einen ununterbrochenen, stetigen Fortschritt ist abgetan, nur zu deutlich ist es geworden, daß jeder Fortschritt sich zugleich mit einem Rückschritt verbindet. Jede Zeit hat eben ihren besonderen Charakter und ihre besonderen Aufgaben, also ihre eigene Bedeutung; sie ist nicht nur dazu da, eine frühere Zeit fortzuführen, eine folgende vorzubereiten nach einem Endziele aller hin. Wissenschaft und Technik haben geleistet, was sie niemals früher geleistet haben und das äußere Leben so von Grund aus umgestaltet wie in keiner früheren Periode der Geschichte, darin liegt die eigentümliche Größe unserer Zeit; aber darüber ist die unmittelbare künstlerische

und poetische Gestaltungskraft erlahmt, und schwere, soziale Übelstände sind mit der Erleichterung des Verkehrs und mit dem Übergange zur Fabrikthätigkeit heraufgestiegen. Der liberale naturrechtliche Glaube an die Kraft und den Segen des wirtschaftlichen und des politischen Individualismus ist geschwunden, der Zug der Zeit geht überall auf die straffe Zusammenfassung der Volkskraft zur Macht, und eine gebundene Form des wirtschaftlichen Betriebes in den verschiedensten Gestaltungen der Genossenschaft ist die herrschende und die mächtigste geworden, den einzelnen stützend und schützend, aber auch hemmend. Die Schranken der alten Stände sind gefallen, und jedem Talent ist freie Bahn geschaffen, aber neue Berufsstände haben sich gebildet, und die schroffste Scheidung trennt heute das Unternehmertum von dem Lohnarbeiter trotz aller sozialen Fürsorge, wie sie noch keine Zeit gesehen hat. Die rasche Vermehrung des mobilen Kapitals in Handel und Industrie und die Leichtigkeit des Verkehrs haben den großen Städten in einem ganz anderen Sinne als jemals früher die wirtschaftliche Herrschaft über das Land gegeben, sie haben auch den ländlichen Grundbesitz mobilisiert und damit die Vorbedingung seiner gedeihlichen Arbeit, die Stätigkeit des Besitzes, erschüttert, sie locken den Landmann von der Scholle, zur „Flucht vom Lande“, und ersetzen ihn daheim durch fremde Wanderarbeiter, die, wenn sie festwurzeln, in manchen Strichen den deutschen Boden zu entnationalisieren drohen. Der Typus des modernen Deutschen ist nicht mehr der in seinem Kreise feststehende Landedelmann, Bürger und Bauer, sondern der bewegliche, angespannt tätige, kritische und selbstbewusste Großstädter. Aber das enge Zusammenwohnen und der harte Kampf ums Dasein in diesen fortwährend sich wandelnden Verhältnissen führt zu einem unruhigen, hastigen, nervösen Treiben, erschöpft rasch die zu scharf angespannte Kraft, raubt dem Leben die Behaglichkeit, verführt zur Oberflächlichkeit und zu raschem Genuß des Augenblicks; die Überschätzung der technischen und wirtschaftlichen Erfolge begünstigt die Unterschätzung der Vergangenheit und der sittlichen Mächte, und in dem „Klassenkampfe“ drohen unserem Volke die alten Tugenden der Treue, der Pietät, der Bescheidenheit, der Achtung vor der Autorität verloren zu gehen; man will nur noch von Rechten, aber nicht mehr von Pflichten hören und „sich ausleben“. Sogar das Familienleben, der alte Hort und Stolz deutscher Art, leidet weithin unter dem Übermaße der beruflichen und geselligen Verpflichtungen, und die Frauenemanzipation droht einen Teil des weiblichen Geschlechts seinem Berufe und seiner Sitte zu entfremden und damit die Sitten zu verschlechtern. So dem naturgemäßen Leben unvermeidlich entfremdet, ist der Großstädter auch der Natur fern gerückt trotz aller grünen Promenaden, Schmuckplätze, Parks und Gartenkolonien. Zum Glück bilden ein Gegengewicht nicht nur die allerorten gepflegten Turn- und Bewegungsspiele, sondern auch und vor allem die allgemeine Wehrpflicht, die auch den vielfach verwöhnten, in den kompliziertesten Verhältnissen aufgewachsenen jungen Großstädter zu der natürlichen Einfachheit und Strenge des Waffendienstes zurückführt, die Kräfte des Körpers und des Willens, die ursprünglichsten des Menschen, stählt und entwickelt, dem Eigensinn und der Selbstsucht die Autorität und die Pflicht entgegensetzt. Dazu finden wenigstens die wohlhabenden Schichten einigen Ersatz in der zeitweiligen „Flucht aufs

Land“, wie sie die zahllosen, immer weiter sich vermehrenden Sommerfrischen, eine ganz moderne Erscheinung, neben den älteren Bädern ermöglichen. Also strömen vom Lande, vom Wald und vom Gebirge und vom ewigen Meere, von diesen unzerstörbaren Bewahrern der Natur, immer wieder Gesundheit und Frische in die Städte zurück, und noch wohnen zum Glück 82 Prozent des deutschen Volks außerhalb der großen Städte, noch wirken erhaltend, kräftiger als irgendwo sonst, die Mächte, die aus der Vergangenheit stammen: die starke Monarchie, die Wehrmacht und das Beamtentum, die sich selbst verwaltende Gemeinde, die Familie, die idealen Mächte der Kirche und der Schule. Das Nationalgefühl ist zwar erstarkt, aber noch nicht zu der selbstverständlichen und tiefgewurzelten Empfindung geworden, wie bei längst geeinten Völkern. Sollten deshalb jene Mächte jemals untergraben werden, dann würde keine Technik und keine Wissenschaft das deutsche Volk retten; so lange sie aufrecht bleiben, wird auch das deutsche Volk aufrecht stehen und in der Welt das behaupten oder erringen, worauf es nach seiner Kraft und Bedeutung und im Interesse der menschlichen Kultur begründeten Anspruch hat, seinen „Platz an der Sonne“.





## Namen-Verzeichnis.

### A.

- Aachen, Königspfalz Karls d. Gr. 139—40, 155  
— dessen Grabstätte [154](#) — von den Normannen verheert [162](#) — Wahl Ottos I. [176](#)  
— Lothar von Frankreich überfällt Otto II. [190](#)  
— Ottos III. Krönung [192](#) — Otto III. besucht das Grab Karls d. Gr. [196](#) — Grabstätte Ottos III. [197](#) — Krönungsstadt Konrads III. [265](#) — Friedrichs I. [282](#) — Ottos IV. [333](#)  
— durch die goldne Bulle Krönungsstadt der deutschen Könige [421](#) — in Reichsacht [624](#) — Friede des österreichischen Erbfolgekrieges II. [118](#) — von den Franzosen besetzt [199](#), [205](#)  
— Kongreß [322](#)
- Alba (Ovo) [209](#)
- Abälard, Scholastiker [279](#)
- Abderrhaman, Statthalter von Spanien [119](#)
- Abdul Hamid, Sultan II. [534](#)
- Abel, bayr. Ministerium II. [360](#)
- Abel, Historiker II. [546](#)
- Abel, Herzog I. [440](#)
- Abensberg, Schlacht II. [266](#)
- Ablassstreit [537](#)
- Abotriten (Obotriten), Slaven in Mecklenburg, von Karl d. Gr. unterworfen [137](#), [142](#), ferner [172](#), [178](#), [184](#), [191](#), [200](#), [235](#), [262](#), [265](#), [298](#), [302](#), [307](#), [308](#), [365](#)
- Abraham a Santa Clara, Augustiner II. [101](#)
- Abisalon, dänischer Bischof [308](#)
- Abukir, Seeschlacht II. [214](#)
- Abul-Kasem, Statthalter von Sizilien [190](#)
- Achenbach, Maler II. [551](#)
- Achenbach, Handelsminister II. [502](#)
- Achenwall II. [190](#)
- Adalbero von Reims [192](#)
- Adalbert von Apeldorn [367](#)
- Adalbert von Bremen [211](#), [213](#) ff — seine Höhe und sein Sturz [234—236](#)
- Adalbert von Österreich [209](#)
- Adalbert von Prag [192](#), [195](#)
- Adalbert, Prinz von Preußen II. [400](#), [463](#), [497](#)
- Adida, Schlacht a. d. [84](#)
- Adel, Sultan [342](#)
- Adel (s. a. Ständewesen) [512](#) — Adel und Bauern [593](#) — Reichsadel II. [91](#)
- Adelchis, Sohn des Desiderius [134](#)
- Adelheid, Gemahlin Ottos I. [180](#), [193](#), [196](#)
- Adelheid von Piemont II. [90](#), [97](#)
- Adelheid, Witwe des Pfalzgrafen Friedrich [273](#)
- Adelung, J. Chr. II. [190](#)
- Admagetobriga, Sieg Ariovists [10](#)
- Administratoren [620](#), [623](#)
- Adolf VI. von Cleve [477](#)
- Adolf Friedrich von W.-Strelitz II. [83](#)
- Adolf von Köln [333](#)
- Adolf von Nassau, deutscher König [404—406](#)
- Adolf II. von Holstein [263](#), [265](#), [266](#), [298](#) ff, [300](#) ff., [305](#)
- Adolf III. von Holstein [307](#), [320](#) ff, [331](#), [334](#)
- Adolf IV. von Holstein [345](#) ff, [439](#)
- Adrianopel, Schlacht [63](#) ff — Friede II. [332](#)
- Agidius, röm. Statthalter in Gallien [80](#)
- Ägypten, Kreuzzug [342](#) — Napoleons Feldzug II. [214](#)
- Äneas Sylvius, Kanzler Friedrichs III. (s. Enca Silvio).
- Ästius, vernichtet die Burgunder [71](#) — Statthalter von Westrom [73](#) — gegen Attila [76](#) ff — sein Ende [79](#)
- Agilolfinger, Herzogsgeschlecht in Bayern [118](#), [138](#)
- Agilulf, Langobardenkönig [99](#)
- Agnadello, Schlacht [499](#)
- Agnes Bernauer [476](#)
- Agnes von Böhmen, Tochter Ottokars I. [363](#)
- Agnes von Böhmen, Tochter Ottokars II. [403](#), [408](#)
- Agnes, Gräfin von Mansfeld [620](#)
- Agnes von der Pfalz [362](#)
- Agnes von Poitiers, Gemahlin Heinrichs III. [211](#), [215](#), [231—34](#)
- Agricola, Georg [605](#)
- Agricola, Rudolf, Humanist [530](#)
- Agrippa, Marcus, Statthalter von Gallien [13](#)
- Agrippina, Gemahlin des Germanicus [21](#)
- Ahenobarbus, Statthalter von Illyricum [15](#), [16](#)
- Ahlben, Schloß II. [82](#)
- Alinali Kowak, Vertrag II. [168](#)
- Alisulf, Langobardenkönig [131](#) ff
- Alz, Teutonen Schlacht [6](#)
- Academie der Wissenschaften in Berlin, II. [74](#), [81](#), [99](#), [146](#) — in Heidelberg [154](#) — in München [155](#)
- Academie, orientalische zu Wien II. [147](#) — der bildenden Künste zu Dresden II. [151](#) — Leipziger II. [151](#)
- Alton, Eroberung im dritten Kreuzzug [319](#)
- Alamannen, Entstehung [49](#) ff — brechen in Gallien ein [57](#) — bei Straßburg besiegt [58](#) — bei



Colmar besiegt [63](#) — Ausbreitung [89](#), [90](#) —  
von Chlodwig besiegt und unterworfen [93](#) —  
Aufhebung ihres Herzogtums [120](#)  
Alanen, von den Hunnen unterjocht [62](#) — brechen  
in Gallien ein [67](#) — in Spanien [69](#) — be-  
freien sich vom hunnischen Joch, [in](#) Nieder-  
mösien angesiedelt [78](#)  
Alarich [I.](#), Westgotenkönig [65](#)—[69](#)  
Alarich [II.](#), Westgotenkönig [94](#)  
Alba, Feldherr Karls V. [578](#)  
Albero von Bremen, Erzbischof [262](#)  
Aberoni, Kardinal [II.](#) [69](#)  
Albert, Heinrich, Dichter [II.](#) [101](#)  
Albert von Bollstädt (Albertus Magnus), Gelehrter  
[390](#)  
Albert IV. von Görz [424](#), [425](#)  
Albert von Koburg, Prinz-Gemahl der Königin  
Viktoria von England [II.](#) [369](#)  
Albert, Kronprinz von Sachsen, bei Düppel [II.](#) [390](#)  
— im Feldzuge 1866 [442](#) ff — im deutsch-fran-  
zösischen Kriege Führer der Maasarmee [466](#) ff  
— König von Sachsen [486](#), [499](#)  
Albert von Sachsen, Askanier [345](#)  
Albert von Sachsen-Teichen, General [II.](#) [173](#), [199](#),  
[206](#)  
Albertiner, jüngere Linie der Wettiner, s. daselbst  
Alboin, Langobardenkönig [99](#)  
Albrecht, E., Prof. in Göttingen [II.](#) [337](#), [369](#), [548](#)  
Albrecht der Bär, Askanier, erhält die Nordmark  
[263](#) — erhält Sachsen [263](#) ff, [266](#), 270 — er-  
obert Brandenburg 298, 299  
Albrecht II. von Brandenburg, Askanier 374  
Albrecht III. von Sachsen-Wittenberg, Askanier  
[477](#)  
Albrecht [I.](#), Habsburger, erhält Österreich [403](#) —  
deutscher König 406—408  
Albrecht II., Habsburger, deutscher Kaiser [471](#)  
bis [472](#)  
Albrecht III. von Österreich, Habsburger [425](#)  
Albrecht, Erzherzog von Österreich [II.](#) [419](#),  
[442](#), [458](#)  
Albrecht VI. von Steiermark, Habsburger [475](#)  
Albrecht Achilles, Hohenzoller [480](#)—[482](#) — Kur-  
fürst von Brandenburg 489, [491](#), [492](#)  
Albrecht von Brandenburg, Hohenzoller, Hoch-  
meister des deutschen Ordens [500](#), [555](#)  
Albrecht, Hohenzoller, Markgraf von Brandenburg-  
Kulmbach 581, 587, 588  
Albrecht, Hohenzoller, Erzbischof von Magdeburg  
und Mainz [532](#), [537](#), [543](#), [559](#)  
Albrecht Friedrich, Hohenzoller, letzter Herzog von  
Preußen 627  
Albrecht, Prinz von Preußen, Regent von Braun-  
schweig [II.](#) [513](#)  
Albrecht, Wettiner, Markgraf von Meissen 321  
Albrecht der Entartete von Thüringen, Wettiner  
364, 405—406  
Albrecht der Beherzte, Wettiner [478](#), [489](#) — gegen  
die Ungarn [492](#) — befreit Maximilian [I.](#) [493](#)  
Albrecht III. von Bayern-München, Wittelsbacher,  
Gemahl der Agnes Bernauer [476](#)  
Albrecht IV. von Bayern-München, Wittelsbacher  
[493](#), [498](#)  
Albrecht III. von Mecklenburg [445](#) ff, [456](#) ff

Achimile 605  
 Alcuin 152  
 Alexander, päpstlicher Legat 545, 547 ff  
 Alexandria am Tanaro 295, II. 216 — Aufstand 326  
 Alexander II., Papst 233  
 Alexander III. (Roland), Papst 289 ff, 292 ff — im Bunde mit den lombardischen Städten 294 ff, 297  
 Alexander V., Papst 460  
 Alexander VI., Papst 537  
 Alexander VII., Papst II. 29  
 Alexander von Bulgarien II. 514, 516  
 Alexander, Prinz von Hessen II. 448  
 Alexander I. von Rußland II. 219 — Teilnahme an der dritten Koalition 231—237 — Bundesgenosse Friedrich Wilhelms III., in Memel 251 — Verbündeter Napoleons I. 253 — in Erfurt 264 — Bruch mit Napoleon 278 — in Breslau 287 — Teilnahme an den Befreiungskriegen 288—302 — Einzug in Paris 303 — auf dem Wiener Kongreß 304—305 — Stifter der heiligen Allianz 310 — auf dem Nachener Kongreß 322  
 Alexander II. von Rußland II. 406, 422, 433, 450, 459, 463, 489, 502—504  
 Alexander III. von Rußland II. 504, 514, 532  
 Alexanderlied 280  
 Alexis (Säring), W., Dichter II. 350  
 Alfons X. von Kastilien 356  
 Alfred der Große 162  
 Ali, Großvezier II. 68  
 Aliso, röm. Fort 14, 16, 21  
 Al-Namil, Sultan 343 ff  
 Allersheim, Schlacht 680  
 Allianz, die große II. 53, 65  
 Allianz, die heilige II. 310  
 Allgemeiner deutscher Arbeiterverein II. 493  
 Alsen II. 14 — Übergang der Preußen 434  
 Altdeutsche II. 321  
 Alt Katholiken II. 494  
 Altenburg, Prinzenraub 478 — Besprechung Luthers mit Müllig 540  
 Altenstein, preuß. Finanzminister II. 264, 348  
 Altenzaun, Gefecht II. 246  
 d'Alton, General II. 173 ff.  
 Altona, Vergleich II. 37 — verbrannt 66, 95  
 Altranstadt, Friede II. 58  
 Alvensleben, G. v., preuß. General II. 401  
 Amalrich, Westgotenkönig 94  
 Amalie Auguste von Bayern, vermählt mit Eugen Beauharnais II. 239  
 Amanweiler, Schlacht II. 466  
 Amblève, Schlacht 118  
 Amberg, Schlacht II. 210  
 Ambrosen, freie Germanen 5  
 Am Ende, österr. General II. 269  
 Amerika, Auswanderung nach II. 96, 180, 357, 410, 509  
 Amiens, Friede II. 219 — Schlacht 475  
 Ampfing, Schlacht II. 219  
 Ampfing und Mühldorf, Schlacht 412  
 Amfelsfeld, Schlacht 459  
 Amsterdam, Einzug der Preußen II. 172 — von den Franzosen besetzt 207



Anastasi II., Papst 260 ff  
 Ancona II. 64  
 Andernach, Schlacht 162  
 Andraffy, Graf Julius, österr. Reichsfürst II. 490, 503, 519  
 Andreas I. von Ungarn 210, 342  
 Andreas II. von Ungarn 380  
 Andreas III. von Ungarn (letzter Arpade) 407  
 Angeln in Britannien 80, 81 — Angelsachsen, ihre Mission 123 ff — angelsächsische Königsreiche 80 ff  
 Angra Pequena II. 510  
 Angrivarier, freie Germanen an der unteren Weiser 7, 22 — gehen als Engern in den Sachsen auf 50  
 Anhalt-Bernburg, Herzogtum, tritt dem preussischen Zollvereine bei II. 330  
 Anhalt-Köthen, Herzogtum, tritt dem preussischen Zollvereine bei II. 330  
 Anna Iwanowna, Nichte Peters d. Gr. II. 66  
 Anna, Königin von England II. 65  
 Anno, Erzbischof von Köln 233 ff 236, 240  
 Anklam, Kapitulation II. 246  
 Ansbach-Bayreuth, Fürstentum an Preußen II. 195 — Durchzug der Franzosen 234, 237 — an Bayern 305  
 Anskar, Apostel des Nordens 160  
 Antiochia, Fürstentum 267  
 Antisemitismus II. 506  
 Anton, Erzherzog von Österreich II. 234  
 Anton von Hohenzollern, preuß. Minister II. 417, 422, 459  
 Anton von Sachsen II. 334  
 Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel II. 83  
 Antonelli, Cardinal II. 447  
 Antwerpen, Handelsplatz 595 — von den Spaniern eingenommen 621  
 Anzengruber, Ludwig II. 550  
 Anzer, Bischof, Missionar II. 535  
 Aprazin, russ. General II. 126  
 April, Notar II. 128  
 Apronius, Lucius, Statthalter am Niederrhein 25  
 Aquä Sextia, Teutonen Schlacht 6  
 Aquileja, im Cimbernkrieg 4 — von den Teutonen belagert 48 — von Atila erstürmt 78  
 Aquitanien, von Pippin unterworfen 132  
 Araber, im Kampfe mit Karl Martell 119 — mit Karl d. Gr. 136, 142 — mit Otto II. 190  
 Arausio, Cimbern Schlachten 5  
 Arbalo, Kampf des Drusus 14  
 Arbogast, Franke 65  
 Arcadius, Kaiser von Ostrom 65  
 Arcis a. Aube, Schlacht II. 302  
 d'Argens, Marquis II. 139—140  
 Arentschild, hannoverscher General II. 440  
 Aribert, Erzbischof von Mailand 203, 207 ff  
 Aribist, germanischer Heerführer 9 ff  
 Arkona auf Rügen, von den Dänen erobert 299  
 Armada, die unüberwindliche 621  
 Armagnacs, von Friedrich III. nach Deutschland gerufen 480  
 Armin, gegen Varus 17 ff — gegen Segest 20 — gegen Germanicus 21 ff — gegen Marbod 23 — sein Ende 24

Arndt, E. M., Dichter II. 240, 276, 285, 288, 300, 323—324, 341, 370, 384  
 Arndt, Johann, Mystiker II. 104  
 Arnim, Achim von, Dichter II. 275  
 Arnim, Feldherr 656, 659, 665, 671, 674  
 Arnim, Graf Harry von, Botschafter in Paris II. 481, 500  
 Arnim-Boipenburg, Führer der Liberalen II. 366  
 Arnold von Brescia 267, 286  
 Arnold, Gottfried, Kirchenhistoriker II. 106  
 Arnold von Lübeck 383  
 Arnulf, Bischof von Metz 116  
 Arnulf, Herzog von Bayern 166—167, 174—176  
 Arnulf von Kärnten, deutscher Kaiser 163—165  
 Arpaden, Herrscher Geschlecht in Ungarn 210 — sterben aus 407  
 Artenay, Gefecht II. 473  
 Artillerie 505  
 Artus (Arthur), sagenhafter Britenkönig 81  
 Aschaffenburg, Einnahme durch Götzen II. 119  
 Aschheim, Synode 139  
 Aschloo, Lager der Normannen 163  
 Astanier 263 — in der Nordmark 273 — Teilungen 300 — Begräbnisstätte 304 — erhalten das Herzogtum Sachsen 307, 334 — in Brandenburg 374—375, 415, 442, 448 — in Sachsen beschränkt auf S.-Lauenburg und S.-Wittenberg 439 — sterben in S.-Lauenburg aus II. 82  
 Asow, an Rußland II. 62, 73  
 Aspelt, Peter von, Kanzler von Böhmen 407, 409  
 Aspern, Schlacht II. 267  
 Asprenas, Lucius 19  
 Aster, Festungsbauer II. 316  
 Athaulf, Gotenkönig 68—70  
 Athen, den Türken entrissen II. 44  
 Atterdag s. Waldemar IV.  
 Attigny, Pfalz Karls d. Gr. 137  
 Atila, Hunnenkönig 74—78  
 Auerbach, Berthold, Dichter II. 350  
 Auerberg, Graf Anton, Dichter II. 363  
 Auerberg, Fürst, General II. 234  
 Auerberg, Fürst Carlos, österr. Minister II. 518  
 Auerberg, Fürst Adolf, österr. Minister II. 519, 521  
 Auerstadt, Schlacht II. 243  
 Auerwald, R. v., Minister II. 374, 577  
 Auerwald, Führer der Liberalen II. 366  
 Aufrufe Friedrich Wilhelms III. II. 367  
 Augusta von Sachsen-Weimar, Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen II. 401, 416, 422, 487  
 Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein, Gemahlin Kaiser Wilhelms II. II. 527  
 Augereau, franz. General II. 243  
 Augsburg, alte Römerstadt 34 — von den Magyaren belagert 183 — Luther vor Cajetan 539 — Reichstag 565 — im schmalkaldischen Kriege 580 — Verteidigungsbündnis II. 46 — das Bistum an Bayern 221 — die Reichsstadt an Bayern 237  
 Augsburger Interim 583 — Konfession 565 — Religionsfriede 588  
 August, Kurfürst von Sachsen 592, 609, 621



August II. von Polen (der Starke), s. Friedrich  
 August I. von Sachsen  
 August III. von Polen s. Friedrich August II.  
 von Sachsen  
 August von Sachsen, Administrator von Magde-  
 burg II. 30  
 August Wilhelm, Bruder Friedrichs d. Gr. II. [124](#),  
[126](#)  
 Augustenburger, ältere Linie Schleswig-Holsteins  
 II. 361, [394](#)  
 Augustin [69](#), [72](#)  
 Augst bei Basel [30](#)  
 Aurelles de Paladine, franz. General II. 475  
 Austerlitz, Schlacht II. 236  
 Aufrastien, Teil des Frankenreiches [97](#)  
 Auffig, Schlacht [468](#)  
 Auswanderung nach Amerika II. [96](#), [180](#), 357,  
 410, [509](#)  
 Authari, Langobardenkönig [99](#)  
 Autonomistenpartei im Reichsland II. [491](#)  
 Avaren, türkischer Stamm am Schwarzen Meer  
[102](#) — von Karl d. Gr. unterworfen [138](#)  
 Avarische Mark s. bayrische Ostmark und Österreich  
 Avignon, Übersiedlung des päpstlichen Hofes [407](#)

## B.

Babenberger, Herzöge in Franken [165](#), [166](#) —  
 Aufstand unter Heinrich II. [198](#) — Herzöge in  
 Österreich [217](#), 286 — Fall des letzten B. 353  
 Bach, Alexander von, österr. Minister II. [403](#)  
 Bach, Johann Sebastian, Tonkünstler II. [100](#)  
 Baden, Markgrafschaft 153—154 — wird Kurfürsten-  
 tum [237](#), [255](#) — erhält eine Verfassung II.  
 317—318 — tritt dem preussischen Zollverein  
 bei 335 — Radikalismus 335 — Union 338 —  
 Parteikämpfe 360 — Aufstand 369, 387—389,  
[402](#) — im Kriege 1866 gegen Preußen  
 448—450 — Anteil am deutsch-französischen  
 Kriege [462](#) ff — Reformen [499](#)  
 Baden-Baden, Linie der Bähringer, Aussterben  
 II. [153](#) — Zusammenkunft Wilhelms I. mit  
 Napoleon III. [421](#) — Attentat auf Wilhelm I.  
[425](#)  
 Baden-Durlach, Linie der Bähringer II. [154](#)  
 Baden (im Margau), Friede II. [65](#)  
 Badeni, Graf, österr. Minister II. [522](#)  
 Baden bei Wien II. [56](#)  
 Bähr, Georg II. [99](#)  
 Bäumlein, W., Schulmann II. [413](#)  
 Bagamojo II. [511](#)  
 Bagauda, Bauernaufstand in Gallien [54](#), [71](#), [72](#)  
 Bagration, russ. General II. [234](#)  
 Bajesid, Sultan [459](#)  
 Balduin III. von Jerusalem [270](#)  
 Balfo, Hermann 371  
 Balta, von den Russen genommen II. [160](#)  
 Balthen, gotisches Adelsgeschlecht [65](#)  
 Bamberg, Bistum II. [158](#) — an Bayern [221](#)  
 Wandel, Ernst von II. [552](#)  
 Banér, schwedischer Feldherr 674 — siegt bei  
 Wittstock 676 ff  
 Bapaume, Schlacht II. [477](#)

Bar a. Rube, Schlacht II. 302  
 Bar, Generalkonföderation II. 160  
 Barbarossa, deutscher Kaiser 282—318  
 Barclay de Tolly, russ. Feldherr II. 307  
 Bardowick 308, 320  
 Barmen I. von Pommern 365 ff, [439](#)  
 Barmen II. von Pommern [439](#)  
 Bartenstein, Bundesvertrag mit Rußland II. [251](#)  
 Barth, S., Forschungsreisender II. [545](#)  
 Bartholomäusnacht 618  
 Basel, Konzil [469](#), [471](#), [473](#) — Friede II. [207](#)  
 Bastian, A., Forschungsreisender II. [545](#)  
 Baffermann II. 362, 370, [376](#)  
 Bastarner, Ostgermanen [7](#)  
 Bataver, Zweig der Chatten [8](#), [14](#) — gegen  
 die Cherusker [22](#) — Aufstand unter Claudius  
 Civilis [25](#) ff  
 Batavisches Republik II. [207](#)  
 Bathory, Gabriel 632, 635  
 Batthyany, Ministerium in Ungarn II. 365  
 Bau, Schlacht II. 368  
 Bauern, die römischen coloni [51](#) vergl. auch  
 Bagauda, — deutsche Bauern [514](#) — Bauernauf-  
 stände [515](#) — Bauernkrieg 555—558 — Adel  
 und Bauern 593 — Bauernkrieg in Oberöster-  
 reich 653 — Aufruhr in Oberungarn II. [34](#)  
 — Befreiung in Preußen 260  
 Bauhütten [522](#)  
 Baukunst s. Kunst  
 Baur, F. II. 344  
 Bausle, Treffen II. [282](#)  
 Baugen, von Heinrich II. den Polen entrisen  
[199](#) — Friede mit Polen [200](#), 644 — Schlacht  
 II. 290—291  
 Bayard, fällt vor Mailand 550  
 Bayern, die alten Bajuwaren [89](#) — Nachkommen  
 der Markomannen [91](#) — schließen sich an die  
 Franken an [96](#) — im Kampf mit Pippin d. J.  
[120](#) — zum Christentum bekehrt [122](#)  
 Bayern, Herzogtum, Einverleibung in das Franken-  
 reich durch Karl d. Gr. [137](#) ff — an die Wittels-  
 bacher 362 — Kultur [392](#) — unter Ludwig d. B.  
[418](#) — nach der Reformation 611 — unter  
 Maximilian I. 626 — wird Kurfürstentum 648  
 — erhält die Oberpfalz 655 — im spanischen  
 Erbfolgekriege II. [62](#) — unter den Nachfolgern  
 Maximilians I. [89](#)—[90](#) — Oberpfalz an die  
 Habsburger zurück II. [63](#) — unter Max Joseph  
 154—156 — bayrischer Erbfolgekrieg [164](#)—[166](#)  
 — belgisch-bayrischer Tauschplan [168](#) — wird  
 Königreich [237](#) — Umgestaltung 255—257 —  
 Vertrag von Ried 296 — Vergrößerungen durch  
 den Wiener Kongreß 305—306 — erhält eine  
 Verfassung 316—317 — schließt ein Konkordat  
 mit Rom 325 — bayrisch-württembergischer  
 Zollverein 330 — Anschluß des Zollverein an  
 den preussischen 331, 334 — Parteikämpfe  
 359—360, 375, [402](#) — im Kriege 1866 gegen  
 Preußen 448—450 — Anteil am deutsch-fran-  
 zösischen Kriege [462](#) ff — unter Ludwig II. [500](#)  
 Bayrischer Krieg [498](#)  
 Bayrische Ostmark [139](#), s. a. Österreich  
 Bayreuth, Dragonerregiment II. 116  
 Bayreuth, Fürstentum s. Ansbach



- Bazaine, franz. Marſchall II. 465 ff  
Bazeilles, Schlacht II. 468  
Beatriz von Tuſcien 215, 236  
Beaugency, Schlacht II. 475  
Beauharnais, Eugen', Biſzefönig von Italien II. 239, 289 ff  
Beauharnais, Stephanie II. 239, 459  
Beaulieu, General II. 204  
Beaumont, Schlacht II. 468  
Beaune-la-Rolande, Schlacht II. 475  
Bebel, Auguſt, Sozialdemokratenführer II. 493  
Bebel, Heinrich II. 532—533  
Beethoven, L. v. II. 353  
Beder, Oſkar, Attentäter II. 425  
Bedet, Thomas 292  
Begas, Reinhold II. 552  
Behaim, Martin 533  
Belt, 3, Miniſter in Baden II. 360, 362  
Bela II. von Ungarn 263, 266  
Bela III. von Ungarn 317  
Bela IV. von Ungarn 351, 380  
Belgien, urſprünglich die ſpaniſchen Niederlande, der belgiſch-bayriſche Tauschplan 168 — Aufſtand unter Joſeph II. 173 ff — Angriff der Franzoſen 199 — Wiedereroberung 201 — Verluſt 204 — Revolution 332  
Belgrad, von den Türken eingenommen 559 — den Türken entriſſen II. 43, 50 — Sieg Prinz Eugens 69 — von Laudon genommen 173  
Belſort, Schlacht II. 477 ff  
Belſar, öſtröm. Feldherr 96  
Belle-Alliance, Schlacht II. 308—310  
Bellisle, Graf II. 113  
Beloch, 3, Hiſtoriker II. 546  
Below, General II. 376  
Beowulf, angeliſches Heldengedicht 81  
Bendendorf, Gr. L. von II. 125  
Bendemann, Hiſtorienmaler II. 352  
Bendemann, Kontreadmiral II. 536  
Bender, General II. 175  
Benedek, Ludwig von, öſterr. Feldzeugmeiſter II. 441 ff  
Benedetti, franz. Geſandter II. 438, 447, 449 ff, 460 ff  
Venedig, R. II. 550  
Benedictus von Nursia 126  
Benedikt VIII., Papſt 200, 202  
Benedikt IX., Papſt 211  
Benedikt X., Papſt 232  
Benedikt XII., Papſt 416  
Benedikt XIII., Papſt 460, 464, 465  
Benediktinermönche, ihre Klöſter 126  
Benſen, Th., Philologe II. 546  
Benningen, ruſſ. General II. 249 ff, 253  
Bennigſen, Rudolf von, Leiter des deutſchen Nationalvereins II. 420, 497, 501  
Berchtesgaden, Entſtandung 275 — an Öſterreich II. 237  
Berengar I. von Friaul 163, 165  
Berengar von Jorea 180, 186  
Berg, Herzogtum 477 ſ. a. Jülich-Berg, ferner II. 71, 73, 88, 113 — Großherzogtum unter Murat 238, 254 - 255  
Bergbau 507, II. 408



- Bildung, unter den Merowingern [114](#) — unter Karl d. Gr. [151](#) — kirchliche [168](#) — Volksbildung unter den sächsischen Kaisern [228](#) — die franz. theologische [229](#) — neue Bildungseinflüsse [381](#) — Ermatten der geistlichen [382](#) — Verfall der ritterlichen, neues Aufblühen der geistlichen [390](#) — die humanistisch-theologische [601](#) — sittliche und geistige Verwilderung nach dem dreißigjährigen Kriege [685](#) — fremde II. [96–97](#) — Wohlstand und Lebensführung [181](#) — die Grundlagen der neuen Bildung [183](#) — Weltanschauung [184](#) — die neue Bildung und der neue Staat [191](#) — geistiges Leben zu Beginn des [19.](#) Jahrhunderts [222](#) — Aufschwung der nationalen Bildung in Preußen [274](#)
- Bisfinger, G. B. II. [153](#)
- Billunger, Markgrafengeschlecht in der sächsischen Mark s. Hermann Billung, ferner [200](#), [212](#) — stürzen Adalbert von Bremen [235](#) — im Sachsenaufstand [239](#), [262](#)
- Binding, R. II. [548](#)
- Birthen bei Xanten, Gefecht [177](#)
- Bischofswerda, Gefecht II. [291](#)
- Bischofswerder, Oberst II. [171](#), [194](#), [195](#)
- Bischöfe, Erschütterung ihrer Macht [332](#)
- Biron s. Büren
- Bismarck-Schönhagen, Otto von, im preuß. Landtag [358](#), [375](#), [393](#) — am Bundestage II. [404](#) ff — Botschafter in Petersburg [421](#) ff — Minister [425](#) ff — Reichstanzler [488](#) ff — [528](#) — Rücktritt und Tod [529–530](#), [547](#) — Herbert, Fürst II. [530](#)
- Bismarckarchipel II. [512](#)
- Bittenfeld, Herwarth von, preuß. General II. [337](#), [441](#)
- Bitter, Finanzminister II. [505](#)
- Blindheim, Schlacht II. [61](#)
- Blittersdorf, Minister in Baden II. [360](#)
- Blome, Graf, schließt die Gasteiner Konvention mit Bismarck II. [436](#)
- Blücher, als Husarenoberst II. [206](#) — als General bei Auerstadt [243](#) ff, [245–246](#), [247](#), [251](#), [253](#) — in den Befreiungskriegen [289](#), [294](#), [296–300](#), [302–303](#) — in Belgien [307](#) — bei Wigny geschlagen [308](#) — bei Belle Alliance [308–310](#)
- Blum, R., Republikaner II. [370](#), [381](#)
- Blumenau, Gefecht II. [446](#)
- Blumenthal, Joachim Friedrich von II. [9](#)
- v. Blumenthal, Generalstabschef des Kronprinzen Friedrich II. [464](#) ff
- Bluntschli, J. C. v. II. [548](#)
- Bobbio, Kloster bei Pavia [121](#)
- Bodelson, Jan, Wiedertäufer [572](#)
- Bodelschwingh, Pastor II. [541](#)
- Bodenstedt, Fr. II. [550](#)
- Bodenstein s. Karlstadt
- Bodmer II. [185](#)
- Bodt, Jan de II. [98](#)
- Böcklin, Arnold, Maler II. [552](#)
- Böhlau, Helene II. [551](#)
- Böckh, Philologe II. [275](#), [396](#), [545](#)
- Böhme, Jakob, Mystiker II. [104](#)
- Böhmen, Einwanderung der Markomannen [14](#) — böhmische Mark Karls d. Gr. [142](#) — Teil des großmährischen Reiches [160](#) — von Heinrich L. zur Subdignung gezwungen [175](#) — unter Otto L. Losreißung von Deutschland [176](#) — erneute Anerkennung der deutschen Oberhoheit [180](#) — Aufruhr gegen Otto II. [188–189](#), [192–193](#) — unter Bretislav [208](#) — Bratislav erhält den Königstitel [249](#), [254](#), [259](#) — unter König Wladislav [287](#) — Germanisierung unter den Přemysliden [379](#) — unter Ottokar II. [402](#) ff — nach dem Aussterben der Přemysliden an Rudolf, Sohn Albrechts I. [407](#) — an Heinrich von Kärnten [408](#) — an die Luxemburger [409](#) — unter Karl IV. [422–424](#) — Zustände zu Fußens Zeit [462](#) — Entstehung einer hussitischen Landeskirche [465](#) — an die Sabsburger [563](#) — Unterwerfung nach der Schlacht bei Mühlsberg [582](#) — wird protestantisch [612](#) — katholische Reaktion [631](#) — böhmischer Aufstand, Beginn des dreißigjährigen Krieges [638–641](#) — Unterwerfung und Reaktion [644–645](#) — Revolution II. [380](#)
- Böhmisch-Brod, Hussiten Schlacht [470](#)
- Böhmisch-mährische Brüder [529](#), vergl. auch Herrnhuter
- Börne, Dichter II. [350](#)
- Böttger, Erfinder des Porzellans II. [99](#)
- Bötticher, R. G. v. II. [506](#)
- Bogislav von Erbh II. [9](#)
- Bogislav, Philipp II. [102](#)
- Bogislav I. von Pommern [303](#), [307](#)
- Bogislav von Pommern-Wolgast [439](#)
- Bojorig, Limbernkönig [5–6](#)
- Boissier, Sulpiz und Melchior II. [224](#)
- Boleslaw I. Chrobry, Herzog von Polen [195–196](#) — raubt Meissen und die Laußitz [197–198](#) — gegen Heinrich II. [199](#) — nimmt den Königstitel an [204](#) ff
- Boleslaw, Herzog von Böhmen [193](#)
- Boleslaw I. (der Lange) von Schlesien [304](#), [377](#)
- Boleslaw III. von Polen [263–266](#)
- Boleslaw IV. von Polen [266](#), [287](#)
- Bologna, Gefangennahme Enjios [354](#) — Kaiserkrönung Karls V. [565](#)
- Bonaparte s. Napoleon I.
- Bonifatius VIII., Papst [407](#)
- Bonifatius, Statthalter von Afrika [73](#)
- Bonifatius (Winfried) der Apostel der Deutschen [123](#) ff
- Bonin, G. v., preuß. General II. [389](#), [394](#), [406](#)
- Bonitz, Hermann II. [403](#)
- Bonn, von Montecucculi eingenommen II. [33](#), [48](#), [199](#), [205](#) — Gründung der Universität [347](#)
- Bopp, Philologe II. [346](#)
- Bordeaux, franz. Nationalversammlung II. [481](#)
- Boris, Sohn Kolomans [263](#)
- Bornholm, Seeschlacht II. [35](#)
- Bornhöved, Schlacht [345](#)
- Borodino, Schlacht II. [280](#)
- Borsig, Industrieller II. [409](#)
- Borstell, preuß. General II. [289](#), [293](#)
- Boarnien, Okkupation durch Österreich II. [519–520](#)
- Bozo von Meiseburg, Bischof [185](#)
- Bozo von Bienne, Graf von Burgund [162](#)
- Boufflers, franz. Marschall II. [49](#), [60](#)
- Boulanger, franz. Kriegsminister II. [513](#)











- Chaumont, Vertrag II. 302  
 Cheruskler, freie Germanen vom Dänning bis zum  
 Harz 8 — gegen Drusus 14 — von Tiberius  
 unterworfen 15 — gegen Varus 17 — gegen  
 Germanicus 20 ff — gehen als Ostfalen in den  
 Sachsen auf 50  
 Chiaveri, Gastano II. 189  
 Childebert, Sohn Grimoalds 117  
 Childerich I., Frankenkönig 92  
 Childerich II., Frankenkönig 117  
 Childerich III., Frankenkönig, letzter Merowinger  
 119, 131  
 Chilperich II., Frankenkönig 118  
 Chinesische Wirren II. 536 ff  
 Chlodwig I., Frankenkönig 92—95  
 Chlodwig II., Frankenkönig 117  
 Chlothar II., Frankenkönig 98, 116  
 Choczim, Eroberung II. 173  
 Chodowiedi, D., II. 190  
 Chotek, Graf II. 147  
 Chotusitz, Schlacht II. 114  
 Christ, Joh. Fr., Archäolog II. 106, 187  
 Christentum, Ausbreitung 51 — bei den Westgoten  
 57 — Übertritt Chlodwigs 93 — weitere Aus-  
 breitung 121—129, s. a. Mission  
 Christian von Anhalt 641, 643 ff, 647  
 Christian von Braunschweig, Administrator von  
 Halberstadt 647—648  
 Christian II. von Dänemark 567—569  
 Christian IV. von Dänemark 650—656  
 Christian VIII. von Dänemark II. 361, 367  
 Christian IX. von Dänemark II. 430  
 Christian I. von Sachsen 621 ff  
 Christian II. von Sachsen 622  
 Christian Albrecht von Schleswig-Holstein-Gottorp  
 II. 35  
 Christian August, Augustenburger II. 399, 431  
 Christian August von Sachsen-Zeit II. 56  
 Christian Ludwig von Schwerin II. 72, 83  
 Christiane Eberhardine von Brandenburg-Bayreuth  
 II. 86  
 Christine, Tochter Albrechts d. B. 287  
 Christine von Schweden, Tochter Gustav Adolfs,  
 II. 10, 55  
 Christoph von Dänemark 441  
 Christoph von Württemberg 593, 609  
 Cialdini, italienischer General II. 442  
 Cimbern, Herkunft und Sitten 4, 7 — Küge und  
 Kämpfe 4 ff  
 Cisalpinische Republik II. 212  
 Cistercienser, Mönchsorden 274, 290, 292  
 Civilis, Claudius 26 ff  
 Clamart, Schlacht II. 472  
 Clam-Gallas, österr. General II. 442 ff  
 Clary-Aldringen, österr. Ministerium II. 523  
 Claudius II., röm. Kaiser 53  
 Claudius Civilis 26 ff  
 Clausewitz, Karl von II. 285, 289  
 Clemens II. (Suidger von Bamberg), Papst 211 ff  
 Clemens III., Papst 247, 250—251, 316  
 Clemens V., Papst 407—409, 460  
 Clemens VI., Papst 460  
 Clemens VII., Papst 427, 559, 565  
 Clemens XI., Papst II. 55, 64



D.

- Dach, Simon, Dichter II. 101
- Dänemark, Dänen, bekriegt von Karl d. Gr. 142 — von Karl d. D. 163 — von Heinrich I. 175 — von Otto II. 188 — unter Kanut d. Gr. 206 — Unterwerfung Pommerns 308 — Aufschwung unter Waldemar II. 334, 339, 345 — ständische Gegenstände 440 — Aufschwung unter Erich Menved 440—442 — unter Christian IV. 650—656 — schwedisch-dänischer Krieg II. 13—14 — Anteil am nordischen Kriege 57, 66—68 — Kieler Friede 301 — erhält Lauenburg 305 — der Kampf um Schleswig-Holstein 360—361, 367—368, 375—376, 389—391, 393—395, 398—399 — schleswig-holsteinischer Krieg 427—428, 430—434 — Haltung im deutsch-französischen Krieg 463
- Dagobert I., Frankenkönig 116—117
- Dagobert II., Frankenkönig 117
- Dahlmann, Historiker II. 333, 335, 337, 345, 358, 361, 369—371, 376, 383—384, 388
- Dahn, Felix II. 550
- Dalberg, Bischof von Worms 532
- Dalberg, Karl von, in Erfurt II. 158 — Kurzerzkanzler 221, 238 ff., 255, 301
- Daleminzler, Slawen um Meissen 175
- Dalmy II. 536
- Damasus II., Papst 212
- Danevirke, Treffen II. 368, 432
- Dandelmann, Eberhard II. 46, 54, 75
- Dante Alighieri, florentinischer Dichter 410
- Danzig, Hansestadt 451 — schüttelt die Ordensherrschaft ab 482 ff. — II. 72, 95, 162 — an Preußen 200 — Belagerung 252, 254, 305 — Festung 316 — Seesgefecht 401
- Dar-es-Salaam II. 511
- Dario, Antonio, Bildhauer II. 98
- Darmstadt s. Hessen-D. — Darmstädter Konferenzen II. 330
- Daun, öster. Feldmarschall II. 63, 125, 129—132, 134
- Davoust, franz. Marschall II. 233, 243, 266, 289, 292—293, 301, 310
- Davison II. 550
- Deak, Führer der Ungarn II. 423
- Decken, Al. von der, Forschungsreisender II. 545
- Decretum Leopoldinum II. 50
- Defregger, Maler II. 551
- Delbrück, G., Historiker II. 547
- Delbrück, Rudolf, Präsident des Reichskanzleramtes II. 500—501
- Delitzsch, Philologe II. 596
- Demarkationslinie II. 207, 210
- Denain, Schlacht I. 65
- Denfert, franz. Oberst II. 477
- St. Denis, Salbung Pippins 131
- Dennewitz, Schlacht II. 296
- Derfflinger, brandenburgischer General II. 34
- Dernbach, Schlacht II. 449
- Desaix, franz. General II. 217 ff.
- Desiderius, letzter Longobardenkönig 133 ff.
- Deffauer Elbbrücke, Schlacht 653
- Dettingen, Schlacht II. 115
- Deutschbrod, Schlacht 468
- Deutscher Bund, Stiftung II. 306, 312—314 — Spaltung im Arminienkrieg II. 405—407 — Reformversuche 428, 437
- Deutscher Bundestag, s. Bundestag
- Deutschland, Entstehung 158 ff.
- Deutscherorden, s. Ritterorden
- Deutsch-Ostafrika, deutsche Kolonie II. 510—512 538
- Deutsch-Südwestafrika, deutsche Kolonie II. 510, 538
- Devrient, G. II. 550
- Dichtung, s. Literatur
- Didaktik, s. Literatur
- Diebitzsch, russ. General II. 283, 332
- Diederichs, Montreadmiral II. 536
- Diether von Mainz, Erzbischof 481—482
- Dietmarichen im Kampfe mit den Dänen 345 ff. 500
- Dietrich der Bedrängte 363
- Dietrich von Bern 85
- Diez, Friedrich, Philologe II. 346
- Diezmann, Sohn Albrechts von Thüringen 406, 408
- Difurth, bair. General II. 265
- Dijon, Schlacht 94 — Schlachten II. 973, 978
- Dinter, Chr. Fr. II. 349
- Diocletianus, röm. Kaiser 54
- Dirichlet, G. L., Mathematiker II. 544
- Dispositio Achillea 49
- Disraeli, engl. Minister II. 433
- Dissidenten in Polen II. 71, 159 ff., 162
- Dobrowoły II. 363
- Dodendorf, Gefecht II. 268
- Döbling bei Wien, Schlacht II. 42
- Doderlein, L., Schulmann II. 413
- Döllinger, Ignaz von, Theologe II. 412, 457, 494
- Döffingen, Schlacht 429
- Dömitz II. 83
- Dönhoff, Graf, preuß. Gesandter II. 363
- Dörnberg, Oberst II. 267
- Dörpfeld, W., Altertumsforscher II. 545
- Dolgorukij, Fürst II. 235
- Dohna, Graf II. 131
- Dohna, preuß. Minister II. 264, 273, 285, 287
- Dombrowski II. 247
- Dominitaner, Mönchsorden 348
- Domitius Ahenobarbus 15, 16
- Domstadt II. 131
- Donar, germanische Gottheit 44
- Donauwörth, Achtung der freien Reichsstadt 624
- Don Carlos von Spanien II. 71
- Donchery, Kapitulation von Sedan II. 469—470
- Dornack an der Birse, Schlacht 497
- Douay, franz. General II. 467
- Dove, G. W., Meteorologe II. 544
- Dover, Vertrag II. 32
- Drake, Fr. II. 552
- Drama s. Literatur
- Dreibund, mitteleuropäischer II. 504
- Dreikaiserbündnis II. 489
- Dreißigjähriger Krieg 638—687
- Dresden, Prachtbauten unter Friedrich August I. II. 99 — Friede des zweiten schlesischen Krieges 117 — Belagerung im siebenjährigen Kriege 133—134, 182 — Besetzung durch Friedrich Wilhelm von Braunschweig 269 — Abzug







— am siebenjährigen Kriege 121—138 — an den Koalitionskriegen s. daselbst — tritt für Dänemark ein [394](#) — Anteil am Krimkriege 405—407  
 Enzio (Heinz); Sohn Friedrichs II. 350 — in Bologna gefangen 354  
 Gobanus, Helius, Humanist [534](#)  
 Gosander II. [99](#)  
 Eppensteiner in Steiermark [276](#)  
 Erasmus von Rotterdam [531](#), [533](#), [555](#)  
 Erbfolgekriege: thüringischer 363 — clevischer 627—629 — mantuanischer 658—659 — spanischer II. 52—66 — polnischer 71—72 — österreichischer 113—118 — bayerischer 164—166  
 Erchanger, Graf in Schwaben 165—166  
 Erzbischof, von Karl d. Gr. erobert 135—136, [177](#)  
 Erfurt, Bistum, Gründung [123](#) — Synode 240; II. 30, [128](#), [158](#) — an Preußen [221](#) — Kapitulation [245](#), [254](#) — Fürstentag Napoleons I. [263](#) — Unionsparlament [393](#)  
 Erich Menved von Dänemark [440](#)  
 Erich von Pommern [456](#)—457, 484—485  
 Erich I. von Schleswig [440](#)  
 Erich II. von Schleswig [441](#)  
 Erich XIV. von Schweden 596, 616—617  
 Erlach, Fischer von II. [98](#)  
 Erlangen, Gründung der deutschen Burschenschaft II. 321  
 Ernestiner, ältere Linie der Wettiner, s. daselbst — Teilungen II. 87  
 Ermanarich, Ostgotenkönig [56](#), [62](#)  
 Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, Kurfürst von Hannover II. 30, [54](#), [64](#), [82](#), [87](#)  
 Ernst August von Cumberland, König von Hannover II. 337, [402](#)  
 Ernst August, Herzog von Cumberland, Sohn Georgs V. von Hannover II. [512](#)  
 Ernst der Eiserne von Steiermark [460](#), [472](#)  
 Ernst der Fromme von Gotha II. [87](#)  
 Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt II. [87](#)  
 Ernst von Mansfeld 639, 645 — siegt bei Wietzen 647—648, 652—653  
 Ernst von München [476](#)  
 Ernst von Koburg-Gotha II. 361, 374, [390](#), [393](#), [420](#)  
 Ernst von Schwaben [203](#)—204  
 Erthal, Fr. K. Jos., Bischof von Mainz II. [158](#)  
 Erthal, Franz Ludwig, Bischof von Bamberg II. [158](#)  
 Eschenbach, Wolfram von, Dichter [385](#)  
 Essig, Schlacht 573  
 Esterhazy, Graf Moriz, österr. Minister II. [435](#)  
 Estland, Eroberung durch Dänen und Deutsche 268—269 — Erwerbung durch den deutschen Orden [448](#) — Eroberung durch die Russen II. [59](#), [66](#), [68](#)  
 d'Estrees II. 126—127  
 Etoges, Gefecht II. 302  
 Eudo von Aquitanien 118—119  
 Eugen III., Papst [267](#), 270, [283](#)  
 Eugen IV., Papst [469](#), [471](#), [473](#), [480](#)  
 Eugen von Savoyen, österr. Feldherr, siegt bei Bientha 51—52 — im spanischen Erbfolgekriege 54—66, ferner [68](#), 72—73, [98](#)  
 Eugen von Württemberg, Prinz II. [246](#), 295

Eugenie, Kaiserin der Franzosen II. [457](#), [470](#)  
 Eugenius, Kaiser von Westrom [65](#)  
 Eulenburg, Graf Friedrich II. 498  
 Eulenspiegel, satirische Dichtung [521](#)  
 Euler, L. II. [190](#)  
 Eurich, Westgotenkönig 80  
 Eusebius von Nicomedia [57](#)  
 Eutin, Gründung 302  
 Evangelischer Bund II. [541](#)  
 Ewald, H., Prof. in Göttingen II. 337, [413](#)  
 Ewiger Bund der Eidgenossen [405](#)  
 Ewiges Bündnis zu Berlin II. 70  
 Erner, Franz II. [403](#)  
 Eylau, s. Preussisch-E.  
 Ezzelino da Romano 349, 362

**F.**

Fabricius, G., Humanist 602  
 Fadinger, Bauernführer 653  
 Fajula, Radagais von Stiliko bezwungen [66](#)  
 Faidherbe, franz. General II. [476](#)—477  
 Fald, Adalbert, Kultusminister II. [495](#) ff., [505](#)  
 Falkenberg, Verteidiger Magdeburgs 662—663  
 Falkenstein, Paul von II. [442](#)  
 Falkenstein s. Vogel v. F.  
 Faucher, J. II. [492](#)  
 Faustsage 602  
 Favre, Jules, franz. Minister II. [452](#), [470](#) ff., [478](#), [481](#)  
 Febronius, Justus II. [148](#), 170  
 Fechner, Th., Philosoph II. [548](#)  
 Februellin, Schlacht II. [34](#)  
 Felbiger, Generaldirektor des Schulwesens in Wien II. [149](#), [156](#)  
 Ferdinand, Erzherzog von Österreich II. [233](#) ff., [266](#)  
 Ferdinand I. von Österreich, Bruder Karls V. 500 — erhält die deutsch-österreichischen Lande [547](#) — zum römischen König gewählt [566](#) — deutscher Kaiser 590, 609, 611  
 Ferdinand II. als Erzherzog 630 — seine Nachfolge in Österreich 635 — deutscher Kaiser 640—678  
 Ferdinand III., deutscher Kaiser 678, II. [9](#), [12](#)  
 Ferdinand Albrecht von Braunschweig-Verern II. [83](#)  
 Ferdinand von Bayern II. [13](#)  
 Ferdinand von Braunschweig, preuß. General II. [121](#), 130, [132](#), [135](#)—[136](#)  
 Ferdinand, Kaiser von Österreich II. 363—365 — dankt ab 381—382  
 Ferdinand VII. von Spanien II. 326  
 Ferdinand Maria von Bayern II. [90](#)  
 Fermor, Wilhelm, russ. General II. [131](#)  
 Ferstel, S. II. [553](#)  
 Feuerbach, Anselm, Maler II. [552](#)  
 Feuillade, franz. General II. [63](#)  
 Fichte, J. G., Philosoph II. [225](#), [275](#) ff.  
 Fidler, Republikaner II. 360, 387—388  
 Finanzen, unter den Merowingern [113](#) — unter den Karolingern [146](#) — finanzielle Lage Brandenburgs unter dem Großen Kurfürsten II. [117](#) — Finanzverwaltung Friedrich Wil-











Jugger, Handelshaus in Augsburg [508](#), [537](#), [553](#), [561](#), 595  
 Jülich, Maler II. [551](#)  
 Jürstenberg a. d. Oder, an Preußen II. [117](#)  
 Jürstenberg, Egon von II. [38](#)  
 Jürstebund, deutscher, gestiftet von Friedrich d. Gr. II. [165](#), [269](#)  
 Jürstensee bei Strelitz, Schlacht [441](#)  
 Jürstentümer [257](#) — Charakter des weltlichen [361](#) — Bildung großer Jürstentümer 399—455 — im nordöstlichen Deutschland [438](#) — Jürsten und Stände [502](#) — Verwaltung [502](#) — Jürstenhöfe 598 — römische Reaktion in den geistlichen Jürstentümern 618 — geistliche Jürsten II. [91](#) — nach dem siebenjährigen Kriege 156—158 — Stellung der Jürsten zum neuen Deutschen Reich [486](#)  
 Jürstenwalde II. [133](#)  
 Jüssen, Schlacht [466](#) — Friede II. [116](#)  
 Jülda, Gründung des Klosters [125](#) — Schlacht II. [132](#)

## G.

Gablenz, österr. General II. [432](#), [436](#), [443](#), [446](#)  
 Gadebusch, Schlacht II. [66](#) — Gefecht 293  
 Gärtner, R., Maler II. [551](#)  
 Gager, Fr. v., General II. 369  
 Gager, Hans von, Minister II. [249](#), [255](#), 304  
 Gager, Heinrich von, Minister in Darmstadt II. 362 — Präsident des Frankfurter Parlamentes 370—373 — Vorsitzender im Reichsministerium [382](#)—385  
 Gallien an Österreich II. [162](#), [167](#)  
 Gallas, s. Piccolomini  
 St. Gallen, Kloster [121](#) — seine Blüte [169](#)  
 Gallien 2 ff  
 Gallus, Missionar [121](#)  
 Gambetta, Léon, franz. Minister II. [457](#), 470, [473](#) ff  
 Garibaldi, italienischer Freischarenführer II. [419](#), [422](#), [442](#), [447](#), 457—458, [477](#) ff  
 Gastein, Konvention II. [436](#)  
 Gatterer, F. Chr. II. [190](#)  
 Gauß, Friedrich, Mathematiker II. [397](#)  
 Gauch, Freiherr von, österr. Minister II. [522](#)  
 Gebhardt, Maler II. [552](#)  
 Gebhard von Kdin 620  
 Geibel, Emanuel, Dichter II. 351, [482](#), [550](#)  
 Geiler, Johann, Kanzelredner [529](#)  
 Geisa I. von Ungarn [241](#)  
 Geisa II. von Ungarn [266](#), [380](#)  
 Geisberg, Schlacht II. [464](#)  
 Geistlichkeit, sittlicher Verfall [529](#) — reformatorische Bestrebungen [529](#) — geistliche Jürsten II. [91](#)  
 Geistlicher Vorbehalt 589  
 Geißlerfahrten 420  
 Gellert, Dichter II. [185](#)  
 Genf, Stiftung der Konvention vom roten Kreuz II. [422](#) — Genfer Programm [493](#)  
 Genferich, Vandalenkönig [73](#) — im Bunde mit Attila [76](#) — plündert Rom [79](#) — besiegt die römische Flotte [80](#)  
 Genz, Friedrich II. [232](#), [233](#), [240](#), 313

Genua II. [217](#)  
 Georg der Bärtige von Sachsen [557](#), [559](#), [574](#)  
 Georg von Braunschweig-Lüneburg II. [82](#)  
 Georg Friedrich von Baden-Durlach 647, 654  
 Georg I. von England-Hannover II. [67](#)  
 Georg II. von England-Hannover II. [115](#), [120](#)—121  
 Georg III. von England-Hannover II. [152](#), [219](#)  
 Georg V. von Hannover II. [402](#), [437](#), 440—441, [451](#), [453](#)  
 Georg Ludwig von Hannover II. [82](#) — als Georg I. König von England [83](#)  
 Georg II. von Hessen-Darmstadt II. [87](#)  
 Georg von Podjebrad, König von Böhmen [475](#), [478](#), [481](#), [487](#)—488  
 Georg der Reiche von Bayern-Landshut [498](#)  
 Georg, Truchseß von Waldburg [552](#)  
 Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg II. [30](#)  
 Georg Wilhelm von Brandenburg 649 ff, 663, II. [7](#)  
 Georg Wilhelm von Celle II. [47](#), [82](#), [97](#)  
 Gepiden, befreien sich vom hunnischen Joch und bemächtigen sich Daciens [78](#)  
 Gerber, R. II. [548](#)  
 Gerberga, Tochter Heinrichs I. [174](#)  
 Gerbert von Reims [192](#), 194—195  
 Gerchheim, Gefecht II. [449](#)  
 Gerhard, Philolog II. 346  
 Gerhard von Mainz [404](#), [406](#)  
 Gerhard I., Schauenburger, Stifter der Jhehoer Linie [439](#)  
 Gerhard II., Erzbischof von Bremen 345  
 Gerhard III., Schauenburger [441](#)  
 Gerhard von Jülich [477](#)  
 Gerhardt, Paul, Dichter II. [24](#), [101](#)  
 Gerike, Otto von, Bürgermeister in Magdeburg II. [30](#)  
 Gerlach, Leopold von, Generaladjutant Friedrich Wilhelms IV. II. [384](#)  
 Germanen, Einwanderung [3](#) — Volksname und Stämme [7—8](#) — zur Zeit Cäsars [8—9](#) — innere Kämpfe [25](#) — Lebensweise, Sitten, Sprache usw. 33—46  
 Germanisierung des Südostens [223](#) — der Slawenländer 300—304, 372—381, s. a. Kolonisation  
 Germanicus, röm. Feldherr, seine Feldzüge gegen die Germanen [20](#) ff  
 Germantown II. [96](#)  
 St. Germain - en - Laye, Bündnis 649 — Friede II. [37](#)  
 Gero, Markgraf 177—178, [184](#)  
 Gerol, Karl, Dichter II. [550](#)  
 Gerold, Bischof 302  
 Gerstungen, Vertrag [240](#)  
 Gertrud, Mutter Heinrichs d. L. [266](#)  
 Gerwinus, G., Prof. in Göttingen II. 337, 346, 362  
 Gesellschaft, Maler II. [551](#)  
 Geschichtsschreibung s. unter Literatur  
 Gesner, Matthias, Historiker II. [106](#), [183](#)  
 Gesner, Konrad 605  
 Gewerbleiß II. [176](#)  
 Geyer, Florian, Bauernführer [556](#)  
 Geyersberg, Freiin von, später Gräfin von Hochberg II. 317







649, 659 — sein Charakter 661 — Feldzüge in Deutschland und Tod 662—669  
 Gustav-Adolf-Berein II. 344  
 Gustav Wasa, Befreier Schwedens 568  
 Gustav IV. von Schweden II. 231, 238  
 Gutenberg, Erfinder der Buchdruckerkunst 508  
 Guplow, Karl, Dichter II. 350  
 Gumnich, General II. 199

## H.

Haag, Vertrag II. 69 — Haager Afford 175 — Einzug der Franzosen 207  
 Haager Konzerte II. 14, 66  
 Habsburger, Stammlande 401 — Begründung ihrer Macht in Österreich 402 — Erweiterung ihrer Macht durch Albrecht I. 407 — im Kampfe mit den Eidgenossen 412, 421 — Entwicklung ihrer Macht unter Rudolf IV. und Leopold III. 424 — Teilungen 460 — Auflösung ihrer Hausmacht 474 — Wiederherstellung ihrer Macht 492 — Grundlegung ihres Weltreichs 500 — in Böhmen und Ungarn 563 — Ferdinand I. und Maximilian II. 609 — der Protestantismus in ihren Landen 611 — ihre Herrschaftspläne 655 — Höhe ihrer Macht 656 — Verwaltung ihrer Lande unter Leopold I. II. 25—27 — auswärtige Politik unter Leopold I. 29 — erhalten Ungarn als Erbreich 43 — sterben in Spanien aus 48, 53  
 Hadon von Norwegen 445—446  
 Haddit, General II. 128  
 Hadlaub von Zürich, Dichter 520  
 Hadrian I., Papst 133—134, 140  
 Hadrian IV., Papst 285, 290  
 Hadrian VI., Papst 551  
 Hädel, C., Naturwissenschaftler und Philosoph II. 544, 549  
 Hädner, in Gallien, von Ariovist besiegt 10  
 Hähnel, Ernst II. 552  
 Händel, Tonkünstler II. 100  
 Hagedorn, Dichter II. 101  
 Hagelberg, Schlacht II. 293  
 Hagen, Fr. v. d. II. 224  
 Hagenau, Religionsgespräch 574  
 Hainbund in Göttingen II. 186  
 Hale, preuß. Kriegsminister II. 273  
 Hale, sächsischer General II. 431  
 Halbe, Mag II. 550  
 Halberstadt, Bistum, an Brandenburg II. 8, 15, 271  
 Halle, Gründung der Universität II. 74 — Schlacht 246  
 Haller, Dichter II. 101, 314  
 Hallue, Schlacht an der II. 476  
 Hamann, J. G. II. 184  
 Hamburg, Erzbistum 156, 159 — von den Slawen verbrannt 191, 331 — Friede 500 — als Handelsplatz 597 — Vergleich II. 83 — Aufschwung 95 — Friede 136; 179, 182, 185 — von den Franzosen befreit 289 — wieder von Davoust besetzt 292, 301 — Eintritt in den Zollverein II. 505  
 Hamerling, Robert, Dichter II. 517, 550

Hammelburg, Schlacht II. 449  
 Hammer, dänischer Kapitän II. 434  
 Hammerstein, General II. 204  
 Hanau, Grafschaft, an Hessen-Kassel II. 87  
 Hanau, Prinzen von II. 338  
 Hanau, Schlacht II. 300  
 Handel u. dergl. s. unter Verkehrsweisen  
 Handelsverein, mitteldeutscher II. 331 — Auflösung 334  
 Handwerk 507  
 Hannover, Kurfürstentum, Entstehung II. 67, 82 — mit England verbunden 83, 152 — Befestigung durch die Franzosen 230 — an Preußen 237 ff., 240 — wieder selbständig, erhält im Wiener Kongreß Hildesheim und Ostfriesland 305 — konservative Haltung des Adels 319—320 — im mitteldeutschen Handelsvereine 331 — Unruhen 333 — Steuerverein 335 — Verfassungsbruch 336—337 — neue Verfassung unter Georg V. 402 — Überwältigung durch Preußen 440—441 — Einverleibung in Preußen 451  
 Hanse 437 — Kriege gegen Waldemar IV. 445 — Verzicht auf ihre politischen Erfolge 447 — ihr Handel in seiner Blütezeit 451—455 — im ständische Kämpfe und Spaltungen 484 — im Kampf mit Dänemark 485 — Niedergang 486, 500 — gegen Christian II. 467 — ihre letzte Erhebung (die Grafenfehde) 569 — ihre Kaufhöfe 595 — Auflösung  
 Hansen, Th. II. 553  
 Hanssen, G. II. 547  
 Harald Blaatand, Dänenkönig 180  
 Hardenberg, Fr. Aug. von II. 153, 228 — Minister in Preußen 232, 238, 241, 250 ff., 259 — Staatskanzler 273 ff., 281 ff., 284, 286—287, 296, 304, 328  
 Hardenberg, Fr. A. v., Dichter II. 225  
 Harleß, Chr., Theologe II. 413  
 Harms, Claus, evang. Theologe II. 344  
 Harjány, Berg bei Mohács, Schlacht II. 43  
 Hartmann von Aue, Dichter 385, 387  
 Hartmann, bayr. General II. 468  
 Hartmann von Siebeneichen 293  
 Haruden 10  
 Harun al Raschid, Khalif von Bagdad 142  
 Hase, K., Historiker II. 413  
 Hasenaur, K., II. 553  
 Haspinger, Führer der Tiroler II. 264  
 Hassel, Historiker II. 547  
 Hassenpflug, Minister in Hessen-Kassel II. 338, 395, 398  
 Hastenbed, Schlacht II. 127  
 Hastings, Schlacht 235  
 Hatto von Mainz, Erzbischof 165—166  
 Hatzfeld, Fürst II. 284, 286  
 Haugwitz, preussischer Minister II. 146—147, 197, 200, 203, 235, 237, 241, 248  
 Hauptmann, Gerhart II. 550  
 Häusser, L., Historiker II. 546  
 Havanna, Seesgefecht des Meteor II. 479  
 Haydn II. 189  
 Hebbel, Friedrich, Dichter II. 550  
 Hecker, Republikaner II. 360, 369











- Hugo von Niederburgund [180](#) ff  
 Humanismus, deutscher [529](#)–[535](#) — Bund der Humanisten mit Luther [543](#), [545](#) — die humanistisch-theologische Bildung [601](#)  
 Humann, H., Altertumsforscher II. [545](#)  
 Humbert, Kronprinz von Italien II. [490](#) — König [504](#)  
 Humboldt, A. v. II. [225](#), [347](#)  
 Humboldt, W. v. II. [225](#), [304](#), [306](#), [316](#), — Minister des Innern [328](#)  
 Hunnen [61](#) ff — unter Attila [74](#)–[78](#) — Zerfall ihres Reiches [78](#)  
 Hunyad, Johannes, Gubernator von Ungarn [475](#)  
 Huß, Johannes, böhmischer Reformator [462](#)–[465](#)  
 Hussiten, ihre Landeskirche [465](#) — Parteien [466](#) — ihre Kriege [467](#)–[469](#) — Ausgleich mit ihnen [470](#) — Folgen ihrer Kriege [470](#)  
 Hutten s. Ulrich [5](#)  
 Hy, schottisches Kloster [121](#), [123](#)  
 Hveen, Insel, Schlacht II. [14](#)
- I.**
- Iachmann, Kapitän zur See II. [433](#) — Kontre-admiral [463](#)  
 Jacobini, Wiener Nuntius II. [507](#)  
 Jaffe, Historiker II. [546](#)  
 Jagel, Schlacht II. [432](#)  
 Jägerndorf, Herzogtum, Ansprüche Brandenburgs II. [9](#)  
 Jagello, Großfürst von Litauen [457](#)–[458](#)  
 Jagellonen in Polen [457](#) — sterben aus [618](#)  
 Jahn, F. V. II. [276](#), [323](#), [341](#)  
 Jakob I. von England [641](#), [649](#)  
 Jakob II. von England II. [45](#), [47](#)  
 Jakob von Mies [466](#)  
 St. Jakob an der Wirs, Schlacht [480](#)  
 Jaluit II. [512](#)  
 Jameison'scher Raubzug II. [538](#)  
 Jankau, Schlacht [680](#)  
 Jaroslaw von Kiew [200](#)  
 Jaroslawez, Überkunft II. [367](#)  
 Jassu, Friede II. [196](#)  
 Jan de Witt, Kommissionsär von Holland II. [31](#)  
 Ibrahim, Großvezier II. [43](#)  
 Idistaviso, Schlacht [22](#)  
 Idstedt, Schlacht II. [394](#)  
 Jean Paul (Friedrich Richter) II. [224](#)  
 Jellatschitsch, Joseph von II. [380](#)–[387](#)  
 Jemappes, Schlacht II. [199](#)  
 Jena, Pflegestätte der Romantik, Universität [601](#); II. [225](#) — Schlacht [244](#) — Gründung der Burschenschaft [321](#)  
 Jérôme, Bruder Napoleons II. [239](#), [251](#), [269](#)  
 Jerusalem, von Gottfried von Bouillon erobert [251](#)–[252](#) — fällt in die Hände Saladins [316](#) — an die Christen wieder abgetreten [344](#) — von den Türken erobert [352](#) — Einzug Kaiser Wilhelms II. II. [535](#)  
 Jerusalem, Königreich [267](#), [270](#)  
 Jesuiten, Gründung des Ordens [608](#) — von Ferdinand II. nach Wien berufen [611](#) — ihre Beteiligung an der katholischen Reaktion [629](#)–[631](#); II. [102](#) — Aufhebung des Ordens in Österreich [149](#) — Wiederherstellung [325](#) — gelangen in Rom zur Herrschaft [339](#)  
 Jglau II. [114](#)  
 Ignatius von Loyola, Begründer des Jesuitenordens [608](#)  
 Jifland II. [223](#), [225](#)  
 Jhering, R. II. [548](#)  
 Jonium, Eroberung durch Friedrich I. [318](#)  
 Illuminatenorden II. [184](#)  
 Zimmermann, Dichter II. [350](#)  
 Immunitäten [114](#), [218](#)  
 Inama-Sternegg II. [547](#)  
 Ingo, Altherr der Ingväonen [7](#)  
 Ingolstadt, Schlacht [558](#) — II. [61](#), [256](#)  
 Inguimier, Oheim Armins [22](#), [22](#) — geht zu Marbod über [23](#)  
 Innocenz II., Papst [260](#)–[264](#), [267](#)  
 Innocenz III., Papst, Vormund Friedrichs II. [325](#), [333](#) — gegen Otto IV. [337](#) — Laterankonzil und Tod [341](#)  
 Innocenz IV. Papst [352](#)  
 Innsbruck, Einzug Kurfürst Morizens [587](#) — II. [60](#), [233](#) — im Tiroler Aufstand [263](#), [268](#), [270](#), [272](#)  
 Investiturstreit [231](#)–[281](#)  
 Joachim I. von Brandenburg [542](#), [559](#), [574](#)  
 Joachim II. von Brandenburg [574](#), [576](#), [584](#), [592](#), [627](#)  
 Joachim Friedrich von Brandenburg [593](#)  
 Jobst von Mähren [427](#), [459](#), [461](#)  
 Johann der Beständige von Sachsen [557](#), [559](#)  
 Johann von Böhmen, Sohn Heinrichs VII. von Luxemburg, wird König von Böhmen [409](#) — vergrößert die luxemburgische Hausmacht [415](#) — fällt bei Grechy [418](#)  
 Johann von Brabant [405](#)  
 Johann I. von Brandenburg, Astanier [374](#) ff  
 Johann Cicero von Brandenburg [491](#)  
 Johann von Dänemark [500](#)  
 Johann von Dalberg, Bischof von Worms [532](#)  
 Johann Ernst von Weimar [652](#)–[654](#)  
 Johann Erzherzog von Österreich II. [219](#), [232](#), [234](#), [264](#)–[272](#)  
 Johann, Erzherzog von Österreich, deutscher Reichsverweier II. [371](#)–[372](#), [379](#)  
 Johann Georg von Brandenburg [593](#)  
 Johann Georg von Jägerndorf [644](#)–[645](#), [647](#)  
 Johann Georg I. von Sachsen [640](#), [642](#); II. [84](#)  
 Johann Georg II. von Sachsen II. [30](#), [85](#)  
 Johann Georg III. von Sachsen II. [41](#)–[42](#), [47](#)–[48](#), [85](#)  
 Johann Georg IV. von Sachsen II. [49](#), [56](#), [85](#)  
 Johann Friedrich von Braunschweig-Lüneburg II. [82](#)  
 Johann Friedrich von Hannover II. [34](#)  
 Johann Friedrich von Sachsen [579](#)–[588](#)  
 Johann Heinrich, Sohn Johanns von Böhmen [415](#), [418](#)  
 Johann Kasimir von Polen, letzter Wase II. [10](#), [31](#)  
 Johann von Küstrin [574](#), [576](#), [584](#)  
 Johann ohne Land von England [339](#)  
 Johann von Sachsen, als Prinz II. [334](#), [359](#) — als König [401](#), [429](#), [442](#), [446](#), [451](#), [499](#)  
 Johann von Sagan, Herzog von Glogau [491](#)



Johann I., Schauenburger, Stifter der Kieler  
 Linie [439](#)  
 Johann von Seelau [466](#)  
 Johann von Schwaben, Neffe u. Mörder Albrechts I.  
[408](#)  
 Johann III. von Schweden [617](#)  
 Johann VIII. Papst [160–163](#), [168](#)  
 Johann IX., Papst [204](#)  
 Johann XII., Papst [186](#)  
 Johann XIV., Papst [193](#)  
 Johann XV., Papst [193–194](#)  
 Johann XVI., Papst [195](#)  
 Johann XXII., Papst [413–416](#), [460](#)  
 Johann XXIII., Papst [463–464](#)  
 Johann Philipp von Mainz II. [12](#)  
 Johann von Werth, Reiterführer [677](#)  
 Johann Wilhelm von Cleve [610](#)  
 Johann Wilhelm von der Pfalz II. [88](#)  
 Johanna, Tochter Ferdinands von Aragonien  
[500](#)  
 Johanna von Puttkamer, Gemahlin Bismarcks  
 II. [489](#)  
 Johannes Hunyad, Gubernator von Ungarn [475](#)  
 Johannes von Pomul [459](#)  
 Johanngeorgenstadt, Gründung II. [94](#)  
 Jolly, Staatsminister in Baden II. [499](#) ff  
 Jordan, Ch. Et. II. [139–140](#)  
 Jordan, W. II. [550](#)  
 Joseph I., deutscher Kaiser II. [58–59](#), [63–65](#)  
 Joseph II., deutscher Kaiser II. [150](#), [161–174](#)  
 Joseph Clemens von Bayern, Erzbischof von Köln  
 II. [47](#), [53](#), [65](#)  
 Joseph Ferdinand von Bayern II. [52](#)  
 Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen II. [128](#)  
 Joseph, Erzherzog von Österreich, Palatinus  
 II. [365](#)  
 Joseph Karl Emanuel von Pfalz-Sulzbach II. [70](#)  
 Josephine, Tochter Karls von Baden II. [459](#)  
 Josias von Sachsen-Coburg, österr. General II. [201](#),  
[204](#) ff  
 Joubert, franz. General II. [211](#) ff  
 Jourdan, franz. General II. [205](#), [209](#), [210](#), [215](#)  
 Jrmisäule, Heiligtum der Sachsen, von Karl  
 d. Gr. zerstört [135](#)  
 Jtridentia II. [518](#)  
 Isabella von England, Gemahlin Friedrichs II. [347](#)  
 Isabella, Königin von Spanien, vertrieben II. [457](#)  
 Isabella von Parma II. [150](#)  
 Isto, Ahnherr der Itoäonen [7](#)  
 Italien: Rüge Arnulfs von Kärnten [165](#) — Ottos I.  
[181](#), [185–186](#) — Ottos II. [190](#) — Ottos III.  
[194–195](#) — Heinrichs II. [198](#), [200](#) — Konrads II.  
[203](#), [207](#) — Heinrichs III. [211](#) — Heinrichs IV.  
[247](#), [250](#) — Karls IV. [422](#) — Kämpfe Maxi-  
 millians I. [496–500](#) — Karls V. [549](#), [563](#),  
[573](#), [576–577](#) — Angriff Spaniens II. [62](#) —  
 Bonaparte in Oberitalien II. [211](#) — Wieder-  
 eroberung durch die Österreicher [215](#) ff — Revo-  
 lution [332](#) — nationale Erhebung im Jahre  
 1859 [418–420](#) — wird Königreich [422](#) —  
 Bund mit Preußen [437](#) — Haltung im deutsch-  
 französischen Kriege [463](#) — Dreibund [504](#)  
 Juarez, Präsident von Mexiko II. [436](#)  
 Judenbrennen [420](#)

Judith, Gemahlin Ludwigs d. Fr. [156–157](#)  
 Jülich-Berg, Herzogtum [477](#) — wird protestantisch  
[575](#), [610](#) — an die Pfalz [629](#) — Erbrecht  
 Preußens II. [70–73](#), [110](#), [159](#) — Jülich,  
 Festung II. [316](#)  
 Jüten, germanischer Volksstamm, breiten sich in  
 Britannien aus [80](#)  
 Julianus Apostata kämpft mit den Alamannen [58](#)  
 Julirevolution in Deutschland II. [332](#) [334](#)  
 Julius II., Papst [499](#)  
 Julius III., Papst [584](#)  
 Jung-Stilling, J. S. II. [184](#)  
 Justi, K. II. [547](#)

### K. vgl. C.

Kaemmel, S., Schulmann II. [413](#), [547](#)  
 Kärnten, Entstehung des Namens [102](#) — wird  
 Herzogtum [189](#) — an Welf [210](#) — Besiedelung  
[276](#) — an Meinhard von Tirol [403](#) — an die  
 Habsburger [418](#)  
 Kaiserkrönung Karls d. Gr. [141](#) — Ottos I. [186](#)  
 — Heinrichs III. [211](#) — Friedrich Barbarossas  
[286](#)  
 Kaiserproklamation zu Versailles II. [480](#)  
 Kaiserslautern, Schlachten II. [202](#), [206](#)  
 Kaiserswerth, Raub Heinrichs IV. [233](#); II. [48](#)  
 Kaisertum, Erneuerung des römischen durch  
 Karl d. Gr. [139](#) — unter Otto III., unter  
 Karl VI. II. [92](#) — Napoleons I. [231](#) — Ende  
 des deutschen [239](#) — Aufrichtung des neuen  
 deutschen II. [479](#) ff  
 Kaiserwahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser  
 der Deutschen II. [383–385](#)  
 v. Kalb II. [180](#)  
 Kaiser-Wilhelmskanal II. [513](#), [533](#)  
 Kaiser-Wilhelmsland II. [512](#)  
 Kaldreuth, Graf II. [243](#), [252](#), [253](#) ff  
 Kaldstein, Chr. Ludwig v. II. [16](#)  
 Kalisch, Vertrag II. [286](#) ff  
 Kallstein, Oberst von II. [108](#)  
 Kalmarer Union [457](#), [568](#)  
 Kallum von Leuchtmar II. [7](#)  
 Kalvarienberg bei Sedan, Erstürmung II. [469](#)  
 Kalkhadnus, Fluß in Cilicien, Tod Friedrichs I.  
[318](#)  
 v. Kameke, General II. [476](#)  
 Kamerun, deutsche Kolonie II. [510](#)  
 Kammerboten in Schwaben [165–167](#)  
 Kampen, Schlacht [135](#)  
 Kampf, Geheimrat II. [323](#)  
 Randern, Gefecht II. [369](#)  
 Kant, Philosoph [189](#), [190](#)  
 Kanut der Große von Dänemark und England  
[204](#), [206](#), [212](#)  
 Kanut IV. von Dänemark [308](#), [334](#)  
 Kapitalismus II. [493](#)  
 Kappel, Schlacht [567](#)  
 Kara Mustafa II. [40](#) ff  
 Karantainen, Markt, von Karl d. Gr. angelegt [139](#)  
 — wird Herzogtum Kärnten [189](#)  
 Karl Albert von Savoyen-Carignan II. [326](#) —  
 König von Piemont [363](#)



Karl Aemil, Kurprinz II. [34](#)  
 Karl Alexander von Württemberg II. [89](#)  
 Karl August von Pfalz-Zweibrücken II. [161](#), [168](#)  
 Karl August von Weimar II. [172](#), [243](#), [245–247](#)  
 — tritt gezwungen in den Rheinbund [249](#) —  
 gibt seinem Lande eine Verfassung [316](#), [321](#)  
 Karl, Großherzog von Baden II. [317](#)  
 Karl von Braunschweig II. [151](#) ff — durch die  
 Revolution zur Flucht genötigt [333](#)  
 Karl Eduard, letzter Stuart II. [118](#)  
 Karl Edzard, letzter Fürst von Ostfriesland II. [115](#)  
 Karl II. von England II. [31](#), [33](#)  
 Karl Eugen von Württemberg II. [153](#)  
 Karl Friedrich von Baden II. [154](#), [169](#), [255](#), [317](#)  
 Karl Friedrich IV. von Gottorp II. [56](#), [66–68](#)  
 Karl X. Gustav von Pfalz-Zweibrücken, König  
 von Schweden II. [10–14](#)  
 Karl der Große, Sohn Pippins d. J. [131](#) —  
 seine Taten und sein Leben [132–154](#)  
 Karl III. der Dicke [162–163](#)  
 Karl IV., Sohn Johanns von Böhmen, in  
 Italien [415](#) — deutscher Kaiser [418–427](#)  
 Karl I. von Spanien, als deutscher Kaiser Karl V.  
[500](#) — seine Wahl [542](#) — sein Charakter [545](#)  
 — seine Regierung [545–589](#)  
 Karl VI. deutscher Kaiser II. [65](#), [68–70](#), [111](#)  
 Karl Albert von Bayern II. [52](#), [90](#) — als Karl VII.  
 deutscher Kaiser [112–116](#)  
 Karl von Hessen-Kassel II. [87](#)  
 Karl von Hohenzollern, Fürst von Rumänien  
 II. [438](#), [502](#)  
 Karl Johann von Schweden (Bernadotte) II. [293](#),  
[296–301](#)  
 Karl der Kahle [156–160](#), [162](#)  
 Karl der Kühne von Burgund [487–490](#)  
 Karl Leopold von Mecklenburg-Schwerin II. [67](#), [83](#)  
 Karl von Lothringen, kaiserlicher Feldherr II. [41](#) ff  
 Karl von Lothringen, General Maria Theresias  
 II. [114–117](#), [125](#), [129](#)  
 Karl IV. von Lothringen II. [36](#)  
 Karl V. von Lothringen II. [36](#)  
 Karl Ludwig von der Pfalz II. [45](#), [87](#)  
 Karl Martell [118](#) ff  
 Karl, Erzherzog von Österreich, Feldherr II. [204](#),  
[209–219](#), [232–235](#), [264–272](#)  
 Karl von Pfalz-Neuburg II. [56](#)  
 Karl II. von der Pfalz, letzter aus dem Hause  
 Simmern II. [45](#), [88](#)  
 Karl Philipp von der Pfalz II. [88](#)  
 Karl Philipp von Jülich-Berg II. [70](#)  
 Karl, Prinz von Bayern II. [448](#)  
 Karl, Prinz zu Solms-Braunfels, österr. General  
 II. [440](#)  
 Karl Robert von Ungarn [407](#)  
 Karl II. von Spanien, letzter spanischer Habs-  
 burger II. [48](#), [53](#)  
 Karl III. von Spanien II. [64](#) — s. auch Karl VI.  
 deutscher Kaiser  
 Karl XI. von Schweden II. [55](#)  
 Karl XII. von Schweden, führt den nordischen  
 Krieg [57–59](#), [66–68](#)  
 Karl vom Stein s. Stein  
 Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach, später Kurfürst  
 von Bayern II. [154–155](#), [164](#), [168](#)

Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, führt  
 den Feldzug nach Holland II. [172](#) — den Feld-  
 zug in der Champagne [197](#) ff, [202](#), [234](#) ff —  
 bei Auerstädt verwundet [241–243](#) — stirbt in  
 Otterfen [248](#)  
 Karl, König von Württemberg II. [462](#)  
 Karlmann, Sohn Karl Martells [119](#) ff  
 Karlmann, Sohn Pippins d. J. [132](#) ff  
 Karlmann, Sohn Ludwigs d. D. [162–163](#)  
 Karmarsch, Technologe II. [348](#)  
 Karmeliter, Mönchsorden [348](#)  
 Karlowitz, Friede II. [52](#)  
 Karlsbader Beschlüsse II. [323](#)  
 Karlsbader Konvention II. [316](#)  
 Karlsruhe II. [97](#)  
 Karlstadt, Anhänger Luthers [441–442](#), [568](#)  
 Karolinger, fränkisches Herrscher Geschlecht [116](#) ff —  
 ihr Ende in Deutschland [166](#) — in Frankreich  
[193](#)  
 Karoline, Königin von Neapel II. [150](#)  
 Karoline Luise von Darmstadt II. [154](#)  
 Karolineninseln II. [512](#), [537](#)  
 Kaschau, Aufstand II. [39](#)  
 Kasimir von Pommern [307](#)  
 Kassel, Gründung des mitteldeutschen Handels-  
 vereins II. [331](#)  
 Katharina von Bora, Luthers Gemahlin [554](#)  
 Katharina Iwanowna, Nichte Peters d. Gr.  
 II. [67](#)  
 Katharina II. von Rußland II. [136](#), [159](#) ff, [161](#),  
[168](#), [175](#), [180](#), [194](#), [196](#), [200](#), [202](#), [212](#)  
 Katharina von Württemberg II. [239](#)  
 Katholisch-Hennersdorf, Schlacht II. [117](#)  
 Katholizismus, Restauration [608](#) — Streit um  
 die gemischten Ehen II. [339–340](#) — die deutsch-  
 katholische Bewegung [342–343](#)  
 Katt, Leutnant II. [109](#)  
 Kappach, Schlacht an der II. [294](#)  
 Kauffmann, Angelica II. [189](#)  
 Kaubach, Fr. A., Maler II. [551](#)  
 Kaunitz, Fürst, österr. Minister II. [120](#) ff, [161](#),  
[166](#), [194](#)  
 Kaunitz, österr. General II. [204](#)  
 Kay, Schlacht II. [132](#)  
 Kehl II. [65](#), [72](#)  
 Keiser, Heinrich, Russer II. [100](#)  
 Keith, Christoph von II. [109](#)  
 Keith, Georg II. [139–140](#)  
 Keith, preuß. Feldmarschall II. [121–122](#), [129](#) —  
 fällt bei Hochkirch [132](#), [139–140](#)  
 Keller, Gottfried II. [550](#)  
 Kellermann, franz. General II. [198](#), [218](#)  
 Kepler, Johann [605](#), [618](#), [630](#)  
 Kesselsdorf, Schlacht II. [117](#)  
 Ketteler, Freiherr von, Bischof von Mainz II. [412](#),  
[457](#)  
 Ketteler, Freiherr Kl. von, deutscher Gesandter in  
 Peking, ermordet II. [536](#)  
 Ketzerverfolgungen [349](#)  
 Keyserlingk, Dietrich von II. [139–140](#)  
 Rhevenhüller, Fr. Chr. v., Geschichtsschreiber  
 II. [102](#)  
 Rhevenhüller, österr. General II. [115](#)  
 Kiautschou, deutsche Kolonie in China II. [536](#)



Kiel, Gründung der Universität II. [84](#) — Friede [301](#) — preuß. Marinestation [436](#)  
 Killan, irischer Missionar [122](#)  
 Kjögebucht, Seeschlacht II. [35](#)  
 Kirche, unter den Merowingern [114](#) — die irisch-schottische und die angelsächsische [121](#) — Neuordnung der fränkischen [125](#), [132](#) — Verfassung zur Zeit Karls d. Gr. [143](#) — Verhältnis zum Staat unter Konrad I. [167](#) — unter Heinrich III. [211](#) — die deutsche K. in den Slawenländern 300–304 — zur Zeit Maximilians I. [516](#) — K. und Laien [517](#) — Bürgertum und K. [527](#) — Humanismus und K. [534](#) — Anfang der kirchlichen Spaltung [553](#) — Anfänge der kirchlichen Neugestaltung [553](#) — Ursprung der evangelischen Landeskirchen [559](#) — kirchliche Bestimmungen des westfälischen Friedens 682 — K. in Österreich unter Leopold I. II. [28](#) — Geistesleben der K. [102](#) — Neugestaltung der katholischen in Südwestdeutschland 324–325 — in Preußen 339–340 — deutsch-katholische Bewegung 342–343 — evangelische Landeskirchen 343 — die römische [412](#) — die protestantischen 412–413  
 Kirchengesetze, preussische II. [496](#)  
 Kirchenpolitik des großen Kurfürsten II. [23](#) — Friedrich Wilhelms I. von Preußen [81](#) — Friedrichs d. Gr. [144](#) — Maria Theresias [148](#) — Wilhelms II. [496](#)  
 Kirchenreform 456–535 — ihr Scheitern [465](#), [471](#)  
 Kirchenstaat, die Pippinsche Schenkung 131–132 — von Karl d. Gr. bestätigt [134](#) — Vergewaltigung durch Napoleon I. II. [265](#) — sein Ende [495](#)  
 Kirchheim-Volanden, Schlacht II. [389](#)  
 Kirchhoff, G. K., Physiker II. [544](#)  
 Kissingen, Schlacht II. [449](#) — Attentat auf Bismarck [497](#)  
 Kitz, M. II. [552](#)  
 Kitz, Überfall II. [291](#)  
 Klaus Störtebeker [456–457](#)  
 Klee, L., Schulmann II. [413](#)  
 Klein-Schnellendorf bei Meise, Schloß, Vertrag II. [113](#)  
 Kleist, G. von, Dichter II. [246](#), [277](#) ff  
 Kleist, E. v., Dichter II. [186](#)  
 Kleist, preuß. General II. [294–296](#)  
 Klenze, L. v. II. [351](#)  
 Klesl, Kardinal 635, 639  
 Klingner, Max II. [553](#)  
 Klissow, Schlacht II. [57](#)  
 Klöster der Benediktiner [126](#) — Reform der Cluniacenser 338 — neue Orden [274](#), [348](#) — Klostergründungen [121](#) ff, [132](#), [137](#), [273](#)  
 Klopp, Historiker II. [547](#)  
 Klopstock, Dichter II. [185](#)  
 Klostergrab 638  
 Klotilde, Gemahlin Chlodwigs [93](#)  
 Knaut, Maler II. [551](#)  
 Kniprode, Winrich von [449](#)  
 Knorr, Admiral II. [510](#)  
 von dem Knefbeck, preuß. Oberst II. [271](#), [287](#)  
 Koalitionskriege, erster II. [199–213](#) — zweiter

[214–220](#) — dritter 231–237 — vierter [282–303](#) — fünfter 307–311  
 Kobryn, Gefecht II. [280](#)  
 Koch, K., Mediziner II. [545](#)  
 Köln, Erzbistum [143](#) — von den Normannen geplündert [162](#) — Befreiung von der erzbischöflichen Herrschaft 359, [404](#) — von Karl d. K. bedrängt [489](#) — wird protestantisch [575](#); II. [47](#) — Herrschaft der Oligarchie [156](#), [158](#) — Einzug der Franzosen [205](#) — wird Festung 316 — Dom 339, [342](#)  
 Kölnischer Krieg 620  
 Kölner Konföderation [445](#)  
 König, Rudolf, Ordensmeister [449](#)  
 Königgrätz, Schlacht II. [444–446](#)  
 Königshof a. d. Elbe, Erstürmung durch preussische Garden II. [443](#)  
 Königsberg, gegründet von Ottokar II. von Böhmen 373 — Vertrag II. [10](#) — Widerstand der Stände [16](#) — Krönung Friedrichs I. zum König von Preußen [55](#) — Flucht Stanislaus Leszczyński [72](#) — Abzug der Franzosen 284 ff — Festung 316  
 Königsfelden, Kloster [408](#)  
 Königshofen a. d. Tauber [558](#)  
 Königsmarck, schwedischer General 680  
 Königsmarck, Graf Philipp von II. [82](#)  
 Königstein, Festung II. [122](#), [451](#)  
 Königswusterhausen, Vertrag II. [70](#)  
 Königtum, bei den Germanen [29](#) — das salisch-fränkische [92](#), [108](#) — Übergang des merowingischen auf die Karolinger [131](#) — der Sachsen und Salier [171](#) ff — Erschütterung durch den Investiturstreit 231–281  
 Köpfe, Historiker II. [546](#)  
 Körber, österr. Ministerium II. [523](#)  
 Körner, Dichter II. [288](#) — bei Aigen verwundet 291 — fällt bei Gadebusch 293  
 Köpchenbroda, Vertrag 680  
 Kolb von Wartenberg, preuß. Minister II. [54](#)  
 Kolberg, Verteidigung II. [248](#), [251](#)  
 Kolding, Schlacht II. [390](#)  
 Kollar II. [363](#)  
 Kollin, Schlacht II. [125](#)  
 Kolonisation, die deutsche im Südosten [189](#) — innere unter Heinrich III. [222](#) — Fortgang der bäuerlichen im Innern Deutschlands [274](#) — die deutsche im Nordosten 300 — die deutsche im 13. Jahrhundert 364 — an der Ostseeküste 365 — in Preußen 372 — in Brandenburg 303, 307, vgl. Germanisierung  
 Kolonialgesellschaft, deutsche II. [509](#)  
 Kolonialpolitik des Großen Kurfürsten II. [22](#) — Anfänge der deutschen 509–512, 535–538  
 Kolonialverein, deutscher II. [509](#)  
 Kolumban der Ältere und der Jüngere, irische Missionare [121](#)  
 Komorn, Übergabe der Festung II. [392](#)  
 Kongostaat II. [511](#)  
 Konig, Schlacht [483](#)  
 Konfordat, bayrisches II. [325](#)  
 Konfordat zu Wien [473](#)  
 Konfordinformel 619  
 Konrad von Burgdorf II. [8](#)



Konrad von Hochstaden, Erzbischof von Köln 359  
 Konrad I. von Franken, deutscher König 165—167  
 Konrad II. von Franken, deutscher König 202—208  
 Konrad III. von Hohenstaufen, als Gegenkönig  
 Lothars v. S. 260—[261](#) — als deutscher König  
[264—272](#)  
 Konrad IV. von Hohenstaufen, König in Deutsch-  
 land 348, 351—353 — in Italien 354  
 Konrad von Masowien 371  
 Konrad von Marburg, Kehlermeister 349  
 Konrad der Rothe, Herzog von Lothringen [178](#),  
 181—183  
 Konrad von Zähringen [278](#)  
 Konrad Zillner von Rothenstein, Hochmeister des  
 deutschen Ordens [458](#)  
 Konradin, letzter Hohenstaufe 354, 357  
 Konradiner, Herzöge in Franken [165](#) ff  
 Konstantin I., röm. Kaiser, seine Verwaltungs-  
 reform 55—56  
 Konstantinopel, von den Türken erobert [481](#) —  
 Vordringen der Russen II. [502](#) ff  
 Konstantius, Sohn Konstantins I. [57—58](#)  
 Konstanz, Frieden 313 — Konzil [463](#) ff  
 Konstanz, Erbin des Normannenreiches in Unter-  
 italien, Gemahlin Heinrichs VI. 315, 321, 323  
 Kontinentalperre II. [248](#), [278](#), 284  
 Konzer Moselbrücke, Schlacht II. [36](#)  
 Konzil, vatikanisches II. [457](#)  
 Kopenhagen, von der Hanse erobert [446](#), [569](#) —  
 schwed. Belagerungen II. [13](#) ff  
 Kopp, Fürstbischof von Breslau II. [541](#)  
 Korsakow, russ. General II. [216](#)  
 Korybut 468  
 Kosciusko, Führer der aufständischen Polen II. [197](#)  
[203](#) ff  
 Koser, Historiker II. [547](#)  
 Kossowopolje, Schlacht [459](#)  
 Kossuth, Ludwig II. 364, [380](#)  
 Kopebue, A. v., Dichter II. [224](#) — ermordet von  
 Sand 322—323  
 Kraft, Adam, Bildhauer [525](#)  
 Kralau II. [10](#), [12](#) — Ordnung Augusts des  
 Starken [56](#) — von den Russen erfürmt [160](#),  
[203](#) — an Österreich [208](#) — Republik [364](#)  
 Krain, an die Habsburger [418](#)  
 Kraus, Fr. K., Theologe II. [542](#)  
 Kray, österr. General II. [215—218](#)  
 Krell, Nikolaus, kursächsischer Kanzler [621](#) 622  
 Kreittmann II. [155](#)  
 Kreßer, Max II. [551](#)  
 Kreuznach II. [48](#)  
 Kreuzzüge, erster 250—252 — zweiter [267—270](#),  
 dritter 316—320 — vierter 342 — fünfter  
 342—344  
 Kriegswesen, bei den Germanen [41](#) — unter den  
 Merowingern [112](#) — unter Karl d. Gr. [145](#)  
 — unter Heinrich III. [220](#) — Umgestaltung  
[505](#) — vor dem dreißigjährigen Kriege 637 —  
 unter dem Großen Kurfürsten II. 18—19 —  
 — unter Friedrich Wilhelm I. von Preußen [79](#)  
 — unter Friedrich d. Gr. II. [143](#) — unter  
 Maria Theresia [147](#) — unter Friedrich Wil-  
 helm III. [228](#) — Scharnhorsts Reform der

Seeeresverwaltung [261](#) — Einführung der all-  
 gemeinen Wehrpflicht in Preußen 327 — Seeeres-  
 reorganisation 423—424 — des neuen deutschen  
 Reiches [497](#), [513—514](#)  
 Krismanitsch, Gideon II. [443](#)  
 Krocza, Schlacht II. [73](#)  
 Krubiacius II. [190](#)  
 Krüger, Präsident von Transvaal II. [538](#)  
 Krupp, Alfred, Industrieller II. [409](#)  
 Krumkrieg 405—407  
 Kublich, Hans II. [379](#)  
 Kudrun, Volksepos [386](#)  
 Küstrin, Erschießung Katts II. [110](#) — zerstört  
[131](#) — Kapitulation [247](#)  
 Kuffstein II. [60](#), [233](#)  
 Kullmann, Mientäter II. [497](#)  
 Kulm, Schlacht II. 295 ff  
 Kultur, ihre Entwicklung und Pflege bei den  
 Germanen [33](#) ff — unter den Merowingern  
[103](#) ff — unter Karl d. Gr. [147](#), [149](#) — in  
 den Ordenslanden [451](#) — Rückschlag gegen die  
 deutsche Kulturherrschaft 456—535 — Folgen  
 des dreißigjährigen Krieges für die deutsche K.  
 684 — deutsche Kulturarbeit in Westpreußen  
 II. [163](#) — Verhältnis zum Staat 357—358  
 Kulturlampf II. 495—497, [507](#)  
 Kunersdorf, Schlacht II. [133](#)  
 Kunst unter Karl d. Gr. [153](#) — Entwicklung unter  
 Heinrich III. [224](#) — die deutsche Renaissance  
 599—600 — Bauhütten [522](#) — Gotik 523—525  
 — Baukunst [391](#), 599; II. 97—100, [189](#), 351  
[553](#), — Bildnerel [392](#), [525](#), 600; II. 97—100,  
[189](#), 352, [552](#) — Malerei [392](#), [526](#), 600; II.  
 97—100, [189](#), 352, [551](#) — Kunstgewerbe 600  
 Kunz von Kaufungen 478  
 Kurfürstenkollegium, Entstehung 355  
 Kurverein von Reut [417](#)  
 Kuruzen II. [39](#), [43](#)  
 Kutenberg, Verteidigung 407  
 Kutschul-Mainardsche, Friede II. [164](#), [168](#)  
 Kutusow, russ. General II. [233](#) ff, 289  
 Kyriillos, Apostel der Mährer 160

## L.

Labiau, Vertrag II. [12](#)  
 Lachmann, Karl, Philologe II. 346  
 Ladenburg II. [48](#)  
 Ladislaus Postumus, Sohn Albrechts II. [475](#)  
 Ladislaus IV., Ungarnkönig [402](#)  
 La Haye, Schlacht II. 309  
 La Hogue, Seeschlacht II. [49](#)  
 Laibach, Monarchentongreß II. 326  
 Lamarmora, italienischer Generalstabschef II. [442](#)  
 Lamberg, General II. 380  
 Lamormaini, Weichtwater Ferdinands II. 639, 645,  
 655  
 Lamprecht, K. II. [547](#)  
 Landau II. 60, 64—65, [202](#) — an Bayern 310  
 Landen, Schlacht II. [49](#)  
 Landsfeld, Gräfin von II. 360, 363  
 Landshtut, Schlacht II. [134](#) — Universität [256](#) —  
 Schlacht [266](#)



Landsknecht [498](#)

Landsknechte [506](#)

Landtag, vereinigt in Preußen 358, 373

Landwirtschaft [394](#); II. [78](#), [175](#), 355–356, [408](#), 531–532.

Lange, F. A., Uhrmacher II. [409](#)

Langhans II. [553](#)

Langensalza, Schlacht und Kapitulation II. [441](#)

Langobarden, freie Germanen von der Elbe bis zur Elbe [8](#) — fallen zu den Cheruskern ab [23](#) — ihre Vorgeschichte [98](#) — Gründung eines Reiches in Italien [99](#) — kämpfen mit den Franken gegen die Tschechen [117](#) — im Kampfe mit dem Papsttum [131](#) — Unterwerfung durch Karl d. Gr. [133](#) ff. — s. a. Lombarden

Lannes, franz. General II. [232](#) ff., [234](#), [243](#) ff.

Lantfried, Herzog von Schwaben [119](#)

Laon, Schlacht II. [302](#)

La Rothière, Schlacht II. [302](#)

Lasker, Eduard II. [493](#)

Lascy, österr. General II. [134](#), [165](#), [175](#)

Lassalle, Ferdinand, gründet den deutschen Arbeiterverein II. [411](#), [493](#)

Lateran-Konzile [232](#), [341](#)

Latour, Graf, österr. Kriegsminister II. [380](#)

Laube, Heinrich, Dichter II. [350](#)

Laudon, österr. Feldmarschall II. [131](#)–[134](#), [165](#), [175](#)

Lauburg s. Sachsen-L.

Lauer, österr. Feldzeugmeister II. [218](#) ff.

Laufach, Schlacht II. [449](#)

de Launay II. [171](#)

Laupen, Schlacht [421](#)

Lauremberg, Hans II. [101](#)

Lauriacum (Dorch), Kloster [32](#), [58](#), [82](#), [91](#), [124](#), [189](#) — im Bauernkrieg zerstört [556](#)

Lausitz, Mark [184](#) — im Besitz Polens [200](#) — an Dietrich von Wettin [205](#) — s. a. Wettinische Lande — die Oberlausitz [376](#) — von Kurachsen besetzt 642, 644, 675, 682

Lavater, J. K. II. [184](#)

Leboeuf, franz. Kriegsminister II. [461](#)

Le Bourget, Schlacht II. [473](#) — Ausfall [476](#)

Lebrun, franz. General II. [458](#)

Lechfeld, Magyarschlacht [183](#) — Sieg Gustav Adolfs 666

Ledochowski, Kardinal, Erzbischof von Gnesen II. [495](#)

Legnano, Schlacht 296

Lehmann, Historiker II. [547](#)

Lehnswesen, Anfänge [120](#) — unter Karl d. Gr. [145](#) — Lehnsgesetz [207](#)

Lehwalde, preuß. Marschall II. [126](#)

Leibl, Maler II. [552](#)

Leibniz, Philosoph II. [74](#), [105](#)

Leichardt, Forschungsreisender II. [545](#)

Leiningen II. [157](#)

Leipzig, Entstehung [275](#) — Gründung der Universität [463](#) — Wettinische Teilung [478](#) — von Johann Friedrich belagert 581 — Disputation zwischen Luther und Eck [541](#) — Interim 584 — als Handelsplatz 597 — Konvent 663 — Eroberung durch Torstenson 679; II. [79](#) — wird Sitz des deutschen Buchhandels [94](#) — Par-

tagekräftat 116 — von Reichstruppen besetzt [133](#)

— Akademie [151](#); [185](#), [189](#) — Völkerschlacht 296

— 300 — revolutionäre Bewegungen 333, 359

— Sitz des Reichsgerichts [498](#)

Le Mans, Schlacht II. [477](#)

Lenau, Nikolaus, Dichter II. [363](#)

Lenbach, Maler II. [551](#)

Le Nôtre II. [98](#)

Lenz, Historiker II. [547](#)

Leo I., Kaiser von Ostrom [79](#)

Leo III., Kaiser von Byzanz [131](#)

Leo I., Bischof von Rom [78](#)

Leo III., Papst 140 ff.

Leo IX., Papst [212](#), [215](#)

Leo X., Papst [537](#)

Leo XII., Papst II. [339](#)

Leo XIII., Papst II. [507](#), [512](#), 541–542

Leoben, Waffenstillstand II. [212](#)

Leopold I. von Baden II. [360](#)

Leopold II. von Baden II. [335](#), [402](#).

Leopold II. von Belgien II. [511](#)

Leopold von Dessau, preuß. General II. [63](#), [67](#), [70](#), [75](#), 80, [110](#), [117](#)

Leopold, Erzherzog von Österreich II. [443](#)

Leopold, Graf von Hochberg II. [317](#)–[318](#) — Anerkennung seiner Erbfolge in Baden 322 — s. ferner Leopold II. von Baden

Leopold I., deutscher Kaiser, seine Wahl II. [12](#)

Leopold II., deutscher Kaiser II. [174](#)–[196](#)

Leopold, Sohn Karls VI. II. [69](#)

Leopold II. von Österreich 245–248

Leopold III. von Österreich 260

Leopold IV. von Österreich erhält Bayern 263–264

Leopold V. von Österreich 319

Leopold VI. von Österreich 342

Leopold, Herzog von Österreich, am Morgarten besiegt [412](#) — im Bunde mit Frankreich [414](#)

Leopold von Koburg, lehnt die Krone Griechenlands ab II. [332](#)

Leopold von Kolonitsch II. [41](#)

Leopold, Prinz von Hohenzollern, Thronkandidat für Spanien II. [459](#), [460](#)

Leopold Wilhelm, Erzherzog II. [13](#)

Lepsius, R., Philologe II. [546](#)

Le Luesnay, Physiokrat II. [154](#), [175](#)

Lestien, A., Philologe II. [546](#)

v. Lessel, General II. [536](#)

Lessing, Dichter II. [186](#)

Lessing, R. Fr., Historienmaler II. [352](#), [551](#)

Lestines, Synode [125](#)

Lestocq, preuß. General II. [249](#) ff., [255](#)

Leuthen, Schlacht II. [129](#)

Liberum veto II. [10](#), [160](#), [194](#)

Lichnowsky, Fürst II. [370](#), [377](#)

Licht, G. II. [553](#)

Liebermann, Maler II. [552](#)

Liebertwolkwitz, Schlacht II. [297](#)

Liebig, Justus II. [356](#)

Liebknecht, Wilhelm II. [493](#)

Lichtenstein, Fürst II. [271](#)

Liegnitz, Fürstentum, Aussterben der Pfaffen, an Sabsburg II. [28](#) — Erbansprüche Brandenburgs [38](#), [45](#), [59](#)







Ludwig XVIII. von Frankreich II. 303 — vertrieben 307 — wieder eingesetzt 310  
Ludwig mit dem Höder, Wittelsbacher 476  
Ludwig I. der Friedsame von Hessen 477  
Ludwig III. von Hessen-Darmstadt II. 362, 375  
Ludwig VII. von Hessen-Darmstadt II. 87  
Ludwig VIII. von Hessen-Darmstadt II. 152, 255  
Ludwig d'Outremer von Frankreich 177, 180  
Ludwig III. von der Pfalz 476  
Ludwig IV. von der Pfalz 476  
Ludwig IX. der Reiche, Wittelsbacher 476  
Ludwig der Stammer 162  
Ludwig I., der Springer, von Thüringen 256—  
257, 273  
Ludwig III. von Thüringen 319 ff  
Ludwig I. von Ungarn 457  
Ludwig II. von Ungarn 563  
Ludwig, Bruder Friedrichs I. von Preußen II. 46  
Ludwigsburg, Erbauung II. 89, 97, 318  
Ludwigskanal II. 354  
Lübeck, Gründung 301—302, 305, 307, 313, 320 —  
Aufschwung 329 — unter dänischer Oberhoheit  
334 — an Deutschland zurück 345 — wird  
freie Reichsstadt 346 — an der Spitze der nord-  
deutschen Städte 437 — unter dänischer Schutz-  
herrschaft 441 — demokratische Umwälzung  
568—569 — Friede 656; II. 95, 179 — Wülfers  
Kapitulation 247  
Lüble, W. II. 547  
Lüderitz, Needer aus Bremen II. 510  
Lüneburg, Gefecht II. 289  
Lüttich II. 60, 62  
Lüttelburger f. Luxemburger  
Lützen, Schlacht 668  
Lützen, N. v. II. 547  
Lützen, Major von II. 285, 291  
Luzier 8  
Lugosaco, Schlacht 117  
Lugos in Siebenbürgen, Schlacht II. 51  
Luise von Degenfeld II. 88  
Luise von Mecklenburg-Strelitz, Königin von Preu-  
ßen II. 226, 229, 237, 241 ff, 248 ff — Zu-  
sammenkunft mit Napoleon 253, 259 — ihr  
Tod 273  
Luise Henriette von Oranien, Gemahlin des Großen  
Kurfürsten II. 8, 45  
Luise von Preußen, Tochter des Prinzen Wilhelm,  
Gemahlin Friedrichs von Baden II. 403  
Luitpold, Markgraf von der Ostmark 165—166  
Luitpold, Prinz von Bayern II. 480 — Regent  
486, 513  
Luitprand, Langobardenkönig 131  
Lund, Friede II. 37  
Luneville II. 218 — Friede 219  
Luthardt, E., Theologe II. 413  
Luther, Martin 536—579  
Luthertum in der Kurpfalz 620  
Lutter am Barenberge, Schlacht 654  
Lutterberg, Schlacht II. 136  
Luxemburg, franz. Marschall II. 48—49  
Luxemburger, Stammlande 409 — erwerben Böh-  
men 409 — ihre Politik 415 — Ausbau ihrer  
Hausmacht durch Karl IV. 422 — erwerben  
Brandenburg 423 — sterben aus 470

Luxemburg, Großherzogtum II. 306, [456](#)  
Luxemburg, Bundesfestung II. 316  
Non, Konzil 352—353

## 97.

Maasarmee II. [467](#)  
 Maassen, preuß. Finanzminister II. [329](#)  
 Maasricht, Schlacht II. [118](#) — an Holland [169](#), [201](#)  
 Macdonald, franz. General II. [216](#), [280](#), 283—284, 292, 294  
 Maciejowice, Schlacht II. [204](#)  
 Mack, österr. General II. [232](#) ff  
 Mac Mahon, franz. Marschall II. [460](#), [464](#) ff  
 Madrid, Friede [559](#)  
 Mähren, Slawen, nördlich von der Donau [101](#) —  
 — das groß-mährische Reich 160—165  
 Mähren, Germanisierung [379](#) — an die Sababurger [407](#) — katholische Reaktion 631, 645  
 Mährisch-Neustadt, Zusammenkunft Josephs II. mit Friedrich II. II. [161](#)  
 Märzerrungenschaften II. [363](#)  
 Märzministerien II. [363](#), [374](#)  
 Märzrevolution in Wien II. [364](#) — in Berlin [365](#)  
 Magdeburg, Erzbistum, gegründet von Otto I. [185](#), [188](#) — wird protestantisch [575](#) — von Moritz von Sachsen belagert 585 — Handelsplatz 597 — von Tilly zerstört 663 — an Brandenburg 681; II. [15](#), [17](#), [19](#), [22](#), 30, [94](#) — Kapitulation im Jahre 1806 [247](#)  
 Magenta, Schlacht II. [419](#)  
 Magnano, Schlacht II. [215](#)  
 Magnentius, Gegner Konstantins [57](#)  
 Magnus, Herzog von Sachsen, Billunger 235 - [237](#), [239](#)  
 Magyaren, ihr erstes Auftreten [164](#) - 165 — vernichten das großmährische Reich und verheeren Deutschland 165—166 — von Heinrich I. bei Merseburg geschlagen [175](#) — fallen in Süddeutschland ein [182](#) — von Otto I. am Lech geschlagen [183](#), vgl. Ungarn  
 Mahmud, Sultan II. [332](#)  
 Maholm, Schlacht [499](#)  
 Majestätsbrief 633  
 Maigesetze II. [496](#)  
 Mailand, im Kampf mit Friedrich Barbarossa 288—291 — von den Franzosen besetzt 497—499, [550](#), [559](#), [563](#) — von den Österreichern geräumt II. [365](#) — Einzug Napoleons III. und Viktor Emanuels [419](#)  
 Mainz, das alte Magontiacum [16](#) — von Vandalen und Alanen erstürmt [69](#) — Erzbistum Winfrieds [125](#), [143](#) — Synode [161](#) — Pfingstfest Friedrich Barbarossas 314 — Reichstag Friedrichs II. 347; II. [48](#), [158](#), [194](#) — Kaiserkrönung Franz II. [197](#) — Einnahme durch Cusine [199](#) — durch die Preußen [201](#) — von den Franzosen eingeschlossen [209](#), [213](#) — an Hessen-Darmstadt 306 — Bundesfestung 316  
 Majordomat der Karolinger [117](#)  
 Malmö, Friede 500 — Waffenstillstand II. 375—376  
 Malplaquet, Schlacht II. [64](#)



Malsch, Schlacht II. [209](#)  
 Malta, von Napoleon weggenommen II. [214](#) —  
 von den Engländern genommen [219](#)  
 Manesse, Rüdiger [520](#)  
 Manfred, Sohn Friedrichs II. von Hohenstaufen 354  
 Mannheim II. [47–48](#), 87–[88](#), [97](#), [154](#)  
 Mannus, Sohn des Tuisto 7  
 Mansfeld s. Ernst v. M. und Hojer v. M.  
 Manteuffel, Freiherr Otto von, preuß. Minister  
 II. 396–397 — entlassen [417](#)  
 Manteuffel, Edwin von, preuß. General II. [436](#),  
 440, [448](#) ff., [475](#) ff. — Statthalter in Elsaß-  
 Lothringen [491](#)  
 Mantua, Konzil 573 — Erbfolgestreit 658–659  
 von Napoleon erobert II. [211](#), [216](#)  
 Marbod, Herzog, später König der Marcomannen  
[14](#) — führt sein Volk nach Böhmen [15](#) —  
 gegen Armin [23](#) — von Catualda gestürzt [23](#)  
 Marburg, Gründung der Universität [561](#) — Unter-  
 redung zwischen Luther und Zwingli [564](#)  
 Marc Aurel, röm. Kaiser, kämpft mit den Marco-  
 mannen [48](#) ff.  
 Marchfeld, Schlacht [403](#)  
 Marks, C., Pförtner II. [547](#)  
 Marcolini, Graf II. [151](#)  
 Marcomannen, freie Germanen am Main 8 —  
 im Heere Ariovists [10](#) — von Marbod nach  
 Böhmen geführt [14](#) — gegen Armin [23–24](#) —  
 Marcomannenkrieg [47](#) ff.  
 Marengo, Schlacht II. [217](#) ff.  
 Margarethe, Erbin von Berg und Ravensberg [477](#)  
 Margarethe von Hohenstaufen, Tochter Friedrichs II.  
 363–364  
 Margarethe Maultasch, Erbin von Tirol, ver-  
 mählt mit Johann Heinrich von Böhmen [415](#)  
 — mit Ludwig von Brandenburg [418](#) — dankt  
 ab [424](#)  
 Margarethe von der Saal 576  
 Margaretha Theresia, span. Prinzessin, Gemahlin  
 Leopolds I. II. [52](#)  
 Margherita, Gemahlin Humberts von Italien  
 II. 490, [504](#)  
 Maria Anna von Österreich II. 90  
 Maria Anna, jüngere Tochter Josephs I. II. 90  
 Maria Antoinette, Königin von Frankreich II. [150](#)  
 Maria Antonia, Gemahlin Max Emanuels von  
 Bayern II. [52](#)  
 Maria Antonia Walpurgis von Bayern, Ge-  
 mahlin Friedrich Christians von Sachsen II. [119](#),  
 150, [164](#)  
 Maria von Bayern, Königin von Sachsen II. [397](#)  
 Maria von Burgund, Tochter Karls d. K. [487](#) —  
 mit Maximilian I. verlobt [489](#) — vermählt 490  
 Maria von Geldern [477](#)  
 Maria Josepha, Tochter Josephs I. II. 111  
 Maria Josepha, Tochter Friedrich Augusts II.  
 II. [119](#)  
 Maria Luise von Österreich, Gemahlin Napoleons I.  
 II. [272](#)  
 Maria, Tochter Jakobs II., Gemahlin Wilhelms III.  
 von Oranien II. [45](#)  
 Maria Theresia, Gemahlin Ludwigs XIV. II. [31](#)  
 Maria Theresia von Österreich, Kaiserin II. [69](#),  
 111–166

Mariage, Schlacht II. [233](#)  
 Marignano, Schlacht [499](#)  
 Marie-aux-Chènes, Erstürmung II. [466](#)  
 Marienburg, Belagerung [458](#) — Vertrag II. 11  
 — an Preußen [162](#)  
 Marienburg bei Würzburg, im Bauernkrieg [556, 558](#),  
 665 — Beschießung durch die Preußen II. 449  
 Marine, deutsche II. [497](#), [513](#), [538](#)  
 Marius, besiegt die Cimbern und Teutonen 5 ff.  
 Mark, Grafschaft, [447](#) — wird lutherisch 610 —  
 an Brandenburg 629  
 Markart, Maler II. [551](#)  
 Marken, zur Zeit Karls d. Gr. 142–149 —  
 Wiederherstellung der Ostmark [183](#) — unter  
 Otto I. [184](#) — die slawischen unter Konrad II.  
[204](#) — die nord- und südöstlichen [275](#)  
 Markward von Anweiler, Reichstruchseß 323, 333  
 Marlborough, engl. General und Staatsmann  
 II. [59–65](#)  
 Marlborough, Herzogin von II. [65](#)  
 Marmont, franz. General II. [218](#), 297 ff., 303  
 Marjan, franz. Gesandter II. 286  
 Marschall, Minister in Nassau II. 318  
 Marser, freie Germanen zwischen Lippe und Ruhr  
 8 — gegen Varus [17](#) — im Kampfe mit Ger-  
 manicus [20](#)  
 Marschallinseln II. [512](#)  
 Mars-la-Tour, Schlacht II. [466](#)  
 Martens, G. F. II. 190  
 Martin V., Papst [465](#), [469](#)  
 Martineschi, Schlacht II. [173](#)  
 Martini II. [149](#)  
 Martiniz, böhmischer Reichsrat 639  
 Marx, Karl II. [493](#)  
 Maslov, Geschichtsschreiber II. [106](#)  
 Masella, Münchener Nuntius II. [507](#)  
 Masowien, s. Konrad v. M.  
 Massalioten 6  
 Massena, franz. General II. [212](#), 215–217, [233](#),  
[266](#), [268](#)  
 Massenbach, Generalstabschef II. [246](#) ff.  
 Maymann, J. S. II. 321  
 Mathilde von England 292, 305  
 Mathilde, Gemahlin Heinrichs I. [175](#), [178](#)  
 Mathilde von Toscani [215](#), [236](#), [245](#), [247](#), [250](#),  
[257](#)  
 Mathildische Güter [257](#), 260, 290, 295, 297, 316  
 Mathy, Karl II. 335, 360, 370–371 — Minister  
 in Baden II. [448](#), [454](#)  
 Matthias, deutscher Kaiser 633–635  
 Matthias Corvinus, König von Böhmen und  
 Ungarn [476](#), [488](#), 491–492  
 Matthias, Graf von Thurn 639  
 Matthys von Leyden, Wiedertäufer [572](#)  
 Max, G., Maler II. [552](#)  
 Max Emanuel, Kurfürst von Bayern II. [41](#) ff.,  
[52](#) ff., [60](#) ff., 90  
 Max Joseph, Kurfürst, später König von Bayern  
 II. [154](#) ff., [164](#), [218](#), [232](#), [255–257](#), [272](#) —  
 gewährt seinem Vande eine Verfassung 317  
 Maxen, Finkenfang II. [133](#)  
 Maximian, röm. Kaiser [54](#)  
 Maximilian I., deutscher Kaiser 496–501 — in  
 den Niederlanden [490](#), [492](#) — seine Königs-



wahl [492](#) — erwirbt Tirol [493](#) — seine Persönlichkeit [495](#)  
 Maximilian II., deutscher Kaiser 609—616  
 Maximilian I. von Bayern 626, 643 ff., 647 — erhält die Kurwürde 648 — erhält die Oberpfalz 655, 666 ff. — schließt den Ulmer Frieden 680  
 Maximilian II., König von Bayern II. [363](#), [402](#)  
 Maximilian, Erzherzog von Österreich II. [403](#) — in Oberitalien als Bizetönig [407](#) — Kaiser von Mexiko [436](#) — erschossen zu Queretaro [456](#)  
 Maximilian Franz, Erzherzog von Österreich II. [158](#), [169](#)  
 Maximus, Kaiser von Westrom [65](#)  
 Maybach, Albert, Minister II. 501—502  
 Mayer, R., Physiker II. [544](#)  
 Mayer, C., Historiker II. [546](#)  
 Mazzini, Joseph II. 336  
 Mechthild von Holstein [440](#)  
 Medlenburg, den Obotriten abgenommen 298 ff., 375, [438](#) ff. — die medlenburgischen Fürsten zu Herzögen erhoben [443](#) — im dreißigjährigen Kriege 655 ff. — im nordischen Kriege II. [67](#) ff., [72](#) — Teilung in M.-Schwerin und M.-Strelitz [83](#) — Friede zu Hamburg [136](#), [152](#), [179](#) — Anschluß an Preußen 289 — Aufhebung der Leibeigenschaft 320 — liberale Bewegungen 375 — Wiederherstellung der ständischen Verfassung [402](#)  
 Medici in Florenz II. [72](#)  
 Megede, U. v. II. [551](#)  
 Meerssen, Vertrag [159](#)  
 Megerte, Ulrich II. [101](#)  
 Mehadia, Schlacht II. [173](#)  
 Meier Helmbrecht von Werner [389](#)  
 Meinders, Franz II. [37](#)  
 Meinede, A., Schulmann II. [413](#)  
 Meinhard I. von Görz 353, 362  
 Meinhard II. von Tirol [402](#) — erhält Kärnten [403](#)  
 Meinhard III. von Tirol [424](#)  
 Meissen, Mark unter Otto I. [184](#) — an Böhmen, von Ederd wieder gewonnen [192](#) — an Polen 197—198 — an Heinrich von Eilenburg [249](#) — Besiedelung 304, [477](#)  
 Meister, R., Philologe II. [546](#)  
 Meisterlang [520](#)  
 Meisen, A. II. [547](#)  
 Melac, franz. Marschall II. [48](#)  
 Melanchthon [541](#), 613 ff.  
 Melas, österr. General II. 216—217  
 Memel, Zusammenkunft Friedrich Wilhelms III. mit Alexander I. II. [221](#) — Flucht der Königin Luise [249](#), [251](#)  
 Mendelssohn-Bartholdy II. 353  
 Mensö, Schlacht [209](#)  
 Mengs, Rafael II. [189](#)  
 Mensdorf-Pouilly, österr. Minister II. [435](#)  
 Mentana, Gefecht II. [457](#)  
 Menzel, sächsischer Kanzlist II. [121](#)  
 Menzel, Adolf, Maler II. [551](#)  
 Menziesbach, Schlacht [498](#)  
 Mercy, General 679—680  
 Mergentheim, Schlacht 680  
 Merian, Matthäus, Kupferstecher II. [98](#)

Merkantilisismus II. [4](#), [182](#)  
 Merowinger, fränkisches Königsgelecht [92](#) ff.  
 Merseburg, Magyaren Schlacht [175](#) — Mark [184](#) — Bistum 194—195, [199](#)  
 Merveldt, österr. General II. [233](#), 298  
 Messenhausen II. [381](#)  
 Methodios, Apostel der Mährer 160—161, [164](#)  
 Metternich, Fürst, österr. Minister II. [215](#), [271](#)—[305](#), 314—315, 363—365  
 Metz, das römische Divodurum 29—30 — kommt an Frankreich 584, 587, 681 — Schlachten II. [465](#) ff. — Fall der Festung [479](#)  
 Mehler, Georg, Bauernführer [526](#)  
 Meyer, Konrad Ferdinand, Dichter II. [550](#)  
 de Meza, dänischer Oberfeldherr II. [432](#)  
 Michael Apafn von Siebenbürgen II. [30](#), [39](#), [43](#)  
 Mies, Schlacht [469](#)  
 Miesko, Polenherzog, 199—200  
 Mikolajewski, Polenfürher II. 366—367 — im badiſchen Aufstande [389](#)  
 Mieczyslaw (Miesko), Herzog von Polen [185](#)  
 Miltiz, Freiherr von, in Altenburg Unterredung mit Luther [540](#)  
 Minden an Brandenburg II. [8](#), [15](#) — Schlacht II. [132](#)  
 Minoriten f. Franziskaner  
 Miquel, Finanzminister II. [530](#)  
 Mirabeau, Graf II. 170  
 Mission, die irisch-schottische [121](#) — die fränkische [122](#) — bei den Slowenen [123](#) — die angelsächsische [124](#), vgl. 127—129 — unter Karl d. Gr. [151](#) — bei den Dänen [156](#) — die deutsche im Norden [160](#) — bei den Mährern [160](#) — bei den Slawen und Dänen [180](#) — im Südosten [189](#) — die nordische und wendische [212](#) — die deutsche unter den baltischen Slawen [262](#) — evangelische II. 343—344  
 Missunde, Gefecht II. [432](#)  
 Mstislaw, Obotritenfürst [200](#)  
 Mstislaw, Obotritenfürst, verbrennt Hamburg [191](#)  
 Mitchell, engl. Gesandter II. [121](#)  
 Mittelrandkanal II. [533](#)  
 Mittermaier, C. F. A. II. [548](#)  
 Mittnacht, Ministerium in Württemberg II. [499](#)  
 Möllendorf, preuß. General II. 200, [203](#), [206](#)  
 v. Möller, Verwalter von Elsaß-Lothringen II. [491](#)  
 Mölln, Schlacht 345  
 Mönchstum f. unter Klöster  
 Mömpelgard, Grafschaft, an Württemberg II. [89](#) an Frankreich [221](#)  
 Möride, Karl II. 349  
 Mörs an Preußen II. [74](#), [221](#)  
 Möser, Fr. A. II. [190](#)  
 Möser, Justus II. [179](#), [190](#)  
 Mohacs, Schlachten [563](#), II. [43](#)  
 Mohl, A. v. II. [548](#)  
 Molbau, von den Russen erobert II. [161](#)  
 Molechott, J., Philosoph II. [413](#)  
 Mollwitz, Schlacht II. [112](#)  
 Moltke, Chef des preussischen Generalstabes, in der Türkei II. 332 — im dänischen Kriege [432](#) — im Kriege gegen Österreich [441](#) ff. — im deutsch-französischen Kriege [458](#) ff. — seine Schriften [547](#)  
 Mommsen, Th., Historiker II. [545](#) [546](#)







Nettelbeck, Joachim II. [252](#)  
 Nettedistrikt an Preußen II. [162](#)  
 Neuenburger Streit II. [407](#)—[408](#), [415](#)  
 Neu-Guinea, deutsche Kolonie II. [512](#)  
 Neuhäusel II. [43](#)  
 Neumann, F., Mathematiker II. [544](#)  
 Neumarkt, Schlacht II. [212](#)  
 Neuschatel, Fürstentum, an Preußen II. [73](#) —  
 wieder abgetreten [237](#) — vergl. Neuenburger  
 Streit  
 Neureuther, G. II. [553](#)  
 Neuschwanstein, Burg II. [500](#)  
 Neuß, Schlacht [489](#)  
 Neustadt in Mähren s. Mährisch-N.  
 Neustrien, Teil des Frankenreiches [97](#)  
 Ney, franz. Marschall II. [232](#) ff., [244](#), [247](#), [250](#),  
[266](#), [296](#), [308](#)  
 Nibelungendichtung [71](#), [78](#), [386](#)  
 Nicolai II. [184](#)  
 Niebuhr, Historiker II. [275](#), [321](#), [339](#), [345](#)  
 Niederlande (vergl. Holland) an die Wittelsbacher  
[418](#)—[419](#) — an Burgund [476](#) — an die Habs-  
 burger [490](#) — Voderung des Zusammenhanges  
 mit Deutschland [583](#) — Aufstand gegen Spanien  
[595](#), [615](#), [636](#) — Auflösung von Deutschland  
[681](#) — Königreich [306](#)  
 Niels Ebbeson, jütischer Edelmann [442](#)  
 Nienburg, Gefecht II. [230](#)  
 Nikophoros, Kaiser von Ostrom [186](#) ff  
 Nikopolis, Schlacht [459](#)  
 Niklot, Obotritenfürst [298](#), [302](#), [308](#)  
 Nikolaus I., Papst [168](#)  
 Nikolaus V., Papst [415](#), [473](#)—[474](#)  
 Nikolaus von Mecklenburg [440](#)  
 Nikolaus I. von Rußland II. [335](#), [394](#), [396](#), [399](#)  
 Nikolaus II. von Rußland I. [406](#), [532](#)  
 Nikolaus von Salm [363](#)  
 Nikolsburg, Friede [645](#), [649](#) — 1866 Vorfriede  
 II. [447](#)  
 Nils Zuel, dänischer Admiral II. [35](#)  
 Nimes, Edikt [658](#)  
 Nisch, Schlacht II. [43](#), [73](#)  
 Nisch, K. J., Theologe II. [412](#)  
 Niezsche, Fr., Philosoph II. [548](#)  
 Nizza, Waffenstillstand [573](#) — Beschießung [576](#)  
 — an Frankreich II. [422](#)  
 Nobiling, Attentäter II. [502](#)  
 Nöldeke, Th., Philologe II. [546](#)  
 Nördlingen, Schlacht [674](#)  
 Noisseville, Schlacht II. [470](#)  
 Nollendorf, Schlacht II. [295](#) ff  
 Norbert, der heilige, von Magdeburg [262](#)—[263](#)  
 Norddeutscher Bund II. [240](#), [451](#)—[454](#)  
 Nordischer Krieg II. [54](#)—[59](#), [66](#)—[68](#)  
 Nordmark [184](#)  
 Normannen, ihre Raubzüge [159](#), [162](#) — Vertrag  
 mit Karl d. D. [163](#) — von Arnulf v. K. be-  
 siegt [164](#) — erobern England [235](#) — in Unter-  
 italien, vergl. Robert Guiscard, ferner [250](#), [261](#)  
 Nordostseelanal II. [513](#), [533](#)  
 Nouart, Gefecht II. [468](#)  
 Novalis (Gardenberg), Dichter II. [225](#)  
 Novi, Schlacht II. [216](#)

Nowgorod, Handelsplatz [222](#), [329](#), [436](#), [481](#) —  
 von Iwan III. zerstört [486](#)  
 Nürnberg, Reichstag [402](#) — im süddeutschen  
 Städtekrieg [481](#) — Religionsfriede [367](#) —  
 Schlacht [667](#); II. [136](#), [156](#), [210](#), [419](#)  
 Nußdorf bei Wien, Schlacht II. [42](#)  
 Nyborg, Schlacht II. [14](#)  
 Nyttadt, Friede II. [68](#)  
 Nymwegen, das römische Noviomagus [30](#) — Friede  
 II. [36](#)

## D.

Datilo, Herzog von Bayern [118](#)—[120](#), [123](#)—[124](#)  
 Ober-Hollabrunn, Schlacht II. [234](#)  
 Oberpfalz s. Pfalz und Bayern  
 Oberfeld, Schlacht II. [432](#)  
 Obotriten s. Abotriten  
 Octavianus, unterwirft die Donauländer [13](#)  
 Odilo, Abt [194](#)  
 Odin, germanische Gottheit [43](#)  
 Edo von Champagne [206](#), [208](#)  
 Edo, Graf von Paris, König der Westfranken [163](#)  
 Odoakar, zerstört das weströmische Reich [82](#)—[84](#)  
 Odenburger Artikel II. [40](#), [43](#)  
 Otolampadius [561](#)  
 Oland, Seeschlacht II. [35](#)  
 Ols, Fürstentum II. [59](#)  
 Öser, A. F. II. [189](#)  
 Österreich (vgl. a. Habsburger) entstanden aus der  
 bayrischen Ostmark s. daselbst — von Friedrich II.  
 eingezogen [348](#) — an die Babenberger zurück [350](#)  
 — an die Wittelsbacher [353](#) — Kultur [392](#) — an  
 die Habsburger [304](#) — österreichische Verhältnisse  
[629](#) — römische Reaktion [629](#)—[630](#) — Reaktion  
 nach dem böhmischen Krieg [696](#) — Bauern-  
 krieg in Oberösterreich [653](#) — Bildung der  
 österreichischen Großmacht II. [3](#) ff — soziale  
 Verhältnisse unter Leopold I. [25](#)—[28](#) — Deutsch-  
 tum [28](#) — Türkenkrieg [68](#) ff — pragmatische  
 Sanktion [69](#) — Türkenkrieg [73](#) — unter Jo-  
 seph I. und Karl VI. [90](#) — Erbfolgekrieg  
[113](#)—[118](#) — unter Maria Theresia [146](#)—[150](#)  
 — unter Joseph II. [166](#)—[168](#) — mit Rußland  
 gegen die Türkei [173](#) — Teilnahme an den  
 Koalitionskriegen s. daselbst — Erhebung im  
 Jahre 1809, [264](#)—[273](#) — Anteil an den Be-  
 freiungskriegen [291](#)—[311](#) — unter Kaiser Franz  
 und Fürst Metternich [314](#)—[315](#) — Wiener  
 Märzrevolution [363](#)—[365](#) — unter der Herr-  
 schaft der Revolution [379](#)—[382](#), [403](#)—[404](#) — An-  
 teil am Krimkrieg [405](#)—[407](#) — der italienische  
 Krieg [418](#)—[420](#) — Verfassungsversuche [422](#)—[423](#)  
 — Teilnahme am dänischen Krieg [431](#)—[434](#) —  
 Verfassungswirren [435](#) — Krieg mit Preußen  
[438](#)—[450](#) — Neugestaltung [452](#) — neutral im  
 deutsch-französischen Kriege [463](#) — Bündnis  
 mit Deutschland [503](#) — Dreibund [504](#) — poli-  
 tische Zustände [517](#)—[525](#)  
 Öttingen II. [157](#)  
 Öttingen-Wallerstein, bayrischer Minister des  
 Innern II. [359](#)—[360](#)  
 Deverejee, Gefecht II. [368](#), [432](#)



Ofen, das römische Aquincum [32](#) — den Türken abgenommen II. [43](#)  
 Offenbacher Forderungen II. [362](#)  
 Oldenburg, Gründung [202](#) — im Steuerverein [334](#)  
 Oldenische, Verzweiflungskampf der Stedinger [349](#)  
 Oliva, Kloster bei Danzig, Friede II. [14](#)  
 Olivier, Emil, franz. Minister II. [457](#), [465](#)  
 Olmütz, Friede [491](#) — von Friedrich d. Gr. eingenommen II. [114](#) — belagert [131](#) — Gründung der Universität [149](#) — Flucht des österr. Kaiserhofes [381](#) — Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen [397](#)  
 Olshausen, Philologe II. [546](#)  
 Olympia Mancini II. [51](#)  
 Ompteda, G. v. II. [551](#)  
 Opitz, Martin, Dichter II. [100](#)  
 Oppen, General II. [289](#)  
 Oppenheim II. [48](#)  
 Oppenheimer, Süß II. [89](#)  
 Orange s. Krausio  
 Ordensstaat vgl. Preußen  
 Orlamünde, Grafen von [273](#)  
 Orléans, Besetzung durch die Bayern II. [473](#)—[475](#)  
 Orléans, franz. Herrscherhaus auf den Thron Frankreichs gehoben durch die Pariser Juli-revolution II. [332](#) — gestürzt [362](#).  
 Orsini, Attentäter II. [418](#)  
 Ösnabrück, westfälischer Friede [681](#)  
 Ostasien, deutsche Politik in II. [535](#) ff  
 Ostermann II. [96](#)  
 Osterode, Tumulte II. [333](#)  
 Ostfranken, Entstehung [158](#) ff  
 Ostfriesland, Fürstentum II. [38](#) — an Preußen [115](#), [140](#) — an Hannover [305](#)  
 Ostgoten, unter Ermanarich [56](#) — von den Hunnen geschlagen [62](#) — ein Teil in Kleinasien angesiedelt [64](#) — befreien sich nach dem Tode Attilas [78](#) — erobern Italien [83](#)—[86](#) — ihr Reich von Marces zerstört [97](#)  
 Ostmark (bayerische) [139](#), [149](#), [165](#), [183](#), [189](#) — Ostmark (thüringische) [184](#)  
 Ostrach, Schlacht II. [215](#)  
 Ostwald, W., Philosoph II. [549](#)  
 Otto, [5](#), [547](#)  
 Otto, Sachsenherzog [172](#)  
 Otto I., deutscher Kaiser [176](#)—[188](#)  
 Otto II., deutscher Kaiser [186](#), [188](#)—[192](#)  
 Otto III., deutscher Kaiser [191](#) ff  
 Otto IV., deutscher Kaiser [333](#)—[339](#)  
 Otto I. von Brandenburg, Askanier [300](#), [304](#)  
 Otto II. von Brandenburg, Askanier [321](#)  
 Otto III. von Brandenburg, Askanier [374](#) ff  
 Otto von Wittelsbach, Pfalzgraf [286](#)—[290](#) — erhält Bayern [307](#)  
 Otto von Wittelsbach, Mörder Philipps von Schwaben [336](#)  
 Otto II., Wittelsbacher [362](#)  
 Otto, König von Bayern II. [513](#)  
 Otto von Bayern, Sohn Ludwigs I. v. B., nimmt die Krone Griechenlands an II. [332](#)  
 Otto von Freising, Bischof [269](#), [272](#), [279](#), [282](#)  
 Otto von Nordheim, erhält Bayern [231](#)—[234](#) — sein Sturz [236](#); [239](#), [241](#), [244](#), [247](#)—[248](#)

Otto Orseoli, Doge von Venedig [209](#)  
 Otte von Pommern-Stettin [439](#)  
 Ottokar I. von Böhmen [379](#)  
 Ottokar II. von Böhmen [362](#), [373](#)—[374](#), [379](#)—[380](#), [402](#)  
 Ottokar III., Eppensteiner [276](#)  
 Oudenarde, Schlacht II. [64](#)  
 Dubinot, franz. General II. [292](#)—[293](#)  
 Overbeck, Joh., Archäolog II. [546](#)  
 Overbeck, Fr., Maler II. [352](#)  
 Oxenstierna, schwedischer Kanzler [669](#) ff, [681](#)

## P.

Paaschen, Kontreadmiral II. [511](#)  
 Pacifico, englischer Jude in Athen II. [394](#)  
 Paderborn, Reichstage Karls d. Gr. [135](#)—[136](#), [140](#) — an Preußen II. [221](#)  
 Pagani II. [511](#)  
 Paladine, Aurelles de, franz. General II. [475](#)  
 Palazky II. [363](#)  
 Palestro, Schlacht II. [419](#)  
 Palicao-Montauban, franz. Minister II. [465](#), [468](#)  
 Palm, S., Schulmann II. [413](#)  
 Palm, Nürnberger Buchhändler II. [240](#)  
 Palmerston, engl. Premierminister II. [433](#)  
 Pampelona, von Karl d. Gr. erobert [136](#)  
 Papius Carbo kämpft mit den Cimbern [4](#)  
 Pappenheim, kaiserlicher General [653](#), [657](#) — vor Magdeburg [683](#) — bei Breitenfeld [664](#) — fällt bei Lützen [668](#)  
 Papsttum, zur Zeit der Karolinger [150](#)—[154](#), [163](#) — unter Otto I. [186](#) — unter Otto III. [194](#) — Emanzipation vom Kaisertum [232](#), [236](#), [242](#)—[245](#) — Bruch mit Friedrich Barbarossa [289](#) — Erhebung unter Innocenz III. [232](#) — im Kampf mit Friedrich II. [341](#), [350](#) — Übersiedlung nach Avignon [407](#) — im Kampf mit Ludwig dem Bayer [413](#)—[417](#) — seine Unfehlbarkeit II. [494](#)  
 Paracelsus, Theophrastus [605](#)  
 Parcival, Epos [385](#)  
 Paris, Hauptstadt des Frankenreiches [93](#) — Synode [156](#) — Otto II. vor Paris [190](#) — Friede II. [136](#) — erster Einzug der Verbündeten und erster Friede II. [301](#)—[303](#) — zweiter Einzug der Verbündeten und zweiter Friede [310](#) — Julirevolution [332](#) — Kongreß — Einschließung durch die Deutschen II. [472](#) — Entsatzversuche und Fall [475](#)—[478](#) — Einzug der deutschen Truppen II. [481](#) — Aufstand der Kommune [481](#)  
 Parma, Schlacht [353](#) — II. [64](#), [72](#), [118](#)  
 Parádorf, Waffenstillstand II. [218](#)  
 Parthenon in Athen, zerstört II. [44](#)  
 Parthenopäische Republik II. [214](#)  
 Paschalis I., Papst [156](#)  
 Paschalis II., Papst [252](#), [254](#)—[255](#), [257](#)  
 Paschalis III., Papst [292](#) ff  
 Paschasius Rabbertus [168](#)  
 Pasewalk, Kapitulation II. [246](#)  
 Passarowitz, Friede II. [69](#), [173](#)



Passau, Bisthum [124](#), [189](#) — Vertrag [589](#) —  
 Dom II. [98](#) — an Bayern [221](#)  
 Pataria, demokratische deutsch-feindliche Bewegung  
 in der Lombardei [232](#), [242](#), [250](#)  
 Pattull, isländischer Edelmann II. [56](#)—[58](#)  
 Patricius, Missionar [121](#)  
 Paul [I.](#), Papst [133](#)  
 Paul II., Papst [488](#)  
 Paul III. Jarneke, Papst [573](#), [577](#), [583](#)  
 Paul [I.](#) von Rußland II. [212](#), [214](#), [217](#), [219](#)  
 Paullsen, Fr. II. [547](#)  
 Paulus Diaconus [98](#), [152](#)  
 Pavia, von Karl d. Gr. belagert [134](#) — Synode  
[211](#) — Sieg Trundsbergs [550](#)  
 Peking, Erstürmung II. [537](#)  
 Penn, William II. [96](#)  
 Péronne, Fall der Festung II. [477](#)  
 Persano, italienischer Admiral II. [447](#)  
 Perthes, [J.](#) II. [545](#)  
 Perz, Historiker II. [333](#)  
 Perusa, Graf II. [111](#)  
 Pescara, Soldnerführer Karls V. [550](#)  
 Peshel, Oskar, Geograph II. [545](#)  
 Pestalozzi II. [225](#)  
 Peter, [H.](#) Schulmann II. [413](#)  
 Peter von Amiens [251](#)  
 Peter von Aspelt s. Aspelt  
 Peter von Cheltschiz, Stifter der böhmisch-mähri-  
 schen Brüder [529](#)  
 Peter der Große von Rußland im nordischen  
 Kriege II. [54](#)—[59](#), [66](#)—[68](#)  
 Peter II. von Rußland II. [135](#)—[136](#)  
 Petermann, A. II. [545](#)  
 Peters, Karl II. [509](#)—[510](#)  
 Petersberg bei Halle II. [74](#)  
 St. Petersburg, Gründung II. [59](#), [96](#) — Vertrag [200](#)  
 Peterwardein, Schlacht II. [68](#)  
 Petrus, König von Ungarn [209](#)—[210](#)  
 Petrus de Vineis, Kanzler Friedrichs II. [354](#)  
 Pettenkofer, M., Mediziner II. [544](#)  
 Peuder, General II. [389](#), [398](#)  
 Feuerbach, Georg von [533](#)  
 Peutinger, Humanist [533](#)  
 Pfalz, Kurfürstentum, wird calvinistisch [614](#) —  
 Bündnis mit Kurpfalz [621](#) — pfälzische  
 Politik [622](#) — pfälzischer Krieg [649](#) — verliert  
 die Oberpfalz und die Kurwürde an Maximilian [I.](#)  
 von Bayern [655](#) — Restitution als achties Kur-  
 fürstentum [682](#) — dritter Raubkrieg Ludwigs XIV.  
 II. [44](#)—[50](#) — Kurpfalz [87](#)—[88](#) — erhält die  
 Oberpfalz wieder [4](#), [63](#) — mit Bayern ver-  
 einigt [154](#) — die linksrheinische an Frankreich  
[221](#) — wieder an Bayern [306](#) — Union [338](#)  
 — Aufstand [387](#)—[389](#)  
 Pfalz-Neuburger II. [13](#) — sterben in Jülich-Berg  
 aus [70](#), [154](#)  
 Pfalz-Simmern II. [88](#)  
 Pfalz-Sulzbach II. [70](#), [72](#)  
 Pfalz-Zweibrücken II. [13](#) — gelangt auf den  
 Thron Schwedens [10](#) — auf den Thron  
 Bayerns [164](#)  
 Pfeifferkorn, Johann [534](#)  
 Philander von Sittewald, Dichter II. [101](#)

Philipp, spanischer Infant, erhält Parma und  
 Placenza II. [118](#)  
 Philipp II. August von Frankreich, im Bunde  
 mit den Hohenstaufen [315](#), [321](#)  
 Philipp von Hessen, Landgraf [557](#), [559](#), [561](#), [569](#)  
 — führt Herzog Ulrich in sein Land zurück [572](#)  
 von Karl V. gewonnen [576](#) — im Schmalkaldi-  
 schen Kriege [579](#) ff — seine Gefangennahme  
[582](#) — nimmt das Interim an [584](#) — wieder  
 frei [587](#)  
 Philipp IV. von Frankreich [407](#)  
 Philipp von Schwaben, deutscher Kaiser [333](#) — [336](#)  
 Philipp der Gute von Burgund [476](#), [487](#)  
 Philipp von Burgund, Sohn Maximilians I. [500](#)  
 Philipp II. von Spanien [584](#), [588](#)  
 Philipp IV. von Spanien II. [31](#)  
 Philipp V. von Anjou, König von Spanien  
 II. [52](#) [66](#)  
 Philipp von Orleans, Bruder Ludwigs XIV.  
 II. [45](#), [47](#), [63](#)  
 Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg II. [25](#), [31](#), [88](#)  
 Philippsburg II. [36](#), [47](#), [60](#), [72](#)  
 Philosophie s. unter Wissenschaft  
 Pfizer II. [361](#)  
 von der Pfordten, bayr. Minister II. [402](#)  
 Pforzheim II. [154](#)  
 Pfiel, E. v., preuß. General II. [367](#) — Minister  
[377](#) — [378](#)  
 Placenza II. [64](#), [118](#) — Schlacht [216](#)  
 Piasten, polnisches Herrschergeschlecht [457](#) — in  
 Schlesien [415](#) — sterben aus in Liegnitz, Brieg,  
 Wohlau II. [28](#)  
 Piccolomini, kaiserlicher Feldherr im dreißig-  
 jährigen Kriege [673](#), [679](#)  
 Piccolomini, österr. General II. [44](#)  
 Pischegru, franz. General II. [202](#), [204](#), [207](#), [209](#)  
 Picten, Kelten in Britannien [80](#)  
 Piemont, Anteil am dritten Raubkriege Ludwigs XIV.  
 II. [44](#) — [50](#) — am spanischen Erbfolgekriege  
[53](#) — [65](#) — erhält Sardinien [69](#), [211](#), [214](#), [216](#)  
 — Anteil am Krynckriege II. [406](#) — [407](#), an der  
 Erhebung Italiens [418](#)  
 Pietismus [103](#)  
 Pilgrim von Passau [189](#)  
 Pillersdorf, österr. Minister II. [379](#)  
 Pillnitz II. [99](#) — Zusammenkunft Leopold II. und  
 Friedrich Wilhelms II. [195](#)  
 Piloty, Maler II. [551](#)  
 Pinerolo II. [48](#), [50](#)  
 Pippin der Ältere von Landen [116](#) ff  
 Pippin der Mittlere von Herstal [117](#) ff  
 Pippin der Jüngere, Majordomus [119](#) ff —  
 König der Franken [131](#) ff  
 Pippin, Sohn Karls d. Gr. [134](#), [138](#), [140](#), [154](#)  
 Pippin, Sohn Ludwigs d. Jr. [156](#) ff  
 Pirtheimer, Humanist [531](#), [543](#), [555](#)  
 Pirmaßens, Schlacht II. [202](#)  
 Pirmin, Missionar [121](#)  
 Pirna, Kapitulation des sächsischen Heeres II. [122](#)  
 Pisa, Konzil [460](#)  
 Pitt, William, engl. Minister II. [124](#), [130](#), [135](#)  
 Pius II., Papst [481](#), [488](#)  
 Pius VI., Papst II. [167](#)  
 Pius VII., Papst II. [325](#), [339](#)



- Pius IX., Papst II. [457](#), [476](#), [507](#)  
Pius X., Papst II. [549](#)  
Placidia, Schwester des Honorius 68—73  
Platen, Graf Aug., Dichter II. 350  
Plancenott, Dorf bei Belle-Alliance, Schlacht II. 309  
Plectrudis, Gemahlin Pippins d. M. [118](#)  
Pleskau, Schlacht [499](#)  
Pleskow, Staatsmann Lübeds [446](#)  
Plessis-Biquet, Schlacht II. [472](#)  
Plettenberg, Walther von [449](#)  
Plotho, Freiherr von, preuß. Gesandter II. [128](#)  
Podobna, Schlacht II. 280  
St. Pölten II. [113](#)  
Pöppig, Forschungsreisender II. [545](#)  
Pöppelmann, Daniel II. [99](#)  
Poitiers, Chlodwig, besiegt die Westgoten [94](#), vgl. Tours und P.  
Polischwitz, Waffenstillstand II. 291  
Pola, österr. Kriegshafen II. [403](#)  
Polaben, Slawen zwischen Ostsee und Erzgebirge 101  
Polen, Slawen zwischen Ostsee und Erzgebirge 101  
— von Gero tributpflichtig gemacht [184](#) —  
Dobeslaw L. gründet ein selbständiges Reich [196](#)  
— Kriege mit Heinrich II. 198—200 — mit Konrad II. [204](#) ff. — Lothar stellt die deutsche Lehnsoberhoheit wieder her 263—266, 287 — Germanisierung [378](#) — Rückgang des Deutschtums [448](#) — Reformation 613 — polnisch-litauische Union [457](#) — nimmt Litland 617 — im Kampf mit Gustav Adolf 649, 659 — unter dem Hause Wasa 636 — schwedisch-polnischer Krieg II. 10—14 — Anteil am nordischen Kriege 56—59, 66—68 — Thronfolgekrieg [71](#) — 72 — Bürgerkrieg 159—160 — erste Teilung 161—162 — Abschaffung des Liberum veto [194](#) — Krieg mit Rußland [196](#) — zweite Teilung 200 — Erhebung und Untergang [203](#), [206](#) — dritte Teilung [208](#) — Aufstand [247](#), [249](#) — Revolution 332 vgl. Warschau  
Polenz, W. v. II. [551](#)  
Poltawa, Schlacht II. [66](#)  
Pommerellen, slawisches Fürstentum 299, 375, [438](#) ff.  
Pommern, tritt in den deutschen Reichsverband unter Friedrich Barbarossa 299 — germanisiert 365, 374—375, 438—439 — reichsunmittelbar [443](#) — Schweden erhält Vorpommern 681 — Brandenburg nurinterpommern 681; II. 8—9 — Eroberung durch den gr. Kurfürsten [35](#) — auch Vorpommern an Preußen [68](#), 305  
Pompadour, Marquise von II. [121](#)  
Pomul, Johannes von [459](#)  
Ponjatowski, Fürst II. [266](#), 292, 300  
Pontarlier, Waffenstreckung der Armee Bourbonais II. [478](#)  
Poppo, Friesenherzog [119](#)  
Port Arthur, Seefestung II. [536](#)  
Portig, G., Philosoph II. [549](#)  
Posen, Stadt, Friede II. [249](#) — wird Festung 316 — Anschlag der Polen 359  
Posen, Provinz, an Preußen II. 305 — polnischer Aufstand 367  
Pössenhofen, Waffenstillstand II. 210  
Postwesen II. [497](#)  
Potodi, Felix II. [197](#)  
Potsdam, Edikt II. [44](#) — Tod des gr. Kurfürsten [46](#), [121](#), [134](#) — Grabstätte Friedrichs d. Gr. [170](#) — Vertrag [235](#), [246](#)  
Prämonstratenser, Mönchsorden [274](#)  
Prag, erste Universität Deutschlands, gegründet von Karl IV. [424](#) — Auszug der Deutschen [463](#) — Schlacht am Weißen Berge 643 — Friede 675, 678 — von den Franzosen erstürmt II. 113—116 — Straßenkampf [380](#) — Friede [450](#) — Verdrängung der Deutschen [522](#)  
Praga, Erstürmung durch die Russen II. [204](#)  
Prager Artikel [468](#)  
Prager Kompaktaten [470](#)  
Pragmatische Armee II. [115](#)  
Pragmatische Sanction II. [69](#), 111  
Prell, Maler II. [552](#)  
Preller, Fr., Maler II. [551](#)  
Preller, Philolog II. 346  
Prenzlau, Kapitulation II. [246](#)  
Prestburg, Ordnung Maria Theresias II. [113](#) — Friede [236](#)  
Preußen, seine alten Bewohner 370 — Unterwerfung und Kolonisation 371—374 — der deutsche Ordensstaat auf seiner Höhe [447](#) — Kämpfe mit den Litauern [449](#) — seine Verfassung und Verwaltung [449](#) — seine Kultur [451](#) — Gefährdung und Verfall der Ordensmacht [457](#) — Auflösung des Ordensstaates 482 — weltliches Herzogtum [555](#) — an Brandenburg 627 — Lösung von der polnischen Lehnshoheit II. 12—14 — Verwaltung unter dem gr. Kurfürsten [16](#) — Königreich [54](#) — Anteil am nordischen Kriege 66—68 — unter Friedrich Wilhelm L. 70—71, 73—82 — Kunst [98](#) — Entwicklung zur Großmacht [107](#) ff. — erhält Westpreußen und den Regensburger [162](#) — unter Friedrich Wilhelm II. 170—172 — innerer Verfall 226—230 — von Napoleon zertrümmert 240—254 — Reformen 259—263 — Erhebung 284—288 — Anteil an den Befreiungskriegen 288—311 — Neuordnung 327 — Verfassungskämpfe 320 — Finanz- und Zollwesen 329 — auswärtige Politik 331—332 — der Vereinigte Landtag 358—359 — Sieg des Königtums [377](#) — Reaktion gegen den Liberalismus 399—400 — Haltung im Krimkrieg 405—407 — im italienischen Kriege [418](#)—[420](#) — Heeresreorganisation [423](#)—[424](#) — Krieg von 1866 438—451  
Preußisch-Eylau, Schlacht II. [250](#)  
Preußisch-Friedland, Schlacht II. [253](#)  
Pribislav, Obotritenfürst 298 ff., 302  
Prim, spanischer Marschall II. [459](#)  
Prince-Smith II. [492](#)  
Prinzenraub, sächsischer [478](#)  
Brittisch, K. G. v., preuß. General, schlägt den Berliner Aufstand nieder II. 366 — gegen die Dänen [389](#), [390](#)  
St. Privat, Schlacht II. [466](#)  
Prokesch-Osten, österr. Gesandter in Berlin II. [392](#), [397](#)  
Propst der Große und der Kleine, Puffitenführer [468](#), 470



Protestantismus, Protestation zu Speier [564](#) — im Norden [568](#), [575](#) — in Niederdeutschland [571](#) — in Württemberg [572](#) Fortschritte [574](#) — in den Reichsstädten [609](#) — in den geistlichen Stiften [610](#) — in Bayern und in den habsburgischen Landen [611–613](#) — seine Lage um 1570 [613](#) — theologische Streitigkeiten [613](#) — ständisch-protestantische Bewegung gegen Rudolf II. [632](#) — seine Vernichtung in Frankreich II. [44](#) — vgl. auch Reaktion — die preussische Union [338](#) — evangelische Landeskirchen [343](#) — evangelische Theologie [344](#)  
Prschmysliden, böhmisches Herrscherhaus [208](#) — als Germanisatoren [379–380](#) — sterben aus [407](#)  
Pseudoisidorische Dekretalien [167](#)  
Přstow, Schlacht [499](#)  
Pütter, J. St. II. [190](#)  
Pufendorf, Samuel, Rechtsgelehrter II. [5](#), [25](#), [105](#), [222](#)  
Pullet, Ingenieur II. [253](#)  
Pultusk am Rarow, Schlacht II. [57](#), [249](#)  
Puniz, Schlacht II. [57](#)  
Puttkamer, Oberst II. [251](#)  
v. Puttkamer, Kultusminister II. [505](#), [508](#), [516](#)  
Pyrenäenfriede [683](#); II. [14](#)  
Pythaeas von Massalia [3](#)

## Q.

Quaden, Germanen in Mähren im Kampf mit Marc Aurel [48](#) ff  
Quatrebras, Schlacht II. [308](#)  
Quadrupelallianz II. [67](#)  
Quedlinburg, Grab Heinrichs I. [176](#) — wird protestantisch [575](#) — an Preußen II. [74](#), [221](#)  
St. Quentin, Schlacht II. [477](#)  
Queretaro, Erziehung des Kaisers Maximilian II. [456](#)

## R.

Rabanus Maurus s. u. Hrabanus M.  
Rabener, G. W. II. [185](#)  
Rabenhorst, sächsischer Minister II. [401](#)  
Radagais, germanischer Heerführer, bricht in Italien ein [66](#)  
Radeky, österr. General II. [205](#) — in Oberitalien [381](#), [385](#), [396](#) — wird abberufen [407](#)  
Radowicz, Joseph von, General II. [363](#), [392](#) — Minister des Auswärtigen [396](#)  
Radstadt, Blutgericht [558](#)  
Radziwill, Statthalter von Polen II. [327](#)  
Radziwill, Elisabeth II. [416](#)  
Raginfried, Majordomus [118](#)  
Rahl, Maler II. [551](#)  
Raimund, Ferdinand, Dichter II. [349](#)  
Raimund von Antiochia [267](#)  
Rainald von Dassel, Kanzler Friedrichs I. [287–293](#)  
Rakoczyn I. von Siebenbürgen [680](#)  
Rakoczyn II. von Siebenbürgen II. [12](#)  
Ramillies, Schlacht II. [59](#), [63](#)  
Ramler, Dichter II. [186](#)

Ranke, Leopold von, Historiker II. [345–346](#), [546–547](#)  
Rastatt, II. [48](#) — Friede II. [65](#) — Kongreß II. [213](#) — Gesandtenmord [215](#), [387](#), [389](#)  
Raszyn, Schlacht II. [266](#)  
Ratbod, Friesenherzog [118](#)  
Rathenow, Treffen II. [34](#)  
Ratich, Johann Wolfgang II. [103](#)  
Nationalismus II. [106–107](#), [184](#), [344](#)  
Rapeburg, Fürstentum II. [83](#)  
Rapel, Friedrich, Geograph II. [545](#)  
Raubkriege Ludwigs XIV. erster II. [30](#) — zweiter [31–39](#) — dritter [44–50](#)  
Rauch, Christian, Künstler II. [352](#)  
Raumer, Friedrich, Historiker II. [345](#), [384](#)  
Rauscher, Kardinal II. [404](#)  
Ravenna, Belagerung Theodorichs d. Gr. [84](#) — Schlacht [499](#)  
Ravensberg [610](#) — an Brandenburg [629](#)  
Rawla, Schlacht II. [204](#)  
Reaktion, lutherische in Sachsen [615](#) — römische in den geistlichen Fürstentümern [618](#) — in den clevischen Landen [619](#) — in Österreich [619–630](#) — in Böhmen und Mähren [631](#)  
Reaktion gegen den Liberalismus in Preußen [399–400](#)  
Rebenac, franz. Gesandter II. [44](#)  
Rechberg, österr. Minister II. [431](#), [435](#)  
Rechtspflege bei den Germanen [40](#) — unter den Merowingern [111](#) — unter Karl d. Gr. [144](#) — Aufnahme des römischen Rechts [501](#) — in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. II. [81](#) — Naturrecht [105](#) — unter Friedrich d. Gr. [144](#) — unter Maria Theresia [148](#) — vergl. Reichslammergericht — Rechts- und Gerichtsreform im neuen deutschen Reich [498](#)  
Reformation (vergl. Protestantismus und Reaktion) ihre politische Wirkung [590–592](#)  
Regensburg, Hauptstadt der Bajuvari [92](#) — Bistum [124](#) — Religionsgespräche [574](#) — wird protestantisch [575](#) — Kurfürstentag Ferdinands II. [658](#) — Einnahme durch Bernhard von Weimar [672](#) — Waffenstillstand II. [42](#), [136](#) — Erstürmung durch die Franzosen [266](#)  
Regino, Historiker [169](#)  
Regiomontanus [533](#)  
Rehberg, hannoverscher Kabinettsrat II. [319](#)  
Reichenau, Kloster [121](#)  
Reichenbach, Gräfin, Maitresse Wilhelms II. von Kurhessen II. [333](#)  
Reichenbach, Vertrag II. [174](#), [291](#)  
Reichsadel s. Adel und Ständewesen  
Reichsämtler unter Heinrich III. [216](#)  
Reichsdeputationshauptschluß II. [220](#)  
Reichsgericht in Leipzig II. [498](#)  
Reichsheer, Anfänge unter Maximilian I. [497](#)  
Reichslammergericht [496](#), [499](#), [501](#), [546](#) — Väumung der Reichsjustiz [624](#) — Sitz in Weßlar II. [159](#)  
Reichsland s. Elsaß-Lothringen  
Reichsreform, Plan Heinrichs IV. [323](#) — Scheitern [471](#), [481](#) — unter Maximilian I. [496](#) — Scheitern der ständischen [497–499](#) — Pläne Friedrichs II. von Preußen II. [114](#)



Reichsregiment, errichtet unter Maximilian I. 498  
 — unter Karl V. 546, 551 — Auflösung 552  
 Reichsritterschaft 543, 552  
 Reichsstädte 358; II. 91, 156  
 Reichsteuer 496, 584  
 Reichstag 496 — die Frage der Freistellung 617  
 — die Administratorenfrage 620, 623 —  
 Sprengung im Jahre 1608 625 — ständig zu  
 Regensburg II. 29 — erster in Österreich  
 II. 379—83.  
 Reichstag, deutscher, Eröffnung des ersten II. 481  
 — Stellung des Volkes zu ihm 486 — Stellung  
 der Parteien zu ihm 539  
 Reichsverfassung zur Zeit Karls d. Gr. 143 —  
 Umgestaltung durch Otto I. 178 — unter den  
 Hohenstaufen 308 — Auflösung der ottonisch-  
 staufischen 339—40, 348, 357 — beim Regierungs-  
 antritt Maximilians I. 494 — nach dem west-  
 fälischen Frieden II. 3—7 — ihr Zusammen-  
 bruch 220  
 Reichsverwaltung II. 492  
 Reichsverweiser, deutscher, seine Wahl II. 371  
 Reille, Generaladjutant Napoleons III. II. 469  
 Reimarus, Philosoph II. 184  
 Reinkens, S. II. 412, 494  
 Reinede de Vos, satirische Dichtung 521  
 Reiske, J. J. II. 190  
 Remigius, Bischof von Reims 93  
 Renaissance s. Kunst  
 Rendsburg II. 14, 368  
 Renze, Kurverein 417  
 Restitutionsedikt 656, 675  
 Reuchlin, Humanist 533  
 Reunionen Ludwigs XIV. II. 38  
 Reuter, Fritz II. 336, 550  
 Reutlingen, Schlacht 426  
 Reval, Handelsstadt II. 66  
 Revisionismus II. 539  
 Rheinbund unter Ludwig XIV. II. 30  
 Rheinbund unter Napoleon I. Stiftung II. 238  
 — Eintritt der norddeutschen Kleinstaaten 249 —  
 Zusammenbruch 300  
 Rheinfelden, Ermordung Albrechts I. 408  
 Rheinlande, Kultur 392 — vgl. Städtebündnisse  
 Rheinischer Bund II. 13  
 Rheinpfalz s. Pfalz  
 Rhode, Schuppenmeister von Königsberg II. 16  
 Riade, Schlacht s. Merseburg  
 Ribbed, D. II. 546  
 Richard von Cornwallis 356, 400  
 Richard Löwenherz von England 319 — Gefangener  
 Leopolds von Österreich 321  
 Richelieu, Cardinal, franz. Minister 658, 675  
 Richelieu, Herzog von, franz. General II. 127  
 Richenza, Gemahlin Kaiser Lothars 266  
 Richter, Ludwig, Maler II. 352  
 Richter, Friedrich (Jean Paul), Dichter II. 224  
 v. Richthofen, Forschungsreisender und Geograph  
 II. 545  
 Ricimer, Heersführer germanischer Hilfstruppen  
 79—80  
 Ried, Vertrag II. 296  
 Riehl, W. II. 547, 550  
 Riemann, Mathematiker II. 544

Rietschel, Ernst II. 552  
 Riga, Handelsstadt II. 36, 66  
 Ritschl, A., Theologe II. 542  
 Ritschl, A., Historiker II. 413  
 Ritschl, Fr., Philologe II. 545  
 Ritterbündnisse, süddeutsche 427  
 Ritter, Karl, Philologe II. 346  
 Ritterorden, deutscher 369  
 Ritterstand und Ritterleben 309—312 — ritter-  
 liche Dichtung 384, vgl. Reichsritterschaft  
 Robert Guiscard von Apulien, Normannenführer  
 233, 247—248  
 Robert von Neapel 410 ff, 415  
 Rochefort, Übergabe Napoleons an die Engländer  
 II. 311  
 Rocour, Schlacht II. 118  
 Rocoules, Frau von, Erzieherin Friedrichs d. Gr.  
 II. 108  
 Rodbertus, R. II. 493  
 Römer, Minister in Württemberg II. 362, 375,  
 388  
 Römerzüge, Arnulfs von Kärnten 164 — Ottos I.  
 185—186 — Ottos II. 190 — Ottos III.  
 194—195 — Heinrichs II. 198, 200 — Konrads II.  
 203, 207 — Heinrichs III. 211 — Heinrichs IV.  
 247, 250 — Heinrichs V. 255, 257 — Lothars  
 260, 263 — Friedrichs I. 285, 287, 291, 292,  
 295 — Heinrichs VI. 320, 322 — Ottos IV.  
 337 — Friedrichs II. 351 — Heinrichs VII.  
 409—410 — Ludwigs des Bayern 414  
 Römisches Recht, Aufnahme in Deutschland 501  
 Römische Republik II. 214  
 Roeskilde, Vertrag II. 13 ff  
 Roger II. von Sizilien 261, 263—267  
 Roggenbach, badisches Ministerium II. 402  
 Rohlf, G., Forschungsreisender II. 545  
 Rokitanetz, G., Mediziner II. 544  
 Roland 136  
 Rom, von Alarich eingenommen 68 — von den  
 Vandalen geplündert 79 — von Desiderius ein-  
 geschlossen 133 — Aufenthalt Karls d. Gr.  
 134, 140, vgl. Römerzüge — von Bourbon  
 gestürmt und geplündert 563  
 Romagna II. 64  
 Romantik II. 224—226  
 Romulus Augustulus, letzter weströmischer Kaiser 82  
 Roncalische Beschlüsse 288  
 Roncevalles, Tal, Rolands Tod 136  
 Roncourt, Schlacht II. 466  
 Ronge, Johannes, luth. Priester II. 343  
 Roon, preuß. Kriegsminister II. 401 ff, 460 ff  
 Roquette, Otto II. 550  
 Roscher, Wilhelm II. 492  
 Rosegger, Peter II. 550  
 Rosamunde, Gemahlin Alboins 99  
 Rosenberg, österr. General II. 266, 270  
 Rosenkreuzer II. 185  
 Roszbach, A. II. 553  
 Roszbach, Schlacht II. 127  
 Rosbrunn, Gefecht II. 449  
 Rostock an Mecklenburg II. 152  
 Rotes Kreuz, gestiftet von Henri Dunant II. 422  
 Rothari, Langobardenkönig 99  
 Rothenburg a. L. II. 136



Nothschild, Umschel II. [248](#), 410  
 Nothvitha s. Grotzvittha  
 Notted, R. v. II. 313  
 Rottmann, Bernhard, Wiedertäufer [572](#)  
 Rouvrou, Schlacht II. [204](#)  
 Rouen, Befegung durch deutsche Truppen II. [476](#)  
 Rudau, Schlacht [449](#)  
 Rudolf I. von Habsburg, deutscher König 400—404  
 Rudolf II. von Habsburg, Rudolfs I. Sohn erhält Steiermark [403](#)  
 Rudolf III. von Habsburg, Sohn Albrechts I., erhält Böhmen und Mähren 407—408  
 Rudolf IV. von Habsburg [424](#)  
 Rudolf II., deutscher Kaiser 617, 631—634  
 Rudolf, König von Hochburgund [163](#), 180—181  
 Rudolf III., letzter König von Burgund 199—200, 204—206  
 Rudolf von Rheinfelden von Schwaben [231](#), [241](#), [244](#) — Gegenkönig gegen Heinrichs IV. 245—247  
 Rudolf August von Braunschweig-Wolfenbüttel II. [83](#)  
 Rudolf, Kronprinz von Österreich II. [524](#)  
 Rüchel, preuß. General II. [241](#) ff., [244](#)  
 Rückert, Dichter II. 350  
 Rüdiger, Graf von Starhemberg, Verteidiger Wiens II. [40](#) ff.  
 Rüdiger von Ilgen II. 54  
 Rügen, von den Dänen den Slaven entrißen 299, 302, 308, 365 — an Pommern [443](#) — von dem Großen Kurfürsten erobert II. [36](#), 67—68 — Seesgefecht [433](#)  
 Rugier auf Rügen [8](#) — befreien sich vom hunnischen Joch [78](#) — angesiedelt nördlich der Donau [82](#) — ihr Reich von Odovalar zerstört [83](#)  
 Rumjanzow, russ. Gesandter II. [168](#)  
 Ruprecht I. von der Pfalz [476](#)  
 Ruprecht II. von der Pfalz [476](#)  
 Ruprecht III. von der Pfalz [476](#)  
 Ruprecht von der Pfalz, deutscher König 459—461  
 Ruprecht von Worms, Missionar [122](#)  
 Russel, engl. Minister II. 430  
 Rußland, Angriff auf Livland [500](#) — Thronbesteigung des Hauses Romanow 636 — Anteil am nordischen Kriege II. 54—59, 66—68 — Türkenkrieg II. [73](#) — Anteil am siebenjährigen [115](#), 119—121, [123](#) — unter Katharina II. [159](#) — russisch-türkischer Krieg [160](#) ff. — mit Österreich gegen die Türkei [173](#) — Theilnahme an den Koalitionskriegen s. daselbst — Napoleon in Rußland 278—281 — Theilnahme an den Befreiungskriegen 282—303 — Krieg gegen die Türken 332 — unterstützt Österreich bei der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes [399](#)  
 Strymkrieg 405—407 — Haltung im deutsch-französischen Krieg [463](#) — Krieg mit den Türken [502](#) ff. — in Ostasien  
 Rutowski, sächsischer General II. [117](#), [122](#)  
 Ruyster, holländischer Admiral II. [14](#), [33](#)  
 Ryswyk, Friede II. 50  
 Ryswyker Deklaration II. [134](#)

S.

Saalfeld, Gefecht, Tod des Prinzen Louis Ferdinand II. 243  
 Saarbrücken, an Preußen II. 310 — Gefecht 464  
 Saarlouis, an Preußen II. 310 — wird befestigt 316  
 Sachs, Hans, Meisterfinger 603  
 Sachsen, freie Germanen in Sütland 7 — Zusammenschluß mit anderen Stämmen 49 ff — in Britannien 80 (vgl. Angelsachsen) — ihre Wohnsitze in Deutschland 89, 134 — von Karl d. Gr. unterworfen 134—139  
 Sachsen, Herzogtum, unter den Ludolfingern 171 ff — unter Heinrich III. 212—214 — Aufstand unter Heinrich IV. 239, 241 — unter Heinrich dem Löwen 305 ff — Kultur 393 — nieder-sächsische Lande 439  
 Sachsen, Kurfürstentum, zur Zeit der Reformation 560, 592 — Eindringen des Calvinismus 613 — lutherische Reaktion 615 — Bündnis mit der Pfalz 621, 623 — Anschluß an die Habsburger, erhält die Lausitzen 642—646, 675, 682 — Anschluß an Gustav Adolf 664 ff — Anteil am nordischen Kriege II. 56—59, 71, 84—86 — Kunst 99 — Anteil am österreichischen Erbfolgekrieg 113, 115 — unter Brühl 118 — Anteil am siebenjährigen Kriege 121—138 — unter Friedrich Christian 150—151 — wird Königreich, tritt dem Rheinbunde bei 249, 289 — die nördliche Hälfte im Wiener Kongreß an Preußen 305 — Verlangen nach einer Verfassung 320 — gründet den mitteldeutschen Handelsverein 331 — erhält eine Verfassung 333—334 — Anschluß an den preussischen Zollverein 334 — Parteikämpfe 359, 374 — Aufstand 385—387, 401 — im Jahre 1866 auf Seite Österreichs 442 ff — unter König Albert 499  
 Sachsen-Altenburg II. 402  
 Sachsen-Lauenburg 439 — an Hannover II. 82 — an Dänemark 305 (vgl. Schleswig-Holstein)  
 Sachsen-Wittenberg 439  
 Sacile, Schlacht II. 266  
 Sadingen, Gründung 121  
 Sadowa, Schlacht II. 444—446  
 Säkularisation 610  
 Saladin, Sultan 316 ff  
 Salazar y Mazaredo, spanischer Staatsmann II. 459  
 Salm, Nikolaus von 563  
 Salomo, Bischof von Konstanz 166  
 Salomon von Ungarn 241  
 Salzburg, das römische Juvavum 82, 91 — ältester bayerischer Bischofssitz 123 — Bistum 124 — Erzbistum 143, 189 — Austreibung der Protestanten II. 78 — an den Herzog von Toskana 221 — an Österreich 237, 296 — Zusammenkunft Napoleons III. mit Franz Joseph II. 456  
 Sambor von Danzig 299, 303  
 Sarno, König der Tschechen 116  
 Samoainsel II. 509, 512, 537  
 Sandrart, Joachim von, Maler II. 98



San Germano, Friede 344  
 Sand, M. L., Theologe, ermordet Koyebue II. 322—323  
 Sanfibar II. 549—511 — an England 538  
 Santini Solari II. 98  
 Saragossa 136  
 Sarazenen s. Araber  
 Saffbach, Schlacht II. 36  
 Saturninus, Legat des Tiberius 16  
 Saucourt, Schlacht 162  
 Savigny, Jurist II. 275, 345  
 Savonen an Frankreich II. 422 (vgl. Piemont)  
 Schad, Graf II. 550  
 Shadow, Gottfried II. 352  
 Schäffle, Albert II. 492, 518  
 Schärding II. 62  
 Schaffgotsch, Fürstbischof von Breslau II. 145  
 Schandau II. 122  
 Scharnhorst, G. F. II. 204, 232, 234 — preuß. Stabschef 241, 243, 245, 247, 250 ff — Reform der preuß. Heeresverwaltung 261, 264, 273, 278 ff, 289, 291  
 Schauenburger, Grafen, in der sächsischen Mark, später in Holstein 273 — spalten sich in zwei Linien 439—441 — im Kampfe um Schleswig 484  
 Scheffel, Viktor, Dichter II. 549  
 Schell, S., Theologe II. 542  
 Schelling, Philosoph II. 225  
 v. Schenkendorf, Dichter II. 224, 288  
 Scherer, W. II. 547  
 Scherlin, Sebastian 579  
 Schill, Ferdinand von II. 252, 267—268  
 Schiller, Dichter II. 188, 223  
 Schilling, Johannes II. 552  
 Schimonofski, Friede II. 536  
 Schindewolf, Henning, Ordensmarschall 449  
 Schintzel, Baumeister II. 351  
 Schlading, Schlacht II. 558  
 Schlagintweit, Gebrüder, Forforschungsfreisende II. 545  
 Schlegel, M. W. II. 224, 325  
 Schlegel, Fr. II. 224 ff, 325  
 Schleicher, M., Philologe II. 546  
 Schleiden, M. S., Botaniker II. 544  
 Schleiermacher, Theologe II. 225, 275 ff, 344  
 Schlesien, Abtrennung von Polen 266, 287 — Germanisierung 304, 377 — an Böhmen 422 — von Sachsen besetzt 642—646 — Bedrohung des Protestantismus II. 28 — Erbansprüche Brandenburgs 38, 45 — Durchzug Karls XII. 58—59 — an Preußen durch die drei schlesischen Kriege 112—114, 115—118, 121—138 — Verwaltung unter Friedrich d. Gr. 140 — Festungskrieg beim Einfall der Franzosen 251  
 Schleswig, Mark 176 — an Dänemark abgetreten 206 — mit Holstein verbunden 440, 447 — an Dänemark 485; II. 84  
 Schleswig-Holstein, Herzogtümer II. 360—361 — Erhebung gegen Dänemark 367—368, 375—376, 389—391 — Preisgebung 393—395 — Unterwerfung 398—399 — Befreiung von der dänischen Herrschaft 427—428, 430—434 — an Preußen 451  
 Schliemann, S., Altertumsforscher II. 545

Schlözer, M. L., II. 190—191  
 Schlosser, Historiker II. 346  
 Schlüter, Andreas, Künstler II. 98—99  
 Schmalkaldischer Bund 566 — Forderung desselben 576 — Konflikt mit dem Kaiser 577 — Artikel 573 — Krieg 578—587  
 Schmeller, Philologe II. 346  
 Schmerling, M. v., österr. Minister II. 423  
 Schmettau, General Friedrichs d. Gr. II. 121, 133  
 Schmid, M. II. 547  
 Schmidt, Erich II. 547  
 Schmidt, Julian II. 547  
 Schmidt, F. II. 553  
 Schmoller, Gustav II. 500, 547  
 Schnaase, M. II. 547  
 Schnedenburger, Dichter der Nacht am Rhein II. 342  
 Schneegans, August II. 491  
 Schnorr, Julius, Maler II. 352  
 Schönborn, Johann Philipp von II. 30  
 Schönbrunn, Vertrag II. 237 — Friede 271  
 Schopenhauer, Arthur, Philosoph II. 413  
 Schrader, Philologe II. 546  
 Schröder, M. II. 547  
 Schubart, Dichter II. 187  
 Schubert, Franz II. 353  
 Schüy, Heinrich, Begründer der deutschen Oper II. 100  
 Schulenburg, sächsischer General II. 58  
 Schulenburg-Neuhert, Gouverneur von Berlin II. 246  
 Schulte, F. v. II. 412, 548  
 Schulwesen 226, 519 — Humanisten an den Schulen 531 — Umgestaltung des Volksschulwesens 560 — Schulpolitik des Großen Kurfürsten II. 26 — Friedrich Wilhelms I. 81 — in Österreich unter Leopold I. 28 — Geistesleben der Schule 102 — Verwaltung unter Friedrich d. Gr. 145 — Schulpolitik Maria Theresias 149 — Höhere, Real-, Gewerbe- und Volksschulen in Preußen 438—449 — in Österreich 403—404, 413 — Reformbewegung 543  
 Schulze, Hermann, aus Delitzsch II. 411  
 Schumann, Robert II. 353  
 Schupp, Balthasar II. 101  
 Schwalowsky, Vertrag II. 134  
 Schwaben, Herzogtum (vgl. auch Alamannen) unter Heinrich I. 174 ff — unter den Ottonen 176 ff — unter den Saliern 207 ff — unter den Hohenstaufen 265 ff — von Friedrich II. eingejogen 548 — Entwicklung 362 — Kultur 392 — Bauernkrieg 556  
 Schwäbischer Bund 492, 542, 552, 573  
 Schwarzgeist in Widdau und Wittenberg 531  
 Schwarzburg-Rudolstadt, tritt dem preussischen Zollverein bei II. 330  
 Schwarzburg-Sondershausen, tritt in den preussischen Zollverein II. 330  
 Schwarzenberg, Graf Adam von, Minister in Brandenburg 649, 654; II. 7—8  
 Schwarzenberg, Fürst, österreichischer General II. 232, 280 — Führer der böhmischen Armee 293—303



Schwarzenberg, Fürst, Felix, österr. Minister 281—282, 392—393, 395—398, 403  
Schwarzer Adlerorden, Stiftung II. 55  
Schwarzer Tod 420  
Schwedat, Schlacht II. 381  
Schweden, Befreiung durch Gustav Wasa 568, 636 (vgl. Gustav Adolf und dreißigjähriger Krieg) — Krieg mit Polen II. 10—14 — mit dem Großen Kurfürsten 34—37 — nordischer Krieg 56—59, 66—68 — Wahlmonarchie 68  
Schwedt, Vertrag II. 66  
Schweidnitz, Festung II. 129, 131, 136, 251, 377  
Schweinschädel, Gescht II. 443  
Schweiz (vgl. Eidgenossen) Kampf mit Karl dem Kühnen 489—490 — mit Maximilian I. 497 — Reformation Zwingli 561—562 — Lösung von Deutschland 691 — Begründung der helvetischen Republik II. 214 ff  
Schwerin, den Obotriten abgenommen 302 — an Mecklenburg 443  
Schwerin, Graf, Heinrich von 345  
Schwerin, Feldmarschall Friedrichs d. Gr. II. 112, 114, 121—122 — fällt vor Prag 125  
Schwerin, Graf, Führer der Liberalen in Preußen II. 358, 366, 370  
Schwertbrüder, Ritterorden 367—369  
Schwiebus, Kreis, an Brandenburg II. 45 — seine Rückgabe 46—47  
Schwind, Moritz von, Maler II. 352  
Scoten, Kelten in Britannien 80, 121  
Scotus Erigena 168  
Sculetus, Hosprediger 643  
Scurcola, Schlacht 357  
Sebastian Brant 532  
Sebastopol, Seefestung II. 406  
Sechs Städte der Ober-Lausitz 423 — Pönjass 583  
Sedendorff, österr. Gesandter II. 70  
Sedan, Schlacht und Kapitulation II. 468 ff  
Sedlnitz, österr. Oberpolizeimeister II. 415  
Seffner, Karl II. 553  
Segeß, Cherusterfürst 18, 20, 23  
Seidl, Gabriel II. 553  
Seid-Bargasch, Sultan von Sansibar II. 511  
Seid Khalifa, Sultan von Sansibar II. 511  
Sekundogenitur II. 72  
Selz I. C., Verhandlungen II. 214  
Semendria II. 173  
Semler, J. C. II. 187  
Semnonen, freie Germanen in Brandenburg 8 — fallen zu den Cherustern ab 23 — gehen in den Alamannen auf 50  
Sempach, Schlacht 428  
Semper, Gottfried II. 352, 553  
Seneffe, Schlacht II. 33  
Sendling II. 63  
Sequaner 10  
Serajewo II. 52 — von den Österreichern er-  
stürmt 520  
Severinus, christlicher Heiliger 82—83  
Sevilla, Vertrag II. 71  
Seybottenreut, Schlacht II. 449  
Seydlitz, preuß. General II. 128, 133  
Seymour, engl. Admiral II. 536  
Sickingen, Franz von 542—543, 552

Siebenbürgen, Germanisierung 380 — entsagt der türkischen Oberhoheit II. 43, 64, 148  
Siebenjähriger Krieg II. 121—138  
Siegburg, Feste 135  
Siegfried, Dänenkönig 133, 142  
Siegfried, Erzbischof von Köln 404  
Siemering, J. II. 552  
Sierck II. 62  
Sievershausen, Schlacht 588  
Siéyès, franz. Gesandter II. 214  
Sigibert, Frankenkönig 117  
Sigismund, Sohn Karls IV., erhält Brandenburg 427 — im Türkenkriege 459 — deutscher Kaiser 441—470  
Sigismund von Tirol (der Münzreiche) 475, 493  
Sigismund II. von Polen 617, 621  
Silanus, von den Cimbern besiegt 5  
Silius, Legat des Germanicus, gegen die Chatten 21, 23  
Simon von Utrecht 457  
Simpach a. Inn, Schlacht II. 115  
Simson, Eduard, Präsident der Frankfurter Nationalversammlung II. 382—385 — des norddeutschen Reichstags 408 — des Reichsgerichts 498  
Sindelfingen, Schlacht 558  
Sinsheim, Schlacht II. 33  
Sistowa, Verhandlungen II. 195  
Sizilien (vgl. Normannen), Erbschaft der Hohenstaufen 315 — von ihnen erobert 322 — Konstitutionen Friedrichs II. 344 — Aufstand gegen Spanien II. 34 — an Savoyen 65 — wird mit Neapel vereinigt 69 — spanische Sekundogenitur 72  
Skandinavische Union 459  
Slawata, böhmischer Statthalter 639  
Slawen, ihr Eindringen in Ostdeutschland 101 — Kämpfe mit den Germanen 116, 137 — Gründung einer Nationalkirche 160 — Kultur der Elbslawen 172—174 — von Heinrich I. bekriegt 175 — ihr Aufstand von Gero niedergeworfen 178 — Krieg mit Otto I. 184 — Aufstand unter Otto II. 191 — unter Otto III. 193 — die baltischen Slawen 261 ff — Kreuzzug gegen sie 270 — Unterwerfung der slawischen Ostseelände 298 ff  
Slowenen, Slawen südlich von der Donau 101, 117 — zum Christentum bekehrt 123 — von Tassilo unterworfen 137; vgl. II. 522  
Smolensk, Schlacht II. 280  
Sobieski, König von Polen II. 34, 39—42, 56  
Sobieslaw von Böhmen 263  
Soden, Freiherr von Gouverneur von Kamerun II. 510  
Sölz, Schlacht II. 266  
Soester Fehde 481  
Sohn, R. II. 547  
Soissons, Schlacht 92, 118 — Synode 125 — Erhebung Pippins zum König  
Solari, Santini, Baumeister II. 98  
Solferino, Schlacht II. 419  
Soltyschow, russischer General II. 132  
Sonnensfels II. 149  
Soor, Schlachten II. 117, 443



- Sophie von Bayern, Gemahlin des Erzherzogs Franz Karl II. 364, 397  
 Sophie von Brabant 363  
 Sophie Charlotte von Hannover, Gemahlin Friedrichs (III.) I. von Preußen II. 46, 75, 97  
 Sophie Dorothea, Gemahlin Georg Ludwigs von Hannover II. 82  
 Sophie Dorothea von Hannover, Gemahlin Friedrich Wilhelms I. II. 75  
 Sophie Dorothea von Holstein, Gemahlin des Großen Kurfürsten II. 45  
 Sophie, Tochter Friedrichs V. von der Pfalz II. 51, 82, 97  
 Soracte, Berg bei Rom 120  
 Sorben, Slawen zwischen Ostsee und Erzgebirge 101, 137 — von Karl d. Gr. unterworfen 142  
 Soubise, franz. Marschall II. 126, 128, 130  
 des Souches, franz. General II. 14, 29  
 Soult, franz. General II. 244, 247  
 Sozialdemokratie, Entstehung II. 411, 453 — Stellung zur Volkswirtschaftslehre 492—494 — Stellung im Reichstag 539 — Sozialistengesetz 502, 505, 529  
 Soziale Wandlungen 410 — Reformbewegungen 411 — Sozialismus 492 ff — soziale Gesetzgebung 505, 530  
 Spandau, Kapitulation der Festung II. 246 — Juliusturm 490  
 Spanien, Feldzug Karls d. Gr. 136, 142 — Erbfolgekrieg II. 52—66 — Angriff auf Italien 69 — Erhebung gegen die napoleonische Fremdherrschaft 263, 271 — Militärrevolution 326  
 Spedbacher, Joseph II. 264—266  
 Speier, das römische Noviomagus 31 — Reichstage 559, 564 — Schändung der Kaisergräber durch die Franzosen II. 48 — Einnahme durch Gustine 199  
 Spener, Begründer des Pietismus II. 101  
 Epischer Höhen, Schlacht II. 465  
 Spiegel, Erzbischof von Köln II. 339—340  
 Spielhagen, Fr. II. 549  
 Spielmann, Staatssekretär II. 197, 200  
 Epillese, M. II. 348  
 Spinola, spanischer General 647  
 Spinola von Tina II. 102  
 Spira, Unterwerfung der Sachsen 241  
 Spitta, Philipp II. 550  
 Spittler, L. T. II. 190  
 Sprache, die neuhochdeutsche 601 — Sprachenvorordnungen in Österreich II. 522—523  
 Springer, A., Historiker II. 547  
 Slade, Grafen von 273  
 Stadion, österr. Minister II. 269, 270  
 Stadtkönig, Schlacht 648  
 Städte, vgl. Reichsstädte — Entwicklung unter Heinrich III. 220 — unter Heinrich IV. 239 weitere Entwicklung 276, 358 — lombardische 284 — Städtepolitik Friedrichs I. 312 — Friedrichs II. 340 — Verfassung 330 332 — deren Ausbildung 429 — Ständekampf 416 — Höhe der städtischen Macht 399—455 — Handelspolitik der niederdeutschen 435 — wendischen 434 — Verfassung der niederdeutschen 437 — ihre Verwaltung 504 — ihr Aussehen 510 — Rückgang ihrer Erwerbszweige 594 — ihre Bevölkerung und ihr Wohlstand 598  
 Städtebündnisse, lombardische 250, 293 — rheinischer 354, 356 — schwäbischer 420, 426 — vgl. Hanfa — süddeutsche 427 — norddeutsche 436  
 Städtekrieg, süddeutscher 429, 480 — Städteordnung in Preußen II. 280  
 Ständewesen bei den Germanen 36 — unter den Merowingern 105 108 — unter Heinrich III. 218 — unter Friedrich I. 308 — Ständekampf in den Städten 416 — Gegensätze in Norddeutschland 440 — ständische Entwicklung 474 Kämpfe in der Hanfa 481 — Scheitern der Reform Maximilians I. 497 — Stellung zu den Fürsten 502 — ständisch-territorialer Staat 591 — ständisch-protestantische Bewegung 632 — ständische Konföderation 639 — unter Karl VI. II. 92 — die altständischen Staaten 319—320  
 Staffarda, Schlacht II. 48  
 Stahl, Rechtsgelehrter II. 345  
 Stahhof in London, Handelsplatz 433, 596  
 Stanislaus Leszczyński, König von Polen II. 57 ff, 71 ff  
 Stanislaus Poniatowski, König von Polen II. 160, 194  
 Staps, Friedrich II. 271  
 Starhemberg, Graf Rüdiger von, Verteidiger Wiens II. 40 ff  
 Starhemberg, Gundaker (Guido), österr. General II. 51, 60—61  
 Staufer, vgl. Hohenstaufen  
 Staupitz, Ordensvikar der Augustiner 538—540  
 Stedinger, freie friesische Bauernschaft 349  
 Steinkirke, Schlacht II. 49  
 Steenbock, schwedischer General II. 66  
 St. Stefano, Vorfriede II. 502, 520  
 Steiermark, von Friedrich II. eingezogen 348 — an Meinhard von Görz 553 — an Ottokar II. von Böhmen 353 — an die Habsburger 403  
 Stein, Freiherr Karl vom 169, 171, 228, 246, 218, 250, 259 ff, 280, 285, 288, 301, 304, 306, 321, 345  
 Steinmetz, preuss. General, siegt bei Nachod u. Stalitz II. 443 — führt die erste Armee im deutsch-französischen Kriege 463 ff, 474  
 Stellan, Schlacht 334  
 Stenzel, Historiker II. 345  
 Stephan II., Papst 131  
 Stephan III., Papst 133  
 Stephan X., Papst 232  
 Stephan der Heilige von Ungarn 196  
 Stephan II., Wittelsbacher 476  
 Stephan, Reichspostmeister II. 498  
 Stephanie von Belgien, Gemahlin des Kronprinzen Rudolf von Österreich II. 525  
 Sterzing, Schlacht II. 265  
 Stettin 303 — Eroberung durch den Großen Kurfürsten II. 36, 66, 94 — Kapitulation 247  
 Steuben, Fr. W. von II. 180  
 Steuerwesen in Brandenburg-Preußen unter dem Großen Kurfürsten II. 18 — Reform 20 — Steuerpolitik Friedrichs d. Gr. 141 — Reformpläne im neuen deutschen Reich 500, 504  
 Steuerverein, geschlossen von Hannover, Braun-







- Theuerdank, Ritterroman 520  
 Thibaud, Prof. in Heidelberg II. 345  
 Thielemann, sächsischer General II. 290 — in preussischen Diensten 307, 309  
 Thiers, Adolf, franz. Staatsmann II. 457, 472 474, 481  
 Thiersch, Friedrich II. 553  
 Thiersch, Philologe II. 348  
 Thietmar von Merseburg, Geschichtsschreiber 201, 227  
 Tholud, F. M., Theologe II. 413  
 Thoma, Maler II. 552  
 Thomas von Aquino, Scholastiker 390  
 Thomas Bedet 292  
 Thomas von Kempen 529  
 Thomas de Vio aus Gaeta (Cajetanus) 539 ff  
 Thomasius, Christian, Gelehrter II. 105  
 Thon-Dittmer, bairisches Ministerium II. 375  
 Thor, germanische Gottheit 44  
 Thorismund, Westgotenkönig 77  
 Thorn, gegründet von Hermann Ballo 371 — Friede 458, 483, II. 71 — an Preußen 305  
 Thritemius, Humanist 532—533  
 Thüringer, Nachkommen der Hermunduren 89, 91 — von Theodorich unterworfen 95 — Zerfall ihres Reiches 96 — Winfried bringt ihnen das Christentum 124  
 Thüringen, Herzogtum, Erbfolgekrieg 363 — Kultur 393 — unter den Wettinern 477 — Bauernaufstand 557 — unter den Ernestinern II. 87  
 Thugut, Freiherr von, österr. Minister II. 200—214, 219  
 Thumann, Maler II. 551  
 Thumelicus, Sohn Armins 23  
 Thun, Graf, österr. Gesandter II. 363 — österr. Minister 522  
 Thun-Hohenstein, Graf Leo von, österr. Kultusminister II. 403—404  
 Thurn und Taxis, Postverwaltung II. 353, 402, 454  
 Thuneloda, Gattin Armins 20, 23  
 Tiberius 13—14 — in Germanien 15 ff, 19  
 Tied, J. V., Dichter II. 224  
 Tilemann, Heshusius 614  
 Tilsit, Gefecht II. 253  
 Tilly, Feldherr der katholischen Liga 643, 647—649, 654, 657 — zerstört Magdeburg 663 — bei Breitenfeld geschlagen 664 — Niederlage am Lech und Tod 666  
 Tirol, Grafschaft, Entstehung 362 — an Österreich II. 26 — von den Österreichern geräumt 233 — an Bayern 237, 256 — Aufstände gegen die Bayern und Franzosen 264—265, 268, 270—272 — an Österreich zurück 296  
 Tischendorf, Theologe II. 413  
 Tin, germanische Gottheit 43  
 Tobitschau, Gefecht II. 446  
 Tödtin, Emmerich II. 39 ff  
 Tönning II. 66  
 Togoland, deutsche Kolonie II. 510, 538  
 Toleranzedikt Josephs II. II. 167, 173 — Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 343  
 Torgau, Schlacht II. 133—139, 290, 301  
 Torstenson, schwed. General 679  
 Tostana II. 214  
 Totila, Ostgotenkönig 96  
 Tott, Ase, schwed. General 665  
 Tottleben, russ. General II. 134  
 Tongener und Tiguriner, helvetische Volksstämme um Zürich 5  
 Toul an Frankreich 584, 587, 681 — Fall der Festung II. 473  
 Toulon II. 118  
 Tours und Poitiers Schlacht 119 — von deutschen Truppen besetzt II. 475  
 Trachenberg, Kriegsplan II. 293  
 Trafalgar, Seeschlacht II. 233  
 Traun, österr. Feldmarschall II. 116  
 Trautabar II. 22  
 Trautenaue, Schlacht II. 443  
 Treitschke, F. v., Historiker II. 501, 522, 547—48  
 Trentschin, Schlacht II. 64  
 Tres Forcas, Seegefecht II. 401  
 Trevirer um Trier 10, 12  
 Triboler um Straßburg 10  
 Tribur, Synode 165, 235 — Fürstentag 244  
 Tridentiner Konzil 578, 583—584, 587, 608  
 Trier, alte Römerstadt 30 — Erzbistum 143 — von den Normannen geplündert 162 — II. 158, 196, 205 — Rod Christi 342—343  
 Triest wird Freihafen II. 91, 147  
 Tripelallianz zwischen Schweden, Holland und England II. 31  
 Tripolis, Grafschaft 267  
 Trochu, franz. General II. 470 ff, 477  
 Troppau, Ministerberatungen II. 326  
 Tschaslau, Prager Artikel 468  
 Tscheken, Slawen in Böhmen 101 — besiegen die Avarer 116 — vgl. Böhmen und II. 522  
 Tsingtau II. 536  
 Tübingen, Universität II. 153  
 Tuisto, Stammvater der Germanen 7  
 Tunger, Germanen um Vättich 7  
 Turenne, franz. General 680; II. 32 ff — fällt bei Salsbach 36  
 Turin, Schlacht II. 59, 63 — Aufstand 326  
 Türken, an der Grenze Ungarns 459 — erobern Konstantinopel 481 — Belgrad 559 — siegen bei Mohacs 563 — das erste Mal vor Wien 563 — zum zweiten Mal vor Wien II. 39—44  
 Türkentriege 567, 616, 631; II. 29, 50—52, 68—69, 73  
 Türkei, russisch-türkischer Krieg II. 160 ff — Krieg gegen Österreich und Rußland 173 — Aufstand der Griechen, Krieg mit Rußland 332 — im Krymkriege 405—407 — Ausbreitung der Deutschen 534  
 Türkheim, Gefecht II. 33  
 Tuttlingen, Schlacht 679  
 Tycho de Brahe, Astronom 617

## II.

- Ueber, freie Germanen um Aöln 9, 11—12  
 Uttingen, Gefecht II. 449  
 Uhde, F. von, Maler II. 552  
 Uhland, Dichter II. 318, 320, 349, 370, 383  
 Ubrich, franz. Kommandant von Straßburg II. 471







Viktor IV., Papst 290, 292  
 Viktor Amadeus von Savoyen II. [59](#)–[61](#), [63](#)  
 Viktor Emanuel I. von Savoyen II. 326  
 Viktor Emanuel, König von Italien II. [419](#),  
[422](#), [447](#), [490](#)  
 Viktoria, Prinzessin von England, Gemahlin  
 Kaiser Friedrichs III. [487](#)  
 Vilagos, Kapitulation II. [392](#)  
 Villafranca, Waffenstillstand II. 420  
 Villars, franz. General II. [65](#)  
 Villeroy, franz. Marschall II. [49](#), [59](#)  
 Villersehl, Schlacht II. [478](#)  
 Villiers, Gefecht II. [476](#)  
 Vionville, Schlacht II. 466  
 Vindex, gegen Nero 26  
 Vindobona (Wien) [32](#), [49](#)  
 St. Vincent, Seeschlacht II. [38](#)  
 Vincy bei Cambrai, Schlacht [48](#)  
 Vineis, Kanzler Friedrichs II. 354  
 Virchow, R., Mediziner II. [426](#), [495](#), [544](#)  
 Virgil, Missionar 123–124  
 Vischer, Peter, Erzgießer [526](#)  
 Vitalianer, Seeräuber [456](#)  
 Vitigez, Ostgotenkönig [96](#)  
 Vivenot, A. v., Historiker II. [547](#)  
 Vizelin, Missionar [262](#), 300  
 Völkerwanderung, Vorboten 47–60 — der Ost-  
 germanen [61](#) ff  
 Vogel, E., Forschungsreisender II. [545](#)  
 Vogel von Falkenstein, preuß. General II. [440](#),  
[448](#) ff  
 Voigt, G. II. [548](#)  
 Vogt, R., Philosoph II. [413](#)  
 Volkslied s. unter Literatur  
 Volkswirtschaft in Österreich II. 27 — Volkswirt-  
 schaftspolitik Friedrich Wilhelms I. [77](#)  
 Volkswirtschaftslehre II. [492](#)  
 Voltaire, franz. Dichter II. [139](#), [154](#)  
 Vorau, Stift, Gründung [276](#)  
 Voss, Dichter II. 187  
 Vossien bei Löwen, Friede II. [33](#)

### W.

Wächter, R. G. II. [548](#)  
 Wagheusel, Gefecht II. [389](#)  
 Wagner, Adolf II. 548  
 Wagner, Richard, Tondichter II. 353, [500](#), [551](#)  
 Wagram, Schlacht II. [269](#)  
 Wahlkapitulation Karls V. [545](#) — Leopolds I.  
 II. [13](#)  
 Wahlstatt bei Liegnitz, Schlacht II. 294  
 Waig, Historiker II. 546–547  
 Walaschach, Schlacht II. [449](#)  
 Waldeck, Reichsgraf von II. [9](#), [12](#), [48](#)  
 Waldemar I., König von Dänemark 299, 307  
 Waldemar II., König von Dänemark 334, 339,  
 345 ff, 365, 369  
 Waldemar III., Herzog von Schleswig [410](#)  
 Waldemar IV. Atterdag, König von Dänemark  
 442–445  
 Waldemar V. von Schleswig [441](#)

Waldemar I., Markgraf von Brandenburg 441–442,  
[448](#)  
 Waldemar, der „falsche“ in Brandenburg [420](#), [443](#)  
 Waldenser 332  
 Waldersee, Graf Alfred von, Oberkommandierender  
 der verbündeten Armee in China II. [536](#) ff  
 Waldheim II. [86](#)  
 Walhalla bei Regensburg II. 352  
 Wallenstein (Waldstein), Albrecht von, kaiserlicher  
 General 650–659, 665, 667–674  
 Wallerstein, Fürst, bayr. Minister II. 359–360  
 Wallia, Westgotenkönig [70](#)  
 Wallmoden, General II. [207](#), 230  
 Wallot, Paul II. [553](#)  
 Waltherarille 227  
 Walther, Bernhard [533](#)  
 Walther von Blettenberg, Landmeister des deutschen  
 Ordens [499](#)  
 Walther von der Vogelweide, Dichter 335, 337, [387](#)  
 Wanen, germanische Gottheiten [44](#)  
 Wangenheim, württembergischer Minister II. 318,  
 325–326  
 Warendorp, Bruno, Bürgermeister von Lübeck [445](#)  
 Warnemünde, Seeschlacht 346  
 Warniza bei Bender II. [67](#)  
 Warnstädt, Schlacht [256](#)  
 Warschau, Schlacht II. 11 — von Karl XII. be-  
 setzt [57](#) — Vertrag 120, [123](#), [203](#) ff — Herzog-  
 tum [254](#), [266](#), [278](#), 286 — Verhandlungen  
 zwischen Österreich und Preußen [396](#) — Ko-  
 narchenzusammenkunft [422](#)  
 Wartburg, Aufenthalt Luthers [550](#) — Burschen-  
 fest II. 321  
 Wartenburg, Schlacht II. 297  
 Wartensleben, österr. General II. [210](#)  
 Wartslaw III. von Pommern 375  
 Wawa, schwedisches Königshaus [568](#) — in Polen  
 636  
 Waterloo, Schlacht II. 308–310  
 Wattignies, Gefechte II. [202](#)  
 Waveren, Schlacht II. 309  
 Weber, E. v., Physiker II. [544](#)  
 Weber, R. W. v., Tondichter II. 353  
 Weber, W., Prof. in Göttingen II. 337  
 Wedell, preuß. General II. [132](#) ff  
 Wehlau, Vertrag II. [12](#)  
 Weithmann, Kapitän zur See II. [479](#)  
 Weil, G., Philologe II. [546](#)  
 Weimar, die goldenen Tage II. [223](#) — von den  
 Franzosen besetzt [245](#)  
 Weinsberg, im Bauernkriege erfürmt [556](#)  
 Weise, Christian, Schulmann und Dichter II. [101](#)  
 Weishaupt, Stifter des Illuminatenordens II. [184](#)  
 Weissenburg, Schlacht II. [464](#)  
 Weißer Berg bei Prag, Schlacht s. Prag  
 Weider, R. Th., Philologe II. 313, 346  
 Welf IV., Herzog von Bayern [236](#), [244](#), [246](#),  
[249](#)–[251](#)  
 Welfen, schwäbisches Geschlecht im Allgäu [161](#) —  
 vgl. Judith [156](#) und Rudolf von Burgund [163](#)  
 — erhalten Bayern [236](#), [246](#) — im Kampfe  
 mit den Hohenstaufen 263–272 — Ausöhnung  
 mit ihnen 322 — im Bunde mit den Dänen



- Weiland, Dichter II. 186, 190, 264  
 Wien, das römische Vindobona 32 — Tod Marc  
 Aurels 49 — von den Ungarn eingenommen 205  
 — wird Reichsstadt 348, 350 — von Rudolf I.  
 gewonnen 403 — verliert die Reichsfreiheit 406  
 — Gründung der Universität 425 — Konfordat  
473 — von den Ungarn erobert 492–493 —  
 von den Türken belagert 563; II. 39–42 —  
 Schutzbündnis zwischen Deutschland, England,  
 Holland und Spanien 48 — Friede 72 —  
 Bauten 98, 553 — Universität 149, 182, 189 —  
 Vertrag mit Preußen 195 — Napoleon vor den  
 Toren 211 ff., 233 — sein Einzug 233, 266 —  
 Kongreß 304–306 — Schlusssakte 323–324 —  
 Märzrevolution 364–365 — Oktoberrevolution  
379–382 — Konferenzen 406 — Friede des  
 dänischen Krieges 434 — Weltausstellung 523  
 Wieprecht von Groitzsch 256 — erhält Meissen 258  
 Wiesloch, Schlacht 647, II. 49  
 Wilinger s. Normannen  
 v. Wilamowitz-Möllendorff II. 546  
 Wiltenbruch, Ernst von II. 550  
 Wilhelm I., deutscher Kaiser, als Prinz von Preußen  
 II. 294, 312, 358, 365–366, 375, 384 —  
 schlägt den badischen Aufstand nieder 389, 394,  
397 — Generalgouverneur des Rheinlandes und  
 Westfalens in Coblenz 401 — übernimmt die  
 Regierung als Regent 415 ff. — seine Thron-  
 bestiegung 424 ff. — zum deutschen Kaiser er-  
 hoben 480 ff. — sein Tod 515  
 Wilhelm II., deutscher Kaiser II. 527 ff.  
 Wilhelm, Prinz von Baden II. 448  
 Wilhelm, Herzog von Bayern 578  
 Wilhelm II. von Braunschweig II. 333  
 Wilhelm von Braunschweig, Herzog II. 512  
 Wilhelm I., Herzog von Cleve und Berg 477  
 Wilhelm II., Herzog von Jülich 477  
 Wilhelm der Eroberer siegt bei Hastings 238  
 Wilhelm IV. von England-Hannover II. 333, 336  
 Wilhelm II. von Hessen-Kassel II. 333  
 Wilhelm VI. von Hessen-Kassel II. 87  
 Wilhelm VIII. von Hessen-Kassel II. 87, 152  
 Wilhelm, Graf von Holland, deutscher Gegenkönig  
 353–355  
 Wilhelm von Lüneburg, Welfe 334  
 Wilhelm II. von Meissen, Wettiner 477  
 Wilhelm III., Wettiner 478  
 Wilhelm von Occam 413–414  
 Wilhelm I. von Oranien 615 ff., 621  
 Wilhelm II. von Oranien II. 31  
 Wilhelm III. von Oranien II. 32, 36, 45, 47–50,  
53–54  
 Wilhelm V. von Oranien II. 172  
 Wilhelm von Schaumburg-Lippe II. 157  
 Wilhelm I., König von Württemberg II. 302,  
 318–319, 402  
 Wilhelmine Ernestine von Dänemark II. 88  
 Wilhelmine von Grävenitz II. 89  
 Wilhelmine, Schwester Friedrichs d. Gr. II. 109,  
140  
 Wilhelmine, Schwester Friedrich Wilhelms II.  
 II. 172  
 Wilhelmine Enke II. 171



Wilhelmshöhe bei Kassel [II. 87](#), [152](#) — Aufenthalt Napoleons III. [470](#)  
 Wilhelmstal, Schlacht II. [136](#)  
 William Penn II. [96](#)  
 Willibrord, Missionar [123](#) ff  
 Willigis, Erzbischof von Mainz [192—193](#), [197](#)  
 Willinghausen, Schlacht II. [135](#)  
 Willisen, W. v., preuß. General II. [367](#) — in Schleswig-Holstein [394—395](#) — in Kassel [427](#)  
 Willkomm, W., Botaniker II. [544](#)  
 Wilsdruff, Lager Friedrichs d. Gr. II. [133](#)  
 Wimpfen, Schlacht [647](#)  
 Wimpfeling, Jakob [531](#), [533](#)  
 Wimpffen, Franz. General II. [468](#)  
 Windelmann, J. J. II. [186](#)  
 Winkler, G. II. [546](#)  
 Windisch, C., Philologe II. [546](#)  
 Windischgrätz, Fürst, Landeskommandant von Böhmen II. [380—381](#)  
 Winfried (Bonifatius) [123](#) ff  
 Winkelried, Arnold von [428](#)  
 Winrich von Kniprode, Hochmeister des deutschen Ordens [449](#)  
 Winter, Minister in Baden II. [360](#)  
 Winterfeldt, General Friedrichs d. Gr. II. [121](#), [129](#), [140](#)  
 Windhorst, Ludwig, Führer des Zentrums II. [539](#)  
 Wimpingerode, württembergischer Minister II. [323](#)  
 Wingenburger in Thüringen [273](#)  
 Wizingerode, General II. [289](#)  
 Wippermann, Minister in Hessen-Kassel II. [362](#), [375](#)  
 Wirtschaftliche Lage Brandenburgs nach dem dreißigjährigen Kriege II. [17](#) — Anfänge der wirtschaftlichen Staatseinheit in Brandenburg [21](#) — Lage unter Karl VI. [93—95](#) — Politik Friedrichs d. Gr. [142](#) — Maria Theresias [147](#) — Aufschwung [353](#) — vgl. Volkswirtschaft  
 Wisby, Handelsplatz auf Gotland [221](#), [436](#) ff — geplündert von Waldemar IV. [444](#) — von den Italianern erobert [456](#)  
 Wislicenus, Maler II. [551](#)  
 Wismar, II. [66](#), [68](#)  
 Wissenschaft [518](#) — Anfänge der modernen [533](#) — zur Zeit der Reformation [604](#); II. [102—105](#) — exakte und historische [190](#) — Anfänge der neuen historischen [224](#) — Philosophie [345](#) — geschichtliche [345—347](#) — das neue naturwissenschaftliche Zeitalter [543](#) — Naturwissenschaft und Medizin [544](#) — Erd- und Völkertunde [545](#) — Altertumskunde und Sprachwissenschaft [545](#) — Geschichte [546](#) — Rechts- und Staatswissenschaft [548](#) — Philosophie [548](#)  
 Wismann, Hermann von, Major II. [511](#), [545](#)  
 de Witt, Jan, Ratspensionär von Holland II. [31](#)  
 Wittelsbacher, Pfalzgrafen [272](#), [306](#) — erhalten Bayern [307](#) — Teilungen [362](#) — erwerben Brandenburg [414](#) — Vergrößerung ihrer Hausmacht durch Kaiser Ludwig [418](#) — in Bayern und in der Pfalz [476](#) — Aussterben der Kurlinie in Bayern [164](#) — vgl. Pfalz und Bayern  
 Wittenberg, Schwarmgeister [551](#) — Kapitulation Johann Friedrichs [582](#) — im siebenjährigen

Kriege von Reichstruppen besetzt II. [133](#) — von Taurinzen erstürmt [301](#)  
 Wittenborg, Bürgermeister von Lübeck [445](#)  
 Wittgenstein, russ. General II. [282](#), [284](#), [287](#), [289](#), [323](#)  
 Wittstock, Schlacht [676](#)  
 Wladislaw II. von Polen [266](#), [287](#)  
 Wogastisburg, Schlacht [117](#)  
 Wöllner, Joh. Christoph von II. [171](#) ff  
 Wörl, Schlacht II. [266](#)  
 Wörmann, Handelshaus II. [509](#)  
 Wörth, Schlachten II. [202](#), [464](#)  
 Wohlau, Fürstentum, an Sabsburg II. [28](#) — Erbansprüche Brandenburgs [38](#), [45](#), [59](#)  
 Wohlgenut, Michel, Maler [526](#)  
 Woippy, Gefecht II. [474](#)  
 Wola bei Warschau II. [56](#)  
 Wolf, Fr. A., Philolog [224](#), [346](#)  
 Wolf von Wunnenstein [429](#)  
 Wolff, Christian, Philosoph II. [81](#), [106](#)  
 Wolff, C. und A. II. [552](#)  
 Wolfram von Eschenbach, Dichter [385](#)  
 Worms, das römische Borbetomagus [31](#) — Zuflucht Heinrichs IV. [240](#), [244](#) — Reichstag Karls V. [546](#) — Reliquiengespräch [574](#) — Zerstörung durch die Franzosen II. [48](#) — Einnahme durch Cusine [199](#)  
 Wormser Konkordat [258](#)  
 Wormser Privilegium [347](#)  
 Worringen, Schlacht [404](#)  
 Botan, germanische Gottheit [43](#)  
 Wrangel, Friedrich von, preuß. General, gegen die Dänen II. [368](#), [375—376](#) — legt Berlin unter Belagerungszustand [377—378](#) — Generalfeldmarschall [432](#) — gegen die Dänen [432](#)  
 Wrangel, schwedischer General [680](#); II. [34](#) ff  
 Wratisslaw von Böhmen [249](#)  
 Wrede, bayr. General II. [265—266](#), [296](#), [300](#), [304](#)  
 Würben, Landhofmeister II. [89](#)  
 Württemberg, wird protestantisch [572](#) — unter Herzog Christoph [593](#), II. [13](#), [88—89](#), [153](#) — Königreich [237](#) — Umgestaltung [257](#) — erhält eine Verfassung [318—319](#) — tritt dem preussischen Zollverein bei [331](#), [334](#) — liberale Bewegungen [375](#) — Aufstand [387—388](#), [402](#) — im Kriege [1866](#) gegen Preußen [448—450](#) — Anteil am deutsch-französischen Kriege [462](#) ff, [499](#)  
 Würzburg, Gründung des Bistums [125](#), [246](#), [249](#); II. [158](#) — Schlacht [210](#) — an Bayern [221](#) — Kurfürstentum [237](#) — wieder an Bayern [296](#), [306](#)  
 Wulfila, Bischof der Westgoten [57](#)  
 Wullenweber, Jürgen, Bürgermeister von Lübeck [569—571](#)  
 Wundt, W., Philosoph II. [548](#)  
 Wurms, österr. General II. [202](#), [209](#)  
 Wyl te Duerstede bei Utrecht, Schlacht [118](#)

## X.

Xanten, Teilungsvertrag [629](#)  
 Xaver, Prinz II. [151](#)  
 Xeres de la Frontera, Schlacht [119](#)

**9.**

Nelin, Konrad von II. 239  
 Nork, von Wartenburg, preußischer General II.  
 246—247 — schließt die Konvention von Tau-  
 roggen 282 ff, 284—285, 287, 289, 294, 296—300  
 Nork, Herzog von, General 201, 204 ff  
 Nuste, Kloster, Tod Karls V. 590  
 Npern II. 205

**3.**

Nabern, Schlacht 558  
 Zacharias, Papst 131  
 Nähringer, schwäbisches Grafengeschlecht 331, 246,  
 249—250 — erhalten die Grafschaft Hochburgund  
 260, 272 — Aussterben der Linie Baden-Baden  
 II. 153 — dem Erlöschen nahe 317  
 Napolha 363  
 Nastrov, preuß. Minister II. 248, 250  
 Nedlig, Justizminister II. 145  
 Zeitungen und Zeitschriften II. 191  
 Nelb, Mark 184  
 Neller, G. II. 546  
 Nentha, Schlacht II. 51  
 Nentrum II. 495, 539  
 Neven, Kloster, Kapitulation II. 127, 130  
 Nieten, General Friedrichs d. Gr. II. 129, 135

Nieten, preuß. General unter Blücher II. 307—309  
 Nillner von Rothenstein, Hochmeister des deutschen  
 Ordens 458  
 Ninzendorf, Graf von, Gründer der Herrnhuter  
 II. 104  
 Nista von Trotschnow 466—468  
 Nittau 351, 377 — Beschickung im siebenjährigen  
 Kriege II. 126, 442 f  
 Niu, germanische Gottheit 43  
 Nnaim, Waffenstillstand II. 270  
 Nollern vgl. Hohenzollern  
 Nollverein, Anfänge II. 329 — bayrisch-württem-  
 bergischer 330 — preussisch-heßischer 330 —  
 mitteldeutscher 331 — Ausbau 334 — Er-  
 neuerung und Erweiterung 408, 430  
 Nollwesen in Preußen II. 329 — Vollendung der  
 Nollseinheit 505  
 Norndorf, Schlacht II. 131  
 Nring, Niklas, Verteidiger von Eziget 616  
 Nüllschau, Schlacht II. 132  
 Nüllsch, Schlacht 93  
 Nürich II. 185 — Schlacht 215—216 — Friede  
 420—422  
 Nunftwesen, Nunftkämpfe 430 — die Nünfte und  
 das Handwerk 432  
 Nwidau 376 — Schwarmgeister 551, 556  
 Nwingli, Ulrich, Reformator 361—362 — fällt  
 bei Nappel 567











Goethe im 32. Lebensjahre.

Nach dem Gemälde von G. O. May gezeichnet von  
R. Reyher. (Berlin, E. B. Schröder.)

# Geschichte der Deutschen Litteratur

von  
**Otto von Leixner.**

Siebente Auflage.

Mit 423 Text-Abbildungen und 55 zum Teil  
farbigen Beilagen.

In Pracht-Einband M. 20.—.

Ausgabe in 2 Halbfranzbänden M. 20.—.

Leixner, selbst ein feinsinniger Dichter  
und zugleich ein trefflicher Kunsthistoriker,  
behandelt mit Frische und lebendiger An-  
schaulichkeit die gesamte deutsche Litteratur  
von den ersten Anfängen bis auf  
**unsere Tage**, und zwar durchaus im Zu-  
sammenhange mit dem nationalen

Leben, mit dem Volkscharakter und der Volksgeschichte. Von der Überzeugung durch-  
drungen, daß die höchsten Schöpfungen der deutschen Litteratur den Einklang von Schön-  
heit der Form und höchster edelster Sittlichkeit zeigen, richtet Leixner seinen  
kritischen Sinn auf Auscheidung des Idealen, Bleibenden, Tiefen aus dem Wust des Ge-  
machten und Unwahren, des ethisch Gehaltvollen von dem bloß äußerlich Glänzenden, und  
deshalb ist diese Litteraturgeschichte vor allen anderen geeignet, in die Kenntnis  
der deutschen Litteratur einzuführen, während anderseits auch der Kenner durch  
das durchaus selbständige und überall auf eigener Kenntnis der Quellen beruhende Urteil  
Leixners vielfach Anregung finden wird.

Mit dem Verfasser Hand in Hand gehend hat die Verlagsbuchhandlung der Ausstattung  
des Werkes unausgesetzte Sorgfalt gewidmet und keine Kosten gescheut, um durch die voll-  
ständig erneuerte, mit allen Hilfsmitteln der modernen Kunsttechnik hergestellte, möglichst  
vielseitige Illustrierung und zeitgemäße typographische Ausstattung der Leixnerschen  
Litteraturgeschichte den ersten Platz zu sichern. Der Bilderreichtum wird hinsichtlich  
der Auswahl wie der Güte der einzelnen Vorlagen von keinem anderen  
ähnlichen Werke erreicht. Die Leixnersche Litteraturgeschichte ist sonach eine Zierde  
für jede Bibliothek, ein Prachtwerk, gleich ausgezeichnet durch den wertvollen Inhalt wie  
die prächtige Form.

## Illustrierte Geschichte der fremden Litteraturen.

2. Auflage.

Von **Otto von Leixner.**

2. Auflage.

Mit 375 Text-Abbildungen und 20 teilweise mehrfarbigen Beilagen.

In Pracht-Einband M. 20.—. Ausgabe in 2 Halbfranzbänden M. 20.—.

Umfassende Gründlichkeit, feines sicheres Urteil und glänzende Darstellung zeichnen  
auch dieses im Anschluß an die „Deutsche Litteraturgeschichte“ erschienene Werk aus.



Beide Werke bilden zusammen die  
**Geschichte der Litteraturen aller Völker.**

4 Bände. Preis elegant gebunden je M. 10.—.



Verlag von Otto Spamer in Leipzig









